







# CODIX DIPLOMATICUS SILESIAE

---

HERAUSGEGEBEN

VOM

VEREIN FÜR GESCHICHTE SCHLESIENS

---

SIEBENUNDZWANZIGSTER BAND

DIE LANDSTÄNDISCHE VERFASSUNG VON SCHWEIDNITZ-JAUER  
ZUR GESCHICHTE DES STÄNDEWESENS IN SCHLESSEN

---

FERDINAND HIRT

KGL. UNIVERSITÄTS- UND VERLAGSBUCHHANDLUNG

BRESLAU 1912

1923 1263.

# DIE LANDSTÄNDISCHE VERFASSUNG VON SCHWEIDNITZ-JAUER

ZUR GESCHICHTE DES STÄNDEWESENS IN SCHLESSEN

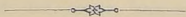
NAMENS

DES VEREINS FÜR GESCHICHTE SCHLESIENS

HERAUSGEGEBEN

VON

GUSTAV CROON



FERDINAND HIRT  
KGL. UNIVERSITÄTS- UND VERLAGSBUCHHANDLUNG  
BRESLAU 1912



6336 S

1821 S

/XXVII

943,8

ZBIORY ŚLĄSKIE

Akc. R. Nr 648/73/51.



## Vorwort.

I. Nur als schwaches Hilfsmittel vermag die Sammlung der spröden Zeugnisse der Vergangenheit den Forscher über die Flut von Menschengenerationen hinzutragen, die in historischer Zeit auf schlesischer Erde gelebt haben. Die erste Gliederung, die nach Geburtsständen die Fülle des namenlosen Volkes teilt, ist nicht der Gegenstand der folgenden Darstellung. Diese soll sich vielmehr nur mit den wenigen bestimmten Gruppen beschäftigen, die nicht mehr lediglich nach der Geburt, sondern durch Beruf und Besitz, durch die Gemeinsamkeit wirtschaftlicher, sozialer und politischer Ziele zusammengeschlossen, sich zu politischen Ständen entwickelt haben.

Die geschichtliche Aufgabe dieser Stände hat in Schlesien mehr auf dem Gebiet der inneren, als dem der äußeren Politik gelegen. Zwar haben die Stände der wichtigsten schlesischen Fürstentümer beim Übergang der schlesischen Länder an die Krone Böhmen durch Erlangung bestimmter Vorrechte in Verfassung und Verwaltung mit Erfolg schlesischer Eigenart und Selbständigkeit Schutz und Raum zur Weiterentwicklung bewahrt. Sie sind es auch gewesen, die gemeinsam mit den schlesischen Fürsten oder ohne sie im 14. Jahrhundert die ersten umfassenden Einungen zum Schutz gegen äußere Feinde geschlossen haben und mit deren Hilfe im 15. Jahrhundert durch formelle Landfriedensbünde und dauernde Einrichtung des Fürstentages der Zusammenschluß Schlesiens zu einem politischen Ganzen vorbereitet wurde. Das Hauptverdienst der Stände hat aber, wie das Beispiel von Schweidnitz-Jauer zeigen soll, auf dem Gebiet der inneren Verwaltung gelegen.

Für die Entwicklung der Verfassung von Schweidnitz-Jauer war der Umstand, daß die Fürstentümer als Heiratsgut, nicht als Vasallenstaaten an Kaiser Karl IV. fielen, von Bedeutung. Denn diesen politischen Ursachen verdankten die Landesprivilegien des 14. Jahrhunderts ihren umfassenden Inhalt. Nach dem durch den Tod der Herzogin Agnes erfolgten endgültigen Anfall an Böhmen ermöglichten es die äußeren Verhältnisse den Ständen im 15. Jahrhundert, die königliche Gewalt ganz beiseite zu drängen und eine ungeahnte Machtfülle zu gewinnen. Zugleich aber brachte das 15. Jahrhundert den lange vorbereiteten Gegensatz zwischen dem im 14. Jahrhundert in Blüte getretenen Städtetum und der, zwar langsamer, aber geschlossener, wirtschaftlich und kulturell aufsteigenden Masse des kleinen Adels zum Ausbruch. Der Sieg dieses Adels legte im 16. Jahrhundert die eigentliche Landesverwaltung fast ausschließlich in ritterliche Hände, eine auch in anderen Ländern nachweisbare Entwicklung, deren Folgen bis in die Neuzeit hineinreichen. Während die Geistlichkeit als Stand sich dem Adel anschloß, wurde für den Bauernstand die Vorherrschaft des Adels, wie die ungeahnt häufigen Empörungsversuche bezeugen, wirtschaftlich teilweise zum Verderben.

Der Anfall Schlesiens an das Haus Habsburg machte in seinen Folgen zwar der ständischen Selbstherrlichkeit, nicht aber der ganzen ständischen Selbstverwaltung ein Ende. Nach dem dreißig-

jährigen Kriege verstand es allerdings die zum Absolutismus drängende landesherrliche Gewalt, gestützt auf die nach der Wiedergewinnung Schlesiens strebende katholische Kirche, die Selbständigkeit des ständischen Staates auf ein geringes Maß zu beschränken. Der Selbstverwaltung blieben nach der auch in der Rechtsprechung erfolgten Zurückdrängung des ständischen Einflusses vornehmlich nur gewisse Militär- und Steuerverwaltungs-Angelegenheiten, letztere aber auch in weitem Umfange, vorbehalten. Die städtische Selbstverwaltung blieb im wesentlichen unangetastet, wie andererseits auch der soziale und politische Einfluß des Adels nicht erschüttert wurde.

Die Scheidung zwischen landesherrlichen und ständischen Verwaltungsorganen ist in der älteren Zeit nicht immer klar durchzuführen. Der Dualismus des ständischen Staates erstreckte sich damals selbst auf die ursprünglich rein landesherrlichen Organe. Der Landeshauptmann und der Kanzler waren zwar königliche Beamte, aber zugleich als „eingeborne Biederleute“ Angehörige und Vertreter der Landstände. Erst die Verwaltungsreformen des 17. Jahrhunderts, die aus der Landeshauptmannschaft eine kollegiale Behörde bildeten und die für kurze Zeit das Amt des Fiskals mit seinen Befugnissen auf finanziellem, allgemein verwaltungsrechtlichem und selbst religiösem Gebiete zu besonderer Bedeutung erhoben, führten eine schärfere Trennung von landesherrlichen und ständischen Organen herbei. Unter letzteren verlor der Landtag, der im 15. und 16. Jahrhundert selbständig und mit Hilfe von mannigfaltigen Ausschüssen das Land vertreten und geleitet hatte, seine Rechte im 17. Jahrhundert an seinen eigenen Ausschuß, das Landeskolleg. Die Mehrzahl der Mitglieder des Landeskollegs wurde von den Landesältesten gebildet, einer für die Verfassung Schlesiens höchst bedeutungsvollen Beamtengruppe. Wenn man auch nicht lange zu suchen braucht, um dieses Amt als eine allgemein menschliche Einrichtung zu erweisen — schon in den Sprüchen Salomonis Kap. 31, V. 23 werden die Ältesten des Landes genannt — so läßt doch das frühe Vorkommen und die sorgfältige Ausbildung dieser Institution grade in Schlesien und ihre Verwandtschaft mit ähnlichen Einrichtungen im deutschen Osten — man unterlasse nicht den Vergleich mit dem preußischen Landratsamt — auf eine ursprünglich slawische Wurzel schließen. Neben den Landesältesten waren der Landesbestallte, der Obersteuereinnnehmer und der Landschreiber die wichtigsten ständischen Beamten, deren Stellung sich seit dem Ende des 16. Jahrhunderts immer mehr aus einer ehrenamtlichen in eine berufliche wandelte. In gleicher Weise hatte die ständische Rechtsprechung im Zwölferrecht zu der Notwendigkeit geführt, vier dauernde besoldete Beisitzer in den Personen der Oberrechtssitzer einzusetzen. Nach dem Niedergang des Landtags vermochten in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts die ständischen Steuerrechnungs-Deputierten in der Verfolgung ihrer Aufgaben als Vertreter der Untertanen einem Landeshauptmann noch so unbequem zu werden, daß er nicht umhin konnte, sie als einen zusammengewürfelten „Haufen Hundsfüter“ zu bezeichnen.

Die preußische Herrschaft führte das vom habsburgischen Staat eingeleitete Werk der Unterdrückung der Selbstverwaltung restlos durch. Sie schob die ständische Verfassung völlig beiseite, ohne sie aber förmlich aufzuheben. In der Kreisverwaltung knüpfte sie an das Vorhandene an. Nur war der neue preußische Beamte Staatsdiener, während der ständische Beamte sich mehr und mehr in den Dienst einer bestimmten Klasse gestellt hatte.

II. Die Ausarbeitung eines Sachregisters zu den von Georg v. Below herausgegebenen Landtagsakten von Jülich-Berg bot mir die Anregung dazu, die von v. Below erstmalig und zwar für ein



westdeutsches Territorium dargebotenen Forschungen in ähnlicher Weise für ein ostdeutsches Gebiet durchzuführen. So habe ich denn v. Belows eindringenden und grundlegenden Untersuchungen sowie seiner Art der Fragestellung das Wesentlichste zu verdanken. Daß die Ergebnisse zum Teil von den bisherigen abweichende sein würden, war bei den andersartigen Verhältnissen des deutschen Ostens zu erwarten. Auf die Darstellung möglichst des ganzen Entwicklungsganges der Verfassung des von mir gewählten Landes habe ich darum besonderen Wert gelegt, weil die in der Tat häufig unaufklärbaren alten Zustände durch die Verhältnisse der späteren Zeit oft in glücklicher Weise beleuchtet werden.

Für die schlesischen Verhältnisse fehlte es nicht völlig an Vorarbeiten. Die Frage nach dem ehemaligen Anteil der Bevölkerung an der Landesregierung war in Schlesien im 19. Jahrhundert aus rein politischem Interesse zweimal mit Lebhaftigkeit aufgeworfen worden. Als im Sommer 1815 die interimistische Nationalrepräsentation zu Berlin auseinanderging, hatte sie zum Schluß den Antrag des schlesischen Abgeordneten Elsner v. Gronow angenommen, der die baldige Einführung einer dauernden Landesrepräsentation verlangte. Die in der kön. Kabinettsorder vom 22. Mai 1815 angekündigte Absicht der Wiederherstellung der Provinzialstände, sowie die von der preußischen Regierung ausgegangenen Nachforschungen über die alten ständischen Verfassungszustände regten zu historischen Untersuchungen an. 1817 veröffentlichte Menzel im Juniheft der schlesischen Provinzialblätter einen Aufsatz über die „Geschichtliche Entwicklung der am 29. Oktober 1741 aufgehobenen schlesischen Ständeversammlung“. Im gleichen Jahre überreichte am 5. September der verdienstvolle Forscher und Sammler, Superintendent Worbs, dem Oberpräsidenten v. Merckel eine Denkschrift „Versuch einer Geschichte der schlesischen Stände-Verfassung“. Der Nächste, der halb in wissenschaftlichem, halb in politischem Interesse auf die vergangene ständische Verfassung einging, war der Breslauer Universitätsprofessor und Politiker Heinrich Wuttke in dem Werk „König Friedrichs des Großen Besitzergreifung von Schlesien und die Entwicklung der öffentlichen Verhältnisse Schlesiens“. Die Rezension, die der Privatdozent Karl Gustav Kries über dieses Werk erscheinen ließ, sowie desselben „Historische Entwicklung der Stenerverfassung in Schlesien unter Theilnahme der allgemeinen Landtags-Versammlungen“ sind rein wissenschaftliche und darum besonders wertvolle Beiträge, auf die die Forschung, abgesehen von den spärlichen, aus den Sammelwerken von Lünig und Perthes übernommenen Nachrichten bei Unger, „Geschichte der deutschen Landstände“, lange angewiesen blieb. Direkt politischen Zwecken dienten wiederum die 1846 erschienene Schrift von Heinrich Simon: „Die ständische Verfassung von Schlesien“, sowie das 1847 von Heinrich Wuttke verfaßte Werkchen „Die schlesischen Stände, ihr Wesen, ihr Wirken und ihr Werth in alter und neuer Zeit“. Hatten diese letzteren Arbeiten vorwiegend die Nutzanwendung auf moderne Verhältnisse im Auge, so gab G. A. Stenzel 1853 in seiner „Geschichte Schlesiens“ eine zwar nur kurz umrissene, aber höchst anschauliche, nur von der Liebe zur Vergangenheit diktierte Schilderung der ältesten ständischen Verfassungsverhältnisse. Nach ihm war es besonders Hermann Grotefend, der mit einer großen, leider nicht zum Druck gebrachten Urkundensammlung über die Geschichte des schlesischen Fürstentags und mit mehreren Vorträgen über die Entstehung des Ständewesens in Schlesien wichtige Bausteine lieferte, die zum Teil noch heute unverwerthet sind.

In neuerer Zeit haben Rachfahl in dem nächst „Tzschoppe und Stenzel“ wichtigsten Werk der



schlesischen Verfassungsgeschichte: „Die Organisation der Gesamtstaatsverwaltung Schlesiens vor dem Dreißigjährigen Kriege“ und für das 17. und 18. Jahrhundert Otto Hintze im 1. Teil des VI. Bandes der „Acta Borussia“ vortreffliche Darstellungen des Verfassungszustandes von Gesamt-schlesien — Hintze auch unter Berücksichtigung der Einzelfürstentümer — gegeben. Die Entstehung und Entwicklung der landständischen Verfassung in den einzelnen schlesischen Fürstentümern aber bedurfte noch, wie Rachfahl hervorhob, besonderer eingehender Untersuchungen. Einzelne Aufsätze, von denen nur die von dem Schweidnitzer Gymnasiallehrer Julius Schmidt und von H. Grotefend über die Fürstentümer Schweidnitz-Jauer, sowie von H. Wendt über die Stände des Fürstentums Breslau verfaßten Arbeiten genannt seien, zeigten, welch dankbare Aufgaben zu lösen waren. An Material fehlte es nicht. Über die Sonderlandtage der meisten schlesischen Territorien befinden sich im Kgl. Staatsarchiv zu Breslau umfangreiche Akten, die bisher im Zusammenhang noch niemals, im einzelnen nur in wenigen Werken, so von Julius Krebs in den „Acta Publica der schlesischen Fürsten und Stände“ verwertet worden sind. Es mußte daher zuerst einmal für ein Fürstentum das vorhandene Material an Landtagsakten bearbeitet werden. Über die Art der Verwertung des Stoffes konnten Zweifel entstehen. Ich habe für Schweidnitz-Jauer den Versuch gemacht, das vollständige Aktenmaterial bis zum Jahre 1648 unter Ausblicken auf die spätere Entwicklung in einer Darstellung zu verarbeiten und außerdem die verfassungsgeschichtlich wichtigsten Aktenstücke im Druck zu veröffentlichen. Der materielle Inhalt der Akten, der besonders für Kirchen-, Lokal-, auch Handels- und Familiengeschichte von Bedeutung ist, konnte, soweit er nicht im Text zu verwerten war, nicht ausgeschöpft werden. Es wird sich daher die Frage erheben, ob für Schweidnitz-Jauer und für die übrigen Fürstentümer Editionen von Landtagsakten bzw. verfassungsgeschichtliche Darstellungen mit Urkunden- und Regestenteil in Vorschlag zu bringen sind. Gerade für Schlesien wird man allerdings nicht aus den Augen lassen dürfen, daß das historisch wertvollste und die Geschichte auch der Einzelfürstentümer umfassende Material in den Breslauer Landtagsakten beruht, und daß es eine der wichtigsten Aufgaben der schlesischen Geschichtsschreibung sein muß, die Verhandlungen der Fürstentage von Beginn an durch den Druck der Benutzung zugänglich zu machen. Für diese künftige Publikation, insbesondere für die Frage der Priorität bestimmter Einrichtungen und Organe, bedeutet aber die Feststellung der Verfassungsgrundlagen wichtiger Einzelstaaten eine wesentliche Vorarbeit. Daß meine Darstellung auch die sonstige, nicht landständische Verfassung der Fürstentümer Schweidnitz und Jauer berücksichtigt, erklärt sich aus dem Bedürfnis, systematisch die Verfassungs- und Verwaltungs-Organisation aller schlesischen Fürstentümer zu untersuchen. Die Wahl grade von Schweidnitz-Jauer als erstes Beispiel einer fürstentumsständischen Verfassung empfahl sich wegen der Lückenlosigkeit der vorhandenen Landtagsakten\*). Auch hat die ausnahmsweise selbständige Stellung der Fürstentümer im schlesischen Gesamtverband nicht nur manche Einrichtungen kräftiger ausgebildet, als anderswo; wir verdanken vor allem dem aus dem Bewußtsein dieser Stellung emporgewachsenen Sonderstolz der Stände wertvolle Sammlungen der alten Landesrechte und Gewohnheiten, von denen die große Jauersche Manuskriptensammlung im Breslauer Staatsarchiv für wissenschaftliche Zwecke sehr brauchbar ist. Sodann sind die Herzogtümer Schweidnitz-Jauer doch wohl die bedeutendsten Vertreter der Gruppe

\*) Vgl. nachstehend S. 111, Anm. 2.

der Erbfürstentümer in Schlesien, wenn man von dem durch die Stadtrepublik Breslau übermächtig beeinflussten Fürstentum Breslau absieht. Weitere Untersuchungen werden in erster Linie die Verfassung im Breslauischen sowie in den bis 1675 vom piastischen Herrscherhause regierten Fürstentümern Liegnitz-Brieg-Wohlau festzustellen haben. Trotz der großen Mannigfaltigkeit in der Entwicklung der einzelnen schlesischen Fürstentümer wird man alsdann gewiß nachweisen können, daß die wichtigsten Entwicklungsstufen sich überall gleichmäßig wiederholt haben. Die Quellen Nr. 125, 127 und 139 enthalten zeitgenössische Zusammenstellungen über die schlesischen Einzelverfassungen,

Der höchst reizvolle und notwendige Vergleich der ständischen Entwicklung in den verschiedenen schlesischen Fürstentümern mit der Entwicklung in Brandenburg, in Böhmen und der Lausitz, den österreichischen Erb- und Kronländern und sonstigen ostdeutschen Kolonial-Territorien muß einer Zeit überlassen bleiben, in der eine genügende Anzahl von Untersuchungen vorliegt. So dürfte sich zum Beispiel für die von M. Hass geschilderten ständischen Verhältnisse in der Mark Brandenburg, die Ämter und Aufgaben von Landeshauptmann, Landesbestallten und Landesältesten in der Oberlausitz, ebenso die des Rats der 12 Landherren in Österreich, die der Kreistage und Kreishauptleute in Böhmen manche Verwandtschaft mit den schlesischen Einrichtungen und Verhältnissen nachweisen lassen.

III. Was die äußere Einrichtung des Quellenteils angeht, so habe ich den Inhalt umfangreicher Stücke durch fett gedruckte Stichworte übersichtlich zu kennzeichnen gesucht. Die Zusammenstellung dieser Stichworte hinter den Überschriften ist der Raumersparnis halber unterblieben. Die Orthographie der aufgenommenen Originale ist im Vokalismus beibehalten worden, während im Konsonantismus von den Verdoppelungen nur die für den schlesischen Dialekt charakteristischen unberührt geblieben sind. Zu beachten ist, daß fast die gesamten dem Fürstensteiner Archiv und der Jauerschen Manuskriptensammlung entnommenen Vorlagen Abschriften aus dem ersten Drittel des 18. Jahrhunderts sind.

Die Anfertigung von Orts-, Personen- und Sachregister hat Herr Dr. Alphons Heyer in Breslau im Interesse des durch meine Versetzung in Frage gestellten rechtzeitigen Erscheinens der Arbeit freundlichst übernommen.

Das benutzte archivalische Material liegt zum größten Teil im Kgl. Staatsarchiv zu Breslau und in der Reichsgräfl. Hochberg'schen Majoratsbibliothek zu Fürstenstein. Eine Anzahl Stücke befinden sich im Breslauer Stadtarchiv, im Archiv der Stadt Schweidnitz und in den drei großen Wiener Archiven, dem K. u. K. Haus-, Hof- und Staatsarchiv, dem K. u. K. Gemeinsamen Finanzarchiv, sowie dem Allgemeinen Archiv des K. K. Ministeriums des Innern. Aus dem K. Statthaltereiarxiv zu Prag sind nur wenige Nachrichten entnommen worden. Den Leitern dieser Anstalten danke ich herzlich für das mit der Zusendung vieler Akten erzeigte Entgegenkommen. Herrn Geheimrat Dr. Meinardus, dem Direktor des Breslauer Staatsarchivs und Vorsitzenden des Vereins für Geschichte Schlesiens, sowie Herrn Archivrat Dr. Wutke fühle ich mich für vielseitige Anregung und unermüdete Unterstützung bei der Drucklegung zu besonderem Danke verpflichtet. Hilfreiches Interesse bewiesen mir ferner die Herren Bibliothekar Endemann, Diözesanarchivdirektor Professor Dr. Jungnitz, Gerichtsassessor Dr. Matuszkiewicz und Stadtarchivdirektor Professor Dr. Wendt.

Düsseldorf, den 31. August 1912.

G. Croon.



# Inhaltsverzeichnis.

## I. Darstellung.

<b>Erstes Buch.</b> Die Vorläufer der landständischen Verfassung in Schlesien . . . . .	1
Das Verhältnis der Untertanen zum Landesherrn und zum Territorium S. 1. Der Kreis der zur Beratung zugezogenen Untertanengruppen S. 2. Die Entwicklung der Beratungstätigkeit S. 7.	
<b>Zweites Buch.</b> Die landständische Verfassung von Schweidnitz-Jauer . . . . .	19

### Erstes Kapitel.

Die Verfassung bis zum Jahre 1527 . . . . .	19
Die Landesprivilegien des 14. Jahrhunderts S. 19. Die Ausgestaltung der Verfassung unter dem Herzogshause bis zu dessen Aussterben S. 24. Ständische Politik und Verfassung von 1392—1527 S. 26.	

### Zweites Kapitel.

Die Landstandschaft der einzelnen Stände im 16. und 17. Jahrhundert . . . . .	39
Adel und Landsassen S. 39. Die Geistlichkeit S. 45. Die Städte S. 49. Der Bauernstand S. 57.	

### Drittes Kapitel.

Die Organe der Fürstentümer im 16. und 17. Jahrhundert . . . . .	63
1. Die Organe des Landesherrn: Der Landeshauptmann S. 63. Verzeichnis der Landeshauptleute S. 70. Verzeichnis der Amtskanzler S. 73. Das Lehnkanzleramt S. 74. Verzeichnis der Lehnkanzler S. 78. Die der Landeshauptmannschaft nicht unterstellten königlichen höheren Beamten: Obereinnehmer der Biergefälle, Zollamtman, Fiskal, Königsrichter S. 81.	
2. Die Organe der Landstände: Der Landtag S. 83. Landesälteste, Landesausschüsse und Landeskolleg S. 92. Der Landesbestallte S. 107. Verzeichnis der Landesbestallten S. 108. Der Landschreiber und das Landesarchiv S. 109. Verzeichnis der Landschreiber S. 112. Der Landessyndikus S. 113.	

### Viertes Kapitel.

Die einzelnen Gebiete der Verfassung und Verwaltung . . . . .	115
Die Gerichtsverfassung S. 115. Die Hofgerichte oder Hofdinge S. 118. Das Mannrecht S. 120. Das Zwölferrecht S. 123. Das Gericht von Amt, Land und Städten S. 125. Die Finanzverwaltung S. 127. Das Steuerbewilligungsrecht S. 127. Die Steuereinschätzung und -anteile S. 129. Die Steuererhebung S. 132. Verzeichnis der Obersteuereinnnehmer S. 139. Die Verwaltung des Heerwesens S. 140. Die Weichbildverfassung S. 147.	

### Schluß . . . . . 154

<b>Exkurse:</b> I. Die Zwecke der ältesten Einungen in Schlesien . . . . .	158
II. Landstandschaft und Burgenbesitz . . . . .	160
III. Die Vertretung der Fürstentümer Schweidnitz-Jauer auf dem schlesischen Fürstentag . . . . .	162
IV. Die Siegel der Fürstentümer Schweidnitz-Jauer in der böhmischen Zeit . . . .	163

## II. Quellen . . . . . 167—366

Register . . . . .	367
--------------------	-----



## Gebrauchte Abkürzungen und abgekürzt zitierte Literatur.

Kgl. St.-A = K. Staatsarchiv Breslau.

Rep. = Repositur, ebda.

Stadtarch. = Stadtarchiv Breslau.

Fü = Reichsgräfl. Hochberg'sche Majoratsbibliothek Fürstenstein, Manuskripte, Folio-Abteilung.

Reg. u. Schles. Reg. = Grünhagen, C. u. Wutke, K.: Regesten zur schlesischen Geschichte, Codex diplomaticus Silesiae, Bd. VII, 1—3; XVI, XVIII, XXII.

Cod. = Codex diplomaticus Silesiae, hrsg. vom Verein für Geschichte Schlesiens.

Script. = Scriptores rerum Silesiacarum, hrsg. von demselben.

Zeitschr. = Zeitschrift des Vereins für Geschichte Schlesiens.

Jau. Msc. = Jauersche Manuskriptensammlung [Rep. 135] im Kgl. St.-A.

S.-J. = Fürstentümer Schweidnitz-Jauer [Rep. 39] im Kgl. St.-A.

Arnold = Sammlung der wichtigsten kays. u. kön., auch herzogl. Privilegien, Statuten, Rescripten u. pragmat. Sanctionen des Landes Schlesien. 2 Bde. Krossen, Breslau u. a. a. O. 1736 u. 1739. S. auch Brachvogel.

v. Below = Georg v. B., Die landständische Verfassung in Jülich und Berg bis zum Jahre 1511. Zeitschr. d. bergischen Geschichtsvereins Bd. 21, 22, 26.

Biermann, Teschen; ders., Troppau-Jägerndorf = Otto B., Geschichte des Herzogtums Teschen. 2. Aufl. Teschen 1894; ders., Geschichte der Herzogtümer Troppau und Jägerndorf. Teschen 1874.

Böhme s. Nachricht.

Brachvogel = Kayser: u. königl. das Erbherzogthum Schlesien concernirende Privilegia, Statuta und Sanctiones pragmaticae. 6 Teile. Breslau 1713—1730. S. auch Arnold.

v. Czettritz = Hugo v. Cz., Geschichte des Geschlechts v. Czettritz u. Neuhaus. Görlitz 1907.

Fischer = Christ. Friedr. Em. F., Geschichte und Beschreibung der schlesischen Fürstenthumshauptstadt Jauer, größtentheils nach handschriftlichen Urkunden bearbeitet. 2 Bde. Jauer 1803—04.

Friedenberg = Joh. Anton v. F., Abhandlung von denen in Schlesien üblichen Rechten. 2 Teile. Breslau 1738—41.

Gierke = Otto G., Das deutsche Genossenschaftsrecht, I. Bd.: Rechtsgeschichte der deutschen Genossenschaft. Berlin 1868.

Gospo = Erich G., Die Politik Bolkos II. von Schweidnitz-Jauer (1326—1368). Hallenser Inaug.-Diss. 1910.

Grünhagen, Gesch. Schl. = Colmar G., Geschichte Schlesiens. 2 Bde. Gotha 1884—86.

Ders., Hussitenkriege s. Script. VI.

Gude s. Staat von Schlesien.

Hass = Martin H., Die landständische Verfassung und Verwaltung in der Kurmark Brandenburg während der Regierung des Kurfürsten Johann Georg (1571—1598). Berliner Inaug.-Diss. 1905.

Hintze = Otto H., Acta Borussia VI, 1.

Kries = K. G. K., Historische Entwicklung der Steuerverfassung in Schlesien unter Teilnahme der allgemeinen Landtags-Verhandlungen. Breslau 1842.

Kronthal u. Wendt s. Script. XIII u. XIV.

Lehnurk. = Grünhagen u. Markgraf, Lehn- u. Besitzurkunden Schlesiens und seiner einzelnen Fürstentümer im Mittelalter. Publik. a. d. preuß. Staatsarchiven Bd. 7 u. 16. Leipzig 1881 u. 1883.

Markgraf, Eschenloer s. Script. VII.

Markgraf, Podiebrad s. Script. VIII u. IX.

- Matuszkiewicz = Felix M., Die mittelalterliche Gerichtsverfassung des Fürstentums Glogau. Darst. u. Quellen zur schles. Geschichte, hrsg. v. Verein f. Gesch. Schles. Bd. 13. Breslau 1911.
- Müncheberg = Gustav M., Beiträge zur Geschichte der bäuerlichen Lasten in Mittelschlesien. Breslauer Inaug.-Diss. 1901.
- Nachricht, Böhme = Nachricht von der neueren Verfassung des Herzogthums Schlesien und dem Ursprunge derselbigen, aus den älteren Zeiten entworfen von F. W. B[öhme]. Frankfurt und Leipzig 1741.
- Opitz = Emil O., Die Arten des Rustikalbesitzes und die Laudemien und Markgroschen in Schlesien. Breslau 1904.
- Rachfahl = Felix R., Die Organisation der Gesamtstaatsverwaltung Schlesiens vor dem dreißigjährigen Kriege. Leipzig 1894.
- Schickfus = Jakob Sch., Neu vermehrte Schlesische Chronica und Landes-Beschreibung bis 1619. Jena und Breslau 1625.
- Schmidt = Friedrich Julius Schm., Geschichte der Stadt Schweidnitz. 2 Bde. Schweidnitz 1846 u. 1848.
- Script. VI: C. Grünhagen, Geschichtsquellen der Hussitenkriege. Breslau 1871.
- Script. VII: H. Markgraf, Historia Wratislaviensis von M. Peter Eschenloer. Breslau 1872.
- Script. VIII. IX: H. Markgraf, Politische Korrespondenz Breslaus im Zeitalter Georgs von Podiebrad. I. 1454 bis 1463. II. 1463—1469. Breslau 1873—74.
- Script. XIII. XIV: B. Kronthal u. H. Wendt, Politische Korrespondenz Breslaus im Zeitalter des Königs Matthias Corvinus I. 1469—1479. II. 1479—1490. Breslau 1893—94.
- Staat, Gude = Staat von Schlesien. o. O. u. J. [1708. Verf. Heinr. Ludw. Gude].
- Stenzel, Gesch. Schles. = Gustav Ad. St., Geschichte Schlesiens Bd. I. Breslau 1853.
- Stenzel, Heinrichau = G. A. St., Liber fundationis claustrae sanctae Mariae virginis in Heinrichow. Oder: Gründungsbuch des Klosters Heinrichau. Breslau 1854.
- Tzschoppe u. Stenzel = G. A. v. Tzsch. u. G. A. St., Urkundensammlung zur Geschichte des Ursprungs der Städte und der Einführung und Verbreitung deutscher Kolonisten und Rechte in Schlesien und der Ober-Lausitz. Hamburg 1832.
- Walther = Anton Balth. W., Silesia diplomatica oder Verzeichniß derer gedruckten Schlesischen Diplomatum, Privilegiorum, Landes-Gesetze, Statuten, Päpstlichen Bullen . . . und anderer zur Schlesischen Historie und Rechtsgelahrtheit gehörigen Urkunden und Nachrichten. 2 Teile, Breslau 1742; enth. Hinweise auf alle älteren Drucke bei Brachvogel, Lünig, Sommersberg, Weingarten u. a.
- Webner = Friedrich W., Zunftkämpfe in Schweidnitz bis zum Ausgang des Mittelalters. Breslauer Inaug.-Diss. 1907.

## I. Buch.

### Die Vorläufer der landständischen Verfassung in Schlesien.

1. Das Verhältnis der Untertanen zum Landesherrn und zum Territorium. Gegenüber den deutschen Landesherrn des 12. und 13. Jahrhunderts, die ihre Hoheitsrechte allmählich und stückweise erwerben mußten, befanden sich die schlesischen Fürsten aus piastischem Geblüt in der Zeit um 1163, als Schlesien innerhalb des polnischen Gesamtreichs eine Sonderstellung erlangte, bereits in völligem Besitz dieser Hoheitsrechte<sup>1)</sup>.

In Schlesien war es demnach nicht die Vereinigung einer Summe von Einzelrechten, die eine bevorrechtete Persönlichkeit zum Landesherrn machte; vielmehr konnte nur der berechtigte Besitz schlesischen Herrschaftsgebiets die Landeshoheit verleihen. Die vielen Erbteilungen der Piasten schufen immer neue Souveräne, mochte diesen nun ein bestimmtes großes Herrschaftsgebiet, ein ducatus, eine provincia, oder nur ein einzelnes Weichbild, eine terra im engsten Sinne zuteil werden.

Der Begriff der terra, des Territoriums, der in Altdeutschland sich erst entwickeln mußte, stand also in Schlesien schon in dieser Zeit fest<sup>2)</sup>. Er hat einer Entwicklung nur in dem Sinne bedurft, daß das durch Erbteilungen und Kämpfe aller Art veranlaßte Schwanken des äußeren Umfangs der Territorien einer Periode der Konsolidation Platz machen mußte, in der sich endgültig die einzelnen Herzogtümer herausbildeten, aus denen Schlesien vom 14. Jahrhundert ab bestand.

<sup>1)</sup> Vgl. Stenzel, Geschichte Schlesiens, S. 136 u. 157, der sie direkt Fürsten „von Gottes Gnaden“ nennt. Vgl. auch ebenda S. 139 und Tzschoppe und Stenzel, Urkundensammlung zur Geschichte des Ursprungs der Städte in Schlesien, S. 4 f.; S. 30, Anm. 4. Eine gute Übersicht über die Rechte der polnischen Herzöge gibt auch G. Biermann, Geschichte des Herzogtums Teschen, 2. Aufl. Teschen 1894, S. 32 f. Über die Herrschaftsrechte der deutschen Dynasten, z. B. derer von Jülich-Berg, vgl. G. v. Below, Die landständische Verfassung in Jülich und Berg bis zum Jahre 1511, Bergische Zeitschrift, Bd. 21 (1885), S. 175 f. <sup>2)</sup> 1236 werden bei der Vergabung von Steinau O.S. an die Breslauer Kirche die „nobiles tam de terra ducis Henrici, quam ducatu Opoliensi“ genannt. Grünhagen und Markgraf, Lehnurkunden, Bd. II, S. 299 f. Schles. Regesten 482 u. 483. 1249 wird das Zustimmungrecht der Barone und des Bischofs zur Auferlegung von Steuern der kirchlichen Güter mit der „utilitas et necessitas terre“ begründet. Reg. 690. Rachfahl, Die Organisation der Gesamtstaatsverwaltung Schlesiens, S. 62. Tzschoppe und Stenzel, S. 31 u. 39. Ebenso werden 1250 die sapientes terre erwähnt. Reg. 709. Tzschoppe und Stenzel, S. 318 f.; in demselben Jahre die „nobiles terre“, Reg. 710 und 1253 Dezember 13 die „utilitas et necessitas terre“, Reg. 856. Tzschoppe und Stenzel, S. 330. 1305 August 18 heißt es „terra Vratislaviensis“ und „homines terre“, Lehnurk. I, S. 64; 1312 Februar 29 „homines et subditi“ Reg. 3256 und Lehnurk. I, S. 120 f. 1321 Februar 24 wird der Schutz der „terra“ betont, Reg. 4098 und Tzschoppe und Stenzel, S. 502 f.; die Urkunde von 1329 Mai 9 spricht von den „fideles terrarum“, Reg. 4842 und Lehnurkunden I, S. 129, ebenso die Urkunde von 1329 Mai 10, Reg. 4844, Lehnurk. II, S. 19 und die Urkunde von 1335 Juni 7, Lehnurk. I, S. 136 f. Die Urkunde vom 19. Mai 1329 nennt „subditi“. Reg. 4845, Lehnurk. I, S. 305, ebenso die Urkunde vom 14. Juli 1342, Lehnurk. I, S. 318 f., s. auch folgende Anm.



Die Feststellung dieser Existenz des Territorialbegriffes ist von grundlegender Bedeutung für die Stellung des Landesherrn zu seinen Untertanen. Die Untergebenen des Landesherrn konnten ihm entweder auf Grund eines Lehn- oder Dienstverhältnisses, also durch rein persönliche Beziehungen verpflichtet sein, wie beispielsweise in Altdeutschland die Ministerialen und Vasallen<sup>1)</sup>, sie konnten ihm aber auch auf Grund ihres Verhältnisses zu einem bestimmten Territorium, als Landeseinwohner verpflichtet sein. In Schlesien mußte es früh zu einer Klärung dieses Verhältnisses kommen, da bei den häufigen Teilungen der Herzogtümer die Großen, die persönliche Beziehungen zu dem einen Landesherrn unterhielten, mit ihren Besitzungen aber dem Territorium eines andern Landesherrn zugeteilt wurden, vor die Entscheidung gestellt waren, welchem Landesherrn sie folgen sollten.

Solche persönliche Beziehungen waren so häufig ausschlaggebend, daß in die Teilungsurkunden mehrfach die Bestimmung aufgenommen wurde, daß der neue Landesherr seine neuen Untergebenen nicht hindern dürfe, zu ihrem alten Landesherrn überzugehen<sup>2)</sup>. Diese Bestimmung beweist aber andererseits durch ihre Existenz, daß grundsätzlich die Zugehörigkeit zum Territorium ausschlaggebend war für die Stellung der Untergebenen zum Landesherrn, daß der Landesherr also grundsätzlich nur solche Untergebene hatte, die in seinem Territorium ansässig waren. Die seit dem 14. Jahrhundert nachweisbare Huldigung<sup>3)</sup> ganzer Gebietsteile beruht auf dem Grundsatz, daß für den Einzelnen die Zugehörigkeit zum Territorium die Anerkennung des Besitzers des Territoriums zur Folge hat.

Das Bewußtsein der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Territorium mußte bald in den Bewohnern des Territoriums die Erkenntnis der Gemeinsamkeit bestimmter Interessen erwecken. Neben das Interesse des Einzelnen trat die in der Idee des Territoriums, des „Landes“, zusammengefaßte Gesamtheit der Einzelinteressen. Das Interesse des Landes wird dem des Landesherrn an die Seite und fernerhin gegenübergestellt. Der systematische Schutz der Landesinteressen erfordert die Organisation der Untergebenen und damit die Ausbildung der landständischen Verfassung.

2. Der Kreis der zur Beratung zugezogenen Untertanengruppen. Das Bewußtsein der Gemeinsamkeit bestimmter Interessen hat sich nicht bei sämtlichen Untertanen entwickelt, sondern nur in einigen oberen Ständen. Wohl aber erlangten diese oberen Stände die Berechtigung, dem Landesherrn gegenüber als Vertreter des ganzen Landes zu handeln<sup>4)</sup>. Auch die Erlangung dieser

<sup>1)</sup> Vgl. G. v. Below, a. a. O., S. 252. 1289 Januar 10 hält auch Herzog Kasimir von Oppeln-Beuthen es für zweckmäßig, zu betonen, daß seine Edlen zugleich auch die seines Herzogtums sind „et aliorum meorum et ipsius ducatus mei nobilium“, er nennt letztere auch „terrigenas meos“, Reg. 2099, in den Lehnurk. II, S. 413 f. mit dem falschen Datum „Januar 9“. Der Ausdruck terrigene, dem der deutsche Ausdruck „landlute“ entspricht, faßt auch in den Urkunden von 1341 Oktober 11, Tzschoppe und Stenzel, S. 550 und von 1350 Oktober 7, Lehnurkunden II, S. 213 f. die Edlen zusammen.

<sup>2)</sup> So heißt es in dem Vergleich von 1294 Mai 6 zwischen Heinrich V. von Breslau und Heinrich von Glogau: „und alle, di ir gut wollen vorkaufen oder vorwechseln, si sin ritter oder knechte oder burger, und wollen zu unsem vettern voren, die sulle wir nicht mit keynen dingen hindern“. Lehnurk. II, S. 3 f. Dieselbe Erlaubnis wird in der Urkunde von 1312 Februar 29 erteilt, Lehnurk. I, S. 120 f., Reg. 3256. Ein interessantes Beispiel für den Übergang eines beleidigten Vasallen zu einem anderen Landesherrn ist das des Thammo von Schellendorf; s. Schuchard, Die Stadt Liegnitz, Ein deutsches Gemeinwesen bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts, Berlin 1865, S. 100 f. <sup>3)</sup> Siehe im Folgenden S. 16. <sup>4)</sup> Vgl. darüber die Ansichten von O. Gierke, Das deutsche Genossenschaftsrecht I (Berlin 1868) S. 575 f. und v. Below a. a. O. S. 176 [siehe die

Berechtigung zur selbständigen Vertretung der Landesinteressen war erst das Resultat einer langen Entwicklung.

Ursprünglich waren es in Schlesien nur die Barone des Landes, die vom Landesherrn in wichtigen Landesangelegenheiten zu Rate gezogen wurden.

Diese Befragung der majores natu durch den Landesherrn entsprach ebenso sehr der alt-polnischen Auffassung von der Zweckmäßigkeit der Beratung des Landesherrn durch seine Großen, wie der altgermanischen<sup>1)</sup>.

Daß der Landesherr ursprünglich nur seine Barone zur Beratung zuzog, ist einerseits daraus zu erklären, daß auch in der Gerichtsverfassung nur Barone als Beisitzer des hohen Landgerichts auftreten<sup>2)</sup>, andererseits daraus, daß lange gar keine anderen Stände<sup>3)</sup> vorhanden waren, die auf Grund politischer und kultureller Entwicklung eine Erwartung auf Zuziehung zu den Beratungen hegen konnten.

Die Barone besaßen keinen rechtlichen Anspruch auf die Erteilung ihres Rats. Ebenso wie in der polnischen Gerichtsverfassung der Landesherr als oberster Richter von dem Rat seiner Beisitzer völlig unabhängig war<sup>4)</sup>, so war er es auch in der politischen Verfassung. Wenn für ihn eine Verpflichtung zu regelmäßiger Befragung bestanden hätte, so würden die uns erhaltenen landesherrlichen Urkunden entweder regelmäßig die Beratung der Großen erwähnen oder sie als selbstverständlich regelmäßig verschweigen, nicht aber, wie es der Fall ist, sie nur in einer Anzahl von Einzelfällen hervorheben. Es ist also anzunehmen, daß der Landesherr die Befragung der Großen für angemessen hielt, ohne daß ein rechtlicher Anspruch bestand<sup>5)</sup>.

dortige Literatur] und Berg. Ztschr. 22, S. 13, Anm. 51; ferner A. Luschin v. Ebengreuth, Die Anfänge der Landstände, Hist. Zeitschr., Bd. 78, S. 430 f. Der Grundsatz, daß wenige die Gesamtheit vertreten konnten, galt, wie später innerhalb der Gesamtheit der Stände, so schon früh innerhalb jedes einzelnen Standes. 1289 Januar 10 heißt es „barones, nobiles et terrigenas meos de unanimi eorum consensu, nonnullis etiam ipsorum presentibus“ [Lehnurk. II, S. 413 f.], d. h. wenige brachten den Willen der Gesamtheit des Adelsstandes zum Ausdruck. 1290 wurde für Breslau bestimmt, daß die Beschlüsse der Ältesten und des Rats auch für die abwesenden Ältesten rechtskräftig würden, Tzschoppe und Stenzel, S. 242 u. 508 f.

<sup>1)</sup> Vgl. W. A. Maciejowski, Slavische Rechtsgeschichte, deutsche Übersetzung, 1. Teil (Stuttgart und Leipzig 1835) S. 80 f. Über den geringeren Einfluß der polnischen und schlesischen Geschlechter, S. 81. Die Arbeiten von Hube über slavisches Recht waren mir leider nicht zugänglich; vgl. auch Roepell, Geschichte Polens, Bd. I, Hamburg 1840 S. 547, 558. <sup>2)</sup> Rachfahl a. a. O., S. 37 f. Die Reg. 1489, 1801, 1831 u. a. erwähnen nur Barone

<sup>3)</sup> Der zweifellos vorhanden gewesene niedere Adel, die militelli, war eine Kriegerklasse, die sich erst seit dem 13. Jahrhundert durch das Geburtsprinzip abschloß [vgl. Rachfahl a. a. O., S. 14 f., 48, s. auch Reg. 1830 (1284 Juli 29)], und politisch ohne Einfluß war. Stenzel, der eine Scheidung zwischen hohem und niederem Adel leugnete (siehe Heinrichauer Gründungsbuch, S. 2 u. 15, 148 f.) unterschied nur zwischen einflußreichem und einflußlosem Adel, vgl. Tzschoppe und Stenzel, a. a. O., S. 54, siehe auch Stenzels Geschichte Schlesiens S. 188. <sup>4)</sup> Felix Matuszkiewicz, Die mittelalterliche Gerichtsverfassung des Fürstentums Glogau, Darstellungen und Quellen zur schlesischen Geschichte, Bd. 13, Breslau 1911, S. 7 weist dieses für den polnischen Richter im allgemeinen nach.

<sup>5)</sup> Maciejowski, a. a. O., S. 81. Darum betont Heinrich IV. 1270 November 24: „de ubertate quoque sanioris baronum nostrorum consilii fideliter informati“, von einem Zwang kann hier keine Rede sein, Lehnurk. I, S. 61 f. [Reg. 1349]; 1278 Juli 28 heißt es sogar klar: „communicato maturo consilio baronum nostrorum, nostra etiam ad hoc accedente omnimoda voluntate“. Tzschoppe und Stenzel, S. 391 f. Reg. 1572; ebenso handelt 1280 Juli 1 Heinrich V. von Liegnitz „ex libera nostri arbitrii voluntate et de consilio nostrorum militum“, Tzschoppe und Stenzel S. 394, Reg. 1634. 1296 Februar 4 will Heinrich V. von Breslau eine Schenkung, die er auf dem Krankenlager zu Liegnitz gemacht hat, später zur größeren Befestigung vor den Breslauer Baronen und Bürgern wiederholen; aber die Schenkung soll auch gelten, wenn es nicht zu dieser formellen Bekräftigung kommt. Stenzel,



Es entsprach dem Bedürfnis der Bürgschaftsleistung und der Zeugenschaft, daß eine Befragung eines weiteren Kreises von Interessierten stattfand. In derselben Weise läßt sich ja sowohl in Privaturkunden<sup>1)</sup> wie in Bischofs-<sup>2)</sup> und Klosterurkunden<sup>3)</sup> ein Beirat nachweisen, wie denn auch in den Städten die Befragung der „seniores“ seit früher Zeit gebräuchlich ist<sup>4)</sup>.

In Wirklichkeit kam es allerdings weniger auf das Rechtsverhältnis an, als auf das tatsächliche Machtverhältnis.

Bei der größeren Geschlossenheit der Territorien, als in Altdeutschland, war die Macht der Barone dem Landesherrn gegenüber von vornherein größer. Ihre Ansprüche drängten wie eine gespannte Feder auf die Beteiligung an der Landesregierung hin. Sobald die Macht des Landesherrn bei Streitigkeiten, unglücklichen Kriegen oder infolge von Teilungen und von finanzieller Schwäche sank, siegte regelmäßig der Wille der Großen<sup>5)</sup>.

Zu den Baronen traten, vornehmlich seit der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts, als beratender Stand die deutschen Ritter hinzu. Das Maß an Pflichten und Rechten wurde nunmehr im Lehnverhältnis zum Landesherrn fest bestimmt<sup>6)</sup>. Je öfter aber die Forderungen des in immer größere

Geschichte Schlesiens, S. 272 und Reg. 2402. Es geht daraus hervor, daß die Befragung der Untertanen und ihre Zeugenschaft eine Art Bürgschaftsleistung für die Durchführung des Rechtsgeschäfts bedeutete, wie es denn auch 1297 heißt [Reg. 2449]: „Ne autem talis donacio per nos neque per nostros posteros infringatur, presentem litteram de communi consensu nostrorum civium Opoliensium sibi dari iussimus“, siehe den Abdruck von Konrad Wutke in Oberschlesische Heimat, Zeitschrift des Oberschlesischen Geschichtsvereins, Bd. V (Oppeln 1909) S. 175 f. Dieselbe Begründung gibt 1336 August 29 (Lehnurk. II, S. 128 f.) Herzog Bolko v. Münsterberg: „ad maiorem autem cautela[m] et evidenciam firmiorem expetiimus voluntatem et consensum predictorum vasallorum nostrorum et civitatum nostrarum consulum . . .“. Auch 1324 November 1 handelt Boleslaus III. von Liegnitz „De mera voluntate nostra, consensu et assensu nostrorum sapientum virorum, auxilio consilioque eorum[m] matura prehabito“. Tzschoppe und Stenzel, S. 510. Ferner sind viele Fälle nachzuweisen, in denen eine Befragung der Fideles gar nicht erwähnt wird, so Lehnurk. I, S. 165 f. (1345 August 12) und ebda. I, S. 308 f. (1337 Januar 9), ebenso Fälle des reinen Despotismus, wie denn Bolko II. von Schweidnitz eine Urkunde ohne Widerspruch der Beteiligten zerreißt. Vgl. Gospos. Die Politik Bolkos II. von Schweidnitz-Jauer, S. 106. (Kgl. Staatsarch. Rep. 132a. Stadt Reichenbach, Urk. Nr. 10.) Gewiß wird 1249 (Reg. 690) schon früh ein Zustimmungsrecht für einen besonderen Fall erwähnt, aber im allgemeinen dürfte der „consensus et assensus“ im 13. Jahrhundert mehr angenehm, als notwendig gewesen sein.

<sup>1)</sup> So 1276 Juni 15 „de consilio amicorum nostrorum“, Tzschoppe und Stenzel, S. 390, Reg. 1509; 1310, Reg. 3140; 1326, Reg. 4538; 1332, Reg. 5097; 1343 Mai 2, Lehnurk. II, S. 29. Unter der Zustimmung der Freunde ist nicht nur die nach dem altpolnischen Besitzrecht bei Verkäufen erforderliche Zustimmung der Familie zu verstehen.

<sup>2)</sup> 1189 handelt der Breslauer Bischof „consilio simul et consensu majorum personarum chori Vratislaviensis“ Reg. 55; siehe auch Reg. 149; 226; 230; 238!; 246; 259; 260; 265; 266; 268; 291; 303; 314; 316; 339; 485; 522; 637!; 688; 759; 761; 762; 840; 925; 1046; 1185!; 1303; 2355; 2603; 2873; 2924; 3486; 3832; 3994. Über die selbstständige Stellung des Domkapitels vgl. auch Lehnurk. II, S. 219 (1358 Juli 26); II, S. 33 (1358 Sept. 26); II, S. 226 f. (1359 Februar 8); II, S. 231 f. (1382 Mai 27); II, 234 f. (1383 Januar 1); II, S. 40 f. (1419 Sept. 6). <sup>3)</sup> Reg. 259; 390; 554; 808; 809; 962; 1187; 1354; 2860; 3569 (Tzschoppe und Stenzel, S. 498); Nachtrag zu Reg. 4737; 4448!; 4530; 5235.

<sup>4)</sup> Für das frühzeitiger, als im schlesischen Staatsleben entwickelte Recht der Bürgerversammlung und der Ältesten zu entscheidender Anteilnahme an der Stadtverwaltung vgl. Tzschoppe und Stenzel, S. 212, 229 f., 242, 416 f., 420 f., 508 f., 517 f. Stenzel, Geschichte Schlesiens, S. 230, Reg. 2121, 2237, 2266, 3589, 3655, 4751, 4871, 4911. Lehnurk. II, S. 214 f. (1351 November 1).

<sup>5)</sup> Vgl. z. B. Stenzel, Heinrichauer Gründungsbuch, S. 20—22. Reg., Codex dipl. Sil., Bd. VII, 1, S. 259 f., (um 1242) und 312 f. (1249), Reg. 900, Reg. Codex Bd. VII, 2, S. 225 (1277 Februar 18), Stenzel, Geschichte Schlesiens, S. 68, Tzschoppe und Stenzel, S. 55, Anm. 3; Grünhagen-Geschichte Schlesiens I, S. 96, 156 f. <sup>6)</sup> Die Rechte und Pflichten des Adels, die schon Stenzel im wesentlichen festgestellt hat, waren folgende: 1. Der Besitz der Hof- und Staatsämter, soweit nicht Geistliche in Betracht kamen [Tzschoppe und Stenzel, S. 54 f.] 2. Der ausschließliche Gerichtsstand vor dem Landesherrn und dem höchsten Landes-

finanzielle Bedrängnis geratenden schlesischen Landesherrn des 13. und 14. Jahrhunderts über dies Maß an Pflichten hinausgriffen, desto öfter gelang es der deutschen Ritterschaft, die sich stets mächtiger konsolidierte und den polnischen Adel durch ihren Einfluß verdrängte oder aufzog, ihr Maß an Rechten zu erweitern. Statt, wie früher, nur den Rat von Angehörigen des Adels einzuziehen, bedurfte der Landesherr bei solchen Forderungen nunmehr ihrer Zustimmung. Diese Zustimmung aber erlangte er nur durch Konzessionen, und solche lagen, wie auf dem politischen Gebiet, so auch auf dem wirtschaftlichen, namentlich in der Überlassung der meisten oder aller herzoglichen Rechte einschließlich der Grundgerichtsbarkeit an die ritterlichen Gutsheeren<sup>1)</sup>.

In praktisch noch bedeutungsvollerem Maße entwickelte sich das Recht der Zustimmung in der seit der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts hervortretenden dritten Gruppe der „Fideles“, dem deutschen Bürgertum. Dieses bildete um seiner wirtschaftlichen und kulturellen Blüte willen das Element, aus dem der keimende Baum der ständischen Verfassung im schlesischen Teil des Polenreiches die beste Kraft zu ziehen vermochte. Die über Erwarten günstige Entwicklung der deutschen Städte, die nur mit bestimmten Abgaben und Pflichten belastet waren<sup>2)</sup>, ließ die Landesherrn immer wieder zu außerordentlicher Besteuerung ihrer Städte schreiten. Die Städte nahmen einzeln diese Mehrbelastungen, aber nur unter Betonung der Freiwilligkeit ihrer Leistung und gegen eine Fülle von Konzessionen und Privilegien wirtschaftlicher Natur<sup>3)</sup> auf sich, bis sie, durch un-

gerichtet [vgl. dazu Rachfahl und Matuszkiewicz, a. a. O., ferner die Vorrechte der Urkunden von 1329 Mai 9, Lehnurk. I, S. 129 und 302 f.; 1329 Mai 10, ebda. II 19; 1329 Mai 19, ebda. I, S. 305]. 3. Die Dienstfreiheit der Güter von aller solutio servilis [vgl. Reg. Cod. VII, 1, S. 354 (1230)], von Geleit, Frohnfahren, Hand- und Spanndiensten zur Landesverteidigung, von Einquartierungen und Fouragelieferungen [so noch im dreißigjährigen Krieg, vgl. Fü. Msc. 236, 10, S. 754, 836; Fü. 238, 6, S. 818 f.; Kgl. Staatsarch., Rep. 211b, Striegau Nr. 3, S. 132], Freiheit von der Dorfordnung (Tzschoppe und Stenzel, S. 154, Anm. ). 4. Pflicht zur Zahlung des Hufenschosses, des Münzgeldes und der Lehnware (Tzschoppe und Stenzel, S. 7, 10 f.). Der Adel widerstrebt aber nicht nur erfolgreich der Erhöhung dieser Abgaben, sondern befreit sich großenteils ebenso von diesen (Tzschoppe und Stenzel S. 191, 550 f., Opitz, die Arten des Rustikalbesitzes, S. 95), wie von der versuchten Auferlegung von Beden und außergewöhnlichen Hülften (Tzschoppe und Stenzel, S. 153, Kgl. Staatsarch., Rep. 39, S.-J. II, 1a f. 163 „daß wir von alters der hulfen halber freigeit“). 5. Pflicht zum Kriegsdienst innerhalb und außerhalb des Landes, außerhalb gegen besondere Entschädigung. Der Adlige dient zu Roß; nur in Oberschlesien werden arme Adlige, die kein Pferd ausrüsten können, zum Fußvolk geschlagen. (Kgl. Staatsarch., Rep. 45, Standesherrsch. Beuthen-Oderberg VII 3c, S. 12 und 21.) Ferner kommen noch in Betracht das Recht des freien Zehnten nach Ritterrecht (Stenzel, Geschichte Schlesiens, S. 163, 189) und der durch landesherrliche Verleihung zu einem adeligen Vorrecht entwickelte Besitz der Gerichtsbarkeit über die Gutsinsassen; vgl. auch G. Biemann, Troppau-Jägerndorf, S. 397 f., ders., Teschen, S. 162 f.

<sup>1)</sup> Vgl. über das jus ducale Tzschoppe und Stenzel, S. 9 f., 154, Anm. 3, 166 f.; Stenzel, Urkunden des Bistums Breslau, S. 305—307; Opitz, Rustikalbesitz, S. 13, 27, 30, 32, 42, Anm. 2, 50; Rachfahl a. a. O., S. 50 f. und 53; Haeusler, Geschichte des Fürstentums Öls, Breslau 1883, S. 80, Anm. 6. Vgl. auch über die Verschleuderung des herzoglichen Fürstenrechts auf den Gütern die Notiz von W. Wattenbach in Zeitschr. 3, S. 201; Reg. 5158, 5195; Rep. 135, Jau. Msc. 55, S. 19. <sup>2)</sup> Vgl. Tzschoppe und Stenzel, S. 182—212: Die Stadt bildet einen eigenen Gerichtsbezirk, ist Markt, ist befestigt, die Bürger sind persönlich frei. Die Stadt muß eine Grundsteuer, das Geschoß, zahlen, sowie das Münzgeld und spezielle Abgaben. Zur Tragung erhöhter ordentlicher Abgaben und außerordentlicher Steuern ist die Stadt nicht verpflichtet, wohl aber zur Landesverteidigung, vgl. z. B. Reg. 593. Über die polnische Stadt siehe Tzschoppe und Stenzel, S. 100. Bezeichnend für die schon im 14. Jahrhundert beim Bürgertum nachweisbare Wohlhabenheit ist die 1339 erfolgte Verpfändung der Weichbilder Liegnitz und Hainau an drei Breslauer Bürger, vgl. C. J. Schuchard, Wenzel I, Herzog von Liegnitz, (Berlin) 1866, S. 8 f. <sup>3)</sup> Vgl. z. B. Tzschoppe und Stenzel, S. 188, 197, 201, 208, 233, 242, 244 f., 252, 397, 402 f. u. ö. Stenzel, Geschichte Schlesiens, S. 110, (Reg. 2182), S. 225 f. Grünhagen, Geschichte Schlesiens, I, S. 153, 174 f., desgl. Reg. 1776, 2266, 3134, 3162. 1286 Mai 7 (Rep. 1959; Tzschoppe und Stenzel, S. 403 f.), heißt es bei der Einsetzung von Ratibor zum Oberhof:



ausgesetzte Forderungen gereizt, erst einzeln<sup>1)</sup>, später geschlossen dem Landesherrn die Anerkennung ihres Zustimmungsrechts zu Steuerforderungen abranzen. Einzelne Befragungen von Städten und Bürgern sind schon während des 13. Jahrhunderts nachweisbar<sup>2)</sup>. Seitdem um 1277 für die Weichbilder eines schlesischen Fürstentums ein Sicherheitsausschuß aus Rittern und Bürgern gebildet worden war<sup>3)</sup>, gewann das bürgerliche Element von Jahrzehnt zu Jahrzehnt an Bedeutung. Völlig selbständig tritt im Jahre 1290 die Bürgerschaft von Breslau auf<sup>4)</sup>, indem ihre Vertreter zugleich mit dem Adel ihres Landes Beratungen abhalten und die Besetzung des heimischen Thrones regeln. Seit dem Beginn des 14. Jahrhunderts läßt sich in den meisten Fürstentümern die Teilnahme des Bürgertums an den Beratungen nachweisen<sup>5)</sup>. Der erste unzweifelhaft festzustellende politische Zusammenschluß von Städten ist der der Städte des Glogauer Landes aus dem Jahre 1310<sup>6)</sup>. Als 1311 in dem Fürstentum Schweidnitz die erste nachweisbare Beratung des Landesherrn mit den beiden Ständen, Rittern und Bürgern, in einem Rechtsfall stattfand<sup>7)</sup>, war es das Verlangen der Städte, das hier treibend gewirkt hatte. Dieser Fall läßt zugleich erkennen, daß auch die Schweidnitzer Städte schon gemeinsam ihren Willen zum Ausdruck brachten, also untereinander eine gewisse Verbindung besitzen mußten.

„considerata fidelitate civium nostrorum de Ratibor, quos dignos ducimus multis gratiarum actionibus pro eo, quod omni terrore semoto nobis, prout decuit, astisterunt viriliter“ . . . ; Schweidnitz erhält 1328 Juli 24 das Recht der Willkürsetzung, „quia corpus et res exponere non pavesunt“; Tzschoppe und Stenzel, S. 230, 517 f. (Reg. 4751).

<sup>1)</sup> 1321 März 27 erbittet Boleslaus III. von Liegnitz von den Liegnitzer Bürgern ein Hilfsfeld gegen das Versprechen, nie wieder einen ungewöhnlichen Schoß zu fordern, Reg. 4105; Stenzel, Geschichte Schlesiens, S. 132. 1329 verspricht Herzog Boleslaus III. von Liegnitz der Stadt Goldberg, sie nicht mit ungewöhnlichen Hilfen und Bescherungen zu belästigen. Tzschoppe und Stenzel, Urk. Nr. 139 und ebda. S. 531, Anm. 4. <sup>2)</sup> 1261 September 15 (Reg. 1091) sind Löwenberger Bürger Zeugen, 1275 sind Bürger zu Jauer Zeugen, (Reg. 1483, Fischer Geschichte von Jauer, I, S. 207 f.). 1282 (Reg. 1690) und 1284 (Reg. 1772) kommen Schweidnitzer Bürger als Zeugen vor. 1287 Januar 10 besiegelt die Stadt Frankenstein eine Urkunde ihres Vogts; Pfotenhauer, Urkunden des Klosters Kamenz, Cod. dipl. Sil., X, S. 35. 1288 Juli 4 wird ein Bürger von Jauer als Locator genannt, Fischer, a. a. O., I S. 208 f., (Reg. 2074). 1290 Dezember 31 (Tzschoppe und Stenzel, S. 409 f. und Reg. 2173) holt Bischof Thomas II. von Breslau bei der Einsetzung von Neiße zum Oberhof den Rat von Bürgern ein. 1291 Oktober 31 (Reg. 2209) sind Breslauer Bürger, 1293 Juni 17 (Reg. 2283) Liegnitzer Bürger Zeugen, 1297 (Reg. 2449) findet sich die Zustimmung der Bürger von Oppeln, 1301 August 10 (Reg. 2653) der Beirat der Liegnitzer Konsuln. <sup>3)</sup> Rachfahl a. a. O., S. 53 und Reg. 1554, siehe auch im Folgenden, Cap. 3, Älteste und Ausschüsse. <sup>4)</sup> Vgl. Reg. 2144 (1290 Juni 27), Grünhagen, Geschichte Schlesiens, I, S. 118. <sup>5)</sup> Vgl. Reg. 3589 (1316) Zustimmung der Steinauer Bürger; Reg. 3655 (1317) Zeugnis der „seniores cives“ von Strehlen; s. auch Grünhagen, Geschichte Schlesiens I, S. 168, 175, 186. 1340 Februar 3 sind Bürger von Wartenberg Zeugen, Lehnurk. II, S. 27; 1346 September 13 huldigen Mannen und Bürger von Goldberg, und dieselben werden für eine etwaige Teilung herzoglicher Lande als Schiedsrichter in Aussicht genommen, Lehnurk. I, S. 329 f. Stenzel, Geschichte Schlesiens, S. 274. Im 15. Jahrhundert ist die Schiedsrichterstellung des Bürgertums häufiger, vgl. Lehnurk. I, S. 366 (1420 November 13) und II, S. 46 f. (1421 September 18). <sup>6)</sup> Vgl. Reg. 3150 (1310 Juni 29) und Stenzel, Geschichte Schlesiens, S. 272 f., Minsberg, Geschichte von Glogau I, S. 182, Rachfahl, a. a. O., S. 61, Anm. 2. Wenn Herzog Nicolaus von Troppau 1305 December 18 (Lehnurk. II, S. 465 f.) seinen vier Städten Troppau, Leobschütz, Jägerndorf und Freudenthal gemeinsam ihre Freiheiten bestätigt, so liegt die Vermutung nahe, daß die Städte schon zueinander in engen Beziehungen standen. 1311 Juni 16 huldigen auch dieselben Städte, mit Ausnahme von Freudenthal, gemeinsam. Lehnurk. II, S. 467. Über spätere Bünde vgl. Stenzel, Geschichte Schlesiens, S. 133, 273. Grünhagen, Geschichte Schlesiens, I, S. 218 [vgl. dazu Lehnurk. II, S. 237, 1383 Januar 1]. <sup>7)</sup> Reg. 3225 (1311 September 29) „de provido et maturo consilio suorum nobilium et magnatum pariterque dictante iudicio sive arbitrio civium civitatum suarum omnium“, vgl. auch 1321 Februar 24 (Reg. 4098), Tzschoppe und Stenzel, S. 502 f. und 1326 Mai 25 (Reg. 4541).



Die Teilnahme der Geistlichkeit als eines geschlossenen Standes an politischen Beratungen ist erst das Resultat der bis in das 15. Jahrhundert hineinreichenden Entwicklung der geistlichen Stifter zu Grundherrschaften<sup>1)</sup>, die sich trotz zahlreicher Steuerprivilegien den neuen Landessteuern nicht entziehen konnten<sup>2)</sup>.

3. Die Entwicklung der Beratungstätigkeit<sup>3)</sup>. Die Art, in der der Landesherr den Rat seiner Untergebenen einholte, schwankte ursprünglich. In Altpolen waren Gerichtsverfassung und politische Verfassung nicht so getrennt, daß nicht bei Gelegenheit von Gerichtsversammlungen politische Beratungen stattgefunden hätten. Die Colloquia waren zugleich Gerichtstage und Landesversammlungen<sup>4)</sup>. Daß sie nicht als eigentliche Landtage im späteren Sinne<sup>5)</sup> anzusprechen sind, ergibt sich schon daraus, daß der Landesherr nicht an den Beschluß der Versammlung gebunden war. Zum Begriff des Landtags gehört aber die Bindung des Landesherrn an dessen Zustimmung. Ferner ist es die Frage, ob sich seit der mit der deutschen Einwanderung einsetzenden Bildung einmal eines deutschen Adels, dann des deutschen Bürgerstandes die Gerichtsversammlung des Territoriums überall mit der politischen Versammlung deckte. Der deutsche Ritter stand keinesfalls sogleich und nicht regelmäßig auf dem Colloquium vor polnischen Baronen zu Gericht, sondern vor dem deutschen Hofgericht des Landesherrn<sup>6)</sup>. Ebenso hatte das deutsche Bürgertum seine eigene Gerichtsverfassung<sup>7)</sup>. Der Landesherr hätte also zu politischer Beratung besondere Versammlungen berufen müssen; diese aber sind erst die Folge ständischer Forderungen, also das Merkmal einer späteren Zeit.

Unter der Zusammenkunft von Getreuen und Ältesten nämlich, auf deren Rat der Landesherr

<sup>1)</sup> Rachfahl a. a. O., S. 47. <sup>2)</sup> Stenzel, Geschichte Schlesiens, S. 158; siehe auch Lehnurkunden, II, S. 231 f. (1382 Mai 27): „berna, tallis seu exactionibus ac ceteris gravaminibus exceptis, ad quas et que non recognoscimus nos teneri.“ Über die seit dem 15. Jahrhundert nachweisbare politische Tätigkeit vgl. z. B. Lehnurk., II, S. 148 f. 1443 April 25 wählen die geistlichen und weltlichen Stände von Münsterberg Herzog Wilhelm von Troppau zum Herrn. Die politische Tätigkeit der Geistlichkeit im 13. Jahrhundert bespricht Burandt, Die politische Stellung des Breslauer Bistums unter Thomas I. (1232—1268), Breslauer Inaug.-Diss. 1909, S. 8. <sup>3)</sup> Die schlesischen Regesten haben leider häufig die Beratungstätigkeit von Adel und Bürgern gar nicht erwähnt, so Reg. 1542, 1572, 1601, 1634, 2141, 2146, 2173, 2431, 4277, 4558, 4658, 4662 u. ö. <sup>4)</sup> Stenzel, Geschichte Schlesiens, S. 149 f. Rachfahl a. a. O., S. 37 f., siehe ebda. Zusammenstellung über die ältesten Colloquien; vgl. dazu die Grotfendische Sammlung, Kgl. Staatsarch., Rep. 135, E 149 e und f., und Matuszkiewicz, S. 12 f. Fragen allgemeiner politischer Art wurden mehrfach erledigt, so 1228 August 1 die Frage der Befestigung der Burg Oppeln (Reg. Codex, VII, S. 172 f.); 1248 der Streit um die Rechte der Kastellane zu Militsch [Reg. 668 b und Reg. 703 (1249 Juni 26), Tzschoppe und Stenzel, S. 315]; 1254 Juni 4 Beratungen „de liberatione comitis Mrozkonis et de structiione castrorum“, Reg. Cod. VII, 2, S. 41; 1262 Steuer- und Zehntenfragen [Reg. 1126 und 1144]; 1286 der Streit des Breslauer Herzogs mit dem Bischof, Cod. VII, 3, Reg., S. 84. Andererseits sind aus den Colloquien, wie Matuszkiewicz nachgewiesen hat (S. 18, S. 40), zwar die schlesischen Manngerichte entstanden; sie sind aber nicht die Vorläufer der späteren Landtage. Offenbar also waren die Rechtsfälle das eigentliche Arbeitsgebiet der Colloquien, vgl. z. B. Reg. Cod. VII, 1, S. 170, Reg. 365 (Stenzel, Geschichte Schlesiens, S. 146); ebda. S. 265, Reg. 610 und ebda., S. 272 f. (Stenzel, Geschichte Schlesiens, S. 150 ff.); Reg. 654 (Stenzel, Geschichte Schlesiens, S. 152 f.); Reg. 668 b, 721, 723, 2463, 3332. <sup>5)</sup> Stenzel, Geschichte Schlesiens, S. 149 f. und 188. Vgl. die interessante Schilderung des Verfahrens bei diesen Tagen bei Stenzel, Gründungsbuch des Klosters Heinrichau, Breslau 1854, S. 25, 53. <sup>6)</sup> Rachfahl. S. 72. Matuszkiewicz, S. 37 ff. stellt die Teilnahme des deutschen Adels an den Colloquien des Fürstentums Glogau fest und erklärt das „Mannrecht“ im Gegensatz zur bisherigen Auffassung als die Fortsetzung der Colloquien. Es handelt sich aber dabei nur um Gerichtsausschüsse, keine Vollversammlungen. <sup>7)</sup> Tzschoppe und Stenzel, S. 182.

des 12. und 13. Jahrhunderts in der Regel seine Entscheidungen stützt, können im allgemeinen keine förmlichen und umfassenden politischen Versammlungen verstanden werden.

Vor allem bildet den Kern der fideles ein aus Baronen, Rittern und Geistlichen zusammengesetzter fester landesherrlicher Rat, dessen Bestehen mindestens seit der Mitte des 13. Jahrhunderts nachzuweisen ist. Eine Anzahl von Nachrichten nennt direkt das *consilium ducis* und die herzoglichen *consilarii*<sup>1)</sup>. Ferner kehrt in den Zeugenreihen vieler Urkunden, die an den verschiedensten Orten eines Territoriums ausgestellt sind, eine Anzahl von Namen so oft wieder, daß schon deshalb ein aus dauernden Begleitern des Herzogs zusammengesetzter enger Rat bestanden haben muß<sup>2)</sup>. Es ist naturgemäß, daß diese herzoglichen Räte entweder aus dem „Hofgesinde“,

<sup>1)</sup> 1283 April 28, Reg. 1749b: *consilarii*, vgl. Häusler, Urkundenbuch des Fürstentums Öls, S. 119; 1310 März 19 Reg. 3124). Besonders charakteristisch ist die Stelle in der *Chronica principum Polonie*, hrsg. von Stenzel in *Script. rer. Sil. I*, S. 129 (um 1323—1327): „Et quia dux Boleslaus intentum suum habere non potuit, consilio ducis Heinrici cepit insidias ponere ac eis, qui de consilio fuerunt, mala inferre“; vgl. dazu die deutsche Übersetzung, Anm. 3: „begonde her zu trachten, das her möchte was Arges beibringen den redten Heynrici“. Die Erzählung schildert dann, wie Nicolaus de Bancz, „qui fuit de consilio ducis“, gefangen genommen wird. 1326 (Reg. 4495) werden als Zeugen des Herzogs getreue Räte genannt; ebenso 1327 Juli 6 (Reg. 4662) „de consilio nostrorum consiliariorum“; 1332 (Reg. 5082); 1332 (Reg. 5158); 1336 August 29 (Lehnsurk. II, S. 128 f.) „maturo consiliariorum, vasallorum et civitatum consulum . . . consilio“; 1337 März 27 (Lehnsurk. I, S. 145) „previo consiliariorum consilio“; 1337 August 27 (Lehnsurk. I, S. 147 f.) „consiliariorum consilio“; ebenso 1339 Januar 21 (Lehnsurk. II, S. 25); 1343 Oktober 14 (Lehnsurk. II, S. 136 f.) findet sich „consilium“ und „consilarii“ nebeneinander. Es huldigen Bürger und Mannen des Frankensteiner Gebiets, nachdem sie „ad consilium“ d. h. zur Beratung berufen worden sind, und Herzog Nicolaus von Münsterberg besiegelt die Huldigungsurkunde nach Beratung mit seinen „Fideles“ und „Consilarii“ d. h. den vorerwähnten getreuen Untertanen und seinen Räten; 1421 September 18 (Lehnsurk. II, 46 f.) „mit rate unser eldisten rehten, mann, stete und dyner“. Gewiß ist oft zwischen den Ausdrücken „Räte“, „Älteste“, „Hauptleute“ (so 1385 September 9, Lehnsurk. I, S. 198 f. „eldste adir heuptleute“) und „Sapientes“ nicht zu scheiden, vgl. 1323 August 10 (Reg. 4277); 1324 November 1 (Tzschoppe und Stenzel, S. 510); 1326 (Reg. 4536); 1329 Mai 25 (Reg. 4848); 1348 August 11 (Lehnsurk. II, S. 644); 1396 Juni 23 (Lehnsurk. I, 349 f.); 1420 November 13 (Lehnsurk. I, 366); 1427 Februar 14 (Grünhagen, *Scriptores VI*, S. 51, 71).

<sup>2)</sup> Die Ratgeber waren meist ohne Zweifel zugleich die Zeugen, die in den Urkunden genannt werden; so heißt es im Landbuch von Schweidnitz-Jauer (Rep. 39. S.-J. III 15 C., Bl. 53a) zum Jahre 1372: „mit rate unser getruwen manne, die unden zu geezeugen geschriben steen“. Einzelne Namen von Räten, die z. B. 1250 (Reg. 709) in einer Urkunde vorkommen, wie Graf Mrotszco, Graf Albert mit dem Barte, Graf Jaxa, Graf Johannes von Würben, sowie die Namen Boguslaus, Notar Konrad, Schenke Konrad, Graf Günther, Graf Razlaus, Pribeo, Kämmerer Laurentius sind häufiger nachzuweisen (Tzschoppe und Stenzel, S. 320 (1250), 333 f. (1255 Februar 22), 337 f. (1258 Juni 12), 344 f. (1261 Januar 22)). Über die Führerrolle des Marschalls Pakoslaus vgl. Stenzel, *Geschichte Schlesiens*, S. 77 und Grünhagen, *Geschichte Schlesiens*, I, S. 124, 140. Stenzel, *Geschichte Schlesiens* S. 77 führt noch mehrere Namen auf, die sich häufiger nachweisen lassen. In der Urkunde von 1295 Oktober 1 (Reg. 2378, Pfotenhauer, *Codex X*, S. 47 f.) erteilen bestimmte um die Person des Herzogs Bolko I. von Schweidnitz-Münsterberg befindliche Personen ein Zeugnis über eine herzogliche Handlung, sie handeln hier als Vertreter des Herzogs und zwar müssen sie seine festen Räte sein, denn von ihnen kommen der Protonotar Siffridus (Reg. 2255, 2262, 2267, 2270, 2297, 2298, 2301, 2365, 2374, 2375, 2378, 2443, 2456, 2467), Heinrich von Schiltberg (Reg. 2273, 2347, 2378, 2441) und Petrus de Libnowe (Reg. 2196, 2332, 2443, 2456, 2468, 2545, 2554, 2606) und wahrscheinlich auch der Schweidnitzer Hofrichter Konrad (schwer aus anderen Konrads auszusondern) recht häufig als Zeugen vor. Bekannte Ratgeber sind der Breslauer Patrizier Johann von Mollensdorf (Grünhagen, *Geschichte Schlesiens*, I, S. 140) und Hermann von Reichenbach, der 1326 wegen seiner treuen Dienste beschenkt wird, vgl. Reg. 4599. Von der Familie Wildberg sind der Marschall Rüdiger in der Mitte und Heinrich in der 2. Hälfte des 14. Jahrhunderts häufig als Schweidnitzer Räte nachzuweisen. Prüft man ferner als Beispiel für die Regierungszeit der Herzogin Agnes von Schweidnitz-Jauer die Liste der adeligen Herren, an die Agnes 1375 September 30 (Rep. 39. S.-J. III 15 C., Bl. 117a) eine Reihe von Gütern und Dörfern versetzte, so ergibt sich, daß allein im Jahre 1375 dieselben Personen bis zu 29 und mehr Malen als Urkundenzeugen vorkommen. So findet sich im Landbuch C zum Jahre 1375 [gezählt sind nur



dem herzoglichen Hofstaat, genommen wurden, oder daß sie durch Verleihung bestimmter Ämter, wie des Kanzler-, Marschall-, Hofmeister- und Hofrichter-Amtes in den Hofstaat eingefügt wurden<sup>1)</sup>. Sie besaßen demgemäß reinen Beamtencharakter und sind nicht als Organ des untergebenen Adels, wie später die landständischen Ausschüsse, zu betrachten<sup>2)</sup>.

Immerhin besaß der Adel auch insofern eine Verbindung mit den Räten, als diese zum Teil, wie es schon zu Beginn des 13. Jahrhunderts nachweisbar ist, auf Rat der Großen, so im ersten Viertel des 13. Jahrhunderts „*unanimi consilio majorum natu*“<sup>3)</sup> ernannt wurden, und insofern, als die Räte meist selbst aus dem Kreise der *Majores* stammten.

Neben dem Rat ist als zweite Gruppe der Fideles eine in der Zahl nicht beschränkte Reihe von Zeugen zu erkennen, die, ohne ein Hofamt zu bekleiden, entweder bei Hofe zufällig anwesend waren und als „geeignet“ zur Zeugenschaft befunden wurden oder auch besonders herbeigerufen wurden<sup>4)</sup>. Es ist wahrscheinlich, daß diese Zeugen sich vornehmlich aus der Gegend rekrutierten, in der der Landesherr zufällig grade Hof hielt, wie dies z. B. besonders bei den städtischen Vertretern zu vermuten ist.

Wenn der Landesherr auch nachweislich eine Reihe von Beschlüssen mit einmütiger Zustimmung, „*unanimi consensu*“ seiner Getreuen gefaßt hat, so ist damit nicht bewiesen, daß nun auch tatsächlich sämtliche Fideles des Herzogtums bei der Beratung anwesend gewesen oder befragt worden sind. Vielmehr ist schon zum Jahre 1289 die Anschauung nachzuweisen, daß zur rechtskräftigen Vertretung der Gesamtheit nur wenige Personen genügten. Wenn sich 1289 Herzog Kasimir von Oppeln dem Böhmenkönig „*de unanimi consensu*“ seiner Barone, Edlen und Landsassen „*nonnullis eciam ipsorum presentibus*“<sup>5)</sup> unterwirft, so hat die Anwesenheit der Wenigen bei der Lehnsauftragung, vielleicht auch schon bei der Beratung, offenbar die Gesamtheit förmlich zur Anerkennung der böhmischen Lehnshegemonie verpflichtet. Derselbe Gedanke findet sich wenige

Blatt 102—116 des Landbuchs, und zwar nur die einzelnen, nicht die mehrmaligen Erwähnungen auf einer Seite): Nickel von Czeiskberg 29 mal u. ö., Reyntsche Schoff 26 mal, Ulrich Schoff 3 mal, Gunczil von Lasan 25 mal, Hermann von Czetheras, Hofmeister, 5 mal, Clericus Boleze, Hofmeister, 11 mal, Hans von Czirne 8 mal, Heinrich Wildberg, Marschall, 24 mal, Gotsche Schoff 20 mal, Heinrich von Profen 13 mal, Nickel Sachinkirch 11 mal, Wasserrabe von der Czirle 9 mal. Die meisten dieser Namen sind auch in früheren und späteren Jahren häufig zu finden, [vgl. z. B. die Schuldurkunde von 1377 August 9, ebda. Bl. 134a]. Oft werden auch genannt Kunmann von Seydlitz, Gunther von Ronow, Johann von Redern, Gunczil von Schweinichen, sowie die Hofnotare Nielschütz und Schlewitz. Die Räte erhielten als Entschädigung für ihre Dienste meist Grundbesitz, vgl. Rep. 39 S.-J. III 15 C 120a (Gotsche Schoff) und 120b (Heinrich Wildberg).

<sup>1)</sup> 1239 [Reg. 538] „*militibus et famulis curie*“ als Zeugen; desgl. 1288 Sept. 22 [Reg. 2087, Lehnurk. II, S. 3] 1 Hofrichter, 1 Kastellan, 1 Hofnotar als Zeugen; 1316 [Reg. 3545] „*et alii quam plures nostre curie nobiles nobisq; familiares*“; 1316 Mai 20 [Reg. 3577] „*armigeri et familiares*“ des herzoglichen Hofes; 1387 [vgl. Quellen Nr. 13] erklärt „alle unser frauen (Agnes) hoffgesinde“ der Stadt Striegau wegen Steuerverweigerung Fehde; noch 1418 [Rep. 39 S.-J. III 15 M, Bl. 19a] nennt der Landeshauptmann als Zeugen „unser hofe gesynde“. <sup>2)</sup> Vgl. Luschin v. Ebengreuth, a. a. O. S. 441 f. <sup>3)</sup> Stenzel, Heinrichauer Gründungsbuch, S. 3. <sup>4)</sup> 1263 [Reg. 1154, Tzschoppe und Stenzel, S. 366] heißt es: „*presentibus . . . et quam plurimis aliis idoneis*“; 1279 Juni 18 [Reg. 1601, Tzschoppe und Stenzel, S. 393] „*et alii quam plures, quorum nomina propter prolixitatem non est opus numerare*“; 1288 Juli 4 [Reg. 2074]: „*alii multi claritate fidei comprobati*“; 1327 Juni 20 [Tzschoppe und Stenzel, S. 515] „*dy beschreiben sind*“; 1337 Januar 9 [Lehnurk. I, S. 308 f.] „*et alii nonnulli ad hoc vocati et rogati*“; 1337 März 27 [ebda. S. 145] „*in presencia . . . aliorum nonnullorum fide dignorum ad hoc vocatorum et rogatorum*“; 1342 Juli 14 [ebda. S. 318] „*testibus ad premissa vocatis*“; 1343 Oktober 14 [ebda. II, S. 136 f.] „*nobisque pluries insimul ad consilium convocatis*“.

<sup>5)</sup> 1289 Januar 9 [Lehnurk. II, S. 413 f. Reg. 2099; Januar 10].



Jahrzehnte später in der Form der Huldigung weniger Vertreter jeden Standes an Böhmen klar ausgeprägt wieder. 1343 huldigt das Frankensteiner Gebiet dem Böhmenkönige, und zwar besiegeln, abgesehen von der Stadt Frankenstein, fünf Adelige „*totius universitatis aliorum vasallorum supradicti districtus nomine*“ die Huldigungsurkunde<sup>1)</sup>; 1357 huldigen 16 Adelige als Vertreter des Lübener Weichbildadels<sup>2)</sup>.

Als Ergebnis der Untersuchung ist demnach festzustellen, daß der Landesherr sich im wesentlichen damit begnügt hat, seine Entschlüsse auf den Rat fester Räte und einer in ihrer Zusammensetzung wechselnden Gruppe von Fideles zu stützen, ohne förmliche Landesversammlungen zu berufen. Demnach bedurfte der Landesherr offenbar nicht des förmlichen Beirats der Landesversammlungen; also können auch die Colloquia des 13. Jahrhunderts, abgesehen davon, daß sie vornehmlich Gerichtstage und keine Vollversammlungen waren, keine Landtage im Sinne des 15. und 16. Jahrhunderts gewesen sein. Das unterscheidende Merkmal zwischen dem Colloquium und dem späteren Landtag ist die Tatsache, daß im Colloquium der nur faktisch manchmal beschränkte Wille des Landesherrn souverän herrscht, daß in der Einrichtung des Landtags aber ein Recht der Stände auf Anteilnahme an der Landesregierung und eine Pflicht des Landesherrn zur Befragung der Stände zum Ausdruck kommt. Die ersten Fälle in Schlesien, in denen von wirklichen Landtagen die Rede sein kann, sind die Versammlungen von Adel und Bürgerschaft des Breslauer Landes<sup>3)</sup>.

Was die Beratungsgegenstände anbetrifft, so waren seit der ältesten Zeit bei der Feststellung von Rechtsverhältnissen z. B. über das Besitzrecht an einem Gut oder über dessen Umfang regelmäßig Barone als Zeugen zugegen<sup>4)</sup>. Die Ältesten unter ihnen waren allein auch imstande, noch nach langer Zeit bei vorfallenden Streitigkeiten den Herzog über alte Rechtsverhältnisse zu belehren<sup>5)</sup> und Tatsachen zu erhärten. Bestätigungen über frühere Schenkungen und über derzeitigen Besitz wurden daher ganz natürlich „*cum consilio baronum*“ erteilt; ihr Rat bewirkte, daß der Herzog unrechtmäßige Forderungen zurückzog<sup>6)</sup>.

Diente schon diese Sicherung des Privateigentums durch die Fideles ebenso sehr dem Interesse des Landes, wie dem des Landesherrn, so hing in noch höherem Grade das Wohl des Landes von einer umsichtigen landesherrlichen Finanzverwaltung ab. Auch in dieser erkannte der Landesherr das Interesse des Landes wenigstens durch die Befragung der Getreuen an, wenn er sich dadurch auch nicht an der Verschleuderung seines Besitzes hindern ließ. In zahlreichen Fällen fanden

<sup>1)</sup> 1343 Oktober 14 [Lehnsurk. II, S. 136 f.]    <sup>2)</sup> 1357 September 21 [Lehnsurk. I, S. 332 f.]    <sup>3)</sup> So 1290, vgl. S. 14. 1301 November 9: „*post mortem Bolkonis ducis Swidnicensis barones, vasalli, milites, cives et majores terre simul congregati Heinricum de Wirbna tutorem concorditer elegerunt*“, vgl. Reg., Cod. XVI, S. 15 und 18, Cod. V, Wattenbach, Das Formelbuch des Arnold v. Protzan, S. VI; S. 182, Anm. 1. *Chronica principum Polonie* (Script. I) S. 125; Stenzel, Gesch. Schlesiens, S. 114, 272. Grünhagen, Gesch. Schlesiens, Quellen zu I, S. 53.

<sup>4)</sup> Vgl. Reg. 243, 343, 482, 483 (Lehnsurk. II, S. 299 f.), 1031, 1137, 1355, 1660, 2857, 3357, 3979, 4224. Über Grenzungen des Herzogs und der Barone siehe Stenzel, Gesch. Schlesiens, I, S. 152. Reg. 78, 79, 80, 106, 132, (z. T. Fälschungen, aber interessant wegen der Erwähnung der Grenzumgebung), Reg. Cod. VII, 1, S. 132 nach Reg. 241 (1221 November 22), Reg. 278 und Cod. VII, 1, S. 273, desgl. Reg. 907.    <sup>5)</sup> So 1234 [Reg. 429b].

1283 April 28 [Reg. 1749b, S. 295]. 1315 [Reg. 3531]; 1319 [Reg. 3875]; 1370 Mai 22 [Rep. 39, S.-J. III 15 B, Bl. 37a] über die Zinsen, die Herzog Bolko aus Leubuser Klostergut bezogen habe.    <sup>6)</sup> So 1295 [Reg. 2352]; 1313 [Reg. 3384]; 1316 läßt sich Herzog Bernhard von Fürstenberg-Schweidnitz von den Seniores unter seinen Rittersn belehren, daß er keinen Anspruch auf das Schweidnitzer Schrotrecht habe. [Reg. 3614, Tzschoppe und Stenzel, S. 196].

Landschenkungen und fromme Stiftungen<sup>1)</sup>, Klostergründungen<sup>2)</sup>, Verkäufe und Vergabungen von Vogteien<sup>3)</sup>, Ländereien und Dörfern<sup>4)</sup>, von Gerichtsbarkeit, Gerichten und Gerichtsbußen<sup>5)</sup>, Verkäufe oder Befreiungen von Zinsen, Zöllen und Abgaben<sup>6)</sup>, von Roßdiensten<sup>7)</sup> und Verpflichtungen aller Art<sup>8)</sup>, ferner Verpfändungen, Verkäufe und Vererbungen von Gebietsstücken, Gerichten und Schlössern<sup>9)</sup>, Belehnungen mit Gütern und Dörfern<sup>10)</sup> mit dem Rate, „perlustrato libramine“<sup>11)</sup> der Barone statt.

Es lag daher nahe, daß die Herzöge das folgenschwere Werk der Kolonisation ihrer Länder mit Deutschen, das großenteils als eine gewaltige Finanzoperation zur Erhöhung der landesherrlichen Einkünfte zu betrachten ist, mit häufiger Befragung ihrer Getreuen durchführten. Die Aussetzung neuer Dörfer zu deutschem Recht<sup>12)</sup>, die Erteilung von Freiheiten zur Heranziehung deutscher Kolonisten erfolgte mit Beirat, ja selbst „iuxta exortacionem“<sup>13)</sup> der Getreuen.

Bei der Gründung der deutschen Städte und ihrer Begabung mit Rechten aller Art<sup>14)</sup>, bei den Maßregeln zu ihrer wirtschaftlichen Kräftigung hatte der polnische und ebenso später der deutsche Adel häufig beratend und in Verfolgung eigener Vorteile<sup>15)</sup> mitgewirkt, ohne zu ahnen, welch drohenden politischen Konkurrenten er sich in den deutschen Städten an die Seite ließ. Bei der Gründung und Begabung mit deutschem Recht von Löwenberg<sup>16)</sup>, Ujest<sup>17)</sup>, Brieg<sup>18)</sup>, Glogau<sup>19)</sup>, Oppeln<sup>20)</sup>, Wansen<sup>21)</sup>, Beuthen O.S.<sup>22)</sup>, Öls<sup>23)</sup>, Kreuzburg<sup>24)</sup>, Herrnsdorf<sup>25)</sup>, auch Mstow in Rußland, Kr. Czenstochow<sup>26)</sup>, bei der Vermehrung der Rechte von Breslau<sup>27)</sup>, Glogau<sup>28)</sup>, Namslau<sup>29)</sup>, Schweidnitz<sup>30)</sup>, Neumarkt<sup>31)</sup>, Neiße<sup>32)</sup>, Ratibor<sup>33)</sup>, Haynau<sup>34)</sup>, Liegnitz<sup>35)</sup>, Frankenstein<sup>36)</sup>, Guhrau<sup>37)</sup>, Brieg<sup>38)</sup>, Jauer<sup>39)</sup>, Landeshut<sup>40)</sup>, Lüben<sup>41)</sup> und anderen Städten ist der Beirat der Fideles nachzuweisen.

Trotz der mit der Kolonisation eingetretenen augenblicklichen Vermehrung der landesherrlichen

<sup>1)</sup> Vgl. Reg. [270], 537, 538, 2811, 3087, 3180, 3238, 3265, 3535, 3573, 4413, 4492, 4506, 4814, 5247. <sup>2)</sup> Vgl. Reg. [92], 2241 [Lehnurk. II, S. 641 f. „affuerunt barones“]. <sup>3)</sup> Reg. 1634, 4339, 4848. <sup>4)</sup> Reg. 607, 3413, 3910, 4818. <sup>5)</sup> Reg. 552, 4968, 4998. <sup>6)</sup> Reg. 176, 354, 611, 1126, 2449, 2929, 2963, 3134, 3162, 3235, 3294, 3387, 3575, 3874, 4075, 4219, 4331, 4740, 4869, 4956, 4978, 5082, 5158, 5193. <sup>7)</sup> Reg. 3273, 3282, 4219, 4998, 5158 u. ö. <sup>8)</sup> Reg. 2300, 3246, 4381. <sup>9)</sup> Des Zobtenschlosses 1296, siehe Grünhagen, Geschichte von Schlesien, I, S. 126; der Hälfte von Prausnitz 1296 August 15 [Reg. 2431] Lehnurk. II, S. 8 f.; eines Dorfs 1311 [Reg. 3232]; der Stadt Grottkau 1344 Januar 19, Lehnurk., II, S. 206 f. und 1358 November 29, II, S. 223 f. Stenzel, Gesch. Schlesiens, S. 271; eines Anteils an Schloß Jauernick 1348 Februar 11, Lehnurk. II, S. 211 f.; von Namslau 1348 August 11, Lehnurk. II, S. 644; der Hoheitsrechte im Wansenschen 1350 Oktober 7, Lehnurk. II, S. 213 f.; Stenzel, Gesch. Schlesiens, S. 271; von Rützen, Meseritz, Steinau und Köben 1353 Januar, Lehnurk. I, S. 169 u. 171; von Schloß und Stadt Miltsch 1358 September 26, Lehnurk. II, S. 31 f.; von Steinau und Köben 1361 April 23, Lehnurk. I, S. 180 f.; von den Landen Liegnitz und Goldberg 1409 März 19, Lehnurk., I, S. 334 f. <sup>10)</sup> Reg. 497, 1737, 5196. <sup>11)</sup> So Reg. 1230. <sup>12)</sup> Reg. 510a, 640c, 698, 702, 715, 716. <sup>13)</sup> So 1310 Februar 1, Reg. 3105, Heinrichauer Gründungsbuch, S. 209. <sup>14)</sup> Vgl. dazu Tzschoppe und Stenzel, S. 112—114, 181—184, 406 f., 408, Stenzel, Gesch. Schlesiens, S. 210—225. <sup>15)</sup> Die Lokatoren waren meist von Adel und wurden Erbvögte der Städte, Stenzel, Gesch. Schlesiens, S. 222 f. <sup>16)</sup> Reg. 175. H. Wesemann, Urkunden der Stadt Löwenberg, Schulprogramm, Löwenberg 1885, S. 9 u. 10 Nr. 1; Tzschoppe und Stenzel, S. 95, 276 f. <sup>17)</sup> Reg. 249, Tzschoppe und Stenzel, S. 280 f. <sup>18)</sup> Reg. 709, Tzschoppe und Stenzel, S. 313 f. <sup>19)</sup> Reg. 856, Tzschoppe und Stenzel, S. 330. <sup>20)</sup> Reg. 4662, Tzschoppe und Stenzel, S. 516. <sup>21)</sup> Reg. 710. <sup>22)</sup> Reg. 859. <sup>23)</sup> Reg. 892, Tzschoppe und Stenzel, S. 333. <sup>24)</sup> Reg. 1454, Tzschoppe und Stenzel, S. 388 f. <sup>25)</sup> Reg. 2171, Tzschoppe und Stenzel, S. 408. <sup>26)</sup> Reg. 1601, Tzschoppe und Stenzel, S. 393. <sup>27)</sup> Reg. [1098], 1542, 4610, 4612, 4613. <sup>28)</sup> Reg. 2146, Tzschoppe und Stenzel, S. 406 f. <sup>29)</sup> Reg. 1572. <sup>30)</sup> Reg. 1516. Reg. 4098 [Tzschoppe und Stenzel, S. XII und 502 f.]. <sup>31)</sup> Reg. 1758. <sup>32)</sup> Reg. 2173, Tzschoppe und Stenzel, S. 409 f. <sup>33)</sup> Reg. 1959 (Tzschoppe und Stenzel, S. 403 f.). <sup>34)</sup> Reg. 5186. <sup>35)</sup> Reg. 2283 (Tzschoppe und Stenzel, S. 422 f.), Reg. 3768, 4536. <sup>36)</sup> Reg. 4222. <sup>37)</sup> Reg. 4499. <sup>38)</sup> Reg. 4495, 4658 (Tzschoppe und Stenzel, S. 515), 4711, 4807. <sup>39)</sup> Fischer, Geschichte von Jauer, I, S. 226 f. (v. J. 1349). <sup>40)</sup> Rep. 135, D 346, S. 23 f., 27 f. <sup>41)</sup> Reg. 3910.



Einkünfte und trotz des Beirats der Großen siechten die Finanzen der schlesischen Landesherrn unaufhaltsam dahin. Während die Erweiterung des staatlichen Wirkungskreises, insbesondere der Schutz der Territorien gegen äußere Feinde und gegen Friedensbrecher im Innern, sowie die Hofhaltung nach dem Muster deutscher Fürsten, immer mehr Mittel erforderten<sup>1)</sup>, verminderten sich die ordentlichen Einkünfte durch das Sinken des Geldwertes, sowie durch maßlose Verschwendung oder Verpfändung der Regalien und des herzoglichen Grundbesitzes. Die Ziellosigkeit der Finanzwirtschaft, die gewaltige Verschleuderung herzoglicher Rechte aller Art näherte sich mit dem Ausgang des 13. Jahrhunderts dem Höhepunkt<sup>2)</sup>. Der Landesherr mußte die Verminderung seiner ordentlichen Einkünfte durch die Eröffnung etwaiger außerordentlicher Einnahmequellen auszugleichen suchen. Die Versuche, den Staatshaushalt mit außerordentlichen Einkünften zu bestreiten, führten zu dem Wendepunkt, an dem aus bloßer Raterteilung der Untertanen ein förmliches Zustimmungs- und Bewilligungsrecht entstand<sup>3)</sup>. Denn die außerordentlichen Einkünfte bestanden einmal aus einer Erhöhung des ordentlichen Schoßes, gegen die sich Adel und Bürger stets sträubten, sodann aus besonderen Beden und Bernen, zu deren Leistung die Untertanen nur in beschränktem Maße verpflichtet waren<sup>4)</sup>. Dem Landesherrn in Schlesien stand zwar, wie überall, ein auf dem Vasallitätsverhältnis beruhendes außerordentliches Besteuerungsrecht zu. Diese Fälle waren die der Wehrhaftmachung des Herzogs und seiner Söhne, seiner oder seiner Kinder Vermählung und die der Auslösung der Person des Herzogs, seiner Burgen und Länder aus feindlichen Händen<sup>5)</sup>. Schon in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts sind aber Fälle allzu drückender Besteuerung vorgekommen, denn 1249 erlangten die Breslauer Barone das Recht, über die Rechtmäßigkeit der Besteuerung von Kirchengütern durch den Herzog mitzuentcheiden<sup>6)</sup>. Im Laufe des 14. Jahrhunderts sicherten sich der Adel und einzelne Städte, dann Städtebünde und ganze Landesteile das Privileg der Verschonung mit außerordentlichen und das der Fixierung der ordentlichen Steuern<sup>7)</sup>. Da aber die Not die Herzöge immer wieder trotz aller Privilegien zur Erbitung solcher

<sup>1)</sup> Vgl. über die Schulden und den Hofhalt Bolkos II. von Schweidnitz, Gospos, S. 99 u. 107. <sup>2)</sup> Die bisher vorliegenden schlesischen Regesten sind eine gewaltige Sammlung von Beispielen für den Niedergang der Piastenherrschaft, vgl. z. B. Reg. 1126, 4219, 5158 u. ö. u. ö., siehe auch Stenzel, Gesch. Schlesiens, S. 158, Tzschoppe und Stenzel, S. 153, 190. <sup>3)</sup> Siehe Stenzel, Gesch. Schlesiens, S. 158; vgl. über dieselbe Entwicklung in Böhmen, Koss, S. 18 f. [s. S. 15, Anm. 8]. <sup>4)</sup> Über den Kampf gegen die Erhöhung von Schoß und Münzgeld, sowie über die Fixierung des Schosses s. Tzschoppe und Stenzel, S. 190 f.; über das herzogliche Recht zur Erhebung von Beden, ebda. S. 30, Anm. und Reg. 1567 (1278 Juli 1); siehe auch Lehnurk. I, 337 f. (1359 Juli 23): „auch sol herzog Wenczlav eine bete in disem jahre haben zu Haynow in dem lande.“ <sup>5)</sup> Vgl. Reg. 1505, 1506, 1507; Stenzel, Gesch. Schlesiens, S. 58, 60, 67, 72, 266; Tzschoppe und Stenzel S. 49. Grünhagen, Gesch. Schlesiens, I, S. 350. Rachfahl, S. 112, Anm. (1478); Lehnurk. II, 171 f. [1344 November 20]. Über die böhmischen ähnlichen Verhältnisse siehe Koss, S. 16–18. <sup>6)</sup> Reg. 690, Stenzel, Urkunden zur Geschichte des Bistums Breslau, S. 16. Stenzel, Gesch. Schlesiens, S. 56, 156 f., 265, ebenso 1276; Stenzel, Gesch. Schlesiens, S. 67. <sup>7)</sup> Stadt Liegnitz, vgl. S. 6, Anm. 1. 1327 April 6 [Reg. 4637, Lehnurk. I, S. 67 f. u. 70 (1352 Februar 10), Stenzel, Gesch. Schlesiens, S. 121] Befreiung des Breslauer Landes „a dacionibus seu solucionibus generalis collecte regie, que vulgo bernna dicitur et volentes serviciis suis et subsidiis, que servire ac dare consequeruntur hactenus graciose in posterum contentari“. 1329: Stadt Jauer, Tzschoppe und Stenzel, S. 201, Stenzel, Gesch. Schlesiens, S. 132. 1333: Die Städte Liegnitz, Goldberg und Haynau, Reg. 5262, Stenzel, Gesch. Schlesiens, S. 133. 1337: Versprechen an Mannen und Städte von Liegnitz, Goldberg und Haynau, nicht eigenmächtig den Schoß zu erhöhen, der für die Ritterschaft genau fixiert wird. Tzschoppe und Stenzel, S. 30, 191, 543, Stenzel, Gesch. Schlesiens, S. 273 f. 1341 Oktober 11: Herabsetzung der collecta oder exactio, d. h. des Schosses für die Neumarkter Ritterschaft, Tzschoppe und Stenzel, S. 30, 550 f.,



Steuern zwang, mußten sie mit ihren Untertanen als gleichberechtigten Faktoren unterhandeln. Die Untertanen bewilligten die Steuern und Schuldendeckungen nur gegen landesherrliche Konzessionen aller Art, durch die die Souveränität des Landesherren Einbuße erlitt<sup>1)</sup>. Sie wurde völlig zum Schatten mit der Bewilligung des ständischen Widerstandsrechtes.

Der Zusammenhang des Territoriums litt bei dieser Entwicklung keinen Schaden. Denn wie es eine der wichtigsten von den Ständen erzielten Konzessionen war, daß der Landesherr nicht mehr Teile des Territoriums ohne Einwilligung der Bewohner verpfänden oder dem Lande entfremden durfte<sup>2)</sup>, so bildeten die Maßnahmen zum Schutz des Territoriums neben dem Recht der Steuerbewilligung die andere Quelle ständischer Macht.

Von jeher schon hatten die Großen als Schiedsrichter und Vermittler in äußeren Angelegenheiten eine Rolle gespielt<sup>3)</sup>. Sie vermittelten Vergleiche zwischen streitenden Herzögen und bürgten mit ihrem Einlager für das Zustandekommen der Einigung. Wurden zu solchen Geschäften die handelnden Persönlichkeiten zwar von den Herzögen bestimmt<sup>4)</sup>, handelten sie also nicht als ständische Ausschüsse, sondern als herzogliche Deputierte, so diente doch ihre Tätigkeit so gut, wie die der sonstigen herzoglichen Ratgeber, dem Interesse ihrer gesamten Mituntertanen und damit dem Territorium<sup>5)</sup>.

Griff doch wiederholt der Adel in seiner Gesamtheit oder in mächtigen Parteien in Thron-

Stenzel, Gesch. Schlesiens, S. 124. 1350 Januar 12: Revers über ein freiwillig erhöhtes Hilfgeld der Grafschaft Glatz, Lehnurk. II, S. 173. 1358 November 29 [Lehnurk. II, S. 223 f.] erkennen Bischof und Kapitel von Breslau ihre Lehnspflichten im Grottkauischen gegenüber dem König von Böhmen an, „berna, tallis seu exactionibus ac ceteris gravaminibus exceptis, ad quas et que non recognoscimus nos teneri“. Vgl. ebenso 1382 Mai 27, Lehnurk. II, S. 231 f. Vgl. über die Anerkennung der schlesischen Steuerfreiheit 1482 durch König Mathias, Script. 14 (Corvinus), S. 56 f., 59 f., Rachfahl, S. 111, Anm. 1.

<sup>1)</sup> Die Städte sind in zahlreichen Fällen die Gläubiger ihrer Herzöge, vgl. 1312 Februar 29, Lehnurk. I, S. 122. Grünhagen, Gesch. Schlesiens, I, S. 144 und Lehnurk., I, S. 324 f.; Gospos, S. 99. Für ihre Hilfsbereitschaft erhalten sie die Privilegien, vgl. 1321 Februar 24, Reg. 4098, Tzschoppe und Stenzel, S. 502 f.; 1328 Juli 24, Reg. 4751, Tzschoppe und Stenzel, S. 230, 517 f., 1353 Januar 29, Lehnurk. II, S. 175. <sup>2)</sup> So 1327 April 6, Lehnurk. I, S. 67 f.; 1333, Reg. 5262; 1337 Jan. 4, Lehnurk. I, S. 143; 1337 August 27, Lehnurk. I, S. 147 f.; 1339 Oktober 23, Lehnurk. I, S. 155; 1341 April 20, Lehnurk. I, S. 157; 1342 Juni 3, Lehnurk. I, S. 160 f.; 1343 Oktober 1, Lehnurk. II, S. 133 ff.; 1346 Juli 21, Lehnurk. II, S. 140, 1350 Oktober 7, Lehnurk. II, S. 213 f., 1353 Januar 29, Lehnurk. II, S. 175, 1419 Oktober 14, Lehnurk. I, S. 96. <sup>3)</sup> 1230, Reg. 362 u. 371; 1249 April 20, Reg. 697, Lehnurk. I, S. 115; 1270 November 24, Reg. 1349, Lehnurk. I, S. 61 f., 1291 Jan. 17, Reg. 2179, Lehnurk. II, S. 300 f.; 1294 Mai 6, Reg. 2315, Lehnurk. II, S. 3 f.; 1312 Februar 29, Reg. 3256, Lehnurk. I, S. 120 f.; 1317 Januar 8, Reg. 3649; 1320 Juli 27, Reg. 4057; 1321 Nov. 22, Reg. 4168, Lehnurk. II, S. 127 f. 1322 Mai 22, Reg. 4213, Lehnurk. I, S. 301 f., 1326 Mai 25, Reg. 4541; 1329 Mai 9, Reg. 4841, Lehnurk. II, S. 17 f.; 1341 April 20, Lehnurk. I, S. 157; 1345 Mai 27, Lehnurk. I, S. 324 f.; 1345 Juni 28, Gospos, S. 42; 1346 Februar 15, Lehnurk. II, S. 419 f. [auch Bürger]; 1346 September 13, Lehnurk. I, S. 329 f. [auch Bürger]; 1358, Gospos, S. 74 und Lehnurk. I, S. 334, 337 f. [auch Bürger]; 1369 Januar 26, Lehnurk. II, S. 438 f.; 1371 August 26, Lehnurk. I, S. 186 f., 1373 Januar 1, Lehnurk. II, S. 446 f.; 1375 Dec. 14, Lehnurk. I, S. 188 f. [auch Bürger]; 1377 April 18, Lehnurk. II, S. 484 f.; 1378 August 15, Lehnurk. I, S. 192 f.; 1381 März 18, Lehnurk. I, S. 195 f. [auch Bürger]; 1385 Sept. 9, Lehnurk. I, S. 198 f. [auch Bürger]; 1393 Oktober 16, Lehnurk. II, S. 313 f., 1400 Oktober 22, Lehnurk. I, S. 352 f.; 1407 November 30, Lehnurk. II, S. 390 f. u. ö. <sup>4)</sup> So 1291 Januar 17, Lehnurk. II, S. 300 f. (Reg. 2179); 1393 Oktober 26, Lehnurk. II, S. 313 f. heißt es: „an unser (der Herzöge) vier manne rathe, die wir auch dazu kysen wollen“.

<sup>5)</sup> 1324 November 1 (Tzschoppe und Stenzel, S. 510) wird das Interesse der Untertanen betont: „pretendentes eciam eorum comodum et utilitatem cum profectu suorumque pauperum et civium nostrorum Legnicensium“. 1329 April 29, Reg. 4833, Lehnurk. I, S. 129 wird das Beste des Landes betont. Ebenso heißt es 1336 August 29, Lehnurk. II, S. 128 f. „ut tanto magis subditorum crescant commoda“.

fragen ein<sup>1)</sup>, und welches Interesse die gesamte Bevölkerung am Wohlergehen des Territoriums nahm, beweist am besten die 1290 erfolgte Wahl Heinrichs V. von Liegnitz, des Sohnes Boleslaws des Wilden<sup>2)</sup>, zum Herzog von Breslau durch Adel und Bürger des Breslauer Landes<sup>3)</sup>. Es war daher erklärlich, daß die Herzöge folgenschwere Verhandlungen, wie die mit dem Bistum Breslau um das Neiße Land<sup>4)</sup> und mit dem böhmischen Könige um die Auftragung ihrer Fürstentümer zu Lehen mit Rat, ja mit Zustimmung ihrer Getreuen, also mit deren Verantwortung führten. Der Ausdruck „Zustimmung“ in den Urkunden gewinnt nunmehr in einer Zeit, die das Verhältnis zwischen Landesherren und Untertanen meist schon zu des ersteren Ungunsten verschoben hatte und bei Gelegenheit einer so folgenreichen politischen Veränderung, wie es der Anschluß an Böhmen war, eine schwerwiegende Bedeutung<sup>5)</sup>. Ritter und Bürger von Breslau verlangten 1296 eine geregelte Vormundschaft für die Kinder Heinrichs V.<sup>6)</sup>, und sie selbst wählten nach Bolko's I., des ersten Vormundes Tode zum neuen Vormund den Bischof Heinrich I. von Breslau<sup>7)</sup>. Bei den Lehnaustragungen an Böhmen in der Periode von 1270 bis 1344 handelten die Herzöge von Breslau<sup>8)</sup>, Oppeln-Benthen<sup>9)</sup>, Steinau<sup>10)</sup>, Glogau-Sagan<sup>11)</sup>, Öls<sup>12)</sup>, Liegnitz<sup>13)</sup> und Münsterberg<sup>14)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. Regesten, Cod. VII, 1, S. 191 (1233), 268 (1243), 297 f. (1248), VII, 2, S. 147 (1266), 180 (1270), 225 (1277 Februar 18), VII, 3, S. 56 (1284 Sept. 30), S. 194 (1293 Nov. 11), Reg. Nr. 1536, 2088, 3024. Stenzel, Gesch. Schlesiens, S. 44, 61, 64, 68, 77, 104 f., 115. Grünhagen, Gesch. Schlesiens, I, S. 78, 94, 96, 112, 125. <sup>2)</sup> Vgl. K. Wutke, Stamm- und Übersichtstafeln der Schlesischen Piasten, Breslau 1910, Tafel II. <sup>3)</sup> Siehe Reg. 2140, 2142, 2144. Stenzel, Gesch. Schlesiens, S. 109 u. 271 f. Stenzel betont (Tzschoppe und Stenzel, S. 4), daß diese Wahl doch ein außerordentliches Vorkommnis war. <sup>4)</sup> Vgl. Reg. 2141 [1290 Juni 23], Lehnurk., II, S. 198 f.: „de consilio et consensu baronum nostrorum.“ Über die Zweifel, die Grünhagen an der Zustimmung der Barone erhoben hat, siehe seine Geschichte Schlesiens, I, S. 114 f. Über die tatsächliche Anerkennung des Privilegs siehe Reg. 2144 [1290 Juni 27], Grünhagen, a. a. O., I, S. 118 und Reg. 2186 [1291 März 2], Lehnurk., II, S. 201 f., siehe auch Tzschoppe und Stenzel, S. 50 f. <sup>5)</sup> Vgl. Stenzel, Gesch. Schlesiens, S. 271. Für die ältere Zeit war der consensus kein notwendiges Erfordernis, vgl. S. 3, Anm. 5. Fälle des consensus siehe Reg. 482 u. 483 (1236) „eidem facto consensientibus“; siehe Lehnurk., II, S. 299 f.; Reg. 552 (1240); 611 (1244); 640 c (1246); 674 (1248); 698 (1249); 702 (1249); 715 (1250); 892 (1255 Febr. 22) und Tzschoppe und Stenzel, S. 333; 1601 (1279 Juni 18) und Tzschoppe und Stenzel S. 393: „de consensu et unanimi voluntate baronum“; ebenso Reg. 2099 und Lehnurk., II, S. 413 f. (1289 Jan. 9, rect. 10). 2141 und Lehnurk., II, S. 198 f. (1290 Juni 23); Beispiele für das 14. Jahrhundert, wie Tzschoppe und Stenzel S. 510 (1324 Nov. 1); Lehnurk., II, S. 31 f. (1358 September 26); ferner für das 15. Jahrhundert, Lehnurk., II, S. 40 f. (1419 Sept. 6), gehören dagegen einer Zeit an, in der der consensus schon zum Erfordernis geworden war. <sup>6)</sup> Stenzel, Script. I (Chronica principum Polonie) S. 119 f. und Geschichte Schlesiens, S. 113, Reg., Cod. VII, 3, S. 231. <sup>7)</sup> Chronica principum Polonie, S. 125, Reg., Cod. XVI, S. 15 und 18, Einleitung zu Cod. V, S. VI u. 182, Anm. 1. Stenzel, Gesch. Schlesiens, S. 114, 272; vgl. auch 1308: Reg., Cod. XVI, S. 121; desgl. 1311, Reg., Cod. XVI, S. 204. <sup>8)</sup> Vgl. schon 1270 November 29, Reg. 1349 und Lehnurk., I, S. 61 f. „de ubertate quoque sanioris baronum nostrorum consilii fideliter informati“; zum Jahre 1327 vgl. Reg. 4636 und 4637, Lehnurk., I, S. 66 f. u. 67 f.; sowie Stenzel, Gesch. Schlesiens, S. 121 und Grünhagen, Gesch. Schlesiens, I, S. 140 f. <sup>9)</sup> 1289 Januar 10, Reg. 2099 und Lehnurk., II, S. 413 f.: „de consilio deliberato et bona voluntate ac consensu filiorum meorum . . . ac propinquorum, amicorum, baronum et aliorum meorum et ipsius ducatus mei nobilium . . .“ Der Herzog, der sich in diesem Jahr unterwirft, ist Kasimir von Oppeln, nicht Wladislaus, wie Stenzel, S. 270 und Grünhagen, I, S. 156 in ihrer Geschichte Schlesiens fälschlich berichten; 1327 Februar 19 unterwirft sich Wladislaus v. Kosel, Reg. 4618 und Lehnurk., II, S. 417. <sup>10)</sup> 1329 April 29: Reg. 4833 und Lehnurk., I, S. 129 „favore quoque et consensu fidelium et amicorum nostrorum expressis“. <sup>11)</sup> 1329 Mai 9, Reg. 4842 und Lehnurk., I, S. 129: „habito nobis cum amicis quoque ac fidelibus nostris consilio diligenti et deliberatione matura, accedentibus etiam favore et consensu eorundem expressis ad subscripta“; desgl. der Verzicht auf Lüben zugunsten des böhmischen Königs 1338 März 25, Lehnurk., I, S. 310 f.: „matura deliberacione et diligenti consilio nostro et fidelium nostrorum super eo prehabitis“; vgl. auch 1344 Nov. 23, Lehnurk., I, S. 163 f. und 1351 Sept. 7, Lehnurk., II, S. 174. <sup>12)</sup> 1329 Mai 9, Reg. 4841 und Lehnurk., II, S. 17 f.: „mit bedachtem mut, flizigem rat siner freunt und manne und mit irem



mit Rat und Zustimmung ihrer Getreuen. Auch in der inneren Verwaltung beanspruchten die Untertanen nach 1300 im Interesse des Territoriums eine maßgebende Stimme. So verspricht 1328<sup>1)</sup> Herzog Bolko II. von Schweidnitz den Schweidnitzer Bürgern, ohne Zustimmung seiner Vasallen und ihrer selbst keinen Regenten in seinem Lande einzusetzen. Derselbe Bolko erteilt 1331 der Stadt Glogau den Vorzug, daß neue Kastellane nur „de seitu et consilio eorum“ ernannt werden dürften<sup>2)</sup>. 1372 geloben die 4 Liegnitzer Herzöge ihren Mannen und Städten, ihr Land 10 Jahre lang ungesondert zu regieren<sup>3)</sup>.

Daß solch eine schon gegenüber dem angestammten Landesherrn gehobene Stellung der Untergebenen sich beim Thronwechsel gegenüber einem neuen Landesherrn noch wesentlich festigen mußte, ergibt sich aus den in solchen Fällen überraschenden Erfolgen der ständischen Privilegienpolitik. Es mußte ein Entschluß für einen Souverän sein, wie Heinrich V., öffentlich zu bekennen, daß er Adel und Bürgerschaft von Breslau die Krone verdanke<sup>4)</sup>. Die Folge war, daß 1327 es wiederum die Edlen und Bürger des Breslauer Landes sind, die ihr Land dem König von Böhmen übergeben<sup>5)</sup>. Die vormundschaftliche Regierung nach dem Tode Heinrichs III. von Glogau ermöglichte es den Städten des Glogauer Landes, 1310 den ersten nachweisbaren Städtebund zu schließen<sup>6)</sup>. 1334 vereinigt sich anläßlich der Lehnsauftragung der Adel des Glogauer Landes mit der Stadt Glogau zur Behauptung ihrer beiderseitigen Rechte<sup>7)</sup>. König Johann von Böhmen und sein Sohn Karl IV. lobnten den Untertanen der schlesischen Herzöge ihre Zustimmung zum Anschluß an Böhmen mit ähnlichen grundlegenden Privilegien, wie sie dieselben Könige den Ständen von Böhmen und Mähren erteilten<sup>8)</sup>, wie sie überhaupt in österreichischen und deutschen Landen um diese Zeit den Ständen beim Übergang an ein neues Herrscherhaus zufielen.

Das Mittel, mit dem die Stände in dieser Zeit ihre Erfolge errangen, war der offene Widerstand. Bedeutsame Folgeerscheinungen weist seit den böhmischen Lehnsverhandlungen in ganz Schlesien

guten villen“. 1329 Mai 10, Reg. 4844 und Lehnurk., II, S. 19: „habito nobis cum amicis quoque et fidelibus nostris consilio diligenti et deliberacione matura, accedentibus eciam favore et consensu eorundem expressis ad subscripta“. <sup>13)</sup> 1331 Dezember 13, Reg. 5071 und Lehnurk. I, S. 306 f.: „habita deliberacione et tractatu inter nos et cum fidelibus nostris consilio diligenti“; 1342 Juli 14, Lehnurk. I, S. 318 f.: „de fidelium subditorum nostrorum consilio“. <sup>14)</sup> 1336 August 29, Lehnurk. II, S. 128 f. „maturo consiliariorum vasallorum et civitatum consulum infrascriptorum nostrorum previo consilio“ und „ad maiorem autem cautelam et evidenciam firmiorem expetimus voluntatem et consensum predictorum vasallorum nostrorum et civitatum nostrorum consulum, qui omnes et singuli sum in predictis et in quolibet eorum adhibuere consilium voluntatem assensum pariter et consensum nemine penitus discrepante“. Offenbar legten die böhmischen Herrscher auf diese cautela von seiten der Untertanen besonderen Wert, vgl. die Inkorporationsurkunde von Schlesien und der Oberlausitz in Böhmen, 1348 April 7, Lehnurk. I, S. 8 f., in der auch die deliberatio non improvida der nobiles, milites, clientes, cives et universi incole marche Budissinensis et Gorlicensis zweimal erwähnt wird; siehe auch Grünhagen, Gesch. Schlesiens I, S. 192 über die konstitutionellen Neigungen Karls IV.

<sup>1)</sup> 1328 November 29, Reg. 4775. <sup>2)</sup> 1331 März 10, Reg. 5005 und Lehnurk. I, S. 133; siehe auch 1341 April 20, Lehnurk. I, S. 157. <sup>3)</sup> 1372 Dezember 2, Lehnurk. I, S. 344. <sup>4)</sup> Vgl. Reg. 2140, 2142, besonders 2147 (1290 Juli 22): quod post solum deum per fideles et charissimos cives nostros Vratislavienses pariter et per terrigenas Vratislavienses sumus ducatum et dominium consecuti. <sup>5)</sup> Lehnurk. I, S. 6 f., 67; Stenzel, Gesch. Schles., S. 121. <sup>6)</sup> Siehe S. 6, Anm. 6. <sup>7)</sup> Stenzel, Gesch. Schlesiens, S. 273 u. Quellen Nr. 2. <sup>8)</sup> Vgl. Rudolf Koss, Zur Kritik der ältesten böhmisch-mährischen Landesprivilegien, Prag 1910 und die in der Hist. Zeitschr., Bd. 108, S. 232 enthaltene Besprechung des Buchs. Schon 1318 Juli 19 [Reg. 3819] versprach der Troppauer Herzog seinen Edlen dieselben Rechte, die die böhmischen und mährischen Edlen genossen; vgl. dazu Biermann, Troppau-Jägersdorf, S. 142 f.



die Huldigung von Städten und ganzen Landgebieten auf, von der überhaupt vorher nicht die Rede war<sup>1)</sup>. Die Einführung der Gesamthuldigung aber bedeutete nichts anderes, als die Anerkennung des Rechts der Untertanen, sich selbständig zur Annahme eines neuen Landesherrn bereitzuerklären, d. h. unter Umständen die Annahme zu verweigern. Denn hätte eine absolute Huldigungspflicht der Untertanen bestanden, so wären die in den Verträgen vorgesehenen Maßnahmen bei Huldigungsverweigerung unnötig<sup>2)</sup> und die Dispute hierüber zwischen den Herzögen und ihren Untertanen unerhört gewesen<sup>3)</sup>. Es wäre dann auch nicht zu erklären, warum kein neuer Landesherr die Huldigung ohne eine Gegenleistung in Gestalt von Privilegien erhalten konnte. Die Huldigungsleistung beruhte an sich schon auf der Anerkennung ständischer Selbständigkeit gegenüber einem neuen Landesherrn. Sie förderte aber auch noch diese Selbständigkeit in hohem Maße dadurch, daß sie von seiten des Landesherrn eine umfassende Anerkennung und Bereicherung der vielen ständischen in mühsamer Einzelarbeit errungenen Konzessionen zur Folge hatte<sup>4)</sup>. Aus diesen ersten umfassenden ständischen Privilegien entwickelten sich später die immer formelhafter wider-

<sup>1)</sup> Vgl. 1311 Juni 16 [Lehnsurk. II, S. 465 f.]; 1319 August 26 [Reg. 3945]; 1322 August 16 [Reg. 4231]; 1326 Juli 26 und 29 [Lehnsurk. I, S. 127]; 1335 Juni 7 [Lehnsurk. I, S. 136 f.]; 1327 April 6 [Reg. 4636 und Lehnsurk. I, S. 66 f.]; 1336 Januar 29 [Lehnsurk. I, S. 139 f.]; 1337 Januar 10 [Lehnsurk. II, S. 132]; 1337 März 27 [Lehnsurk. I, S. 145]; 1337 September 6 [Lehnsurk. I, S. 150 f.]; 1335 Juni 7 [Lehnsurk. I, S. 137]; 1342 Juli 1 [Stenzel, Urkunden des Bistums Breslau, S. 349, Lehnsurk. I, S. 6 f.]; 1343 Oktober 14 [Lehnsurk. II, S. 135]; 1343 Oktober 14 [Lehnsurk. II, S. 136 f., 138, 140]; 1343 Oktober 30 [Lehnsurk. II, S. 205 f.]; 1346 September 13 [Lehnsurk. I, S. 329 f.]; 1351 Januar 2 und Februar 16 [Lehnsurk. I, S. 70]; 1356 Februar 11 u. 12 [Lehnsurk. II, S. 305 f.]; 1357 September 21 [Lehnsurk. I, S. 332 f.]; 1372 Februar 10 [Lehnsurk. I, S. 344]; 1396 Juni 23 [Lehnsurk. I, S. 349 f.]; siehe auch Buch II, Kap. 1, betreffend Schweidnitz-Jauer. <sup>2)</sup> Die Herzöge übernahmen die Garantie für das Zustandekommen der Huldigung, so 1335 Juni 7 [Lehnsurk. I, S. 136 f.]: „procurabimus fieri homagium“, desgl. 1337 Januar 10 [Lehnsurk. II, S. 132]; 1338 März 26 [Lehnsurk. I, S. 313], entbindet König Johann von Böhmen die Glogauer Herzöge von dieser Garantie, aber er verlangt ihre Hilfe, die Huldigung zu erzwingen; auf ihren Befehl „de mandato et bona voluntate“ wird gehuldigt, vgl. Lehnsurk. I, S. 127 bei Steinau und Glogau; siehe auch 1362 Juni 3 [Lehnsurk. II, S. 437] und 1368 August 24 [Lehnsurk. I, S. 185]. Widerstand der Untertanen verraten z. B. Reg. Cod. XXII, S. 131 [nach Reg. 5051] betreffend Glogau; 1335 Juni 7 [Lehnsurk. I, S. 136 f.] heißt es: „Insuper si aliqui nobiles, burgenses aut incole terrarum nostrarum homagium et fidelitatis iuramentum dicto domino regi . . . facere renuerent aut ipso prestito homagio nobis obedire nec promittere iterato nollent, extunc ipse rex . . . et nos . . . rebelles vi compellere tenebimur ad fidelitatem“ . . . ; 1338 März 26 [Lehnsurk. I, S. 313], betreffend Lüben; ähnlich 1343 Oktober 14 [Lehnsurk. II, S. 139], betreffend Münsterberg; andererseits huldigen 1343 Oktober 14 [Lehnsurk. II, S. 136 f.] Adel und Bürgerschaft von Frankenstein, ebenso die von Münsterberg und Strehlen [ebenda S. 138 und 140] zwar auf Befehl des Herzogs Nicolaus, aber auch „bona deliberatione et maturo consilio inter nos prehabitis“, ebenso 1346 September 13 [Lehnsurk. I, S. 329 f.] Adel und Bürgerschaft von Goldberg „eyntrechtlich mit gemeynem rate“, ebenso 1385 Februar 25 [Lehnsurk. I, S. 197 f.]; siehe auch 1368 Mai 10 [Lehnsurk. I, S. 89 f.] betreffend Versprechen, die Mannen nicht zur Huldigung zu zwingen. <sup>3)</sup> Vgl. die Äußerung Herzog Bolkos von Schweidnitz zu seinen Bürgern und Vasallen, sie müßten ihm gehorchen, wenn er ihnen befehle, einem andern den Lehnseid zu leisten, Gospos, S. 67. <sup>4)</sup> Rachfahl a. a. O., S. 54 weist darauf hin, daß die Privilegien seit der 1. Hälfte des 14. Jahrhunderts ganzen Korporationen und Weichbildern erteilt worden seien. Dies erklärt sich eben aus der Gesamthuldigung ganzer Weichbilder. Die Privilegien bildeten den Lohn für die Huldigung und Unterwerfung, so 1305 Dezember 18 [Lehnsurk. II, S. 465 f.]; 1323 August 29 [Lehnsurk. I, S. 64 f., Reg. 4282]; 1326 Juli 26 und 29 [Lehnsurk. I, S. 127 f., und Reg. 4558]; 1327 April 6 [Lehnsurk. I, S. 67 f., und Reg. 4636; siehe auch Reg. 4637]; 1331 März 9 und 10 [Reg. 5004a und 5005, Lehnsurk. I, S. 133]; 1331 Oktober 2 [Lehnsurk. I, S. 135 und Reg. 5051]; 1335 Juni 7 [Lehnsurk. I, S. 136 f.] heißt es: „Promisimus . . . , quod praefatos vasallos, homines et burgenses circa ipsorum iura debeamus favorabiliter conservare“; 1337 Januar 4 [Lehnsurk. I, S. 143]; 1337 März 21 [Lehnsurk. I, S. 145]; 1341 Oktober 28 [Lehnsurk. I, S. 159]; 1345 Januar 4 [Lehnsurk. I, S. 323]; 1345 Juni 2 und Juli 1 [Gospos, S. 42 und Lehnsurk. I, S. 493]; 1346 Sept. 13 [Lehnsurk. I, S. 329 f.]; siehe auch das nächste Kapitel betreffend Schweidnitz-Jauer.

holten Bestätigungen der großen Landesprivilegien beim Regierungsantritt jedes neuen Landesherrn<sup>1)</sup>. Daß die Verweigerung der Huldigung durchaus möglich war, ergibt sich schon daraus, daß unter den nachstehend im Zusammenhang mit den großen Schweidnitz-Jauerschen Landesprivilegien zu besprechenden ständischen Rechten das bedeutendste in der formellen Anerkennung des ständischen Widerstandsrechtes lag. Es gab den Untertanen erst die Waffe in die Hand, ihre erworbenen Rechte zu verteidigen und neue zu gewinnen. Sowohl die Stände von Breslau, wie die von Liegnitz-Goldberg-Haynau<sup>2)</sup>, Schweidnitz-Jauer und Öls kamen urkundlich in den Besitz dieses Privilegs.

Da zur erfolgreichen Leistung von Widerstand das gemeinsame Handeln aller Interessierten nötig war, so knüpfte sich an dieses Recht zugleich notwendig auch das der Versammlungs- und der Einigungsfreiheit, wie die Urkunde vom 18. Februar 1337 für Liegnitz-Goldberg-Haynau und andererseits die 1356 April 4 erfolgte Einschränkung des Einigungsrechts für Schweidnitz-Jauer beweist<sup>3)</sup>.

Aus der Erkenntnis dieses Zusammenhangs zwischen Widerstandsrecht und Einigungsfreiheit fällt auch Licht auf die umstrittene Frage, ob die auf Grund dieses Rechts gebildeten Einungen zu notwendigen Grundlagen jeder landständischen Verfassung geworden sind<sup>4)</sup>. Für Schlesien kommt es hierbei auf die Feststellung an, ob die Fürstentümer, die es zu einer landständischen Verfassung gebracht haben, auch regelmäßige Einungen der wichtigsten Stände des ganzen Fürstentums aufweisen, und welchen Zwecken diese Einungen gedient haben. Eine Untersuchung der uns bisher bekannt gewordenen in Urkunden oder in der Literatur als Einungen bezeichneten Verbindungen<sup>5)</sup> ergibt aber, daß die einzigen Einungen aus der Zeit vor der Mitte des 14. Jahrhunderts, die sich über ganze Fürstentümer erstreckten, die städtischen Einungen, schon deshalb nicht die Grundlage der ständischen Verfassung bilden konnten, weil sie fast ausschließlich dem Sonderzweck des Kampfs gegen schädliche Leute, dem Schutz der öffentlichen Sicherheit dienten. Den Städte-Einungen aber, die zum Schutz der politischen Rechte, vor allem zur Abwehr der allzuhäufigen Steuerforderungen des Landesherrn geschlossen wurden, fehlte der Zusammenschluß mit dem Adel. Diejenigen Einungen, die wirklich von Adel und Städten gemeinsam abgeschlossen worden sind, sind später entstanden, als die ersten für die ständische Verfassung in Schlesien grundlegenden Privilegien; sie umfassen ferner stets nur ein bis drei Weichbilder, und außerdem sind überhaupt für die wenigsten der vielen Weichbilder Schlesiens derartige Einungen nachzuweisen. Trotzdem sind alle größeren Territorien zu selbständigen landständischen Verfassungen gelangt; demnach kann nicht der freie Wille der Einzelnen, sondern nur ihr bestimmtes Verhältnis, persönlicher

<sup>1)</sup> Vgl. Stenzel, Gesch. Schlesiens, S. 274. <sup>2)</sup> 1327 April 6 [Lehnsurk. I, S. 66 f., Reg. 4636] erhalten Feodales, Bürger und Einwohner des Breslauer Landes das Recht, unter Umständen nach Maßgabe ihrer Treue und Ehre königliche Mandate zu mißachten, „quod huiusmodi mandatum, quemadmodum eorum fidei bene convenit et honori, reputare debeant irritum et inane“. 1337 Februar 18 gibt Herzog Boleslaus III. von Liegnitz den Mannen und Bürgern der Gebiete Liegnitz, Goldberg und Haynau das Recht „also ab wir se wolden adir ymant unsir ane-waldin ubir ir recht geschoss twingen . . . adir gewalt adir unrecht woldin thuen, das se sullen sich selbir manne und burger kegen uns und unsen ane-waldin ired rechten vortedegen und einander helfen und noten, das se von uns . . . gewaldes, unrechtis, getwangen sein derlassen“ [Schirmacher, Urkundenbuch der Stadt Liegnitz, Liegnitz 1866, S. 76]. Noch 1421 September 18 [Lehnsurk. II, S. 46 f.] geben die Herzöge von Öls ihren Untertanen das Recht, daß sie „uns irmanen sullen und mogen twingen“, einen Erbvertrag zu halten; siehe auch das nächste Kapitel. <sup>3)</sup> Siehe vorige Anm. und Lehnsurk. I, S. 506, Zeile 21 f. <sup>4)</sup> Vgl. G. v. Below, Die landständische Verfassung in Jülich-Berg, Cap. III [Bergische Zeitschrift, Bd. 22 (1886)], S. 62 f.: Rachfahl, a. a. O., S. 60. <sup>5)</sup> Vgl. Exkurs I.



Natur zum Landesherrn, dinglicher Natur zum Territorium, ihre Zugehörigkeit zu der ständischen Gesamtheit und damit ihre Anteilnahme am Aufbau der ständischen Verfassung bedingt haben. Seit der Existenz abgeschlossener Territorien bildete die ständische Gesamtheit eine Zwangsgenossenschaft, die es nicht grundsätzlich notwendig hatte, formelle Einungen zu bilden, um zeitweise im Interesse des Territoriums in Gegensatz zum Landesherrn zu treten. Die ältesten formellen Einungen, denen wir in Schlesien begegnen, dienen entweder dem Schutz des Landfriedens, dem Schutz der erworbenen Rechte oder der Gewährleistung gemeinsamen Handelns von Adel und Städten in bestimmten Fällen, zum Beispiel der Ertrotzung von Rechten, die schon im Besitz glücklicherer Stände, wie der von Breslau, waren. Sie dienten auf Grund des Widerstandsrechtes nur der Verteidigung des Erworbenen. Schöpferisch im Sinne der plötzlichen Gestaltung neuer Territorien<sup>1)</sup>, der plötzlichen Erwerbung bisher unbekannter landständischer Rechte, der plötzlichen Schaffung landständischer Verwaltungsorgane hat keine dieser Einungen gewirkt. Der Fortschritt der ständischen politischen Selbständigkeit, der Ausbau der Verfassung erfolgte vielmehr in der langsamen ruhigen Entwicklung, die durch das notwendige Zusammenwirken der Stände in den Zwangsverbänden des Territoriums und des Weichbildes zustande kam. Nur ausserordentliche Umstände und Ereignisse, die zum Widerstand aufforderten, führten zur Entstehung eines außerordentlichen Instituts, der Einung. Deshalb ist auch die Einung keine grundsätzlich notwendige Stufe der Entwicklung, sondern nur ein sekundäres, unter Umständen notwendiges Hilfsmittel der Entwicklung gewesen. Für Gesamtschlesien, dem Jahrhunderte lang der Zwangsverband eines einheitlichen Territoriums gefehlt hat, war die Einungs-Bewegung allerdings ein notwendiges Hilfsmittel der Entwicklung<sup>2)</sup>. Selbst diese Bewegung aber wollte nur einen alten Zustand, die Existenz eines kompakten Landgebietes zu beiden Seiten der Oder wiederherstellen, war also nicht im eigentlichen Sinne schöpferisch tätig<sup>3)</sup>. Ein volles Verdienst aller Einungen aber bleibt das, daß sie die Organe, die die Stände schon unter landesherrlicher Leitung gebildet hatten, in Kampf und verantwortlicher Tätigkeit zu voller Ausbildung brachten und die ungeahnte Differenzierung dieser Organe anbahnten.

Mit der Gewährung grundlegender Privilegien an die bedeutendsten Klassen der Untertanen wurden die Lehnsauftragungen der schlesischen Fürsten an Böhmen vollzogen. Diese Zeitperiode fixierte die allmählich von Adel und Städten ihren Landesherrn abgerungenen Einzelrechte.

Sie ließ aus einem im 13. Jahrhundert durch wachsende Schwäche des Herrn und wachsende Ansprüche der Untertanen allmählich unbestimmt gewordenen und nach dem augenblicklichen Fall sich richtenden Machtverhältnis<sup>4)</sup> ein neues auf neubestimmten Rechten und Pflichten beruhendes Rechtsverhältnis zwischen dem Landesherrn einerseits und streng gesonderten Gruppen der Untertanen, den führenden Ständen, andererseits entstehen.

<sup>1)</sup> Bemerkenswert ist, daß alle Einungen, abgesehen von den städtischen, sich an den Rahmen der Weichbilder halten und sich nach Weichbildern nennen; nicht einmal diese Gebilde wurden von den Einungen umgestaltet, höchstens etwa ausgestaltet. <sup>2)</sup> Rachfahl, S. 82 f. u. 95, Anm. 2. <sup>3)</sup> Ebenso urteilt O. Hintze in Acta borussica VI, 1, S. 498, daß die Versuche, durch freie landständische Einungen zu einem politisch leistungsfähigen Ganzen zu gelangen, zu keinem dauernden Erfolge geführt hätten. <sup>4)</sup> Vgl. die Worte Stenzels in seiner Geschichte Schlesiens, S. 133 f.



## II. Buch.

### Die landständische Verfassung von Schweidnitz-Jauer.

#### I. Kapitel.

#### Die Verfassung bis zum Jahre 1527.

1. Die Landesprivilegien des 14. Jahrhunderts für Schweidnitz-Jauer. Die Fürstentümer Schweidnitz und Jauer waren nicht die ersten in Schlesien, die in den Besitz von wichtigen Landesprivilegien gelangten. Politische Gründe, die Lehnsauftragung der schlesischen Fürstentümer an Böhmen, brachten vor allen den Ständen von Breslau, Glogau und Liegnitz die Anerkennung der beanspruchten Rechte<sup>1)</sup>. Schweidnitz-Jauer allein hatte unter der Leitung eines begabten Fürsten, Bolkos II., der Ausdehnungs-Politik der böhmischen Luxemburger erfolgreichen Widerstand entgegengesetzt<sup>2)</sup>; aber unter Bolkos selbstherrlichem Regiment fanden die Stände als solche nicht ihre Rechnung. Erst als es Karl IV. mit vielgewandter Heiratspolitik gelang, die friedliche Einverleibung der Fürstentümer in das böhmische Reich anzubahnen, als es sich darum handelte, schon vor Bolkos II. Tode die Huldigung der Fürstentümer an Anna von Jauer, die kindlich-junge Gemahlin Karls IV. und Erbin beider Fürstentümer, herbeizuführen<sup>3)</sup>, da fanden sich plötzlich die Stände in einer ausschlaggebenden Stellung. Bis zum Untergang der alten Verfassung erhielt sich in den Ständen das stolze Gedächtnis daran, daß sie frei und ungezwungen zur Krone Böhmen getreten seien, und daß ihr letzter freier Landesfürst seine Lande und Leute zum Dank für ihre treue Untertänigkeit „so frei sie das ersinnen konden oder mochten“ an die Krone Böhmen gebracht habe<sup>4)</sup>.

Den Verträgen, die Königin Anna 1353<sup>5)</sup>, Karl IV. 1356<sup>6)</sup> und 1369<sup>7)</sup> sowie König Wenzel 1369 mit den Ständen von Schweidnitz-Jauer abgeschlossen haben, verdanken wir einen glücklichen Einblick in das Werden einer landständischen Verfassung. Denn das Maß von Rechten, Gnaden und Freiheiten, das Königin Anna 1353 den zur Huldigung an sie gewiesenen Mannen und Städten bestätigte und verlieh, wurde in den Urkunden von 1356 und 1369 derartig erklärt und nach verschiedenen Richtungen hin erweitert, daß eine direkt planmäßige Erörterung der einzelnen Punkte zwischen den Fürsten und den maßgebenden Ständen angenommen werden muß.

<sup>1)</sup> Siehe vorher S. 16 f.    <sup>2)</sup> Vgl. C. Grünhagen, Die Korrespondenz der Stadt Breslau mit Karl IV. in den Jahren 1347—55, im Archiv für Kunde der öst. Geschichtsquellen, 1865.    <sup>3)</sup> Vgl. Siegfried Grotefend, Die Erwerbspolitik Kaiser Karls IV., Hist. Studien, veröff. v. Ebering, Heft 66, Berlin 1909, S. 11 ff.; E. Gospos, a. a. O., speziell S. 63 f.    <sup>4)</sup> So 1549, vgl. Fū. Msc. Fol. 233, 2, S. 138 f.    <sup>5)</sup> Siehe Quellen Nr. 8. Ältere Drucke bei Walther II, S. 468 ff., 470 f. Vgl. die Besprechung der Privilegien bei Stenzel, Gesch. Schlesiens, S. 274 ff.    <sup>6)</sup> Siehe Quellen Nr. 9. J. Schmidt in seiner Geschichte von Schweidnitz I, S. 96 nennt diese Urkunde die große Carolina, die magna charta der Schweidnitz-Jauerschen Verfassung.    <sup>7)</sup> Vgl. Lehnurk I, Nr. 26, Wenzels Urkunde von 1369 Oktober 12 für Mannen und Ritter, Nr. 27, Karls Urkunde gleichen Inhalts vom selben Tage und Nr. 28, Karls Revers für die Städte. Nachstehend ist unter Nr. 12 der Quellsammlung die in den Lehnurkunden nur erwähnte Urkunde Wenzels für die Städte abgedruckt.

Im ersten Artikel verspricht Anna, keinen Untertan im Besitz von Diensten, Grundeigentum, Einkünften an Zöllen, Münzgeld und Zinsen jeder Art zu stören sowie alle Gnaden und Freiheiten zu achten, die jeder mit Urkunden oder nach Landrecht nachweisen könne. Dieser Artikel bedeutete die Sicherstellung aller jener Erwerbungen, die die Untertanen im letzten Jahrhundert auf dem Gebiet der herzoglichen Regalien und Rechte gemacht hatten. Wenn sich nun in dem Privileg Karls IV. von 1356 ergänzende Bestimmungen finden, die einer weiteren Verschleuderung herzoglichen Besitzes jeder Art durch den Landesherrn vorbeugen sollten, so können wir hierin einen Erfolg der sich nunmehr allein für den Schutz des Territoriums verantwortlich fühlenden ständischen Politik erblicken. Daß die Bestimmungen von den Ständen ausgingen, ergibt sich schon aus der in ihnen hervortretenden Berücksichtigung des Standesgefühls der Untertanen. Karl gelobte nämlich, keinen eingewesenen Mann, Bürger und Bauern zu vergeben und zu verkaufen, zu verpfänden oder in ein Lehnverhältnis zu andern zu bringen. Mit Verpfändung und Verlehnung war nämlich offenbar die Gefahr der „Niderung“<sup>1)</sup>, der Deklassierung verbunden. Wie aus dem Ausdruck hervorgeht „und ob sie leichte sprechen, sie weren in nicht gut genug zu genozen“, waren damals aller Wahrscheinlichkeit nach im Adel Bestrebungen möglich, weniger vornehme Standesgenossen zu Aftervasallen zu machen d. h. einen Herrenstand, wie in Böhmen, zu schaffen<sup>2)</sup>. Auch die Privilegien von 1369 versprechen, keinen Teil der Mannen oder gar alle zu verkaufen, zu verpfänden oder dem Lande zu entfremden. Dieser Schutz vor Entfremdung diente ebensosehr der Erhaltung des Territoriums, wie der persönlichen Sicherheit des einzelnen. In welcher Weise die Festigung des Territoriums von den Ständen erstrebt wurde, erhellt auch aus den weiteren im zweiten Privileg von 1356 enthaltenen Schutzbestimmungen. Danach durften Kirchlehen, Klöster, Dörfer, Zölle, Mühlen, Vorwerke, Wälder und Gebirge sowie feste Häuser nicht vom Landesherrn den Fürstentümern entfremdet werden. Kein Burglehen oder freies Dorf, kein Roßdienst und keine Landvogtei sollten mehr erblich vergeben und verliehen werden, wie so oft bisher. Nur für Fälle rechter und redlicher Not sollte der Landesherr befugt sein, Einkünfte, Burgen und Vorwerke für genau bestimmte Höchstsummen versetzen zu dürfen. Von besonderem Interesse ist hierbei die Bestimmung von 1356, die eine Reihe namentlich aufgeführter Wälder vor der Entfremdung, Rodung und Vergabung zur Aussetzung von Dörfern ausdrücklich schützt. Daß auch diese Bestimmung von den Ständen ausging, die sich vielleicht vor übermäßiger Kolonisation, jedenfalls aber vor Verringerung ihres zum Bergbau und zur Leinwandbleiche benötigten Holzreichtums schützen wollten, ergeben die zahlreichen Maßregeln für den Waldschutz, die aus den späteren Landtagsakten nachzuweisen sind. Die Proteste gegen die Abholzungen, die die Stifter Leubus, Grüssau und das Breslauer Sandstift sowie die Inhaber der Burg- und Pfandlehen Fürstenstein, Kynsberg und Bolkenhain betrieben, gingen von den Ständen aus<sup>3)</sup>.

<sup>1)</sup> Vgl. Cod. dipl. Sil. X, S. 153 „do alleine die man des wicbildes nicht von genidert werden“. <sup>2)</sup> Siehe Rachfahl, S. 55 f., ebenso Reg. 883. Über den großen Streit des Abts von Leubus mit seinen Aftervasallen über ihre besonderen Pflichten siehe Königl. Staatsarch., Rep. 222, I 4, Nr. 22, Bl. 137–376. Über die trotz des Privilegs erfolgte Verschleuderung von Lehnendiensten siehe Kap. 4, Heerwesen. <sup>3)</sup> Siehe Quellen Nr. 45, 1558 November 3; Ff 236, 3 S. 335 (1588 Juli 28), 344 f., 353 f., 825; Ff 236, 4, S. 375 (1591 Mai 6) und S. 520 f. (1591 Sept. 20) betreffend Erbauung „neue(r) heuser in der Ruhebank“. Die gleiche Forstpolitik ist auch in anderen Landesteilen nachzuweisen, vgl. C. Sturm, Geschichte der Stadt Goldberg, Goldberg 1888, S. 83 betr. Waldschonung zu Goldberg.



Das zweite in Annas Privileg von 1353 verliehene oder bestätigte Recht war die Freiheit von Kriegsdiensten außerhalb der Grenzen des Fürstentums<sup>1)</sup>. Die Leistung freiwilliger Kriegsdienste außerhalb der Grenzen sollte durch gütliche Übereinkunft vermittelt werden. Die nicht näher erklärte Dienstpflicht innerhalb der Landesgrenzen blieb bestehen. Für jeden Dienst innerhalb und außerhalb der Grenzen sollte der Landesherr Kost und Notdurft liefern sowie den Schaden, der entstand, vergüten. Ein 1369 auch dieses Recht ergänzender Zusatz war die Erlaubnis, die von den alten Fürsten ererbten Paniere und Heerzeichen<sup>2)</sup> weiter zu führen, d. h. doch wohl, selbständige Heeresabteilungen zu bilden. Auch dieses Recht kann nur als ein nachträglich von den Ständen zur Erhaltung des alten Rechtszustandes erreichtes Zugeständnis aufgefaßt werden.

Der 3. Artikel von 1353 betraf die Befreiung der Städte von außerordentlichen Steuern, denn er versprach ihnen, sie bei ihren rechten Geschossen zu lassen und zu keinen andern Gaben oder Diensten zu zwingen<sup>3)</sup>. Für den Adel scheint das Recht schon selbstverständlich gewesen zu sein, wie es denn auch bereits 1327<sup>4)</sup> an die Breslauer Bürger und Mannen, und ebenso schon 1337<sup>5)</sup> an Bürger und Mannen der Weichbilder Liegnitz, Goldberg und Haynau, hier also an beide Hauptstände, verliehen worden war.

Der 4. Artikel von 1353 gewährte denjenigen Untertanen, die vom Landesherrn oder seinen Beamten Gewalt erlitten und auf ihr Ermahnen keine Sühne erlangt hätten, das Recht, Gerichtssitzungen und Dienste zu verweigern d. h. das Widerstandsrecht. Das Privileg von 1356 erteilte sodann der Gesamtheit der Stände das Recht der Nichtachtung königlicher Mandate, die gegen die erteilten Privilegien verstießen, wie es auch schon in dem ersten Privileg vom 6. April 1327 den Breslauer Ständen verliehen worden war<sup>6)</sup>. Wenn nun der 6. Artikel von 1353 den Ständen überhaupt das Recht gab, neue Rechte und Rechtsänderungen nur mit ihrem eigenen guten Willen<sup>7)</sup> anzunehmen, so bedeutete dies eine förmliche Bindung des Landesherrn an die Zustimmung der Stände in der Ausübung bestimmter Staatshoheitsrechte, insbesondere der Gesetzgebung, eine Nebeneinanderstellung von landesherrlicher und ständischer Macht als Trägern der höchsten Staatsgewalt. Eine solche Erhöhung der ständischen Gewalt mochte Karl IV., dem Schöpfer der Goldenen Bulle<sup>8)</sup>, wohl bedenklich erscheinen, und so brachte sein Privileg von 1356 den einzigen einschränkenden Zusatz, indem er Mannen, Rittern, Knechten und Bürgern verbot, ohne Genehmigung und Wissen ihres Erbherren Einungen mit einer höheren Konventionalstrafe, als zu 30 Schillingen<sup>9)</sup> abzuschließen.

<sup>1)</sup> Schon die Herzöge brauchten ihrem Oberlehnsherrn keinen unentgeltlichen Kriegsdienst außerhalb ihres Landes zu leisten, vgl. Lehnurk. I, S. 488 (1337 Januar 6). <sup>2)</sup> Vgl. Reg. 249, 2723 und Kap. 4, Heerwesen.

<sup>3)</sup> Vgl. dazu Reg. 3091 (1309 Dez. 22) über die Pflicht zur Zahlung der Hilfe in Landesnot und des Münzgeldes.

<sup>4)</sup> April 6, Reg. 4637 und Lehnurk. I, S. 67 f. <sup>5)</sup> Februar 18, s. vorher S. 17 Anm. 2. <sup>6)</sup> Reg. 4636, Lehnurk. I, S. 66 f.

In dem Schweidnitz-Jauerschen Privileg weist Karl schon auf die Möglichkeit von Fälschungen hin. <sup>7)</sup> Wie dieses Recht angewandt wurde, zeigt z. B. der Schweidnitzer Landtag vom 21. Januar 1548 [Rep. 39, S.-J. II 1 a,

237 a], auf dem der Adel gegen die Neueregung der Ritterdienste kämpfte. Das Privileg Annas bezeugt klärlieh, daß „uns auch on unsern gутten willen kein neu recht gemacht und aufgesetzt werden soll“. <sup>8)</sup> Karl Zeumer, die Goldene Bulle Kaiser Karls IV. Weimar 1908 I, S. 72 f.; II, S. 30. Gierke, a. a. O. I, S. 565. <sup>9)</sup> D. h. Bußgeld für den Zuwiderhandelnden, vgl. Gierke a. a. O. I, S. 462 und z. B. den schlesischen Landfrieden vom 21. September 1435 [Stadtarch. Breslau, E E 5 b; vgl. Königl. Staatsarch. Rep. 135, E 149 f.], der 10000 Schock böhmischer Groschen als Buße für die festsetzt, die in den Frieden gewilligt haben und ihn nicht besiegeln, sondern nachträglich zurücktreten. Über „Innung“ als Eintrittsgeld vgl. Tzschoppe und Stenzel, S. 522, 523, Anm. 3; O. Meinardus, Das Neumarkter Rechtsbuch, Darst. u. Quellen zur schles. Gesch., Bd. 2, Breslau 1906, S. 65 f.



Die wirklich wehrhafte Organisation der ständischen Widerstandskraft, die in der Einung gegeben war, wurde so für alle wichtigen Fälle der landesherrlichen Kontrolle unterstellt. Gewiß bedeutete diese Einschränkung eine Präventiv-Maßregel auf Grund von Erfahrungen, die Karl in seiner umfassenden politischen Wirksamkeit schon gemacht hatte.

Eine Reihe von Artikeln von 1353 waren für die Sonderstellung der Fürstentümer von hoher Bedeutung. Wie in dem Breslauer Privileg von 1327 und dem Glogauer von 1331, erhielt nach dem 5. Artikel von 1353 jeder Untertan in Schweidnitz-Jauer das Recht, daß er nur vor seinem ordentlichen Richter „nach Landesrecht“ zur Verantwortung gezogen werden durfte. Die Ziehung außerhalb des Landes oder vor ein anderes als das rechtmäßige Gericht wurde auch für Fälle, in denen der Landesherr gegen einen Untertan klagte, verboten. Es hat erst heftiger Kämpfe bedurft, bis der neue Habsburger auf dem böhmischen Thron, Ferdinand I., der die Appellationskammer in Prag zur Berufungs-Instanz für alle schlesischen Gerichte zu machen suchte und den Rechtszug nach Magdeburg verbot, in Schweidnitz-Jauer mit seiner zentralisierenden Absicht durchdrang<sup>1)</sup>. — Der 7. Artikel von 1353 versprach, daß die beiden Fürstentümer ewig ungeteilt blieben, eine Forderung, die auch 1369 wieder zu ihrem Rechte kam und die erst durch die preußische Verwaltungs-Organisation bei Seite gedrängt wurde<sup>2)</sup>. — Ein besonderes Vorrecht aber sicherte sich Schweidnitz-Jauer durch den 8. Artikel von 1353, indem diese Lande nur an den ältesten Nachkommen<sup>3)</sup> des Landesherrn fallen durften, so daß ihre staatsrechtliche Stellung später mit der der Dauphiné und von Wales verglichen wurde. 1356 und 1369 bestätigten die Könige Karl IV. und Wenzel dieses Vorrecht. Tatsächlich trat denn auch auf Grund dieses Privilegs 1626 der Fall ein, daß der Thronfolger Ferdinand III. kurz vor der Besteigung des böhmischen Throns die gesonderte Verwaltung von Schweidnitz-Jauer erhielt, und dasselbe war 1649 bei Ferdinand IV. der Fall<sup>4)</sup>.

Schließlich brachte der 9. Artikel von 1353 noch ein Recht, auf dem in der Tat ein großer Teil des Fundamentes von dem Bau ruhte, den die Stände in ihrer Landesverwaltung errichteten, das Indigenatsrecht. Kein Hauptmann, Landschreiber<sup>5)</sup> oder Amtmann, der nicht ein eingesessener und eingeborener Biedermann war, durfte vom Landesherrn in ein Amt des Landes gesetzt werden, und das Privileg von 1369 ergänzte die Bestimmung dahin, daß beide Fürstentümer zusammen

<sup>1)</sup> Siehe Kap. 4, Gerichtsverfassung. <sup>2)</sup> Schweidnitz kam zur Kriegs- und Domänenkammer Breslau, Jauer zu der von Glogau. <sup>3)</sup> Eine unglückliche Konjekture bringt Gospos a. a. O., S. 71, indem er aus „der eldeste“, „der edelste“ macht und die Stelle auf die Zusammenkünfte von Rittern bezieht, unter denen der Edelste Herr sein sollte. <sup>4)</sup> 1626 Juni 23. Kaiser Ferdinand II. stützte sich mit besonderer Betonung auf dieses Privileg, vgl. Quellen Nr. 90 (1626 Juni 10). In dieses Recht war die Untrennbarkeit von der Krone Böhmen eingeschlossen, die sich auch die anderen schlesischen Länder garantieren ließen, vgl. Lehnurk. I, S. 66 f., 67 f. (1327 April 6); Lehnurk. I, S. 159 (1341 Oktober 28), Lehnurk. II, S. 171 f. (1344 Nov. 20); Lehnurk. I, S. 70 (1352 Februar 10). Über die Einräumung der Fürstentümer von 1626 vgl. J. Krebs in Acta publica 1626—1627, S. 257 ff.; Schmidt II, S. 24; Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, Böhm. Repert. XII fol. 1—4; Allgem. Archiv d. Innern, Wien I A 2, Schles. K. 3034 fol. 1; Fü 236, 9 S. 111. Ferdinand III. erhielt zugleich auch Oppeln-Ratibor und Glatz und setzte für die Erhebung der Einkünfte in dem ganzen Herrschaftsbereich einen Regenten ein, Krusch, Geschichte des Staatsarchivs Breslau, Mitt. d. Preuß. Archivverwaltung, Heft 11, S. 129. Über die Einräumung an Ferdinand IV. vgl. Fü 238, 6 S. 1139 f.; Schmidt II, S. 117. <sup>5)</sup> D. h. der Beamte, der in Schweidnitz-Jauer später stets „Kanzler“ genannt wurde. Schon Bolkos Privileg vom 3. Juli 1353 [Lehnurk. I, S. 498] hatte die Besetzung jedes wichtigen Amtes mit einem Biedermann, d. h. einem Adligen, zugesagt.



nur einen Hauptmann und einen Landschreiber erhalten dürften. Die Besetzung der wichtigsten Beamtenstellen mit den Ständen genehmen, vor allem eingeborenen Personen war eine Forderung, die schon 1327 von Breslau<sup>1)</sup>, 1328 von Schweidnitz<sup>2)</sup>, 1331 und 1341 von Glogau<sup>3)</sup>, und auch sonst oft<sup>4)</sup> erhoben und vom Landesherrn bewilligt worden war<sup>5)</sup>.

Das Privileg Wenzels von 1369 brachte schließlich noch ein neues der wirtschaftlichen Einheit der Lande dienendes Recht mit der Festsetzung, daß in beiden Ländern nur eine einheitliche Münze von gleichem Gepräge und in der gegenwärtigen Güte umlaufen dürfe.

Fassen wir den Inhalt der großen Privilegien zusammen, so ergibt sich, daß sie in einer Anzahl wichtiger Fälle von Gesetzgebung und Verwaltung die Souveränität des Landesherrn, seine Verfügungsfreiheit über Lande und Rechte zugunsten der Untertanengemeinschaft als der Teilnehmerin an bestimmten Staatshoheitsrechten beschränken. Wir finden in diesen Privilegien Verfassungsurkunden, wenn auch unvollkommener Art, in denen der Versuch gemacht ist, die Grundlagen der öffentlichen Ordnung festzulegen. Mochte auch die Entwicklung der neuen Verfassung noch der Arbeit von Jahrhunderten bedürfen, der Dualismus des ständischen Staates, die Teilung des Besitzes der höchsten Staatsgewalt zwischen Landesherrn und Untertanengemeinschaft ist in diesen Urkunden zur Anerkennung gelangt. Diese grundlegenden Privilegien waren zwar an die Gesamtheit der Untertanen, „die Gemeinde arm und reich“ von Schweidnitz-Jauer gerichtet. Das frühere Verhältnis zwischen Landesherrn und Untertanen ließ aber vermuten, und die Folgezeit bewies es, daß nur zwei geschlossene Stände innerhalb der Untertanengemeinschaft, Ritterschaft und Städte, imstande waren, für die Durchführung der Privilegien zu sorgen und damit das Land dem Landesherrn gegenüber zu vertreten<sup>6)</sup>. Wenn Ritterschaft und Städte anfangs allein huldigten<sup>7)</sup>, wenn sie ungerechte Verpfändungen und Steuerauflagen oder Verstöße gegen das Indigenatsrecht zu hindern suchten, so handelten sie im Interesse des ganzen Landes als eines politischen Gemeinwesens und galten als dessen rechtmäßige vom Landesherrn anerkannte<sup>8)</sup> Vertreter und Organe. Seit der Erteilung der großen Privilegien an das ganze Land hören wir denn auch wenigstens im 14. Jahrhundert nur noch von ihren Bestätigungen für Ritterschaft und Städte<sup>9)</sup>; auch sonstige

<sup>1)</sup> Lehnurk. I, S. 67 f. <sup>2)</sup> November 29. Reg. 4775. Der Herzog durfte ohne Zustimmung seiner Vasallen und der Schweidnitzer Bürger keinen Regenten bzw. Statthalter einsetzen; vgl. auch Gospos a. a. O., S. 14 (Reg. 4863). <sup>3)</sup> 1331 März 9 u. 10, Reg. 5004a, 5005, Lehnurk. I, S. 133; 1341 April 20, Lehnurk. I, S. 157. <sup>4)</sup> Vgl. z. B. über die Bestrebungen, Ausländern den Eintritt in das Breslauer Domkapitel und die Erhebung auf den Bischofstuhl zu erschweren, A. O. Meyer, Studien zur Vorgeschichte der Reformation. Aus schlesischen Quellen, Histor. Bibl. München und Berlin 1903, S. 4 f., 126 f. (Kolowrathischer Vertrag). <sup>5)</sup> Über die Verletzungen dieses Rechts siehe Kap. 3, Landeshauptmann. Als 1561 das Hofrichteramt des Fürstentums Jauer mit dem Pfandbesitz des Burglehens Bunzlau an den deutschen Vizekanzler von Böhmen, Dr. Georg Mehl v. Strehlitz vergeben wurde, (vgl. schon 1558 Dez. 18, Fü. 233, 2, S. 871), erkannte der Kaiser diese Verleihung auf die Proteste der Stände hin ausdrücklich als Ausnahme an, 1561 März 20, Königl. Staatsarch., Rep. 6, S.-J. Urk. 11 h.; Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien, Schles. Fasc. 1, fol. 128—140, 158/159. Als Mathes Logau der Jüngere 1564 bei den Ständen Schwierigkeiten wegen seiner Annahme als Landeshauptmann fand, schrieb er etwas bissig, er sei zwar zu Neiß geboren, aber ebenso gut eingeboren, wie der Kaiser als Spanier. Fü 235, S. 1027. <sup>6)</sup> G. v. Below, a. a. O., Kap. III [Berg. Zeitschr. 22 (1886)] S. 12 f. <sup>7)</sup> Vgl. 1369 Okt. 11 (Lehnurk. I, S. 512 f) und Okt. 12 (Lehnurk. I, S. 515, 517 u. 518); Fischer, Jauer I, S. 230 f.; Walter II, S. 470 f. <sup>8)</sup> Das bezeugt die Heranziehung der Vertreter von Adel und Bürgertum zur Bürgerschaftsleistung, vgl. 1350 Dez. 13 (Lehnurk. I, S. 494 f.); 1353 Juli 3, (Lehnurk. I, S. 497 f.); 1359 Februar 14 (Lehnurk. II, S. 645 f.); 1369 Okt. 11 (Lehnurk. I, S. 512 f) und Königl. Staatsarch. Rep. 6, S.-J. Urk. 1 d); siehe auch Lehnurk. I, S. 514. <sup>9)</sup> Vgl. 1369 Okt. 12 (Lehnurk. I, S. 515, 517, 518). Auch

Privilegienerteilungen erfolgen in diesem Jahrhundert nur noch an Ritterschaft und Städte<sup>1)</sup>. Die Vertreter dieser beiden Stände waren es demnach, die in ihrer Vereinigung auf Beratungstagen allein das „Land“ konstituierten. Erst im 15. Jahrhundert trat der Prälatenstand als „erster Stand im Lande“ zu Adel und Städten hinzu, ohne tatsächlich jemals eine besondere Kurie zu bilden<sup>2)</sup>.

2. Die Ausgestaltung der Verfassung unter dem Herzogshause bis zu dessen Aussterben. Waren den Schweidnitz-Jauerschen Ständen auch durch die Privilegien seit 1353 bedeutende Rechte von dem künftigen Herrscherhause eingeräumt worden, so fragte es sich, ob das noch regierende angestammte herzogliche Haus, Bolko und seine Gemahlin Agnes, diese Privilegien auch schon für sich als bindend auffaßten. Adel und Städte von Schweidnitz-Jauer hatten sich auch vor 1353 schon selbständig genug entwickelt. Wenn Bolko 1355 eine Anzahl ehemals herzoglicher Burgen, die in den Pfandbesitz von Adeligen gekommen waren, sich mit Waffengewalt unterwerfen mußte<sup>3)</sup>, so wird er damit einer nur langsam zur Entwicklung gekommenen adeligen Opposition Halt geboten haben. Ferner ist die Gemeinschaft der Städte, die die gemeinsame Erwerbung von Zollbefreiungen und Privilegien, vor allem aber gemeinsames Handeln gegenüber dem Landesherrn in Finanzfragen erstrebte, auch schon vor der Mitte des 14. Jahrhunderts nachzuweisen<sup>4)</sup>. Wenn Bolko nun auch die Gemeinschaft der Städte soweit anerkannte, daß er ihr 1367 ein Dorf verkaufte<sup>5)</sup> und sie damit belehnte, wenn er auch gemeinschaftliches Handeln von Adel und Städten, besonders in Bürgerschaftsangelegenheiten<sup>6)</sup> herbeiführte, so vermied er es doch offenbar, ihnen eine ausschlaggebende Stellung einzuräumen. Er stützte sich in seinen laufenden Regierungshandlungen, wie früher, nur auf den Beirat, auch auf die einhellige Zustimmung<sup>7)</sup> seiner Mannen, ohne es zu einer regelmäßigen gesamtständischen Mitregierung im Sinne der Verfassungsurkunden kommen zu lassen. Erst nach seinem am 28. Juli 1368 erfolgten Tode, unter der Regierung seiner Witwe Agnes, kam es zu einer dauernden gemeinsamen Anteilnahme von Adel und Städten an den Regierungshandlungen. Noch am 26. Februar 1369 verleiht Agnes nur mit Rate „unser lieben

später werden nur „Land“, d. h. Ritterschaft und Städte als die 1353 und 1356 privilegierten Stände bezeichnet, vgl. Königl. Staatsarch. Rep. 135, D 366 g, S. 265; ebda. Jan. Msc. 14, S. 645, 679. Die Gerichtsordnung, die 1459 Adel und Städte erlangt haben, gilt „auf alle und itzliche inwoner der fürstenthumber“. Rep. 39 S.-J. II 1 c, 2. Teil, Bl. 120 b.

<sup>1)</sup> 1364 Sept. 11 (Lehnsurk. I, S. 511) an den Adel, 1365 Sept. 14 (Original im Schweidnitzer Stadtarchiv, Abschrift im Königl. Staatsarch. Rep. 135, D 377 c, S. 3) an die Städte. <sup>2)</sup> Vgl. im folgenden Kapitel 2: Geistlichkeit. <sup>3)</sup> Es werden Fürstberg, Konradswaldau, Schwarzwaldau, Zeiskenberg, Freudenburg genannt, vgl. Stenzel, Gesch. Schlesiens, S. 273. <sup>4)</sup> Siehe vorher S. 6. Wenn Karl IV. 1355 September 30 [Königl. Staatsarch. Rep. 39 S.-J. II 7 a; Rep. 135 C 98 I, S. 46] den Städten Schweidnitz, Striegau, Reichenbach, Nimptsch, Bolkenhain, Landeshut, Jauer, Hirschberg, Löwenberg und Bunzlau auf ihre Bitte „iusta petentibus“ den Zoll im Königreich Böhmen erläßt, so tut er dies offenbar auf gemeinsames Vorgehen (petentibus) der Städte hin; vgl. auch Grünhagen, Gesch. Schlesiens I, S. 183 f. und 200. <sup>5)</sup> 1367 März 15 [ebda. Rep. 39 S.-J. III 15 A, Bl. 29b] das Dorf Tunkendorf bei Schweidnitz „der ganzen gemeyne der stete, die hernoch beschreiben steyn, Swidnicz, Stregon, Richenbach, Jauwr, Hirsberg, Lewenberg und Bunczelav“. Man denke hierbei an die gleichzeitige Stellung des Sechsstädtebundes in der Oberlausitz, z. B. 1369: Walther II, S. 470. <sup>6)</sup> So 1361 Februar 28, Lehnsurk. I, S. 179 f. (Gospo a. a. O., S. 90): Die Bürgerschaft der „nobilium, civium, vassallorum et terrigenarum“. <sup>7)</sup> Bei der Verleihung von Bertholdisdorf im Trautenauschen [= Berthelsdorf Kr. Landeshut] an das Kloster Grüssau 1367 Februar 14 [Königl. Staatsarch. Rep. 39 S.-J. III 15 A, Bl. 12b] „de consensu domine Agnetis . . . omniumque fidelium, procerum ac nobilium nostrorum sano et maturo consilio et consensu unanimi prehabito“; vgl. auch 1365 August 25 (ebda. Bl. 3) und 1366 Juli 16 (ebda. Bl. 6a) über den Beirat der Mannen, ebenso 1368 Mai 10, Lehnsurk. I, S. 89 f.



getruwen manne“ der Stadt Schweidnitz Kramzinsen von neu erbauten Kammern<sup>1)</sup>. Zwei Tage später schon entscheidet sie „mit rate unser getruwen manne und ouch mit rate unser getruwen stedte“ auf ihrem „hus zu der Sweidnicz“ einen Zwist zwischen den Reichenbacher Webern und Gewandschneidern um das Recht des Gewandschnittes<sup>2)</sup>. Daß eine solche ständische Versammlung nicht bloß vereinzelt und nur für Rechtsfälle zustande gekommen war, bezeugen die gemeinsamen Entscheidungen desselben Jahres über eine Seelgerätstiftung für den zu Grüssau begrabenen Herzog Bolko<sup>3)</sup>, sowie über den Besitz der Hirschberger Landvogtei<sup>4)</sup>. 1372 besiegeln Mannen und Städte den Freibrief für die Judenschaft der Herzogtümer<sup>5)</sup>, 1374 erhält die Stadt Schweidnitz einen ewigen freien Fleischmarkt „mit rathe unser getreuen manne und bürgere, der wir viel dabei gehabt haben“<sup>6)</sup>, 1380 belehnt die Herzogin nach eingeholter Unterweisung „von unsern getreuen mannen und städten“ den Konrad von Skal mit der seiner Familie unrechtmäßig von Herzog Bolko entrissenen Erbvogtei zu Jauer<sup>7)</sup>.

Leicht wurde den Städten die politische Gleichberechtigung nicht gemacht. Die Regierungszeit der herzoglichen Witwe ist erfüllt von Kämpfen der Herzogin und des Adels auf der einen Seite gegen einzelne oder alle Städte auf der andern Seite. Da aber die Herzogin in ihrer Finanznot, der schleichenden Krankheit, an der schon Bolko und seine Vorfahren gelitten hatten, der Hilfe der Städte nicht entraten konnte, so raubte ihre schwankende Stellung zwischen beiden Hauptständen ihr schließlich alle Kraft und Autorität, so daß ihr vom böhmischen König ein Landeshauptmann an die Seite gestellt werden mußte<sup>8)</sup>.

Der Einblick in das Verhältnis zwischen der Herzogin und ihren Städten ist schon wegen der Beziehungen der Städte untereinander von Interesse und lehrt, wie wenig die Städte imstande waren, dauernd einig zu bleiben. Als 1371 die Herzogin den Städten Schweidnitz, Jauer und Bolkenhain auf 10 Jahre ihre silberne Münze im ganzen Herrschaftsbereich verkaufte<sup>9)</sup>, mußte sie bald darauf den augenscheinlich mit dieser besonderen Begnadigung nicht zufriedenen Städten Nimptsch, Reichenbach, Striegau, Landeshut, Hirschberg, Löwenberg und Bunzlau ein erläuterndes Privileg über die festgesetzten Münzstrafen geben<sup>10)</sup>. Wie gebunden aber die Herzogin in ihren Willensäußerungen war, erhellt daraus, daß die Ratmannen von Schweidnitz, Jauer und Bolkenhain zu diesem zweiten Privileg ihre besondere Zustimmung erteilten. Die Stadt Striegau, die sich 1387 weigerte, die ihr von der Herzogin auferlegten offenbar ungerechten Steuern zu zahlen, kämpfte

<sup>1)</sup> Rep. 39, S.-J. III 15 B, Bl. 5 b. <sup>2)</sup> Or. Rep. 132 a Dep. Reichenbach, Urk. Nr. 10 und Korn, Schlesische Urkunden zur Geschichte des Gewerbrechtes, Cod. Sil. VIII, S. 61, Nr. 41 und S. 63, Nr. 42. Zeugen sind neun von Adel und die Ratmannen von Schweidnitz, Striegau, Löwenberg, Bolkenhain, Bunzlau und Hirschberg; die von Reichenbach werden wegen der Wichtigkeit ihrer Zustimmung zum Schied besonders aufgeführt. <sup>3)</sup> 1369 April 9. Rep. 39 S.-J. III 15 B, Bl. 10 b, in deutscher, Bl. 12 b in lateinischer Fassung „de consilio, beneplacito pariter et consensu expresso terre nobilium, baronum, procerum, vasallorum, civium civitatum et locorum omnium...“

<sup>4)</sup> 1369 April 23 [ebda. Bl. 24 b]. Es heißt zwar nur „mit rate unser getruwen manne“, aber es läßt sich feststellen, daß unter den Zeugen Ratmannen von Löwenberg, Bunzlau und Schweidnitz aufgeführt werden. Es handelte sich hierbei um den Kampf des Weichbildadels von Hirschberg mit der Stadt Hirschberg um den Besitz der Landvogtei, die 1367 von der Stadt angekauft worden war [ebda. III 15 A, Bl. 22 b]. <sup>5)</sup> Juli 25, Rep. 39 S.-J. III 15 C, Bl. 51 b. <sup>6)</sup> Mai 31, Rep. 39 S.-J. III 15 C, Bl. 93 b und Rep. 135 D 379 a. Kap. 9. Vom freien Fleischmarkt. <sup>7)</sup> April 16. gedr. Fischer, Geschichte von Jauer I, S. 246 f., siehe auch S. 249 f. <sup>8)</sup> Siehe Kap. 3, Landeshauptmann. <sup>9)</sup> Mai 9, Rep. 39 S.-J. III 15 C, Bl. 23 b. Vgl. über frühere Münzrechte Schmidt I, S. 74.

<sup>10)</sup> Juni 30, ebda. Bl. 26 b f.

allein in der ihr von dem Hofgesinde der Herzogin angesagten Fehde<sup>1)</sup>, obgleich es doch im Interesse aller Städte lag, dem 3. Artikel des Privilegs von 1353 zur Durchführung zu verhelfen. Einheitlich scheint das Handeln der Städte in der Frage über den Besitz der Hellermünze gewesen zu sein, denn am 5. Januar 1389 beendete die Herzogin die „Zwietracht“ mit ihren Städten „überall in unserm lande“, verzichtete nach Empfang einer Summe Geldes auf weitere Geldforderungen, bestätigte ihnen alle Rechte und verlieh ihnen die Hellermünze auf weitere acht Jahre<sup>2)</sup>. In einer anderen für alle Städte gleich wichtigen Frage, der des freien Ratswahlrechts, war es nur die Residenzstadt Schweidnitz, die sich dem Gebot der Herzogin widersetzte, daß kein Ratmann ohne ihr Wissen und ihren Willen gewählt würde<sup>3)</sup>. Herzogin Agnes klagte vor dem Rat der einzelnen Städte die Schweidnitzer der Gewalttat an<sup>4)</sup>, sammelte eine Heeresmacht von Mannen und Städten zu Freiburg<sup>5)</sup>, setzte in Schweidnitz einen neuen Rat ein<sup>6)</sup> und lud schließlich zum 11. November 1391 die Ratmänner sämtlicher Städte zur persönlichen Schlichtung des Streits nach Schweidnitz<sup>7)</sup>.

Bald nach der friedlichen Beilegung des Zwistes starb Agnes am 2. Februar 1392. Ihre Lande fielen vertragsgemäß an den römischen König Wenzel, und die Fürstentümer wurden nunmehr in das politische Getriebe von Landfriedens- und Städtebünden, das seit dem letzten Viertel des 14. Jahrhunderts auch Schlesien erfaßt hatte, für fast anderthalb Jahrhunderte hineingezogen. Fassen wir das Ergebnis der Regierung von Herzogin Agnes zusammen, so ist festzustellen, daß unter ihrem Vorsitz in wichtigen Landesangelegenheiten gemeinsame Beratungen von Adel und Städten stattfanden. Infolge des Vordringens der politischen Ansprüche der ihrer Macht bewußten Städte gerät die Herzogin mit ihnen in Streitigkeiten; sie stützt sich dabei auf den ihr treu bleibenden Adel. Das Ergebnis der Kämpfe ist, wie sich später zeigen wird, die volle politische Gleichberechtigung der Städte mit dem Adel.

3. Ständische Politik und Verfassung von 1392—1527. König Wenzel hatte der Herzogin Agnes von Schweidnitz-Jauer schon vor 1390 in dem Hauptmann Benesch von Chußnik einen Beirat gegeben<sup>8)</sup>, dessen Tätigkeit allerdings zu Lebzeiten der Herzogin wenig hervortrat. Wie

<sup>1)</sup> Siehe Quellen Nr. 13. Über den Steuerbedarf der Herzogin, soweit er von den Städten gedeckt werden mußte, siehe z. B. Tzschoppe und Stenzel, S. 202 (Löwenberg). <sup>2)</sup> Januar 5, Rep. 39. S.-J. III 15 D, Bl. 94b, gedruckt Fischer, Jauer I, 252 f. und Quellen Nr. 14; vgl. dazu F. Friedensburg, Schlesiens Münzgeschichte im Mittelalter I, Cod. Sil. XII, S. 71 Nr. 75, sowie S. 60—89 passim. <sup>3)</sup> Wir besitzen über diese unruhige Zeit Bruchstücke einer leider meist undatierten Korrespondenz. Königl. Staatsarch. Rep. 6 Nr. 1x. Über das Ratswahlrecht vgl. Nr. 74 dieser Korrespondenz, desgl. Schmidt I, S. 125, Tzschoppe und Stenzel, S. 215 f., Urk. Nr. 195 und die Dissertation von Fr. Webner, Zunftkämpfe in Schweidnitz bis zum Ausgang des Mittelalters, Breslau 1907; siehe ebda. über den Aufstand der Zünfte 1389, S. 26 f. Über die Wegnahme der Schweidnitzer Erbvogtei durch die Herzogin vgl. Schmidt I, S. 124. Auch sonst wirft die Korrespondenz einige Lichter auf die Verwaltung der Herzogtümer, vgl. Nr. 22: Gefangennahme eines Löwenberger Vogts; Nr. 69: Anweisung zur Erhebung des Schosses durch Adlige; Nr. 43, 60: Besondere Schosser, d. i. Steuerheber in Schweidnitz. Nr. 75: Verpflichtung der Stadt Löwenberg, zu Botschaften Pferde zu stellen. Nr. 78: Zusammenkunft von Ratleuten der Städte Striegau, Jauer und Löwenberg mit einer Anzahl Juden bei der Herzogin, wahrscheinlich in Finanzfragen u. a. u. a. Die Juden scheinen schon damals ein verbindendes Element für die Städte gebildet zu haben. <sup>4)</sup> Königl. Staatsarch. Rep. 6, Nr. 1x, Korresp. Nr. 7, die ihr „man und stete vorslan“. <sup>5)</sup> Ebda., nach Schmidt I, S. 125, war es im Juni 1391, siehe auch Webner, S. 42. Jauer, Hirschberg, Löwenberg und Bunzlau sollten Lande und Straßen schirmen, Korresp. Nr. 45. <sup>6)</sup> 1391 Juni 23, Schmidt a. a. O. <sup>7)</sup> Korresp. Nr. 13. <sup>8)</sup> Vgl. Kap. 3 und vorher S. 25.



zweckmäßig diese Maßnahme Wenzels war, zeigte sich nach dem Tode von Agnes. Der König besaß sofort einen mit den Regierungsgeschäften vertrauten Bevollmächtigten im Lande, und die Stände vollzogen seine Annahme zum Landeshauptmann ohne Widerstand, obwohl Chußnik als geborener böhmischer Edelmann die Forderung des Indigenatsprivilegs nicht erfüllte. Die Aufgaben des Landeshauptmanns bestanden in der Vertretung der alten herzoglichen, nunmehr königlichen Rechte im Verwaltungs- und Justizwesen, besonders in der Verleihung der Lehen, ferner in der Vertretung des Fürstentums nach außen und in der Sorge für die Sicherheit des Landes<sup>1)</sup>. Bald zeigte es sich, daß es die Hauptaufgabe des Landeshauptmanns wurde, mit der Ausfüllung seines königlichen Amts auch die Leitung des mächtig aufsteigenden ständischen Lebens in den Fürstentümern zu gewinnen. Spuren eines erfolgreichen Widerstandes der Landeshauptmannschaft gegen die in den Zeitverhältnissen liegende ständische Entwicklung sind nicht zu ermitteln, vielmehr geriet der Landeshauptmann bald so stark in den Bannkreis ständischer Interessen, daß das königliche Amt für ein Jahrhundert lang fast den Charakter einer ständischen Einrichtung annahm. König Wenzel war dieser Entwicklung so wenig abhold, daß er 1396 den allerdings mißglückten Versuch machte, dem damaligen Unterhauptmann als Verweser der Landeshauptmannschaft einen Beirat von 12 Männern als Vertretern des Adels und der Städte an die Seite zu stellen<sup>2)</sup>.

Zwei bedeutende Aufgaben erhoben sich an der Schwelle des 15. Jahrhunderts vor den Ständen der Fürstentümer. Es wurde zu einer drängenden Frage der auswärtigen Politik, wie die kaum erst endgültig an Böhmen gefallenen Lande sich zu der auch sie kräftig erfassenden gesamtschlesischen Einigungs-Bewegung verhalten sollten. Der Zwiespalt, in den die Behandlung dieser Frage den böhmenfreundlichen Adel und die mehr der Breslauisch-schlesischen Politik zuneigende Städtegemeinschaft der Lande führte, erschwerte auch die Lösung der zweiten Aufgabe, die Ausgleichung des innerpolitischen wirtschaftlichen und sozialen Gegensatzes zwischen Adel und Städten. Auf eine kurze Behandlung der auswärtigen Politik kann an dieser Stelle nicht verzichtet werden, weil gerade diese dauernd schwankende Politik am besten die Autonomie der Stände im 15. Jahrhundert beleuchtet. Der zentralistischen Bewegung in der staatlichen Entwicklung Schlesiens konnten sich die Fürstentümer nicht entziehen<sup>3)</sup>. Wenn auch das erste große Landfriedensbündnis, von dem wir 1387 hören<sup>4)</sup>, nur Fürsten Schlesiens umfaßte, so stellten zehn Jahre später, 1397, die Städte der Erbfürstentümer Breslau und Schweidnitz-Jauer einen Anschlag für eine eigene Truppenmacht auf<sup>5)</sup>. Wenige Jahre später als diese Fühlungnahme mit gesamtschlesischen Interessen finden sich auch die ersten Spuren Schweidnitz-Jauerscher Sonderpolitik, die Jahrhunderte lang mit der völligen Loslösung von Schlesien und dem Anschluß an Böhmen gerechnet hat. Der große schlesische Bund vom 17. Juni 1402<sup>6)</sup>, in dem die schlesischen Fürsten sich mit den Rittern und Städten des Erbfürstentums Breslau zusammenschlossen, um an ihrem gefangenen König Wenzel festzuhalten,

<sup>1)</sup> Vgl. über die Aufgaben des Amts, wie vorher und Rachfahl, a. a. O., S. 74 f. <sup>2)</sup> Vgl. Kap. 4, Gerichtsverfassung und Schmidt I, S. 164. <sup>3)</sup> Rachfahl, S. 82 f. <sup>4)</sup> Ebda. S. 84. Im gleichen Jahre schon klagen die Striegauer Ratmannen darüber, daß der Adel gegen den Landfrieden handle, vgl. Quellen Nr. 13. <sup>5)</sup> Rachfahl, S. 85, Anm. 2, S. 86 f. Grünhagen, Gesch. Schlesiens I, S. 218 und Zeitschrift IV, S. 187, IX, S. 406, X, S. 170. <sup>6)</sup> Rachfahl, S. 85, Grünhagen, Gesch. Schlesiens I, S. 220, 223.

umschloß nicht die Fürstentümer Schweidnitz und Jauer. Der Zorn des befreiten Königs über das Fehlen der Fürstentümer in diesem Bunde hatte die Absetzung des Hauptmanns Benesch von Chußnik am 7. August 1403 zur Folge<sup>1)</sup>. Die Fürstentümer hatten demnach in diesem Falle gegen das Interesse ihres Landesherrn, also selbständig zugunsten König Siegmunds gehandelt, ein Zeichen ebensosehr für die zeitweilige Ohnmacht König Wenzels, wie für das Selbstbewußtsein der Stände. Zwischen den Erbfürstentümern bahnten sich bald aber enge Beziehungen an. Um das Jahr 1415 bitten die Breslaner die adelige Mannschaft und den Rat von Schweidnitz, sie im Streit gegen die Oppelner zu unterstützen<sup>2)</sup>. 1423 sind die Fürstentümer an dem Bündnis des Königs und der schlesischen Fürsten, der Lausitzer Sechs Lande und Städte mit dem deutschen Orden wider den König von Polen und Herzog Witold von Lithauen beteiligt<sup>3)</sup>. Die große Strehleener Einung vom 14. Februar 1427 schloß fast alle schlesischen Stände, Fürsten und Erbfürstentümer zu einem zehnjährigen Bunde wider die Ketzler, die Hussiten, zusammen<sup>4)</sup>. Die am 18. September des gleichen Jahres geschlossene Grottkauer Einung<sup>5)</sup> gegen die Hussiten umfaßte wiederum auch einträchtig Land und Städte von Schweidnitz-Jauer, und zwar war ihr Landeshauptmann Albrecht von Kolditz, zugleich Hauptmann des Breslauer Landes, auch der Hauptmann des Bundes<sup>6)</sup>. Trotzdem melden am 12. Oktober des gleichen Jahres die Schweidnitzer, daß sie mit den böhmischen Ketzern Frieden geschlossen hätten<sup>7)</sup>. Ein Zeichen für die Anhänglichkeit an den böhmischen König einerseits, zugleich aber auch für das empfindliche Selbstbewußtsein der Fürstentümer ist ferner das Schreiben vom 20. Juni 1433, das Hauptmann, Mannen und Städte der beiden Lande unter dem Landessiegel an die Stadt Breslau richten<sup>8)</sup>. Sie weisen darin entschieden die Behauptung des Breslauer Rats zurück, daß „Breslaw in der Zlesie“ die Hauptstadt sei, vielmehr sei das Haupt in Schlesien nur der König, und an diesen allein oder die von ihm gesetzten Hauptleute wollten sie sich halten. Ihre Auffassung entsprach der Politik König Siegmunds, der sich schon 1430 bemüht hatte, die 1427 geschaffene ständische Organisation des schlesischen Bundes durch eine neue unter dem Einfluß der Krone stehende Ordnung zu ersetzen<sup>9)</sup>. 1435 gelang es denn auch dem Kaiser, einen Landfrieden zustande zu bringen<sup>10)</sup>, der neben außerschlesischen Ländern alle schlesischen Fürsten sowie die Hauptleute, Mannschaften und Städte der Erbfürstentümer umfaßte, und der zugleich einen gemeinsamen Hauptmann in der Person Bischof Konrads von Breslau sowie einen Einungsausschuß schuf.

Neben dieser großen Einungsströmung liefen auch Bewegungen einher, die zu Sonderbünden zwischen Schweidnitz-Jauer und Breslau führten. Die Zwecke dieser Bestrebungen<sup>11)</sup> zeigten sich

<sup>1)</sup> So Grotefend, Königl. Staatsarch., Rep. 135, E 149 g, Zeitschr. XII, S. 84, Rachfahl S. 86, Lehnurk. I, S. 19. <sup>2)</sup> Stadtarchiv Breslau, Datierte politische Korrespondenz, ca. 1414–1417. <sup>3)</sup> Grünhagen in Script VI, S. 33. <sup>4)</sup> Ebda. S. 51, 53 f. Zeitschr. IX, S. 110 f., 112. Rachfahl, S. 88 f. Grünhagen, Gesch. Schlesiens I, S. 243.

<sup>5)</sup> Vgl. Anton Philipp, Überlieferung und Datierung der Grottkauer Einung, Quellenstud. a. d. histor. Seminar der Univ. Innsbruck, herausg. von W. Erben, Innsbruck 1909, besonders S. 126 f. <sup>6)</sup> Script. VI, S. 3 und 10 f.

<sup>7)</sup> R. Jecht, Der Oberlausitzer Hussitenkrieg und das Land der Sechsstädte unter Kaiser Sigmund I, Festgabe für die Universität Breslau 1911, S. 147. <sup>8)</sup> Stadtarch. Breslau, Datierte politische Korrespondenz und der dortige Hinweis auf Grünhagen, Die Hussitenkämpfe der Schlesier, Breslau 1872, S. 253 f. <sup>9)</sup> Rachfahl, S. 90. <sup>10)</sup> Am 21. September, siehe Rachfahl, a. a. O., Grünhagen, Gesch. Schlesiens I, S. 255, 260.

<sup>11)</sup> Stadtarch., Korresp. 1438 Mai 8 betr. militärische Hilfe, 1439 Mai 21 betr. Münzangelegenheiten.



bei Begründung des Sonderbundes von 1440<sup>1)</sup>) zwischen diesen beiden Landgruppen, der zur Aufstellung einer Heeresmacht und zum Schutz des Rechts sowie zur Herbeiführung besserer Münzverhältnisse geschlossen wurde. Der Abschluß des Bundes fiel schon in die königlose Zeit nach dem Tode Albrechts II<sup>2)</sup>), die der Sonderentwicklung der Fürstentümer die günstigste Gelegenheit bot, wie diese denn auch völlig selbständig mit den böhmischen Herren verhandelten<sup>3)</sup>). Neuen Zusammenhang mit Schlesien brachte der am 8. April 1443 unter Vermittelung des Bevollmächtigten der Krone Böhmen Haschke von Waldensteyn zu Liegnitz geschlossene schlesische Bund<sup>4)</sup>) sowie die am 5. August 1444 zu Jauer zwischen den Hauptleuten, Mannschaften und Städten von Schweidnitz-Jauer, Breslau, Liegnitz und ferner Herzogin Elisabeth von Liegnitz-Goldberg zustande gekommene Einung<sup>5)</sup>). Infolge dieser Beziehungen beteiligten sich die Fürstentümer in bedeutendem Maße an der gütlichen Beilegung des Liegnitzer Lehnstreites<sup>6)</sup>). Daß die königslose Zeit dem Adel erfreulicher war, als den Städten, läßt sich vielleicht aus dem „Gott sei gelobt“ der Schweidnitzer Ratmannen bei der Nachricht von der Wahl und Krönung Ladislaws von Ungarn zum böhmischen König schließen<sup>7)</sup>).

Eine schwere Probe für das Festhalten der Fürstentümer an Schlesien brachte die Regierungszeit König Georgs von Podiebrad. Obwohl die Stände der Lande sich an dem am 19. April 1458 geschlossenen Bund gegen Podiebrad<sup>8)</sup>) beteiligten, neigten sie sich nach Eschenloers Darstellung als die Ersten auf die Seite des neuen böhmischen Königs<sup>9)</sup>). Die Mahnungen der böhmischen Stände, sich dem König zu unterwerfen, fielen bei ihnen auf fruchtbaren Boden<sup>10)</sup>). Die Einigkeit des Lübener Tages wurde durch das „Hinter sich bringen“ ihrer Gesandten<sup>11)</sup>) zerstört, und am 29. März 1459 beschloß der Landtag der Fürstentümer<sup>12)</sup>) „unanimi voto“, Georg zum König anzunehmen. Demgemäß erklärten ihre Gesandten auf dem Lübener Bundestage vom 19. Mai 1459, den König anerkennen und nicht mehr an den Bundestagen teilnehmen zu wollen<sup>13)</sup>). Zu spät versuchten die Breslauer, wenigstens die Städte, und zwar diese mit Hilfe der Zünfte, dem Bunde zu erhalten<sup>14)</sup>); am 1. September huldigten die Herzogtümer in Schweidnitz dem mit großem Pomp eingezogenen König<sup>15)</sup>). Das freundschaftliche Verhältnis der Lande zu Böhmen einerseits, die vielen Beziehungen besonders der Städte zur schlesischen Heimat andererseits mußten aber zu heftigen Schwankungen der ständischen Politik führen. Zwar hielten die Fürstentümer noch Jahre lang an Böhmen fest;

<sup>1)</sup> Siehe Quellen Nr. 20, Rachfahl, S. 93, Anm.; vgl. darüber Hubert Ermisch, Mittel- und Niederschlesien während der königlosen Zeit 1440—1452 in Zeitschrift XIII, S. 7, 29, 30. Stadtarch., Korresp. 1440 Oktober 5, 1441 Mai 5. <sup>2)</sup> Ermisch, Zeitschrift XIII, S. 1 ff. u. 291 ff. <sup>3)</sup> Stadtarch., Korresp. 1441 August 31. <sup>4)</sup> Stadtarch. Korresp. 1443 April 8; der Bund ist Ermisch a. a. O., S. 53 und 56, Anm. 2 noch unbekannt. <sup>5)</sup> Quellen Nr. 22; siehe die Besprechung der Bundesurkunde bei Ermisch, a. a. O., S. 291 ff.; Rachfahl, S. 93, Anm.; Grünhagen, Gesch. Schlesiens I, S. 274. Vgl. über die Tätigkeit des Bundes auch Stadtarch., Korresp. 1444 August 5; 1446 April 1, Mai 16, Juni 4, Juni 6, September 20, 1447 Juni 22. <sup>6)</sup> Lehnurk. I, S. 415 f., 424—426, 429 f. Grotefend in Rep. 135, E 149 f. 1451. Stadtarch., Korresp. 1452 August 22. <sup>7)</sup> Stadtarch., Korresp. 1453 November 6, vgl. dazu Grünhagen, Gesch. Schlesiens I, S. 284. <sup>8)</sup> Gedr. von Markgraf, Script, VII, S. 25 f., siehe auch S. 20; ferner Lehnurk. I, S. 21, Grünhagen, Gesch. Schlesiens I, S. 298 f., Rachfahl S. 93. <sup>9)</sup> Script. VII, S. 27 f. u. 34. Schmidt I, S. 163. <sup>10)</sup> Stadtarch., Korresp. 1458 Juli 16, September 9, Dezember 27; siehe auch Script. VII, S. 30. <sup>11)</sup> Markgraf, Script. VIII, S. 11; siehe auch über ihre Sonderstellung Script. VII, S. 34. <sup>12)</sup> Zu Jauer, vgl. Script. VII, S. 39 f.; die Städte hatten noch wenige Tage vorher in Breslau angefragt, ob sie an dieser Besprechung teilnehmen sollten, ebda. S. 38 u. 40. <sup>13)</sup> Ebda. S. 40, siehe auch S. 46. <sup>14)</sup> Ebda. S. 53 [1459 August 27]. <sup>15)</sup> Ebda. S. 54; Grünhagen, Gesch. Schlesiens I, S. 305; Fischer, Jauer I, S. 146.

noch 1463<sup>1)</sup> erklären Hauptmann, Mannen und Städte, sie wären unter der Regierung Georgs zufrieden und dabei gut katholisch. 1465 bemühen sie sich noch, zwischen Breslau und dem König die Versöhnung herbeizuführen<sup>2)</sup>, 1466 aber sind auf dem am 2. März vom päpstlichen Legaten Bischof Rudolf von Lavant gegen Georg einberufenen Tage zu Breslau<sup>3)</sup> „oratores plures in numero ducatum Swidnicz et Jawor“ vertreten. König Georgs Gegenmaßregeln, seine Bestätigung der ständischen Privilegien vom 27. April 1466<sup>4)</sup> und das während seines Aufenthalts in Glatz<sup>5)</sup> Adel und Städten abgenommene Versprechen der Hülfeleistung erklären die Unentschiedenheit der Stände, die auf dem Jauerschen Landtag vom 5. April 1467<sup>6)</sup> die nochmalige Aufforderung des Legaten Rudolf zum Abfall von Georg mit der Bitte um Bedenkzeit beantworteten. Ihr bis zur Ankunft böhmischer Truppen fortgesetztes Zögern<sup>7)</sup> führte zur Niederlage der Breslauer bei Frankenstein und brachte ihnen deren furchtbaren Haß für ein Verhalten ein, das Eschenloer den verabscheuungswürdigsten Verrat der Weltgeschichte nennt<sup>8)</sup>.

Der Streit um die Schuld an der Frankensteiner Katastrophe spaltete Adel und Städte<sup>9)</sup>; nachdem aber die Städte auf der Breslauer Zusammenkunft vom 24. Dezember 1467 unter Vermittelung des päpstlichen Legaten dem schlesischen Bund wieder beigetreten waren<sup>10)</sup>, folgte auch der Adel, nicht ohne Demütigung<sup>11)</sup>. Mit dieser abermaligen Rückkehr zum Bunde hatten die Fürstentümer sich zwar jeder selbständigen aktiven Politik begeben, aber nicht der des Schwankens zwischen den Parteien. Erst der Unwille und das Mißtrauen der Bundesversammlung vom 23. April 1468 vereitelte den Versuch der Fürstentümer, sich von dem gemeinsamen Ausmarsch ins Feld zurückzuhalten<sup>12)</sup>, und so zerschnitten sie durch ihre Fehdeansage an Podiebrad vom 31. Mai 1468<sup>13)</sup> wenigstens äußerlich das Band, das sie an Böhmen fesselte. Das heimliche Hindrängen nach Böhmen aber zeigte sich bald wieder; im April 1469 konnten nur die Städte Schweidnitz, Striegau und Jauer zusammen mit wenigen von Adel den Breslauern ein Hilfsheer stellen; eine Anzahl von Vasallen hatten sich den Ketzern direkt angeschlossen, die übrigen von Adel und Städten verhielten sich untätig<sup>14)</sup>. Wenn bald darauf die Fürstentümer dem neuen König Mathias Corvinus huldigten<sup>15)</sup>, im September 1469 aber schon wieder mit den Kriegsscharen König Georgs paktierten<sup>16)</sup>, wenn schließlich am 13. Dezember 1469 auf dem Landtag zu Jauer zwischen Ritterschaft und Städten der helle Zwist über die Frage des Anschlusses an die Böhmen oder an König Mathias ausbrach<sup>17)</sup>, so waren derartige Schwankungen doch zu plötzlich, um aus bewußter Politik erklärt zu werden. Für das Verhalten der Ritterschaft waren ohne Zweifel wirtschaftliche Gründe von hoher Bedeutung; ihre Güter litten naturgemäß unter den Kriegszügen der Böhmen weit mehr, als die wohlverwahrten

<sup>1)</sup> März 6, Script. VIII, S. 163 f.    <sup>2)</sup> August 6, Script. VII, S. 107.    <sup>3)</sup> Ebenda S. 114.    <sup>4)</sup> Or. Königl. Staatsarch. Rep. 6 Nr. 1 e; Walther II. 473.    <sup>5)</sup> 24. Juli bis 1. August, Script. VII, S. 116.    <sup>6)</sup> Script. IX, S. 223—225.    <sup>7)</sup> Vgl. Zeitschrift IX, S. 379.    <sup>8)</sup> In Script. VII, S. 132 f. „qui tam nequandissimam tradicionem effecerunt, qualem vel similem vel crudeliorem nulla continet historia“. S. 138: „homines a iuventute mali, dolosi et non veri“. S. 159: „semper cum hereticis Bohemis amicitia senciunt“; siehe die zorngefüllten Worte ebda. und S. 168 f., 185, 189, 193.    <sup>9)</sup> Ebda. S. 159.    <sup>10)</sup> Ebda. S. 161, 163, 168. Über die nie unterbrochenen Beziehungen der Städte zu Breslau siehe Rachfahl, S. 106 (Münzbund von 1460 September 26), Script. VII, S. 124, VIII, S. 48. F. Friedensburg, Schlesiens Münzgeschichte im Mittelalter, Cod. Sil. XII, S. 2 ff.    <sup>11)</sup> Script. VII, S. 163 f. „violasse eorum honorem“.    <sup>12)</sup> Ebda. S. 180.    <sup>13)</sup> Script. IX, S. 275 f. (1468 Mai 31).    <sup>14)</sup> Script. VII, S. 195 ff., 200. Script. IX, S. 301.    <sup>15)</sup> Schweidnitz Juni 13, vgl. Grünhagen, Gesch. Schlesiens I, S. 324; Schmidt I, S. 167.    <sup>16)</sup> Script. VII, S. 213 f.    <sup>17)</sup> Vgl. darüber und über den Landtag vom 22. Dezember Script. VII, S. 218 f., 228.



Städte. Daraus erklärt sich auch die von Eschenloer angeführte Tatsache, daß „*undique pax sit hostibus in Slesia cum omnibus terrigenis et homagialibus et non civitatibus*“<sup>1)</sup>. Aber auch nach Georgs Tode war es die Ritterschaft von Schweidnitz-Jauer, die sich wenigstens zum Teil dem neuen Gegenkönig von Mathias, Wladislaw von Polen, anschloß und ihm in Prag huldigte<sup>2)</sup>.

So wird denn der Beschluß des Prager Generallandtags vom 11. Februar 1475 verständlich<sup>3)</sup>, der unter Anerkennung des Breslauer Landfriedens<sup>4)</sup> festsetzte, daß die Fürstentümer Schweidnitz-Jauer nebst der Lausitz zu Böhmen und an Wladislaw kommen, die übrigen Teile Schlesiens aber an Mathias fallen sollten. Der Landfriede selber trennte schon, ein Zeichen der zeitgenössischen Anschauung, in der Titulatur die Fürstentümer von Schlesien denn es heißt: „in Slesien und den fürstenthumern Swidnicz-Jawor und dem marggraffthum in Obir- und Nider-Lusiez“<sup>5)</sup>. Wenn die Fürstentümer auch zu ihrem Segen unter die Ordnung bringende Hand von Mathias Corvinus kamen<sup>6)</sup> und damit endgültig bei Schlesien blieben, so blieb doch ihre Sonderpolitik lebendig. 1477 gelang es dem Adel, der offen zu Böhmen hielt<sup>7)</sup>, die Städte zu sich herüberzuziehen, und am 2. Mai 1477 schlossen die Fürstentümer einheitlich ihren Sonderfrieden mit den Böhmen<sup>8)</sup>, dem sich dann im nachfolgenden Braunauer Frieden auch eine Reihe anderer schlesischer Stände, darunter Breslau, anschloß<sup>9)</sup>.

Der Olmützer Vertrag vom 21. Juli 1479<sup>10)</sup> beendete die Kämpfe zwischen Mathias und Wladislaw und sprach dem ersteren für seine Lebenszeit den Besitz von ganz Schlesien, beiden Lausitzen und Mähren zu. Die Fürstentümer Schlesiens aber traten auf Grund ihrer in langen Jahren des Interregnums geübten ständischen Autonomie dem Olmützer Verträge förmlich bei, und König Mathias bekannte, daß diese mit gewissen Einschränkungen gegebene Einwilligung den Rechten der Fürsten und Erbfürstentümer, darunter auch „Swidnicz und Jauer und der lande und stete darenin gehorunde“ nicht nachteilig sein sollte<sup>11)</sup>.

An dem am 6. Oktober 1479 vereinbarten niederschlesischen Landfrieden<sup>12)</sup>, an den Fürstentagen<sup>13)</sup>, an den von Mathias geforderten Steuern<sup>14)</sup>, schließlich auch an dem 1490 nach Mathias' Tode beschlossenen gemeinsamen Handeln in Sachen der Anerkennung eines neuen Herrschers sind auch die beiden Fürstentümer beteiligt<sup>15)</sup>. Unter dem schwachen Wladislaw aber, dem Schlesien das für die Entwicklung des schlesischen Staatsrechtes bis zum dreißigjährigen Kriege maß-

<sup>1)</sup> Script. VII, S. 233. <sup>2)</sup> Vgl. Eschenloer, ebda. S. 243 über diese „infideles homines“ (1471 August 22).

<sup>3)</sup> Bachmann, Gesch. Böhmens, Gotha 1905, Bd. II, S. 662; Kronthal und Wendt, Script. XIII, S. 187; Rachfahl, S. 94. <sup>4)</sup> Vgl. über ihn Rachfahl, S. 104. Script. XIII, S. 163, 166, 174 und besonders 175. Schmidt I, S. 232, Fischer I, S. 155. <sup>5)</sup> Script. XIII, S. 175. <sup>6)</sup> Vgl. über ihn Rachfahl, S. 95, 129 f. <sup>7)</sup> Grünhagen, Gesch. Schlesiens I, S. 339. <sup>8)</sup> Script. XIII, S. 210 f. Eschenloers Geschichten der Stadt Breslau, herausg. von I. G. Kunisch, Breslau 1828, II, S. 352. <sup>9)</sup> 1477 August 12, Script. XIII, S. 224. <sup>10)</sup> Lehnurk. I, S. 21 f.

<sup>11)</sup> Lehnurk. I, S. 30 f.; Grünhagen, Gesch. Schlesiens I, S. 343; Script. XIII, S. 271 f.; Rachfahl, S. 104, lehnt die Auffassung ab, als ob der König staatsrechtlich an die Zustimmung seiner Stände gebunden gewesen wäre, er sieht aber in der Zulassung zur Zustimmung die Wirkung der früher innegehabten ständischen Autonomie, und auf diese kommt es hier nur an. Über die Zustimmung der Stände zur Münzordnung Königs Mathias von 1474 vgl. F. Friedensburg, Schlesiens Münzgeschichte im Mittelalter, Bd. II, S. 89 (Codex XIII) und Rachfahl, S. 107. <sup>12)</sup> Script. XIV, S. 13; Rachfahl, S. 104, ebenso am Landfrieden vom 27. Oktober 1482, Script. XIV, S. 66 f. <sup>13)</sup> So am Generallandtag vom März 1488 in Jauer, Rachfahl, S. 100, Anm. und 123; auch Grünhagen, Gesch. Schlesiens I, S. 346 u. 349. <sup>14)</sup> Rachfahl, S. 110; Lehnurk. I, S. 32 (1479 Aug. 10). <sup>15)</sup> Grünhagen, Gesch. Schlesiens I, S. 355 f.; Lehnurk. I, S. 33 f. (1490 April 25); 36 f.

gebende<sup>1)</sup> große Landesprivileg vom 28. November 1498 abrang, gewann das Streben der Fürstentümer nach Absonderung neue Nahrung. Denn das Landesprivileg von 1498 gestattete ihnen allein von allen schlesischen Fürstentümern, nur im eignen Lande, nicht aber in Breslau, zu huldigen<sup>2)</sup>, ein Recht, das die Lande sich bis zum Jahre — 1840 verbrieften ließen. An den Landfriedensschlüssen<sup>3)</sup>, Münzeinungen<sup>4)</sup> und Städtebünden<sup>5)</sup> der nächsten Jahre waren auch die beiden Fürstentümer beteiligt, und die Besiegelung des bedeutungsvollen Landfriedens vom 16. November 1512 verpflichtete sie auch zur regelmäßigen Entsendung von je einem Vertreter des Adels und der Städte zum schlesischen Oberrecht<sup>6)</sup>. Jedoch verstand es wenigstens der Adel, sich dieser Verpflichtung zur Teilnahme am Oberrecht zu entziehen. Das Privileg König Ludwigs vom 21. Februar 1526<sup>7)</sup> gestattete der Schweidnitz-Jauerschen Landschaft, zu Fürstentagen und zum Oberrecht nur in königlichen, also nicht in gemeinschlesischen Angelegenheiten Vertreter zu entsenden. Die Stellung der Städte blieb in dieser Frage im Anfang der schlesischen Einheit treu<sup>8)</sup>. Als aber Schweidnitz anläßlich der Münzeinung von 1511 mit den schlesischen Ständen um sein Münzrecht in Kampf geriet<sup>9)</sup>, traten sowohl der böhmische Landtag wie auch der Adel von Schweidnitz-Jauer auf die Seite der aufständischen Stadt. Noch 1521 stellten die böhmischen Stände den Münzmeister der Fürstentümer, der der ungarischen Kammer die Rechnungsablegung verweigert hatte, unter ihren besonderen Schutz und verlangten vom König die Ablegung dieser Rechnung auf der Prager Burg<sup>10)</sup>.

Es war daher verständlich, daß die Ritterschaft sich nach König Ludwigs Tode ganz offen an Böhmen anschloß. Anstatt zusammen mit den Städten ihres Landes am Leobschützer Fürstentag teilzunehmen, verhandelten sie selbständig mit den böhmischen Ständen über die Wahl des neuen Königs<sup>11)</sup>. Die Böhmen erkannten sie zwar gerne „zu uns als eurem haupte, dahin ihr mit einleibung als ein glied gehörig“ an, empfahlen ihnen auch, bis zur erfolgten Wahl ihrem bisherigen Landeshauptmann gehorsam zu bleiben, zogen aber die Ritterschaft von Schweidnitz-Jauer ebenso wenig zur Königswahl hinzu, wie die Gesamtschlesier. Als der Leobschützer Fürstentag, ebenso wie die Böhmen, zur Wahl Ferdinands I. kam, verstand sich die Ritterschaft von Schweidnitz-Jauer nicht als Glied Schlesiens, sondern „als eingeleibt derselbigen khron zu Behaim“<sup>12)</sup> zur Anerkennung des Königs.

Zu den ersten Regierungshandlungen Ferdinands I. gehörte es, auf Bitten der schlesischen Stände „der landschaft im fürstenthumb Schweidnitz und Jaur aufzulegen, daß sie den landfried

<sup>1)</sup> So Rachfahl, S. 130, 138 f., siehe das Privileg in Lehnurk. I, S. 49 f.; vgl. auch Grünhagen, Gesch. Schlesiens I, S. 365 f., Kries, Steuerverfassung, S. 4 f. <sup>2)</sup> Schmidt I, 237 f. <sup>3)</sup> Grünhagen, Gesch. Schlesiens I, S. 372. Schmidt I, S. 333. <sup>4)</sup> Friedensburg, Cod. Sil. XII, S. 22 (1505 April 19), S. 24 (1511 April 15); Schmidt I, S. 247 f.; Schickfus III, S. 169 f. <sup>5)</sup> Vgl. Stenzel, Script. III (Klose), S. 50 f. <sup>6)</sup> Prof. Stanislaus Kutrzeba in Krakau wird den Landfrieden in den Publikationen der Krakauer Akademie der Wissenschaften 1912 veröffentlichten. Die Bestätigungsurkunde König Wladislaws vom 6. Februar 1513 befindet sich im Breslauer Stadtarchiv [vgl. Abschriften im Königl. Staatsarch. Rep. 135 D 23 fol. 5 f.; D 377e fol. 185 f. Rep. 33 F. Öls III 25a fol. 70 f.; Rep. 132c Dep. Öls Nr. 1013]. <sup>7)</sup> Siehe Quellen Nr. 21, Schickfus III, 399 f. <sup>8)</sup> Vgl. über eine Ausnahme Rachfahl, S. 201. <sup>9)</sup> Vgl. Webner a. a. O., S. 61 ff. <sup>10)</sup> Lehnurk. I, S. 537. Webner a. a. O., S. 82 ff., vgl. dazu Rep. 28. F. Liegnitz III 23e, S. 45 f., 108, 122, 136, 137, 143. <sup>11)</sup> Vgl. hierzu und zum Folgenden Königl. Staatsarch. Rep. 39. S.-J. II 11 e. Rep. 135. Jau. Msc. Fol. Nr. 67, fol. 1 ff. <sup>12)</sup> Allgem. Archiv des Min. des Innern, Wien I A I, Ms. Fol. 1, K 3003.



besiegeln und sich von den ständen nicht absondern; auch das die landstände in Schweidnitz-schen und Glogawischen die städte und ihre privilegia und gerechtigkeit nicht beschweren<sup>1)</sup>“. Wenn nun auch die Ritterschaft den Landfrieden von 1528 mit besiegelte<sup>2)</sup>, so drängte sie doch auch in den kommenden Jahrzehnten systematisch auf den formellen Anschluß an Böhmen hin. Eine ähnliche Strömung suchte ebenso die Fürstentümer Glogau, Oppeln und Troppau eine Zeitlang von Gesamtschlesien abzusondern. Ohne Zweifel wirkten die schlesischen Steuerverhältnisse fördernd auf diese Politik; der Anschluß an das reiche Böhmen hätte die Steuerpflichten von Schweidnitz-Jauer, wie auch von Glogau, Troppau und Oppeln verringert<sup>3)</sup>. So beteiligten sich denn die Lande an dem Prager Ausschußlandtag von 1542<sup>4)</sup>, dem die Schlesier fern blieben; zu den Prager Tagungen aber, die auch von Schlesien beschickt wurden, fertigten sie neben der schlesischen Gesandtschaft eigene Gesandte ab<sup>5)</sup>. Zu den Fürstentags- und Oberrechtssitzungen schickten sie ihre Vertreter nur auf besonderen königlichen Wunsch<sup>6)</sup> und erklärten ihre Sonderstellung teils mit ihren Privilegien, teils auch damit, daß ihre Fürstentagsgesandten absichtlich von den schlesischen Ausschüssen ausgeschlossen würden<sup>7)</sup>. Der dauernde heftige Streit zwischen dem Fürstentag und Schweidnitz-Jauer<sup>8)</sup> wurde schließlich am 3. Oktober 1562 vom Kaiser entschieden<sup>9)</sup>. Die Fürstentümer konnten für ihre Behauptung, daß sie „abgesonderte<sup>10)</sup>“ und „ohne Mittel“<sup>11)</sup> bei Böhmen liegende Lande seien, nicht den von ihnen angebotenen Beweis erbringen, nämlich daß sie in die Böhmisches Landtafel „als ein sunderer standt geschrieben und eingelaibt“ seien<sup>12)</sup>. Prälaten und Ritterschaft wurden daher zur Teilnahme an der Mitleidung, d. h. an den schlesischen Landesumlagen z. B. für Gesandtschaften, sobald sie ganz Schlesien betrafen, verpflichtet, ferner zum Besuch des Fürstentags und des Oberrechts, wenn königliche Angelegenheiten verhandelt wurden. Der dritte Streitpunkt, ob die Fürstentümer mit zur Bezahlung der Bestätigungskosten des großen Landesprivilegs von 1498 verpflichtet seien, d. h. ob das Privileg im allgemeinen auch für sie Geltung habe, wurde nicht entschieden. Seitdem war von einem Anschluß an Böhmen

<sup>1)</sup> Schickfus III, S. 172 (1527 Januar 11). <sup>2)</sup> Ebda. III, S. 294 und Rachfahl, S. 200. <sup>3)</sup> Vgl. Kries, S. 33, Anm. 13 u. S. 54, Anm. 6; Rachfahl, S. 137, 145, 196, 200 f.; desgl. Kries, Rezension von H. Wuttke, Die Entwicklung der öffentlichen Verhältnisse Schlesiens unter den Habsburgern, Breslau 1842, S. 33; desgl. Königl. Staatsarch. Rep. 39. S.-J. II 1a, Bl. 91 ff. <sup>4)</sup> Vertreten waren Ober- und Nieder-Österreich, Böhmen, Mähren, Lausitz und Schweidnitz-Jauer, vgl. Kgl. St.-A. Rep. 39. S.-J. II 1a, Bl. 58b, 60. Kries, Rezension S. 33. Rachfahl, S. 137. <sup>5)</sup> So 1543 Hans Regensperger, Rep. 39. S.-J. II 1a, fol. 103b f.; vgl. auch die Instruktion der Gesandtschaft von S.-J. an den König 1543 April 19, ebda fol. 91 f., siehe auch das „Verzeichnus der cron Behem und derselben zuegethanen furstenthumb und lande ausschuß und gesanten“, 1544 bei J. Loserth, Ständische Beziehungen zwischen Böhmen und Innerösterreich im Zeitalter Ferdinands I., Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen, 50. Jahrg., Prag 1911, S. 29; siehe auch Kgl. St.-A. Rep. 135. Jau. Msc. 56, S. 129. 1545 September 9 nehmen bei Fällung eines königl. Urteils über die Brüder Grafen Schlick zu Prag als Vertreter der dem Königreiche Böhmen zugetanen Lande die Hauptleute von Schweidnitz und Glogau Sitze neben des Königs Majestät ein, J. Helbig-A. Hirtz, Urkundliche Beiträge zur Geschichte der edlen Herren von Biberstein, Reichenberg i. B. 1911, Reg. 2215. <sup>6)</sup> 1539 bittet der königliche Abschied Prälaten und Herrn von S.-J., daß sie bis zur Rückkehr des Königs in die Krone Böhmen „doch unvorspruchig irer freiheiten diese kleine Zeit im oberrecht zu Breslau zu sitzen jemanden aus irem mittel abzufertigen nit weigern“ möchten. Rep. 39. S.-J. II 1a, Bl. 32 und Quellen Nr. 31. Die Formulierung ihres privilegierten Rechts 1543, siehe ebda. Bl. 92b. <sup>7)</sup> Ebda. Bl. 93b, nachträglich im Buch durchstrichen. <sup>8)</sup> Siehe Schickfus III, S. 194 (1554); 202 (1558). <sup>9)</sup> Siehe Quellen Nr. 48; vgl. dazu die langen Streitschriften in Fü 235. <sup>10)</sup> So Fü 235, S. 222. <sup>11)</sup> D. h. ohne einen gesamtschlesischen Verband als Mittelglied, vgl. Fü 236, 2, S. 31. <sup>12)</sup> Fü 235, S. 548 f.

nicht mehr die Rede, aber die verfassungsmäßige Freiheit der Fürstentümer von der Leitung des Oberamts wurde so eifersüchtig bewahrt, daß noch 1611 die etwas grimmige Bestimmung erging: „wer zu despectirung dieses amts das oberamt anlaufen wirdt, sol ein viertel jar im Hillebrand zur Schweidnitz gehalten werden“<sup>1)</sup> 2).

Der Gegensatz, der sich in der äußeren Politik trotz häufigen gemeinsamen Handelns zwischen den führenden Ständen, Adel und Städten, immer wieder offenbarte, wurde durch ihren wirtschaftlichen und sozialen Gegensatz nur noch verschärft. Ohne Zweifel hatte die Gunst der Landesherrn die Entfaltung des deutschen Städtewesens in hohem Grade gefördert, und zwar zum Teil auf Kosten des Adels. Das städtische Meilenrecht und Brauursbarsrecht raubte den nahe bei den Städten gelegenen Gütern des Adels eine wichtige Erwerbsquelle<sup>3)</sup>. Der politische Einfluß, den schon jede einzelne Stadt beim Landesherrn besaß, wurde zu einer politischen Macht in der Zeit der dem Adel verhaßten Städtebünde. Es wurde daher mit dem Aussterben des Herzogshauses zum Programm des Adels, gegen die wirtschaftliche und politische Machtstellung der Städte anzukämpfen. Den entscheidenden Sieg des Adels auf dem Gebiet der Rechtspflege brachte die Mann- und Landrechtsordnung König Georg Podiebrads vom 20. September 1459, eine Belohnung für die böhmfreundliche Stellung des Adels<sup>4)</sup>.

In den wirtschaftlichen Kämpfen suchte zuerst der Wille des Ordnung bringenden Mathias Corvinus eine generelle Entscheidung herbeizuführen. Am 10. Januar 1475<sup>5)</sup> unterrichtete der König sich auf dem Landtag zu Schweidnitz über die gegenseitigen Klagen, wie über Gebrechen und Mängel. Sein Schied vom 1. Februar desselben Jahres<sup>6)</sup> behandelte die Streitfragen, ob die Bürger, die Landgüter besaßen, von diesen Gütern mit der Stadt oder dem Lande „mitleiden“, also Landessteuern zahlen sollten, die Frage der Gerichte auf dem Lande und das Recht der Verhaftung von Adeligen innerhalb der Stadt. Der Streit um das Münzwerk, das Bierbrauen, die Salzmärkte, die Handwerksgerechtigkeiten, um die Kriegskosten, deren Zahlung der Adel verweigerte, um den Schutz der Räuber durch den Adel und eine Reihe anderer Punkte wurde fernerhin vom König geschlichtet. Wie wenig die Entscheidung aber dem Wunsch des Adels entsprach und auf wessen Seite der König trat, ergibt sich daraus, daß König Mathias 1479<sup>7)</sup> den Städten Schweidnitz, Jauer, Bunzlau, Löwenberg, Hirschberg, Striegau, Bolkenhain, Reichenbach und den zugehörigen Städten auf ihre Klagen gegen den Adel alle ihre Privilegien über die Errichtung von Zugschams, von Salzmärkten, Malzhäusern, von Bierbrauen und Getreideschüttung neben allen sonstigen Rechten bestätigte. Vor allem aber verlieh er den Städten das Recht der korporativen Abwehr von adeligen Übergriffen „sammentlich oder sonderlich“<sup>8)</sup>. Auf einem Landtage zu Schweidnitz,

<sup>1)</sup> Fü 236, 7, S. 677. <sup>2)</sup> Vgl. i. Anh. den Exkurs III: Die Vertretung der Fürstentümer S.-J. auf den Fürstentagen.

<sup>3)</sup> Vgl. hierzu und zum Folgenden den Aufsatz von H. Grotefend, Die Streitigkeiten zwischen Adel und Städten der Fürstentümer Schweidnitz und Jauer und die Privilegienbücher des Schweidnitz-Jauerschen Adels, Zeitschr. 10, S. 294 f.; desgl. Schmidt I, S. 230 f., und den Aufsatz von Schmidt in den Schles. Provinzialblättern, Bd. 119, S. 422 f. <sup>4)</sup> Schickfus III, S. 394 f., siehe im Folgenden Cap. 4, Gerichtsverfassung. <sup>5)</sup> Erchtag, nicht Freitag, vgl. Rep. 39, S.-J. II 7a, gegenüber Script. II, S. 260, Anm. 1.; siehe auch Rep. 132a., Dep. Löwenberg Nr. 137, 177b., Schickfus IV, S. 87. <sup>6)</sup> Grotefend, a. a. O., S. 305 (2. Februar), Stenzel, Script. II, S. 260, und Schles. Provinzialblätter, Bd. 95, S. 12 f. <sup>7)</sup> August 21, vgl. Königl. Staatsarch. Rep. 135, D 343, Bl. 13b f., 149 f., 156 f.; D 346, S. 3 f. Grotefend, a. a. O. S. 306. <sup>8)</sup> Vgl. Script. XIV (Corvinus) S. 89, mit Unterstützung des königlichen Anwalts.



am 23. August 1482<sup>1)</sup> sprach der königliche Anwalt Georg von Stein, nachdem er mehrmals vergebliche Einigungsversuche zwischen den streitenden Ständen angestrebt hatte, im Namen des Königs den Städten die Handwerksgerechtigkeit zu. Statt zur Einigung führte diese Entscheidung nur zu neuen Repressalien des Adels gegen Städte und Kaufleute<sup>2)</sup> trotz der Ausgleichsbemühungen von Georg von Stein und Heinz Dompnig<sup>3)</sup>. Im Jahre 1487 verkündete Stein auf einem Landtage zu Jauer<sup>4)</sup> einen neuen Schied, der auf die einzelnen Privilegien von Prälaten und Herren einging, im Ganzen aber wieder den Städten günstig war. Erst mit dem Regierungsantritt Wladislaws gewann der Adel einen Vorsprung, indem es ihm durch das Privileg vom 7. Juli 1497 gelang, das Bürgertum künftig vom Besitz von Erblehen auszuschließen, außer wenn jemand von früheren Königen „befreyet“ wäre<sup>5)</sup>. Nachdem ein 1501 verkündeter neuer Schied<sup>6)</sup> vergeblich versucht hatte, den Urbarenstreit zu beenden, kam es im Januar 1510 zu einer endgültigen königlichen Entscheidung, dem sogenannten böhmischen Spruch<sup>7)</sup>, der für mehrere Jahrzehnte wenigstens Geltung behielt. Es handelte sich im Wesentlichen um folgende Streitpunkte:

1. Um die städtische Gerichtsbarkeit über den Adel an Ehre und Hals. Ein Ritter, der einen Mord begeht, soll nunmehr innerhalb von acht Tagen dem Landeshauptmann zur Rechtsprechung überwiesen werden;

2. um das Recht der Ritter oder ihrer Frauen, in den Städten Häuser zu kaufen, städtischen Handel zu treiben und in städtische Ämter zu treten, ohne zugleich damit verpflichtet zu sein, das Stadtrecht zu erwerben und mit den Städten zu steuern.

3. um die Klage der Ritterschaft, daß keine Freimärkte mehr stattfänden. Die Städte erwiderten, daß der Hut, unter dessen Zeichen die Einheimischen sich versorgen dürften, nur kurze Zeit ausgesteckt bleibe, und daß daraufhin der Ausfuhrverkauf und der Freimarkt beginne;

4. um die Klage über die Verteuerung des städtischen Biers und der Handwerkserzeugnisse;

5. um die Berechtigung zur Beschlagnahme ritterlichen Eigentums, wenn die verschuldeten Ritter sich in der Stadt aufhielten;

6. um die Verletzungen der städtischen Brau- und Handwerksgerechtigkeiten durch die Ritterschaft.

Der Wert solcher königlichen Entscheidungen war genau so groß, wie die Fähigkeit der mit dem Schied beglückten Parteien zur Selbsthilfe war. Der Adel, der wohl erkannte, daß nur die zusammen geschlossene Gemeinde aller Städte imstande war, ihm wirkungsvoll entgegenzutreten, arbeitete daher zielbewußt auf die Unterdrückung der Städtebünde hin. In den Artikeln, von deren Bewilligung der Adel von Schweidnitz-Jauer seine Zustimmung zum schlesischen Landfrieden von 1512 abhängig zu machen suchte<sup>8)</sup>, verlangte er vor allem, „dass das verbindnis der städte über uns ohne alle mittel abgethan werden sol“. 1524 erzielte er denn auch das Versprechen des

<sup>1)</sup> Kgl. St.-A. Rep. 39, S.-J. VIII 7 f., Bd. II, S. 170 und 172 f.; II 9 b; Schmidt I, S. 233 f.; Grotefend, a. a. O., S. 307. <sup>2)</sup> Script. 14, S. 89, 95. <sup>3)</sup> Ebda. S. 89 ff. <sup>4)</sup> Ebda. S. 114. Schmid I, S. 234 f. Grotefend, a. a. O., S. 307. <sup>5)</sup> Kgl. St.-A., Or. Rep. 6., Nr. 1 h., vgl. auch Rep. 39, II 1 e., S. 35. <sup>6)</sup> Schmidt I, S. 240 f., Grotefend, a. a. O., S. 309 f. <sup>7)</sup> Schmidt I, S. 242. Grotefend, a. a. O., S. 311. Walther II, S. 473., Or. Rep. 6, Nr. 5 d., verdeutscht Rep. 135, D 377 b., S. 112–168. <sup>8)</sup> Vgl. undatierte Abschrift des 18. Jahrhunderts in Rep. 39, II 9 a. Ihrem Inhalt nach, der nur den Gegensatz zwischen Adel und Städten behandelt, passen diese Artikel allerdings am besten in diese Zeit von 1512.

Schweidnitzer Rats, alle Bündnisse, die die Stadt zu schließen gesonnen sei, der Ritterschaft vorzulegen<sup>1)</sup>. Schließlich versprach das bedeutungsvolle Privileg König Ludwigs vom 21. Februar 1526<sup>2)</sup> dem Adel, daß alle den ritterschaftlichen Privilegien entgegenstehenden Rechte der Städte oder anderer unkräftig sein sollten.

Trotz dieses reichen geschichtlichen Materials finden sich für die Darstellung der Verfassungsformen in dem besprochenen Zeitraum leider nur wenig Anhaltspunkte. Die Landtage, von deren erstem seit dem Tode von Herzogin Agnes uns 1393 berichtet wird<sup>3)</sup>, wurden unter dem Vorsitz des Landeshauptmanns abgehalten. Die selbständige Politik von Adel und Städten Schlesiens machte aber diese Stände neben den Landeshauptleuten immer entschiedener zu Trägern der Autonomie der Erbfürstentümer, so daß König Siegmund sich in seinen Verordnungen mehrfach direkt an die Stände, statt an den Landeshauptmann wandte<sup>4)</sup>. Im allgemeinen sind es schon im ersten Drittel des 15. Jahrhunderts stets Landeshauptmann, Mannen und Städte gemeinsam, die die Korrespondenz mit Freund und Feind, auch mit dem Landesherrn führen, eigene Landtage abhalten, an den schlesischen Bundesversammlungen teilnehmen und Bündnisse abschließen<sup>5)</sup>. Die Stadt Schweidnitz spielte hierbei die Rolle als Vorort<sup>6)</sup>, wie auch die Mannschaft des Schweidnitzer Weichbildes als erste Mannschaft galt<sup>7)</sup>. Als am 19. September 1432 die Bürgerschaft für die von den Breslauern zur Auslösung der von den Hussiten besetzten Schlösser vorgeschossene Summe neben anderen schlesischen Ständen von „manschaft und landlute der lande und burgermeistere und ratmanne der stete, die zu in gehören, nemelich Sweidnicz, Jawor, Stregen, Lemberg, Hirsberg, Bunczle, Reichenbach und Pulkenhayn“ übernommen wurde, traten nach unserer Kenntnis zum ersten Male die acht Weichbilder von Schweidnitz-Jauer mit ihren Hauptstädten, ausgenommen Landeshut, vollzählig nebeneinander<sup>8)</sup>.

Für die Art des Verkehrs zwischen Landeshauptmann und Ständen finden sich aus dieser Zeit einige Beispiele. 1433 schreibt die Stadt Schweidnitz<sup>9)</sup> an den Rat zu Breslau auf eine Anfrage wegen einer Zusammenkunft, ihr Unterhauptmann Gotsche Schoff sei zur Zeit nicht anwesend, auch komme die Mitteilung zu plötzlich, als daß man noch die übrigen Mannen und Städte der Fürstentümer behufs Beschickung des Tages befragen könne. Die Breslauer möchten daher bei

<sup>1)</sup> Schmidt I, S. 275. <sup>2)</sup> Siehe Schickfus III, S. 399 f. und Quellen Nr. 28. <sup>3)</sup> Fischer, Jauer I, S. 135. Die politische Korrespondenz des Breslauer Stadtarchivs enthält viele Nachrichten über Landtage von Schw.-J., wie auch über Zusammenkünfte mit den Ständen anderer schlesischer Fürstentümer, vgl. z. B. 1441 August 31; 1444 Februar 6; 1446 Nov. 22; 1450 November 2; undatierte Korresp., Stichwort „Schweidnitz“. Eschenloer verspottet die Versammlungswut der Stände (Script. VII, S. 219) „et dietam post dietam et iterum dietam et dietam ponentes“, siehe auch Script. XIV, S. 126, 134, 150, 175. <sup>4)</sup> Vgl. Grünhagen, Gesch. Schl. I, S. 235 (1420); Script. VI, S. 17 (Aufforderung zur Entsendung von Gesandten zu einer Olmützer Tagung); Schmidt I, S. 133 (Einschärfung des Edikts gegen Fehder und Brandschatzer). Vgl. auch über den Bund mit den Lausitzer Sechstädten zum Schutze Siegmunds (1426 Juli 3), der vielleicht der Entwicklung der ständischen Verfassung in beiden Gebieten durch gegenseitige Anregung Nahrung bot, Script. VI, S. 46. <sup>5)</sup> Vgl. Stadtarch. Breslau, Polit. Korresp. 1427 Mai 16; 1428 Januar 10; 1429 September 24; 1463 Februar 11; Lehnsturk. II, S. 250 f.; Zeitschr. XI, S. 225 f.; 1447 März 1, Friedensburg, Cod. Sil. 12, S. 80 u. 81; Script. VI, S. 56, 67, 69, 71, 73 ff., 85, 106, 110 f., 112 f., 131, 140; Script. VII, S. 57, 62, 124. <sup>6)</sup> Stadtarch. Breslau, Korresp. 1428 Jan. 10; 1438 Mai 8; Script. VI, S. 79 f. <sup>7)</sup> Stadtarch. Br., Korresp. 1433 Mai 22; Juni 17. <sup>8)</sup> Script. VI, S. 114. Die Bürgerschaft erstreckt sich auf alle Habe, selbst auf die Dörfer und alle Landeseinwohner, während doch nur Ritterschaft und Städte handeln; sie vertreten also zu Recht das ganze Land. In Stadtarch. Breslau, Korresp. 1433, um Dezember 15, werden neben den erwähnten als königliche Städte genannt Lähn, Schönau und Greifenberg, nicht Reichenbach und Landeshut. <sup>9)</sup> März 11, Stadtarch., Korresp.



der Zusammenkunft auch das Interesse der Schweidnitzer wahrnehmen. Einige Tage später schreibt der Unterhauptmann nach Breslau<sup>1)</sup>, er habe den Mannen und Städten von dem vereinbarten gemeinsamen Vorgehen gegen die Feinde Mitteilung gemacht, und sie hätten eingewilligt. Feste Formen der Geschäftsführung aber fehlten so sehr, daß 1433 Breslau sich beklagte, man wußte bei der Korrespondenz mit den Fürstentümern nie, woran man wäre, der Rat würde von jetzt an nur noch Schreiben mit dem Schweidnitzer Stadtsiegel Glauben schenken. Darauf antwortete der Landeshauptmann von Kolditz, es antworte jedesmal der, an den Breslau geschrieben habe. Seine eigenen Mitteilungen in Landesangelegenheiten seien stets „mit rate dieser manne und stat“ geschehen<sup>2)</sup>. In gleicher Weise teilt in einem Falle der Unterhauptmann Gotsche Schoff dem Breslauer Rat mit, daß er Mannen und Städte befragt sowie die Ältesten von Mannen und Städten auf Donnerstag in acht Tagen entboten habe, um mit ihnen über die Breslauer Kriegspläne gegen die Feinde einig zu werden<sup>3)</sup>. Es ist demnach schon für die damalige Zeit die Vereinigung von Hauptmann und Ständen, der Landtag, das autonome Organ der Fürstentümer<sup>4)</sup>. Ferner ist schon zu dieser Zeit zwischen Vollversammlungen und Ausschußtagen der Ältesten zu unterscheiden. Auch fanden häufig nur Teilversammlungen einzelner Weichbilder<sup>5)</sup> oder Zusammenkünfte des Landeshauptmanns mit den Städten allein<sup>6)</sup> oder dem Adel allein statt<sup>7)</sup>; auch konnte der Hauptmann bei solchen Versammlungen fehlen. Die Ansetzung der Tage mußte zeitig erfolgen, da die Teilnehmer schriftlich aufgefordert wurden<sup>8)</sup>; manche Tage fanden auch im Anschluß an gesamt-schlesische Bundesversammlungen statt<sup>9)</sup>. Über die Art der Abstimmungen wird nur mehrfach berichtet, daß sie „concorditer“ oder „unanimi voto“<sup>10)</sup> erfolgten.

Gewiß werden die schlesischen Bundesorganisationen auch fördernd auf die Bildung von Ausschußorganen in den einzelnen Fürstentümern gewirkt haben. Auf Grund der Strehleiner Einung von 1427<sup>11)</sup> sollten 2 Fürsten und je 2 Mannen und Vertreter der Städte aus den Fürstentümern Schweidnitz-Jauer und Breslau, also insgesamt 6 Personen zu einem engeren Ausschuß zusammentreten, der in besonderen Fällen durch andere Fürsten und je 4 Gesandte der beiden Erbfürstentümer erweitert werden konnte. An der Spitze des am 5. August 1444 zu Jauer zwischen den Hauptleuten, Mannschaften und Städten von Schweidnitz-Jauer, Breslau, Liegnitz sowie Herzogin Elisabeth von Liegnitz und Goldberg geschlossenen Bundes trat ein geschworener Rat von 16 Mitgliedern<sup>12)</sup>. Acht der Mitglieder wurden von Schweidnitz-Jauer abgeordnet, wie auch

<sup>1)</sup> Ebda. 1433 März 20. <sup>2)</sup> Ebda. 1433 April 6 [siehe Quellen Nr. 18]; ebda. 1433 März 28 siegeln Hauptmann und Stadt Schweidnitz zusammen, häufig siegelt nur ein Teil. <sup>3)</sup> Ebda. 1433 April 6, siehe Quellen Nr. 17; auch sonst beruft der Hauptmann die Landtage, ebda. 1445 Febr. 14; die Ansetzung des Tages selbst erfolgte auf gemeinsamen Beschluß, vgl. 1446 Jan. 31. <sup>4)</sup> Ebda. 1433 Juni 17, Juni 20, Juli 1. <sup>5)</sup> Des Schweidnitzer, ebda. 1433 Mai 22; Juni 17; 1449 April 14; Juli 28. <sup>6)</sup> So ebda., 1449 Jan. 11; 1450 Okt. 15. Der Breslauer Rat schreibt mehrfach allein an die Städte, so 1466 Dezember 13 (Script. VII, S. 124). <sup>7)</sup> Über Sonderversammlungen des Adels siehe Script. VII, S. 168 ff. <sup>8)</sup> Ebda. 1439 Dec. 2: ein nach dem Wegreiten der von Land und Städten abgeordneten Personen eingetroffenes Schreiben kann erst bei der nächsten schon angesetzten Zusammenkunft Erledigung finden. Die Breslauer politische Korrespondenz im Stadtarchiv Breslau enthält viele schriftliche Aufforderungen zum Besuch gemeinsamer Versammlungen. Diese Art der schriftlichen Aufforderung wird also auch innerhalb der Lande, wie auch später, Sitte gewesen sein. <sup>9)</sup> Ebda., 1448 Febr. 18. <sup>10)</sup> Vgl. Script. VII, S. 40, 168 f. (1467 Dezember 24), ebda. S. 189: Swidnicenses inter se discordes. <sup>11)</sup> Script. VI, S. 51, 53 f., Zeitschr. 9, S. 110 ff. <sup>12)</sup> Vgl. Ermisch in Zeitschr. 13, S. 291 ff. Quellen Nr. 22; vgl. auch über den Bund

der jeweilige Landeshauptmann der Fürstentümer der Bundeshauptmann war. Ebenso existierte ein Bundesschreiber, Jacobus notarius<sup>1)</sup>. Das „hinter sich bringen“ der Vertreter von Schweidnitz-Jauer, d. h. ihre steten Rückfragen und Berichte an den Landtag, die sich aus ihren beschränkten Vollmachten ergaben, wurde in diesen schlesischen Bundesorganisationen zu einer Kunst erhoben, die Schweidnitz-Jauer eine möglichst große politische Bewegungsfreiheit sicherte<sup>2)</sup>.

Von den verfassungsmäßigen ständischen Rechten war während des 15. Jahrhunderts das Indigenatsrecht am schwersten zu verteidigen. Der Adel legte auch offenbar wegen seiner böhmischen Gesinnung keinen Wert darauf, gegen die Ernennung von böhmischen Herren zu Landeshauptleuten zu protestieren. Er tat dies nur in dem Falle, als im Dezember 1467 der päpstliche Legat den Böhmen Jaroslaw v. Sternberg, Vogt der Sechsstädte, zum Landeshauptmann zu machen suchte<sup>3)</sup>. Gegen den Willen des Legaten und trotz der von diesem schon erlangten Zusage der Städte lehnte der Adel Jaroslaw ab, „contra tenorem suorum privilegiorum nollent suscipere“<sup>4)</sup>. Der Legat gab auf Grund der politischen Lage auch schließlich zu, daß die Fürstentümer „caperent, quem vellent“, und zwar den von Adel und Städten einhellig gewählten Ulrich von Hasenburg<sup>5)</sup>. Weil auch Hasenburg kein Eingeborener war, so verwahrten sich die Stände besonders wegen dieser Verletzung ihrer Privilegien und setzten die besondere Bestimmung durch, daß der als Vertreter des abwesenden Hauptmanns zu erwählende „amptman“ „aus derselben czweier fürstenthumer gesessenen ritterschaft oder mann“ zu nehmen sei<sup>6)</sup>.

Die Huldigungen der Lande an den König erfolgten regelmäßig in Schweidnitz<sup>7)</sup>, und zwar werden 1459 auch zum ersten Male für unsere Fürstentümer die Äbte vom Breslauer Sandstift, von Grüssau und von Heinrichau als huldigend genannt<sup>8)</sup>.

Mit dem Eintritt der Habsburgischen Herrschaft kam die Entwicklung der ständischen Macht nach außen hin im wesentlichen zum Stillstand. Schon die Zeit des Königs Mathias war nur noch ein Ringen gegen die übermächtige Kraft der entstehenden gesamtschlesischen Staatsverfassung gewesen. Jetzt galt es im 16. Jahrhundert dem inneren Ausbau der landständischen Verfassung und, vornehmlich seit dem 17. Jahrhundert, ihrer Verteidigung.

Grünhagen, Gesch. Schl. I, S. 274; Rachfahl, S. 93, Anm. und Stadtarch. Breslau, Polit. Korresp. 1444 August 5, 1446 April 1, Mai 16, Juni 4, Juni 6, Sept. 20; 1447 Juni 22. Ermisch, S. 298 irrt betreffs der Höhe des Anschlags der Bundesmannschaft. Die 60 Pferde waren nur der Anschlag von Schweidnitz-Jauer, denn es werden nur Weichbilder dieser Lande aufgezählt.

<sup>1)</sup> Ermisch, a. a. O., S. 295.    <sup>2)</sup> Vgl. z. B. Script. VIII, S. 11.    <sup>3)</sup> Script. VII, S. 159.    <sup>4)</sup> Ebda. S. 171.  
<sup>5)</sup> Vgl. den Landtag vom 20. Jan. 1468, ebda. S. 177. Über die ligistische Gesinnung Hasenburgs siehe Grünhagen, Gesch. Schl. I, S. 320.    <sup>6)</sup> Script. VII, S. 178.    <sup>7)</sup> Vgl. Die Zusammenstellung über die Huldigungen, Quellen Nr. 140 [1741 Okt. 13].    <sup>8)</sup> Script. VII, S. 54. Der Abt von Heinrichau huldigt mit seinem Konvent schon 1343 Okt. 14 dem böhmischen König, Lehnurk. II, S. 135.



## 2. Kapitel.

### Die Landstandschaft der einzelnen Stände im 16. und 17. Jahrhundert.

#### 1. Adel und Landsassen.

Um die Mitte des 16. Jahrhunderts wird das Recht der Landstandschaft an ein ritterliches Lehen geknüpft. Die Landtage werden bei Verlust der Lehen geboten<sup>1)</sup>. Als landtagsfähiges Lehen gelten aber in Wirklichkeit nicht nur das Rittergut oder der adelige Sitz, sondern auch Geschösser, Zölle, Zinse und „Obmässigkeiten“<sup>2)</sup>. Das Recht der Landstandschaft ist sogar nicht ausschließlich an den Adel geknüpft, denn nicht jeder, der ein solches Lehen besitzt, ist von Adel. Vielmehr sind sowohl Freie<sup>3)</sup> als auch Bürger<sup>4)</sup> als Landsassen, abgesehen von den Städten, nachzuweisen. Andererseits ist, wenigstens im 17. Jahrhundert, nicht jeder Adelige Landsasse<sup>5)</sup>. Deshalb

<sup>1)</sup> So der Landtag vom Januar 1548, Rep. 39, S.-J. II 1 a, fol. 225 f. 1559 wirft der Hauptmann von Rensperg den Landständen vor, „sie hielten zusammenkunft und ratschlege, welches inen von der kay. mt. bei verlust der lehn verboten wehr“. Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, Schles. Akten, Fasc. 1, fol. 26 b. 1588 werden auf einer Weichbildzusammenkunft die Güter, nicht die Personen aufgerufen, denn es heißt „wegen des gottes Tschechen hat sich niemandt angegeben“, Fü 236, 3, S. 37. Andererseits berechnete aber nicht der Besitz mehrerer Güter zur Führung mehrerer Voten. So besaßen z. B. die 11 Rittersitze zu Kauffung (Kr. Schönau) mit einer Indiktion von zusammen kaum 2000 Thlr. jeder ein Votum, aber der Prälat von Grüssau als Besitzer vieler Güter mit einer Indiktion von 24000 Thlr. hatte nur ein Votum, das dabei zeitweise noch mit dem von Leubus alternierte; s. Quellen Nr. 128, 1686 Sept. 24. <sup>2)</sup> S. Exkurs II u. Quellen Nr. 145, nach 1741 Okt. 19, Art. 17. Ursprünglich waren alle derartigen Lehen auch mit Ritterdiensten belastet, und erst eine spätere Entwicklung brachte Belehungen mit Gärten resp. Gärten (ebda. S. 12, 13, 14, 63, 117 u. oft), Bauern (S. 11), Hufen Erbes (S. 17), [vgl. Rep. 39, S.-J. VIII 2 a]. So sind z. B. die Geschösser zu Weizenrodau ritterdienstpflichtig, und ihre Besitzer stehen deshalb in allen Landregistern. Vgl. Rep. 135, D 346 a, fol. 111 b und Rep. 39, S.-J. VIII 1 a, Schweidnitz Nr. 14. Ein weiterer Lehenmann daselbst „zinset sonst rossgelt“, S. 117 a. <sup>3)</sup> D. h. nur solche, die nicht der Jurisdiktion eines Grundherrn unterstanden; 1615 nehmen die Landstände sich einer Beschwerde des Kön. Lehenmanns Mathes Arnold zu Schmottseiffen gegen die Äbtissin zu Liebethal an. Sie nennen Arnold „unser mitgliedt“, Fü 236, 7, S. 1154, 1241 f. In dem Landregister von 1662–1667 [Rep. 39, S.-J. VIII 1 a] wird z. B. unter Weichbild Schweidnitz Nr. 77: „Herr Caspar Sagner, Lehenmann zu Bögendorf“ aufgeführt. <sup>4)</sup> Der Bürger mußte grundsätzlich die „corporalis residencia“ besitzen d. h. „mit Leibe“ auf dem Gute angesessen sein, vgl. die ausdrückliche landesherrliche Genehmigung dazu in der Urkunde von 1330 Nov. 7, Minsberg, Gesch. von Groß Glogau I, S. 169 und Reg. 4976. Die Städte besaßen zum Teil sowohl für sich, wie für ihre Bürger das generelle Recht, Rittergüter zu kaufen, so Schweidnitz, vgl. Schmidt I, S. 133 f., 209 f., Rep. 39, S.-J. II 5 h, S. 63, 96, siehe auch die Liste der Schweidnitzer Patriziergeschlechter, die Güter besaßen, in Rep. 135, Jau. Msc. II, S. 124 f. 1375 besitzt Hans Loutirbach, Bürger zu Schweidnitz, das Vorwerk zu Grunau, Rep. 39, S.-J. III 15 C, 106 b. Der Adel suchte aber sowohl den Städten, wie den einzelnen Bürgern dieses Recht zu unterbinden, vgl. Fü 236, 3, S. 804; 236, 4, S. 432 f., 514 f., 1000 f. Trotzdem aber sind noch im 17. Jahrhundert Bürger im Landregister nachzuweisen, so Michael Gabriel Schubert, Ratsherr zu Striegau und Hofrichter des Striegauer Weichbilds, der 1654 April 24 wegen Teich belehnt wird [Rep. 39, S.-J. VIII 2 e] und dessen Erben noch um 1662–1667 im Landregister trotz des Protestes der Stände aufgeführt werden [ebenda VIII 1 a, Weichbild Striegau Nr. 38 und II 1 p., S. 406, 408, 432 f.]. Ebenso besaß die Schweidnitzer Familie Schober Jahrhunderte lang eine Anzahl von Besitzungen, ein Zweig der Familie wurde geadelt [Rep. 39, S.-J. VIII 1 a., Schweidnitz Nr. 74; VIII 2 a., S. 63.]. Jacob Schober wird 1665 Juni 3 nach großen Schwierigkeiten zur Belehnung zugelassen, vgl. Rep. 39, S.-J. II 5 h, S. 63, 96. 1520 wird der K. böhmische Manggerichtsssekretär Franz Grym [Grimm] mit Seichau belehnt [ebda. VIII 2 a., S. 5.]. 1523 Dr. Christoph Schönfeldt mit dem Weerpusch [ebda. S. 5.], 1566 Ernst Pförtner, Ratsherr zu Schweidnitz mit Weizenrodau [S. 13.], 1581 Dr. jur. Johann Reymann, bischöflich Breslauischer Rat und Kanzler mit einer Hufe Erbes [S. 17.], 1624 Dez. 28, Martin Thielisch zu Hirschberg, ebenda VIII 2 c. <sup>5)</sup> Schon das Recht des Landtags, widerspenstigen Landsassen Session und Votum zu entziehen, deutet darauf hin; siehe Quellen Nr. 75,

kann die eigentliche Grundlage der Landstandschafft nicht streng das ritterliche, sondern nur das bevorrechtete unmittelbare<sup>1)</sup> und roßdienstpflichtige Lehen sein. Ursprünglich aber ist die Vorbedingung für die Belehnung mit einem bevorrechteten Besitz in Schlesien, wie sonst in Deutschland, die Übernahme der Verpflichtung zum Roßdienst im Heere des Landesherren<sup>2)</sup>. Der Lehnsträger ist also um des Roßdienstes willen landtagsfähig, die Grundlage der Landstandschafft ist demnach eine militärische und persönliche<sup>3)</sup>. Es ist deshalb die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß die erwähnte Beteiligung nicht-adeliger freier Besitzer von unmittelbar dem Landesherrn untergebenen und roßdienstpflichtigen Lehen am Landtage noch rein militärisch-persönlicher Natur ist<sup>4)</sup>. Daß statt eines Standes von Freien nur einzelne Freie bis zu Ende des 17. Jahrhunderts am Landtag teilzunehmen verstanden, erklärt sich daraus, daß die meisten im 15. und 16. Jahrhundert wirtschaftlich nicht imstande gewesen waren, ihren Standespflichten nachzukommen und mit dem Adel zu konkurrieren. Sie fielen, wenn sie nicht überhaupt Besitz und Selbständigkeit verloren, der patrimonialen Gerichtsbarkeit eines Grundherrn anheim und büßten so ihr Recht ein, „ohne Mittel“ beim Lande zu stehen<sup>5)</sup>.

Die Entwicklung drängte allmählich die militärische Grundlage der Landstandschafft dadurch bei Seite, daß von einer Reihe von Lehen die Pflicht zum Kriegsdienste abgelöst wurde<sup>6)</sup>, ohne

1601 März 20. 1686 hat Heinrich Alexander Freiherr von Bibran „nicht einmahl aus mangel der possession in diesen fürstenthümbren vocem in capitulo“; siehe Quellen Nr. 128, 1686 Sept. 24.

<sup>1)</sup> D. h. ein solches, das „ohne mittel zum lande gehörig“ war [Fü 236, 4, S. 1000 f.] und nicht der Jurisdiktion eines Grundherrn unterstand. <sup>2)</sup> Vgl. H. Palm, Schlesiens Landesdefension im 15., 16. und 17. Jahrhundert; Abhandlungen der Schlesischen Gesellschaft für vaterländ. Kultur, phil.-hist. Abt. 1869 (Bresla u1869.) S. 83. Vielleicht lag in der Ordnung des Roßdienstes ein Hauptgrund für die Verwandlung der polnischen adeligen Eigengüter in Lehen, eine Umwandlung, die mit der deutschen Kolonisation allein nicht zu erklären ist, vgl. Palm a. a. O., S. 82, Anm. 1. Ein Beispiel für die Art, wie die Herzöge die Lehnseigenschaft der Eigengüter durchsetzten, siehe bei Stenzel, Scriptores I, Catalogus abbatum Saganensium S. 195 betr. Rengersdorf. Auch die als Allod bezeichneten Güter waren später Lehen, vgl. über das Allod Kammendorf Lehnurk. I, 490, Z. 8. Den militärischen Charakter der Belehnung bezeugt auch die bis ins 18. Jahrhundert gebräuchliche Form des Lehnseides, der auf das Schwert des Landeshauptmanns geschworen wurde; vgl. die Zeichnungen in Rep. 39, S.-J. VIII 2 c und VIII 2 e vorne; desgl. VIII 2 i. <sup>3)</sup> Vgl. G. v. Below, Zur Geschichte der landständischen Verfassung [Besprechung von M. Hass, Die landständische Verfassung in der Kurmark Brandenburg], Hist. Zeitschr., Bd. 100, S. 325; H. Goldschmidt, ebda. Bd. 105, S. 627. Schon Böhme kommt in seiner „Nachricht“, S. 38 zu dem Schluß, daß vor Alters die Stimme auf dem Landtag „mehrsers der Person, als den Gütern angeklebet“ habe. Offenbar tritt diese Grundlage in dem Vertrag vom 8. Mai 1550 wegen der Ritterdienste hervor [Rep. 6, S.-J. Urk. 1 t]. Der König verspricht darin den Ständen, daß in der Befreiung der Geistlichkeit, der Burglehen und der kön. Geschösser sowie der Pfandschaften von den Ritterdiensten „keine zutrennung der fürstenthümer“, d. h. keine Auseinanderreißung der Landschaft liegen sollte, wie auch die Stände verlangt hatten, daß diese „beim lande bleiben und die mitleidung tragen“ sollten; ebda. und Rep. 39, S.-J. II 1 a, S. 262b ff. <sup>4)</sup> 1548 [Rep. 39, S.-J. II 1 a, Bl. 231 b], 1550 [ebda. II 1 b, Bl. 30 f und 43 b], 1588 [Fü 236, 3, S. 45—52] werden alle Freien und Belehnten aus militärischen Gründen auf den Landtag erfordert. Später heißt es allerdings ausdrücklich, daß die kön. Rustikallehen „keiner ritterlehen involvieren“, vgl. Quellen Nr. 145, um 1742. Die freien Lehnleute genossen in rechtlicher Beziehung adelige Vorrechte. Sie brauchten, wie der Adelige, beim Hofgericht erst auf die dritte Zitation zu erscheinen, vgl. Quellen Nr. 94, 1631 Febr. 7. Sie standen nur beim ordentlichen Landrecht oder beim K. Amt zu Recht, „da denn er lehmannstelle zu stehen und recht zu leiden erbötig“, Fü 236, 7, S. 1141 f., 1154. Vgl. auch Böhme, Diplomat. Beyträge zur Untersuchung der Schlesischen Rechte und Geschichte, Bd. I, II. Teil, Berlin 1771, S. 98: Status civilis der Fürstentümer Oppeln-Ratibor zählt neben Grafen, Herren und Rittersn, 33 „Frey-Pawern-Gütter, so auch Landsassen seindt“ auf. Die Geschichte der Freien in Schlesien wird noch zu untersuchen sein, vgl. Rachfahl, S. 59, Opitz a. a. O., S. 19. <sup>5)</sup> Über die Legung der Lehnsgüter durch den Adel vgl. nachstehend das Kapitel „Heerwesen“, desgl. Kgl. St.-A. Rep. 135, D 366 q, S. 274 f. (1574) und Quellen Nr. 80, 1607 Okt. 2. <sup>6)</sup> Siehe zahlreiche Beispiele in den Schles. Regg. und vorher S. 11.



daß das Recht der Landstandschaft verloren ging. Schon die seit dem 14. Jahrhundert immer häufiger auftretenden Bestenerungsfragen ließen das Recht der Standschaft nie als bedeutungslos erscheinen. An die Stelle der Roßdienstpflcht als Merkmal der Landtagsfähigkeit, also eines persönlichen Kriteriums, trat nunmehr seit dem 14. Jahrhundert die Eintragung des Lehens in die gerichtlichen Auflassungsbücher des Landes, die Landbücher, denen in Böhmen der Name „Landtafel“ zukam<sup>1)</sup>. Nur in die Landbücher eingetragene Lehen waren landtagsfähig, und nur solche Besitzungen wurden eingetragen, die „ohne Mittel“ beim Lande lagen, d. h. deren Besitzer gerichtlich direkt dem Landesherrn und dessen höchstem Gericht unterstanden. Der Verlust dieser Unmittelbarkeit zog den Verlust der Landstandschaft nach sich. Darum wiesen auch um 1590 die Adeligen, die vom Abt Hieronymus zu Leubus Lehen hielten und von ihm gezwungen werden sollten, in seinem Lehnrecht zu sitzen, nach, daß sie ohne Mittel unter dem Kaiser lägen. Sie müßten mit den Gütern, auf denen sie persönlich saßen, alle Landesbürden tragen, die Landesämter und Gerichtssitzungen, d. h. die Pflichten eines Landstands auf sich nehmen, deshalb könne der Abt nur die Nieder- oder Afterlehns Herrlichkeit über sie besitzen<sup>2)</sup>.

Daß seit der Eintragung der landtagsfähigen Lehen in besondere Bücher das Recht der Landstandschaft zu einem dinglichen am Grundbesitz haftenden Recht wurde, ist eine auch sonst in Deutschland nachweisbare Erscheinung. Wurden auch seit dem 16. Jahrhundert aus praktischen Gründen Personenverzeichnisse der Landstände angefertigt<sup>3)</sup>, so bezeugt doch die Form der Eintragung „Herr N. N. wegen des Gutes XX“, daß nunmehr das Gut bzw. Lehen als solches die Landstandschaft verliet. Vor der bei dieser Entwicklung drohenden Gefahr, daß das Recht der Landstandschaft zu einem käuflichen Recht herabsank, das jedermann zugänglich war, hatte sich der Adel schon früh aus Selbsterhaltungstrieb geschützt. Er stellte eine persönlich zu erfüllende Bedingung für die Zulassung zur Belehnung mit dem Ritterlehen: den Nachweis der adeligen Geburt. Er erlangte das Recht durch Privilegien<sup>4)</sup>, er übte es aus durch den Landtag selbst.

<sup>1)</sup> Siehe über die allmähliche Entwicklung der Bedeutung dieser Bücher Kap. 3, Kanzler und Kanzlei; vgl. ferner Oswald Redlich, Die ältesten Nachrichten über die Prager Stadtbücher und die böhmische Landtafel. Mitt. d. Inst. f. öst. Gesch.-F., Bd. 32, Innsbruck 1911, S. 169: „Die regalia registra . . . , nämlich die Königliche Landtafel . . . , eine Institution, welche in ihrem Wesen genau den privatrechtlichen Stadtbüchern entsprach. In die Landtafel wurden die vor dem königlichen Hof- und obersten Landgericht (Landrecht) vollzogenen Rechtsgeschäfte über freies Eigen im ganzen Lande eingetragen.“ In Schweidnitz-Jauer gab es aber nur noch Lehen, Güter, keine Eigengüter mehr, die in die Landbücher eingetragen wurden; vgl. auch Aug. Meitzen in Cod. IV, Einleitung, S. 15. 1548 produziert der Adel von S.-J. seine Privilegien „aus den königlichen land- und gerichtsgregistern, son in den furstenthombern Schweidnitz und Jhauer gehalten werden, glaubwürdige signaturen, welches wir alles vor unser recht und landtafel halten“, Rep. 39 S.-J. II 1 a, fol. 313 b. Später verstand man auch in Schweidnitz-Jauer unter „Landtafel“ das Verzeichnis aller landtagsfähigen Geschlechter, das allerdings gewöhnlich „Landregister“ genannt wurde. 1641 März 20 richtete Martin von Knobelsdorff, K. Rat und Oberamtsrat, ein förmliches schriftliches Gesuch an die Stände, ihn in die „Land Tafel“ zu verleihen unter Schilderung seines Lebens und seines uralten, aber ihm verloren gegangenen Adels. Er betont, daß er die Belehnung „ordentlich suchen“ wolle und bittet, sich einstimmig für die Verleihung der Belehnung zu erklären, Fü 238, 2 S. 139 f. Über die auf gleichen Grundsätzen beruhende Landstandschaft in der Oberlausitz vgl. H. Schultz, Die communalständische Verfassung und Verwaltung des preußischen Markgrathums Oberlausitz (als Manuskript gedruckt, Görlitz 1870) S. 19 f. <sup>2)</sup> Fü 236, 4 S. 215 f., 217 f.; siehe auch Kgl. St.-A., Rep. 222, I 4, Nr. 22 und vorstehend S. 20. <sup>3)</sup> Vgl. Rep. 39, S.-J. VIII 1 a bis 1 hh. Erhalten sind uns leider solche Register nur aus dem 17. Jahrhundert; im 16. Jahrhundert sind vielleicht die Register der Ritterdienste dazu benutzt worden, vgl. Rep. 135, D 346 a. <sup>4)</sup> 1412 August 12

Dieser nahm die Adelsprüfung vor und weigerte sich oft im Gegensatz zum Hauptmann, der die Belehnung erteilt hatte, den neuen Landsassen auch als Landstand anzuerkennen<sup>1)</sup>. In solchen Fällen hatte im 16. Jahrhundert mehrfach ein Kompromiß den Zwist geschlichtet, indem der bürgerliche Bewerber dem Landtag einen Revers über die aus gutem Willen erteilte Zulassung ausstellte<sup>2)</sup>. Im 17. Jahrhundert schuf sich der Landtag, im Jahre 1625, durch Aufrichtung einer Landesmatrikel die Formalien, die der neue Käufer eines Gutes dem Lande gegenüber erfüllen mußte, ehe er vom K. Amte die Lehnauflassung erhielt<sup>3)</sup>. Unter Berufung auf Wladislaws Privileg von 1497, daß die Erblehen nur Rittermäßigen zukämen, weisen die Stände auf die neuerdings

erhält Peter von Schellendorf Auras unter der Bedingung, daß er es nur wieder an einen „erbern unvorsprochen rittermessigen manne zu Breslaw ader zur Sweidnicz im lande gesessen vorkaufen“ darf, Lehnurk I, S. 81. Das Privileg König Wladislaws von 1497 Juli 7 verbietet die Begabung von Geistlichen und Bürgern mit Erblehen, abgesehen von früheren kön. Befreiungen. Rep. 6, S.-J. Nr. 1 h. 1595 Januar 19 beschweren die Stände sich über die Aufkaufung der Rittergüter durch Bürger und Bauern: „denn burger und pauern können eur mtt. und nachkomenden königen zu Behaim die ritterdienste nicht bestellen noch leisten, sie können eur k. m. ober-, zwelfer- und mannrecht nicht besitzen, sie können das landes eldisten ambt nicht tragen, sie können auf fürstentage noch sonst nicht abgefertigt werden, ja sie können zu keinen ambtern vom hochsten bis zum niedrigsten nicht gebraucht werden, und es wurde zupforderst hierdurch der ritter- und adelstandt hochst verdrukt und aus uhraltten ritter und stamgnettern pauerngettet werden, [alles in allem]: die doch unserer privilegien gar nicht fehig.“ Fü 236, 4, S. 1099.

<sup>1)</sup> 1548 betonen die Landstände, daß der Hauptmann die Lehen unweigerlich an Käufer des Herren- und Ritterstandes geben müsse, Rep. 39, S.-J. II 1 a, 256; sie wollen also dem Hauptmann nicht die Auswahl überlassen. 1652 bittet der Generalwachtmeister Freiherr August Moritz von Rochow die Stände um die Belehnung, nachdem er vom Kaiser schon 1638 belehnt worden sei. Die Bitte wird von den Zwölfem unterstützt, weil der Ritterstand abgenommen habe und viele Güter wüst lägen, Rep. 39, S.-J. II 1 i, S. 243 f. 259, 324 f, 326 b. 1667 weist der von Eben seine adelige Herkunft nach, ebenda II 1 p 392 f. Ein besonders heftiger prinzipieller Streit erhob sich 1615 um die Aufnahme des vom Landeshauptmann mit Wenig-Mohnau belehnten neuen Landsassen Wolf von Reppisch. Die Stände wiesen ihn auf solange aus ihrer Gemeinschaft, bis er die „Legitimation zum lande“, seine adelige Geburt nachgewiesen habe. Als Reppisch 1622, ohne seinen Adel nachzuweisen, gestützt auf den Hauptmann, ein neues Gut Floriansdorf kaufen wollte, verboten ihm die Stände den Ankauf. Es handele sich nicht allein um eine quaestio status, sondern um eine qualitäts probatio. „Gleichwie aber in den Schweidnitzischen und Jauerischen fürstenthümern üblichen hergebracht, so auch denen darinnen wohl erworbenen privilegien nicht ungemäß, daß ein jeder, so darinnen rittergüter besitzen wil, vier schildig sein muß, also haben auch die landstände bey einkauffung H. Reppisches, weil sein geschlecht ihnen unbekannt, dahinn gesonnen . . . , . . . gestaltsam in diesem lande Schlesien nicht unbekant, daß ein jeder, der seinen schild und ahnen ausführen und also seinen adel vorführen wil, solches nach ausgesetzten ritter rechten zu thun schuldig.“ [Rep. 39, S.-J. II 12 a], vgl. Quellen Nr. 83, 1615 Oktober 1; Fü 236, 7, S. 1134. Fü 236, 8 S. 15, 737; Stadtarch. Breslau, O. A. Schweidnitz-Jauer 1630. Noch 1630 befand sich aber Reppisch im Besitz von Floriansdorf, dessen Herausgabe man damals wieder forderte, Fü 236, 9, S. 1121, 1156, 1386—1410. Über das Ritterrecht vgl. Rep. 39, S.-J. II 1 b, 113b, 173 und Rep. 135, Jan. Msc., Fol. 67, S. 66 sowie D 369 e II, 178 f. <sup>2)</sup> Stadtarch. Breslau, O. A. Schweidnitz-Jauer, 1630: „So ist weylandt herr Georg Kahles, kays. Appellation-Rathes wegen erkauffung des guttes Schwarzbach revers vorhanden [1598 Okt. 21, vgl. Fü 236, 4, S. 1436 f., 1449 f., 1484 f., 1539]; ingleichen so haben auch die landstende einen andern revers weylandt herrn Georgen Fürstens wegen erkauffung des Kupfferberges bey ihren handen [Fü 236, 4, S. 1440 f, und Quellen Nr. 73., 1598], anizo zu geschweigen desjenigen revers, welchen keyser Rudolphus höchstmilden angedencken den gehorsamen landstenden wegen herrn Georg Mehls, kays. Rathes und deutschen Vize-Kanzlers, bey erhandlung des burgklehens Bunzlau und der hoffritterey daselbstn allergnedigst ertheilet.“ 1608 gibt Samuel Albinus das Versprechen, daß er sein Gut nur an einen eingeborenen vierschuldigen Biedermann verkaufen werde [Rep. 39, S.-J. II 1 f., 263b], ebenso 1609 der Sekretarius Platteis, Fü 236, 7, S. 404. Als 1630 der Sohn von Georg Fürst, David, das Gut Kittlitztreben kaufen wollte, mußte er erst die Bestätigung des Adels vom Kaiser erbitten, Fü 236, 9, S. 1156, 1218, Fü 236, 10 S. 195; vgl. A. von Doerr, der Adel der böhmischen Kronländer, Prag 1900, S. 125: Konfirmation für Georg Fürst von Kupferberg wegen seiner vier Ahnen, 1643 Juni 10. <sup>3)</sup> Siehe Quellen Nr. 89, 1625 Januar 14.



eingetretene Minderung des alten Adels hin. Es soll daher künftig keiner, der hier als Fremder ein Gut kauft oder gar sich nur auf etliche Groschen belehnt machen will, vom K. Amt die Verreichung und Auffassung erhalten, bevor er nicht sein Gesuch an das gemeine Land gerichtet und sich bei diesem eingeworben hat. Die Bewerber müssen sich daher bei öffentlicher Landesversammlung vorstellen und alle onera realia und personalia auf sich nehmen; dann werden sie, falls sie uralten adeligen Geschlechts sind, zu einem des Landes Privilegien und Immunitäten fähigen Landsassen erklärt und in die Landesmatrikel inkorporiert. Wer sich eindringt mit Hilfe des Hauptmannes, soll nicht für einen Landsassen erkannt, viel weniger in des Landes Zusammenkünften geduldet werden. Ob die vom Kaiser erbetene Bestätigung des Gesetzes überhaupt erteilt wurde, ist nicht zu ermitteln gewesen. Jedenfalls aber legte gerade seit dem dreißigjährigen Kriege das Machtwort des Kaisers dieses Recht des Landtags brach. Im Zusammenhang mit seiner allgemeinen Politik verschaffte nämlich der Kaiser einer Reihe von katholischen adeligen und unadeligen Geschlechtern die Landstandschaft, um innerhalb des Landtags eine katholische kaisertreue Partei entstehen zu lassen<sup>1)</sup>.

Die Erschwerung der Erwerbung der Landstandschaft ging von jeher Hand in Hand mit der Güterpolitik des Adels. Die in einer Arbeit von Jahrhunderten erkämpfte Vererblichung<sup>2)</sup> der Lehen fällt in ihren Anfängen nicht ohne Grund zusammen mit der Wandelung des adeligen Kriegers zum adeligen Landwirt. Wie es wirtschaftliche Gründe waren, die zur Konsolidation der Geschlechter die Vererblichung der Lehen erforderten, so diente auch die Erschwerung des

<sup>1)</sup> 1649 Dec. 11 beklagen sich die Stände, seit vielen hundert Jahren habe sich bei ihnen ein unbefleckter und mit neuen Geschlechtern unvermischter Adel konserviert, aber in diesen Kriegszeiten hätten sich neue Geschlechter eingedrängt und eingekauft. Der Kaiser antwortete darauf nur (1650 November 12), er würde keine Unmeritierten zulassen. Die Meriten aber, die sich der kaiserliche Schwertadel erworben hatte, der nun in einer ganzen Anzahl in das Land eindrang, waren den Ständen von S.-J. gerade am wenigsten sympathisch; vgl. Rep. 39, S.-J. II 1 i. 44, 83 b f., 354 f. 417. 431. Noch das kaiserliche Patent vom 21. April 1668 [siehe Quellen Nr. 115] richtete sich gegen die Behinderung, die den vom Kaiser Nobilitierten seitens der Stände widerfuhr. Als sich speziell 1668 Johann George Otto von Ottenfeld beschwerte, daß man ihm den Posseß des noch von seinem Vater erkauften Guts Mittel-Thiemendorf im Fürstentum Jauer nicht verstatte, erließ der Kaiser ein Reskript, daß das Kön. Adelsdiplom zur Legitimation und Aufnahme genüge. [1668 August 17, vgl. Arnold II, 75]. <sup>2)</sup> Das Privileg Wladislaws vom 7. Juli 1497 begnadet den Adel mit freier Erbschaft von Bruder zu Bruder „ohne alle Lehen“, Rep. 6, S.-J. Nr. 1h. Die Erbfähigkeit der Töchter hatte sich auch schon frühe vorbereitet. 1367 Juni 7 belehnt Herzog Bolko die Jungfrau Anne, Tochter Heidenrichs von Lobenicz, mit dessen Gute zu Konradswaldau im Weichbild Striegau und Salzbrunn im Weichbild Schweidnitz, „alz ap sie ein knecht were“, Rep. 39, S.-J. III, 15 A, fol. 35 a. Festgelegt wurde die Erbfähigkeit der Töchter, Brüder, Bruders- und Schwestersöhne durch Wladislaws Privileg vom 15. April 1511, Rep. 6, S.-J. Nr. 1e; vgl. Schickfus III, S. 397 f; Walther II, S. 473; siehe auch Walther II, S. 476. 1549 betont der König wieder den Lehns-Charakter der Güter des Adels gegenüber den frei-eigenen Gütern des böhmischen Adels, Fü 233,2, S. 75. 1587 April 14 dehnt Kaiser Rudolf die Vererbungsfähigkeit „zur Stärkung der Wirtschaft“ auch auf die ausgekauften Bauerngüter aus, Rep. 6, S.-J. Nr. 1w; Schickfus III, S. 401 f. Das Privileg Wladislaws von 1511, das zu allerlei Streitigkeiten Anlaß gab, wurde von Rudolf II. 1600 Dez. 20 nach dem Wunsch der Stände erklärt, Rep. 6, S.-J. Nr. 1x; Walther II, S. 477; Schickfus III, S. 403 f. Über das Repräsentationsrecht vgl. Brachvogel I, S. 100, (1650 Nov. 21) und II, S. 121, (1697 Juli 9); Walther II, S. 479, 482. Schließlich erteilte Karl VI. am 27. März 1714 den Ständen eine Entscheidung in ihrem Streit mit dem schlesischen Oberfiskal, indem er den Charakter der Güter als rechter Erblehen zu erb- und eigenen Rechten bestätigte, Rep. 6, S.-J. Nr. 5 o; 1 gg; 8h; Rep. 39, S.-J. II 7 l; Walther II, S. 483. Vgl. auch über die Lehnverfassung von Schw.-J. Kgl. St.-A., Rep. 222, I 4 Nr. 22 den Bericht des Bürgermeisters Hülse zu Schweidnitz d. d. 1743 Juni 1 u. f.

Erwerbs der Landstandschaft zum guten Teil dem Zweck, die Güter dem Auslande gegenüber hoch im Preise zu halten<sup>1)</sup>. Diese Güterpolitik führte von selbst zu dem Erfolge, daß der einzelne einheimische Adelige in den späteren Jahrhunderten meist eine ganze Anzahl von Gütern, oft 3, 4 oder mehr in seiner Hand vereinigte. Denn die bei der fortschreitenden Erschwerung der Belehnung dem Markt immer mehr entzogenen Güter mußten im Inlande billig abgegeben werden. Am meisten wurde diese Güterhäufung allerdings durch den dreißigjährigen Krieg vorbereitet. Die Kriegszeit hatte zahllose Güter so mit Schulden überlastet und so verwüstet, daß es sich für die Erben oft gar nicht mehr lohnte, sie zu übernehmen<sup>2)</sup>.

Zwei weitere wirtschaftliche Fragen von großer Tragweite hängen eng mit der Konsolidation des Adels zusammen. Im 14. Jahrhundert bereits begann nämlich der Kampf der Ritterschaft um die Erwerbung des vollen Dominiums über ihre Gutsuntertanen, um die Ausdehnung des Gutslandes auf Kosten des Bauernlandes sowie der ritterlichen Robotrechte auf Kosten der persönlichen Freiheit des Bauern<sup>3)</sup>. Zu gleicher Zeit aber entstand auch der tiefgreifende Kampf zwischen Ritterschaft und Städten um die wirtschaftlichen Rechte besonders innerhalb der städtischen Bannmeile<sup>4)</sup>.

Aber dergestaltige umfassende Aufgaben konnte der Adel nur mit der Kraft der Einmütigkeit lösen. In der Tat stehen der Zusammenhalt des Adels, sein Standesbewußtsein und sein politischer Blick im 16. und 17. Jahrhundert auf höherer Stufe, als die gleichen Eigenschaften beim Bürgertum. Der Adel hatte im 14. und 15. Jahrhundert sich innerlich und wirtschaftlich gefestigt, während er die politische Führung den Städten überließ<sup>5)</sup>. Im 16. Jahrhundert aber wußte er gegenüber der erstarkenden Herrschergewalt seine Privilegien zu verteidigen<sup>6)</sup>, die städtische Wirt-

<sup>1)</sup> 1549 betonen die Landstände, daß ihre Güter wegen der hohen Freiheiten ihres Landes oft um  $\frac{1}{3}$  höher im Preis gestanden hätten, als Güter von gleicher Nutzung in den umliegenden Fürstentümern, und daß sich deshalb der Adel aus andern Ländern „in unser mittel gekauft“ habe. Fü 233, 2, S. 93. <sup>2)</sup> Vgl. Fü 238, 6 S. 100 f., 994 f. Es heißt z. B. S. 101 f. in einem Schreiben der Stände vom 13. Januar 1648 betr. die Erhaltung des Güterbestandes und die Förderung des Wiederaubaus: „Sintemahlen auch viel güütter schwerlich deswegen zu possessoribus gelangen können, weil darauf nicht allein viel und hohe steuerresta, sondern auch geistliche und wiederkauffliche zinsen, pfarr-decimae, maldraten, herzog-getreyde, geld- und getrayde-zinssen versessen sind, daß selbige zusammen fast den werth der güütter übersteigen und so wohl die dazu gehörige erben als privati creditores das ihrige darüber ganz verlohren gehen müssen, were nötig zu berathschlagen, ob nicht etwa bey solchen sonst zwar privilegiatis debitis ex christiana aequitate einige moderation könne und solle getroffen oder auch gar ein nachlass der praeteritorum, gestalten sachen nach, beliebt werden“. Der Kaiser möge ein Moderamen und Remedium für das Schuldwesen bewilligen, ebda. S. 1069. <sup>3)</sup> Vgl. Opitz, a. a. O., S. 19. Durch die Verarmung der Ritterschaft nach Beendigung der Hussitenkriege [Grünhagen, Gesch. Schl. I, S. 255 f.] wurde dieser Prozeß nur noch beschleunigt. <sup>4)</sup> Welche wirtschaftliche Bedeutung z. B. das Braurecht für den Adel hatte, bezeugt ein Bericht des Landeshauptmanns vom Jahre 1555. Er betont, daß es viele adlige Söhne gäbe, „die zu ihrem vaterlichen guet nicht anders, dann das melzen und breuen auff kretscheme bekommen, und do ihnen das entpfle, erbloß werden und sam am bettelstabe gedeien musten“. Rep. 39, S.-J. II 1 b, 237 b. <sup>5)</sup> S. Kap. 1, S. 34. <sup>6)</sup> Bezeichnender Weise heißt es 1559 in einer Bittschrift der Stände betr. die Besetzung der Hauptmannschaft, sie hätten durch den hochgelehrten Herrn Dr. Daniel Stange den Herren Kommissarien zu Gemüth führen lassen, „wie ire vorfarn als freie ritter und knechte sich neben irem regierenden landsfursten, weilandt dem durchleuchtigsten hochgebornen fursten und herrn, herrn Bolconi und frawin Angnissen, an alles schwerdt und zwangk freiwilligk an di cron Behaim begeben“ hätten, ... und sie wollten ihre Privilegien wahren: „Dan obgleich so gar hoer verstandt undt rat bei den landtstenden nit sein magk, wie sich dan viel ire abgunstigen bedunkn lassen, so ist doch noch Gott lob der unbdacht nit so groß, daß sie so vorgeßlich irer teuer erworbenen privilegien, ja so ubel und vorgeßlich an inen selbst und iren nachkommennden handlen solten“, Haus-, Hof- und Staatsarch. Wien, Schles. Akten Fasc. 1, fol. 18 b u. 24.



schaftspolitik unschädlich zu machen und eine ausgedehnte und erfolgreiche Verwaltungstätigkeit im Lande auszuüben. Hand in Hand mit diesen äußeren Erfolgen des Adels geht auch seine geistige Entwicklung. Die zahlreichen Schloßbauten, die vielen Nachrichten von studierenden Rittersöhnen beweisen, daß für den Adel der Erbfürstentümer, dessen Sonderleben nicht von der Gnade eines landesherrlichen Hofes bestrahlt wurde, das 16. und das 17. Jahrhundert eine Zeit der Blüte bedeutete. Die größeren Ausgaben aber erforderten auch größere Einnahmen, und so erhielt der Kampf gegen Städte und Bauern neuen Antrieb. Dagegen war die äußere Politik des Adels, die auf Lostrennung von Schlesien und Verbindung mit Böhmen hinzielte, nie glücklich<sup>1)</sup>.

Die Einmütigkeit blieb auch siegreich, als sich zu Ende des 16. Jahrhunderts selbst beim Adel Spuren des Verfalls zeigten. Als 1598 das stolze Geschlecht der Fürstentümer, das der Herren von Schaffgotsch, gelegentlich einer Erbteilung das „alte vornehme“ Schwarzbach, ein Stammgut und den „ersten Rittersitz im Lande“ an einen Uneingeborenen und Bürgerlichen, den Dr. Kahl verkaufte, da erhob sich ein „Kummer gemeinhin im Lande“. In Ewigkeit hätten die Stände sich nicht versehen, daß „solch vornehme Columnae des Vaterlandes“ zu so untrennen Leuten und Landesbeschädigern werden könnten<sup>2)</sup>.

Einen fast vernichtenden Schlag brachte der dreißigjährige Krieg. Der Adel klagt, niemand könne sicher auf der Straße das Seine zu Markte bringen<sup>3)</sup>. Sie mußten ihre ruinierten Wirtschaften dem unbändigen Gesinde hinterlassen, mit ihren Hausfrauen, von denen etliche „auf sehwehrem fusse gehen“, in die Städte flüchten. Die Kinder mußten mit den Soldaten in einer Stube sitzen, ihrer Üppigkeit zusehen, und deren ärgerlich böses Gespräch sei für adeligen Frauenzimmers Ohren nicht geziemend anzuhören<sup>4)</sup>. Der Krieg hätte von „viel unserer mietglieder, dabey ihre, ihrer weiber und kinder, wollen nicht sagen, ganzee geschlechter im blutte, brandt, hunger, khummer, pest, frost und anderen aus dem unseligen kriegswehssen herrührende(n) erbärmliche(n) und traurige(n) zufälle(n) leib und leben verliessen müssen, fast nichts übrig gelassen“<sup>5)</sup>. Die Zahl der in den Fürstentümern ansässigen Adeligen ist nicht leicht festzustellen. 1619 sind etwa 329 angeseßene adelige Familien zu zählen<sup>6)</sup>, Czepko führt i. J. 1650 an, daß die Fürstentümer 20 Burgen und 920 Schlösser und Rittersitze zählten<sup>7)</sup>. Nach dem Landregister von 1692 sind etwa 353 angeseßene Familien vorhanden<sup>8)</sup>.

## 2. Die Geistlichkeit.

Die auf dem Landtag vertretene Geistlichkeit bestand aus drei Gruppen, den Vertretern der Äbte und Stifter, den Komthuren und aus den Breslauer Domkapitularen<sup>9)</sup>. Die Landstandschaft beruhte auf dem Besitz von ritterlichen Gütern und Zinsen<sup>10)</sup>. Wie der Adel, so wurde auch die

<sup>1)</sup> Über seine böhmfreundlichen Neigungen vgl. auch die Geschichte des Geschlechts von Czettitz, S. 292.

<sup>2)</sup> Vgl. die Vorwürfe der Stände Fü 236, 4, S. 1449 f., 1484 f., 1539. <sup>3)</sup> Fü 236, 10, S. 736. <sup>4)</sup> Fü 238, 1, S. 1243 f.

<sup>5)</sup> Stadtarch. Breslau, FFF 1806 a (1641). Fü 238, 2, S. 130 f., 185. 345 u. ö. u. ö. <sup>6)</sup> Siehe Quellen Nr. 85, 1619.

<sup>7)</sup> Siehe Quellen Nr. 111. <sup>8)</sup> Rep. 39, S.-J. VIII 1 c. <sup>9)</sup> So Rep. 39, S.-J. II 1 f, 207 b (1608) und Fü 236, 7,

S. 83. Verzeichnisse der Geistlichen siehe Quellen Nr. 85, 1619 und Quellen Nr. 111, 1650 Februar 12. Vgl. auch

Rep. 135, D 346 a, fol. 98 ff. (1550). Über die Verteilung des Besitzes nach Weichbildern vgl. Rep. 39, S.-J. II 1 e,

2. Teil, S. 31 f. <sup>10)</sup> 1578 heißt es: „die furstenthomber, land und zuegehörungen, dotzu denn auch die prelaten,

so ire guter dorin haben, sampt iren underthanen gehoren“, Rep. 39, S.-J. II 1 c, fol. 111 b. 1686 heißt es, die

Geistlichkeit „wegen“ ihres Besitzes in den Landregistern aufgeführt<sup>1)</sup>. Wie beim Adel, so war auch bei der Geistlichkeit die Grundlage der Landstandschafft ursprünglich, statt dinglicher, persönlicher Natur gewesen<sup>2)</sup>. In der habsburgischen Zeit aber eröffnete nur der landtagsfähige Besitz den Zugang zum Landtage, und dessen Erwerb wurde vom Adel möglichst erschwert, deshalb blieb auch die niedere katholische Weltgeistlichkeit und die neu entstandene protestantische Geistlichkeit von der Vertretung im Landtage ausgeschlossen<sup>3)</sup>.

Der umfassende Güterbesitz allein und die Frage seiner Besteuerung vermochten in den stolzen in Schweidnitz-Jauer zum Teil garnicht persönlich ansässigen Äbten lebendigere Teilnahme an der engen Landespolitik zu erwecken. 1459 verstanden sich die Äbte des Breslauer Sandstifts, von Grüssau und Heinrichau nur unter schweren Bedenken dazu, gemeinsam mit Vasallen und Städten von Schweidnitz-Jauer dem verhaßten Häretiker König Georg von Podiebrad zu huldigen<sup>4)</sup>. Sie taten es zu dem ausgesprochenen Zweck, die Säkularisation ihres Güterbesitzes zu verhindern.

Geistlichen seien „a saeculis wegen ihrer Stiftsgüter“ Offizierer d. h. leitende Stände des Landes, Rep. 39, S.-J. II 12 i, vol III, S. 35. Auch in den andern Fürstentümern erfolgte die Zulassung der Geistlichen zum Landtag auf Grund ihres Güterbesitzes. 1719 Sept. 5 erhielten z. B. die Jesuiten zu Troppau die Zulassung zu den dortigen Fürstentums-, Land- und Kreiszusammenkünften „wegen des dem alldortigen collegio zugehörigen gottes Schillersdorf cum sessione et voto unter dem ritter stande“. Die übrige Geistlichkeit, „welche auch dem verlauth nach ex ordine mendicantium in ein und dem andern fürstenthumb ihrer erlangten gütter und possessionum halber bey denen particular fürstenthumbs landes zusammenkunften ohne erhaltene allergnädigste concession geduldet würden“, müsse die kaiserliche Bestätigung nachsuchen. Vgl. darüber das Schreiben der Liegnitzer Landeshauptmannschaft an die Äbtissin zum hl. Kreuz zu Liegnitz vom 23. Nov. 1719. Rep. 28, F. Liegnitz II 1 c. Über den Eid der Geistlichen bei Erwerbung der Landstandschafft siehe Rep. 135. Jan. Msc. II, S. 226, 228.

<sup>1)</sup> So Fü 236, S. 8, 66 f., siehe auch Rep. 39, S.-J. VIII 1. <sup>2)</sup> Darauf läßt schon die Stellung der Geistlichkeit auf den Kolloquien und ihre häufige Verwendung als Zeugen schließen, vgl. in S.-J. z. B. den Clericus Bolz [Rep. 39, S.-J., III 15 C, 103 b, 117 a] und Dietrich Predil, Kaplan der Herzogin [ebda. III 15 D. 130 a.]. Aus dem Bericht eines schlesischen Ungenannten vom Jahre 1477, der sich über das Fehlen der Geistlichkeit beim mährischen Landtag wundert, ist zu schließen, daß ihre Zulassung in Schlesien selbstverständlich war: „Fuertunt congregati huius patrie incole, barones, nobiles, militares et civitatenses; de spiritualibus, sicuti prelati et . . . clerici, ibi non fuit aliqua controversia, an adessent vel non, quia de illis, proch dolor, minima est ipsis baronibus et nobilibus cura.“ Einige Geistliche werden aber doch als anwesend genannt. Markgraf in Script. XIII, S. 219 [1477 August 1]. Die Geistlichkeit leistete ja auch selbständige Huldigung, vgl. Lehnurk. II, S. 135 [1343 Oktober 14]. <sup>3)</sup> Wie schon die ersten Habsburgischen Landesherrn, so suchte aus eigenem Interesse der Adel der Geistlichkeit den Erwerb von Rittergütern möglichst zu erschweren. Selbst den Breslauer Jesuiten wurde es schwer, ihre Gutskäufe aufrecht zu erhalten, vgl. den Protest des Adels gegen den Ankauf von Steupichen [Stäbchen, Kr. Schweidnitz], 1660 Sept. 20. [Rep. 39, S.-J. II 11., S. 358]: der Ankauf gereiche zur Herabminderung der Noblesse, der kaiserlichen Ritterdienste und der Kanzleigebühren für Gutsverkäufe; vgl. ebenso den kaiserlichen Machtspruch vom 3. Dez. 1670 betr. das Gut Boberstein, Arnold II, S. 96. <sup>4)</sup> Vgl. Script. II, S. 241 und Markgraf, Eschenloer [Script. VII], S. 54. 1469 paktieren wiederum beim Einfall der Podiebrad'schen Scharen mit ihm „prelati de bonis suis“, ebda, S. 213. An dem Sonderfrieden der Fürstentümer mit Böhmen vom 2. Mai 1477 beteiligen sich Lande und Städte, „geistlich und wertlich“, Script. XIII, S. 210 f. Mathias Corvinus schreibt 1485 Oktober 10 an Prälaten und Mannschaft, Script. XIV, S. 89. Das 1493 Juli 13 vom Herzog Kasimir von Teschen ausgestellte Vidimus eines Privilegs von König Sigismund vom 24. Jan. 1425 und eines Schreibens vom 23. März 1425 über das geistliche Gericht wird Prälaten und Ritterschafft erteilt, Rep. 6, S.-J. Nr. 5 c. Besonderes Interesse aber nimmt die Geistlichkeit an den Angelegenheiten des Landes erst seit den großen Steuerforderungen Ferdinands I. Sie läßt sich 1530 März 18 mit der Landschaft ihre Privilegien bestätigen [Rep. 6, S.-J. Nr. 1 g], beteiligt sich an den ständischen Beschwerden [so 1539, Rep. 39, S.-J. II 1 a, S. 32 f.] und fertigt auch neben dem Lande eigene Gesandte an den König ab [vgl. Rep. 135, Jan. Msc., Fol. 67, Bl. 75 b. Quellen Nr. 100, 1639 Nov. 3.]. 1649 Dez. 11 ist unter den Gesandten an den König Andreas Michael, Koadjutor des Stiftes Grüssau und Propst zu Warmbrunn [Haus-, Hof- und Staatsarch. Wien, Schles. Akten, Fasc. 2, S. 106 f.]. Meist vertreten allerdings die Gesandten des Adels auch



Vor allem aber war es die Frage der Besteuerung, besonders die Verpflichtung zur Tragung der Landesmitteleidung, die nach heftigen Kämpfen zum Nachgeben der Geistlichkeit und damit zu ihrer regen Beteiligung an den Landtagen führte. Hatte der Kolowratsche Vertrag von 1504 die Geistlichen zur Tragung der regelmäßigen schlesischen Steuern verpflichtet<sup>1)</sup>, so war damit nicht ausgesprochen, daß die Geistlichen auch die Sonderinteressen der Fürstentümer mit ihrem Gelde fördern mußten. Vor allem in Schweidnitz-Jauer weigerte sich<sup>2)</sup> die Geistlichkeit, besonders die Breslauer, alle die Sonderschatzungen zu tragen, die ihnen die Ritterschaft in ihren vielen Prozessen gegen den Kaiser, gegen Fürsten und Stände, gegen die Städte, ja gegen die Geistlichkeit selbst<sup>3)</sup> auferlegte. Da aber die Ritterschaft aus ihren Steuerregistern nachweisen konnte, daß die

die Prälaten, so 1561 Melchior Seidlitz zu Burkersdorf, Hofrichter zu Schweidnitz und Arnest Gelhorn zu Alten-grotkau und Rogau. [Haus-, Hof- und Staatsarch. Wien, Schles. Akten Fasc. 1, S. 45]. Es ist festzustellen, wie die Anteilnahme der Prälaten an der Politik des Adels wuchs. Sie wurden im 2. Viertel des 16. Jahrhunderts regelmäßig zum Landtag geladen, [Rep. 39, Jau. Msc. 56]. 1548 mußte noch besonders festgestellt werden, daß der Abt des Breslauer Sandstifts Landsasse sei [Rep. 39, S.-J. II 1 a 257b]. 1556 aber betont dasselbe Sandstift in der Urbarienfrage betr. die Stadt Schweidnitz, es sei getreulich und fest entschlossen, bei der Landschaft zu stehen. Sie hätten „allwege als getreue landsassen mit und neben gemeinem lande ubel und guet gelitten, auch zu treuer und nützlicher forderunge gebuerlich hülfte, radt und zuthat gethan“. Rep. 135, Jau. Msc. Fol. 67, Bl. 75a. Anlässlich des gemeinen Gebots vom 7. Oktober 1573 zu Jauer heißt es [Rep. 39, S.-J. II 1 c, 25]: „Zu gedenken, an itzigem gebot haben von dem prelaten standt der herr abt von Leubus, herr abt zu Grissau, frau abtissin zur Lignitz und das stift Liebenthal ire abgesanten ampteleute zur stellen gehabt, so zu den ratschlegen erfordert worden und darbei gesessen seint. Welche gesanten sich durch den amptman von Leubus, her Nikoln von Lauterbach, gegen den gekornen eldisten und aller weibbilder zuegegebne ausschusse dahin ercleret, daß ihre hern und obrigkeit des meynen und meynung weren, inen, sich dessen anzugeben, auch auferlegt hetten, das sie als ein mitstandt und treue landsassen dieser furstenthumber alle dasjenige, so gemeine landschaft dem vaterland zu guet handeln und schließen wurden, treulich wolten laisten, tragen, ins werk richten und volbringen helfen und an inen keinen mangel erwinden lassen; dagegen sie sich widerumb der gemeinen landschaft zu schutz und pillicher befurderung endpfohlen haben wolten.“

<sup>1)</sup> Vgl. A. O. Meyer, Studien zur Vorgeschichte der Reformation, bes. S. 138 ff.; Schickfus III, S. 169; Grünhagen, Gesch. Schl. I, S. 368–370; Schmidt a. a. O., I, S. 238; siehe auch Rachfahl, S. 113 f. 1538 sollen der Abt zu Grissau, die Äbtissin zu Liebenthal und die Priorin zu Naumburg Natural-Lieferungen an Pulver und Salpeter für den Türkenkrieg auf sich nehmen, Rep. 39, S.-J. II 1 a, 18 ff. 1545 Dez. 15 bewilligen die Prälaten von S.-J. ein Biergeld unter Hervorhebung, „daß wir von alters der hülffen halber gefreiet“, ebda. fol. 163, 164. <sup>2)</sup> 1561 September 25 heißt es über die Verweigerung der Mitleidung von seiten der Breslauer Stifter und Domherren: „so doch alle andere geistlichkeit allwege bis auf heute on alle beschwer sich geburlich und nochparlich vorhalten thun, nichts weniger in gehaltenen sowol ietzigzen zusammenkunften der herr abt von Leubiss in aigner person und anstat des herrn abts von Grissaw der probst zum Warmenborn, sunst auch der andern aller prelatin ampteleute all hieher inss mittel abgefertigt und angesagt, neben dem gemeinen lande, wie vor anders biss anhero unbeschwert gescheen, mitleidung zu tragen“. Fü 235, S. 64. 1578 beschwerten sich die Stände über die Komthure zu Striegau und Löwenberg, die sich in Sachen der Kontribution vom Lande trennten [Rep. 39, S.-J. II 1 c, 98], außerdem auch aus dem gleichen Grunde über das Breslauer Kreuzstift und das Stift Trebnitz [ebda. S. 113]. Noch 1617 ruhen auf den Gütern der Geistlichen die meisten Steuerrückstände [vgl. Bericht des Landeshauptmanns an den Oberlandeshauptmann Rep. 39, S.-J. VI 9 b, 1617 Dez. 9]. Die Geistlichen waren auch in der Tat oft in der schwierigen Lage, daß sie von der protestantischen Mehrheit des Landtages zu finanzieller Unterstützung der protestantischen Interessen gezwungen wurden [so die Klage von 1686, Rep. 39, S.-J. II 12 i vol III, S. 35]. <sup>3)</sup> 1562 [siehe Quellen Nr. 49] beklagte sich das Breslauer Kreuzstift über die vielfachen Schatzungen und deren Verwendung zu Prozeßzwecken. Gerade zu dieser Zeit lag die Ritterschaft mit der Geistlichkeit in langwierigem Streit wegen der Jurisdiktion der Geistlichen und ihres eigenen Gerichtsstandes, vgl. Fü 234, oft; Rep. 39, S.-J. II 1 b, S. 342 [1558 Dez. 2] und II 7 a; Schickfus III, S. 333. Auch die Frage der Stellung von Ritter- und Lehn diensten, von denen die Geistlichkeit 1550 Mai 8 befreit worden war [Rep. 6, S.-J. Nr. 1 t] gab Anlaß zu Zwistigkeiten. 1576 beteiligen sie sich auch an der Stellung von Ritterpfeden [Rep. 39, S.-J. II 1 c, S. 34 f.], ebenso 1602 Sept. 23 an dem Beschluß über die Musterung der 300 Pferde [ebda. II, 1 e, 2. Teil S. 29 a].

Geistlichen seit Alters alle Landesbürden mitgetragen hätten<sup>1)</sup>, entschied der Breslauer Bischof 1577, daß die Stifter „mitzuleiden“ hätten<sup>2)</sup>. Die Ritterschaft hatte mit Recht hervorgehoben, daß sie für die Steuern der geistlichen Güter deren Schutz übernehme<sup>3)</sup>. Da die Steuern der geistlichen Güter den Steuern des „Landes“ zugerechnet wurden, so ist es erklärlich, daß Geistlichkeit und Adel auch auf dem Landtage eine Kurie ausmachten. Dabei wurde der Geistlichkeit die Stellung „als erster Stand et prima pars“ eingeräumt, „ohne dessen Versammlung ja nichts zu geschehen pflegt<sup>4)</sup>“. Trat bei der Abstimmung der Adel in Weichbilder zusammen, so hielten auch die Geistlichen ihre Sonderberatung, die z. B. in Steuerfragen durchaus geboten war<sup>5)</sup>. Selbständige Sondersammlungen der Geistlichkeit sind aber, weil sie keine abgeschlossene Kurie bildete, nicht nachzuweisen<sup>6)</sup>.

Auch in den engen Zusammenkünften und Ausschüssen war die Geistlichkeit vertreten<sup>7)</sup> während sie in den andern Fürstentümern um die Zulassung zu Ausschüssen und Landtagen Kämpfe zu bestehen hatte<sup>8)</sup>. Eine gewisse Schwierigkeit bot die Frage, ob die geistlichen Herren persönlich auf den Landtagen erscheinen mußten, oder ob sie ihre Amtsleute und Kanzler als Vertreter schicken durften<sup>9)</sup>. Bei ihrem durch zahlreiche Teilfürstentümer verstreuten Güterbesitz hätten manche Äbte fast auf allen Sonderlandtagen Schlesiens erscheinen müssen<sup>10)</sup>, ferner konnten die Äbtissinnen überhaupt nicht persönlich auftreten, andererseits aber drängte der Adel schon zur Vermeidung des „Zurückbringens“ auf vollgültige Vertretung durch Geistliche, nicht durch „Gesinde“ hin. Grade Geistliche konnten als dauernde Vertreter ihres Stifts und als auf der Höhe der Bildung stehende Persönlichkeiten auf dem Landtag ganz bedeutenden Einfluß gewinnen. So wurde

<sup>1)</sup> 1561 heißt es, aus den Registern der Einnehmer ergebe sich, daß die Geistlichen samt ihren Untertanen allwege in Landesanlagen mitgelitten hätten, Fü 235, S. 204. Vom Komthur zu Striegau heißt es ebenso 1584 März 10 „sintemal seine vorfahren jederzeit ohne einigen behelf alle landesbürden, hülffen und anlagen unwaigerlichen getragen und mitgelitten“. Allgem. Arch. des Innern, Wien, Schlesien VIB 1 K 1548 fol. 77 b f. Ihre Güter stehen in den Schatzungsbüchern, Fü 236, S. 67 [1618]. <sup>2)</sup> 1577 Dez. 14, Befehl an das Breslauer Sandstift und die Stifter Liebenthal, Trebnitz und Liegnitz, Rep. 39, S.-J. II 1 c, 120. Über den Vertrag des Bischofs und der Breslauer Kapitel mit den schlesischen Ständen über die Kontribution vom gleichen Jahre vgl. Rep. 135, D 346 a, fol. 87—94; s. auch vorh. S. 46, Anm. 4 über die schon 1573 erfolgte Zusage mehrerer Stifter. <sup>3)</sup> So Rep. 39, S.-J. II 1 c, fol. 113, s. auch S. 46, Anm. 4. <sup>4)</sup> So Rep. 39, S.-J. II 12 i, vol. III, S. 6 und II, 1 f., fol. 210. <sup>5)</sup> So 1619 Juli 19, Rep. 39, S.-J. II 5 e. <sup>6)</sup> So schon Kries in seiner Rezension von Wuttke, S. 20. <sup>7)</sup> Vgl. z. B. Rep. 39, S.-J. II 5 a. 1686 werden sie die „offiziales nati“ genannt, die keiner Wahl durch die Stände bedürften. Rep. 39, S.-J. II 12 i vol. III, 35. <sup>8)</sup> So ordnete ein Reskript Ferdinands von 1637 Okt. 24 an, daß die Geistlichkeit des Fürstentums Breslau nicht nur, wie bisher, zu den gemeinen Zusammenkünften, sondern auch zu Partikular-Zusammenkünften und Ausschüssen zugelassen werde, „denn im widrigen würden die geistlichen nicht schuldig sein können, die auflagen, so in ausschließung ihrer gemacht, mittragen zu helfen“, wie auch „derley zulassung der geistlichkeit sowohl in ander unsern königreich und ländern, als auch in dem landen Schlesien für sich selbst herkommen.“ Ebenso gestattete das k. Reskript vom 23. März 1711 dem Abt von Leubus, zu den Landes-zusammenkünften im Fürstentum Liegnitz als Deputierten den Propst zu Schlauphof zu senden; falls er in Person käme, gebühre ihm das erste votum, seinem Vertreter aber wird nur das votum nach den Ältesten gestattet. Auch dem Stift zum hl. Kreuz zu Liegnitz wurde dauernde Session cum voto verliehen, während bisher die beiden Stifter nur abwechselnd vertreten gewesen waren; vgl. dazu Rep. 28, F. Liegnitz II 1 c. <sup>9)</sup> Sie mußten persönlich erscheinen, vgl. z. B. den Gebotsbrief vom 3. Mai 1540 [Rep. 135, Jau. Msc. 56, S. 55]. 1561 kommen der Abt von Leubus und der Propst zu Warmbrunn selbst, Fü 235, S. 64. 1606 Juni 19 kommt von Leubus nur der Kanzler Magister Laurentius Arnold und von Grüssau dessen gewesener Sekretär Lorenz, Rep. 39, S.-J. II 1 f., fol. 16 b; siehe auch fol. 76, 203 f. 1619 Juli 19 ist der Grüssauer Abt selbst da. Rep. 39, S.-J. II 5 e; siehe auch Rep. 135, D 367 z, 2. Teil, S. 171 f. <sup>10)</sup> Vgl. z. B. Rep. 21. F. Brieg II 7 e.



P. Joseph Nickel, der Pfarrer von Ober-Mois, als Vertreter des Stiftes Leubus durch 32 Jahre hin noch „das lebendige Protokoll“ genannt<sup>1)</sup>.

Jeder geistliche Stand hatte nur eine Stimme, d. h. die Häufung des Besitzes von landtagsfähigen Gütern bedingte keine Häufung von Stimmen auf dem Landtage.

### Die Städte.

Von den 25 Städten der Fürstentümer waren nur die Städte Schweidnitz, Jauer, Striegau, Löwenberg, Bunzlau, Hirschberg, Bolkenhain, Reichenbach, Landeshut, Schönau und Lähn landtagsfähig<sup>2)</sup>. Ihr Recht der Landstandschaft beruhte darauf, daß sie unmittelbare landesherrliche Städte waren. Darum nannten sie sich im 16. Jahrhundert „königliche Städte“<sup>3)</sup>. Die spätere Unterscheidung zwischen Immediat- und Mediatstadt war also eine sehr alte; denn die übrigen Städte befanden sich im Besitze von adeligen oder geistlichen Grundherren und wurden von diesen im Landtag vertreten<sup>4)</sup>; demnach galt auch für die Städte der Grundsatz, daß ein Stand, der nicht mehr „ohne mittel“ beim Lande lag, sein Recht der Landstandschaft verlor. Deshalb beraubte die Verpfändung mehrerer herzoglicher Städte und ihr späterer erblicher Verkauf an den Pfandinhaber sie der alten Landstandschaft. So war Freiburg eine Stadt, die ursprünglich im Besitze eines eigenen Weichbildes und unmittelbar, also auch landtagsfähig war, aber durch die übermächtige Konkurrenz von Schweidnitz und durch die Verpfändung seitens der Landesherren zur rechtlosen Landstadt herabgedrückt wurde<sup>5)</sup>. Die wirtschaftlich stärkeren Städte aber wußten sich ihre Selbständigkeit

<sup>1)</sup> Joseph Jungnitz, Geschichte der Dörfer Ober- und Nieder-Mois im Neumarkter Kreise. Breslau 1885, S. 198.  
<sup>2)</sup> Die schon 1311 Sept. 29 [Reg. 3225] erwähnten „civitates omnes“ werden 1353 Juli 3 [Quellen Nr. 7] und in der Carolina aufgezählt [Quellen Nr. 9, 1356]. Danach gehörten außer den genannten 11 Städten auch Zobten, Freiburg, vielleicht auch Hohen-Friedeberg, Greifenberg und Friedeberg a. Q. zu den Weichbildstädten. Diese Städte waren also alle als herzogliche Städte angelegt, wie auch bei den meisten von ihnen herzogliche Burgen bezw. später königliche Burglehen nachzuweisen sind. Doch treten im 15. Jahrhundert nur die gen. 11 Städte dauernd, wenn auch nicht gleichzeitig, hervor, vgl. 1466 Script. IX, S. 202 f., 1468: ebda. S. 292; 1479: Schmidt I, S. 233. An dem Bund der königlichen Städte von 1510 Sonnabend vor Invocavit [Februar 16] sind sämtliche 11 königlichen Städte von S.-J. beteiligt. Vgl. Stadtarch. Breslau, Hs. O. 144, 1, S. 1 f. Eine Änderung in der Zusammensetzung der Städtekurie trat nicht ein, wenn auch zeitweise im 17. Jahrhundert den Städten Schönau und Lähn ihr Votum bestritten wurde. <sup>3)</sup> Vgl. den Bund der Städte von 1510, siehe vorige Anm. Nicht ohne die eigene Schuld der Städte kam im 16. Jahrhundert die Theorie auf, sie seien Privateigentum des Königs; denn sie nannten sich in der Bedrängnis nach dem Schmalkaldischen Kriege 1549 „ihr majestät eigenthumbliche cammerguetter“ [Rep. 39, S.-J. II 1 b, 8 b und II 1 f., 49 b]. Der Adel benutzte diese Auffassung dazu, den Städten die Landstandschaft zu bestreiten. Darauf führten sie 1607 März 9 und 10 auf dem Landtag zu Schweidnitz aus, sie seien ein Landstand, da sie, wie andere Stände, Gesandte auf die Fürstentage abfertigten. Rep. 39, S.-J. II 1 f., 49 b. <sup>4)</sup> Es waren folgende Städte [Rep. 135. Jan. Msc. I, 648 und Quellen Nr. 85]: a) Greifenberg, Schmiedeberg, Friedeberg a. Q., Kupferberg waren, zum Teil nur zeitweise, Schaffgotsch'scher Besitz; b) Freiburg, Friedland, Gottesberg, Waldenburg gehörten den Herren von Hochberg; c) Hohen-Friedeberg war längere Zeit im Besitz der von Schellendorf; d) In geistlichen Händen waren Zobten (Sandstift Breslau), Liebau und Schönberg (Zisterzienserstift Grüssau), Liebenthal (Benediktinerinnenkloster Liebenthal) und Naumburg a. Q. (Magdalenerinnenkloster Naumburg). Näheres über die wechselnden Besitzverhältnisse siehe bei Hugo, Freiherr von Sauma und der Jeltsch, Wappenbuch der schlesischen Städte und Städtel, Berlin 1870; Fischer und Stuckart, Zeitgeschichte der Städte Schlesiens. Schweidnitz 1819 f. 3 Bde. Da die Mediatstädte „zum Lande gehörig“ waren, mußten sie auch mit dem Lande, nicht mit den königlichen Städten, steuern; Rep. 39, S.-J. II 1 i, 449. <sup>5)</sup> Freiburg mit seinem Distrikt wurde durch die Urkunde von 1310 Dez. 15 [Reg. 3172] von den Herzügen Bernhard, Heinrich und Bolko wieder dem Schweidnitzer Weichbild inkorporiert; es war also eine Zeitlang selbständig gewesen; Im Jahre 1337 bestätigte Herzog Bolko

zu bewahren. Es ist gewiß ein Zeichen weiser Voraussicht der städtegründenden Landesherren, daß, abgesehen vom Schicksal der Verpfändung, in Schlesien nicht allzu viele Weichbilds-Hauptstädte zu Landstädten herabgesunken sind, daß die meisten also bei der Gründung einen genügend großen wirtschaftlichen Mutterboden erhalten haben<sup>1)</sup>.

Die Zulassung zum Landtage als besondere Kurie haben die Städte sich gewiß durch Einungen erleichtert, und ebenso gewiß waren diese Einungen mehrfach zum Zweck gemeinsamer Stellungnahme zu den allzu häufigen landesherrlichen Steuerforderungen geschlossen worden<sup>2)</sup>. Diese Bildung der Städtevertretung war es, die den schlesischen Ständetagen den spezifischen Charakter deutscher Landtage gegenüber den nie über Adelsversammlungen hinausgewachsenen polnischen Ständetagen verliehen hat. Waren die Städte im 15. Jahrhundert der ausschlaggebende Teil der Landtage gewesen, so erlitten sie im 16. Jahrhundert einen auffallenden Niedergang. Hatte die Städtepolitik schon um des städtischen Handels willen stets weit über den engen Rahmen des Teilsfürstentums hinausgegriffen, war den Städten von Schweidnitz-Jauer neben Breslau als bleibender Erfolg die Erhaltung und die Stärkung des Deutschtums in Schlesien zu danken<sup>3)</sup>, so nahm die seit dem Ende des 15. Jahrhunderts vordringende landesherrliche Gewalt ihnen die Fäden der äußeren Politik und damit auch deren wirtschaftliche Erfolge aus der Hand. Auf den engen Spielraum der Fürstentümer beschränkt, fanden die Städte aber den einheimischen Adel im Besitz einer gegen sie gerichteten zielbewußten wirtschaftlichen und sozialen Politik. Die Reaktion des Adels gegen die ehemals von den Landesherren allzu weit getriebene Bevorrechtung der Städte erreichte im 16. Jahrhundert ihren Höhepunkt.

Aus der politischen Unterdrückung nach außen hin und aus der Unmöglichkeit des Aufkommens gegen den Adel nach innen hin ist die plötzlich auftretende Verbitterung der Städte zu erklären, die sich in großer Vernachlässigung der Landtage äußerte<sup>4)</sup>. Statt sorgfältig wenigstens

seine Rechte, Tzschoppe und Stenzel, S. 104 und Nr. 149. Nach seiner Verpfändung (vgl. Saurma a. a. O., Sp. 53 f.) ist noch 1528 Freiburg neben den 11 königlichen Städten die einzige Stadt, die den Auftrag zur selbständigen Erhebung der königlichen Steuer erhielt; Stadtarch. Breslau, Polit. Korresp. 1528 Sept. 29. Noch 1686 heißt es von ihm „ob nun zwardt Freyberg keine weichbildsstadt, so ist es doch ein mit mauern wohlgeschlossenes landtstädtlein und unter diesen wohl das beste, dahingegen weder Lähn noch Schönau geschlossen, unecht es königl. städte sindt“. Rep. 39. S.-J. II 12 i, vol. III 47. Ebenso wurden Zobten, Hohen-Friedeberg, Friedeberg a. Q. und Greifenberg durch Verpfändung und Verkauf ihrer Landtschaft beraubt; vgl. Saurma a. a. O.

<sup>1)</sup> Vgl. Wilhelm Schulte, Deutsche Städtegründungen und Stadtanlagen in Schlesien, S.-A., S. 16. <sup>2)</sup> Siehe vorher, S. 17. <sup>3)</sup> Wirtschaftlich brachte ja den Städten die Zugehörigkeit zu einem so großen Ländergebiet, wie Böhmen, großen Vorteil; aber sie sind nie in eine solche Czechenfreundlichkeit geraten, wie der Adel ihres Landes. Andererseits wirkte die stete Rivalität zwischen Breslau und Schweidnitz wieder trennend. <sup>4)</sup> Vor allem beklagten sich die Städte, z. B. 1555, über zu häufige Erforderungen auf die Gebote oder ins Amt, „do sie doch nicht zu schaffen, dadurch die städte in muhe und unkost gebrocht“ würden wegen Angelegenheiten, die „auch durch ein schlecht ampts schreiben zu zeiten hette mogen vorricht werden“ können. Darauf antwortete der Hauptmann, die Städte wollten am liebsten gar keine fruchtbare Arbeit leisten: „die von stedten clagen vorgeblich und ohne not, das sie ohne orsache auf landtage und yns amt erfordert werden, ist wieder alle vernunft, do die notdorft mich nit dringe, als wenn e. röm. kön. mtt. bevehl an landt und stedte lautende oder andere nothe sachen als steuern, gemeine landordnung, so die von steden mit angehen und an sie nicht vorricht muegen werden, furfallen, das ich landtage lage und ausschreiben solde, do doch keiner ahne mein selbst unkosten gehalten wirt. Ist aber diz ir grunzten (!) dohin gericht, das sie lieber wolten, das mit ihnen gar nichts geschafft wurde.“ Rep. 39. S.-J. II 1 b, 220 b, 229 f., 236. 1574 klagen die Städte gelegentlich der Einführung der Kontrolle über die städtische Finanzwirtschaft „das der stedte abegünstigen fur vielen jahren alles ihres möglichen vleisses gesonnen und getracht,



das Gleichgewicht des gegenseitigen Einflusses zu wahren, verzichteten die Städte mit dem Vertrage von 1546<sup>1)</sup> darauf, das Bürgertum als solches auf dem Landtage zu vertreten. Sie ließen sich von nun an nur noch auf Grund des Besitzes von Landgütern zum Landtage berufen. Darum waren es von dieser Zeit an nicht mehr allgemeine Landesangelegenheiten, sondern nur noch Fragen, die den Güterbesitz der Städte mit angingen, also interne Steuerfragen, die der sog. „Mitleidung“, wirtschaftliche Angelegenheiten, Ritterdienste, um derentwillen sich Adel und Städte auf den Landtagen verglichen<sup>2)</sup>. Da aber der Adel den Städten überhaupt das Recht zum Besitze von Rittergütern bestritt, so stand ihre Landtagsfähigkeit auf immer schwächeren Füßen<sup>3)</sup>. Die früher selbstverständliche Teilnahme an Ausschüßtagen und engen Zusammenkünften mußte besonders seit dem dreißigjährigen Kriege mühsam wieder erkämpft werden<sup>4)</sup>. Der städtische Vertreter mußte vom adeligen Landstand „allerlei Despekts“ erdulden<sup>5)</sup>, und dabei bezahlten die Städte allein um ihrer Landgüter willen ein Drittel der kaiserlichen und für die Landesbedürfnisse der Fürstentümer bestimmten Steuern<sup>6)</sup>. In konsequenter Auffassung konnte sogar der Adel 1690 behaupten, daß es aller Verfassung und gesunden Vernunft zuwider sei, den Städten als Kurie ein Votum zu verstatten. Sie hätten auf den Landtagen nur wegen ihrer Güter, jede Stadt für sich als letzter der Weichbildstände, ein Stimmrecht<sup>7)</sup>. Dabei beruhten noch die Carolina und die wichtigsten Privilegien von Land und Städten trotz des Widerspruchs des Adels in städtischen Archiven, ein unscheinbares und doch sicheres Zeichen dafür, in wessen Händen einst die Leitung der Landesangelegenheiten geruht hatte<sup>8)</sup>. Nicht zum wenigsten der schützenden Hand des Kaisers hatten es die Städte zu verdanken, wenn sie ihren Stand „neben“, nicht „nach“ dem Adel auf dem Landtag behaupten konnten<sup>9)</sup>.

wie sie . . . die burgerliche liebertet unterdrucken . . . “ könnten. Die von Adel strebten danach, wie „sie die städte, welche zuvor einen standt, stiem und regiment neben ihnen alzeit gehabt und persona reputata gewesen, stum und zu nichte machen mochten“, Rep. 135. D. 366 q. fol. 261. 1579 beklagt sich der Schweidnitzer Rat in einer Bittschrift an den Oberlandeshauptmann Bischof Martin Gerstmann, daß der Adel ihn wegen der über die Stadt anlässlich der Enthauptung Tausdorffs verhängten „Bestrickung“ aus dem Mannrecht verdrängen wolle. Er dulde keine Neuwahl für den verstorbenen Mannrechtsbeisitzer Jacob Rosler: „denn wol zu erachten, so wir den landtstenden solches einreumen solten, das sie uns hinforder nicht alleine der manrecht, sondern auch wol anderer ehrlichen zusammenkunften als furwerfliche personen zu entsetzen sich bevelisen wurden“; 1579 Sept 18, Finanzarchiv Wien S VI/7, S. 9–10.

<sup>1)</sup> Vgl. Quellen Nr. 34, „betreffende die mitleidunge“. <sup>2)</sup> Erst wenn die Fragen des Kaufs der Landgüter durch die Städte, der Musterung der Ritterdienste, der Eidesleistung der in den Städten wohnenden Adelligen wieder auftauchen, sind auch wieder gemeinsame Landtage nachzuweisen; vgl. 1602: Rep. 39, S.-J. II 1 e. 2. Teil, S. 16. Die reiche gesetzgeberische Tätigkeit des Landtags in der 2. Hälfte des 16. und in den ersten Jahren des 17. Jahrhunderts kam ohne Mitwirkung der Städte zustande, vgl. Fü 236, 4, S. 700, ebenso S. 591 u. 699 ihre Untätigkeit bei der Bauernrebellion. <sup>3)</sup> Schweidnitz ist z. B. an der Mitleidung nur beteiligt wegen der „gütern, derentwegen und davon wier miet den herren landtstenden dieser fürstenthümer leiden“, Stadtarch. Breslau, Hs. B 50, I, S. 8. <sup>4)</sup> Vgl. Ladungen zu Ausschüßtagen und engen Zusammenkünften: 1591 Okt. 25 für Striegau. Rep. 39, S.-J. II 5a; desgl. 1591 Sept. 19 für Bolkenhain. Rep. 132 a. Dep. Bolkenhain, Anhang zu II; desgl. zu den Landtagen 1605 Mai 27 [Rep. 39, S.-J. II 1 e 116 f.]; 1606 Juni 19 [ebda. II 1 f. 16 b.]; 1619 Juli 19 [ebda. II 5 e] u. ö. Dagegen verlangen 1651 März 8 die Städte ausdrücklich, als Stand, und weil sie „mit dem Lande liegen“, zu Landes- oder engen Zusammenkünften beschrieben zu werden. Man möge sie bei ihrem ordentlichen Votum und rechter Session lassen. Rep. 39, S.-J. II 1 i, 118. Sie werden auch wieder zugelassen, vgl. Quellen Nr. 128, 1686 Sept. 24. <sup>5)</sup> Vgl. die Beschwerde der Städte vom 30. Jan. 1620. Fü 236, 8, S. 236. <sup>6)</sup> Vgl. Quellen Nr. 128, 1686 Sept. 24. <sup>7)</sup> Siehe Quellen Nr. 129, 1690 Febr. und März. <sup>8)</sup> Siehe Kap. 3, Landschreiber und Landesarchiv. <sup>9)</sup> So heißt es 1574 [Rep. 135. D 366 q, Bl. 261 a]. 1675 durften die Städte

Infolge der Zurückdrängung vom Landtage entwickelten die Städte im 16. Jahrhundert in ihnen, zwar schon seit Alters abgehaltenen Städtetagen ein politisches Sonderleben. Stete Streitigkeiten ließen es auf diesen Tagen nie zur Organisation eines zielbewußten und erfolgreichen Widerstandes gegen das Vordringen des Adels kommen. Das aus dem 15. Jahrhundert überkommene freie Versammlungsrecht der Städte wurde ihnen allerdings in der Habsburgischen Zeit genommen<sup>1)</sup>. Die Städtetage, die früher unregelmäßig meist zu Jauer oder Schweidnitz stattgefunden hatten, wurden später in der Regel zu Schweidnitz an den Quartalen im Anschluß an das Gericht von Amt, Land und Städten abgehalten<sup>2)</sup>. Jede Stadt war durch ihre Gesandten vertreten<sup>3)</sup>. Die Führerrolle auf den gemeinsamen Tagen hatte Schweidnitz, die anerkannte

wieder Deputierte wählen zur Abrechnung zwischen Land und Städten. Rep. 39, S.-J. II 3 c; 1675 April 29, votum collectivum der Stände.

<sup>1)</sup> Hauptsächlich infolge des zweideutigen Verhaltens der Städte während des Schmalkaldischen Krieges. So verteidigten sich 1549 die Städte wegen ihrer Versammlungen: „zum dritten, das wir auch zu vielberuerter zeytt ubyr und widder des landtheupmans vorboth bey tag und nacht allerhand gefeliche und vorbothene zusammenkompffte und conventiula gehalten solten haben, dem geruethen euer Röm. kön. mt. auff allergnedigste nicht glauben zu geben. Dann dieweyl der herr heuptman unns hierynnen kein vorbot gethan, ynn massen er denn eynich sollich vorbott zu thun nicht gedorft hett, so wyrt es s. g. auch sunnst niemandt mit grunde eynche ungeborliche zusammenkompff nicht nachrühmen noch zumessen mögen. Es ist ye an deme, das die stedte zur selben zeyt nicht weniger, als allwege zuvoran, zussammen kommen seint, haben sollichs öffentlich und unvorholen aufm radthaus zu dem Jauer ynn angesichte des hern heuptmans, welcher aldo wohnende gesessen, und doch nicht aus anderen ursachen, denn aus erheyschung forderlich euer mt. und nachmaln der gemeynen stedte notturt zu rethungen, anschlegen und vorrichtungen euer mtt. hulfen und steuern gethan, dobey dann yn allwege zum fordersten euer mt. bestis getrachtet und beradtschlagt ist worden“ [Rep. 39, S.-J. II 1 b, 20 a]. Darauf antwortete der König [1549 Dez. 2, ebd. f. 23 b]: „Nuhe wissen sich die stedte wol und leychtlich zu berichten, das sich den landen, so gleichwol under eynem konige ader landts fursten wohnen, nicht gezympt, ane yrer herrschaft zulassung under ynen selbst zusammenkompfften zu halden; viel weniger mag eynlichem underthanen geboren noch vorantworlich sein, vor sich selbst und ane sunder vorwissen, gunst, willen und zulassung yrer ordentlichen obbrickeyt zu eynlichen fremden potentaten und stenden yre zuflucht zu haben und zu schicken, sich mit ynen yn einige tractat zu begeben und derseiben hulf, beystandt und anhang zu suechen, auch noch weniger yn eyniche bundtnis one allen vorbehalt und ausnehmen yrer eynigen rechten obbrickeyt einzulassen, ssunderlich yn sachen, dorynnen dieselben potentaten mit yrer der underthanen obbrickeyt strittig und spenig befunden werden. . . Wyewol sich dann auch die stedte der zusammenkompfften halben eynsteys gleichfallis entschuldigen, so werden sie doch ym grunde nicht vorneymen mogen, das sie gleich eben der zeyt, als die koe. mtt. yn hochster nott und gefelrickeyt des kriegs gestanden, widder yrer koe. mt. vorausgegangen general und one erleubnis des herrn heubtmans ofte und viel mal ungewonliche, vordechliche und unzueylliche zusammenkompffe gehalten, dermassen, das sie auch derhalben von herrn heuptman und anderen seint angeredt worden“ [ebda. Bl. 24]. 1635 Sept. 25 verlangt der Landeshauptmann auf die ihm zugekommene Nachricht, daß eine Städtezusammenkunft außerhalb der Fürstentümer, zu Goldberg, stattgefunden habe, Angabe des Zwecks der Versammlung, die Liste der Teilnehmer und „was aldort proponiert und endlichen concludiret sey“. Stadtarch. Breslau OA. Schweidnitz-Jauer. <sup>2)</sup> 1556 Nov. 29 ersucht Jauer die Städte wegen der Vertretung auf dem Fürstentage und der Verhandlung der Urbarfrage zu Prag: „Das man solches alles . . . zu nesthkünftigen quartal beradtschlagen, bewegen und beschlissen moge, biten wir, jede stadt wolle desto stadlicher ihre gesanten gen der Schweidnitz abfertigen, dormit ein andere reise und zusambnekunft ersparet werde.“ Rep. 39, S.-J. II 1 b, f. 277, siehe ebda. f. 197 über den Schied zu Prag. <sup>3)</sup> Siehe vorige Anm. 1549 Okt. 4 f. sind z. B. zu Schweidnitz zur Beratung über das dem Könige zu bewilligende Malz- oder Scheffelgeld neben den Schweidnitzer Ratmannen folgende Gesandte versammelt: Ambrosius Fruehoff und Andris Wolff, beide Stadtschreiber und Gesandte der Stadt Jauer, Hans Ruprecht und Johannes Beyer von Striegau, Hieronymus Würffel und Joseph Clette von Löwenberg, Heinrich Voytt von Bunzlau, Valten Schilder von Hirschberg, Caspar Vogler und Wolfgang Behr von Reichenbach, Blasius Preschel und Michel Schüller von Bolkenhain, Jakob Geyßler und Hans Dietrich von Schönau, Hans Rayner und Georg Wolffgruber von Lähn, Hans Gehnig und Georg Bottner von Landeshut. Rep. 39, S.-J. II 1 b, 13 a, vgl. auch Bl. 8 b ff. und 27 a. Auf dem Städtetage vom 16. Aug. 1603 [siehe



Hauptstadt<sup>1)</sup>. Außerdem hatte jedes Fürstentum seine eigenen Städtetage<sup>2)</sup>; der Vorort der Jauerschen Städte war Jauer. Schriftliche Verhandlungen durch Rundschreiben konnten an die Stelle der Versammlungen treten<sup>3)</sup>. Die Tage dienten meistens der Abrechnung<sup>4)</sup>, der Verteilung der Steuerquoten<sup>5)</sup>, sowie der Verabredung von Gesandtschaften zum Schutz der gemeinsamen Interessen<sup>6)</sup>. Die Entsendung von Persönlichkeiten, die von allen Städten zusammen bevollmächtigt waren, war ein nur mühsam erstrittener Triumph der Einigkeit. Wie jede Stadt ihre eigene Steuerkasse besaß<sup>7)</sup>, so hatte sie lange Zeit auch überall ihre eigenen Vertreter, so z. B. auf den Fürstentagen, und erst seit der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts vertraten die Städte Schweidnitz

Quellen Nr. 78], Rep. 135. Jau. Msc. Fol. 25, S. 633 f., sind z. B. von Schweidnitz, Striegau und Bolkenhain je 2 Vertreter, von Landeshut ist ein Vertreter zugegen. Die Städte treten auch hier, gemäß der Sitte auf den Landtagen, zur Beratung ab.

<sup>1)</sup> Auf dem Landtag zu Prag 1549 redet z. B. für die Städte der Schweidnitzer Stadtschreiber Valentinus Knoth. Rep. 39, S.-J. II 1 b, 15 b. 1560 verlangt Jauer, daß Schweidnitz, „als die unsere vorgeher sein und die stymme fur uns haben“, in der Pardubitzer Hilfgeldfrage anzugeben habe, wie es sich gegenüber gemeynen steden zu verhalten gedенke. Rep. 135. D 366 q, S. 121. Vgl. auch Schmidt I, S. 394 (1580 Febr. 28). 1603 Aug. 16 beschwerte sich Schweidnitz, daß es alle onera realia und personalia bei Hofe und auf den Fürstentagen tragen müsse. Es verlangte deshalb die Herabsetzung seiner Kontributionsquote innerhalb der Städtegemeine auf 33 oder 40 % der Gesamtsumme. Schließlich bewilligte es 50 %, und der Städtetag vom 12. Juni 1614 [s. Quellen Nr. 78] setzte die Quote auf 45 % fest. Der Streit um diese Verteilung der Quoten lähmte, wie es 1615 April 13 [siehe Quellen Nr. 78] heißt, die Tätigkeit der Städte für bessere Zwecke. Bei Huldigungen wurde die Vorherrschaft von Schweidnitz allerdings nicht anerkannt; die Rivalität der Städte führte z. B. 1565 [siehe Quellen Nr. 53] zu ergötzlichen Szenen. <sup>2)</sup> Die Schweidnitzer Städte tagten in der Schweidnitzer Schöppenstube, so 1603 Aug. 16 [siehe Quellen Nr. 78]. Die Jauerschen Städte hatten von alter Zeit her ihre eigenen Tage, so erteilt Bolko das Privileg von 1346 Sept. 29 über die Ächtung von Friedensbrechern nur an die Jauerschen Städte Jauer, Hirschberg, Löwenberg, Bunzlau, Schönau und Lähn. Über Jauersche Städtetage siehe auch Rep. 135, D 366 q, S. 106 bis 109, 111, 129 f. <sup>3)</sup> z. B. 1556, Rep. 39, S.-J. II 1 b, 277 f. <sup>4)</sup> Vgl. z. B. die „Rechnunge der stede der furstenthumber Schweydnitz und Jauer gehalten sontags ym quartal Lue des 1550 jaris in gemeiner städte sachen.“ Rep. 39, S.-J. II 1 b, fol. 58 b, 90, 130, 178. Auf Blatt 58 b ist die Rechnung der Stadt Löwenberg von 1550 erhalten, in der es heißt: „beide summen, welche an gemeyner stede und auch der stede Jawrischen furstentums zehrung ausgegeben und die Jaurischen stede alleyn zalen sollen, thuen 283 mark, 21 weisse groschen, 9 1/2  $\text{fl}$  und auch die 8 mark, welche die Jaurischen stede den Schweydnischen sunderlichen schuldig, welche durchauss zugleyche angelegt worden, so kompt auf ein yedere stadt 72 1/2 marc. 13 1/2 weissegr.“ (Jau., Löw., Bunzl., Hirschb.) Ebda. auf Bl. 90 siehe die Schatzung der Städte von 1553 und Bl. 178 die Erklärung für den Niedergang der Löwenberger Schatzung seit 1527; siehe auch S. 56 b f.: [1551] Beratung wegen Besoldung des Rechtsgelehrten Dr. Lange. <sup>5)</sup> Vgl. z. B. den Vertrag der Städte vom 15. Jan. 1550 über die Verteilung des ihnen auferlegten kön. Strafbargeldes nach dem Schmalkaldischen Krieg, Rep. 39, S.-J. II 1 b, Bl. 26 f., 31, 32, 54 b f.; siehe auch die Quoten bei Fischer, Jauer II, S. 39 f.; Schmidt I, S. 299; Kries, Rezension S. 14, 18. Die Schweidnitzer kön. Städte bezahlten im allgemeinen das Doppelte an Geschoß gegenüber den Jauerschen Städten. Rep. 135, D 366 q S. 111 (1560). <sup>6)</sup> Vgl. die von der Stadt Löwenberg angelegte Handschrift „Handlung uff den rehsen“ aus der Mitte des 16. Jahrhunderts, Rep. 135, D 366 q. Gesandte der Städte finden sich schon während des ganzen 15. Jahrhunderts, besonders zur Verbindung mit Breslau, vgl. 1459 März 6, Script. VII (Markgraf, Eschenloer), S. 38. Ein Beispiel dafür, wie die Städte nur nach gemeinsamer Überlegung handelten, gibt das Schreiben der Stadt Jauer von 1503 Sept. 29. Stadtarch. Breslau, Politische Korrespondenz. Die vielen Suppliken an den Kaiser in Urbarsachen [so 1555 Rep. 39, S.-J. II 1 b 183 f., 191 b f., 201 b ff.; Rep. 135, D 366 q f. 29, 68 f., 74 f.], in der Frage des Verbots der Zechen und Morgensprachen [1556 f. Rep. 135, D 366 q, S. 1 ff., 68 f. 74–87, Rep. 39, S.-J. II 1 b 181, 278. Schmidt I, S. 302 f., Walther II, S. 475, Webner a. a. O., S. 110 f.], und die Korrespondenz mit Königin Isabella von Ungarn wegen der bei ihr für Ferdinand I. übernommenen Bürgerschaft von 166000 fl. [siehe 1554 Okt. 2, Rep. 39, S.-J. II 1 b, fol. 122 b f.] mußten auf Städtetagen beraten werden. Ebenso führten die Städte den Kampf um ihren lutherischen Glauben gemeinsam, mußten also auf ihren Tagen sich beraten. Schmidt II, S. 117. <sup>7)</sup> Rep. 39, S.-J. II 1 i, 48.

und Jauer ihre Hinterstädte zu Breslau<sup>1)</sup>. Die Entsendung von Vertretern zum Breslauer Ober- und Fürstenrecht, die die Städte lange ausgeübt hatten, gaben sie zeitweise unter dem Drucke des separatistischen Adels auf<sup>2)</sup>.

Die Wandlung des Verhältnisses der Städte zum Landesherrn war die Folge der Umgestaltung des landfremden Königtums zu einer Macht, die wenigstens mit einer zielbewußten Behördenorganisation Wurzel im Lande schlug. Die umfassende politische Selbständigkeit, mit der die Städte ins 16. Jahrhundert traten, und die sich in einem wahrhaft republikanischen Stolz ausdrückte<sup>3)</sup>, mußte das Königtum zum Gegenspiel herausfordern. Schritt für Schritt und mit der unschätzbaren Hilfe des natürlichsten aller Städtefeinde, des Adels<sup>4)</sup>, nahm der König den Städten die administrative Selbständigkeit. Ursprünglich hatte die Stadt freies Ratswahlrecht gehabt<sup>5)</sup>, hatte der Landesherr sich selbst als sechsten Ratmann der Stadt Schweidnitz ins Stadtbuch eintragen lassen<sup>6)</sup>, war die Selbstverwaltung auf allen Gebieten des städtischen Lebens durchgeführt worden.

<sup>1)</sup> 1556 Nov. 29 schlug Jauer den andern Städten vor „weil ieder stad auf die fuerstentage sonderliche botschaften abzufertigen pflegen, ob es nit schicklicher zu ersparunge vorgebener zerunge und unkosten, das mit beiden furstenthumben wegen der stedte uf gemeine zerunge etzliche personen dohin gesant mochten werden“, Rep. 39, S.-J. II 1 b 277. Der Entschluß war zum Teil dadurch beschleunigt worden, daß der Hauptmann den Städten 1556 Nov. 25 das allerdings unerträgliche „hinter sich bringen“ von den Fürstentagen verboten hatte, ebd. f. 277. Von nun an vertraten Schweidnitz und Jauer ihre Hinterstädte mit einem von diesen gewählten Deputierten auf dem Fürstentage; siehe Böhme, Nachricht S. 62. Dieser Vorschlag von 1556 wurde auch für andere Fälle angenommen; denn 1560 schickten nur die beiden Städtegruppen von Schweidnitz und Jauer ihre Gesandten an den Kaiser betr. den Beitrag zum Ankauf der Herrschaft Pardubitz. Sie entschuldigten sich aber, daß nur wegen der großen Kosten nicht jede Stadt einzeln ihre Antwort geschickt habe. Rep. 135, D 366 q, S. 105, 122, 124 f., 129. Der Ausdruck „Hinterstädte“ ebd., S. 119. <sup>2)</sup> 1560 heißt es, daß im Ober- oder Fürstenrecht die Schweidnitzer Städte 2 Jahre und die von Jauer das 3. Jahr sitzen. Rep. 135, D 366 q, S. 111. 1583 aber heißt es im Journal der schlesischen Kammer [Rep. 39, S.-J. III 33 k 42 b]: „An den hauptmann zum Jauer, ob wol wissend, dass alldasige stände privilegiret, dass sie zum oberrecht nicht abschicken dörfen, es wehre dan, dass der könig von Böhaim selbst von oberrechte zu handeln hette, so wehren doch nechstmals die von stätten, so vormals allzeit geschicket, nit erschienen, daher von fürsten und ständen beschwer erfolgte, oberambtlich ermahnende, die amtsverfügung zu thun, dass sie stätte ihre abgesandte, wie vor alters, zum oberrechte abfertigten.“ Daraufhin erschien zum Oberrecht vom Okt. 1586 als Vertreter aller Städte Magister Tobias Theodorus, Stadtschreiber zu Schweidnitz [ebda. S. 43]. 1639 mußten die Jauerschen Städte um Erhaltung ihres Beisitzes im Oberrecht mühsam supplicieren, Rep. 39, S.-J. II 9 m. <sup>3)</sup> 1565 heißt es anlässlich der Huldigung von seiten der Städte: „So sind die furstentumber durch heruathen und guthwillige ubergaben gahr viel anders, als das Glogische fürstentumb an die crohn Behmen kommen, hetten auch andere privilegia und begnadungen, als die anderen furstentumber, item ein jedere stad were mahn im lande, die stedte hetten ihre session im rechten und ihre stymme bald nach den landtenden“; Rep. 135, D 366 q, S. 226. 1574 schildern sie knapp und stolz die Entstehung von Städten und Stadtvermögen aus bürgerlicher Libertät und bürgerlichem Gemeinsinn [siehe Quellen Nr. 59, 1574 Jan. 12]. Jauer schuf sich das stolze Sprichwort: „Wer von Jauer weggeht, verdirbt, stirbt oder kommt wieder“. Über die Größe der für die zu gründenden Städte ausgesetzten Feldmark siehe eine Äußerung von 1550. Rep. 39, S.-J. II 1 b, 51. Webner vergleicht mit Recht die wirtschaftliche Stellung von Schweidnitz im Mittelalter mit der von Frankfurt a. M., Augsburg, Hamburg, Straßburg, Ulm und Magdeburg, a. a. O., S. 26 f. <sup>4)</sup> Rachfahl betont a. a. O., S. 58 mit Recht die besonders bei Breslau hervortretende Tendenz, die Ritterschaft des Fürstentums zu absorbieren und sich von einer Stadtrepublik zu einem Staatswesen aufzuschwingen. <sup>5)</sup> Vgl. über das vielfältige Schwanken der Freiheit der Ratskur von Bolkos Privileg von 1355 [Weingarten, Fasc. II 290, Schmidt I, S. 55] bis zur Einsetzung des katholischen Rats 1637 die Zusammenstellung in Rep. 135, Jau Msc. III, 618. Schmidt I, S. 30 f., 55 f., 121 f., 173 f., 266 f., 381 f. u. ö. Webner, a. a. O., S. 12, 17, 32 f., 43, 47, 49 f., 57; siehe auch Walther II, S. 485. Über den Einfluß des Landeshauptmanns auf die Wahl, siehe Schmidt I, S. 126 u. 174. Webner, a. a. O., S. 43 f., 105 f., 107, siehe auch Kaiser Josephs Resolution von 1716. Walther II, S. 485. <sup>6)</sup> Webner, a. a. O., S. 9



Die Haltung der Stadt Schweidnitz in der Pölerei<sup>1)</sup>, die protestantische Politik der Städte im Schmalkaldischen Krieg<sup>2)</sup>, die Enthauptung des Edelmanns Taussdorff zu Schweidnitz<sup>3)</sup> boten dem König zur Freude des Adels willkommene Handhaben, den Städten die freie Ratskur und die selbständige Steuerverwaltung zu nehmen oder zu beschränken<sup>4)</sup>.

Notwendig mußte diese Entwicklung den Städten die heftigsten Zusammenstöße mit dem Vertreter des Königs, dem Landeshauptmann, bringen, der schon dadurch in seinen adelsfreundlichen Neigungen bestärkt wurde<sup>5)</sup>.

<sup>1)</sup> Siehe Webner, a. a. O., S. 47 f., 77 f., 81 f., speziell über die den Zünften freundliche Haltung des Adels S. 86, 89 f., 94 f. Schmidt I, S. 250—276; siehe auch über die Vorgänge bei Wiedereinsetzung des Rats das Schreiben von 1523 Febr. 23. Stadtarch. Breslau, Polit. Korresp. und Walther II, S. 485. <sup>2)</sup> Vgl. darüber Schmidt I, S. 297 f. Rep. 135, Jau. Msc. III 618. XI, 24, 26 f. dsgl. E 15 c. Rep. 39, S.-J. II 1 b, 14 b, 16 b, 22 b, speziell 23 b, 25 f. <sup>3)</sup> Siehe Schmidt I, S. 386 ff. und Rep. 39, S.-J. II 1 c, 1. Teil 3 b f., 8 b f., 169 b f., 2. Teil, S. 12 f., 16 b f. Die betäubende Wirkung des Urteils vom 7. Juni 1575 [Rep. 6, S.-J. Nr. 5 b, Abdruck bei Schmidt I, S. 391] wurde durch den Schied zwischen Adel und Städten vom 26. Juni 1580 zu Striegau [bestätigt 1580 Okt. 10. Or. Rep. 6, S.-J. Nr. 5 k] nur gemildert, nicht aufgehoben. Das Bitt- und Entschuldigungsschreiben, das der Schweidnitzer Rat 1575 an die Landstände hatte richten müssen, kennzeichnet den dauernden Sieg des Adels [Rep. 6, S.-J. Nr. 5 p]; vgl. auch die ausführliche Schilderung des Streits bei J. Kopietz, Geschichte der deutschen Kultur und ihrer Entwicklung im Frankensteiner Lande, Breslau 1910, S. 129 f. <sup>4)</sup> Vgl. Hintze, Acta Borussica VI 1, S. 506. Als 1555 der königliche Vitztum den Auftrag erhielt, die Rechts- und Steuerverhältnisse aller königlichen Städte zu untersuchen, da beschlossen diese, „sich mit vleiss nach der stadt recht umb zu schauen und do wes vorhanden, solts ordentlich eynes nach dem andern auffz papier zu brengen“. Rep. 39, S.-J. II 1 b, fol. 127 b. Der Vitztum hatte folgende Punkte zu untersuchen: 1. Die Rechte und Stadturen bei Aussetzung der Stadt. 2. „Wie hoch die stadt gelegen mit des herren rechte“, d. h. die Pflicht zur Schoßzahlung. 3. Ob das Erbgeschoß höher geworden sei, als die Fundation der Oberrheinschule zulasse. 4. Prüfung der Geschoßregister und der sonstigen Einnahmen der Stadt. 5. Prüfung der Steuerregister. 6. Feststellung, wem die Stadt das Münzgeld gibt. 7. Desgl. betr. das Bräugel. 8. Die städtischen Urbare. 9. Die Höhe der Gebräue. 10. Der Erwerb des Pfarrlehens durch die Stadt. 11. Das Recht auf den Weinkel und andere städtische Nutzungen. 12. Die Erlaubnis zum Besitz von Landgütern. 13. Betr. etwaige Verpfändung der Stadt. 14. Betr. den Salzmarkt. 15. Reichkrame und Bauden. 16. Wage und Gewicht. 17. Krambauden. 18. Maß und Ellen. 19. Betr. die Bänke der Handwerker, ob deren nicht zu viel vorhanden sind. 20. Die Aufnahme von Adelligen ins Bürgerrecht. 21. Das städtische Recht zu Satzung von Willkühren und deren Bestätigung. 1574 gelang es dem Adel infolge der Demütigung von Schweidnitz durch den Taussdorffschen Handel die Frage der Prüfung der jährlichen Einnahmen und Ausgaben der Städte durch den Landeshauptmann und die schlesische Kammer wieder in Fluß zu bringen. Die Städte wenigstens hielten die Wiederauflaffung der Frage für das Werk des Adels, Rep. 135, D 366 q, S. 251 ff., 261—270; vgl. auf ihren Protest vom 2. Nov. 1574, Finanz-Archiv Wien, J 1/8 S. 37—41; dsgl. Rep. 135, Jau. Msc. III 157 Gutachten des Schweidnitzer Stadtschreibers Christoph Staudenhertz [Seydehertz, Rep. 39, S.-J. III 33 k, fol. 49 b] über die Abwendung dieser kaiserlichen Verordnung; vgl. ebda., Jau. Msc. III, S. 284 die Aufzählung der städtischen Beamten (1652) in Schweidnitz: Bürgermeister; Ratsältester; Schöppenmeister; Syndicus; Zinbherr; Wag- oder Schrotherr; Kellerherr; Zieglherr; Stadtschreiber; Schöppenschreiber; Kanzler; Landvogt; Stadtvogt; Registrator; 2 Gerichts-Advokaten; 6 Schöppen. <sup>5)</sup> Bezeichnend ist z. B. die Äußerung des Hauptmanns von Logau von 1555: „es würde nicht besser, er müste einmal ein par stadtschreiber in den torn werfen“. Rep. 39, S.-J. II 1 b, fol. 186 b. Besonders richtete sich der Zorn Logaus gegen den Löwenberger Stadtschreiber Reißner [vgl. über diesen Schles. Geschichtsblätter, Mitt. d. V. f. Gesch. Schles. 1908, S. 11]. Er nennt ihn „diesen arg sinnigen man“, durch den, seit er zu „Lemberg stadtschreiber“ geworden sei, viel mehr Klagen, denn je zuvor, an das Amt gelangt seien. Die Städte aber fühlten sich im Namen aller ihrer Stadtschreiber beleidigt und beschwerten sich über den Hauptmann beim Kaiser: „So hot er doch furnemlich den nechst ersten tag Augustij, als er dieser seiner tagfahrt oder furbescheids und sonst keyner andern ursach halben das landt vorboten gehabt, zum Jaur ym kloster ym beysein aller derer vom landt und stedten mit vast hefftigen und zornigen gemuthe vil beschwerlicher redden ausgeschüttet, ungefehrlich auf diese meynung, es understunden sich die stadtschreiber ohn vorwissen ihrer burgermeister und rathe ihnen bey eu. Roem. kön. mt. mit ungrunde anzugeben, alleine dass sie ym lande umb zu zihen und den stedten ihr geld unnutzlich zu vorzeren haben mugen. Item sie vorhetzten und vormengten land und stedte yn

Eine vermittelnde Stellung nahm das Königtum in dem tiefgreifenden Zwist zwischen Land und Städten, vor allem in dem großen Urbarenstreit ein<sup>1)</sup>. Es mußte sich hüten, durch zu einseitige Bevorzugung des Adels den Städten, seinen reichsten Steuerquellen, unabsehbaren wirtschaftlichen Schaden zuzufügen. Wie die Städte schon in früherer Zeit ihre Privilegien und ihre Urbaren-Rechte durch Geld geschützt hatten<sup>2)</sup>, so gelang es ihnen auch jetzt, wenigstens rechtlich ihren Besitz zu behaupten<sup>3)</sup>. Der Strom des Lebens, der mit dem Übergang der Natural- zur Geldwirtschaft überall in Schlesien eine tiefe Kluft im Wirtschaftsleben zwischen Adel und Städten geschaffen hatte, ließ sich aber durch papierene Entscheidungen nicht hemmen. Der Adel machte immer wieder Anspruch auf die Urbare, er bemächtigte sich der rings um die Städte aufblühenden Industrien<sup>4)</sup>, gründete Märkte<sup>5)</sup>, bedrängte die Städte in ihrem Besitz an Rittergütern, in ihren

einander, machten yme ym ampte irrungen, konden haubter zu brechen, aber nicht wider bauen, sie schuben den karn yn kott, konten yn aber nicht widder heraus heben, mit vermeldunge, dass er yn gedreuhet, yn die thorne zu werfen . . . , welche beschwerliche und bedreuliche reden uns . . . , besondern auch . . . hohest kommerlich und schmerzlich fugefallen seindt, das sie yhn beysein des adels und anderer person dermossen vorletzlichen angetzogen und geruret haben sollen werden<sup>6)</sup>, siehe Rep. 39, S.-J. II 1 b, fol. 183 ff., 186 b, 190 b, 207 b f. Die Landschaft aber, so heißt es Bl. 212 b, habe an diesem Streit zwischen Hauptmann und Städten „ein sonderliche lust und wolgefallen getragen.“ Zwar wehrte Logau sich gegen den Verdacht, als ob er für den Adel Partei ergreife, „das sie [die städte] mich zu vleis und schimpf dem k. ampt des lands patron und syndicum nennen, darynnen sie mir doch unrecht thun, weil das landt mich mit den stedten vordocht gehalten, wie öffentlich und notoriüs“, [ebenda S. 237 b]. Doch findet sich an der gleichen Stelle eine lebhaft Bitte Logaus für den Adel, und auch später fühlen sich die Städte zurückgesetzt. 1579 Sept. 18 klagen sie gegen den Adel beim Oberhauptmann Bischof Martin Gerstmann, „weil wir die sachen an den herrn hauptman dieser furstenthumber, so selbst mit ein landtstandt, sicher nicht wol bringen durffen“. Finanz-Archiv Wien S VI/7, S. 9—10.

<sup>1)</sup> Den besten Einblick in die Gegensätze zwischen Städten und Adel gewährt der Vertrag von 1545 Nov. 23 und Dez. 14, der 1546 Jan. 1 [siehe Quelle Nr. 34] vom König bestätigt wurde; vgl. Schmidt I, S. 338 f.; Fischer, Jauer II, S. 65; Kries a. a. O., S. 68, Anm. 6; Grotefend, die Urbarenstreitigkeiten etc., Zeitschr. X, S. 294 ff. Über die städtischen Privilegien vgl. Rep. 135, D 343, S. 1—270; dsgl. Jau. Msc. Fol. 67, S. 300, Rep. 39, S.-J. II 7 g; ferner die Handschrift D, 78 im Archiv zu Fürstenstein „Entwurf einer gründlichen Geschichte von denjenigen Streitigkeiten, welche zwischen Land und Städten in Fürstenthümern S.-J. wegen der Obergerichte, Landvoigtey, Urbaren und was deme mehr anhängig gewesen, bis 1740 geführt worden.“ <sup>2)</sup> 1479 verpflichten sich die Städte für die kön. Bestätigung ihrer Urbaren und Meilenrechte zur Zahlung eines Biergeldes, Schmidt I, S. 233; Kronthal und Wendt, Script. XIV (Corvinus), S. 89, 113. Den darauf neu entflammten Zwist zwischen Städten und Mannschaft entschied Georg v. Stein 1487 Jan. 22 im Sinne der Städte, weil sie das Biergeld gaben. Schmidt I, S. 234 f. 1560 bewilligten die Städte dem Kaiser ein Hilfgeld von 3000 Thlr. für den Ankauf der Herrschaft Pardubitz in Böhmen für den Fall, daß der Kaiser ihre Ubarstreitigkeiten mit dem Adel schlichte, „damitte das land land, die stedte stedte sein“. Rep. 135, D 366 q, S. 91 ff., 103, 118—130. <sup>3)</sup> Vgl. die Urteilsprüche Ferdinands III. vom Jahre 1626 ab betr. Landvogtei, Obergerichte, Stadtbare, Mälzen, Brauen, Schenken, Zuschütten, Handwerker, Salz- und andere Märkte. Rep. 135, D 343, S. 25 b ff., D 347, fol. 103 ff., siehe auch D 366 q, 211 ff. [1548]. Der Adel wollte die Meile von dem Punkte ab messen lassen, „do die administracion geschicht“, also vom Rathause „und nicht von dem zaun oder dorff fride“. Rep. 39, S. J. II 1 a, fol. 333 a. Mit den Urteilsprüchen seit 1626 war der Streit nicht beigelegt; er ist noch durch das ganze 17. Jahrhundert zu verfolgen und lebte fort bis an die Schwelle der modernen Zeit, vgl. 1652: Rep. 39, S.-J. II 1 i, 214 b f. sowie Walther II, S. 479 (1659), S. 482 (1681) und 487 (1687). <sup>4)</sup> Das von Zickursch in seinem Buche: Das Ergebnis der friderizianischen Städteverwaltung und die Städteordnung Steins (Jena 1908) mit Recht festgestellte Vordringen des Adels in der Industrie hat schon viel früher begonnen; vgl. meinen Aufsatz: Zunftzwang und Industrie im Kreise Reichenbach, Zeitschr. 43, S. 98 ff. und folgende S., Anm. 4. <sup>5)</sup> 1570 supplicieren die Städte an Bischof Balthasar um Interzession beim Kaiser wegen der bei so teuren Zeiten sehr fühlbaren Schädigung der städtischen Wochenmärkte durch den Verkauf von Getreide und Fischen auf dem Lande in herrschaftlichen Dörfern. Das dem Kaiser bewilligte Scheffelgeld auf Getreide von 100000 Th. würde nur richtig erhoben werden können, wenn die Märkte auf den



Stenerordnungen<sup>1)</sup>. Neben den wirtschaftlichen Gegensatz trat in immer schärferer Ausbildung der soziale. Der Ritter, der zu stolz war, sich neben den früheren Schuster auf die Ratsbank zu setzen<sup>2)</sup>, konnte nicht dulden, daß er von demselben Schuster und dessen Genossen, den Krämern, wegen adeliger Verfehlungen in der Stadt abgeurteilt wurde<sup>3)</sup>. Die Uneinigkeit der Städte, die Entziehung der landesherrlichen Gnade und das wirtschaftliche Abflauen im 16. Jahrhundert, zu guterletzt die wirtschaftlich und geistig erschütternde Wirkung des dreißigjährigen Krieges und der ihm folgenden Rekatholisierungsbestrebungen<sup>4)</sup> haben den Vorsprung, den der Adel auf politischem Gebiet errungen hatte, vergrößert und auf lange hinaus festgelegt. Die Folgen dieser Entwicklung für die soziale Wertschätzung hat das erwerbende Bürgertum in Schlesien ebenfalls erst spät verwunden.

Was den Adel betrifft, so war ihm als politischer Körperschaft die tiefe Spaltung seit dem 16. Jahrhundert selbst häufig bedenklich. Zahlreiche warnende Stimmen haben sich erhoben, die die Gemeinsamkeit der politischen und religiösen Interessen von Adel und Städten gegenüber dem Landesherrn betonten, aber vergeblich<sup>5)</sup>. Der absolute Landesherr wurde in Schweidnitz-Jauer, einer Hochburg des Ständetums, überraschend leicht der Herr der Lage<sup>6)</sup>.

### Der Bauernstand.

Ständische Bewegungen sind die Folge einer in möglichst vielen Angehörigen eines Standes erwachenden Erkenntnis von der Gemeinsamkeit sozialer, wirtschaftlicher und politischer Ziele. Unter diesem Gesichtspunkte erscheinen die revolutionären Bewegungen in der Bauernschaft von

Dörfen verboten würden. K. Statthalterei-Archiv Prag, Abteilung Schlesien, Fasc. 124, Wochenmärkte von Schweidnitz-Jauer.

<sup>1)</sup> Trotz des den Städten ausdrücklich erteilten Privilegs, daß ihre Landgüter mit der Stadt steuern sollten, setzte der Adel durch, daß diese Güter mit dem Lande steuerten. <sup>2)</sup> Nach dem großen Schied vom 19. Jan. 1510 [Rep. 135, D 377 b, S. 112—168] durfte kein Ritter ohne der Städte Willen ein städtisches Amt bekleiden. 1594 war er zu stolz dazu, weil im Rate der Städte „zum oftern gewesne schuster, schneider und andere handwergsleute“ seien. Fü 236, 4, S. 971. Zur Zeit der Enthauptung Tausdorffs war der Gegensatz auf dem Höhepunkte: der Prädikant zu U. L. Fr. zu Schweidnitz schalt die vom Lande „Pluthund und meuchelmörder“. Rep. 39, S.-J. III 33 k, S. 16. <sup>3)</sup> Vgl. das Privileg der Stadt Schweidnitz von 1281 Juli 6, Reg. 1665; Tzschoppe und Stenzel, S. 213 f., 397; Stenzel, Gesch. Schles., S. 226, 273. Vgl. desgl. den Schied von 1546 [Quellen Nr. 34]. Beispiele für die dauernden Reibereien zwischen Adeligen und Städten siehe bei J. Filla, Chronik der Stadt Striegau 1889, S. 173 ff. <sup>4)</sup> Vgl. über den Niedergang der Städte Czepkos Angaben v. 1650 Febr. 12 [Quellen Nr. 111] u. J. Krebs i. d. Zeitschr. XIV, S. 1 ff. 1626 hatte Löwenberg noch 271 angesessene kriegstaugliche Bürger [Stadtarchiv Schweidnitz II 34 Nr. 21], von denen der 10. Mann persönlich auszog. 1633 soll in den Städten [nach Fü 238, 1, S. 417, 439] nicht der 20., ja 100. Teil der Menschen übrig gewesen sein. 1641 gibt der Hauptmann an, nicht der 10. Teil sei übrig; Löwenberg und Bunzlau rebellierten, Fü 238, 2, S. 505. 1648 Aug. 15 [Fü 238, 2, S. 722 f.] schreibt der Schweidnitzer Magistrat, die vornehmsten Merkaniten und Handlungen, nämlich mit Leinen, Schleien, französischen und spanischen Tuchen, Weinen und Seidenwaren seien aus den Weichbildstädten in die Landstädte und Dörfer gezogen worden. <sup>5)</sup> Z. B. bittet der Adel 1543 April 19 den König um die Schlichtung des Streits mit den Städten, „damit wir, als in diesen königlichen furstenthomben mit einander besessen und wonhaftig, auch wie unsere vorfarn mit einander in guter nachparschaft sein und bleiben mochten“ Rep. 39, S.-J. II 1 a, f. 94 b. <sup>6)</sup> Vgl. das Urteil in Kgl. St.-A. Rep. 135, E, 97, f. 2—3: „Nachdeme hat man sich bemühet, wie man land und städte von einander trennen und uneins machen könnte, damit eines dem andern weder mit rath und that behülflich wäre, auf dass sie hernach die städte mit list überfallen u. mit kriegsgewalt zur päpstischen abgötterey zwingen möchten . . .“. Darum habe man die vor 50 oder 60 Jahren bei Hof zwar anhängig gemachten, aber nicht erörterten Urbariensachen nunmehr hervorgeholt und „bey denen von adel nichts als eitel groll und widerwillen auf die städte dadurch zugerichtet“.

Schweidnitz-Jauer und in deren Nachbarschaft als eine gemeinständische Bewegung, deren wirtschaftlicher und religiöser Charakter bei äußeren Erfolgen zweifellos auch zu politischen Ergebnissen geführt haben würde. Demnach gehören diese Bewegungen als Anläufe zu einer politischen Organisation auch in den Rahmen einer ständischen Verfassungsgeschichte. Nicht umsonst betonen die Landstände im 16. und 17. Jahrhundert immer wieder die *coniuratio*, das geschlossene Vorgehen der Massen<sup>1)</sup>.

Eine ausgiebige Berücksichtigung der eigenen Interessen innerhalb des Staatsverbandes, wie sie der Adel mit weiser Verwertung seiner militärischen und politischen Stellung, der Städter mit weiser Verwendung des Goldes vom Landesherrn erzwungen hatten, schwebte schließlich auch dem armen Bauern als Ziel vor. Aber sein Hilfsmittel war allein die disziplinlose Kraft der Massen, und dies Mittel war im Kampf gegen Organisationen schon damals veraltet. In Schlesien, wie mit wenigen Ausnahmen in ganz Deutschland, hat der Bauernstand sich keinen Platz in der landständischen Verfassung erobert.

Die Fronen und Lasten, die schon seit der Kolonisationszeit auch auf den deutschen Bauern gelegen hatten<sup>2)</sup>, aber noch im 14. Jahrhundert ohne Zweifel wenig drückend gewesen waren, wuchsen im 15. Jahrhundert seit den Hussitenkriegen in bedrohlichem Maße an<sup>3)</sup>. Mehrere Umstände erweckten besondere Erbitterung, die widerrechtliche Verallgemeinerung der Laudemienzahlung, die Verschärfung der persönlichen Unfreiheit, die Verschlechterung des Besitzrechtes und vor allem die Vermehrung der Frondienste<sup>4)</sup>. Die Folge des im 16. Jahrhundert gewaltig angewachsenen Bauernlegens<sup>5)</sup> war die, daß der Gutsherr Arbeiter zur Beackerung seiner neuen Ländereien brauchte. Diese Arbeit wurde durch Vermehrung der bäuerlichen Frondienste geleistet. In Schweidnitz-Jauer war das Bauernlegen in der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts ohne Zweifel nichts Ungewöhnliches<sup>6)</sup>; denn die Stände regelten 1583 in einer Ordnung über die ausgekauften

<sup>1)</sup> A. Kern, Schles. Bauernunruhen 1527/28. Schles. Geschichtsbl. 1909, Nr. 2, S. 27 u. 28; G. Schönaich, Die alte Fürstentumshauptstadt Jauer (1903), S. 120; Fü 236, 3, S. 473, 647, (1589) 721. <sup>2)</sup> Müncheberg, Beiträge zur Geschichte der bäuerlichen Lasten in Mittelschlesien, Diss. Breslau 1901, S. 30 ff. 1374 April 10 bestätigt Herzogin Agnes, daß Linus Probsthain sein Gut Wirhsdorf [Würgsdorf] im Weichbilde Bolkenhain an Nickel Frisse verkauft hat. Der Besitzer des Vorwerkes muß der Herzogin „alle jahr uff S. Michaelis tag mit einem hofetage, das eines fiedrungs grosschen wert ist, zue einem zeichen der lehen davon dienen“. Universitätsbibl. Breslau, Hss. Schles. Gesch. IV, Fol. 169.

<sup>3)</sup> Müncheberg, S. 36. Opitz, die Arten des Rustikalbesitzes, S. 19 f. 24, 50 f. <sup>4)</sup> Opitz a. a. O. S. 59, 356—359. Müncheberg, S. 54—66. <sup>5)</sup> Über Bauernlegen in älterer Zeit vgl. Tzschoppe und Stenzel, S. 55 f. Das seit den Hussitenkriegen im Fortschreiten begriffene Bauernlegen gewann im 16. Jahrhundert seine Ausdehnung durch königliche Genehmigung, Müncheberg, S. 65 f. Opitz, S. 19 f., 24, 50 f. Vgl. auch über Bauernaussaufen auf den geistlichen Gütern (1572) Rep. 13. A. A. III 23 g, 208 b., Rep. 135, Jau. Msc. II 981. Einzelne Fälle: 1587 Jan. 24, George Sack zu Jackschenau berichtet über einen Streit mit seinen Bauern wegen eines „zu mir gezogenen paurgudts“, es sei aber eine Schölzerei d. h. ein Freigut gewesen. Rep. 47, Pers. Sack, am Schluß; siehe auch den Kaufpreis über Ober-Harpersdorf 1606 Juli. Rep. 201 b, Reg. Liegnitz, Alte Akten Acc. 1/08, Nr. 193. Siehe auch Neues Lausitzisches Magazin Bd. 72, S. 99 und Franz Jensch, die rechtsgeschichtliche Entwicklung der Landgemeinden und Gutsbezirke in den östlichen Provinzen der preußischen Monarchie bis 1800. Inaug.-Diss. Breslau 1907.

<sup>6)</sup> Schon das Privileg König Wladislaws von 1511 Dienstag nach Palmarum [April 15], gedruckt bei Schickfus III, S. 397 f., über die Vererbungsfähigkeit der adeligen Güter soll bewirkt haben, daß viele Güter „sub pretextu“ dieses Privilegs aus Bauerngütern geschaffen wurden, vgl. Rep. 39, S.-J. II 12 i vol. III 71 b. Die kaiserlichen Nachforschungen nach „viel städtlich paarlehen, so vor jarnn die pinckelschutzen [s. Sachregister] genent worden, deren yhr mtt. bissher nichts genossen“, waren darum vergeblich, weil die Güter in den Besitz des Adels gekommen waren. [1586 Juli 7. Finanz-Arch. Wien J 1/8, S. 170 f.]



Bauerngüter deren Vererbungsfähigkeit<sup>1)</sup>. Sie erreichten es auch, daß Kaiser Rudolf II am 14. April 1587 ihre Ordnung zur Stärkung der ritterlichen Wirtschaft bestätigte<sup>2)</sup>, so daß die ausgekauften Bauerngüter, wenn nicht testamentarische Verfügungen dem entgegenstanden, als Bestandteil des Rittergutes, und zwar nur im Mannesstamm, mitvererbt werden durften. Im 17. Jahrhundert kamen aber die Stände zu der Einsicht, daß das Bauernlegen ihre eigene Steuerkraft vermindere<sup>3)</sup>, wie auch außerdem die Bauernpolitik der Erbfürstentümer Schlesiens deren Ritterschaft in einen schlechten Ruf brachte<sup>4)</sup>.

Es ist daher nicht zu verwundern, daß das 16. Jahrhundert das Jahrhundert der Bauernaufstände wurde. Aus dem 15. Jahrhundert ist leider allzuwenig historisches Material über diese Frage zu ermitteln; aber wenn dieser Zeit auch durchaus nicht der innere Grund zu Bauernaufständen fehlte, so fehlte ihr doch der äußere Anlaß, und diesen bot ohne Zweifel die religiöse Erregung der Reformationszeit, das auch im Bauern erwachende Selbstbewußtsein. Bei den Aufständen von 1587—1589 und 1618 liegen religiöse Erregungszustände der Bevölkerung klar zu Tage.

Der Peterwitzer Aufstand<sup>5)</sup> von 1527 war, wie der gleichzeitige Bauernaufbruch in der benachbarten Oberlausitz<sup>6)</sup>, eine Nebenerscheinung des großen deutschen Bauernkrieges. Doch der Geist des Aufstandes blieb fruchtbar. Der Bauernstolz wuchs auch im Schlesierlande, das beweisen die Prahlerereien des Bauern zu Namslau, daß er drei Beete eines Gewendes lang mit eitel Gulden besäen könnte<sup>7)</sup>, die Heiraten von Bauern und adeligen Damen<sup>8)</sup> sowie die Ankäufe von Rittergütern durch Bauern<sup>9)</sup>. Umso schmerzlicher wurde die planmäßige Unterdrückung durch den Adel von den Bauern empfunden<sup>10)</sup>. 1579 brach eine Bauernrebellion zu Schmiedeberg aus<sup>11)</sup>, und seit 1584 bemächtigte sich besonders der Weichbilder Löwenberg und Hirschberg eine von religiöser Erregung getragene Unruhe, die zu dem nicht unbedenklichen Ausbruch von 1587—1589 führte. Wanderprediger durchzogen schürend das Land, und aus ihren Predigten sind uns noch

<sup>1)</sup> Vgl. die Beratung vom 10. April 1583, Rep. 39, S.-J. II 1 c., 2. Teil 32 b f., Fü 236, 6, S. 40. Die Ordnung ist gedruckt bei Schickfus III, S. 401 f. <sup>2)</sup> Schickfus III, S. 401; Walther Bd. II, 476; Original Rep. 6, S.-J. Nr. 1 w.

<sup>3)</sup> Vielleicht gab deshalb 1619 Juni 21 Adam von Tschirschky auf Arnsdorf im Fürstentum Schweidnitz an: „Von pauren, Joachim Tschirschke, mein sohn, welcher seine zwei pauer gutter als ein erbpauer besiez“ [Stadtarch. Breslau, Hs. B 50, 1, Bl. 14]. Die Handschriften über die Musterung von 1619 sind sehr lehrreich für die Zahl der vorhandenen und waffenfähigen Bauern und Handwerker. Mit Bauernbesitz wurden die jüngeren Söhne des Adels versorgt, aber diese ruhten nicht, bis der Besitz ritterliche Rechte erhielt. Neben der größeren Steuerlast kam besonders die Einquartierungslast den Ständen teuer zu stehen. Fehlte der Bauernbesitz, so mußten die Herrschaften die Einquartierung übernehmen. Vgl. die Stellung der Stände in der Halbendorfer Frage, S. 62, Anm. 1 und 2, sowie Quellen Nr. 128, 1686 Gravamen 19. <sup>4)</sup> Die Schlesische Fürstenkrone S. 726 urteilt, das Ökonomie- und Zinswesen der Erb-Untertanen stände bei den fürstlichen Kammergütern in weit besserem Stande, „als unter dem Adel in den Erb- Fürstenthümern und kann ein Reisender bald erkennen aus denen wol erbauten grossen Dorfschaften, welches ein fürstliches Kammer- oder adeliches Gut sey“.

<sup>5)</sup> Noch in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts hießen in der Umgegend von Jauer Messer ohne Spitze „Peterwitzer Messer“; vgl. Kgl. St.-A., D a VIII. Jau. Landschaft, und über dieselbe Art der Strafe Sinapius, Schles. Kuriositäten, II 1099. <sup>6)</sup> In Görlitz, Neues Lausitzisches Magazin Bd. 35, S. 340. <sup>7)</sup> Es war ein Bauer zu Hennersdorf bei Namslau, vgl. polit. Korresp. im Stadtarch. Breslau ca. 1536—1546, Schreiben von Melcher Behem, Amtmann des Burglehens Namslau. <sup>8)</sup> Wattenbach in den Neuen schles. Provinzialblättern, Bd. 1 (Glogau 1862) S. 436 aus dem Jahre 1553; vgl. desgl. über Beratungen in Schweidnitz-Jauer 1581: Rep. 39, S.-J. II 1 c., 2. Teil, S. 34 a, 110 f. <sup>9)</sup> Siehe speziell den Fall von Christoph Jungenitsch, Rep. 39, S.-J. III 33 k, 33 b, sowie Fü 236, 4. S. 605 u. 842, desgl. Fü 236, 8, S. 1141.

<sup>10)</sup> Vgl. auch das Jagd-, Stellwerk- und Fischereiverbot des Adels für alle Untertanen 1550. Rep. 39, S.-J. II 1 b, fol. 42 a. <sup>11)</sup> Rep. 39, S.-J. II 1 c, 158.

phantastische Traumbilder überliefert, von dem gewaltigen Baume, der mit weltlichem, hoffärtigem Tand überladen, langsam in der Hölle versinkt, und von der höllischen Leithundemeute, die aus Pfaffen, Rittersn, Schreibern und Spielleuten besteht<sup>1)</sup>. Die Fürstentümer Schweidnitz-Jauer und Liegnitz im besondern wurden von einem predigenden Schäfer aufgeregt, der zu Braunau bei Löwenberg vor 500 Hörern predigte und in Löwenberg gefangen genommen wurde<sup>2)</sup>. Der geistige Leiter der Bewegung war Martin Brendel, der alte Pfänder zu Goldberg, ohne Zweifel eine nicht unbedeutende Persönlichkeit, ein sozialer Reformator, der seine Anhänger sogar als Rechtsbeistand vor den Gerichten verteidigte<sup>3)</sup>. Zu den ersten Dörfern, die sich empörten, gehörte Polnisch-Hundorf im Kreise Schönau, und zwar verweigerten dort 5 Bauern und 5 Gärtner dem Melchior v. Lest auf Holstein und Braunau die Erbhuldigung, weil er sie gegen ihren Willen dem Kloster Leubus abgekauft hatte<sup>4)</sup>. Gleichzeitig aber flammte der Aufruhr auf in Berthelsdorf im Kreise Hirschberg, zu Matzdorf, Spiller und Johnsdorf im Kreise Löwenberg, zu Seichau im Kreise Jauer, zu Lang-Neundorf im Kreise Löwenberg und in der Schaffgotsch'schen Herrschaft Kemnitz<sup>5)</sup>. Anfangs zogen nur einzelne Bauerngruppen mit gewappneter Hand zu 60 und 70 Personen vor die herrschaftlichen Rittersitze, forderten die Besitzer heraus und drohten ihnen mit Todschat und Brand. Als sich aber die Empörung, wie es heißt, auf mehr als 50 Dörfer ausdehnte<sup>6)</sup>, rotteten sich die Bauern zu 500 oder 1000 Personen zusammen. Die Stände stellten den Haufen die Gensdarmerietruppe der Einspännigen sowie 50 geworbene Schützen und Knechte entgegen, aber die Söldner zogen sich zurück, wenn die Bauern in der Übermacht waren, und die Bauern zeigten einander durch Wachen und Glockenläuten den Anmarsch der Truppe an und flohen auf die Berge und in die Wälder, wenn sie sich nicht stark genug fühlten. Diese Zusammenrottungen fanden in den ersten Monaten des Jahres 1589 statt. Mit einem allgemeinen Aufstand drohten die Bauern, sobald der „Pusch“, der Wald, grünen würde und sie darin sich anhalten könnten, „es sey itzt am letzten vittel mit den edelleuten, es müsse beugen oder brechen“<sup>7)</sup>. Der ganze Aufstand hatte sich nur deshalb so ausdehnen können, weil der Landeshauptmann der Fürstentümer grade damals in heftigem Streit mit der Ritterschaft lag; seine Schuldenlast hatte ihm alle Autorität geraubt<sup>8)</sup>. Gedrängt durch die Ritterschaft und den Kaiser, sowie unterstützt von den schlesischen Ständen, vermochte er bald den Aufstand niederzuschlagen, den er selbst als garnicht so bedeutend hinzustellen wußte<sup>9)</sup>. Eine kaiserliche Kommission<sup>10)</sup> verglich die streitenden Herrschaften und Unter-

<sup>1)</sup> Schickfus I, S. 237. Korrespondenzblatt des Vereins für Geschichte der evang. Kirche Schlesiens III, S. 48 u. 51, IV, S. 81 f. u. Rep. 13, A A X 7 c. <sup>2)</sup> Rep. 13, A A III 6 e, S. 361 (1584). Nach Schickfus I, S. 237 hieß der Schäfer Antonius; siehe auch Fü 236, 2, S. 617, 620, 622. <sup>3)</sup> Fü 236, 3, S. 412, 564, 568, 712, Quellen Nr. 70 [1589 April 24]. Er prokurierte während des Aufstandes für seine Bauern in Prag und noch nach dem Aufstande beim Hofgericht zu Löwenberg, zum Zorn des Adels. [Fü 236, 4, S. 587.] <sup>4)</sup> Fü 236, 3, S. 28 f., 73 f., 234 f., 372 f., 392 f., 399 f., 658. <sup>5)</sup> Siehe das Material in Fü 236, 2, S. 385 (Instruktion zum Fürstentag 1587 Febr. 13) 593, 617, 620, 622. Fü. 236, 3, S. 28 f., 73 f., 234 f., 236, 253, 372 f., 392 f., 399 f., 410 ff., 426 f., 428, 438, 450 f., 466, 472 ff., 523, 527, 544 f., 549 f., 564, 568, 591, 621, 645 f., 658, 668 f., 670, 677, 709, 712, 715, 718, 721, 820, 873 ff., 911. Rep. 39, S.-J. II 19 i. Rep. 13 A A III 6 e, 662, 664; siehe auch Quellen Nr. 69 [1588 Nov. 2]; Quellen Nr. 70 [1589 April 24]. <sup>6)</sup> Fü 236, 3, S. 473. <sup>7)</sup> Ebda. S. 650. <sup>8)</sup> Fü 236, 3, S. 474. <sup>9)</sup> Ebda., S. 523. <sup>10)</sup> Ebda. S. 873 ff., 911. Der 1589 Juli 10 verordneten Kommission gehörten an der Oberlandeshauptmann Bischof Andreas von Breslau, Herzog Karl von Münsterberg-Öls, Seyfried von Promnitz, Freiherr zu Pless, auf Sohrau, Triebel und Hoyerswerda als kaiserliche Räte, der Landeshauptmann und das Gericht



tanen miteinander. Die Untertanen mußten ihren Herrschaften öffentlich zu Jauer vor dem Kloster unter freiem Himmel Fußfall und Abbitte ihrer Rebellion und ihres Ungehorsams leisten und neue Erbhuldigung tun. Den Herrschaften aber wurde in Erinnerung gebracht, und das ist bezeichnend für die Ursache des Kampfs, „sich entgegen widerumb auch als cristliche obrigkeit zu ertzaigen und die underthanen uber daß, so sie von alters zu thun schuldig, mit neuen dinsten, roboten und anderer beschwerung nicht zu belegen<sup>1)</sup>“.

Wie nahe der Landschaft der Aufruhr gegangen war, zeigt sich aus ihrer Warnung an die Brüder Wolf Ulrich und Daniel Schaffgotsch von Kynast auf Boberstein, als sie ihrem Vetter, dem Kanzler Christoph Gotsch, die von Hans Ulrich Schaffgotsch ererbten Dorfschaften der Herrschaft Kynast streitig machen wollten und die Verwüstung der Wälder durch die Untertanen zuließen<sup>2)</sup>. Auch nach dem großen Aufstand schwelte das Feuer bäuerlichen Trotzes weiter. 1609<sup>3)</sup> beraten die Stände darüber, ob es den Bauern zuzulassen sei, sich von ihren Diensten und Hofarbeiten bei den Herrschaften loszukaufen und unter den Schutz des Amts zu stellen. Zu Ullersdorf, Kreis Bunzlau, und Baritsch, Kr. Jauer, sowie an andern Orten sei es geschehen, und zu Poischwitz versuchten es die Bauern auch<sup>4)</sup>. In demselben Jahre verweigerten zwei Untertanen des Heinrich von Peterswaldau zu Gröditz<sup>5)</sup> den Gehorsam. 1616<sup>6)</sup> wird beschlossen, den Bauern die Röhre (Gewehre) abzunehmen, und die Furcht war berechtigt. Der Ausbruch des großen Krieges 1618 entflammte die Gemüter von neuem. Im August 1620 heißt es<sup>7)</sup>, die Bauerschaften in den Weichbildern Löwenberg und Bunzlau seien „mehrentils“ zu öffentlicher Rebellion aufgestanden und hätten „seditiones“ und „coniurationes“ gegen ihre Herrschaften geschlossen. Der Abt von Grüssau wurde am 29. Dezember 1620<sup>8)</sup> von seinen Untertanen im Stiftsstädtel Schömburg erschossen, eine Tat, die bei der Nachbarschaft von Braunau<sup>9)</sup>, der Wiege des böhmischen Aufstandes, gewiß zum Teil auf religiöse Motive zurückzuführen ist. Melchior von Dahmb auf Alten-Öls<sup>10)</sup> wurde von seinen Bauern ermordet, und so wurde der Entschluß, drei Kompagnien zu Roß und drei Fähnlein Knechte gegen die Bauern aufzubieten<sup>11)</sup>, zu einer Notwendigkeit. Noch 1622 werden rebellische Untertanen Abrahams von Lest erwähnt<sup>12)</sup>. Die Not des Krieges und die dauernde Überschwemmung der Fürstentümer mit Heeresmassen erstickten die Anfänge der Empörung. Dafür lehrte der Krieg die Bauern, sich dem Druck in der Heimat durch die Flucht zu entziehen. 1648<sup>13)</sup> klagen die

von Land und Städten der Fürstentümer. [Allg. Arch. d. Inn. Wien. Schles. VI B 1 K. 1548 fol. 106 ff.] Zu dem Kommissionstage selbst in Jauer vom 30. Okt. 1589 erschienen aber nur die Vertreter der Kommissare. Vernommen wurden der Landeskanzler Christoph Schaffgotsch mit seinen Untertanen von Kemnitz und Spiller, Hans von Spiller mit denen von Matzdorf, Spiller und Johnsdorf, Siegmund von Mausewitz mit denen von Langneundorf, Frau von Zedlitz mit denen zu Bertelsdorf und die Besitzerin von Kroischwitz mit denen von Giersdorf [Fü 236, 3, S. 911].

<sup>1)</sup> Ebda. <sup>2)</sup> Fü 236, 4, S. 8 f., 20 f., siehe auch ebda., S. 29 f. [1590 März 12] das drohende Schreiben der Stände an die acht zum Hause Kynast gehörigen Dorfschaften Hermsdorf, Herischdorf (?), Petersdorf, Schreiberhau, Seiffershau, Wernersdorf, Krummenau und Gotschendorf; sie berichteten sogar darüber an den Kaiser, S. 47 ff., 122 ff., 188 f. <sup>3)</sup> Fü 236, 7, S. 183. <sup>4)</sup> Ebda. S. 437. <sup>5)</sup> Ebda. S. 192. <sup>6)</sup> Ebda. S. 1278. <sup>7)</sup> Fü 236, 8, S. 446, 448 f., 452, 547. <sup>8)</sup> Ebda. S. 557. Die Tat wird im Zusammenhang mit dem Bauernaufuhr erzählt. Sie war bezeichnend für die nach Schlesien übergreifende Erregung des Volks. <sup>9)</sup> Braunau ist etwa 20 km entfernt. <sup>10)</sup> Fü 236, 8, S. 611, 643. <sup>11)</sup> Ebda. S. 446 f. <sup>12)</sup> Ebda. S. 865. S. 446 werden noch die Stanowitzer Rebellen Christophs von Zirn genannt. <sup>13)</sup> Fü 238, 6 S. 103 f. 1619 hatte es in den Fürstentümern 652 Dörfer gegeben

Stände, daß die Untertanen aller Orten sich mutwillig erwiesen und sich dahin verließen, wo sie sich von den Hofdiensten und Roboten befreien könnten. Ja, es gäbe leichte Vögel, die gegen ein gewisses Geld, das sie für jede gewonnene Person erhielten, ledige Burschen, aber auch angesessene Männer und Frauen, in andere Länder verführten. Hierdurch würde das Land so entvölkert, daß man nur mit sehr hohen Unkosten und Überkaufung an Lohn Arbeiter zur Bestellung der Landwirtschaften erhalten könne, „da insonderheit an vielen Orten das seen ins lohn sehr gebräuchlich wirdt.“ Die Folge der Bauernflucht war aber schließlich nur die, daß die Herrschaften das wüste Bauernland einzogen und mit dem Wachsen des Dominiallandes auch die Frondienste steigerten<sup>1)</sup>. Zum Teil allerdings wurde, gewiß häufig wegen der Arbeiternot, aber auch auf Drängen der Landschaft<sup>2)</sup>, das eingezogene Land zu neuen zinspflichtigen Bauern- und Gärtnerstellen, den sog. „eingekauften Stellen“, wieder ausgetan. Vergeblich suchte sich der Bauernstand durch einzelne Empörungsversuche eine bessere Lage zu erkämpfen. Der Aufstand zu Konradswaldau 1653<sup>3)</sup> und der Ungehorsam der Gellhorn'schen Untertanen 1667<sup>4)</sup> fanden keine allgemeine Nachahmung. Zum zweiten Male waren es böhmische Revolten<sup>5)</sup>, die 1680, wie in der Grafschaft Glatz<sup>6)</sup>, so auch in Schweidnitz-Jauer einen größeren Bauernaufstand aufkommen ließen. Die Rebellion<sup>7)</sup>, die zu Ober-

[siehe Quellen Nr. 85]. 1650 gibt Czepko die Zahl von 657 Dörfern an [siehe Quellen Nr. 111], von denen 242 „non entia“ d. h. wüst seien. 1650 Januar 6 waren auf der engen Zusammenkunft 189 wüste Dörfer gezählt worden. Rep. 39, S.-J. II 1 i, 24, 37 b; siehe auch Rep. 135, Jau. Msc. II, 121. Ein Verzeichnis der wüsten Dörfer des Weichbilds Schweidnitz hat Treblin in seinem Werk: Beiträge zur Siedlungskunde im ehemaligen Fürstentum Schweidnitz, Breslau 1908 abgedruckt. Vgl. auch über den Zustand der Bauern 1637 Fü 238, 1, S. 378 f. 1576 Juli 25 wurde die Anzahl der Bauern, abgesehen von den in geistlichem Besitz befindlichen, auf 6694 Bauern mit 6724 Hufen angegeben [Stadtarch. Schweidnitz 139 (zu Anfang)]. Während die Hufenzahl im Ganzen mit der der Bauern übereinstimmte, hatte sich der Besitz im Einzelnen sehr verschoben; und zwar saßen in den Weichbildern Schweidnitz 1569 [1655], Jauer 475 [733], Striegau 424 [656], Löwenberg 881 [715], Bunzlau 655 [617], Hirschberg 1182 [1055], Bolkenhain-Landeshut 940 [769] und Reichenbach 563 [522] Bauern. Die Anzahl der Hufen ist in Klammern beige gesetzt. Vgl. auch das Hufenverzeichnis in Rep. 135, Jau. Msc. II, 1006 und J. Krebs in der Zeitschrift XIV, S. 6 ff.

<sup>1)</sup> Vgl. z. B. die Notiz über Möstchen [Kr. Züllichau] im Kirchenreduktions-Protokoll von etwa 1653 [Rep. 13 A A X 4 n. vol. II Bl. 99]: „undt magk wol dieses wenigen quanti des Decems diese ursache sein, daß aus den pauren meists vorwerge gemacht worden“. 1667 beschwert sich der Striegauer Komthur über Caspar von Zirn auf Stanowitz, der dort aus robotsamen Bauernäckern und Gütern einen neuen Rittersitz aufrichten wolle. Ebenso sollte Gottlieb Roy auf Halbendorf die im Krieg verwüsteten Bauerngüter zu einem Vorwerk und Rittersitz gemacht haben, desgleichen Georg von Falkenhayn auf Dammers. Rep. 39, S.-J. II 1 p, 222, 233 b, 242, 246 ff, 250.

<sup>2)</sup> Siehe vorige Anm.; ebda. 233 b enth. Hinweis der Stände auf Landes-Conclusa gegen die Errichtung neuer Rittersitze, 250 b: es hätten „etwann vorige mit vielen andern güthern versene possessores auf eine zeit die äcker durch pauern beurbaren lassen“, siehe auch S. 282 b f., 284 b f. Der Kaiser stimmte dem Verbot der Stände, Halbendorf zu einem Rittersitz zu machen, bei, ebda. S. 391 b. Ebenso war es gegen den Willen der Stände, daß Bauerngüter zu Nieder-Röversdorf und die Scholtisei zu Seiferschau zu Dominien gemacht worden waren. Rep. 39, S.-J. II 12 i, vol. II 28 b [vor 1686]. Vgl. auch über Verhandlungen betr. Heinfall der Bauerngüter 1626. Rep. 135, Jau. Msc. 25, S. 483.

<sup>3)</sup> Rep. 39, S.-J. II 1 i, S. 425, 440. <sup>4)</sup> Ebda. II 1 p., 423 b f. Vgl. auch Walther, a. a. O. II, S. 490: Prager Appellations-Bescheid vom 10. Juli 1670 in Sachen des Landeshauptmanns Freiherrn von Nimpsch und der Freibauern zu Seifersdorf wegen präntendierter Dienste. <sup>5)</sup> Die Kynsberger hätten mit denen von Braunau in Böhmen korrespondiert, Rep. 39, S.-J. II 3 d, Proposition von 1680, Quartal Crucis, Punkt 7.

<sup>6)</sup> Kogler, Chroniken der Grafschaft Glatz, Glatz 1841, S. 107. Wedekind, Geschichte der Grafschaft Glatz, Neudr. 1855, S. 421. <sup>7)</sup> Rep. 39, S.-J. II 3 d. Enge Zusammenkunft zu Schweidnitz vom 12. Juni 1680 ab. Das Urteil siehe Quellen Nr. 122, 1680 Juni 25 und Rep. 135, Jau. Msc. VI 815 f. Die Bürgerschaft von Landeshut scheint auch damals in Gärung geraten zu sein; siehe die Verhandlungen derselben engen Zusammenkunft.



baumgarten, Kynsburg, Peterswaldau, Triebelwitz und Würgsdorf mit Verweigerung der Dienste Führen und Schuldigkeiten ausbrach und von dem von Taffe'schen Regiment leicht niedergeworfen wurde, gibt ein klares Bild von der Schuld, die sich die Herrschaften durch ihre dauernden Übergriffe aufgeladen hatten. Der Landeshauptmann hob bei der engen Zusammenkunft zu Schweidnitz am 12. Juni 1680 hervor<sup>1)</sup>, er habe bei der Gerichtsverhandlung wahrgenommen, „das theils herrschaften zu derley extremitäten selbstens ursach gegeben, indem sie nicht allein wieder die alte urbaria mit übermässigen zinsen, diensten undt fuhren die unterthanen beschweret, sondern auch selbte genöthiget, die ausgekaufte undt zum dominio geschlagene wüste pawer gütter zu beurbaren, in der einquartierung, stewern undt andern oneribus zu übertragen, wie dießfalls die Wircsdorffer unterthanen wieder herrn baron von Reichenbach undt die Tribelwizer wieder den obristen De Nobis absonderlich klag geführt.“ Darauf gaben die Stände selber zu<sup>2)</sup>, „hingegen handelten theils herrschaften ihre unterthanen dermassen übel und harte und geben zu dergleichen nicht wenig anlass undt ursach.“ Der Amtshauptmann möge „die armen unterthanen, welche allzu hart wieder recht undt vermögen belästiget würden, in gerechtesten kön. amts schutz nehmen.“

Der Amtsschutz und der kgl. Schutz waren es nunmehr allein, von dem die Bauern die Verbesserung ihrer Lage erhoffen konnten; ihre eigenen Versuche waren völlig gescheitert. Die österreichischen Behörden aber waren trotz des staatlichen Absolutismus gegenüber dem übermächtigen Einfluß des Adels zur Gewährung eines derartigen ausgiebigen Schutzes gar nicht imstande. Die größere Unabhängigkeit der neuen preussischen Verwaltung seit 1741 von schlesischen altständischen Einflüssen kam auch dem Bauernstand zugute.

### 3. Kapitel.

#### Die Organe der Fürstentümer im 16. und 17. Jahrhundert.

##### 1. Die Organe des Landesherrn.

###### Der Landeshauptmann.

Der Landeshauptmann in Schlesien ist seinem Wesen nach der Statthalter des Landesherrn. Schon die häufig nachweisbare Abwesenheit der Piastenherzöge hatte die zeitweilige Ernennung von Statthaltern notwendig gemacht<sup>3)</sup>. Jedoch schuf erst der Anfall der schlesischen Fürstentümer an die Krone Böhmen aus dem Amt des Statthalters oder des capitaneus die dauernde Einrichtung der Landeshauptmannschaft. Daß ein Vorbild für die Entwicklung dieses Amtes im alten Palatinat

<sup>1)</sup> Ebd. Punkt 7 der Amtsproposition. <sup>2)</sup> Ebd. <sup>3)</sup> Vgl. Schles. Reg. Nr. 4775 (1328 Nov. 29). Auch sind Hauptleute zur Unterstützung des Landesherrn nachzuweisen; so stand Benesch von Chussnik schon seit 1387 der Witwe Bolko's II., Herzogin Agnes von Schweidnitz-Jauer, zur Seite. Er wird schon 1386 ohne Titel genannt. Rep. 39, S.-J. III 15 D, f. 66 b, 103 b, siehe auch f. 93 a; 1387 heißt er „der heuptman in unser frauwen lant“; siehe Quellen Nr. 13, 1387, und August Zemplin, Salzbrunn und seine Mineralquellen, Breslau 1822, S. 306 f. Die von Zemplin angeführte Bestallungsurkunde König Wenzels war nicht zu ermitteln. Fischer, Jauer I, S. 124 und Schönaich, die alte Fürstentumshauptstadt Jauer S. 71 führen ihn erst zum Jahre 1389 auf, Grotefend nennt ihn garnicht für die Zeit vor 1392. [Vgl. Zeitschrift XII, S. 45 f.], vgl. auch Rep. 6, Nr. 1 x, Unter-Nr. 51 und 63. Über die Ernennung von Hauptleuten vgl. auch Lehnurkunden I, S. 154, 158.

zu finden war, ist wahrscheinlich<sup>1)</sup>. Auch beweist die schon 1327 von den Breslauer Ständen bei der erstmaligen Erwähnung eines Landeshauptmanns erhobene Forderung, daß der höchste Beamte ein Einheimischer sein müsse<sup>2)</sup>, daß die Stände mit diesem Amt und seiner Machtbefugnis schon vertraut sein mußten.

Jedenfalls war das Amt rein landesherrlicher Natur, es wurde vom Herzog und später vom böhmischen König besetzt<sup>3)</sup>. Die Stände von Schweidnitz-Jauer aber gewannen ebenso, wie es in den Fürstentümern Breslau und Glogau-Steinau der Fall war, durch die Anerkennung des Indigenatsrechts seitens des Landesherrn einen bemerkenswerten Einfluß auf die Besetzung des Amts<sup>4)</sup>.

Allerdings entsprach die tatsächliche Besetzung der Stelle im 14. und 15. Jahrhundert durchaus nicht immer dem Wunsch oder auch nur dem Recht der Stände<sup>5)</sup>. Vielmehr versuchten die böhmischen Stände noch im 16. Jahrhundert mit zeitweisem Erfolg ein Privileg durchzuführen, das nur Böhmen zur Bekleidung der Landeshauptmannschaft zuließ<sup>6)</sup>.

Die Stände von Schweidnitz-Jauer duldeten zwar häufig den Rechtsbruch, aber mehrfach gelang es ihnen doch, durch ihren Widerstand eine ihnen unsympathische Persönlichkeit endgültig abzulehnen<sup>7)</sup>. Namentlich das 15. Jahrhundert bot ihnen mit seinen Wirren Gelegenheit genug, ihren Einfluß auf das Amt so zu befestigen, daß es einen vorwiegend ständischen Charakter gewann. Der Höhepunkt dieser Entwicklung war die 1468 von den Ständen selbständig vorgenommene Wahl eines Hauptmanns<sup>8)</sup>.

Aus dem 15. Jahrhundert dürfte daher auch schon die faktische Verpflichtung der Landeshauptleute auf eine Reihe von Punkten stammen, die ihnen von den Ständen zur Annahme vorgelegt wurden. Allerdings wird erst zum Jahre 1539 die Annahme dieser Art von Wahlkapitulation durch den Hauptmann erwähnt<sup>9)</sup>. Der Inhalt der Kapitulation gewann im 16. Jahrhundert ver-

<sup>1)</sup> Rachfahl a. a. O., S. 75. <sup>2)</sup> Vgl. Reg. Nr. 4637 [1327 April 6] und Lehnurkunden I, S. 67 ff.; Rachfahl S. 75. <sup>3)</sup> vgl. Lehnurkunden I, S. 516, Zeile 22 f. (1369 Okt. 12). Über die Absetzung des Benesch von Chussnik durch König Wenzel vgl. ebda. S. 80 und 538. Die Hauptleute wurden durch kgl. Kommissare installiert; vgl. Grotefend, Die Landeshauptleute der Fürstentümer Schweidnitz und Jauer, Zeitschr. XII, S. 52, 53, 54 u. 8.; Rachfahl, S. 161; siehe ebda. S. 75 über die Bestimmungen der Landesordnung des Fürstentums Öls. <sup>4)</sup> Siehe vorher S. 22. Vgl. ebenso das Privileg König Ludwigs von Ungarn von 1526, Quellen Nr. 28; Schieckfus III, S. 399 f. Vgl. über die Wahrung dieses Privilegs den Bericht der Landesoffizierer von 1684 Sept. 23, siehe Quellen Nr. 126. <sup>5)</sup> Von Benesch von Chussnik und Janko von Chotiemitz an waren vornehmlich Czechen, später häufig deutsche nichtschlesische Adelige unter den Landeshauptleuten vertreten. Sie kauften sich aber wenigstens in den Fürstentümern an, um als Eingesessene zu gelten. <sup>6)</sup> Vgl. Lehnurk. I, S. 55 f. [1510 Jan. 11]. Der Urteilspruch vom 19. Jan. 1510 zwischen Adel und Städten war in czechischer Sprache abgefaßt [vgl. S. 35]. Noch 1608 behauptete der Prager Landtag, daß nach einer Landtagsvergleichung von 1575 die Oberhauptleute und Vögte in den Fürstentümern Schweidnitz-Jauer, Glogau und Troppau nur geborene Böhmen sein dürften. Rep. 39, S.-J. II 1 f, 211 b f. <sup>7)</sup> Vgl. die Proteste gegen den Markgrafen Prokop von Mähren [Quellen Nr. 15], 1468 gegen Jaroslaus von Sternberg [Markgraf, Eschenloer, Codex VII, S. 177], 1559 gegen Hans Rensperg von Klinkenhaus [Grotefend, Zeitschr. XII, S. 53]. 1564 den vergeblichen Protest gegen Mathes von Logau den Jüngeren [Fü 235, S. 910 f., 927 f., 1011—1030, Rep. 135, D 366 q., S. 222 f.], 1637 den ebenfalls vergeblichen Protest gegen den Baron von Stahremberg (Fischer, Jauer II 134) und die Anerkennung dieses Protestes durch das consilium Bohemicum in Wien 1650 Okt. 20. Rep. 39, S.-J. II 1 i, fol. 94 b f. <sup>8)</sup> D. i. Ulrich von Hasenburg, vgl. Markgraf, Codex VII, S. 177. <sup>9)</sup> Die Eidesleistung des Hauptmanns auf diese Artikel [Vgl. Quellen Nr. 72] wird 1593 als ein „uralter brauch“ bezeichnet, vgl. Fü 236, 4, S. 780, 783 ff. 1607 heißt es, 1539 bei der Einführung von Ulrich Gotsch als Hauptmann wäre ein Artikel, der Geistlichen und Städten die Erbbelehnung vorenthielt, noch nicht vorhanden gewesen. Rep. 13, A. A. III 26 e, 397 ff. Die Usler'sche Chronik kennt gelegentlich der Einführung vom 22. März 1557



möge des entschiedenen Sieges des Adels über die Städte einen solch adelsfreundlichen Charakter, daß Städte und Geistliche gemeinsam gegen einzelne Punkte Beschwerde erhoben<sup>1)</sup>.

Diesen inneren Kämpfen um den größtmöglichen Einfluß auf den Hauptmann machte die zentralistische habsburgische Politik allmählich ein Ende. Die neue Zeit kündigte sich nach der Mitte des 16. Jahrhunderts deutlich genug in dem Befehle an, daß nur Katholiken d. h. völlig zuverlässige Anhänger des Königs zu Landeshauptleuten ernannt werden sollten<sup>2)</sup>. Der dreißigjährige Krieg verschaffte diesem Prinzip gewaltsam Geltung. 1627 wurde der protestantische Hauptmann v. Warnsdorff gegen seinen Wunsch abgesetzt und an seiner Stelle der streng katholische Freiherr v. Bibran, ein Konvertit, in das Amt eingeführt<sup>3)</sup>.

Der Geschäftsbereich des Landeshauptmanns umfaßte die Funktionen der erloschenen alten Landesämter, z. B. die Finanzverwaltung des Kämmerers, das Geleitrecht, das wenigstens in Altdeutschland dem Marschall zustand<sup>4)</sup>, die gerichtlichen Befugnisse des Landvogts sowie die des Landesherrn selbst. Man hat seinen späteren Geschäftsbereich kurz in der Formel „Publica, Polizei und Justiz“ zusammengefaßt<sup>5)</sup>. Entsprechend seiner Stellung als Vertreter des böhmischen Königs wurde der Hauptmann von Schweidnitz-Jauer von der um die Wende des 16. Jahrhunderts als Zwischeninstanz sich eindringenden Gewalt des schlesischen Oberlandeshauptmanns eximiert<sup>6)</sup>.

nur 5 Artikel [vgl. Rep. 135, Jau. Msc. XI, S. 34 f.], die dem Hauptmann vom Adel vorgelegt wurden. Sie lauten: „1. dass er sich in keines andern herren dienst begeben solt; 2. dass er keinen unehlich gebohrnen, denen geistlichen, auch denen von städten auch keine lehnung thun noch lehn reichen wolte, und diesen artikel haben beede stände wiederfochten; 3. dass er keinen feldern hinter vorwissen des gegendtheils geleiten wolt; 4. dass er keinen unterthanen hinter vorwissen seiner erbherrschafft geleiten wolt; 5. dass er landtage oder gemeine geboth nirgends den gegen dem Jauer und quatember gegen der Schweidnitz verlegen und halten solte u. solches der zwölffler nach altem löbl. brauch ankündigen.“ Erst nach Verlesung der Artikel durch den Landschreiber erfolgte gewöhnlich die Eidesleistung des Hauptmanns, Rep. 39, S.-J. II 1 e, 2. Teil, S. 39, II 1 f., Bl. 122; vgl. über die Zeremonie der Einführung, die uraltem Brauch nach zu Schweidnitz erfolgte, Rep. 39, S.-J. II 1 e, 2. Teil, S. 38 f., II, 1 f., 113 f., III 1 a; Rep. 13 A. A. III 26 e, 397 ff.

<sup>1)</sup> Siehe vorhergeh. Anm. Rep. 39, S.-J. II 1 f., Bl. 124 b. <sup>2)</sup> Reskript an den Oberhauptmann, Bischof von Breslau, von 1560 Febr. 13 enthaltend Anfrage nach tauglichen Personen, „daraus ihre mayestät eine, und wo es immer möglich, dass dieselbe catholisch, zur Schweidnitz und Jauerschen hauptmannschaft flürnehmen könnten“. Rep. 39, S.-J. III 33 k, 9 a. Rep. 13, A. A. III 6 b, 485. <sup>3)</sup> Vgl. über Warnsdorfs religiöse Stellung Grotefend, a. a. O. Zeitschr. Bd. XII, S. 58. Warnsdorff nahm am 5. Juli 1627 wegen Krankheit seinen Abschied, nachdem die Stände ihn dringend um Beibehaltung seines Amts gebeten hatten, vgl. Fü 236, 9, S. 451 f., 459 f., 597. Die königlich böhmische Begründung, es ginge eine Regimentsveränderung vor, bezeugt aber, daß Warnsdorff nicht ganz freiwillig ging [ebda, S. 612, d. d. 1627 März 18], ebenso das königlich böhmische Schreiben vom 19. April 1627, siehe Quellen Nr. 92. Vgl. dazu das Konzept des gnädigen Entlassungsschreibens vom 22. Febr. 1627, Allg. Arch. Wien, Schles., III A 4, K 123, fol. 1. Bibran wurde in Wien auf eine geheime Instruktion vereidigt und am 6. Juli 1627 unter Protest der Stände gegen die schon erfolgte Vereidigung installiert, Fü 236, 9, S. 599 f., 602 f., 620, 663, siehe Quellen Nr. 93, 1627 Juli 6; Quellen Nr. 100, 1639 Nov. 3 und Quellen Nr. 119, 1674; vgl. auch den Erlaß Kaiser Leopolds von 1668 April 21 betr. die Ämterbesetzung mit Katholiken, Quellen Nr. 115, Rep. 39, S.-J. III 1 g. Vgl. über Warnsdorff und Bibran auch Krebs, Acta Publica, 1626/27, S. 161 f., 261; 1628, S. 151 [Bibran Konvertit]; 1629 siehe Register. <sup>4)</sup> Der Herzog gab das Geleit, vgl. z. B. Reg. 1537 [1277]. Auch in Schlesien vertrat der Marschall den Herzog im Kriege [Stenzel, Gesch. Schles., S. 159], also wohl auch sonst in militärischen Funktionen. Die Instruktion vom 10. April 1523 [siehe Quellen Nr. 27] verleiht dem Hauptmann allein das königliche Geleitsrecht. Über die alten Hofbeamten vgl. Stenzel, Gesch. Schles., S. 201 f. <sup>5)</sup> O. Hintze in Acta borussica, Bd. VI, 1. S. 542. Vgl. auch die Beschreibung der Befugnisse des Landeshauptmanns bei Gude, Staat von Schlesien, S. 396. <sup>6)</sup> So die Instruktion von 1523, siehe Quellen Nr. 27 und Rachfahl, S. 162. Das kaiserliche Schreiben an den Oberhauptmann von 1536 August 16 d. d. Innsbruck erklärt diese Absonderung der Fürstentümer mit der

Seine Befugnisse, über die die erste uns erhaltene Instruktion<sup>1)</sup> von 1523 nur im allgemeinen Auskunft gibt, umfassen im einzelnen folgende Gebiete der Verwaltung. Er verleiht im Namen des Königs die Lehen und bestätigt die Verkäufe von Lehnsgütern, Rechten und Zinsen, die ursprünglich vom Landesherrn verliehen worden sind<sup>2)</sup>. Im Zusammenhang damit ist er für die Aufrechterhaltung aller noch vorhandenen landesherrlichen Ansprüche verantwortlich, d. h. er besitzt die *jura fisci*, für deren Verwaltung im 16. Jahrhundert das besondere Amt des Fiskals geschaffen wurde<sup>3)</sup>. Er erteilt Marktprivilegien an die Städte<sup>4)</sup>, bestätigt die vorhandenen Privilegien der Städte<sup>5)</sup>, übt in den Städten die Aufsicht über die Ratskur und die Finanzverwaltung<sup>6)</sup>, bestätigt den gewählten Rat und wacht über das ehrbare Leben in der Stadt<sup>7)</sup>, wie auch auf dem Lande. Er beruft den Landtag, für dessen Abhaltung er auch persönlich Unkosten aufwendet<sup>8)</sup>. Auf dem Landtage führt er den Vorsitz, sorgt für die Ausführung der ständischen Beschlüsse, ernennt nach erfolgter Wahl durch die Stände die Ausschußmitglieder, Landesältesten und sonstigen ständischen Beamten und ist berechtigt, sie zur Ausübung ihrer Pflichten zu zwingen<sup>9)</sup>. Er führt gemeinsam mit den Ständen die Finanzverwaltung, bewahrt in seinem Amt den Steuerkasten auf<sup>10)</sup> und ernennt die Steuereinnahmer, die von den Ständen vorgeschlagen worden sind<sup>11)</sup>, ist dem Oberhauptmann für die Einbringung der Steuerreste und dem Kaiser für sparsame Landesverwaltung verantwortlich<sup>12)</sup>.

Notwendigkeit, das Oberamt „weniger überloffen und unbelestiget bleiben“ zu lassen, Rep. 39, S.-J. III 33 k, 1 b. Die Stände verlangten auch strenge, daß der Hauptmann Entscheidungen nur beim Kaiser einhole, siehe Quellen Nr. 72, 1593.

<sup>1)</sup> Diese vor der habsburgischen Zeit erteilte Instruktion gab der Hauptmannschaft für ein Jahrhundert lang die Richtschnur des Handelns, vgl. die einzelnen Punkte bei Schickfus III, S. 419 f. und Quellen Nr. 27, 1523 April 10. Im Anfang des 17. Jahrhunderts erwirkten die Stände eine Bestätigung dieser alten Instruktion, die ihnen 1610 März 10 [siehe Quellen Nr. 81] erteilt wurde. Sie wollten damit wohl Versuchen zur Erweiterung der Macht des Amtes, wie sie der Hauptmann von Lest unternommen hatte, vorbeugen. Vgl. auch die Dienstinstruktion für die Landeshauptmannschaft zu Glatz von 1651, Vierteljahrschrift f. Gesch. u. Heimatkunde der Grafschaft Glatz, VI. Jahrgang, 1886, 134 f. <sup>2)</sup> Den Vertretern des Hauptmanns mußte das Recht besonders verliehen werden, so 1397: „Wir Janko von Chocziemiec, dem von königlicher mechte von Beheim sundirlichen bevolen ist, lehen czu leyen“. Rep. 39, S.-J. III 15 G, fol. 10. Der Hauptmann verleiht Privilegien und Rechte stets nur „von wegen unsers herrn des königs“ oder „von königlicher gewalt“, Rep. 39, S.-J. III 15 E, fol. 13. In der undatierten Korresp. des Breslauer Stadttarch, Stichwort Schoff findet sich der Ausnahmefall, daß Cristof Schoff, Unterhauptmann von Schweidnitz-Jauer, Ernst von Zedlitz auf Bolkenhain und Cristof Talkenberg den Rat zu Breslau bitten, ihrem Freunde Kaspar von Haugwitz eine Belehrung zu erteilen, gegen die ihr Hauptmanns Bedenken hege. 1493 Dez. 1 erlaubt König Wladislaw dem Herzog Kasimir von Teschen, auch Lehnkäufe zu bestätigen, Rep. 6, S.-J. Nr. 1 g. <sup>3)</sup> Siehe die Instruktion von 1523, Quellen Nr. 27. <sup>4)</sup> Vgl. die Verleihung eines 2. Wochenmarkttages an Jauer 1404 Nov. 28, Fischer, Jauer I, S. 253 f. <sup>5)</sup> Vgl. 1407 Mai 21 für Löwenberg, Rep. 135, D 343, S. 139 f. und 1650 Juli 28 für Schönan, Rep. 135, D 346, S. 21 f. u. ö. u. ö. <sup>6)</sup> Vgl. darüber die Denunziation der Ritterschaft von 1547. Rep. 39, S.-J. II 1 a, f. 216 a u. vorh. S. 55. <sup>7)</sup> Er vermahnt 1555 die Räte der Städte, „malefichtlich leben oder ander unerbarkeit“, wo er sie vermerkt, abzustellen. Rep. 39, S.-J. II 1 b, 223 a., vgl. auch die neue Polizeiverordnung von 1650, Rep. 39, S.-J. V 1 a. <sup>8)</sup> So 1555, Rep. 39, S.-J. II 1 b, 236. <sup>9)</sup> Siehe Quellen Nr. 33, 1543, desgl. Quellen Nr. 58, 1573 Aug. 31, desgl. Rep. 39, S.-J. II 1 a., Bl. 181 a. <sup>10)</sup> Siehe Quellen Nr. 35, 1546 Jan. 27, Quellen Nr. 58, 1573 Aug. 31. Als der Amtsverwalter 1607 wünschte, daß zu dem Geldkasten im Amte ein Ältester oder vornehmer Landsasse einen Schlüssel erhalte, lehnten die Stände den Antrag mit einem Vertrauensvotum für das Amt ab. Rep. 39, S.-J. II 1 f., 130 b f. 1686 aber empörten sich die Stände gegen die Einmischung des Hauptmanns in die Landessteuerrechnungen. Rep. 39, S.-J. II 12 i, 1 138 b f. <sup>11)</sup> Siehe Quellen Nr. 54, 1567 Febr. 22. <sup>12)</sup> So 1556, Rep. 39, S.-J. III 33 k, 7 b; 1577 und 1578 ist der Hauptmann selbst bei der Steuereinnahme beteiligt, vgl. Finanzarchiv Wien J I/8, S. 67 b, 1578 Febr. 20; siehe auch die Instruktion des Obereinnahmers von 1583 März 20, Quellen Nr. 64. Vgl. über die Einschränkung der Ausgaben die Reskripte von



Er ordnet die Wahl der Landesvertreter für die Fürstentage an und ist zeitweise persönlich zum Besuch des Fürstentags als Vertreter des Landesherrn verpflichtet<sup>1)</sup>. Wie ihm die militärische Funktion der Erteilung des Geleitrechts zusteht, so ordnet er auch die Heeresmusterung<sup>2)</sup>.

Der Hauptmann nahm auch von Beginn an die leitende Stellung im Justizwesen ein. Er war an des Königs Statt der Vorsitzende des vornehmsten Gerichts der Fürstentümer, des Zwölferrechts<sup>3)</sup>, und mußte für die Durchführung der Zwölferrechtssprüche, wie auch aller anderen Gerichtssprüche im Lande sorgen<sup>4)</sup>. Ebenso führte er im Quartalsgericht von Amt, Land und Städten den Vorsitz<sup>5)</sup>. Durch die Erschütterung der alten Gerichtsverfassung im 16. Jahrhundert wurde die Landeshauptmannschaft allmählich zum Hauptgericht des Landes. Diese Tendenz, sowie die dadurch bewirkte Überhäufung des Amts mit Geschäften<sup>6)</sup>, die sich in allen Erbfürstentümern geltend machte, führte im dreißigjährigen Krieg zu dem ersten Versuch einer großen Verfassungsänderung, der Umwandlung des Amts in eine Kollegialbehörde<sup>7)</sup>. Die schon vor 1625 erfolgte Begründung der Stelle eines juristisch gebildeten Amtskanzlers hatte keine völlige Lösung der Frage herbeigeführt<sup>8)</sup>. Durch das Reskript vom 2. Mai 1639 eröffnete Kaiser Ferdinand III dem schlesischen Oberamt,

1691 Aug. 27 [Rep. 135, Jau. Msc. 16, S. 136 f., 1001 f.], von 1726 Nov. 20 [Arnoldsche Sammlung II, S. 220] und 1733 Juni 17 [Rep. 39, S.-J. III 1 a, am Schluß.]

<sup>1)</sup> Adam von Lest fertigte die Gesandten zum Fürstentag sogar ohne Vorwissen der Stände ab, so 1607, und unterließ es vor allem, den Landesbestallten mit zu entsenden, weil „derselbe die fürstentagsbeschlüsse nicht in die amts-cantzlei uberantwortete“. Rep. 39, S.-J. II 1 e, 2. Teil, 117 b f.; II 1 f, 70 b. Bibran wurde 1627 Juli 19 zum Vertreter der Fürstentümer auf dem Fürstentage ernannt. Fü 236, 9, S. 674. <sup>2)</sup> So 1548, Rep. 39, S.-J. II 1 a, 262 b f. <sup>3)</sup> Vgl. Kap. 4, Gerichtsverfassung. <sup>4)</sup> Rep. 39, S.-J. II 1 e, S. 147 f. Rep. 135, Jau. Msc. II, 91 heißt es: die Gerichte der Fürstentümer dürfen sich keiner Jurisdiktion unterziehen, sondern allemahl den zwang und die execution bey den herren landshaubtleuten suchen müssen<sup>4)</sup>; siehe auch Rachfahl, S. 77. <sup>5)</sup> Vgl. Kap. 4, Gerichtsverfassung. <sup>6)</sup> Schon 1626 hatte der Hauptmann von Warnsdorff von den Ständen die Beigabe von Landsassen zu seiner Unterstützung verlangt. Fü 236, 9, S. 161. <sup>7)</sup> Vgl. Hintze in Acta Borussia Bd. VI 1, S. 540 und Grotefend in Zeitschr. 12, S. 61 f., ferner die „Denkschrift wegen Reformation der schlesischen Verfassung“ von 1621, bei J. Krebs, Acta Publica, Bd. V, 1622—1625, S. 9 f. <sup>8)</sup> Dem Landeshauptmann standen schon im 16. Jahrhundert Kanzleibeamte zur Seite, deren Tätigkeit über die eines Schreibers hinausging. So reiste der Kanzlist Balthasar Heintschkow oder Hanitschke mehrfach im Interesse des Landes nach Prag, so 1599, Rep. 39, S.-J. II 1 e, 8 a, 86. Der Amtskanzlist Balthasar Lange erhielt 1604 zur Förderung des Studiums seines Sohnes 100 Thlr., ebda., 2. Teil 93 a und Fü 236, 7, S. 1280. Seit dem Beginn des 17. Jahrhunderts findet sich der Titel „Amtsekretär“, so für Kaspar Jackisch, 1602 [Rep. 39, S.-J. II 1 e, 2. Teil, 16 b]; 1608 für Konrad Neißer, ebda. II 1 f, 263. Der Amtskanzlist Gregor Hofmann liest 1608 dem Landschreiber den Amtseid vor, ebda. 243 b; vgl. über Christof Störberkeul 1616, Fü 236, 7, S. 550; Kaspar Tscherning 1620, Fü 236, 8, S. 447; über sonstige Kanzleibeamte Rep. 39, S.-J. VIII 2 g, Bl. 4 u. 5. Erst seit etwa 1625 ist als Leiter der Kanzlei ein Amtskanzler nachzuweisen. Diese standen anfangs im besten Verhältnis zu den Ständen (Fü 236, 9, S. 245, 1094, 1125), doch verlangte das neue Regime die Hervorkehrung einer ständefeindlichen Gesinnung. [Rep. 39, S.-J. IV 21 a. Fü 238, 5, S. 150]. 1650 bestand das Kanzleipersonal aus dem Amtskanzler, 3 Kanzlisten und einem Amtsregistrator, vgl. Quellen Nr. 111, 1650 Febr. 12. [Rep. 135, Jau. Msc. II 65]. Die Besoldung dieses Personals war Sache des Hauptmanns bzw. des Kaisers, nicht der Stände, Rep. 39, S.-J. II 1 f, 274 b. Die Reform von 1692 wandelte das Amt des Kanzlers, der „tamquam lingua et calamus officii regii“ war, [Rep. 39, S.-J. II 12 i, vol. III 81 b] in das eines Assistenzraters um, nachdem er schon 1686 Juni 19 das Votum in Amtssachen erhalten hatte. Rep. 39, S.-J. III 1 e; vgl. über die Kanzlei den kais. Rezeß von 1626 Dez. 13 (Rep. 39, S.-J. VII 7 a, 1626 f.), sowie die Instruktionen, Tax- und Kanzleiordnungen von 1676 März 14 [Rep. 135, Jau. Msc. VI 412]; 1678 Mai 3 und Juli 22, [ebda. I 474 f., 479 f.]; 1679 Juni 2 [ebda. XV, S. 186 f.]; 1683 Nov. 9, 1687 März 13 und 1692 Aug. 28, [ebda. I, S. 152 f. II, S. 959, 964]; siehe auch ebda. XV, S. 187 über frühere Ordnungen. Über die Kanzleiordnungen des 18. Jahrhunderts vgl. Rep. 135, Jau. Msc. I 1 f. (1704 März 14); Brachvogel'sche Sammlung III, Nr. 167, S. 804 (1709 März 14), desgl. S. 1010 und Rep. 135, Jau. Msc. XV, S. 554 f. und 566 (1709 Dez. 24).

daß den Landeshauptleuten aller Erbfürstentümer zwei „wirkliche Räte“ zur Unterstützung in politischen und in Justizangelegenheiten beigegeben werden sollten<sup>1)</sup>. Der erste Rat sollte aus dem Herrenstande genommen werden und 800 fl. Gehalt beziehen, der zweite sollte bürgerlicher Gelehrter sein und 600 fl. erhalten. Zwar scheiterte die Neuerung, abgesehen von Breslau, an dem Widerspruch von Oberhauptmann und Landeshauptleuten<sup>2)</sup>, doch ein halbes Jahrhundert später kam sie zur Ausführung. Der ausgesprochene Zweck der Änderung war die Verbesserung „der bisher übel administrierten Justiz“<sup>3)</sup>. 1692 wurde dem Amt ein Amtsassessor beigegeben<sup>4)</sup>, 1697 ein zweiter Amtsassessor, der an die Stelle des bisherigen Amtskanzlers trat<sup>5)</sup>; der erste dieser Beisitzer war von Adel und dauernder Amtsverweser, der zweite mußte ein Jurist sein. Als vierter Beamter gehörte dem Amt ein Sekretär mit Stimmrecht, „cum voto“, an. Die Amtsassessoren führten anfangs auch den Titel „Assistenzräte“. Die Instruktion von 1697 regelte den Geschäftsgang der Behörde<sup>6)</sup>. Ihre Beschlüsse bedurften bei Stimmgleichheit der kaiserlichen Entscheidung. Jedes Mitglied mußte nach einer Amtsperiode von 5 Jahren sein Amt zum Zweck der Prüfung des bisherigen Verhaltens niederlegen. Zwölferrecht und das Gericht von Amt, Land und Städten wurden der Form nach beibehalten, blieben aber nur noch für „causae viduarum et pupillorum“ zuständig. In den eigentlichen Regierungssachen wurde das schlesische Oberamt maßgebend, und das „Amt“ der Landeshauptmannschaft entwickelte sich nun zur Justizbehörde, die eigentlich nur noch dem Namen nach eine selbständige Regierung war und hieß<sup>7)</sup>.

Über die tatsächliche Amtsführung der Landeshauptleute ist bei der offenbaren Parteilichkeit vieler in den Akten erhaltener Klagen ein Urteil schwer zu fällen. Eine gewisse Ähnlichkeit mit modernen parlamentarischen Verhältnissen besteht im 15. und 16. Jahrhundert in der schwankenden Stellung des Hauptmanns zwischen den beiden mächtigsten Ständen, Adel und Städten, gleichsam den führenden Parteien des Landes<sup>8)</sup>. Die gefestigte Stellung über den Parteien schuf für den

<sup>1)</sup> S. Quellen Nr. 99, 1639 Mai 2. <sup>2)</sup> S. ebda.; Zeitschr. VII, S. 161; Rep. 135, Jan. Msc. VI, 410 f., 595. <sup>3)</sup> Vgl. Quellen Nr. 128, 1686. Rep. 135, Jan. Msc. XV, 666 f. <sup>4)</sup> Über die 1686 angekündigten Reformen vgl. Quellen Nr. 128. (Rep. 39, S.-J. II 12 i, vol. I 186.) Über die Einführung des ersten Assessors Hans Heinrich Freiherrn von Nimpsch ins Amt am 30. Juli 1692 siehe Quellen Nr. 130. Demnach bestand 1692 das Amt aus dem Hauptmann, einem Assessor, dem Kanzler [Johann Friedrich Lamprecht] und einem Sekretär; vgl. auch Rep. 135, Jan. Msc. 6, 595 ff. <sup>5)</sup> Vgl. Quellen Nr. 131, enthaltend die Instruktion vom 25. April 1697. Die Mitglieder des Kollegs durften zugleich Landesämter mit bekleiden, vgl. Rep. 39, S.-J. II 5 y (1740 März 18); siehe auch über die Veränderung Rep. 135, Words'sche Msc. 11, S. 433. Nach dem Schlesischen Almanach auf das Jahr 1725 gab es damals drei Amtsassessoren, zwei Amtsekretäre und vier Kanzleibeamten beim K. Amt. <sup>6)</sup> S. die vorhergehende Anm. und die unter dem Titel „Bedenken wegen Einrichtung der Regierung bei dem k. Amte d. Fürst. S.-J.“ an der neuen Einrichtung von einem Advokaten J. G. d. B. geübte Kritik; Rep. 135, Jan. Msc. VI, S. 593 f. <sup>7)</sup> Über dem Eingang der Kanzlei in der Burg zu Jauer stand der Spruch: „Hic locus odit, amat, punit, conservat, honorat Nequitiam, pacem, crimina, jura, probos.“ Schickfus a. a. O. IV, S. 89. Vgl. auch über die Rechtsprechung des Amts Walther a. a. O. II, S. 479 und ebda. II, 481 f. über die Stellung des Oberamts zum Amt in Justizsachen. Über die privatrechtlichen Entscheidungen betr. Ehepakten, Testamente und Kontrakte, die dem Hauptmann zustanden, vgl. Gude, Staat von Schlesien, S. 396. <sup>8)</sup> Die Wiederwahl des Ulrich Schaffgotsch zum Hauptmann war 1540 den Städten sympathisch, aber nicht dem Adel, weil Schaffgotsch früheretliche von Adel hatte richten lassen; vgl. Uslerische Chronik, Rep. 135, Jan. Msc. XI, S. 19. Die neun Artikel (vgl. S. 64, Anm. 9) waren vorwiegend adelsfreundlichen Inhalts. Der Hauptmann sollte aber grade der Schiedsrichter und Vermittler zwischen Städten und Rittern sein, vgl. z. B. Rep. 39, S.-J. II 1 b, 131 b f. (1555 April 24). Der Hauptmann neigte aber schon aus eigenem wirtschaftlichem Interesse mehr dem Adel zu; so klagen 1555 Aug. 30 die Städte in ihrem Kampf gegen das Brauen des Adels [ebda., S. 217 ff.], der Hauptmann Mathes von Logau treibe selbst ein stattlich Bräuwerk. Er sei „parteyisch“ zu



Hauptmann erst die helfende Hand der habsburgischen Regierung<sup>1)</sup>. Mehrfache Fälle mangelnder persönlicher Integrität werden von den Ständen um der Ehre des Landes willen verfolgt<sup>2)</sup>. So wurde Mathes von Logau der Jüngere, eine Persönlichkeit, die das Ansehen des Amtes schwer geschädigt hat, von den Ständen förmlich von seinem Amte „geurlaubet“, und wohl nur um dieser Eigenmächtigkeit der Stände willen vom Kaiser gehalten<sup>3)</sup>. Er hatte die Städte durch eigennützige Parteinahme zugunsten des Adels, den Adel durch Unterschlagung von Mündelgeldern erbittert und es zu der für damalige Zeit doch bemerkenswerten Schuldenlast von 155000 Talern gebracht<sup>4)</sup>.

Logaus finanzieller Zusammenbruch hatte aber für die Stände immerhin den Vorteil gebracht, daß sie aus der Schuldmasse gegen Erlegung der Pfandsomme das Burglehen Jauer als künftige dauernde Residenz für die Hauptleute erwerben konnten<sup>5)</sup>. Diese Festlegung einer bestimmten Residenz im Mittelpunkt des Landes war für die Stände so wichtig, daß sie den Hauptleuten das Burglehen kostenlos als Wohnsitz zur Verfügung stellten<sup>6)</sup>. Denn wenn Jauer auch ursprünglich

gunsten der Landschaft (235 b), fordere gute Pferde und allerlei Hofarbeit [220 a] von den Städten und habe ihnen mit Drohungen seinen Wein von der Probstei Leitmeritz aufgedrängt [220 a]. Logau antwortete darauf zwar [ebda., 236 b, 223 a] entrüstet; sein Interesse brach aber gleichzeitig in der Bitte durch, der König möge „geruehen, ihre adenliche fluegel über ihre zugehorende und vorwante federn, den loblichen adel, wie die henne über ihre huenlein allergnedigst auszubreiten und bedenken: quod semel in vita faciendum, diu deliberandum est“, [ebda. 237 b]. Zu dem letzten Ausspruch machte in den Akten eine etwas spätere Hand, wohl die des Löwenberger Stadtschreibers, die Bemerkung „Domine de Logaw, feissies et tu“, auf gut deutsch, „deine Überlegung war nicht weit her.“ Daß aber das Fehlen eines Hauptmanns und seiner Amtshilfe den Städten noch schmerzlicher war, beweist ihre Klage vom 13. Febr. 1561. Rep. 135, D 366 q, S. 106—109.

1) 1639 betont der Hauptmann, daß er nicht von den Ständen, sondern vom Kaiser abhängt [siehe Quellen Nr. 100, 1639 Nov. 3]. 1607 hatten noch die Landesältesten versucht, Rechte des Hauptmanns an sich zu reißen, vgl. Rep. 39, S.-J. II 1 f, 88 a, 104 a. 2) 1433 Juli 3 schreiben Vertreter der Mannschaft von Schweidnitz-Jauer an Breslau, ihr Hauptmann werde sich um seiner Ehre willen gegen die böhmische Beschuldigung rechtfertigen, daß er „von Petir Polack geld annehmen und diesem aus dem gefängnis helfen wollte.“ (Stadtarch. Breslau, Polit. Korresp.). 3) 1585 Dez. 21 werfen sie ihm vor, er sei ein Banquerottier und habe ins Amt eingelegte Gelder, darunter Waisengelder, wieder herauszugeben. Ähnlich heißt es 1593 August 6 gelegentlich der Einsetzung des Nachfolgers des von Logau, Brandans von Zedlitz, ins Amt, der die Förderung der Regelung des Logauischen Schuldenwesens wünschte; Rep. 39, S.-J. III 1 bc; desgl. Rep. 135, Jau. Msc. XV, 219 f.; vgl. über die weiteren Angriffe der Stände gegen Logau und die Verteidigung ihres Standpunkts beim Kaiser gegen Logaus Beschwerden 1588 und 1589, Fü 236, 3, S. 338, 342, 870; siehe auch Quellen Nr. 69 [1588 Nov. 2] betr. die Bauernempörung.

4) Siehe vorige Anm. Logau hatte sich in große Finanzgeschäfte eingelassen, von Herzog Carl Christof von Münsterberg das Fürstentum Münsterberg kaufen wollen, aber schließlich nur das Weichbild Frankenstein gekauft [vgl. dazu kgl. St.-A. Rep. 135, E 85, S. 48]. Durch Vermittelung der Frankensteiner Stände trat der Kaiser selbst in den Kauf, und Logau erhielt für seine Unkosten eine Entschädigung von 6000 fl. Vgl. darüber die Suppliken Logaus an den Kaiser vom 7. und 14. November 1589, Finanz-Arch. Wien S. VI/7, S. 198 f. Die Landtagsakten sind von 1587 an voll von diesen Schuldangelegenheiten, vgl. Fü. 236, 2, S. 372 f., 461, 463. Außer seiner Schuldenlast von 155000 Tlr. [Fü. 236, 3, S. 127, 163] hatte Logau noch Verschüsse von den Geistlichen und Städten entnommen, die von diesen nicht angemeldet wurden [ebda., S. 163]. Logaus Bruder hatte nur 100000 Tlr. Schulden. Auch der Hauptmann von Bibran ließ sich Unregelmäßigkeiten zu Schulden kommen, die seine plötzliche Absetzung herbeiführten, vgl. Fü. 238, 1, S. 246 ff., 433 f.; Grotefend in Zeitschr. 12, S. 58, vgl. auch ebda., S. 61 das harte Urteil des Kaisers über die Amtsführung der Landeshauptleute. 5) Vgl. Fü. 236, 4, S. 1231 f., 1278 (1596 Okt. 23). 1602 Okt. 2 überließ der Kaiser den Ständen das Burglehen für 20000 Tlr., Rep. 6, S.-J. Nr. 8 c. Es war am 6. April 1575 an Mathes von Logau verpfändet worden, Finanz-Arch. Wien J 1/8, S. 55 f. 6) Die Hauptleute verzinsten durch ihre Miete 12000 Tlr. des 20000 Tlr. betragenden Kaufwerts zu 6%; die Stände nahmen also einen jährlichen Zinsverlust von 500 Tlr. auf sich (so Rep. 39, S.-J. II 1 f, 275 b f.), indem sie durch Gewährung freier Wohnung 8000 Tlr. des Kapitals unverzinst ließen; vgl. die Mietskontrakte Rep. 135, Words'sche Msc. 11 S. 485 b f. [1603], und Fü 236, 7, S. 193 f. [1609].

der Sitz des Hauptmanns gewesen war, so hatten manche Hauptleute in Schweidnitz, Bunzlau, ja auf ihren Gütern gewohnt und vielen Landsassen den Weg zur Residenz außerordentlich verlängert<sup>1)</sup>. An sich waren die Stände weder zur Stellung eines Wohnsitzes noch zur Unterhaltung des Hauptmanns verpflichtet. Sie verstanden sich erst im Jahre 1639 im Interesse des Landes freiwillig dazu, dem Hauptmann ein Gehalt von 3000 Talern auszusetzen, nachdem sein eigentliches Einkommen durch die Nöte des großen Kriegs uneintreibbar geworden war<sup>2)</sup>. Dieses Einkommen umfaßte im wesentlichen die dem Landesherrn noch aus alter Zeit zustehenden Zinsen in den Fürstentümern und bestand aus Abgaben der Städte und Zünfte, aus dem alten Landgeschoß des Fürstentums Jauer, der Abgabe der „rheinischen Hosen“ sowie vor allem dem Herzogsgetreide aus einer Reihe von Dörfern<sup>3)</sup>.

### Verzeichnis der Landeshauptleute<sup>4)</sup>.

1. Benesch von Chusnik<sup>5)</sup> 1387—1403.

V: 6) Janko von Chotiemicz seit 1397, Gotsche Schof 1401.

1a. Heynmann von Seydlitz<sup>7)</sup> 1404.

<sup>1)</sup> Schon Benesch von Chusnik hatte die Burg zu Jauer bewohnt, Fischer, Jauer I 135. 1559 Jan. 16 erteilte der Kaiser Ferdinand dem Erzhzerg Ferdinand den Befehl, dem neuen Hauptmann Hans von Rensperg das Burglehen Schweidnitz als Wohnsitz einräumen zu lassen, das zurzeit im Besitz von Melchior Seydlitz war. Bei dem zerfallenen Zustand der kaiserlichen Finanzen aber wanderte das Burglehen von einer Hand in die andere. Von Rensperg erwarb Dietrich von Mühlheim den Pfandbesitz. Er bat 1566 um die Genehmigung, das Burglehen mit 200 fl. wieder bauständig zu machen und das Klostervorwerk mit zugehörigem Grundbesitz „von dem münch, der noch allein in demselben closter ist“, zu übernehmen. 1603 war das Lehn im Besitz von Hans von Mühlheim, aber 1605 wurde es dem Ladislaus von Zedlitz überlassen und 1607, ehe noch Zedlitz in den Besitz gekommen war, dem Niclas von Burghaus Anwartschaft darauf erteilt. Vgl. darüber Finanz-Arch. Wien J I/8, Bl. 33 f., 379—409 und S. VI/7, S. 178—191. Der Hauptmann, der wegen der in Schweidnitz stattfindenden Zwölferrechtssitzungen und Landtage dort eine Wohnung haben mußte, erhielt sie später von den 11 königlichen Städten gestellt, Rep. 211 b. Striegau Nr. 3, S. 302. Auch Bunzlau mit seinem Burglehen kam als Sitz des Hauptmanns in Betracht, so 1593 und 1595, aber Bunzlau lag von manchen Schweidnitzer Rittersitzen und Städten 17—18 Meilen entfernt, Finanz Arch. Wien J. I/8, S. 118; Fü. 236, 4, S. 991 f.; Rep. 135, Jau. Msc. XV, 219 f. Dazu kamen die zeitweiligen Residenzveränderungen, 1627 lebte der Hauptmann einer Infektion wegen in Löwenberg (Fü. 236, 9, S. 373), 1645 in Neiße (Rep. 39, S.-J. VII 3 d). <sup>2)</sup> Fü. 238, 1, S. 1121, 1134, 1154. 1641 Dez. 28, ersuchte der Kaiser die Stände, dieses bisher auf 3 Jahre bewilligte und auf 5 Jahre verlängerte Gehalt vorläufig weiter zu bewilligen. Fü. 238, 2, S. 666 f; vgl. auch die Resolution von 1670 Dez. 3, Arnold II, S. 99. Das Herzogsgetreide kam, ebenso wie der Bischofsvierdung, wegen des Brachliegens der verwüsteten Güter nicht mehr ein, Fü. 238, 3, S. 739. <sup>3)</sup> Über das Einkommen vgl. Quellen Nr. 80, 1607 Okt. 2; Quellen Nr. 98, 1638 Juni 11. Fü. 238, 2, S. 1155; Quellen Nr. 128, 1686; Rep. 135, Jau. Msc. X, S. 1030 f.; Stadtbibliothek Breslau, Handschr. 32, S. 460; Rep. 211 b, Striegau Nr. 3, S. 267 f. Über das Anrecht des Hauptmanns auf die Lehnsgelühren vgl. Opitz, die Arten des Rustikalbesitzes S. 218 f. und Stadtarch. Breslau, Ortsakten von Schweidnitz-Jauer enthaltend Gutachten des Fiskals Martin Knobelsdorff von 1632 April 13. Über das Herzogskorn vgl. noch Rep. 211 b, Striegau Nr. 3, S. 269—296. Rep. 14. P A VI 1 II. Tzschoppe und Stenzel a. a. O. S. 28, 32, 148, 164, 340; desgl. die Rechnung von 1734 in Rep. 39, S.-J. VI 15 ggg. Über rheinische Hosen [= Stiefel] vgl. das Glossar im Kgl. St.-A., Stichworte „caligae rinenses“, „Hosenzins“, „Stiefelzins“. <sup>4)</sup> Dem Verzeichnis liegt die Zusammenstellung in dem schon erwähnten Aufsatz von H. Grotefend, Die Landeshauptleute der Fürstentümer Schweidnitz und Jauer, Zeitschr. Bd. XII, S. 45 f. zugrunde. Nur die Ergänzungen sind mit Quellenangaben versehen worden. <sup>5)</sup> Schon seit 1386 nachweisbar, Rep. 39, S.-J. III 15 D, 66 b, 103 b. Rep. 6, Nr. 1 x, Unternummern 39, 51, 58, 63. <sup>6)</sup> Verweser resp. Unterhauptleute. <sup>7)</sup> Fehlt bei Grotefend. Er stellt aber eine Urkunde von 1404 März 18 [Rep. 6, S.-J. Urk. Nr. 104] als Hauptmann der Fürstentümer aus.



2. Jan von Leuchtinberg, Crusschina gen. 1404—1407?  
V: Gotsche Schof<sup>1)</sup>, 1405 Februar 1.
3. Janko von Chotiemicz 1406—1412<sup>2)</sup>.
4. Johannes Kochenmeister 1412—1414.
5. Sigmund von Pogarell 1415—1417.
6. Heinze von Lazan (aus dem Geschlecht v. Seydlitz) 1417—1419.  
V: Heinze von Lazan, Rabe gen. 1418.
7. Albrecht von Kolditz 1419—1448.  
V: Heinze Stosch (Stussche)<sup>3)</sup> 1420, 1428, 1430.  
Hermann Czetheras von Konradswaldau<sup>4)</sup> 1432.  
Gotsche Schoff 1433<sup>5)</sup>.  
Heinze von Peterswalde 1434—1448<sup>6)</sup>.  
Hayn von Czirn 1445/47<sup>7)</sup>.
8. Thimo von Kolditz 1448.  
V: Heinze von Peterswalde.
9. Hans von Kolditz 1448—1454.  
V: Diprand v. Reibnitz 1450<sup>8)</sup>.  
Heinze v. Peterswalde 1452<sup>9)</sup>.  
Janos von Redern 1454.
10. Heinrich von Rosenberg 1454—1456.
11. Hans Schoff von Kynast 1457—1459.
12. Diprand von Reibnitz von Gerlachsdorf 1460—1467.
13. Ulrich Hasze von Haszenburg 1468—1471.  
Abgelebnter Hauptmann Jaroslaw v. Sternberg<sup>10)</sup>.
14. Franz vom Hage 1471—1475<sup>11)</sup>.  
V: Nickolasch von Doworan 1472<sup>12)</sup>.
15. Stephan von Zapolya 1475—1481.  
V: Christophorus v. Seydlitz 1475—1485<sup>13)</sup>.
16. Johannes, Bischof von Wardein, Statthalter 1481.
17. Georg von Stein, Herr zu Zossen 1482—1490<sup>14)</sup>.  
V: Christophorus v. Seydlitz, Burggraf zu Striegau 1482—1490.

<sup>1)</sup> Rep. 135, D 343, Bl. 262 b f.    <sup>2)</sup> Notiz im Handexemplar des Kgl. St.-A.: Janko schreibt 1406 schon als Hauptmann an Herzog Ruprecht von Liegnitz, der 1406 stirbt. Kön. Bibl. Berlin, Msc. Boruss. Fol. 566, Nr. 13.  
<sup>3)</sup> 1420 Nov. 22. Stadtarch. Breslau, Polit. Korresp.; 1428, 1430 Grünhagen, Script. VI, S. 99 f., 156.    <sup>4)</sup> 1432 Sept. 19. Grünhagen ebda., S. 114. Familiengeschichte v. Czettritz, S. 134.    <sup>5)</sup> 1433 April 6, Stadtarch. Breslau, Polit. Korresp.    <sup>6)</sup> 1434 Nov. 15. Rep. 83, Urk. Cisterzienser Grüssau Nr. 210. 1435 März 9., Stadtarch. Breslau, Polit. Korresp.    <sup>7)</sup> Familiengeschichte v. Czettritz, S. 173. Cod. Sil. XII, S. 82.    <sup>8)</sup> Paul Freih. v. Reibnitz, Gesch. d. Herren u. Freih. v. Reibnitz, Berlin 1901, S. 24 ff.    <sup>9)</sup> 1452 Mai 28 setzt Kaiser Friedrich III Reibnitz und Peterswalde als Unterhauptleute gegen Kolditz ein. Dresdener Archiv, Reg. in C 230. Notiz im Handexemplar des Staatsarchivs.    <sup>10)</sup> Vgl. Markgraf, Script. VII (Eschenloer), S. 159, 161, 168 f.    <sup>11)</sup> Installationsbefehl vom 16. Dez. 1470 in Script. VII, S. 222; Rep. 135, Jau. Msc. 14, S. 657.    <sup>12)</sup> Juli 11, vgl. Script. XIII, S. 99.    <sup>13)</sup> Vgl. 1476 Nov. 9., Script. XIII, S. 202; 1485, Script. XIV, S. 91, Anm. 2; Rachfahl S. 118, Anm. 4, 122.    <sup>14)</sup> Vgl. A. D. B., Bd. 35, S. 608 f.

18. Kasimir, Herzog von Teschen und Groß-Glogau 1490—1504.  
V: Diprand von Reibnitz auf Kauder 1490—1501.  
Niklas von Schellendorf auf Domanze 1501—1504.
19. Ulrich Schoff, Gotsch gen., zum Kynast, auf Greifenstein 1504—1512.  
V: Ernst Schoff auf Kynast 1508.  
Diprand von Reibnitz auf Kauder 1508.
20. Konrad von Hohberg auf Fürstenstein 1512—1520.  
V: Georg von Hohberg 1520.
21. Kaspar Schoff, Gotsch gen., von Kynast, zu Fischbach 1520—1523.
22. Hans Seydlitz von der Bielow und Schönfeld 1523—1539.
23. Ulrich Schoff, Gotsch gen., auf Kynast und Greifenstein, zum 2. Male, 1539—1542<sup>1)</sup>.
24. Mathes von Logau und Altendorf auf Bechau 1542—1557.  
V: Friedrich von Waldau zu Hertwigswaldau 1553<sup>2)</sup>.  
Hans Czirn von Simbsdorf 1556<sup>3)</sup>.
25. Heinrich von Reichenbach, Biller gen., auf Rudelsdorf 1557 März 22. bis Okt. 21.<sup>4)</sup>  
V: Melchior Seydlitz von Burkersdorf 1557.
26. Hans Schoff, Gotsch gen., auf Kynast und Greifenstein 1558—1559.
27. Hans von Rensberg und Dirskowitz, nicht anerkannt. 1559.  
V: Hans Gotsch auf Greifenstein, der vormalige Hauptmann<sup>5)</sup>.  
Melchior Seydlitz von Burkersdorf.
28. Konrad von Hohberg auf Fürstenstein 1560—1565<sup>6)</sup>.  
V: Nikolaus v. Waldau und Schönfeld zur Struse, Hauptmann zum Canth, 1565<sup>7)</sup>.
29. Mathias von Logau und Altendorf der Jüngere zu Tschechen 1565—1593.  
V: Dietrich von Mülheim und Pleßwitz 1583<sup>8)</sup>.  
Antonius von Bibran 1593.
30. Brandan von Zedlitz auf Hartmannsdorf 1593—1602<sup>9)</sup>.  
V: Adam von Seydlitz und Burkersdorf auf Grunau<sup>10)</sup> 1601.
31. Adam von Lest auf Holenstein, schon seit dem 19. Dez. 1602 Amtsverwalter<sup>11)</sup>, 1603—1607<sup>12)</sup>.  
V: Hans von Zedlitz auf Wilkau 1605<sup>13)</sup>.
32. Kaspar von Rechenberg auf Klitschdorf und Lipschau 1608—1612, seit 1607 August 2  
Amtsverweser<sup>14)</sup>.  
V: Adam von Seydlitz, Landesältester, 1608<sup>15)</sup>.  
Kaspar von Warnsdorff auf Gießmannsdorf 1609 und 1610<sup>16)</sup>.

<sup>1)</sup> Über seinen Tod vgl. Neu. Lausitz. Magazin 19, S. 173. <sup>2)</sup> Rep. 39, S.-J. II 1 b, 87 b f. <sup>3)</sup> Ebda. 176 b.  
<sup>4)</sup> Vgl. Heinrich Graf Reichenbach, Urkundl. Gesch. d. Grafen Reichenbach in Schlesien, Bd. II, Breslau 1907, S. 126.  
<sup>5)</sup> Haus-, Hof- und Staatsarch., Wien, Schles. Akten, Fasc. 1, Bl. 40 b. <sup>6)</sup> Vorgeschlagen war Melchior v. Seydlitz.  
Rep. 13, A A III 23 d, S. 33, aus dem Handexemplar d. St.-A. <sup>7)</sup> Vgl. Fü 235, S. 1000. <sup>8)</sup> Juli 30., Rep. 39, S.-J. II 1 c,  
2. Teil, 49 f. <sup>9)</sup> Er starb am 22. Okt. 1602, ebda. II 1 e, 2. Teil, S. 38. <sup>10)</sup> Er wurde von den Landesältesten  
gewählt und am 15. Mai 1601 ernannt; ebda. II 1 e, 73, 96. Rep. 13, A A III 6 f., S. 146, 150, 161 f., 167, 171. <sup>11)</sup> Rep. 39,  
S.-J. II 1 e, 2. Teil, S. 38. <sup>12)</sup> Über seinen Tod vgl. ebda. II 1 f, 86 f. <sup>13)</sup> Febr. 8., ebda. II 1 e, 2. Teil, 107. <sup>14)</sup> Ebda.  
I 1 f., 94 b f. und Sinapius I 114. <sup>15)</sup> Ebda., S. 172, 268 f. <sup>16)</sup> Ernannet 1609 Nov. 22. Fü. 236, 7, S. 254, 399.



33. Kaspar von Warnsdorf auf Ober- und Nieder-Gießmannsdorf 1612—1627<sup>1)</sup>.  
V: Friedrich von Gellhorn 1627(?)<sup>2)</sup>.
34. Heinrich Freiherr von Bibran auf Modlau, Altenlohm und Burglehen Jauer 1627—1637.  
V: Hans von Gersdorff auf Seichau 1627—1631<sup>3)</sup>.  
Hans Heinrich von Hohberg auf Fürstenstein, 1636 August 4 — 1664<sup>4)</sup>.
35. Georg Ludwig Graf von Starhemberg und Schönbüchel auf Ober-Peilau, Bielitz, Fuchswinkel, Weißbach und Arnsdorf 1637—1650.  
V: Hans Heinrich von Hohberg siehe Nr. 34.
36. Otto Freiherr von Nostitz auf Rokitz, Seifersdorf, Mangschütz und Herzogswaldau 1651—1665<sup>5)</sup>.  
V: Hans Heinrich von Hohberg siehe Nr. 34.
37. Christoph Leopold von Schaffgotsch auf Kynast, Freiherr von Trachenberg etc. 1666—1672.
38. Hans Friedrich Freiherr von Nimptsch auf Oelse, Falkenhayn, Lauterbach, Ulbersdorf, Neudorf und Teichau 1672—1692.  
V: Georg Rudolf Freiherr von Gersdorff 1685<sup>6)</sup>.  
Ernst von Falkenhayn auf Conradswaldau, (?) 1690<sup>7)</sup>.
39. Johann Joachim Michael, Burggraf von Rheinegg, Graf von Sintzendorf 1692—1697.  
V: Hans Heinrich Freiherr v. Nimptsch 1697.
40. Christoph Wenzel, Reichsgraf von Nostitz und Reineck 1697—1703.
41. Franz Joseph, Reichsgraf von Oppersdorf, Freiherr von Aich und Friedstein 1703—1704.  
V: I. W. A. Freiherr von Almesloe<sup>8)</sup>, genannt Tappe, erster Amtsassessor<sup>9)</sup>.
42. Hans Anton Graf von Schaffgotsch 1704—1740.

### Verzeichnis der Amtskanzler.

1. Gottfried Baudiß (Baudisius), Dr. jur., 1625—1630<sup>10)</sup>.
2. Hans Georg Stredele (Stradele) von Stumentauw 1630<sup>11)</sup>.
3. Wilhelm Heinrich von Oberg und Kalckau auf Wessig 1632—1647<sup>12)</sup>.
4. Jacob von Thamm auf Ober- und Nieder-Blumenau, wahrscheinlich schon vor 1653 bis 1673<sup>13)</sup>.
5. Johann Marquard von Grünberg 1673 Oktober 11 bis 1681 August 13<sup>14)</sup>.
6. Jacob Pleß 1682 Juni 1. bis 1685 Juni 26<sup>15)</sup>.
7. Johann Friedrich Lamprecht, Dr. jur., seit 1686 Juli 19, letzter Amtskanzler, starb als Amtsassessor und im Besitz des Adels 1718 März 4<sup>16)</sup>.

<sup>1)</sup> Über seine Einführung ins Amt, vgl. F. 236, 7, S. 877. <sup>2)</sup> F. 236, 10, S. 137. <sup>3)</sup> F. 236, 9, S. 713, 1146. F. 236, 10, S. 132. <sup>4)</sup> F. 238, 1, S. 106; 238, 2, S. 404 und fort. Rep. 39, S.-J. II 1 n [1664]. <sup>5)</sup> Wird am 8. März 1651 Hauptmann. Rep. 39, S.-J. II 1 i, 117 b f. <sup>6)</sup> Siehe Quellen Nr. 128, 1686. <sup>7)</sup> Er ist Oberrechtssitzer und Landesältester. Rep. 135, Jau. Msc. I 135. <sup>8)</sup> Rep. 6, S.-J. Nr. 81 m. <sup>9)</sup> Rep. 6, S.-J. F. 238, 5, S. 150. Rep. 135, D 347, S. 94 b. Er ist Katholik. F. 238, 4, S. 561. <sup>12)</sup> Rep. 135, D 343, S. 123 b—128. Rep. 39, S.-J. VIII 2 g. Bl. 5. <sup>14)</sup> Rep. 39, S.-J. VIII 2 g, Bl. 5. <sup>15)</sup> Ebda. <sup>16)</sup> Ebda. Bl. 4.

### Das Lehnkanzleramt.

Das Kanzleramt ist das einzige Hofamt aus der herzoglichen Zeit, das sich ohne große Veränderung seiner Aufgaben bis zum Jahre 1741 mit dem Sitz in Schweidnitz erhalten hat<sup>1)</sup>. Das Amt des Kanzlers oder Protonotars war das wichtigste Amt am landesherrlichen Hofe<sup>2)</sup>. Denn der Kanzler war für die Ausfertigung aller Urkunden über Besitzverhältnisse verantwortlich und besaß deshalb den besten Überblick über den Stand der herzoglichen Rechte und Einkünfte<sup>3)</sup>. Er bewahrte das herzogliche Siegel auf<sup>4)</sup>. Der Kanzler und die ihm unterstehenden Notare gehörten, wie es scheint, noch im 14. Jahrhundert ganz überwiegend dem geistlichen Stande an<sup>5)</sup> und mußten vermöge ihrer Bildung auch in allgemeinen Landesangelegenheiten eine wichtige Stellung als Berater des Landesherrn einnehmen. Ritter und städtische Notare scheinen anfangs nur vereinzelt und in Vertretung die Funktionen des Kanzlers ausgeübt zu haben, bis um 1414 mit dem Hofrichter Hans Possuld von Seiferdau die fortlaufende Reihe der ritterlichen Kanzler beginnt<sup>6)</sup>.

Die Titel der Beamten der Kanzlei schwanken im 13. und 14. Jahrhundert noch sehr. Für die leitenden Beamten finden sich die Bezeichnungen prothonotarius, cancellarius, Hofschreiber und Landschreiber, aber auch notarius oder Schreiber<sup>7)</sup>.

Die Privilegien Karls IV und Wenzels<sup>8)</sup> sagten den vereinigten Fürstentümern die Bestellung nur eines und zwar eines adeligen Landschreibers für beide Fürstentümer zu. Solange aber Bolko II und Herzogin Agnes lebten, sind mehrere Notare nebeneinander nachzuweisen<sup>9)</sup>. Es liegt nahe,

<sup>1)</sup> Rep. 39, S.-J. II 1 e, 78 f. (1601). <sup>2)</sup> Vgl. Hugo Jäkel, die Kanzlei Herzog Heinrichs IV. von Breslau, Zeitschr. XIV, S. 146, 150. Er wurde mit Beirat der Edeln ernannt; Stenzel, Heinrichauer Gründungsbuch S. 2, 8, Der Sohn eines Herzogs als Notar, siehe Cod. VII, 1. Reg. S. 160 (1226). <sup>3)</sup> Er schreibt Kriegssteuern und Kriegsdienste aus; Stenzel, Gesch. Schles. S. 159. Landregister über die Roßdienste u. a. existierten schon früh, vgl. Reg. 3171 [1310 Dez. 13] und Reg. 5254 [1333 Sept. 22] „serviciorum nostrorum libri seu quaterni“, ebenso Reg. 5266 [1333 Nov. 11] und Cod. Sil. X, S. 220 „als auch dy man und daz registrum bekant habin“. <sup>4)</sup> Vgl. Exkurs IV: Die Siegel der Fürstentümer. <sup>5)</sup> Vgl. z. B. Reg. Nr. 353 b [1230], Protonotar Johannes, Pfarrer von Hirschberg, Reg. Nr. 2263 [1293 Jan. 21], Reg. Nr. 2299 [1293 Sept. 30]. Hofprotonotar Herr Heinrich Runge (adlig?), Reg. 4599 [1326]; Johann von Komeran, Pfarrer zu Münsterberg, Hofnotar Reg. 4908 [1330]; Herr Koppe von der Sterzce, Scholastikus von Glogau, Hofnotar Reg. 4975 [1330] und Reg. 5278 [1333]; Peter von Nebiltschicz, Kantor zum hl. Kreuz zu Breslau, Kanzler 1370 [Rep. 39, S.-J. III, 15 e fol. 2]; Jeronimus Probsthain, ebenfalls Kantor und Domherr zum hl. Kreuz zu Breslau, 1409 [ebda. III, 15 g, 209 a und III 15 k, 1 b]. Johannes Colmas, Rektor der Pfarrkirche zu Schweidnitz 1397 [ebda. III 15 g, 4 a, III 15 m 7]. <sup>6)</sup> Vgl. Reg. 4469 (1325), Ausfertiger ist der herzogl. Kammermeister Heinrich. 1370 werden Privilegien unter dem Rücksiegel des Hofmeisters Nikolaus Bolze ausgefertigt, „tergotenus appresso, tempore, quo Petrus de Czedlicz fuit absens“; Rep. 39, S.-J. III 15 b, 33 b, III 15 c, 3 b. Auch städtische Schreiber wurden gerne genommen, z. B. die Schweidnitzer, die berühmt waren [vgl. Script. VI, S. 138, Anm.]. So ist 1424 f. der Schweidnitzer Stadtschreiber Nikolaus Stelin in Urkunden des Zwölferrechts nachzuweisen [Rep. 39, S.-J. IV 15 a, f. 18 a] und 1432 der Schweidnitzer Bürger Mathias Conczehin [ebda. f. 21 a u. b. Rep. 83. Cisterzienser Grüssau Nr. 461]. Dazu kamen die Schreiber in den Klöstern [vgl. 1360. Rep. 63, Vincenz Breslau „scriptor librorum monasterii s. Vincentii“ ebenso Reg. 2531 (1299)] und die Schreiber von Privaturkunden, vgl. Fischer, Jauer I S. 221 f. (1354). <sup>7)</sup> Johann von Gleiwitz heißt 1318 [Reg. 3773] Protonotar, 1321 [Reg. 4150 und 4177] nur Notar, 1322 [Reg. 4239 und 4259] nur Schreiber, 1330 und 1333 [Reg. 4974, 4998, 5010, 5195 und 5196] Landschreiber. Über Rangunterschiede vgl. Reg. 892 (1255 Febr. 22) und Reg. 1713 [1282 Juni 23], desgl. 1747 (1283 April 4). <sup>8)</sup> Vgl. S. 23. Bezeichnend ist übrigens, daß die Landbücher der Fürstentümer von 1366 ab schon für die Fürstentümer als Einheit angelegt worden sind. [Rep. 39, S.-J. III 15]. <sup>9)</sup> Im Landbuch Rep. 39, S.-J. III 15 A sind um 1366–1368 Petrus von Zedlitz, Landschreiber und Protonotar (fol. 8, 14 ff.) Petrus von Niebelschütz, Hofschreiber und Protonotar (fol. 8, 14), aber auch Landschreiber, vgl. Reg. 4596 (um 1375) und Fischer, Jauer I, S. 243 f., sowie Alexius, auch Hofschreiber [fol. 9, 29 b] nebeneinander nachzuweisen; ebenso nach dem Tode von Agnes noch die beiden Landschreiber Johannes Colmas und Seidel von Bolkenhain, [ebda. III, 15 E. F. G.



schon für diese Zeit eine klare Scheidung zwischen dem Hofschreiber als dem eigentlichen herzoglichen Schreiber und dem Landschreiber als dem Registrator der Veränderungen im Güterbesitz d. h. dem späteren Lehnkanzler vorauszusetzen. Jedoch werden mehrfach dieselben Persönlichkeiten bald Landschreiber, bald Hofschreiber genannt<sup>1)</sup>. Daß aber mit der fortschreitenden Gliederung der Verwaltung eine Teilung der Kanzleigeschäfte eintreten mußte, ist erklärlich<sup>2)</sup>. So war die Führung der Landbücher, die unter dem Einflusse der luxemburgischen Herrscher, wie in andern schlesischen Fürstentümern, so auch in Schweidnitz-Jauer für den unmittelbaren Grundbesitz angelegt wurden und die uns seit 1366 erhalten sind<sup>3)</sup>, später die Hauptaufgabe des eigentlichen Landschreibers, des Lehnkanzlers. Es ist daher anzunehmen, daß diesem auch schon seit Anlegung der Bücher ihre Führung zustand.

Die finanzielle Bedeutung der Kanzlei, deren Einkünfte besonders aus den Gebühren für die Erteilung der Belehnung sehr bedeutend waren<sup>4)</sup>, brachte auch ihr das Schicksal der Verpfändung.

<sup>1)</sup> 1297 [Reg. 2456] finden sich nebeneinander der Hofnotar Heinrich Berner und der Protonotar Siffrid; vgl. auch Reg. 1501 (1276 April 27) und 1572 (1278 Juli 28), 1661 (1281). Ebenso werden 1367 in derselben Urkunde Peter von Zedlitz, der Landschreiber, und Alexius, der Hofschreiber, klar geschieden. [Rep. 39, S.-J. III 15 a, 29 b], desgl. 1385 f. Johannes Kolmas, der Landschreiber, und Nikolaus Lubshiz, der Hofnotar [ebda. III 15 d, f. 1 a, 2 b ff.]. Dagegen ist 1317 Peter von Ottendorf Landschreiber und Hofprotonotar [Reg. 3700 und 4009], ebenso Petrus von Niebelschütz, siehe vorige Anm. Der Hofnotar konnte Lehrer der herzoglichen Kinder sein, vgl. Reg. 2369 [1295]. <sup>2)</sup> Schon die seit etwa 1400 nachweisbare selbständige Registerführung des Zwölferrechts, wie auch des Mannrechts wird in ältere Zeit zurückzuführen sein. Ohne Zweifel hat hierbei die fortgeschrittene städtische Verwaltung zum Vorbild gedient; vgl. G. von Below, die städtische Verwaltung des Mittelalters als Vorbild der späteren Territorialverwaltung, Hist. Zeitschr., Bd. LXXV, S. 396 f. Das älteste Schweidnitzer Stadtbuch ist 1321 angelegt worden; Stenzel, Gesch. Schles., S. 239, Schmidt I, S. 47 f. <sup>3)</sup> Die Führung von Registern ist ja schon aus früherer Zeit bekannt, siehe S. 74 Anm. 3. Auch wurden schon unter Bolko II während der Kanzlerschaft Peters von Zedlitz die aus der Kanzlei ausgegangenen Urkunden registriert [vgl. z. B. 1347 (Freitag vor St. Martin) Stadtarch. Schweidnitz Rep. I, Alph. I, Lit. K. Nr. 1]. Vielleicht hat Zedlitz ebenso die Registrierung eingeführt, wie er auch die Rücksiegelung einführt. Nach Einrichtung der Landbücher, besonders seit dem 15. Jahrhundert ist die Urkunden-Registrierung häufig, vgl. 1468 Nov. 29 [Rep. 125, Cisterziens. Trebnitz Nr. 561], 1492 Okt. 31 [Rep. 6, S.-J. Nr. 13 b], wie denn unter dem Landeshauptmann Casimir von Teschen der Registraturvermerk regelmäßig ist; siehe auch 1495 April 29 [Rep. 125, Cist. Trebnitz Nr. 622]. 1608 März 4 [Rep. 6, S.-J., Nr. 8 u]. 1652 Febr. 1 [Rep. 6, S.-J. Nr. 8 x]. Eine Reihe wichtiger Urkunden über Besitzveränderungen sind aber nicht in den Landbüchern enthalten. Die rechtliche Wirkung kam auch grundsätzlich nur der Urkunde selbst zu. So heißt es am 6. Juli 1404 [Rep. 39, S.-J. III 15 g, 43 a] hinter einer durchstrichenen Urkunde vom 3. Mai 1397 über Zinse zu Silsterwitz: „Est presens registratura, quanvis litera originalis desuper confecta non inventa neque visa, atamen ex consensu partium amborum . . . que partes recognoverunt, quod dicti census . . . reempti essent et soluti, ideo deleta et quitata“. Demnach hätte eigentlich die Original-Urkunde „quittiert“ werden müssen. Auch finden sich viele Beispiele dafür, daß bei Verlust der Originalurkunden neue Urkunden nach dem Wortlaut der Registerbücher ausgestellt wurden. Die Neuaustellung hätte sich aber doch wohl unter Umständen erübrigt, wenn die Bucheintragung volle Gültigkeit gehabt hätte. Die Landbücher waren demnach ursprünglich nur ein technisches Hilfsmittel der Kanzleiverwaltung. Andererseits aber bildeten die Bücher für den Landeshauptmann und das höchste Landesgericht ein Register möglichst aller vor diesen beiden Instanzen vollzogenen Rechtsgeschäfte über den ritterschaftlichen und sonstigen eximierten, d. h. unmittelbaren Grundbesitz [vgl. vorher S. 41]. Es entwickelte sich allmählich die Anschauung, daß nur der Besitz für ritterlich angesehen wurde, der in diesen Büchern eingetragen war. Folglich gewann die Eintragung als solche volle rechtliche Gültigkeit. Über die Inhaber dieses Besitzes wurde deshalb 1609 ein besonderes Verzeichnis „aller und jeder geschlechter, so nach besage und innhalt der alten und neuen land canczley bücher ritter- und landgüetter . . . gehalten haben“ . . . angelegt. [Rep. 39, S.-J. III 17 a]. <sup>4)</sup> 1601 Aug. 2 berichtet der Landeshauptmann an die Schlesische Kammer, der mittlere Jahresertrag der Kanzlei betrage 1500–2000 Tlr. Finanz-Arch. Wien J 1/8, Bl. 264–283. Vom 30. April 1604 bis zum 18. Juli 1606 nahm die Kanzlei an Taxen ein 5448 Tlr. 18 Gr. und gab 5150 Tlr. 35 Gr. aus, d. h. unter ständischer Verwaltung zum Nutzen des Landes. Rep. 39, S.-J. II 1 f, 30.

Sie wurde an den Landeshauptmann der Fürstentümer Janko von Chotiemitz und nach dessen Tode an das Geschlecht Schaffgotsch verpfändet<sup>1)</sup>. Im Pfandbesitze der Schaffgotsch blieb die Kanzlei von 1445 bis 1601. Die Herren von Schaffgotsch waren zwar in der Theorie königliche Beamte als Kanzler, aber sie wurden nicht einmal dem König vereidigt<sup>2)</sup>. Dazu kam, daß sie als das bedeutendste Geschlecht der Fürstentümer, abgesehen von einigen Fällen<sup>3)</sup>, ihr Amt durchaus im Sinne der Landstände führten<sup>4)</sup>. Daher mußten die Versuche, die der König im 16. Jahrhundert mehrfach zur Einlösung der Kanzlei machte<sup>5)</sup>, den Ständen die notwendigen Folgen vor Augen führen, die nach der Wiederbelebung des Charakters der Kanzlei als einer königlichen Behörde eintreten mußten<sup>6)</sup>.

<sup>1)</sup> 1445 Dez. 6 bestätigt der Landeshauptmann Albrecht von Kolditz die durch Janko von Chotiemitz, den Jüngerer, für seinen Todesfall erfolgte Auflösung der Kanzlei der Fürstentümer nebst dem Hofgericht zu Schweidnitz und Striegau an Hans Gotsch auf dem Kynast, seinen Schwiegersohn, Finanz-Arch. Wien S VI/7, S. 262 f. u. 269 f. (Abschrift 16. Jahrhunderts). Seit wann die Kanzlei im Pfandbesitz der Chotiemitz war, und ob sie mit dem 1401 von Nickel Zedlitz erkauften Schweidnitzer Hofgericht in Verbindung stand, kann nur durch eine eingehende Untersuchung festgestellt werden. Jedenfalls geschah die Verpfändung unter König Wenzel, vgl. Finanz-Arch. ebda., S. 260 f., 271 f. u. 401: 1454 Dez. 27. Vgl. auch Carl Weigelt, Die Grafen von Hochberg vom Fürstenstein, Breslau 1896, S. 15 f.; Familiengeschichte von Czetztritz, S. 167, 174 und Reg. G Nr. 35; A. Zemplin, Fürstenstein in der Vergangenheit und Gegenwart 1. Aufl., S. 36. 2. Aufl. Breslau 1838, S. 17. 1454 Dez. 27 verleiht König Ladislaus dem Hans Schoff auf dem Kynast die Kanzlei um 700 Schock, Finanz-Arch. Wien (wie vor) S. 260 f., 271 f., 401. 1537 April 25 verleiht König Ferdinand dem Hans Gotsch auf dem Kreppelhof die Kanzlei gegen Erhöhung des Pfandschillings um weitere 400 Schock böhmischer Groschen. Rep. 6, S.-J. Nr. 2. 1573 Juli 10 verleiht Kaiser Maximilian II. die Kanzlei dem Adam Gotsch von Kynast auf Kemnitz und Friedland. Rep. 6, S.-J. Nr. 3. <sup>2)</sup> Vgl. das Memorial der Stände von 1601 [Rep. 39, S.-J. II 1 e, f. 95 b], in dem sie dem Kaiser die Vereidigung des Kanzlers anheimstellen, „do doch vorhin niemals kein canzler ist veraidet worden“. <sup>3)</sup> Vgl. den Streit um die Kanzleिताxe 1543 f. Rep. 39, S.-J. II 1 a, f. 94, Rep. 6, S.-J. Nr. 3 (1573 Juli 10). <sup>4)</sup> Vor der Schaffung des Amtes des Landesbestallten war der Kanzler der Sprecher der Landstände, so 1548 und 1549, Rep. 39, S.-J. II 1 a, 304 a, II 1 b, 5 a. 1581 heißt es auf dem gemeinen Gebot vom 10. April zu Jauer: „die amtes canzlei sollicitirt umb ein present wegen vilfaldiger mühe, so sie in gemeinen landsachen gehabt“, Rep. 39, S.-J. II 1 c. 2. Zählung S. 35. <sup>5)</sup> 1526 [s. Quellen Nr. 28] ließen sich die Stände selbst von König Ludwig versprechen, die bisher verpfändete Kanzlei einzulösen. 1534 März 21 verlangt König Ferdinand zwecks Ablösung der Kanzlei das Erscheinen des Pfandinhabers Anton Schaffgotsch zu Prag zwecks Abrechnung, Rep. 39, S.-J. III 3 b. Doch war dieser Versuch auf Antrag eines Schaffgotsch selbst, des Hans Gotsch von Kynast und Fischbach erfolgt, der mit seinem Kreppelhofer Vetter in Streit lag. Nach Aussöhnung der Vetter nahm der König von der Einlösung Abstand. Rep. 6, S.-J. Nr. 2. 1565 April 13 verlangte Maximilian II. einen Kammerbericht über die Privilegien der Amtskanzleien in Schlesien, da er „entschlossen, alle amtskanzleien wider zu unsern handen zu bringen“. Rep. 39, S.-J. III 1 e. <sup>6)</sup> Abgesehen von den politischen Folgen trat vor allem die Besoldungsfrage hervor. Hatte in alter Zeit der Landesherr seine Notare durch Grundbesitz und Vorrechte entschädigt [vgl. z. B. Stenzel, Das Gründungsbuch von Heinrichau, S. 2, 8, sowie Reg. Nr. 1173 [1264], Nr. 1780 [1284], Nr. 2375 [1295 Aug. 13], so steckte zur Zeit der Schaffgotsch'schen Pfandherrschaft die Besoldung einfach in den gesamten Kanzlei-Einkünften. Nach Übergang der Kanzlei an die Stände erhielt der Kanzler eine feste Besoldung von 300 Tlr. einschließlich der Liefergelder aus den Einnahmen der Kanzlei; siehe Landesbeschluß von 1602 April 2. Rep. 39, S.-J. II 1 e, 2. Teil, 2 b. 1640 aber forderte er noch eine besondere Besoldung vom Lande, vgl. Quellen Nr. 101 [1640 März 28]; siehe auch Fü 238, 4, S. 71. Auch hatten die Stände eine Verwaltungskontrolle über die Kanzlei, indem sie sie nach jedesmaligem Tod oder Abgang eines Hauptmanns inventarisierten, so 1565, Rep. 135, Jau. Msc. Fol. 67, S. 37; desgl. 1608, Rep. 39, S.-J. II 1 f, 133 b, 161. Auch mußte die Kanzlei den Ständen Rechnung legen, wie noch 1651 gefordert wurde. Rep. 39, S.-J. II 12 e. Bei Gelegenheit des Tausdorff'schen Straffalles hatte der königliche Machtpruch z. B. auch die Kanzlei aus ihrem alten Residenzort Schweidnitz an den Sitz des Landeshauptmanns in Jauer verlegt, allerdings nur auf kurze Zeit, siehe Schmidt I, S. 393; desgl. Quellen Nr. 112 [1650 Juni 20].



Als daher das Geschlecht Schaffgotsch im Jahre 1601 auf den Pfandbesitz der Kanzlei verzichtete<sup>1)</sup>, entschlossen sich die Stände zur Aufrechterhaltung des alten Zustandes und zur Wahrung „des höchsten Kleinods des Landes“, zugleich aber auch um des finanziellen Vorteils willen, selbst die Kanzlei in Pfandschaft zu nehmen. So erhielten sie denn im Jahre 1602 für die Pfandsomme von 32000 Talern den Pfandbesitz des Amts<sup>2)</sup>. Ihr angestrebter Einfluß auf die Besetzung des Amts wurde durch eine königliche Instruktion<sup>3)</sup> für den Kanzler geregelt. Danach erhielten die Stände das Recht, drei Personen zur Wahl vorzuschlagen, worauf der König die Entscheidung traf<sup>4)</sup>. Die Instruktion enthielt ferner eine Anleitung zum Gebrauch des landesherrlichen Siegels und die Taxordnung von 1548<sup>5)</sup> nebst einzelnen Verbesserungen. Schließlich versprach die Instruktion eine Anordnung über die Kalamität der vielen vom Adel nicht eingelösten Lehenbriefe, die in der Kanzlei lagerten<sup>6)</sup>.

Politisch brachte diese Zeit der ständischen Pfandherrschaft keine Änderungen. Der Kanzler blieb, trotzdem seine Stellung als die eines vom König ernannten und ihm vereidigten Beamten nun wieder festgelegt worden war, im wesentlichen Landstand<sup>7)</sup>.

Auch hier sollte der dreißigjährige Krieg den Umschwung bringen. 1635 sahen sich die Stände genötigt, dem König die Kanzlei ohne jedes Entgelt zu präsentieren<sup>8)</sup>. Das war ein Wetterzeichen. Der neue Kanzler Melchior von Lest<sup>9)</sup> leitete in der Kanzleiverwaltung die gleiche

<sup>1)</sup> Nach dem Tode von Adam Schaffgotsch, der 1601 August 1 erfolgte, wurde der erbliche Verkauf der Kanzlei an die Familie in Erwägung gezogen. Schließlich aber wurde, entsprechend dem Antrage des Landeshauptmanns Brandan von Zedlitz vom 2. Aug. 1601 eine Neuverpfändung, und zwar an die Landstände, beschlossen; vgl. Finanzarch. Wien J I/8, Bl. 264—283. Am 23. April 1602 erhielt Adams Witwe, Leonora von Schaffgotsch, geb. Frein von Promnitz von der Breslauer Kammer den Befehl, das Landeskanzleisiegel und die Pfandbriefe gegen Rückzahlung der Pfandsomme auszuhändigen, Rep. 39, S.-J. III 3 c. <sup>2)</sup> 1602 Okt. 2; bestätigt 1608 Okt. 23, Rep. 6 S.-J. Nr. 8 d., Rep. 39, S.-J. II 7 e; Adam Gotsch hatte nur 4000 fl. Pfandsomme bezahlt, während die 32000 Tlr. gleich 20000 fl. waren. Für die Aufbringung der Pfandsomme hatten sich die Ältesten nebst einem Ausschuß geschrieben, und der Landtag übernahm die Bürgschaft. Rep. 39, S.-J. II 1 e, 64 f. Die Stände hatten nur 15000 Tlr. geboten, aber ihre Bemühungen verdoppelten sich, als sie hörten, der k. Kammerrat Niclas von Burghaus aus Stolz, Schildberg und Seifersdorf bemühe sich um die Pfandschaft, ebda. 78 f. bis 109. 2. Teil, fol. 19 f. <sup>3)</sup> Von 1602 Dez. 4, [siehe Quellen Nr. 77]; siehe auch den Eid des Kanzlers etc., Rep. 135, Jan. Msc. Fol. 67, S. 265—288. <sup>4)</sup> 1602 April 2 wählten die Stände folgende 3 Personen: Friedrich von Zedlitz von Hartmannsdorf auf Merzdorf und Lasan, k. Kammerrat, Conrad von Nimptsch von Röversdorf auf Maiwaldau und Hans von Betsch und Peiskersdorf auf Bertelsdorf. Rep. 39, S.-J. II 1 e, 2. Teil, 2 b. <sup>5)</sup> Vgl. den Vertrag von 1547 Sept. 22 zwischen den Landständen und Hans Schaffgotsch sowie die Bestätigung König Ferdinands von 1548 März 5. Rep. 135, D. 333, S. 403—413. Vgl. auch das Reskript Ferdinands III. vom 10. Sept. 1654 [Walther II, S. 479], Arnold II, S. 59, das dem Landeshauptmann die Veränderung der Kanzleिताxe untersagt. <sup>6)</sup> Schon Ferdinand I. hatte durch ein Mandat vom 15. Mai 1549 Ritterschaft und Mannschaft zur Einlösung ihrer Lehenbriefe aufgefordert. Rep. 135, D. 346 a, f. 85. <sup>7)</sup> Vgl. Rep. 39, S.-J. II 1 e, 95 b (1601). In diese Zeit fiel auch die Konfusion der verschiedenen Kanzleien, die später vielen Anlaß zu Zwist bot. Der Landschreiber Achatius von Forethneau verwaltete in Vertretung des Kanzlers die Lehnkanzlei, war selbst der Leiter des Landesarchivs (auch als Landeskanzlei bezeichnet) und zugleich noch Sekretär des Mangerichts. Vgl. Rep. 39, S.-J. II 1 f, 137 a (1607) und 1640 März 28 [siehe Quellen Nr. 101], sowie Rep. 39, S.-J. II 1 i, 166 b, 197 a. Der Kanzler aber behauptete 1645, der Landschreiber sei nur sein Substitut oder Adjunctus, Fü. 238, 3, S. 804 ff. <sup>8)</sup> Vgl. die Verhandlungen betr. Ablösung der Kanzlei 1628 Nov. 13, Fü. 236, 9, S. 885. 1635 Juli 30 werden die Stände in der Landtags-Proposition gedrängt, ihr Versprechen unentgeltlicher Präsentation der Kanzlei einzulösen. Rep. 39, S.-J. II 5 e. 1636 April 14 ernannt der Kaiser die zur Übernahme bestimmte Kommission, Fü. 238, 3, S. 833. <sup>9)</sup> Sein Vorgänger von Nimptsch war 1633 bei der Plünderung von Striegau „so barbarisch traktiert“ worden, daß er Tags darauf starb, Fü. 238, 3, S. 825. Außer von Lest hatten die Stände Siegmund von Nostitz auf Lähn und Siegmund von Braun auf Zobten präsentiert, ebda. S. 827 f.

Politik ein, die der junge König Ferdinand für die ganzen Fürstentümer verfolgte, die des rekatholisierenden Absolutismus<sup>1)</sup>. Lest, der wie der Landeshauptmann mit einer geheimen Instruktion versehen war<sup>2)</sup>, eroberte sich Sitz und Votum im Landtag<sup>3)</sup>, verdrängte den ständischen Landschreiber aus dessen Amt, und seinen Erfolgen war es wohl zu danken, daß den Ständen 1660 auch das Recht der Präsentation von drei Anwärtern für das Kanzleramt bestritten wurde<sup>4)</sup>. Die letzten Jahrzehnte des 17. Jahrhunderts brachten den Ständen ihr Vorschlagsrecht wieder<sup>5)</sup>, und das Verhältnis zum Kanzler besserte sich. Bezeichnend hierfür ist, daß im 18. Jahrhundert der Kanzler Freiherr v. Matuschka und Toppeltschan zugleich auch Landesbestallter d. h. der vornehmste Vertreter des adeligen Sondergeistes<sup>6)</sup> war.

Von der Landes- und Lehnkanzlei ist die in der Zeit der Neuordnung der Aufgaben des Landeshauptmanns, etwa im Jahre 1625 geschaffene Amtskanzlei zu unterscheiden<sup>7)</sup>.

### Verzeichnis der bisher ermittelten Kanzler und Hofnotare.

Siffrid, Protonotar 1293, 1301<sup>8)</sup>.

Johannes, Pfarrer von Hirschberg, Protonotar 1293, 1297<sup>9)</sup>.

Magister Heinrich Berner, Hofnotar 1295, 1298<sup>10)</sup>.

[Jakob, Notar 1301]<sup>11)</sup>.

Konrad, Protonotar, auch Landschreiber<sup>12)</sup> 1310, 1317, 1319<sup>13)</sup>.

Peter de Swyne, Protonotar 1313<sup>14)</sup>.

Tyeczco, Hofnotar, auch Protonotar<sup>15)</sup> 1317 – 1332<sup>16)</sup>.

Albert, Hofnotar 1317, 1326<sup>17)</sup>.

Peter von Ottendorf, Landschreiber, auch Hofprotonotar<sup>18)</sup> 1317, 1327<sup>19)</sup>, 1330 f.?

Johann von Gleiwitz, Notar, dann Protonotar, Landschreiber<sup>20)</sup> 1318, 1340<sup>21)</sup>.

Thilo, Hofnotar 1321, 1327<sup>22)</sup>.

Johannes von Kommeren, Pfarrer von Münsterberg, Hofnotar 1323, 1330<sup>23)</sup>.

Nielas von Schellendorf 1326<sup>24)</sup>.

<sup>1)</sup> Seitdem sind alle Kanzler Katholiken. Rep. 39, S.-J. II 12 e, 1655 März 8. <sup>2)</sup> So heißt es 1646, Fü 238, 4, S. 83. Landeshauptmann und Kanzler überwachten sich gegenseitig; vgl. über Lest's Machinationen gegen den Hauptmann, Rep. 39, S.-J. III 1 e. <sup>3)</sup> Und zwar das 1. Votum nach dem Landeshauptmann, Rep. 39, S.-J. II 1 i, 154 f. und Quellen Nr. 113 [1650 Juni 20.]. Die Stände aber behaupteten, er gehöre nicht zu den Landeszusammenkünften und Landesgerichten, wenn es sich nicht um die Ausfertigung von Lehnbriefen handle; ebda, S. 161 b ff., 305 b f. [1653 Sept. 6.]; desgl. ebda. II 1 e, 95 b. Darauf entschied der Kaiser 1655 März 8. [ebda II 12 e], daß die katholischen Kanzler mit Votum und Session zu den Zusammenkünften zuzuziehen seien. <sup>4)</sup> So auf eine kaiserliche Anfrage von 1660 Jan. 21 [Rep. 39, S.-J. III 1 e] das schlesische Oberamt in einem Schreiben an den Landeshauptmann von 1660 Jan. 28 [Rep. 39, S.-J. II 1 l, 145 f.], das Vorrecht habe nur für die Dauer des Rudolphinischen Pfandkontrakts von 1602–1636 bestanden; siehe auch S. 155 b f. 1659 war das Recht noch ausgeübt worden, Rep. 39, S.-J. III 15 SS., S. 1. <sup>5)</sup> So 1672: Rep. 39, S.-J. III 15 WW, S. 1 f., desgl. 1720, ebda. III 15 FFF, Bl. 292. <sup>6)</sup> Siehe Schlesischer Almanach auf das Jahr 1725. <sup>7)</sup> Siehe Seite 67. <sup>8)</sup> Reg. 2263, 2347, 2374, 2378, 2456, 2502, 2524, 2661. <sup>9)</sup> Reg. 2263, 2531. <sup>10)</sup> Reg. 2375, 2443, 2456, 2466, 2524. <sup>11)</sup> Reg. 2661. <sup>12)</sup> Reg. 3945. <sup>13)</sup> Reg. 3105, 3246, 3662, 3948, Fischer, Jauer I, S. 212. <sup>14)</sup> Reg. 3373. <sup>15)</sup> Reg. 4699. <sup>16)</sup> Reg. 3681, 5084. <sup>17)</sup> Reg. 3681, 4508. <sup>18)</sup> Reg. 4009. <sup>19)</sup> Reg. 3700, 3732, 4698, [4908, 5060, 5249, 5254, Münsterberg.] <sup>20)</sup> Reg. 4974. <sup>21)</sup> Reg. 3773, 5196, Fischer, Jauer I, S. 218 f. <sup>22)</sup> Reg. 4119, 4647. <sup>23)</sup> Reg. 4300, 4908, 4909. <sup>24)</sup> Reg. 4568.



Heinrich Runge, herzogl. Kaplan und Protonotar 1326<sup>1)</sup>.

Koppe von der Sterzee, Scholastikus von Glogau 1330, 1333<sup>2)</sup>.

Tammo von Schellendorf, Protonotar 1332, 1337<sup>3)</sup>.

Johannes von Domanz, Hofschreiber 1334<sup>4)</sup>.

Anselm, Landschreiber 1341<sup>5)</sup>.

Bernhard von Waldow, Protonotar 1344<sup>6)</sup>.

Peter von Zedlitz, Landschreiber 1347? 1368<sup>7)</sup>.

Cunczelinus, Protonotar 1348<sup>8)</sup>.

Peter von Niebelschütz [Nebiltshicz], Kantor zum hl. Kreuz zu Breslau, Hofschreiber, Landschreiber 1366 f., wird Kanzler am 18. Oktober 1370<sup>9)</sup>.

Alexius, Hofschreiber 1366, 1368<sup>10)</sup>.

Hans von Schlewitz, Hofschreiber, auch Landschreiber 1369, 1380, 1405?<sup>11)</sup>.

Johannes von Betschow, Notar<sup>12)</sup> 1373.

Hans von Seydlitz, Landschreiber 1380<sup>13)</sup>.

Johannes Kolmas, Rektor der Pfarrkirche zu Schweidnitz, Landschreiber 1385, 1413<sup>14)</sup>.

Nikolaus Lubschitz, Hofschreiber 1385, 1391<sup>15)</sup>.

Seidel von Bolkenhain, Protonotar, Landschreiber 1393, 1407<sup>16)</sup>.

Jeronimus Probisthayn, Kantor und Kanonikus zum hl. Kreuz in Breslau, Pleban zu Neumarkt, Landschreiber? 1408, 1420<sup>17)</sup>.

Hannos Possuld von Seiferdau (Seyfridaw), Hofrichter und Kanzler zu Schweidnitz 1414, 1419<sup>18)</sup>.

Georg Czettritz, Landschreiber, Hofrichter und Kanzler zu Schweidnitz 1417, 1418<sup>19)</sup>.

Heinz Benesch von Reichenbach, Hofrichter und Kanzler zu Schweidnitz 1437, 1441<sup>20)</sup>.

Albert Naschwitz 1439<sup>21)</sup>, Notar?

Paulus Croischwitz, Burggraf zu Fürstenstein, Kanzler und Hofrichter zu Schweidnitz 1440, 1452<sup>22)</sup>. Er wurde 1444 September 29 Kanzler<sup>23)</sup>.

Johannes Schoff gen. Gotsche, seit 1445 Dezember 6. mit der Kanzlei und dem Hofgericht

<sup>1)</sup> Reg. 4599. <sup>2)</sup> Reg. 4975, 5018, 5278. <sup>3)</sup> Reg. 5074, Rep. 135, D 347, S. 72 f. <sup>4)</sup> Okt. 21, Rep. 135, D 346, S. 23–27. <sup>5)</sup> Okt. 21, ebda. S. 27 f. <sup>6)</sup> Dez. 5, Fischer, Jauer I, S. 219 f. <sup>7)</sup> Rep. 135, D 377 b S. 4 f. Fischer, Jauer I, S. 229 f. Rep. 6, S.-J. Nr. 9 a (1367), Lehnurk. Bd. I, S. 89 f. <sup>8)</sup> Lehnurk. Bd. II, S. 211 f.

<sup>9)</sup> Reg. 4596, Rep. 135, Jau. Msc. 4, 276 f. Fischer, Jauer I, S. 145 f., 243 f. Rep. 39, S.-J. III 15 A fol. 8, C fol. 2 (1370). Sein Rücksiegel findet sich noch 1376, vgl. Rep. 91, Leubus 356. <sup>10)</sup> Rep. 39, S.-J. III 15 B, III 15 C 53 a, 99 b. Fischer, Jauer I, S. 246 f. Rep. 135, D 343, S. 42 f., 43 f. (1405 Juli 8) und S. 261 f. <sup>11)</sup> Rep. 39, III 15 A f. 9, III 15 B f. 17 b. <sup>12)</sup> Ebda. III 15 C f. 71 b. <sup>13)</sup> Fischer, Jauer I, 249 f. <sup>14)</sup> Rep. 39, S.-J. III 15 D 2 b, 84 b, III 15 G 4 a, 30 b, 358 b, III 15 H 84, III 15 L 7, IV 15 a, 14. Fischer, Jauer Bd. I, S. 250 f.

<sup>15)</sup> Vgl. den Band Rep. 39, S.-J. III 15 D. <sup>16)</sup> Ebda. III 15 D 27, III 15 E 27, 15 F 1. 15 J 102 u. 5. Rep. 135, Jau. Msc. 4, S. 301 f. <sup>17)</sup> Rep. 39, S.-J. III 15 G., 209 a, 15 K 1 b, 44 b, 79 a. IV 15 a, 6 a, 7 b, 18 a. Rep. 135, D 346, S. 7 f. <sup>18)</sup> Rep. 39, S.-J. III 15 L 7 b f., 10 a, 15 M, 10 b, 11 a u. b, 14 b, 21 b (1421?); IV 15 a, 14 b. <sup>19)</sup> Ebda. III 15 M, 11 a, 18 a, 55 a. Familiengeschichte von Czettritz. <sup>20)</sup> Urkundliche Geschichte der Grafen Reichenbach, Bd. I, 83 und 85 [Nr. 419 und 433]. Rep. 219, Fach 39, Nr. 1, Bl. 10. <sup>21)</sup> Rep. 219, wie vor.

<sup>22)</sup> Familiengeschichte von Czettritz, S. 167. Rep. 39, S.-J. III 15 S, 137 a bis 224 b, (1452); IV 15 a, 24 b, 25 (1448). Finanzarch. Wien S VI/7, S. 262 f., 269 f., Cod. Sil. XII, S. 82. <sup>23)</sup> Rep. 39, S.-J. III 15 S. fol. 1.

zu Schweidnitz belehnt, 1448 März 6 schon als Ausfertiger tätig, 1452 Mai 15 „nuncupatus pro cancellario“, noch 1460 nachweisbar<sup>1)</sup>.

Christophorus Schaffgotsch vom Kynast um 1468—1480<sup>2)</sup>.

Arnestus (Ernst) Schaffgotsch, der ältere, 1478; regelmäßig seit 1480; noch 1509, wahrscheinlich derselbe noch 1525 November 14<sup>3)</sup>.

Dominicus Pfortener, Kanzler 1520<sup>4)</sup>.

Anthonius Schaffgotsch, seit 1527 nachweisbar, stirbt 1535 November 7<sup>5)</sup>.

Hans Schaffgotsch auf dem Kreppehof, Bruder des vorigen, seit 1535 Dezember nachzuweisen<sup>6)</sup>, K. Kammerrat, stirbt 1572 Mai 23<sup>7)</sup>.

Adam Schaffgotsch v. Kynast auf Kemnitz, Fischbach und Friedland, seit 1572 November 8<sup>8)</sup>. Er tritt alsbald sein Amt „auf Kondition“ an Christoph Schaffgotsch ab.

Christoph Schaffgotsch auf Kemnitz und Langenau, seit 1582 Dezember 20<sup>9)</sup>, stirbt 1601 Juni 9<sup>10)</sup>. Darauf übernimmt der vorgenannte Adam wieder das Kanzleramt<sup>11)</sup>, stirbt aber schon 1601 August 1<sup>12)</sup>.

Konrad von Nimptsch v. Röversdorf auf Maiwaldau, Weiß-Leipe und Groß-Rosen, Kais.Truchseß, 1602 Februar 21<sup>13)</sup>, wird 1633 bei der Striegauer Plünderung tödlich verwundet<sup>14)</sup>.

Melchior von Lest auf Polckau, 1634 Dezember 21<sup>15)</sup>, stirbt 1659 vor Mai 21<sup>16)</sup>.

Ferdinand Freiherr v. Zedlitz, Herr auf Bolkenhain, Nimmersatt, Schildau, Rörsdorf und Wiesau, seit 1659 Mai 21, installiert Juli 1<sup>17)</sup>, kommt 1667 Dezember 23 zum letzten Mal vor.<sup>18)</sup>

Hans Friedrich Freiherr v. Nimptsch, Herr auf Ölse, Ober- und Nieder-Falckenhayn, Lauterbach, Ullersdorf, Neudorf und Teichau, seit 1668 Februar 27 nachweisbar<sup>19)</sup>, wird 1672 Landeshauptmann<sup>20)</sup>.

Hiob Christoph von Tschirnhaus auf Seifersdorf, Schönfeld, Hohen-Poseritz und Kauffung, ernannt 1672 Juli 23, installiert August 11<sup>21)</sup>, stirbt 1694 März 2<sup>22)</sup>, ist zugleich Landesältester.

Hans Heinrich Freiherr von Nimptsch, Herr auf Ölse, Ullersdorf, Neudorf, Teichau, Arnsdorf und Wickendorf, K. Amtsverwalter, Hofmeister und Landesältester, gewählt 1694 Juli 9, installiert Dezember 9<sup>23)</sup>, 1697 zum Landeshauptmann des Fürstentums Glogau ernannt<sup>24)</sup>.

Georg Siegmund Freiherr von Hocke auf Thomaswaldau, Lichtenwaldau, Mittlau, Heydau und

<sup>1)</sup> Siehe vorher S. 76, Anm. 1. <sup>2)</sup> Rep. 39, S.-J. III 15 S, f. 114 a, 224 b (1452). IV 15 a, 31 b (1460). <sup>3)</sup> Rep. 39, S.-J. III 15 W; 15 X, 144 b. Rep. 125. Cisterziens. Trebnitz Nr. 561. <sup>4)</sup> Rep. 39, S.-J. III 15 X, 81 b, 143 [1478]; III 15: Schwarzes Register Bl. 10 (1525 Nov. 14); Rep. 6, S.-J. Nr. 13 b (1492 Okt. 31) u. Nr. 1 k (1509 März 3); Rep. 135, Jan. Msc. 5, S. 3 f. Fischer, Jauer I, S. 284 f. Von 1481 ab befindet sich in den Landbüchern eine mehrere Jahrzehnte umfassende Lücke. <sup>5)</sup> Rep. 39, S.-J. IV 15 e. (Zwölferbuch, Titelblatt). Er war vielleicht nur Schreiber des Zwölferrechts? <sup>6)</sup> Rep. 39, S.-J. III 15, Schwarzes Register, Bl. 11 (1527); III 15 BB Bl. 1 (1535). <sup>7)</sup> Ebd. III 15 AA Bl. 20 [Dez. 20]. <sup>8)</sup> Ebd. III 15 FF 2. Zählg. Bl. 101. <sup>9)</sup> Ebd. 3. Zählg. Bl. 1. <sup>10)</sup> Ebd. III 15 HH, 1. Blatt. <sup>11)</sup> Ebd. III 15 LL, Bl. 38. <sup>12)</sup> Ebd. Bl. 38. Er ist jetzt auch Freiherr von Trachenberg, Herr zu Prausnitz. <sup>13)</sup> Ebd. Bl. 27. Bis zur Neuordnung der Pfandverhältnisse der Kanzlei wurden die Lehnbriefe im Namen seiner Erben ausgefertigt. <sup>14)</sup> Rep. 39, S.-J. II 1 e, 2. Teil 52 b; bestätigt 1602 Dez. 4, Fü 238, 4, S. 70. <sup>15)</sup> Fü 238, 3, S. 825. <sup>16)</sup> Rep. 39, S.-J. III 15 QQ, Bl. 15 f. <sup>17)</sup> Ebd. III 1 e u. folg. Anm. <sup>18)</sup> Ebd. III 15 SS, Bl. 1. <sup>19)</sup> Ebd. III 15 TT, Bl. 636. <sup>20)</sup> Ebd. III 15 VV, Bl. 6. <sup>21)</sup> Rep. 39, S.-J. III 15 WW, Bl. 1 f. <sup>22)</sup> Ebd. <sup>23)</sup> Ebd. III 15 ZZ, Bl. 167 f. <sup>24)</sup> Ebd. III 15 ZZ, Bl. 547 f.



Bischdorf, wirl. K. Kämmerer und Landesältester, gewählt 1697 September 23, erst 1698 bestätigt<sup>1)</sup>, stirbt 1699 April 27<sup>2)</sup>.

Hans Anton Graf von Schaffgotsch, Freiherr zu Trachenberg, Erbherr auf Greifenstein, Kynast, Giersdorf und Boberröhrsdorf, wirl. Kämmerer und Oberamtsrat, obrister Erbhofmeister und Erbhofrichter, präsentiert 1699 November 9, 1700 August 3 vom Kaiser gewählt, installiert Oktober 25<sup>3)</sup>, wird 1705 Januar 5 Landeshauptmann der Fürstentümer<sup>4)</sup>.

Conrad von Tschirnhaus auf Grunau, Landesältester, bestallt 1705 Juli 6, installiert Juli 18<sup>5)</sup>, stirbt 1720 Juli 30<sup>6)</sup>.

Ernst Rudolf Freiherr von Matuschka und Toppolczan, Herr auf Börnichen und Ober- und Nieder-Thomaswaldau, zugleich Landesbestallter, präsentiert 1720 Dezember 10, bestallt 1721 März 1, installiert Dezember 16<sup>7)</sup>, stirbt 1725 Februar 13 zu Liegnitz<sup>8)</sup>.

Ernst Friedrich Reichsgraf von Almesloe, Freiherr von Tappe, Erbherr auf Berthelsdorf am Queis, bischöflich Breslauischer Regierungsrat und „Landeshauptmann des Bistums Breslau sowie des Weichbilds Grottkau“, K. Kämmerer, unbestätigt tätig schon seit 1723 Juli 17<sup>9)</sup>, als Kanzler bestätigt 1725 Dezember 31<sup>10)</sup>, noch 1740 im Amt<sup>11)</sup>.

### Die der Landeshauptmannschaft nicht unterstellten königlichen höheren Beamten.

Interessen finanzieller und politischer Natur machten dem böhmischen König die Einsetzung von leitenden Beamten zur Notwendigkeit, die der Kontrolle des Landeshauptmanns oder der Stände nicht unterstellt waren.

So gelang es ihm im 16. Jahrhundert gegen die Ansprüche der Stände<sup>12)</sup>, die Erhebung der Biergefälle einem rein königlichen Obereinnehmer in jedem Fürstentum vorzubehalten<sup>13)</sup>. Der Versuch, den die Stände von Schweidnitz-Jauer 1620 machten, auch für das Biereinnehmeramt dem Indigenatsrecht Geltung zu verschaffen, mißlang mit dem Sturze des Winterkönigs<sup>14)</sup>.

Von besonderer Bedeutung aber war die Einsetzung eines besonderen königlichen Kontrollorgans über Landeshauptmann und Stände in der Person des Fiskals. Die ursprüngliche Aufgabe des Fiskals war die Wahrnehmung der finanziellen Interessen der Krone sowie die Betreibung

<sup>1)</sup> Ebda. <sup>2)</sup> Ebda. III 15 AAA, Bl. 175 f. <sup>3)</sup> Ebda. 1699 Nov. 9 hatte auf dem Landtage zu Jauer die meisten Stimmen Baron von Tappe, nämlich 60, Schaffgotsch nur 30 Stimmen erhalten, ebda. II 3 h; siehe auch ebda. 1700 Okt. 25. <sup>4)</sup> Ebda. III 15 BBB, Bl. 97 f. <sup>5)</sup> Ebda. Bl. 98; vgl. auch II 3 i, Landtag vom 18. Febr. 1705, auf dem die meisten, 73 Stimmen auf Graf Otto von Nostitz gefallen waren, während Tschirnhaus 28 Stimmen erhalten hatte. <sup>6)</sup> Ebda. III 15 FFF, Bl. 292. <sup>7)</sup> Ebda. u. II 3 l, 1721 Dez. 16. <sup>8)</sup> Vgl. ebda. III 15 GGG, Bl. 437 u. II 3 l, Todestag nach Weltzel in Rep. 47, Pers. Matuschka. <sup>9)</sup> Ebda. III 15 GGG, Bl. 441. <sup>10)</sup> Ebda. II 3 l, 1726 März 16. <sup>11)</sup> Ebda. III 15 MMM. <sup>12)</sup> Rachfahl, S. 371 f. <sup>13)</sup> Vgl. über die Organisation Rachfahl, S. 275 f., 308 f., 370 f. Czepko [siehe Quellen Nr. 111, 1650 Febr. 12] zählt für 1650 nur den „Zollamtman“ mit 16 [Unter-]Einnehmern und Gegenschreibern sowie 3 Zollbereitern auf; über die Organisation der Zollbehörden vgl. Rachfahl, S. 363 f. 1663 Juni 13 erteilte der Obereinnehmer der Biergelder seinen Untereinnehmern und Gegenschreibern eine Instruktion. Die Generalraitung des Obereinnehmers ging an die Kammer-Buchhalterei in Breslau [Stadtarch. Breslau, OA. Schweidnitz-Jauer]. <sup>14)</sup> Fü 236, S. 344, S. 714 f. Bis 1587 war der Kammerrat Siegmund von Zedlitz Obereinnehmer; mit seiner Ernennung zum Kammerpräsidenten gab er das Amt ab. [Fü 236, 2, S. 578]. 1648 ist Mathes von Püschel (Pischel) auf Bögendorf Obereinnehmer [siehe Quellen Nr. 106, 1648 Jan. 7]; sein Nachfolger ist von April 1649 ab Gottfried Fiebing [Finanzarch. Wien, S. VI/7, S. 164–177. 1661 Nov. 14]; 1671 ist Hans von Frankstein nachweisbar [Akten-Repertor der Stadt Schweidnitz, Bl. 43 b, das betr. Aktenstück fehlt.]

der fiskalischen Prozesse<sup>1)</sup>. Während seit dem 16. Jahrhundert in Nieder- und Oberschlesien besondere Persönlichkeiten mit diesem Amte betraut worden waren<sup>2)</sup>, besaß in Schweidnitz-Jauer der Landeshauptmann selber die Jura fisci<sup>3)</sup>. Dieser mußte es daher als eine Beeinträchtigung seiner Rechte ansehen, daß der Kaiser 1615 den Dr. Tobias Scultetus zum besonderen Fiskal der Fürstentümer ausersah<sup>4)</sup>, nachdem Schweidnitz-Jauer schon 1609 dem Scultetus als Fiskal von Niederschlesien zugewiesen worden war<sup>5)</sup>. Die heftigen Angriffe, die die Stände gegen diese Neuernung richteten, lassen vermuten, daß die Änderung vornehmlich gegen die unter dem Hauptmann v. Warnsdorff allzu stark gestiegene ständische Macht gerichtet war<sup>6)</sup>. Unter dauernden Beschwerden und Protesten der Stände gewannen die Fiskale seit dem 2. Jahrzehnt des 17. Jahrhunderts Einfluß auf die Landesverwaltung<sup>7)</sup>. So vertrat der Fiskal-Prokurator Martin v. Knobelsdorff gleich nach seiner Ernennung den Hauptmann in der Erteilung des Landtags-Schlußvotums vom 11. Dezember 1630<sup>8)</sup>. Die Instruktion des Fiskalats-Amtsadjunkten Daller vom 7. Januar 1648<sup>9)</sup> verlangte von diesem denn auch die politische Überwachung von gefährlichen Korrespondenzen<sup>10)</sup> und Zusammenkünften, sowie von Konspirationen mit dem Feinde und überhaupt die Aufsicht über die Konstitution der Fürstentümer. Die eigentliche Aufgabe bestand daneben in der Einbringung fiskalischer Schuldforderungen, in der Feststellung der kaiserlichen Rechte an Land-, Ritter- und Kammergütern, in der Überwachung der Regalien wie der Zollerträge, der Bier-Einfuhr und -Ausfuhr, der Einziehung der Nachlassenschaft aller ohne Testament und Erben verstorbenen Personen, insbesondere der Geistlichen<sup>11)</sup>, in der Wahrung der kaiserlichen Interessen bei Grenzstreitigkeiten und bei der städtischen Finanzverwaltung. Auch die Justizverwaltung, die Landesicherheit, das moralische Verhalten der Untertanen, also, wie es scheint, fast das ganze Ressort des Landeshauptmanns, unterstanden der fiskalischen Kontrolle. 1648 wurde der Fiskalats-Amtsadjunkt dem niederschlesischen Kammerfiskal unterstellt, 1650 aber wieder ein besonderer Fiskal für Schweidnitz-Jauer und die Grafschaft Glatz eingesetzt<sup>12)</sup>.

Die Namen einiger Fiskale, soweit sie sich zufällig ermitteln ließen, seien erwähnt: 1609, 1615, Dr. Tobias Scultetus von Bregoschütz und Schwanensee<sup>13)</sup>; 1627 August 31 Michael

<sup>1)</sup> Schröder, Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte, 5. Aufl., S. 849. Rachfahl, S. 465. Vgl. neuerdings Jaroslav Demel, Geschichte des Fiskalates in den böhmischen Ländern, I. Teil: Böhmen bis 1620. (Dopsch's Forschungen zur innern Geschichte Österreichs, 5. Heft), Innsbruck 1909. Ein weiterer Teil soll Schlesien behandeln. Joh. Anton de Friedenberg, Abhandlung von den in Schlesien üblichen Rechten (1738) I, Kap. 8, S. 136 f.; Schickfus III, S. 248 f. Vgl. auch über die Pflichten des Fiskals, Gude, Staat von Schlesien, S. 440 f.; Hintze in Acta borussica, Behördenorganisation VI 1, S. 536 f.; siehe auch Rep. 39, S.-J. I 3, 5, 7. <sup>2)</sup> Rachfahl, S. 352 ff., 465.

<sup>3)</sup> Durch die Instruktion von 1523; siehe Quellen Nr. 27. <sup>4)</sup> Fü 236, 7, S. 1129. <sup>5)</sup> Rep. 135, Jau. Msc. VI, 752. Fü 236, 7, S. 1208 f. <sup>6)</sup> Vgl. die ständischen Proteste von 1615 Okt. 1 und 1616 Febr. 22. Fü 236, 7, S. 1129, 1208 f. <sup>7)</sup> Vgl. Walther II 478, kais. Bescheid d. d. Prag 1616 März 21, daß die jura fisci dem Kaiser und nicht den Ständen zukämen; Beschwerden von 1626: Fü 236, 9, S. 49; 1629: ebda. S. 923; 1649: Fü 238, 6, S. 1066; siehe auch Rep. 39, S.-J. II 12 g. <sup>8)</sup> Fü 236, 9, S. 1331, 1359. Er vertritt den Hauptmann häufiger, so 1631: Fü 236, 10, S. 290; 1637: Fü 238, 1, S. 281. <sup>9)</sup> Er erhielt schon am 6. Nov. 1647 Vollmacht von der schlesischen Kammer als Adjunkt für Schw.-J. neben dem niederschlesischen Fiskal Sebastian Jenisch, Fü 238, 5, S. 1087 f.

Die Instruktion von 1648 Jan. 7 siehe Quellen Nr. 106. <sup>10)</sup> Alle Registraturen der Landeskanzlei sollten ihm offenstehen, Fü 238, 5, S. 1087 f., vgl. auch Rep. 39, S.-J. III 1 e (1661 Aug. 27). <sup>11)</sup> vgl. Quellen Nr. 111, (1650 Febr. 12). <sup>12)</sup> Vgl. Quellen Nr. 113, 1651 April 25. Auch diese Instruktion betont die Verantwortlichkeit des Fiskals neben dem Hauptmann dafür, daß keine Landeszusammenkünfte ohne Erlaubnis stattfinden. Friedenberg a. a. O. I 139 schreibt, die Instruktionen der Fiskale seien „niehmalen zu sehen“.

<sup>13)</sup> Siehe Rep. 135, Jau. Msc. VI, 751 f.



Pastorius<sup>1)</sup>; 1629 Februar 15 Paul Fiebing<sup>2)</sup>; 1632, 1637 Martin Knobelsdorff<sup>3)</sup>; 1645 Venediger<sup>4)</sup>; 1647 November 6 Mathäus Daller<sup>5)</sup>; 1648 Boxheimer<sup>6)</sup>; 1653, 1660 Frischeisen v. Eisenberg<sup>7)</sup>; 1661 Andreas Herzog<sup>8)</sup>; 1676, 1697 Johann Jacobi<sup>9)</sup>.

Unterstanden dem Fiskal zwar auch die Städte, besonders in finanzpolitischer Hinsicht, so machte doch der Widerstand dieser kräftigen republikanischen und völlig protestantischen Gebilde gegen das neue Regime seit 1626 die zeitweilige Einsetzung besonderer Kontroll-Organe nötig. Es waren dies die aus der böhmischen Verfassung übernommenen Königsrichter, denen 1629 die Beaufsichtigung der städtischen Verwaltung und die Rekatholisierung der Bürgerschaft übertragen wurde, die aber nach kurzer Zeit wieder aus dem städtischen Verfassungsleben verschwanden<sup>10)</sup>.

## 2. Die Organe der Landstände.

### Der Landtag.

Die Berufung des Landtags erfolgte durch den Landeshauptmann<sup>11)</sup>. Die Initiative zur Berufung, die in der Zeit vor 1527 meist von den Ständen oder vom Landeshauptmann selbst ausgegangen war, wurde nun wieder zum Vorrecht des Landesherrn. 1549 betonte der König, „das sich den landen, so gleychwol under eynen konige ader landts fursten wohnen, nicht gezympt, ane yrer herrschaft zulassung under ynen selbst zusamenkompfften zu halten.“<sup>12)</sup> Die dieser Willensmeinung gerecht werdende neue Formel, „darauf hetten ire majestat den landtag ausschreiben lassen“<sup>13)</sup>, enthält die Vernichtung eines der bedeutendsten alten ständischen Vorrechte, die des Versammlungsrechts. Das Recht, einen Landtag zu erbitten, war damit den Ständen unbenommen<sup>14)</sup>. Auch blieb der Landesherr zur Berufung der Landtage verpflichtet, denn das ständische Bewilligungsrecht blieb im 16. Jahrhundert unangetastet<sup>15)</sup>. Um die Wende des 16. und den Beginn des 17. Jahrhunderts versuchten die Stände, das alte freie Versammlungsrecht wiederzugewinnen. In dem Kampfe gegen den Landeshauptmann Mathes von Logau, dessen ungeheure Schuldenlast das Ansehen der Hauptmannschaft völlig untergraben hatte, erhielten sie das Recht, in dieser Schuldenangelegenheit selbständig Versammlungen abhalten zu dürfen<sup>16)</sup>. Nach Logaus Tode, 1593, baten die Stände den Kaiser, bis zur Ernennung eines neuen Hauptmanns selbständig Zusammenkünfte halten zu können<sup>17)</sup>. Eine solche allgemeine Erlaubnis wurde ihnen nicht

<sup>1)</sup> Allg. Arch. d. Innern, Wien, Schles. IV, H 3, C 608, fol. 1. <sup>2)</sup> Oder Fiebig, Fü 236, 9, S. 923; Rep. 39, S.-J. III 6 a. <sup>3)</sup> Fü 236, 10, S. 611. Fü 238, 1, S. 250. <sup>4)</sup> Fü 238, 3, S. 541. <sup>5)</sup> Siehe S. 82. <sup>6)</sup> Rep. 39, S.-J. III 6 a. Er wird 1649 Jan. 9 als tot bezeichnet, Fü 238, 6, S. 976 f. <sup>7)</sup> Rep. 39, S.-J. III 9 g. <sup>8)</sup> Ebda. III 1 e, Zeitschr. XII, S. 60. <sup>9)</sup> Ebda. III 23 a. <sup>10)</sup> Vgl. E. Wernicke, Johannes Büttner, der Königsrichter von Bunzlau, Zeitschr. 20, S. 235 f. [betr. auch die anderen Königsrichter von S.-J.]; Karl Frank, Die Institution der Königsrichter in: Zeitschr. des deutschen Vereins für die Gesch. Mährens u. Schles., Bd. X, 394 f., desgl. Bd. XI u. XII. Über Eid und Instruktion des Königsrichters vgl. J. Krebs, Acta Publica 1629, S. 210 ff. 224; siehe auch Schmidt, Gesch. von Schweidnitz II S. 39; Fischer, Gesch. v. Jauer II, S. 119. Rep. 135, Jau. Msc. 37, S. 700, 701, 703 (Königsrichter zu Löwenberg); ebda. E 100 (Adam Reiprich zu Reichenbach, siehe über ihn auch Rep. 39, S.-J. III 15 00, Bl. 44 b) und ebda. E 97; Jau. Msc. 11, S. 639 f. <sup>11)</sup> Vgl. die Sammlung von Original-Gebotsbriefen, Rep. 135, Jau. Msc. Quart. 56. <sup>12)</sup> 1549 Dez. 2, S.-J. II 1 b, Bl. 23 b. <sup>13)</sup> 1549, S.-J. II 1 b, Bl. 1. <sup>14)</sup> 1534, siehe Rep. 135, Jau. Msc. Quart 56, Gebotsbriefe des Landeshauptmanns, Bl. 5 u. Quellen Nr. 38, 1549 Mai 19; desgl. 1608 Mai 13. S.-J. II 1 f., 196 b f. u. oft. <sup>15)</sup> Vgl. z. B. 1550 Mai 8: „solcher von den ständen angenommener und bewilligter abschiede“. Kgl. St.-A., Rep. 6, Nr. 1 t. <sup>16)</sup> Siehe S. 69. <sup>17)</sup> März 8. Fü 236, 4, S. 713 f.

gewährt<sup>1)</sup>. Deshalb versuchten sie 1607 in ähnlicher Lage nochmals, für ihre Ältesten die Vollmacht zur selbständigen Berufung von Landtagen und Ausschüssen zu erwirken<sup>2)</sup>. Jedoch heißt es im gleichen Jahre noch, daß „die hern landtende itziger zeit in der vacantz des kays. amts diser furstenthumb keine zusammenkunft halten können“<sup>3)</sup>.

Erst der dreißigjährige Krieg als gewaltiger Umwerter alter Rechte brachte mit seinen oft plötzlichen Truppenfluten viele eilende und eigenmächtige Zusammenkünfte einzelner lokaler Gruppen der Stände<sup>4)</sup>. Die Gesamtstände wurden in dieser Zeit häufig von den siegreichen Feldherrn berufen<sup>5)</sup>, aber zeitweilig auch von den Oberrechtssitzern als Vertretern der Stände. Die Oberrechtssitzer beriefen 1632 am 8. November den Landtag<sup>6)</sup>, da der Hauptmann vor der sächsisch-schwedischen Einquartierung nach Wien geflohen war<sup>7)</sup>. Ihr Beschluß ging dahin, zwar dem Könige die Zusammenkünfte anzuzeigen, aber häufiger zusammenzukommen, als bisher, denn die Gravamina seien alle nicht zu erzählen. Das stärkste dieser Gravamina war die Erkenntnis der zielbewußten Unterdrückung des Landtags durch den neuen Landeshauptmann von Bibran<sup>8)</sup>. Bibran handelte hierbei nach einer heute leider unauffindbaren geheimen kaiserlichen bezw. erzherzoglichen Instruktion<sup>9)</sup>. Bei einem Landtage vom 21. August 1628 leitete er seine Politik mit den Worten ein<sup>10)</sup>: „Dass den stenden gegenwertige convocation bein der unmussigen erndtten zeit beschwerlich vorkome, wundern sich herr landeshaubttman, daß man dises vornehme cleinodt, dass ohne irer mtt. requisition sie zusamen gefodert werden möchten, man so geringe schätzen wolte; wurde solches ins kunftig gantz eingestellt werden, wolte er entschuldiget sein“.

Wie sehr es ihm gelang, dem kaiserlichen Willen zum Siege zu verhelfen, ergibt sich aus den Klagen der Stände, die in breiter Fülle hervorströmten, sobald einmal ausnahmsweise ein Landtag genehmigt wurde. Besonders beschämend für die stolzen Stände von Schweidnitz-Jauer war, daß dieses Verbot sie vorzugsweise vor allen andern schlesischen Ständen traf, daß es den benachbarten Fürstentümern „zum Spott gereiche“<sup>11)</sup>. Wie 1639, so beschlossen sie auch 1649, den Kaiser um die Aufrechterhaltung dieses notwendigen Stücks ihrer Verfassung zu bitten.<sup>12)</sup> Sie sahen sich zu ihrem Bemühen umsommer ermutigt, als der Kaiser selber während des Krieges nicht ohne Partikular-Landtage ausgekommen war. Denn 1642 Oktober 14<sup>13)</sup> waren statt eines unmöglich zustande kommenden Fürstentages in ganz Schlesien Partikular-Landtage ausgeschrieben worden, um das nötige Geld für den Truppen-Unterhalt zu beschaffen. Dieser Landtag hatte für Schweidnitz-Jauer der Kriegsnot wegen außerhalb des Landes, zu Neiße,<sup>14)</sup> stattgefunden.

<sup>1)</sup> So mußten sie 1593 einen Landtag zwecks Wahl der Gesandten zum Fürstentag ordnungsmäßig vom Kaiser erbitten. Rep. 39, S.-J. III 33 k, S. 44. <sup>2)</sup> Juli 2. S. -J. II 1 f, 88 a. <sup>3)</sup> Sept. 17. S.-J. II 1 f, 110 b. <sup>4)</sup> Vgl. Stadtarch. Schweidnitz II 34, z. B. Nr. 18 (1620 Nov. 23). <sup>5)</sup> 1627 Mai 8. Herzog Franz Albrecht von Sachsen beruft einen Landtag auf den 19. Mai nach Schweidnitz, Fü 236, 9, S. 517 f.; derselbe läßt, 1633 Febr. 3, durch den kurbrandenburgischen Burgsdorff'schen Oberstleutnant George Volckman einen Landtag berufen, Fü 236, 10, S. 781; Herzog Johann Wilhelm II von Sachsen beruft 1632 Sept. 10 einen Tag, Fü 236, 10, S. 702. <sup>6)</sup> Fü 236, 10, S. 734, 743. <sup>7)</sup> Fü 236, 10, S. 735, 765–768, 771. <sup>8)</sup> Fü 236, 9, S. 1038 f., desgl. Fü D, F 3, 1636 Aug. 4. <sup>9)</sup> 1639 erklärt Bibran, der Kaiser habe ihm jede Berufung des Landes ohne expresse Erlaubnis ganz und gar verboten, siehe Quellen Nr. 100, 1639 Nov. 3. Nach dem Tode Stahrembergs ergeht 1650 Dez. 29 die Weisung an seine Gemahlin, seine Instruktion aus den in seiner Wohnung befindlichen Schriften herauszusuchen und sofort nach Wien zu schicken. Rep. 39, S.-J. VII 3 f. <sup>10)</sup> Fü 236, 9, S. 859. <sup>11)</sup> Siehe die Verhandlungen in Quellen Nr. 100, 1639 Nov. 3. <sup>12)</sup> Siehe Quellen Nr. 110, 1649 Dez. 11. <sup>13)</sup> Fü 238, 2, S. 1036 ff., 1043 f., 1049 f. Schweidnitz-Jauer hatte 65000 Tlr. zu bewilligen und auszuteilen. <sup>14)</sup> Nov. 15, ebda.



Auch diesmal blieb das Bemühen der Stände erfolglos, sie erhielten eine vage Bestätigung des Kaisers, „dass sowohl in ordinariis als extraordinariis oneribus bey der alten zwischen landt und stätten vergliechenen verfassung sein beständiges verbleiben haben solle“. <sup>1)</sup>

Mehr als zwei Jahrzehnte noch blieb das Verbot der Landtage in Kraft, bis 1674 das auf dem Fürstentag verhandelte „Importante werk der Steuer-indiction“ den Ständen eine bessere Handhabe zur Erreichung ihres Zwecks bot. Sie beantragten <sup>2)</sup> mit Rücksicht auf die Förderung der Steuerreform beim Kaiser, ihnen überhaupt wieder allgemeine Zusammenkünfte und dem Kön. Amte das besondere Recht zu gestatten, sie einmal im Jahre ganz selbständig zusammenrufen zu dürfen. Das vom Kaiser erforderte Gutachten des Oberamts bezw. des Landeshauptmanns von Schweidnitz-Jauer führte aus, <sup>3)</sup> daß erst die kaiserlichen Reskripte von 1640 und 1642 die Abhaltung der Landtage verboten hätten und stellte unbegrenzte Wiedergestattung der Landtage anheim. Dieses Gutachten sowie eine wahrscheinlich von einem ständischen Beamten der Fürstentümer verfaßte historische Deduktion <sup>4)</sup> führten zu dem Ergebnis, daß ein kaiserliches Dekret vom 29. Dez. 1674 <sup>5)</sup> die Ausschreibung von Landtagen, so oft es die Notdurft erfordere, zuließ. Die Beratungsgegenstände mußten von den Ständen dem Hauptmann und von diesem dem Kaiser zur Genehmigung mitgeteilt werden.

Die kaiserliche Instruktion vom 25. April 1697 brachte dagegen wieder eine Einschränkung, indem sie nur einen Landtag im Jahre gestattete <sup>6)</sup>. Auf diesen Landtagen wurden im 18. Jahrhundert vornehmlich nur die Neuwahlen für die erledigten Landesämter vorgenommen.

Als Tagungsort für die Landtage kamen in der Hauptsache Schweidnitz und Jauer in Betracht. Schweidnitz besaß als die alte Herzogsresidenz und als die vornehmste Stadt der Fürstentümer einen Vorrang <sup>7)</sup>, der wegen der Aufbewahrung der Landeskanzlei in dieser Stadt auch praktisch berechtigt war. Jauer war dagegen die Residenz des Landeshauptmanns, und eine der Hauptforderungen des Adels an den Hauptmann war, die Landtage altem Brauche nach in der Mehrzahl nach Jauer zu legen <sup>8)</sup> als der von allen Seiten am bequemsten zu erreichenden Stadt. Auch in anderen Weichbildstädten der Fürstentümer sind namentlich in der älteren Zeit einzelne Landtage abgehalten worden <sup>9)</sup>.

Als Versammlungsort kamen, nachdem die herzoglichen Burgen in Schweidnitz und Jauer in Pfandbesitz gekommen und verfallen waren, das Minoritenkloster zu Schweidnitz und das Franziskanerkloster zu Jauer mit ihren großen Refektorien oder Konventsälen in Betracht <sup>10)</sup>.

Ritterschaft und Städteverordnete mußten in der Regel schon am Abend vor dem angesetzten

<sup>1)</sup> S.-J. II 1 i, 106 b (1650 Nov.), siehe auch S. 80 f., 83 b f., 106 a. <sup>2)</sup> Aug. 11; siehe Quellen Nr. 117, 1674 Aug. 11. <sup>3)</sup> Ebda. <sup>4)</sup> Siehe Quellen Nr. 119, 1674. <sup>5)</sup> S.-J. II 7 i. S.-J. III 12 i, vol. III. 27 b f. S.-J. II 5 n, 1674 Aug. 11. <sup>6)</sup> Siehe Quellen Nr. 131, 1697 April 25. <sup>7)</sup> Vgl. Tügners Versuch einer Erläuterung, Ff. 198, III, S. 8. <sup>8)</sup> Siehe Quellen Nr. 72, 1593, Punkt 7. <sup>9)</sup> Noch 1573 April 11 fand ein Kommissariatstag nebst gemeiner Versammlung zu Striegau statt, Rep. 39, S.-J. II 1 c, 2 b f.; 1591 Jan. 21: Landtag zu Hirschberg Ff. 236, 4, S. 264; 1660 Okt. 11 eine enge Zusammenkunft zu Hirschberg, S.-J. II 1 i, 384; über den Landtag zu Neiße siehe S. 84. <sup>10)</sup> Vgl. Jauer 1544, S.-J. II 1 a, 146 f. Fischer, Jauer II, S. 127. Sehr luxuriös ging es dort wohl nicht zu; 1620 wollen die Stände einen trockenen Abtritt im Kloster zu Jauer bauen, Ff. 236, S. 8. 479; siehe auch Schweidnitz 1544, S.-J. II 1 a, f. 147. 1549, S.-J. II 1 b, 4 f. 1594, Jan. Msc. II 426. 1660, S.-J. II 1 i, 309 b. Das Kloster war seit 1547 von der Stadt übernommen worden, Zeitschr. XV, S. 480 ff.

Landtage am Tagungsort eintreffen und am andern Morgen in der Frühe erscheinen<sup>1)</sup>. Die Verhandlungen dauerten oft mehrere Tage; der Landtag vom Januar 1548 zog sich zum wirtschaftlichen Schaden aller Teilnehmer bis in die dritte Woche hin<sup>2)</sup>.

Prälaten und Adelige hatten in eigener Person zu erscheinen<sup>3)</sup>. Der Adel sollte vollzählig<sup>4)</sup> sich einfinden. Es war nicht gestattet, sich vertreten zu lassen<sup>5)</sup> und dem Lande zum Spott „das gesindle“<sup>6)</sup> zu schicken, wie der Adel aus wirtschaftlichen Gründen gern tat. Die Städte waren durch ihre Abgeordneten vertreten, und zwar sollten diese ansehnliche und bevollmächtigte Personen sein, nicht „nur Stadtschreiber“ und Diener; denn diese kämen, wie der Adel klagte, ohne Vollmacht und gedächten stets, die Verhandlungspunkte, die ihnen nicht gefielen, hinter sich zu tragen<sup>7)</sup>.

Die Ankündigungen der Landtage, die Gebotsbriefe, wurden von gerichtlichen Unterbeamten, den Pfändern oder Landeskämmerern<sup>8)</sup>, in den Weichbildern umhergetragen und sollten von jedem Landsassen eigenhändig unterzeichnet werden<sup>9)</sup>. Das Erscheinen auf dem Landtag wurde in wichtigeren Fällen „bei verlust der lehen“<sup>10)</sup> befohlen, sonst standen Geldstrafen auf dem Nichterscheinen<sup>11)</sup>. Bei Eröffnung des Landtags wurde zur Ermittlung der Fehlenden das Landregister verlesen<sup>12)</sup>. Trotz dieser Vorsichtsmaßregeln war die Klage über den schlechten Besuch der Landtage eine stehende<sup>13)</sup>. Der Landtag vom 12. Januar 1550 war beschlußunfähig „von wegen der abwesenden landtessen und belehnten“<sup>14)</sup>. Auf dem Landtage zu Jauer am 3. und 4. Februar 1588 fehlten etwa 73 Einheimische von Adel, 19 Geistliche, 23 nichtadelige Lehnleute und Gemeinden, sowie 4 Städte; außerdem wurden 24 im Ausland befindliche Adelige und 31 Witwen von Adel festgestellt, deren Stimmen ausfielen<sup>15)</sup>. 1601 erschienen zu Jauer<sup>16)</sup> neben dem Landesbestallten und zwei Landesältesten aus dem Weichbild Schweidnitz 4, aus dem von Jauer 5, Striegau 5, Löwenberg 3, Bunzlau 2, Hirschberg 5, Bolkenhain-Landeshut 6, Reichenbach 4, also 37 Personen, 1602<sup>17)</sup> 49 Personen, 1607 März 5: 47 Landsassen<sup>18)</sup>, im gleichen Jahre am 9. und 10. März 61 Landsassen<sup>19)</sup> und zwar bei einer Gesamtzahl von mindestens 300 landtagsfähigen Adeligen<sup>20)</sup>. 1633

<sup>1)</sup> So 1554, S.-J. II 1 b, 98 a, siehe auch Quellen Nr. 58, 1573 Aug. 31. <sup>2)</sup> S.-J. II 1 a, 228 b. <sup>3)</sup> Rep. 135, Jau. Msc., Quart 56, S. 55, ebenso S.-J. II 1 a, 116 b. Frauen schienen Vertreter senden zu können, so vertritt 1633 ein Carl von Landseron seine auf Schmellwitz ansässige Schwiegermutter, Fü 236, 10, S. 783. <sup>4)</sup> Rep. 135, Jau. Msc., Quart 56, S. 147 „das ir alle und eyn yder“. <sup>5)</sup> Ebda. S. 25 „und keiner in des andern macht“. <sup>6)</sup> So 1619 Juli 19, S.-J. II 5 e und Fü 236, 8, S. 236. <sup>7)</sup> Vgl. Quellen Nr. 31, 1539 Mai 24 und S.-J. II 1 b, 98 a (1554 Sept. 20). <sup>8)</sup> Haus-, Hof- und Staatsarch. Wien, Schles. Akten Fasc. 1, Bl. 40 b u. oft. Fü 236, 3, S. 408, Rep. 39, S.-J. II 1 b, S. 178 und II 5 a. Sie waren offenbar die Nachfolger des alten Hofbeamten, des Kämmerers, dem ebenso, wie später ihnen, Steuererhebung und Pfändung zugestanden hatte, vgl. Tzschoppe und Stenzel, S. 71. <sup>9)</sup> S.-J. II 1 c, 156 a. Fü 236, 3, S. 408. <sup>10)</sup> So Jan 1548, S.-J. II 1 a, 225 f. <sup>11)</sup> S.-J. II 1 f., 226 a (1608). <sup>12)</sup> S.-J. II 1 f., 226 a (1608); II 5 h, S. 31 (1654); II 1 f., 205 b (1608). <sup>13)</sup> So Fü 236, 3, S. 414; 236, 4, S. 264 (1591); S.-J. II 1 e, 2. Teil, Bl. 101 a. <sup>14)</sup> S.-J. II 1 b, 30 b. <sup>15)</sup> Die Zahlen sind nur annähernd richtig zu ermitteln, Fü 236, 3, S. 41 f. <sup>16)</sup> S.-J. II 1 e, 96. <sup>17)</sup> Ebda. S. 64 f. <sup>18)</sup> S.-J. II 1 f., 38 a f. <sup>19)</sup> Ebda. S. 44 f. 1609 sind 76 Stimmen (Fü 236, 7, S. 232), 1612 Juni 19 sind 66 Stimmen (ebda. S. 824), 1615 Okt. 1 sind 44 Stimmen (ebda. S. 1100) zu zählen. <sup>20)</sup> 1619 betrug die Zahl der Landtagsfähigen: 1 Graf, 7 Freiherrn und 252 Angeseßene von Adel, dazu 32 Leihgedingsfrauen und 37 unmündige Besitzer von Gütern, vgl. Quellen Nr. 85 von 1619. Dem gegenüber berechnete Czepko 1650 etwa 920 Schlösser und Rittersitze für Schweidnitz-Jauer (siehe Quellen Nr. 111, 1650 Febr. 12), von denen und von deren Gütern infolge des Kriegs und der Abnahme des Ritterstandes 1652 viele wüst lagen. S.-J. II 1 i, 324 f. Vgl. auch Quellen Nr. 114, 1657 (15 geistliche Lehnleute, 1 Fürst, 7 Grafen, 15 Herren und der gewöhnliche Adel).



Februar 3<sup>1)</sup> erschienen neben den Ältesten und Städten 66 von Adel, während auf dem Landtag von 1632 Juli 8 nur ein Siebentel der Landsassen anwesend war<sup>2)</sup>. 1664 Februar 12 wurden 130 Stimmen gezählt<sup>3)</sup>. Die Zahl der Städtevertreter schwankten auch nach der Wichtigkeit der Beratungsgegenstände. 1609 März 24 wurde es als eine sehr hohe Zahl bewertet, daß 19 Vertreter der Städte anwesend waren<sup>4)</sup>. Besonders in Kriegszeiten überwog der Anteil der Städter verhältnismäßig den der andern Stände, da Adel und Geistliche es nicht wagten, ihre Güter zu verlassen, um sie nicht ganz der militärischen Willkür preiszugeben<sup>5)</sup>. Wenn andererseits viele Landsassen zum „gemeinen Gebot“ erschienen, wurden die Verhandlungen verlangsamt und die Zehrungskosten für den Einzelnen empfindlich erhöht<sup>6)</sup>.

Wer ordnungsmäßige Gründe für sein Fehlen hatte, mußte sich schriftlich entschuldigen. Gegen das vorzeitige Wegreiten der Ritter und Verordneten vor der Beschlußfassung hatte der Hauptmann vor der Mitte des 16. Jahrhunderts das einfache Mittel ergriffen, die Stadttore während der Gebote schließen zu lassen. Jedoch wurde auf Antrag der beleidigten Ritterschaft statt dieses Verfahrens 1546 die gleiche Pfändungsstrafe für die vorzeitig sich Entfernenden, wie für die Fehlenden festgesetzt<sup>7)</sup>.

Die Form der Verhandlungen und die Art der Abstimmung läßt sich aus den Quellen des 15. Jahrhunderts fast gänzlich, besser aus denen des 16. und 17. Jahrhunderts ermitteln.

Im Sitzungssaal steht eine lange Tafel<sup>8)</sup>, an der der Hauptmann, die Landesältesten und sonstigen Landesoffizier sitzen<sup>9)</sup>; die Plätze sind festgelegt<sup>10)</sup>. Die Verhandlungspunkte, die Proposition, werden den Ständen vom Landeshauptmann oder dessen Vertreter<sup>11)</sup> vorgelesen, nachdem sie vom König durch Kommissare oder durch schriftliche Mitteilung dem Hauptmann bekannt gemacht worden sind<sup>12)</sup>. Zur Beratung dieser Punkte trennen sich Prälaten und Adel einerseits, die Städte andererseits, sie erbitten den „Abtritt“ aus der großen Stube. Diese Trennung barg die Gefahr in sich, daß der Landtag in Sondersammlungen zerfiel, die sich zu keinem gemeinsamen Beschluß mehr zusammenfinden konnten. Dieser Fall trat in den Jahren 1549 und 1550 bei den Beratungen über die Bewilligung der Ritterdienste ein, Städte und Ritterschaft warfen sich gegenseitig Absonderung vor<sup>13)</sup>. Ordnungsmäßig erfolgte nach beendigter Beratung der beiden Kurien die Abgabe

<sup>1)</sup> Fü 236, 10, S. 781. <sup>2)</sup> Fü 236, 10, S. 629, 651. <sup>3)</sup> S.-J. II 1 n, 25 b f. <sup>4)</sup> Fü 236, 7, S. 82. <sup>5)</sup> Vgl. 1622 Okt. 20, Fü 236, 8, S. 851. <sup>6)</sup> Siehe Quellen Nr. 74, 1600 Febr. 28 und Quellen Nr. 76, 1601 Mai 16. Auch 1608 Febr. 12/13 waren viele Landsassen da, Rep. 39, S.-J. II 1 f, 176 ff. <sup>7)</sup> S.-J. II 1 a, 178 f., 181 a, siehe auch Quellen Nr. 58, 1573 Aug. 31. <sup>8)</sup> S.-J. II 1 e, 2. Teil, S. 55. <sup>9)</sup> Siehe Quellen Nr. 101, 1640 März 28.

<sup>10)</sup> Das ist nach Analogie eines uns erhaltenen „Schema sessionis“ anzunehmen, das die Sitzordnung der Stände des Ohlauischen Weichbildes feststellt. Kgl. St.-A., Rep. 21, F. Brieg II 7 z (1724). <sup>11)</sup> Vertreter sind der Amtsverweser, der Kanzler, später der Fiskal, auch der Amtskanzler. <sup>12)</sup> So besonders im 4. und 5. Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts, z. B. 1550 Jan. 26, S.-J. II 1 b, Bl. 4 b, 124. Schreiben siehe (1556) ebda., S. 176, 178 u. oft; siehe auch Quellen Nr. 58, 1573 Aug. 31. <sup>13)</sup> S.-J. II 1 b, 4 b (1549 Okt. 18), S.-J. II 14 c. Auf die Schatzungsvorschläge der Ritterschaft, die die Aufstellung der Ritterdienste ermöglichen sollten, antworteten die Städte 1550 Febr. 4: „Nach genomener bedacht und gehaldenem ratte haben die von steden volgendes montages ym closter zu fruer tagzeyt denen von der ritterschaft dies allenthalben abgeschlagen aus diesen volgenden ursachen, weyl yn dieser ganzen handlung, so lange die geweret, die von der landtschaft yre ratschlege bessunders und ane dere von steden beysein gehalten, und also allemal yedes teyl bessunders die herrn koniglichen commissarien bedantwortet, Wolte ynen auch izundt nicht gezymen, sich mit ynen zu vormengen und ssamtlich einzulassen, forderlich dieweyl auch die von steden dissal bey und neben der ritterschaft ausschuss nit gewest noch dorein weren genommen

des Votums zuerst von seiten der Ritterschaft und der Prälaten, dann von seiten der Städte. Nur wenn die beiden Vota verschieden ausfielen, traf der Hauptmann die in seinem Ermessen liegende Entscheidung, sonst blieb es bei den ständischen Voten<sup>1)</sup>.

Die Verfassungsänderung von 1627 brachte unter der Hauptmannschaft Bibrals eine strengere Form der Verhandlungen, die gleichzeitig in ganz Schlesien nachweisbar wird, also von den österreichischen Behörden eingeführt worden ist. Der Hauptmann ließ die Proposition verlesen; darauf erfolgte, oft einige Tage später, das Votum der Landschaft, noch später nach erfolgtem Zurückbringen das der Städte. Die Verhandlungen wurden durch das *votum conclusivum*, das zusammenfassende Schlußurteil des Hauptmanns beendet<sup>2)</sup>. Das Votum selbst konnte durch offenes Patent publiziert werden<sup>3)</sup>. Es bedurfte großer Kämpfe, ehe Bibran sein *votum conclusivum* durchsetzte; die Stände erklärten, unter diesen Umständen überhaupt auf die Landtage verzichten zu wollen<sup>4)</sup>.

Die Vota der Stände wurden schriftlich formuliert und öffentlich verlesen<sup>5)</sup>. Der Sprecher der Landstände war der Landesbestallte, im Vertretungsfalle der Landschreiber oder der Steuer-einnehmer<sup>6)</sup>. Für die Städte sprach gewöhnlich der Stadtschreiber (Syndikus) von Schweidnitz.

Wie bei den Städten, so hatte auch in der Adelskurie das Fürstentum Schweidnitz, schon seiner höheren Steuerquote wegen, die „Vorstimme“<sup>7)</sup>.

In sich stimmte die Landschaft nach Weichbildern ab, deren jedes alter Übung nach besonders zusammentrat, z. B. im großen Gewölbe des Schweidnitzer Klosters. Nach erzielter Einhelligkeit der Weichbilder erfolgte der Rücktritt in die große Stube und die Abgabe des Votums<sup>8)</sup>.

In der älteren Zeit wurde stets die Einhelligkeit<sup>9)</sup> des Beschlusses betont, der auch die Abwesenden verpflichtete<sup>10)</sup>, doch legte schon der schlesische Landfriede von 1512 das Majoritätsprinzip fest<sup>11)</sup>.

Das Verfahren der Abstimmung war augenscheinlich mündlich; denn 1607 wurde als Neuerung die Abstimmung durch Stimmzettel eingeführt, die besonders für die Wahl von Landesbeamten

worden und also an der landschaft einbringung yrer nutzungen und geniess, wie das gethan, kein wissen hetten“. S.-J. II 1 b, fol. 35 a u. b.

<sup>1)</sup> Vgl. die Bitte der Stände vom 8. Juli 1632, Fü 236, 10, S. 641 und Fü 238, 1, S. 305. <sup>2)</sup> Vgl. ebda. und S.-J. II 5 h (1654 Juni 2). Schriftliche Abgabe der Vota siehe 1653 Sept. 7, Rep. 39, S.-J. II 1 i, 184 f. <sup>3)</sup> Schon 1550 öffentlicher Anschlag, S.-J. II 1 b, 42 b; siehe auch S.-J. II 1 i, S. 368 b f.; desgl. Arnold II, S. 97 f.: Seit der Instruktion von 1697 April 25 durfte das *Conclusivum* nicht mehr gleich publiziert werden, sondern mußte dem Kaiser zur Konfirmation eingesandt werden. <sup>4)</sup> 1630 Dez. 12, Fü 236, 9, S. 1366, 1493–1533. <sup>5)</sup> Ebda., S. 184 f. <sup>6)</sup> So z. B. 1642, Fü 238, 2, S. 749. <sup>7)</sup> Vgl. 1560 April 9, Rep. 135, D 366 q, S. 111. <sup>8)</sup> Schon das Landregister zählte die Mitglieder nach Weichbildern auf, S.-J. II 1 e, 96; vgl. auch ebda. 2. Teil, S. 56 b, desgl. II 1 f, 75 a (1607). 1686 waren selbst die Weichbilder in einen katholischen und evangelischen Teil getrennt, siehe Quellen Nr. 128, 1686 Sept. 24. <sup>9)</sup> So S.-J. II 1 e, (2. Teil), S. 56 b, II 1 f, 75 a (1607); siehe Quellen Nr. 75, 1601 März 20; 1459 vgl. Markgraf, Script. VII (Eschenloer), S. 39; Grünhagen, Gesch. Schles. I, 304 f.; auch schon 1433 April 6, siehe Quellen Nr. 18; 1591 Dez. 30, Rep. 6, S.-J. 5 i; 1585 Dez. 20, siehe Quellen Nr. 65; 1654 Juni 5 heißt es noch: vereinbartes Votum der Landstände, Rep. 39, S.-J. II 5 h. Dagegen galt schon 1545 auf den Weichbildtagen für die Wahl der Gekorenen das Majoritätsprinzip. 1664 Febr. 12 wird Gottfried von Zedlitz zum Landschreiber mit 76 von 130 Stimmen gewählt, Rep. 39, S.-J. II 1 n, 25 b f. 1686 Sept. 24 sollen „die *minora vota* gar nicht einmahl attendiret werden“, siehe Quellen Nr. 128; 1685 Juli 19 (siehe Quellen Nr. 127) heißt es: „in Schweidnitz und Liegnitz wird jeder Creis mit seinem Voto gehört und die Majora aus solchem colligirt“. Auch 1686 wird die „*pluralitas votorum*“ als Prinzip erwähnt. Rep. 39, S.-J. II 12 i, vol. III, 91. Vgl. auch das kais. Reskript von 1678 Juni 29. Arnold a. a. O. II 104. <sup>10)</sup> Siehe 1573 August 31, Quellen Nr. 58. <sup>11)</sup> Siehe vorher S. 32; vgl. auch Gierke, a. a. O. I, S. 563.



benutzt wurde<sup>1)</sup>. Die Zettel wurden in eine gemalte hölzerne Büchse gelegt<sup>2)</sup>. Nunmehr konnte zweifelsohne nur noch die Majorität entscheiden, ein Umstand, der nach der Verfassungsänderung von 1627 bei dem vorwiegend protestantischen Charakter des Landes den katholisierenden Bestrebungen der Regierung viele Schwierigkeiten bereitete.

Ein Beispiel hierfür bietet der Verlauf der Neuwahl eines Steuer-Einnehmers der Fürstentümer im Jahre 1681. Diese Wahl<sup>3)</sup> fiel zuerst mit 32 Stimmen zugunsten des Protestanten Friedrich von Zedlitz auf Kammerswaldau, des Bruders des damaligen Landschreibers, aus. Auf den Protest der Prälaten sowie der katholischen Adeligen und Ratleute wurde durch kaiserliches Reskript die Wahl annulliert<sup>4)</sup>. Bei der Neuwahl brachten aber die Protestanten statt der vorherigen 32 nunmehr 109 Stimmen zugunsten von Zedlitz auf, während die 25 katholischen Stimmen sich auf den Oberstwachmeister Johann Ferdinand v. Karwath auf Maiwaldau einigten. Diesmal, aber nicht immer, gab der Kaiser nach<sup>5)</sup>.

Jedoch gab der Ausfall der Wahl Anlaß zu Erhebungen über das in andern schlesischen Fürstentümern übliche Abstimmungs-Verfahren und zu Erwägungen über die Reformation dieses Stimmrechts zugunsten des katholischen Elements. Ein Bericht des Glogauer Landeshauptmanns Grafen Bernhard v. Herberstein vom 24. Juli 1682<sup>6)</sup> an den Kaiser schildert das Stimmverfahren in mehreren schlesischen Fürstentümern. In Oppeln-Ratibor und Troppau einigt sich jeder der vier Stände von Herren, Prälaten, Rittersn und Bürgern in einem besonderen Zimmer durch namentliche Abstimmung nach dem Grundsatz der Majorität auf ein Votum, das sodann öffentlich abgegeben und als Hauptvotum bezeichnet wird. Auch das Fürstentum Breslau kennt vier Hauptvota, aber hier steht das erste Votum den Königlichen Männern und den Landesältesten zu, das zweite gebührt der Geistlichkeit, das dritte wird von allen übrigen Ständen, Grafen, Herren, Adeligen und Bürgern resp. Weichbildstädten zusammen abgegeben und das vierte Votum wird, zugleich als Votum conclusivum, vom Königlichen Amt abgegeben. Das Fürstentum Glogau besitzt drei Hauptvota, das des Glogauer Domkapitels, das der Grafen, Herren, der infulierten Prälaten und der Ritterschaft sowie das der sieben Weichbildstädte. Dazu kommt das Votum conclusivum des Königlichen Amts. Die Glogauer Ritterschaft im besondern ist in sieben Kreise eingeteilt, die nach den Namen der Weichbildstädte benannt sind und von 11 Landesältesten verwaltet werden.

<sup>1)</sup> Auf dem Landtage vom 6. Dez. 1607 hieß es anlässlich der Amtsresignation des Landesbestalten Caspar von Wansdorff [S.-J. II 1 f. 135]: „Es ist auf diesem landtage einhellig geschlossen worden, wann sich hinfuro ambter und stellen, es were der hern landeseldisten, landsbestalten und einnehmer erledigten, so solle es durch einhellige wahl der herrn landstende geschehen und solchs auf folgenden modum: Dass ein jeder anwesender landsass bei guten gewissen auf eine hiezue taugliche person, so deergleichen ambten dem vaterlande zum pesten wol versorgen und bedienen könne, bedacht sein, dieselbe person heimlich auf ein zettlein schreiben, das zettlein zuwickeln und dasselbe in eine hiezue sonderlich gemachte puxen einlegen. Wann nu also die zettlichen alle zusamenbracht seint, sollen sie in gemeiner versamlung alsbalt eröffnet und öffentlich gelesen werden. Welche person nu die maisten stimmen haben wirt, dieselbe person sol an alle verwaigerung solch ambt auf sich zu nemen und zu vorsorgen verbunden sein, doch auf eine benentliche zeit, so lange es derselben person gelegenheit sein wirt.“

<sup>2)</sup> Ff 236, 7, S. 232, 823 (1609). <sup>3)</sup> 1681 März 26, vgl. S.-J. II 3 d und Stadtarch. Breslau, Ortsakten von Schweidnitz-Jauer; siehe auch S.-J. II 5 e, S. 608 und das Votum conclusivum des Landeshauptmanns vom 29. März 1681, S.-J. II 3 d.

<sup>4)</sup> Reskript vom 10. Mai 1681, Rep. 135, Jau. Msc. I 571, 573. Die Neuwahl fand am 30. Juni statt. <sup>5)</sup> Durch Reskript vom 15. Nov. 1681, veröffentlicht auf der engen Zusammenkunft vom 17. Dez. 1681, vgl. S.-J. II 3 d. <sup>6)</sup> Siehe Quellen Nr. 125.

Auf monatlichen Ritterschaftstagen wird nach Weichbildern und nach der Majorität abgestimmt. Auf den Generallandtagen aber, zu denen alle 3 Stände berufen werden und auf denen oft 200 bis 300 Personen erscheinen, stimmt die Ritterschaft, wie der Bericht mitteilt, nur „viritim in höchster Konfusion und mit Geschrei, kurz, more Polonico“, ab. Der Berichtersteller schlägt auch für diese Tage die Wiedereinführung der Kreisabstimmung vor, ferner die Wiederabhaltung der Landtage auf dem K. Schlosse zu Glogau und die Festsetzung der beim Breslauer Fürstentag üblichen und ebenfalls im Bericht geschilderten Formen als Vorbild<sup>1)</sup>.

Die Schwierigkeiten, die sich einer erfolgreichen Arbeit des Landtags entgegenstellten, waren mannigfaltig. Am meisten wirkte die schwerfällige Art der Berufung hemmend ein sowie die Unlust der Stände, sich häufiger, als unbedingt nötig war, von der heimischen Wirtschaft besonders während der Erntezeit zu entfernen<sup>2)</sup>. Der dauernde politische Gegensatz zwischen Ritterschaft und Städten verdrängte letztere auch öfter, als dem Wohl des Landes zuträglich war, von den Landtagen. In einer Reihe von Fällen ist daher die schriftliche Zustimmung der Stände zu wichtigen Beschlüssen durch Zirkulare eingeholt worden<sup>3)</sup>. Der Streit zwischen Ritterschaft und Städten führte zu einer langen Reihe erfolgloser Tage und Verhandlungen. So erzählt die Uslersche Chronik nach dem Bericht über zwei erfolglose Landtage im Jahre 1544 zornig: „Auff Nicolai ward abermahl ein landtag angestellet, der eingriffe halben, so den städten vom adel geschicht, zu handeln. Ward aber nichts drauss, sondern man panquetierte, frass und soff zu dreissig und mehr gericht auff eine mahlzeit“<sup>4)</sup>.

Die Verhandlungen konnten auch recht lebhaft sein. 1559 protestierte der Adel gegen die Einsetzung des Hans von Reinsperg zum Hauptmann erfolgreich durch Hinauslaufen aus dem Schweidnitzer Kloster<sup>5)</sup>, durch direkte Obstruktion. Mehrfach erhoben sich Klagen darüber, daß zu scharfe Worte bei den Landesversammlungen gebraucht worden seien<sup>6)</sup>.

Die größten Schwierigkeiten aber bereitete dem Landtag die, wie bei allen ständischen Landtagen Deutschlands, so auch in Schlesien und in Schweidnitz-Jauer übliche Sitte des Zurück- oder Hintersichbringens. Die Städte vor allem ließen sich schwer zur Abfertigung vollmächtiger Gesandter bewegen<sup>7)</sup>. Vereinzelt trat das Hintersichbringen auch bei der Geistlichkeit auf<sup>8)</sup>.

<sup>1)</sup> Ein zweiter Bericht vom 19. Juli 1685 empfiehlt nochmals die Einführung der hier vorgeschlagenen Verbesserungen, siehe Quellen Nr. 127. <sup>2)</sup> 1548 klagte die Ritterschaft über den großen Verzehr, den sie auf dem langen Januar-Landtage in Schweidnitz gehabt habe. Vor allem sei zu Hause großer Schade in der Wirtschaft entstanden, und die Fische erstickten in den Teichen und Hältern. Rep. 39, S.-J. II 1 a, 228 b. Aus der Abneigung gegen den Besuch der Landtage aus wirtschaftlichen Gründen ersieht man, daß der Ritter damals im wesentlichen schon zum Landwirt geworden war. Vgl. über die wirtschaftlichen Nachteile auch die Landesordnung 1573 Aug. 31, siehe Quellen Nr. 58. <sup>3)</sup> So wurde 1550 die Ordnung der Ritterschaft betr. die Dienstpflicht der Untertanen sowie betr. Jagd und Fischerei vom Hauptmann der Stadt Jauer und den ihr zugetanen Städten zur Begutachtung und Bewilligung übersandt, S.-J. II 1 b, Bl. 42 b, desgl. Bl. 178 (1556), desgl. S.-J. II 1 p, 1 ff. (1667). Die schriftlichen Antworten der Stände auf eine königliche Deklaration von 1556 wurden dem Könige eingesandt, so 1557 Sept. 19, Finanzarch. Wien J I/8, S. 27/31. <sup>4)</sup> Rep. 135, Jau. Msc. XI, S. 21. <sup>5)</sup> Ebda. S. 37 u. 38. <sup>6)</sup> So 1599 Hans von Gellhorn zu Stein, S.-J. II 1 e, S. 10; vgl. auch Quellen Nr. 44, 1558 Aug. 4. <sup>7)</sup> 1467 Dez. 24. Eschenloer, Historia Wratislaviensis, herausg. von Markgraf, Script. VII, S. 168 f.; 1468 April 25, ebda., S. 179. 1477 Okt. 21, Kronthal u. Wendt, Mathias Corvinus, Script. XIII, S. 235; besonders in Steuerfragen, so 1549 Sept. 21, S.-J. II 1 b, fol. 6 b; ebenso 1606 Juni 19 und 20, S.-J. II 1 f, 16 b, 38 a, S.-J. II 5 h, S. 60 f. [1654 Juni 6]. <sup>8)</sup> 1609. Die Geistlichen sollen vollmächtige Vertreter schicken, die nicht ad referendum zurückzutragen brauchen, Fö 236, 7, S. 83.



Die Ritterschaft, die auf den heimischen Landtagen persönlich erschien und der stärkste Gegner dieses Rechts war, nutzte aber auch selber da, wo sie nur durch Bevollmächtigte vertreten war, nämlich auf den Fürstentagen, diese Sitte aus<sup>1)</sup>.

Zur Überwindung solcher Hemmungen, die die Wirksamkeit der Landtage störten, entwickelten sich seit der Mitte des 16. Jahrhunderts die weiter unten zu besprechenden Ausschußtage oder engen Zusammenkünfte. Ihre Entstehung hängt eng mit der des Instituts der Landesältesten zusammen.

Im allgemeinen aber muß die Arbeitsleistung der Landtage während des 16. und des ersten Viertels des 17. Jahrhunderts eine bedeutende genannt werden. Landespolizei-, Gerichts- und Steuerordnungen, die vielen Beamteninstruktionen<sup>2)</sup>, die Sorge für die Landeswohlfahrt, für Münz-<sup>3)</sup> und Handelswesen<sup>4)</sup>, für Ärzte und Apotheken<sup>5)</sup>, die zielbewußte Politik in geistlichen Angelegenheiten<sup>6)</sup> legen Zeugnis für die erfolgreiche Tätigkeit der allgemeinen Versammlungen und der Ausschußtage ab. Mit den Bestrebungen der Aufrichtung eines Waisenrechts und einer Waisen- und Schulordnung zur besseren Erziehung der Jugend<sup>7)</sup> und dem für ein kaiserliches Erbfürstentum kühnen Versuch der Begründung eines eigenen Konsistoriums nach dem Breslauer Vorbild<sup>8)</sup>, beschlossen die Stände nicht unwürdig die Epoche einer kaum je ernstlich behinderten ständischen inneren Politik.

Der dreißigjährige Krieg erstickte die schöpferische Kraft der Landtage. Während der

<sup>1)</sup> Vgl. Kries, Steuerverfassung, S. 30, Anm. 2 u. S. 96. Script. XIII, S. 235 (1477). Rachfahl a. a. O., S. 98, Anm. 9. <sup>2)</sup> Vgl. Quellen Nr. 30–33, 35–37, 42, 43, 45–47, 50–52, 57, 58, 60, 62–67, 71, 74–76, 82–84, 88, 89. <sup>3)</sup> Vgl. 1546, Rep. 39, S.-J. II 1 a, Bl. 200; so noch 1622 das Gesuch um Genehmigung einer Landesmünze, Fü 236, 8, S. 737–782 u. 834 f. <sup>4)</sup> Z. B. der Protest von 1596 Febr. 16 gegen die Erhebung des kaiserlichen Zehnten von den Bergwerken, der mit Ausnahme von Gold- und Silberzehnten den Grund- und Erbberrn allein zustehende, Fü 236, 4, S. 1192. <sup>5)</sup> So 1618, Fü 236, 8, S. 190; 1631: Fü 236, 10, S. 182; Fü 238, 4, S. 5, 19 u. 6; 1653 Jan. 9, Rep. 39, S.-J. II 1 i, Bl. 424, 438 b. <sup>6)</sup> So die Frage der Wiedertäufer 1581, Rep. 39, S.-J. II 1 c, 2. Teil, Bl. 28 f., 39 b f., 43; die Beibehaltung lutherischer Pfarrer, besonders da, wo die katholischen Stifter das Patronat hatten, 1583, ebda., Bl. 56 f., 64 ff., 127 b f., 133 b f., 1585–1609: Fü 236, 2, S. 160 f., 245, 276, 279, 298, 339; Fü 236, 3, S. 71 f., 230 f., 913. Fü 236, 4, S. 345, 1302 f., Rep. 39, S.-J. II 1 f., Bl. 284 f.; Fü 236, 7, S. 183, 437, 1152; der Kampf gegen die Rekatholisierung 1619: Fü 236, 8, S. 261, 364; Fü 236, 9, S. 799, 802, 828, 832, 950 f., 1006, 1071 f., 1155, 1161, 1163, 1176, 1191, 1193, 1214, 1245, 1257, 1260, 1287–1327, 1353 ff., 1422–1492 betr. die Änderungen zu Weizenrodau, Wederau, Burkersdorf, Freiburg, Röversdorf, Schönau, Zobten, Groß-Schmellwitz, Alten-Öls, Wolmsdorf und Tillendorf; desgl. die kursächsische Interzession 1631, vgl. Fü 236, 10, S. 121, 211 f., 221 f., 225 f., 229 f., 232 f., 236 f. In der Konsekration der in den Städten befindlichen Katholiken [vgl. Quellen Nr. 96, 1637 Jan. 11] wird man wohl nur die gesamte katholische Beamtenschaft vermuten können, während die Städte selbst, wie das ganze Land, durchweg protestantisch waren; vgl. dazu die Forschungen von J. Krebs in den Acta Publica. Die Bemühungen der Lande um die Erlangung der freien Religionsübung durch den Prager und später den Westfälischen Friedensschluß [vgl. Fü 238, 1, S. 16 f., 33, 46, 57, 63 f., 66 f., 76, 277, 1300 f., 1348 1358; Fü 238, 4, S. 727 f.; Stadtarch. Breslau, Ortsakten Schw.-Jauer, 1631–1638; Rep. 39, S.-J. II 1 i, Bl. 7 f., 50 b f., 76 79; Rep. 135. Jau. Msc. VII, 74 f., 203 f., 251] hatten wenigstens den Erfolg, daß von den für die schlesischen Erbfürstentümer bewilligten drei Friedenskirchen immerhin zwei nach Schweidnitz-Jauer kamen; vgl. Fischer, Jauer II, S. 147 f., Rep. 39, S.-J. II 1 p, 205–212 f., 469 b f. <sup>7)</sup> 1611 Mai 2, Fü 236, 7, S. 609, 1048, 1129; siehe auch die folg. Anm. <sup>8)</sup> Das Konsistorium sollte S.-J. und Münsterberg-Frankenstein umfassen, vgl. 1613 Febr. 13, Fü 236, 7, S. 924, 948; Schulenbestellung ebda. S. 1048, 1129; Fü 236, 8, S. 345, 359. König Friedrich von der Pfalz war dem Plan als einem „gar guten werck“ freundlich gesinnt, ebda., aber sein Sturz entschied das Mißlingen des Versuchs; auf die Bitte von 1621 an Ferdinand II. [Fü 236, 8, S. 715] ist keine Antwort zu ermitteln. Über den etwa späteren Plan der Errichtung eines Generalkonsistoriums für alle Erbfürstentümer, vgl. Rep. 135, Jau. Msc. fol. V, S. 25.

Kriegszeit waren die Verhandlungen der Zusammenkünfte erfüllt von Klagen über die Verwüstungen<sup>1)</sup>, die die Heere von Freund und Feind anrichteten und über die zum Teil wohl ungewollten Veränderungen, die die kaiserliche Politik der Rekatholisierung heraufbeschwor. 1649 scheiterte der letzte Versuch der Fürstentümer, wenigstens die religiöse Freiheit zu retten. Vergeblich stellten ihre Gesandten dem Kaiser vor<sup>2)</sup>, „daß die verwüsteten dörffer und stellen dannenhero desto leichter angebaut und die aus den weichbildsstädten der religion halber in die cron Pohlen gewichene handwercks- und kauffleute, welche in denen beyden fürstenthümern ihre häuser einfallen lassen und in Pohlen gantze und viel neue städte bauen, zue erbauung dieser städte und beförderung der landesnahrung mit nichts mehr als mit verstattung des Augspurgischen confessions-exercitii in Schlesien und in die beyden fürstenthümer wiederumb gebracht werden könnten“.

Die Beratungen der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts brachten endlose Debatten über endlose Einquartierungen und Militärangelegenheiten, ständische Beschwerden aller Art, besonders über den wachsenden Steuerdruck sowie die anschwellenden Steuerrückstände, und einen bedenklich großen Raum in den Propositionen und Voten nahmen belanglose Personalfragen aller Art ein. Wichtige und interessante Aufgaben stellten wiederum im 18. Jahrhundert die Frage der Steuerrektifikation<sup>3)</sup> und die der merkantilistischen Handelspolitik<sup>4)</sup> des Kaisers. Initiative und Entscheidung aber lagen seit dem dreißigjährigen Kriege nur bei dem Landesherrn und seinen Behörden. Den Ständen blieb keine Waffe, als die der passiven Resistenz, und diese Waffe war allerdings von großer, aber bedenklicher Wirkung.

### Landesälteste, Landesausschüsse und Landeskolleg.

Der Rat der Alten war die lebendige Verknüpfung von Vergangenheit und Gegenwart in einer Zeit, die mit schriftlichen Zeugnissen noch sparsam war. Die Beherrschung der Observanz, der alten Verwaltungsgewohnheiten, wurde der landesherrlichen Zentralverwaltung durch die Heranziehung eines Rats der Alten gewährleistet. Vornehmlich aus den landesherrlichen Beamten erwuchs der den Landesherrn umgebende und von ihm gewählte feste Rat als eine Art von Zentralbehörde. Ebenso aber bedurften die führenden Gruppen der Untertanen auf wichtigen Gebieten des Lebens einer Vertretung der Gesamtheit durch Ausschüsse der Angesehensten, der Seniores. Neben der Entwicklung des landesherrlichen Rats vollzieht sich die Entwicklung des ständischen Ausschusses. Auf die Bezeichnung dieser Persönlichkeiten als Seniores kommt es nicht an. Wie der Titel nicht notwendig körperliches Alter, sondern vor allem Erfahrung kennzeichnen wollte, so wechseln die Bezeichnungen Consules, Gekorene, Ausschüsse, Älteste. Jedoch wurde nur der Titel Senior dem Charakter des Amtes so gerecht, daß er sich bis heute noch in dem Titel „Landesältester“ lebendig erhalten hat.

Ein Gebiet des sozialen Lebens war es vor anderen, das zur Wahl von Ausschüssen führte, nämlich das des Rechtslebens. Dieses verlangte in erster Linie den Schutz von Leben und

<sup>1)</sup> Vgl. Fü 238, 3, S. 624; 238, 4, S. 207, 315; 238, 5, S. 8—54, 1134, 1187; 238, 6, S. 19, 52 f. <sup>2)</sup> 1649 Febr. 27, Heinrich von Poser und Konrad von Sack, Fü 238, 6, S. 1173. <sup>3)</sup> Siehe w. u. Kap. 4: „Die Finanzverwaltung“.

<sup>4)</sup> Vgl. die noch unbekannten Verhandlungen in Rep. 39, S.-J. II 3 h, 1702 Mai 13, über die Schleierfabriken im Hirschberger Weichbild, ebenso in II 3 k, nach 1716 Sept. 24, passim.



Eigentum des Einzelnen. Schon die um das Jahr 1277 entstandenen „Statuta Slesie terre<sup>1)</sup>“ setzen für die einzelnen „civitatum territoria seu districtus“ d. h. die Weichbilder oder Kreise je zwei Ritter und zwei Bürger als Ausschuß zur Verfolgung und Bestrafung von Übeltätern ein. Sodann sind die aus den Colloquiis entstandenen Mann- oder Landgerichte Schlesiens, unter ihnen das Zwölferrecht von Schweidnitz-Jauer, nichts anderes als Gerichtsausschüsse<sup>2)</sup>, in denen, wie es wenigstens für Schweidnitz-Jauer seit dem Beginn des 16. Jahrhunderts nachweisbar ist, die einzelnen Landesbezirke, die Weichbilder, ihre geregelte Vertretung besaßen.

War so der Gedanke der Vertretung vieler durch Einzelne den Ständen Schlesiens seit dem 13. Jahrhundert im Rechtsleben vertraut, so kann es nicht überraschen, daß im 14. Jahrhundert die Entwicklung fortschritt und daß sich Ausschüsse der Untertanen zu rein politischen Zwecken bildeten. 1334 verbündete sich der Landadel von Glogau durch einen Ausschuß von 8 Landleuten mit dem Rat von Glogau zur gegenseitigen Behauptung ihrer Rechte.<sup>3)</sup> 1349 bestätigte Herzog Nikolaus von Münsterberg<sup>4)</sup> die Einung von Adel und Städten in seinen Weichbildern Münsterberg und Strehlen; in jedem Weichbilde wurden von Adel und Städten 4 adelige Hauptleute gewählt, die zugleich mit den Räten der Weichbildstädte für Wohlfahrt und Vorteil der Weichbilder und des Herzogs zu sorgen hatten.

Die ersten Spuren von Ausschüssen für Schweidnitz-Jauer weisen auf Gerichtsausschüsse hin. Offenbar als berufene Vertreter der Ritterschaft beschwören im Jahre 1342 die Ältesten des Landes, daß das Geschlecht von Dornheim rittermäßig sei.<sup>5)</sup> 1395 wird ein Streit zwischen dem Kloster Leubus und den Gebrüdern von der Czirne wegen der beiden Dörfer Mois im Striegauer Gebiete „kegen der Sweidnicz vor die eldesten des landes“ und zwar vor die Zwölfer gezogen.<sup>6)</sup> Daß dieser Gerichtsausschuß der Zwölfer sich ursprünglich auch mit allgemein politischen Fragen zu befassen hatte, ist nicht von der Hand zu weisen. Der Versuch König Wenzels von 1396, der Hauptmannschaft einen neuen Zwölferrat beizugeben, lief, wenigstens nach der eigenen Auffassung der Stände in späterer Zeit, weniger auf eine Umwandlung des Zwölferrechts selbst oder eine Neuschöpfung, als darauf hinaus, den Städten Gleichberechtigung in der Besetzung des wichtigsten Gerichts der Fürstentümer zu verschaffen. Demnach dürften die Befugnisse dieses Zwölferrats, die einmal im Schutz des Landrechts, sodann aber in der Beratung des Landeshauptmanns für sämt-

<sup>1)</sup> Vgl. Schles. Reg. Nr. 1554. Rachfahl S. 53 und Johannes Voigt, Das urkundliche Formelbuch des Notars Heinrichs Italicius, Wien 1863, S. 63 f. [29. Band des Archivs für Kunde österreichischer Geschichtsquellen]. Das Handexemplar des Breslauer Staatsarchivs enthält die wichtigen handschriftlich eingetragenen Varianten, auf die in den Schles. Reg. Nr. 1554 Bezug genommen ist. Sollten selbst die Statuta nicht speziell für Schlesien gelten, wie dies die bloße Überlieferung durch ein Formelbuch immerhin als möglich erscheinen läßt, so entspricht der Inhalt mindestens für ein halbes Jahrhundert später durchaus schlesischen Verhältnissen. <sup>2)</sup> Vgl. Matuszkiewicz a. a. O., S. 18, 37 ff. <sup>3)</sup> Sept. 25, Stenzel, Gesch. Schles. S. 273. Minsberg, Gesch. von Groß-Glogau I, S. 347. <sup>4)</sup> Siehe Quellen Nr. 6, 1349 Sept. 7. <sup>5)</sup> Siehe Quellen Nr. 3, 1342 Okt. 23. Dagegen waren die Adeligen, denen Karl IV. 1369 die Aufrechterhaltung aller Rechte der Herzogin Agnes angelobte, offenbar kein Ausschuß des Adels, sondern der vorwiegend aus Beamten bestehende und durch möglichst viele landesherbliche Burggrafen erweiterte Rat der Herzogin, vgl. Quellen Nr. 11. <sup>6)</sup> Siehe den von Benesch v. Chussnigk 1395 Juni 22 beurkundeten Vergleich, Rep. 39, S.-J. III 15 E, 27 f., an dem übrigens mit dem die Urkunde ausstellenden Hauptmann 12 Personen beteiligt waren, eine Zahl, die auf das Zwölferrecht hinweist. Vgl. auch J. Jungnitz, Geschichte der Dörfer Ober- und Nied.-Mois im Neumarkter Kreise, Breslau 1885, S. 28.

liche Verwaltungsangelegenheiten bestanden, dem Zwölferrecht, vielleicht nur gewohnheitsmäßig, auch schon vor 1396 zugestanden haben.<sup>1)</sup>

Die Trennung von Rechtsprechung und Verwaltung durch die Wahl gesonderter Ausschüsse scheint aber im 15. Jahrhundert in Schlesien schon häufig gewünscht und durchgeführt worden zu sein. Das Bestreben der Vereinfachung auch politischer Verhandlungen durch die Wahl von Ältesten und Ausschüssen ist im 15. Jahrhundert sowohl in der großen schlesischen Politik, wie auch selbst im engen Kreise von Familienverbänden nachzuweisen. Die Strehleiner Einung von 1427 Febr. 14 wird mit einträchtigem Rate der Ältesten und Räte geschlossen und erhält einen leitenden Ausschuß von 6 Personen, nämlich 2 Fürsten und je 2 Vertretern der Mannen und Städte von Schweidnitz-Jauer einerseits und vom Fürstentum Breslau andererseits<sup>2)</sup>. Für Notfälle entsenden die beiden genannten Fürstentümer noch je 4 Gesandte in den Ausschuß, der sich zugleich durch eine beliebige Zahl von Fürsten ergänzen kann. Der schlesische Landfriede von 1435 Sept. 21<sup>3)</sup>, an dem alle schlesischen Fürsten und Erbfürstentümer teilnahmen, wurde „mit gutem vorrathe unsir eldisten manne, rethe und gemeyne der stete“ d. h. mit deren gutem Vorbedacht geschlossen. Ebenso schloß sich auch 1465<sup>4)</sup> das Geschlecht derer von Zedlitz zu einem Vetterbund zusammen, der unter der Leitung von 4 gekorenen Vettern alle Zwistigkeiten beilegen sollte.

Auch in der Landesverwaltung von Schweidnitz-Jauer tritt das Amt der Ältesten im 15. Jahrhundert mehrfach in die Erscheinung. 1433 April 6 schreibt der Unterhauptmann von Schweidnitz-Jauer, Gotsche Schoff, an die Breslauer, daß er auf Donnerstag in 8 Tagen die Ältesten von Mannen und Städten zur Beratung entboten habe<sup>5)</sup>. Ebenso lassen sich in der 2. Hälfte des 15. Jahrhunderts Fälle nachweisen, in denen eine Anzahl von Persönlichkeiten als Führer der ständischen Gesamtheit hervortreten<sup>6)</sup>.

Der Mangel an Quellen sowie das im 15. Jahrhundert in Schlesien während der unruhigen Zeiten unter Podiebrad und Corvinus vorherrschende rein politische Interesse läßt uns keinen Einblick in die, wie im 13. und 14., so gewiß auch im 15. Jahrhundert vorhanden gewesenenen inneren Verwaltungsaufgaben der Ältesten tun<sup>7)</sup>. Daß sie schon zu dieser Zeit als ständische Organe der Wehr- und Steuerverfassung anzusehen sind, ist aus ihren Funktionen im 16. Jahrhundert zu vermuten.

Erst das 16. Jahrhundert läßt klar erkennen, wie die vornehmlich von den Habsburgern gestellten großen Aufgaben im Steuer- und Heerwesen von den Ältesten übernommen und durch-

<sup>1)</sup> Vgl. Quellen Nr. 15 u. im folgenden Kap. 4, Gerichtsverfassung; desgl. Franz Palacky, Gesch. von Böhmen, Prag 1836, Bd. I, S. 165. <sup>2)</sup> Vgl. Grünhagen in Script. VI, S. 51 u. 71. <sup>3)</sup> Siehe vorher S. 28. <sup>4)</sup> Sinapius, Schles. Kuriositäten I, S. 1051. <sup>5)</sup> Stadtarch. Breslau, datierte Korrespondenz. <sup>6)</sup> Markgraf, Pol. Korresp. Breslaus i. Zeitalter Georgs von Podiebrad, Script. IX, S. 202 f., Schreiben des Legaten Bischofs Rudolf und Bischofs Jost von Breslau an Hauptmann und 9 Adelige sowie an 9 Städte „omnesque et singulos castellanos (Schloßherren) et homagiales districtuum“, 1466 Dez. 21. 1477 Okt. 21 tragen die Gesandten von Schweidnitz-Jauer „ad suos superiores“ zurück, d. h. doch wohl nicht nur an den Hauptmann, sondern auch an die Ältesten. Kronthal u. Wendt, Script. XIII, S. 235. <sup>7)</sup> 1433 Juli 3 (Stadtarch. Breslau, Polit. Korresp.) schreibt die Mannschaft von Schw.-J. an Breslau, ihr Hauptmann werde sich wegen des auf ihn gefallenen Verdachts einer Bestechung zu rechtfertigen wissen, und zwar wird das Schreiben von 5 Adelen besiegelt. Diese handelten also offenbar als Ausschuß der Gesamtheit vgl. auch vorstehend Kap. 1, S. 36 f.



geführt wurden. Das „Verbündnüss der landschaft“ des Glogauer Landes von 1510<sup>1)</sup> spricht zuerst wieder den alten Grundsatz von 1277 klar aus, daß aus jedem Weichbilde 2 belehnte Mannen gekoren werden sollen; sie haben gemeinsam mit den Gekorenen der anderen Weichbilder die Privilegien des Landes zu schützen, die Gesandten zum Fürstentage zu wählen und vollmächtig in des Landes Namen zu handeln.

Daß eine derartige Bestellung von Ausschußpersonen auch der gesamtschlesischen Verfassung nicht fremd geworden sein konnte, beweist der Beschluß des Grottkauer Fürstentages von 1527, demzufolge die erste große Schätzung in allen Weichbildern, Ämtern und Städten durch je „zween gute rittermäßige und sonst in städten redliche leute“ vorgenommen werden sollte<sup>2)</sup>.

In Schweidnitz-Jauer ist es die Fehderordnung vom 5. Juli 1536, die innerhalb jeden Weichbildes 2 Adelige und einen Stadt-Vertreter als Ausschuß bestimmt. Dieser wird in Fehdesachen zwecks Herbeiführung sühnlichen Vergleichs vor den Landeshauptmann erfordert, nimmt also eine durchaus ähnliche Aufgabe auf sich, wie die im Statut von 1277 bestimmten Personen<sup>3)</sup>.

Einen Schritt weiter ging die Landesordnung vom 3. März 1543<sup>4)</sup>, indem sie als Neuerung von ungeahnter Tragweite einem ständischen Ausschuß im wesentlichen die Aufgaben des Landtags übertrug. Die Ursache der Änderung lag in der Überhäufung der Stände mit gemeinen Geboten. Sie klagten 1543<sup>5)</sup> dem Könige, jeder litte darunter, daß „denn der hulffen, kriegsrustungen, landtage, botschaften und andere dergleichen ausgebens filfaldig und mehr, als bei unsern vorfarn vorfallen“. Andererseits mußte die Ordnung aufgestellt werden, um den vielfältigen bisherigen Irrungen wegen der Wahl der Gekorenen vorzubeugen; keiner wollte sich gerne erkiesen lassen. Die Weichbilder lassen auf besonderen Weichbildtagen durch die bisherigen Gekorenen und zwei älteste Mannen die neuen Gekorenen, sowie eine Anzahl Zugekorener wählen, deren Zahl nach der Größe der Weichbilder schwankt. Die Gekorenen werden auf 1 Jahr, die Zugekorenen, die nur zu gemeinen Geboten zu kommen brauchen, auf 3 Jahre verpflichtet, für das Weichbild zu „reiten“, d. h. den vom Landeshauptmann angeordneten Zusammenkünften beizuwohnen. Sie haben vollkommene Gewalt, zu ratschlagen, als ob die ganze Landschaft bei einander wäre. Im Notfalle aber soll doch das gemeine Land, d. h. alle Landsassen in Person, neben dem Ausschuß zusammenbeschrieben werden. Für Gekorene und Zugekorene wird eine Zehrung bewilligt. Die Gekorenen und der Ausschuß<sup>6)</sup> übernahmen nun tatsächlich auch die Steuerverwaltung<sup>7)</sup> und die Heeresangelegenheiten. Sie förderten auch Fragen, deren Erledigung sonst dem Landtag vorbehalten

<sup>1)</sup> Schickfus, Neu vermehrte Schlesische Chronica . . . , Jena 1619, 3. Buch, S. 441. Rachfahl a. a. O., S. 54.

<sup>2)</sup> Vgl. Kries a. a. O., S. 92, Nr. 2. Grade der Unterschied, der in der Zusammensetzung der Einschätzungsausschüsse von Schlesien und Österreich hervortritt, vgl. Kries, S. 42, Anm. 1, beweist, daß Schlesien eigene ältere Einrichtungen benutzte. <sup>3)</sup> Siehe vorher S. 93, Anm. 1. <sup>4)</sup> Siehe Quellen Nr. 33. Die Ordnung ist von 1543 März 3; Die Bewilligung vom 8. Mai, ein Zusatz vom 13. August. <sup>5)</sup> In einer Gesandtschafts-Instruktion vom 19. April. Rep. 39, S.-J. II 1 a, fol. 94. <sup>6)</sup> Er sollte z. B. 1544 April 7 in Tätigkeit treten, vgl. die Anzeige der Gekorenen in den Weichbildern. Rep. 39, S.-J. II 1 a, 111 b. <sup>7)</sup> Sie beschleunigen die Anfertigung der Steueranschläge und legen sie auf die Weichbilder um. Rep. 39, S. J. II 1 a, 111 b f. Desgl. 1544 Juni 24, ebda. f. 148 b ff., siehe auch 1550 Febr. 4 die Klage der Städte, daß sie nicht in den Ausschuß der Ritterschaft wegen der Schätzung genommen worden seien, Rep. 39, S.-J. II 1 b, 35. Siehe auch 1557 Juni 26, Fü 233, 2, S. 588—593. Sie führten die Korrespondenz mit den Weichbildsteuereinnehmern, 1558, Fü 233, 2, S. 764—766.

blieb, wie die Frage der Zugehörigkeit des Städtchens Friedeberg am Queiß zum Fürstentum Janer bezw. zur Oberlausitz, sowie die Urbar-Angelegenheiten mit den Städten<sup>1)</sup>.

Schon 1545<sup>2)</sup> sah sich die Landschaft zur Änderung der Verordnungen über die Wahl der Weichbild-Gekorenen sowie zur Regelung ihrer Zusammenkünfte und zur Feststellung ihrer Aufgaben genötigt. Gelegentlich der Beschlußfassung über die vom Breslauer Fürstentag am 27. März 1545 angesetzte Schätzung und Musterung entstanden nachfolgende Normen:

1. „Ein jedes weichbilde sol sein gekorne haben, und wo sie die einnemer darzue ordnen, so bedarff man sunst andere nit“.

2. „Welch weichbilde solich gekorne nit hat, sol dieselbigen auff montag nach Cantate zum nechsten gebote kießen und ordnen, und wer dartzue von dem merern und grosten teile landessen vor schicklich angesehen und erwelet wirt, der sol es als ein treuer landesse dem vaterlande zu gute nicht wegern, sunder als ein gut eherlich ambt, darzue er von got beruffen, gutwillig annehmen und treulich vorsorgen“.

3. „Und soliche gekornen, die sollen und mogen in gemeinen sachen von dem kuniglichen ambtman bescheiden werden, furfallende gemeine sachen anhoren und beratschlagen; und wo dieselbten dermassen richtig befinden oder sich miteinander einmuetig nit vorgehen konden, das soliche sachen hinder vorwissen irer nackpaurn und gemeinem lande nit beschlossen mochten oder solden werden, so sollen dieselben hinder sich tragen. Wo aber auch befunden, das sie dem lande nutz und gut ader notwendig, so mogen sie neben dem kuniglichen ampte eintrechtig sliessen“.

4. „Die bewilligung dieses artikels sol von dato ein jar lang also steen und gehalten werden.“

5. „Wann sich aber ein gemein gebote auff einen rechtstag begeben und zuetrueng, und auff denselbigen tag manrecht ader hoffding gehalten wurde in beiden furstenthombern Schweidnitz und Jhauer, so sol derselbtige rechtstag inen, welche bey solichem gemeinem gebote gehorsamblich erscheinen, aus solicher ehehaft an alle nachteil und schaden sein; derhalben sich die vorwalter der gerichte nach gestalt der sachen werden zu richten wissen.“

1555 wurde die Institution der königlichen Kontrolle unterworfen, die Landschaft sollte einen gründlichen Bericht liefern, „wie es von wegen der eldisten in den furstenthombern sey fur jaren gehalten worden, und wie es ietziger zeit gehalten werde“<sup>3)</sup>. Möglicher Weise waren die Nachforschungen durch den Streit der Oberlausitzer Stände mit ihrem Landvogt wegen des Ältestenamts veranlaßt worden. Die Beschwerdeschrift der Oberlausitzer von 1555 bezeichnet die Ältesten als „ein ordentlich alt wohl hergebracht und confirmirt Gericht, Recht und Rath des Landes“<sup>4)</sup>.

Die Zeit für eine endgültige Festlegung der Einrichtung und eine klare Berichterstattung über ihre Zwecke war aber noch nicht gekommen; noch ein halbes Jahrhundert lang sollte in fast regel-

<sup>1)</sup> 1544 März 19, ebda. f. 111 b. Die Frage ging die Steuerverwaltung an, weil die Oberlausitzer Stände sich die Besteuerung von Friedeberg angemäht hatten. 1545 Jan. 30 bittet die Landschaft den Kaiser um Entscheidung. Rep. 39, S.-J. II 1 a, f. 118. Urbarsachen 1549 Okt. 5. Fl. 233, 2, S. 221 f. <sup>2)</sup> April 13. Rep. 39, S.-J. II 1 a, 123 b u. 124. <sup>3)</sup> Kön. Abschied vom 27. Nov. 1555 an den Gesandten der Fürstentümer Sebastian Zedlitz zu Neukirch, Fl. 233, 3, S. 405. Über die Abstattung des Berichts ist uns leider nichts bekannt. 1556 Febr. 25 umfaßte der gekorene Ausschuß 11 Personen, siehe Quellen Nr. 41. <sup>4)</sup> Vgl. H. Schultz, Die Kommunalständische Verfassung und Verwaltung des preußischen Markgraftums Oberlausitz, Görlitz 1870 [als Manuskript gedruckt] S. 32 f.



mäßigen Abständen von je 10 Jahren eine Neuregelung der Wahl, der Kompetenzen und der Besoldung erfolgen.

Eine Nachricht von 1562 scheint zwar zu bezeugen, daß zurzeit kein regelrechter Ältesten-Ausschuß mehr bestand, sie spricht aber für das Alter der Institution überhaupt. Der Landtag sah sich in einem Fall des Ungehorsams gegen das Urteil des obersten Landgerichts, des Zwölferrechts, zur Wahl der 15 ältesten Mannen aus allen Weichbildern genötigt<sup>1)</sup>. Sie mußten nach alter Sitte zusammentreten, um dem Landeshauptmann Unterricht über die Durchsetzung dieses Urteilsspruches zu erteilen.

Im folgenden Jahre ging man daran, wieder alle nötigen Ausschußpersonen festzustellen<sup>2)</sup> und eine von 15 ritterlichen Vertretern aller Weichbilder aufgesetzte Instruktion der Landesgekokorenen vom Landtage bestätigen zu lassen. Diese Instruktion vom 21. April 1563<sup>3)</sup> nennt 8 zur Entlastung des Landtags aus allen acht Weichbildern gekorene Ritter, die ein Jahr lang die allgemeinen Landessachen zu erledigen, den Einnehmern die zu erhebenden Steuern anzusagen und die Bitten um Steuernachlässe zu prüfen hatten. Diese Instruktion wurde von den späteren Jahrhunderten als die grundlegende betrachtet. Durch Beschluß vom 9. Juli 1563 wurde den Gekorenen eine Jahresentschädigung von 100 Talern bewilligt<sup>4)</sup>. Die Frage der Besoldung wurde aber 1573<sup>5)</sup> aufs neue geregelt, und man bewilligte den Ältesten unter Berufung darauf, daß sie ein Ehrenamt bekleideten, nur eine jährliche „Pension“ von 50 Talern, daneben aber für Dienstreisen außerhalb der Gebote 1½ Taler Diäten. Die Instruktion vom 31. August desselben Jahres<sup>6)</sup> brachte eine wesentliche Verbesserung mit der Anordnung, daß die Gekorenen schon einen Tag vor jedem gemeinen Gebot die Beratungsgegenstände durcharbeiten und den Ständen auf dem Landtag ihre gewonnene Meinung vortragen und somit die Verhandlung leiten sollten. Der Vorschlag bezweckte im wesentlichen wieder, wie das ganze Institut der Ältesten, die Entlastung des gemeinen Adels durch Abkürzung der Landtage und die Minderung der Zehrungskosten. Die Gekorenen müssen persönlich erreichbar sein, dürfen nicht ohne Entschuldigung verreisen oder von den vom Hauptmann befohlenen Zusammenkünften fernbleiben. Ohne Erlaubnis des Hauptmanns dürfen sie sich nicht versammeln. Ihre alte Aufgabe der Beaufsichtigung des Steuerwesens wird dahin präzisiert, daß sie mit dem Hauptmann jährlich oder halbjährlich Generalrechnung über die Finanzen des Landes abhalten und durch ein Mitglied die Steuergelder nach Breslau bringen lassen. Die Bürde der Steuereinnahme, die ihnen durch die Ordnung vom 17. Juni 1573 auferlegt worden war, augenscheinlich aus Sparsamkeits-Bestrebungen des Landtags heraus, wird ihnen jetzt wieder abgenommen. Sie erhalten das Recht, die Abgeordneten zum Fürstentag und zum Fürstenrecht zu ernennen und zu instruieren<sup>7)</sup>, wenn nicht besonders wichtige Umstände vorliegen, und

<sup>1)</sup> 1562 April 23. Rep. 39, S.-J. II 1 c, 146 b. Die Liste der Gewählten siehe Quellen Nr. 46. Über die Ursache der Berufung heißt es [ebda. S. 149]: „denn es ist kein etzlichen sonderen personen landes gegen dem ambt und gegen den gerichtten dess ungehorsams, verachtung und uermuths vorhin genug, also das kein etzlichen weder urtell, abscheidt oder vielfaltige befehl dess amts oder der gerichte wollen geachtet oder ahngesehen werden.“

<sup>2)</sup> Siehe Liste vom 24. März 1563, Quellen Nr. 50.

<sup>3)</sup> Siehe Quellen Nr. 51. Die Städte beteiligten sich, wie es scheint, überhaupt nicht an der Beratung dieser Ältestenordnungen, sahen sie also als interne Angelegenheiten des Adels und der Geistlichkeit an.

<sup>4)</sup> Rep. 39, S.-J. II 15 e u. F. 235, S. 468.

<sup>5)</sup> Juni 17, siehe Quellen Nr. 57.

<sup>6)</sup> 1573 Aug. 31, siehe Quellen Nr. 58.

<sup>7)</sup> So 1579 Okt. 21, Rep. 39, S.-J. II 1 c, 161 b f. Mit Vorliebe wurden

den einzelnen Landsassen Rat zu erteilen. Auch scheinen ihnen schon damals „die in Militaribus sich ereignenden Angelegenheiten“ unterstanden zu haben<sup>1)</sup>. Während ihres Dienstes sollen sie gegen wirtschaftliche Beeinträchtigung durch Gutsnachbarn oder gegen böse Nachreden vom Kön. Amte geschützt werden<sup>2)</sup>.

Die Ältesten, oder wie sie sich auch nannten, „der Ausschuß der Landstände“<sup>3)</sup>, wurden je länger je mehr dem Lande unentbehrlich<sup>4)</sup>. Bei der praktischen Unmöglichkeit, die Geschäfte bei jährlichem Wechsel der Persönlichkeiten erfolgreich führen zu können, wurde die Dienstzeit eines Jahres oft überschritten<sup>5)</sup>. Die Stände fanden sich daher meist nur sehr ungern zur Annahme der Wahl bereit. Dem Landtag vom 26. Febr. 1583<sup>6)</sup> wurde daher von dem Ausschuße vorgeschlagen, nur je zwei Älteste für jedes Fürstentum wählen zu lassen. Von diesen Vieren sollte dann aber einer als sogenannter Landesbestallter und, wie sich später zeigte, möglichst auf Jahrzehnte hinaus, das Land beim K. Amt, bei notwendigen Gesandtschaften sowie bei Beratungen aller Art vertreten. Mit dieser Schöpfung des Landesbestallten-Amtes, von dem später die Rede sein soll, tat das Land den ersten Schritt zur Schaffung eines ständischen Berufs-Beamtentums. Dagegen sollte der Gedanke, die Zahl der Ältesten auf vier zu beschränken, erst zu Anfang des 17. Jahrhunderts in anderer Gestalt und zwar in der Schaffung der 4 Oberrechtssitzer dauernd Leben gewinnen. Denn die Erneuerung der alten löblichen Ältestenordnung vom 20. Dezember 1585<sup>7)</sup> griff wieder auf den alten klaren Gedanken der Vertretung jedes einzelnen Weichbildes durch einen Ältesten zurück. Die Zahl der Ältesten wurde nunmehr wieder entsprechend der Anzahl der Kreise auf 8 Personen, je 4 für jedes Fürstentum, festgesetzt. Der Amtsturnus betrug 2 Jahre, jährlich schieden 4 Älteste aus, die Zuwahl von 4 neuen Mitgliedern erfolgte durch Kooptation; die Annahme der Wahl war Pflicht. In dieser Form erfolgte denn auch die Neuwahl von 1587<sup>8)</sup>, bei der zugleich beschlossen wurde, daß kein Landesbeamter mehrere Ämter zugleich auf sich nehmen müsse. Auch wurde bestimmt, daß die Annahme eines Amtes erst nach 3 jähriger Freiheit von dieser Last zu erfolgen brauche.

Der Landtag vom 21. April 1592<sup>9)</sup> mußte sich aufs neue mit dem Ältestenamte beschäftigen.

die Ältesten auch zu Kommissariatstagen entsandt, so 1573 März 27 zum Kommissariat nach Striegau, Rep. 39, S.-J. II 1 c, Bl. 1 u. 2 a.

<sup>1)</sup> So heißt es wenigstens 1650 Okt. 8 [Rep. 39, S.-J. VII 3 f.], die Landesältesten könnten wieder „wie vormahlen für aufkunft der commissarien“ die Militärangelegenheiten einrichten; vgl. über die Kriegskommissarien Kap. 4, die Verwaltung des Heerwesens. <sup>2)</sup> Endgültig wurde die Ordnung erst auf dem gemeinen Gebot zu Jauer 1579 Mai 5 aufgerichtet, nachdem bisher noch wegen der alten Steuerreste Unstimmigkeiten bestanden hatten, Rep. 39, S.-J. II 1 c, 155 b f., 156 b f.; Rep. 135, Jau. Msc. II 815 f. <sup>3)</sup> Rep. 39, S.-J. II 1 c, 2. Teil 29 b f., auch „Weichbild-Ausschüsse“ genannt. Sie waren also im Gegensatz zu den ebenfalls noch häufig vorkommenden außerordentlichen Ausschüssen ein dauernd konstituierter Ausschuß. <sup>4)</sup> Bei der Neuwahl von 1578 heißt es: „weil freilich des vatterlands der eldesten amts höchst bedurft“. Rep. 39, S.-J. II 1 c, 95 b f. Gewählt wurden damals als Älteste: Dietrich von Mülheim und Plesswitz, Daniel von Schindel zu Schönfeld, Caspar von Bibran zur Kosel, Cristof von Zedlitz auf Nimersath, Ernst von Kreckwitz zu Mertzdorf, Friedrich von Zedlitz und Hartmannsdorf zu Mertzdorf. <sup>5)</sup> 1581 beklagen die Ältesten sich, daß sie die Bürde schon zwei Jahre trügen, Rep. 39, S.-J. II 1 c, 2. Teil, S. 35 b. Sie sollen aber noch um Fortführung des Amtes gebeten werden, ebda. S. 174. Auch fanden für verstorbene Mitglieder nicht rechtzeitig Neuwahlen statt. Ebensowenig wurde das Gehalt vollständig und regelmäßig bezahlt, wie z. B. Kaspar von Bibran zu Kosel, der seit 1580 Ältester war, 1584 zu seinem Leid erfuhr, ebda. 1. Teil 182 a, 2. Teil 173 b. <sup>6)</sup> Siehe Quellen Nr. 62. <sup>7)</sup> Siehe Quellen Nr. 65. <sup>8)</sup> Febr. 13, siehe Quellen Nr. 66. <sup>9)</sup> Siehe Quellen Nr. 71.



Es wurde festgestellt, daß die Diäten, das sog. „Liefergeld“, nur für Amtsleistungen außerhalb der gemeinen Gebotstage erhoben werden dürften. Dasselbe sollte für besondere Ausschüsse gelten, die neben die Ältesten traten. Nachlässigen Ältesten wurde der Verlust ihrer Jahresbesoldung sowie Bestrafung durch das K. Amt der Hauptmannschaft angedroht.

Am 28. Febr. 1600<sup>1)</sup> griff der Landtag in seiner Reformation des Zwölferrechts den Plan auf, vier besoldeten und auf lange Zeit zu verpflichtenden Persönlichkeiten aus dem Adel neben dem dauernden Beisitz im Zwölferrecht auch das Amt als Landesälteste zu übertragen. Sie sollten nicht die Vertreter bestimmter Weichbilder, sondern die des ganzen Landes sein. Zur Vertretung der einzelnen Weichbilder sollte sodann neben die Ältesten ein Ausschuß von zwei, wenn nötig, auch mehr Rittern aus jedem Weichbilde treten. Die Wahl erfolgte gemeinsam durch Amt und Stände. Das Gehalt der Ältesten betrug 250 Taler, das Liefergeld 2 Taler täglich, ebenso erhielten die Ausschuß-Mitglieder Liefergelder<sup>2)</sup>. Die Ordnung wurde am 16. Mai 1601 endgültig angenommen<sup>3)</sup>. Der Landesbestallte trat nunmehr neben die 4 Ältesten, während er früher einer der 4 Ältesten sein sollte<sup>4)</sup>. Der Gedanke der dauernden Vertretung jedes Weichbildes durch seinen Ältesten bei der Zentralverwaltung, dem Amt, hatte durch die Ordnung von 1601 eine Schädigung erfahren. Zwar wählte 1603 jedes Weichbild zwei besoldete Ausschußmitglieder, ebenso 1606 mit der ausgesprochenen Absicht, daß jedes Weichbild Vertreter habe, die ihm über die stattgehabten Verhandlungen und die gefaßten Beschlüsse Bericht erstatten sollten<sup>5)</sup>. Daß aber der unregelmäßig tagende Weichbilder-Ausschuß den Bedürfnissen der Weichbilds-Verwaltung nicht genügte, bezeugt die abermals notwendige Neuorganisation des Instituts vom 22. Aug. 1611<sup>6)</sup>. Es heißt: „Ferner so sind jüngstem beschluss nach zu denen vorigen vier landseldisten aus jedem weichbilde noch einer erkieset und vom k. ambt bestetiget worden, dass also hinfurder 12 eldisten sein werden“<sup>7)</sup>. Die alten vier Ältesten blieben unter dem Namen „Oberrechtssitzer“ in bevorzugter Stellung. Sie behielten die Pension von 250 Talern, während die neuen Ältesten ein Gehalt von 100 Talern erhielten. Die Wahl der Ältesten erfolgte nunmehr stets auf den Weichbildtagen<sup>8)</sup>.

Mit dieser letzten Reformation war an die Spitze jedes Weichbildes endgültig der Landesälteste getreten, dessen Stellung aus einer ständischen allmählich zu einer staatlichen Beamtenstellung werden sollte. Denn für den Landeshauptmann mußte es auf die Dauer zu unüberwindlichen Schwierigkeiten führen, mit einem Beamtenapparat zu arbeiten, der ihm voll ständischen Stolzes in jedem Zweifelsfall feindlich gegenüber trat.

War es schon in der Mitte des 16. Jahrhunderts vorgekommen, daß der König mit dem Aus-

<sup>1)</sup> Siehe Quellen Nr. 74 und Nr. 75 (1601 März 20). Noch 1600 Jan. 8 sind zu Jauer auf einem Ältestentage 8 Landesälteste nachzuweisen: Jon von Schindel auf Sasterhausen, Bernstadt und Tarna, David von Rohr zu Hartau, Hofrichter des Weichbilds Reichenbach, Hans von Bötsch zu Bertelsdorf, Cristof von Reibnitz zu Gierlesdorf, Nicol von Raussendorf zu Tillendorf, Caspar von Spiller zu Langen-Öls, Friedrich von Nimbsch zu Falkenhain, Balthasar von Glaubitz zu Groß-Walditz; sie nehmen die Rechnung des Einnehmers ab, Rep. 39, S.-J. II 1 e, 21 b u. 25 f. <sup>2)</sup> Vgl. über die Besoldung und die sonstigen Einkünfte der ständischen Beamten, Gesandten und Ausschüsse, Quellen Nr. 79 [1606]. <sup>3)</sup> Siehe Quellen Nr. 76. <sup>4)</sup> 1608 Nov. 15/16: 4 Älteste und 1 Bestallter, Rep. 39, S.-J. II 1 f, 263. <sup>5)</sup> Rep. 39, S.-J. II 1 e, 2. Teil, 69 a u. 81 a (1603), ebda. II 1 f, 14 a (1606). Die Gewählten verzichten auf die Besoldung von 30 Talern und begnügen sich als treue Landsassen nur mit dem Liefergeld, ebda. S. 14 b. <sup>6)</sup> Siehe Quellen Nr. 82. <sup>7)</sup> Ff 236, 7, S. 643. <sup>8)</sup> Ebda. und Ff 236, 8, S. 10 (1618).

schuß unter Übergehung des Hauptmanns korrespondierte<sup>1)</sup>, so ließ der Ausschuß um die Wende des 16. Jahrhunderts keine Gelegenheit vorübergehen, seinen Machtbereich gegenüber dem Hauptmann zu erweitern. So gelang es ihm, die von dem Hauptmann Mathes von Logau verschuldete Erschütterung des Ansehens der Hauptmannschaft<sup>2)</sup> zu einer Erweiterung seiner eigenen Befugnisse zu benutzen. 1588 beriefen mehrfach Landesälteste und Ausschuß, zwar nach vorheriger Ansage beim Amt oder bei den für die Logauische Schuldensache tätigen königlichen Kommissarien<sup>3)</sup>, so doch im übrigen selbständig<sup>4)</sup>, Zusammenkünfte in dieser Schuldensache. Bei notwendiger Beratung von Landesangelegenheiten wagten sie es zwar nicht, die Zusammenkunft auszuschreiben, aber sie waren es, die die Ausschreibung vom Hauptmann forderten<sup>5)</sup>. Sie scheuten sich auch nicht, ihn zum Rücktritt zu drängen<sup>6)</sup>. Aus diesen Verhältnissen war es zu erklären, daß die Landschaft nach Logaus am 2. März 1593<sup>7)</sup> erfolgten Tode den Kaiser bat, die Berufung von Landeszusammenkünften und die Erledigung der Amts- und Landessachen bis zur Ernennung eines neuen Hauptmanns ihnen bzw. ihren Ältesten zu überlassen<sup>8)</sup>. Natürlich stand die Vertretung während der Amtsvakanz gesetzmäßig nicht den Ständen, sondern dem vom König bestellten Amtsverweser zu. Diesmal behielt sich der Kaiser selbst die Gewährung von Zusammenkünften vor<sup>9)</sup>. Auch als der Hauptmann Adam v. Lest am 29. Juni 1607 plötzlich gestorben war<sup>10)</sup>, baten die Landesältesten um die Vollmacht, selbst die Landstände oder die Ausschüsse um der Notdurft des Vaterlandes willen berufen zu dürfen<sup>11)</sup>, aber, wie es scheint, auch diesmal ohne Erfolg.

Auch das Beispiel der Wahl Adams v. Lest zum Hauptmann enthüllt den Gegensatz, der notwendig zwischen Hauptmann und Ständen vorhanden war. Lest war selber Landesältester, als er 1602 zum Amtsverwalter und darauf zum Hauptmann ernannt wurde. Als bald forderten ihn die Stände „zimlich öppischer und honischer weise“<sup>12)</sup> auf, das Ältestenamt niederzulegen. Er resignierte aber erst 1603<sup>13)</sup> und schlug den kaiserlichen Rat Friedrich v. Zedlitz und Hartmannsdorf auf Mertzdorf und Laasan (Lasen) zu seinem Nachfolger vor. Obwohl Zedlitz sich persönlich zur Annahme des Amts bereit erklärte<sup>14)</sup>, wählten darauf die Stände einhellig und in deutlicher Absicht der Beleidigung des Hauptmanns den Hans v. Zedlitz auf Wiesenthal. Friedrich aber drohte auf diesen „Spott“ adelige Rache.

Die Entstehung des Landeskollegs. Es war das typische Streben der Landstände, die

<sup>1)</sup> 1556, vgl. den Gebotsbrief des Hauptmanns vom 16. Okt. 1556. Rep. 39, S.-J. II 1 b, 178. Ob der Hauptmann hierin eine Zurücksetzung empfand, kommt garnicht zum Ausdruck; später wäre jedenfalls ein Verkehr der Krone mit den Ausschüssen ohne Vermittelung des Hauptmanns sehr auffällig gewesen. <sup>2)</sup> Siehe vorher S. 69. <sup>3)</sup> Ff 236, 2, S. 87, 117 (1588 Mai 2), 333, 361 f., 363. <sup>4)</sup> So 1588 Juli 28, Ff 236, 2, S. 328 f.: „alss haben wir uns einer zusammenkunft der landtende in dieser sachen des schultwesens entschlossen“. <sup>5)</sup> Ebda., S. 406 f., 593; Ff 236, 3, S. 624, 853. Die Liste des Ausschusses in Sachen des Logauischen Schuldenwesens siehe Quellen Nr. 68 (1588 Sept. 21). <sup>6)</sup> Siehe vorher S. 69. <sup>7)</sup> Ff 236, 4, S. 705, 713 f., 733, 741 f. <sup>8)</sup> Ebda. und Grotefend in Zeitschrift Bd. XII, S. 34 f. <sup>9)</sup> So scheint es nach der Notiz in dem Repertorium Rep. 13, AA III 11 g, S. 44: „Bitte, die Zusammenkünfte zum Zweck der Absendung auf die Fürstentage zu gewähren“, d. d. 22. April 1593. Schon damals scheint dem Kaiser die protestantische Gesinnung der Stände bzw. des Ausschusses anstößig gewesen zu sein. Als am 5. Febr. 1592 der Ausschuß unter der Leitung des Hauptmanns in der Sache des Löwenberger Religionstums eine Entscheidung getroffen hatte, verweigerte der Kaiser seine Zustimmung, weil der Vertrag „hinder unserm vorwissen gemacht“ worden sei. Rep. 39, S.-J., O. A. Jauer, 1593 März 17. <sup>10)</sup> Grotefend, Zeitschrift XII, S. 56. <sup>11)</sup> Rep. 39, S.-J. II 1 f., 88 a. <sup>12)</sup> Rep. 39, S.-J. II 1 e, 2. Teil, 54 b, öppisch=üppig, übermütig. <sup>13)</sup> Juni 10, ebda. <sup>14)</sup> Ebda. Bl. 56 a.



Verfechtung der Landesinteressen ständischen Ausschüssen zu übertragen. Dieses Streben hat in Schlesien, wie das Beispiel von Schweidnitz-Jauer zeigt, zu einer schöpferischen Tat, zur Begründung des Instituts der Landesältesten und im Zusammenhang damit zur Ausbildung der Kreisverwaltung geführt. Es schuf aber auch zugleich in Ausgestaltung der allgemeinen, allein der Zentralverwaltung dienenden Ausschüsse eine Gefahr für die Selbständigkeit der ständischen Verfassung. Die verwaltungstechnische Bedeutung steht außer allem Zweifel; sie hat auch nie bedeutende Einbuße erlitten. Um des wirtschaftlichen Vorteils der Einzelnen willen aber gab der Adel sein politisches Selbstbestimmungsrecht aus der Hand. Solange das Gegenspiel einer tatkräftigen Regierung fehlte, für Schweidnitz-Jauer also im 15. Jahrhundert und im ersten Drittel des 16. Jahrhunderts, waren die Ausschüsse ohne Zweifel nur von Vorteil für die Stände.

Doch schon um die Mitte des 16. Jahrhunderts erhob sich eine warnende Stimme, die vorerst nicht gegen die Ausschüsse überhaupt, sondern gegen die Herrschaft eines engsten Ausschusses über den Ausschüssen protestierte. 1558 geriet der Kanzler und k. Kammerrat Hans Schaffgotsch mit den Ständen in Streit über die Tätigkeit des Ausschusses. Er betonte<sup>1)</sup> die Observanz der Alten, die schon bei geringeren Anlässen „einen treuen gemeinen Rat durch die Weichbilder oder zur Stelle verordneten Ausschus gehalten“ hätten. Jetzt aber bestände die Klugheit der Leitung des Landes nur im Gutdünken von drei oder vier Personen. Diese Kluglinge, die den Ausschuß bildeten, hätten ihn „im Winkel zur Bank gehauen“, als ob er ein ungetreuer Landsasse wäre<sup>2)</sup>.

Dem Gedanken der Fortbildung der Ausschüsse konnte Schaffgotsch mit diesem Angriffe keinen Schaden tun. Das Ziel der Entwicklung war, eine praktische Regelung der Interessenvertretung des ganzen Landes einerseits, der einzelnen Weichbilder andererseits herbeizuführen. Während die Vertretung der Weichbilder durch die Landesältesten zur Regel wurde, schwankte die Zusammensetzung des großen Landesausschusses, wie wir ihn vorläufig nennen wollen, ehe die Bezeichnung „Landeskolleg“ aufkam. Er umfaßte neben den Ältesten auch noch die für besondere Fälle gewählten Deputierten der Weichbilder. In der älteren Zeit, im 16. Jahrhundert, sind Älteste und Deputierte nicht immer klar zu scheiden. Erst seitdem in der Zusammensetzung dieses Ausschusses vom reinen Grundsatz der Wahl abgewichen wurde, begann seine eigenartige Entwicklung. Durch die Aufnahme von Personen mit Beamtencharakter wurde er aus einem echten Ausschuß zu einem zwischen Ausschuß und landesherrlichem Rat stehenden Institut. 1599 setzte sich dieser Ausschuß aus dem K. Amt, den Landesältesten, den Beisitzern des Zwölferrechts und des Mann-

<sup>1)</sup> 1558 Aug. 4, siehe Quellen Nr. 44. <sup>2)</sup> Das Schreiben spricht sogar von „Kluglingen und Huren“, wofür die aus dem 18. Jahrhundert stammende Abschrift richtig ist. Wie aus einem Schreiben des Kanzlers vom 11. Sept. 1558 hervorgeht, scheint er in Intriguen verwickelt worden zu sein, die gegen den damaligen Landeshauptmann, auch einen Schaffgotsch, gerichtet waren. Er schreibt: „denn nit unlangst ist erfaren und gesehen worden, das etzliche personen vom lande in der landstend, prelaten und der von stedten namen bey der k. m. umb einen namhaftigen hauptman angegeben und denen einzusetzen gebeten, da dann solchs alleine erticht und under die offentliche warheit gewesen ist.“ Man wolle ihm die Ehre abstehlen. Ff 233, 2, S. 791 f. Tatsächlich wurde der Landeshauptmann Hans Gotsch kaum ein Jahr nach seinem Amtsantritt wieder abgesetzt, Grotelend, Zeitschr. XII, S. 53. Auch sachlich kritisierte der Kanzler die Tätigkeit des Ausschusses in den Fragen des Bier-einfuhrverbots und des Urbarienstreits mit den Städten; ebenso kamen die Angelegenheiten der Türkensteuer und der Kanzleिताxe in Betracht. Siehe Quellen Nr. 44 und Ff 233, 2, S. 780 f., 788 f., desgl. 1559 Jan. 30.

rechts sowie den Hofrichtern zusammen<sup>1)</sup>. 1603 bestand der Ausschuß aus den 4 Landesältesten<sup>2)</sup> und aus je zwei besoldeten Vertretern jedes Weichbildes, die sich durch Hinzuwahl weiterer Ausschuß-Mitglieder und Ältesten kooptierten<sup>3)</sup>.

Der so entstandene große Ausschuß sollte „zu ersparung gemeiner lands zusammenkunften jeder zeit aufs kays. ampts erfordderung zusammenkomen“ und die Landesgeschäfte vollmächtig im Namen des ganzen Landes führen. Diese Bestimmung wiederholte nur zahlreiche Bestimmungen gleichen Inhalts, wie sie das vorhergehende Jahrhundert gebracht hatte. Neu aber war nunmehr der Erfolg, der in politischem Niedergang bestand. Die Landschaft verlor ihr altes Selbstbewußtsein und gab sich völliger politischer Teilnahmslosigkeit hin. 1608 baten die Weichbilds-Ausschüsse nach dreijähriger Tätigkeit um ihre Entlassung: „Die herren ausschusse haben meist dorumb ire entledigung des ampts gebeten, weil die gemeinen lands zusammenkunften so gar schwachlich besucht wurden, dass oftmalen im zusamentreten der weichbilder in die ratschlege in manchen weichbilden kaum zween oder drei landsassen weren und dardurch die sachen meistens dem ausschusse aufm halse bliben“<sup>4)</sup>.

Daß die politische Interesselosigkeit der Gesamtheit auch auf die Ausschüsse und Ältesten einwirkte, war besonders bei der mit dem 30 jährigen Krieg erfolgenden schweren Prüfung des Landes nicht zu verwundern. Die Kriegszeit brachte dauernd neue Abschiedsgesuche der Ältesten und sonstigen Landesbeamten<sup>5)</sup>, die durch Tod erledigten Stellen wurden nicht sofort besetzt<sup>6)</sup> und die Gehälter nicht regelmäßig ausgezahlt<sup>7)</sup>. Mit dem Adel verließen auch Landesbeamte das Land. Die alte vornehme Auffassung vom Landesamt als einem Ehrenamt erlitt starke Beeinträchtigung. Die Beamten verschafften sich persönliche Vorteile durch ihre Stellung wie die Freiheit von Einquartierung für ihre Güter, während nicht einmal der Landeshauptmann seine Güter geschont wissen wollte<sup>8)</sup>. Die Auffassung vom materiellen Nutzen des Amts wie andererseits auch von den mit ihm verknüpften Gefahren drückt sich in dem Stoßseufzer aus, den 1648 die Ältesten und anwesenden Landsassen an den schwedischen Generalkommissar Sigismund Müller zu Glogau richteten<sup>9)</sup>: „wie doch die officia der landesbedienten, welche anjezo fast bloss onera und keinen sonderen nuzen denen, die sie tragen, bringen, zu solchem hass und verfolgung anleitung geben können, welche nach aller völker gewohnheit und liebe gutter ordnung doch vielmehr schuzes würdig seyn solten“.

In dieser Zeit der Erschlaffung und des Niedergangs der Verfassung, der allgemeinen Ziellosigkeit fand der zielbewußte Wille eines neuen Herrschers vorerst keinen großen Widerstand.

<sup>1)</sup> März 6, Rep. 39, S.-J. II 1 e, 3 f. <sup>2)</sup> Den Ober-Landrechtssitzern, ebda. S. 85 a. <sup>3)</sup> Ebda., 2. Teil 69 a u. 81 a. <sup>4)</sup> Rep. 39, S.-J. II 1 f, S. 205 b (1608 Mai 31). <sup>5)</sup> z. B. des Steuereintnehmers, des Landschreibers und des Landesbestallten, Ffii 236, 8, S. 788, 789, 956, 992, 1166. <sup>6)</sup> Vgl. die großen Ersatzwahlen 1637 Juni 16 (Quellen Nr. 97) und 1649 Dez. 10 (Quellen Nr. 109). <sup>7)</sup> Der Oberrechtssitzer und Landesälteste Niklas v. Zedlitz auf Wilkau hatte z. B. 14 Jahre lang keinen Sold wegen seines Hofmeisterramts und Vorsizes beim Mannrecht sowie wegen seines Oberhofrichterramts in den Weichbildern Schweidnitz, Striegau und Bolkenhain erhalten. Rep. 39, S.-J. II 1 i, vol. I, S. 34. Er wurde allerdings vom Geschlechte Schaffgotsch besoldet, dessen Sturz wohl an dieser Verschleppung Schuld trug. <sup>8)</sup> Ffii 236, 10, S. 317, 320, 327, 340 (1631 und öfters). <sup>9)</sup> 1648 Juni 7, Ffii 238, 6, S. 560. Beachtenswert ist, daß sie sich dem Feinde gegenüber unterzeichnen als „soweit es die kays. und kön. pflicht zulasset, dienstwillige“.



Auf Ferdinands III. Geheiß gelang es dem neuen Landeshauptmann von Bibran, das ständische Institut der Ausschußtage zur möglichsten Vernichtung der landständischen Verfassung zu verwerten.

Seine erste Aufgabe war, die Ausschußtage, die seit alters den allgemeinen Landtagen regelmäßig vorausgingen<sup>1)</sup>, weil auf ihnen „in der enge über der proposition consultiret“<sup>2)</sup> wurde, an die Stelle der Landtage zu setzen. Das gelang an der Hand der geheimen kaiserlichen Instruktion, vermöge der der Hauptmann das Recht zur Berufung dieser engen Zusammenkünfte erhielt, der Kaiser resp. der König sich aber die Genehmigung jedes einzelnen Landtages vorbehielt<sup>3)</sup>. Der Erfolg des Hauptmanns zeigte sich in dem 1640 aufgesetzten Statut über die engen Zusammenkünfte<sup>4)</sup>. Die Landesbeamten oder wie sie nun hießen, die Landesoffizierer, erkannten mit diesem Statut stillschweigend an, daß die engen Zusammenkünfte an die Stelle der Landtage getreten waren. Die aufgestellten Punkte enthielten Bestimmungen über Arbeitsfreudigkeit und Pünktlichkeit der Teilnehmer, deren Liefergelder, die Sachlichkeit der Verhandlungen und die Dauer der Sitzungen.

Die Hauptaufgabe des Hauptmanns, die Zusammensetzung der Mitglieder entsprechend den Wünschen der Regierung zu verändern, machte größere Schwierigkeiten. 1637, auf dem Landtage zu Jauer vom 16. Juni, erhielt das „Kollegium der Herren Landes-Offizierer“<sup>5)</sup> folgende Gestalt. Es gehörten ihm an der Kanzler, die vier Oberrechtsitzer und alten Landesältesten, die 8 Landesältesten, die ihre Weichbilder vertraten, der Steuereinnehmer, der Landesbestallte und der Land-schreiber. Das Bestreben des Hauptmanns war es nun, das Kollegium möglichst mit Katholiken zu besetzen. Bei dem bisher ganz protestantischen Adel mußten daher katholische Geschlechter in die Fürstentümer verpflanzt werden, denen die Ämter vorbehalten blieben. Aber die völlige Durchführung der Katholisierung der Beamtenschaft scheiterte an dem Mangel an geeigneten Persönlichkeiten und am Zusammenhalt der Protestanten<sup>6)</sup>. 1653 bezeichneten sie sich mit scharfer

<sup>1)</sup> Siehe die Ordnung von 1573, Quellen Nr. 58; so noch 1626 Juni 21 und Juli 31. Rep. 39, S.-J. II 5 a. <sup>2)</sup> Ebda. 1627 Aug. 18. <sup>3)</sup> Vgl. das Votum der Landstände 1639 Nov. 3, Quellen Nr. 100. <sup>4)</sup> Siehe Quellen Nr. 103, 1641 Jan. 21, Bestätigung des Hauptmanns. <sup>5)</sup> Siehe Quellen Nr. 97, 1637 Juni 16 und Quellen Nr. 111, 1650 Febr. 12 (Czepko). Die Besoldung der Ältesten betrug um 1640 80 Reichstaler und 3 Taler Liefergelder, Fü 238, 1, S. 656. Die Stände verlangten 1648 die Herabsetzung der durch die Teuerung von 1628/29 erhöhten Liefergelder auf 2 Thr., bei Reisen außer Landes auf 3 Rthr., zu den Breslauer Fürstentagen auf 4 Thr. Aber die Offizierer waren dagegen. Fü 238, 6, S. 93 f. u. 115. <sup>6)</sup> Einzelne Beispiele für die Kämpfe um die Ämterbesetzung seien aufgeführt: 1654 März 25 empfiehlt der Kaiser zur Landesältestenwahl im Weichbild Striegau den gewissen kaiserlichen Oberstleutnant Christof von Churschwandt, Rep. 39, S.-J. II 15 c. 1660 Jan. 5 wird der Oberwachmeister Hans Friedrich von Nimpsch auf Ölse, Ullersdorf und Lauterbach als Landesältester erwähnt, Rep. 39, S.-J. II 1 i, 87. 1668 April 21 wurde durch kaiserliches Reskript die Anstellung katholischer Subjekte in allen erledigten Land- und Stadtämtern befohlen, siehe Quellen Nr. 115. 1670 Dez. 3 annullierte der Kaiser die Wahl des unkatholischen Hans Christof von Braun zum Ältesten des Bunzlauer Weichbildes und substituierte den Maximilian Freiherrn von Schellendorf, Quellen Nr. 116. Die Wahl des Christoph Gottlieb von Nimpsch auf Ober- und Nieder-Leipe i. Weichb. Jauer erkannte er an; jedenfalls war kein geeigneter Katholik zu finden, ebda. und Rep. 135, Jau. Msc., Bd. 6, S. 202. Dieselbe kaiserliche Resolution verbot auch den Ständen die Libertät der Substitution bei erledigten Ämtern. Arnold II, S. 98. 1675 Mai 28 berichtet der Hauptmann gelegentlich der Ältestenwahl in den Weichbildern Löwenberg und Hirschberg, daß keine geeigneten katholischen Subjekte da seien, obwohl er 4 Namen von Katholiken nennt. Der Kaiser hatte in diesem Falle auch schon durch Reskript vom 15. Mai 1675 die eventuelle Wahl von Unkatholischen gestattet, Rep. 39, S.-J. II 5 n. 1676 Aug. 22 befahl der Kaiser, im Weichbilde Reichenbach nach dem Tode des Johann Georg Bercka, Freiherrn von der Daub und Leippe, den Ständen nur die Wahl eines katholischen Subjekts zu gestatten. Er bestätigte darauf auch am 30. Sept. die Wahl des Katholiken Adam Wilhelm von Eicke auf Költchen, Kr. Reichenbach, Rep. 39, S.-J. II

Pointierung in einer Religionssupplik als „die evangelischen Landesoffizierer und gesamte (!) Landstände“<sup>1)</sup>).

Ferner mußten aus dem Kollegium zwei aufs engste mit der Vergangenheit der Verfassung vertraute Beamte, der Landschreiber<sup>2)</sup> als ständischer Archivar und treuer Bewahrer des Alten und der Landesbestallte<sup>3)</sup> als das geistige Haupt der Stände entfernt oder doch möglichst unterdrückt werden.

Ein wesentlicher Bestandteil der alten Ausschußtage war naturgemäß der eigentliche von den Weichbildern gewählte Ausschuß gewesen. Auf eine derartige aus der protestantischen Masse des Adels hervorgehende Vertretung konnte der Hauptmann den nötigen Einfluß nicht gewinnen. Es war daher seine Aufgabe, diesen Ausschuß zu unterdrücken. Für mehrere Jahrzehnte gelang ihm dies auch in der Tat. Erst 1681 genehmigte der Hauptmann wieder, daß zu den Steuer-Abrechnungen wieder ein Deputierter jedes Weichbildes neben dem Landesältesten zugezogen wurde<sup>4)</sup>.

Die Teilnahme der Geistlichkeit an den Zusammenkünften lag durchaus im Interesse der Regierung. Nach Bedarf wurden auch die Gesandten der Städte zugezogen.

Das Gegenspiel der Stände. Die fortschreitende Vernichtung ihrer Libertät ermannte die Stände bald zum Widerstande. Es entwickelte sich das Schauspiel, daß die Protestanten, die Modernen, um die Erhaltung des Alten kämpften. Schon 1648 wagten die zur engen Zusammenkunft vom 13. Jan. neben den Offizierern geladenen ständischen Deputierten, den Offizierern 20 Landes-Gravamina zu überreichen<sup>5)</sup>. Die wichtigsten Punkte waren die Wiedergestattung der

15 c. 1678 Juni 29 gab ein kaiserliches Reskript zu, daß „wenn plurima vota pro acatholico“ ausfielen, die privilegierte Wahlfreiheit der Stände ungekränkt bleiben solle, Arnold II, S. 104. Der katholische Ernst Wilhelm von Pannwitz wurde den Ständen auf dem Landtag vom 4. Dez. 1685 als Landesbestallter aufgedrängt, obwohl die Protestanten eine andere Wahl getroffen hatten, siehe Quellen Nr. 128, 1686 Sept. 24. Auf die Beschwerden der Stände erwiderte der böhmische Hofrat zu Wien am 23. Febr. 1686, der Kaiser habe nie die Angehörigen der Augsbургischen Konfession von allen Landesämtern ausschließen, sondern nur den katholischen Subjekten den Vorrang sichern wollen, Rep. 135, Jan. Msc. 27, S. 529. 1708 Nov. 8 bestätigt Kaiser Joseph den protestantischen Joachim Siegmund v. Seydlitz auf Mittel-Peilau zum Landesältesten des Kreises Reichenbach, Rep. 39, S.-J. II 15 c. Am 28. Dez. desselben Jahres verleiht der Kaiser dem Joachim Hermann v. Spiller auf Nieder-Berbisdorf die durch Absterben des Nikolaus Siegmund v. Zedlitz erledigte Landesältestenstelle des Weichbilds Hirschberg, weil er als Evangelischer auf dem Kreistage 11 Stimmen, der katholische Bewerber Georg Friedrich von Reibnitz auf Rohrbach nur 3 Stimmen erhalten hatte, ebda. Über die Wahl des Steuereintnehmers Friedrich v. Zedlitz, 1681, siehe Kap. 4, Finanzverwaltung.

1) Rep. 39, S.-J. II 1 i, 403 f., 489 f. 2) Über diese Entwicklung vgl. im Folgenden „Der Landschreiber“, siehe speziell die Beschwerden von 1684 f. Rep. 39, S.-J. II 12 i, Bd. I. 106 f., 112 b f. Quellen Nr. 128. 3) Vgl. im folgenden „Der Landesbestallte“. 4) Siehe Quellen Nr. 123, 1681 März 26. Während des Kriegs wurden die engen Zusammenkünfte noch häufig mit Deputierten abgehalten, so 1625 Okt. 13: „mit erfordern gewisser personen aus einem iedtwedern weichbilde“, Rep. 39, S.-J. II 5 a. 1648 Jan. 13 sind neben den Offizierern auch eine Anzahl von Landständen geladen; aber es sind ebenso, wie auf der engen Zusammenkunft von 1648 März 31, nur „benennte“, also besonders von der Regierung ausgewählte und erfordernde Personen, Fü 238, 6, S. 88 f. 400 f., 418—422. 1652 Dez. 16 findet die enge Zusammenkunft auch mit Weichbildsdeputierten statt, Rep. 39, S.-J. II 1 i, 349 f. Die Form der Verhandlungen war die gleiche, wie beim Landtag: Proposition des Hauptmanns, öffentliches Votum der Stände, Votum conclusivum des Hauptmanns, Publikation des Votums durch offenes Patent, ebda. S. 364 b f., 368 b f., 373 b f.; siehe auch die Beschreibung in der kaiserlichen Resolution von 1670 Dez. 3, Quellen Nr. 116. Nach Unterdrückung der Deputierten zog der Hauptmann, übrigens nach alter Sitte, Gerichtspersonen zur Beratung heran, so 1680 „Zwölfer und Pupillargericht“, Rep. 39, S.-J. II 5 e, f. 603. 5) Fü 238, 6 S. 88 f., 1066, 1068.



gemeinen Landesgebote, die Neuwahl eines Landschreibers und die Ermäßigung der Liefergelder. Die Offizierer lehnten denn auch, durch diesen Widerstand ermutigt, am 23. Juni 1648 ab, eine Verantwortung in Landessachen auf sich zu nehmen, die ihnen nicht von der ordentlichen Ständeverversammlung übertragen worden sei<sup>1)</sup>. Die geschickte, durch die Wahl katholischer Landesoffizierer stets wachsende und das Land beherrschende kaiserliche Partei wußte aber für Jahrzehnte den Widerstand zu unterdrücken. Ununterdrückbar aber wuchsen die bösen Nachreden gegen die Offizierer, wuchs auch die Erkenntnis, daß Älteste und Offizierer allein einen Landtag niemals ersetzen könnten<sup>2)</sup>, mehrte sich der Zorn gegen die absolutistische Herrschaft des Hauptmanns. Als auf der allgemeinen Zusammenkunft vom 4. Dezember 1685 der Hauptmann Hans Friedrich Freiherr von Nimptsch auf Langen-Ölse und Ullersdorf die Stände auseinanderjagte und ihnen die Landstube verbot, weil sie den katholischen Ernst Wilhelm v. Pannwitz nicht zum Landesbestallten annehmen wollten, brach die Empörung los<sup>3)</sup>. Sie wandte sich ebenso sehr, wie gegen den Hauptmann, gegen die eigenste Schöpfung der Stände, das Landeskollegium.

Die wichtigsten Beschuldigungen gegen das Kollegium waren folgende:

1. Es schriebe ohne Wissen der Stände und doch in deren Namen an den Kaiser. 2. Es verfüge über die Landeskasse, das „Aerarium publicum“ ohne Wissen der Stände und sogar des Obersteneinnehmers. 3. Seine Mitglieder verschonten ihre eigenen Güter mit Truppen-Einquartierung. 4. Es nähme zuviel Liefergelder; auf den Quartalen würden viele Tage lang Sachen debattiert, die vor das gemeine Land gehörten. Selbst zu Banketten fordere man Liefergelder<sup>4)</sup>, deren Summe auf 4000 Taler jährlich gestiegen sei. 5. Die Revision der Steuerrechnungen würde den erst seit 1681 wieder zugelassenen ständischen Deputierten nur „cursorie“ ermöglicht; diese hätten nur eine beratende Stimme. 6. Das Kolleg separiere sich auf den Landtagen vom Lande. 7. Die Oberrechtssitzer beanspruchten ein besonderes Votum, obgleich dies wider die alte Observanz sei.

Gerade die Stellung der Oberrechtssitzer zeigt die Berechtigung des Ansturms der Stände gegen die Gewalt ihrer eigenen Vertreter. Aus den Ältesten waren Offizierer geworden, aus den Ehrenbeamten Berufsbeamte. Die Oberrechtssitzer beanspruchten das erste und besondere Votum, weil sie nach der Anschauung des Landeskollegs die beiden Fürstentümer, je 2 von ihnen eines, repräsentierten<sup>5)</sup>. So war aus der von den Ständen beabsichtigten dauernden Vertretung eine die Stände fast ausschließende Repräsentation geworden. Die Oberrechtssitzer waren ferner zugleich kgl. Oberamtsräte<sup>6)</sup>, obgleich die Stände die Verquickung von zwei Ämtern schon mehrfach untersagt hatten<sup>7)</sup>. Die wichtigste Änderung aber war, daß 1686 zwei Oberrechtssitzer als Assistenz-

<sup>1)</sup> FII 238, 6, S. 638 f. <sup>2)</sup> Siehe Quellen Nr. 119 (1674, Unmaßgebliche Bedenken). <sup>3)</sup> Vgl. die Kommissionsakten Rep. 39, S.-J. II 12 i, 3 Bde. und die Quellen Nr. 128. <sup>4)</sup> Darauf antwortete das Kollegium, seine Liefergelder seien gegen 1601 erhöht worden, weil ein Kavalier mit einem Diener und zwei Pferden unter zwei Reichstälern täglich in einer Stadt nicht ausgeben könne. Ein städtischer Deputierter mit seiner gemieteten und zer-rissenen Landkutsche bekäme dasselbe Liefergeld; siehe Quellen Nr. 128, 1686 Sept. 24. Dagegen betonten die Stände, die Offizierer liquidierten für jedes Fest und Panquet sowie für jedes Begräbnis eines Offizierers täglich 3 Rthr., sodaß die jährlichen Liefergelder auf über 4000 Rthr. stiegen. Siehe Quellen Nr. 128, 1686 Febr. 23, Gravamen 9. <sup>5)</sup> Siehe Quellen Nr. 128, 1686 Sept. 24. <sup>6)</sup> Siehe Quellen Nr. 128, 1686, Gravamen 23. <sup>7)</sup> 1654, Rep. 39, S.-J. II 12 i, vol. I 100 f; bei der Wahl des von Sommerfeld zum Landesbestallten, vgl. Quellen Nr. 128 (1686).

räte<sup>1)</sup> neben den Hauptmann zur Verwaltung der Justiz, also völlig von der ständischen Seite auf die königliche treten sollten.

Daß dieselbe Entwicklung zum Berufsbeamtentum auch bei den Landesältesten vor sich ging, lag bei dem Beispiel der Oberrechtssitzer nahe. 1686 wurden die Ältesten als mit den Rechten „ordentlicher craysshauptleutte bekleidet“ bezeichnet<sup>2)</sup>, d. h. ihre Stellung näherte sich der des späteren preußischen Landrats. Bei der Kontinuität im Kollegium konnte eine derartige Entwicklung auch nicht ausbleiben. 1686 war der Oberrechtssitzer Baron von Gersdorff, der zugleich Oberamtsrat war, schon seit 20 Jahren Mitglied des Kollegs, ebenso der Prälat von Grüssau seit 26 Jahren<sup>3)</sup>. Nicht der 1686 eingeleitete Kampf der Stände gegen das Kollegium, der 1692 beigelegt wurde<sup>4)</sup>, und ebensowenig neue Kämpfe gegen den Hauptmann von 1698—1702<sup>5)</sup> vermochten den Ständen zu ihrem alten Recht zu verhelfen. Sie vermochten nur das Eine, die absolutistische Neigung der Zentralregierung zu stärken auf Kosten von Hauptmannschaft, Landeskolleg und Ständen. Aus dem indirekten, durch Hauptmann und Kolleg ausgeübten Absolutismus wurde der direkte Absolutismus des Wiener Hofes.

Die freie Wahl der Landesbeamten wurde nur dem Scheine nach beibehalten, denn selbst die Bestätigung des Amts durfte nur auf kaiserliche Resolution erfolgen<sup>6)</sup>. Auch die Ausschreibung von Landessteuern wurde sowohl dem Hauptmann, wie den Ständen verboten. Die enge Zusammenkunft durfte nur noch die Steuern repartieren und sollte deshalb nach den Fürstentagen stattfinden. Für plötzliche unvorhergesehene Ausgaben erhielt sie einen freien Dispositionsfonds von nur 300 Talern<sup>7)</sup>. Der engen Zusammenkunft wohnten zur Ausübung solch enger Befugnisse der Hauptmann oder der erste Amtsassessor, die Prälaten, die Offizierer, der Obersteuereinnnehmer und ein ständischer Ausschuß von Adel und Städten bei<sup>8)</sup>. Auf die Proposition des Amts folgte das Votum collectivum des Landeskollegs der Prälaten und Offizierer, sodann das Votum collectivum der städtischen Deputierten. Das Votum conclusivum des Amts beschloß die Zusammenkunft<sup>9)</sup>.

Auf der engen Zusammenkunft vom 19. Dez. 1740 zu Schweidnitz wurde das an die Schlesier gerichtete Manifest König Friedrichs vom 1. Dez. verlesen<sup>10)</sup>. Die Verlesung brachte das Ende der Verfassungskämpfe und der Verfassung selbst.

<sup>1)</sup> Siehe Quellen Nr. 128, 1686 Okt. 23 und Quellen Nr. 130, 1692 Juli 30. <sup>2)</sup> Siehe Quellen Nr. 128, 1686 Sept. 24. Sie haben ihre eigenen Schreiber, also ein Büro, ebda. Der Titel „Kreishauptmann“ war böhmischen Ursprungs. <sup>3)</sup> Rep. 39, S.-J. II 12 i, vol III, S. 88. 1735 März 22 wünschte der Hauptmann bei Einführung des Abts Benedikt von Grüssau und des Bunzlauerischen Landesältesten Andreas von Jeutha in das Landeskolleg, daß die gogenwärtige Posseß-Nehmung sich auf unzählbare Jahre erstrecken möge, Rep. 39, S.-J. II 5 w; vgl. auch Listen der Landesältesten, wie aller Beamten des ausgehenden 17. und des 18. Jahrhunderts in den Landesrechnungen in Rep. 39, S.-J. VI 15. <sup>4)</sup> Juli 30; Rep. 39, S.-J. II 12 k; vgl. Quellen Nr. 130 u. 131. <sup>5)</sup> Siehe Quellen Nr. 132, 1698/99 und die kaiserlichen Entscheidungen 1702 Juli 27 und Okt. 23, Quellen Nr. 133. <sup>6)</sup> Kais. Instruktion von 1697 April 25, Quellen Nr. 131. <sup>7)</sup> Eine Reihe kaiserlicher Reskripte wandte sich gegen die Höhe der Ausgaben und gegen den Luxus bei Land und Städten [1710 April 4. 1712 Dez. 10. 1723 März 23. Rep. 39, S.-J. III 9 c]; vor allem verbot der Kaiser 1733 Juni 8 die kostspielige Installation der Hauptleutte, siehe Quellen Nr. 134. <sup>8)</sup> Liste des Landeskollegs von 1737 bis 1740: 4 Prälaten, 4 Oberrechtssitzer, 8 Landesälteste, 1 Landesbestallter, 1 Obersteuereinnnehmer, 1 Landschreiber, 21 Landesdeputierte; siehe Quellen Nr. 137 u. 138. <sup>9)</sup> z. B. 1733, Rep. 39, S.-J. II 5 w. <sup>10)</sup> Rep. 39, S.-J. II 13 c, letzte Blätter. Die Zusammenkunft fand nicht im Landeshaus, sondern im Grüssaueschen Hause statt. Früher hatten die Ausschüßtage häufig auf dem Schloß zu Jauer stattgefunden, so Rep. 39, S.-J. II 5 a (1623).



## Der Landesbestallte.

Das Amt des Landesbestallten wurde gegen Ende des 16. Jahrhunderts in den einzelnen schlesischen Fürstentümern geschaffen. Das Generallandesbestalltenamt des schlesischen Fürstentages war bisher nicht für eine frühere Zeit nachzuweisen, so daß es möglicher Weise erst nach dem von den Partikular-Fürstentümern gegebenen Vorbilde eingerichtet worden ist.

In Schweidnitz-Jauer erkennen schon 1581 die Landesältesten, daß es nötig sei: „beineben inen auch auf eine taugliche person, so des lands sachen in botschaften und sonsten verriichten möge, bedacht zu sein und in bestallung zu bringen; ist dis falls auf herrn Fridrichen von Zedlitz zu Mertzdorff gesonnen worden“<sup>1)</sup>. Nachdem Zedlitz auch in der Tat zum Bestallten erkoren worden war, erhielt er 1583 seine Bestallung und Instruktion<sup>2)</sup>.

Die grundlegende Neuerung, die dieses Amt brachte, war die Schaffung eines „zu jeder Zeit“ und auf möglichst lange Zeit für die Landesverwaltung zur Verfügung stehenden Beamten. War Zedlitz auch vorläufig nur auf ein Jahr verpflichtet worden<sup>3)</sup>, so ergibt sich aus dem nachfolgenden Verzeichnis der Bestallten, daß ihr Amt für viele zur Lebensaufgabe geworden ist. Erst jetzt ermöglichte das verhältnismäßig bedeutende Gehalt einem Beamten, unabhängig von den privaten Einkünften einer Gutswirtschaft existieren zu können<sup>4)</sup>. Mit diesen beiden Kriterien langer Amtsdauer und auskömmlichen Gehalts ist aber hier zum ersten Male für einen ständischen Beamten von Schweidnitz-Jauer an die Stelle ehrenamtlicher die rein berufliche Tätigkeit getreten.

Die Obliegenheiten des Bestallten waren nach der Instruktion von 1583 folgende: Er muß 1. an sämtlichen Beratungen der Ältesten teilnehmen, 2. ebenso an denen des ganzen Landes, 3. schriftliche Gutachten über die beratenen Fragen geben, 4. alle notwendigen Gesandtschaften übernehmen, 5. alle Quartale des Gerichts von Amt, Land und Städten, des späteren Pupillengerichts, besuchen. Er vertritt auch die Stände gegenüber dem Hauptmann und verkündet ihm auf dem Landtag das ständische Votum.<sup>5)</sup> In seinem Namen bzw. dem des Landeskollegs werden ferner im 17. Jahrhundert die engen Zusammenkünfte vom Hauptmann ausgebeten.<sup>6)</sup> Er ist überhaupt „des Landes universaliter constituierter machtmann“.<sup>7)</sup> Außerdem vertritt er auf dem Fürstentag die Landschaft und führt dort zugleich bei den Erbfürstentümern praesidialiter das Directorium.<sup>8)</sup>

Grade letztere Stellung wurde seiner Selbständigkeit verhängnisvoll. Durch Reskript vom 7. Nov. 1685<sup>9)</sup> verlangte der Kaiser, daß nur katholische Subjekte zu Landesältesten und zu Bestallten zu machen seien, da zu den conventus publici nur noch katholische Landesbestallte zugelassen würden. Zugleich wurde die 1685 von den Ständen vorgenommene Wahl des Friedrich

<sup>1)</sup> 10. April 1581, Rep. 39, S.-J. II 1 e, 2. Teil, 35 b.    <sup>2)</sup> Siehe Quellen Nr. 63, 1583 März 19 und 20.

<sup>3)</sup> Siehe Anm. 2. Schon 1584 wurde er gebeten, das Amt noch länger zu behalten; ebda. S. 174.    <sup>4)</sup> Zedlitz erhielt eine Besoldung von 300 Talern und an Diäten innerhalb des Landes 1½ Tlr. täglich, bei Gesandtschaften außer Landes, z. B. an den Hof oder nach Breslau, 25 Tlr. wöchentlich, siehe Anm. 2. 1601: 500 Taler Sold einschließlich Ältestenhonorar. Rep. 39, S.-J. II 1 e, S. 96; siehe auch Quellen Nr. 76, 1601 Mai 16. 1607: 400 Taler. Ebda. II 1 f, S. 140. 1621 und 1637: 400 Taler und 2 Tlr. täglich Diäten. Fü 236, 8, S. 653 und Fü 238, 6, S. 1159. Dazu kamen besondere Verehrungen beim Abgang, so 1607: 500 Tlr. Fü 236, 7, S. 147; ebenso 1611: ebda. S. 823. 1690 betrug die Pauschalbesoldung des Bestallten für alle seine Ausgaben 1000 Rtlr. (einschließlich der Schreiberbesoldung und der Breslauer Liefergelder), S.-J. II 3 e, 1690 Dez. 19.    <sup>5)</sup> Rep. 39, S.-J. II 1 e, 2. Teil 56 b (1603).    <sup>6)</sup> Vgl. die Erörterung hierüber 1700 Febr. 15, Rep. 39, S.-J. II 12 l.    <sup>7)</sup> Ebda.    <sup>8)</sup> Ebda. und Rep. 39, S.-J. II 12 i, III 50.    <sup>9)</sup> Rep. 135, Jan. Msc. VII, S. 31 f.

von Nimptsch auf Habendorf zum Bestallten kassiert<sup>1)</sup> und an seine Stelle der katholische Landschreiber der Grafschaft Glatz Ernst Wilhelm von Pannwitz gesetzt. Dieser kaiserliche Eingriff entflamte den Widerstand der Stände für den Augenblick aufs höchste,<sup>2)</sup> aber seit diesem Jahre ist kein protestantischer Bestallter mehr gewählt worden.<sup>3)</sup>

Landesbestallter und Landschreiber waren die stärksten Verteidiger der alten Verfassung. Sie unterstützten und vertraten einander in ihren dienstlichen Verrichtungen<sup>4)</sup>. So lag es nahe, daß der Hauptmann den Versuch machte, den Bestallten ebenso, wie er es mit dem Landschreiber zeitweise erreicht hatte, von den Landtagen und engen Zusammenkünften auszuschließen<sup>5)</sup>. Die Bedeutung des Amts für die Stände machte aber seine Unterdrückung unmöglich.

### Verzeichnis der bisher festgestellten Landesbestallten.

1. 1583 März 19 Friedrich v. Zedlitz von Hartmannsdorf auf Merzdorf, K. schlesischer Kammerer<sup>6)</sup>. Er resigniert 1589 Juli 10<sup>7)</sup>.
2. 1591 Dez. 30<sup>8)</sup> Adam v. Seydlitz und Burkersdorf zu Grunau und Buchwald. Er resigniert 1601 Mai 15 für die kommende Weihnacht<sup>9)</sup>.
3. 1601 Mai 16<sup>10)</sup> Caspar v. Warnsdorff zu Gußmannsdorf. Er resigniert 1607 Dez. 6, bleibt aber Landesältester<sup>11)</sup>.
4. 1607 Dez. 6<sup>12)</sup> Wolf Dietrich v. Ronau auf Guhlau und Teichenau. Er resigniert 1611 Nov. 28<sup>13)</sup>.
5. 1611 Nov. 28<sup>14)</sup> Albrecht v. Rohr und Stein von und auf Langen-Seiffersdorf. Er resigniert 1621 Jan. 8<sup>15)</sup>.
6. 1621 März 31<sup>16)</sup> George v. Polsnitz der Jüngere auf Liebenthal, Rudelsdorf und Kunzen-  
dorf. Er resigniert 1637 Juni 16<sup>17)</sup>.
7. 1637 Juni 16<sup>18)</sup> Heinrich von Poser und Groß-Nädlitz auf Welckersdorf, Tschechen, Eisdorf,  
Nieder-Olbendorf und Wenig-Rackwitz. Er stirbt 1661 Sept. 13<sup>19)</sup>.
8. Nach 1663 August 17<sup>20)</sup> Christoph Ernst von Sommerfeld und Falckenhayn auf Ober- und  
Nieder-Grunau. Er ist 1681 März 26 im 27. Jahr im Dienst<sup>21)</sup> und stirbt 1685 Juli 7<sup>22)</sup>.

<sup>1)</sup> Siehe Quellen Nr. 128, 1686 Sept. 24. <sup>2)</sup> Vgl. vorher S. 104, Anm. u. S. 109. <sup>3)</sup> Vgl. die Wahl von 1690 Dez. 19, Rep. 39, S.-J. II 3 e. <sup>4)</sup> Der Geschäftsgang ist so, daß der Bestallte, „was extra conventus publicos vorkömmt, denen Landesoffizierern zuschickt, unsere vota einholet und secundum majora die expedition durch den Landschreiber abfassen lesset“. Rep. 39, S.-J. II 12 i, vol. III 78, vgl. Quellen Nr. 128 (1686). Vgl. auch Rep. 39, S.-J. II 1 f, 72 b f., 212 b, 219 b. Zur Ausfertigung von Originalen sandten die Siegelnden schon fertige „Pressen“ (Siegel) in die Kanzlei, ebda. II 12 i, vol. III 86 b. <sup>5)</sup> So 1631: Fü 236, 10, S. 252 f. <sup>6)</sup> Siehe Quellen Nr. 63, 1583 März 19 u. 20. <sup>7)</sup> Fü 236, 3, S. 239, 416, 791. <sup>8)</sup> Fü 236, 4, S. 548 f. <sup>9)</sup> Rep. 39, S.-J. II 1 e, 96. <sup>10)</sup> Ebda. S. 73 b, 96, 101. <sup>11)</sup> Ebda. II 1 f, 135 a u. Fü 236, 7, S. 147. <sup>12)</sup> Rep. 39, S.-J. II 1 f, 135 b, 140. <sup>13)</sup> Fü 236, 7, S. 756 f., 823, 845, 847. <sup>14)</sup> Er erhielt von 26 Stimmen 20 und wollte zuerst seiner Jugend halber die Wahl ablehnen, Fü 236, 7, S. 756 f., 853, 1251, 1271. <sup>15)</sup> Fü 236, 8, S. 568, 612. <sup>16)</sup> Er wurde mit 43 Stimmen gewählt, Fü 236, 8, S. 609, 613, 636, 648, 653. Fü 236, 9, S. 367, 869. <sup>17)</sup> Fü 238, 1, S. 402. <sup>18)</sup> Fü 238, 1, S. 402. Rep. 39, S.-J. II 12 i, vol. III 77 b f. Er ist durch seine weiten Reisen bekannt. Vgl. A. Heyer, Heinrich von Poser, Ein schlesischer Orientreisender, Schl. Geschichtsbl. 1910 Nr. 1. <sup>19)</sup> Rep. 39, S.-J. II 1 l, 495 b u. Sinap. II, 874. <sup>20)</sup> Ebda. II 1 m, nach 1663 Aug. 17; II 1 n, 286. Er wurde 1670 als Protestant doch auch Oberrechtssitzer (ebda. S.-J. II 12 i, vol. III 77 a) und verwaltete 1680 ein halbes Jahr lang das Steuereinnahmeramt. <sup>21)</sup> Rep. 39, S.-J. II 3 d. <sup>22)</sup> Ebda. II 12 i, I 100 f. u. Sinap. II, 1018 f.



9. 1685 ad interim Christoph Gottlieb von Nimptsch, er stirbt 1685 vor Nov. 7<sup>1)</sup>.
10. 1685 Dez. 4 Ernst Wilhelm v. Pannwitz auf Alt-Lomnitz, bisher Landschreiber der Grafenschaft Glatz, der erste Katholik als Landesbestallter<sup>2)</sup>, noch 1689 Dez. 18 erwähnt<sup>3)</sup>.
11. 1690 Dez. 19<sup>4)</sup> Christoph Wilhelm Freiherr v. Schaffgotsch auf Börnchen, wird 1700 Landeshauptmann des Fürstentums Liegnitz<sup>5)</sup>.
12. Gottfried Ferdinand Freiherr v. Schaffgotsch auf Börnchen, Thomaswaldau und Burg Bolkenhain, Oberrechtssitzer, Landesältester und Deputierter zum Fürstentag. Er scheint das Amt des Bestallten nur vertretungsweise vom 1. Dez. 1700 bis zu Beginn des Jahres 1703 versehen zu haben<sup>6)</sup>.
13. 1705 Febr. 18, Ernst Rudolf Freiherr v. Matuschka und Toppolczan<sup>7)</sup>; seit 1721 auch Landeskanzler, 1725 März 22 als tot bezeichnet<sup>8)</sup>.
14. 1726 Jan. 23, Franz Wilhelm Graf v. Schaffgotsch auf Fischbach und Körnitz, bis 1740<sup>9)</sup>.

### Der Landschreiber und das Landesarchiv.

Der Titel „Landschreiber“ reicht in das 13. und 14. Jahrhundert zurück<sup>10)</sup>, das hier zu beschreibende Amt stammt erst aus dem 16. Jahrhundert. Waren in früherer Zeit die Bezeichnungen „Landschreiber“ und „Kanzler“ synonym, so ist seit dem 16. Jahrhundert unter dem Kanzler ein rein königlicher, unter dem Landschreiber ein rein ständischer Beamter zu verstehen. Der Kanzler ist der Vorsteher der königlichen Lehens-Kanzlei, der Landschreiber der der ständischen Landeskanzlei<sup>11)</sup>.

Aus den Aufgaben des Landschreiberamtes ergeben sich die Ursachen für seine Begründung. Die Hauptaufgabe des Landschreibers war, bei allen Landesversammlungen anwesend zu sein und Protokoll zu führen<sup>12)</sup>. Das Bedürfnis zur Anlegung von Landtagsakten hatte sich in den ersten Jahrzehnten der habsburgischen Herrschaft entwickelt. Diese Zeit stellte an die ständische Verwaltung durch die neue Schatzung und die Regelung des Verhältnisses zu Gesamtschlesien große Anforderungen. Vor allem aber verlangte der zwischen Adel und Städten von Schweidnitz-Jauer ausgebrochene Entscheidungskampf um die Urbarienrechte<sup>13)</sup> eine sorgfältige Behandlung aller schriftlichen Zeugnisse. 1545 heißt es am 10. März in dem ersten Bande der uns erhaltenen Landtagsakten: „auff disen obgeschribenen tage haben ein erbare landschafft mich Achatien von Forchtnaw auf ein jar lang zu iren des lanndes sachen zum schreiben dienstlich zu gebrauchen

<sup>1)</sup> Ebda. II 12 i, vol. I 116 a, vol. III 50 a. Rep. 135, Jan. Msc. VII 31 f.; nach Sinap. II 154 stirbt er 1686 Mai 8. <sup>2)</sup> Ebda. II 12 i, vol. I 116 a; vol. II 8; vol. III 50 a. <sup>3)</sup> Ebda. II 3 e, Amtsresolution von diesem Datum. <sup>4)</sup> Ebda. II 3 e, Landtag von 1690 Dez. 19. Seine Wahl erfolgte mit 48 Stimmen. <sup>5)</sup> Der kais. Befehl zur Installation als Hauptmann ist vom 12. Aug. 1700, Rep. 28, F. Liegnitz III 3 a. Seine Ämter als Landesbestallter und Oberrechtssitzer legte Schaffgotsch nieder [so wird er 1702 Okt. 23 als gewesener Bestallter bezeichnet, Quellen Nr. 133]; aber erst 1705 scheinen die beiden Stellen neu besetzt worden zu sein, vgl. Rep. 39, S.-J. II 3 i, 1705 Febr. 17. <sup>6)</sup> Vgl. Rep. 39, S.-J. VI 15 bb, S. 217, ce u. dd; er scheint kurz nach 1703 Febr. 25 gestorben zu sein, ebd. VI 15 dd, S. 178. <sup>7)</sup> Er wurde mit 106 gegen 22 Stimmen gewählt, ebda. II 3 i, 1705 Febr. 18. <sup>8)</sup> Vgl. Liste der Kanzler und Rep. 39, S.-J. II 3 i, 1725 März 22. <sup>9)</sup> Die kaiserliche Bestätigung vom 23. Jan. wurde auf der Zusammenkunft vom 16. März 1726 verkündigt, ebda. II 3 i; siehe auch ebda. II 15 a. <sup>10)</sup> Vgl. vorher S. 74. <sup>11)</sup> Eine klare Unterscheidung der Ämter findet sich in der Erklärung der Landschaft vom 28. März 1640, Quellen Nr. 101. <sup>12)</sup> Vgl. z. B. Rep. 39, S.-J. II 1 f, 207 (1608); Klage über Nichtzulassung 1606 Juli 18, ebda. S. 30. <sup>13)</sup> Vgl. Grotefend, Die Streitigkeiten zwischen Adel und Städten etc., Zeitschr. X, S. 294 f.

lassen bestetigt<sup>1)</sup>. Die Aufgaben des Landschreibers waren demnach die Protokollführung bei allen für die Landschaft wichtigen Verhandlungen und die Verwaltung der entstandenen Registraturen, des Landesarchivs<sup>2)</sup>.

Die Pflicht der Protokollführung machte den Landschreiber zu einer einflußreichen Persönlichkeit, so daß ihm während der Periode des ständischen Übergewichts auch zeitweise die Verwaltung der Lehnkanzlei und des Manngerichts-Sekretariats zufiel<sup>3)</sup>.

Mit der großen Verfassungsänderung von 1627 aber wurde der Landschreiber als erster der Gegenstand der heftigsten Angriffe von seiten des Landeshauptmanns. Der Hauptmann wußte die Selbständigkeit der Stände am stärksten zu treffen, indem er den Landschreiber von den Landesversammlungen verdrängte<sup>4)</sup> und die Verwaltung der Landeskanzlei und des in ihr liegenden Landesarchivs dem Kanzler unterstellte<sup>5)</sup>. Der Kampf um diese Ziele führte zu langer Vakanz des Landschreiberamts im 17. Jahrhundert. Die allmählich fortschreitende Unterwerfung der Stände ließ dann auch die Beherrschung des Amtes und des Archivs nicht mehr als so wichtig erscheinen, und die Stände konnten im ganzen ihre zähe verteidigte Verwaltung des Landesarchivs bis 1740 fortführen.

Der Sitz des Amtes, ebenso wie auch des Landesarchivs war zu Schweidnitz<sup>6)</sup>.

Die zweite Aufgabe des Landschreibers war die Verwaltung des Landesarchivs. Daß die Hauptstädte von Schweidnitz-Jauer früher das Landesarchiv auch für die Ritterschaft besaßen, ergibt sich aus einer Supplik des Adels an den König vom Kantate-Sonntag, den 19. Mai 1549<sup>7)</sup>.

<sup>1)</sup> Rep. 39, S.-J. II 1 a, S. 153. Der Ausdruck „bestätigt“ weist darauf hin, daß Forchtenau schon früher als Schreiber für das Land tätig war. Nach Rep. 135, Jau. Msc. 5, S. 24 war sein eigentlicher Name Ramleiter und sein Geburtsort „Forchtenau in der Mark Meissen“. <sup>2)</sup> 1636 schildert der Landschreiber von Czetzritz die Aufgaben seines Amtes, wie folgt: „Das verzeichnis der begehrten acten und sachen, so aus der landes cancelley expediret werden müssen, betreffende, wird alhier nichts, als die aus der khöniglichen amptes cancelley zugeschickten signaturen mit ihren formalibus auf pergament ausgefertigt und nachmahlen in die landbücher die landes schlüsse und was etwa sonst bey dem lande vorfällt, neben denen missiven, welche etwa hinwieder in dem nahmen des ganzen landes von denen ständen gewechselt werden, eingetragen“. Fü 238, 3, S. 839. 1686 behauptete der Landeshauptmann, die Stände hätten keine Kanzlei, deshalb hätte der Landschreiber auch nicht die Direktion der Landeskanzlei, sondern sie hätten nur ein Archiv, und dies gehöre unter die Offizierer; Rep. 39, S.-J. II 12 i, I 114, 112 b f. <sup>3)</sup> Verwaltung der Lehnkanzlei, Rep. 39, S.-J. II 1 f, 137 a (um 1607). Rep. 39, S.-J. III 17 g, Bl. 1. Verwaltung der „K. Mann- und Landgerichtskanzlei zu Schweidnitz“, Fü 236, 9, S. 956 (um 1629). 1565 verliert der Landschreiber den Huldigungseid des Adels, Rep. 135, D 366 q, S. 220, ebenso 1602 den Eid des Hauptmanns und die 9 Artikel des Adels; Rep. 39, S.-J. II 1 e, 2. Teil, S. 40, wohl als Vertreter des Kanzlers. <sup>4)</sup> Schon 1630 Juli 16 protestiert Forchtenau gegen seine Verdrängung von den engen Zusammenkünften. Fü 236, 9, S. 1277, ebenso 1631, Fü 236, 10, S. 252 f. Nach dem Statut von 1641 Jan. 21 (Quellen Nr. 103) sollte der Landschreiber bei den engen Zusammenkünften die Präsenzliste der Teilnehmer führen; nach dem erneuerten Statut von 1648 Jan. 20 (Fü 238, 6, S. 175. Rep. 135. Worbs Msc. 11, S. 326 f.) ist an seine Stelle der Landesbestallte getreten. Noch 1686 beschwerte sich der Landschreiber von Zedlitz, daß er von den engen Konferenzen ausgeschlossen würde, weil er angeblich kein Offizierer sei, vgl. Quellen Nr. 128, 1686. <sup>5)</sup> Vgl. vorher S. 78; 1636 April 14, Kön. Reskript, die Landeskanzlei dem Hauptmann einzuräumen. Fü 238, 1, S. 94. Die Stände aber kamen dem Reskript nicht nach, 1639 schickten sie sogar die ganze Landeskanzlei nach Breslau mit 4 Wagen, Fü 238, 1, S. 1063. Erst 1642 April 1 gab der Landschreiber von Czetzritz die Landes- und Lehnssachen an den Landeskanzler ab, Fü 238, 3, S. 837. 1645 wurden die Landesakten von den Lehnssakten gesondert und beide getrennt nach Breslau geschafft. Siehe Quellen Nr. 112, 1650 Juni 20. <sup>6)</sup> Vgl. Rep. 39, S.-J. II 1 a, Bl. 174 (1546); S.-J. III 1 g (1565 Nov. 20). Über die Einkünfte des Landschreibers siehe Quellen Nr. 41, 1556; „Anlag zum Jauer bescheen“. <sup>7)</sup> Siehe Quellen Nr. 38.



Er klagt, daß alle für Städte und Adel wichtigen ständischen Privilegien beim städtischen Archiv zu Schweidnitz, zum Teil auch zu Jauer aufbewahrt würden. Daß die Supplik wirkungslos blieb, ergibt sich daraus, daß die großen Ständepri­vilegien noch heute im Stadtarchiv zu Schweidnitz liegen. Zugleich gibt diese Tatsache vielleicht einen Beweis für die ursprünglich größere ständische Eintracht und Gleichberechtigung von Adel und Städten, die erst nach Aussterben des Herrscherhauses und nach Entwicklung der wirtschaftlichen Gegensätze Schaden litt<sup>1)</sup>. Es ist daher kein Zufall, daß der Ausbruch des Entscheidungskampfes zwischen Adel und Städten und die Begründung des Land­schreiberamtes sowie des Landesarchivs zusammenfallen.

Den Hauptbestandteil des Archivs bildeten die erst seit dieser Zeit zusammenhängend geführten Landtagsakten<sup>2)</sup>. 1573 wurde das Eigentumsrecht des Landes an Landesakten festgelegt<sup>3)</sup>. Es wurde bestimmt, daß Abgesandte jeder Art ihre Akten an die Landschaft oder die Ältesten abzuliefern hätten; auch sollte jeder, der von seinen Eltern oder Großeltern her noch solche Landsachen besäße, sie treulich dem Lande zustellen. Neben dem Aktenbestand kamen die vorhandenen Privilegien in Betracht. Sie wurden 1581 aus dem baufälligen Bургlehen zu Schweidnitz auf das Schloß Fürstenstein in ein von den Ständen neu erbautes Gewölbe überführt und dort in einem eisernen Kasten aufbewahrt<sup>4)</sup>. Die Not des dreißigjährigen Krieges machte 1637 die Übersendung des Urkundenschatzes<sup>5)</sup> nach Breslau notwendig. Dort wurden sie im Turm des Rathauses bis in den Anfang des 18. Jahrhunderts hinein aufbewahrt<sup>6)</sup>, um später wieder nach Schweidnitz zu kommen<sup>7)</sup>.

<sup>1)</sup> Analog besaß Breslau das gesamtständische Archiv des Fürstentags für Schlesien und das Landesarchiv des Fürstentums Breslau. Ebenso besaßen auch die anderen Fürstentums-Hauptstädte die älteren Bestandteile der Landesarchive, z. B. Glogau die Urkunde von 1347 Sept. 11 betr. die Belehnung des Herzogs Johann von Steinau durch Karl IV., Lehnurkunden I 167 f. <sup>2)</sup> Über die Landtage des 14. und 15. Jahrh. vermögen uns leider nur völlig verstreute Nachrichten in Urkunden, Korrespondenzen, Landbüchern und Chroniken Auskunft zu geben. Erst das durchgebildete Behördenwesen des 16. Jahrhunderts ließ in ganz Schlesien geregelte Aktenführung entstehen. In Schweidnitz-Jauer hatte der Landschreiber die ritterschaftlichen Landtagsakten zu führen, [vgl. z. B. 1573–1584, Rep. 39, S.-J. II 1 c, 1. Bl. und 1606, Rep. 39, S.-J. II 1 f, 30], während von den einzelnen Städten auch ebensolche Akten angelegt worden sind. Ein solches Beispiel ist der Band Rep. 39, S.-J. II 1 b, der aus dem Besitz der Stadt Löwenberg stammt; ebenso Rep. 135, D 366 q aus dem Besitz der Stadt Jauer, „Handlung uff den rehsen“. Leider haben sich auch von den offiziellen Landtagsakten der Ritterschaft nur lückenhafte Bestände erhalten. Dagegen befindet sich im Reichsgräfl. Hochbischöflichen Majoratsarchiv zu Fürstenstein eine mit unendlichem Fleiß in der Zeit von 1731–1740 durch David Friedrich Ventur angefertigte Abschrift; vgl. dazu K. J. Endemann, Die reichsgräfl. v. Hochbischöflichen Majoratsbiblioth. in den ersten 3 Jahrhunderten ihres Bestehens 1609–1909, Darst. u. Quellen zur Schles. Gesch. Bd. XI, Breslau 1910, S. 12. Als Vorlage der Abschrift haben augenscheinlich die früher im landständischen Archiv zu Schweidnitz, jetzt im K. St.-A. zu Breslau aufbewahrten Bände gedient, vgl. z. B. den ersten Band der Fürstensteiner Abschrift Fol. 233, 1 u. f. und Rep. 39, S.-J. II 1 a, darunter die genaue Wiedergabe der Abbildungen von Waffen und Sattelzeug. Vielleicht vermag die fortschreitende Archivinventarisierung auf Schlössern der Fürstentümer noch Originalbände dieser Akten zu entdecken. <sup>3)</sup> Aug. 31, siehe Quellen Nr. 58. <sup>4)</sup> Laut Beschluß des gemeinen Gebots zu Jauer vom 5. Sept. 1578, Rep. 39, S.-J. II 1 c, 97: „Des lands privilegion sollen die ausschuß Schweidnitzischen weichbilds, als her Ditrich von Mulheim, Daniel Schindl, Hans Gelhorn und Friedrich Seidlitz neben dem landesreiber elhist an die luft gethan und gewittert werden, auch sol her Conrad von Hoberg auf Fürstenstein ersucht werden, ein stelle doselbst zu vorgönnen, damit aufs lands unkost ein vorwaret zimmer gebauet und das privilegion darinnen gehalten werden möge.“ Die Überführung erfolgte am 16. Mai 1581, vgl. Rep. 39, S.-J. II 1 c, 2. Teil, 34 b u. Quellen Nr. 61, 1581 Mai 16. 1589 April 22 heißt es, der Hofrichter Samuel Schindel und Hans von Zedlitz sollten des Landes Kasten mit den Privilegien auf den Fürstenstein zurückbringen, Fii 236, 3, S. 643. <sup>5)</sup> Kerber, Gesch. von Fürstenstein, S. 39. <sup>6)</sup> 1649 Dez. 11. Bitte an den Breslauer Rat um weitere Aufbewahrung. Fii 236, 6, S. 1158. Die Revision der Urkunden, die in einem eisernen „grün und weiß gemachten“ Kasten lagen, wurde 1702 Okt. 24 in Breslau vorgenommen, Rep. 39, S.-J. II 7 e. <sup>7)</sup> Samuel Tilgner,

Der Umstand, daß das Landesarchiv seit 1723 in dem als Landeshaus angekauften Zenckerschen Hause am Schweidnitzer Ringe<sup>1)</sup> eine bleibende Stätte gefunden hatte, vermochte ihm eine Dauer weit über die gewaltige Umwälzung des Jahres 1740 hinaus zu sichern. Nachrichten von 1765<sup>2)</sup> und 1791 bezeugen, daß damals das Archiv noch vorhanden war<sup>3)</sup>. Die einzige Änderung, die die Zeit mit sich brachte, war der stillschweigende Übergang des Archivs aus dem Besitz der Landstände in den des im alten Landeshause heimisch gewordenen Landratsamts. 1871 nämlich gelangten aus dieser Registratur in das Breslauer Staatsarchiv „etwa 34 Handschriften, dem 16., 17. und dem Anfang des 18. Jahrhunderts angehörig, darunter z. B. 14 Bände Verhandlungen der Stände von Schweidnitz-Jauer von 1531—1693, deren unser Archiv bisher ganz entbehrte, ferner eine Reihe von Registern der Landstände und Landsassen in beiden Fürstentümern von 1662—1738“<sup>4)</sup>.

### Verzeichnis der Landschreiber.

1. 1545 März 10 Achatius von Forchtenau<sup>5)</sup>, noch 1565 Sept. 24 nachweisbar<sup>6)</sup>.
2. 1565 Ernst v. Kreckwitz zu Dittersdorf<sup>7)</sup>.
3. 1569 Achatius von Forchtenau<sup>8)</sup>, er stirbt 1610 Juni 24<sup>9)</sup>.

Versuch einer historischen Erläuterung der Stadt und des Fürstentums Jauer, von etwa 1735 [Fü. Fol. 198, Bd. III, Nr. 2], S. 8: „Was das landes archiv anlanget, ist mer als zu bekannt, dass es in Schweidnitz, [weil] die hochlöblichen herren stände daselbst ein besonderes hauss und behältniss dazu verschafft, voritzo sein verbleiben habe. Ob dasselbe niehmals nach Jauer oder anders wohin, sonderlich bey der üblen und unglücklichen Tausdorfschen angelegenheit transferiret worden, oder ob es vielleicht nach Schweidnitz, weil diese stadt unter denen übrigen nach ihrem eignen und öffentlichen bericht, auch erfahrung das praesidium führet, welches desswegen auch ratione derer zu haltenden landttage ihr eine besondere praerogativ geben soll, privative gehören, ist eben hier nicht zu untersuchen. Man provociret vielmehr hier bloss darauf, insoweit in demselbigen besonders, seitdem die privilegia dieser fürstenthümer von Breslau daselbsthin wieder transferiret worden, sich viel und schöne documenta befinden, welche sowohl S. u. J. conjunctim in ihrem genauen nexu, als auch nur allein das fürstenthum Jauer gar besonders angehen“. Das Archiv war in der Tat infolge der Bestrafung der Stadt Schweidnitz im Falle Tausdorf nach Jauer geschafft worden, vgl. Fischer, Geschichte von Jauer, II, S. 84, um 1580 wieder zurückzukommen. Über den Inhalt des Archives vgl. die Inventarien Rep. 39, S.-J. I 7 i, III 5, Rep. 135, Jau. Msc. 17, S. 435 f. Auch in anderen Fürstentümern genoß die Verwaltung des Archivs einer hohen Wertschätzung, vgl. z. B. die „Instruction des herrn archiv-directoris“ der Fürstentümer Oppeln und Ratibor vom 5. März 1725. Rep. 35. F. Oppeln-Ratibor II 7 X, S. 80 f.

<sup>1)</sup> 1723 April 28, Rep. 39, S.-J. II 13 g. <sup>2)</sup> 1765 Sept. 20, ebda. <sup>3)</sup> Allerdings nicht mehr unberührt. Vgl. die „Specification deren aus dem alten Landes-Archiv ex rescripto camerae regiae vom 22. Dez. 1773 nach dero Designation und beigefügten Dezise an das Landschafts-Kollegium der beiden Fürstentümer S. und J. zu extrahierenden Privilegien, Akten und Sachen“. Die Archivalien wurden am 14. Sept. 1774 von dem Schweidnitzer Landrat, Herrn v. Zedlitz auf Wüstewaltersdorf, an die Vertreter des Landschafts-Kollegiums ausgehändigt, die Herren Friedrich v. Dresky und Samuel Freiherrn v. Richthofen. Dabei waren „die Wahlbüchsen jedes fürstenthums, worin die vota der stände bei erwählung eines neuen landesoffizierers kolligiert worden sind“, Rep. 140, Alte Dienstregistratur Da vol. VIII, fol. 393 f. <sup>4)</sup> Vgl. die Berichte von Colmar Grünhagen an den Generaldirektor der Preussischen Staatsarchive vom 2. und 19. Okt. 1871; Rep. 140, Alte Dienstregistratur Da VIII; über das Archiv der Jauerschen Fürstentumslandschaft vgl. Grünhagen in Zeitschr. XI, S. 351 f. <sup>5)</sup> Dieser Anstellung auf 1 Jahr ist möglicherweise schon eine längere Beschäftigung im Landesdienst vorhergegangen, siehe S. 110, Anm. 1. <sup>6)</sup> Rep. 135, D 366 q, S. 220. Fü 235, S. 394 (1562). <sup>7)</sup> Fü 235, S. 1000 f. Er wurde damals auch Zwölfer (1566). Rep. 39, S.-J. IV 15 g, fol. 92. <sup>8)</sup> Bei seinem Tode 1610 heißt es, er habe „ins 41. Jahr gedient“. Fü 236, 7, S. 488. Er muß der Sohn des ersten Landschreibers gewesen sein, wenn auch in späterer Zeit die beiden für eine Person gehalten wurden. 1629 heißt es aber noch, „Vater und Großvater des Wenzel v. F. hätten „nun in 100 Jahren in des Landes Dienste gestanden“, Fü 236, 9, S. 926. <sup>9)</sup> Fü 236, 7, S. 488.



4. Wenzel von Forchtenau 1610 Juli 7<sup>1)</sup>, er stirbt zwischen Ende 1633 und Mitte 1635.
5. 1635 Juli 31<sup>2)</sup> Wahl des Hans v. Czetztritz von Neuhaus auf Seitendorf. Er resigniert 1642 April 1<sup>3)</sup>.
6. Verwaltung der Kanzlei durch den Landeskanzleibedienten Zacharias Allert, weil der Kanzler gegen die Neuwahl eines Landschreibers protestierte<sup>4)</sup>.
7. 1655 Juni 5 Christoph Ernst v. Sommerfeld und Falckenhayn auf Mittlau, später Landesbestalter<sup>5)</sup>.
8. 1664 Febr. 5 bis 1690 Gottfried v. Zedlitz auf Wilkau<sup>6)</sup>.
9. 1690 Dez. 19 bis 1714 Georg Ludwig v. Schweinichen auf Skohl und Jäschkendorf<sup>7)</sup>.
10. 1715 Sept. 28 bis 1741 Christoph Ernst v. Sommerfeld und Falckenhayn auf Rothkirschdorf<sup>8)</sup>.

### Der Landes-Syndikus.

Der Urbarenstreit mit den Städten, der einen wichtigen Anstoß zur Einsetzung des Landschreibers gegeben hatte, gab zugleich Anlaß zur Berufung eines Syndikus. Hatte bis dahin die Ritterschaft zur Anfertigung von Briefen und zur Entzifferung ihrer Privilegien die Hilfe der städtischen Schreiber in Anspruch genommen,<sup>9)</sup> so machte ihr zum Äußersten drängender Zwist mit den Städten diesem Verhältnis ein Ende. Denn als es sich 1548 um die Prüfung der ritterlichen Lehenbriefe zum Zweck der Feststellung der ritterlichen Kriegsdienstplicht handelte und die königlichen Kommissare Abschriften von diesen Urkunden verlangten,<sup>10)</sup> war die Ritterschaft in einer schlimmen Lage. Sie konnte nämlich nicht den Städten dieselben Privilegien, deren Prüfung die Städte gleichzeitig wegen der Urbare forderten, zur Abschriftnahme und damit zur Einsichtnahme vorlegen. Die meisten der Ritter aber konnten offenbar ihre eigenen Urkunden nicht lesen.<sup>11)</sup> So mußten die Briefe denn von den Kommissaren selbst und von gelehrten Doktoren gelesen werden.<sup>12)</sup>

<sup>1)</sup> Ebda. S. 488, schon 1608 Sept. 30 auf den Todesfall seines Vaters vereidigt, Rep. 39, S.-J. II 1 f, 137 f., 176 b, 242 b f. Er starb in der Zeit vom Ende des Jahres 1633 bis zur Mitte des Jahres 1635. Seine Akten lagen noch im Dez. 1635 in seinem Hause, Fü 238, 3, S. 830. Über diese Familie, deren Geschichte mit dem Landschreiberamt von S.-J. enge verknüpft ist, heißt es 1649: „Achatus Ramleiter ist weder in Schlessien noch in den fürstenthümben, sondern in der Mark geboren, auch kein biedermann, noch vierschuldiger von adel gewesen; doch haben die herren stände ihn und darauff seinen sohn Wentzel von Forchtenaw, bey dem das nomen avitum sich geändert und aus dem Ramleiter ein Forchenhauer worden, zu ihrem landschreiber gemacht und als einen qualifizierten lehnsmann in kaufung des guttes Nieder-Kirschdorf angenommen“. Rep. 135, Jau. Msc. II, 122. Vgl. auch Fü 238, 4, S. 71. <sup>2)</sup> Rep. 39, S.-J. II 5 e. Familiengeschichte derer von Czetztritz, S. 320 u. 362. <sup>3)</sup> Er hatte sich seit 1639 nach Überführung der Landeskanzlei nach Breslau über ein Jahr lang nicht bemüht, ins Land zurückzukehren. Die Stände warfen ihm die Vernachlässigung des Amts dringend vor. Er erbat 1641 Dez. 18 seinen Abschied; 1646 wird er als tot bezeichnet. Fü 238, 1, S. 1063, 1510 f.; Fü 238, 2, S. 615; Fü 238, 3, S. 837; Fü 238, 4, S. 186. <sup>4)</sup> Fü 238, 3, S. 811, 848 f.; Fü 238, 6, S. 89, 115. <sup>5)</sup> Rep. 39, S.-J. II 12 i, vol. III, S. 77; VIII 2 e am Schluß [Schwur]; II 1 l. <sup>6)</sup> Gewählt mit 76 von 130 Stimmen; Rep. 39, S.-J. II 1 n, S. 25 b f., 184. Sein Eid ebda. VIII 2 e am Schluß. Er muß zur Zeit des Landtags vom 15. Febr. 1690 noch gelebt haben, da von einer Neuwahl noch keine Rede ist. Rep. 39, S.-J. II 3 e. <sup>7)</sup> Wahl auf dem Landtag zu Jauer, 1690 Dez. 19 mit 56 Stimmen. Rep. 39, S. J. II 3 e, 1714 Okt. 8 als tot bezeichnet, ebda. II 3 k; siehe auch ebda. III 1 g, letztes Stück, ferner Rep. 135, D 377 b, S. 475 f. <sup>8)</sup> Ernennung Rep. 39, S.-J. III 1 g, letztes Stück; ebda. S.-J. II 15 a (1740). <sup>9)</sup> Rep. 39, S.-J. II 1 a, Bl. 298. <sup>10)</sup> Siehe Kap. 4, Heerwesen. <sup>11)</sup> Rep. 39, S.-J. II 1 a., 226 a, 227, 234 b; siehe auch Fü 233, 2, S. 5 f. <sup>12)</sup> Rep. 39, S.-J. II 1 a, 234 a f. Die Adligen bringen ihre Briefe „in laden und schachteln“, ebda. Bl. 234 b.

Zu den neuen Schiedstagen mit den Städten suchte deshalb die Landschaft studierte Standesgenossen als Helfer,<sup>1)</sup> um später doch zu gelehrten Bürgerlichen zu greifen. Am 27. Nov. 1556 wurde die erste bisher nachweisbare Bestallung als Syndikus des Landes dem kaiserlichen Rat Dr. Adolf Grueb „in rechtlichen Sachen in- und außerhalb Schlesiens“ erteilt.<sup>2)</sup> Er mußte sich verpflichten, Verschwiegenheit zu üben und nicht als Rechtsanwalt in Streitigkeiten von Landsassen untereinander oder von Fremden gegen Landsassen aufzutreten. Die Dauer seiner Anstellung betrug vorläufig zwei Jahre, das Gehalt 300 Taler. Für seine Beschäftigung wußte die Landschaft zu sorgen. 1562<sup>3)</sup> protestierten die Breslauer Stifter gegen die vielen Landesanlagen in Schweidnitz und Jauer. Die Stände brauchten für ihre Handel gegen den Kaiser, das Land Schlesien, die Städte von Schweidnitz-Jauer und die geistlichen Stifter „Advokaten, Sindicos, Procuratores, die sie aus frembden Landen mit großen Unkosten holen“.

Die Tätigkeit des Syndikus bestand demnach in der Verteidigung der in den herrenlosen Zeiten des 15. Jahrhunderts sehr weit ausgedehnten Landesprivilegien. Dem Kaiser gegenüber handelte es sich vornehmlich um die Aufrechterhaltung einer sehr verminderten Kriegsdienstpflicht, dem Lande Schlesien gegenüber um die Verteidigung der faktisch fast vollzogenen Trennung von Gesamt-Schlesien; den geistlichen Stiftern galt es, die Pflicht zur Tragung der Landesumlagen nachzuweisen.<sup>4)</sup>

Gegen den Einfluß Gruebs, der auch an den Breslauer Fürstentagen als Deputierter der Stände teilnahm, wandte sich 1558 der Zorn des Kanzlers Gotsch, der statt aller Doctores und Neuerungen um die Zusendung eines rechten ehrlichen Landsassen, des Christoph Tschirnhaus, als Abgeordneten zum Fürstentag bat.<sup>5)</sup>

Nach dem Tode Gruebs<sup>6)</sup> waren noch zahlreiche Prokuratoren im Dienste des Landes tätig.<sup>7)</sup> Zum Jahre 1586 läßt sich ein Versuch der Stände nachweisen, von solchen fremden Gelehrten unabhängig zu werden. So ist wohl der Vertragsentwurf<sup>8)</sup> zu erklären, nach dem sich Adam von Seydlitz der Jüngere zu Burkersdorf den Ständen gegenüber verpflichtete, zum Dank für die ihm zur Fortsetzung seines Studiums bewilligten 300 Taler seine Dienste später dem Vaterlande zu widmen.

Im späteren 17. Jahrhundert scheint ein besonderer Landsyndikus nicht mehr existiert zu haben. Vielmehr wurden seine Geschäfte im wesentlichen vom Landesbestallten übernommen. Auch besaßen die Fürstentümer spätestens seit Beginn des 17. Jahrhunderts Agenten am Wiener

<sup>1)</sup> Schreiben an Lic. Daniel Stange und den herzoglich Oels'schen Rat Magister Nicolaus Richter von Refen, ebda. S. 264 b f. <sup>2)</sup> Siehe Quellen Nr. 42, 1556 Nov. 27. <sup>3)</sup> Siehe Quellen Nr. 49. <sup>4)</sup> Vgl. auch das Gutachten des Dr. iur. Andreas Czoch (Zochen) zu Frankfurt a. O. betreffs der Gerichte und deren Autorität, der Ritterdienste u. a., 1562, Ff. 234, S. 388. Ff. 235, S. 213. <sup>5)</sup> Siehe Quellen Nr. 44, 1558 August 4 und Ff. 233, 2, S. 577. <sup>6)</sup> 1559. Sein Aktennachlaß wurde bei seinen Erben teils in Stettin in Pommern, teils in Frankfurt a. O. gesucht. Ff. 235, S. 176; siehe auch Ff. 233, 2, S. 851 „von Peuten“. <sup>7)</sup> 1563: Dr. Winsen, Ff. 235, S. 437. 1589 Juli 10 wird dem Dr. Martinus Krumkrueger seine Bestallung aufgekündigt, aber er wird noch später öfters verwendet. Er will 1591 für 1½ Jahre 225 Tlr. Besoldung, soll aber nach dem 1. Jahr nur 125 Tlr. jährlich erhalten; Ff. 236, 3, S. 747. Ff. 236, 4, S. 352, S. 1322 (1597). 1590: Advokat Magister Burekhart, ebda. S. 104. 1610/12: Samuel Albinus, er soll 100 fl. Gehalt bekommen, Ff. 236, 7, S. 492, 823. <sup>8)</sup> Ff. 236, 2, S. 271.



Hof und bei den Breslauer Zentralbehörden, die über alle wichtigen Vorkommnisse nach Hause berichteten und im Auftrage des Landes handeln konnten.<sup>1)</sup>

#### 4. Kapitel.

### Die einzelnen Gebiete der Verfassung und Verwaltung.

#### Die Gerichtsverfassung.

Die Gerichtsverfassung kann hier nur insoweit der Gegenstand der Untersuchung sein, als ihre Entwicklung mit der der ständischen Verfassung zusammenhängt und den Kampf zwischen Adel und Städten um die Vorherrschaft widerspiegelt. Im 12. und 13. Jahrhundert hatte die Ausübung der Gerichtsbarkeit in den Händen des Landesherrn und seiner Beamten gelegen. Der regelmäßige Beirat der Großen aber und ihr Vorrecht, über den Landesherrn selbst zu Gericht zu sitzen<sup>2)</sup>, ist als ältestes ständisches Vorrecht anzusprechen. Die deutsche Kolonisation und die Begründung der deutschen Städte änderte auch vorläufig nichts an der beherrschenden Stellung von Landesherrn und Adel; die neu gegründeten Stadtvogteien und Landvogteien wurden mit Mannen des Herzogs besetzt<sup>3)</sup>. Erst das Erstarken der Städte gab letzteren auch insofern restlose rechtliche Selbständigkeit, als sie die Stadtvogtei und häufig auch die Landvogtei ihres Weichbildes zur eigenen Verwaltung erwarben<sup>4)</sup>. Diese Entwicklung, die die Ober- d. h. Blutgerichtsbarkeit über die Güter des Adels in städtische Hände brachte, bildete die Quelle starker Gegensätze zwischen Adel und Städten<sup>5)</sup>. Ebenso hatte die Dezentralisation des obersten landesherrlichen

<sup>1)</sup> 1609 März 27 wird Herr Samuel Albinus von Weissenblutt aus Prag von den Ständen als Agent und Sollicitant beim Kaiserl. Hof mit einem Jahrgehalt von 60 fl. angenommen, Fü 236, 7, S. 69 f. u. 101 f. 1620 April 9 wird Heinrich Himmel, der Rechte Kandidat, mit 100 Tlr. Gehalt Agent am böhmischen Hofe, Fü 236, 8, S. 376; vgl. auch Quellen Nr. 128, 1686 Sept. 24; desgl. Schles. Fürstenkrone S. 709. — Die weiteren Organe der Stände werden im Kap. 4 behandelt: Obersteuereinnahmer, siehe Finanzverwaltung; Kriegskommissare, siehe Verwaltung des Heerwesens. <sup>2)</sup> Herrn Gerichtsassessor Dr. Matuszkiewicz, dessen Werk „die mittelalterliche Gerichtsverfassung des Fürstentums Glogau“ die erste einen großen Zeitraum umfassende Darstellung auf diesem Gebiete für ein schlesisches Fürstentum ist, verdanke ich eine Reihe anregender Hinweise; vgl. zu obigem Matuszkiewicz, S. 7 ff., 17, 41. Über die spätere Gerichtsverfassung des Fürstentums Breslau unterrichten der Aufsatz von Georg Bobertag, die Gerichte und Gerichtsbücher des Fürstentums Breslau, Zeitschr. VII, S. 102 f. und die handschriftliche „Geschichtliche Einführung zu dem Verzeichnis der Breslauer Obergerichtsbücher Rep. 16“ von Br. Krusch im K. St.-A. <sup>3)</sup> Tzschoppe und Stenzel, S. 181; siehe eine Ausnahme bei Schuch, Zeitschr. XIV, S. 504. <sup>4)</sup> Vgl. für Schweidnitz Schmidt a. a. O., I, S. 78, 102, 170—173; Tzschoppe und Stenzel, S. 209; Fischer, Gesch. von Jauer I, S. 89 f., 249 f., 277; Sutorius, Gesch. von Löwenberg I, S. 45, 92; Filla, Chronik von Striegau, S. 36; Wernicke, Chronik von Bunzlau, S. 77, 94, 95, 184. <sup>5)</sup> Czepko zählt 1650 Febr. 12 (siehe Quellen Nr. 111) als städtische Gerichte auf 1. Ratstische und Schöppenstühle. 2. Stadtvogteien. 3. Landgerichte. Der Kampf des Adels richtete sich vor allem gegen die Ausübung der Obergerichtsbarkeit über seine Güter durch andere; so erteilte ihm denn schließlich 1515 Jan. 3 König Wladislaus von Ungarn und Böhmen das Recht, die von seinen Vorgängern an die Städte versetzten Obergerichte auf ihren Gütern wegen der vielen Streitigkeiten „zwischen beiderseits“ zurückzukaufen. Or. Rep. 6, S.-J. 5 c: der Wladislausche Spruch wurde vom Adel als grundsätzliche Befreiung von städtischen Obergerichten und Landvogteien zitiert, vgl. Rep. 39, S.-J. II 1 a, 311 f., 322 f. Ferner richtete sich die Politik des Adels gegen die Oberhofstellung des Löwenberger Schöppenstuhls sowie der Hofgerichte von Löwenberg, Hirschberg und Bunzlau, von denen eine Appellation unzulässig war. Vgl. den Vertrag vom 1. Jan. 1546 [Quellen Nr. 34], das Schreiben der Landschaft vom 6. Jan. 1546, Rep. 39, S.-J. II 1 a, 165 f., 278—283, und das endgültige königliche Urteil vom 22. April 1548, das wenigstens noch der Stadt Löwenberg ihre Oberhofstellung ließ, aber doch die Appellation nach Prag einrichtete, ebda. f. 286 b, 287 und Rep. 135, D 349 c; Sutorius, Gesch. von Löwenberg I, S. 183.

Hofgerichts in einzelne Hofgerichte für jedes Weichbild<sup>1)</sup> zur Folge, daß auch die Hofgerichte zum Teil in städtische Hände kamen. In dem alten Hofgericht des Schweidnitzer Herzogs, dem Schweidnitzer Manngericht, hatten die Vertreter der Stadt Schweidnitz als Beisitzer im Namen aller Städte ihres Fürstentums festen Fuß gefaßt<sup>2)</sup>. Das Selbstbewußtsein des Adels aber ertrug keine oberste Rechtsprechung, an der auch Bürger beteiligt waren. Vielmehr erreichte der Adel, daß das alte Adelsgericht der Zwölfer in ausschließlich adeliger Besetzung zur obersten Instanz innerhalb der Fürstentümer, auch für die Städte, wurde<sup>3)</sup>. Demgegenüber gelang es zwar den Städten, 1396 ein Privileg König Wenzels zu erhalten, nach dem sechs Vertreter des Adels und sechs Vertreter der Städte den Zwölferbeirat des Hauptmanns bilden sollten<sup>4)</sup>, aber sie vermochten nicht ihre Ansprüche durchzusetzen<sup>5)</sup>. Zu einer gewissen Machtgleichheit von Land und Stadt auf wichtigen Gebieten des Rechtslebens kam es schließlich nur in Schiedsgerichten, und zwar in dem willkürlichen Gericht von Amt, Land und Städten sowie in Sühneausschüssen<sup>6)</sup>.

Der unüberbrückbare Gegensatz zwischen Adel und Städten war nicht dazu angetan, der seit dem Regierungsantritt Ferdinands I. einsetzenden zielbewußten Stabilisierung der staatlichen Autorität im Rechtsleben Widerstand zu leisten. Des Königs Streben nach Durchsetzung der Appellation und Supplikation, d. h. nach Unterordnung der Landesgerichte unter die Prager Appellationskammer<sup>7)</sup> war faktisch erfolgreich. Denn Ferdinand wurde es nicht schwer, ebensowohl unzufriedene Adelige<sup>8)</sup>, wie die grundsätzlich der Autorität des Zwölferrechts feindlichen Städte<sup>9)</sup> zum Zuge an das Prager höchste Gericht anzuregen.

<sup>1)</sup> Tzschoppe und Stenzel, S. 209, Rachfahl, S. 72, Matuszkiewicz, S. 45 f., 97 f. 1386 ist Nickel von Rechenberg Hofrichter des Weichbilds Löwenberg, Rep. 6, S.-J. Nr. 1 X, Unternummer 45; 54; 22 (mit der Bezeichnung „Unterhofrichter“). 1387 ist Günther v. Ronow Hofrichter, die Striegauer nennen ihn „unser Hofrichter“, ebenda Unternummer 29 und Quellen Nr. 13, 1387. Schon die in der Fürstensteiner Bibliothek [Msc. Fol. 45, Bd. 3, S. 3 f.] befindlichen „Unvorgreiflichen Gedanken über die Weichbilds-Hofrichtereyen“ aus dem 18. Jahrhundert geben diese Erklärung. Das Hofgericht sei ursprünglich am fürstlichen Hofe gewesen, in der böhmischen Zeit habe jedes entlegene Weichbild eine Hofrichterei erhalten, „und weiln die weichbilds städte zu dem exercitio der jurisdiction am bequemsten seyn, ist das hofgerichte auch in selben beständig gehalten worden“. <sup>2)</sup> Siehe nachstehend „das Mannrecht“. <sup>3)</sup> Siehe nachstehend „das Zwölferrecht“. <sup>4)</sup> Quellen Nr. 15. <sup>5)</sup> Die Städte hatten es vor allem versäumt, in der 1459 Sept. 20 von König Georg Podiebrad erteilten Gerichtsordnung ihre Ansprüche durchzusetzen. Auf die Beschwerden der Städte im 16. Jahrhundert wies denn auch der Adel stets auf die Anerkennung des Gewordenen durch die Ordnung Georgs hin, „die sye selbst (die städte) haben helfen auffbringen“ (1548), Rep. 39, S.-J. II 1 a, 255 b; ebenso 1563 Jan. 7, Fil 235, S. 397–400. Die Städte erklärten darauf, z. B. in einer Supplikation von 1569 Juli 22 (siehe Quellen Nr. 55), daß Georgs Privileg garnichts darüber enthielte. Die Ritterschaft sei im Zwölferrecht den Städten gegenüber oft zugleich Partei und Richter. Letzteres Argument erklärt auch das plötzliche Wiederauftreten des städtischen Anspruchs. <sup>6)</sup> Siehe nachstehend. <sup>7)</sup> Vgl. Rachfahl, S. 220–251. Das schon 1353 den Ständen von Schweidnitz-Jauer zugestandene Recht der Appellations- und Evokationsfreiheit wurde sowohl 1459 von Podiebrad wie 1511 April 15 von Wladislaus bestätigt [Or. Rep. 6, S.-J. Nr. 11]. Noch 1587 April 6 bestätigte Kaiser Rudolf II. die Inappellabilität von Mann- und Zwölferrecht, doch behielt er sich die Supplikation vom Mannrecht vor, Rachfahl, S. 250 f., Walther a. a. O. II 476. Dieser Vorbehalt gab den Ständen zu mannigfachen Beschwerden Anlaß, vgl. Rep. 39, S.-J. II 1 e, S. 43, bis 1601 eine Ordnung für Supplikationen vom Mannrecht erlassen wurde, Rachfahl, S. 243, Anm. 2 u. 251. Noch 1677 Dez. 28 gestattet der Kaiser, daß die Landstände bei der Inappellabilität des Mann-, Zwölfer- und Pupillargerichts gelassen würden, Walther II 480–481. Aus Rachfahl, S. 253 f. ergibt sich, daß nur noch die Schweidnitz-Jauerschen Gerichte neben dem schlesischen Oberrecht und Oberamt das Recht festgehalten hatten. Über den Rechtszug und die Appellation von den Gerichten des Fürstentums Glogau vgl. Matuszkiewicz, S. 80 f., 104 f., 133 f. <sup>8)</sup> Der wichtigste Prozeß dieser Art war der gegen die Brüder Christoph und Heinrich Schindel zu Streit um 1579, die mit dem Johanniterkomtur zu Striegau



Behielten bis zum dreißigjährigen Kriege die ständischen Gerichte wenigstens dem Scheine nach ihre Selbständigkeit, so wurden sie nach dem Kriege völlig bedeutungslos. Das Königliche Amt wurde zum Zentralgericht des Fürstentums erhoben<sup>1)</sup>, und so schloß der Kreislauf der Entwicklung, der aus der landesherrlichen Rechtshoheit die ständische hatte werden lassen, wieder mit der staatlichen Souveränität auch im Rechtsleben ab.

Der Träger der Rechtsentwicklung, das gesetzgeberische Organ war im 15. und 16. Jahrhundert, ja bis zum dreißigjährigen Kriege der Landtag. Seine Tätigkeit reformierte und schuf Neues<sup>2)</sup>. Die Gesetze wurden von Landesausschüssen vorbereitet<sup>3)</sup>. Ausschüsse waren es auch, durch die der Landtag eine schiedsrichterliche Tätigkeit ausübte<sup>4)</sup>. Zu einer Kodifikation des Landrechts in einer Landesordnung, wie in andern Fürstentümern, ist der Landtag allerdings nicht gelangt; doch geben die zahlreichen Berichte über die Gerichtsverfassung, sowie spätere Sammlungen von Gelehrten ein umfangreiches Material an die Hand<sup>5)</sup>.

Heinrich Rzizansky und dessen Nachfolger Sebastian v. Schenck und Kauern wegen eines der Komturei zustehenden Getreidezinses, der Maldrate, in Zwist lagen. Sowohl das Mannrecht, wie auch das Zwölferrecht sowie ein Ausschluß der Ältesten waren nicht imstande, das von Mann- und Zwölferrecht gefällte Urteil durchzusetzen. Die Brüder supplizierten an den Kaiser, und dieser nahm trotz der Beschwerde der Stände und der Bitten des Hauptmanns Konrad von Hohberg die Supplik an, vgl. zum Jahre 1579 Rep. 39, S.-J. II 1 a, fol. 140 b bis 150 [siehe auch II 1 a, 223 b]; Fü 234, S. 473—592; Fü 236, 2 S. 231; Haus- Hof- und Staatsarchiv Wien, Schles. Akten, Fasc. 1, fol. 164—175. Vgl. auch Filla, Chronik von Striegau, S. 93. Gleichzeitig supplizierte eine andere, „widersetzige party“ an den Kaiser, Magdalena Logau, Tochter des Hans Logau von Glaubitz und Witwe des Nik. Zedlitz von Hartmannsdorf, Fü 234, S. 169, 171, 216, 425, 593—619, Fü 235, S. 86. <sup>1)</sup> Vgl. die Supplikation der Städte vom 12. Jan. 1570, Quellen Nr. 56. Aus direktem Gegensatz zu den Städten beförderte selbst der Adel diese Entwicklung, indem er dem Hauptmann in den „neun Artikeln“ [siehe Quellen Nr. 72, 1593] auferlegte, Entscheidungen nur beim Kaiser und nirgendwo sonst, d. h. bei städtischen Autoritäten, wie Magdeburg oder bei Universitäten, einzuholen.

<sup>2)</sup> Schon Czepko nennt 1650 Febr. 12 Quellen Nr. 111 das K. Amt als vollmächtiges, für sämtliche Rechtsfälle zuständiges Gericht. Nachdem 1666 Christoph Leopold Schaffgotsch Hauptmann geworden war, versuchten die Stände grade durch ihn, der als oberster Erbhofrichter und Präsident des Mannrechts zum Wahrer der alten Gerichtsverfassung berufen schien, die Entwicklung des K. Amts zum obersten Gericht zu hemmen. Er möge das Mannrecht wieder in besseres Ansehen bringen und der Überhäufung des Amts mit Rechtssachen vorbeugen; alles sei aus K. Amt „gediegen“. [Rep. 39, S.-J. II 1 p, S. 191 f.]. Der Versuch endete mit dem matten Versprechen des Kaisers, daß dem Mann- und Landrecht der schuldige Respekt erhalten bleiben solle, vgl. Arnold a. a. O. II 97 1670 Dez. 3. In Glogau gelang es nicht dem K. Amt, zum Zentralgericht zu werden und das Mannrecht zu verdrängen, Matuszkiewicz, S. 133, 140 f. <sup>3)</sup> Die Privilegien der Könige für die Landschaft sind nur auf deren Bitten gegeben worden, also insofern auch ein Verdienst des Landtags. Beschwerden über Mängel der Rechtsverfassung ergingen an den Landtag, vgl. 1547 Nov. 23, Rep. 39, S.-J. II 1 a, f. 223 b. Ein umfassendes Gesetz war die Ordnung über den Gebrauch des roten Siegels und über Prozeß und Zwang in Schuldsachen, die 1591 Dez. 30 vom Landtag genehmigt [Or. Rep. 6, S.-J. Nr. 5 1; Fü 236, 4, S. 562 f., 574 f; Walther II 476] und 1609 Dez. 19 vom Kaiser bestätigt wurde, Walther II 478; Brachvogel III 718; vgl. auch nachstehend die Reformation des Zwölferrechts 1601. <sup>4)</sup> So die Ordnung des roten Siegels vom Amt, dem Oberhofrichter, mehreren Landesältesten und den Zwölfen sowie Mannrechtssitzern. Die Reformation des Zwölferrechts von 1601 war von einem Ausschuß von Ältesten und Gekorenen ausgearbeitet worden, Rep. 39, S.-J. II 1 e, 19 f. <sup>5)</sup> In der Streitsache der Schindel mit dem Striegauer Komtur holte der Hauptmann, als die Schindel gegen das endgültige Urteil opponierten, bei fünfzehn vom Landtag bestellten Ältesten aus allen Weichbildern „altem Brauch nach“ Erkundigung, ein und folgte ihrem Rat, die Schindel zu verhaften, Rep. 39, S.-J. II 1 c, 147 b. Ebenso brachte 1590 das Mannrecht, weil es Bedenken trug, den Streit eines Landsassen mit dem Manngerichtsschreiber Westphal selbst zu entscheiden, den Fall an die Landstände. Diese bildeten zu stühlicher Verhandlung einen Ausschuß aus Amt, Oberhofrichter, einigen Zwölfen, Mannrechtssitzern und Ältesten, Fü 236, 4, S. 53 f. <sup>6)</sup> Vgl. die Aufführung der Gerichte von 1556 [Quellen Nr. 43], sowie die „Zeugführung wegen etzlicher Landesgebräuche“ von 1578, Rep. 135,

Die Aufgaben der Gerichte und ihre Beziehungen zueinander waren im wesentlichen durch die Gerichtsordnung von König Georg Podiebrad geregelt worden<sup>1)</sup>. Die Rangordnung der Gerichte war danach folgende:

Die Hofgerichte oder Hofdinge. Das dauernde Sinken der Bedeutung dieser Gerichte, die sich aus dem höchsten Gericht der Fürstentümer, dem alten Hofgericht, ausgesondert hatten, ist aus ständischen Kämpfen zu erklären. Den Städten war es größtenteils gelungen, die Verwaltung der Hofgerichte an sich zu bringen, selbst wenn auch noch der eigentliche adelige Hofrichter existierte<sup>2)</sup>. Die ständige Beschwerde des Adels lautete im 16. Jahrhundert, die bürgerlichen Hofrichter hätten die adeligen verdrängt, und seine Bestrebungen gingen dahin, die Hofgerichte durch den Kaiser einlösen zu lassen und wieder unter adelige Leitung zu bringen<sup>3)</sup>. So existierten zeitweise adelige und bürgerliche Hofrichter für dasselbe Weichbild nebeneinander<sup>4)</sup>. Nur daraus ist auch zu erklären, daß im Weichbild Schweidnitz aus einer Wurzel tatsächlich zwei Hofgerichte sich herausbildeten, das unter bürgerlicher Leitung stehende Hofding und das vom adeligen Hofmeister geleitete Mannrecht. Nach der Erkenntnis, daß die Städte sich den Besitz der Hofgerichte nicht nehmen ließen, gelang es dem Adel, wenigstens die Bedeutung der Gerichte zu vernichten.

Jau. Msc. Fol. 67, S. 76—83; vgl. ferner die große Jauersche Manuscriptensammlung, insbesondere den zuvor zit. Bd. Fol. 67, S. 160 f., der eine Abschrift des sogenannten Roten Buchs enthält, ebenso Bd. 11, S. 735, Bd. 55, S. 6 f.

<sup>1)</sup> Vom 20. Sept. 1459, Or. Kgl. St.-A., Rep. 6. Nr. 5 b; gedr. bei Schickfus III 394 f.; Weingarten, Fasc. jur. div. 2, p. 273; vgl. dazu Rachfahl, S. 222, 253; Schmidt I, S. 164. Die einzelnen Punkte der Ordnung lauten: 1. „In angehen des landrechten“ sollen die Hofschöppen der Hofgedinge schwören; von diesen geht der Zug an das Mannrecht, dessen Mannen auch schwören sollen; von diesen geht der Zug weiter an „zweiffe, die in dem quatuor-temporen zu recht sitzen“, und diese zwölf sollen auch zum Rechte schwören. 2. Wer vor das Hofgedinge läd, erhält keinen Dingtag, wohl der, der geladen wird; Bestimmungen über den Rechtszug; die Rechtsprüche soll unser „hofemeister oder wem das von recht wird gebühren“ ausführen; geistliches und weltliches Gericht sollen unvermischt bleiben; den weltlichen Ansprüchen der Geistlichen soll durch „unsere rathhelfer“ genug getan werden. 3. Der Hofrichter soll den gegen Kön. Mannbriefe und Forderungen Widersetzlichen zum Gehorsam zwingen, oder: er muß sich an den Hauptmann um Unterstützung wenden. 4. Jeder soll Buße und Züge richten und geben, alle gleich; nur „die ritterschaft und manne, die belehnet sein, sollen der bussen frey seyn“. 5. Das Kön. „Kammerrecht“ besteht in 3 Groschen von 10 Mark und 6 Gr. von mehr als 10 Mark. „In der städte rechte gehen die züge, als sie vor alders gegangen haben“. <sup>2)</sup> Die Hofrichtereien von Jauer, Löwenberg, Bunzlau und Hirschberg (alle im Fürstentum Jauer) sowie von Striegau (im Fürstentum Schweidnitz) waren, abgesehen von Schweidnitz selbst, mit Bürgerlichen besetzt, vgl. Rep. 39, S.-J. II 12 c, Antwort K. Ferdinands an den Landeshauptmann von Starhemberg auf ständische Beschwerden, d. d. Wien 1650 Nov. 21. 1625 stirbt der Bunzlauer Hofrichter Christoph Stöberkeul, Fü 236, 8, S. 1333; 1645 ist der Löwenberger Bürgermeister Daniel Seyler zugleich Hofrichter des Weichbilds, Fü 238, 3, S. 824. Vgl. auch A. betr. die Rechte der K. Hofrichter in den vier Jauerschen Weichbildstädten 1726, Stadtarch. Breslau, OA. Schweidnitz-Jauer. Dabei amtierte z. B. in Bunzlau der bürgerliche Hofrichter neben dem adeligen Hofrichter von Schellendorf, dessen Geschlecht die Hofrichterei in Pfand besaß, vgl. Wernicke, Chronik von Bunzlau, S. 95 u. 184 sowie das Register „Schellendorf“; dsgl. Rep. 39, S.-J. II 1 a, 255 b; vorher waren die v. Raussendorf Bunzlauer Hofrichter, vgl. Quellen Nr. 22, 1444 August 5. Striegau sollte 1595 mit Tobias v. Falckenhain besetzt werden [Fü 236, 4, S. 1138], aber es hatte ja noch 1650 (vgl. oben) einen bürgerlichen Hofrichter. <sup>3)</sup> Vgl. Wernicke a. a. O., S. 184. 1526 Febr. 21 versprach K. Ludwig, die verpfändeten Hofrichtereien wieder einzulösen, siehe Quellen Nr. 28, Rep. 39, S.-J. II 1 a, 255 b (1548). Das Reichenbacher Hofgericht war stets im Besitz adeliger Familien gewesen, der v. Chotiemitz, dann Pogrell (Or. Rep. 6, S.-J. Nr. 4 (1404) und 7 (1412)); zu Anfang des 17. Jahrhunderts waren die v. Bock Erbhofrichter, so 1616 Sigmund v. B. auf Habendorf [Fü 236, 7, S. 1268], 1626 ist es Friedrich v. Czetrütz (Fü 236, 9, S. 249), 1686 Friedrich v. Nimptsch auf Habendorf. (Rep. 39, S.-J. II 12 i, I 135.) Ebenso war das eine Hofgericht der Weichbilder Schweidnitz, Bolkenhain und Landeshut Schaffgotscher Erbbesitz. <sup>4)</sup> Siehe vorher Anm. 2.



Die äußere Organisation der Hofgerichte war in beiden Fürstentümern geschieden; sie reichte demnach in die Zeit vor der Vereinigung der beiden Fürstentümer im 14. Jahrhundert zurück. In jedem Fürstentum nämlich stand an der Spitze ein Oberhofrichter, dessen Amt allerdings nur im Fürstentum Schweidnitz als Erbant der Familie Schaffgotsch vor dem Untergang bewahrt worden ist<sup>1)</sup>. Beide Fürstentümer hatten auch verschiedene Hofgerichts-Taxordnungen<sup>2)</sup>. Ferner verweigerten die drei Jauerschen Städte Löwenberg, Bunzlau und Hirschberg den Zug von ihren Hofgerichten an das Schweidnitzer Mannrecht<sup>3)</sup>. Von den acht Hofrichtereien<sup>4)</sup> der Fürstentümer waren mehrere unter einem Hofrichter zusammengefaßt<sup>5)</sup>. Das einzelne Hofgericht bestand aus dem Hofrichter und vier, fünf oder mehr Hofschöppen<sup>6)</sup>. So z. B. steht in Schweidnitz<sup>7)</sup> an der Spitze des Gerichts der von der Stadt ernannte Hofrichter. Dieser beschreibt die fünf Hofschöppen, die für ein Jahr zum Beisitz verpflichtet sind und Erbscholzen oder Lehnsleute sein müssen. Drei von ihnen müssen adelige Besitzungen vertreten<sup>8)</sup>, und zwar soll einer stets aus den Herrschaften Fürstenstein oder Kynsburg sein. Der vierte Schöppe wird aus den Zobtener Gütern des Breslauer

<sup>1)</sup> Über die Stellung des Hauses Schaffgotsch vgl. Quellen Nr. 111, 1650 Febr. 12 (Czepko); (s. auch Fü 236, 4, S. 341 (1591). Das Geschlecht ernannte Stellvertreter zur Ausübung des Amts in den Weichbildern Schweidnitz, Bolkenhain und Landeshut, während Reichenbach ihm nicht unterstand, s. S. 118, Anm. 3. Der Stellvertreter mußte „eine qualifizierte des landes fähige person“ sein, wie z. B. der 1625 ernannte Hofrichter Nik. v. Zedlitz (Fü 236, 8, S. 1252). Zedlitz erhielt eine Besoldung von 100 Rtlr. jährlich, die aber seit Einziehung der Schaffgotschen Güter ausblieb und der Kammer zur Last fiel, Fü 238, 6, S. 925. Dafür aber erhielt er bis zur Restitution des Schaffgotschen Geschlechtes das Oberhofrichteram, Rep. 39, S.-J. II 1 i, 34, 415. Über die Restitution der Schaffgotsch, 1653, vgl. Rep. 39, S.-J. II 1 i, 415. Über das Oberhofrichteram von Jauer berichten die „Unvorgreiflichen Gedanken“ [siehe vorher S. 116, Anm. 1], daß es mit dem Burglehen Bunzlau verbunden [schon 1503, Fischer, Jauer I, S. 277] und im 15. und 16. Jahrhundert im Besitz der v. Schellendorf war. In der Tat wurde 1561 der deutsche Vizekanzler von Böhmen, Dr. Georg Mehl, als er Pfandbesitzer des Burglehens Bunzlau wurde, zugleich Oberhofrichter des Fürstentums Jauer; vgl. Rep. 6, S.-J. Nr. 11 h; Rep. 39, S.-J. II 7 e; Rep. 135, D 377 b, 309—316; Haus-, Hof- und Staatsarch. Wien, Schles. Fasc. 1, fol. 128—140, 158—159 über den Protest der Stände gegen die Vergabung des Amts an einen Ausländer. Mehl war der letzte tatsächliche Oberhofrichter; denn nachdem das Burglehen in den Pfandbesitz der Stadt Bunzlau gekommen war, fehlte die nötige Besoldung. Schon 1580 wurde über die Besetzung des Amts verhandelt [Rep. 39, S.-J. II 1 c, 1. Teil, Bl. 175]; 1587 Juli 8 ernannte K. Rudolf nach langem Drängen der Stände aus den vier ihm vorgeschlagenen Personen Hans v. Bibran zu Kittlitz-treiben, Kaspar v. Bibran zu Kosel, Siegmund v. Warnsdorf zu Gußmannsdorf und Melchior v. Vest zu Hundorf und Brauna den Hans v. Bibran zum Oberhofrichter. Tatsächlich aber starb Bibran 1609, ohne sein Amt auszuüben, denn der Streit um sein Gehalt war nicht zu beendigen gewesen. Die 1587 vorgeschlagene Verknüpfung des Amts mit dem durch Ernennung des Kammerrats Siegmund v. Zedlitz zum Kammerpräsidenten freigewordenen Einnehmeramt der kais. Biergefälle in den Fürstentümern kam nicht zur Ausführung, vgl. Fü 236, 2, S. 480 f., 558, 578, 581; Fü 236, 3, S. 462 f., 961; Fü 236, 4, S. 1457; Fü 236, 7, S. 32, 739; Fü 236, 8, S. 343 f., 714 f., wonach das Amt noch 1621 unbesetzt war. Nach den Unvorgreiflichen Gedanken, S. 9 ist „diese oberhofrichtererey aber hernoch zum königl. amte kommen, welches biss dato die unterhofrichter in denen Jaurischen weichbildern setzt“. <sup>2)</sup> Vgl. Fü 238, 3, S. 235 (1644). <sup>3)</sup> Rep. 39, S.-J. IV 1 a, 255 f. (1548); II 1 c, 2. Teil, 99. <sup>4)</sup> Siehe Quellen Nr. 111, 1650 Febr. 12. <sup>5)</sup> Die Zusammenfassung der Weichbilder Schweidnitz, Bolkenhain und Landeshut [vgl. Fü 238, 6, S. 925] ging wahrscheinlich auf das Privileg Bolkos II von 1330 März 4 zurück [Reg. Nr. 4923, Quellen Nr. 1]. Danach sollte das Hofgericht immer in Schweidnitz abgehalten werden, und auch die Städte Striegau, Bolkenhain und Landeshut sollten in Schweidnitz „iudicium quaerere“, vgl. Stenzel, Gesch. Schles. S. 225, Schmidt I 102. Im übrigen war der Wirkungskreis der Hofgerichte streng geschieden; 1591 soll sich der Hofrichter von Jauer keinen Eingriff in das zum Schweidnitzer Hofgericht gehörige Weichbild Bolkenhain erlauben, Fü 236, 4, S. 359. <sup>6)</sup> Siehe Quellen Nr. 111, 1650 Febr. 12. Gude, Staat, S. 401. Wahrscheinlich hat die Zahl der Beisitzer geschwankt, wie auch in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung Änderungen eingetreten sind, vgl. Matuszkiewicz, S. 108 f. <sup>7)</sup> Siehe Quellen Nr. 94, 1631 Febr. 7. <sup>8)</sup> Offenbar waren nach Analogie anderer Hofgerichte ursprünglich die Adligen selbst Beisitzer gewesen.

Sandstifts gewählt und der fünfte aus den Gütern der Stadt Schweidnitz. Das Gericht wird alle 14 Tage gehalten<sup>1)</sup>. Die Ladezetteln tragen das Siegel der Stadt Schweidnitz. Adel, Städte und Untertanen unterstehen dem Zwang dieses Gerichts. Bemerkenswert ist, daß die Kompetenz des Schweidnitzer städtischen Hofgerichts sich nur auf Eigengüter erstreckte; daneben besaß der Hofmeister des Manngerichts als adeliger Hofrichter die Kompetenz für Lehnsgüter. Beiden Hofrichtern unterstanden die Weichbilder Schweidnitz, Bolkenhain und Landeshut, ein Beweis für die ursprüngliche Einheit des städtischen und des adeligen Hofrichteramts. Das alte herzogliche Hofgericht war die Appellationsinstanz für die Dorf- und Stadtgerichte, sowie daneben Lehnsgerecht gewesen<sup>2)</sup>. Der Hofrichter hatte die Entscheidung über herzogliche Kammerangelegenheiten<sup>3)</sup> und war Vertreter des Herzogs<sup>4)</sup>. Im 16. Jahrhundert ist aber die Hauptaufgabe der Hofgerichte nur die Taxierung des Werts von Prozeßgegenständen, insbesondere des Werts der Rittergüter bei Erbfällen und die Feststellung der kaiserlichen Rechte an diesen Gütern<sup>5)</sup>. Im Zusammenhange damit treiben sie die von Belehnungen her fällige Kanzleिताxe ein<sup>6)</sup>. Immerhin ist ein Rest der alten lehnsrechtlichen Kompetenz in diesen Befugnissen nachzuweisen. Nach heftigem Kampfe gelang es dem Adel, den Hofgerichten die Taxierung der adeligen Güter zugunsten des Manngerichts, „wie vor alters“, zu entziehen und ihnen nur die Taxierung der Bauerngüter zu lassen<sup>7)</sup>. Ausschlaggebend hierfür war neben der Beschuldigung, daß sie zuviel Taxe forderten, der Grund, „weil es spöttlich, daß rittersize durch ein paar landscholtzen aestimiret werden sollen“<sup>8)</sup>. Die Appellation ging von den Hofgerichten an das Schweidnitzer Mannrecht<sup>9)</sup>.

Nach dem dreißigjährigen Kriege wurden die Hofgerichte nur noch reine Exekutivorgane des K. Amtes<sup>10)</sup>. Ihre Aufgabe war es, die vom Amt befohlenen Taxierungen, Einweisungen und Pfändungen vorzunehmen, adelige Ehepакten und sonstige „ansehnliche“ Verträge aufzustellen, sowie bei Todesfällen die Verlassenschaft zu sperren und Inventar aufzunehmen<sup>11)</sup>.

Das Mannrecht. Das Schweidnitzer Mannrecht zeigt die Besonderheit, daß es nur von Vertretern eines Weichbildes besetzt wurde und doch zentrale Bedeutung besaß. Ferner hatte es, eine Ausnahme unter den schlesischen Mannrechten, neben den adeligen auch bürgerliche Beisitzer. Außerdem präsiidierte ihm, nicht wie bei anderen Zentralgerichten als Vertreter des Landesherrn der Landeshauptmann, sondern der Hofmeister. Demnach kann es nicht mit den anderen schlesischen Mannrechten<sup>12)</sup> auf eine Stufe gestellt werden. Aus der Urkunde von 1330, die man als Gründungs-urkunde des Mannrechts angesprochen hat<sup>13)</sup>, ergibt sich nur, daß der Landesherr seinem judicium curiae auf ewig die Stadt Schweidnitz als Sitz anweist und daß er dem derartig lokalisierten

<sup>1)</sup> Siehe S 119, Anm. 6. <sup>2)</sup> Tzschoppe und Stenzel, S. 209. <sup>3)</sup> Reg. 4541 (1326 Mai 25). <sup>4)</sup> Reg. 4775. <sup>5)</sup> Vgl. Quellen Nr. 75, (1601 März 20) und Nr. 106 (1648 Januar 7), Rep. 39, S.-J. II 12 i, vol. I 135 b. Ihre Tätigkeit ist, „viel armen notleidenden leuten, wittiben und waisen zum hochsten gelegen“, Fü 236, 3, S. 961. <sup>6)</sup> 1559: Fü 233, 2, S. 885; 1608: Rep. 39, S.-J. II 1 f., 207 f. <sup>7)</sup> S.-J. II 1 i, 45 u. folgende Anm. <sup>8)</sup> Fü 236, 9, S. 791; Fü 238, 3, S. 87 f. u. S. 128; vgl. dagegen S. 236. <sup>9)</sup> Vgl. Podiebrads Privileg von 1459; desgl. Quellen Nr. 43, 1556; siehe auch Fü 234, S. 595—596 u. Fü 235, S. 347 f. <sup>10)</sup> Hintze, Acta borussica VI 1, S. 547. <sup>11)</sup> Siehe Quellen Nr. 111, 1650 Febr. 12; Böhme, Nachricht, S. 79; Gude, Staat, S. 401. <sup>12)</sup> Rachfahl, S. 72 f. Vgl. Matuszkiewicz, S. 49 u. 98 f. über die Ausdehnung der Kompetenz eines Hofgerichts auf mehrere Weichbilder, und zwar des Hofgerichts der Residenzstadt. <sup>13)</sup> Siehe Quellen Nr. 1, 1330 März 4; Schmidt a. a. O. I, S. 102; vgl. auch die Abhandlungen über das Mannrecht bei Schickfus III, S. 394, 417—419 und Friedenberg, Von schlesischen Rechten I, S. 23 f.



Gericht die anderen Städte und Weichbilder des Fürstentums Schweidnitz unterstellt. Eine wenig spätere Hand hat der Urkunde die Dorsualnotiz gegeben „über daz hofeding und der manne recht, daz man dy nyrgen vorlegen sal“. Da im Text nur von einem Hofgericht die Rede ist, kann der Ausdruck „Mannrecht“ einzig eine synonyme Bezeichnung sein<sup>1)</sup>. In Wirklichkeit ist auch das Mannrecht nichts anderes, als der in Schweidnitz lokalisierte Zweig des zentralen Hofgerichts des Fürstentums Schweidnitz; von letzterem haben sich durch die in ganz Schlesien nachweisbare Lokalisierung auch die einzelnen Hofgerichte der anderen Weichbilder abgespalten<sup>2)</sup>. Das Schweidnitzer Hofgericht wurde so in der Wahl seiner Beisitzer auf das eigene Weichbild beschränkt, aber es behielt seine zentrale Stellung als oberste Appellationsinstanz für die anderen Gerichte. Es läßt sich auch nachweisen, daß noch unter Herzogin Agnes seine Zuständigkeit auch auf das einverleibte Fürstentum Jauer, wenigstens in einem bestimmten Rechtsstreit, ausgedehnt wurde<sup>3)</sup>.

Die Tatsache, daß zwei bis drei bürgerliche Beisitzer das Hofgericht besitzen, ist einmal aus der Stellung des alten Hofrichters als Vorsitzenden des nach Bedarf auch von Bürgerlichen besetzten landesherrlichen Hofgerichts<sup>4)</sup>, andererseits aus der überragenden Machtstellung der Stadt Schweidnitz in den Fürstentümern zu erklären.

Sehen wir das Mannrecht als eine Fortbildung des alten landesherrlichen Hofgerichts an, so bietet die Organisation des Mannrechts keine Schwierigkeiten. Im 15. und 16. Jahrhundert, ja bis zur Aufhebung des Gerichts ist der Schweidnitzer Erb-Oberhofrichter, ein Angehöriger des Geschlechts Schaffgotsch, auch Erb-Hofmeister und als solcher Vorsitzender des Mannrechts<sup>5)</sup>. Er übt dieses Recht aber nur durch einen Vertreter aus, den von ihm ernannten kön. Hofmeister<sup>6)</sup>. Der Hofmeister wählt zu Beisitzern drei Mannen von Adel aus dem Weichbild Schweidnitz<sup>7)</sup>. Die Gewählten können den ihnen für die Dauer von 2 Jahren auferlegten Beisitz nicht ablehnen, der Landeshauptmann sorgt für die Erfüllung der ihnen auferlegten Pflicht<sup>8)</sup>. Der Rat der Stadt

<sup>1)</sup> Noch 1546 wird das Gericht die „Mann- und Hofgerichte“ genannt, siehe Quellen Nr. 36, 1546 April 5, auch Rep. 39, S.-J. IV 3 e; vgl. ebenso die Bittschrift des Schweidnitzer Rats vom 18. Sept. 1579 an den Oberhauptmann Bischof Martin betr. die Besetzung des Manngerichts, das „K. Mann- oder Hofgericht“ genannt wird, Finanzarchiv Wien, S. VI/7, S. 9–10. Vgl. auch über die Schwankungen in der Benennung der Gerichtsbehörden Matuszkiewicz, S. 110, Anm. 6. <sup>2)</sup> Vgl. Matuszkiewicz, S. 44 f.; ebenda über das Breslauer lokalisierte Hofgericht, das *judicium provinciale*, S. 46, Anm. 1 u. 98 ff., G. Bobertag, die Gerichte und Gerichtsbücher des F. Breslau, Zeitschr. VII, S. 118 f., Kries, Rezension von Wuttke, S. 12 f. <sup>3)</sup> Vgl. den ersten im Druck nachweisbaren Mannrechtsspruch vom 17. Jan. 1373, der von 4 Adligen und 3 Bürgern unter dem Vorsitze von Hartmann v. Ronau gefällt wurde und die Lossprechung der Stadt Jauer von adeligen Forderungen betraf, Fischer, Jauer I, S. 285 f. <sup>4)</sup> Matuszkiewicz, S. 45 nach Rachfahl. <sup>5)</sup> Seit 1445 Dez. 5; siehe Krane, Wappen- und Handbuch des in Schlesien landgesessenen Adels (Gürlitz 1901/04) S. 112; Schickfus III, S. 418; Quellen Nr. 111, 1650 (Czepko); Quellen Nr. 94, 1631 Febr. 7. 1591 ist der Oberhofrichter Vorsitzender, Rep. 6, S.-J. Nr. 5 I, 1591 Dez. 30. 1612 stellen die Vormünder der Greiffensteiner Schaffgotsche dem K. Amt die Wiederbestellung des Mannrechts anheim, natürlich ohne auf das Recht des Geschlechts zu verzichten, Fü 236, 7, S. 914. Über die Aberkennung des Rechts und die Wiedereinsetzung des Geschlechts in seine Rechte siehe vorher S. 119, Anm. 1 u. Fü 238, 4, S. 104, Rep. 135, Jau. Msc. 17, S. 464 (pr. 1650 Okt. 16), Rep. 39 S.-J. II 1 i, 415 (1653 Jan. 9). Das preußische Erblandhofmeisteramt für Schlesien erklärt sich aus diesem alten Rechte; vgl. auch den Aufsatz von O. Schwarzer in der Schles. Zeitung v. 1. Dez. 1907, Nr. 844 über die Erblandesämter Schlesiens; ferner Rep. 199, MR I 25, vol. II. Das Hofmeisteramt war ein herzogliches Hofamt, vgl. vorher S. 9. <sup>6)</sup> Siehe Quellen Nr. 94, 1631 Febr. 7. 1562 ist Melchior Seydlitz Hofmeister, Fü 234, S. 467; 1649 Nicklas v. Zedlitz auf Wilkau, vgl. S. 119, Anm. 1. <sup>7)</sup> Siehe Quellen Nr. 94, 1631 Febr. 7. <sup>8)</sup> Ebenda. Die erfüllte Pflicht befreite für 3 Jahre vom Beisitz im Mann- und Zwölferrecht.

Schweidnitz wählt aus der Schweidnitzer Bürgerschaft zwei Beisitzer, die „von wegen und im namen aller stede“ beisitzen<sup>1)</sup>. Die Zahl der Beisitzer ist in älterer Zeit schwankend<sup>2)</sup>. Das Gericht wird alle 14 Tage zu Schweidnitz<sup>3)</sup> gehalten; der vom Oberhofrichter ernannte Mannrechts-Sekretär führt das Protokoll<sup>4)</sup>. Die Sprüche ergehen im Namen des Königs. Grundsätzlich erfolgte vom Mannrecht keine Appellation, aber die überragende Stellung des Zwölferrechts ließ eine „Belehrung“ der Mannen beim Zwölferrecht<sup>5)</sup> zu. Etwa seit dem Jahre 1547 führte der König das Supplikationsrecht nach Prag ein<sup>6)</sup>. Seit der Erhebung des K. Amts zum Zentralgericht sank das Mannrecht gänzlich zum untergeordneten Gericht herab; es beschäftigte sich mit Taxierung der Rittergüter, Anstellung von Zeugenverhören und diente zur Entlastung des Amtes<sup>7)</sup>. Die Verhandlungen wurden mündlich geführt und in deutscher Sprache<sup>8)</sup>. Die Beisitzer waren grundsätzlich unbesoldet. Der Hofmeister erhielt aber ein Gratiale von jährlich 100 Gulden<sup>9)</sup>, und von den drei adeligen Mannen empfing jeder drei Schock jährlich aus dem Loskaufgeld der drei eigentlich auch zum Beisitz verpflichteten Äbte<sup>10)</sup>.

<sup>1)</sup> Ebda. u. Rep. 39, S.-J. II 1 a, S. 313—315; siehe auch Rep. 135, Jau. Msc. VI 88 (1598). <sup>2)</sup> Vgl. S. 121, Anm. 3: 7 Beisitzer (1373). <sup>3)</sup> Siehe Friedenberg a. a. O. I, S. 23 f., und zwar im 17. und 18. Jahrhundert im Landhause. <sup>4)</sup> Siehe S. 121, Anm. 7. Er ist dabei auch königlicher Beamter, wie der Hofmeister, siehe Quellen Nr. 111, 1650 Febr. 12 (Czepko) und Fü 236, 3, S. 963; 236, 4, S. 53. Advokat beim Mannrecht ist 1613 Christophorus Vincentius. Fü 236, 7, S. 1018. <sup>5)</sup> Vgl. das Privileg Wladislaws von 1511 April 15, das die Erledigung aller Klagen vor den Landesrechten zu Schweidnitz zugibt, Schickfus III, S. 398; Rachfahl, S. 221 f.; Walther II, S. 478. Die Aufführung der Gerichte von 1556 [siehe Quellen Nr. 43] besagt, daß die Hofschöppen oder Mannen, die des Urteils nicht eingedenk werden, sich an die Zwölfer ziehen und dort rechtlichen Unterricht nehmen. Dieser Unterricht ging nach einem Bericht von 1562 in folgender Form vor sich [Fü 235, S. 97]: „Und nachdem auch altherkommen brauch und gewonheit nach, wann sich die mannrechtsitzer an den zwelffen eines rechten erholen und für die zwelff komen, so bleiben der hofmeister und sie seitenhalb bey den zwelffen sitzen, bis das der beschluss des rechtlichen unterrichts als forderlich durch den herrn hauptmann, die zwelffer, in beisein, wie hievor gemelt, des hofmeisters und der mannrechtsitzer [welch an der zal 19 personen, 17 vom adel und zwo des rates der stadt Schweidnitz] . . . einstymmig vorglichen, in schriftliche vorfassung gebracht [ist], und [der] alsdann durch die mann publicret [wird]“ Vgl. auch über die Einholung eines Gutachtens der Zwölfer im Anfang des 15. Jahrhunderts, Stadtarchiv Breslau, datierte Korrespondenz 1415—1417. <sup>6)</sup> Vgl. Rachfahl, S. 231, 245. Die Reformation des Zwölferrechts regelte auch die Frage der Berufung vom Mann- oder Landrecht [siehe Quellen Nr. 75, 1601 März 20]. Wenn auch das Wladislaische Privileg [siehe Anm. 5] unverletzt blieb, so wurde doch nunmehr folgende Art der Supplikation eingeführt. Die supplizierende Partei mußte sich zuerst an ihren Hofrichter wenden, von diesem eine schriftliche Bescheinigung über die Anmeldung der Supplikation erwirken und mit dieser Bescheinigung von den kaiserl. Räten die Revision erbitten. Die Revision wurde auf Grund der durch den Hofrichter eingesandten Prozeßakten vorgenommen. Das gefällte Urteil wurde dem Mannrecht mitgeteilt und von diesem publiziert. 1601 Aug. 15 schrieb der Landesbestallte Adam v. Seydlitz auf Befehl der Landschaft einen Bericht darüber nieder, warum die Landstände das „Privilegium supplicationis et revisionis“ zu erwerben gezwungen waren. Herr Christoph Schaffgotsch v. Kynast und Greifenstein, Kanzler von Schw.-J., habe von einem Schweidnitzer Mannrechtsurteil trotz aller Gegenmaßregeln der Landstände an den Kaiser suppliziert. Deshalb habe man zur Verhütung weiterer Fälle obiges erbeten; siehe auch Gude, Staat, S. 400. <sup>7)</sup> Gude, Staat, S. 400; Fü 236, 7, S. 1018 (1613); Quellen Nr. 111 (1650 Febr. 12); Hintze, Acta borussica VI 1, S. 548. Auch die Hofdinge des Fürstentums Glogau hatten schließlich nur dieselbe sachliche Zuständigkeit, Matuszkiewicz, S. 107. <sup>8)</sup> So lehnte Christoph v. Zedlitz 1565 Nov. 26 eine gegen ihn wohl in Steuerfragen durch den Vertreter der Schlesischen Kammer, den Prokurator Hans Burgyn von Gassendorf aus Breslau, beim Manngericht eingelegte schriftliche Klage ab, und der Prokurator mußte die Klage mündlich wiederholen. Dies gelang ihm aber übel, „weil er sich dorzu nicht gefast gemacht“. Rep. 132 a, Dep. Bolkenhain, Stadtbuch Nr. 29, Bl. 62 a. <sup>9)</sup> 1642 heißt es [Fü 238, 3, S. 90]: „die mannrechtsitzer haben auch keine ordinari-besoldung, und der hofmeister hat nicht mehr denn ein gratial von 100 fl.“ <sup>10)</sup> 1590 heißt es [Fü 236, 4, S. 218]: ja der her abt (von Leubus) selbst als ein landsess ist schuldig, das kay. manrecht zu besitzen helfen, dertwegen



Das Zwölferrecht. Weder die Ansicht, daß dieses Gericht 1396 von König Wenzel<sup>1)</sup>, noch die, daß es 1459 von Georg Podiebrad gestiftet worden sei<sup>2)</sup>, ist stichhaltig. Vielmehr ist uns schon vom Jahre 1395 ein Urteilsspruch erhalten, der von den „eldesten des landes“ zu Schweidnitz gefällt worden ist<sup>3)</sup>, und zwar bestanden diese Ältesten einschließlich des Unterhauptmanns aus 11 Personen, zu denen der den Spruch beurkundende, in der Regel auch an der Urteilsfindung beteiligte<sup>4)</sup> Landeshauptmann hinzukam. Vom Jahre 1400 ab sind eine große Anzahl von Sprüchen der Zwölfer, oder, wie sie sich auch nennen, „des Königs Mannen“ erhalten<sup>5)</sup>. Sie tagen zu Schweidnitz, und ihre Zahl schwankt zwischen 11<sup>6)</sup> und 12 Personen ausschließlich des den Vorsitz führenden Hauptmanns. Wir können daher aus der Gleichheit des Vorsitzenden, der Beisitzerzahl und des Tagungsortes den Schluß ziehen, daß die Urteilssprüche von 1395 und aus der Zeit nach 1400 von demselben Gericht gefällt worden sind. Der Ursprung des Gerichts muß deshalb weiter zurückreichen, als man bisher angenommen hat. Erwägt man, daß die Beisitzer sich 1395 Älteste des Landes nannten, und daß andererseits der Herzog in unzähligen Fällen mit den Ältesten des Landes zu Gericht gesessen hat<sup>7)</sup>, so liegt der Schluß nahe, daß durch das Aussterben des herzoglichen Hauses im Bestande des Gerichts der Ältesten nichts weiter geändert worden ist, als daß der Vorsitz vom Herzog auf den Landeshauptmann übergegangen ist. Dieses herzogliche Gericht mit adeligen Beisitzern war aber<sup>8)</sup> das aus dem Colloquium entstandene oberste Gericht des Adels, dem der Name „Mannrecht“ in den meisten schlesischen Territorien mit Recht beigelegt wurde.

er dann jeric, domit seine person verschont pleibe, den andern manrechtsitzern zwey schwere schock geldes erlegen muss\*. Ebenso in Fü Msc. Q. 76, S. 100: „Der herr abbt vom Sande giebet jährlich wegen der Zobtnischen güter zwey schwere schock, die reichet der probst auff der Gurck (Gorkau). Der herr abbt von Leubus giebt jährlich auch zwey schwere schock, die werden zum neuen hofe [Neuhof, Kr. Striegau] gereicht. Der herr abbt von Camentz giebet jährlich auch zwey schwere schock, die reichet der pfarr zu Würben. Summa 6 schwere schock, die sollen jährlich allewege auff Martini dem gerichtschreyber eingestellt werden. Davon gebühret einem jeden der dreyen herren manne vom adel jährlich zwey schwere schock, die werden ihnen, wann eines jeneden jahr aus ist, vom gerichtschreyber uberantwortet. Die ursachen aber, das die drey herren abbtte oder praelaten solch geldt jährlich erlegen, ist, das sie selbst persönlich, wie andere landsassen, in mannrechten nicht sietzen dürfen\*.

<sup>1)</sup> Schmidt I. S. 164; vgl. auch R. Sascke, Über das sogenannte Ober- und Zwölferrecht des Fürstentums Schweidnitz, Schles. Provinzialblätter Bd. 116, S. 145 f. <sup>2)</sup> Gude, Staat von Schlesien, S. 399. <sup>3)</sup> Rep. 39, S.-J. III 15 E, Bl. 27 f. 1395 Dienstag vor St. Johannis des Täufers [Juni 22]: Der Hauptmann Benesch v. Chussnigk beurkundet einen von seinem Unterhauptmann Janko [v. Chotiemitz] und dem Landschreiber Herrn Seidel von Bolkenhain vermittelten Vergleich zwischen Johannes, Abt, und Kapitel des Klosters Leubus und den Brüdern Konrad, Nickel und Franzke von der Czirne wegen der beiden Dörfer Mois im Striegauer Gebiet. Die Schiedsrichter haben die Parteien „wegen der Sweidniz vor die eldesten des landes“ beschieden. „Dobey sint gewest herr Nickel vom Czeisberge, der alde, herr Heidenreich Tscherticz, h. Heinrich vom Baumgarten, h. Hentschel Koppe, h. Nickel von Czedliez, rittere; Janke von Chotyenicz, Sigmund Pogrelle, Heinrich Nase, Bernhart und Hannos Wiltberg und herr Seydl von Bolkenhahn, der landschreiber.“ Vgl. auch den Spruch von 1392 Juli 28, der vom Hauptmann und von zahlreichen „unsers herren des königes mannen“ gefällt wird, ebda. Bl. 1 b. Über denselben Titel „Älteste Mannen“ in Glogau siehe Matuszkiewicz, S. 137. <sup>4)</sup> Vgl. Matuszkiewicz, S. 41, 136. <sup>5)</sup> Vgl. den Zwölferspruch von 1400 Juni 11 in Sachen der Familie Schwenkfeld. Rep. 39, S.-J. III 15 G, Bl. 207 b; dsgl. von 1400 Dez. 17, ebda. Bl. 199 b f. und 205 a f., siehe auch den Band ebda. IV 15 a. <sup>6)</sup> Die Sprüche von 1400 Dez. 17 [siehe Anm. 5] sind nur von elf Mannen neben dem Hauptmann gefällt worden. <sup>7)</sup> Siehe vorher, S. 3, 93 u. 115. <sup>8)</sup> Vgl. die Forschungen von Matuszkiewicz a. a. O., S. 12 f., 17 f., 37–42; vgl. auch Rachfahl, S. 54, 105 und Reg. 3332 [1313]. Wenn noch Hintze, Acta borussica VI, 1, S. 548 u. 550 sagt, daß das Zwölferrecht an Stelle des Landrechts getreten zu sein schiene, so können wir nunmehr sagen, daß das Zwölferrecht das alte höchste Landgericht ist. Ebenso gelten die Bemerkungen bei Tzschoppe und Stenzel, S. 211 über das hohe Gericht des Adels richtiger nicht dem Schweidnitzer Mannrecht, sondern eben dem Zwölferrecht.

Demnach ist das Schweidnitzer Zwölferrecht dasselbe Gericht, das in anderen Territorien als Mannrecht bezeichnet wird<sup>1)</sup>. Dieser Charakter des Gerichtes als oberstes Adelsgericht erklärt auch, warum der mit Wenzels Privileg von 1396 beabsichtigte Vorstoß der Städte gegen die ausschließlich adelige Besetzung scheitern mußte. Wie die Städte vor 1396 keinen Anteil an der Besetzung haben konnten, so haben sie ihn auch von 1400 ab nachweislich niemals gehabt. Eine paritätische Besetzung, die bei einer neuen Institution leicht durchzuführen war, konnte bei einem schon seit Jahrhunderten bestehenden Gericht nur unter den schwersten Kämpfen durchgeführt werden, und dazu fehlte es den Städten an Einigkeit und Zielbewußtsein. Der Vorstoß der Städte aber läßt den sicheren Schluß zu, daß gegen Ende des 14. Jahrhunderts das Zwölferrecht, obwohl eigentlich nur Adelsgericht, sich als Erben der obersten Gerichtsbarkeit des Herzogs auch über die Städte betrachtete.

War so das Zwölferrecht der Schauplatz politischer Kämpfe, so gewann es eine besondere politische Bedeutung dadurch, daß in ihm, wenigstens soweit nachweisbar, zuerst eine gleichmäßige Vertretung aller Weichbilder durch Adelige durchgeführt worden ist. Aus dem Jahre 1522 ist die erste Liste erhalten, nach der die bisherigen Zwölfer selbst ihre Nachfolger gewählt haben, und zwar sind von den Zwölfen aus den Weichbildern Schweidnitz, Jauer, Löwenberg und Striegau je zwei, aus den Weichbildern Hirschberg, Bolkenhain bezw. Bolkenhain-Landeshut, Bunzlau und Reichenbach je einer<sup>2)</sup> hervorgegangen. Da diese Wahl offenbar keine Neuerung darstellte, die Vertretung von verhinderten Zwölfen durch andere Personen, die doch auch nur auf Auswahl der Zwölfer beruhen konnte, schon uralt ist<sup>3)</sup>, da ferner die Weichbildorganisation ebenso alt ist, so muß auch dieses Verfahren als ein sehr altes angesprochen werden. Erst die von dem Landtage am 28. Februar 1600 beschlossene Reformation brachte eine notwendige Änderung<sup>4)</sup>. Die Ursache der Reform lag darin, daß den ritterlichen Laienrichtern seit langem die Rechtsprechung durch römisch-rechtlich gebildete auswärtige Advokaten und Gelehrte immer mehr erschwert wurde<sup>5)</sup>. Bei der dadurch bewirkten langen Dauer der Prozesse war der jährliche Wechsel der Beisitzer höchst nachteilig. Die Zwölfer traten regelmäßig nach 4 Quartalen, also nach kaum erfolgter Einarbeitung in die Prozesse aus und wählten Nachfolger, die völlig uneingeweiht waren. Deshalb wurden nunmehr von Amt und Landtag 4 dauernde und besoldete Beisitzer gewählt<sup>6)</sup>, die die Kontinuität der Rechtsprechung erhalten konnten<sup>7)</sup>. Die acht anderen unbesoldeten Beisitzer des Zwölferrechts wurden nach dem bisherigen Wahlmodus von ihren Vorgängern gewählt.

<sup>1)</sup> Über die Zwölffzahl der Beisitzer im Fürstentum Breslau siehe Tzschoppe und Stenzel, S. 211; desgl. über die Zwölffzahl bei den Slawen W. A. Maciejowski, Slavische Rechtsgeschichte I, S. 100. <sup>2)</sup> Rep. 39, S.-J. IV 15 e, Bl. 8 b; vgl. auch schon Bl. 6 und 22 b; ebda. IV 15 f, Bl. 10 a, 22 b und oft. Auch in Glogau war möglichst jeder Kreis vertreten, Matuszkiewicz, S. 137. <sup>3)</sup> Vgl. z. B. Rep. 39, S.-J. IV 15 a, Bl. 24 b ff. [1448] und Rachfahl, S. 54, Matuszkiewicz, S. 51 und 125 f. erklärt diese Vertretungs-Möglichkeit als eine slawisch-rechtliche Reminiszenz. <sup>4)</sup> Vgl. über diese Reformation Quellen Nr. 75, 1601 März 20 und Nr. 76, 1601 Mai 16; Walther II, S. 477; Rachfahl, S. 243, Anm. und 251; ferner die Bittschrift der Stände an den Kaiser über die Mißstände vom 28. Febr. 1600, Rep. 135, D 333, S. 541–555 [Quellen Nr. 74]. <sup>5)</sup> Schon 1546 hatte der Landtag beschlossen, zum Zwölferrecht fremde unbelohnte Gelehrte und Doktoren nicht ohne Erlaubnis beider Parteien als Prokuratoren zuzulassen; siehe Quellen Nr. 36, 1546 April 5. <sup>6)</sup> Dasselbe plante man 1630 in Glogau, Matuszkiewicz, S. 137, Anm. 4. Die zuerst gewählten Oberrechtssitzer waren der Landesbestallte Adam v. Seydlitz, Hans v. Zedlitz zu Wilekau, Caspar v. Warnsdorf zu Gusmannsdorf, zugleich designierter Landesbestallter, und Adam v. Lest zu Holenstein. Rep. 39, S.-J. II 1 e, Bl. 73 b. <sup>7)</sup> Die Verbindung dieses



Das Gericht war ein willkürliches, an das die Parteien Rechtsansprüche aller Art bringen konnten<sup>1)</sup>. Den Vorsitz führte der Hauptmann an des böhmischen Königs Statt. Er war nach den Zwölfen zur Abgabe seiner Meinung berechtigt, also an der Urteilsfindung beteiligt<sup>2)</sup>. Das Gericht fand alle Quartale statt. Die Pflichttreue der Beisitzer, gegen deren Unpünktlichkeit manche Verordnungen ergingen<sup>3)</sup>, nahm im Beginn des 17. Jahrhunderts so ab, daß man 1622 „zu Verhütung schimpfflicher Nachreden“ den Plan faßte, 12 assessores perpetui zu erkiesen<sup>4)</sup>. Der Sitz des Gerichts war ursprünglich das Burglehen zu Schweidnitz. Wegen Baufälligkeit dieses Gebäudes<sup>5)</sup> wurde in der Reformationszeit die Schweidnitzer Klosterkirche zu Unserer Lieben Frau zum Gerichtssitz gemacht, und sie blieb es auch nach Rückgabe des Klosters an die Franziskaner<sup>6)</sup>. Diejenige Seite der Tätigkeit des Gerichts, die ritterliche Erbschafts- und Belehungsfragen betraf, deutet noch bis ins 18. Jahrhundert hinein den Ursprung des Gerichts als höchsten Adelsgerichts an<sup>7)</sup>.

Neben diesen 3 Arten von Gerichten, die durch Podiebrads Gerichtsordnung in ein bestimmtes Verhältnis zu einander gestellt worden waren, hatte sich seit alter Zeit aus Schiedsgerichten die feste Form des Gerichts von Amt, Land und Städten entwickelt. Es war ebenso, wie das Zwölferrecht, ein willkürliches Gericht, auf das sich die Parteien einigten oder vor das vom Hauptmann gewisse Fragen zur Entscheidung beschieden wurden<sup>8)</sup>. In seiner Zusammensetzung liegt die Erklärung für seine Entstehung. Es diente zum Ausgleich von Gegensätzen zwischen Adel und Städten<sup>9)</sup>, und zwar in der älteren Zeit vornehmlich zur Schlichtung von Fehden<sup>10)</sup> sowie von Verstößen, die sich Adelige durch „üppiges“ und herausforderndes Benehmen in den Städten hatten zu Schulden kommen lassen<sup>11)</sup>. Auch sonstige allgemeine Fälle des Ungehorsams gegen die Landesgesetze wurden vom Hauptmann vor das Gericht beschieden<sup>12)</sup>. Neben den Schiedssachen wegen

Oberrechtssitzeramtes mit dem eines Landesältesten ist an anderer Stelle besprochen worden, vgl. S. 99. Daraus erklärt sich ebenfalls, daß in den Quartalen auch allgemeine Landesangelegenheiten zur Beratung kamen, so der Beschluß vom 20. Dez. 1601, wegen des Ankaufs der Kanzlei Gesandte an den Hof abzufertigen. Rep. 39, S.-J. II 1 e, 109.

<sup>1)</sup> Vgl. Quellen Nr. 43, 1556; Rep. 39, S.-J. IV 15 e, Bl. 96 a [1525] „und diss geordnet recht allein ein frey gewilkort recht ist“, deshalb werden die Fälle, wenn eine der Parteien die Ziehung vor die Zwölfe verweigert, „wider an dass landrecht geweist“, d. h. „an die gerichte, von danne sie hiher khomen“; vgl. ebenso Matuszkiewicz, S. 106, 113. <sup>2)</sup> Vgl. Quellen Nr. 94, 1631 Febr. 7 und Quellen Nr. 111, 1650 Febr. 12. <sup>3)</sup> Siehe vorige Anm. und Quellen Nr. 84, 1619 April 17. <sup>4)</sup> Beschluß von 1622 Juni 10, Fü 236, S. 8, S. 782. <sup>5)</sup> 1538 bestimmte König Ferdinand, daß die dem Dr. Franz Grimme gen. Rupprecht verliehenen bewohnbaren Teile des Schlosses nicht für das Zwölferrecht in Anspruch genommen werden dürften. Das Gericht sei wegen Baufälligkeit der Gemächer des Schlosses eine Zeitlang nicht dort gehalten worden, „doch einer landschaft gemeldeter fürstenthümer vorbehalten . . ., daß sie zu solcher nothdurfft aus ihren kosten ein oder mehr gemach daselbst hinbauen mögen“. Rep. 39, S.-J. I 86 c [1538 Jan 31]. <sup>6)</sup> Fü 236, 9, S. 809, 888 [1628]. <sup>7)</sup> Erbschaftsfragen, Walther II, S. 476; ebda. II, S. 475 betr. nicht erfolgte Nachsuchung der Belehnung und versäumte Steuerzahlung; Rechtsfragen verschiedenster Art siehe Rep. 39, S.-J. IV 15. 1544 beschwert sich die Landschaft über die neue Anordnung, daß die Vormünder von Waisen jährlich vor dem Hauptmann und „den eldisten mannen“ Rechnung legen sollen. Rep. 39, S.-J. II 1 a, f. 114. Vgl. im übrigen über das Zwölferrecht Schickfus III, S. 417 f.; Rep. 39, S.-J. IV 15 k (1701); IV 15 r; II 12 i, 195 b f.; Rep. 135. Jan. Msc. X 1107 und Fol. 67, S. 227; Walther II 476; Gude, Staat von Schlesien S. 399. <sup>8)</sup> Siehe Quellen Nr. 43, 1556 und Quellen Nr. 51, 1563 April 21. 1562 bescheidet Erzherzog Ferdinand eine Sache vor das Gericht. Fü 234, S. 291, 293. <sup>9)</sup> Rachfahl, S. 224. <sup>10)</sup> Vgl. 1450 Okt. 3, Verhandlung mit Hermann Czeteris, Stadtarch. Breslau, Polit. Korresp.; Rachfahl S. 224; Quellen Nr. 30, 1536 Juli 5. <sup>11)</sup> 1616 heißt es, „Balgen, Ausfordern, üppiges und unnützes Handeln“ würde von undenklichen Zeiten her von diesem Gericht bestraft. Fü 236, 7, S. 1219. <sup>12)</sup> So Fü 234,

entstandener Schäden war das zweite Hauptgebiet der Tätigkeit die Entscheidung von Vormundenschaftssachen, sowie sonstiger „causae pauperum et miserabilium“<sup>1)</sup>. Dieses Gebiet wurde von der Regierung so begünstigt, daß das Gericht im 17. und 18. Jahrhundert neben dem K. Amt zum reinen Vormundschaftsgericht wurde und daher den Titel „Pupillargericht“ führte<sup>2)</sup>. Seine schiedsrichterlichen Befugnisse waren seit dem dreißigjährigen Kriege erloschen.

Die Zuziehung der Beisitzer zu den Sühneverhandlungen hatte, solange das herzogliche Haus, der natürliche Vermittler zwischen den Untertanen existierte, von diesem abgehangen<sup>3)</sup>. Im 15. Jahrhundert werden sowohl „Hauptmann, Mannen und Städte“ schlechthin<sup>4)</sup>, als auch besondere Ausschüsse in Schiedssachen erwähnt<sup>5)</sup>. 1536<sup>6)</sup> und 1545<sup>7)</sup> wurden solche Fälle, die Gewalttaten adeliger Personen in einer Stadt betrafen, zuerst einer Kommission von Vertretern des Adels und der betreffenden Stadt unter dem Vorsitz des Landeshauptmanns überwiesen. Erst nach erfolgloser Verhandlung kam die Angelegenheit vor Amt, Land und Städte. Seit dem Jahre 1563 erfahren wir aus mehreren Reformationen des Gerichts näheres über seine Zusammensetzung, soweit die adeligen Beisitzer in Betracht kamen. Von den Städten waren, wie auf dem Landtag, „die Weichbildstädte vertreten“<sup>8)</sup>. 1563<sup>9)</sup> wurden die Landesgekokorenen zur Teilnahme neben den zu unregelmäßig erscheinenden Landsassen angehalten. 1573<sup>10)</sup> wurden alle Landesältesten und Zwölfer des Schweidnitzer Fürstentums gegen Gewährung von 1 1/2 Taler täglichen Zehrgelds zum Beisitz verpflichtet, während die Vertreter des Fürstentums Jauer wegen der weiten Entfernungen vorläufig dispensiert wurden. Nachdem die Ordnungen von 1583 und 1601<sup>11)</sup> nochmals die Frage des Beisitzes genau geregelt hatten, blieb die Form des Gerichts im 17. Jahrhundert eine feste. Teilnehmer waren nunmehr der Landeshauptmann, der Kanzler, vier Oberrechtssitzer, der Landesbestallte, mehrere Landsassen, die meist aus den Zwölfen genommen wurden, und die Abgesandten

S. 291, 294. Die kaiserliche Politik der Untergrabung der Autorität der alten ständischen Gerichte zur Erzwungung der Appellation nach Prag führte eine Zeitlang zu außerordentlicher Unordnung, zu Ungehorsam der Verurteilten und schließlich zur Obstruktion der Landsassen, die die Gerichte ganz unbesetzt ließen; vgl. Ff. 235, S. 1031 f. (1565) und Ff. 236, 3, S. 462 f., 744 (1588); siehe auch Quellen Nr. 111, 1650 Febr. 12 (Czepko).

<sup>1)</sup> Siehe Czepko ebda. und Rep. 135, Jan. Msc. II 84 f.; Stadtarchiv Breslau, OA. Schweidnitz-Jauer „Quaedam notabilia processus Swidnicensis“. <sup>2)</sup> So 1668, Rep. 39, S.-J. II 1 p. 466 b f. „bey dem iudicio pupillari“. Vormundschaftsgericht war in Glogau nur das Kön. Amt, Matuszkiewicz, S. 145. <sup>3)</sup> Vgl. die Zitierungen von Herzogin Agnes 1391 Nov. 11, Rep. 6, S.-J. Nr. 1 x, Unter Nummern 13 u. 21 (o. D.). <sup>4)</sup> Siehe S. 125, Ann. 10. <sup>5)</sup> So entschieden 1405 Febr. 1 der Unterhauptmann Gotsche Schoff mit den Ratmannen Niklas Fincke und Hans Ferdan von Löwenberg sowie Johannes Goldtberg und Nicklas Himmelreich von Hirschberg einen Zwist zwischen den Gebrüdern v. Redern auf dem Burgehen Lähn und der Stadt Lähn. Rep. 135, D 343, S. 262 b bis 265. <sup>6)</sup> Siehe Quellen Nr. 30, 1536 Juli 5. <sup>7)</sup> Vgl. Schmidt a. a. O. I, S. 384. <sup>8)</sup> Siehe S. 127, Ann. 4. <sup>9)</sup> Siehe Quellen Nr. 51, 1563 April 21. Schon 1555 Aug. 30 klagen die Städte, „wie sie dann auch auf allen quartalen zur Schweidnitz im closter erscheynen und das recht gehorsamlich sitzen müssen, do aus der ritterschaft nit zwo oder drey, ja zu zeiten keine person zur stellen ist“. Rep. 39, S.-J. II 1 b, 220 b u. 229 a f. <sup>10)</sup> Siehe Quellen Nr. 58, 1573 Aug. 31. <sup>11)</sup> Der Landtag vom 26. Febr. 1583 beschloß (Rep. 39, S.-J. II 1 c, 2. Teil, S. 53): „damit auch hinfuro das lobliche gerichte des kays. amptes, landt und stedte auf die quartal zur Schweidnitz desto ordenlicher bestelt mög werden, so ist dahin geschlossen, daß alle quartall drei personen aus den zwelfern, wie die den weichbildern nach in irer ordnung befunden werden, neben dem kays. amt dasselb gericht auch besitzen und auf nestges quartal, wils gott, der anfang gemacht werden solle. Und do ir keiner, den die reye oder ordnung betreffe, aus ehehaft [not] nit zur stellen were, so solle der negste neben im sitzend sein stelle vertreten und das ander quartal der damals außten pleibende sich dennoch auch dahin einstellen, damit also in einem jar alle zwelfe solch gericht besitzen helfen sollen. Gleichfals sollen der halbe teil der eldisten solch gericht auch ein quartal umb das ander mit besitzen



der Städte<sup>1)</sup>. Das Gericht tagte stets im Quartal am Tage nach dem Zwölferrecht im Franziskanerkloster zu Schweidnitz<sup>2)</sup>. Das Verfahren war mündlich und fand nur in deutscher Sprache statt. Abschriften von eingesandten Parteiakten durften ohne Genehmigung der Parteien nicht erteilt werden<sup>3)</sup>. Da das Gericht in der Zusammensetzung den Landtag oder die engen Zusammenkünfte widerspiegelte, so fand auch in ihm dieselbe Art der Abstimmung statt, wie auf den Landtagen. Die Weichbildstädte verfochten deshalb auch mit Erfolg 1667 ihr Recht auf ein mitbeschließendes Votum<sup>4)</sup>.

### Die Finanzverwaltung.

1. Das Steuerbewilligungsrecht. So weittragend auch die Bedeutung dieses Rechts<sup>5)</sup> für die Entstehung der ständischen Verfassung war, so wenig waren die Stände im Laufe der Jahrhunderte imstande, sich im tatsächlichen Besitz des Rechts zu erhalten. Hatten doch die Stände schon im 14. Jahrhundert trotz der zunehmenden Schwäche der landesherrlichen Gewalt kaum häufig gewagt, die erbetenen Steuern zu verweigern<sup>6)</sup>. Sie tauschten jedoch wenigstens gegen Steuern Konzessionen ein. Im ausgehenden 15. und im 16. Jahrhundert aber erkannte die wiedererstarkende landesherrliche Gewalt die Freiwilligkeit der Bewilligungen möglichst nicht mehr durch bedeutende Konzessionen, sondern nur noch durch bequeme schriftliche Erklärungen, durch Steuerreverse<sup>7)</sup> an. Immerhin aber sind die Steuerreverse ein vollständiger Beweis für diese seit alters anerkannte<sup>8)</sup> grundsätzliche Freiwilligkeit der Bewilligungen.

und auf negstes quartal die aus dem furstenthumb Schweidnitz den anfang machen, in sonderheit aber wirt her Friedrich von Zedlitz als der, wie obgemelt, landes bestelte solch gericht alle quartal ordentlich besuchen und besitzten helfen.<sup>4</sup> 1601 wurden die 4 Oberrechtssitzer zum Beisitz verpflichtet, siehe Quellen Nr. 76, 1601 Mai 16.

<sup>1)</sup> Vgl. Quellen Nr. 94, 1631 Febr. 7. <sup>2)</sup> Das Zwölferrecht sollte nach Beschluß vom 30. April 1604 Donnerstags im Quartal und das Gericht vom Amt, Land und Städten am folgenden Freitag gehalten werden. Rep. 39, S.-J. II 1 e, 2. Teil, Bl. 93 a. <sup>3)</sup> Siehe Anm. 1. <sup>4)</sup> Sie protestierten beim Amt, „wassgestalten a diuturno tempore undt in unwandelbarer observanz an seiten dieser fürstentümer Schw. u. J. zusammenberuffenen ständen in conventibus publicis nach gethaner von dem hochlöbl. k. u. k. amte beschehenen proposition anfänglich die h. präläten undt landes officier ihr erwogenes votum abgeben, darauf abgeordnete von Städten nomine suorum principalium ebenmässig votando gefolget und sodann mit einschliessung dieser beeden votorum eu. Excellenz das hochlöbl. k. u. k. amt undt debro hochgeehrten herrn vorfahren per votum conclusivum jede angelegenheit von amteswegen gnädig beschlossen, inmassen solches nicht allein in allen wohlbestelten rebus publicis, insonderheit bey dem hochlöbl. k. undt k. oberampt dieses herzogthumb Schlesien, sondern auch bey dem privilegierten iudicio pupillari undt endlichen bey wenigern iudiciis in städten . . unverruckter observiret worden“. — Nun aber habe bei heutigem iudicio pupillari der K. Amtsverwalter Hans Friedr. Freiherr v. Nimptsch auf Öls, Lauterbach, Ullersdorf und Neudorf eine Neuerung eingeführt, indem er die von den „herrn oberrechtsiezere und zwölffer supra passus propositos gegebene vota alsobaldt mit seinem voto concludiret undt allererst hernach exclusive derer abgeordneten von städten ihr votum beyhängig machen wollen“; darum protestiert man beim Amt, indem „auch in omnibus votis conclusivis allemahl durch urthel diese deutliche formalia enthalten: und also haben wir vor uns und unsers königs männern derer von land und städten zu recht befunden“ [praes. 1668 Jan. 22, Rep. 39, S.-J. II 1 p, 466 b bis 469 a]. <sup>5)</sup> Siehe vorher S. 12 f. <sup>6)</sup> Vgl. Rachfahl, S. 111 f. u. vorher, S. 25 f. (Striegau). <sup>7)</sup> Schon als Reverse aufzufassen sind die Urkunden Heinrichs von Jauer für die Stadt Jauer (1329) und Boleslaws von Liegnitz für Liegnitz und Goldberg, sie nicht mit ungewöhnlicher Hilfe und Beschwerde zu belästigen. Tzschoppe und Stenzel, S. 201 u. 531; siehe auch Reg. 5131 (1332 Juli 19) und 5133 (1332 Juli 25). 1479 Aug. 10: König Mathias verpflichtet sich, nachdem er vom Bischof von Breslau, den Fürsten, „auch dy eynwoner der fürstenthumb Bresslaw, Swidnicz und Jawir, auch land und stete der ganczen Slesien und prelaten, rytterschaft, mannschaft und stete in obrin und nydern Lusatz“ aus gutem Willen eine „steuer“ erhalten habe, keine Steuer oder Gabe mehr auf „bischof,

Grundsätzliche Steuerfreiheit einzelner Stände ist überhaupt in Schlesien nicht, wie in anderen deutschen Territorien, nachzuweisen<sup>1)</sup>. Sowohl Adel<sup>2)</sup>, wie Geistlichkeit<sup>3)</sup>, Städte<sup>4)</sup> wie Bauern<sup>5)</sup> unterlagen, wie im Prinzip der alten ordentlichen, so auch der späteren von den Ständen bewilligten außerordentlichen Besteuerung. Die Tatsache, daß die Bewilligung nur von bestimmten Ständen ausging, aber für die Gesamtheit der Untertanen galt<sup>6)</sup>, erklärt sich aus dem Wesen der landtändischen Verfassung; wenige Stände vertraten vollmächtig die Gesamtheit.

Das den Ständen von Schweidnitz-Jauer seit dem großen Privileg von 1353<sup>7)</sup> unbestritten zustehende Recht der Bewilligung außerordentlicher Steuern erlitt die stärkste Einbuße im 15. Jahrhundert mit der auf Kosten der Einzelfürstentümer fortschreitenden Stärkung der Stellung des Fürstentags<sup>8)</sup>. Der Fürstentag bewilligte die königlichen Steuern und legte außerdem Umlagen für die gesamtschlesischen Bedürfnisse auf<sup>9)</sup>. Aus solchen Steuerfragen heraus erklärte sich auch hauptsächlich die Absonderungs-Politik der Fürstentümer Schweidnitz-Jauer und ihre Hinneigung zu dem reichen Böhmen<sup>10)</sup>. Seit dem 16. Jahrhundert wurde dieser Widerstand gegen den Fürstentag

fürsten, fürstenthumer, prelatin, land und stete“ zu legen, Lehnurk. I, 32. Gude, Staat von Schlesien S. 426: „Herzog Friedrich I. zu Liegnitz habe auf einen 1483 von Mathias Corvinus erteilten Revers, der eine Steuerbewilligung erwirken sollte, mißtraulich gesagt: „Liebe herren, last uns ja nicht hierin willigen, dann kriegen unsre privilegia einmal reverse = Rehe-Fersen, werden sie uns gewis entlauffen“. 1527 Mai 21 erteilte König Ferdinand gleich nach seiner Thronbesteigung an Prälaten, Herrn, Ritterschaft und Mannschaft sowie die Städte von Schweidnitz-Jauer einen Revers darüber, daß die von ihm begehrte und empfangene „Türkenhülfe“ gutwillig gegeben worden sei „über das, so sie uns sonst als einem angehenden gekrönten könige zu Böheimen zu thun schuldig sein“; vgl. dazu Rachfahl, S. 288 f. Die große Häufigkeit der Abschriften, die von diesem Reverse genommen worden sind, beweist die Wichtigkeit, die ihm die Stände beimaßen; Or. Rep. 6, Nr. 1 n. Abschriften Rep. 39, S.-J. II 7 a. Rep. 135, D 333, S. 336 f., D 346 a, 2. Zählung, S. 31, D 377 b, S. 205 f. Jau. Msc. V 204 u. ö. Der Revers für die Biergeld-Bewilligung von 1546 April 12: Or. Rep. 6, S.-J. Nr. 8 a, ebenso 1549 Nov. 4, ebda. Nr. 8 b. Natürlich finden wir auch noch im 15. und 16. Jahrhundert Konzessionen für Steuerbewilligung. Das Biergeld von 1479 bewilligten die Städte von S.-J. nur gegen die kgl. Bestätigung ihrer Urbarien und Meilenrechte. Schmidt, a. a. O. I, S. 233. Ebenso verzögerten die Fürstentümer nach Ferdinands Thronbesteigung die Ablieferung des bewilligten Biergeldes bis zur Bestätigung ihrer Privilegien, Rep. 39, S.-J. II 1 a, f. 12 f. Darauf erfolgte 1530 März 18 die Bestätigung, Or. Rep. 6, S.-J. I q. 1560 bewilligten die Städte von S.-J. dem Kaiser ein Hilfgeld zum Ankauf der Herrschaft Pardubitz in Böhmen u. a. nur für den Fall, daß der Kaiser ihre Urbarstreitigkeiten mit dem Adel schlichte, Rep. 135, D 366 q, S. 91 f., 118—130. <sup>8)</sup> Vgl. über die Anerkennung des Steuerbewilligungsrechts im Herzogtum Liegnitz, Rachfahl a. a. O., S. 63 f. Reg. 4105; siehe auch Kries a. a. O., S. 5 ff.; Rachfahl, S. 111\*. Über die Anerkennung durch das Landesprivileg von 1498 siehe Rachfahl, S. 261 f.

<sup>4)</sup> Theoretisch nahmen Adel und Geistlichkeit dies Recht ja auch in Anspruch, Rachfahl S. 110. Über die Leistung der ordentlichen Steuern siehe vorher S. 5, Anmerkung. Vgl. auch Koser, König Friedrich der Große, I, S. 398. <sup>2)</sup> Rachfahl, S. 63 u. 296, Tzschoppe und Stenzel, S. 31; 1278 Juli 1 (Reg. 1567): Heinrich von Breslau befreit das Gut Rothsirben von allen Lasten, ausgenommen die collecta generalis, die die Besitzer ebenso wie die übrigen Ritter in den Herzogs Lande zu entrichten haben. Vgl. ebenso Reg. 3807 (1318). Über das Bräugeld von den Rittersitzen vgl. Rep. 39, S.-J. II 1 a, 163 f. (1545). <sup>3)</sup> Siehe Rachfahl, S. 113 f. Grünhagen, Geschichte Schlesiens I, S. 368 f.; Schickfus III, S. 169, Schmidt a. a. O. I, S. 238. <sup>4)</sup> Vgl. Stenzel Gesch. Schlesiens I, S. 242 f., 246 f., 256, 259. <sup>5)</sup> Rachfahl a. a. O., S. 43; Müncheberg, S. 26. <sup>6)</sup> Ein interessantes Beispiel einer Steuerverweigerung ist die der Stadt Striegau vom Jahre 1387, siehe Quellen Nr. 13. Daß Hauptmann und Adel ihre Zustimmung zu dieser Steuer gegeben hatten, ist aus ihrer Fehde gegen die Stadt zu schließen. <sup>7)</sup> Vgl. S. 21. Das Privileg spricht nur im besondern von den Städten, weil es dem Adel schon längst zustand. <sup>8)</sup> Vgl. über die Verweigerung der von den Generalständen bewilligten Steuern durch die Einzelfürstentümer Rachfahl, S. 112 f., 116. Aufzählung von allgemeinen Landessteuern siehe bei Rachfahl, S. 110 Anm. 1; ebda., S. 116 Sonderverhandlungen mit dem Adel von S.-J. über die schon vom Fürstentag bewilligte Steuer; siehe auch ebda. <sup>9)</sup> Vgl. Kries a. a. O., S. 54, Anm. 6. <sup>10)</sup> Siehe S. 27 f.



gebrochen, und die Bewilligung des Fürstentags wurde auf dem Landtag der einzelnen Fürstentümer nur noch publiziert. Unberührt von dieser Veränderung blieb aber Jahrhunderte lang das Recht der Fürstentümer, für ihre eigenen Bedürfnisse Landes-Umlagen zu bewilligen<sup>1)</sup>. Die Städte hatten sich schon seit dem 14. Jahrhundert im Besitze dieses Rechts befunden<sup>2)</sup>. Die Fürstentümer mußten sich diese Befugnis in dem Stadium der ständischen Entwicklung erwerben, sobald sie eigene Beamte, eigene Gesandte unterhielten, überhaupt ein staatliches Sonderleben führten. Dieses Sonderleben war bis zum dreißigjährigen Krieg reich entfaltet. Wie notwendig für Verwaltungszwecke besondere Umlagen waren, beweisen die selbst von den einzelnen Weichbildern erhobenen Weichbildsumlagen<sup>3)</sup>. Erst der staatliche Absolutismus des 17. Jahrhunderts suchte ein solches Sonder-Besteuerungsrecht der Fürstentümer zu unterdrücken<sup>4)</sup>.

Hatte das Recht der Steuerbewilligung der Stände eine zwischen Erfolg und Vernichtung schwankende Geschichte, so wurde das Gebiet der Steuerverwaltung zu einem unumstrittenen und mit vollem Verständnis verwalteten ständischen Besitz.

Die Steuereinschätzung und -Austeilung. Die Steuereinschätzung und -Austeilung war ein ursprünglich landesherrliches Recht<sup>5)</sup>. 1420<sup>6)</sup> finden wir dagegen in Schweidnitz-Jauer neben der Hauptmannschaft, der Vertreterin des Landesherrn, schon die Mannschaft bei einem Steueranschlag und dessen Eintreibung beteiligt. 1468<sup>7)</sup> repartierten die Stände eine Anlage auf die einzelnen Weichbilder, sie mußten sich also auf vorausgegangene Nachforschungen über deren Steuerkraft stützen können<sup>8)</sup>. Derselbe Grundsatz der Repartition nach Weichbildern findet sich

<sup>1)</sup> Die später sog. Domestikal-Bedürfnisse, vgl. Hintze, Acta borussica VI, 1, S. 541; Script. V 346; Rachfahl S. 294. Wenn z. B. 1435 Nov. 7 das „Land“, d. h. die Mannschaft sich Gotsche Schof auf dem Greiffenstein gegenüber zur Zahlung von 800 Schock Groschen verpflichtete, so mußte es eine Landesumlage erheben. Rep. 39, S.-J. II 14 a. Die Umlagen wurden von den Gekorenen neben dem Landeshauptmann festgesetzt. So wurde 1544 März 19 für alle Weichbilder eine Umlage von 5 fl. aufs Pferd beschlossen zur Sammlung eines Vorrats in Botschafts- und Landesnotdurfts-Sachen, siehe Rep. 39, S.-J. II 1 a, fol. 111 b f. Über die Benutzung der Landesumlagen zu Prozeßzwecken der Ritterschaft siehe Quellen Nr. 49, 1562. Das Landgebot vom 21. Mai 1586 beschloss eine Anlage von 3 Hellern pro Taler Schätzung, d. i. 6944 Taler. Zur Aufbringung der Pfandsumme für die Erwerbung der Kanzlei wurde nach dem Beschluß vom 2. April 1602 aufs Tausend der Schätzung 10 Taler Umlage gelegt. Der Landtag übernahm die Bürgschaft; die Umlage brachte 6120 Taler, Rep. 39, S.-J. II 1 e, 64 f., 2. Teil 29 f. <sup>2)</sup> Vgl. über die von den Städten ihren Einwohnern auferlegten Steuern Tzschoppe und Stenzel, S. 260; Schmidt, Gesch. von Schweidnitz I, S. 413 f. Über das Burgenrecht der Städte siehe Sutorius, Gesch. von Löwenberg I, S. 62; Schmidt a. a. O. I, S. 101. <sup>3)</sup> Z. B. erhob 1575 das Schweidnitzer Weichbild die Umlagen nach einer erhöhten Schätzung von 233 901 Tlr., während die eigentliche Schätzung des Weichbilds von der schlesischen Kammer nur auf 220 200 Tlr. angeschlagen wurde. Von den überschießenden 13 701 Tlr. wurde demnach eine Sonderquote zugunsten des Weichbilds erhoben; siehe Quellen Nr. 60, 1575 (Instruktion des Weichbild-Einnehmers). <sup>4)</sup> Die Instruktion des Obersteuereintreibers vom 20. Dezember 1681 (siehe Quellen Nr. 124) stellte fest, daß nur dem ganzen Lande Schlesien bzw. dem Landeshauptmann das Recht zur Steueranfrage zustehen. Die Instruktion des Hauptmanns vom 25. April 1697 verbot sowohl Hauptmann wie Ständen die Erhebung von Landesanlagen ohne kaiserliche Genehmigung. <sup>5)</sup> Heinrich von Jauer erklärt 1329, daß der König die Berna auflege nach erfolgter Abschätzung durch seine Beamten, Tzschoppe und Stenzel, S. 31. Die Steuererhebungen Bolkos I, von denen die Chronica principum Poloniae spricht (congregans magnas pecunias de terris tam puerorum quam suis, Script. I 120, Stenzel, Gesch. Schles. S. 114), sind, bei Erwägung der damals noch unentwickelten ständischen Verhältnisse, wohl durch herzogliche Beamte durchgeführt worden. <sup>6)</sup> Unterhauptmann und Mannschaft von S.-J. mahnen die Breslauer Ratmannen um Entrichtung des Geldes, „das euch angeslagen ist an der bezalunge des hausis Schetzelers“, 1420 Nov. 22 (siehe Quellen Nr. 16). <sup>7)</sup> Nov. 5, Stadtarch. Breslau, Datierte Korrespondenz. <sup>8)</sup> 1536 [siehe Quellen Nr. 30] werden die Steuern, die zum Schutz gegen Räuber und Fehder bestimmt sind, von den einzelnen

auch in der grundlegenden gesamtschlesischen Schätzung von 1527 wieder. Wenn für die Durchführung dieser Schätzung von 1527 besondere Einschätzungskommissare von den Fürsten und Landeshauptleuten zu „verordnen“ waren<sup>1)</sup>, so bedeutete dies wohl einen Versuch des Königs, ein von den Ständen schon völlig erobertes Gebiet für den Landesherrn zurückzugewinnen.

Geistliche, Herren, Edelleute, Lehnleute und Freie sowie die Städte schätzten sich 1527 selbst<sup>2)</sup>. Die Bauern und sonstigen Untertanen wurden von ihren Grundherren, z. B. Adeligen oder Städten vertreten, nachdem sie auch selbst ihre Schätzung angegeben hatten<sup>3)</sup>. Nach der Schätzungsordnung von 1545<sup>4)</sup> erfolgten die Erklärungen der sich selbst Einschätzenden innerhalb des Weichbilds vor 2 verordneten Ältesten im Beisein aller anderen Schätzungspflichtigen. Die Erklärung der Äbte erfolgte in dem Weichbilde, in dem die meisten ihrer Güter lagen. Sämtliche Schätzungen sollten zu Jauer von den ständischen Verordneten geprüft werden.

Von den gesamtschlesischen Schätzungen von 1527 und 1544/45 zu unterscheiden ist die seit 1548 vom König in den Erbfürstentümern betriebene neue Schätzung aller Rittergüter zum Zweck der Feststellung der noch zur Verfügung stehenden Ritterdienste<sup>5)</sup>. Das Schätzungsregister, das zu diesem Zwecke von den Weichbildausschüssen<sup>6)</sup> der Stände aufgestellt wurde und alle Güter von Herren, Rittern, Mannschaften, Freien, Lehnleuten und Schulzen sowie den Städten umfaßte, lag am 10. Dez. 1550 abgeschlossen vor<sup>7)</sup>. Neben der Festlegung der Ritterdienste wurde das Register für die Stände dadurch von Bedeutung, daß sie es ihren Landesumlagen zugrunde legten<sup>8)</sup>. Zugleich entschied das Register die Frage, welche städtischen Güter zu Stadtrecht oder

Weichbildern umgelegt, „wie sie daß zu thun und zu vorordnen wol wissen“. Dabei haben die Ritterschaft  $\frac{2}{3}$ , die Städte  $\frac{1}{3}$  zu zahlen.

<sup>1)</sup> Vgl. Kries a. a. O., S. 40, 42, speziell S. 43 f., 92 f., und Rachfahl, S. 316. <sup>2)</sup> Vgl. Rachfahl, S. 302, Kgl. St.-A., Rep. 39, S.-J. II 1 a, f. 125 a und b. Nach der Schätzordnung von 1544 April 16 und 28 [Rep. 39, S.-J. II 1 a, f. 147 und Fü Msc. Q 76, S. 281 f.] sollten die königlichen Lehnleute mit der Ritterschaft schätzen, die anderen Lehnleute und Scholzen mit der Bauerschaft. <sup>3)</sup> Vgl. Kries, S. 40 u. 93, Rachfahl, S. 296 f., 305. 1545 heißt es: Vom Bauer soll man nicht mehr nehmen, als der Adel gibt, d. i. 42 Weißgroschen von 100 Schoek. Rep. 39, S.-J. II 1 a, f. 115 b bis 117 a. In Betracht kamen „pauerschaft, gertner, hausgenossen“ ebda S. 58 b. Schon 1347 Nov. 9 [Quellen Nr. 5] heißt es, daß der Adel auch auf seinen Dörfern die Steuern einzusammeln hat; siehe auch Müncheberg a. a. O., S. 26 f. Was die Haftpflicht des Gutsherrn für die Einbringung der Steuern seiner Untertanen anbelangt, so bestimmte die Exekutionsordnung von 1722 April 16 [Brachvogel, S. 1567] unter Punkt 4: „Weilen ohnedem das Universum für die Individua zu haften, mithin auch der Herr für seinen Unterthan zu stehen hat, so wird er auch die unterthänige Resten, jedoch sub beneficio executionis et regressus zu bezahlen verbunden, dargegen aber auch befugt seyn, sich der Vertretung halber bey den Unterthanen hinwiederumb schadloß zu stellen“. <sup>4)</sup> Rep. 39, S.-J. II 1 a, 122 f., 124 b f., 126 (April 13, Mai 29, August 11).

<sup>5)</sup> Rep. 39, S.-J. II 1 a, 251/252, 258 f. Im Zusammenhang damit verlangten 1549 die kön. Kommissarien die Anfertigung eines Registers, das alle Burglehen und Pfandschaften umfassen sollte. Land und Städte waren nach der Forderung der Kommissarien im Besitz von alten und neuen Schätzregistern, Rep. 39, S.-J. II 1 b, 4 b, 6 b.

<sup>6)</sup> Jeder Landsasse und Belehnte, ebenso Freie, Lehnleute und kön. Schulzen sollen „den verordneten der weychbildler ausschusses anzeigen, wie teuer er sollich sein guth mit ob beschriebnen geniessen wyrdige und achte, darauß sich dann die außschusse mit gleycher einsehung werden wissen zu vorhalten“. S.-J. II 1 b, 31 b. <sup>7)</sup> Schon Fastnachten 1550 hatten die Stände das Register zur Vorlegung auf dem Landtag zu Prag fertiggestellt, Rep. 135, D 346 a, 95—194. Jan.-Msc. II 433 f. Ein Landtag wurde auf den 26. März angesetzt für die Verteilung der Dienste laut Vertrag von 1550 März 13, Or. Rep. 6, S.-J. 1 t. Das Register vom 10. Dez. 1550 siehe Rep. 135, D 346 a, 196—237. Vgl. auch die veränderten Register von 1568: Rep. 39, S.-J. VI 1 b und 1579: Rep. 135, D 346 a, 2. Hälfte. Die Revision von 1652 siehe Rep. 39, S.-J. II 1 i, 231, 259 b. <sup>8)</sup> So wurde die Landesumlage vom 10. März 1548, die zur Bestreitung von Gesandtschaftskosten zum Kön. Hof sowie der Zehrung und des Ehrenkleids Herzog



zu Landrecht lägen, d. h. ob die im Besitz der Städte oder ihrer Bürger befindlichen Landgüter mit dem Adel oder mit den Städten steuern sollten. Bei dem Umfange des städtischen Güterbesitzes war die Frage für beide Parteien von großer materieller Bedeutung<sup>1)</sup>. Der Abschied vom 14. Dez. 1545 hielt die Städte an, von diesen Gütern bei gerechter Veranschlagung mit den Landsassen zu steuern, sie bezahlten also sowohl eine städtische, als auch eine ländliche Steuerquote<sup>2)</sup>. Im 17. Jahrhundert kämpften die Stände um die Aufrechterhaltung ihrer Selbständigkeit bei der Steuerausteilung<sup>3)</sup>. 1649 hatte der Landeshauptmann nicht Unrecht, als er behauptete, die 1648 infolge des Kriegs begonnene Steuerrevision würde von den Ständen „fahrlässiglich und ohne Dextérité tractiert“, und als er Änderung des „Unterschleiffs“ verlangte<sup>4)</sup>. Die Stände aber ließen sich darauf vom Kaiser bestätigen<sup>5)</sup>, daß nach dem alten Modus ein jeder Stand sich nach seiner Indiktion selbst zu vergeben habe. Noch am 13. Juni 1653 gestattete der Kaiser die Beratung des Steuermoderationswerks auf einem Landtage<sup>6)</sup>. Die Beratungen und die „so schweren Differenzen wegen des importanten Werks der Steuer-Indiktion“ zogen sich nun Jahrzehnte lang hin<sup>7)</sup>, bis der Landeshauptmann den Ständen die freie Disposition im Steuerwesen trotz aller Proteste gänzlich „enträumte“<sup>8)</sup>. Erst das große Steuer-Rektifikationswerk des 2. und 3. Jahrzehnts des 18. Jahrhunderts brachte wieder eine Mitwirkung ständischer Ausschüsse<sup>9)</sup>, allerdings offenbar zum Schaden der Reform.

Friedrichs (von Liegnitz) diene, von den Weichbild-Einnehmern „aufs Pferd“ gelegt. Rep. 39, S.-J. II 1 a, 259 b. Als der Vertrag vom 13. März 1550 (Rep. 6, S.-J. 1 t) die Geistlichkeit, die Burglehen, kön. Geschösser und Pfandschaften von der Austeilung der Ritterdienste ausschloß, verlangten die Stände, diese sollten beim Lande bleiben und die „Mitteilung“ mittragen. Die Mitteilung aber war die eigentliche Landesumlage, ebda. Die Landesanlage von 1556 (siehe Quellen Nr. 41) legt zur Abfertigung von 2 Botschaften und zur Bezahlung des Landschreibers auf das Pferd 6 Tlr., 5 Weißgroschen. Die Verteilung erfolgt nach der Pferdezahl der Weichbilder. Eine Störung des Althergebrachten war es, wenn 1573 [siehe Quellen Nr. 57, 1573 Juni 17] nicht mehr die Anlagen nach der Anzahl der von den Weichbildern zu stellenden Pferde, sondern nach der Schätzung erhoben wurden. Die Ursache für die Änderung lag wahrscheinlich im Widerstand der bei den Ritterdiensten nicht veranschlagten Geistlichkeit gegen die Heranziehung zu den Landesumlagen. Deshalb wurden 1605 die im schlesischen Defensionswerk auf die Lande fallenden 300 Arkebusierpferde nach der schlesischen Landschätzung angelegt, Rep. 39, S.-J. II 1 e, 2. Teil 118.

<sup>1)</sup> Wie umfangreich z. B. der Grundbesitz der Stadt Schweidnitz 1578 war, vgl. bei Schmidt I, S. 414, der allein 232 Bauerngüter angibt. Dazu kamen noch die Güter der einzelnen Bürger. Während nun die städtischen Güter, die außerhalb der „Flurzüne“, d. h. des Weichbilds im altschlesischen Sinne lagen, vom Adel besteuert wurden (Rep. 39, S.-J. II 1 b, f. 44 f., vgl. auch Meinardus, das Neumarkter Rechtsbuch, Darstellungen und Quellen Bd. 2, S. 36), weigerte sich der Adel, seine innerhalb der Städte liegenden Häuser mit städtischen Steuern belasten zu lassen; vgl. die Vergleichsbemühungen Kaiser Rudolfs von 1610, Rep. 135, Jau. Msc. Folio 25, S. 636 f.

<sup>2)</sup> Siehe Quellen Nr. 34 (1545 Dez. 14). <sup>3)</sup> 1631 beraten die Stände über den Modus contribuendi: 1. nach der Steuer-Ansage; 2. nach den Hufen; 3. nach der Kapitulations-Schätzung [vgl. über diese Fü 238, 6, S. 161, 495; Fü 236, 10, S. 314]. 1632 wehren sie sich dagegen, daß der Hauptmann selbständig Steuern ausschreibe, ebda. S. 642, 651. <sup>4)</sup> Fü 238, 6, S. 587, 965. <sup>5)</sup> 1650 Nov. 21, Rep. 39, S.-J. II 1 i, 106 a. <sup>6)</sup> Ebda. S. 510 f.

<sup>7)</sup> Rep. 39, S.-J. II 1 p, 1 ff. (Trankaccise), ebda. II 5 n und Quellen Nr. 119 (1674 Nr. 10). <sup>8)</sup> 1670, Arnold II, S. 100. Quellen Nr. 128 (1686). <sup>9)</sup> Vgl. über das Rektifikationswerk, das ein dauernder Ruhmestitel der österreichischen Zeit bleiben wird und von der preussischen Regierung nur noch abzuschließen war, G. Croon, Zur Geschichte der österreichischen Grundsteuerreform in Schlesien 1721–1740, Zeitschr. XLV (1911), S. 333 f., S. 339.

Allerdings gehörte preussische Energie und die Autorität eines Eroberers zur Unterdrückung aller Widerstände gegen das Werk. Vgl. auch 1733 Sept. 3, betr. Anstellung in jedem Kreyß oder Weichbilde zweyer Landt-Stände oder Landes-Eltester pro commissariis, auch Adjungierung eines Individuums aus dem städtischen Kollegio, das zugleich als Actuar dienen sollte. Rep. 39, S.-J. VI 5 m. 1736: „Accis-Landes-Deputationen“, ebda. VI 1 c.

Die Steuererhebung. Die landesherrlichen Einkünfte, insbesondere der Schoß, wurden durch Hofbeamte, meist den Kämmerer<sup>1)</sup>, aber auch durch Notare<sup>2)</sup>, den Küchenmeister<sup>3)</sup>, den Statthalter<sup>4)</sup> eingenommen. Es ist wahrscheinlich, daß diese Beamte die Einziehung durch Unterbeamte z. B. durch besondere Prokuratoren<sup>5)</sup> vornahmen. Ende des 14. Jahrhunderts aber finden wir schon die örtliche Steuererhebung in ständischen Händen. So wird in Löwenberg in der Zeit zwischen 1380 und 1390 der Rat und „der, der dort das herzogliche Landgeschöß einnimmt“, zur Übersendung der Steuer mit eilenden Boten nach dem Czeiskenschloß oder nach Schweidnitz zur herzoglichen Residenz verpflichtet<sup>6)</sup>. Da der Stadtschreiber dort als Einnehmer des herzoglichen Zinsgetreides genannt wird und den Auftrag erhält, statt des Getreides selbst dessen Wert in Münze einzuziehen, ist er vielleicht auch bei anderen Gelegenheiten der Einnehmer der herzoglichen Steuern in der Stadt.<sup>7)</sup> Wenn 1422<sup>8)</sup> alle Einwohner von Schweidnitz-Jauer verpflichtet werden, das Ungeld nach Breslau abzuliefern, so ist zu vermuten, daß dessen Einziehung ihrer eigenen Anordnung überlassen blieb. Die ständische Souveränität in der königslosen Zeit des 15. Jahrhunderts, die vielen von den schlesischen Bünden erhobenen Steuern lassen als gewiß vermuten, daß ein ständisches System der Steuererhebung bestand. Es war daher nicht zu verwundern, wenn die bei der Schätzung von 1527 eingeführte Ernennung landesherrlicher Kommissare für die Steuererhebung nicht von langer Dauer blieb. Die Bestimmung, wonach diese zugleich als Einschätzungskommissare und als Steuererheber fungierenden Persönlichkeiten in den Erbfürstentümern von den Landeshauptleuten verordnet wurden<sup>9)</sup>, bedeutete eine Benachteiligung der ländlichen Weichbilder, insbesondere des Adels. In den Städten nämlich wurden die Einschätzungskommissare vom Rat ernannt. Ebenso aber, wie in den Städten, bestand in den Weichbildern eine alte Übung der Steuererhebung, deren Hauptmerkmal die ständische Selbständigkeit war<sup>10)</sup>. Auch nach 1527 wurden ebenso, wie vorher, in Schweidnitz-Jauer besondere Landesanlagen erhoben, um deren Einbringung sich der König gar nicht zu bekümmern hatte<sup>11)</sup>. Landesanlagen und königliche

<sup>1)</sup> Tzschoppe und Stenzel, S. 71. <sup>2)</sup> Vgl. 1326 Dez. 13, Reg. Nr. 4596. <sup>3)</sup> 1387 Mai 10, Rep. 6, S.-J. Nr. 1 x, Unternr. 18 z. J. 1380/90: Jone von Redern hebt die Steuern ein, Rep. 6, 1 x, Unternr. 69. <sup>4)</sup> 1303 Reg. Cod. Sil., Bd. XVI, S. 36, Friezko v. Schaffow. <sup>5)</sup> Schon 1260 Nov. 30 im Herzogtum Oppeln erwähnt, Reg. 1066. <sup>6)</sup> Rep. 6, S.-J. 1 x, Unternr. 4, 27, 69, 34 (Der Rat erhebt das Geschöß von den Juden 1391 Juli 18), 14, 18. <sup>7)</sup> Rep. 6, S.-J. 1 x, Unternr. 14, Udo, Stadtschreiber zu Löwenberg. <sup>8)</sup> Nov. 19. Mandat König Sigismunds. Walther II, S. 472. 1443 Okt. 17 gestattet der Bischof von Breslau dem Domkapitel, durch bestimmte Steuereinnehmer eine Steuer zur Auslösung von Ottmachau von seinen Untertanen zu erheben; Stadtarch. Breslau, Datierter Korrespondenz; vgl. Zeitschr. XIII, S. 63, Anm. 1. <sup>9)</sup> Rachfahl, S. 316, 379. Noch am 26. Dez. 1542 schreiben die „elste manne“ des Fürstentums Breslau und des Weichbilds Neumarkt an den Rat zu Breslau wegen der Erhebung der königlichen Steuer: „ist an euch unser bitte, uns hirne zu vorsorgen als unser ampteleute und uns einen einnehmer anzeigen“. Die Ritterschaft hatte sich nämlich „wegen itziger ferlicher zeit“ geweigert, die Steuer nach Breslau zu erlegen, vgl. Schreiben des Hauptmanns Nicklas Schebitz auf Wohnwitz d. d. 10. Dez. 1542. Stadtarch. Breslau, Datierter Korrespondenz. <sup>10)</sup> 1543 heißt es, Hans Gotsch auf dem Greifenstein möge die Steuern von seinen jenseits des Queiß gelegenen Gütern „nirgends anderswohin, dann den einnehmern des Lembergischen weichbildes, wie vor altersher (!) gescheen, zustellen“. Rep. 39, S.-J. II 1 a, Bl. 101 b. <sup>11)</sup> So wurde 1536 ein Bürrpfennig gegen Dräuer und Placker erhoben, zu dem jedes Weichbild, „wie sie dass zu thun und zu verordnen wol wissen“, einen Anschlag machte. Die eingekommene Summe wurde dem Rat zu Schweidnitz anvertraut. Siehe Quellen Nr. 30, 1536 Juli 5. Die schlesische Anlage von 1540 auf 500 leichte Pferde sollte „jeder Stand“ nach seinem Gefallen „wie es ainem iden sambt den seinen gelegen“ erheben, Rep. 39, S.-J. II 1 a, Bl. 42 b f.



Schatzungssteuer wurden aber von denselben Organen eingenommen<sup>1)</sup>. Diese waren also ihren Funktionen nach halb ständische<sup>2)</sup>, halb königliche Beamte. Noch aber war die ständische Macht dem Königtum so überlegen, daß es ihr in ganz Schlesien, besonders aber in Schweidnitz-Jauer, nicht schwer fiel, den Einfluß des Königs gänzlich aus der Steuererhebung auszuschalten. 1543 ist es eine Schweidnitz-Jauersche Landesordnung, die die Erhebung der Steuern verbessert und Herrschaften oder Schulzen nebst zwei Dorfältesten mit der örtlichen Steuereinnahme betraut sowie für die Einhaltung der Zahltage verantwortlich macht<sup>3)</sup>. In demselben Jahre heißt es, daß sich „der von der landschaft gekorne einnehmer und geschickte aller weichbilder alhie zum Jhaur miteinander berechnet, was ain jedes weichbilde . . . ausgegeben“<sup>4)</sup>; ebenso werden die „Geordenten“ aus allen Weichbildern auch „Gekorne“ genannt. Von einem königlichen Ernennungsrecht ist also hier nicht mehr die Rede. Ebenso fordert der Prager Landtag vom 7. Jan. 1544 rein ständische Beamte, wenn er festsetzt, daß die Einnehmer, „so ein jedes lande dazue verordnen wirdet, . . . niemand andern als dem zalmaister, den dann ain jedes lande vor sich in sunderheit dazue vorordnen wirt“, ihre Zahlungen leisten sollen<sup>5)</sup>. Demnach war die Praxis im 2. Jahrzehnt nach der Schatzung so, daß jedes Weichbild einen gekorenen adeligen<sup>6)</sup> Einnehmer hatte, der seine Erträge direkt nach Breslau abführte<sup>7)</sup>. Endgültig spricht die Landesordnung von 1563 aus, daß jedem Weichbild die Wahl eines Landsassen zum Steuereinnehmer zustehe<sup>8)</sup>. Dieser hatte dem Weichbild Rechnung zu legen und die Anlagen an das Kön. Amt abzuführen.

Offenbar in der Erkenntnis, daß die Beaufsichtigung so vieler Weichbildeinnehmer undurchführbar sei, änderte der König seine Politik dahin, die Weichbildeinnehmer zu unterdrücken und statt ihrer nur 2 bis 3 Einnehmer in jedem Fürstentum als königliche Beamte anzustellen<sup>9)</sup>. Die Maßnahme traf mit dem Bestreben zusammen, an die Stelle des gesamtständischen Zahlmeisters in Breslau eine königliche Behörde zu setzen<sup>10)</sup>. Denn ebenso, wie die Fürsten und Stände einen Zahlmeister besaßen, so bestand 1543 in Schweidnitz-Jauer das Amt eines durch die Landschaft verordneten Zahlmeisters, Hans Schellendorfs zu Bunzlau<sup>11)</sup>, an den die Steuerausstände von den Weichbildeinnehmern abgeliefert werden sollten.

Für die indirekten Steuern gelang es dem König, einen dauernden Erfolg zu erzielen. Das 1545 von der Landschaft bewilligte Bräugeld sollte an einen vom Kaiser Verordneten, „welcher ein geborner landsesse diser furstenthomber ritterstandes sein solle“, und von diesem an die

<sup>1)</sup> Vgl. die Landesordnung von 1543 (Quellen Nr. 33), die den Einnehmern die Erhebung der „königlichen der Landsteuer oder Anschlege“ erleichterte. <sup>2)</sup> Nur als ständisches Organ konnten sie z. B. 1548 unter dem Vorsitz des Hauptmanns eine gemeine Landesumlage beschließen, Rep. 39, S.-J. II 1 a, 259 b. <sup>3)</sup> Siehe Quellen Nr. 33. <sup>4)</sup> Rep. 39, S.-J. II 1 a, Bl. 105. 1543 Okt. 23 heißen sie „Gekorene“, ebda. 101 b, ebenso 1544: Bl. 111 b, 1545 „Geordnete“, ebda. 122 b. <sup>5)</sup> Ebda. Bl. 133 a, 134. <sup>6)</sup> 1543: Hans Regnsporg und Hans Logau scheinen auch Einnehmer gewesen zu sein, ebda. 105 a. 1548: Baltasar Khull, der vom Schweidnitzer Rat gefangen gesetzt wurde, ebda. 341 a u. b. 1547 hat jedes Weichbild nur einen Einnehmer, ebda. 219 a; ebenso 1557, Flü 233, 2, S. 588/93 u. 764/66. <sup>7)</sup> 1547 müssen „die einnehmer aus allen weichbildern, ietzlicher in sonderheit, mit desselbigen weichbildes ausstendigen gelde zu Bresla einkommen“, Rep. 39, S.-J. II 1 a, 218 b f. Zu unterscheiden hiervon ist die Sammlung der Landesanlagen, die 1543 an den Zahlmeister (siehe Anm. 11) und 1558 an den Landschreiber abgeliefert wurden. Flü 233, 2, S. 764/66. <sup>8)</sup> 1563 April 21, siehe Quellen Nr. 51. <sup>9)</sup> Rachfahl, S. 380. <sup>10)</sup> Rachfahl, S. 321 f. Nur der gesamtständische Muster- und Zahlmeister durfte die Gelder an den König verreichen, vgl. Rep. 39, S.-J. II 1a, 38 (1540), 40 f. <sup>11)</sup> Ebda., Bl. 103, 115 b bis 117 a.

Königliche schlesische Kammer geliefert werden<sup>1)</sup>. In der Tat blieb das Amt des Biergeldeinnehmers dauernd dem ständischen Einfluß entzogen<sup>2)</sup>. Auf einen Fürstentagsbeschluß von 1553 hin, der 1554 wiederholt wurde<sup>3)</sup>, gelang es dem Könige auch, für die Schatzung eigene Einnehmer in den Erbfürstentümern einzusetzen. Die ersten von ihm 1553 verordneten und bestellten Einnehmer dieser Art waren die kön. Räte Mathes v. Logau der Jüngere und Bonaventura Lauterbach zu Peterwitz<sup>4)</sup>. Ihre Unterorgane für die einzelnen Weichbilder sollten die Pfänder oder Landkämmerer sein<sup>5)</sup>. Die Stände aber gaben weder die alte Einrichtung der ständischen Weichbild-einnehmer auf<sup>6)</sup>, noch den Gedanken einer eigenen obersten Verwaltungsstelle, die neben den Landesanlagen auch die königlichen Steuern einnehmen sollte. Ein Beweis dafür, wie schnell sich ihr Anspruch auf die Wahl der Einnehmer wieder durchsetzte, ist das Wiederauftauchen von Namen alter ständischer Beamten unter den Einnehmern. So wird 1558 Hans Schellendorf, der frühere Zahlmeister, genannt. 1560 wurde Hans Reibnitz zu Girlachsdorf, der schon seit 1546 der Verwalter des „Vorrats gemeiner Landschaft“, d. h. des im Landeskasten aufbewahrten Vermögens der Stände war<sup>7)</sup>, zu einem der beiden Steuereinnehmer der Fürstentümer ernannt<sup>8)</sup>. Das bedeutete wiederum nichts anderes, als den Sieg des ständischen Beamten über den königlichen. 1567, am 22. Febr., berichtete denn auch die schlesische Kammer an den Hof, daß in den Erbfürstentümern Schweidnitz-Jauer und Breslau die Einnehmer „wie die vorigen jar“ von den Ständen verordnet würden. Es würde schwer sein, das Ernennungsrecht dem Kaiser bzw. der Kammer zu wahren, zumal die Stände eine kaiserliche Bewilligung vorschützten<sup>9)</sup>. Seitdem war die Steuerverwaltung unangefochten in ständischen Händen. Nunmehr ging auch das Streben der Landschaft dahin, die Vielheit der Einnehmer und Beamten zu beschränken. Der Versuch von 1573<sup>10)</sup>, den Landesältesten auch die Einnahme der kaiserlichen Steuern in ihren Weichbildern aufzubürden, mißlang zwar, und die alte Observanz blieb vorläufig bestehen<sup>11)</sup>. Die Landesältesten erhielten aber später die Pflicht, den Weichbildern die neuen Anlagen anzuzeigen<sup>12)</sup> und die beim Hauptmann gesammelte Steuersumme durch einen aus ihrer Mitte an das Generalsteuereinnehmeramt in Breslau schaffen zu lassen<sup>13)</sup>. Besondere Weichbildkassen blieben bis 1740 bestehen<sup>14)</sup>.

Die feste Begründung eines Obereinnehmeramts war schon zur Erhaltung der vielfach betonten

<sup>1)</sup> Ebda. Bl. 163, 164. <sup>2)</sup> Siehe Kap. 3, Die Organe des Landesherrn. <sup>3)</sup> Vgl. Rachfahl, S. 379, 381. Der Fürstentagsabschied von 1554 Okt. 11 zu Breslau bestimmte über die Einnehmer: „in der röm. kön. majestät erb-fürstenthumben aber werden ire röm. kön. mt. die iren voreideten enynehmer, doch das es eynes ieden fursten-thumbs landessen sein, zu vorordnen wissen, welchen von eynem ieden die particular schatzungk soll uber-antwort werden“. Rep. 39, S.-J. II 1 b, 107. <sup>4)</sup> 1553 Juli 1. Rep. 39, S.-J. II 1 b, 87 f. Fü 235, S. 972. <sup>5)</sup> Rep. 39, S.-J. III 33 k, 9 b. <sup>6)</sup> 1557 seien 8 Einnehmer gewesen, wird 1562 berichtet. Fü 235, S. 973, darunter N. Khul zu Commerau. Ebenso 1563, siehe Quellen Nr. 50, 1563 März 24. <sup>7)</sup> Vgl. Quellen Nr. 35, 1546 Jan. 27. <sup>8)</sup> Rep. 39, S.-J. III 33 k, fol. 9 a. <sup>9)</sup> Vgl. Quellen Nr. 54, siehe auch Kries, S. 24. Die Fürstentagsbeschlüsse von 1556 und vom 6. Januar 1562 hatten dem Kaiser zuerst die Bestallung, dann jeden Einfluß auf die Ernennung der Einnehmer genommen, Rachfahl, S. 380 f. <sup>10)</sup> Siehe Quellen Nr. 57, 1573 Juni 17. <sup>11)</sup> Siehe Quellen Nr. 58, 1573 Aug. 31. Besondere Einnehmer wurden gegen eine Jahresentschädigung von 25 Thalern gewählt, vgl. die Instruktion Friedrichs v. Seydlitz 1575. Quellen Nr. 60. <sup>12)</sup> So 1578. Rep. 39, S.-J. II 1 c, 95 b f. <sup>13)</sup> Siehe Quellen Nr. 58, 1573 Aug. 31. <sup>14)</sup> 1640 bitten die Stände selbst, es möchten nach dem kaiserlichen Befehl von 1637 alle Partikularkassen der Weichbilder aufgehoben werden, damit nur eine Generalkasse bestehen bleibe. Zur Zeit sei statt dieses ein Fürstentumseinnehmers in jedem Weichbild ein vom Hauptmann verordneter Kommissar, der Geldanlagen ausschreibe, ohne jemals dem Lande Rechnung zu legen; Fü 238, 1, S. 90, S. 1559.



Notwendigkeit unparteiischer Erhebung notwendig<sup>1)</sup>. Noch 1581 versuchte man, die Erhebung der königlichen und der Landesanlagen in der Weise zu trennen, daß für die königlichen Steuern nur von jedem Fürstentum ein Einnehmer, für die Landesanlagen aber von jedem Weichbild ein Einnehmer bestimmt wurde<sup>2)</sup>. Aber es scheint vor 1575 schon eine einzelne Persönlichkeit, Christof von Seydlitz zu Kauffung, „unser einnehmer“, die gesamte Steuereinnahme geleitet zu haben<sup>3)</sup>. Erhalten ist uns seine vom 20. März 1583 datierte förmliche Bestallung zum Obereinnehmer beider Fürstentümer auf ein Jahr. Seine Instruktion<sup>4)</sup> ging dahin, 1. alle vorhandenen Steuerreste und zwar mit Hilfe des Landeshauptmanns, der Ältesten und anderer vornehmer Landsassen einzutreiben; 2. neue Steuern persönlich in den Weichbildern während eines ein- bis zweitägigen Aufenthalts in Empfang zu nehmen; 3. die kaiserlichen Steuern persönlich nach Breslau zu bringen; 4. in gleicher Weise die Landesanlagen einzunehmen. Seine Besoldung wurde auf jährlich 300 Tlr. und 1½ Tlr. Diäten festgesetzt.

Die für einzelne leitende Beamte stets notwendige Unterstützung durch Unterbeamte, die Pfänder oder Landeskämmerer, die zugleich die Gebotsbriefe umhertrugen<sup>5)</sup>, erwies sich zwar als bedenklich. 1586 wurde die Erhebung durch die Pfänder verboten, weil der zu Striegau das eingebrachte Geld unterschlagen habe<sup>6)</sup>. Doch bewährte sich die 1606 wieder eingeführte Bestellung von zwei Einnehmern, wie es scheint, auch nicht, denn seit 1608 bis 1740 ist nur noch ein Ober- oder Generalsteuereinnehmer der Fürstentümer nachzuweisen.

In den Stürmen des dreißigjährigen Krieges versuchte der Hauptmann vergebens, Verwalter der Steuerkasse selbst zu ernennen<sup>7)</sup>. Doch blieb der ständische Charakter des Amts unangetastet, wenn auch der Einnehmer in dieser Zeit wegen allzu großer Belastung und Behinderung immer wieder seinen Abschied erbat<sup>8)</sup>. Die Unterstützung des Obersteuereinnehmers durch Unterorgane<sup>9)</sup> wurde im Jahre 1681 so geregelt, daß er zwei Kassahalter erhielt und neben seinem Gehalt von 500 Tlr. noch einen Zuschuß von 60 Tlr. zur Besoldung eines Schreibers<sup>10)</sup>. Seine Aufgabe war, die dem Fürstentum vom *Conventus publicus* zugeschriebene Summe auf die einzelnen Stände auszuteilen und die Berechnung durch die Pfänder und Landdragoner im Lande bekannt machen zu lassen<sup>11)</sup>. Nach Erhebung<sup>12)</sup> der Summen wurden sie an das Breslauer Generalsteueramt abgeliefert.

Die Steuererhebung in den Städten war durchaus selbständig. Sie hatten niemals mit dem Lande eine gemeinsame Kasse, sondern jede ein besonderes Steueramt, wie sie ja auch beim

<sup>1)</sup> Siehe Quellen Nr. 60, 1575, wo schon ein Obereinnehmer erwähnt wird. <sup>2)</sup> Auf dem gemeinen Gebot vom 10. April 1581, Rep. 39, S.-J. II 1 c, 2. Teil, 32 b f. <sup>3)</sup> Vgl. ebda. S. 45 b; die Generalrechnungs-Abnahme über seine Tätigkeit von 1581—1583 siehe ebda. S. 61 b f., sowie Rep. 39, S.-J. II 7 i, 33 b. Er scheint ursprünglich Einnehmer des Hirschberger Weichbilds gewesen zu sein, denn er legte auch für dieses Rechnung, ebda. <sup>4)</sup> Siehe Quellen Nr. 64, 1583 März 20. <sup>5)</sup> Vgl. über sie vorstehend: Landtag, S. 86. <sup>6)</sup> Fü 236, 2, S. 297. 1628 ist aber Hans Uleke, Landkämmerer zu Schweidnitz, 50 Jahre in des Landes Diensten, Fü 236, 9, S. 774. <sup>7)</sup> 1632 wehren sich die Stände dagegen, Fü 236, 10, S. 642, 651. <sup>8)</sup> Fü 236, 8, S. 788, 1166. Fü 236, 10, S. 637. <sup>9)</sup> 1621 wurde David Waitz, bisher in Diensten des Liegnitzer Marschalls Christoph Zedlitz zu einer Art Untereinnehmer bestellt, Fü 236, 8, S. 642. Als Kassahalter Dyhrns war Peter Wolfigeil tätig; Stadtarch. Breslau, Ortsakten von Schw.-Jauer, Abschrift des Schreibens von 1644 Sept. 20 und Fü 238, 1, S. 1483; Fü 238, 3, S. 717, 844. <sup>10)</sup> Siehe Quellen Nr. 124, 1681 Dez. 20. <sup>11)</sup> So Böhme, Nachricht S. 76. Hintze, Acta borussica VI, 1, S. 545 f. <sup>12)</sup> Während der Zeit des dreißigjährigen Krieges unterließ der Einnehmer es der Gefahren halber, von Weichbild zu Weichbild zur Einnahme zu reisen. Fü 238, 5, S. 1131 f.

Breslauer Generalsteueramt besondere Konten hatten<sup>1)</sup>. Die Selbständigkeit der Erhebung durch den Rat ist schon seit 1306<sup>2)</sup> für Guhrau nachzuweisen. 1328 heißt es in der Handfeste der Stadt Schweidnitz: „Die ratherren haben die gewalt, daz sye setzen lute, dye daz schoz samenen, des herzcogen und der stat“<sup>3)</sup>. Aus dem Ende des 14. Jahrhunderts finden sich für Löwenberg eine Reihe von Nachrichten über die Schoßerhebung durch den Rat<sup>4)</sup>. 1528 erhielten die Städte den Befehl, Geschworene zur Erhebung der zu Grottkau beschlossenen Pönsumme von aller Kaufware zu verordnen<sup>5)</sup>. 1553 wurden auch die Städte dazu angehalten, ihre Schatzzettel und Steuern an die königlichen Einnnehmer abzuliefern<sup>6)</sup>, ebenso 1557<sup>7)</sup>, und wenn sie auch zeitweise<sup>8)</sup> noch direkt an das Breslauer Generalsteueramt abgaben, so wurde doch die Einstellung an die Obersteuereinnnehmer des Landes zur Regel<sup>9)</sup>. Die Kassen aber blieben getrennt. Der seit 1546<sup>10)</sup> erwähnte Landeskasten enthielt die Überschüsse aus den Landesanlagen der Landschaft, jede Stadt hatte ihre eigene Kasse. Der 1631 von den Fürsten und Ständen Schlesiens gemachte Versuch, eine „Konfusion“ der Kassen von Land und Städten zu vermitteln, wurde sowohl vom Hauptmann, als auch von den Landesältesten und den Städten abgelehnt<sup>11)</sup>.

Die Rechnungskontrolle über die Steuerverwaltung wurde vom Hauptmann, den Landesältesten und einem aus Vertretern aller Weichbilder zusammengesetzten Ausschuß ausgeübt<sup>12)</sup>. Die Rechnungs-

<sup>1)</sup> So die Auskunft der Stände vom 23. Nov. 1647, Fü 238, 5, S. 1133. <sup>2)</sup> 1306 Febr. 7, Reg. 2879; also war dasselbe gewiß auch bei Glogau der Fall. <sup>3)</sup> Tzschoppe und Stenzel, S. 521; siehe auch Reg. 4901 a (Nachtrag); Stenzel, Gesch. Schles., S. 248; Kries a. a. O., S. 48\*. <sup>4)</sup> Vgl. vorher S. 132, Anm. 6 u. 7. <sup>5)</sup> Siehe Quellen Nr. 29, 1528 Sept. 29. <sup>6)</sup> Rep. 39, S.-J. II 1 b, 87 a u. b. <sup>7)</sup> 1557 Sept. 7, K. u. K. Gemeins. Finanzarchiv Wien J 1/8, S. 27—31. <sup>8)</sup> So 1555, Rachfahl S. 379, Anm. 3. <sup>9)</sup> Vgl. Böhme, Nachricht S. 41. Innerhalb der Städte fanden mancherlei Reformen der Steuererhebung statt. So heißt es in dem Rezeß zwischen Rat und Bürgerschaft zu Schweidnitz vom 6. April 1652 über das städtische Rentamt: Ohne Amtsdekret darf der Magistrat keine Collecten oder Steuern auflagen und die über neue Anlagen ergangenen „Fürstentagschlüsse, Extracta, Landsconclusa, wie auch Königl. Amtsdecreta sollen den Rentamtsbedienten zu ihrem Belag eingehändig, die Originalia aber nach beschiederer Ablesung bey den Stadt-archivis verwahrlich aufbehalten werden“, Rep. 135, Jan. Msc. III 294; ebda. Fol. XXV, S. 396 f. heißt es in einem undatierten Vorschlag zur Errichtung eines neuen Schweidnitzer Steuerregisters, daß „aus dreyen von der Bürgerschaft vorgeschlagenen Personen einer zum Steuereinnnehmer in beyseyn der Schöppen und Geschwornen zu erkiesen“ sei. <sup>10)</sup> Siehe Quellen Nr. 35, 1546. Seit 1681 hatte jedes Fürstentum auch eigene Kassenverwaltung [vgl. vorher S. 135 u. Quellen Nr. 128, 1686 Sept. 24], wie denn im 18. Jahrhundert regelmäßig die beiden Kassahalter der Fürstentümer erwähnt werden; vgl. z. B. Rep. 39, S.-J. II 3 h, 1702 Nov. 8. <sup>11)</sup> Fü 236, 10, S. 154, 162, 173; siehe auch Rep. 39, S.-J. II 1 i, 48. <sup>12)</sup> Hauptmann und Älteste, siehe Quellen Nr. 58, 1573 Aug. 31; ebenso Rep. 39, S.-J. II 1 c, 1. Zählung, S. 21. Die Ältesten stehen in Steuerfragen über den Einnhemern, siehe Quellen Nr. 51, 1563 April 21. Der Ausschuß wurde zeitweise von Amt und Ältesten ernannt. 1565 besteht er aus folgenden Personen: im Namen der Geistlichkeit Joachim Schliebitz v. Klein-Wandris; für das Fürstentum Schweidnitz: Stenzel v. Zedlitz auf Wilkau, Hofrichter von Schweidnitz und Franz von der Heide zu Seifersdorf; für das Fürstentum Jauer: Wenzel v. Zedlitz zu Neukirch, Hans v. Zedlitz zu Conradswaldau, sodann der Landschreiber Ernst Kreckwitz zu Dittersdorf und der Amtsverweser Niclas von Waldau, Fü 235, S. 1000. 1573 kooptieren die Ältesten 2 Landsassen aus jedem Fürstentum, Rep. 39, S.-J. II 1 c, 1. Zählung, 21. Seit 1576 werden die Deputierten auf den Weichbildstagen gewählt, z. B. 1576 vom Schweidnitzer Weichbild Cristof v. Zettritz auf Neuhaus, Hans v. Gelhorn zu Kuntzendorf und Friedrich v. Seidlitz zu Ludwigsdorf, ebda. S. 46 b f. 1583 umfaßt der Ausschuß: Cristof Gotsch vom Kinast auf Langenau und Kemnitz, Kanzler; aus dem Schweidnitzer Weichbild: Cristof v. Zettritz und Neuhaus zu Waldenberg, Hans v. Gelhorn zu Kuntzendorf; a. d. Jaur. Weichbild: Job von Rotkirch zu Praußnitz, Joachim von Peterswalde zu Klonitz, Anthon von Bebran zu Profen; a. d. Striegauischen: Hans v. Saltza zu Gotschdorf, George von Ecke zu Damreitsch; a. d. Löwenberger: Brandan v. Zedlitz auf Hartmannsdorf, Melchior v. Lest zum Hundorf und Braunau, Nicol v. Saltza zu Kuntzendorf; a. d. Bunzlauischen: Conrad v. Raussendorf zu Tyldorf,



legung der Obersteuereinnnehmer sollte halbjährlich oder mindestens jährlich erfolgen<sup>1)</sup>, verzögerte sich aber häufig um viele Jahre<sup>2)</sup>. Der Landtag bestätigte die Entlastung<sup>3)</sup>. Ebenso erfolgte die Rechnungslegung der Weichbild-Einnnehmer regelmäßig in den Weichbilds-Versammlungen<sup>4)</sup>. Außerdem kamen die Weichbild-Einnnehmer von Zeit zu Zeit zum Ausgleich ihrer Rechnungen zusammen<sup>5)</sup>. Der Verrechnung machten die vielen Steuerrückstände die größten Schwierigkeiten<sup>6)</sup>. Die Einnnehmer waren für ihre Einbringung persönlich verantwortlich<sup>7)</sup>. Die Stände suchten daher durch Ansetzung besonderer Einnahmestage für die Reste, durch verschärfte Beitreibung und Exekutionsgesetzgebung ihren Verbindlichkeiten nachzukommen<sup>8)</sup>. Auf die wirtschaftlichen Verhältnisse wurde bei der Eintreibung Rücksicht genommen<sup>9)</sup>, wobei allerdings auch eine gefährliche Parteilichkeit zutage trat<sup>10)</sup>.

Das Streben der Regierung war seit dem dreißigjährigen Kriege dahin gerichtet, die Direktion der Landessteuerkasse, wie der Landeskasten später hieß, nur dem Offiziererkolleg vorzubehalten<sup>11)</sup>. Des letzteren Politik bekämpfte deshalb vor allem die Steuerdeputierten der Weichbilder. 1686 behauptete das Kolleg, erst im Jahre 1681 seien zum ersten Male acht Steuerdeputierte zur Rechnungsabnahme zugelassen worden. Es sei dies nur wegen des Murrens der Stände über Parteilichkeit und „aus pur lautter gütigkeit des königlichen amptes“ geschehen<sup>12)</sup>. Die Unterdrückung der Ausschüsse war allerdings auf die Dauer unmöglich, da die Steuer-Rechnungsabnahme durch Deputierte der gesamtschlesischen Observanz entsprach. Bei den Breslauer General-Steuererräutungs-Abnahmen waren auch die Erbfürstentümer durch ihre Obersteuereinnnehmer und Deputierten vertreten, ein Recht, das ebenso auch die Weichbildstädte beanspruchten. Die Zahl der Deputierten war z. B. von 18 Personen im Jahre 1640 allmählich auf 41 Personen gestiegen, abgesehen von den 8 Obersteuereinnnehmern, die die Fürstentümer Breslau, Münsterberg, Schweidnitz-Jauer, Glogau, Oppeln-Ratibor, Liegnitz, Teschen und das Bistum Breslau vertraten<sup>13)</sup>.

Friedr. v. Zedlitz zu Mertzdorf, Sigmund v. Warnsdorf zu Gußmansdorf; a. d. Bolkenhain- und Landshutischen: Georg v. Schweintz zum Kauder und Krain, Davit v. Schindel zu Polcke, Hans Schweinichen aufm Schweinhouse und a. d. Reichenbachischen Weichbilde: Fridr. v. Bock zu Guttmandorf und Habendorf, Hofrichter zu Reichenbach (durchstrichen: a. d. Hirschberg'sch. Cristof v. Seidlitz zu Kauffung], ebda. 2. Zählung, S. 61 b f., siehe auch S. 175 b f.

<sup>1)</sup> Siehe Quellen Nr. 58, 1573 Aug. 31, meist zu Schweidnitz oder Jauer, auch öfter in einem Jahre wegen der Reste. Rep. 39, S.-J. II 1 a, 217 b, 218 b (1547). <sup>2)</sup> 1573 wurde Rechnung für die Zeit von 1566—1573 gelegt, ebda. II 1 c, 1. Zählg. 21. Im dreißigjährigen Krieg fand viele Jahre lang keine Abrechnung statt. <sup>3)</sup> 1573, Rep. 39, S.-J. II 1 c, 1. Zählg. 21. <sup>4)</sup> So 1557, Fü 233, 2, S. 588 f., 764 f. <sup>5)</sup> 1543: Rep. 39, S.-J. II 1 a, 105, 1545: ebda. 122 b, 1563 siehe Quellen Nr. 51, 1563 April 21 und Fü 235, S. 537. <sup>6)</sup> Vgl. über die Höhe der aufgelaufenen Reste, S. 139. <sup>7)</sup> Unter Strafe der Bestrickung, d. h. der Schuldhaft, Rep. 39, S.-J. III 33 k, 7 b. <sup>8)</sup> Besondere Einnahmestage, ebda. II 1 c, 2. Zählg., 29 b f. Verschärfung der Erhebung, 1573 Aug. 31, Quellen Nr. 58. 1607 Dez. 6: Landstände und Städte beschließen eine neue Steuerexekutionsordnung, Rep. 39, S.-J. II 1 f., 146 b f., 195 b, 226. 1545 bevollmächtigen Älteste und Ausschüsse den Kanzler Hans Schafgotsch, bei dem Fuggerschen Faktor in Wien 1000 Taler zur Bezahlung des ausstehenden Schatzungsrestes aufzunehmen, ebda. II 1 a, f. 126 b ff., 128 b f. Siehe auch ebda. S. 198 (Bitte um Steuererlaß 1546) und S. 217 (Rückstände 1547). 1573 trug der Hauptmann das Defizit, ebda. II 1 c, 1. Zählg. 21: vgl. auch die Schuldverschreibungen von Kanzler und Ältesten im Interesse des Landes, 1621 Juli 9, Fü 236, 8, S. 645 f. <sup>9)</sup> Siehe Quellen Nr. 58, 1573 Aug. 31. <sup>10)</sup> Viele Beispiele. 1686 heißt es, Güter, Vorwerke, Steuerreste seien verschenkt worden, Rep. 39, S.-J. II 12 i, vol. III 36 b f. <sup>11)</sup> Ebda. vol. I 103 b f., 114 b f. Siehe Quellen Nr. 128, 1686 Sept. 24. <sup>12)</sup> Rep. 39, S.-J. II 12 i, vol. III 36 f., 54 b f. <sup>13)</sup> Rep. 39, S.-J. VI 1 c; siehe auch Hintze, Acta borussica VI, 1, S. 530.

Jahr	Ritterschaft	Städte insgesamt	Städte: Schweid- nitz	Janer	Striegan	Löwen- berg	Bunzlau	Hirsch- berg	Reichen- bach	Bolken- hain	Schönan	Lähn	Landes- hut
1527	fl. 894 000 a)	fl., Gr. 498 692 1/2 b)											
1532	1 611 354 c)												
1533 e)													
1577/79 f)	1 016 734,14												
1603	1 066 092 f)												
1612 h)	1 021 234,14												
1649 b)	desgl.												
1671 i)	desgl.												
nach													
1674 k)	893 597,21												
1717 l)	1 066 405,7												
1719 j)	desgl.												

a) Fu 233, 2, S. 233; Kries, Beilage E, 800 430 fl. 21 Weiger: um 1540: 894 031 fl., Rep. 39, S. 2. II 1 a, 52. b) ebd. II 1 a, 53 und Kries, Beilage E. c) Rep. 13, AA VI 9 c. d) ebd. Die Schätzung fiel im 16. Jahrhundert zeitweise auf 152 351 bzw. 100 000 Tlr.: c) Rep. 39, S. J. II 1 b, f. 90. e) Rep. 13, AA VI 9 a. f) Rep. 49, S. J. II 1 e. g) Rep. 13, AA VI 9 a u. b. h) Rep. 13, AA VI 9 a u. b. In die Zwischenzeit aber fielen die ungeliebten Leiden der Fürstentümer durch den dreißigjährigen Krieg. 1637 revidierte die Landschaft ihre Induktion von 1021 524 Tlr. (Fu 233, 3, S. 214) und reduzierte sie auf 150 000 Tlr., 1644 auf 48 000 Tlr. (Fu 233, 4, S. 310 und Fu 233, 5, S. 66, S. 1187; Fu 233, 6, S. 171, 1645 nur auf 40 000 Tlr. (Fu 238, 5, S. 1187 und Fu 238, 6, S. 63; S. 1190 f.; S. 1218). Nach den Selbstschätzungen von 1641 und 1644 wurden die Weichbilder folgendermaßen geschätzt:

Schweidnitz	19 283 Tlr., dann 20 682 1/2 Tlr.
Striegan	5 994 " 6 087 "
Bolkenhain-Landeshut	18 688 " 18 672 1/2 "
Reichenbach	4 554 " 4 554 "
Janer	13 181 " 13 181 "
Löwenberg	39 889 " 39 889 "
Bunzlau	18 994 " 18 994 "
Hirschberg	27 696 " 27 700 "
	148 289 Tlr.

Fu 233, 2, S. 234 f.; Fu 238, 3, S. 183 f. Vgl. über die Verwüstung des Landes Fu 238, 2, S. 75, 115, die von den Ständen angestellte Kapitulation (Kopffeld) Fu 238, 2, S. 77—84, siehe über die Nutzungen des Fürstentums Schweidnitz im Jahre 1643 Quellen Nr. 105, 1644 Sept. 27. j) Vgl. Gude, Staat, S. 429. k) Rep. 13, AA VI 9 a u. b. l) ebd. Die Schätzung unterscheidet sich von der von 1717 durch Abzug der Fund. exemit (= geistliche u. a. steuerfreie Besitzungen). In der Tabelle sind die Schätzungen außer zum Jahre 1527 nur in Tälern angegeben. 1 Taler enthielt 52 Weigroschen. Rep. 39, S. J. II 1 b, 178, 1602 betrug die Schätzung von Ritterschaft und Städten ohne Untertanen 481 087 Tlr., die der kon. Pfandschaften sowie der Commenden, Abteien und Stifter, auch ohne Untertanen, 131 992 Tlr., zusammen 613 079 Tlr.: Rep. 39, S. J. II 1 e, 2. Teil, S. 30; ebd. S. 31 f. wird die Schätzung folgender Pfandschillinge angegeben:

Fürstenstein	Schätzung 13 333 Tlr.
Kriesberg	1 600 "
Hattinggrund	" 4 600 "
Seinerwald (Inhaber Christof Schindl v. Streib)	" 258 "
Kuttern	" 300 "
Bunzlau	" 3 300 "
Bolkenhain	" 3 600 "
Vgl. über die Finanzverwaltung der Fürstentümer auch die wichtigen Landesrechnungen Rep. 39, S. J. VI 13.	



Die Steuerbelastung der Fürstentümer Schweidnitz-Jauer betrug, wie sie 1539 angaben, den 9. Teil der schlesischen Steuern als altgewohnte Quote<sup>1)</sup>. Jedoch schwankte die Schätzung, wie die Tabelle auf S. 138 zeigt, mehrfach. Die nachstehende Tabelle gibt einige Rechnungslegungen aus dem 16. Jahrhundert im Auszug wieder.

Jahr	Einnahmen		Ausgaben		Überschüsse	Reste
	Kais. Steuern	Landesanlagen	Kais. Steuern	Landesanlagen		
1566—1573 a)	34517 Tlr. 11 Gr.		57679 Tlr. 1 Gr.			
1581—1583 b)	18752 Tlr.		17208 Tlr.		1543 Tlr.	
1585 c)	15649 Tlr.		15564 Tlr.			
1587 d)						11273 Tlr.
1592 e)	14831 Tlr. Steuern und 12408 Tlr. Kais.Schulden- hilfe	7228 Tlr.	15337 Tlr. Kais. Steuern und 12232 Tlr. Kais.Schulden- hilfe	4159 Tlr.	3070 Tlr.	Kais. Steuer 11573 Tlr. Schuldenhilfe 4344 Tlr. Landesanlagen 6368 Tlr.
						= 25345 Tlr.
1628 f)	463975 Tlr.		449616 Tlr.			103702 Tlr. und 1473 Tlr.

a) Rechnungslegung vom 7. Okt. 1573. Rep. 39, S.-J. II 1 c, 1. Zählg., 21. b) Generalhaltung des Obersteuereintnehmers vom 18. März 1583, ebda., 2. Zählg., S. 61 b f. c) Fü 236, 2, S. 49. d) Ebda., S. 469. e) Fü 236, 4, S. 652, siehe auch S. 1004. f) Fü 236, 9, S. 866 für die Zeit vom 24. August 1626 bis zum 24. Febr. 1628. Seit 1621 hatte die Zeit der Schinderei der Fürstentümer im Kriege begonnen; vgl. auch die von J. Krebs zusammengestellten Summen, Acta publica 1626/27, S. 330 und derselbe, die Drangsale der Stadt Schweidnitz im dreißigjährigen Kriege und speziell im Jahre 1627, Zeitschr. 14, S. 1 ff.

### Liste der bisher festgestellten Obersteuereintnehmer.

1. 1543 Hans Schellendorf, Zahlmeister<sup>2)</sup>.
2. 1546 Hans Reibnitz zu Girlachsdorf<sup>3)</sup>.
3. 1553 die kön. Räte Mathes von Logau der Jüngere und Bonaventura Lauterbach zu Peterwitz<sup>4)</sup>.
4. 1558 Hans und Chrysostomus Schellendorf<sup>5)</sup>.
5. 1559 Melchior Seydlitz zu Burkersdorf, Schweidnitzer Hofrichter, Eintnehmer des Fürstentums Schweidnitz<sup>6)</sup>.
6. 1560 für Schweidnitz: Hans Reibnitz zu Girlachsdorf, für Jauer: Chrysostomus Schellendorf<sup>6)</sup>.
7. 1562 für Schweidnitz Hans Reibnitz, für Jauer Ernst v. Kreckwitz, Strauwaldd genannt, zu Merzdorf<sup>7)</sup>.
8. Vor (?) 1578<sup>8)</sup> Christoph von Seydlitz zu Kauffung, nachweisbar bis 1601<sup>9)</sup>.

<sup>1)</sup> Rep. 39, S.-J. II 1 a, 32 und Rep. 13, AA III 11 g, Bl. 2 b. <sup>2)</sup> Siehe S. 133. <sup>3)</sup> Siehe S. 134. <sup>4)</sup> Siehe S. 134. <sup>5)</sup> Fü 235, S. 974. <sup>6)</sup> Rep. 39, S.-J. III 33 k, Bl. 9 a. <sup>7)</sup> Fü 235, S. 257. <sup>8)</sup> Rep. 39, S.-J. II 7 i, S. 33 b. Siehe Anstellung 1583 März 20, Quellen Nr. 64. <sup>9)</sup> Rep. 39, S.-J. II 7 i, S. 35.

9. 1601<sup>4)</sup> Wolf Dietrich v. Rohnau; resigniert 1606<sup>5)</sup>); für Janer: Friedrich v. Nimptsch auf Falkenhain und Schwarzbach<sup>6)</sup>; Rohr resigniert 1607<sup>3)</sup>);
11. 1608 für Schweidnitz: Wenzel v. Forchtenau<sup>4)</sup>);
12. 1608 alleiniger Obersteuereinnnehmer wird Friedrich v. Nimptsch<sup>5)</sup>), der bisherige Einnnehmer für Janer; ist nachweisbar bis 1619<sup>6)</sup>).
13. 1619<sup>7)</sup> bzw. 1620 Sept. 22<sup>8)</sup> Hans v. Nimptsch auf Falkenhain und Riegel; bis 1633 nachweisbar<sup>9)</sup>).
14. 1634 Georg Friedrich v. Knobelsdorf<sup>10)</sup>).
15. 1635 Friedrich v. Zedlitz<sup>11)</sup>).
16. 1637 Juli 16<sup>12)</sup> Hans von Dyhrn auf Kreppelhof bis zu seinem Tode 1639.
17. 1639 Nov. 3<sup>13)</sup> Ernst von Nimptsch auf Schwarzbach, Alten-Schönau und Klein-Wandris, noch 1655 nachweisbar<sup>14)</sup>).
18. 1656—1658? Lorenz von Zedlitz<sup>14)</sup>).
19. [1659?] 1667<sup>15)</sup> Heinrich von Poser, stirbt vor 1680 Okt. 23<sup>16)</sup>).
20. 1681 (Dez. 2)<sup>17)</sup> Friedrich von Zedlitz auf Kammerswaldau, Kreysau, Wierisch und Graebel, später auf Penkendorf, sagt 1699 sein Amt auf<sup>18)</sup>).
21. 1700 Abraham Freiherr v. Czetrizitz und Neuhaus auf Schwarzwaldau, Konradswaldau, Gablan, Vogelgesang und Kântchen<sup>19)</sup>; noch 1734 im Amt<sup>20)</sup>).
22. 1735 März 28<sup>21)</sup> Georg Ludwig Freiherr v. Glaubitz auf Stoschendorf, kais. Oberstleutnant.
23. 1737 Okt. Karl Gottlieb Freiherr v. Nostitz auf Laasan, Peterwitz, Saarau, Plasswitz, Zuckelnick, Metschkau und Johnsdorf, noch 1740<sup>22)</sup> im Amt.

### Die Verwaltung des Heerwesens.

Zum Kriegsdienst war ursprünglich jeder weaffenfähige Bewohner des Landes verpflichtet<sup>23)</sup>. Der Verpflichtung zur Teilnahme an Angriffskriegen des Landesherrn wußten sich die Stände durch allgemeine Privilegien zu entziehen<sup>24)</sup>. Die Verpflichtung zur Landwehr, zur Verteidigung

<sup>1)</sup> Rep. 39, S.-J. II 7 i, S. 35. <sup>2)</sup> Auf Bartholomaei; erhält 100 Dukaten verehrt, ebda. II 1 f, 13. <sup>3)</sup> Ebda. f. 74 b, 129, 268 f., nachdem er zum Ältesten erwähnt worden war; er legt aber noch 1608 Rechnung, ebda. II 7 i, 36. <sup>4)</sup> Ebda. II 1 f, 231 b. <sup>5)</sup> Ebda. 13 b, 268 f. Fü 236, 7, S. 220, 249, 952 f. 1179. <sup>6)</sup> Ebda. II 7 i, 36 b, 1620 März 9 als tot bezeichnet, Fü 236, 8, S. 366. <sup>7)</sup> Ebda. II 7 i, 36 b. <sup>8)</sup> Fü 236, 8, S. 463. <sup>9)</sup> Ebda. II 7 i, 37 b. <sup>10)</sup> Ebda. II 7 i, 37 b, vielleicht nur Unterbeamter, 1634/37. <sup>11)</sup> Ebda. 37 b, 1635/38, nur Stellvertreter? <sup>12)</sup> Fü 238, 1, S. 354, 399 f. (Gehalt 500 Thlr.) <sup>13)</sup> Fü 238, 1, S. 1169, 1173; Fü 238, 6, S. 914 f. (1649). <sup>14)</sup> S.-J. II 7 i, 38 a. <sup>15)</sup> Rep. 39, S.-J. II 1 p, 1 ff. <sup>16)</sup> Ebda. II 5 e, 608 f. <sup>17)</sup> Siehe Quellen Nr. 124, 1681 Dez. 20. <sup>18)</sup> Rep. 135, Jau Msc. 29, S. 902 f. <sup>19)</sup> Familiengeschichte v. Czetrizitz, S. 437 und Rep. 39, S.-J. II 3 h, 1699 Nov. 9. <sup>20)</sup> Er wird noch in der Landesrechnung von 1734 genannt, Rep. 39, S.-J. VI 15 ggg, S. 107. Die Rechnung von 1733 wird am 5. Juli 1734 von Carl Siegmund v. Zedlitz auf Kapsdorf als dem Mandatar der v. Czetrizitzschen Erben vollzogen, ebda. VI 15 fff. <sup>21)</sup> Rep. 39, S.-J. VIII 1 hh, 1. Blatt und II 3 x, Proposition vom 17. Aug. 1735. 1736 Aug. 30 ist er schon tot. Ebda. VI 15 hhh. <sup>22)</sup> Ebda. II 15 a, VI 15 kkk und Quellen Nr. 137. <sup>23)</sup> Vgl. Stenzel, Gesch. Schles., S. 158 f., 276 ff. Tzschoppe und Stenzel a. a. O., S. 26 f. <sup>24)</sup> Stenzel, Gesch. Schles., S. 277 f. Tzschoppe und Stenzel, S. 165; für Schweidnitz-Jauer vgl. das Privileg der Königin Anna vom 3. Juli 1353 (Stenzel, Gesch. Schles., S. 274 f.) und vorher S. 21. Vgl. auch König Sigmunds



des Landes blieb bestehen<sup>1)</sup>. Für den Offensivkrieg standen dem Landesherrn vor allem die Ritterdienste zur Verfügung, die Adel und freie Lehnleute ihrer Lehen halber zu leisten hatten<sup>2)</sup>. Daß die Lehendienstpflicht für das Fürstentum Schweidnitz von Herzog Bolko I. in einer für andere schlesische Fürstentümer vorbildlichen Weise geregelt worden ist, ist nicht unwahrscheinlich<sup>3)</sup>. Doch führte schon im 14. Jahrhundert die vom Landesherrn selbst beförderte Ablösung der Ritterdienste durch Zinszahlung den Verfall dieser Organisation herbei<sup>4)</sup>. Die Selbständigkeit der Fürstentümer im 15. Jahrhundert war nicht dazu angetan, die Erinnerung an die grundsätzliche Verpflichtung der ritterlichen Lehnbesitzer zum Kriegsdienst lebendig zu erhalten. Vielmehr benutzten die Ritter in ihrem Streben nach wirtschaftlicher Konsolidation diese Zeiten der Freiheit dazu, sich eine große Anzahl von freien Lehnleuten zinshaft zu machen, die ursprünglich statt der Zinsen für den Grundherrn Lehdienste für den König zu leisten hatten<sup>5)</sup>.

Mit dem Regierungsantritt Ferdinands I. und besonders nach der praktischen Erprobung der Ritterdienste im Schmalkaldischen Kriege setzten die landesherrlichen Nachforschungen nach den verlorenen Diensten ein<sup>6)</sup>. Als die Ritterschaft mit ganzen 55 Pferden 1548 zur Musterung er-

Dank an die Städte vom 21. Juli 1421 für ihre freiwilligen Dienste gegen die Hussiten über die Landesgrenzen hinaus, Script. VI, S. 3, S. Rep. 135, Jan. Msc. 14, S. 729. Grünhagen, Gesch. Schles. I, S. 240.

<sup>1)</sup> Tzschoppe und Stenzel, S. 29 u. 165. Stenzel, Gesch. Schles., S. 159 f. <sup>2)</sup> Stenzel a. a. O., S. 160, 260 f. <sup>3)</sup> Stenzel ebda., S. 277, vgl. Reg. 3171 [1310 Dez. 13]. <sup>4)</sup> Stenzel ebda., S. 278. Über die Verwandlung der Lehendienste in Erbzinsen und deren Verreichung an Grundherren siehe Tzschoppe und Stenzel, S. 153, Reg. Nr. 4580 [1326], Nr. 4958 [1330], Nr. 4974 [1330 Nov. 1] u. ö. 1325 Nov. 4 wird den Rittern und Lehnleuten der Grafschaft Glatz von König Johann von Böhmen die Stellung von nur 30 statt der pflichtmäßigen Zahl von 40 Ritterpferden genehmigt. [Reg. Nr. 4480]. <sup>5)</sup> Siehe vorhergehende Anm. In einem 1528 zwischen dem Doktor Rupprich und seinen königlichen Lehnleuten zu Hartmannsdorf ausgebrochenen Streit berichteten die Städte: „szo hat es dysse gestalt, das yn den furstentumern Schweydenicz und Jauer frey lehen leute, wy wir warlich underricht, etwan beyn eur. kön. mt. vorfarenden konigen bis yn dy fyr czeihen hundert, dy alle kön. mt. mit yrenn pferde dinsten vorpflicht und verbunden gewest, auch frey an chron zu Behemen, wy andere stende von landt und stetten nach besagen keysser Karls privilegien kommen seindt; welcher lehenleute vil beyn e. kön. mt. vorfarenden konigen ausgebeten, ader wy sy dy sunst zu sich bracht, widder alle aldt herkomer privilegien, und dy inen anstand e. kön. mt. dinsten zinshafftig gemacht“. Finanzarchiv Wien, S. VI/7, S. 159–163. Ebenso heißt es in der Handschrift Fü 233, 2, S. 69, viele Freie, Schulzen und Kretschmer sowie andere Leute seien fürstliche Lehnleute gewesen, aber die Ritterschaft habe sie an sich gebracht und dem König die Lehdienste dadurch entzogen. Aus 1500 seien 55 Pferde geworden, obgleich doch die Güter „verbessert“ worden seien. Dabei zitierten die Städte das Privileg Karls IV. von 1356 [s. vorher S. 20], das grade die Vergabung eines Untertanen an einen andern verbot. Vgl. dazu auch J. Loserth, Ständische Beziehungen zwischen Böhmen und Innerösterreich unter Ferdinand I., Mitt. d. V. f. Gesch. d. Deutschen i. Böhmen, Bd. 50 (1911), S. 10 und die dortige Literatur. <sup>6)</sup> 1548 ließ Ferdinand durch die kgl. Kommissare Wilhelm Mochek und Dr. Ludwig Schradin feststellen, „was ein jeder von seinem ritter- und lehengut von alters her zu dienen schuldig“ sei. Rep. 39, S.-J. II 1 a, 226 a, 244 f., 247 a, 295. Die Kommissare verlangten die Vorlegung der „alten Register und Anlagen“ (226 a) sowie der Lehenbriefe, um die angebliche Dienstfreiheit so vieler Ritter zu prüfen (226 a, 227 a). Der König wolle nur wissen, wessen er sich, „zur zeit der not in disen furstenthombern von den lehenguttern der ritterdienste zu versehen hetten“ (228 a). Die Ritter blieben auf dem Landtag im Jan. 1548 dabei, daß „nach austellung der lande vor alters und von der zeit her, do wir von unserm freien fursten an die cron komen, dise furstenthomber in anlogen und hulfen vor funf und funffzig pferde gelegen“ (Bl. 227 a). „Zur Verteidigung der Grenzen seien sie jederzeit bereit und ja auch verpflichtet (Bl. 227 a, 237 a, 244 f.). Sie wollten aber bei ihren Privilegien bleiben, „die sie durch ire ritterliche thatten und mit bluet vorgiessen beyn eu. röm. k. mtt. vorfaren ritterlichen erlanget“ (Bl. 250 b). Eine neue Verteilung der Ritterdienste auf Grund einer neuen Schätzung verletze die Dienstfreiheit vieler Güter (Bl. 226 a, 227 a, 251 a). Der König möge sie nicht mit der verderblichen Beschwerung „einer ewigen dienstbarkeit“ belasten (Bl. 251 a); vielmehr seien sie „als freye ritter und knechte ganz unbezungen an die cron zu Behaim komen,

scheinen wollte, da erklärten die von den Städten der Fürstentümer aufgeklärten königlichen Kommissare, die Ritterschaft müsse „nach historischer warheyt“<sup>1)</sup> zugeben, daß das Kontingent der Fürstentümer gegen 1500 Pferde, „darunder noch vom adel bis in vierhundert“ betrage<sup>2)</sup>. Nach langen Zwigigkeiten, in denen die gegenseitigen Forderungen erstaunlich auseinander klafften, einigte sich die Ritterschaft in dem Vertrag vom 3. März 1550<sup>3)</sup> mit Erzherzog Ferdinand auf die Stellung von 300 Ritterpferden<sup>4)</sup>.

Der Schmalkaldische Krieg hatte insbesondere die Schlagfertigkeit der ritterlichen Streitkräfte beleuchtet. Während der kampflustige junge Adel sich auf eigene Faust in die Dienste der kämpfenden Herren gestellt hatte<sup>5)</sup>, waren die Zurückbleibenden weder willens noch imstande, ein Ritterheer aufzustellen<sup>6)</sup>. Der Vertrag vom 3. März 1550 gestattete denn auch die Stellvertretung im Dienst, d. h. die Anwerbung von Söldnern<sup>7)</sup>.

(Bl. 228 a), noch wolle „inen, die als freie ritter und knechte an die cron komen, geburen, hinder derselben wissen dienst auf sich zu nemen“ (Bl. 233, 241 b f.). Die Landschaft berichtete wegen dieser Punkte an den König durch eine Gesandtschaft: Hans Schoff, Gotsch gen., v. Kienast auf Kreppelhof, Kanzler, Balthasar Schoff, Gotsch gen., v. Kienast und Vischbach auf Langenau und Heinrich Reichenbach, gen. Biller zu Rudelsdorf. Rep. 39, S.-J. II 1 a, 225—241, 244—258, 290—310.

<sup>1)</sup> 1548 März 18 setzte der König eine Musterung an für „alle und jede, so von e. k. mtt. und der cron Beheimen lehen tragen und halten bey verlust irer lehen mit der anczal pferden, wie wir e. R. k. m. von den lehen guttern zu dienen schuldig“, Rep. 39, S.-J. II 1 a, 260 a, 262 b ff. und ebda. II 1 b, 1 f. <sup>2)</sup> Ff. 233, 1, S. 83 „biss in 1500 lehen- und diensteut, die man punckel schutzen genennet, darunder noch vom adel bis in vierhundert verhanden“. Ganz klar über die Zahl war man sich nicht; eine Quelle gibt an, daß die Fürstentümer ihrem Herzog Bolko „außerhalb der lehnleute mit 1500 pferden, welche man punckel schutzen geheysen“, hätten dienen müssen (Rep. 39, II 1 b, 1 f.). Nach freundlicher Auskunft von Herrn Gymnasialdirektor Prof. Feit, hier, dürfte bei dem Ausdruck „Pünckelschützen“ (so II 1 b, 2 a) an das polnische Wort „pek“-Bündel (Tornister) zu denken sein. <sup>3)</sup> Vom König bestätigt am 8. Mai 1550. Rep. 6, S.-J. Urk. 1 t. Die Kommissare hatten am 18. Okt. 1549 noch 700—800 Pferde verlangt [II 1 b, 4 f.] und auf dem Landtag vom 12. Jan. 1550 400 gerüstete und 100 Schützenpferde [ebda. Bl. 30]. <sup>4)</sup> Der Vertrag bestätigte auch das Privileg, nicht außerhalb der Grenzen dienen zu müssen, es sei denn um Sold, [vgl. auch ebda. II 1 a, S. 228: die Dienste sollten „auf der k. m. freye besoldung sthehen“]. Es mußte aber noch festgestellt werden, ob mit den Grenzen die von Schw.-J. oder die von ganz Schlesien gemeint seien. Die Geistlichkeit, die Burglehen und die königlichen Geschösser und Pfandschaften wurden von der Verteilung der Ritter- und Lehndienste ausgenommen. <sup>5)</sup> Schon so viel junger Adel habe sich „zu Röm. kays. mt. und hertzog Mauritien in dienst begeben“, Rep. 39, S.-J. II 1 a, 203 b (aus einer Instruktion vom 21. Febr. 1547 an die zum König gehenden Gesandten Hans Schwobsdorf zu Lasnig, Georg Schweinichen zu Kholbniz und Joseph Klette, Stadtschreiber von Löwenberg [Bl. 202 b f.]). Der Landtag vom 5. April 1546 hatte den Rittern verboten, in Dienste fremder Herren zu treten [ebda. Bl. 178 f.]. <sup>6)</sup> Aus derselben Instruktion: der verlangte Zug mit 100 Pferden nach Görlitz [vgl. auch ebda. Bl. 190 b bis 192 a] sei dem armen Lande unmöglich. „Zu dem so werden auch bey dem ritterstande vil armer wirtte erfunden, die so ganz unvornommende, das inen zu ziehen nit möglich, auch vil vorleibter und schwacher männer und witten, die ob sie gleich gern andere personen an ire stellen verordnen wolden, auch in irem vermogen nit haben“. Ebenso seien auch in den Städten viel Arme. Noch 1545 April 13 war beschlossen worden, daß der Adel zur Musterung selber reiten solle [ebda. 123 a]. <sup>7)</sup> Siehe Anm. 3. Schon der Dresdener Abschied an die Gesandten der Fürstentümer vom 4. März 1547 (II 1 a, 206 b) hatte bestimmt: „dagegen wollen ir kön. mtt. die stende, das sie von irer kön. mtt. persönlich zu ziehen erfordert, gnediglich erlassen und also mit ihren personen auf des mals anheim vorbleiben mögen“. Die geforderte Hilfe, insgesamt 150 Pferde [ebda. 189, 204, 251 a] wurde deshalb von Söldnern unter der Führung von Georg Unwiede von Riegersdorf und später von Renusch von Talkenberg geleistet [ebda. 189, 194, 204, 210, 211 b]. Der König dankte den Ständen für ihre Hilfe in einem interessanten Schreiben vom 19. Mai 1547 aus dem Feldlager von Wittenberg, das seine Erfolge der letzten Tage schildert [ebda. 209 b f.]. Vgl. auch über die Soldtruppen Ff. 233, 2, S. 27 f. und Quellen Nr. 39, 1549 Sept. 26. Schon die Hussitenkriege waren zum Teil mit Söldnern geführt worden. Grünhagen, Gesch. Schles. I, S. 256. Vgl. auch die Bekannt-



Die Einteilung der Ritterdienste, an denen auch die Städte der Fürstentümer infolge ihres großen Güterbesitzes beteiligt waren<sup>1)</sup>, wurde den Ständen selbst überlassen<sup>2)</sup>. Wie von jeher das Weichbild gleichsam als Kanton galt, der seine Mannschaft selbständig aufstellte<sup>3)</sup>, so wurden auch noch im 16. Jahrhundert die Dienste auf die einzelnen Weichbilder verteilt<sup>4)</sup>. Jedes Weichbild hatte eine bestimmte Anzahl von Abteilungen zu stellen<sup>5)</sup>. Jede Abteilung bestand aus durchschnittlich 6 Pferden, doch schwankte die Zahl auch zwischen 5 und 12 Pferden. Zu 12 Pferden gehörte ein Wagen und ein Zelt, ein Edelmann war bei der Abteilung<sup>6)</sup> als „darunter verordnet“.

Die Einteilung der Ritterdienste in Schweidnitz-Jauer, daß sie 100 Pferde zum Zug nach Ungarn auf ein halbes Jahr aufnehmen wollten, Stadtarch. Breslau, Polit. Korresp., 1521 bald nach Aug. 6 [und darin 1521 Juli 31]. Die Söldner wurden von Peter von Schirintzky auf Schumberg zu Brünn durch seinen umherreisenden Diener Bernhard aufgenommen. Der Sold betrug monatlich für ein Pferd 4 Gulden nebst Schadensersatz oder 6 Gulden ohne Schadensersatz. Der Söldner mußte durch Zeugen nachweisen, daß er ein „guter Mann“ sei. Die Landesordnung von 1543 [März 3, Mai 8; siehe Quellen Nr. 33] betont, daß aus Mangel an Kriegsheuten, d. h. Söldnern auch das Land- und Bauervolk bestellt werden müsse. 1605 übernahm der Kreisoberst des 4. Quartiers (Kreises) Sebastian von Zedlitz und Kemmerswalde zu Bögendorf die Werbung von 300 Arkebüsierpferden für 72 fl. pro Pferd auf 6 Monate und gegen 600 fl. Verehrung [vgl. die Beratungen des Landtags vom 27. Mai 1605 zu Jauer. Rep. 39, S.-J. II 1 e, 2. Teil, 116 f.]. Die Städte aber wollten ihren Anteil an den 300 Pferden, statt sich dafür schätzen zu lassen, lieber in natura stellen.

<sup>1)</sup> Vgl. das Register der Ritterdienste von 1550, das die Leistungen von Städten und Bürgern enthält. Rep. 135, D 346 a, Bl. 102 f. u. 196 f. [wichtig für die Anzahl der Freien und Belehnten] und Stadtarchiv Breslau, Handschr. B 44. Über die Stellung von Ritterpferden durch die Städte 1576 vgl. Rep. 39, S.-J. II 1 e, 32 b f. Hass, a. a. O., S. 58 führt überhaupt die Landstandschaft der Städte auf ihre Lehnuntertanschaft zurück; sie hatten bestimmte militärische Verpflichtungen zu erfüllen. Diese Auffassung dürfte auch für Schlesien Geltung besitzen; vgl. vorstehend, S. 49 f. und G. Schönach, die Entstehung der schlesischen Stadtbefestigungen, Zeitschr. 41, S. 17 ff. <sup>2)</sup> Vgl. Rep. 39, S.-J. II 1 b, f. 43 b f., II 1 a, 76 f. Über die Neueinteilung der Ritterdienste in den Jahren 1593 und 1594 siehe Rep. 135, Jau. Msc. II 320—396 u. 426 f., Flü 236, 4, S. 843, 961; ebda. S. 961 f. über die zutage tretenden Mängel. <sup>3)</sup> Die Aufgebote ergeben in der Regel an die Mannen der Stadt und des zugehörigen Weichbildes, so 1428 Dez. 29 an Löwenberg [Grünhagen, Script. 6, S. 78]; 1430 Dez. an Löwenberg und Bunzlau [ebda. S. 99 f.]; 1488 Febr. 3 an jedes einzelne Weichbild [Script. 14, Corvinus, S. 124, 125]; 1553 Okt. 26 an Löwenberg [Rep. 39, S.-J. II 1 b, Bl. 92 b f.]. Das Weichbild sammelte die Truppe und sandte sie dann aus, siehe Quellen Nr. 17, 1433 April 6. <sup>4)</sup> 1554 April 10 beschloß die Ritterschaft, daß jeder Ritter, der in mehr als einem Weichbild Güter besitze, die gesamten Dienste in dem Weichbild zu stellen habe, in dem er selbst sitze. Rep. 39, S.-J. II 1 a, f. 78, 79. <sup>5)</sup> Eine Abteilung hatte nur im Durchschnitt 6 Pferde, oft aber auch nur 5, manchmal bis zu 12 Pferden [Rep. 135, Jau. Msc. II, 333]. 1594 wurden die 300 Pferde folgendermaßen auf die Weichbilder verteilt: Schweidnitz: 9 Abteilungen mit 62 Pferden; Jauer 5 Abt. mit 32 Pf.; Striegau 5 Abt. mit 29 Pf.; Löwenberg 7 Abt. mit 41 Pf.; Bunzlau 4 Abt. mit 24 Pf.; Hirschberg 8 Abt. mit 48 Pf.; Bolkenhain 3 Abt. und Landeshut 2 Abt. mit zusammen 32 Pf.; Reichenbach 5 Abt. mit 32 Pf. [Rep. 135, Jau. Msc. II, 320 ff.] <sup>6)</sup> Rep. 39, S.-J. II 1 a, f. 78, 79 [1554 April 10]. 1543 wird auf 25 Mann Fußvolk ein Wagen gerechnet, ebda. f. 74 f. 1546 Sept. 28 wird bestimmt, daß auf 12 Pferde ein Wagen mit 2 Knaben und 2 Schützen kommt; unter den 12 Reitern sollen mindestens zwei Edelleute sein [ebda. f. 189 a]. Über die Heeresstellung der Städte zu Ende der Regierungszeit von Herzogin Agnes vgl. Rep. 6, Nr. 1 x, Unter-Nr. 7, 10, 27, 74, z. B. sollen die Löwenberger 150 gut Gewappnete oder 6 Heerwagen stellen (ebda., Unter-Nr. 10). Auch eine Uniform der vom Lande gestellten Truppen ist im 16. Jahrhundert nachzuweisen. Bei dem Grenzaufgebot von 1543 gegen die mährische und ungarische Grenze trugen die vom Lande rote Kappen und Kleider und erhielten den Namen „die roten Bauern“, siehe Uslersche Chronik, Rep. 135, Jau. Msc. XI 20 und Stadtarchiv Schweidnitz, Akten II 34, 3, „solche leute alle sollen in ruten mänteln mit einem keplen vorne darüber, zuzugürten auf die böhmische art, und mit hosen und wammes gekleidet seyn, auch rute hütte haben“. 1611 sind die Livreefarben des Adels „rot und weiß“, also gleich den böhmischen Farben. Flü 236, 7, S. 641. Über das Banner in Oppeln-Ratibor vgl. Weltzel, die Landesbeamten der Fürstentümer Oppeln-Ratibor 1532—1741, Zeitschr. XII, S. 19 f. Über Bannerherren in Schw.-Jauer siehe das Ritterrechts-Urteil von 1342, Quellen Nr. 3; vgl. auch Palm (siehe S. 144, Anm. 2) S. 83.

Wenn nun auch diese Ritterdienste bei den in der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts häufigen Musterrungen tatsächlich gestellt wurden, so begnügte man sich dagegen im Ernstfalle damit, diese Einteilung zur Grundlage der Steuererhebung für die Bezahlung von Soldtruppen zu machen. Auf das Ritterpferd wurde eine bestimmte Umlage geschrieben<sup>1)</sup>.

Waren so für die Offensive auf Anregung des Landesherrn die Ritterdienste und ihr Ersatz durch Söldnerdienste geregelt worden, so nahmen Fürsten und Stände Schlesiens durch ihre Defensionsordnungen die Regelung der Landesverteidigung in die Hand<sup>2)</sup>. Auch hier fiel den Ständen der Einzelfürstentümer die Aufgabe zu, die beschlossenen Maßnahmen durchzuführen und zu ergänzen<sup>3)</sup>.

Neben den besprochenen Organisationen ist die Einrichtung der sog. „Einspännigen“ zu erwähnen, einer Art von Gensdarmrie und stehender Truppe<sup>4)</sup>.

Dauernde Beamte für die Regelung der Heeresangelegenheiten sind im 16. Jahrhundert noch nicht nachzuweisen. Frühzeitig finden sich Nachrichten über die Ernennung von ständischen Musterherren oder Muster-Kommissarien, die an bestimmten Plätzen die Musterung des Landaufgebots der Fürstentümer vornahmen<sup>5)</sup>. Dagegen bestand für Gesamtschlesien schon seit der

<sup>1)</sup> Rep. 39, S.-J. II 1 a, f. 14 b f. wird ein gerüstetes Pferd auf 6 fl., ein leichtes Pferd auf 4 fl. und ein Fußknecht auf 2 fl. veranschlagt. Vgl. auch ebda. Bl. 42 b f. [1540] und Quellen Nr. 58, [1573 Aug. 31], desgl. Fü 233, 2, S. 92.

<sup>2)</sup> Vgl. H. Palm, Schlesiens Landesdefension im 15., 16. und 17. Jahrhundert in Abhandlungen der Schles. Ges. für vaterl. Kultur, Philos. histor. Abt., 1869, S. 71—101. Siehe auch Rep. 135, D 314 c, desgl. den Musterzettel von 1567 Juni 9 [Rep. 39, S.-J. III 33 k], der die einzelnen Kontingente aufzählt, und Hintze in Acta borussica VI 1, S. 518.

<sup>3)</sup> 1532 sollen die Fürstentümer nach Beschluß des Fürstentags 336 Pferde und 1380 Knechte stellen, Rep. 39, S.-J. II 1 a, Bl. 14 f. 1543 entwirft der Landtag neben einer allgemeinen Ordnung vom 3. März [Quellen Nr. 33] die „Ordnung einer rüstung auf die underthan und armes landfolk“. Rep. 39, S.-J. II 1 a, f. 66 f., 76 f. Eine wichtige Frage der Landesdefension war auch die, ob die Städte sich zum Zufluchtsort in Kriegsnot bereithalten ließen. 1543 erklärten Prälaten, Herren und Ritterschaft, daß die Städte „sich desselbigen christlicher und nachparlicher meynungk zu thun vornehmen haben lassen“ [Rep. 39, S.-J. II 1 a, 67]. In der Tat flüchten sich Ritter und Bauern später mehrfach in die Städte. Daß die Bauern allerdings meist keine sehr christliche Aufnahme fanden, lehrt die ergötzliche Beschreibung von Daniel Czepko in dem Gedicht „Weh dem Bauer, wenn er kömmt Und die Flucht zum Städter nimmt“, siehe H. Palm, Daniel v. Czepko v. Reigersfeld 1605—1660 in Wagners Arch. f. die Gesch. deutscher Sprache und Dichtung, Wien 1873, S.-A. S. 13 f. Der dreißigjährige Krieg brachte den Städten eine neue Periode der Fortifikationsbauten, sie wurden aus festen Zufluchtsorten zu strategisch wichtigen Festungen, vgl. Fü 238, 4, S. 13, 644 f., 238, 5, S. 129 u. 777 [betr. speziell Schweidnitz 1647] u. ö. u. ö. Der Adel war gegen diese Bauten.

<sup>4)</sup> Es ist eine von Fürsten und Ständen Schlesiens bestellte Truppe; vgl. den Bericht der „Schweydnitschen rotte“ von 1573 praes. April 16 an Fürsten und Stände, Stadtarch. Breslau, OA. Schweidnitz-Jauer, und ihre Tätigkeit 1588 [Fü 236, 3, S. 384, 621, 660] sowie ihre Instruktion von 1621 [Fü 236, 8, S. 762]. Sie heißen im 17. Jahrhundert auch „Land-Compagnie“, vgl. über das Vorkommen dieser Truppe in Altdeutschland G. v. Below, Landtagsakten von Jülich-Berg 1400—1610, Bd. I, Düsseldorf 1895, S. 109.

<sup>5)</sup> Schon beim ersten städtischen Truppenanschlag von 1397 [vgl. Zeitschr. IV, S. 187] wird man ohne bestimmte Musterkommissare nicht ausgekommen sein. 1440 Jan. 21 [Quellen Nr. 20] wird die Musterung von 200 Pferden des Sonderbunds von Breslau und Schweidnitz-Jauer zu Schweidnitz vorgesehen. Weitere Bundesanschlüsse vgl. Stadtarch. Breslau, Polit. Korresp. von 1458. Das von Ermisch in Zeitschr. XIII, S. 293 besprochene Bundesbuch [Stadtarch. Breslau, Handschrift E 8] enthält [Ermisch, S. 293] einen Anschlag, der nur für Schweidnitz-Jauer gilt. Das Buch hat demnach wahrscheinlich ursprünglich in diesen Fürstentümern gelegen: „Der anslag der pferden der manschaft: Sweidniz 14, Jawor 7, Stregin 6, Bunczl 6, Lemberg 12, Hirrsberg 6, Bulkenhayn 3½, Reichinbach 3½ pferde, summa 60 pferde“. 1529 Okt. 16 [Stadtarch. Breslau, Korresp.] erkundigen sich die Ratmannen von Jauer zu Breslau, wie das Aufgebot „angestalt“ wurde; vgl. ebda. 1530 Juni 17. Direkt erwähnt werden die ersten „Verordneten“ in Heeressachen in der Ordnung von 1536 [siehe Quellen Nr. 30], ebenso in der Ordnung von 1543 März 3, Absatz 2 [Quellen Nr. 33]. Diese Verordneten erledigten allerdings nicht nur Heeressachen,



Defensionsordnung von 1529 und der in ihr erfolgten Einteilung des Landes in vier Kreise das Amt der vier Kreishauptleute oder Kreisobersten<sup>1)</sup>. Das Amt gewann im dreißigjährigen Krieg besondere Bedeutung, und die Fürstentümer Schweidnitz-Jauer besaßen innerhalb ihres, des vierten Kreises eine ausschlaggebende Stellung<sup>2)</sup>.

Ein Amt, das bereits in der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts im Westen Deutschlands vorkam<sup>3)</sup>, und das in Brandenburg im 17. Jahrhundert zu ungeahnter Bedeutung erwachsen sollte<sup>4)</sup>, ist auch in Schlesien schon zu Beginn des 17. Jahrhunderts nachzuweisen, das der Kriegskommissare. In Schlesien allerdings mußte das Amt auf reine Heeresangelegenheiten beschränkt bleiben, da das Institut der Landesältesten schon alle die Funktionen umfaßte, die der brandenburgische Kriegskommissar als Vorläufer des Landrats allmählich ausübte. Überhaupt hat sich in Schlesien das Institut der Kriegskommissare nur aus praktischen Gründen von dem der Landesältesten abgezweigt, seitdem nämlich die Militärangelegenheiten angingen, die Ältesten in unverhältnismäßig starker Weise zu beanspruchen<sup>5)</sup>.

sondern auch allgemeine Landesangelegenheiten, waren also zugleich Landesälteste. 1543 Okt. 24 übertragen sie dem Befehlshaber Hans Logau v. Kuchendorf die Musterung (wie vor, Bl. 98 f.). 1587 Sept. 18 werden für die Truppenwerbung für den neu erwählten König von Polen, Erzherzog Maximilian [vgl. Palm, Schlesiens Landesdefension, S. 90 f.], folgende Musterkommissarien ernannt: Dietrich v. Mülheim u. Plesswitz auf dem Burglehen Schweidnitz, Friedrich v. Zedlitz v. Hartmannsdorf auf Merzdorf, Hans v. Gelhorn zu Kunzendorf und Heinrich v. Reichenbach auf Rudelsdorf. [Fü 236, 2, S. 659]. Am 15. Nov. desselben Jahres werden für das Truppenaufgebot zum Schutz der schlesischen Grenze gegen Polen zu ständischen Muster-Kommissarien gewählt: Adam v. Kittlitz auf Ottendorf, Georg v. Schweinitz zum Kauder, Hans v. Schweinichen (Schweinach) auf Schweinhaus, Heinrich v. Reichenbach zu Rudelsdorf, Nik. v. Zedlitz auf Nimmersatt, Wolf v. Redern zu Kaufung, John v. Schindel auf Sasterhausen [ebda. S. 752].

<sup>1)</sup> Vgl. Schickfus, III, S. 140. Palm, Schlesiens Landesdefension, S. 82. G. Schönaich, a. a. O., Zeitschr. XLI, S. 29. <sup>2)</sup> Hauptmann, Älteste und Ausschüsse von S.-J. wählen 1619 Juni 5 den Landesältesten Ernst v. Zedlitz auf Leippe zum Kreisoberst und machen von seiner Wahl dem Fürstentum Münsterberg-Frankenstein nur Mitteilung (Fü 236, 8, S. 208). Einige seiner Nachfolger sind: 1620 Okt. 16 Heinrich v. Elbel, Rittmeister (Fü 236, 8, S. 478; Acta Publica, Bd. 5, 1622/25, S. 77, Anm. 1); 1621 Juli 5 Friedrich v. Gelhorn [siehe Quellen Nr. 87]; Hans Poser auf Güttmannsdorf, der 1623 Dez. 9 als tot bezeichnet wird (Fü 236, 8, S. 1064). Für ihn wird der Oberstleutnant Christof v. Bischofsheim und Eisenberg auf Dittmannsdorf gewählt [ebda.; siehe auch Acta Publica, Bd. 5, S. 281]. Zum Kriegsrat des 4. Kreises wurde 1626 Juli 31 Georg v. Falkenhain vom Fürstentag ernannt (Fü 236, 9, S. 157; vgl. über Kriegsrate Acta publica, Bd. 4, S. 136). An den Ratschlägen über die Verbesserung der schlesischen Landesdefension von 1619 [vgl. über das vom S.-J. schen Amt 1618 Aug. 2 angeordnete consilium bellicum Fü 236, 8, S. 88 f.] waren 2 Landsassen der Fürstentümer, der Graf Johann Georg v. Hohenzollern [Palm a. a. O., S. 95] und der Rittmeister Reppisch (Räppisch) besonders beteiligt (Palm a. a. O. S. 96). Auch die Stellung eines schlesischen Generalkriegskommissars wurde seit 1639 von dem Hauptmann der Fürstentümer Grafen v. Stahremberg bekleidet [vgl. Fü 238, 1, S. 1231]. Er wurde 1641 Okt. 19 aus diesem Amt entlassen [Rep. 39, S.-J. VII 7 a], und seine Funktionen scheint der Generalkriegskommissar Maximilian v. Gersdorf übernommen zu haben [erwähnt Rep. 39, S.-J. VII 3 a, Bl. 478 b]. <sup>3)</sup> Vgl. G. v. Below, Landtagsakten von Jülich-Berg 1400–1610, Bd. II, Düsseldorf 1907, S. 318, Anm. 3 und den dortigen Hinweis auf M. Ritter, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation und des dreißigjährigen Krieges, Bd. III, Stuttgart und Berlin 1908, S. 220 f. über die Regelung der Einquartierungsfragen in Böhmen. <sup>4)</sup> Vgl. Kurt Breysig, Die Organisation der brandenburgischen Kommissariate in der Zeit von 1660–1697, Forschungen zur Brandenburgischen und Preussischen Geschichte, Bd. 5, Leipzig 1892, S. 135–156; Fr. Freiherr v. Schroetter, Die brandenburgisch-preussische Heeresverfassung unter dem großen Kurfürsten, Schmollers Forschungen, XI, 5, Leipzig 1892, S. 79 ff.; V. Loewe, Die Organisation und Verwaltung der Wallensteins Heere, Freiburg und Leipzig 1895, S. 30–34 [scheidet klar zwischen den Beamten der Heeresverwaltung einerseits, den lokalen Beamten des Landesherrn oder der Stände andererseits]. <sup>5)</sup> Vgl. vorher Kap. 3, Landesälteste, S. 98 und Quellen Nr. 135 [1737] sowie nachstehend S. 147.

Die Scheidung zwischen den Kommissaren, die die Heeresverwaltung selbst stellte, und den lokalen Kommissaren der mit Truppen belegten Landesteile ist nach den Akten nicht immer leicht durchzuführen. So ist der erste in Schweidnitz-Jauer zum Jahre 1608 vorkommende Kommissar Erich von Lassota und Steblau nur Kommissar des v. Pucheimschen Regiments und kaiserlicher Beamter, also kein Vorgänger der ständischen Kommissare<sup>1)</sup>. Bereits 1610 aber ist ein Landsasse der Fürstentümer, Albrecht von Stange, als Kommissar mit der Einquartierung des von Fürsten und Ständen geworbenen Kriegsvolks im Bunzlauischen betraut<sup>2)</sup>. Schon in diesem Falle ist die Beschränkung der Kommission auf ein einzelnes Weichbild anzunehmen, die im dreißigjährigen Krieg für das Amt so bezeichnend wurde. Anfangs wurden die verschiedenen Aufgaben des Amts verschiedenen Personen anvertraut. Nach einem Beschluß der Ausschüsse vom 31. Oktober 1619 sollte in jedem Weichbilde ein besonderer vom Weichbildtag zu wählender Kommissar neben dem Landesältesten die Funktionen der früher für einzelne Fälle gewählten Musterkommissare übernehmen<sup>3)</sup>. Daneben hatten besondere Quartierkommissare für die Abdankung der Defensions-truppen zu sorgen<sup>4)</sup>, und außerdem ernannte der Landeshauptmann für die Durchführung von Truppen besondere Führungskommissare<sup>5)</sup>. Bald darauf sind jedoch die Aufgaben der Musterung, der Einquartierung und Verpflegung sowie die der Führung in der Hand einer Persönlichkeit für jedes Weichbild<sup>6)</sup> vereinigt. Die Ernennung dieser Persönlichkeiten, die die Stände für sich in Anspruch nahmen, wurde zeitweise vom Landeshauptmann vorgenommen<sup>7)</sup>; es fand demnach ein Kampf um den Charakter des Amts als eines landesherrlichen oder ständischen Amts statt. Gleichzeitig mit diesem Anspruch des Hauptmanns erhoben sich die ständischen Klagen über die allzugroße Anzahl der Kommissare und die Bemühungen um deren Abschaffung<sup>8)</sup>. Im ganzen 17. Jahrhundert aber

<sup>1)</sup> Rep. 39, S.-J. II 1 f., 165 b. <sup>2)</sup> 1610 Okt. 26—28: herr Albrecht Stange ist ersucht, neben herr Schmoltzen zalmeister die commission der einquartierung über sich zu nehmen und wo nicht mehr, doch die quereulen der armen leute zu vornehmen. Fü 236, 7, S. 527. <sup>3)</sup> Für die Landesdefension, die den Fürstentümern die Stellung von 300 Mann zu Roß und 1586 Mann zu Fuß auferlegte. Fü 236, 8, S. 302 f., 305. <sup>4)</sup> Es wurden ernannt Adam Bibran und Georg Falkenhain, denen Adam Schweinichen assistierte, (1621), Fü 236, 8, S. 583, 586, 588, 591, 602, 606. Sie erhielten 2 Rtlr. Tagegelder [Fü 236, 9, S. 401 [1627]]. Bei der böhmischen Armada findet sich 1621 der Titel „Kriegskommissarien“, Fü 236, 8, S. 562; vgl. auch die Instruktion von 1618 Juli 14, Acta Publica 1618, S. 119 f. <sup>5)</sup> So 1622 Okt. 27 auf Forderung des Generals Carl Annibal v. Dohna, vgl. die Instruktion vom 27. Okt. 1622, Quellen Nr. 88. 1623 und 1624 sind Musterkommissare Christoph v. Hohberg und Carl v. Rohrwolf, Quartierkommissare Daniel v. Cunhaimb und Wolf v. Reppisch, außerdem sind noch Hans v. Seidlitz und Georg v. Gelhorn Kommissare; vgl. über ihren ungeheuren Verzehr Rep. 135, C 98 d und Stadtarch. Schweidnitz II 34, Nr. 5. <sup>6)</sup> Siehe den Vorschlag vom 31. Mai 1628, Fü 236, 9, S. 787; vgl. auch die Instruktionen von 1640 Juli 6 [Quellen Nr. 102] und 1649 Jan. 13 [Quellen Nr. 108], desgl. Quellen Nr. 136. <sup>7)</sup> Ursprünglich verlangte der Hauptmann nur Rechnungslegung von den Kommissarien, so 1627 Dez. 31 von denen des Reichenbacher Weichbildes Friedrich v. Senitz und Gotthard v. Zedlitz, Rep. 39, S.-J. VII 6 a. 1632 aber protestierten die Stände dagegen, daß der Hauptmann einen Kriegskommissar Georg v. Tschirnhaus, den nicht er, sondern das Weichbild ernannt hatte, entlassen habe, Fü 236, 10, S. 541, 608. Gleichzeitig betonte der Hauptmann, daß den Weichbildern nur das Recht des Vorschlags, ihm aber das der Ernennung zustehe, ebda. S. 688, 694. 1636 verlangte das Weichbild Bolkenhain-Landeshut, daß das Weichbild selbst seine Subjekte wählen dürfe, statt die vom Hauptmann bestellten ausländischen und lehnsunfähigen Kommissare annehmen zu müssen. Fü, Handschrift D, F 3, 1636 Nov. 5. <sup>8)</sup> Schon 1632 sind zuviel Quartierkommissare vorhanden, Fü 236, 10, S. 738. Deshalb sollte 1637 für jedes Fürstentum nur ein Oberkommissar gewählt werden [ebda. 238, 1, S. 356]. Schließlich aber wurden doch mehrere ernannt und zwar für die Weichbilder Schweidnitz, Reichenbach und Striegau Christoph v. Dahm auf Ingramsdorf [ebda. S. 357, 1025], für Jauer Friedrich v. Zedlitz, für Löwenberg Hermann v. Salza, für Bunzlau Carl v. Stiebitz [derselbe noch 1642, Rep. 39, S.-J. VII 3 b, 89], für Landeshut und Bolkenhain Tobias Zernickaw auf Neudorf



wurde das Amt immer wieder ins Leben gerufen und wurde im 18. Jahrhundert eine dauernde Einrichtung<sup>1)</sup>. 1737 gab das Landeskolleg der Fürstentümer einen Bericht zu der böhmischen Instruktion der Kreishauptleute und Führungskommissarien vom 30. April 1737<sup>2)</sup>. Danach seien „seit uralten Zeiten“ die Marschangelegenheiten in Schweidnitz-Jauer von den Landesältesten als Marschdirektoren<sup>3)</sup> geleitet, von den Marsch- oder Führungskommissaren aber nach Anleitung der Ältesten ausgeführt worden. Die Marschkommissare seien gewöhnlich „als Ober-Offiziers“ gediente Kavaliere, die das Amt um der Ehre willen übernahmen. Die Landesältesten der Weichbilder oder der von ihnen substituierte Marschkommissar befanden sich auf den Märschen beim Stabe, und für jede Marschstation sei ein besonderer Kommissar ernannt worden. In der preußischen Zeit trat keine große Änderung ein; an die Stelle des Landesältesten rückte der Landrat, und der Marschkommissar blieb neben dem Landrat bestehen<sup>4)</sup>.

### Die Weichbildverfassung.

Bei den Studien von Worbs<sup>5)</sup> und Stenzel<sup>6)</sup> über die Entstehung der schlesischen Weichbilder konnte sich die Forschung nicht beruhigen. Durch die Beobachtung, daß das Weichbild des 16. bis 18. Jahrhunderts zwar seine Benennung städtischem Einfluß verdanken mußte<sup>7)</sup>, aber tatsächlich eine ländliche Verwaltungseinheit war, bahnte Rachfahl die Erkenntnis an, daß das Weichbild seine Entwicklung zwei verschiedenen Kräften verdanke, und zwar dem städtischen und dem ritterschaftlichen Element<sup>8)</sup>.

Dieser Dualismus zeigt sich schon in der rechtlichen Organisation des Weichbildes, die durch

[ebda. S. 1025, 1066] sowie für Hirschberg Heinrich v. Lest auf Reversdorf [ebda. S. 1024]. Als es sich 1650 um die Rechnungslegung der Kommissarien handelte, baten die Stände, ihnen diese „ganz unnötigen“ und auf ihre Klagen schon 1637 zum Teil abgeschafften Beamten nun gänzlich zu erlassen, Rep. 39, S.-J. II 1 i, 72 b f. [1650 Sept. 3]. Auch die Städte hatten ihre eigenen Quartierkommissare, so Schweidnitz 1639 [Fü 238, 1, S. 1243].

<sup>1)</sup> So 1666, vgl. Hintze, Acta borussica, VI 1, S. 519 f.; Friedenberg, Rep. 135, D 326 o, Codex Silesiacus, Artikel „Verbungen“; Quellen Nr. 128, 1686 [Rep. 39, S.-J. II 12 i, vol. II 34 b f, u. 54 b]; Quellen Nr. 133, 1702 Okt. 23.

<sup>2)</sup> 1675 April 29 wird schon eine „vor kurzem“ aufgerichtete Marschordnung erwähnt; Rep. 39, S.-J. II 3 c; vgl. ferner Quellen Nr. 135, 1737 und Nr. 136. Rep. 39, S.-J. II 5 y [1740 März 18].

<sup>3)</sup> Es heißt hier: in anderen schlesischen Fürstentümern besorgten Landkommissarien dieses Geschäft der Landesältesten; vgl. im übrigen Hintze, Acta borussica VI 1, 541, 547. Böhme, Nachricht etc., S. 41.

<sup>4)</sup> Siehe die Schlesischen Instanzennotizen. <sup>5)</sup> „Wie sind die Kreise, nach welchen Schlesien bis jetzt eingeteilt wird, entstanden?“ Schlesische Provinzialblätter 1815, Bd. 62, (Juli) S. 327 f. Von sonstiger Literatur vgl. J. G. Kunisch, Zur Geschichte der ältesten Verfassung Schlesiens, zumal im 13. Jahrhundert, Schles. Provinzialblätter 1847 (Bd. 126) S. 193 f., 291 f.; Stobbe, Geschichte der deutschen Rechtsquellen, Braunschweig 1860, S. 483. Gengler, Deutsche Stadtrechtsaltertümer, Erlangen 1882, S. 260 ff., 266 f. Der Begriff des Weichbilds in Altdeutschland wurde in Schlesien mit den Worten „Stadtfriede“ [Fü 233, 2, S. 324 f.] oder „Flurzäune“ umschrieben. Meinardus, Das Neumarkter Rechtsbuch, S. 36; Tzschoppe und Stenzel, S. 398.

<sup>6)</sup> Vgl. z. B. Tzschoppe und Stenzel a. a. O., S. 217, 364, 390 f., 416, 443. <sup>7)</sup> Worbs a. a. O., S. 331 Anm. gibt schon die richtige Erklärung aus wie = Stadt und bild = Recht. <sup>8)</sup> Er schildert deutlich die Doppel-natur des Weichbilds: 1. Das rechtliche Ganze, das die deutschen Gemeinden bildeten und 2. den ländlichen Verwaltungsbezirk als ursprünglichste territoriale Einheit, deren Grundlage die Kreissitterschaftsverbände sind; vgl. S. 53 ff., 70 ff. Hintze (Acta borussica a. a. O. Bd. VI, 1, S. 546) nennt die Kreise „ritterschaftliche Gebietskörperschaften“. Schon Johann Gottfried Klose scheidet in seinem nach 1740 entstandenen „Ausführl. Extract und Bericht über die Statuta, besonderen Gewohnheiten und Verfassungen des Schweidnitzischen Weichbildes“ [Stadtarchiv Schweidnitz I 250, S. 4] scharf zwischen dem Weichbild, das eine „rechte“ Einheit, und dem Kreise, der nur eine geographische Einheit bilde; vgl. auch Meinardus, Das Neumarkter Rechtsbuch, S. 36.

neueren Forschungen eine wesentliche Klärung erfahren hat. Meinardus<sup>1)</sup> stellte in seinen Forschungen über das Halle-Neumarkter Recht in Schlesien die Vogteiverfassung als das Fundament des Weichbildes fest. Matuszkiewicz wies nach, welche Bedeutung dem Landvogt neben dem Stadt- oder Erbvogt für die Festlegung des Weichbildes zukam. Nur die Stadt wurde zur späteren Weichbildstadt, die zum Sitz einer Landvogtei erkoren wurde<sup>2)</sup>. Das Rechtsgebiet des Erbvogts und des Landvogts umfaßte aber nur die städtische und die bauerliche Bevölkerung der einzelnen zu Weichbildern werdenden Kolonisationsgebiete<sup>3)</sup>. Der Adel aber war, soweit er deutsch war, in dieser ältesten Organisation nicht berücksichtigt; er unterstand direkt dem landesherrlichen Hofgericht und hatte also ursprünglich keine Beziehung zum ältesten Weichbild. Erst die Zersetzung des zentralen Hofgerichts, d. h. die Schaffung einer Anzahl von Weichbild-Hofgerichten<sup>4)</sup> teilte den Adel in verschiedene Gruppen, die je einem Weichbild-Hofgericht angehörten. Da aber der Sitz dieser Hofgerichte stets in Weichbild-Städte verlegt wurde, so wurden die Weichbild-Städte auch für den Adel zu Verwaltungsmittelpunkten. Man kann ferner in Erweiterung der Aufstellung von Matuszkiewicz sagen, daß nur diejenigen Weichbild-Städte zu vollen Weichbild-Hauptstädten wurden, in die neben den beiden Vogteigerichten auch das adelige Hofgericht gelegt wurde. Daß eine solche rein äußerliche Konzentration der Rechtsprechung in einer Stadt schon von Bedeutung für den Sieg des städtischen Einflusses in der Benennung des Weichbildes wurde, ist erklärlich. Die Städte begnügten sich aber bekanntlich nicht mit der bloßen Beherbergung der Gerichte. Ihre Politik ging vielmehr, oft mit Erfolg, dahin, sowohl Erbvogtei wie Landvogtei und selbst das Hofgericht in Pfandbesitz oder zu Eigen zu erhalten<sup>5)</sup>.

Der städtische Einfluß war aber nicht mit den Erfolgen in der rechtlichen Organisation erschöpft. Vielmehr lag die distriktbildende Kraft der Städte zum guten Teil in ihrer wirtschaftlich-kulturellen Betätigung. Wie Wilhelm Schulte<sup>6)</sup> nachgewiesen hat, sind die schlesischen wie alle ostdeutschen

<sup>1)</sup> Das Neumarkter Rechtsbuch S. 28 f., 59 f. Ders., Das Halle-Neumarkter Recht von 1181 [Darst. u. Qu. z. schles. Gesch., Bd. VIII, Breslau 1909] S. 57 ff.; vgl. dazu die zustimmende Äußerung von R. Kötzschke in der Z. d. Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Bd. XXXI, Germ. Abt. S. 163 f., 179; siehe auch W. Schulte, Kleine Beiträge zur Geschichte Oberschlesiens, Oberschlesische Heimat, Bd. IV (Oppeln 1908), S. 200 ff. <sup>2)</sup> Matuszkiewicz, Gerichtsverfassung des Fürstentums Glogau, S. 24 f.; 28. <sup>3)</sup> Ders., S. 24. <sup>4)</sup> Rachfahl, S. 72 f., der diese Dezentralisation in den Beginn des 14. Jahrhunderts verlegt, ebenso Matuszkiewicz, S. 45 f., 97 f. Der Hofrichter wurde das einzige landesherrliche Organ des Weichbildes, das ein rechtliches Band um das Weichbild schlang. 1386 Juni 12 [Kgl. St.-A. Rep. 6, Nr. 1 x, Unter-Nr. 54] zeigt Herzogin Agnes allen Männern des Weichbilds und der Stadt Löwenberg an, daß sie Nickel von Rechenberg zum Hofrichter des Löwenberger Weichbildes ernannt habe. 1495 ordnet Herzog Kasimir von Teschen die eventuelle Pfändung von Gütern an „mit holfte des hofrichters, dohin die selbigen gutter gewiechbildet sein“. Rep. 83. Cist. Grüssau Nr. 282; vgl. Meinardus, S. 38. <sup>5)</sup> Vgl. S. 118. 1353 Juli 2 oder 4 [Dinstag bzw. Dornstag nach Petri und Pauli] verleiht Herzog Bolko von Schweidnitz seinen Bürgern zu Bolkenhain [zum Hayn] das Recht, „das sie mugen und sollen, wanne sie es dorffen und is in nott geschieht, die scholtissen us den dorffern, die hernoeh geschriben seyn, Streckenbach, Seintendorff, Ketzdorff, Ruersdorff und Contendorff bestetigen in dem gerichtte unser stadt tzum Hain und auch ander, die in unser ladunge des selbigen weichbildes nicht gesessen sein“, d. h. das Recht der Bestätigung der Beisitzer des Hofgerichts zu Bolkenhain. Zwei Abschriften Fü. Msc. I 148 f., Bl. 17 b u. 24; Kgl. St.-A., Rep. 39, S.-J. I 57 g. <sup>6)</sup> Beiträge zur Geschichte der ältesten deutschen Besiedelung in Schlesien, Zeitschr. Bd. XXXIV, S. 289 f.; ders., Bischof Jaroslaw und die Schenkung des Neißer Landes, Kattowitz 1906, S. 57 f., 95 f.; derselbe, Schlesische Stadtgeschichten, Oberschlesische Heimat, Bd. II (Oppeln 1906) S. 21 f.; derselbe, Fürstenau und Kanth, Löwenstein und Frankenstein [S.-A. aus Nr. 163, 165, 167 der Schlesischen Volkszeitung 1905] S. 5 f., S. 11; desgl. O. Meinardus, Das Halle-Neumarkter Recht von 1181, S. 63.



Kolonialstädte in ein bestimmtes Wirtschaftsgebiet hinein gegründet worden. Gleichzeitig mit den Städten wird in ihrer näheren Umgebung eine Anzahl von deutschen Dörfern angelegt, die von der Stadt vor allem durch das Bannmeilenrecht<sup>1)</sup> wirtschaftlich abhängig werden. Dieses Gebiet wird mehrfach direkt als Territorium der Stadt bezeichnet. Der städtische Markt, das städtische Handwerk wird lebensfähig durch einen Kreis von dauernden ländlichen Interessenten und Konsumenten. Die Ordnung von Maß und Gewicht geht von der Weichbildstadt aus<sup>2)</sup>. Die Stadt vergrößert ihr Wirtschaftsgebiet mit dem durch Zunahme der Stadtbevölkerung wachsenden Bedürfnis nach landwirtschaftlichen Produkten. Die Rittergüter eines weiteren Umkreises geraten wirtschaftlich in Abhängigkeit von der Kreisstadt<sup>3)</sup>. Daß diese Anziehungskraft der Stadt durch ihre Bedeutung als kultureller Mittelpunkt, als Quelle der Germanisation, verstärkt wurde, ist gewiß<sup>4)</sup>. Aus den genannten Gründen ist also wohl zu begreifen, daß die Weichbilder ihren Namen gerade von einer Stadt herleiteten.

Andererseits sind dem Weichbilde in der Landesverfassung Aufgaben zugewiesen worden, an deren Lösung sich die Städte nur in geringem Grade beteiligten. So ist die Bedeutung des Weichbilds als militärischer Kreis fast völlig frei von städtischen Einflüssen. Diese Aufgabe ist, wie Rachfahl<sup>5)</sup> betont hat, das Erbe der slawischen Kastellaneiverfassung. Die ursprünglich polnische Ritterschaft Schlesiens ist in Weichbild- [= Distrikts-] Mannschaften eingeteilt; infolgedessen ist ihr Aufgebot<sup>6)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. den Artikel „Zwangs- und Bannrechte, 2., Bannmeile“ von W. Stieda im Hwb. d. Staatswissensch., 3. Aufl. Meinardus a. a. O., S. 29 über das Meilenrecht von Festenberg. In einer Beschwerde der Städte von Schw.-J. gegen den Hauptmann in der Frage des Bierschanks wird das Weichbild als abgeschlossenes sozialwirtschaftliches Gebilde geschildert. Es heißt 1554 Sept. 7 [Rep. 39, S.-J. II 1 b, 227 b f.]: „Es ist auch öffentlich, das ein jedes weichbild von dem andern gescheden seynen sonderlichen namen, terminos und grantzen hot, und das die pauerschafft des selben weichbildes ym falle der not und unfriedlichen zeiten mit yren weibern, kindern, gesinden, habe und gutt ninder thun, das sie ynn der stad desselben weichbilds yre zuflucht haben und schutz wissen, auch sonst mit teglichen kauffen und vorkauffen ihrer getreide und anderer notdurfft aus der gewweichbildeten stad yren nutz und fromen haben; derhalben ia aller gebhur und billigkeit gemess, das sie in zeit des frides wiederumb zu erhaltung der selben stad [sich] als treuhe nackpar danckbarlich erzeigen und ir bier vor andern ausfuhren und vorschrecken.“ <sup>2)</sup> Rachfahl, S. 70 f. betont das Recht der Stadt, gewerberechtlich für ihren Distrikt Maß und Gewicht zu bestimmen; vgl. Matuszkiewicz, Geschichte der Stadt Sprottau, S. 18 f., 29, 177 f. Ebda. S. 58, Anm. 5 wird ein interessanter Marktvertrag von 1413 zwischen Sprottau und Glogau behandelt, der für die Selbständigkeit der städtischen Wirtschaftspolitik bezeichnend ist. <sup>3)</sup> Vornehmlich wirtschaftlich sind die heftigen Urbarienstreitigkeiten zwischen Städten und Adel zu erklären, die seit dem 14. Jahrhundert in ganz Schlesien ausbrachen, vgl. für Schweidnitz-Jauer Grotefend a. a. O., Zeitschr. X, S. 294 f. Weichbildweise erfolgte auch 1548 der Beweis der Landstände über ihre Ober- und Niedergerichte sowie die Urbar-Rechte, vgl. z. B. Rep. 135, D 366 q, 211—216, D 343, S. 25 b bis 38 b. <sup>4)</sup> Nicht zu unterschätzen ist auch das uralte Bedürfnis der Ritterschaft, in der Kreisstadt Vergünstigungen aller Art abzuhalten und zu suchen; vgl. die vielen Wirtschaftsstreitigkeiten zwischen Adeligen und Patriziersöhnen, besonders den Fall Tausdorf zu Schweidnitz. <sup>5)</sup> S. 53 ff. <sup>6)</sup> Die Weichbilder stellen einzeln ihre Truppen auf, vgl. Quellen Nr. 17, 1433 April 6. Die Großen Polens verpflichten sich am 11. März 1440 auf dem Tage zu Krakau gegenüber König Wladislaw, heimlich in ihren Distrikten zu rüsten: „ob quod ad festum proximum sancte trinitatis sabbato videlicet post octavas eiusdem quilibet maiorum sub obediencia et iuramento modo tamen et via secreciori et aliquali proclamacione procul mota in suo districtu paratus esse debeat“ [vgl. Ermisch in Zeitschr. XIII, S. 10]. 1444 wird die von Schweidnitz-Jauer gestellte Bundesmannschaft weichbildweise aufgezählt, Ermisch, Zeitschr. XIII, S. 298. 1466 Dez. 21 schreiben Legat Rudolf und Bischof Jost von Breslau an „castellani et homagiales districtuum“ von Schw.-J., nicht etwa an die Mannschaft der Fürstentümer im allgemeinen. Script. 9 [Markgraf, Podiebrad II] S. 202 f. 1469 Okt. 30 bittet die Mannschaft des Weichb. Hirschberg die Breslauer um Kriegshilfe. Script. 13 (Corvinus), S. 13. Über andere schlesische Weichbild-Mannschaften vgl. die Pol. Korr. i. Stadtarch. Breslau, so Ohlau 1459 Nov. 5, ebenso Nov. 13; Namslau

und ebenso das des Landvolks<sup>1)</sup> nach Weichbildern geordnet. Noch der Landvogt hat militärische Funktionen<sup>2)</sup>. Ein merkwürdiges Beispiel weist ferner darauf hin, daß auch die stets nach Weichbildern sich abgrenzenden Einungen des 14. Jahrhunderts<sup>3)</sup> ursprünglich zum großen Teil militärischen Zielen gedient haben<sup>4)</sup>. Denn noch im dreißigjährigen Kriege schwört sich das Schweidnitzer Weichbild in einer vergangenen Jahrhunderten entlehnten Form zu einer Einung zusammen<sup>5)</sup>. Das Weichbild hatte seine eigene Defensions-Verfassung<sup>6)</sup>, sein Banner<sup>7)</sup>, seinen Befehlshaber<sup>8)</sup>. Es besaß auch zum Teil Grenzbefestigungen, d. h. eine Landwehr<sup>9)</sup>, und war demnach militärisch so abgeschlossen, daß noch 1620 der Schweidnitzer Weichbildtag allen Ernstes erwägen konnte, „wie auf den ensersten fall ein weichbild dem andern zu succuriren“<sup>10)</sup>. Die militärische Stellung der Stadt im Weichbild seit dem 16. Jahrhundert beruhte vornehmlich auf ihrer Bedeutung als umwallter Zufluchtsort in Kriegszeiten<sup>11)</sup>.

Aus den militärischen Aufgaben entwickelten sich mit der wachsenden Differenzierung des geschichtlichen Lebens Verwaltungsaufgaben der verschiedensten Art. In der Übernahme dieser Aufgaben der bürgerlichen Verwaltung versagte aber die Weichbildstadt völlig. Sie schloß sich infolge ihrer republikanischen und selbstherrlichen Entwicklung selber möglichst von der Erbschaft der landesherrlichen Verwaltungsgeschäfte aus und überließ die ständische Verwaltungs-Organisation der Ritterschaft. Die unerwartete Folge war, daß die Stadt seit dem 15. Jahrhundert vom Adel absichtlich von der Landesverwaltung ferngehalten wurde. Nur die Ausübung der Landespolizei, die vielleicht schon seit 1277 Rittern und Bürgern gemeinsam zufiel<sup>12)</sup>, blieb dauernd ein gemeinsames Verwaltungsgebiet<sup>13)</sup>. Die Erhebung der landesherrlichen Steuern und Abgaben wurde im 16. Jahrhundert ausschließlich vom Lande und zwar nach Weichbildern organisiert<sup>14)</sup>, die Stadt erhob

1462 Sept. 19; Sagan-Priebus 1464 Juli 31; Namslau 1500 April 28; Breslau und Neumarkt 1542 Dez. 10. Ebenso ist nach dem Bericht des Grafen Herberstein vom 24. Juli 1682 [siehe Quellen Nr. 125] die Glogauische Ritterschaft „von altersher in sieben creyssen eingetheilt, auch jeder creyss nach dem nahmen der weichbildstadt intituliret worden“; dazu sei der Polkwitzsche Kreis dem Glogauer aggregiert worden. Die Aufteilung der Ritterdienste fand in Schweidnitz-Jauer durch besondere Weichbildtage und Ausschüsse statt [vgl. Rep. 135. Jau. Msc. II 320—396 und 426 f. (1594)]. Der Grundsatz, „das die weichbilder keines wegs in einander gemischt, sondern ein jedes für sich mit den gütern, so darinnen gelegen, zusammen getheilt und keine güter aus anderen weichbildern nicht darczu gezogen oder geschlagen werden sollen“ (Fü Msc. Q. 76, S. 120 a) wurde allerdings nicht stets beobachtet; vgl. auch über die Weichbilds-Organisation der Oberlausitzer Ritterschaft Rachfahl S. 54, Anm.

<sup>1)</sup> 1624 Aug. 13 beschließen die Landesältesten, da die Errichtung je einer Kompagnie in jedem Weichbild den Weichbildern zu teuer falle, je 2 Weichbilder in eine Compagnia zusammenzufassen. So wurden vier Kreise geschaffen mit eigenem Kreistag: 1. Schweidnitz-Reichenbach, 2. Jauer-Striegau, 3. Hirschberg-Bolkenhain-Landeshut, 4. Löwenberg-Bunzlau. Fü 236, S. 8, S. 1190 f. <sup>2)</sup> Matuszkiewicz a. a. O., S. 29, Anm. 2. Über die Herzog Bolko zugeschriebene Kreiseinteilung siehe Palm a. a. O., S. 82. <sup>3)</sup> Rachfahl a. a. O. u. nachst. Exkurs I. <sup>4)</sup> Die Einung war vielleicht die landsmannschaftliche Grundlage des „Fähnlein“ als kleinsten Truppenkörpers. Das Wort „Kompagnie“ bedeutet ja auch im Grunde soviel wie Einung. <sup>5)</sup> Vgl. Quellen Nr. 87, 1621 Juli 5. <sup>6)</sup> So 1620, Fü 236, S. 8, S. 568. <sup>7)</sup> Vgl. die Aufrichtung einer Fahne zu Roß 1621 Juli 5 [Quellen Nr. 87]. Die Weichbildsassen verbinden sich „so vollkommen, als hetten sie gesamt zur fahnen geschworen“ <sup>8)</sup> Diese sollen 1628 abgedankt werden, vgl. die Verhandlung vom 22. März Fü 236, 9, S. 771. <sup>9)</sup> Vgl. die Beratungen von 1641 betr. Zirkumvallation des Weichbilds, Fü 238, 2, S. 406, 415; siehe auch Gengler, Deutsche Stadtrechtsaltertümer, Erlangen 1882, S. 268 f. über die Landwehr als äußerste Weichbildgrenze. <sup>10)</sup> Fü 236, 8, S. 525. <sup>11)</sup> Siehe vorher S. 149, Anm. 1. <sup>12)</sup> Rachfahl, S. 53 und vorstehend S. 93. Bachmann, Geschichte Böhmens Bd. II, S. 34 führt die Distrikteinteilung überhaupt auf die Berna zurück, das in bestimmten Verwaltungsbezirken zu erhebende Friede- und Ordnungsgeld, ebda. S. 37. <sup>13)</sup> Siehe S. 95.

<sup>14)</sup> In früheren Jahrhunderten hatte die Stadt es in der Hand, im Weichbild die Leitung zu übernehmen. Noch 1347 [Quellen Nr. 5] wird den Adeligen freigestellt, ihren Anteil am Burnpfennig „der stat, do her in ist gewleich-



ihre Steuern nur für sich<sup>1)</sup>. Gerade die Steuererhebung wurde aber zu einer Hauptaufgabe des Weichbildes.

Zur Erfüllung aller dieser Aufgaben bedurfte das Weichbild gewisser gemeinsamer Einrichtungen und Organe. Aus wenigen landesherrlichen Organen<sup>2)</sup> entwickelten sich verschiedenartige ständische Organe. Die Kennzeichen eines normalen Weichbilds des 16. bzw. 17. Jahrhunderts sind: 1. ein städtischer Mittelpunkt, der zugleich in seinen Mauern die Landesverwaltung des Weichbildgebietes beherbergt<sup>3)</sup>; 2. eine Weichbildskasse, die zeitweise von einem besonderen Steuer-Einnehmer geführt wird. Dem Einnehmer steht ein Pfänder zur Seite<sup>4)</sup>; 3. ein Organ für militärische Angelegenheiten, zuerst Musterkommissare, zu denen im 17. Jahrhundert die Kriegs- und Marschkommissare hinzutreten<sup>5)</sup>; 4. die Existenz eines Vertreters des Weichbilds beim höchsten adeligen Gericht des Fürstentums, beim Zwölferrecht bzw. in anderen Fürstentümern beim Mannrecht<sup>6)</sup>; 5. ein Vertreter des Weichbilds beim Landtag, der Landesälteste<sup>7)</sup>, und neben dem Landesältesten ein Weichbildausschuß; 6. die Ritterschaftsversammlung des Weichbilds, an der sich auch die Weichbildstadt beteiligt, nämlich der Weichbildtag<sup>8)</sup>; 7. Organe für die Sicherheits- und Gesundheitspolizei,

bildet\* zu erlegen. Die Verteilung der Steuerquoten nach Weichbildern ist auch schon alt. 1468 schreiben die Stände von Schw.-J. wegen Bezahlung der zu Frankenstein gehaltenen Söldner nach Breslau, „das wir unser anlage . . uff iezlicht weichbilde besundrn seyn teil bynnen korez zu legin gesaczt haben“, Pol. Kor. im Stadtarch. Breslau, 1468 Nov. 5. Für die Schätzungen des 16. Jahrhunderts, die Anschläge zur Bekämpfung der Dräuer und Fehder werden die Weichbilder zur Grundlage der Umlagen gemacht, 1527 Juli 1 „in iren weichbildern, flecken und embtern“, Stadtarch. Schweidnitz I 39 (zu Anfang); Kries a. a. O., S. 92 f.; 1536 Juli 5: siehe Quellen Nr. 30; 1545 April 13: Rep. 39, S.-J. II 1 a, f. 122–124; 1550: ebda. II 1 b, 31 b.

<sup>1)</sup> Siehe vorstehend S. 135. Diese Sonderstellung der Städte ergibt sich schon aus der Urkunde von 1347 Nov. 9 [Quellen Nr. 5] <sup>2)</sup> Kastellan, Landvogt, Hofrichter in zeitlicher Folge. Alle drei hatten militärische und richterliche Funktionen, vgl. z. B. Matuszkiewicz, S. 29 Anm. 2. <sup>3)</sup> Es gibt in der Tat kein schlesisches „Weichbild“, das nicht nach einer Stadt benannt wäre. Die Kreisverwaltung bzw. der Verwaltungsmittelpunkt wurde selbst mit „Kreis“ bezeichnet: „zu craiss bringen“, bedeutete die gefängliche Einbringung eines Übeltäters in die Weichbildstadt zu Händen des Fehdergerichts des Weichbildes, so 1566: „auch das man den mutwilligen Menschen zu Kreys bringen und genugsamb Rechtes an ihn bekommen könnte“. Rep. 43, F. Wohlau III 10 a, 62; 1581: siehe Oesterley, Denkwürdigkeiten des Herrn v. Schweinichen, Breslau 1878, S. 272. 1585: „Der Hauptmann hätte Befehl, sie durch gebührliche Mittel zu Kraiß zu bringen und uns gegen den Brieg in die Eisen zuzuschicken“, Rep. 21, F. Brieg III 14 D, 134; 1587: „unser offenes patent, damit der Sachz zue craiss bracht möcht werden“, Rep. 13, AA III 26 c, 231. [Aus dem Realindex des Staatsarchivs]; 1601: „Das burcklehen oder weichbildthaus in der stadt Guraw“, Rep. 132 a, Dep. Guhrau, Urk. Nr. 66. <sup>4)</sup> Über die Weichbildkasse oder Einnahmelade vgl. Rep. 39, S.-J. IV 1 a (1582 Juli 30); Quellen Nr. 133, 1702 Okt. 23: „absonderliche Cassa“ jedes Kreises. Die Weichbildkasse des Schweidnitzer Weichbilds existierte ununterdrückt noch 1758, Rep. 39 S.-J. VI 17 a. Über die Weichbild-Einnehmer siehe vorstehend S. 133 und Rep. 39, S.-J. II 1 a, 105 (1543); dsgl. Quellen Nr. 51 [1563 April 21] und Quellen Nr. 58 [1573 Aug. 31]. Vgl. die Rechnungsprüfungen der Schweidnitzer Weichbildausschlüsse, Rep. 39, S.-J. II 1 c, 1. Zählung, 78 (1577 Sept. 5) und ebda. 2. Zählung, S. 49 f. [1583 Juli 30]. Über die Pfänder oder Landskämmerer vgl. Rep. 39, S.-J. III 33 k, 9 b (1560). <sup>5)</sup> Vgl. vorstehend S. 145 f. und Fü 236, 9, S. 787 (1628 Mai 31), dsgl. Fü D, F 3 (1636 Nov. 5). <sup>6)</sup> Vgl. vorstehend S. 124. <sup>7)</sup> Vgl. vorher, Kapitel 3, S. 95 f. Den Weichbildern mußte es darauf ankommen, die Wahl ihrer Landesältesten sowie des Weichbildausschusses selbst in der Hand zu behalten, während die Ältesten selbst oder der Landtag mehrfach dies Recht für sich beanspruchten. Vgl. Quellen Nr. 33 [1543]; Rep. 39, S.-J. II 1 a, 122 f. [1545 April 13]; Quellen Nr. 58 [1573 Aug. 31]; Quellen Nr. 65 [1585 Dez. 20]; Quellen Nr. 74 [1600 Febr. 28]; Rep. 39, S.-J. II 1 e, 2. Zählung, S. 56. [1603 Juni 10.] Einen besonderen Landschreiber für jedes Weichbild hat es in Schw.-J. nicht gegeben, vgl. Curiosi Silesii Animadversiones und Anmerkungen über Friedrich Lichtensterns Schlesische Fürsten-Krone, Weisfenfels 1687, S. 275: „p. 708 confundiret er die Land-Schreiber und Land-Syndicos. Ein jeglich weichbild und creiss eines fürstenthums hat gemeiniglich seinen land-schreiber, der land-syndicus aber ist eines gantzen fürstenthums“. <sup>8)</sup> Der Weichbildtag war vielleicht ursprünglich die Grundlage der Landesberatungen. Im 15. Jahrhundert beraten häufig nur einige Weichbilder über

nämlich das Fehdergericht des Weichbilds unter dem Vorsitz des Hauptmanns<sup>1)</sup>, seit dem 17. Jahrhundert auch die Kreisdragonen und der Weichbild-Physikus<sup>2)</sup>). Die Weichbilder, die im Besitz sämtlicher vorgenannter Organe sind, stellen eine abgeschlossene Entwicklungsform dar. Es sind außerdem zurückgebliebene Formen von Weichbildern und Distrikten im Gang des geschichtlichen Lebens nachzuweisen, denen die abschließende Entwicklung nicht gelungen ist. Es hat städtische Weichbilder, also Rechtskreise, gegeben, denen die ländlichen Organe fehlten<sup>3)</sup> und ritterschaftliche Distrikte, denen der städtische Mittelpunkt fehlte<sup>4)</sup>.

Es ist hieraus der Schluß zu ziehen, daß ein volles Weichbild nur aus der Vereinigung der städtischen und der ländlichen Entwicklungsform entstehen konnte. Die erste und normale Ver-

das Wohl des ganzen Landes, vgl. Polit. Korr. i. Stadtarch. Breslau, 1433 Mai 22 Schweidnitz; 1443 Aug. 21 Jauer und Striegau; um 1445 Löwenberg und Bunzlau; 1449 April 14, dsgl. Juli 28 Schweidnitz. Noch 1558 Aug. 4 [Quellen Nr. 44] heißt es, in alter Zeit sei in besonderen Fällen „ein treuer gemeiner Rat durch die Weichbilder“ gehalten worden. Später erledigten die Weichbildtage die Weichbilds-Rechnungen und nahmen die Berichte der Ältesten über die Landtagsverhandlungen entgegen, aber sie instruierten auch die Ältesten in wichtigen Fällen besonders und kritisierten Verwaltungszustände, vgl. Rep. 39, S.-J. II 1 a, 111 b, 112 a; Fii 233, 2, S. 588 f. (1557); Rep. 39, S.-J. II 1 c, 155 b f. 1579 faßte das Schweidnitzer Weichbild den Beschluß, daß die Gebote fleißiger zu besuchen seien, „doch wo mehr als einer in einem dorf, daß nur einer dahin komen durffe“ [1579 Febr. 3, Rep. 39, S.-J. II 1 c, 155 b f.]; siehe auch die Klagen der Ältesten über den schlechten Besuch der Weichbildtage, ebda. Bl. 21 b f., 22 b f. 1604 Mai 25 waren auf dem Schweidnitzer Weichbildtag 17 Landsassen [Rep. 39, S.-J. II 1 e, 2. Teil, 96 a]. Die Gebote wurden von den Ältesten [ebda. II 1 c, 1. Zählung, 21 b f., 22 b f.] oder vom Amt berufen [1583 ebda. 2. Zählung 49 f.]. 1648 verlangten die Landstände, daß die acht Weichbilder nicht als besondere Corpora, sondern als „membra unius corporis“ behandelt würden [Jan. 13, Fii 238, 6, S. 88 f.]. Die kaiserliche Resolution vom 3. Dez. 1670 leugnete schließlich überhaupt die Existenz der Weichbildtage. Arnold, Von schles. Privilegien, Bd. II, S. 97, und Quellen Nr. 117 [1674 Aug. 11].

<sup>1)</sup> Siehe vorstehend, S. 95. <sup>2)</sup> Vgl. Rep. 135, D 326 o, S. 223. 1667: Physicus des Namslauischen Weichb. Rep. 33, F. Oels III 23 d, 98; 1686 besteht in Schw.-J., die Absicht, sie abzuschaffen, Rep. 39, S.-J. II 12 i, vol. I 192. Im 18. Jahrhundert ist ein Landphysicus in Jauer, dem vielleicht die ganzen Fürstentümer unterstanden, nachzuweisen; vgl. die Steuerrechnungen ebda. VI 15. <sup>3)</sup> Vgl. Matuszkiewicz, S. 25 Anm. 3. Von den in der Urkunde von 1356 April 4 [Quellen Nr. 9] aufgezählten Städten und Weichbildern von S.-J. haben sich Zobten, Freiburg, Hohenfriedberg, Schönau, Lähn, Greifenberg und Friedeberg a. Queiß nicht zu vollen Weichbildern entwickeln können. Sie werden deshalb auch in der Urkunde von 1353 Juli 3 [Quellen Nr. 7] zum Teil als Märkte bezeichnet. Freiburg mit seinem Weichbild wird schon durch die Urkunde von 1310 Dez. 15 (Reg. 3172) dem Schweidnitzer Weichbild inkorporiert „cum omni proventu suo et districtu ab ipsa primeva locacione civitatum prehabita ipsos contingentem, quam ab ipsis alienaveramus“. 1396 wird noch das Vorwerk Petirsdorf i. Weichb. Fredeberg (= Hohenfriedberg) erwähnt, Rep. 39, S.-J. III 15, Landbuch G, 61 b. 1329 Mai 9 (Reg. 4841) heißt es: Städte oder Burgen, die nicht weichbilde haben noch herschaft. Einige Beispiele von städtischen Weichbildern die sich nicht dauernd erhalten haben, finden sich im Glossar des Kgl. St.-A. Rep. 136 unter dem Stichwort „Weichbild“: 1393: haus Rogau in dem Krappizischen gebiete und weichbilde, Rep. 135, D 337, S. 133; 1399: Verlegung von Köben aus dem Steinausichen in das Guhrauer Weichbild; die Stadt hatte also kein selbständiges Weichbild. Rep. 135. Ziekursch, Msc. I S. 163; 1536; ym Piezinschen Weichbilde (= Pitschen) Rep. 33, F. Öls III 25 a, 63 b; 1577: im Ritznischen Weichbild, Rep. 135, D 390 c, 144; 1591: dorf und gut Wolffswiesen in unserm Schlawentzen weichbilde gelegen, Rep. 35, F. Oppeln-Rat. III 27 e, 359 a. Über den Distrikt Auras vgl. Bobertag in Zeitschr. VII, S. 103. Vgl. auch K. Wutke, Die Inventare der nichtstaatl. Archive Schles. I. Kreise Grünberg und Freystadt (Cod. 24) S. 70: 1360 districtus Newinstadensis = Weichbild Neustädte; S. 75: 1457 „im Schlawischen Weichbild“ = Weichbild Schlawa. <sup>4)</sup> Vgl. Schlesische Fürstenkrone S. 452 über das Fürstentum Liegnitz: „Die übrigen Weichbilder oder Craysen haben keine besondere Weichbilds-Städte, jedoch ein jeder etwas Notabils“. Es sind dies der erste, andere und dritte „Crays für der Heyde“. Über Kastellaneien, die sich nicht zu Weichbildern entwickeln haben, vgl. die Liste bei Rachfahl S. 34, Matuszkiewicz S. 43, Anm. 3. Das Weichbild Bunzlau ist noch auf den Homannschen Karten von 1750 (gezeichnet 1736) und später in drei Kreise geteilt: obere, niedere und hintere Kreise.



einigung der beiden Elemente entstand dadurch, daß der Landesherr die neuen Städte bei den alten Kastellaneiburgen gründete. In diesem Falle fielen von Beginn an Weichbild und Distrikt zusammen. Dieser Fall ist sehr häufig nachzuweisen<sup>1)</sup>. Andererseits aber haben sich in einer Anzahl von Fällen aus einer Kastellanei mehrere städtische Weichbilder entwickelt<sup>2)</sup>, oder es entstanden Weichbilder, deren Gebiet zwei Kastellaneien angehörte<sup>3)</sup>. In diesen Fällen kann die Entwicklung sich nur so angebahnt haben, daß die ohne Berücksichtigung der Ritterschaft aus rechtlichen und wirtschaftlichen Ursachen entstandenen Stadtweichbilder die deutsche Ritterschaft der Kastellaneien langsam aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen in ihren Bannkreis zogen. Die Städte wirkten je nach ihrer Lebenskraft als stärkere oder schwächere Magneten für die Ritterschaft. Daß in dieser Entwicklung ein ursprünglich freies Spiel der Kräfte anzunehmen ist, ergibt sich aus der willkürlichen Zerstörung der Kastellaneigrenzen einerseits, aus der schwachen Anziehungskraft und der daraus hervorgehenden Vernichtung mancher städtischer Weichbilder<sup>4)</sup> andererseits. Die ganze Wandlung muß sich, wie so manche tiefgreifende geschichtliche Veränderung, allmählich unter der Oberfläche der Kastellaneiverfassung vollzogen haben, ohne daß man heute die Vorgänge urkundlich lückenlos nachweisen kann. Ohne Förderung und Anerkennung seitens des Landesherrn konnten diese Änderungen nicht vor sich gehen. Die öffentliche Anerkennung und zugleich die genauere Abgrenzung der neuen Verwaltungskörper erfolgte vielmehr offenbar durch die Dezentralisation des Hofgerichts, die Schaffung der Weichbilds-Hofgerichte<sup>5)</sup>. Zu Beginn des 14. Jahrhunderts müssen schon die Weichbilder im wesentlichen ausgebildet gewesen sein<sup>6)</sup>; denn seit dieser Zeit finden sich zahlreiche Beispiele für die Versetzung von Gütern und Dörfern aus einem Weichbilde in das andere<sup>7)</sup>, die der Landesherr vornimmt. Die Kastellanei-

<sup>1)</sup> Vgl. Matuszkiewicz, S. 15. Rachfahl, S. 34, Anm. 1. Worbs a. a. O. S. 332 f. <sup>2)</sup> Matuszkiewicz a. a. O. S. 25, Anm. 3; ders., Geschichte der Stadt Sprottau, S. 15; Ziolecki, Geschichte der Stadt Guhrau, S. 4. H. Schuch Die Kastellanei Sandewalde und ihre Germanisierung, Zeitschr. XIV, S. 504. Vgl. auch die spätere Zusammenlegung zweier Weichbilder zu einem ritterschaftlichen Kreis: Bolkenhain-Landeshut, Goldberg-Haynau, Glogau-Polkwitz, Steinau-Raudten.

<sup>3)</sup> So wird in der Urkunde vom 22. Juli 1340 eine Kastellanei Hornsberg erwähnt, die später im Schweidnitzer Weichbild aufgegangen sein muß. Stadtarch. Schweidnitz, Sect. XII Pars II Coll. VIII Div. IV Membr. I Class. I Nr. 1. Vielleicht ist hieraus zu erklären, daß manche Weichbildstädte merkwürdig nahe am Rande ihres Weichbildes liegen, z. B. Bernstadt, Guhrau, Neumarkt, Nimptsch, Sprottau. Es scheint, als ob ältere Grenzeinteilungen der Abrundung im Wege gestanden haben. Andere Weichbildstädte liegen ja deshalb so nahe an der Grenze, weil sie als Grenzfestungen angelegt worden sind, vgl. G. Schönaich, Die Entstehung der schlesischen Stadtbefestigungen, Zeitschr. XLI, S. 18 f. <sup>4)</sup> Siehe S. 152, Anm. 3. <sup>5)</sup> Siehe S. 148, Anm. 4. Hofgerichtsgrenze und Weichbildsgrenze fielen zusammen, vgl. Matuszkiewicz a. a. O. S. 83 und 98 über das Vorrecht von Bürgern und Ritters, zu keinem Rechtszug außerhalb des Weichbilds verpflichtet zu sein. <sup>6)</sup> Vgl. über die Umgrenzung des Guhrauer Weichbilds 1310 Matuszkiewicz, S. 24, 97 f. <sup>7)</sup> Der technische Ausdruck für die Zuteilung zu einem Weichbild hieß „weichbilden“, so 1347 [siehe Quellen Nr. 5] für Adelige, 1495 für Güter [Rep. 83, Cist. Grüssau Nr. 282]. Über Grenzänderungen und Versetzungen vgl. Lehnurk. I 313 f., 1339 Aug. 22: „specialiterque cum villis de districtu Rudensi ad eundem districtum Lubinensem coniunctis“. Schon 1329 Dez. 10 [Reg. 4897] trennt Herzog Boleslaus von Liegnitz Klein-Öls mit den zugehörigen Dörfern vom Ohlauer Distrikt und versetzt es in den Brieger Distrikt unter die Gerichtsbarkeit des Brieger Hofrichters. Ebenso versetzt er 1331 Juli 11 [Reg. 5031] das Gut Wiesau (heute Kr. Neiße) aus dem Grottkauer in den Ohlauer Distrikt. Auch in späterer Zeit ist ein häufiger Wechsel zu beobachten. Um 1570 geht das Dorf Schebitz durch Kauf aus dem Trebnitzer in den Breslauer Kreis über, Rep. 13, AA III 6 d, 688. 1586 gehört Gut und Anteil Platschkau zum Fürstentum Liegnitz [Rep. 28, F. Liegnitz III 15 f., 26], später als Wüstung zum Kreise Striegau. [Zimmermann, Beiträge zur Beschreibung Schlesiens Bd. V, 235]; siehe auch M. Treblin, Beiträge zur Siedelungskunde i. ehem. F. Schweidnitz, Darst. u. Quellen z. schles. Gesch. G. S. 41, 112].

verfassung war also nur insoweit die Grundlage der Weichbildsverfassung, als an der Stelle von Kastellaneiburgern Weichbildstädte entstanden und als in ihr der Gedanke der Einteilung des Landes in kleinere Verwaltungsdistrikte lebendig war. Die neue Organisation war aber nur eine freie Anwendung dieses überkommenen Gedankens.

Man könnte ferner die Frage aufwerfen, ob vielleicht ständische Einungen von Ritterschafts-Gruppen des Landes die neue Organisation herbeigeführt hätten. Da aber die von Rachfahl angeführten Einungen<sup>1)</sup> schon die Namen ganz bestimmter Weichbilder führen, setzen sie die Existenz der Weichbilder voraus. Die Weichbildeinteilung lag also schon vor, und die durch das äußere Band schon aufeinander angewiesene Ritterschaft schloß sich nun auch innerlich zur Erreichung bestimmter gemeinsamer Zwecke zusammen. Daß dieser Zusammenschluß in Einungen der festen Gestaltung der Weichbildgrenzen noch förderlich sein konnte, ist möglich. Noch in späterer Zeit vermochte die Ritterschaft aus eigener Macht an dem überkommenen Weichbilderbestand Änderungen herbeizuführen. Denn nur aus Gründen der ritterschaftlichen Organisation ist die Ausgleichung der Weichbilder in beiden Fürstentümern Schweidnitz und Jauer auf je vier ritterschaftliche Verwaltungskörper zu erklären<sup>2)</sup>.

### Schluß.

Die Hilflosigkeit der Stände im Jahre 1741<sup>3)</sup>, die Bittschriften um Beibehaltung der alten Verfassung, mit denen König Friedrich bestürmt wurde<sup>4)</sup>, beweisen, welchen Schrecken die Stände oder wenigstens ihre Führer in der dumpfen Erkenntnis empfanden, daß die neue Herrschaft trotz ausdrücklicher Bestätigung aller alten Rechte eine völlig neue Zeit heraufführte. Der Trennung der Fürstentümer Schweidnitz und Jauer<sup>5)</sup> durch das preußische Feldkriegskommissariat standen die im Hergebrachten ergrauten Häupter des Landeskollegs fassungslos gegenüber. Die Eile, die die von den Preußen auferlegten Kriegslieferungen erforderten, brachte die Landesoffiziere in das äußerste Dilemma, ob sie sich überhaupt zur Ausschreibung der Lieferungen ohne Erlaubnis des

<sup>1)</sup> Vgl. vorstehend S. 18, Anm. 1. <sup>2)</sup> Zu dem Zwecke mußten Bolkenhain und Landeshut einen Kreis bilden, vgl. Quellen Nr. 128, 1686 Sept. 24. Auch sonst bestand eine genaue Rangordnung der Weichbilder, vgl. Stadtarch. Breslau, Hss. B 56 a, S. 388: Der weichbilder Session: Schweidnitz, Jauer, Striegau, Löwenberg, Bunzlau, Hirschberg, Bolkenhain, Landeshut, Reichenbach. Ferner findet sich mehrfach für die Weichbilder die Unterscheidung: oberes und niederes Land. Die oberen Weichbilder waren Bunzlau, Hirschberg, Landeshut und Löwenberg, Rep. 39, S.-J. II 1 a, 285; Fü 238, 1, S. 1023; Rep. 135, Jau. Msc. XI 19; Stadtarch. Breslau, Ortsakten S.-J., Schr. von 1644 Sept. 20. Über die Lokalverwaltung und die ständische Kreisverfassung in der Mark Brandenburg vgl. M. Hass, Die landständische Verfassung und Verwaltung in der Kurmark Brandenburg während der Regierung des Kurfürsten Johann Georg (1571–1598), Berliner Inaug.-Diss. 1905, S. 86 ff. <sup>3)</sup> Vgl. dazu das Privatprotokoll des Hans Friedrich v. Seydlitz auf Pfaffendorf, Landesältesten des Striegauschen Weichbildes, vom 1. Jan. 1741 ab. Kgl. St.-A. Rep. 211 b. Acc. 21/09. Striegau Nr. 3, ferner Rep. 135, E 55. Vgl. im allgemeinen Grünhagen, Schlesien unter Friedrich dem Großen, Breslau 1890, I 61 f. und die Publikation von G. A. Stenzel, in Script. V, speziell Nr. 2: Landes-Diarium de 1741 ad ult. Junii 1742. <sup>4)</sup> Von Schweidnitz-Jauer um Beibehaltung des conventus publicus und des Generalsteueramts, um Wiedereinrichtung der Landeshauptmannschaft und der alten Gerichtsverfassung, um Aufrechterhaltung des Huldigungsprivilegs, a. a. O. Rep. 211 b, Striegau Nr. 3, S. 107 ff., 128 ff., vgl. Quellen Nr. 140–144. <sup>5)</sup> Jauer hatte besondere Lieferungen auferlegt erhalten, a. a. O. Striegau Nr. 3, 11. Jan. 1741. Die endgültige Teilung Schlesiens in die Domänenkammerbezirke Breslau und Glogau trennte auch Schweidnitz und Jauer.



Landeshauptmanns versammeln dürften. Der einzige Ausweg, den die Not der Stunde erzwang, war der, daß man anfangs ohne Rang und Ordnung zu bloßen Unterredungen zusammentrat<sup>1)</sup>. Der Sieg ihrer allergnädigsten Königin und die Wiederaufrichtung der geliebten alten Verfassung „bis ans Ende der Welt“<sup>2)</sup> erschien der Beamtenschaft als den treuehorsamsten Vasallen und Patrioten aber doch als so wahrscheinlich, daß man wichtige Papiere nächtlich über die Grenze schaffte<sup>3)</sup> und die Landeskasse „bei einem guten Freund im Gebirge“ unterbrachte<sup>4)</sup>. Diese Kasse hat übrigens zur Regulierung der von der früheren Regierung übernommenen Schulden noch bis zu Anfang des siebenjährigen Krieges existiert<sup>5)</sup>, aber dem Kriegsfeuer, das endgültig alle österreichischen Hoffnungen zerschmolz, vermochte auch sie nicht standzuhalten.

Eigentliche ständische Versammlungen, wie sie noch mehrfach zwischen 1741 und 1750, öffentlich sogar auf Befehl des Fürstbischofs im Neissischen zusammengetreten waren<sup>6)</sup>, wurden von der Regierung mit Strenge unterdrückt. Dem König kam es aber nur darauf an, die wichtigsten Organe der alten Verfassung außer Tätigkeit zu setzen und im übrigen eine direkte gesetzliche Aufhebung der ständischen Verfassungsrechte zu vermeiden. Eine bemerkenswerte Kontinuität in der Verwaltung zeigte sich sogar in der Ordnung der Kreisverwaltung<sup>7)</sup>. Die königliche Verordnung vom 19. Dez. 1741<sup>8)</sup>, die die bestehende Kreis- oder Weichbildseinteilung nicht umstieß, setzte zwar alle bisherigen Landesältesten ab, verkündete aber, daß der König „aus dem corpore der ritterschaft unter dem nahmen von kön. land-räthen anderweithige landeseltesten zu erwählen“ beabsichtige. Ein Teil der alten Landesältesten ließ sich auch direkt unter die neuen preußischen Landräte aufnehmen<sup>9)</sup>. Auch die übrigen neuen Kreisbeamten entsprachen im wesentlichen den schon lange in der schlesischen Kreisverwaltung nachweisbaren Beamten<sup>10)</sup>. Es ist eine in der

<sup>1)</sup> Ebda. <sup>2)</sup> Ebda. <sup>3)</sup> Ebda. S. 160. <sup>4)</sup> Ebda. S. 47. <sup>5)</sup> 1758 sind in der Kasse noch 6811 fl. 15 kr., Rep. 39, S.-J. VI 17 a. Die Rechnungen werden bis zum 31. Dez. 1742 von dem Landesältesten Karl Ferdinand Frhrn. v. Seher-Thoss unterzeichnet, nachher von 2–4 ständischen Deputierten des Weichbilds. Vgl. auch Rep. 201 b, Regierung Liegnitz XVI 320. 1750 Jan. 16, Juli 20 und 28. <sup>6)</sup> Kgl. St.-A., Rep. 199, MR III 4 a, speziell 1749. <sup>7)</sup> Vgl. Hintze, Acta borussica VI 1, S. 556. <sup>8)</sup> Rep. 211 b, Striegau Nr. 3, S. 177 u. Script. V, S. 201. <sup>9)</sup> Ebda. Striegau Nr. 3, S. 183 eine Liste der neuen Landräte, die aber nach Ausweis der Instanzennotiz von 1743 und von Rep. 135, E 150 a geändert wurde. So wurde zum Landrat von Striegau der alte Striegauer Landesälteste Hans Friedrich v. Seydlitz auf Pfaffendorf ernannt, der ursprünglich für Bolkenhayn in Aussicht genommen war und von 1742–1761 im Amte blieb [vgl. Rep. 201 b, Reg. Liegnitz XVI 320 (1750 Juli 20) und Rep. 135, E 150 a]. Landrat von Jauer wurde George Wilhelm v. Reibnitz auf Leipe, „der ich schon seit 1722 in Landesdiensten [und zwar als Landesältester] gestanden“ [ebda Rep. 201 b, 1750 Jan. 16]. Frühere Landesälteste waren auch die Landräte von Bolkenhayn-Landeshut [Baron J. v. Schweinitz auf Hausdorf] und von Bunzlau-Löwenberg [Balthasar Abraham Freiherr v. Glaubitz auf Sirgwitz. Seine Wahl zum Landesältesten erfolgte 1723 Juni 11, Rep. 39, S.-J. II 3 l]. Der Landrat von Reichenbach, Konrad von der Heyde auf Habendorf, war in österreichischer Zeit Hofrichter des Reichenbacher Weichbildes gewesen [Rep. 135, E 150 a]. Ebenso stammten der Landrat von Schweidnitz, Karl Siegmund Freiherr v. Zedlitz auf Kapsdorf, der ursprünglich für Striegau in Aussicht genommen worden war, sowie der Hirschberger Landrat Conrad Gottlieb Freiherr v. Zedlitz auf Kauffung aus einem Geschlecht, das den Fürstentümern in österreichischer Zeit eine stolze Zahl von Landesbeamten gestellt hatte. Vgl. zu dieser Frage auch O. Kutzner, Das Landratsamt in Schlesien 1740 bis 1806, Gekrönte Preisschrift und Breslauer Dissertation 1911; das ganze Werk wird voraussichtlich bald erscheinen. <sup>10)</sup> Rep. 211 b, Striegau Nr. 3, S. 186, 187. Der Preußische Kreiseinnehmer des Kreises Jauer, Kretschmer, war schon vor 1740 Kassahalter des Fürstentums Jauer gewesen. Er hatte ebenso wie der 1748 verstorbene Schweidnitzer Kassahalter Thielisch noch Forderungen an die alte Fürstentumskasse. Rep. 201 b, Regierung Liegnitz, XVI 320, 1750 Jan. 16.

Literatur noch nicht genügend beachtete Tatsache, daß die schlesischen Weichbilder spätestens schon im Beginn des 17. Jahrhunderts voll ausgebildete Verwaltungskörper waren, denen die preußische Kreisorganisation äußerlich sehr wenig Neues zu bringen vermochte. Der grundlegende Unterschied war nur der, daß ein gänzlich neuer Geist einzog, daß aus der im Weichbild bisher noch unangetasteten ständischen eine streng landesherrliche Verwaltung wurde.<sup>1)</sup>

Selbst die alte landständische Verfassung sollte nochmals zu neuem Leben in beschränktem Umfange erwachen, bei Gründung der schlesischen Landschaft. Die Kreis- und Fürstentumstage, die 1769 Bevollmächtigte zu einem Schlesischen Generallandtag und zur Abfassung des Landschaftsreglements erwählten<sup>2)</sup>, gingen auf die alten ständischen Kreis- und Landtage zurück. „Nach dem alten Styl“<sup>3)</sup> wurde die Einrichtung des Amts und die Wahl des Namens der Landesältesten getroffen, die aus den Landesältesten gebildeten Fürstentumskollegien fußten auf der „uralten Verfassung“<sup>4)</sup> der Landtage der Einzelfürstentümer. Die Schweidnitz-Jauersche Landschaft bildete wieder, wie in alten Zeiten, ein eigenes System, während jedes der übrigen sieben Systeme aus Gründen der Praxis aus mehreren alten Fürstentümern und Herrschaften zusammengesetzt wurde<sup>5)</sup>. Allerdings hatte die Landschafts-Verfassung nur ihre Form den alten ständischen Verfassungen entlehnt; ihren Aufgaben als reines Kreditinstitut entsprechend war sie dem geistigen Inhalt nach eine durchaus neue Schöpfung. Aber das Geschick wollte, daß die alten Formen noch einmal mit altem Inhalt erfüllt wurden, daß das adelige Schuldeninstitut zur politischen Landesvertretung wurde. 1809 bildeten neben Vertretern der Städte Landschaftsdeputierte die, wenn auch nicht offen anerkannte ständische Repräsentation der schlesischen Staatsbürger zur Zustimmung zu dem Hausgesetz über die Veräußerlichkeit der Domänen des Staates vom 6. Nov. 1809<sup>6)</sup>. Auch die

<sup>1)</sup> Vgl. dazu O. Hintze, Der österreichische und der preußische Beamtenstaat im 17. und 18. Jahrhundert. Hist. Zeitschr. Bd. 86, S. 401 f., bes. 407 f. <sup>2)</sup> Vom 9. Juli 1770, vgl. hierzu Reimann, Über den Ursprung der schlesischen Landschaft, Festgabe des Vereins f. Gesch. Schles. für Roepell 1884, [zugleich Zeitschr. XVIII, S. 1 ff.]; Grünhagen, Schlesien unter Friedrich d. Gr. II, S. 325 ff., speziell S. 336 f. <sup>3)</sup> Vgl. die von Carl G. Suarez verfaßten Gedanken eines Patrioten über den Entwurf zur Wiederherstellung des allgemeinen Kredits des schlesischen Adels, Breslau 1770, S. 64 (§ 52). <sup>4)</sup> Ebda. S. 61 (§ 51). <sup>5)</sup> Vgl. Das Landschaftsreglement vom 9. Juli 1770, Kornische Ediktensammlung Bd. 12, ferner v. Görtz, Die Verfassung und Verwaltung der Schlesischen Landschaft, Breslau 1907 (4. Auflage). <sup>6)</sup> Die Zustimmung der schlesischen Deputierten zu diesem Gesetz erfolgte auf dem General-Landtag vom 2. März 1809, vgl. die im wesentlichen übereinstimmende Liste der adligen Deputierten in der Personal-Chronik der Schlesischen Landschaft (Breslau 1854) S. 237 mit den Unterschriften der adeligen Stände im Novum Corpus constitutionum Prussico-Brandenburgensium, Bd. 12, Spalte 891 ff., sowie die Kabinetts-Ordre vom 27. Dez. 1808 (Rep. 14, PA. VIII 77 c, Bd. II Bl. 35 b). Im Anschluß an diese Abstimmung erließ der König, wahrscheinlich auf einen Bericht des Oberpräsidenten v. Massow hin, die Kabinetts-Ordre vom 18. März 1809 (ebda. Bl. 39): „Es ist nicht die Absicht gewesen, den in Schlesien statt der noch nicht organisierten Stände dieser Provinz zugezogenen Landschaftsdirektorien und Deputierten der landrätlichen Kreise und der größeren Städte durch die Mitvollziehung des Edikts und Hausgesetzes wegen Veräußerlichkeit der Domainen eine spezielle Vertretungs-Verbindlichkeit aufzulegen, und Ich approbiere es daher, daß Ihr dies den Deputierten in Meinem Namen bekannt gemacht habt“. Um aber über eine solche Vertretung verfügen zu können, beauftragte der König den v. Massow mit der Bildung einer vorläufigen ständischen Repräsentation, und Massow schloß sich dabei für die Repräsentation der Rittergutsbesitzer an die „bereits bestehende Abteilung der Fürstentums-Landschaften“ an: Zu den 21 Vertretern des Adels sollten acht städtische Deputierte hinzutreten. Vgl. Quellen Nr. 146 u. 147, 1809 April 22 und Mai 6 [Rep. 14, PA III 1 h sowie II 1 r]. Den Hinweis auf diese Stücke von April und Mai 1809 verdanke ich Herrn Universitätsprofessor Dr. Ziekursch. Siehe auch H. Wuttke, Die schlesischen Stände . . . in alter und neuer Zeit, Leipzig 1847, S. 46 f.; H. Simon, Die ständische Verfassung von Schlesien, Breslau 1846, S. 19.



Organisation der Provinzialstände des 19. Jahrhunderts ist in wesentlichen Punkten die Fortsetzung der alten landständischen Organisation.

Mit unerwünschter Lebhaftigkeit schien sich anfangs der Geist des alten Verfassungslebens in der 1772 begründeten Patriotischen Gesellschaft in Schlesien und deren Zweigsozietäten zu erneuen<sup>1)</sup>. Während der eigentliche Zweck der Gesellschaft, die Hebung der Landeskultur, insbesondere von Ackerbau und Gewerbe, wenig Anklang fand, zeigte doch z. B. die Untersuchung über heimliche Versammlungen der „Patrioten“ des Fürstentums Wohlau im Kloster Leubus<sup>2)</sup>, daß die Regierung auf politische Regungen in ständischen Kreisen gefaßt sein mußte. Ohne Zweifel war es das lebhafte Gefühl alter ständischer Zusammengehörigkeit in Schweidnitz-Jauer, das allein die Schweidnitz-Jauersche Zweigsozietät das 1791 erfolgte Erlöschen der Breslauer Hauptsozietät und aller Zweigvereine überdauern ließ<sup>3)</sup>. Das eminente historische Selbstbewußtsein, das die Schweidnitz-Jauerschen Stände bis zum Jahre 1840 trieb, sich ihr ausschließliches und uraltes Huldigungsrecht innerhalb der Grenzen von Schweidnitz-Jauer immer wieder bestätigen zu lassen<sup>4)</sup>, das sie dauernd um die Wiedererstattung ihres Privateigentums, des Landeshauses zu Schweidnitz, kämpfen ließ, hat sich in die kleine ökonomisch-patriotische Sozietät zu Jauer zu retten gewußt und läßt sie bis zum heutigen Tag blühen. Man darf sich der Lebenskraft dieser Vereinigung, eines lebendigen geschichtlichen Denkmals, freuen, ohne an die Schattenseiten einer Verfassung denken zu müssen, die ursprünglich die Vertretung aller Untertanen beabsichtigt, aber in ihrer späteren Entwicklung nur den Eigennutz weniger privilegierten Stände geschützt hat. Unter Anerkennung des politischen Standpunkts der preußischen Regierung, die mit Erfolg den provinziellen Partikularismus zugunsten eines höheren Staatsgedankens zu unterdrücken wußte, wird man heute vom kulturgeschichtlichen Standpunkte aus einer so kräftigen landschaftlichen Sonderart ein rechtes Verständnis entgegenbringen können.

---

<sup>1)</sup> Vgl. Aug. Kahlert, Die patriotische Gesellschaft in Schlesien (1772—1791); in Übersicht der Arbeiten und Veränderungen der Schles. Ges. für vaterl. Kultur im Jahre 1848, Histor. Sektion, S. 219 f.    <sup>2)</sup> 1776, Rep. 199, MR III 4 a.    <sup>3)</sup> Vgl. Richter, Einiges über Ursprung und Wirken der vereinigten ökonomisch-patriotischen Sozietät der Fürstentümer Schweidnitz und Jauer, Jauer 1865.    <sup>4)</sup> Gedr. bei Richter, S. 86—90.

# Exkurse.

## I.

### Die Zwecke der ältesten Einungen in Schlesien.

Die Einung ist eine gewillkürte Genossenschaft. Die Erwerbung der Mitgliedschaft hängt nur von dem freien Willen der Einzelnen und der Aufnahme durch die Genossenschaft ab<sup>1)</sup>. Wendet man diese begrifflichen Bestimmungen auf den von Rachfahl<sup>2)</sup> als erste Einung bezeichneten Zusammenhalt der Breslauer Stände von 1290 bei der Wahl Heinrichs von Liegnitz an, so ergibt sich, daß die Ritter und Bürger als Bewohner des Territoriums, nicht aber als Mitglieder einer freien Genossenschaft handelten und zusammen kamen. Die *Chronica principum Polonie* würde vielleicht auch zur Kennzeichnung eines so ungewöhnlichen Unternehmens, wie das einer Einung war, einen so schwachen Ausdruck, wie „*inito consilio*“<sup>3)</sup> vermieden haben, der nichts weiter, als eine gemeinsame Beratung der im Zwangsverband des Territoriums befindlichen Untertanen bedeutet. In gleicher Weise erfolgte die Vormundschaftswahl der Breslauer Stände vom 9. November 1301 ohne Einung<sup>4)</sup>. Es handelten „*barones, vasalli, milites, cives et majores terre simul congregati*“, aber von einer Verbindung von längerer Dauer ist keine Rede<sup>5)</sup>.

1305 Dezember 18 erhalten die Städte Troppau, Leobschütz, Jägerndorf und Freudenthal eine gemeinsame Bestätigung ihrer Rechte für ihre Unterwerfung unter Nikolaus von Troppau<sup>6)</sup>. Man kann deshalb vermuten, daß diese Städte untereinander verbunden waren, weil der Einungsgedanke gerade unter den Städten in Schlesien wie in Altdeutschland am ersten und kräftigsten Wurzel gefaßt hat und weil nur wenige Jahre später eine Städte-Einung sicher nachzuweisen ist. Der Bund der Städte des damaligen Fürstentums Glogau vom 29. Juni 1310 war eine förmliche Einung, „*quod habitatoribus civitatum supra dictarum convocatis et eorum maturo habito consilio propter bonum pacis ac habitatorum utilitatem confederacionem ac conspiracionem inivimus*“<sup>7)</sup>. Der Bund richtete sich aber ausgesprochener Maßen nur gegen Missetäter, Räuber und Mörder, hatte also nur einen bestimmten Zweck, den der Aufrechterhaltung der Sicherheit im Lande. Von einer landesherrlichen Bestätigung der Einung oder einer Erlaubnis zu ihrem Abschluß ist nicht die Rede.

Auch die Städte des Schweidnitzer Landes scheinen schon zur selben Zeit enge Beziehungen untereinander gepflogen zu haben, denn Herzog Bernhard von Fürstenberg erläßt 1311 September 29<sup>8)</sup> ein Urteil gegen die Schweidnitzer Bäcker auf das „*arbitrium*“, die Willkür aller seiner Städte hin, „*pariterque dictante iudicio sive arbitrio civium civitatum suarum omnium*“.

Wenn Herzog Nikolaus von Troppau 1318 Juli 19<sup>9)</sup> den Baronen und Edlen seines Landes den Genuß der Rechte und guten Gewohnheiten verspricht, die die Barone und Edlen des Königreichs Böhmen und der Markgrafschaft Mähren genießen, so ist zwar ein gemeinsames Handeln der Edlen vorausgegangen, aber es liegt durchaus kein Grund zu der Annahme vor, daß dies in Form einer Einung geschah.

<sup>1)</sup> Die Grotefendsche Regestensammlung Rep. 135, E 149 e hat mir bei Zusammenstellung der Einungen die besten Dienste geleistet. Bei Fortschreiten des Regestenwerks von Grünhagen-Wutke dürften vielleicht noch Einungen zu ermitteln sein. <sup>2)</sup> a. a. O., S. 61, Anm. <sup>3)</sup> Script. rer. Sil. I, S. 115. <sup>4)</sup> Vgl. Rachfahl a. a. O.

<sup>5)</sup> Script. I, S. 125, siehe auch die Beratungen ebda. S. 130. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß nicht tatsächlich Einungen zum Zweck gemeinsamer Wahl eines neuen Landesherrn abgeschlossen wurden, vergl. das Bündnis zwischen den Herren von Cottbus und der Stadt Guben, 1319 Sept. 1, Neues Lausitzisches Magazin, Bd. 36 (1860) S. 48. Vgl. auch Lehnurk. I 381 (1435 Juli 4) und 383 f. [1436 Mai 28 und Juni 10]. <sup>6)</sup> Lehnurk. II, S. 465 f.

<sup>7)</sup> F. Minsberg, Geschichte der Stadt und Festung Groß-Glogau, Glogau 1853, Bd. I, S. 180 f., vgl. Reg. 3150, Stenzel, Gesch. Schles., S. 272 f. <sup>8)</sup> Reg. 3225; Korn [Codex VIII], Schlesische Urkunden zur Geschichte des Gewerberechts, Breslau 1867, S. 8. <sup>9)</sup> Reg. 3819.



1318 Aug. 20 ist es ein Landesherr, Markgraf Waldemar von Brandenburg, der die Städte Guben, Krossen, Sagan, Sommerfeld und Triebel zu einem Achtsbündnis gegen verfestete Leute zusammenschließt<sup>1)</sup>. Die Bereitwilligkeit der Landesherren zur Förderung solcher Ächtungsabkommen, wie sie 1331 Okt. 2 König Johann von Böhmen und 1349 Febr. 3 Herzog Heinrich von Glogau ihrer Stadt Glogau für große Landgebiete bestätigen<sup>2)</sup>, beweist, daß derartigen Einungen an sich kein politischer Charakter innewohnte. Dagegen dient die Einung der Städte Liegnitz, Goldberg und Haynau, die Boleslaus von Liegnitz 1333 Oktober 29 zuläßt<sup>3)</sup>, offenbar politischen Zwecken. Daß es sich um eine Einung handelte, geht aus dem Versprechen hervor, „daz wir kegin der stete eine sunderlich nictes sullen muten; wen wir abir kein in allin drien rechtes wollen muten, so sulle wir sie alle drie gemeinlich besenden, unde die sullen uns denne dor uber entworten mit eyne munde“. Noch einen Schritt weiter geht die nächste nachweisbare Einung vom 25. September 1334<sup>4)</sup>, denn in ihr verbündet sich der Landadel des Weichbildes Glogau durch einen gekorenen Ausschuß mit der Stadt Glogau zum Schutz der Rechte von Stadt, Land und Landesherrn. Wie dies wirkte, ergibt sich aus einer Urkunde Heinrichs von Jauer von 1337 Januar 4, in der er Stadt und Land Glogau, „ipsos coniunctim vel divisos“, verspricht, sie nicht in ihren Rechten und Freiheiten zu verletzen<sup>5)</sup>. Das 1339 August 10 von König Johann genehmigte und vielleicht von ihm angeregte Achtsbündnis der Städte Breslau, Neumarkt, Glogau, Görlitz, Bautzen, Kamenz, Löbau, Strehlen und Ohlau dient wiederum nur einem bestimmten Zweck<sup>6)</sup>. Derselbe König befiehlt 1345<sup>7)</sup> dem Weichbild und der Stadt Glatz, „quatenus ad unionem, quam inter vos de mandato nostro alias fecistis, dictos cives, scultetos et districtuales Hawelswerdensens vobis assumere vosque cum ipsis unione eadem colligati contra quoslibet vos indebite molestare aut turbare conantes adjuvare decetero mutuo debeatis“. Auch diese Einung geht also vom König aus und dient einem ganz bestimmten Zwecke. Um 1343 wird die „terrigenarum Legnicensium communitas“ erwähnt<sup>8)</sup>, ohne daß die Annahme notwendig ist, daß es sich hier um eine freie Einung, statt um den Zwangsverband des Weichbildes handelt.

Die Einung, die 1344 August 14 die Städte Frankenstein und Münsterberg mit der Stadt Strehlen schließen<sup>9)</sup>, dient dazu, einander um „allis, das sy andritt von noyt, von obregir gewalt und von erin vyndyn adir irir eychter flisikklich yn byczusteyn und czu helfyn“.

1346 September 29 bestätigt Bolko von Schweidnitz ein Achtsbündnis seiner Städte Jauer, Hirschberg, Löwenberg, Bunzlau, Schönan und Lähn mit den Städten Goldberg und Haynau<sup>10)</sup>. Das Privileg desselben Herzogs vom 9. Nov. 1347, das sämtlichen Städten seines Landes das Recht zur Sammlung eines Brennpennigs gegen die Droher, Brenner und schädlichen Leute gibt<sup>11)</sup>, beweist aufs Neue, daß der die Städte einigende Gedanke vornehmlich der des Schutzes der öffentlichen Sicherheit war. Noch das Achtsbündnis Breslau mit schlesischen und Lausitzer Städten vom 29. Mai 1369 dient diesem Zweck<sup>12)</sup>.

Die letzte hier zu besprechende vor der Mitte des 14. Jahrhunderts entstandene Einung ist die 1349 Sept. 7 von Herzog Nikolaus von Münsterberg bestätigte Einung zwischen Adel und Städten der Weich-

<sup>1)</sup> Neues Lausitzisches Magazin, Bd. 36 (Görlitz 1860), S. 48. <sup>2)</sup> Minsberg a. a. O. S. 337. <sup>3)</sup> F. W. Schirmacher, Urkundenbuch der Stadt Liegnitz, Liegnitz 1866, S. 70 f. (Reg. 5262); siehe Stenzel, Gesch. Schles. S. 133. <sup>4)</sup> Schlechter Abdruck bei Minsberg a. a. O., S. 347. Das Original befindet sich im Glogauer Ratsarchiv, siehe Stenzel, Gesch. Schles., S. 273. <sup>5)</sup> Lehnurk. I, 143. <sup>6)</sup> Georg Korn, Breslauer Urkundenbuch I, Breslau 1870, S. 144. Stenzel, Gesch. Schles., S. 273. <sup>7)</sup> Juli 31. Das Original ist bei Volkmer u. Hohaus, Geschichtsquellen der Grafschaft Glatz I, Habelschwerdt 1883, S. 34 unter dem Datum 1310–1327 Juli 31 abgedruckt; nach Schles. Reg. Codex XVI, S. 177 gehört die Einung in das Jahr 1345. Eine frühe deutsche Übersetzung des lateinischen Originals Rep. 135, D 365 e, Bl. 3 übersetzt „unionem, quam . . . fecistis“ mit „einikeit, welche ihr . . . gehalten habet“. Vgl. dazu auch die Maßregeln gegen Übeltäter, Volkmer u. Hohaus, I, S. 49, 77, 91, 96. <sup>8)</sup> Schirmacher a. a. O. S. 98. <sup>9)</sup> Rep. 132 a, Dep. Strehlen Nr. 8 u. 9. Für den Fall, daß eine der Städte an einen anderen Herrn fällt, wird eine „Sonderung“ der Einung als wahrscheinlich angenommen. <sup>10)</sup> Siehe Quellen Nr. 4. <sup>11)</sup> Siehe Quellen Nr. 5. <sup>12)</sup> Korn, Bresl. Urkundenbuch, S. 216.

bilder Münsterberg und Strehlen<sup>1)</sup>. Die auf Geheiß und Gebot des Herzogs entstandene Einung dient wiederum ausgesprochen dem Zweck „vor unsirs landis not und nucz und were czu schaffen keyn unsirn vienden“. Besonderes Interesse aber bietet diese Einungsurkunde durch die Bestimmung, daß in jedem Weichbild Mannen und Städte einen Ausschuß von je vier Mannen zur Führung der Geschäfte kiesen sollten. Diese Mannen erhalten das Recht, gemeinsam mit dem Rat der zugehörigen Städte selbst Steuern und Geschoß auszuschreiben. Wir haben es also mit einem ständischen Ausschuß als Exekutivorgan der Einung zu tun, wie es in ähnlicher Form schon in der vorher besprochenen Einung des Glogauer Landes vom 25. Sept. 1334 geschaffen worden ist. Da sich nun in der landständischen Verfassung später für jedes Weichbild in den Landesältesten ähnliche Organe des Weichbildadels nachweisen lassen, läge der Schluß nahe, daß ein Einungsorgan in die landständische Verfassung übergegangen ist. Daß dem aber nicht so ist, ergibt einerseits die Tatsache, daß schon 1277 ständische Ausschüsse ohne Spur einer Einung auf Anregung des Landesherren geschaffen worden sind<sup>2)</sup>, andererseits die Feststellung, daß das Institut der Landesältesten sich in Schlesien auch überall da entwickelt hat, wo keine Einungen nachzuweisen sind.

Schließlich bleibt noch die Frage zu beantworten, ob die großen Landesprivilegien aus der Zeit der Lehnaufragungen an Böhmen etwa auf den Druck ständischer Einungen zurückzuführen sind. Die Privilegien enthalten aber keinen Hinweis darauf, sie gestatten nur die Einungsfreiheit für den Fall der Verletzung der Privilegien. Es liegt vielmehr die Vermutung nahe, daß die Privilegien die Folge gütlicher Übereinkunft der Fürsten und der Böhmenkönige mit den Untertanen der verschiedenen Territorien waren, daß die Fürsten mit diesen Privilegien der Bildung von Einungen vorbeugten. Für die Folge wirkte schon das bloße Recht zu Widerstand und Einung meist ausreichend für den Schutz der von den Ständen erworbenen Rechte.

Wohl das beste Beispiel dafür, wie ein außerordentlicher Anlaß zur Entstehung einer Einung mit bestimmten Zwecken führt, ist das Zusammenschwören des Schweidnitzer Weichbildes vom Jahre 1621<sup>3)</sup>. In diesem Falle besteht seit langem die voll ausgebildete landständische Verfassung, wie auch die Weichbildverfassung; ebenso ist auch die Landesverteidigung längst organisiert, und doch hält es die Ritterschaft für notwendig, sich der drohenden Kriegszeiten halber untereinander feierlich zum Zweck gegenseitigen Schutzes zu einen.

## II.

### Landstandschaft und Burgenbesitz.

Die Frage, ob die Landstandschaft ursprünglich an den Besitz einer Burg geknüpft war, ist neuerdings zwischen G. v. Below und M. Hass erörtert worden<sup>4)</sup>. Die Anschauung von Hass, daß in den ostdeutschen Territorien der Burgenbesitz keine notwendige Vorbedingung der Landstandschaft war, findet eine Bestätigung in den Verhältnissen von Schweidnitz-Jauer. In diesen Herzogtümern, wie in ganz Schlesien, gilt nach den Urkunden des 13. Jahrhunderts der Burgenbesitz als ein landesherrliches Vorrecht<sup>5)</sup>, wenn auch die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen ist, daß es in Schlesien noch im 12. und 13. Jahrhundert eine kleine Zahl autochthoner Dynastengeschlechter mit eigenen Burgen gegeben hat<sup>6)</sup>. Im 14. Jahrhundert sind nicht nur zahlreiche herzogliche Landesburgen nach erfolgter Verpfändung und Verlehnung im Besitz des niederen Adels nachzuweisen<sup>7)</sup>, sondern dieser Adel hat auch selbst feste Häuser<sup>8)</sup> gebaut, gegen die

<sup>1)</sup> Siehe Quellen Nr. 6, vgl. über spätere Einungen Grotefend Rep. 135, E 149 e: 1383 Mai 2 und 1384 April 28.

<sup>2)</sup> Siehe vorher S. 93. <sup>3)</sup> Siehe Quellen Nr. 87. <sup>4)</sup> Hass, a. a. O. S. 30 ff. 47 ff. v. Below in der Hist. Zeitschr. Bd. 100, S. 325. Vgl. dazu auch Th. Ilgen, Zum Hantgemal, Mitt. d. Instituts f. öst. Gesch. f., Bd. 28 (1907), S. 571: „ja vielfach nur auf die Hofstatt, wenn etwa der Burgenbau im Laufe der Zeit verfallen war, gründete sich die Berechtigung auf Zulassung zur Ritterschaft eines Territoriums“. <sup>5)</sup> Vgl. Stenzel, Gesch. Schles. S. 158 f.; Reg. Nr. 605; Cod. VII, 2, S. 41, Nr. 1169, 1487, 1533, 1536, 1537, 1596; Cod. VII, 3, S. 56, Nr. 2365, 4636, 4841, 4842.

<sup>6)</sup> Vgl. z. B. Schulze, Zerstörung von Burgen, nicht Burgenbau, Schles. Geschichtsbl. 1912, S. 26 f. <sup>7)</sup> Reg. 2183, 3173, 4363; Familiengeschichte der v. Czetztritz S. 10, 217 f., 273 f., 421, 423, 501; Quellen Nr. 111 (1650 Febr. 12)

<sup>8)</sup> Stenzel, Gesch. Schles. S. 160, 200: schon in der Mitte des 13. Jahrhunderts; siehe auch Reg. 1487, 1596.



sich zeitweilig der Landesherr mit den Waffen wendet<sup>1)</sup>. Im 15. Jahrhundert sind Einigungsbestrebungen unter den Besitzern „von den slössern“, den Schloßherren, nachweisbar<sup>2)</sup>, ohne daß es, wie etwa in der Mark Brandenburg, zur Bildung eines bevorrechteten Standes schloßgessener Herren gekommen wäre. Seit dem 16. Jahrhundert wird zwar in der Regel bei Taxierung von Rittergütern der „Rittersitz“ erwähnt; aber weder ist nur der Inhaber eines Rittersitzes landtagsfähig<sup>3)</sup>, noch wird jemals die Forderung erhoben, daß der Rittersitz notwendig ein verteidigungsfähiges Gebäude oder direkt eine Burg sei. Vielmehr ist er häufig nur ein einfacher Herrenhof, der niemals mit den für einen festen Sitz bezeichnenden Ausdrücken „Haus“, „Hof“ oder „Veste“ belegt wird<sup>4)</sup>. Daß Verteidigungsanlagen, wohl meist Wall und Graben oder Plankenzaun, vorhanden waren oder in Zeiten der Not geschaffen wurden, ist bei den schweren Leiden, die die Ritterschaft und die sonstige landgessene Bevölkerung stets bei Kriegen zu erdulden hatte, durchaus wahrscheinlich<sup>5)</sup>, aber auch einfache Bauernhöfe konnten derartige Anlagen besitzen. Noch die italienischen Baumeister, die im 16. und 17. Jahrhundert den vornehmen Geschlechtern neue Herrensitze in der Ebene erbauten, schufen schützende Befestigungsanlagen<sup>6)</sup>. Neben diesen Herrensitzen und neben den alten stolzen Berghäusern aber, welch letztere im dreißigjährigen Krieg wieder eine für die Besitzer bedenkliche Wertschätzung bei den kriegführenden Parteien erlangten<sup>7)</sup>, sind doch auch noch im 17. Jahrhundert höchst primitive, für den Kampf ungeeignete Rittersitze<sup>8)</sup> in Schlesien zu finden. Besonders aber im 14. und 15. Jahrhundert dürften in Schlesien ähnliche Verhältnisse geherrscht haben, wie sie von A. Sedláček für den böhmisch-mährischen Adel geschildert worden sind: „Ein großer Teil dieses Adels lebte auf die Art von Freibauern, während sich ein kleinerer, vom Glücke begünstigter Teil zu Besitzern eines oder zweier Dörfer empor schwang und, wenn es gut ging, sich auch zu einer Veste verhalf“<sup>9)</sup>. An der Landtagsfähigkeit dieses kleinen Adels in Schlesien ist aber schon für das 14. Jahrhundert nicht zu zweifeln.

<sup>1)</sup> Reg. 1793, 4841, 4842. August Werner, Chronik von Friedland und Umgegend, Friedland 1883, S. 24; Stenzel, Gesch. Schles., S. 273; Familiengeschichte der v. Czetriz, S. 391, 425, 560; Grünhagen, Gesch. Schles. I, S. 130; Script. VI, S. 123. <sup>2)</sup> Vgl. Quellen Nr. 21 (1442 April 3) und Nr. 23 (1452 Nov. 21). <sup>3)</sup> Vgl. Quellen Nr. 145 (um 1742). <sup>4)</sup> So v. Czetriz in der Geschichte seines Geschlechts S. 64 f., S. 191, 193 ff.; er erklärt z. B. den 1453 vorkommenden Ausdruck „gesesse zu Adelsbach“ [S. 394, Regest G Nr. 78] als einfachen herrschaftlichen Sitz im Gegensatz zu den festen Schlössern. 1434 Juni 4 gestattet K. Sigismund der Stadt Breslau „einichen hoffe . . ., der zu der were nutz und bequem were, zu besetzen“ und so den Hussiten Widerstand zu leisten. Script. VI, S. 139 f. Als 1481 Juli 22 König Matthias von Ungarn den Brüdern von Zedlitz ihren Güterbesitz bestätigt, erwähnt er besonders „den gemauerten hof zu Buchwald“; Kgl. St.-A. Rep. 133, Gutsarchiv Siebeneichen Nr. 21. Mitte des 16. Jahrhunderts heißt es, der Adel bewohne „slosser, vesten, rittersitz und schlechte vorberge“ (= einfache, schlechte Vorwerke). Kgl. St.-A. Rep. 39, S.-J. II 1 a, fol. 322 f. Im Schied von 1510 Jan. 19 [Rep. 135, D 377 b, S. 112 ff., Artikel 3] erhalten die Schloß- und Vestenbesitzer unter der Ritterschaft die besondere Aufgabe, den Städten bei der Unterdrückung von Übeltätern behilflich zu sein. Also nicht alle Ritter hatten Vesten, wie denn auch in der 1650 von Czepko [Quellen Nr. 111] für Schweidnitz-Jauer angegebenen Zahl von 920 Schlössern und Rittersitzen nur verhältnismäßig sehr wenig wirkliche Schlösser enthalten sind, vgl. Lucae, Schlesische Fürstenkrone, Frankfurt a. M. 1686, S. 363, 374 f. Gude, Staat von Schlesien, S. 785. Vgl. ferner Hass, S. 35, über den Unterschied zwischen Rittersitz und Burg in Brandenburg. <sup>5)</sup> Man legte schon bei der Auswahl des Standortstorts Wert auf eine sichere Lage; vgl. über die Sumpfbefestigungen Konradswaldau und Schwarzwaldau die Familiengeschichte der v. Czetriz S. 421, 423, auch S. 501. Noch 1647 heißt es in einem Urbar des Gutes Bohrau im Fürstentum Öls [Kgl. St.-A. Rep. 33, F. Öls, Ortsakten Bohrau]: „Es ist eine schöne umschlossene kuppe alda, darauf könnte ein ansehnlich rittersitz erbauet werden.“ <sup>6)</sup> Lutsch, Die Kunstdenkmäler der Provinz Schlesien, Bd. III, Breslau 1891, S. 273; ferner Schlesische Fürstenkrone S. 795. <sup>7)</sup> So werden genannt Lähnhaus, Gröditzberg, Greifenstein, Burg Bolkenhain, Kynast, Haus Giersdorf, Boltzenstein bei Jannowitz, Kr. Schönau, Fürstenstein, Kemnitz, Pleßwitz, Heinzendorf, Domanze, Peterswaldau und Schwenkfeld; Ff. 238, 2 S. 267 f.; 238, 3 S. 46, 903; siehe auch G. Schönaich, Die Entstehung der schles. Stadtbefestigungen, Zeitschr. 41, S. 34. <sup>8)</sup> So wird 1648 Peiskern, Kr. Wohlau, folgendermaßen beschrieben: „ein von holz erbauter und theils mit ziegelu ausgeflochter rittersitz“. Kgl. St.-A. Rep. 43, F. Wohlau III 12 cc, S. 362. <sup>9)</sup> Gedanken über den Ursprung des böhmisch-mährischen Adels, Sitzungsberichte der Königl. böhm. Gesellschaft der Wissenschaften vom 2. Juni

## III.

### Die Vertretung der Fürstentümer Schweidnitz-Jauer auf dem schlesischen Fürstentag.

Die Sonderstellung, die die Fürstentümer S.-J. stets dem Fürstentag gegenüber wahrten, zeigte ihre Schattenseiten im 17. Jahrhundert. Ursprünglich, im 15. und 16. Jahrhundert, hatten die Stände selbst das Recht, ihre Vertreter zu den gesamtschlesischen Versammlungen, dem Oberrecht und dem Fürstentag zu wählen. Die Städte wählten entweder für jede Stadt besondere, oder, wie es später der Fall war, einige gemeinsame Vertreter<sup>1)</sup>. Der Adel nebst den Prälaten wählte auch selbständig seine Vertreter<sup>2)</sup>. Die Wahlen unterlagen der Bestätigung des Landeshauptmanns, der auch stets darauf drang, daß die Gesandten „vollmächtig“ abgefertigt wurden, d. h. daß das Hintersichbringen möglichst vermieden wurde<sup>3)</sup>. Zu diesem Zweck wurden die Beratungspunkte des Fürstentags schon auf den Landtagen der Fürstentümer bekannt gemacht, wie auch andererseits die Fürstentagsbeschlüsse im Landtag verlesen und von den ständischen Gesandten erläutert wurden<sup>4)</sup>.

Die Stände beschränkten aber in der Instruktion von 1573 selbst ihr Wahlrecht<sup>5)</sup>, indem sie es für alle nicht ungewöhnlich wichtigen Fälle dem Landeshauptmann und den ständischen Gekorenen übertrugen. 1605 und 1607 aber beschwerten sich die Landstände darüber, daß der Hauptmann die Gesandten ganz allein ernenne<sup>6)</sup>. Zum Grottkauer Fürstentag, 1607 Sept. 20, waren es die Ältesten, die allein die Gesandten wählten<sup>7)</sup>. 1609 schritt man daher zu einer Neuregelung, und zwar zur Wahl zweier fester ständiger Abgeordneten<sup>8)</sup>, ein Fortschritt, der bei allgemeiner Durchführung gewiß der Kräftigung des Fürstentags gedient hätte. Der Fürstentag machte auch selbst mit einem Vorschlag vom 25. Nov. 1616<sup>9)</sup> einen höchst beachtenswerten Versuch, die Wahl vollmächtiger, für die Durchführung der Fürstentagsbeschlüsse verantwortlicher Gesandten zu erzwingen. Der Versuch scheiterte jedoch einerseits am Widerstand des Kaisers Mathias<sup>10)</sup>, andererseits an dem eifrigsten Streben von S.-J., seine Sonderstellung zu behaupten<sup>11)</sup>.

Diese Sonderstellung aber führte gerade dazu, daß 1626 König Ferdinand III. als Herzog von Schweidnitz-Jauer den Ständen die selbständige Abfertigung von Gesandten zum Fürstentag und zum Oberrecht untersagte<sup>12)</sup>. 1627 ordnete er in einem Schreiben vom 6. Febr. aus Anlaß der schweren Drangsale Schlesiens an, „daß bei denen von dem khön. oberampt angestellten und ausgeschriebenen engen und anderen zusammenkhunften in unserem nahmen als fürstens zur Schweidnitz und Jaur gewisse abgesantten erscheinen, unsere stell und session einnehmen und vertrethen, auch darbei unser und des landes notturfft handeln“ sollten<sup>13)</sup>. Es kam in diesem Fall also tatsächlich, wie es auch bei Oppeln-Ratibor<sup>14)</sup> und theoretisch bei allen Erbfürstentümern der Fall war, dazu, daß der böhmische König als schlesischer Herzog, d. h. als sein

1890, S. 241. Wenn Sedláček im Dorf Štáhlau z. J. 1379 acht adlige Güter feststellt, so bieten die elf Rittersitze zu Kauffung, Kr. Schönau, ein ähnliches Beispiel für S.-J. [vgl. vorher S. 39]. Man darf allerdings annehmen, daß diese ritterlichen Wohnsitze zum Teil sehr primitiv und bäuerlich waren.

<sup>1)</sup> Vgl. z. B. 1532 Okt. 2, Kgl. St.-A. Rep. 132 c, Dep. Öls, Urk. Nr. 686; 1556 Nov. 25. Rep. 39, S.-J. II 1 b, 277, ferner Böhm, Nachricht S. 62. <sup>2)</sup> So 1543 und 1544, 1547 Rep. 39, S.-J. II 1 a, f. 97 f., 103 b f., 120, 218. II 1 c, Bl. 2 b f. (1573), 29 b (1575) u. ö. <sup>3)</sup> Vgl. z. B. 1540, Rep. 39, S.-J. II 1 a, S. 39 u. II 1 b, Bl. 98 a (1554); 277 (1556). Kries, Steuerverfassung, S. 30, Anm. 2, S. 96. <sup>4)</sup> Vgl. 1608, Rep. 39, S.-J. II 1 f, 236 b; siehe auch den Instanzengang in Rep. 39, S.-J. II 1 a, f. 131–141 Prager Beschluß, f. 143 f. Breslauer Beschluß, f. 146 f. Jauerscher Landtagsbeschluß, siehe auch ebda. Bl. 201 b über die Gültigkeit eines Fürstentagsbeschlusses für das einzelne Fürstentum. <sup>5)</sup> Vgl. Quellen Nr. 58. <sup>6)</sup> Rep. 39, S.-J. II 1 e. 2. Teil, Bl. 117 b und II 1 f, Bl. 76 b. <sup>7)</sup> Ebda. II 1 f, 104 a. <sup>8)</sup> Ff 236, 7, S. 232 (Juli 27 u. 28). <sup>9)</sup> Ff 236, 7, S. 1281–1334. <sup>10)</sup> Vgl. dessen Befehl vom 17. Dez. 1616; a. a. O., S. 1294 f. <sup>11)</sup> Vgl. das Schreiben vom 31. Jan. 1617, ebda. S. 1319–1334. <sup>12)</sup> Siehe Quellen Nr. 91, 1626 Dez. 13. <sup>13)</sup> Konzept im Allg. Arch. d. Min. d. Inn., Wien, Schlesien IV H 3, C 608, fol. 2. <sup>14)</sup> Vgl. Walther, Bd. II, S. 478 (1628 März 8).



eigener Vasall, durch Vertreter am Fürstentag teilnahm. Diese Vertretung des Herzogs wurde 1627 Febr. 6<sup>1)</sup> dem Kammerrat Friedrich v. Gellhorn auf Peterswaldau, 1627 Juli 19. dem Landeshauptmann v. Bibran aufgetragen<sup>2)</sup>. Die Proteste der Stände<sup>3)</sup> und ihre Bitten um die Wiedergewährung des alten Rechts hatten erst Erfolg, als Ferdinand III. Kaiser geworden war. Auf die Ausführung der Fürstentümer hin, daß sie nunmehr in ihren alten Stand zurückgekehrt seien<sup>4)</sup>, verließ ihnen der Kaiser durch Reskript vom 1. Sept. 1637<sup>5)</sup> die alte Session und eigene Vertretung beim Fürstentag wieder, ließ aber den Hauptmann auch weiterhin am Fürstentag teilnehmen<sup>6)</sup>. Nunmehr strebte aber auch die kaiserliche Politik nach erfolgter Neuordnung der schlesischen Zentralverwaltung dahin, den Landeshauptmann wie auch die Stände in Abhängigkeit vom Oberamt zu bringen. Der Landesherr drängte jetzt selbst auf die Wahl ständiger Deputierten hin<sup>7)</sup> und verbot am 11. April 1643 den Ständen, sich wider Oberamtsverordnungen zu sträuben. Er wolle keine „dergleichen ausflüchte, so auf eine trennung der stände von unserm k. oberamt ziehen tut“, gestatten<sup>8)</sup>.

Ein Umstand, der den Ständen der Erbfürstentümer den Besuch der Fürstentage nicht erleichterte, war ihr dauernder Sessionsstreit mit den Standesherrn. Trotz steter Zwistigkeiten blieb es im allgemeinen bei der schon 1546 von Ferdinand I. getroffenen Entscheidung, daß die Standesherrn, wenn sie in eigener Person kämen, den Vortritt vor den Erbfürstentümern, ihre Vertreter aber nur den Nachtritt haben sollten<sup>9)</sup>.

#### IV.

#### Die Siegel der Fürstentümer Schweidnitz-Jauer in der böhmischen Zeit.

Die Siegel der Bolkonen sind von Pfothenhauer<sup>10)</sup> und Bauch<sup>11)</sup> beschrieben worden. Danach ist schon in der herzoglichen Zeit zwischen dem großen Siegel, das den Landesherrn in ganzer Figur stehend zeigt, und dem kleinen Siegel, das im Bilde nur Schild und Helm oder den Helm allein wiedergibt, zu unterscheiden. Dieselbe Scheidung läßt sich, wie einer ungedruckten Untersuchung von K. Wutke zu entnehmen ist<sup>12)</sup>, auch bei den Siegeln durchführen, die nach dem Anfall der Fürstentümer an Böhmen verwendet wurden.

Dem großen herzoglichen Siegel entsprach das Siegel der neuen Landeshauptmannschaft, ein Thronsigel König Wenzels, „des königs in Böhmen höchste persohn in seiner majestät sitzende“<sup>13)</sup>. Dieses Siegel wurde auch unter den nachfolgenden Königen bis zur Krönung von Ladislaus Posthumus zum König von Böhmen<sup>14)</sup> verwendet, und zwar wurde jedesmal nach dem Thronwechsel in die Legende der Name des neuen Königs eingesetzt. Erst seit Ladislaus ist ein neues Siegel nachweisbar, das sich von dem älteren Hauptmannschaftssiegel aber nur in der Legende und den Ornamenten unterscheidet. Dieses zweite Siegel wurde noch zu Beginn des 17. Jahrhunderts benutzt<sup>15)</sup>, und zwar bis zum Jahre 1630; denn zum 12. Dezember dieses Jahres heißt es, das alte Siegel des Landes sei „ex vetustate temporis weggebrochen“<sup>16)</sup>. So ist denn auch seit 1636 ein neues Hauptmannschaftssiegel Ferdinands III. nachzuweisen<sup>17)</sup>, das von Ferdinand IV. nach Einsetzung der Jahreszahl 1649 und der römischen IV hinter „Ferdinandus“ weiterbenutzt wurde<sup>18)</sup>. Unter

<sup>1)</sup> Fü 236, 9, S. 394, 410 f. <sup>2)</sup> Ebda. S. 674. <sup>3)</sup> Ebda. S. 709 f. <sup>4)</sup> Vgl. Fü 238, I, S. 375 (1636 Dez. 22). <sup>5)</sup> Ebda. S. 420. <sup>6)</sup> Vgl. Rep. 39, II 1 i, 43 a, II 1 p, 215. <sup>7)</sup> Fü 236, 8, S. 380 f., 384 f. <sup>8)</sup> Fü 238, 3, S. 3 f.

<sup>9)</sup> Vgl. Schickfus III, S. 225, 228. Fü 238, 6, S. 847 f. Rep. 39, S.-J. III 33 k, S. 15 und Quellen Nr. 107 [1648].

<sup>10)</sup> P. Pfothenhauer, Die Schlesischen Siegel von 1250—1300. Breslau 1879, S. 6 f. <sup>11)</sup> A. Bauch, Die Siegel Herzog Bolkos II. von Schweidnitz: Schlesiens Vorzeit in Bild und Schrift, Bd. IV, S. 39 f. <sup>12)</sup> Dienstakten des Kgl. St.-A., B 4, lit. L bis S, Bd. XIII (1891) S. 125 f. <sup>13)</sup> Rep. 39, S.-J. III 5 f.; vgl. z. B. Rep. 91, Leubus Nr. 382 u. Rep. 83, Grüssau Nr. 183, 200. <sup>14)</sup> 1453 Okt. 28. <sup>15)</sup> Rep. 6, S.-J. Urk. Nr. 35 a b c; Rep. 91, Leubus Nr. 535, 569, 591, 638, 689, 751, 830. Beispiele für Friedrich von der Pfalz: 1620, Rep. 9, Nr. 233; für Ferdinand II, Rep. 91, Leubus Nr. 830; für Ferdinand III, Stücke im Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien.

<sup>16)</sup> Fü 236, 9, S. 1362. <sup>17)</sup> Siehe z. B. Urk. von 1641 Jan. 11, Rep. 83, Grüssau Nr. 481. <sup>18)</sup> Vgl. Rep. 83, Grüssau Nr. 511 (1650 Juli 9).

den folgenden Kaisern sind wieder neue Siegel festzustellen, die ebenso wie die früheren im Bild den thronenden Herrscher zeigen, aber in der Form dem wechselnden Kunstgeschmack der Zeit Rechnung tragen<sup>1)</sup>. Benutzt wurde das Siegel vom Landeshauptmann in allen Angelegenheiten „über lehen und sachen“<sup>2)</sup>. Es befand sich in der Obhut des Kanzlers.

Das kleinere der genannten herzoglichen Siegel, das Schildsiegel, hat wahrscheinlich schon zu gerichtlichen Ladungen gedient. 1369 Juni 3 bestätigt Herzogin Agnes ihrem Hofschreiber Alexius mit Rat ihrer Mannen den Besitz des ihm schon von Herzog Bolko übertragenen „Lade-Insiegels“<sup>3)</sup>. Das Siegel entsprach also dem in der böhmischen Zeit nachweisbaren kleinen quadrierten Schildsiegel, dem Siegel des Schweidnitzer Mannrechts<sup>4)</sup>, „welches zum siegel das königlich böhmische und hertzogliche schlesische wappen führet“<sup>5)</sup>. Das Mannrechtssiegel wurde zu Zitationen und Zeugführungen vor Gericht verwendet und befand sich in den Händen des Sekretärs des Manngerichts<sup>6)</sup>. Wie in das große Siegel, so wurde auch in das Mannrechtssiegel der Name des regierenden böhmischen Königs eingesetzt<sup>7)</sup>. Noch 1621 ist das alte Siegel nachweisbar<sup>8)</sup>; nach dem dreißigjährigen Kriege wurde es neu gestochen<sup>9)</sup>.

Ferner galt das Mannrechtssiegel als „Landsiegel“, dessen sich Ritterschaft und Geistliche gemeinsam, nicht aber die Städte bedienten<sup>10)</sup>. Es war doch ein Irrtum König Ferdinands I., wenn er 1530 April 18 und Juli 28 von den Ständen den Nachweis über ihr Recht zur Führung eines eigenen Kanzleisiegels verlangte<sup>11)</sup>; die Stände als solche besaßen gar kein eigenes Siegel. Erst 1609<sup>12)</sup> machten sie den Versuch, ein eigenes „allgemeines Landsiegel“ zu erhalten; eine Zeichnung war schon entworfen, doch ging der Antrag augenscheinlich nicht durch.

Die Rücksiegelung ist nur für die zweite Hälfte des 14. Jahrhunderts in S.-J. nachweisbar; die Notare Peter v. Zedlitz<sup>13)</sup> und Peter von Niebelschütz<sup>14)</sup>, ebenso der Hofmeister Nicolaus Boleze<sup>15)</sup> verwenden ihr eigenes Siegel als Rücksiegel.

Sein eigenes Siegel, die „privata insignia capitanei“<sup>16)</sup>, verwendet auch der Landeshauptmann, besonders seit dem dreißigjährigen Krieg, in vielen Amtsgeschäften.

Zu erwähnen ist schließlich noch das sowohl von den Gerichten des Landes, wie denen der Städte erstrebte Recht der Siegelung mit rotem Wachse. Das Recht des roten Siegels bestand darin, jedermann zur Zeugführung vorladen zu können<sup>17)</sup>.

1) So ein Siegel Kaiser Leopolds mit der Jahreszahl 1658: Rep. 6, S.-J. Nr. 35 e und Rep. 91, Leubus Nr. 993 b; ein Siegel Kaiser Karls VI. mit der Jahreszahl 1711: Rep. 6, S.-J. Nr. 33 und 99. Von Kaiser Joseph war kein Siegel zu ermitteln. 2) Vgl. Th. Lindner, Das Urkundenwesen Karls IV. und seiner Nachfolger, Stuttgart 1882, S. 63.

3) Rep. 39, S.-J. III 15 B, Bl. 17 b. 4) Vgl. die Beschreibung bei Lindner a. a. O. S. 63, und Wutke a. a. O. 5) Rep. 39, S.-J. III 5 f. 6) Ebda. 7) Vgl. Fü 236, 8, S. 729 f. 8) Ebda. 9) Siehe z. B. Rep. 6, S.-J. Nr. 91 u (1661).

10) Vgl. z. B. die Einungen von 1440 Jan. 21, Quellen Nr. 20, und 1444 August 5, Quellen Nr. 22. Script. XIII, S. 210 f. [1477 Mai 2] wird das Landsiegel gleichfalls benutzt. 11) Rep. 39, S.-J. III 3 b. 12) Nov. 2, Fü 236, 7, S. 344. 13) So 1361: Rep. 91, Leubus Nr. 330; 1367 Febr. 14, Rep. 83, Grüssau Nr. 114; 1370, Rep. 91, Leubus Nr. 341; vgl. auch Bauch a. a. O. S. 43. Über die länger durchgeführte Rücksiegelung im Fürstentum Breslau und die dort, ähnlich wie in S.-J., nachweisbaren Siegel vgl. Heinr. Wendt, Das Siegel der k. Landeshauptmannschaft im Fürstentum Breslau, Zeitschr. XXXIII, S. 407, 409. 14) 1370, Rep. 132 a, Dep. Hirschberg Nr. 18 b; 1376, Rep. 91, Leubus Nr. 356. 15) So 1370, Rep. 39, S.-J. III 15 B, Bl. 38 b in Vertretung von Zedlitz. 16) Rep. 39, S.-J. III 5 f. 17) Tzschoppe u. Stenzel, S. 245; Schickfus III 410; Friedenberg, Von schlesischen Rechten, siehe das dortige Register; Matuszkiewicz S. 71.



Dießes Buch der Fortschritte der Wissenschaften, sowohl der Natur als der Geisteswissenschaften, der Kunst, der Industrie, der Medizin, der Philosophie, der Poesie, der Musik, der Malerei, der Architektur, der Gärten, der Landwirtschaft, der Handlung, der Wissenschaften und Künsten, wird in sechs Theilen, nämlich in sechs Bänden, herausgegeben.

In jedem Bande ist eine Abtheilung, welche die Fortschritte der Wissenschaften, sowohl der Natur als der Geisteswissenschaften, der Kunst, der Industrie, der Medizin, der Philosophie, der Poesie, der Musik, der Malerei, der Architektur, der Gärten, der Landwirtschaft, der Handlung, der Wissenschaften und Künsten, in sich faßt. In jedem Bande ist eine Abtheilung, welche die Fortschritte der Wissenschaften, sowohl der Natur als der Geisteswissenschaften, der Kunst, der Industrie, der Medizin, der Philosophie, der Poesie, der Musik, der Malerei, der Architektur, der Gärten, der Landwirtschaft, der Handlung, der Wissenschaften und Künsten, in sich faßt.

## Quellen.

Die Quellen der Fortschritte der Wissenschaften, sowohl der Natur als der Geisteswissenschaften, der Kunst, der Industrie, der Medizin, der Philosophie, der Poesie, der Musik, der Malerei, der Architektur, der Gärten, der Landwirtschaft, der Handlung, der Wissenschaften und Künsten, sind in sechs Theilen, nämlich in sechs Bänden, herausgegeben. In jedem Bande ist eine Abtheilung, welche die Fortschritte der Wissenschaften, sowohl der Natur als der Geisteswissenschaften, der Kunst, der Industrie, der Medizin, der Philosophie, der Poesie, der Musik, der Malerei, der Architektur, der Gärten, der Landwirtschaft, der Handlung, der Wissenschaften und Künsten, in sich faßt.

Die Quellen der Fortschritte der Wissenschaften, sowohl der Natur als der Geisteswissenschaften, der Kunst, der Industrie, der Medizin, der Philosophie, der Poesie, der Musik, der Malerei, der Architektur, der Gärten, der Landwirtschaft, der Handlung, der Wissenschaften und Künsten, sind in sechs Theilen, nämlich in sechs Bänden, herausgegeben.

Der Fortschritt der Wissenschaften, sowohl der Natur als der Geisteswissenschaften, der Kunst, der Industrie, der Medizin, der Philosophie, der Poesie, der Musik, der Malerei, der Architektur, der Gärten, der Landwirtschaft, der Handlung, der Wissenschaften und Künsten, wird in sechs Theilen, nämlich in sechs Bänden, herausgegeben.

Die Quellen der Fortschritte der Wissenschaften, sowohl der Natur als der Geisteswissenschaften, der Kunst, der Industrie, der Medizin, der Philosophie, der Poesie, der Musik, der Malerei, der Architektur, der Gärten, der Landwirtschaft, der Handlung, der Wissenschaften und Künsten, sind in sechs Theilen, nämlich in sechs Bänden, herausgegeben.





**Herzog Bolko von Schweidnitz-Fürstenberg macht die Stadt Schweidnitz zum dauernden Sitz seines Hofgerichts, unterstellt diesem auch die Städte und Weichbilder Striegau, Bolkenhain und Landeshut und verspricht, auch künftige Erwerbungen dem Schweidnitzer Hofgericht unterzuordnen.**

In nomine domini amen. Licet singulis nostris subditis universaliter ex dignitatis nostre debito teneamur providere in hiis, que ad ipsorum utilitatem cognoscimus evenire, illis tamen specialis oculo provisionis debemus favorabiliter arridere, qui prerogativam quamdam inter alios preferunt specialem. Ideo nos Bolco, dei gracia dux Slesie et dominus de Vurstenberc et de Swydniez, notum esse cupimus universis presentibus et futuris presentem paginam inspecturis, quod attendentes et pia mente considerantes merita et fidelia multimoda servicia nostrorum fidelium civium in Swydniez nobis sepius indefesse exhibita et adhuc inposterum exhibenda et non solum merita, verum etiam copiosam pecunie quantitatem, nobis per ipsos voluntarie erogatam, ipsis nostris civibus in Swydniez, qui iam sunt vel pro tempore fuerint, necnon ipsi civitati de nostra solita benignitate damus, donamus et concedimus talis gracie prerogativam, quod nostrum iudicium nostre curie in ipsa nostra civitate Swydniez debet apud nos et omnes nostros successores sine impedimento nostro ac nostrorum successorum perpetuis temporibus permanere. Addicientes tum hoc, quod nostra civitas Strigon, quacumque dierum ad manus nostras revererit et civitates nostre Hayn et Landyshute cum districtibus suis iudicium querere debent ibidem in Swydniez in suis causis et negociis et placitis peragendis. Insuper statuimus, quod si volente deo terra nostra ampliaretur et quod nobis aliquæ civitates et municiones per successionem hereditariam vel per obligationem ac empicionem aut qualicumque modo accrescerent et advenirent, que nostre terre confines et conterminæ essent et adiuncte, ille etiam in Swydniez et non alibi iudicium querere debent, dum ipsis necessarium fuerit et oportunitum. Hoc dumtaxat adito et excepto, si aliqua municionum et civitatum, que nobis accresceret et adveniret, non esset coniuncta nostre terre vel confinibus, vel si aliquo gauderet privilegio speciali, illa municio suo iure perfrui debet et gaudere. Ut autem hec nostra donacio verum etiam vendicio per nos et omnes successores nostros firma et inviolabilis nunc et semper permaneat et perseveret, presentem litteram scribi fecimus nostro sigillo diligencius communitam. Actum et datum Swydniez anno domini millesimo trecentesimo tricesimo in dominica, qua cantatur Reminiscere, presentibus hiis testibus domino Hermanno de Rychenbach, domino Apeczzone de Sydliez, domino Rudgero de Hugewiez, domino Henrico Buchwalt, Cunado de Bethzschow, Sandrone de Cyrla, domino Thiezone nostro notario et aliis multis fidedignis.

Dorsualnotiz Anfang saec. 15: „Über daz hofeding und der manne recht, daz man dy nyrgen vorlegen sal“.

Original, Pergament, Siegel Herzog Bolkos in braunem Wachs an rot und grünen Seidenfäden. Stadtharchiv Schweidnitz, Rep. I, Alph. II, Litt. D, Sect. II, Memb. I, Nr. 1. — Schles. Reg. Nr. 4923.

**Der Ausschuß der Landleute des Weichbilds Glogau verbindet sich im Namen des Glogauer Weichbildadels mit der Stadt Glogau zur Wahrung der Rechte der Stadt gegen jedermann.**

Wyssen alle, dy dysen bryph ane seen adyr horen leesen, das wyr lantluwte, dy do gekorn syn von den lantluwthen yn deme wychbylde in deme lande czu Glogow, beyde von Polen und von Düwezen, uns vorlobet haben und voreynet, wyr Pether von Svenkenvelt, Pakoslaw von Zymoczyn, dy do rytther syn, Wenczke von deme Tuwre, Hannus von Nebczycz, Pether von Goryn, Hannus Unrw, Jechske von Roczyz

und Otte von Hwgwyecz myt den eerberen lüwthen, myt deme burgermeister Nyckel von der Bressnicz und den rothtluwthen czu Glogow Lwdwyge Swarczen, Dythtmar Kromer, Cwnad Ungevugen, Hantken Wylhelm, Hantken Hennynge, Cwnod von Schonow und Peczezen Becker<sup>1)</sup>, myt den gesworn, myt den eldesten und myt der gemyne czu derselben stat do czu Glogow, also alles, das sy czu unrechte anevycht adyr anetretthe, ys wer von ummessen<sup>2)</sup> adyr yn deme lande adyr von wem ys were, das wyr sy by rechthe behalden schullen unde wollen, so wyr allerbeste kunnen unde mogen. Also doch, do unse herren recht czu haben, do czu wolle wyr yn rothen, helphen und dynen myt lyebe und myt guethe, so wyr getruwelichste kunnen und mogen, unde geloben ouch alles, das unssen herren, deme lande und der sthat schedelichen were adyr czu schaden komen mochte, das wyr daz melden unde wyderen wollen, so wyr aller getruwelichste mogen. Alle ungehaldene lüwte wol wyr melden unde hindern, so wyr meyste kunnen und mogen. Wyr geloben me: were, das sy keyner hande unrecht ane vechte, von weme ouch das were, do man unse herren umme suchen mueste, so schulle wyr myt yn und sy myt uns czu den herren ryethen, wyr uff unse unde sy uff yre pfhenninge keyn yren genaden, unsen gebrechchen czu erclagene. Wyr geloben me: alles das dy vorgeannten burger czu rechte haben, das sy myt hantveste und myt brivenn ader myt anderr gewysen bewysen mogen, das wyr sy do by lossen und behalden wollen, so wyr beste mogen. Dyese vorgeschribene rede gelobe wyr lantlütthe Polen und Duweze gemeynlichen, dy do in deme wychbilde czu Glogow gesessen sint, czu halden truwen, stetthe und ganz eweclych an argelist, unsen herren, deme lande und der sthat czu guethe unde czu vromen. Das ouch dyse vorgeschrybene rede bekreftheget unde bestheteget wurde, des habe wyr dÿsen gegenwortge brieph under unseme ingesygele, das hyran gehalten yst, heysen schriben. Dyysse dynk sint geschen in der sthat czu Glogow noch gothes geburthe tuwsent und drye hundert yar an deme nehesten sunthage vor senthe Mycheles thage in deme vyr unde dryesegesten yare.

Dorsualnotiz: „Privilegium, das die manschaft verpflichtet ist, die burger gegen ihrer herschaft zu rechte vorantworten, wo iz hanget und langet noch laut disz briefes. Super unionem terrigenarum et civium.“ Das „Sigillum terrigenarum“ Glogoviensium“ mit dem schlesischen Adler im Bilde hängt an Pergamentstreifen an.

Original, Pergament, im Stadtarchiv Glogau, 1334 September 25, Nr. 44. Schlechter Abdruck bei Minsberg, Geschichte von Glogau I, S. 347 f., siehe auch S. 207.

## 3.

1342 Oktober 23. Schweidnitz.

**Herzog Bolko von Schweidnitz bezeugt, daß Hans von Dornheim gegenüber dem edlen Herrn Heinrich von Biberstein vor den Ältesten des Landes im Schweidnitzer Ritterrecht sein rittermäßiges Geschlecht nachgewiesen hat.**

In gotis nahmen amen. Wir Bolko von gotis gnadin hertzog von Slezien, hirre zu Fürstenstein und zur Sweidniz, bekennen ufflichin mit dessem briefe, daß sich der edle herr Henrich von Bebirstein und der gestrenge herr Hannß von Dornheim von zweitracht wegen an unsen hoff geheischin haben, die wir durch ir dienste und bete wille uffnomen und besatzten en ritter-recht mit unsen hernoch geschrebin hern, ritter und knechten, vor den der genante herr Hannß den geschrebin hern Henrich Bebirstein kemplichin ansprach, der em weder antworthe und sprach, wurde irkant in ritter recht, daß em her Hannß tochtig were zu kampe, her welde em eyne redeliche antwort geben noch rate seiner frunde. Do beweiste her Hannß mit seinen vettern und frunden noch teidunge ritter rechtis, als em vunden wart, daß Dornheymer und her gute rittermäsige leute sein, daß en auch mit eyden frunde, unser ritter und knecht, die eldesten unsers landis gemeinlichen sweren hülffen, daß Dornheymer gute ritt(er) mesige leute sein von alders. Do her sich also beweiste, wart em in ritter recht gesprochin, daß her Hannß und ein izlicher rittermäsiger man hern Henrich Bebirstein und eyne andern izlichen banerhirren sein ere zu voranten<sup>3)</sup> tichtig ist zu kampe, der sich an seinen eren nicht vorrucket hat. Auch haben wir bekant vor unseren mannen, die

<sup>1)</sup> oder Vetker? <sup>2)</sup> = 1410 ummessen. <sup>3)</sup> = verantworten?



das ritter recht gesessin habin und bekennen bey unseren mannen in crafft dieses briefs, daß wir gehort habin, vor uns beweiset ist und mete wissen, daß Dornheymer von alders unser angebohrne gute rittermesige leute sein von alders (!). Diss hat unss der egedochte her Hannß demütlichlin gebeten, em seiner fertigung und beweisunge eyne[r] kuntschaft zu gebin eynen fürstenlichin brief mit unserem fürstenlichin segil, haben wir angesehen zemeliche bete und habin em, noch deme also sich alle ding irlauffen und geschehen sein vor unss und vor unseren hernoch geschrebin mannen, kuntschaft und bekentnisse gegeben mit dessem unserem fürstenlichin briefe, an den wir unser fürstenlich groß ingesegil habin lassen hangen. Der gegeben ist zu der Sweidniz an der nesten mitwochen noch der heyiligen eylff tausend junefren tage nach Christi unseres lieben hirren gebort tausend dreyhundirt jar und dornoch in deme anderen unde virzigistem jare. Dobey sein gewest die edeln, strengen unde die woltüchtigin unsere lieben getrauen, die uff der bang das ritter-recht gesessen haben, her Albrecht von Dony<sup>1)</sup>, her Heynrich von Dony<sup>1)</sup>, her Balthasar von Waldau, her (!) her Kylian von Hawgowitz, her Pezo Schellendorff, her Jone<sup>2)</sup> von Deine<sup>3)</sup>, her Jone von Rodokim<sup>4)</sup>, her Nickel von Czedeliz, her Nickel von Reibeniz, her Hannuß von Reichenbach, ryttere, Heynze Schindel, Seyfried von Schwenkefeld, Hannß von Schonefeld<sup>5)</sup>, Fezenz<sup>6)</sup> von Mesenau, Benusch von der Czirle, Ulrich unde Heynrich Schoeff, Reyprecht Naschwiz und andere viel leute unser getrauen.

Siegel Bolkos mit Rücksiegel, nachgezeichnet nebst Notiz: „Originales autem in registratura officii regii Javorii asservatur“. Fürstenstein, Msc. Fol. 221, S. 402 u. 404, Abschriften von etwa 1730. Das auch bei R. Graf Stüllfried, Beiträge zur Geschichte des schles. Adels, Berlin 1864, I, S. 32 erwähnte „Original in der ehem. Jauerschen Lehnkanzlei“ war nicht zu ermitteln; siehe auch Urkundliche Geschichte der Grafen Reichenbach, I. Band, Urkundenbuch, Regest 112.

## 4.

1346 September 29. Schweidnitz.

**Herzog Bolko von Schweidnitz bestätigt das zwischen seinen Städten Jauer, Hirschberg, Löwenberg, Bunzlau, Schönau und Lähn sowie den Städten Goldberg und Haynau vereinbarte Achtbündnis gegen Fehder.**

Wir Bolko, von gotis genadin herczoge von Zlesie, herre von Fürstenberg unde czur Swidnicz, bekennyn offinlich, daz wir habin angesehen unsir getruwen stete, dy her noch geschrebin sten, Jauwor, Hirschberg, Lewenberg, Bonczelow, Schonow, Len bete unde getruwen dinst, den sy uns dicke williglich habin getan unde noch tun sollen, unde gebin yn von unser furstlichen gewalt dy genade yn unde den landin czu nuczze unde czu gemache: wer umbe roup adir umme döube in eynir vestin adir in eynir stat undir den vorbenantin in dy ochte brocht wirt, daz der ouch in den andern unsern vestin, dy yczunt benant sint, in der ochte sal sin unde ouch in des irluchten fursten unsers lybin vettirn herzogin Wenczelawis czu dem Goltberge unde czu Haynow. Unde wer in den selbin steten czu dem Goltberge unde czu Haynow umb dy selbin sachin, roup adir döube, in dy ochte brocht wirt, der sal ouch in unsern vorbenantin stetin in der ochte sin, wen sy daz kegin den steten bedirsyt gelybit unde gelobit habin. Unde waz dez ist, dez sich unse stete, dy hy beschrebin sten, keyn den stetin Goltberg unde Haynow vorlobit habin dese czukunftegin dry jare, unschedelich unserm rechte, do gebe wir unsern willen czu an desim keginwortegin bryfe. Dese genade sal warhaftik sin dese dry czukunftegen jare von der czit, alz dirre brif gegeben ist, den wir yn vorsegilt habin lasen werdin mit unserm grosen ingesegil, deser zachin czu eyme urkunde, unde ist gegeben czur Swidnicz an sante Michilz tage noch gotis geburt tusent iar dry hundirt iar in dem sechs unde virczegisten iare.

Löwenberger Privilegienbuch; Kgl. St.-A. Rep. 132 a, Dep. Löwenberg, Hs. Nr. 2 aus Abschrift von Korn im Stadarchiv, Rep. 135, D. 367 k und E 149 f.

<sup>1)</sup> Im Text Dany! <sup>2)</sup> In der zweiten Abschrift: Jacke. <sup>3)</sup> = von Czirne? <sup>4)</sup> In der zweiten Abschrift: Rodeckern = Rodestock? <sup>5)</sup> In der zweiten Abschrift: Schancfelt. <sup>6)</sup> In der zweiten Abschrift: Effencenez = Vincenz.

## 5.

1347 November 9. Schweidnitz.

**Herzog Bolko von Schweidnitz gestattet seinen Städten, zum Kampf gegen schädliche Leute einen „Brennpfennig“<sup>1)</sup> zu erheben. Zugleich stellt er dem Adel jedes Weichbildes frei, mit der Weichbildstadt zu steuern und dafür ihren Beistand zu erlangen.**

Wir Bolke, von gotis gnaden herczoge von Slezien, herre von Furstinberg unde czu der Swidnicz, tun kunt offenlich allen den, dy desen brif sehen ader horn lesen, das wir mit wol vorbedachtem mute unde mit rate unserr getruwen manne haben gegeben unde geben von unserr furstlichen gewalt unsen getruwen ratluten, dy nu sint unde ouch den, dy hernoch ratlute werden, unserr stat Swidnicz unde ouch andern unserr stete unsers landes oberal ratluten dy gewalt unde dy macht, das si mogen samen eyn burnphennink, hy dy ratlute irre stat under in unde in irre stat, wy si das under in irdenken unde alz is in aller bequemelichst ist, alzo das man mit deme selben phenninge, den hy dy ratlute in iczlicher stat alzo samen unde halden, suln suchen unde vorbotten dreuwer unde burnner unde ouch ander schedeliche lute der stete. Do mitte gebe (!) wir unsen getruwen mannen eyne willekor, welche unse man des by den steten bliben woln, dy suln ouch den selben phennink samen of erem gute unde of eren dorfern unde suln den antworten, hy der man den ratluten der stat, do her in ist gewiechbildet, unde den selben sal man beholfen sin, ab si ader ire lute is bedurfen werden mit deme selben phenninge. Unde haben des desen brif vorsegelt lasen werden mit unserr wissen czu eyme bekentnisse der warheit. Der ist gegeben, unde dis ist geschen czur Swidnicz an deme nehesten vritage vor sente Martins tak noch gotis geburt tusunt jar drihundert jar in deme seben unde virczegestem jare. Dor ober sint gewest unse man her Kekel von Cirnen, her Petsche von Uchtericz, Sifrit von Rusendorf, Rudeger von Wiltberg, unse marschalk, Cunczelinus unde Peter von Czedlicz, unse lantschribere, unde ander truwirdeger lute vil.

Gleichzeitige Dorsualnotiz: „Registrata est“.

Original, Pergament mit Siegel Herzog Bolkos. Stadtarchiv Schweidnitz, Rep. I, Alph. I, Littr. K, Nr. 1.

## 6.

1349 September 7. Heinrichau.

**Herzog Nikolaus von Münsterberg bestätigt die Vereinigung von Mannen und Städten der Weichbilder Münsterberg und Strehlen zu des Landes Not und Nutzen.**

Wir Nyclos, von gotis gnodin herczoge von Slezie und herre czu Munstirberg, tun kunt allin den, dy desen keginwortegen brif sehen adir horen lesen, das wir mit gutem vrien willen unbetwungen, nicht irre gewest, sundir mit rote unsir getruwin manne und burger und von rechtir gewissen gegunst habin eynir voreynunge unsir manne und unsir stete und burger, das sich dy voreynit habyn mit enandir von unsirm geheyse und gebote, czu denken vor unsirs landis not und nucz, und were czu schaffen keyn unsirn vienden, von sente Mertins tage, der nu czukumftic ist, ubir eyn gancz jar vorbas dy selbe eyne czu halden noch dem selbyn tage, ab sy unsirm lande und steten nuczze und behegelichin were. Des sullen beyde lantlute und stete beyde czu Munstirberg und czu Strelyn yn yezlichem wichilde vire unsir manne kysen czu hauptluten, welche beyde den steten und den landen nuczze und behegelichin sin, das dy vire hauptlute in dem wiebilde tun sullen, was sy wollen durch des landis nucz und not, were czu schaffen keyn unsirn vienden noch unsirs landis nucz und gemache dinst czu schaffen, und sezen undir yn andir und sture und geschos uf irem gute ouch undir enandir. Und were, ab dy vire houplute (!) mit andirn unsirn mannen und steten keynen vromen nemyn kein unsirn vienden, echtrin und vliern, woran der vrome were, an gevangen, an habe, wor an das were, den vromen sullen sy by yn habyn und behalden und sullen unsirs landis not und nucz mite schycken und schaffen keyn unsirn vienden. Wir sten ouch allin unsirn mannen gemeynlich vor yren schadin, ab keynir unsir manne schadhaft adir gevangen wurde, des got nicht ewolle, so sullen

<sup>1)</sup> Berna = Brennpfennig!



uns dy houplute und ouch andir unsir man und burger gemeynlich manen umme den schaden, das wir den richtin. Und ab wir den nicht rychtin adir rychtin mochten, so sullen sy dy houplute und ouch andir unsir man gemeynlich den schaden rychtin von deme vromen, den sy genomen hetten, und ab sy nicht vromen genomen hetten, so sullen sy den selbin schaden abir rychtin undir enandir. Ouch sullen dy vire houplute yn yezlichem wicbilde tun, was sy angrifen, mit rote der stat und der rotlute, do sy gekoren syn, das sullen ouch dy stete und rotlute nicht tun noch angrifen yn yelichir stat, wen mit rote der hauptlute, dy dor czu gekoren sint. Wir wollen ouch, das dem armen als glich gesche an allin sachen, als dem rychin, und ab ymant, her were, wer her were, unsir manne keyne, her sy arm adir rych, keyne gewalt tun wolde adir tete, dem sullen dy vier houplute, yn welchem wicbilde das geschege, und ouch alle unse man, stete und burger des rechtin by legen und by besten; keynir unsir manne, noch arm noch rych, sculteyse noch gebuwir sal wedir husen noch hoven noch vurdin yn keynen wis unsir viende, echter und vlier und andir bese ungerechte lute. Und welchir unsir manne, wer her were, sich wedir unsir gebot und geheyse, als hy gescriben stet, und widir dy voreynunge seczte adir seczen wolde, der sal yn unsirn ungenoden und unholden syn. Wir wollen ym ouch wedir roten noch helfen, wir wollen uns ouch umme yn nicht an nemen, ab yn icht ane vechte. Ouch sullen sich dy houplute und alle unsir mann, stete und burger umme yn nicht an nemen noch sullen ym wedir rotin noch helfen mit worten noch mit werken. Wir wollin ouch keynen unsir manne vordenken, der czu hauptmanne gekoren wirt, noch sy dy vire czu hindern yn keynen wis, sundir sy dorczu czu uns landis not, nuczze und gemache und ouch stete und burger vurdin getruwlich mit ganzir macht. Czu eyne geczucnisse, bestetunge und sichirheyt hab wir geczuge dor czu gebyn unsir man, hern Hannus Wustehubyn, hern Pilgrim von Petirswalde, hern Johannes Budow, hern Wichken Bemyn, Nyckil von Lybnow, Andreas von dem Eycholeze und Nyelos von Ponkow, unsis hofes scriber. Ouch hab wir dysen brif heysen vorsigiln czu eynir krefftegen bevestenunge mit unsirm grossyn yngesigil. Gegebyn czu Heynrichow an unsir vrouwen obinde, der genant ist der leezeze, noch Cristis geburt tusint dryhundirt jar, in dem nunundvirezigistem jare.

Auf dem unteren Buge: „Ad relacionem Andree de Eycholez, Johannis Bu(dow), Wichken Boe(mi), Johannis Wuste (hubyn)“. Original im Staatsarchiv zu Breslau, Rep. 132 a. Stadt Strehlen Nr. 15 [vgl. Rep. 135, E 149 f.]. An Pergamentstreifen das Reitersiegel des Herzogs.

## 7.

1353 Juli 3. Schweidnitz.

**Herzog Bolko von Schweidnitz vermacht seine Lande seiner Nichte Anna, Gemahlin Karls IV.**

Wir Bolke, von gots gnaden herezog von Slezien, herre von Furstinberg, czu der Swydnicz und czu dem Jawir, bekennen und tun kunt offentlich mit disem brive allen den, di in sehent oder horen lesen, daz wir haben angesehen die sundirliche genade und fruntliche gunst dez allirdurchluchtigsten fursten und herren hern Karls, Romischen kunigs, czu allen czeiten merer des reychs und kungs czu Behem, unsirs lieben genedigen herrn, die er uns und unserm geslechte beweyset hat mit der konschaft, die geschelin ist zwischen im an einem teil und der durchluchtegsten furstinne vrowen Annen, der Romischen koniginne und koniginne czu Behem, unsir liben vrowen und mumen, etzwenne herezogen Heynrichs unsirs brudir tochtir an dem andern, und dorumb geben, machen und vorschereibin (!) wir der obgenanten unsir frowen und mumen als eyner koniginne czu Behem und ires leibis erbin, die sie mit dem obgenanten herren dem kunge habin widet, unsir herezogtum, furstintum und herschaft czu der Swidnicz und zu dem Jawir mit den steten Swydnicz, Stregon, Hayn, Landshut, Rychembach, Nympez, Jawir, Lewinberg, Hirsberg, Boneczlab und Czoboten<sup>1)</sup>, mit den vesten und merkten Greiffenstein, Greiffenberg, Len, Schonow, Kliezdorf, Hornsberg, Kinsberg<sup>2)</sup>, mit allen mannen, manscheften, lehen, lehenscheften, verlehten gütten, gerichtten, czollen, munzen,

<sup>1)</sup> Schweidnitz, Striegau, Bolkenhain, Landeshut, Reichenbach, Nimptsch, Jauer, Löwenberg, Hirschberg, Bunzlau, Zobten. <sup>2)</sup> Greiffenstein, Burg bei Greiffenberg, Lühn, Schönaun, Klitschdorf, Kr. Bunzlau, Hornschloß, Burgruine, Kr. Waldenburg, Burg Kynsburg, Kr. Waldenburg.

czinsen, gulden, kreizzen, weichpilden, kirchlehen, pfrundin und gotsgaben, welden, puschen, pergen, slichten wazzern, wazzirleuten, mülen, wizen, weiden, geyegde, vogilweide, rechten, nuczen, gewonheiten und allen czugehorungen, wy man die benennen mag mit sundirlichen worten, nictes nicht uscenemen, in aller der mazze, als wir si nu haben und hernach mit rechte czu uns brengen mochten, in sulchir bescheidenheit: Sei daz sache, das wir von gots vorhenknusze alzo vorscheiden, daz wir eliche leibiserbin mannesgeslechte hindir uns nicht lazzen, daz denne die obgenante unsir genedige frowe und libe müme und ires libes erbin, die sie mit unserm hirn dem kōnge habin wirt, als·dovor geschrebin stet, dieselben unsir herczogtum, furstentum, herscheffe, lant, lute und alle andire czugehorungen, als dovor begriffen ist, erben und besiczen sol genczlich ungehindirt und dormite tun unde lazzen nach freyir willekur als mit irem rechten erbe, unschedlich doch der hochgebornen furstinne frowe Agnesen unsir eelichin wirtinne in irem leipgedinge, wanne sie alle die obgenant furstentume, lant und herscheffe mit allen nuczen haben und besiczen sol nur czu iren lebetag. Wer abir, daz wir mit genadin gots eliche leibiserbin mannes geslechte gewinnen, so sullen dieselbin unsir erbin der obgen. unsir vrowen und mumen odir ires libes erben, ob se nicht were, czehentusent schok grozzer pfennige Pragischer muncze mit gereitem gelde berichten und bezalen odir die vesten Lemberg<sup>1)</sup> und Bunczlaw mit weichpilden, vesten, rechten, nuczen und czugehorungen zu rechtem pfande setzen, als lange uncz daz sie die obgen. czehintusent schok genczlich berichten und bezalen, und domite sullen denne die selbin unsir erbin bei den obgen. unsirn herscheften, furstetumen und landen ungehindirt bleiben. Wer auch, daz wir eliche leibiserben mannesgeslechte nicht hetten und doch tochtir liezzen, so sullen die obgen. unsir libe genedige vrowe odir ires leibis erbin, die sie mit unserm herren dem kunge gewinnet, iglicher unsir tochter czehentusent schog grossir pfennige geben und sie bestaten nach rechtir gewohnheit als geborner fursten kindir. Ouch habin wir gelobt und geteidingt, sei daz sache, daz die obgen. unsir eliche wirtinne unsirn tot gelebit, daz sie denne nach der czeit unsirs todis keine burggraven, pfleger odir amptman uf vesten, husern, in steten odir in landen vorkeren, enderen odir wechsiln sol, es sei danne, daz sie eynen bedirman, der do gleich gut und gewizz sey, dem erstin an seine stat setze, an dem der obgen. unsir vrowen odir iren erben muge billichen genugen, und daz derselbe czuvor sich aller gelubde, eyde und trewen verbunden habe der obgen. unsirn vrowen der kuniginne oder iren erbin, gleich seinen vorvarn, an dez stat her gesetzet wirdit. Wer auch, daz die obgen. unsir genedige vrowe und liebe müme wartende dez obgen. anevalles ee, wanne sie in gewere keme, also stürbe, daz sie libeserbin mit dem obgen. unsirn herren nicht gewunne, so sullen alle man, ritter, knechte, burggraven, burger und alle lantsezzen alle der obgen. eide und gelubde ledig sein, doch in sulchir bescheidenheit, daz dem obgen. unsirn herren dem kunge und seinen erben daz obgen. eegelt unde heimstewir der obgen. czehentusent schok gevallen sol odir mit pfandin gesichert werden in allir der mazze, als do vor begriffin ist, daz se domite tun und lazzen nach vreyer willekur und daz gebin, weme sie wollen. Wer ouch, daz die obgen. unsir vrowe und müme den obgen. unsirn herren den kunig obirlebte und eynen andirn man neme an unsirn rat und willen, so sullen beide, sie, der man und alle kint, die sie mit im gewinnet, in dem obgen. unsirn furstentumen und herscheften nictes haben. Ouch ist geredit und geteidinget, daz die obgen. unsir vrowe die kuniginne und unsir libe müme noch yemant von iren wegen uns und unsir erben mannes geslechte umb dheinerlei erbteil odir umb kein andirn sachen anreden odir ansprechen sullen andirs, wenne dovor geschrebin ist. Ouch meinen und wellen wir, sey daz sache, daz uns eehaftige not antreten wirdit umb gevanknuzze, kriege odir andir geschichte, unsir odir unsir manne eere und libe czu losen, daz wir denne derselben unsir furstentume lant und lute gewaldig sein, ze tun und ze lazzen, doch in guten trewen an geverde. Dornach sintdema daz uns der obgn. unsir genediger herre mit sulchin seinen genaden gunstlich und fruntlich begriffen hat, so gelobin und wollen wir im mit guten trewen an geverde beigestendig und geholfen sein wedir allermeriglich, nymande uszunemen, und in nimmer undirwegen lazzen mit libe noch mit gute, und alle

<sup>1)</sup> Löwenberg.



seine veinde sullen unsir veinde sein, und meinen und wollen auch keine seine wedirsach odir vinde, cristun, juden odir heyden in unsern landen hausen, hoven, halden odir verteidigen, sundir wir gunnen im und sinen amptluten, daz see dieselbin angreifen und rechtvertegen sullen und mügen, wo sie der bekomen in allen unsern herscheften und landen. Mit urkunde diez brives versigilt mit unserm grozzirm insegil, der geben ist zu der Swydnicz an der nesten mittwochen nach santh Petirs und Pauls tage der heiligen czwelf boten, nach Cristus geburte dreizeenhundert jare und in dem dreynundfunfzigistem jare.

Abdruck aus Grünhagen und Markgraf, Lehns- und Besitzurkunden Schlesiens, Bd. I, S. 497 f., kollat. mit dem Original im K. u. K. Haus-, Hof- u. Staatsarchiv zu Wien. An Pergamentstreifen das Siegel des Herzogs Bolko. Beglaub. Abschrift im Kgl. St.-A. Breslau, Rep. 6. Urk. v. S.-J. 1 r.

## 8.

1353 Juli 3. Schweidnitz.

**Karl IV bestätigt die von seiner Gemahlin, Königin Anna, den Fürstentümern erteilten Vorrechte.**

... Wyr Karl, von gots gnaden Romischer kunig, zu allen czeiten mehrer des reichs und kunig zu Behem, bekennen und thuen kunt offentlich mit dyesem brieve allen den, dy ihn sehen ader horn lesen, wenne dy durchleuchtigste Anna, Romische konigin und konigin zu Behem, unser liebe ehliche wirtynne, allen mannen, rittern, knechten, burgern, schultteysen, lantessen und allem volke gemeynlich der stete, landis, weichbilde und kreyss der herezogthumb und herschafte zur Schweidenitz und zu dem Jawer sunderliche brieve gegeben hat von worte zu worte und in allen meynungen, als hernoch geschriben steth:

Wyr Anna, von gots gnaden Romische konigin, czu allen czeiten mehrern dess reichs und konigin zu Behem, bekennen offentlich mit dyesem brieve, sind dem mol, das der hochgeborne Bolke, hertzoze von Slesien, herre zu Furstenwerk, czu Schweidenitz und dem Jawer, unser lieber vetter, durch sunderliche liebe und angeborne treue, dy er zu uns hat, uns und unsirn leibs erben, dy wir mit dem durchleuchtigsten fursten und herren, hern Karl, Romischen konige und konige zu Behem, unsern lieben herren, gewinnen, seyne furstenthumb, hertzogktumb und herschafte zu der Schweidenitz unde zu dem Jawer mit aller zugehorung gemacht und vorschriben hat und alle seyne man und stete und burger an uns gewieist mit holdung, glubde und eyden, do von meynen und wellen wir alle man, burger und lantessen in den obgenannten furstenthumb, herezogthumb und herschaften bey allen rechten, gnaden und freyheiten lassen und halden in aller der mosze, als hernach geschriben steth:

1. **[Besitzbestätigung:]** Czu dem ersten, sso globen wir mit guetten treuen an geverde vor uns und unser erben, dye wir mit dem obgenanten unsern lieben hern gewinnen, das wir alle dy obgenanten man, ritter und knechte, kloster, burger, stete, schultheissen, lantshessen und alles volk gemeynlich der stete und der lande bey allen rechten, gnaden, freyheiten, guettern, burglehen, festen und allen dyngen, dy sy haben ader habende werden in dyensten, dorffern, forbergen, welden, forsten, puschen, wysen, mohlen, vischereyen, geschassen, czinsen, montzgolden, in pfennigen ader in getrede haben ader in lantgerichten, erbgerichten, czollen, gulden, muntzen und allen andern zugehorung, wy man dy benennen mag, beschreiben ader umgeschriben, dye sy beweysen mogen mit briven ader mit gewissen noch des landis rechten, lassen und behalden wellen gnediglich unverhinderth.

2. **[Kriegsdienste:]** Auch sollen und wellen wir si, dy uns dynstes pflichtig sein, [nicht]<sup>1)</sup> tzingen noch ihn gebieten, keynerley dynst zethuen auswendig der grantze der gnanten furstenthumb und landis. Wer aber, das wir auswendig der obgenanten grantzen dynst bedürffen, wellen und szo sollen wir ihn dorumb szo guttlich thuen, dass sy solcher dynste loste<sup>2)</sup>. Wer aber das uberhaben sein wolle, dem sal es ane far stehen und sal dorumb unverdocht bleyben. Auch globen wir, in welcher weyse wir sy tzu dynste nottzen inwendig ader auswendig den obgenanten grantzen, das wir alle wege kost und notturfft geben wollen, als gewonlich ist, und iren schaden, den sye farend aus iren heusern und wider doreyn entpfohen, richten wellen in solcher mosze, das sy noch achtung beder leute<sup>3)</sup> billichen beugenen sal.

1) Fehlt im Text.

2) In dem Abdruck bei Schickfus: leisten.

3) Von Biederleuten.

3. [Städtische Abgaben und Dienste:] Auch globen wir allen steten der obgnanten furstenthum und landen bey iren rechten geschossen lossen, sy tzu keyner ander gobe ader dyenste czu tzingen, wenne als sy das von alder herbrocht haben.

4. [Widerstandsrecht:] Wer auch, das yemant von uns, unsern amptleuten und dyenern in den obgenanten furstenthumben und landen keynerley gewalt ader unrecht geschege und wir noch der tzeit, und sulche geschicht an uns brocht wurde, inwenig tzwehen monden zu czelen von der tzeit, als wir der emanet werden, sulcher gewalt nicht widertheten ader schuffen, das herwider gethon wurde, so sollen sy zu gerichte nicht sitten noch uns keynerley dynst schuldig seyn, bis an die tzeit aller solcher gewalt und unrecht abgelegt und wider thon wurde.

5. [Privilegium de non evocando:] Wer auch, das wir, unser erben ader amptleute zu ymanden ichtes zu reden hetten, er sey reich, edel ader arm, den solle wir betedigen und anreden an der stat und in dem gerichte, dorin er gesessen ist, und ihm keynerley dingetag in andern steten und ausswenig seynen gerichte bescheiden. Wer aber, das yemant in den selben furstenthumben und herschafften kegen dem andern ichtis zu reden ader zu tidigen hette, der sal in vorebringen noch des landis recht, unde wir ader unser amptleute und richter sollen den selbigen ausswenig den obgenanten landen und grantzen keynerley dyntag bescheiden, auch gleycher weyse, als wir globt haben, das wir sy und ire erben bey alle iren alden rechten, gnaden und guetten gewonheiten lossen und behalten wellen.

6. [Zustimmung zu Rechtsänderungen:] Also globen wir auch bey guetten treuen, das wir in keynerley neue recht machen, geben ader aussetzen in keynerley weyse, es sey den mit irem gutten willen.

7. [Unteilbarkeit der Lande:] Auch globen wir zu nutzte und zu troste und zu friede der lande und aller der obgenanten unsern getrauen underthonen, das wir in keynen czeiten, wir gewinnen erben oder nicht, des gestaten ader vorhengen wellen, das dy obgenanten furstenthumber, lande und zugehorung gezundert ader geteilt werden, sunder wir meynen, wellen und globen, dy selbigen furstenthumb und lande bey enander ewiglich zu behalten. Wer auch das, das wir leybes erben mannes geschlechtes gewunnen, so szollen dy obgenanten furstenthumber und lande und dortzu Breszlaw, Newmargt, Frangkensteyn und alle andere stete und festen, dy in dem herzogthum Schlesien gelegen seyn, dy der obgnante unser lieber her der Romische konig und konig zu Behem itzund inne hatt ader mit der hulf gots noch gewint, bey eynander ewiglich bleyben.

8. [Erbanfall:] Und der eldiste aus unsern szonen sol alleyn alle dy selben lande und herschaft erben und besitzten unbeschedigt und ungehindert, dy weil er lebt, und sollen bey seinen lebtagen alle man, burger, stete und landisessen, als sy dor vor beschrieben sein, den andern seinen bruedern und mitterben allerley glubde unvorbinden seyn.

9. [Indigenatsrecht:] Auch globen wir und wellen in dy obgenanten furstentumb und herschaft keynen hauptman, lantschreiber ader sunst amptman setzten in keynen czeiten, er sey den eyn biderman und wol-gesessen und geborn aus dem selbigen lande.

Dornoch globen wir obgenanter Romischer konig und konig zu Behem mit wol bedochtem muette vor dy obgenante Anna unser wirtynne und unser leibeserben, dy sy mit uns gewinneth, das allen dy obgenanten glubde, gnaden und vorteyl und itzliches besondern gantz und unvorruckt gehalden werden sollen in aller mosze, als do vor geschrieben ist. Mit urkunt des brives, der vorsigelt ist mit unser beyder ingesigel, gegeben zu Schweidnitz noch Christi geburt dreytzeenhundert und in dem drey und funffezigsten jare an der nechsten mitwoch noch sant Peters und Pauls tag der heyligen tzwelfboten, unser reich des obgenanten Romischen konigs in dem sibenden und der obgenanten konigin im ersten jare.

Das Original der Urkunde war in Schweidnitz, Breslau und Wien nicht zu ermitteln. Abdruck aus einem Vidimus des Abts Jacobus von Braunau von 1523 April 24 über ein 1521 Mai 21 von Abt Vincenz von Heinrichau erteiltes Vidimus des Privilegs Königs Wladislaws von Ungarn und Böhmen, 1497 Juli 7, in dem der König unter Inserierung der vorstehenden Urkunde die Vererbungsfähigkeit der Lehen von Bruder zu Bruder und das Verbot der Erteilung von Erblehen an Geistliche und Bürger ausspricht. Stadtarch. Schweidnitz, Priv. Nr. 20 [Alte Signatur Rep. 1, Alph. 1, Lit. F, Priv. Gen. Nr. 2].  
 Ältere Drucke s. Walter II, S. 468 ff.



## 9.

1356 April 4. Prag.

**Kaiser Karl IV. erteilt im Vereine mit seiner Gemahlin Anna den Fürstentümern Schweidnitz-Jauer für den Fall, daß dieselben ihm anheimfallen, eine Anzahl Zusicherungen und Vorrechte.**

Wir Karl, von gotes gnaden Romischer keiser, zu allen czeiten merer des reiches und kung zu Behem, und wir Anna von denselben gnaden Romische keiserinne, zu allen czeiten mererinne dez reichs und kunginne zu Behem, tun kunt und bekennen öffentlich mit disem brive allen den, die in sehen oder horen lesen, das wir mit wolbedachtem mute und mit rate unsir fursten und getreuen gelobt haben und geloben in guten treuen an alles geverde allen treuwirdigen rittern und knechten, lehenluten, schultheizzen, richtern, burgern, gebowern und der gemeinde armer und reicher der lande, vesten und stete, die hernach geschriben sten, Swidnicz, Strigon, Hayn, Landeshute, Reichembach, Nymptsch, Czoboten, Friburg, Fridberg<sup>1)</sup>, Jawer, Lewinberg, Bunzlowe, Hirsberg, Schonow, Lehen, Grifemberg und Fridberg an dem Queys<sup>2)</sup> gelegen und aller wichpilde derselben lande, vesten und stete vor uns, unsir erben und nachkomen kunge zu Behem:

**[Versprechen, keinen Untertan in die Abhängigkeit von andern zu geben:]** Ob is zu sulchen sachen kumpt, daz derselben lande, vesten, stete und wichpilde herschaft an uns und in unser gewere und gewalt gevellet besamment oder besundern, daz wir und die vorgenannten unsir erben und nachkomlinge keinen lehenman, schultheizzen, voget, richter, burger, gebower oder gesezzen man in denselben landen, vesten, steten und wichpilden vorgeben oder vorkauffen oder us unsir hant brengen sullen oder wollen und sullen ouch keine mügen zu vorweisen an den andern, sunder wir wollen und sullen yeden man lazzen und behalden in seinen werden, als wir in vinden und als er an uns kumen wirdet. Und ob wir nu doruber von yemande gebeten wurden oder in eines koufes weize an uns gesucht wurde oder in einer meynunge, dinstes zu lonen, oder in welchirlei geschichte das an uns begert und gemutet wurde, daz wir der egenanten eynen oder mere zu lehen geben und zu manschaft an ymanden weisten, und ob sie leichte sprechen, sie weren in nicht gut genug zu genozen, do wollen und sullen wir uns nicht ankeren, und sulchir rede sullen sie gegen uns nicht furtragen, das wir der egenanten einen an den andern weizen, sunder wir wollen und sullen sie gemeinlich und einen ieczlichen besundern bei uns in allen iren werden behalden unvertricket und nirgent an fremde hande weizen. Gescheh aber das, daz wir, unsir erben oder nachkomlinge durch bete, gabe oder ander sachen uberredet und uberkomen wurden in keinen weize, das wir yemanden oder eeczlichen der vorgenanten von uns verkeufften, vergeben oder einen an den andern weisten und brive doruber geben wider daz, daz oben begriffen ist, sulche brive sullen untuglich sein und keine kraft oder macht haben, und dise gegenwertigen brive sullen in iren kreften beleiben und toten und vornichten alle sulche brive, die hernach in kumftigen czeiten dowider gegeben wurden. Und wer sulche brive zu lichte brechte oder von uns behertet und nicht zuhant dovon liezze, als im dise gegenwertigen brive zu wizen wurden getan, den sal man haben vor einen valscher, und wer dieselben brive ansichtig wirdit, der sal gewalt haben, sie zu nemen und zureizen.

**[Entfremdung von Gebietsstücken:]** Ouch geloben wir binamen, das wir, unser erben und nach komen kirchlehen, closter, dorffer, mönchhöve, mulen, vorwerge, welde, vorste oder gebirge der egenanten lande, vesten und stete und weichpilde, die iczunt zu dem furstentum gehoren oder hernoch dorezu komen werden, und die wir noch dorezu bringen mügen, von unsern, unsirer erben und nachkomlingen handen nicht sullen noch wollen lazzen komen und sullen ouch des keine macht haben, sunder wir wollen und sullen sie in allen iren werden bei dem furstentume unvernicket lazzen und behalden.

**[Verpfändung von Einkünften:]** Wer aber sache, daz wir, unser erben oder nachkomlinge benotiget wurden von rechter und redlicher not wegen, wie sich das gebürte, so sullen wir oder die vorgenanten unser erben und nachkomlinge die mark geldez, es sey an mulen oder vorste nucezen oder an welchen

<sup>1)</sup> Hohenfriedeberg.    <sup>2)</sup> Friedeberg am Queiß.

nuccezen oder an unserm geschozze uf steten, uf dem lande, in dorfern, oder wie die nucceze benennet sein, vorkeufen umb ezehen mark wider zu keufen und nicht hoher. Und die nucceze sol man achten, wie vil dovon kumen mag. Und welche heuser der vorgeantanten lande, vesten, stete und weichpilde wir verseezen wollen durch sulche not, als dovor geschriben stet, die sullen wir und wollen und sullen ouch nicht mugen hoher verseezen, denne daz hous vor czweytousent mark wider zu losen und die hufe der vorwerg nicht hoher verseezen, wenn für fümfundezweinzig mark wider zu losen.

**[Waldschutz:]** Wir geloben ouch, daz wir nicht sullen noch wollen die nachgeschribnen vorste und welde, bynamen die vorste by der Swidnicz, by Richembach, bei Landeshute, bei dem Hayn, bei Friburg, bei Hersberg, bei Greifenberg, zum Czoboten<sup>1)</sup> und die welde zu Rusk<sup>2)</sup> und die welde zum Zerner<sup>3)</sup>, die heide zum Bunczelow<sup>4)</sup> und binamen alle vorste, welde und gebirge der obgenanten lande, vesten, stete und weichpilde, die iczunt sein und zu kumftigen czeiten werden mügen, und die wir noch zu uns bringen mugen, von uns und von unserm gewalde empfreunden, sunder sie lätzen und behalden in allem irem wesen und werden, und wollen sie nicht lätzen usroden, zu dorfern zu machen.

**[Einungen:]** Ouch wollen wir, daz die man, ritter und knechte und burger derselben lande, stete und weichpilde keine eynung an urloup, rate und wizen ires erberren hoher machen sullen noch mugen denne zu dreizzig schillingen.

**[Erbanfall der Lande:]** Ouch sol under den herren allewege der eldeste herre sein, wo ir mer wer denn eyner, und denselben eldesten sullen die man, stete und burger vor iren herren halden und die andern nicht.

**[Erbliche Vergabung von Lehen, Diensten und Ämtern:]** Bynamen gelober wir, das wir nicht sullen noch wollen und ouch nicht mugen sullen kein burglehen oder ledige dorfer, rossedinst oder lantvogteye des obgenanten furstentumes erblich vorgeben oder vorleihen durch keinerlei sachen. Mit urkund diez brives versigilt mit unsirn keisirlichen insigeln, der geben ist zu Prage nach Cristus geburtte dreiczenhundert jare dornoch in dem sechs und fümfezigsten jare an santh Ambrosii tage dez heiligen bischoves, unsirer dez obgenanten keisers reiche in dem czechenden und dez keisertumes in dem ersten jare und unsirer der egenanten keiserinne reiche im dritten und dez keisertumes ouch in dem ersten jare.

Auf dem Rande: „Per dominum imperatorem Nicolaus de Chrensiert“. In dorso: „Registratum Hertwicus“. Von etwas späterer Hand: „De non alienandis terris, castris, vasallis et civibus. Die große Carolina“. Original im Stadtarch. Schweidnitz. Von den beiden Siegeln sind nur die gelbseidenen Siegelschnüre erhalten. Rep. I, Alph. I, Litt. F, Priv. Gen. Nr. 3. Abdruck aus Grünhagen und Markgraf, Lehns- und Besitzurkunden Schlesiens, Bd. I (Leipzig 1881), S. 504—507, und mit dem Original kollationiert.

## 10.

1365 September 14. Breslau.

### Kaiser Karl IV. gelobt der Gemeinschaft der Städte von Schweidnitz-Jauer, sie beim Anfall der Fürstentümer an ihn oder an seinen Sohn König Wenzel bei allen ihren Rechten zu lassen.

Wir Karl, von gots genaden Romischer keyser, czu allen cziten merer des reichs und kunig zu Behem, bekennen und tun kunt offentlich mit disem brife allen den, die yn sehen oder horent lesen, wenn die burger und die gemeinscheffe der stete czu Czobotenhuss wichpilde, Swidnicz, Reichembach, Nympsch, Stregone, Hayn, Lantshute, Jawer, Hyrsberg, Lauwemberg, Bonczelau und alle ander stete, die darczue gehören, dem hochgeborn Wenzlaw, kunig czu Behem, unserm liben sun und uns czu syner hant gehult, gelobt und geschworn haben nach laute der brife, die sy uns under irn anhangunden insigeln gegeben haben, darumbe so ist unser meynunge und geloben in allen und ir iclichem besundern, irn erben und irn nachkomelingen für uns, den egenanten Wenzelawen, unsern sun, unser erben und nachkomelingen kunig zu Behem in guten

<sup>1)</sup> Schweidnitz, Reichenbach, Landeshut, Bolkenhain, Freiburg, Hirschberg, Greifenberg, Zobten. <sup>2)</sup> Rauske, Kreis Striegau. <sup>3)</sup> Sernerwald, Sanderwald, Kr. Striegau; vgl. Treblin i. Darst. u. Qu., Bd. VI. S. 56. <sup>4)</sup> Die Bunzlauer Heide existiert noch heute unter diesem Namen.



truwen ane geverde, wer daz sache, daz an dem hochgeborn Bolken, herczogen und herren derselben stete von todes wegen icht geschehe und sy nach laute der egenanten brife an uns und den egenanten unsern sun geuylen, daz wir oder die egenanten unsere erben kunig zu Behem sy, ire erben und nachkomen bey allen iren rechten, vreyheiten und guten gewonheiten, brifen, hantvesten und bey allem dem, dez sy redliche kuntschaft und wizzen haben, lazzen und behalden wollen und sullen in aller der mazze, als sy und ire vorvarn die von seliger gedechtnuaze den alten fursten von Polan bizher bracht und gehabt haben. Mit urkunt diez brifes versjgelt mit unser keyserlichen maiestat insigel. Geben czu Wrezslaw nach Christs geburde drucezhundert jar darnach in dem funf und sechzigisten jare an dez heiligen chrowczs tag, als ez erhocht warde, unser reiche in dem czweinczigistem und dez keysertums in dem eyfitem jare.

Original, Pergament mit Thronsigel des Kaisers von braunem Wachs in Holzkapsel an Pergament-Pressel. Auf dem Bug: „Per d. imperatorem P. Jaurensis“. In dorso: „Registrata. Johannes Saxo.“ Stadtarch. Schweidnitz, Rep. I, Alph. I, Lit. G, Sect. I, Nr. 3.

## 11.

1369 Oktober 11. Schweidnitz.

### Kaiser Karl IV. gelobt der Herzogin Agnes zu Händen ihres Rats und ihrer Burggrafen die Anerkennung aller ihrer Rechte, Freiheiten und Einkünfte.

Wir Karl, von gotes gnadin Romischer keiser, czu allen czeiten merer des reichs und kung zu Behem, bekennen und tun kunt offentlich mit disem briefe allen den, die in sehen odir horen lesen, wann die hochgeborn Agnes, herzogin czur Sweidnicz und czum Jawer, unser liebe mume, ire gunst und willen dorezu geben hat und gibt, das die man und die stete gemeynlich der lande Sweydnicz und Jawer dem hochgeborn Wenczlaven, unserm sone, kunge czu Beheim, seinen erben und nachkomen kungen czu Behem und, abe er ane erben vorscheide, do got für sei, uns alz eynem kunge czu Behem, unsern nachkomen kungen czu Behem und der kronen des kungriches czu Behem eyn erbehuldung, eyde und glubde getan haben unshedlich allen glubden, eyden und huldungen, di ir man und stete vormals getan haben, dorumb so globen wir für uns, kunig Wenczlaven, unsern sone, unser erben und nachkomen kungen czu Behem der obgenanten unser mumen und czu iren handen den edeln Hansen von Hakenburne, Ulriche Schafe, burgraven czum Kynsperge, Reyntsche Schafe, seinem sone, hoverichter czur Sweydnicz, Fridriche vom Pechwinkel, burgraven czu Hirsberk, Bernharden von Czedlicz, burgraven czu Furstensteyn, Bernharde und Nicole gebrudern von Czedlicz, burgraven czum Lehn<sup>1)</sup>, Peczolde von Betschow, burgraven czum Jawor, Hanse Koppen, genant von Czedlitz, burgraven czu Schonaw, Vicenzin von Ruzzendorf, burgraven czu Greyfensteyn, Seyfride von Ruzzendorf, burgraven czu Lewenberg, Clericose Bolzen, burgraven czu Falkensteyn<sup>2)</sup>, Preeclaw von Pogerell, burgraven czu Vreundenberg<sup>3)</sup>, Hermanne von Cetteras, burgraven und hoverichter czu Nymptsch, Chuntzen von Falkenhayn, burgraven czum Kanth, Niele von dem Ozeiskberge, burgraven czur Strygon<sup>4)</sup>, Niele von Sackhenkirche, burgraven czum Czobothen, Wasserraben von der Czirle, burgraven czu Reychenbach, Hanco von Logow, burgraven czum Hayn<sup>5)</sup> und hoverichter czum Jawr, Niele Bolzen, hovemeistere und burgrave czum Hornsberge<sup>6)</sup>, Cuneman von Sydlicz, burgraven czu Clitschdorf<sup>7)</sup>, Hannose von Sydlicz, burgraven czum Scheczler<sup>8)</sup>, Heynke von Czedlicz, jegermeistere, Gienczle und Niele gebrudern vom Sweyn, Gienczle von Sydlicz vom Lazan, Niele von der Reybnicz und andern allen iren bidervnen mannen, rittern und knechten gemeynlich und ouch allen burgern der stete beider irre furstentume und herschefte czur Sweynicz und czum Jawor unsern lieben getruwen in guten truwen an alles geverde und argeliste, das sie alle ir lebtag bei allen iren furstlichen leibgedingen und morgengaben, als furstliches leibgedinges recht ist czu besiezen, landen, luten, herscheften, freyheiten, nuzzen, rechten, und werden bleiben sol noch laute der briefe, die sie

<sup>1)</sup> Lähn am Bober. <sup>2)</sup> Schloß Falkenstein, einstmals auf dem einen der beiden Falkenberge im Hirschberger Tale. <sup>3)</sup> Das Freudenthal, Burgruine, Kreis Waldenburg. <sup>4)</sup> Striegau. <sup>5)</sup> Bolkoburg bei Bolkenhain. <sup>6)</sup> Das Hornschloß, Burgruine, Kreis Waldenburg. <sup>7)</sup> Klitschdorf, Kreis Bunzlau. <sup>8)</sup> Schatzlar in Böhmen.

doruber von seliger gedechtnizze etwenne herczogen Bolken von der Sweydnicz, unserm swager, irem wirt hat, die ouch wir und der egenant kung Wenczlaw, unser son, ir mit unsern briefen bestetigt haben, also das wir, kung Wenczlaw, unser son, unser erben und nachkomen kunge czu Behem, unser und der cronen czu Beheim manne oder jemant von unsern wegen sie doran wider der egenanten irr briefe laute nymmer in dheinen czeiten hindern, irren oder beschedigen sullen noch wellen in dheine weiz, sunder sie dobei nach laute der oftgenanten briefe lazen und behalden getruwlich und an alles geverde. Wer ouch, das der egenant kunig Wenczlaw unser son der obgenante unser mumen dheinerley briefe uber die sache geben hette in seiner kintheit und czu der czeit, do er unmundig was, die selb unmundigkeit erfüllen wir mit rechter wissen und keiserlicher mechtvollkommenheit und kreftigen ouch und sterken die selben briefe, so das sie sulich kraft und macht haben sullen, glicherwicz als ab sie in czeiten seiner mundikeit geschriben, geben und vorsigelt weren. Auch gunnen wir der obgenannten unser mumen, was sie koufet umb ir gelt oder sust mit rechte czu ir brenget, oder was sie anesterbet in anevalles weize, das sie das alles geben und vormachen mag noch freyer willikur, weme sie will, in demselben rechte, als es vorgelegen was. Sunderlichen were, das der egenanten burgraven dheiner von todis wegen abgiege oder abegesacet wurde, wer denn an sein stat geseezet wurde, der sol vollemacht haben, uns czu manen glich dem, der vor im abegesacet ist, wann wir im ouch globen in aller der mazze, alz vorgeschriben stet. Were auch, das die manne czu Nymptsch sich leichte derselben erbhuldunge widern oder wern wolden, das sol der egenanter unser mumen an den obgeschriben unsern glubden keynen schaden bringen. Mit urkund diez briefes vorsigelt mit unser keyserlicher maiestat ingesigel.

Geben zur Sweydnicz noch Crists geburde dreyzenhundert jar, dornach in dem neunundsechzigstem jare an dem donerstag vor sant Gallen tag, unser reiche in dem vierundzwenzigstem und des keysertums in dem fomfzenden jare.

Auf dem unteren Rande steht: „Ad mandatum Cesaris Jo. Jaurensis“. Original im Stadtarchiv zu Schweidnitz mit dem großen Siegel des Kaisers. Abdruck aus Grünhagen und Markgraf, Lehn- und Besitzurkunden Schlesiens, Bd. I, S. 512 f.

## 12.

1369 Oktober 12. Schweidnitz.

**König Wenzel von Böhmen gelobt den Gemeinschaften der Städte beider Fürstentümer nach erfolgter Huldigung, sie beim Anfall an ihn bei ihren Rechten zu lassen. Der älteste seiner Nachkommen soll stets Herr der Lande und Städte sein, sie nie voneinander trennen, ihnen nur einen Hauptmann und einen Landschreiber setzen, die zugleich eingeborene Biederleute sind, für eine einheitliche Münze sorgen und keinen Teil der Gebiete der Krone Böhmen entfremden.**

Wir Wenczlaw, von gots gnaden kung zu Behem, markgraff zu Brandenburg und herczog yn Slezien, bekemen und tuen kunt offentlich mit disem brieve allen den, die in sehen, horen odir lesen, wann die burger und gemeynscheffte der stete beider lande Sweidnicz und Jauwor unsere lieben getruwen uns, unsern erben und nachkommenn kungen zu Behem eyne erbhuldunge, eyde und glubde getan haben alz irer rechten erblichen und natürlichen herschaft:

[Bestätigung aller Rechte:] Dorumbe zo globen wir vor uns, unser erben und nachkommenn kunge zu Behem den egenanten burgern und gemeynscheften der stete allen gemeynlich und irer ieczlichem sunderlich yn guten truwen ane allis geverde, wenne is zu schulden kummet, daz noch tode der hochgebornen frouwen Agnisen, herczoginnen derselben lande, die land, alz sie sullen, erblichen an uns komen, daz denne dieselben burger und gemeynscheffte der stete beider lande, ir erben und nachkommenn alle gemeinlich und irer ieczlicher sunderlich bei allen iren rechten, freiheiten, gnaden, wurden und guten gewonheiten, die sie von alden fursten herbracht haben und die sie mit brieven odir redelicher kuntschaft noch dez landis rechte beweisen mögen, siczen und bleiben sullen von uns, unsern erben und nachkommenn kungen zu Behem und allen unsern amptleuten und getruwen ungehindert.



**[Erbfolge und Untrennbarkeit der Lande:]** Welcher ouch unser erben odir nachkomenn kunge zu Behem der eldste were, der sal herre derselben lande, stete und merkte sein und sich herre dovon schreiben und nennen, und sal ouch derselbe die land Sweidnicz und Jauwor von enandir nymmer gesundern.

**[Landeshauptmann und Landschreiber:]** Ouch von sunderlicher gunst tuen wir in die gnade, daz wir yn beiden landen zu der Sweidnicz und zu dem Jauwor eynen houbtman und ouch eynen lantschreiber geben und seczen sullen, der iezlicher von eynem der lande Sweidnicz odir Jauwor geborn sei, yn der lande eynem gesessen sei und eyn bedirman sei, alzo daz ie nur eyn houbtman und eyn lantschreiber yn beiden denselben landen sei.

**[Einheitliche Münze:]** Sunderlichen wollen wir, daz nur eyne muncze yn beiden landen sein sulle, die an dem zusaeze und an dem silber yn den wurden und yn der güte bleibe und bestee, alz sie iczunt ist und eyn czeichen und geprege habe.

**[Schutz vor Entfremdung:]** Ouch globen wir den egenanten burgern und gemeynscheften yn dem namen, alz davor, daz wir, unser erben und nachkomenn kunge zu Behem sie alle odir bei teilen von der cronen dez kungrýches zu Behem nymmer yn dheimen zeiten vorkouffen, vorpfinden odir enpfremden sullen yn dheimenwýs, sunder sie do bei erblich und ewiglich lazen und behalden. Mit urkunde dicz briefs vorgelt mit unser kunglichen maiestat ingesigele. Geben zu der Sweidnicz noch Cristes geburt dreiczehnhundert iar dornoch yn dem neunnden und sechzigsten iare an dem nehsten freitage vor sante Gallen tage unsers kunreiches yn dem sebanden iare.

In dorso: „Registratum. Litera de libertate civitatum.“ Original, Pergament mit an Pergamentpressel anhangendem Thronsigel König Wenzels von gelbem Wachs in Holzkapsel. Stadtarch. Schweidnitz. Rep. I, Alph. I, Lit. H, Sect. I, Nr. 1.

## 13.

1387 Februar 20 bis April 13. Striegau.

### Bericht über die Fehde der Stadt Striegau mit dem Hauptmann und dem Hofgesinde sowie sonstigen Adeligen der Herzogin Agnes von Schweidnitz wegen verweigerter Steuerzahlung.

Sedioio civitatis et ducisse anno 1387. In dem obgeschreiben iare waz unser vrouwe, die herczogynne, von uns Stregenern mutende tusent mark grosschin an alle vorschulte sache, die solde wir er gebin unde wer er wol notdorff. Dez bote wir unsere frauwe umbe gnade unde gute uns czu erzeigen unde daz se auch andir stete hier umbe besente unde auch die man; waz wir denne noch unser macht tun solden unde vormochten, dez wolde wir uns keyns weren, wenne sie uns vor allen andern steten wolde usczihin, daz uns ungewonliche tuechte. Dicz mocht uns allez nicht gehelfen, sundir ungunst unde ungenade wante unser frauwe czu uns, alzo daz uns der her Benusch von Kusnyk, der heupman in unser frauen lant, her Ny[kil] von Czeisberg, Heynrich Wiltberg, unser frauen marschalk, Bernhart Wiltberg und dorezu alle unser frauen hoffgesinde gemeynlich uff lybe unde uff gut entsagtin, unde die nicht alleyne, sundir vil andir ritter unde knechte, alz hernoeh geschreiben stet, die sie dorezu hecztin und hildin uff unser vorterbisse.

Czu dem ersten mole qwame Nyckil von Gerhardistorff, des heupmans burgrafe czu Furstinberg, unde sprach czu unsern ratmannen: „Wisset, er herren, daz der heuptman, her Nyckil vom Czeisberg, der marschalk, Bernhart Wiltberg unde alle unsere frauen hofegesind euch lassen sagen, „wollt er unser frauen die bete nicht gebin, so wollen sie euch dorezu brengin, daz ers muste gebin!“ — Item Heinrich Nase unde Hannus Cziris entsagten uns mit eym brieff unde bekanten daz auch vor uns obgesch[reben] ratmannen czu Fryburg. — Item her Heinrich von Czirnaw, Hannus von Redern, Rudeger Wiltberg unde Nyclos Czirnaw auch mit eyme briefe. — Item Caspar von Jonstorff alleyn mit syme briefe. — Item Opecz von Seidelicz, Heyneman von Seidelicz, Temchin von Lazen, Hartman Grosse, Sander von Grunaw, Meynke unde Hannus Witschil, alle mit eyme briefe. — Item her Ny[kil] von Rechinberg, Reintsch von der Czirle unde Heynrich von Ronaw mit eyme briefe. Item Hannus unde Gunczil von Seidelicz gebrudir mit eym briefe. — Item Thamme von Michilstorff, Gunczil von Seidelicz unde Heinrich von Stepphanshayne mit eyme briefe. —

Item her Heidnrich Tscherticz entsagit muntlich selbir. — Item Heinrich Acze, Heinrich Dobischke et Reyntsch Moys mit eyne briefe. — Item Hannus Seifredaw mit eyne briefe. — Item die noch geschrebin beraubtin die strazze und toten uns grossen schadin, wo se kunden unde mochten unde schonten dez lantfreds nicht: Czum ersten mole Jacob Sannen son, Tyffegrube, Bongenezwik, her Clericus son Vlok, Hannus Dume, Behem, sin swoger von Fryburg, unde Forster.

Item nu waz vormalz geschehen, do wir unser frauen czu eynem mole geben musten funff hundert mark; hundert mark von die reyse gegen Ungern, alz vorgeschreiben stet, unde auch XX mark hern Nyckeln<sup>1)</sup> czu erunge, das der heupman czu uns sprach: „her wolde uns nazeholern“ unde sprach abir czu diesem mole frevelich unde gewaldeclich: „her wolde uns wip, kynt, lyb unde gut vorterven.“ Dorezu sprach her Nyckil von Czeisberg: „her wolde uns vorterven alz hoch, daz uns unverwintliche wurde, unde wenne wir beschedigit wurden uffs hoest; noch muste wir unser frauen die bete geben an unsern dank.“ Dornoch qwam Gunther von Ronaw, unser hoferichter, gerant in unsere forewerke und vorbot uns, czu ackern und seen bie lybe und bie gute unde keyns dorus trybin noch tragin. Auch reyrt her yn alle molen umbe unser stat unde vorbot, daz sie der stat nicht malen, noch abe, noch czu furen solden auch bie lybe unde bie gute. Obir daz allis ist man geryten yn unsere vorwerke und beschedegit uns swerlich an getrede, alzo vil, alz man dez vynden mochte, wart allis genomen, dorezu an pflugin, an wagen unde an anderm geschirre nomen wir auch vil schaden. Auch reyrt man uff die strazze und yn die dorfer unde gebot bie der beschedegunge, daz nyemant czu uns abe noch czu keynirley ware furen solde, der wir uns mochten gebessern. Die molisen unde andir geschirre wurden uns usgeslagin, czubrochin unde geraubt. Dorezu auch gewant us den molen und uff der strazze genomen wart, unde eyn wayn vol cromerye mit gewalt uff Furstenberg unde uff den Czeisberg wart getryben. Gutliche tage worden gemacht von den Bresslern czwischen unser frauen unde uns, dorynne wir frede unde gemacht solden haben. In dem selben frede wart unserm mitburger eyne, Nyclos Menchin genant, eyn gros vas wyntis genomen unde dorezu in den turme gesaczt. Auch wordin uns unser kue unde pherde genomen, die wir mit gereitum gelde musten wedir losen unde kouffen mosten umbe XII marke wedir die von Parchwicz, unde die beste kue behilden sie selbir. Alle diese sachen gobin wir keyns schult unser frauen, sundir nur eren anewaldin, dem hauptmanne, her Nyckeln unde eren nochfollegern. Diez ist allis gescheen czwischin der erstin vaste woche und in den achtagen noch Ostern in dem obgeschrebin iare.

Kgl. St.-A., Rep. 40, Stadt Striegau I 2 k. Ältestes Stadtbuch, Bl. 74 b f. Aus der Grotefendschen Sammlung, Rep. 135, E 149 f.

#### 14.

1389 Januar 5. Schweidnitz.

**Herzogin Agnes von Schweidnitz beurkundet den zwischen ihr und ihren Städten geschlossenen Frieden. Sie bestätigt den Städten nach Empfang einer Geldehrung ihre Rechte und verleiht ihnen die Hellermünze auf weitere acht Jahre.**

Wir Agnes etc. bekennen etc., daz czwischen uns an eime teile unde unsern stetten obiral yn unserm lande an dem andern teile etwes czweytracht gewesen sint, dor umbe wir mit en sunlich und gutlichen vorrichtet sein und sint hingelegt allir sachin in sulchir mazze, daz sie uns mit eezlicher summen geldes geeret habin zu unser redelichin und erhaftigen notdurft, dez wir ouch en sundirlichen danken und wollen sie furbasme eynes sulchen obirheben und dirlazzen. Hierumbe tuen wir en ouch sulche gnade und bestetigen en alle recht, freyheit, gewonheit, willekoren und ouch alle andere korn yn alle der mazze und meynunge, alz sie dez briefe und hantfesten von alders habin von alden fursten und herren diesir lande seleger gedechtnisse. Ouch geben wir en von sundirlichen gnaden die heller muneze obiral yn unserm lande, daz sie die haben und halden sullen, alz gewonlich ist, acht jar noch den jaren, die wir en vormalz

<sup>1)</sup> Von Czeisberg. Siehe die im Texte erwähnte Signatur des Stadtbuchs (fol. 68) von 1385 in Rösler, Striegau im XIV. Jahrhundert, S. 6.



vorschreiben habin obir dieselbe muncze. Ouch ab yemande dieselben unsere stette besweren wolde, so wollen wir sie schirmen und schutzen noch unser möglichkeit, die weile wir leben. Datum Sweidnicz anno etc. LXXX nono, feria tertia proxima ante festum Epyphanie domini, presentibus Nicolao de Czeiskberg, Heidenrico de Tscherticz, milite, Bern(hardo) Wiltberg, Henrico Slancz et Nicolao Gotke, civibus in Wratislavia.

Kgl. St.-A. Breslau, Rep. 39, S.-J. III 15 D, Bl. 94 b. Abdruck bei Fischer, Jauer I, S. 252 f.

15.

1396 September 27. Prag.

**König Wenzel bestätigt den Unterhauptmann Janko von Chotiemitz in seiner Stellung und gibt ihm einen Beirat von 6 Adeligen und 6 Vertretern der Städte.**

Wir Wenczlaw, von gotes gnaden Romischer kunig, zu allen ezeiten merer des reichs und kunig zu Beheim, embieten allen und iglichen mannen, rittern und knechten, den burgermeistern, rethen und burgern gemeinlichen der stete unsern herzogtum und lande czu der Sweidnicz und zum Jawer und allen und iglichen andern amptluten, hofrichtern, undersessen und getreuen doselbist unser gnade und alles gut. Liben getreuen, wie wol das sey, das wir vormals euch geschriben und geboten haben, das ir den hochgeborn Procopen, marggraven zu Merhern, unsern liben vettern und fursten, czu einem hauptman ufgenomen und empfangen soltet haben, des ir euch gewidert habt und nicht geschehen ist, von des wegen etweil irrsal in denselben unsern landen sind entstanden, und dorumb zu underkomen sulche irrsal, so haben wir mit wolbe[da]chtem mute, gutem rate und rechter wissen Janken von Chotyemiez, underhauptman zu der Sweidnicz, unserm liben getreuen von neues bevolhen und befehlen im in craft diez brives, das er alle und igliche lehen in den egenanten unsern herzogtumen von unsern wegen leihen moge, als er die vormals hat gelihen, und ouch alle und igliche unsere rente, czinse, nucze und gefelle von denselben unsern landen in den steten und uf dem lande eynfordern, nemen und empfahen solle und moge in aller der masse, als wir im das vormals hatten bevolhen. Und dorumb so gebieten wir euch allen und euer iglichem ernstlichen und vestlichen mit diesem brive, das ir alle sulche lehen an nyemanden anders, dann an den egenanten Janken suchen, vordern und nemen und ouch im alle und igliche unsere rente, czinse, nucze und gefelle geneczlich und gar reichen und antwurten sullet, als lang bis das ir zu uns komet, oder die euern mit euer macht zu uns mit euern briven und hantvesten sendet und wir ouch eines andern dorumb mit euch nicht zu rate werden und ubereinkomen. Und haben ouch, zu bestellen und zu volffuren unsere und der egenanten unser lande rechte, dem egenanten Janken zu hilfe geben und gekoren unsere manne und liben getreuen Nickeln von Czeisberg, Sigmunden von Pogrel, Peter von Czedlicz, Hayman von Seydlicz, gesessen zu Schonfeld, Gotschen Schaff und Hansen von Ribnicz. So sullen ouch die stete der egenanten unser herzogtum und lande von iren wegen ouch sechse dorzu kysen und geben, die alle miteinander dem egenanten Janken dor zu beholffen und geraten sein sullen, das alle und igliche vorgeschribene unsere rechte und ouch derselben unser lande recht geneczlichen bestalt, volffuret und gehalden werden in aller der masse, als die von alder her komen und gehalden worden sind. Ouch so sol der egenante Janke an der vorgeschriben rate nictes tun in dheinweis, sunder was er mit der egenanten rate tun wirdet, das ist unsere wille und wort, und wollen ouch, das das geneczlichen von allermenlich werde gehalden. Und wer es sache, das sich yemande dowider seczte oder das recht hindern wolte, so geben wir dem egenanten Janken und ouch den vorgeantanten czwelfen volle macht dorzu von unsern wegen zu tunde, das das nicht geschehe von yemanden in dheinweis, sunder das das recht vorgank habe, als billich ist. Mit urkunt diez brives vorsigelt mit unserer kuniglichen maiestat insigel. Geben zu Prage noch Cristes geburt dreyczenhundert jare und dornoch in dem sechsunndneunzigisten jaren, des mitwochen vor sand Michels tage, unser reiche des behemischen in dem virunddreissigisten und des romischen in dem einundczwenzigisten jaren.

Auf dem Bug: „Ad mandatum domini regis Nicolaus de Gelbicz.“ In dorso: „Registrata Petrus de Wischow“ und von einer Hand des 15. Jahrhunderts: „Wie herrn Janken die hauptmanschaft befohlen ist und lehen zu thun, und das yr sechße von stetten bey den zwelfern sitzen sollen.“ Von späterer Hand: „Zwelfer recht“. Original, Pergament, Siegel fehlt. Stadtarch. Schweidnitz, Rep. I, Alph. I, Lit. K, Sect. II. Subdiv. III, Nr. 1.

## 16.

1420 November 22. [Schweidnitz.]

**Hauptmann und Mannschaft von Schweidnitz-Jauer fordern die Stadt Breslau zur Zahlung ihrer Steuerquote für die Burg Schatzlar auf.**

Unser freundlichen dinst zuvor. Ersammen weysen, besundern lyben frunde und gunner. Alz euch wol wissentlich ist, wy wir is mit euch ge[s]lossen haben, do wir bey euch gewest seyn, als von des geldis wegen, das euch angeslagen ist an der bezalunge des hausis Schetzelers; bethen wir euch sundirlich mit fleyss, das ir dy selbige anczal, dy euch an gehoirt, ane seumenisse gebin wellit, das icht dem lande schade dorvon entstehen mochte, der im unworintlich were, wenne is iczunt an nymande gebricht, denn an euch. Dorumb zo lossit is an euch nicht gebrechen, das das land icht zu schaden kome, wenn dy ffürsten, mann und stethe iren anslag gebebin haben, das is an nymande gebricht, wenn an euch. Dorumb lat is an euch nicht broch seyn, und geren des eyn antwort mit dem keigenwortigen boten. Geg(eben) . . . cz am fritage noch Elysabeth anno XX under des landes ingesigil.

Heyneze Stussche, ritter unde heuptman zur Swidnicz und manschaft der furstenthumen Swidnicz und Jawir etc.

Adr.: An den Rat zu Breslau. Or., Stadtarch. Breslau, Polit. Korresp.

## 17.

1433 April 6. Schweidnitz.

**Der Unterhauptmann Gotsche Schoff berichtet der Stadt Breslau, er habe ihre Vorschläge an Mannen und Städte gebracht und auch die Ältesten zur Beschlußfassung zusammenberufen.**

. . . „Als ich denne nu neheste von den euern im felde gescheidin bin, also das wir vorbas suldin czu rathe werdin, wie wirs keyn unsern fynden bestellin weldin unde keyn den, die en helffen unde sy wedir uns fordern unde sterken, sulche meynunge habe ich an meynes hern man unde stete cynes teils brocht unde auch die eldisten meynes hern man unde stete iczund doruff vorbot habe, als uff den nehestin dornstag obir achtage, unde auch denne aldo an sy czu brengen die meynunge, als mir die euern gesaget habin. Unde was wir denne aldo eyne werdin wedir dy, die unser fynde fordern unde sterken, das wil ich euch von statin lossen wissin.“ Es wäre falsch, daß er nur 100 Pferde und 100 Fußgänger im Felde gehabt hätte, vielmehr hätte er allein an „soldener“ 28 Pferde und 100 Pferde gehabt, und dazu mit dem Hofrichter<sup>1)</sup> von Schweidnitz und andern Gesellen „das die czal machte an vier pherde andirhalb hundirt<sup>2)</sup>“ unde fußgenger an ir drey hundert“. Dadurch, daß Hayn von Cirna und George von Redern der Lande Feinde geworden seien, seien die „obirsten weichpilden“ gehindert worden, ihre Leute hernieder zu schicken. „Gegeben czur Sweidnicz am montage noch Palmarum.“

Or., Stadtarch. Breslau, Polit. Korresp.

## 18.

[1433] April 6. Schweidnitz.

**Hauptmann Albrecht von Colditz erklärt der Stadt Breslau, sie erhalte stets von dem Antwort, an den sie ihre Briefe richte, und ferner handele er stets mit Rat der Mannen und der Stadt [Schweidnitz].**

Mein dinst czuvor. Liben herren und frunde, alzo alz ir mit Marcus Hechte, eyne rathmanne von der Sweidenicz, gerett habit, wir schriben eyns sust daz ander, so iczunde schribe ich uch, iczunde schribe uch meyn undir hauptman, iczunde schribe uch dy stadt, alzo daz ir nicht woste, wes ir gloubin sullit, und ir wollit furder keyns me gloubin, denne waz uch dy stadt undir irem sigel schribe: Liben herren,

<sup>1)</sup> Über die militärischen Befugnisse des Hofrichters als Stellvertreters des Hauptmanns vgl. Grünhagen, Die Korrespondenz der Stadt Breslau mit Karl IV. in den Jahren 1347–1355, S.-A. aus Archiv f. Kunde d. österr. Geschichtsquellen, 1865, S. 12, Anm. 4. <sup>2)</sup> = 150 ohne 4 = 146 Pferde.



ir mogit mir gloubin adir nicht, zo byn ich doch kein verretir nicht, denne was ir mir geschriben habit, da habe ich uch antwort auff geschriben, habit ir abir meynem undirhauptman geschriben, dem adir eyne andern, der hat uch ouch syne antwort geschriben, und sunderlich, waz ich uch trefflichir zachin geschribin habe, daz euer adir unser lanth an gelangit had, daz habe ich allewege getan mit rathe diser manne und stat. Und, liben herren, welt ir mir denn nicht gloubin, zo durfft ir mir nicht schriben, zo darff ich uch ouch nicht antwort geben und wil sein gerne ubirhaben sein und hoffe, ich habe ein sulchis umbe uch nicht vordynet und ich meynt, ir weret eyns sulchen wol czu weise, daz ir mir ein sulchis czu sagen sullit. Ouch habit ir gesprochen, is were unser schult gewest, daz dy vorlust czu Strelin gescheen were, ich hoffe, wir wollin daz wol beweisen und kunth machen mit euern schriffen und briefen, daz is unser schult nicht gewest ist, were den rath czum ersten ausgegeben had, daz dy euern czu Strelin sulden ligen und dy unsern czu Reichenbach. Ouch hette ir wol ein sulche macht uff bracht, da sy czu dem erstin berant wurden, daz is czu eime sulchin nicht komen were, und gloube ich wol, liben hern, mir ein sulchis nicht nahezu-sagin, da ich nicht schult an habe, daz wil ich umbe verdynen und begere euere beschribene antwort. Gegeben czur Sweidenicz am montage noch Palmarum under meynem sigel. Albrecht von Coldicz, haupt man der furstenthumer Sweidenicz unde Jawer etc.

Adr. An den Rat zu Breslau; Or., Stadarch. Breslau, Polit. Korresp.

19.

1433 Juni 20. [Schweidnitz?]

**Hauptmann, Mannen und Städte der Fürstentümer lehnen die Auffassung ab, daß Breslau die Hauptstadt von Schlesien sei.**

Albrecht von Colditz, hauptman, man und stete der furstenthumen S. und J. schreiben an den Rat zu Breslau: 1. wegen des Petir Polaken und der mit ihm gefangen sitzenden Gesellen; 2. wegen Nimptsch, das sie schon lange genommen hätten, wenn die Breslauer ihrem Rat gefolgt wären; 3. „und alz ir schreibit, wie wir wöl wösten, das Bresslaw in der Zlesie die hauptstat ist, das haben wir noch nicht gewost und haben do von nicht gehalden und wollen do von nicht halden, sunder wir wissen von unserm gnadigen herren dem kunige, der deser Zlesie eyn haupt ist, an den wir uns halden und an die, die uns seine gnade czu hauptleuten zetzet, und hette seine gnaden euch uns czu hauptleuten gesaczt, zo wosten wir uns ouch wol in sulchen zachen zeu halden“; 4. wegen des Friedens.

„Geben am sonnbinde noch Viti und Modesti martirum under dess landis sigil, des wir zeu desem mole alle gebruchen, anno XXXIII.“<sup>4</sup>

Or., Stadarch. Breslau, Polit. Korresp.

20.

1440 Januar 21. o. O.

**Einung der Fürstentümer Schweidnitz-Jauer und Breslau zum Schutz des Landes, enthaltend Bestimmungen über Musterung einer berittenen Truppe, Rechtsprechung, Fehden, Geleit und Münzwesen.**

Wir manschaftt und stete der furstenthumen Sweidnitz und Jawor bekennen offntlich mit desim brieffe allen den, die en sehen ader horen lesen, das die strengen, woltuchtigen, erbarn und weizen Heineze von Petirswalde, underhauptman, Janke von Chotiemitz uff dem Furstensteine gesessen, Jorge Czeteras zu Swenkefeld<sup>1)</sup> gesessen, Wezel von Schelndorff zu Pankendorff<sup>2)</sup> gesessen, Gotsche Schoff uff dem Greyffenstein<sup>3)</sup> gesessen, Hannos Schoff uff dem Kynaste<sup>4)</sup> gesessen, Herman Czeteras uff dem Newenhawse<sup>5)</sup> gesessen, Hayn Czirne uff Bolkenhayn gesessen, Nickel Schindel zum Streyte<sup>6)</sup> gesessen, Heineze Schindel zum Newdorffe<sup>7)</sup> gesessen, in macht ander manne der obgenannten forstenthumen, und Caspar Meske,

<sup>1)</sup> Kr. Schweidnitz. <sup>2)</sup> Penkendorff, Kr. Schweidnitz. <sup>3)</sup> Kr. Löwenberg. <sup>4)</sup> Kr. Hirschberg. <sup>5)</sup> Kreis Waldenburg. <sup>6)</sup> Kr. Striegau. <sup>7)</sup> Wohl Kreis Jauer.

Franzke im Grunde und Hannos Bernwald in macht der stat Sweidnitz, Hannos Kucheler in macht der stat zum Jawor, Jorge Kaner, Niclos Funcke, Pawel Gawske und Hannos Hanewald in macht der stat Stregen, Heinze Seydenfaden in macht der stad Lemberg, Tawber in macht der stat Hirsberg, Hannos Jentsch und Petir Schulez in macht der stat zum Hayn und die genanten stete in macht ander stete der obgenannten forstenthumen Sweidnitz und Jawor mit den erbern und weizen Niclos Titcze, Heinze vom Salez in macht der strengen, woltuchtigen, erbern und weizen manschaften und steten des forstenthums zu Breslow bekennen offentlich mit desim briefe allen den, die en sehen ader horen lesen, das wir angesehen haben den grossen obirswenglichen schaden und vorternis, die den genanten forstenthumen von tage zu tage und y lenger, y meher geschiet. Denselben forstenthumen zu fromen, notcze und besten habin wir uns voreynet, vorwillet und verbunden, voreynen, vorwilen und verbindin vor einen man in crafft desis briefes, nemlich also: das die forstenthumen Sweidnitz und Jawor legen sullen als von datum desis briefes obir fircentage hundert reisige pferd mit togelichen leuten uff die genante czeit ken der Sweidnitz, und das forstenthum zu Breslow sal ouch hundert pferd mit togelichen leuten uff dieselbe czeit ken der Sweidnitz legen. Do sal man denne mostern, das itezlich teil seine anczal der pferde und leute habe, und do sal denne eintrechtlich dirkant werden von beiden teilen, wo man die pferd mit den mannen hen legen sulle den obgenanten forstenthumen zu beschutzeunge und zu fromen. Ouch haben wir uns geeynet, das ein ydermann, der in den vilgenanten landen ader forstenthumen gesessen ader wonhaftig ist, im an der lande recht sal lossen genugen und im die wol und we sal lossen thun, und wer das nicht thun welde, den wellen wir halden vor unseren fynd. Ouch ap ymand, uswenig den landen gesessen, meynte zu den obinberurten landen anspruche und schulde zu haben ader zu etzlichen ynwonern derselben lande und stete, vor die ader vor den sullen die heuptleute der benannten lande byten mit in ader mit im vor zu komen an gelegeliche stete, do das hen czemelich sein wurde, und do her sich mogelich sal dirkennen lossen uff gleich und uff recht. Ouch ap ymand were in den landen gesessen und meynte zuspruche zu haben zu etzlichen uswenig den landen gesessen, vor den ader vor dieselbin sullen ouch die hauptleute der lande gleich byten mit denselben ader demselben vor zu komen an gelegeliche stete, do das hen czemelich sein wurde und do her sich mogelich sal dirkennen lossen uff gleich und uff recht. Auch ap ymand uswenig den landen gesessen im an den obgeschreben gleichbytungen nicht welde lossen genugen und welde dorobir zugreifen in den genannten landen, demselben ader denselben sal man nochfulgen mit der obgeschreben voreynnten macht und dorczu mit ander ganzcen macht, die man in den landen uff mochte brengen, ap das not sein wurde. Auch sal kein teil in den vilgenanten furstenthumen ader landen slosser ader possetken<sup>1)</sup> berynnen ader belegen uff die genannte verbindunge, is sey denne mit eime gemeinen rathe. Ouch ap ymandes were, der wedir land und stete der genanten furstenthume gethon hette und gebrachen, das vor dem bunde gescheen were, und es suchen wurde czwischen hie und nehstkommenden pfingisten<sup>2)</sup>, so sal der ader die, die gebrachin haben, es vorsunen und vorrichten an dem ader den die broche geschen sein. Wenne es also vorricht ist, an demselbschuldigen und is denne suchen wurde an den obgenanten furstenthumen, die sullen es in ouch vorgeben, dorczu sal man in geleiten. Ouch, das man nymands geleiten sal, es sey denne umbe erliche sachin, und das her derselben erlichen sachin bleiben wil und das thun noch hauptleuten, land und stete dirktenenis adir die, die in dem bunde sein, und eyn yderman sal sich vorbas ken landen und steten also halden, das her nicht geleites durffe. Und weme also bescheiden wirt fur den bunt uff dirktenenis, das habin wir gelegt im jore czwene tage, als uff sant Jorgentag<sup>3)</sup> ken Breslow und uff sandt Michaelstag<sup>4)</sup> ken der Sweidnitz. Und wer also vor dem bunde czu schaffen hot, der mag wol dorczu komen. Auch ap ymand in den landen mit falschen moncezen wurde kaufflagen, adir wo man dieselben moncezen dirfure und einer seinen wereman nicht mochte gehaben ader dieselben moncezen lisse sloen, es were hirre oder knecht, das man einem sulchen mittefaren sal als einem felscher noch seinem vordienen. Und die ob-

1) Posatken, feste Plätze.

2) Mai 15.

3) April 23.

4) Sept. 29.



genante eynunge und verbindunge sal nicht abegeen ader zurucke werden, es sey denne mit einem gemeinen rate der vilgenannten furstentumen und lande und stete. Alle und igliche geschrebene stücke, puncte und artikel globin wir alle mittenander und ein itzlicher besundern bey unsern guten trawen ane arg feste stete unvorbrochlich und unvorserlich zu halden. Und des zu stete haldunge habin wir desis landes ingesigel an desin brieff lossen hengen. Gegeben an sandt Agnithen tag der heiligen jungfrauen noch Cristi geburt vierzehnhundert jor dornoch im fierzigisten jare.

Or. mit Siegel des Schweidnitzer Mannrechts. Stadtarch. Breslau, Y 9. Aus der Grotefendschen Sammlung Kgl. St.-A., Rep. 135, E 149 f.

## 21.

1442 April 3. Greifenstein.

**Absagebrief des Gotsche Schoff auf Greifenstein an die Stadt Breslau wegen der über ihn und andere Inhaber von Schlössern ausgestreuten Verleumdungen.**

Wisset ir Bresler, als ir mir schreybet, ir habit euch besundern ken mir nichtis vorpflicht, doruff ich euch vorgeschreiben habe, das ir euern brieff anseth, das ich mit namen mit euch ynne stehe; wie deme nu ist, so sullet ir vor wor wissen, das ich furbasme ungerne mit euch in dem bunde stehen welde. Auch als ir mir schreybet, ir habit mir worheit geschreiben und nicht lögen, ir sullit wissen, das ir mich belogen hat keyn meynen gnedigen frauen, der kunigynnen, und den iren, das do offemlerlich ist, das der Azenheymer mit dem hauptmanne Peterswald geredt hat, wie das wir von den slossern wolden eynen bund machen wedir meyne fraue und wider ire land, das der hauptman offemlerlich geworben hat zur Strigaw, doby meyns herren man und stete vil gewest seyn; das habe ich erfaren, das das er ausbrocht habit. Doruff habe ich euch geschreiben, und sollit vor wor wissen, das ich als ungerne obil ken meynen gnedigen frauen tun welde, als ir, und sollit vor wor wissen, das mirs auch leit seyn sal, das ir sulche logen off mich sullit erdencken; und ist itezund also ferre komen, das ich auch rath lebin wil mit meynen hern und frunden, was ich euch schaden kan zugeczihen, das ich das tun wil. Gegeben offem Greyffensteyne am dinstage in Ostirheiligen tagen under meym ingesigel anno etc. XLII. Gotsche Schoff uff Greyffensteyne gegessen.

Or. ohne Spuren eines Siegels. Stadtarch. Breslau, Polit. Korresp. Vgl. dazu „Des raths zu Breslaw klage contra Schafgotsch ufm Greifhsteine“, 1446 März 12, Abschrift in Kgl. St.-A., Rep. 135, E 149 f.

## 22.

1444 August 5. Jauer.

**Einung der Herzogin Elisabeth von Liegnitz und der Fürstentümer Breslau, Liegnitz und Schweidnitz-Jauer zu gegenseitigem Schutz unter Einsetzung eines geschworenen Rats von 16 Gekorenen.**

Wir Elisabeth, von gotis genaden herczogynn inn Slezien, zu Legenicz und Goltberg etc., und wir noch geschriben heuptleute, manschaft und stete der furstenthum Breslaw, Legenicz, Sweydenicz und Jawer etc. bekennen uffentlichen mit desin brieve allen, die en sehen ader horen lezen, das wir uns mittenander geeynit und verbunden haben, gote dem almechtigen zu lobe, unser erbherrnschaft der kronen von Behemen zu eren, uns und desen landen zu notze und fromen, eynen und verbinden uns als vor eynen man mit diesem brieve, eyn teil dem andern getreulich zu rathen, zu helfen und beyzusteun wedir alle unser finde und wedir alle dy, die en am gleichen und rechten nicht wellen lossen genugen, und sullen und wellen forbasmer eyn teil dem andern mit keyner hulfrede nichtis eyntragen, sunder an allis arg und geferde eyn teil dem anderen helfen und roten, wie und wenne das notdorfft ist, und nemlich in sulcher mosse: Ap ymandis were bynnen ader baussen landes gegessen, nymandis ausgenommen, diese lande welde angriffen und beschedigen, die in desin bund gehören, welch teil also beschedigt worde, der sal anruffen die anderen, die sullen im zu hulfte komen und eyn sulschis [!] helfen steuern und weren. Were is denne sache, aus welchem lande sulche beschedunge geschege und wedir doreyn qweme ader dodurch getrebin worde, czu dem ader den sullen die hirschaft, heuptleuthe und anewalden rechtis helfen. Ader der denne den rechten

ungehorsam were und des mit gewalt welde vorgehen, so sal man mit macht dorczu thuen und den von staten berynnen und dovon nicht zu komen, die sache sey denne zu ende brocht noch aussrichtunge und dirkentniss des bundis gekorn rathis, wye die das eyntrechtighen vor das beste irkennen worden. Geschee is auch, ab ymandis uns und dese lande wolde angreifen und beschedigen wedir gleich und recht, welchem theile das worde antreffen, der zal das clagen und vorberengen, so sal man eynen tag zustunt legin an beqwemeliche stete, dohyn sal des bundes gesworn rath zusampne komen; was die irkennen, was dorczu zu thuen und der lande bestis ist, das sal vorgang haben und gewynnen. Und keyn teil sal nicht gestaten noch vorhengen heymlich noch offnbar, das eyn land aus dem anderen sulde betrubit ader beschediget werden in keynerleye weise. Were aber beschediget worde und uff fluchtigem fusse noch folgete, welch teil denne umb hulfte angeruffen worde, das sal an gefer uff seyn und denne zu hulfte komen und vorscheuen, ab man abegedringen mochte. Kunde man denne das nicht abgedringen, so sal man sulche beschediger besenden und das genomen guth heissen wedirkeren. Welle her das nicht thuen, so sullen wir alle mit macht dorczu thuen und den berynnen bynnen acht tagen und dorczu thuen noch rathe des geswornen rathis und en dorczu bringen, das her das wedirkere ader eyne genuge dorumbe thue. Worde aber ymandis, auswondig desir lande gesessen, uns und dese lande mit gewalt angreifen und beschedigen wedir gleich und recht, dorczu sullen wir thuen und alle unser macht und gezwewe bringen und dorczu thuen noch rothe und dirkenntnisse des geswornen rothis, und ab wir denne sulchen mit gotis hulfte gesteuern, adir sie wedir obirczihen mochten. Were is denne not, eynen reyten din krig keyn den zu bestellen, das sol man thuen noch auczrichtunge und dirkenntnisse des genanten rathis. Und ap ir keynne stat buschen, polver ader gezwewe leyen und bringen worde, was das kost, das sal geen uff den gemeynen bund und beczalen ane wedirrede. Und ab ymandis eygene krige besundern ader abedingunge machen welle, das sal man nicht thuen noch gestatten. Worde auch ymandis, in desin landen gesessin, ymandis beschedigen wedir gleich und recht, dem sal man rechtis helfen in den rechten, dorinne her gesessin ist. Worde her aber fluchtig, so sal man en do selbst in die ochte thuen noch gewonheit des rechten und sal doraus nicht gelossen werden, is geschee denne mit gemeynem rothe und zuvorauz, das dem elegir eynen genugen dorumb geschee. Hette abir ymandis zusproche umb erbe und gut, das sal gerichtet werden in den gerichten, do das gelegin ist. Was aber sost umb schulde und ansproche were, das sal man su[l]chen noch vorwillunge beider theile vor den gesworn des bundis. Item ab ymandis icht welde ungewonlichen sachen vornemen, das wedir lande und stete gewonheit und recht were, dem sal man das nicht gestaten und heissen abetuen. Weldin sie das nicht abethuen, so sullen wir alle sie dorczu helfen bringen. Auch ab ymandis zu uns in desin landen gesessin in den bund nicht welde treten und eren eygen willen haben wolden, den adir die sullen wir alle dorczu bringen noch dirkenntnis des geswornen rathis. Item ab ymandis besagit worde, der vor eyn umberuchtiger man were, uff den sal man zu handis nicht fallen, en smehen ader leidigen, sunder man sal sich wol dorumb irfaren und in zur antwort komen lassen, ausgenommen was off hanthafftiger tot geschee, allis noch irkentnisse des geswornen rothis. Welde auch ymandis sich mit uns landen und steten vorrichten und vorsuenen umb sachen, die sich vor desim bunde vorlauffen hetten, den mogen die gesworne uffnemen und im das vorkysen und vorgebin und in dorczu geleiten, wer das begerende ist noch irem irkentnisse, und man sal forbas nymandis in desin landen und stetin und dorffern geleite gebin, wenn alleynne vor gewalt und nicht vor recht, is were denne umb erliche sachen ader wes sich ymandis fertigen welde, und yderman sal sich vorbassmer keyn landen und stetin also halden, das her des geleitis nicht bedurffe. Und ab ymandis wedir desin bund tete heymlich ader uffnbar, das sal nymandis zu uns gehorende verantworten, sunder yderman, der wedir desin bund thuit, der sal sich selbir vorantworten und keyn landen und steten gerecht werdin, das in genezlich wol genugit. Auch ist bereth von den geswornen des rothis wegin, nemlich das die hochgeborne furstynne frau Elizabeth mit eren mannen und stad Legnicz vire kysen und gebin sullen und die manschaft und stad Breslaw auch vire gebin sullen und die man der furstenthum Sweydeniez und Jawer achte dorczu kysen und gebin sullen, die selbin obgenanten sullen dorczu



sweren und thuen, was desir lande und unser bestis ist, das sullen sie ganze macht und gewalt haben off iezliche quatuor tempora zusampne komen, wohyn sie des zu rothe werdin. Were denne vor sie zu schaffen hot, den sullen sie vorhoren und dorynne thuen noch gelegenheit der sachen. Sunder ab ir keyne sache den bund antreffe und dorumb not were, das die gesworne zusampne komen sulden, das sullen sie thuen, als uffte das not seyn wirt, und seyn denne nicht pflichtig auswendig der quatuortempora eynem yderman seyne sachen zu richten adir zu vorhoren, sunder alleyne vornemen, was desin landen und stetin zu fromen komen mag. Dorczu sind die hernochgeschrebin von uns obgenante furstynne, landen und stetin iczund dorczu zu sweren gesatzt und gegeben, nemlich von der lande und stete wegin Legenicz und Goltberg Hentschil von Alzenaw, Hanns Pripptwicz, Hans Schober und Niclos Radeler, item von des landes und stad wegin Breslaw Hanns Rothenburg, Jorge Reybenicz, Heynrich Domnick und Alexius Banck, item von landen und stete wegin Sweydenicz und Jawer etc. herr Hanns Bock, ritter, Heyncze Petirswalde, Typrant Reybenicz, Gunczil Rewssendorff, hofferichter zum Buneczlaw, Hanns Morgenroth von der Sweydenicz, Hanns Lewtterbach vom Jawer, Jorge Rover von der Strigen und Andris Krafft von Lemberg. Item was alhy vorgessin were adir zu fil adir zu wenig geschrebin ader gesatzt were, das sullen die obgenanten gesworn ganze folle macht haben, das zu wandeln, zu hoen und zu nedern eyntrechtighen noch irkentnisse und wolgefallen und das macht haben in aller weis, als ab das alhy geschreben und begriffen were. Und desir bund sal steen und weren von sente Michels tag neheste komende obir eyn ganz jor. Wenne denne die czeit ausskumpt, so sullen denne die gesworne vor der czeit, wenne in das gefellit, zusampne komen und alle die besenden und dorczu ruffen, die in desin bund gehoren, und sullen do mittenander eynes und zu rothe werden, ab is notdurfft ist, den bund zu dirlengen, und wes man denne zu rathe wirt, was desir lande bestis ist, das sal man sich voreynen, und do bey sal is denne auch bleiben noch rathe und underweysunge des gesworn rothis. Sulchin bund, vorwillunge und eynunge globin wir obgeschrebin furstynne, manne und steht bei unseren furstenlichen worten und bey trauen und eren getreulichen, festighen, stete und ganz zu halden ane eyntrege und an allis arg und bosis geferde alhy genczlichen aussgescheiden. Und des zu bekentnisse haben wir unser ingesigile an desen brieff lossen hengen. Gescheen zum Jawer am metwoche vor Sixti noch Cristi gebort virezenhundert jor und dornoch in dem vir und virezigisten jore.

Or, Pergament, mit den Siegeln von Herzogin Elisabeth v. Liegnitz und der Schweidnitz-Jauerschen Mannschaft (Mannrechtssiegel), sowie denen der Städte Breslau, Liegnitz, Schweidnitz, Jauer, Striegau, Hirschberg, Bunzlau. Stadtarch. Breslau AA 19 a. Aus der Grotefendschen Sammlung i. Kgl. St.-A., Rep. 135, E 149 f.

## 23.

1452 November 21. Liegnitz.

### Schreiben des Liegnitzer Rats an die Stadt Breslau, enthält Warnung vor den zur Fehde ausgerückten Schloßherren.

Unsern vruntlichin grus zuvor. Erbern weisen libin herren und vrund. Uns ist worhaftige botschaft komen, das sich dy sloshern eyns teils und nemlich von vumff slossen als Bolkinhayn, Greyffenstein, Schochaw<sup>1)</sup>, Kynast etc. verbunden haben und haben sich alreide gesammelt und sind gestern zu mitternacht von Bolkinhayn mit XL pferden ausgerogket. Wir konnen noch nicht wissen, was ir vorsacz ist, und vorchthin, das sy off den kauffman, so der zu euch abeczyen wirt, greyffin werden. Dovon, libin hern und vrund, lasset hiroff achtunge haben, das man off den strosen off sy streuffin möchte und den kauffman desir lande und auch fremdes her wellit warnen lassen, das der an der heymfarth mit geferte und vorsichtiglich czye und wandere und auch sondirlich gedanken dazzu haben, wy man das steuern möge, ee is obir hand nympt. Was wir dazzu tuen und dinen sollin, sind wir willig und betin euir antworth. Gebin am dinstage noch Elisabeth etc. LII. Ratmanne der stad Legnicz.

Original-Schreiben an den Rat zu Breslau, Stadtarch. Breslau, Polit. Korresp.

<sup>1)</sup> Tzschoppau?

24.

1453 Oktober 6. Wien.

**König Ladislaw von Ungarn fordert Mannen und Städte zur Unterstützung des Landeshauptmanns auf, damit der Schweidnitzer Hofrichter, dessen Gerichtsboten und Pfänder die rechtskräftigen Pfändungen durchführen können.**

Wir Lasslaw, von gots gnaden zu Hungern, zu Behem, Dalmacien, Croacien etc. künig, herzog zu Österreich und marggraf zu Merhern etc. embieten den edeln, namhaften und erbern weisen unsern getreun lieben, den mannen, rittern und knechten, burgermaistern, ratmannen, gemainden und allen andern unsern undertanen unserer furstentume Sweidnycz, Jawr und andern der sechs stet in Slesien unser gnad und alles gut. Uns ist anbracht, wie sich meniger, zu den vor unserm hofrichtter daselbs zur Sweidnicz recht behabt werden, derselben behabntiss widersezen und die gerechtpoten und pfennter auf ire güter nicht wellen weisen noch ansezen lassen, damit den elagern ir gerechtkait von in anstee und das recht seinn gankek nicht gehaben mug, das uns nicht gevellt. Und wan wir von unserm kuniglichen gewalt schuldig sein, das recht zu beschirmen, davon empfelhen wir ew ernstlich und wollen, daz ir dem edelen, unsern lieben getreun Janen von Colditz, unserm hauptmann daselbs, dem wir yecz auch darumb geschriben haben, hilff und beistand tut, damit er den vorgenanten unsern hofrichtter und sein gerichtpoten und pfennter schützen und hanthaben müg, einem yeden rechtens ze verhelffen, als lands recht und gewonhait ist. Das maynen wir ernstlich. Geben zu Wienn an sambstag nach sand Franciscen tag anno domini etc. LIII, unserer krönung unsers reichs des hungarischen etc. im vierzehenden jare.

Or., Papier. Siegelrest in dorso. Stadtarch. Schweidnitz, Rep. I, Alph. I, Lit. K, Sect. II, Subdiv. III, Nr. 2.

25.

1503 September 29. Jauer.

**Der Rat zu Jauer teilt dem Breslauer Rat mit, daß er in der Frage der Landesbeschädiger mit Schweidnitz und den andern Städten in Beratung treten werde.**

Unseren fruntwilligen dienst zuvor. Erbern ersamen wolweyßen szundere gутten gonner und förderer. Euer schrifte als von wegen der reuther, wy sy mehr denn vormols den gemeynen kauffman zu beschedigen und zu vorderben sich understunden, ir an uns gethon, haben dangsam angenommen und wol verstanden. Konnen und mogen euer gr. wol apnehen, wes wir alleyne hinder andern unssern frunden von steten hiran gethun, sunder vorsehen uns kortzliche schrifte der herrn von der Schweydenitz, derhalben an uns gefertiget werden, und an ander stete der gleiche, alsdenne wollen wir uns neben en voreynigen der sachen halbe, und wes alßo mit en allen berotten, wirth euern g. unvorhalden seyn. Denn womit euern erbarkeiten fruntlichen dinst leysten mogen, seyn zu thun geneiget. Geben am tage Michaelis annorum 1503. Rathmanne der stadt Jauer.

Original-Schreiben an den Rat zu Breslau Stadtarch. Breslau, Polit. Korresp.

26.

[1512.] o. J., o. O.

#### **Bedingungen,**

**unter denen der Adel von Schweidnitz-Jauer dem schlesischen Landfrieden beitreten will.**

#### **Articul,**

so ihnen die landstände der fürstenthümer Schweidnitz und Jauer im landfrieden bedinget und ausgezogen haben:

1. Erstlich, daß alle fehde mit alle dem, im landfriede begriffen, verführt und gescheiden, alsdenn wollen wir in landfriede gehen, jedoch auf diese meinung, dass es der begnadung und privilegien des landes nicht zu nahe gegangen und daß wir mit briefen und verschreibungen versorgt werden.

2. Item auch, daß das verbindnis der städte über uns ohne alle mittel abgethan werden sol.

3. Item, daß niemand von adel mit gewalt von städten überfallen oder übergriffen werden sol; so es aber geschähe, so wollen wir zum landesfrieden unverbunden seyn.



4. Item, daß uns die von Bresslau abtrag thun von dem eingriff, von ihnen in den fürstenthüern geschehen, dass es fort nicht mehr geschehe, und uns darüber ihr brieff und siegel geben, inhalts unserer begnadunge.

5. Item auch die von der Schweidnitz, dass sie wandel und wiederchur thun umb die gewalt, so sie geübt haben im closter und burglehn zur Schweidnitz.

6. Item auch, dass die städte mit allen ihren gütern die sie auf dem lande haben, und mit königl. lehen erlanget haben, sollen fürder mit dem lande leiden, sollen das zu thun geloben und sich verschreiben, das zu ewigen zeiten zu thun.

7. Item auch, was anlanget nachzueilen in eigener person, wollen wir unverbunden seyn. So wir angeruffen werden, nachzueilen, wollen wir nacheilen lassen nach unserm vermögen.

8. Item desgleichen, so strassenräuber oder diebe, mörder oder andrer landesbeschädiger unbewahrt schaden thäten, wollen wir auch helfen nacheilen nach vermögen.

Undatierte späte Abschrift. Kgl. St.-A., Rep. 39, S.-J. II 9 a.

27.

1523 April 10. Olmütz.

**König Ludwig von Böhmen und Ungarn erteilt dem Landeshauptmann Hans von Seydlitz eine Amts-Instruktion.**

Vgl. unten den Abdruck. Quellen Nr. 81, und den Extrakt der Instruktion bei J. Schickfus, Neu vermehrte schlesische Chronica, Breslau 1625, 3. Buch, S. 419.

28.

1526 Februar 21. Ofen.

**König Ludwig von Böhmen und Ungarn bestätigt Mannschaften und Prälaten der Fürstentümer S.-J. ihre Rechte, besonders das Indigenatsrecht; verspricht, sie keiner Hauptmannschaft und keinem Gericht außerhalb der Landesgrenzen zu unterwerfen; gestattet ihnen, nur solche Fürstentage zu beschicken, auf denen königliche Angelegenheiten verhandelt werden, und erklärt alle städtischen oder sonstigen Privilegien, die dem Adel schädlich sind, für nichtig.**

Wir Ludwig, von gots genaden zu Hungern, Behaim . . . etc. kunig . . . , hertzog zu Lucemburg und in Slesien, marggrave zu Lausitz etc., bekennen und thun khunt allermeniglichen. Als wir unsers vorhoffens aus vorsehen des almechtigen gottes zu kuniglichen eren und wirdigkaiten erwelt, gekronnet und erhaben, erkennen wir uns verpflichtet und schuldig, das so uns durch got verlihen, unser vorfahrn fuess-tuppen zu folgen, unsern underthanen guetigkait, gabe und begnadung nach erhaschung standes, wesens und verdinst, wie vleissiger sich yde in gemayne und sonderlich ires vormugens unsern vorfahrn, uns, unsern kunigreichen, furstenthumben und landen ertzaiget und gehalden, mildiglich mitzutailen und zu bedenckhen. So dann die erwidigen, wolgebornen, edlen, gestrengen und namhaften prelaten, herrn, ritterschafft und mannschafft standes unser furstenthumber Schweydnitz und Jauer von vill langen jaren allezeit und bishere unsern vorfahren kunigen zu Beheim uns und der cron czu Beheim irer leibe und gueter unverschonet in allen anligenden und nothen vor andern gehorsamlich, underthenigklich und williglich gedienet und uns nue diemueticlich gebeten, inen alle und ytzliche ire gemaine freyhait, brieve, privilegia, begnadung, gerechtigkait, gaben, gewonhait und altherkommen, die sie und ire vorfaru von uns, unsern vorfahren, kaisern und kunigen zu Behaim, auch hertzogen in Slesien und sonderlich von . . . herrn Wladislawen, weylent zu Hungern und Beheim etc. kunig unserm liebsten herrn und vater milder gedeenckh, auf uns erworben und herbracht, zu verneuen zu lassen und zu bestetigen, das haben wir derselbigen obgenannten prelaten, herrn, ritterschafft und mannschafft obgemelter unser furstenthumber gemaine vleyssige bete angesehen, dabey betracht die willigen und unverdrossene dienste, die sie und ire vorfaru uns und unsern vorfahrn leibs und guetes allzeit ungespart oft, nutzlich und gerne erzaigt und gethan haben, sie ytz teglich thun, hinfur zu

thun erbieten, darumb mit wolbedachtem muethe, rechter wissen und vorgehabtem zeitlichem rathe unser lieben getreuen haben wir den vorgedachten unsern lieben getreuen obgemelte alle und ytzliche ire gemaine freyhaiten, brieve, privilegien, begnadung, gerechtikait, gaben und altherkommen gewonhayten und sonderlich von kunig Wladislawen, unserm liebsten herrn und vater, bass auf uns ausgegangen genediglich vorneuet, zugelassen, gegeben, bestetiget und confirmirt, verneuen, zulassen, geben, bestetigten und confirmiren inen die alle und yede hiemit in kraft disz unsers briefes, als wern die alle von wort zu worthe hierynnen geschriben und ausgedruckt, aus beheimscher kuniglicher macht als oberster hertzog in Slesien wissentlich setzen und wellen auch, das sie und ire nachkommen sich der aller und yedes besonder alles ires innehaldes, puncten, clauseln und articeln halden, der gebrauchen und geniessen sollen und mugen vor uns, unsern nachkommenden kunigen zu Beheim, hertzogen in Slesien und allen ytzigen und kunftigen amtleuten daran gantz unverhindert und unbekommen.

**[Besetzung und Verpfändung von Ämtern:]** Und dieweyle unser burgklehen, forschte, hofrichtereyen und cantzley von unsern vorfarn in gemelten unsern furstenthumben versatz und verphandt sein, so thuen wir obgemelten unsern lieben getreuen prelaten, herrn, ritterschaften und manschaften dise besonder gnade: Ob es sich beuge, das wir, unser erben, nachkommende kunige zu Beheim und hertzogen in Slesien, dieselbigen unser burgklehen, forschte, hofrichtereyen und cantzley ainstails, aber gar, widerumb zu unsern aygen handen haldung und nutz losen wurden, das wir, unser erben . . . kainen andern burggraven, ambtman, hofrichter oder cantzler auf dieselben unsere burgklehen, forschte, hofrichtereyen, cantzleyen oder ander empter unserer re[n]then und einkommen, wie die ytz und mit der zeit benannt werden, mugen geben, setzen oder verordnen wellen noch sollen, dann ainen vierschildigen, wolverhaldenen byderman in denselbigen furstenthumben geborn und gesessen und sonst kainen andern in kainerley schein, form noch weiss, wie das durch menschliche<sup>1)</sup> sinlichait erdacht, ged euth oder genannt werden mochte. Wir sollen noch wellen auch von vorgedachten unsern burgklehen, forschten, hofrichtereyen und cantzleyen nun und zu ewigen gezeiten nichts vorandern, vergeben, zureyssen noch absondern, sonder das alles gantz untzurtailt dabey behalden und beleiben lassen. Doch als ofte und wann es uns, unsern erben . . . geliebet und gefelt, das wir dieselbigen unser burggraven und amtleute zu entsetzen und andere unsers gefallen dermassen, wie obene, aus dem stande der ritterschaft obgemelter furstenthumber, uns zu guete dieselbigen empter inzuhalten, setzen mugen.

**[Hauptmannschaft, Gerichtsverfassung, Fürstentage:]** Und die weyle auch gemelte unsere furstenthumber von alders ir aigen verordneth hauptmannschaft und recht haben, so wellen wir auch, das sie und ire nachkommen hinfur zu ewigen gezeiten kainer anderen hauptmannschaft unterworfen oder ausserhalbem derselben furstenthumber grenitzen zu kainem rechten zu schiken, noch zu gestehn schuldig sein sollen, darzu auch auf kainen furstentag, dann in unsern aigen obligen und sachen zu ziehen und zu schicken vorpflichtt sein. Hiemit wellen wir aus obgedachter unser kuniglichen macht ine alle ire gemaine brieve, privilegia, recht, altherkommen und löblichen gewonnhaiten und dise unsere neue gabe und begnadung in allen stucken, puncten, clauseln und articeln confirmirt, bestetiget, bevestiget und auf neues gegeben haben.

**[Ungültigkeit anderer Privilegien:]** Wo auch obgemelte furstenthumber, stette oder sonst yemants in gemaine oder sonderhait ir kain privilegien dem lande und ritterschaft entgegen oder zu schaden ausbrecht, oder wohin fur und hernachmals durch sie oder andere, nyemandes ausgeschlossen, andere brieve disem unserm privilegien entgegen auf allerhanden bericht gemainen oder mit sonderlichen clauseln und Worten, damit irer freyhait und diesem unserm kuniglichen brieve derogiret und seines inhaldes zu abbruch, schaden und widerruffung keme, von uns, unsern erben, nachkommenden kunigen zu Beheim und hertzogen in Slesien, ausgegangen oder hernach erlanget und erworben worden, dieselbigen alle und yede in sonderhait, wie die ires lautes gemacht oder erdacht werden, erklaren und sprechen wir gegenwurtiglich, ytz als dann und dann als ytz, gantz und am tayle unkreftig, machtlos und vor nichte und versprechen hiemit vor uns,

<sup>1)</sup> Bei Schickfus III, S. 399 f.: menschliche list oder sinlichait.



unsern erben, nachkommenden künige zu Beheim und hertzogen in Slesien, bey unsern kuniglichen worten, das dises unser privilegien sull allezeit darwider in allen seinen puncten, artickeln, clauseln sein wurde, kraft und macht haben und behalden, alle argelist und geverde ausgeschlossen, doch hieran uns, unsern erben, nachkommenden kunigen zu Beheim als hertzogen in Slesien, und der cron Beheim lehen und diensten unschedlich und unvergriffenlich. Zu urkundt mit unserm kuniglichen anhangenden insigel besigelt. Geben zu Ofen am mitwoch nach dem sonntag Invocavit in der vassten nach Christi geburt tausend funfhundert im sechszundzwanzigsten, unser reiche des hungerischen und behemischen im czehenden jaren.

Auf dem Bug: Ad relationem magnifici domini domini Ad. de Nova Domo, supremi regni Boemie cancellarii. Or., Pergament mit dem an rotweißen Seidenschnüren anhängenden königlichen Wachssiegel. In dorso: registrata. Kgl. St.-A., Rep. 6. Urk. S.-J. Nr. 1 o. Abdruck bei Schickfus a. a. O., Bd. III, S. 399 f.

## 29.

1528 September 29. Jauer.

**Der Landeshauptmann befiehlt den königlichen Städten, Geschworene zur Erhebung der zugesagten Steuer zu verordnen, übersendet den vom König vollzogenen Schied zwischen Land und Städten und verbietet die Fortsetzung der Ratsveränderung bis zu dem angesetzten Schiedstage.**

Verschlossene bevelhs briff in stetten czu verordnen dy steuer roem. mt. czugesaget eyn czu nehmen.

Meynen gunstigen willen czuvor. Ersamen, weysse, gutte gonner. Als ich euch aus bevelh der koen. mt. etc., meynes allergnedigisten herren, vorschynen von Proge geschrieben und ampts halben befohlen, in steten geschworne czu vorordnen, das czugesagte steuergelt<sup>1)</sup> von aller wahr, wye dy bewyllunge mitbrenget, eyn czu nehmen, allewege czwelf heller vor eynen groschen und acht virezig derselben vor 1 margk inhaltig des bewilligten pensals jungst czu Grothkaw beschlossen, der vormols ubergangen, den dy koen. mt. etc. bey euch und denen, so es geschehen, nicht gedencken nachezulossen, damit dasselbe s. k. mt. czugestellt werde, das wil ich euch hie mith nochmals czum uberflus befohlen haben, auf das ihr in s. k. m. ernst straff und pensal nicht eynfallen moecht. Dergleichen wellet euch, wie czuvor mehr befohlen, offentlich außrufen und menniglich vorkundigen, das angestalt steuergelt forthan czu geben, auch den czwelf-heller-groschen im nehmen und außgeben, keufen und vorkaufen czu halden bey voriger aufgesaczter und bewylligter pene, und gut aufsehen haben als k. mt. etc. geschworne amptleuthe, das es alzo gehalten wyrt; doneben mit auch czu vorbytten heymliche mergte bey verlust desselben, das so unordentlicher weyße außwigk der ordentlichen stadtmargkten gekauft oder vorkauft wyrt, auff das der k. mt. etc. an dem czugesagten steuergelde keyn irrungk noch abbruch geschehe. Ubersenden euch auch hiemyt den abscheyt und receß czwuschen landt und steten, von der k. mt. etc. unterschriben, wie ihr des selben lauth vernehmen werdet, des ihr euch an czweyfel undertheniglich czu vorhalden wissen und eyne stadt den andern nach vorlebungh solche anzeygen und nicht verhalden. Wie euch die k. mt. etc., meyn allergnedigister herr, bevelh gethan, das ihr mit des rats vorandrungen stille halden sollet biß noch dem gehaldenen und angesaczten tagk, weyl sich dasselbe nicht geendet, dem wolt nochmals alzo nachleben und domit stille halden und keyn anders bis noch angecezeygtem tagk ferrere der k. mt. vorschaffen. Dis alles hab ich euch auf ernst bevelh der k. mt. etc., dar noch ihr euch als getrawhe underthane werdet czu vorhalden haben, nicht bergen wohn. Euch gonstigen willen czu erceygen byn ich geneeygt. Datum Jauer am tage Michaelis annorum XXVIII<sup>ten</sup>. Hans Seydlitz, ryttere etc., amptman.

Den erßamen, weysßen herren burgermeyster und rathmannen der koeniglichen stete der fursthenthumer Jawr, Schweydnitz, Stregaw, Hirschbergk, Lembergk, Buneczlaw, Polkenhayn, Reychenbach, Laneshuth, Schonaw, Lehn und Freybergk, meynen guten gonnern.

Gleichzeitige Kopie, Stadtarch. Breslau, Polit, Korresp.

<sup>1)</sup> Vgl. Rachfahl, Gesamtstaatsverwaltung etc., S. 316.

**Ordnung zwischen Land und Städten zur Verhinderung der Fehden durch Sühnehandlungen, zum Schutz gegen Landsknechte, Bettler, entlaufenes Gesinde, gegen Brenner und Placker.**

Nach Christi unsers herrn geburth 1536 jahr, mittwoch nach der heimsuchung Mariae, haben beyde von landt und stedten der fürstenthümer S. und J. betracht die mannigfaltige schäden und uncost, die ihnen von muthwilligen leuthen durch fehde und dreue, die sich an gleich und recht nicht wollen besettigen laßen, erfolgt. Dardurch ihnen ferner vorderbliche schäden und übel möchte verhüttet werden, sind sie in diese einmüttige vorwilligung und ordnung geschritten, wie hernach folget: Erstlich, wo sonderliche und sämptliche personen fehde oder dreu briefe stehen, deme oder denselbigen soll derselbig, welchen die dreu belanget, in der stadt deßelbigen weichbildes aller kreyß, dahin er fehdet, einmahl friede ausruffen laßen und erinnern laßen, davon man geben soll 12 wgr. und die gebreuchen auf ietzigen oder künftigen hauptmann zue sönlicher vorhandlung erböten und furkhommen. So soll alsdenn bemeldter herr hauptmann aus demselbigen weichbilde zween vom adel und einen aus der stadt zue sich fordern. Wär es aber sach, daß der herr hauptmann samb den erforderten sie daraus nicht entrichten möchten, so sol er sie voran laßen bis auf das nechste recht oder quartal vor land und stedte gegen der Schweidnitz zue rechtlichen unwiderufflichen anspruch beruffen, zu gestehen, und dasjenig, was ihnen beiden derhalben gesprochen, anreiben, leiden und dulden sollen. Jedoch so der kläger, solche angezeigte tageleistung zue gewarten, in vermögen nicht hette, so soll der beklagte in dortzue, damit sie der sachen endschaft erlangen, mit seinem eigenen guette auf einen tag nach gedachten herrn hauptmanns und der richter erkenntnuß vorlegen, und wo er unrecht erkandt, sol die vorthat bezahlen. Wo aber irgends einer muttwillen hierinnen gebreuchen würde und solches nicht annehmen wolte, sol derselbige oder dieselbigen für gemeinsames landes feinde geachtet werden, und soll ihnen einmüttig und treulich nachgetrachtet und nachgesetzt werden. Er soll auch alle seines erbes und guttes verlustet werden, wo jemand von ihm schaden empfinde, von demselbigen gutte nach erkenntnuß, so fern sich solch gutt erstreckt, ergetzet und erstattet werden. Zum andern, wo irgend einer, er were edel oder unedel, einen solchen muttwilligen mann ereilete und gefenglichen einbrechte, daß solches demselbigen an seinen ehren und guten gerichte ohn allen nachteil sein sol und nicht anders erkandt und gehabt werden, dann als ein befriediger gemeinsames landes, auch ihme zue einem geschenke in frist eines monats, wo er lebendig einbracht, funzig, wo aber todt, 25 pölichen gegeben werden, solches in der hauptstadt dieser fürstenthümer, Schweidnitz, so ofte das geschicht, treulich und ungefehrlich von einem erbarhen rathe zu bekhommen. Wo sichs aber zuetrige, daß der, so solchen annehme, mit ihme gefenglichen gesatz, sol derselbige, wo es erkant, deßelbigen gefengnuß ohne einigerley seumnuß erlediget und ihme darauß geholfen werden. Es soll auch der herr hauptmann denen von stedten, so ofte sichs dermaßen begeben, ankunden und ausrufen, wer dieser muttwilliger mann oder dreuer mit nahmen sey und heiße, damit ein jeder ihn kenne und also ihme nachzuetrachten und zuzueilen wüeste. Solches also zu erlegen, soll von gemeinem lande erstattet werden, vornehmlich also, daß die von der ritterschaft zwey theil und die von den stedten den dritten theil erlegen und geben sollen, zu welchem ein jedes weichbild, wie sie das zue thun und zu vorordnen wol wißen<sup>1)</sup>, unseumblichen einen anschlag machen soll,

<sup>1)</sup> Der Landfriede in S.-J. vom 17. Dezember 1502 [am Sonnabend des Quatembers nach Lucie] trifft darüber folgende Bestimmungen; „Wir von land und städten . . . bekennen öffentlich . . ., daß wir angesehen und betrachtet haben, wie oft sich itziger zeit auf leichtfertigen sachen dreuer und feinde erzeiget, welche ihnen kein recht wollen behagen lassen, sondern allein ihres unrechten fürsatz freventlich gebreuchen wollen. Denselbigen also und ihrem unzelmlichen fürnehmen abbruch zu thun und vorzukommen, haben wir uns einträchtiglich bewilliget und verpflichtet . . ., zu geben den bören-pfennig, als nelmlich von jeglicher huben einen Bresslischen groschen, von einem jeglichen kretschem einen groschen und vier garten einen groschen, von jeglichem mühlrade einen groschen und von jeglichem vorwerke einen groschen, es sey frey oder lehn, nach hubenzahl. Desgleichen die städte nach alter gewohnheit den dritten pfennig; sondern städte oder bürger, welche gütter auf dem lande haben,



und solches jedes weichbildes anzahlen, welche auf die anzahl der pferde geleet, dardurch ein summa 100 pölichen zuesammenbracht, einem rathe zur Schweidnitz zu trenen handen eingeleet und zuegestellt werden. Es soll auch zue behausen schreiben der fehdesbriefe, auch der andern, so solche muttwillige leute fördern oder einigerley beischueb, wie die und das benandt und geschege, thun und sich des nach geschehener bezüchtigung genugsam nicht erledigen, aber ausführen wurden, dermaßen nachgetracht werden, als zue denselbigen selbstschuldign und thetern, wie oben vormeldet. Und ob irgendt schaden von solchen gescheen were, sol derselbige, so ihnen behauset und gefördert, solchen gethanen schaden zue richten schuldig sein, so fern sich sein leib und gutt erstrecket. Zum dritten sollen auch alle und jetzliche unnütze und muelßige leute im lande nicht geduldet werden und auch den gefangen deßelben weichbildes zue antwort von gemeinem gelde zu enthalten, jedes recht one schaden. Belangends aber die landsknechte und bettler, welche sich auf dem lande oder stedten aufhalten oder durchziehen, soll dermaßen, wo sie nicht gutte ausrichtung oder khundschaften ihres vornehmens haben, fürgenohmen und gehandelt, auch nicht geduldet werden, noch ihnen einigerley förderung, noch was thun oder geben. Was aber das gesinde, das da umbs lohn gemüthet und vormittet wirdt, welches muttwillig seinem herren vom dienst entläuft, belangende, soll dermaßen gehalten werden: Wo ein herr, welchem solches gesindt were, bey einigerley mann oder weibesbildt finde und bekeme, sol er das macht haben, anzunehmen und von niemanden einigerley weise vorgehalten werden bey peen 10 wgr. Diese obgemelte vorwilligung soll zwischen landt und stedten stehen und wehren auf zehen jahr. Actum ut supra zum Jauer.

Ein dergleichen handlung der dreuer und burner und blacker halben, verhandelt zum Jauer. Zum ersten, aufs pferdt zue geben die ritterschaften 2 guelden und die von stedten den dritten guelden zue dem bümpfennig. Zum andern, so ein börner oder dreuer austrette, dem soll man frieden schreyen in dreyen stedten. So er darauf dreuen werde, so sol man ihn einen monden geleiten, und die gegebene richter sollen inwendig in 14 tagen einen tag legen, die sache und zuespruche verhören, ohne alle mittel seiner gerechtigkeit vorhelfen. Wo die richter erkennen, das er unrecht were, und wolte seines eigenen willens gebrauchen und darüber dreuen oder böرنen, so sol er fort mehr nicht mehr geleitet werden, sondern ihm nachtrachten und ihm nach seinem vordienste mitfahren. Zum dritten haben sich landt und stedte vorwilliget, wo solche dreuer sich niederlegen werden, in städten, märkten oder dörfern, die erbherrn sollen verbieten, die aufzuenehmen und dem hauptmann die zue wießen thun, wo sie gehauet und gehofet werden. Und welche das nicht thun werden, soll man den wirth mit den gästen nehmen und mitfahren nach ihrem vordienste. Doch soll man mit den dreuern nicht eilen, sondern zuevor hören, wo er irgends auf ihrer einen einwohner, edel, burger oder bauer bekennen würde, der ihn gehauset, gehofet, gefürdet oder beischueb gegeben hette, und sich derselbig, auf den bekandt würde, sich nicht rechtfertigen könte, den oder dieselbigen sollen angenommen, und ob irgend ein schade geschege, denselbigen mit seinem leib und gutt bezahlen und richten. Desgleichen soll mit den mörden und dieben auch also gehalten werden, und ob darüber irgendt einer gebrandt würde, edel oder unedel, und anzeigung hetten, das es ein dreuer gethan hette, sol nach der gegebenen richter erkenntniß sein schade nach möglichkeit gebeßert werden. Und ob irgendt ein mißhandler begrieffen wurde, auf wes gutt das wehre, und nicht nach notturft verhaft, mit banden gefänglich möchte gehalten werden, so soll der gefangene gefuehret werden in die nechste stadt; so man mit ihm die rechte pflegen wolte, ihn wieder in die gerichte zue fuehren, darinnen er begrieffen

die sollen von denselbigen, als die ritterschaft und mannschaft, geben. Und was also desselben geldes gefallen wird, sol zur Schweidnitz und Jauer, als denn die weichbilder einverleibet, auf die rathäuser bey den räthen niedergelegt werden. Zu solchem einnehmen und ausgeben desselben baaren pfennigs sollen etzliche vom lande und städten verordnet werden, die zu künftigen zeiten denn auch rechnung thun sollen\*. Der Brennpfennig soll von Land und Städten angegriffen werden, wenn trotz des Schiedsspruchs des Gerichts von Amt, Land und Städten und trotz nachfolgenden Friede-Ausrußen in drei Städten die Fehde ausgebrochen ist. Rep. 39, S.-J. IV 19 c, Bl. 3: Abschrift aus der Mitte des 17. Jahrhunderts.

ist, und also die rechte pflegen, es wehre denn, das es der erbherr zugebe, seinen gerichtten unschädlich. Und ob sich jemand's draus geben wurde und solches nicht halten wurde, er were hoch oder nieder, so sollen landt und stedte einander helfen und darzue bringen, auf daß eine ordnung gehalten würde. Und wann solche ankehme, soll einer den andern anrufen, aufsein und nachfolgen bey schwerer straff an leib und gutt. Man soll auch anrufen, das keiner keinen pauer noch einländischen knecht aufnehme, er sehe denn eine beständige kundtschaft, daß er sich von seinem vorigen herren redlich entbrochen, auch nicht hausen noch hofen Ziegannen<sup>1)</sup> und unbekandte bettler, also beschaffen, daß sie von niemand bey schwerer straffe sollen gehauset und gehofet werden.

Abschrift 18. Jahrhunderts in Kgl. St.-A., Rep. 135, Jau. Msc. XXIII, S. 874 f. Bessere Abschrift aus der Mitte des 17. Jahrhunderts in Rep. 39, S.-J., IV 19 c.

31.

1539 Mai 24. Prag.

**Königliche Antwort auf die Beschwerde, daß die Fürstentümer zur Beschickung des Breslauer Oberrechts und des Fürstentags angehalten würden, und auf die Klage über die Vertreter der Städte auf den Geboten.**

[Oberrecht und Fürstentag:] . . . 2. Beschwerdepunkt: „Belangend die auflegung, im ober recht zu Breslau zu siczen und das sie auf keinen furstentag, dann zu k. m. als konigs zu Behaim aygen obligen und sachen zu ziehen und zue schicken vorpflicht sein, bittund, sie auf jemandes anregen ferrer domit nit zu beschweren, sonder bey iren altherkomen, wol erworbenen privilegien, begnadungen, freiheiten und rechten irer r. k. m. bestetzung nach genedigist zu handhaben und zu schutzen etc.: Die prelaten, hern und ritterschaft sollen nit gedeenken, das ir m. an sye was ungebürlich wider ire freiheiten zu haben beger; diser artikel wirt auch nit dahin gedeutet, darumben das an sie begert, in dem ober recht zu Breslau neben andern hern fursten und stenden zu siczen, zu den geordneten zeiten aus irem mittel jemanden aldahin abzufertigen, das sie von irem ordenlichen an frembde gericht geczogen, sondern von wegen statlicher erfüllung der personen im rechten der r. k. m. auch inen selbst zu ern und erhaltung der reputacion und nemblichen, dieweil sye vor ider zeit also im rechten zu siczen teuglich personen abgefertigt, aus disen ursachen solche ire beschwerung oder wegerung die k. m. vor unbillich ansieht. Wye dem allem, es ist irer k. m. genedigist begeren, sie wolten sich irer k. m. zu sonderm genedigisten gefallen aus underthenigkeit bis ir k. m. widerumb in die cron Behaim glucklich ankunft, doch unverpruchig irer freiheiten, dise kleine zeit im oberrecht zu Breslau zu siczen, jemanden aus irem mittel abzufertigen nit weigern, und so irer k. m. glucklich ankunft in Behaim beschiecht, wollen ir m. auf ir der dreyer stende ferrer anregen disen artikel in genedigem gedeenken halten und dermassen genedige vorordnungen thun, das sie sich billichen nit zu beschweren haben“.

[Zurückbringen der Städtevertreter:] . . . 4. Beschwerdepunkt: „Die r. k. m. haben auch auf der stende beschwerung uber dye stedte, das sie zu den ausgeschriben gepoten und vorsamlungen nur ire stadtschreiber und diener abfertigen, welche, so denselben in der handlung was nit gefellig, suchen sie gemeinlich auszuge hinder sich zu tragen, gedachten von steden einen sonderm ernstlichen bevelch gethan, sich hinfuran mit schickung gevomechtigter ansehnlicher personen anderst, dann bisher bescheen, zu beschliessen, gehorsamblich zu vorhalten, vorsehenlich, dem werde also volg gethan“.

Kgl. St.-A., Rep. 39, S.-J. II 1 a, Bl. 32 f.

<sup>1)</sup> Zigeuner.



## 32.

1541 September 10. Jauer.

**Polizeiordnung betr. Gebete zur Abwendung der Türkengefahr, die Bestrafung der Trunkenheit, der Gotteslästerung, das Verbot üppiger Kindtaufen, der Kirmessen und Tänze, des langen Wirtshaussitzens, der Rockengänge, des Ausschanks vor dem Kirchgang, betr. ferner den Unterhalt der Armen und den Kirchgang.**

Auf heut sonnabend nach Marie geburt im tausent funfhundert und ein und vierzigsten jhar auf gehalten gemein gebot zum Jhaur yst von prelaten, hern, gemeiner ritterschaft und den gesanten von stedten der furstenthumer Schweidniz und Jhaur nachfolgende ordnung eintrechtig bewilliget, entlich beschlossen und angenommen:

**[Gebet:]** Zum ersten, das in allen stedten und dorfern, dorynnen kirchen und glocken sein, alle tag zu morgens frue, mittag und abends ein glocken gelaut werden sol, und wan die glocken gehort, das ydermann, es sey man, weib, kinde, gesinde oder hausgenos, alt und junge, auff die knie niederfallen und zu got umb gedenigen sig und abwendung des hauptfeindes der ganzen cristenheit, des Turckens, vleissig bitten sol. Es treffe auch einen das leuten in den heusern, auf der gassen oder im felde an, so sol die niderknieunge und bitte albeg mit andacht und treulich gescheen. Wo es aber inands nicht thete und vorechtlich uberginge, der sol von der herschaft, wo es geschicht, ernstlich dorumb gestrafft werden.

**[Trunkenheit:]** Zum andern, was das zuetringken und volsauffen belangt, das sol bey edeln und unedeln aufm lande, in stedten und dorfern genzlich abgethan sein, und wer solchs ubertrette, die oder der sollen von einer idern herschaft, wo einer dermassen befunden, gefenglich eingenomen, einen ganzen tag und nacht im gefengkhus vorhalten und weder essen noch tringken gegeben werden. Wer es auch sach, das derselbigen gestrafften einer zum andern mol sich dorynne ubergriffe, der sol alsdann zween tag und zwoo nacht auch an alles essen und tringken mit gefengkhus gestrafft werden. So aber yr keiner zum dritten mol wider kqueme und an vorberurter straffe sich nicht keren wolde, der sol, wo die genade nicht furgewandt wolde werden, auch am leben gestrafft werden, damit solch laster der trunckenheit entlich vormiden und ausgetilget wurde. Wo auch die einwoner der stedte auff den dorfern oder dorfleut in den stedten also streffig befunden, sol ein ider an demselbigen orte nach vormug diser ordnung unnachlessig gestrafft werden, das sol einer jedern herschaft an seinen gericht unvorgriffen sein. Was aber die vom adel betrifft, die sollen dem hern hauptmann, iderzeit niemands dorynne verschonet, angezeigt werden, die sollen alsdann vom hern hauptman in massen, wie oben vorstanden, mit gefengkhus unnachlessig auch gestrafft werden, dergleich sol es bey den rates personen in stedten auch also gehalten werden.

**[Gotteslästerung:]** Zum dritten sol die gottes lesterung und ander ubel fluchen und schelten bey edeln und unedeln aufm lande, in stedten und dorfern abgethan sein und der massen, wie das voltringken, ernstlich und unnachlessig gestrafft werden.

**[Kindtaufen:]** Zum vierden, das bey dem adel die groÙe ubermasse der kindertauffe hinfuran abgestalt und domit, wie vor aldersher gewonheit, gehalten werden sol.

**[Kirmessen und Tänze:]** Zum funften sollen bey edel und unedeln aufm lande, in stedten und dorfern alle kirmessen, tanz, allerley spil und auch die pirdohe auff den dorfern genzlich abgethan sein bey ernster straff des hern hauptmans uber den adel und sonst einer yder obrigkeit.

**[Polizeistunde, Rockengänge:]** Zum sechsten, das die einwoner auf den dorfern nicht lenger in kretschmen siezen sollen, dann bis zu sonnen undergang bey einer peen eins schocks, ausgenomen fremde gewanderte leute, die mögen zimlicher weise umb ir gelt zeren, und in sonderheit sollen die nacht- und rockengenge auff allen dorfern bey schwerer straff abgeschaft werden.

**[Ausschank zur Kirchzeit:]** Zum sibenden, das in stedten und dorfern, auch sonst bey iderman an sontagen und feiertagen vor dem kirchgang und predigt kein bier, wein oder gebranter wein vorkauft noch umb gelde geschanckt werden sol, bey vermeidung einer ydern obrigkeit ernster straffe.

[Arme und Bettler:] Zum achten, es sol eine yde obrigkeit beide aufm lande und stedten mit ernstem vleis bey yren underthanen und vorwanten gemeinden aufachtung geben und vorschaffen, das die vorarmten in den orten und gemeinden, so sie gewont und vorarmbt, sollen erhalten und ernehrt werden, domit andere leut und gemeinde mit ynen nicht beschwert werden. Demnach sol kein frembder bettler in keiner stadt, dorfern und gemeinden erlitten werden, er wer denne durch brandt oder andere ansehnliche gottes straffe beschediget und hett des von seiner obrigkeit gute kuntshaft. Über das, welcher bettler begriffen, sol nach gelegenheit und gestalt der personen an leib und leben mit hengen oder austreichen gestrafft und vorweist werden. Desgleichen sol es auch mit den landleuffern, hausierern, unbekannten kramern, Schotten und Juden mit ernst gehalten werden.

[Kirchgang:] Zum neunnden, es ist in sonderheit beschlossen, das die sonntag vor allen feiertagen mit vleis gefeiert, zur kirchen und zur predigt gegangen und got vleissiglich umb gnad angeruffen werde, und so das imands in stedten oder dorfern voracht und under den kirchen ämbtern spaciern geen oder vor der kirchen steen bleiben werden, die sollen von irer herrschaft mit ernst gestrafft werden.

Dise obgescribene ordnung in allen artikeln, wie die begriffen, haben obbemelte stende alle einhellig also bewilligt und getreulich zu halden zuegesagt, und sol also lange, bis das sie widerumb von allen stenden auf ein gemein gebote eintrechtlich aufgehoben und abgestalt, gehalten werden. Es solle auch dise ordnung in allen stedten die nechsten drey wochen marktage nacheinander offentlich ausgerufen, auch an die rathouser angeschlagen und aufn dorfern auff der canzel vorkundiget werden. Gescheen zum Jhaur im jar und tag wie oben.

Kgl. St.-A., Rep. 39, S.-J. II 1 a, Bl. 54 f. Vgl. dazu die Ordnung vom 13. August 1543, Rep. 39, S.-J. II 1 a, Bl. 72 f.

## 33.

1543 März 3 und Mai 8. Jauer.

**Landesordnung**, aufgesetzt von Prälaten und Mannschaft, von den Städten aber mit bewilligt, enthält folgende Artikel: 1. betr. Gotteslästerung. 2. Die „verordneten neben dem herrn heuptman“ haben beschlossen, die Kriegsrüstung vorzubereiten; jeder Untertan soll eine Waffe besitzen. 3. In jedem Dorf sind die Pferde zu zählen. 4. Jeder soll für die Not im Kriegsfall sich einen Zufluchtsort wählen; die Städte haben sich christlich und nachbarlich zur Aufnahme der Flüchtigen bereit erklärt.

5. [Ordnung der Wahl der „Gekorenen“:] Es ist von prelaten, hern und ritterschaft eintrechtig bewilliget und beschlossen: Nachdem vielfeltige irrungen ergangen wegen der gekornen, das sich niemandt gerne kissen lassen wolle, damit diesem mangel abgeholfen mäge werden, das hinfur alle yar vor pfingsten die gekornen sich bey dem königlichen ampt ansagen und bitten, das weichbilde ungeferlich auf den dinstagk in der pfingstwochen in desselben weichbildes heuptstadt zu beschreyben. Dahin sol der adel itzlicher eigner person bey der pfandungk zu komen schuldig sein. So sol oder sollen die gekornen auss den eldesten landtsessen zwene zu sich nemen und mit der selbigen radt andere gekorne, welche bey leuten und landsessen der weichbilde fur gut und dinstlich angesehen, getreulich und ungeferlich kysen, und wen sie die stimme also geben, der sol das selbige jor fur das weychbilde yn besoldung seiner for s[ie?]!) gekorn zu reiten schuldig sein. Wo aber ein neu gekorner vor denen, so inen erkorn, ursach furwenden und sich entschuldigen würde, sollen sie solchs bewegen, und so sie die selben ursach ehaft fur genugsam befinden, sol er da bey gelossen werden. Wo aber die yenigen, so inen erkorn, die entschuldigungk nicht für genugsam ansehen, als den sol er sich davon nit legen, aber ye fur den hern heuptman unvorzuglichen in drey oder vier tagen mit seinem behelf komen, und was der her heuptman für billich dorinne erkennen wurde, dem solde ein entliche folge gescheen an alle weittere ausflucht, die der her heuptman mit bestricknus yn der herberge und nit loss zu lossen, der gekorne hats den angenommen, hierinne zu vorsehen wirt wissen. Und sol doch keiner auf ein mal lenger denn ein yar noch einander fur das landt zu reitten schuldig sein, er thet das den gerne, auch aufs wenigste in dreyen joren nicht mehr den ein mol gekorn

1) Beim Binden des Aktenbandes abgeschnitten.



werden. Damit aber alle sachen deste richtiger und schleuniger zugehn und fertig werden mügen, sollen die selben gekornen alle mol auffin obent dorfur des tages, wen sie vom her heuptman beschrieben, zur bestimpten stellen einkomen und folgenden tagks frue zu den radschlegen und hendeln sich veruegen und derselben aus warten.

6. [Ordnung der Wahl des Ausschusses:] Dieweil sich aber aus vorsteenden und sonst andern zufallenden hohen not sachen oft und viel gemeine gebot erfolgen müssen, dorauf dem gemeynen lande und idern in sunderheit große beschwer, niderlag und unkust auflefft, den selben beschwerden abe zu helfen, haben sich die gemeyne ritterschaft im fahl mit einander eintrechtig vornomen, bewilliget und entlich beschlossen, das die gekornen auf die gebot, so der her heuptman in die weichbilde ausschreiben wirt, auch macht haben sollen, neben tzwenen der eldesten, noch ides weichbildes große, personen, die do vorstendigk und zu den radschlegen tuglich und nützlich angesehen, getreulich und ungeferlich tzu kissen, also das sie neben den vorigen gekornen zu den gemeinen geboten, und wen sie vom hern heuptman sonderlich hirtzu beschrieben und gefordert worden, zu reitten schuldig sein sollen. Und sol mit derselbigen kising in aller moss und weis, wie oben mit den gekornen vorordnet ist, mit zuthuungk des hern heuptmans, wo sich imandt widersezlich darzu erzeigen würde, und andern allenthalben und festiglich gehalten werden, als vornemlich, das sie dieselbigen gekornen und zugekornen eins itzlichen weichbildes volkomene macht und gewalt haben sollen, zu radschlagen und zu schliessen, sampt die gantze landschaft gar beyeinander were und beschlösse. Dormit auch die selben zugekornen personen zu de[m], das sie hin zu verbunden sein sollen, ire muhe nit vorgebens oder auf eygene darlage thun dorffen, sol einem idern, so oft er zeucht, so viel als zuvor einem gekorenen zu geben und bewilliget und verordnet ist, tzur tzerung gegeben werden. Und d[ass] die selbigen zugekornen unden noch geschribener aufzeichnung noch nit anders dan zu gemeynen gebotten beschriben und gefordert werden sollen; so aber die not das gemeine landt idem besonder zu beschreiben und zu fordern furfille, dorinne wirt si der her heuptman mit ausschreibung und ein ider in eigener person gehorsamlich zu erscheinen zu vorhalden wissen, doch in alls wegen, dass die selben zugekornen ganzer drey yar lang noch eynander zu tziehen schuldig sein sollen. Und der zugekornen name[n] sollen von den gekornen dem hern heuptman noch beschrybener kisingk in zwey oder drey tagen unvorzuglich angezeigt werden, als nemlich Schweidnitz sechse, Jauer drey, Strigau vier, Lembrigg funfe, Buntzelau drey, Hirsburg drey, Pul[ken]hain und Landshutte zwene, Reichenbach zwene.

7. [Ordnung der Steuererhebung:] So als auch dem gemeinen lande viel und grosser unkost erwachsen aus dem, wen k. oder st[ende] landsteuren bewilliget, das die selbigen auf angesatzte tagkzeiten des landes einnemen nicht zugestalt, dadurch nit allein dieselben in die stedte viel tag noch einander gemuhet und die einwoner durch solche vorzuge zu geschafft und vorseumnus khomen, sondern dem gemeinen lande auch merklich große darlege darauf gegangen, der halben ist von gemeinen lande eintrechtiglich beschlossen, das hinfurt, wen k. oder land steuer oder anschlege bewilliget und angeleget und tagzeiten zu der selbigen zalung genant werden, das ein ide herschaft von seinen leuten, oder wo die herschaften nicht zu legen, der scholtz mit zweyen eldesten das selbige gelt von den leuten einnemen und dasselbe, so wol das ire, so auf sie der anlage noch komen, dem einnemer auf angesatzte tagk zeit treulich unaufzuglichen antworten und zustellen; wo es aber von imanden nit geschehe, so sollen die selben als ungehorsame noch versonuungk des selbigen angesetzten zaltages und alle ferner vormanuungk auf anzeigungk der einnemer gepfendet werden.

8. [Autorität des k. Amts:] Auf die Klage des Landeshauptmanns über Widersetzlichkeit gegen seine Amtsbefehle wird festgesetzt: Es wird „sich der her heuptman gegen den selbigen ungehorsamen mit dem zwang der pfandungk oder furbescheide fur lant und stette, wie von alders her bey dem ampt gebreuchlych, und [er] noch große oder kleine der sachen fur das beste ansehen wirt, vorhalden“. Wer aber auch dann noch ungehorsam bliebe in Fragen der Gebote, Steuern, Anlagen etc. „dass der aber dieselben ungehorsamen vom hern heuptman mit ratte der nechst beygessenen vom lande und stedte sich zu gestellen

tzu geburlichem gehorsam gebracht werde, . . . dorinne sich auch obgemelte stende zu haldungk guts regiments und der billigkeit noch dem hern heuptman, die ungehorsamen mit radt und that zu gehorsam zu bringen, erboten haben<sup>4</sup>. 9. Gebrauch der Untertanenkinder zu Dienstboten. 10. Verbot, Erbuntertanen einer anderen Herrschaft ohne glaubwürdigen Beweis der Freiheit anzunehmen. 11. Überwachung der Pfarrhern, ob sie wiedertäuferische Lehren predigen.

Kgl. St.-A., Rep. 39, S.-J. II 1 a, f. 66–69.

## 34.

1546 Januar 1 [1545 Dezember 14]. Wien.

König Ferdinand I., Herzog in Schlesien, bekennet, daß, nachdem sich zwischen Prälaten, Herren, Ritterschaft und Mannschaft der erblichen Fürstentümer Schweidnitz-Jauer auf der einen und Bürgermeistern, Ratmannen und Gemeinden der Städte auf der anderen Seite seit langer Zeit nachbarliche Gezänke um Gerichte und Stadturbarien hingezogen haben, auf seinen Befehl zu Schweidnitz die kaiserlichen Kommissarien Heinrich Burggraf zu Meißen, Graf zu Hartenstein, Herr zu Plauen, kaiserlicher Rat, Kämmerer und oberster böhmischer Kanzler, Jan der Jüngere von Lobkowitz auf Teinitz, böhmischer Hauptmann der deutschen Lehen, Ulrich v. Nostitz zu Ruppersdorf, Hauptmann zu Budissin und Ludwig Schraden, kaiserlicher Rat und Dr. iur., einen Vertrag<sup>1)</sup> vermittelt haben.

Landstände und Städte sind auf folgende Artikel geeinigt worden:

1. Halsgerichte. Der Landsasse oder Belehnte, der in einer Stadt Gewalt tut, soll in ein ehrliches städtisches Gefängnis zu Händen des Hauptmanns oder des Amts gebracht werden. Der Hauptmann soll die Tat binnen 14 Tagen durch zu ihm in die betreffende Stadt berufene 8 Personen der Ritterschaft und 2 Ratspersonen der Stadt entscheiden und das geordnete Gericht der Stadt soll die Strafe vollziehen. Bei Nichteinigung ist der König zuständig resp. sein Landeshauptmann von Schweidnitz-Jauer. Tut ein Städter einem Adeligen Gewalt, so straft die Stadt. Ein Adeliger, der nicht peinliche Untat tut, soll sich selbst vor Hauptmann, Land und Städte stellen, und zwar bei Treuen und Verlust der Güter, wenn er ein in den Fürstentümern Belehnter und Besessener ist, bei Treuen und Ehren, wenn er nicht belehnt und angesessen ist. Der Hauptmann, sowie „Stände“ und Städte richten ihn mit gebührender Hilfe. Auf Gütern, wo die Städte zu richten haben, gilt das Recht auch gegenüber straffälligen Adeligen laut Wladislaws Spruch von 1510 Januar 24. Fälle auf der Landstände Gütern bleiben dem Halsgericht der Inhaber der Güter.

2. Landvogtei und Obergerichte. Die vom Lande sollen den Städten und diese denen vom Adel ihre Beschwerden über angemaßte Landvogtei und Obergerichte zustellen, und die Kommissarien sollen an verschiedenen Tagen die vom Weichbild Schweidnitz, dann die von Jauer etc. ins Gleiche richten.

3. Züge und Appellation in den oberen drei Städten: In dem Streit zwischen der Landschaft und deren Weichbildern mit den drei Städten Löwenberg, Bunzlau und Hirschberg darüber, daß die Hofschöppen von den vor die königlichen Hofgedinge oder Landgerichte geladenen Parteien das „freye geld“ fordern und einen Teil von dem Geld nach Löwenberg schicken, und weil die von Löwenberg über Landsachen und in den königlichen Gerichten nach ihrem Stadtrecht richten, soll der König entscheiden.

4. Die Urbare betreffend. Die Landstände beanspruchen für sich und ihre Untertanen in den Weichbildern und auf ihren Gütern die Stadturbare, nämlich Handwerke, Mälzen, Brauen, Salzmärkte, Gewandschnitt, Weinschank und andere Gewerbe, und sind dazu berechtigt, wenn sie Beweisbriefe zeigen können oder 30jährigen Besitz erweisen. Nicht zum Stadturbar gehören Leinweber, Grobschmiede. Ebenso steht auf Gebirgsgütern und Haiden das Holzwerk jedem frei. Hausmälzen und Hausbrauen steht dem Adel zu. Festsetzung von Verhandlungstagen für die Weichbilder Schweidnitz, Jauer, Striegan, Löwenberg, Bunzlau, Hirschberg, Reichenbach, Bolkenhain. Bestimmung betreffend das Dorfbrauen, das die Landschaft ihren

<sup>1)</sup> 1545 umb Elisabeth [Dezember 14].



Untertanen wahren will; die Dörfer [„das Armut“] müssen ihr Gebräu den Städten anzeigen. Bestimmung betreffend die Ödstellen und neu gebauten Dörfer.

5. Die Bannmeile [„die meil weges“]. Je 4 von Adel und von Städten in jedem Weichbild sollen nach Breslau kommen und von dort das Mass „von unser lieben frauen thore auf dem Sande genannt am ende der ersten brücken herauswärts gegen Hundsfelde über die Oder, so an der stadtmauer fleust, angefangen und dieselbige landstrasse auf dem tamme hinaus gemessen biss an den dorfrieden zu Hundsfeldt“ als Meilenmaß für jede Stadt mitbringen, und die Meile soll bei jeder Stadt am Stadtgraben anfangen.

6. König Wladislaws Spruch von 1510 Januar 24 von Urbar und Appellation wird durch diesen Vertrag kassiert resp. gemindert.

7. „der von Stätten mitleydung.“ „Betreffende die mitleydung, wann sich forthien begeben, dass die landschaft einigerley anschläge auss nothdurft gemeines landes nutzes zu machen vorhetten, so sol der hauptmann die von städten und ihre inwohner, so landt oder lehen gütter halten, wie andere landsassen allemahl darzu fordern, und was alda von gemeinem lande beschlossen, das sollen dieselbigen von städten sich auf ihre anzahl zu geben und von solchen ihren landtgütern mit zu leyden auch nit wegern, doch in albeg ausgeschlossen die anschläge, so den städten zu nachteil fürgenommen. In denselbigen fällen solten die stadt und ihre innwohner, so schon landgüter besessen, mit zu leyden nit schuldig seyn, dergleichen sol es in den königl. steuern oder hülffen dem alten üblichen gebrauch nach künftighen gehalten werden“.

8. Gewalttaten. Die Ritterschaft klagt gegen die Städte, und diese klagen gegen die Landstände wegen Gewalt und Einhalts in die Obergerichte, Landvogteien, Aufrichtung neuen Urbars etc.; hierin soll der König von Böhmen entscheiden.

9. Schluss. Prälaten, Herren, Ritterschaft und die von Städten sagen die Haltung obigen Vertrags zu, und welcher „Stand oder Person“ dagegen handelt, verfällt königlicher Strafe. Der Vertrag soll Landständen und Städten an ihren sonstigen Freiheiten unschädlich sein.

10. Bestätigung des Vertrages. Der König bestätigt auf Bitten der Gesandtschaften von Landständen und Städten den „mehr gedachten landschaften von landt und städten“ den Vertrag und befiehlt den Hauptleuten von Ober- und Niederschlesien und von Schweidnitz-Jauer, „mehrgemelte stände von landt und städten“ nicht zu hindern. Als Strafe setzt er für die Übertreter 50 Mark Gold, halb an die Kammer, halb an den Beleidigten, fest.

Kgl. St.-A., Or., Rep. 6, Schweidnitz-Jauer Nr. 5 f und 5 g. Ältere Drucke s. Walther II, S. 475.

35.

1546 Januar 27. Jauer.

### Abrechnung der Weichbilds-Gekorenen.

Rechenschaft aller weichbilder. Gescheen als heut mitwoch nach Pauli bekerung im funfzehnen hundert und sechs und vierzigsten jare, das die gekornen der weichbilder mit namen Servatius Schindel zu Arnsdorf und Stentzel Zedlitz zu Wilkau, des Schweidnitzischen, Hans Schwabsdorff zu Lahsnig des Jaurischen, Frantz Walde zu Wenig Rosen und Hans Schindel zu Drambsdorf des Strignischen, Wolf Raussendorff zu Tillendorff des Buntzlischen, Cristoff Schof, Gotsch genannt, vom Kienast und Vischbach auf Kembnitz des Hirschbergischen und Hans von Logau zu Kuchendorf des Reichenbachyschen weichbildes auff bevelh des hern hauptman . . . allenthalben gentsliche und aufrichtige rechenschaft mit einander gehalten und entlich beschlossen haben . . . Solicher obgescribener raittung nach bleibt über alle ausgaben der weichbilder noch im vorrath gemeiner landschaft allen weichbildern zu gute an berurtem gelde zweyhundert zwelf marck und sechs und zweintzig weisse groschen obbemelter zal; das sol in des lands kasten bey dem herrn hauptman eingesatz vorwaret werden, czu welchem kasten Hans Reibnitzen zu Gierlesdorf die schlussel vertrauet worden; der soll macht haben zu furfallenden gemeines lands notturften von berurtem gelde

ausezugeben, dagegen quitantien zu fordern und nochmals der landschaft rechenschaft zu thun schuldig sein. Dafür sol gemeltem Reibnitzen geburliche ertzunge seiner habenden mue halben gescheen.

Kgl. St.-A., Rep. 39, S.-J. II 1 a, Bl. 172 b f.

36.

1546 April 5. Jauer.

**Maßregeln gegen das zu frühzeitige Verlassen der Gebote, gegen die Zulassung fremder Anwälte zum Zwölfergericht und Bestimmung über den Beginn der Mann- und Hofgerichtssitzungen zu Schweidnitz.**

Aufs gemein gebott zum Jauer, montag nach Laetare anno 1546, ist folgender beschluss gescheen: Dieweil die ritterschaft an verschliessung der thore auf die gebot beschwer tragen und der herr hauptmann dasselbe abzustellen bewilligt, so haben sie hinwiederumb für pillich angesehen, wo sich jemand von den geboten, ehe dann die sachen beschlossen, unangesagt und one erlaubniß dafon zuege, dass der herr hauptmann den oder dieselbigen also andere ungehorsame aussenbleiber darumb pfenden mag.

Es ist von gemeiner landschaft gebeten, dass man für dem königlichen zwelferrecht fremde procuratores oder furredere, als doctores und andere gelehrte leute, die allhie nicht belehnet, sachen fürzutragen und zu reden, nicht zuelassen solde one des parts verwilling; sonst zu beistand und rate mochte ein jeder fueren, wen er wolte.

Es haben auch gemeine ritterschaft, sovil derselbig zur stelle, für gutt angesehen, dass die koen. mann- und hofgerichte zur Schweidnitz zu ferner und geburlicher zeit, dann zuvor, sollen angefangen und gehalden werden, nemlich von Mitfasten bis zu Bartholomei umbs zeigers zwelfe und widerumb von Bartholomei bis zu Mitfasten albeg umbs zeigers sechtzehn.

Kgl. St.-A., Rep. 39, S.-J. II 1 a, Bl. 181 und Rep. 135, Jau. Msc. Folio 67, Bl. 227.

37.

1548 Januar 22. Schweidnitz.

**Ankauf eines Landeshauses.**

Landstend haus. Und nachdem wir auch unlangst durch unsere gesandte der r. k. m. underthenigst furbringen lassen, welicher gestalt vor ettlichen jaren nit ein geringescheziger brandtschaden alhie zur Schweidnitz an den alten registern und signatur bey irer k. m. canzley bescheen, dieweil aber der rate alhie zur Schweidnitz ein heuslein, sonst in der stadt urbar gehorig, sunder gancz frey, an des closters kirchen bey dem heiligen creuz erbauet, wegen ettlicher, doch weniger zinse von einem vorbergk zu inen bekommen, mit was fueg irer m. zuelassung halben das bescheen sey, kondon wyr nit wissen, underthenigst bittend, weyl an dem orte zue verwarung der canzleyschen und anderer des landes sachen ein bequeme stelle, das uns solich heuslein umb die summa geldes, wie es der rate zu sich bracht, zu obgemelten handlungen wider fahren mochte. Dorauff auch die r. k. m. obgedachtem rate genedigist gescriben, das gemelte handlung ob angezeigter massen uns ungewegert folgen zue lassen, damit furderhin des landes register und signaturen und andere handlungen doselbst in vorwarunge erhalten wurden, nachmals auch von k. m. dem herrn hauptman, in irer m. namen mit gedachter stadt zue handeln und sie dahin zu vormogen, damit sie solich heuslein, weyl es irer m. eigenthomb sein solde und ir m. desselben zu einer canzley, dorinnen irer m. diser furstenthomber sachen und handlungen gehalten und vorwart werden mochten, bedurftig, der gemeinen ritterschaft umb die summa, darumb sie es bekommen, widerumb zu widerfahren lassen, . . . weyl es irer m. canzley, allen stenden von lande und steden zum beste beschicht.

Kgl. St.-A., Rep. 39, S.-J. II 1 a, Bl. 241 a. Über die Vernichtung vielen Materials durch den erwähnten Kanzlei-Brand vgl. Ff 233, 2, S. 913 [1559 Juni 10]. 1637 wird für die Kanzlei ein Haus auf dem Schweidnitzer Ring gemietet, Ff 238, 3, S. 843 und Ff 238, 4, S. 85 f, 88 f. 1723 kaufen die Landstände das zu Schweidnitz „am ringe auf der saltzaube entzwischen herrn Jacob Toskano und herrn Hans Christoph Glässers häusern gelegene haus“ der Familie Zencker als Landeshaus an, Rep. 39, S.-J. II 13 g. 1736 wurde das Hinterhaus zum Landessteueramt ausgebaut, wie



es denn auch noch in der preußischen Zeit den Kreissteuereinnahmer beherbergte. Das Vorderhaus wurde zu Landes-zusammenkünften benutzt. In der preußischen Zeit wurde das Landratsamt dorthin verlegt, das alte Landesarchiv blieb aber dort. Auch fanden dort noch ständische Zusammenkünfte statt, und das Besitzrecht der Stände blieb unangetastet; so heißt es 1765 Sept. 20 [S.-J. II 13 g] „bey e. k. m. angetretener regierung . . . haben erwehnte landesstände noch wie vor bey denen von einer k. hochpreissl. krieges- und domainen cammer öfters noch unter landräthen, deputirten und ständen veranlassende conferentzien das soulagement gehabt, daß sie in dem denen fürstenthümern S. u. J. eigenthümlich zustehenden land-hausse abtreden und quartier nehmen können“. Noch im 19. Jahrhundert kämpften die Stände um ihr Besitzrecht an dem Hause.

38.

1549 Mai 19. Prag.

**Die Landstände wenden sich an den König, um die Einsichtnahme in die von den Städten Schweidnitz und Jauer aufbewahrten Landesprivilegien zu erlangen.**

Allerdurchleuchtigster etc.

Als gestriges tages sonabents und heut am sontag Cantate der stad Lemberg neben andern der stedte gesandten aus den fuerstenthomben S. und J. bein uns den abgesandten von den landstenden doselbst gewesen und bericht gethon, das sie von wegen einer persone Zelitzkei genandt von eu. r. k. m. alher gein Prage fur euer r. k. m. cammerrecht erfordert, und als sie durch ire abgeschickten gehorsamblichen erschienen, hetten sie ire exception, das sie vor demselben euer r. k. m. cammergericht zu antworten nicht schuldig weren, underthenigist furgewant, sonder so sie jemandis betedigen wolte, solden sie keiner andern anthwort und ort, dann dahin sie zu recht geordnet und geseßen, fuhrgenomben werden, inhalt der romischen konigin Anna loelb. begnadunge. Nun weren sie die gesanten der stad Lewenberg gantz unvorsehens, da sie auch der sachen halben keinen furbescheid hetten, sonder sonsten in iren anligen alherkommen und sich des handels keinesweges vorsehen, vilweniger in der sachen wes zu handeln macht hetten, angeret worden, derhalben ire notturft bein eu. r. k. m. durch irer supplication anzaigung zu thun. Als sie solichs gethan, weren sie von dem wolgebornen herrn Laslaw Poppeln als dem president angered, sie wurden derselben sache auf heut sontages Cantate einen bescheid erlangen, dorauf uns als die gesanten der landstende ermanet, nachdem solich obgemelt privilegion land und stedten in gemain zuestuende, wir wolden sie mit rad unnd vorderlichen vorbitte bey eu. r. k. m., weil unsere herrn unnd freund, von denen wir abgefertiget, solichs hievor auch gethan, nicht verlassen. Und als wir uns des vorhin gelaisten beistandes zu erinnern gehabt und wir am nechsten von eu. r. k. m. gehoret, das nach dem hauptbrief der konigin Anna begnadunge gefragt, ist auch ursache gewesen, weil sie sich an dasselbe privilegion gezogen und eu. r. k. m. nach demselben original fragen wurden, von inen zu erkunden, ab sie auch dasselbe fuerzulegen hetten, haben sie vormelt, sie hetten das ein vidimus, das wer zur Liegnitz ausgegangen, und der hauptbrief, auch sunsten alle der stedte freiheiten weren bei der stad Schweidnitz. Allergenedigister konig, als nun solich privilegion die landschaft sowol als die von stedten angehen, so haben wir bewilliget, eu. r. k. m. neben inen auf underthenigste den handel furzubringen. Als wir aber nun von den gesanden der stad Lewenberg bericht, das von eu. r. k. m. ihnen derselben sachen halben bis auf Cantate mey<sup>1)</sup> aufleub gegeben, so wil dennoch unsere hohe notdurft an stat der herrn und freund erfordern, weil eu. r. k. m. nach dem hauptbrief der konigin Anna gefraget, und derselbe, wie uns von derselben stedte gesandten vor gewiß angezaiget worden, bein der stad Schweidnitz, nachdem dieselbe begnadung land und stedte besaget, alldohin vertrauet, und weil sunsten auch andere privilegion, so land unnd stedte besagen, nicht allein zur Schweidnitz, sonder, wie wir vorstanden, auch bei der stad Jhauer seint, so bitten wir mit underthenigstem und hohen fleis, eu. r. k. m. geruehen mit denen von der Schweidnitz zu vorfuegen, das sie den landstenden zu notturft irem obligen das oft gedachte der konigen Anna privilegion, auch sunsten alle andere privilegion, eben sowol die stad Jhauer, was sie oder andere stedte haben, die sie und uns angehen, auch inen von unsern vorfarn vertrauet, doch auf vortrenliche widerstellung ausgeben und die uns one einichen vorzueg zu handen

<sup>1)</sup> sic! = sey?

zu stellen, damit solichs in kunftiger handlungne keine irrungne einfueren dorfte, der underthenigisten hoffnungne, eu. r. k. m. werden unser . . . ansuchen nicht vor unbillich achten und hierinnen die gebur und pilligkait vorschaffen. Und als wir nun auf eu. r. k. m. genedigisten mündtlichen abscheid, auch der heuttige zuegestelten schriften, so ferne wir euer r. k. m. genedigisten willen unsern herrn und freunden anzaigen sollen, so wil solichs einer gemeinen zusammenkunft bedurffen. Derhalben bitten wir . . . , eu. r. k. M. geruhen g, uns einen befelich an den hern hauptman zuezustellen laßen, damit alle einwonner von herren und ritterstande auf einen furdersamen tag, der nach genedigisten willen eu. r. k. m. angestalt und ausgeschriben werde, damit ain jeder aigner person auf denselben tag und angesatzte stelle dahin erscheine, und kainesweges außenbleibe . . .

Fü 233, 2. S. 124 f.

39.

1549 September 26. o. O.

### Die Landschaft erbietet sich zur Aufstellung von 200 gerüsteten Pferden.

Vorgeslagene erbietung der 200 geruster pferde.

Der . . . r. k. m. . . . vorordente commissarien. Euern gnaden und gunsten wollen wir nach gehaltenem fleißigem radschlag auf e. g. und gunsten ersten fuertrag und nachfolgende zuegestalte schriften, darinnen wir hochgedachter r. k. m. ernsten geschafften willen, den wir in allen gehorsam angehört, zu undertheniger anthwort nicht vorhaldden. Wiewol irer r. k. m., auch derselbigen vorigen herrn commissarien und ietund e. g. und gunsten wir unsere wolhergebrachte alte privilegion, begnadung, freiheitten, gebreuchen und besitzungen, auch aller andern notturft . . . angezaigt, welcher maßen wir anfenglich durch betaidung und beredung etwan hochmilder gedechtnus hertzogen Bolkonis an die loebliche cron Beheim als freie ritter und knechte komen, mit sonderlicher begnadung romischer konigin Annie und romischen konigs Karols, nachfolgende auch von kaisern und konigen aller hochloeblicher gedechtnussen, die unsere vorfarn durch ire ritterliche thatten und bluetvergissen redlich erworben und erlanget, die alle uns auch von hochgedachten vorfarenden keisern und konigen, auch ietziger r. k. m. genedigist bestettiget, der wir uns numals ungerflich zweihundert jhare also gefreuet, gebraucht und in ubung gehalten, bei vorfarrenden kaisern und khonigen gantz unbeschweret genediglist dabei gelassen und vorblieben, der uns auch noch heutte nichts minder trosten und freuen, auch zum underthenigisten verhoffende, die r. k. m. als der hochberumbtigste und gerechtigte konige, die iren treuen underthanen mer genad und freiheit zu geben und die zu erweitern, dann ainicherlei weyse zu mindern, genedigist genaigt, werden uns auch bei allen denselben begnadungen und freihaitten allergenedigist erhalten, darüber schützen und handhaben. Demnach auf hochgedachter irer r. k. m., unsers allergenedigisten koniges und erberherrens, genedigist und vaterlich vorbedenken zu erretung und beschutzung irer k. m., derselben loeblichen cron Beheim sambt iren eingelaibten gldern in underthenigisten betrachtung geschwinden gefערlichen gezaiten, hiemit wir bei unserern begnadungen und freiheitten desto merer und sicherer erhaldden, wir, unser weib und kinder geschützt und unser narung zu hause in ruhe und gemach warten und behaldden mogen, so haben wir dieselbe genedigiste vaterliche betrachtung in aller treuer underthenigkeit zu gemute gefuret und bewegen, uns darauf aus rechter treuer underthenigisten guttwilligkeit, unangesehen unsers großen armuts und unvormogens, auf nachfolgende masse und weise eintrechtig bewilliget und entsloßen, also und dergestalt: Wo die r. k. m. mit zugethaner bewillunge der cron Behaim uns allergenedigist zu vorsehen und zu vorsorgen geruchten, das sollich unser underthenigiste bewillung an unser altherkomen privilegion, freiheitten, gebreuchen und besitzunge zu kaimem abbruch oder nachteil gelangen noch geraichen solde, das wir auf irer r. k. m. genedigis erbieten irer selbst aigenen besoldunge, was ire k. m. andern dergleichen gerusten reitern zur besoldunge geben und zaln lassen, zur zeit, wenn ire r. k. m. die cron Behaim und ire zugehörige glider wider den erb- und hauptfeind des christlichen glaubens, den Turcken, einen gemainen zug thun wurden, zweihundert geruster pferde, halb spießen und halb schutzen und der zugehörigen wagenpferde in soliche



anzal gerechnet auf vier jar unnd jedes jar vier monat, so ferne es aber die notturft erfordert, sechs monat obberurter massen bestellen wollen. Doch das die zeit, wenn die reutter anziehen solden, uns landstenden albeg zeitlich und aufs wenigst zween monat zuvor angekündigt, mit solcher vorsehung, das den reuttern der bestallung nach, wie gebräuchlich, gelde auf die hand gegeben, nochmals auf den musterplatz, der jederzeit zur Schweidnitz oder zum Jhauer angesatzt, ire besoldung nach kriegesgebrauch ausgezalt und folgende monatlich beraite bezalung getan werde.

In dem so seint wir auch des underthenigisten treuwilligen erbietens, wann und zu welcher zeit die r. k. m. mit der cron Behaim oder derselben cron eingeleibte glider von iren feinden, da got fur sei, angegriffen, das wir sie zu jeder zeit mit obbemelten 200 pferden in aller masse und mainunge, als oben allenthalben ausgedruckt, und in der zeit der hoen not nach hochsten unserem vormogen auf irer r. k. m. besoldung nicht vorlassen wollen, in solicher beschaidenheit, das dieselben unsere reutter weder im land zu Hungern, noch sunst an keinem orte in besatzunge gelegt und under dem hauptman oder rottenmaister, der jenen allhie zuegegeben, bleiben solden, welcher hauptmann oder rottenmaister einem andern, der eine solche anzal reuter furet, gleichmessig sol besoldet werden. Und das in dieser underthenigisten bewillung die von stedten wegen irer landguetter neben den gemainen landstenden inhalt der k. reces auch mitleiden, damit die obberurten reutter von den gemainen landguettern und pfandschilligen sovil desto stattlicher mogen aufgebracht werden. Im fall aber do hiwider solichn unsern landguettern an gerichten, urbarn und bierschank ir kein abfal beschee, wie wir uns des gar nit versehen, so haben ire r. k. m. genedigist zu ermessem, das dieselbigen landsessen sovil desto ermer und durch solichen abfal die bestellung der reuter so statlich nicht wurde bescheen mogen. Dennoch seint zu der vil hochgedachtisten r. k. m. wir der underthenigisten und trostlichen hoffnung, sie werden dise unser aus rechter treuer underthenigkeit bewillung zu allen gnaden annehmen und unser allergenedigister konig und erbherr sein und bleiben. Wollen auch hiermit ire r. k. m. uns als die treuen underthanen zu gehorsamen underthenigisten diensten befehlen, dergleichen euern gnaden und gunsten . . . auch zu willigen und gantz gefließnen diensten erbotten haben. Datum dornstages nach Mathei anno im 49.

Fü 233, 2, S. 181 f.

40.

1556 Februar 23. Jauer.

#### Ausschuß-Liste.

Namen des gekornen ausschusses, so auf Invocavit zum Jaur beyeinander vorsamlet gewest:

Melchior Seidlitz zu Burckersdorff, hofrichter zu Schweidnitz. Cristof Gotsch von der Vischbach zu Kemnitz. Baltzer Gotsch zu Langenau. Georg Seidlitz zur Hartau. Friedrich Walde zu Hertwigeswalde. Hans Gersdorf zu Seichau. Ramphalt Talckenberg zu Plagwitz. Frantz Heide zu Seiffersdorff. Hans Reibnitz zu Girdesdorff. Hans Slegel von Camerswalde. Frantz Walde zu Wenig Rosen.

Fü 233, 2, S. 432.

41.

1556 Februar 25. Jauer.

Die Landesumlage für Gesandtschaften und das Gehalt des Landschreibers wird nach dem für die Unterhaltung der Ritterpferde geschaffenen alten Steuermodus erhoben.

Anlag zum Jauer bescheen.

Actum Jauer am tag Mathie im LVIten jar. Ein anlag bescheen zu abfertung beider potschaften, als die eine herrn Balthasar Gotschens auf künftigen landtag gein Prag und aber die andere potschaft in des landes sachen, k. m. furbescheid nach, welche zwo potschaften auf 16 pferd vier wochen zu besolden, je die woche auf ein pferd 3 taler zu rechnen, tut summa 200 und 2 taler mit daruber zugerechten 10 taler auf vorehrung.

Mer zu volliger abtzalung des landschreibers 100 und 36 taler.

Dise zwo posten zusammen gerecht thun 300 und 38 taler, davon kombt aufs pferdt 6 taler, 5 wgr., 3  $\frac{1}{2}$ .

Schweidnitzisch thut 73 taler, 27 wgr.

Jaurisch thut 36 taler, 31½ wgr.

Lewenbergisch thut 67 taler, 21 wgr., 9  $\text{ſ}$ .

Stregnisch thut 43 taler, 9  $\text{ſ}$ .

Buntzlisch sovil als Jaurisch.

Hirschbergisch sovil als Jaurisch.

Bolckenhainisch-Landeshuttisch thun 24 taler, 21 wgr.

Reichenbachisch thut 18 taler, 15 wgr., 9  $\text{ſ}$ .

[Es folgen sodann Schuldposten der einzelnen Weichbilder.]

Fü 233, 2, S. 429 f.

42.

1556 November 27. Jauer.

### Bestallung des Landessyndikus Dr. Adolf Grueb.

Bestallung hern doctor Adolfs.

Demnach und als von uns prelaten, hern und gemeiner ritterschaft der furstenthomber S. und J. mit dem edln hochgelerten hern Adolffen Grueb, der rechten doctorn, r. k. m. rat, auf folgende meynung und artikkel, nemlich, das sich genanter herr doctor zu unserm ernanter furstenthomber gemeines landes vorpflichtem sindico von unden dato zwey jar lang zu rechnen von heut aus bestellen und annemen hat lassen, entliche beredung bescheen.

Also, das sich gedachter her doctor in allen unsern gemeines landes obligenden sachen, die wir inn und ausserhalb des landes Slesien zu thun und zu schaffen haben wurden, jedoch in sachen, die nicht wider die r. k. m. unserm allergenedigstem herren seint, zu schicken, zu raisen, unser sachen treulich zu furdern, sol und wil gebrauchen lassen, als oft wir in hierzu abfordern werden.

So oft es sich auch zuetrugte, das genanter her doctor von uns alher in dise furstenthomber zu unser notturt wegen des gemeinen landes sachen erfordert wurde, oder wo wir ine sunst anderswohin in Slesien auch in gemeines landes sachen zu gebrauchen bedurften und wolden, solchs sol albeg auf des hern doctors aigne zerung und unkosten bescheen. Do wir [in] aber außerhalb des furstenthomb Slesien gebrauchen wurden, das sol oft unser des landes zerung und unkosten geen.

Es sol auch mergedachter herr doctor, so oft ein landseße wider den andern rechtlichen oder sunsten zu thun und zu schaffen gewunne, sich des patrocienirens oder einicherley furdung zu thun enthalten, keinem teil beysten und dartzue nit gebrauchen lassen, auch sunst von frembden personen wider die einwonenden landessen diser furstenthomber mit beystand noch furdung sich nit einlassen.

Do auch sundere personen und einwoner obgemelter furstenthomber in iren selbst aigenen privatsachen vorgeant hern doctor brauchen wolden, hat er sich auch erboten und bewilligt, sovil im immer moglich, gegen denselben sich gutwillig zu erzaigen, sie auch wegen seiner muhe nicht zu beschweren, sundern dergestalt gegen inen zu vorhalten, das sich niemandes mit fueg derhalb beschweren solde.

Gegen solchem des hern doctors getrauen vleis, muhe und dienste, damit er dem gemeinem land vorwant unnd vorpflicht, sollen wir das gemeine land diser furstenthomber ime dem hern doctor solche obbemelte zwey jar lang, jedes jar dreyhundert taler, welchs zusammen in einer summa sechs hundert taler tuen, gutwillig geben, reichen und zalen, als auf nachfolgende zeit und termin, albeg hundert taler auf Weinachten und negstkunfftig anzuheben, hundert taler auf Johannis Baptiste und hundert taler auf Katharine bis zu ausgang der obbestimpten zwey jare.

In allen obbemelten puncten und artickeln, wie die hierinn begriffen, hat sich obgedachter herr doctor gegen uns dem gemeinem lande vorpflichtet, auch solche mit hand und mund zuegesagt und versprochen, allenthalben als einem erlichen doctor und sindico geburet, treulich zu vorhalten und die heimblichen



ratsleg und handel keinesweges zu offenbaren, als er dann solchs auch mit seinem corperlichen aide also bestetiget hat.

Czu urkunth obbeschribner bestallunge mit nachfolgender landsessen im namen gemeiner landstende obbemelter furstenthomber sowol auch offtgnautes hern doctor Adolfs beineben hirauf gedruckten sigeln und petschiere besigt. Gescheen in gemeiner vorsamblung zum Jauer den siben und zwuintzigsten Novembris, das ist der freitag nach Katharine, im funfzehnhundert und sechs und funftzigsten jar.

Fü 233, 2, S. 522 f. Die Namen der Siegelnden sind in der Abschrift nicht genannt.

43.

1556. [Jauer].

### Bericht über das Hofding (Hofgericht), Mannrecht und Zwölferrecht sowie das Gericht von Amt, Land und Städten.

Ausföhrung der gerichte. Auf r. k. m. gegebenen abschyd, sovy l irer r. k. m. landgericht zur Schweidnitz belangende, wie dieselben vor jaren gehalten und ietziger zeit vorsehen und gehalten werden, thun wir disen underthenigisten bericht:

Das wir derselben gericht halben von etwan konig Georgen . . . mit sunderlicher satzung und ordnung begnadet, welche gericht unterschiedlich, nemlich hofgericht, manrecht, ober- oder zwelferrecht genannt werden.

[**Hofding:**] Und wirdet erstlich das hofgericht zur Schweidnitz, davon der abschyd sunderliche meldung thut, wie uns der hofrichter doselbst bestendiglich berichtet, also gehalten, das daßelbige, sowol auch das manrecht, aldo mit aller gerichtlicher ordunge inhalt und vormug konig Jeorges satzung, dergleichen auch mit der gerichts kosten on einicherley aufsatz und erhohunge derselben seines wissen nit anders, dann wie vor und bei menschen gedeencken gebreuchlich, wie dann solchs in zeit der not mit allen gerichts-registern wol ausföhrlich darzuthun ordentlich gehalten wirdet.

[**Mannrecht:**] Dieweil aber das hofgericht, hofding genant, allein ein angeen des landrechts<sup>1)</sup> und ir keinem part vor denselbigen hofescheppen nit fuglich zu teidigen, der mag sich ziehen für die mann in das k. manrecht, beyde der anleger vor seiner clage oder der antworter für seiner antwort.

Und do alsdann entweder die hofescheppen oder die manne, vor den die sachen geteidigt, der sachen nit ein werden oder, was recht, bey sich finden mochten, so mogen sie dieselben sachen, inmassen als sie vor in geteidiget, an die zwelfe tragen und aldo rechtlichen underricht nemen. Welche mann oder hofescheppen zur stelle kommen, die vorbleiben auch bey der zwelfer ratslag sitzen.

[**Zwölferrecht:**] Sovil wir uns auch zu erinnern wissen, so thut es sich bey dem koen. zwelfer- oder oberrecht also halden: Nachdem die zwelfe zum rechten geschworn und sitzen, so sitzt anstat der r. k. m. der herr hauptman dabey und helt, wie billich, die oberstelle am tische. Wann nu part dahin furkomen, clag und antwort zur notturft furgebracht, so pflegen sie abzutreten, und der her hauptman vormanet die zwelf rechtsitzer, das ein jeder vom ersten bis zum letzten sein bedencken zur sachen rede, darin der herr hauptman nichts zu reden, es sey dann, do die rechtsitzer iren aussatz gethan und dorinne wes komerhaftiges fuffellet, so begeren sie, das der her hauptman sein wolmeynung auch dartzue rede. Was sich alsdan die rechtsitzer eintrechtig entslossen, das wirdet besrieben, doch allein im namen der koen. zwelfer und den parten offentlig furgelesen.

Es ist auch daßelb zwelferrecht ein wilkur recht, dahin die part beide mit irem gutten willen komen und die rechtsitzer, ire satzungen und schellungen zu sich zu nemen und, was recht, vollmechtiglich zu erkennen, bitten.

Ferner besagt konig Georges begnadung, was sachen aus dem rechten an die zwelf komen, das sollen sie sprechen; und ob sie das in denselben quartal nit sprechen, so sollen sie das nit lenger fristen, dann in die nechst quatuor tempor, darnach denn sol es ende haben und von in gesprochen werden.

<sup>1)</sup> = die unterste Stufe.

So konen wir uns zum teil auch wol erinnern, das bey vorfarn herrn haubtleuten ein solch ordnung gehalden worden: Nachdem zu zeiten bey demselben zwelfer recht vil sachen zu handlen gewest, so hat der herr haubtman etliche part auf eines oder beider teils ansuechen, den donnerstag im quartal den abend dofur einzukomen, zu sunlicher underhandlung dahin gein der Schweidnitz tagleistung gethan. Die sachen seint willkürlich oder rechtlich fur die zwelf komen, und welchen sachen aldoseibst in der sune und gutte nit mogen abgeholfen werden, die seint alsdann auf freitag hernach bey demselben zwelferrecht verhandelt und volgent rechtlich geortert worden.

[**Gericht von Amt, Land und Städten:**] Nachdem auch auf sonobent in quartalien nach altem hergebrachtem brauch und gewonheit das k. ambt, land und stedte uber vorbescheiden sachen aldo zur Schweidnitz zu sitzen pflegen, haben wir uns zum teil auch wol zu erinnern. Dieweil es auch ein loeblich wilkürlich stelle und gerichte, das vorfarn herrn haubtleute die landessen, so von den zwelfen und andern gemeinlich eine gute antzal aldo zusamen komen, mit allen treuen vleis vormanet, das sie neben sie zur stellen sietzen, die part furdern und neben inen den hendeln abhelfen wolden, dorinne sich die landessen ein jeder nach seiner gelegenheit aller gebur vorhalden.

Solichs alles haben auf obbemelten hochstgedachtister r. k. m. genedigistem willen wyr zu underthenigistem bericht, sovil wir uns disfalls zu erinnern wissen, nit wollen unangezeigt lassen und in underthenigister demut bitten thun, ire r. k. m. geruehen uns bey solcher konig Georgs hochloebeliger gedenck, begnadung, satzung und ordnung derselben gerichte allergenedigist zu erhalten.

Fü 233, 2, S. 424 f.

#### 44.

1558 August 4. Kräppelhof.

#### Klage des Kanzlers Hans Schaffgotsch über die Wirksamkeit des Landesausschusses.

Dis ist der artikl aus des hern hauptmans schreiben, so im der herr cantzler gethan und den landstenden zu vorlesen gebeten: Ich bitt aber mich neben den landstenden kein anders, dann treuhertziger meynunge zu vormerken. Do bey den alten geringere sachen, dann ietzo, furgefallen, haben sie allemal einen treuen gemeinen rat durch die weibbilder oder zur stelle vorordneten ausschus gehalden und als dann mit der gemeinen rat und vorwissen geschlossen, sint also bey iren guten rechten vorbliben. Das aber leider nu die kluckheit und das land zu regieren in drey oder vier personen gutduncken, wie ich bericht, steet, hab ich noch zur zeit des keinen nutz gespuret, sunder vilmer undergang und zurtrennung des lands, darbei kein glucke nie gewesen. Vor meine person habe ich des ausschus im anfrage, da sie iren ratschlag mir und andern treuen landseßen nit antzeigen wollen, vor unschicklich und vor gar schedlich gehalden, wie sich das auch im werck beweiset und die einfuer der bier darauf vorboten worden, ia unsere underthanen von stedten mit notrechte der gerichte und orber halben genotdrenget und beschweret werden. Wie kan und mag den stedten und andern gegen unser ein besser spil, darmit sie uns umb unsere freiheiten, gute altherkomen gewohnheiten brengen, denn eben durch eine solche zertrennung und unbedechtigen rat. Ja da auch keine erfarrenheit, wie sich die sachen vor alders gehalten, bey den leuten ist, dennoch wollen sie die vorstendigsten und treuisten, ja die besten des landes sein. Ich weis, das man mich im winckel zur banck gehauen, sam wer ich nicht ein treuer landesse; aber keiner ist, der mir solchs under augen oder offentlichen, das mirs zu oren queme, sagen oder reden darf; dann der oder die, so solchs thun, wissen, das sie mich des felschlichen, ubel und bösslichen als diebe anliegen. Denn gotlob offenbar ist, wie ich mich in allen des landes sachen gehalden, ja sovil und mer bein sachen neben irem privilegion und guten alten gewohnheiten gethan, dann einer, der noch zur zeit im landes mittel lebet, und wolde noch gerne sehen, das irs durcheinander also, wie die alten als vornunfftige leute gethan, hildet, und keiner mer auf seinem kopf bauet, das ein ander im mittl nit sovil wissen und raten konde. Do aber ir also ein neues nach dem andern anfohen und maynen, es sey guet, und werden auf das alde, was hivor in solchen und dergleichen sachen gehandelt, nicht sehen, so werden dieselben kluglin dem vaterlande ire freiheit



vorspilen und solches nit inen, sonder andern die schuld denn geben wollen. Solches zeige ich treuer guter warnunge euch allen zur fursichtigkeit an, auch das forderhin eure sachen nit alleine mit schreiben bey hofe gefurdert, sunder durch vorstendige leute, die des hofes brauch wißen und sich nicht, wie die huren, bald schrecken und abweisen lassen und euch kein geld so lieb, als eur privilegion, sein last. Und ist mein treuer radt, das ir hern Cristof Tschirnhause, — unvorsprochen alle doctores, ja alle personen, die in den furstenthombern Schweidnitz und Jhauer seint, so ist das ein adelicher treuer, gar ein wolvorstendiger biderman, welcher fur sich und hinder sich sehen und den leuten die wahrheit sagen kan, — zu euerm mittl auf und annemen. Do nun solchs eur rat, als ich glaube, solches entlichen sein werde, so wollet euch, her hauptman, mit dem landessen, den ir mein schreiben vorlesen muget, bein tzeiger gegen Breslau beantworten. Und da mir neben eurs mittels einer person auferlegt, [m]it gedachten hern Cristoffen von Tschirnhause zu handeln, wil ich solchs noch allem höchsten vleis thun, auch der hoffnung, er werde sich an der besoldung, die ir einem andern [bewilligt], der noch zur zeit wenig genutzt, auch begnügen lassen und bitt vor got, auch hinder got, last den man aus eurm mittl nicht komen, da er doch sunsten eherliche und tapfere erfordrung hat. Möchtet auch einen eurs mittels aufm suntag nach Breßlau mit credentz, neben mir mit im zu handeln, lassen abfertigen, und gleube entlichen, [w]er seynem vaterlande treu ist, ehre und gutes gan, der werde hiertzue geneigt sein und darwider nicht raten, und mein schreiben, so ich in großer unmuße und eile thue, sol bey der landschaft nit anders, dann treuhertzig vornomen werden.

Hiemit bin ich euch, her hauptman, und inen allen meines vormogens zu dienen willens. Bitte, das dieser bote mit der antwort auf suntag bey mir zu Breßlau sein mag, der von Tschirnhause wirt auch zu Breßlau sein. Datum Kräpplhoff in aller eil, den 4. Augusti, im 58. Hans Gotsche, ritter.

Fü 233, 2, S. 783 f.

45.

1558 November 3. Jauer.

**Anzeige der schlechten Waldwirtschaft auf den Besitzungen der Stifter Leubus, Grüssau und Sandstift Breslau.**

Es sollen auch unser gesanten irer k. m. in underthenigisten treuen unangezeigt nit lassen, das bey den gestiften Leubus, Grussau und unser liben Frauen auf dem Sande in Breßlau die geburg und welde, so in disen furstenthombern liegen, außerhalb der notturft übermeißig abgeholtzet und auch huttunge voroedet worden, auch also das das junge holtz nit widerumb zu krefften komen und fruchtbarlich aufwachsen konde. Weil dann solchs den gemeinen einwonern diser lande mit der zeit nit allein zu mercklichem abgang und brechen des holtzs reichen wil, sunder auch irer m. camerguets dardurch nit wenig geschwecht werden, so zweifeln wir nit, ir k. m. werden disen vorterblichen schaden, der ie lenger ie mer zunimbt, zuvorkomen und allergnedigiste wendung zu thun wißen.

Fü 233, 2, S. 815.

46.

1562 April 23. Schweidnitz.

**Liste der Landesältesten aus allen Weichbildern, die einen Beschluß in Sachen der Brüder Christof und Heinrich Schindel zu Streit gehabt haben.**

Die eldisten manne aus allen weichbildern, als der wolgeborne und die edlen gestrengen wolbenamten erenvesten herrn herr Adam von Kittlitz auf Ottendorff, Ernst Gelhorn auf Alden Grotkau und Rogau, Diprand Nimptsch zu Steffenshain, Diprand Reibnitz von Falckenbergk zu Kolbenitz, Hans von Gersdorff zu Seichau, Lionhart Schindel zu Sasterhausen, Heinrich von Mulheim auf Plaswitz, Ramphalt von Talekenbergk zu Plackwitz, Hans von Warnsdorff zu Gusmansdorff, Wentzel von Zedlitz zur Neukirch, Hans von Zedlitz zu Cammerswalde, George Schweinichen vom Schweinhaus zu Frideberg und Hausdorff, Cristoff von Zedlitz auf Nimmersat, Frantz von der Heide zu Seiffersdorff und Friedrich Seidlitz von Ludwigsdorff zum Neudorff.

Fü 234, S. 143 f.

47.

[Nach 1562 April 23, vor 1563 März 24].

**Instruktions-Entwurf des Ausschusses der Fürstenthümer über die Obliegenheiten der Landesältesten.**

Kurz vermerk, was ohngefährlich in den zween fürstenthümern S. und J. der eltesten und der orth landes sachen ambt und zustand künftig sein soll.

[**Verteidigung der Privilegien:**] Vor das erste, damit einmahl durch dieselben, insonderheit aber durch vermittelt göttlicher gnaden allerley hoher der ort vaterlandes bekümmernüßen, obliegen und beschwernüßen möchte abgeholfen werden, so sollen sie des gemeinen landes fürstoßende beschwerliche sachen und obliegen, welche etwann zu schmellerung oder abbruch der . . . privilegien, freyheiten und begnadungen gereichen wolten, wie leider eine zeit anhero denselben zugegen und wieder practiciret worden, zu aller zeit wenn solches fürfallen will, fleißig und ernstlich berathschlagen, zu erhaltung derselben macht und gewalt haben, solchen angriffen und practicen durch gebührliche weg und mittel zu begegnen, dieselben, soviel an ihnen und möglich, ablehnen und wenden. Darumb ihnen dann auch von gemeinem land der privilegien sollen vertrauet, so wohl verdiennus<sup>1)</sup> aller ihrer privilegien, freyheiten, begnadungen, recht und gerechtigkeit sollen fürgestellt werden, darinnen sie sich zur zeit der nothdurft zu ersehen, und also der originalia, so ein zeit lang mit großer gefahr umbgeführt worden, verschonet werden möge. Da aber ihnen disfalls was bekümmernlichen fürfallen wolte, so ihnen hinder und ohne vorwißen des gemeinen landes zu entrichten nicht möglich seyn, auch ziehmen wolte, sollen sie ihren k. ambtmann, des landes zu beschreiben, anflehen. Da aber derselbe, solches zu thun, in wegerung stehen wolte, dazu die k. k. m. als die höchste obrigkeit nicht zu erreichen wäre, so wird derselbe und der zeit gelegenheit wohl geben, was ihnen als vernünftigen leuthen und nach vermög des landes freyheit zu thun ziemen will oder nicht.

[**Fürsorge für Privatpersonen:**] Vor das andere, so sollen sie nicht allein des gemeinen landes sachen und handlungen, als obstehet, zu berathschlagen schuldig seyn, sondern und auch, da was einzeln persohnen als des landes und hauptgliedern bekümmernlich, beschwerlicher und schmerzlicher fürfallen solte, verpflichtet sein, mit treuem rath ihnen freundlich und tröstlich zu erscheinen und, so viel an ihnen und rath möglichen, auch geziemen und gebühren will, ihnen und derselben beschwernüßen, kummer, beurtheilnügen, ob- und anliegen durch ordentliche und gebührliche weege und mittel abhelfen oder nach gelegenheit der fälle sie dahin zu befördern, damit ihnen möchte gerathen und den beschwernüßen abgeholfen werden. Mit denen sachen aber, dem königl. ambt zustehende und gebührende, sollen sie jederzeit zu ruhe und friede stehen, es wäre dann so viel, daß das k. ambt die billige hülfe zu thun, recht und gerechtigkeit mitzuthellen in wegerung stünde oder die frommen und gerechten und friedfertigen wieder die billigkeit zu betrüben vermerinet. Sollen alsdann in solchen und dergleichen fällen sie die eltesten, da es bey ihnen gesucht, sich mit dem k. ambt freundlichen deshalben zu unterreden macht haben, bittende und ermahnende, das rechte recht zu befördern, mitzuthellen und ergehen laßen, den frommen und gerechten nicht zu betrüben, sondern vielmehr schützen und handhaben. Da aber solches bey dem k. amte nicht statthaben noch finden wolte, so werden sie auf den ordentlichen weg zu schreiten und gehen und solches bey der höchsten obrigkeit zu suchen wißen.

[**Verminderung der Landtage:**] Vor das dritte, dieweil etliche zeit anhero zu mehrerem mahl oft und viel außer der r. k. m. nicht hochschäzige handlung bey und fürfallen, derhalben dann die ganze landschaft in den zween fürstenthümern, so großer anzahl ehrlicher leuthe, beyde reich und arm, beschrieben worden, und noch unter welchen sehr viel, ja fast der größte haufe ist, welche einen landtag mehr, als sie jährliche reenten und einkommen haben, verzehren und doch selbige händel durch einzelne persohnen möchten verrichtet und entlediget werden, so sollen sie die eltesten, und nahe<sup>2)</sup> künftig macht und gewalt haben, an gemeiner des landes zusammenkunft, dieselbigen zu berathschlagen, entledigen und abhelfen,

<sup>1)</sup> sic! für „Vidimus“ verschrieben?<sup>2)</sup> für „nunmehr“ verschrieben?



damit und also viel immer möglichen des armen und gemeines mannes verschonet und der große überflüßige schwere und vorderbliche zerung beyde der k. m. sowohl, als dem land zu schaden und nachtheil gereichende möchte verhütet werden. Es soll aber das königl. amt gebeten und ermahnet werden, wenn solche geringschätzige händel fürfallen, darinnen des gemeinen landes mit zusammenkunft und dadurch vergebener zehrung und unkosten kan und mag verschonet werden, da so es das arme vaterland nicht beschreibe, sondern den eltesten und räthen zuschicke und daneben sein guttdinken und meinung, dafern es ihm gefällig, zuschreibe oder nach gelegenheit der zeit mündlich entdeckte.

**[In königlichen Sachen ist stets der Landtag zu fragen:]** Vor das vierde und für allen dingen, so sollen die eltesten und räthe der sachen und handlungen, die höchste obrigkeit als die r. k. m. belangende und antreffende, an welchem billig ganzes land wißen trägt und haben soll, keine auf sich nehmen, sondern gemeines land beschreiben würde, welche das k. amt, dem sie dann zukommen wird, nach gelegenheit derselben zu fordern wißen, es were dann soviel, das gemeines land wegen großer eyl zu beschreiben ein unmögliches seyn wolte und darumb von dem k. amt den eltesten zu berathschlagen und zu befördern, damit der höchsten obrigkeit nichts verabsäümet, zugeschickt würde. Doch soll es jederzeit zu ihrer willkühr stehen, sich derselben zu unterfahen oder nit, welches denn die fälle ihnen als verständigen wohl zeigen und geben werden.

**[Regelmäßige und außerordentliche Zusammenkünfte:]** Vor das fünfte, weil durch gute löbliche ordnung alle ding müßen erhalten werden, so sollen die eltesten alle quartember, daferne nur die zeit solches geben und möglich sein will, zusammenkunft halten, die zur zeit des gemeinen vaterlandes bestes bedencken, betrachten und berathschlagen, welche gewiße zusammenkunft auch zu dem dienstligsten und zutreglichsten seyn will, damit der gemeine mann zeit und stelle sich rathes zu hohlen wißen mag. Nicht aber desto minder, da mittler zeit und unterdes was bekümmertliches und beschwerliches gemeinem land fürfallen und stoßen wolte, sollen sie unverzüglich zusammen kommen und an zeit, orth und stelle unverbunden seyn, damit dem armen vaterland, so viel ihnen menschen möglichen in rechtmäßigen seinen sachen, kum, ob- und anliegen nichts versäümet werde.

**[Teilnahme am Gericht von Amt, Land und Städten:]** Vor das sechste, so ist am hellen tag und darumb männiglichen unverborgen, daß jährlichen nicht geringe, sondern hochschätzige sachen und handlungen dem alten löblichen des vaterlandes brauch, ordnung und recht nach auf das k. amt, land und städten bekommen und gebothen werden. Nachdem aber auch unlaugbahr, daß viel lange zeit anhero große unordnung alldaher befunden, daraus denn auch allerley hohe beschwer erfolgt, unnötig zu erzehlen, so wird im rath befunden, weil der landschaft so viel daran gelegen, als dann niemand vermeinen mag, daß alle quatember eine anzahl persohnen der eltesten neben dem k. amt alldort als sonnabend sizen oder durch rath und bewiligung des landes die k. zwölf, so den fordern tag als freytag in der zwölfster-bank geseßen, sonnabend neben dem k. amt sizen oder zum wenigsten aus jedem weibbild persohnen auf solche zeit und stelle verordnet werden, damit auch in diesem nicht geringschätzigen fall gute ordnung, recht und gerechtigkeit erhalten werden.

**[Landeskasten und Rechnungslegung:]** Vor das siebende, sintemahl in einer reithungen [über] des landes anlagen auch große unordnung bis anhero gehalten und befunden, so wird auch hierum und dißfalls für ratsam und nützlich geachtet und gehalten, solches auch von etzlichen einnehmern gebethen, daß die einnehmer jeder seinem weibbild nach empfangener verordneter einer jeden anlage ihrer einnahme rayttung zu thun schuldig seyn sollen. Das eingebrachte aber und eingenommene geld soll den eltesten und räthen, wie anderen land orth löblichen besicht, zu handen gestellet werden, welches von ihnen als ehrlichen leuthen in einer besonderen laden treulichen soll verwahret, zur nothdurft auß gegeben und gemeinem lande nachmahls und hinwiederumb gebührliche rayttung gethan werde, damit die unordnung aufgehoben, des landes schulden einstes abgezahlt und in vorrath zu künftigen baarschaften und anderen nothwendigen ausgaben möchte was gebracht werden.

[**Wiedererstattung von Auslagen:**] Vor das achte, damit in allen sachen, so viel möglich, gutte ordnung und richtigkeit<sup>1)</sup> gemacht, auch aller verdacht abgelehnet werde, und aber die eltesten in des gemeinen landes handlungen alle, aber zum theil, hin und wieder zu ausgaben veruhrsacht werden, weil keiner schwerlich auf eigenen beuthel und zehrung sich in solch ambt und dienst zu begeben befunden werden mag, so sollen dieselbigen und jeder in sonderheit schuldig seyn, alle und jede unsere ausgaben und zehrung, in des landes sachen gethan, particulariter zu vermercken und aufzuschreiben, welche ihnen oder ihm der billigkeit nach und auf der andern erkenntnis wiederum sollen erstattet werden.

[**Wahl des Ältesten durch das Weichbild:**] Vor das neunnte, da sichs auch zutrüge und begege, daß einer aus den eltesten und des landes räthen etwann durch todt abgingen oder sich aus genugsamen nhrsachen und der andern darüber erkändtnis des amts zu entledigen vermeineten, so soll er an statt sein nicht eine andere persohn zu kiesen und wehlen macht haben, sonder bey den oder ja des weichbildes rath undt wahl jederzeit stehen und bleiben, damit solche löbliche ordnung etwann durch wiederwertige leuths practicen nicht möchte zurottet oder gänzlich aufgehoben werden; wie denn lebendige exempel vor augen, damit dieselben abgehen und aufgehoben würden, sich etliche persohnen ander orth unterstanden.

[**Weichbild-Pfänder:**] Vor das zehende, so sollen nun und hinfortan die pfänder aus den städten nit mehr verordnet werden, sondern weil viel lange zeit anhero allerley gefahr daraus entstanden, so wird im rath für gutt, nützlich und zuträglichen befunden, daß jedes weichbild seinen pfänder auf dem lande halte und besolde, damit zu allen die ausschreiben desto schleuniger und fleißiger den landsaßen überreichet und in frembde hände nicht kommen noch gerathen, wie allezeit beschehen dörfen. Was aber der k. m. befehligh belangende, werden die hofferichter dasselb, wie vor alters durch ihren pfänder zu fordern wißen.

[**Einlieferung von Landes-Schriftstücken:**] Zum eilften, weil auch viel lang jahr anhero bey den bothschaften, so in gemeines vaterlandes ob und anliegen zu der höchsten obrigkeit, auch ander orth, abgefertiget werden, alle dieselbe ihnen mitgegebene befehliche, instruction, darauf pflogene handlung und bescheid verblieben und dadurch nach derselben tödtlichen abgang verrückt und verlohren, will der ausschuß auch für gutt ansehen, daß zu künftigen zeithen alle und jede bothschaften alle in ihren legationen mitgegebene und verlaufene handlungen der eltesten zu gestellen und zu gemeinen landes sachen verwahrt werde; da aber auch bey den verstorbenen erben aber denen, so noch beym leben, für der hand was were, daß jeder daßelbige zu aller künftigen fällen gutter nachrichtung in allwege einstelle.

[**Bildung eines kleinen und eines großen Rats:**] Zum zwölften, so wolle gemeines land fleißig zu gemüth ziehen und führen, da nun gleich fürhabender gestalt ein einzahl ältesten und väter dem vaterlande verordnet worden, ob nicht nützlich und zuträglich, wie denn an andern orthen auch geschicht, sein wolle, da gleich ehrliebenden leuthen das arme bekümmerte vaterland vertrauet und aber doch oftmahls händel fürfallen möchten und werden, so doch sich nicht von jedermann hören und reden laßen, dazu auch etliche, so da nicht hochwichtig, daß die eltesten alle selbter halben verschrieben und vergebliche unkosten geführt werden möchten, daß nemlich ein einiger rath und wenig persohnen verordnet würde, zum andern ein weither und mit seiner anzahl rath, da der erste nicht unterstehen dürfte, sich ohne rath des andern was etwann in einfallenden beschwerlichen handlungen fürzunehmen, daß er demselben zur hand hätte und beschriebe; zum 3.<sup>ten</sup>, do aber beyde sich im selben nicht entschließen könnten oder dörfen, so were alsdann und vor das dritte als gereget, das gemeine land, wie dann billig, zu ersuchen und anzusprechen, und wil solches der ausschuß in gemeines landes bedenken wohl zu erwegen gestellt und erneuert haben.

[**Ergänzung des Ausschusses:**] Beschließlichen so will der ausschuß sich auch hiermit öffentlich angesaget haben, ob er gleich dieser seinen treulichen einfältigen rathschlag gemeinem vatterland noch beym leben des in gott ruhenden Christoph Gottschen<sup>2)</sup>, treuen freund und vatern des vaterlandes, zum besten und wohlfarth gehalten, jeziger zeit eröffnet, auch zu solcher gutten hochnothwenigen ordnung treulich

<sup>1)</sup> Im Text: ruhigkeit.    <sup>2)</sup> 1556 noch erwähnt, siehe S. 203, Nr. 40.



rothet, darzu auch der r. k. m. auf derselben gnädig begehren derhalben vor einem jahr gehorsammen ausführlichen bericht gethan und ihr m. selbst zum besten ins werck zu setzen erkläret, und aber allerley händel, so ihnen von gemeinem land vertrauet, ihre ordnung nicht haben, so wollen sie in denselbigen ihr ambt noch zur zeit gar nicht übergeben haben . . . Do aber gemeines land oder ein weichbild an einigen des mittels persohnen, des man sich gar nicht vorsiehet, nicht genung hätte, das wird man ihr oder derselben zu melden wissen. Damit aber keine irrung oder fernere schädliche aufzüge derenthalb entstehen, dem ausschuß auch keine schuld einiger verhinderung zugemeßen werde, wie denn auch mit bestand gar nit beschehen mag, sintemahl das angefangene fürhabende werck und ordnung durch ihnen angefangen und ergerhet, so ist sein fleißiges embsiges ermahnen, daß solche ordnung mit gottes rath ohne neid, ohne hoffarth, ohne falsche list und betrug, ohne jemand's verletzung, dadurch auch alle löbliche christliche aller zeit ins werck gesetzte ordnungen müßen zu grund gehen, angefangen werden und im nahmen des allerhöchsten aus den weichbildern und crayßern des landes, und jedes crayßes gelegenheit noch, mehr persohnen dem ausschuß einhellig und einmüthig zugeeignet, gegeben und verordnet werden, zu welchem allem gott seine gnade gnädig mittheilen und geben wolle. Amen. — Es folgt darauf die gleichfalls undatierte Ältestenordnung, die nach den Namen der gewählten Ältesten in die Zeit kurz vor 1563 März 24 [vgl. Quellen Nr. 50] zu verlegen ist. Die Namen der Ältesten lauten: Im Schweidnitzischen Weichbild Stenzel von Zedlitz zu Wilckau, im Jaurischen Ernst Kreckwitz, Strauwalde genannt zu Mertzdorf, im Striegauischen Leonhard Schindel zu Sasterhaufen, im Löwenbergischen Cuntz Spiller zu Mazdorrff, im Bunzlausischen George Hacke zu Thomaswalde, im Hirschbergischen Hans Zedlitz, Schlegel genannt, zu Kammerswalde, im Bolckenhain- und Landeshutischen Heinrich Schindel zu Gierlsdorf und im Reichenbachischen Frantz von der Heide zu Seiffersdorf.

Kgl. St.-A., Rep. 135, Worbs'sche Mscr. Nr. 11, Bl. 494 b f.

## 48.

1562 Oktober 3. Prag.

**Schiedsspruch Kaiser Ferdinands I. zwischen dem schlesischen Fürstentag und den Fürstentümern Schweidnitz-Jauer über die Mitleidung, die Teilnahme am Fürstentag und Oberrecht und die Beteiligung an der Taxe des Landesprivilegs von 1498.**

Originale des kays. spruchs mit den herrn fürsten und andern iren mitvorwanten stenden in Slesien, actum Prage den dritten octobris im zwey undt sechzigsten jare. Seint dieselb zeit die abgesandte gewest herr Hans Gotsch auf Greifenstein, Wenzel von Zedlitz, Leonhart Schindel, Reinphalt von Talckenberg, Frantz von der Heide, Abraham von Nostitz.

Wir Ferdinand etc. bekennen . . . Als sich nun ain lange zeit her zwischen den hochwirdigen hochgebornen unsern fürsten, rüthaimen und den wirdigen wolgebornen gestrengen und erenvesten, unsern lieben getreuen prelaten, herrn, ritterschaften und mannschaften in Obren und Nidern Schlesien, elegern an ainem und den wirdigen wolgebornen gestrengen und ernvesten unsern liben getreuen N. prelaten, hern, ritterschaften und mannschaften unsrer furstenthumber S. und J. als beclagten anderstails stritige irrungen von wegen der mitleidung, besuechung der furstentag, besetzung des oberrechts und dann erlegung der tax des gemeinen lands privilegii, bey weilend loblicher gedechtnus kunig Wladislao anspracht, irrungen erhalten haben, erkennen und sprechen wir nach stattlicher beratschlagung mit unser cron Behem officim und räten darauf als regirender kunig zu Behem und obrister herzog in Schlesien zu recht: Sovil anfenglich die mitleidung betrifft, das die beclagten prelaten, hern und gemaine ritterschaft unsrer furstenthumber S. und J. in denen sachen, so dem gantzen land und baiden unsern furstenthubern Ober und Nider Schlesien, allen und yeden desselben inwonern zu nuetz, guetem und wolfart raicht, notdurftige mitleidung, beschwer und uncosten schuldig zu tragen sein sollen; dann belangend besuechung der furstentag und besetzung des ober rechts soln auch die beclagten prelaten, herrn und gemaine ritterschaft unsrer furstenthumber S. und J. in unser und unser nachkhomenden kunigen zu Behem aigen sachen und obligen die fursten-

oder landtag und das oberrecht gehorsamblich und one alle ausfnecht zu yederzeit besuchen und besitzen, auch darauf one alle verner an ire mitvorwanten hinter sich pringen in dem, so uns, unsern nachkhomenden kunigen zu Behem und unser cron Behem zum pesten, nutz und wolraft geraicht, iren pflichten nach neben den andern fursten und stenden in Schlesien handeln und schließen und sonsten bey iren privilegien und den ordinglichen gerichten, doch uns als kunigen zu Behem an unser preeminenz und regalien unvergriffen, allenthalben verpleiben. Beschließlichen wollen wir die differentz von wegen erlegung der stritigen tax von weiland loblicher gedechtnus kunig Wladislao herruerend aus beweglichen und bedenklichen ursachen zu diesemmal genedigist eingestellt haben. Geben Prag, den dritten tag Octobris, anno im 62<sup>ten</sup>.

Fü 235, S. 814 f.

## 49.

1562. Breslau.

**Beschwerde des Kreuzstifts Breslau über die Landstände wegen zu häufiger Belastung mit Steuern zu ständischen Prozeßzwecken.**

... Ferner, allergenedigster kaiser und herr, so ist auch vormals euer r. k. m. mit hochster beschwer vorbracht worden, wie die landschaft des Schweidnitzischen und Jhaurischen furstenthomber vil und manichfeldige privat schatzungen, auflagen, aufsetze und contributiones under einander selber beschweren und dieselben vormeinten schatzungen und aufsetze auch von uns und unßern underthanen haben wollen und fordern. Welche aufsetze denn zum merern teil unseres erachtens dahin gewendet werden, daß sie die handel, so sie wider eur r. k. m. selber, das gemeine land Slesien, wider die stedte derselben furstenthomber und auch wider uns und unsere underthanen furnehmlich practiciern und haben, fordern ire advocaten, sindicos, procuratores, die sie aus frembden landen mit großen unkosten hollen und die irigen, so sie gegen hof abfertigen, wie sie dann auch ietzo unsers bedunckens zum merer teil diser handel halber mit großer antzal alhier seint, davon erhalten und mit zerung vorlegen.

Fü 234, S. 90 f. Die Antwort der Stände ist von 1562 September 14, S. 112 f.

## 50.

1563 März 24. Jauer.

**Festsetzung eines Ausschußtages nebst Liste der einberufenen Weichbildältesten, Einnnehmer und Ausschußpersonen.**

Macht auf die einnehmer und erkorne aller weichbilder, die vorordnete eldisten zu bestetigen.

Nachdem durch ... hern Conraden von Hobergk auf Furstenstein, r. k. m. radt, der furstenthomber Schweidnitz und Jhauer hauptman, auf vor guet ansehen der vom ampt zue erforderten personen aus allen weichbildern zu disem mal im namen gemeiner hern landstende ausschueßen ein entlicher tag ernant und angesatzet, nemlich daß auf dinstag vor Georgii schirß kunftig, das ist der zweintzigist Aprillis, die furgenommenen und erkiesten personen zu eldisten, auch die vorordneten einnehmer aller weichbilder negstbeschloßener des landes diser furstenthomber anlagen und beineben aus iedem weichbilde ein sunderliche zueerforderte person und landseße, wie die mit namen aufgezeichnet, obendes alhie zu Jhaur einkomen und folgendes tages frue umbs gantzen tzeigers zehnde stunde im closter beieinander erscheinen sollen, do sich dann wolgedachter herr hauptman auch zur stelle zu komen, die furlaufenden handlungen, als die eldesten ordinglich zu bestetigen, die abtzahlung gemeines landes schulden, sovil moglich, in richtigkeit zu bringen, mit hern doctor Wynsen rechenschaft seines endpfangs und austands halben zu halden und sonst andere des landes notwendige obligen und sachen zum pesten zu beratslagen und zu furdern helfen bewilligt. Und was also von obgemelten personen in allen angeregten artigkeln und sonst dem vaterlande zu guetem aldoselbst gehandelt und beschloßen werden wirt, des sollen sie hiemit allenthalben guet fug und macht haben. Geschen zum Jhaur mitwochs nach dem sontag Letare im 1563. jar.



Im Schweydnischen: Stentzel Zedlitz zu Wilckau, eldister, Cristof Kul zu Wenig Mertzdorf, einnehmer, Herdtwig Seidlitz von Schmelwitz zu Kratzke, erkorner.

Im Jhaurischen: Ernst Stranwald zu Mertzdorf, eldister, Job Rotkirch zur Praußnitz, einnehmer, Hans von Gersdorf zu Seichau, erkorner.

Im Stregnischen: Leonhart Schindel zu Sasterhausen, eldister, Hans Elbel zu Grunau, einnehmer, Hans Czirn, burggraf zur Stregau, erkorner.

Im Lewenbergischen: Conrad Spiller zu Matzdorf, eldister, Seyfried Metzrod zu Braune, einnehmer, Hans Reder zu Cuntzendorf, erkorner<sup>1)</sup>.

Im Buntzlischen: Hans Warnsdorf zu Gusmansdorf, eldister, Contz Raussendorff, einnehmer, Abraham Nostitz, erkorner.

Im Hirschbergischen: Wenzel von Zedlitz, eldister, Hans Schlegel<sup>2)</sup> zu Kamerswalde, einnehmer, Caspar Stange zu Stonsdorf, erkorner.

Im Bolckenhainischen und Landshuttischen: Joachim von Hohberg zum Ronstock, eldister, Heinrich Schindel zu Gierlesdorf, einnehmer, Hans Reibnitz zu Gierlesdorf, erkorner.

Im Reichenbachischen: Frantz von der Heide zu Seiversdorf, eldister, Hans Gelhorn zu Bertelsdorf, einnehmer, Sigmund Mulheim, Buschke genant, zu Elgot, erkorner.

Fü 235, S. 421 f.

51.

1563 April 21. Jauer.

#### Instruktion der Landesgekokorenen.

Vgl. Quellen Nr. 58, 1573 August 31, und die dort angegebenen Varianten; desgl. die Abschriften Kgl. St.-A., Rep. 39, S.-J. II 15 e; Rep. 135, Jau. Msc. II 772 f., 778 f., XV 99 f.

52.

1563 Juli 9. Jauer.

#### Die Besoldung der Gekokorenen.

Nachdem präläten, herren und gemeine ritterschaft beyder fürstenthümer S. und J. ihre des landes gekohrte aufs neu erkiset und dieselben mit nahmen in der ordnung, wes sie sich in ihrem ampte zu versehen, benannt sind, haben wir obangezogene präläten, herren und gemeine ritterschaft durch unsere vollmächtige den montag nach dem sonntag Quasimodogeniti zum Jauer diss laufenden jahres mit berührten gekohrnen auf ein jahr lang umb eines jeden besoldung diese einigung getroffen, dass einem jeden vor seine versäumniss, mühe und zehrung auf ein jahr hundert thaler groschen entrichtet und gegeben werden sollen, nehmlich halb auf ietznechst künftigen s. Galli tag und die andere helfte auf nachfolgenden und nechstkünftigen sonntag Quasimodogeniti. . . .

Actum in gemeiner versamlung zum Jauer, freytags nach Mariae heimsuchung anno 1563.

Kgl. St.-A., Rep. 39, S.-J. II 12 i, vol. I, Bl. 49 b.

53.

1565.

#### Huldigung für Kaiser Maximilian II. 1. Huldigungseid der Landstände. 2. Beschreibung der Huldigung der Städte. 3. Amtseid des Landeshauptmanns.

1. Landstende eidt. Wir die landstende globen und schweren für uns und unsere nachkommene dem allerdurchlauchtigsten grosmaechtigsten fürsten und hern hern Maximiliano dem andern, erwelten Roemischen kaiser, auch tzu Hungern und Behmen kuenig etc., als eynem gekroenten kuenige tzu Behmen und obristen hertzoge in Schlesien, unserem allgerneidigsten kaiser und erbherrn, derselben ihrer k. und k. m. leybes erben und nachkommenden kuenigen tzu Behmen und obristen hertzogen in Schlesien von disem heutigen

<sup>1)</sup> Ist nach S. 435 (Fü 235) Einnnehmer. <sup>2)</sup> Er heißt nach S. 435 Zeidlitz, Slegel gen.

tage an gehorsamb und getreu tzu seyn und ihrer k. und k. m., derselben erben, wie gemeldt, ehre und bestes noch unserem vermoegen altzeit treulich schaffen und ihren schaden und arges behuetten wollen, auch alles das thuen, was getreuen underthanen tzuheet, und gegen ihrer k. und k. m. und kuenigen tzu Behmen und obristen hertzogen in Schlesien unsere vorfahren gethan haben, als uns goth helfe.

2. Die Gesandten der Städte begleiten die Commissarien aufs Rathaus: „Wie die gesandten herab widder gegangen, sind die hern des rathis und scheppen tzur Schweydnitz unter dem rathause gestanden, ihrem burgermeister nachgefolget, dornach der stedte gesandten auch mithe fur den stadtkeller aufn platz gegangen, do sind die Schweydnitzer alle forne an yn einer rihge neben eyinander gestanden, hatt ihr burgermeister gewyngkt, uns angesehn, als solten der stedte gesandten hynder sie treten. Do sie es nit haben thuen wollen und ehr weiter gewyngkt, sind ihre scheppen und beyde stadtschreiber hynter sie und der anderen stedte gesandten bald neben den rath zur Schweydnitz forne an in dieselbte rihge getreten. Ist der k. credenz brieff uf verschaffen der hern commissarien, so obene aufm rathause gestanden, verlesen durch den amtschreyber, und dornach hat man jederman heissen nachsprechen mit aufgerageten fingern einen sehr unfoermigen aufgezeichnet eyd, welcher sich angefangen, wie folgt: „Wir burgermeister und rathmanne der stadt Schweydnitz und volmechtige abegesandten der stedte Jawer, Stregau, Lewenberg, Buntzla, Hirschperg, Reichenpach, Landshutt, Bolgkenhain, Schoena und Lehn —“, dise worthe alle eynwohner und burger tzur Schweydenitz mithe nachgesprochen . . .

3. Des hern heuptmans eydt. Ich Mathes Logau von Altendorff tzu Tschechen, der furstentumber S. und J. heuptman, schwere und globe erstlichen gothe dem almechtigen, dornach dem allerdurchlauchtigsten, grosmaechtigsten und unuberwyndtlichsten fursten und hern hern Maximiliano dem andern, Roemischen kaiser, auch tzu Hungern und Behmen kuenige, als einem kuenige tzu Behmen und hertzogen in Schlesien, tzur Schweydnitz und Jawer, in dem ambe der heuptmanschaft ernanter furstentumber S. und J., doreyn ihr r. k. m. mich gesatz, als meynem allergenaedigsten kuenige und erbhern, noch erheischung meynere eyde und pflicht getreu und gehorsamb tzu seyn, meinen amtsverwandten prelaten, hern, gemeyner ritterschaft und denen von stedten, arm und reich, unangesehn eynicherley freundschaft oder feindschaft, allerley billigkeit tzu vorhelfen und widerfahren lassen und eynen jeden bei seynen rechten zu erhalten noch meynem vermoegen, als mir goth helfe.

Kgl. St.-A., Rep. 135, D 366 q, S. 221, 228 u. 229 f.

54.

1567 Februar 22. Breslau.

#### Bericht der schlesischen Kammer zu Breslau an den K. Hof über die Bestallung der Steuereinnehmer in den schlesischen Erbfürstenthümern.

Die verordnung und bestellung der steuereinnehmer in irer m. erbfurstenthumber betreffend.

Allergenedigster herr, auf e. r. k. m. bevelch in sachen die verordnung und bestellung der steur einnehmer in e. m. erbfurstenthumber betreffend, haben wir alsपाल्द an die haubtleut jedes derselben erbfurstenthumbs insonderhait geschriben, das sy mit bestellung oder verordnung der einnehmer stilhalten undt uns etliche personen, daraus die einnehmer verordent, veraydt und mit instruction versehen werden mochten, verzaichnus uberschicken solten. Was uns nun darauf von denen von Presslau, als die die haubtmanschaft des Presslischen furstenthumbs undt Neumärckhischen weichbildes in verwaltung haben, zu antwort erfolgt, das geruechen e. k. m. hiebey erwarten iren schreiben, so wir e. m. in original uberschicken, mit merern . . . zu vernemen. Die werden sich daruber zu entschliessen, und weil wir von e. k. m. bewilligung, darauf sy sich ziehen, khain wissenschaft haben, uns wes sich darinnen zu verhalten sey, mit gnaden zu beschaiden wissen; dann zu besorgen, do es inen also nachgesehen und verstatt, das sy die stendt in den furstenthumben auch darwider setzen und e. m. die verordnung oder abstellung der einnehmer nicht zulassen, sonder dieselben, wie die vorigen jar, selbst verordnen werden wellen, und thun e. k. m. wirs zu gnaden underthenigst bevelchen. Geben den 22. Februarii anno 67.



Post scripta. Allergenedigster herr, ist uns gleich in abfertigung dises poten von dem hauptmann der furstenthumb Schweidnitz der steureinnehmer halben auch vast gleichmessige antwort, wie von denen von Presslau erfolgt, die e. k. m. wir hiemit auch geh. ubersenden; tragen bey sorg, es werde bey den andern erbfurstenthumben auch nicht anders zue gehen. Actum ut supra.

Kgl. St.-A., Rep. 13, AA III 23 e, Bl. 26 b.

55.

1569 Juli 22. o. O.

**Beschwerde der Städte über die ausschließliche Besetzung des Zwölferrechts durch den Adel und Bitte um Verleihung des Rechts, vom Zwölferrecht an den König zu appellieren.**

... Demnach aber der landstende bericht und abwendung unserer, ob got wil, bestendigen und gleichmessigen pittens dahin gerichtet, samb ietzige ire session und haltung des gemelten zwölfer rechtens den steden darumben zuwider nit sein solte, dieweil sie von konigk Georgen . . . ein privilegion mit und neben inen ausgebracht haben solden, in welchen gegenwertige ordnung des zwölfer rechtens zu finden sein solde, noch wes anders jemals gehoret oder gemuttet worden sei, dorumben sie sich solchen der stedte billichen undt gleichen mutens als eines unerhorten furhabens hochst verwunderten: Dorauf euer r. k. m. wir underthenigist nit pergen sollen, das wir uns immer so hoch, als sie hoffen, auch billicher ider gleichen ires furwendens wundern, dann nit alleine an ime selbst ir begeren und furhaben unbillichen, das sie ob solehem unpartheischen und von inen selbst erfundenen besitz des zwölfer rechtens halten durfen, sondern auch gar nit mit dem wenigsten aus angezogenen konig Georgens privilegion zu erzwingen, das das zwölfer recht von inen denen von der ritterschaft alleine besetzt und also zum oeffen mit denen von steden gleich part und richter sein solden. So ist es mit vielen schriften, welche bey eingang euer r. k. m. loblichen regierung zwischen landt und steden furbracht, zu beglaubigen, das sich dessen rechtens die stedte zum heftigsten beschweret, nit vor ein recht, sondern unrecht und gewalt angezogen, davon appelliert, welchen appellationen von euer r. k. m. vorgehen undt konigen zu Beheimb als justis iudicibus [nachgegeben] und folgende ir vormeinte urtel spriche retractiret und genichtiget worden. Hinwiederumb aber ist dis war und mit angezogenen khonig Wenceslai loblicher gedechtnuß privilegio darzuthun, das sechs vom lande und sechse von steden solch zwölfer recht halten sollen, ja das es also vor alders und nit anders besetzt undt gehalten worden, mit erwenten privilegio deutlich auszufuhren und zu beweisen ist. Dieweil dann ietziger vormeinter besitz ihres habenden zwölferrechtens von inen selbst mutt, also de facto untadelichen herfuehrt, noch mit weltlichen, vielweniger e. r. k. m. oder derselben vorgehenden konigen zu Bohem privilegio darzuthun, das also solle und musse von einem theile und stande des landes gehalten werden, eur r. k. m. hochstes recht der fursten und stende in Schlesien von allen stenden, nichts minder von denen von steden als von andern vorgehenden stenden loblichen gehalten wirdt, darzu eur r. k. m. und derselben nachkommenden konigen zu Bohemb viel und hochst daran gelegen, das den steden, derselben eigenthumb, nicht etwa abbruch und unbillige schwachung von solchen partheischen besitz des rechten bewiesen werde, vor alters auch, ohne das es ie billich und noch heute zum gepur beschege, inhalt konig Wentzels privilegion von denen von steden, sowol als denen vom lande besetzt und gehalten geworden, und eingewandts konig Jorgen privilegio, das die von der ritterschaft alleine deß zwölfer recht besitzen und der von steden in iren sachen sondern alle appellation parth und richter sein sollen, gar nit vormagk, sondern vielmehr, das es von inen tadelichen erfunden und ohne alle bestetigung einigs konigs zu Bohmen gehalten werde, zaiget. Undt demnach auf heute bey euer k. m. mechtigen handen, dis zwölferrecht, wie gebrauchlichen und unpartheyischen, nach euer k. m. allergenedigsten gefallen zu bestellen stehet: So ist an euer r. k. m. unser . . . bitten, geruehen in erwegung ob angezogener bestendigen ursachen und der landstende bloßen furgebens, insonderheit aber der pilligkait undt das es fridlichen und wol im lande zugehet, wo von steden zugleich ein unpartheyisch recht bestellet und gehalten wirdt, diese . . . verordnung zu thun, domit, wi vor alders, mit so vielen personen von steden, als vom lande oder anderer und dergleichen pillichen maaß

nach eur. r. k. m. . . . willen undt gefallen solch zwelfer recht besetzt, bestellet und die furfallenden handlungen und sachen gleich von einem und dem andern stande beratschlaget und rechtlichen vorsprochen mochten werden.

Im fall aber in euer r. k. m. wieder die alte aussatzung und erste ankunft dieses zwölferrechts und des euer k. m. und derselben geliebtesten erben an ihrem eigenthumb und stedten etwa allerhandt nachtheil und schaden hieraus erfolgen möchten, die stedte ietziger zeit bei solchem der landstenden zwelfer rechten, wie vor alters zu sitzen, des sie sich doch gar nit vorsehen, einstellen mochten, so pitten eur. r. k. m. wir, alldieweil solch zwelfer recht bey eingang euer k. m. loblichen regierung die stedte nit vor ein recht, sondern eigenmechtige gewaldt angetzogen, schriftlichen und mündtlichen sich dessen beclaget, bei denselben keine session haben noch von der ritterschaft alleine zu halten jemals bestettiget und roboriret, viel minder also zu bestellen von stedten, wie vormeinter weis furgegeben wirdt, gepeten worden, sondern vielmehr irer gelegenheit und notturft nach appelliret, denen appellationen denn auch von eur. k. m. vorfarn und konigen zu Beheim deferiret, ire vormeinte urtel retractiret und genichtiget haben, euer r. k. m. geruehen in bewegung obengezelter ursachen und aller vornunfftigen pilligkeit, den stedten sowol derselben burgerschaften die geordnete, lobliche und christliche appellation und berufung an eur. r. k. m. oder derselben rätthe von solchem der von der ritterschaft vormeinten irem eignen zwölferrechten allergnedigist bevor zu halten und zuzulaßen. Wie dan zu euer r. k. m. wir uns gehorsambst vorsehen und getrosten, weil solches von euer k. m. loblichen vorfaren den stedten zugelaßen, euer k. m. inen dis auch nit vorschrecken, noch sie irem kegeentel zu unbillichen gewalt und parteischen gericht ubergeben werden, von welchem dan sunder e. k. m. genugsamen und notturftigen resolution und erkenntnuß die stedte gar nicht weichen mögen. Solches umb euer r. k. m. und derselben geliebsten erben wir iederzeit mit darsetzung guts und bluts underthenigist zu vordinen geüßen sein. Datum den 22. Julii im 1569. jahre, euer r. k. m. gehorsambste treu underthenigiste die stedte beider furstenthumer S. und J. burgermeister und rathmanne.

Fñ 234, S. 851 f.

56.

1570 Januar 12. o. O.

**Erneute Supplikation der Städte um Zulassung zum Beisitz in dem zurzeit parteiisch und verdächtig richtenden Zwölferrecht oder um Genehmigung der Appellation an den König.**

Supplicatio der stedte im zwelfer rechten zu sitzen, oder sich der appellation zu gebrauchen.

Allerdurchleuchtigster . . . kaiser . . . Bey euer r. k. m. geliebsten herrn und vatern, der verstorbenen . . . r. k. m. haben wir vor itzlichen ungeverlich neun oder zehn jaren uns zum hochsten beclaget, das des obristen und furnembsten gericht, welches euer r. k. m. als konig zu Behaimb undt hertzog dieser furstenthumer selbst zu bestellen und zu richten haben, so man das zwelfer recht zu nennen pfeget, session ietzundt nit wie vor aldern und nach ausweisung konigk Wenceslai hochmilder gedechtnus privilegion richtig undt unparteyisch als mit sechs personen vom lande undt sechs personen aus den stedten besetzt undt gehalten wirdt, sondern nur mit zwelf personen aus den landstenden, welche in vielen sachen der stedte part undt richter sein, welchs den nit unbillig den andern stenden dieser furstenthümer und sonderlich denen von stedten vordechit undt zum hochsten beschwerlich undt nachtheilig ist. Darumb die stedte allemahl bey euer r. k. m. vorfahrenden konigen zu Behem in derselben eingedenden regierung, sowol als bey e. r. k. m. hochstermeltem liebstem herrn und vatern und ietzundt auch bey euer r. k. m. zum embigsten gebeten undt bis auf heute bitten, sie irer alten pillichen session in gemeltem gerichte zu restituiren. Dargegen die landschaft nechst berichtet, das ire ietzig session den stedten nit zuwieder sein solte, dorumben, das sie die stedte neben und mit inen zugleich ein privilegion uber die gerichte in diesen furstenthüern von konig Georgio loblicher und gutter gedechtnus ausbracht undt wie sie sich zum hochsten dieses unerhorten furhabens vorwunderten. Diieweil aber von der . . . in got seliglich ruhenden k. m. den 4. May im vergangenen 63. jare aus Insprugk den stedten . . . zugeschrieben, do sie mit begründten und be-



stendigen ursachen hierinnen der stende schreiben zu wiederlegen hetten, so solten sie dasselbe irer k. m. zu weiterer irer gnedigen resolution grundlichen berichten, deme wir . . . gehorsambet undt solchen unsern wolgegrundeten rechtmessigen warhaftigen gegenbericht den 22. julii desselben 63. jares irer r. k. m. zu-gefertigt haben . . . und sind bis auf heute eur. r. k. m. allergenedigst erweiten resolution darauf mit großen begirlichen underthenigisten verlangen gewertigk. Undt ist auch nicht unbillich mehr, als den landt-stenden vorwunderlichen, das sie die stedte zu ihrer alten gehabten, aber de facto benohmmenen session nit wieder komen lassen wolten, dorumb das die stedte mit undt neben inen das privilegium uber die gerichtsortordnung von konigk Georgio erbetten:

Haben die von stedten das privilegium und ordnung ausbringen helfen, wie es den auch also geschehen ist, welches privilegium mit gar keinem worte meldet, von welchen personen die hofgerichte in stedten, das mann- und zwelferrecht zur Schweidnitz besetzt soll werden. Undt konigs Wenceslai privilegium besaget, mit folgenden worten, das neben den sechs personen vom lande die stedte der obgenanten hertzogthumb und lande von iren wegen auch sechs darzu kisen undt geben, die alle mit einander dem ehgenanten Jancken, (ist die zeit hauptman gewest), darzu beholfen undt geraten sein sollen, das alle und itzliche unsere vorschriebene unsere recht undt auch derselben unserer lande recht gentzlichen bestaldt, volfurth und gehalten werden in aller der maßen, als die von alders herkommen undt gehalten worden sein. Undt folget in diesem privilegio baldt hernach: Wehre es sache, das sich jemandts darwieder setzte oder das recht hindern wolde, so geben wir dem ehgenanten Jancken undt auch vorgeannten zwelfen volle macht, daß sie von unsern wegen darzu thun, das das nit geschehe von imanden in keiner weise, sonder das das recht vorgang habe, als pillich ist, so ist leichtlich doraus zu schlüssen, das die von stedten als die ire session von alders in disen zwelfer recht gehabt, nit wieder sich, sondern vor sich neben den landstenden das privilegium von konigk Georgio ausbitten haben helfen, welches sie, als die ire session, stelle und stimme neben den landtstenden im rechten gehabt, gemeinen vaterlandt, beiden stenden von landt und stedten zum besten gethon, und ist warlichen der landstende behelfliche schutz und schlußBrede wunderlichen zu horen, kan auch gar nit stadt haben: die von stedten haben konig Georgi ordnung und bestettigung der gerichte in diesen furstenthumben neben der landschaft helfen ausbieten, darumben sollen sie ihrer alten session im rechten endperen undt vorlustig sein.

Das aber die stedte solcher irer alten session de facto von der landschaft entsatz sind, hat inen nit geziemen wollen, mit aigner macht und gewaldt de facto sich wiederumben selber einzusetzen, sondern dem landesfursten und erphern solches zu klagen, welches auch nun eine lange zeit anhero geklaget und die restitution gebeten ist. Es ist ja landkundig und unlaugbar, wie zu erhaltung der justitz und [ordnung?] das unpartheyische recht undt gericht bestaldt wirdt, die stedte im fursten undt oberrechten in Slesien auch ire stelle und stimme, als vor alters, bis auf diese zeit unworwidert halten undt haben.

In den konigklichen hofgerichten, welche in den gewichbildeten stedten gehalten undt besetzt werden, sitzen auch burger gemeinlich als landscheppen, in itzlicher stadt vom rathe hierzu verordnet. Zur Schweidnitz, do das koen. manrecht gehalten wirdt, haben burger in der stadt wonhaftigk neben den mannen vom lande auch ire stelle und session. Item in dem gemeinen willkürlichen rechten, so alle quartalia von dem herrn hauptmanne, landt und stedten besetzt undt gehalten wirdt, haben der stedte abgesanten auch ire session und stelle. . . .

Damit nun solch parteiisches, ja offentliches verdecktigtes gerichte, dorinne die ritterschaft, die solches recht alleine besitzen und deren von stedten parth und richter ohn einiche appellation sein wollen, den stedten, iren burgern und vielen armen leuten zu vordruckung und nachtheil ferner also nit vorstadtet, sondern widerumben in die alten ersten gerechten breuche und wesen gerichtet, unpartheisch undt unworrechtig dem reichen als dem armen undt dem armen als dem reichen, von beeden stenden, landt undt stedten besetzt undt hinfurt richtig, wie vor alters, gehalten mocht werden, so pitten eur. r. k. m., unserm allergnedigsten herrn undt einichen beschutzer des rechtens . . ., dieselben geruhen aus konigklicher milden

gnaden diesen mißbrauch des wol von alters bestelten zwelfer rechtens der gemelten partheischen itzigen session allergnedigst, wie solches zuvor und itzunder von uns schriftlichen und ausführlichen vorbracht, mit altem habenden konigks Wenceslai privilegion und andern bestendigen ursachen angezeigt wol zu erwegen undt vielberurten partheischen misbrauch aus eur. k. m. höchsten rechten in disen furstenthumben abschaffen, den stedten ire geburliche alte session, damit aller argwon und vordacht bei disen gerichten abgethan, wieder restitu[iren] und [einge]ben. Da aber diese unsere pilliche und rechtmeßige pithe auf ietzunder, als wir uns gar nit vorsehen, ja nicht stad haben und erhalten mocht werden, so pitten e. r. k. m., dieselbe geruehen iren underthenigisten stedten und derselben burgerschaft die christliche und auch recht heilsame erfundene wolgeordnete berufung und lobliche appellation an eur. r. k. m. oder derselben hochgelerten ansehenliche rechts vorstendige undt hochgeachte hierzu vorordnete rathe von der ritterschaft vormeintem eigenen zwelfer rechten, do wir oder die burgere mit unrechtmeßigen urteln von inen beschweret worden, allergnedigst zu vorstatten und zuzulaßen, damit wir sambt denjenigen, so den stedten zugehan und vorwandt, bei solchem partheischen und vordechtigem gerichte des unrechten und zunottigen gewalts auf einen oder den andern wegk uns wie zu beschützen undt zu erwehren haben. Doran thun e. r. k. m. ein hohes kayserliches christliches werck, welches wir mit den gantzen gemeinnden eur. r. k. m. . . . dieser stedte einwonern zu gehorsambster underthenigister demut unvorsparet leibes, guts undts bluts treulichen zu vordienen uns schuldig erkennen. Datum den 12. Januarii anno im 70sten, euer r. k. m. . . . der stedte beider furstenthumer S. undt J. burgermeister und radtmanne.

Fü 234, S. 840 f.

57.

1573 Juni 17. Jauer.

#### Liste der Landesältesten und Feststellung ihrer Besoldung.

Heut dato mitwochs nach Viti im 1573. jare haben die herrn landstend der furstenthumber S. und J. nachfolgende personen, ire lieben freunde und mitlandessen, aus allen weichbilden zu eldisten erkorn undt vormalt, als die edlen, gestrengen undt erenvesten: aus dem Schweidniczischen Ditrichen von Mulhaim und Plesswicz aufm burgklehen zur Schweidnicz und Danieln von Schindel zu Arnsdorf und Schonfeldt, aus dem Jaurischen Ernst von Kregkwicz zu Dittersdorf, aus dem Stregnischen Cristofen von Landskron zu Opsendorf, aus dem Lembergischen Brandanus von Zedlicz zu Hartmansdorf, aus dem Bunczlichen Hans von Warnsdorf zu Gusmansdorf oder je Casparn von Biberan zur Kosel, aus dem Hirschbergischen Sigmunden von Zedlicz auf Neukirch, aus dem Bolckenhanischen undt Landshuttischen Christofen von Zedlicz auf Nimersath und aus dem Reichenbachischen Wenczeln von Gelhorn zu Bertelsdorf, welche gemeines vaterlands und also ire mitangelegne landsachen in acht nemen werden und sollen, wie sich dann die herrn landstende einer instruction, was derselben vorrichtung sein wird, entschlossen, aufrichten und inen zustellen werden, welche sie die eldisten zupforderst selber beratschlagen helfen sollen. Undt ob wol die gekornen eldisten dieses werck nit umb geldes oder besoldung willen auf sich genomen, so ist doch von den herrn landstenden einem jeden zu einer pension und etwas ergeczlichkeit seiner vorseumbus jarlich funfzig thaler zue geben bewilliget. Daneben, wan und so oft sie ausser gemeiner lands zusammenkunften, do sie ane dihs so woll, als alle landessen sein sollen, in landssachen im landt Slesien raisen oder zusammenkomen werden, soll einem jeden tag und nacht auf drei ross, auf jedes ein halber thaler in die zehrung gegeben werden. Weil auch die gekornen eldisten die kayserlichen steurn, ein ider in seinem weichbildt, einnemen sollen, sol doch keiner lenger als zweene tag im weichbildt der einnamb auf sein unkost abzuwarten schuldig sein. Ob er aber je auf des kayserlichen amts vorordnung lenger daselbst abwarten wurde, soll im obbenumpte pension, als anderthalb thaler auf tag und nacht, alsdann auch folgen. Undt sollen die gekornen eldisten des lands raitungen, wie baldt vom kayserlichen ampt hierzue tagfart wirt angesaczt werden, aufzunemen auch schuldig sein, treulich one gefehrde. Gescheen und geben von Jauer im kloster im jar und tag, wie oben.

Kgl. St.-A. Rep. 39 F. Schw.-J. II 1 c, Bl. 7 b.



58.

1573 August 31. Jauer.

Instruktion der Landesgekokorenen<sup>1)</sup>.

Aufs gemein gebot zum Jhauer, montags nach decollationis Johannis anno 73, ist die instruction und ordnung der gekornen eldisten beratschlagt, aufgericht und besigelt worden nachfolgends lauts:

Zu<sup>2)</sup> der ehre der allerheiligsten gotlichen dreyfaltigkeit, der r. k., auch zu Hungarn und Behaimb koniglichen majestät, unserm allergnedigisten herrn, gemeinem vaterlande diser beider furstenthumber S. und J. in beforstehenden und furfallenden hoch obligenden sachen undt beschwernussen zum besten, gedei und wolffart haben die von prelaten, herrn undt gemeine ritterschaft emanter furstenthumber mit vorwissen undt beisein des verordneten kaiserlichen hauptmans des edlen gestrengen herrn Matthesen von Logau<sup>3)</sup> auf Aldendorff undt burgklehen zum Jauer, r. k. m. radts, nachfolgende alte<sup>4)</sup> lobliche ordnung von unten dato auf ein jar lang einstimmig furgenomen, vorneuert und aufgericht, folgender meinung:

[Gewählte Älteste:]<sup>5)</sup> [Nachdem die zeit hero aus gueter erfahrung zu beyfunden und schlissen gewesen, dass es ir k. m. . . . selbst, sowohl dem vaterlande zum besten undt notturft merer ordnung und richtigkeit aller sachen, beineben auch zu vorschonung vieler unkosten undt vorsaumnus durch die gemeinen gepot sein wurde, do im lande diser furstenthumber S. und J. aus jedem weichbildern eltisten erkohlen wurden, als seint demnach vom gantzen lande in gemeiner vorsamlung zum Jauer, also mit aller weichbilder gueten willen undt vorwilligung, hiertzu einhellig erkoren, furgenomen undt vormocht die edlen, gestrengen, erenvesten, wolbenampten: aus dem Schweidnitzischen weichpile<sup>6)</sup> Ditrichen von Mülhaim und Plesswitz auf burgklehen zur Schweidnitz undt Daniln von Schindel zu Arnsdorf undt Schönfeldt, im Jaurischen Ernst von Kräckwitz zu Dittersdorf, aus dem Strignischen Cristof von Landskronen zu Obsendorf, aus dem Lewenbergischen Brandanum von Zedlitz auf Hartmansdorf, aus dem Buntzlischen Hansen von Warnsdorf zu Güsmansdorf, aus dem Hirschbergischen Sigmunden von Zedlitz auf Neukirch, aus dem Polckenhainschen

<sup>1)</sup> Diese Instruktion ist, obwohl sie nicht die älteste erhaltene ist, für den Abdruck gewählt worden, weil von ihr allein der Originaltext in den Landtagsakten zu finden war. Die wichtigen Varianten der älteren Instruktionen, vor allem die von 1563, sind in den Anmerkungen beigefügt. Die in eckigen Klammern stehenden Bestimmungen fehlen 1563 [vgl. Quellen Nr. 51]. <sup>2)</sup> Im Text: in. <sup>3)</sup> 1563: Conrad von Hohberg auf Fürstenstein. <sup>4)</sup> Fehlt in der undatierten Ordnung vor 1563, Quellen Nr. 47, Rep. 135, Worbs Msc. 11, Bl. 497 f, ebenso in der Ordnung von 1563 April 21. <sup>5)</sup> Statt dessen heißt es 1563: Nachdem und als eine lange zeit hero durch die mannigfaltige gemeine land gebothstage und zusammenkünfte wegen derselben reisen, langem verwarten auf den gebothstagen, dero sich oft aus einem zwey oder drey zugetragen, dennoch langsam zu beschluss kommen, vielen armen landsassen grosse beschwerung, zehrung und versäumnis ihrer wirthschaften erfolget, welche oft in einem jahre mehr, dann sie an ihren jährlichen zinsen einkommens haben, verzehren und aufwenden müssen, und wann sie in dero massen beschwerden länger bestehen solten, würden sie nicht allein die kayserlichen steuern und hülften nicht zu erlegen, sondern sich sambt weib und kind zur nothdurft auch nicht erhalten können. Derohalben vor hochnothwendig erachtet und vor rathsam befunden, dass nach alter löblicher gewohnheit und brauch aus allen weichbildern dieser fürstenthümer und jeglichem besondere hierzu taugliche mitlandsassen zu des landes gekohren\*), als die edlen, ehrenvesten, wohlbenahnten: aus dem Schweidnitzischen weichbilde Stentzel Zedlitz zu Wilkau, aus dem Jaurischen Ernst Kreckwitz zu Mertzdorf, aus dem Striegischen Leonhart Schindel zu Sasterhausen, aus dem Löwenbergischen Conrad Spiller zu Matzdorf, aus dem Buntzlischen Hanns Warnsdorf zu Giessmannsdorf, aus dem Hirschbergischen Wentzel Zedlitz zur Neukirche, aus dem Bolckenhaynschen und Landeshutischen Johann von Hohenberg zu Ronstock und aus dem Reichenbachischen Frantz von der Heyde zu Seyfersdorf. Diese alle sambt und sonderlich, ein jeder von dem weichbilde, darinnen er gesessen, besonders, darnach von allen weichbildern in gemein als dem gantzen lande zugleich mit und neben einander einhelliglich vorgenommen, erbeten und vermocht worden. Welche obgenante landsassen solche bürd, wiewohl mit großem beschwer, die bestimpte zeit als von dato ein jahr lang auf sich zu nehmen bewilligt und ihres höchsten vermögens, so viel gott gnädiglich verleihen wird, keine mühe noch fleiss an ihnen zu erwinden lassen zugesagt, inmassen ferner hiernach geschrieben folget: <sup>6)</sup> Vgl. dazu die fast gleichlautende Namenliste, Quellen Nr. 57.

\*) Die Ordnung vor 1563 sagt: zu eltesten.

undt Landtshuttischen Cristoffen von Zedlitz auf Nimmersath undt aus dem Reichenbachischen Wentzeln von Gelhorn zu Bertelsdorf, welche bemelte landessen solche burde, wiewol mit beschwer, die weil auf ein jar lang von dato auf sich zu nemen bewilliget undt ires hochsten vormogens, so vil gott genedig vorleihen wirt, keine muhe noch vleis an inen zu erwenden lassen zugesagt, inmassen nu ferner hienach geschrieben folget:]

**[Berufung der Gekorenen:]** Erstlich, zu welcher zeit und so oft fürderhin der r. k. m. oder derselben gelipsten erben, . . . oder sonsten andere hohe undt nöttige schreiben undt sachen ire k. m. undt ire gelibste erben, aber dise furstenthumber belangende bei dem k. ampt als dem herrn hauptman zu undt einkommen, ader sonst wichtige notsachen, doran gemeinem lande gelegen und zu wissen von nötten, furfallen wurden, undt der herr hauptman dieselbigen des landes gekorne an gewonliche ort undt stellen beschreiben und zu sich erfodern wurde, sollen sie one einicherley vorhinderung und entschuldunge ausserhalb beweislicher ehehafter not, so dem herrn hauptmann unsaumlich zugeschrieben werden soll, zu kommen schuldig sein.

**[Stellvertretung:]** Do aber je zu zeiten der gekornen einer in seinem aigen obliegen, doran ime sovil gelegen, dass es nit umgangen werden mochte, vorraisen muste, das sol jede zeit dem hern hauptman schriftlich zu erkennen gegeben werden, der wirt als dan<sup>1)</sup> [in demselben weichbilde einen andern eltern landtessen, welcher der sachen bericht haben möge, an des gekornen statt] erfodern. Derselbe soll auch unwaigerlichen erscheinen und neben des landes gekornen die sachen treulich beratschlagen helfen. Was auch ein jeder erforderter landtsess<sup>2)</sup> disfalles auf zerung wenden wirt, soll ime [einem gekornen gleich] von gemeinem lande danklichen erstattet undt bezahlet werden. Do es sich aber zuetrüge, dass der landtsass<sup>2)</sup> auch echte entschuldung fur dem herrn hauptman furwenden wurde, so sollen des landes gekorne, so zur stelle neben dem herrn hauptman, nichts weniger dem alten brauch nach zu ratschlagen und zu schliessen macht haben.

**[Fürstentagsgesandte:]** Wan auch auf furstentage oder furstenrechte abtzufertigen, so muege der herr hauptman mit den gekornen hiertzu landessen auch furnehmen und wegen gemeiner landstende abfertigen.

**[Gemeine Gebote:]** Im fall aber die sachen undt hendel je so wichtig undt schwär furfielen, dass der herr hauptman und des landes gekorne hinter dem gemeinen lande nicht schliessen oder den sachen nicht fuglichen abhelfen mochten und fur nottig befunden, dass ein gemein gepott solte ausgeschriben werden, dorinnen wirt sich altzeit der herr hauptman ampts halben wol zu ertzaigen und zu vorhalten wissen, do sich als dann sonder zweifel die landstende in gemein undt jeder besonder mit gehorsamlicher erscheinung aller gebuer werden befinden lassen.

**[Vorbereitung der Landtagsberatungen:]** Undt wan nun deromassen oder auch sonst ane das durch den herrn hauptman eine gemeine zusammenkunft ausgeschriben, sollen des landes gekorne albeg den tag, doran das gemein einkomen sein soll, in der stadt oder des orts, da das gebot gehalten werden solle, als zwischen Ostern und Michaelis umbs gantzen zeigers zwelfte stunde neben dem hern hauptman doselbst beisammen erscheinen und die furgefallenen schreiben oder sachen in ratschlag undt erwegung fur sich nemen. Was im rat befunden, darauf gemeines landt ferner schliessen möchte, das sollen des landes gekorne, wann das gemeine landt zur stelle kombt, den stenden auf ir aller wolmaynung undt vorbesserung furtragen und antzaigen, damit alsdan furnemlich der hohen obrigkeit, sowol des vatterlandes obliegen und sachen durch gemeinen ratschlag sovil desto schleiniger abgeholfen undt geschlossen, der gemeine adel ohne sunder lengern auftzug sich wiederumb zu haus begeben und vorraisen mochte, hiedurch die ubermessigen beschwarlichen unkosten undt vorsaubnus, wie zuvor durch lang vorwarten bescheen, vorhuttet und vormieden wurde. Do sich aber winterszeit, wan die tage kurtz, als zwischen Michaelis und Ostern, gemeine gepot

<sup>1)</sup> 1563 fährt fort: desselben weichbildes verordneten einnehmer an der gekornen statt etc. <sup>2)</sup> 1563: einnehmer.



zuertrogen, sollen des landes gekorne albeg ein tag vor der gemeinen einkunft desselbigen ortes, dahin das gebot vorlegt, abends einkomen, folgenden morgens frue ums gantzen zaigers 14. stunde neben dem hern hauptman bei einander erscheinen. Aber do sich auch die sache so groß undt hochwichtig ansehen und vormerken liesse und von dem herrn hauptman des landes gekornen solches zugeschrieben, daß sie auf einen oder mer tage vor dem gemeinen gebotstage zur stellen komen soldten, des so sollen sie sich albeg gehorsamlich vorhalten und dieselbigen furgefallenen sachen ires möglichen vleysses treulich beratschlagen undt darnach, wie hiefor gemelt, den gemeinen landtstenden zu irer ankunft denselben iren ratschlagk und wolmeinlich bedencken auf vorbesserung allenthalben furbringen.

[**Ausbleiben der Landsassen:**] Do aber auch die gemeinen landtstende, wie zuvor oft und gemeinlich beschehen, zu rechter zeit und stunde dem ausschreiben nach, zur stelle nit kommen wurden, so wirt der herr hauptman mit den gehorsamen den ratschlag fur die handt nehmen und, so vil möglich, schliessen und die ungehorsamen, dasselb inen gefallen zu lassen und zu halten, schuldig sein. Und soll demnach nichts weniger, wie vor alters breuchlich, umb den ungehorsamb mit unnachlessiger pfandung vordahren werden.

[**Annahme von Beschwerden:**] Nachdem sich auch oftmahlen bei einem oder mer landtsessen sachen undt beschwerigkeiten, so nit allein sie, sonder dieser furstenthumber freiheiten und rechte [in gemein] mit anlangende, furfallen und zutragen mochten, mogen dieselben beschwerden albeg an des landes gekornen, wan sie ohn das bey sammen, gelanget und von inen gemeinem lande und den beschwerten landtsessen zum pesten treulich beratschlaget und, so vil möglich, zur pilligkeit gefurdert werden. Do aber auch ir kain landesse in seinen sunderlichen eigen ab und anliegen bei des landes gekornen, wann sie im ratschlage bey einander, umb rat zuflucht haben wolte, der oder dieselben sollen sich alletzeit gedulden, bis die ratschlege in der hohen obrigkeit undt gemeines landes sachen zuvor beschlossen, als dann sollen sie auch gehöret und, sovil möglich, mit gebuerlicher furderung beschaiden werden.

[**Gerichtsbeisitz:**!)] [Demnach sich auch beim loblichen gerichte des kayserlichen ampts, landt und stedte gleichwol oftmals wol leiden köndte, dass es durch die landstende etwas stercker besetzt wurde, solle

<sup>1)</sup> Statt dessen heißt es 1563: Weil auch viel jahre her die alte löbliche gewohnheit auf die sonnabend in quartalien mit sitzung des ampts, land und städte über vorbeschiedene sachen etlicher massen in unordnung und abnehmen kommen, daß auch außerhalb sonderlicher zu-erforderung des ampts wenig landsassen zur stelle erscheinen, noch sitzen oder sonst den sachen nicht fleißig abwarten, so sollen sich des landes gekorne neben dem herrn hauptmanne, auch denen, so vom amt zu-erfordert und andern landsassen des landes, mitzusitzen und ratschlagen helfen, auch nicht verwiedern und zu rechter gebührlicher zeit zur stelle verfügen, dadurch also künftiger zeit den vorbeschiedenen sachen und handlungen altem brauch und gewohnheit nach mit so viel stillern ratschlägen und desto schleuniger dem armen, als dem reichen, in der billigkeit abgeholfen werden möge.

Demnach in etlichen vielen jahren keine gemeine landes raytung zwischen den weichbildern, da eines vor das andre zu bothschaften oder in andern darlagen geld ausgezehlet und verlegt, gehalten worden, daraus nit kleine unordnung, irrung und nachtheil entstanden und noch heute strittig stehn, so sollen des landes gekorne bey dem herrn hauptmanne anhalten, damit zu ehister gelegenheit dermassen gemeinen landes nothdurfts raytung auf gelegene stelle angestellt, vorgenommen und denselbigen irrigen gebrechen, wil gott, einmahl zu endlicher guter richtigkeit abgeholfen werden möge.

So oft auch forthin zu vorkommenden gemeinen landes nothdurften anlagen beschehen solten, ist vor rathsam befunden, dass ein jedes weichbild ihres mittels einen mitlandassen zu einem eigenen einnehmer verordnen sollen, der auch seiner einnahme und ausgabe auf erfordderung des weichbildes jährliche treue rechnung unweigerlich zu thun schuldig seyn und dargegen mit des weichbildes gebührlicher quietanz versehen werden sol. Und zu welcher zeit zu des gemeinen landes nothdurft, es sey zu bothschaften zu der hohen obrigkeit, auf gemeine land- und firstentage, oder in was anligen es geschehen möchte, geld zusammen getragen werden solle, und solches durch den herrn hauptmann und des landes gekorne den einnehmern erkundiget, sollen die einnehmer eines jeden weichbildes geldes-anzahl, so viel sich gebühren wird, ohne allen behelf und unsämlich beym kays. ampte einstellen und überantworten, dargegen quittung fordern und zu sich nehmen. Die einnehmer sollen auch in ihrer einnahme niemanden, weder reich, noch arm, verschonen und die anlagen inhalt voriger einnehmer register fordern und

es kunftig zu mehrer ordnung also gehalten werden, dass nemlich die zwölfer, sowol gekornen elstisten<sup>1)</sup> aus allen weichpildern des Schweidnitzischen furstenthumbs neben dem k. ampt und den andern landtessen alle sonabendt im quartal sitzen und sich auch zu rechter geburlicher zeit zur stelle vorfuegen werden, dadurch also kunftiger zeit den furbeschaidenen sachen und handlungen, altem brauch undt gewonhait nach, mit so viell stadtliehm ratschlagen und desto schleuniger dem armen als dem reichen der pilligkeit abgeholfen werden möge. Es solle auch jedem derselben zwölfer und gekornen des Schweidnitzischen furstenthumbs desselbigen sonabends wegen der zehrung anderthalber thaler zu sechs und dreissig weissgroschen von gemeinem lande erfolgen. Weil aber die zwölfer und erkornen aus den andern weichpildern des Jaurischen furstenthumbs etwas weit entsessen, so wolmainen die landtstende ir solchen gerichts halben, dieweil bis zu anderer zeit undt gelegenhait, — solches auch gemeinem lande vorbehalten sein solle —, zu vorschonen.

**[Steuereinnahme:]** Weil auch vor rathsam angesehen, dass ein ides weichpildt zu einnamb der kays. steur, hulfen und sundern eigenen landes anlagen einen eigenen einnehmer habe<sup>2)</sup>, undt dabei bedacht, dass zu mehrer ordnung und richtigkeit die gekorne hiertzue auch zu gebrauchen sein möchten, inmassen sie dan auch deswegen besprochen worden, sie sich aber maist entschuldiget: welcher nu unter inen, den gekornen, hiertzu nicht zu vormugen, so solle die einnamb durch einen andern landtessen im selben waichpilde bestellet undt alberg fur besoldung und unkosten jedem funf und zwantzig tahler jerlich geraitet werden.

**[Rechnungslegung:]** Und solche einnehmer werden jerlich einmal, wo nicht zwier, noch erhaischung der sachen irem weichpilde ordentliche raitung thun. Weil auch alle solche steurn und anlogen itzo nyt mehr noch der weichpilder antzahl pferden, wie fur alders<sup>3)</sup>, sunder nach der schatzung eines jeden guetes geraitet werden undt also eines weichpildes einnamb die andern alle mit betrift undt ein sametliches werck ist, welches nit weniger auch dem ganzen lande in gemein zu vorraiten stehet, so ersuchen die landtstende den hern hauptmann, seine gnaden wolle mit den gekornen, wo nit alle halbe jar, do was zu vorraiten sein wurde, doch gewiss jarlich die general raitung aller weichpilder auch ordentlich aufnehmen, schlissen und quittiren helfen. Es mogen auch das k. [ampt] undt gekornen, do sie wollen, undt es fur ein notturft erachten werden, zu solchen raitungen neben den gekornen aus idem furstenthumb noch zweene landtessen erfordern

**[Einzahlung der erhobenen Summen:]** Und zu welcher zeit zu gemeines landes notturften, es se zu botschaften, zur hohen obrigkait, auf gemeine land- und furstenthage oder in was anliegen es geschehen mochte, gelt zusamen getragen werden solle und solches durch den herrn hauptman und des landes gekornen den einnehmern erkundiget [wurde, so] sollen die einnehmer eines jeden weichpildes anzal geldes, so viel sich gebueren wirt, one allen behelf undt unseumlich bei dem k. ampt einstellen und uberantworten, dagegen quitung fordern undt zu sich nehmen. Die einnehmer sollen auch in irer einnamb niemandes, weder reich, noch arm, vorschonen und die einnamb inhalt inen zugestelter besigelter register furdern und einnehmen. Trug sich aber, da gott fur sey, bei jemanden durch brandes not oder ungewitter schaden zu und die beschadigten landtessen die anlag zu geben vorwiederten, dieselben [sollen] disfalles von den einnehmern an des landes gekorne, wan sie beysamen sein, gewiesen werden. Wann und so oft auch die steurgelde gein Bresslau gefertigt werden sollen und der her hauptman seine gnaden solchs einem gekornen, so am negsten oder gelegnesten gegen Bresslau werts gesessen, auflegen wurde, derselbe soll auch one wegerung solche gelder dahin zu fueren schuldig sein, dagegen im die particular zehrung, so vil im ordenlich aufgehen wurde, weil es ein rais ausser der furstenthumber, volliglich erlegt werden solle.

einnehmen. Trüge sich aber, da gott vor sey, bey jemanden durch brandes-noth oder ungewitter schaden zu, und die beschädigten landsassen die anlage zu geben verwiederten, die sollen disfalls von den einnehmern an des landes gekörnte, wann sie beysammen, gewiesen werden.

<sup>1)</sup> 1585 [Rep. 135, Jau. Msc. XV 141]: allweg halber teil. <sup>2)</sup> So hatte die Ordnung von 1563 bestimmt, vgl. S. 221, Anm. 1; s. auch S. 133. <sup>3)</sup> In der undatierten Ordnung vor 1563 heißt es: so sollen sie eines jeden weichbildes anzahl nach altem brauch auf die fünf und fünfzig pferd zurechnen.



[**Steuerexekution:**] Damit sie, die einnehmer, auch die einnamb so viell ordenlicher undt leichter vorrichten mugen, so seint durch das k. ampt nit alleine sie, sonder die stend in gemein disfals dahin bescheiden worden, ob woll ein zeit hero wegen der schwären teurung, des armuts nott und bedrangnus die execution wider die restanten etwas moderiret het müssen werden, und uns aber der treue barmhertzig gott, dem lob und preis sei, nu widerumben mit gnaden mehr gesegnet undt getröstet, so solle es mit einbringung hinfurder also gehalten werden: Welcher standt oder herschaft vor sich und die underthane auf den ersten angesetzten termin oder tag seumig sein und des bein k. ampt erhebliche ursachen furbringen und inen noch ein kurtzer termin, wie es dan die amptsausschreiben zeigen, gegeben wurde, im fall nue die erlegung auf denselben andern tag vielleicht auch nicht erfolgte, dass so balt dorauf mit der pfandung und execution entlich vorfaren und niemands vorschonet werden solle, damit vornemlich der k. m. zum pesten, gemeinem vatterlandt zu richtigkeit, dann auch, wie bemelt, den gekornen zu ersparung merer beumung mit solcher ordnung die bewillungen also ehister eingebracht [würden].

[**Ablieferung von Landesakten:**] Do es sich auch furder zutragen und begeben wurde, das von gemeinem lande in potschaften, es sei zu hochst gedachtister r. k. m. oder derselben geliebsten erben . . . , sowol auf furstentage und furstenrecht, oder auch, wohin es sonst die notturft erfordern mochte, abgefertiget werden solde, darinne des landes gekorne nichts mehr, dan andere landtessen verbunden und vorpflicht sein sollen, dieselbigen abgesante sollen zu jeder zeit nach eingebrachter und gethaner irer relation die mit gegebne instructiones, privilegia in originalis, vidimus oder derselben abschriften undt sonst alle andere acten, besigelte und unbesiegelte abschiede und schriften, was und wieviel inen derselben zugestalt und uberantwort, daneben auch aller der supplicationibus, so sie in den abgefertigten handlungen und sachen von sich gegeben und eingestalt, abschriften und was inen hingegen in abschieden oder sonst schriftlich erfolgt, des alles und jedes den landstenden in gemein oder des landes gekornen widerumb einzustellen und zu uberreichen schuldig sein. Da sich auch one das vorschiner zeit bei jemanden derselben eltern oder vorfahren wes von original-privilegien, instructiones, acten, vidimus, abschieden oder dergleichen landtsachen, was es sein mocht, erkundigt und befunden, die sollen alle, nachdem es am im selbst pillich, treulich zugestalt werden.

[**Vollmacht:**] Dem allem nach sollen auch des landes gekorne zu aller zeit gut fug undt macht haben, alles was sie auch ausserhalb dieser mit gegebner kurtz vormerckter ordnung und instruction noch fur notwendig befunden, das gemeinem vaterlande zum pesten und guetem gelangen müchte, zu handeln, zu schlissen undt ihren treuen fleis darinnen nyt zu erwenden lassen, wie dann die gemeine landtende ir untzweifelhaftiges guetes vortrauen zu inen als den treuen mitlandtessen entlich setzen, tragen und haben wollen.

[**Reiseurlaub:**] Es sollen auch des landes gekorne, wan sie in ratschlegen beisamen, keiner one vorwissen undt bewilligung [des k. ampts und] der andern gekornen ausserhalb ehafter nott vorreisen, es seint dan die obliegenden sachen zuvor allenthalben mit eintrechtigem rath geschlossen und vorfertiget.

[**Besitzstörung und üble Nachrede:**] Es ist auch beineben bedacht worden, entlich abgeredet, bewilliget und beschlossen: Nachdem, wie leichtlich wol zu denken, dass des landes gekorne in den bevorstehenden gemeines landes hohen obliegen und sachen nit mit wenig abraisen von hause in zusammenkunften, ratschlegen undt furdrung der sachen befallen werden mochten, do inen nun die zeit ires abwesens und aussenseins von jemanden, herschaften oder underthanen, wer die sein mochten, durch waydwerck, vischen, hutten und andern auf iren guetern einicher eigenmüttiger eingrif beschee und schaden zugefugt, dass gegen denselben thettern durch das k. ampt mit ernstlicher straf der gebur und pilligkeit nach<sup>1)</sup> unnachlessig soll vorfahren werden. Und do sich auch zutrage, dass des landes gekorne durch jemanden, wer der sein mocht, vorwitzlich und vor-

<sup>1)</sup> 1585 [Rep. 135. Jau. Msc. XV 145]: insonderheit auch der herren fürsten und ständen allgemeiner landesordnung nach.

messenlich mit nachthailiger nachrede hören und vormerken lisse, und ehr derselben überwunden, so sollen und wollen die landstende bey dem k. ampt darob sein, damit dem oder deneselbigen, andern furwitzigen zu abscheu, one alle mittel ihre pilliche undt entliche strafe erfolgen und ergehen solle.

**[Besoldung und Diäten:]** [Und ob nun wol solche ordnung der hohen obrigkeit und gemeinem vaterlande zum pesten und wolfarth die gekornen und die ihrigen selbst auch als des landes treue glider mit befrift, zu nutz und aufnemen gereicht, deswegen sie dan gewiss und zweyfels frey, auch aus treuer underthenigkait und liebe, hirtzu so viel williger undt geneigt sein und sie also die ding von pension oder besoldung wegen im wenigsten nit mainen werden, weil aber dennoch auch nit unphilich, dass zu antzaig der danckbarkait bei gemeinem lande und auch in acht, dass die gekornen dennoch ohne unkosten und beumuhung solche notturft nit furdern werden mogen, als seint einem jeden funftzig tähler<sup>1)</sup> pro sechs und dreissig weiss groschen diss jar zu geben bewilligt, welche eines jeden weichbildes einnemer desselben gekornen alle halbe jar halben teil erlegen soll, wie dann die einnemer dessen himit befehl haben. Daneben auch ist inen bewilliget, so oft sie ausserhalb der gemeinen gebottstag, an welchem die landstende sunst beisammen, an einen oder den andern ort reisen, also auch den einnamb der kays. steurhulphen und anlagen thuen werden, dass jedem albeg auf tag und nacht anderthalben thaler obenens werts gegeben werden sollen.]

**[Unterstützung durch den Hauptmann:]** Es wollen auch mer wolgedachten herrn hauptman die landstende<sup>2)</sup> dienstlich und fleißig gebeten haben, seine gestrengen wolden sie bei solcher irer wolmainenden aufgerichteten ordnung des landes gekornen [irer k. m. zum pesten], dem vatterlande zu trost, nutz, aufnemen und mehrer ordnung gunstlich erhalten und derselben ein treuer befurderer sein, als sie sich keines andern getrösten.

**[Dauer der Bestallung:]** Hiemit und also seindt obgenante des landes gekorne, wie eingangs vormeldet, mit vorwissen und beisein des k. ampts vorgenanten herrn hauptmans, von prelaten, herrn undt undt gemeiner ritterschaft [in gehaltener vorsamlung] mit vorbehabtem gutem bedacht undt rath einhellig furgenomen, erkieset, gebetten und vormocht<sup>3)</sup> von unten dato auf ein jar lang laut dieser aufgerichteten ordnung angenommen, vorordnet, bestalt undt entlich ins werck gesatzet, [doch der hoffnung, dieselben gekornen werden, gemeinem vaterlandt und inen selbst zue guet, sich alsdan auch ferner und lenger in solchem hochangelegnen und nottigen werck gebrauchen lassen und vorpleiben].

**[Neuwahlen:]** [Do aber je einer oder der ander lenger und ferner hiertzue nicht zu vormugen were, derselbte soll alsdann weiter auch nicht verbunden sein, und sol ein ander tugliche person an desselben stellen durch das k. ampt undt dasselbige weichbildt erkieset werden. Undt welche man also erkiesen wird, die sollen auch unwägerlich solche burd auf sich zu nemen schuldigh sein, hiemit also diese ordnung in stetter uebung erhalten werde.]

Undt dass solchs furderlich zu lob und ehr gott dem almechtigen, auch mehr hochsternantister r. k. m., derselben geliebsten erben . . . zu underthenigstem treuem gehorsamb und hieforgeregten landstenden zu aller guten wolart gelangen moge, das wolle gott gnediglich vorleihen.

[Solche<sup>4)</sup> vorordnung ist durch die landstende in gemeiner vorsamlung entlich beschlossen und auf-

<sup>1)</sup> 1585 [a. a. O.]: 30 Rthr., während die Entschädigung nach der Ordnung vor 1563 noch 100 Tlr. betragen hatte. <sup>2)</sup> 1563: im namen gemeiner landstende die erkornen und erfordereten landsassen. <sup>3)</sup> Zusatz 1563:

nehmlich durch die sonderlich von gemeinem lande hierzu erkorne und erforderete von allen weichbildern landsassen in gemeiner landstände aller nahmen und mitgegebener beweisslicher macht. <sup>4)</sup> Statt dessen heißt es 1563: Solche vorordnung des landes gekornen ist endlich beschlossen und aufgerichtet zum Jauer an der mittwoche nach dem sonstage Quasi modo geniti im 1563sten jahre durch von gemeinem lande aller weichbilder hierzu vermochte und erforderete landsassen, die edlen, ehrenvesten, wohl namhaften, mit nahmen hernach folgende: nemlich aus dem Schweidnitzischen weichbilde Hertwig Seydlitz zu Kratzkau, Christoph Kuhl zu Wenig-Mertzdorf, aus dem Jauerischen Hanns von Gerssdorf zu Seichau, Job Rothkirch zur Praussnitz, aus



gericht zum Janer am montag nach Johannis enthauptung im funftzehnhundert drei und sibentzigsten jare. Dem allen zu urkunth merer bekrefftung und sicherhait diss loblichen wercks ist diese ordnung von prelaten, herrn und gemeiner ritterschaft merernander furstenthumber S. und J. nach alter loblicher gewonheit und brauch besiegelt.]

Kgl. St.-A. Rep. 39, S.-J. II 1 c, 1. Zählung, Bl. 12 b f. Vgl. dazu ebda., 1. Zählung, Bl. 156 b: „Aufs gemein gebot zum Jhaur den funften tag monats May diss 1579. jars ist die eldisten ordnung entlich geschlossen und aufgerichtet worden, wie itzo folget“. Die Ordnung ist aber nicht nochmals in die Landtagsakten eingetragen worden.

59.

1574 Januar 12. o. O.

### Bericht der Städte über ihre Entstehung.

In einer Bittschrift berichten die Städte von Schw.-J. über ihre Entstehung:

Und nachdem, allergenedigister kayser und herr, ye offenbar und unlaugbar, das die stedte und bürgerliche liebetet, wesen und standt daher ihren ursprung, das wie es die gelegenheit gegeben, eine anzahl leute sich zusamen gefunden, welche ihre unterschiedliche gewerb und handtirung gehabt. Da dann ein jeder noch seinem vormogen und gewerb zu gemeinem seckel und nutz das seinige dargegeben, daraus archa et bursa communis und ein gemein guett geworden, welches sie zu beforderung anfenglichen gotts ehre, underhaltung schulen und kirchen, hospitaln, wittiben und waissen bey ihrer gemeine, dann zu nachrichtung ihrer herschaften gepurnuss und zustandt, entlichen ihres allegemein und angelegenen nutzes gepraucht und angewendt, dorüber sie undter innen regirer, administratores undt vorsteher geordnet, welche derselbten commun kraft ihrer doruber gethanen harten pflichten rattung<sup>1)</sup>, bescheidt und antwort gegeben. Also und dergestalt die stette aufkomen, bestigen und res publicae, ihn welchen schulen und kirchen erhaltden und gottes ehre und redligkeit gefordert und gepflanzt, constitueret undt geworden sindt. Dieses alles die vorfahrende lobliche fursten, könige und kayser und unsere liebe obrigkeiten ihnen nicht alleine wohl und genedigests gefallen lassen und die leute ob solchem geschütz und gehandthabt, sondern auch mit sonderlichen genaden hieueber, als das sie ihnen recht und gericht, rathswahlen, iormarkt und was die purgerlichen eminentzen, liberteten und freiheiten mehr, gegeben, begnadet haben.

Kgl. St.-A. Rep. 135, D 366 q, S. 263 f. Die Bittschrift war veranlaßt worden durch den kaiserlichen Befehl zur besseren Haushaltung und Führung der Stadtrechnungen in den schlesischen Städten; vgl. auch ebda. S. 292 f. und 306 Bittschrift von 1574 Oktober 25 betr. die Entstehung der Städte und des Stadtvermögens.

60.

1575 September 30. Schweidnitz.

### Instruktion des Steuereintnehmers des Schweidnitzer Weichbilds, Friedrich von Seydlitz auf Ludwigsdorf.

Schatz- oder steuerregister der k. m. im Schweidnitzischen weichbildt, so mir Fridrichen von Seidlitz auf Ludewigsdorff vom lande eingestalt ist worden anno etc. 1575 den 30. September.

Nachdem und als auf ersuchen des k. ampts und piet der landessen des Schweidnitzischen weichbildes sich der edle und erenvest Fridrich von Seidlitz zu Ludwigsdorf vormogen lassen und bewilligt, ein jahr lang von dato dieses weichbilds einnehmer zu sein der kays. steur, sowol der landes anlagen, also ist ge-

dem Striegischen Hanns Cziern auf burglehne zur Striege, Hanns Elbel zu Grunau, aus dem Löwenbergischen Hanns Rhelder zu Cuntzendorf, Seyfrid Metzradt zu Braunau, aus dem Buntzlischen Abraham von Nostitz auf Schochaw, aus dem Hirschbergischen Caspar von Stange zu Stonssdorf, Hanns Zedlitz zu Cammerswalde, aus dem Bolckenhaynischen und Landeshuttischen Hanns Reibnitz und Heinrich Schindel, beyde zu Gierlesdorf, aus dem Reichenbachischen Sigmund Mühlheim zu Gross-Ellguth und Hanns Gellhorn zu Bertelsdorf. Dem allen zu urkund mehrer bekräftigung und sicherung dieses löblichen wercks von praelaten, herren und gemeiner ritterschaft mehr erernerer fürstenthümer S. und J. nach alter deroelben fürstenthümer löblicher gewonheit und brauch besiegelt.

<sup>1)</sup> = Rechnung.

dachtem von Seidlitz auf sein beger vom weichbildt diese instruction, so wol hernach folgendts schatzregister dieses weichbilds besigt übergeben und zuegestellt worden. Und solle sich der von Seidlitz in solcher einnamb also verhalten: Nemlichen wan vom k. ampt zu solcher einnamb tagfart ausgeschriben wirdt, so solle der von Seidlitz in der einnamb niemands, sey wer es wolle, vorschonen, sonder die steuer und anlage laut des folgenden besigten registers ordentlich einnemen. Und nachdem dieses ganzen weichbilds schatzung austregt zweimalhundert tausent drey und dreyssig tausent neunhundert und ein taler, dise summa aber in kays. steuern bey der k. slesischen cammer nit hoher, dann fur zweymalhundert tausent zwaintzig tausent und zweyhundert taler vorgeben wirt, so vorbleibt an kays. steurn uberschuss im weichbild und dem weichbild zu guet dreyzehn tausent sibn hundert und eyn taler. Wann nu die einnamb erfolgt ist, solle der von Seidlitz dem obereinnemer dis furstenthumbs dasjenige, sovil, wie obgemeldt, der k. m. zu geben gebueret, dafon austzelen und dagegen quittung nemen, den uberschuss aber bei sich in treuer vorwarung behalten und von demselben uberschuss der steur, so wol von der gantzen einnamb der landes anlage keinem menschen, sei wer es wolle, es sei auch viel oder wenig, one vorwissen und willen des weichbilds oder derselben gekornen eldisten gar nichts geben noch auszelen. Dann do es hieruber beschehe, wurd solche ausgab in raittung nit passiret werden. Was aber der von Seidlitz mit vorwissen, wie obgemeldt, vom uberschus der steur, sowol der gantzen anlage an einen oder den andern ort austzelen wirt, dagegen sol er ordentliche quittung endphoen und das jahr uber ein mal oder zwier nach erheischung der sachen dem weichbilde ordentliche raittung thun. Entgegen dem von Seidlitz fur sein muhe und vorseumbnus auch die besoldung erfolgen solle, wie den vorgehenden einnemern bescheen, damit er zur pillicheit zufriden sein kan, und tregt das weichbild kein zweiff, der von Seidlitz werd sich obbemelter massen allenthalben wol zu verhalten wissen. Actum Schweidnitz anno etc. 1575 den 30. September.

Es folgt das Schatzungsregister von 88 adeligen und 5 geistlichen Nummern.

Kgl. St.-A., Rep. 39, S.-J. VI 1 a. Vgl. ebda. 1582 Juli 30: Bestallung des Hans v. Peterswalde zu Schwenkfeld zum Einnemer an Friedrich v. Seidlitz's Stelle, nachdem vorher im Beisein des Amtsverwalters die Revision der Weichbildsrechnung durch 7 Vertreter des Weichbilds „anstatt und in namen des ganzen weichbilds“ stattgefunden hat. P. erhält 1. das Bargeld; 2. das Restantenverzeichnis; 3. die Einnahmelade.

61.

1581 Mai 16. Schweidnitz.

### Überführung der Landesprivilegien nach Fürstenstein.

Nach Cristi, unsers liben herrn undt heilands, geburt funfzehnhundert, darnach in ein und achtzigisten jare am heiligen Pfingstinstage haben auf verordnung der herrn landstende der fürstenthumber S. und J. die edlen . . . herr Dietrich von Mülheim und Plesswitz aufm burglehen zur Schweidnitz, herr Daniel von Schindl auf Arnsdorf und Schönfelt, Hanss von Gelhorn zu Kunzendorf, Fridrich von Seidlitz zu Ludwigsdorf und Job von Schengk und Weigwitz auf Zültendorf des gemeinen landes diser furstenthumber privilegia, begnadungen, freyheiten und derselben confirmationen laut dabei ligenden vertzeichniss volkömmlich in dem neu hiertzu gemachten eissern kasten vom burglehen zur Schweidnitz, also die bishero in verwarung gestanden, aufs schloss Fürstenstain gefüret und solchen kasten mit den privilegien daselbst in das neue erbaute gewelblein, so die herrn landstende auf ihren uncosten vorfertigen haben lassen, in verwarung eingestellt. Die Schlüssel zum kasten hat in verwarung undt versigelt bei sich behalten her Dietrich von Mülheim diser manung, dass ehr diselben auf die negste landes zusammenkunft mit in der landstend mittl bringen wolle, die alsdan solche schlüssel ferner an gewysen ort zu vorordnen werden wissen. Die schlüssel aber zum gewelbe seindt dem besitzer des hauses Fürstenstain, dem edlen . . . herrn Conradt von Hoberg auf Fürstenstain zu treuen handen in verwarung gegeben, damit man in vorfallenden feurs oder andern nöten, da gott gnedig vor behueten wolle, ins gewelbe komen und den kasten retten möge. Und es haben obbemelte hiertzu verordnete personen zu mehrer urkunth ire angeborne petschier hierauf gedrukkt. Ge-scheen und geben auf burgklehen zur Schweidnitz im jar und tage, wie oben.

Kgl. St.-A., Rep. 39, S.-J. II 1 c, 2. Zählung, S. 41.



62.

1583 Februar 26. Jauer.

**Neuwahl von je zwei Landesältesten für jedes Fürstentum, von denen einer das Amt des Landesbestallten übernehmen soll.**

Beschlüsse des gemeinen Gebots zu Jauer:

... Sintmoln auch verschiner zeit das landt ire eldisten gehabt, die nulmer eins teils verstorben, eins teils auch ferner diser burden entledigt sein wollen, und aber dem landt gar nit zutreglich, dass es one eldisten sein solle, so ist neben dem k. ambt von dem ausschusse im radt befunden, dass in jedem fürstenthumb zween eldisten sein sollen. Und ist auf folgende personen gegangen, als im Schweidnitzischen fürstenthumb her Ditrich von Mulheim und Plesswitz und Daniel von Schindel zu Schonfelt, oder ob ie derselbe seiner leibs schwachheit halben nit konte vermocht werden, her Georg von Schweintz zum Kauder, und im Jaurischen fürstenthumb her Brandan und Fridrich von Zedlitz auf Hartmansdorf und Mertzdorf. Unter disen viereen solle auch einer gleichsam wie des landes bestalter sein, welcher alle und jede der landstende itzige und kunfftige angelegenheiten und sachen in treuer acht halten, dieselbe irer notturft nach beim k. ambt, den landesmiteldisten und in ratschlegen innern, befurdern und fortstellen, sich auch in potschaften, es sey an kayserlichen hof, auf fürstentage oder in andere wege gebrauchen lassen werde, und ist hiertzue herr Fridrich von Zedlitz<sup>1)</sup> angesprochen und vermocht worden, mit welchem man sich so wol als mit den andern eldisten wegen der instruction und besoldunge vergleichen wirt. . . .

Kgl. St.-A., Rep. 39, S.-J. II 1 c, 2. Zählung, Bl. 52 b.

63.

1583 März 20. Jauer.

**Instruktion des Landesbestallten Friedrich von Zedlitz.**

Aufs gemein gebot den 19. und 20. Martii 1583 ten jares seint folgende sachen gehandelt und geschlossen worden:

Bestallung hern Fridrichs von Zedtlitz, landsbestalten. Demnach und als durch das k. ambt diser fürstenthumber S. und J. und den erfordernten ausschuss aller weichbilder im ratschlag betrachtet und befunden worden, wie es für unsere aller gnedigiste hohe obrikeit, das vaterlandt und desselben hochste notturft sei, dass die landstendt diser fürstenthumber eine person in bestallung hetten, welche alle und jede der landstendt und gemeines vaterlands sachen und angelegenheiten, wie die zu jeder zeit vorfallen möchten, in treuer acht und befehlich hette, des landes wolart betrachtet, dieselbe, wan es die not erfoderte, beim k. ampte und den landes eldisten innerte, sich auch zu potschaften und abfertungen inner und ausserhalb landes gebrauchen liesse und sonsten alle andere des vaterlands angelegenheiten zu nutz und pesten befurdern hulfe, als haben wolgedachtes k. ambt und ausschusse solche ire wolmeinende trene vorsorge heutiges tages den hern landstenden in gemeiner versammlung alhier zu irer genembhabung vorgetragen, welchs sie dan zu sonderm danck vermerkt und angenommen und inen gantz wolgefallen lassen. Haben hierauf mit dem edlen, erenvesten und wolbenambten Fridrichen von Zedtlitz auf Mertzdorf handlung gepflogen, dass er sich diser muhe und burden unterfahen und, als deme des landes angelegenheiten und notturften bewust und bekandt, er derer auch in gueter übung ein zeit daher gewesen, zu denen sachen also gebrauchen und bestellen wolle lassen, welchs er auf des k. ampts und der landstendt sambtlichs ansuchen und pitt, zu thun und auf sich zu nemen, bewilliget. Und ist also disem nach mit ime hernach folgende bestallung und vergleichung auf ein jar lang, von dato an zu rechnen, aufgerichtet und gemacht worden, nemlich und also:

[**Amtspflichten:**] Es sol und wil gedachter Friedrich von Zedtlitz alle und jedere gemeines vaterlands und der landstende diser fürstenthumber S. u. J. angelegenheiten, noturften und sachen, wie die antizo albereit verhanden, und was auch kunfftig zu jeder zeit ferner vorfallen konte oder möchte, in vertraueter

<sup>1)</sup> Siehe dessen Bestallung von 1583 März 20, Quellen Nr. 63.

gueter acht haben und halten, ime solchs alles mit vleiss angelegen sein lassen, allen dingen nachsynnen und gemeines vaterlands nutz, wolfart und pestes bewegen und betrachten, solchs auch zu jeder zeit der sachen angelegenheit und notturft nach beim k. ambt und des landes miteldisten innern, damit, wann von nöten, nit allein durch das k. ambt die eldisten, sondern auch das gemeine landt zusammen erfodert und von solchen notwendigkeiten geratschlaget möge werden.

**[Schriftliche Gutachten:]** Do er dann zu jeder zeit in der eldisten oder des gantzen landts zusammenkunften personlich erscheinen, solche notturften und dobei sein gutbedunken aufs papier verfassen, ferner vorbringen, mit und neben inen beratschlagen und fortstellen helfen solle.

**[Dienstreisen:]** Und in sunderheit solle er verbunden sein, sich in des landes sachen zu potschaften, es sei an kayserlichen hof, auf furstentage, furstenrecht oder in andere wege in und ausserhalb landes, wie die notturft furfallen und solchs erfordern möchte, unwaigerlich gebrauchen und abfertigen zu lassen.

**[Gerichtsbeisitz:]** Gleichfals solle er sich auch alle quartal, wann er durch eehafte not oder sonsten in des landes sachen nit verhindert oder abwesent were, gein der Schweidnitz verfuegen und daselbstn das lobliche gerichte des kayserlichen ampts, land und stedten mit besitzen und die notturft dabei befurdern helfen.

Und was auch ausserhalb dieser instruction, sintmalen in solchen gelegenheiten alles nit konne specifizierte werden, der von Zedtlitz sonsten befunde, des landes nutz, wolfart und pestes sein, das wollen ime die landstende in seine treue vorsorge, als auch dem mitlandessen, doch auf der eldisten oder ir selbst fernere beratschlagung hiermit vertrauet haben.

Und machen inen gar keinen zweifel, er werde irer gueten zuvorsicht und vertrauen nach ime alle des vaterlands sachen also angelegen sein lassen, dass er dessen selbst ruhm und die landstende ime dessen dank zu sagen haben.

**[Besoldung und Diäten:]** Hierentgegen zuesagen und bewilligen die landstendt gedachtem von Zedtlitz zur dankbarkeit und anstat einer besoldung dises jar uber dreihundert taler groschen zu geben und beineben, wann er, es sei gein hofe oder sonsten außer landes, auch auf fursthage abgefertigt wirdt, solle ime die gebrechliche zerung, als wochentlich funf und zweintzig taler, sonsten aber im lande tag und nacht anderthalber taler gegeben werden.

Hiermit und also ist dise bestallung und instruction geschlossen, dieselbe von beiderseits gelibt, angenommen und zuegesagt worden, solche stet und fest zu halten. Gescheen und geben in gemeiner versamlung zum Jhaur den zwanzigsten tag des monats Marti im funftzehnhundert drei und achtzigsten jhare, altem loblichem brauch nach durch das k. ambt und die landstendt besigelt.

Kgl. St.-A., Rep. 39, S.-J. II 1 c, 2. Zählung, Bl. 57 b.

64.

1583 März 20. Jauer.

#### Instruktion und Bestallung eines Obersteuereinnehmers, Christof von Seydlitz, an Stelle von Einnehmern für jedes Weichbild.

Demnach aus vorgehenden und so wol an itzo dato aufgenommenen raitungen der einnehmer aller weichbilder befunden wirdt, was massen alle jar ein grosser unkosten auf die einnehmer gegangen, und aber one diss das gemeine landt mit vilen ausgaben beladen, derwegen haben das k. ambt und erfoderten ausschusse aller weichbilder in ratschlag getzogen, wie disfals dem lande der unkosten möchte gemindert und dennoch die notturft der einnambt ordentlich konte befurdert werden. Und seint, doch zu genembhabung des gantzen landes, auf dis mittel gangen, dass die einnamb in allen weichbildern, es weren kays. steuern oder lands anlagen, durch eine person wol konne befördert und solchs in mehrer gewiessheit die weil auf ein jar versucht werden. Welch wol mainlich guetachten inen die landstend in gemein auch gantz wol mit gefallen haben lassen und haben zu verrichtung solchen wergks den edlen und erenvesten Cristoff von Seydlitz zu Kauffung, als der in einnambs sachen guete uebung hat, fur tauglich furgenomen, mit ime darauf handlung



gepflogen, dass er, wie ehrwenet, auf versuch, wie es sich wolle thun lassen, dise einnamb ein jar lang von dato an zu rechnen auf sich nemen wolde, welchs er auch auf der landstend sambtliches ansuchen zu thun bewilligt hat.

**[Erhebung der Reste und der neuen Steuern:]** Und ist hierauf folgende bestallung mit im aufgerichtet worden, als nemlichen, dass er nu von stat an solcher einnamb sich unterfahen und zu foderst die alten und neuen rest an kays. steuern und landes anlagen, wie die an itzo gehaltner landraitung befunden und von den vorigen einnemern ubergeben worden, einnemen solle. Und demnach das k. ambt auf dinstlich ersuchen der landstendt bewilligt, zu exequirung und einbringung solcher rest mit ehister gelegenheit nach den Oster heiligen tagen in alle weichbilder personlich sich zu begeben, desselben fürstenthumbs eldisten und andere vornehme landsassen auch zu sich zu beschreiben, da solle der von Seidlitz sich auch dohyn verfuegen und also diser einnamb den anfang machen. Und was auch künftige neue steur termin einkomen möchten, da solle er gleichsals in alle weichbilder des k. ampts ausschreiben nach sich verfuegen, derselben einnamb einen tag, auch, do es die gelegenheit der weichbilds grösse erforderte, zween tag aneinander abwarten. Und was bei solcher einnamb nit einbracht wurde, solle er sobaldt die restanten ins k. ambt berichten, welchs darauf die gebuer mit der execution oder sonsten schleinig zu verfuegen und auch die fürschung zu thun wirdt wissen, damit er, der einnehmer, denselben restanten nit in alle weichbilder zu des landes unkosten nochziehen, sonder die selben schuldig sein sollen, ime ire rest in des fürstenthumbs hauptstatt, wo fern nit auch das k. ambt so baldt noch dem ersten einnambtage mit der execution ferfaren wurde, auf denen tag, so wolgedacht k. ambt ansetzen möchte, nachzufuehren und inen nicht dormite in seinem hause zu beschweren, domit es also nicht mit den künftigen steur sachen und resten in das alte unrichtige wesen gelange, sondern, was einmal bewilliget, dasselbe auch one vertzug erlegt und einbracht werde.

**[Ablieferung der Steuern:]** Und was also an kays. steuern einbracht wirdt, das solle er jeder zeit aufs ehiste moglich gein Bresslau an gehörige ort ordenlich, so vil sich dahin gebueret, personlich lifern, sich daruber quittiren lassen und folgends gemeinem lande solchs auch richtig berechnen.

**[Erhebung und Verrechnung der Landesanlagen:]** Und dofern sichs begeben, wie es one dis nit wol wirt sein können, dass ein lands anlage gemacht wurde, die sol er gleichsals auch durch alle weichbilder einnemen, diser gestalt, dass er uber jeder weichbildt ein sonderlich einnamb register habe, die anlag gelder keines weges unter die kays. steuern mische, sondern jedes underschidlich halte und one vorwissen jedes weichbilds von solchen anlag geldern gar nichts austzele noch von sich gebe. Und er sal auch derselben anlag einnamb und ausgaben folgends jedem weichbildt insonderheit underschidliche raitung thun.

**[Besoldung und Diäten:]** Hierentgegen bewilligen ime die landstendt dis jar, welchs auch an heut dato angehen salle, zur besoldung dreihundert taler groschen und beineben salle im die zerung in allen einnahmen und so wohl, wan er die steurgelder gein Bessla (!) furet, als tag und nacht andert halben taler, in raitung auch passirt werden.

**[Dauer der Bestallung:]** Und im fall auch auf dises werendts jar beide steur termin nit eintreffen und villeicht der letzte termin das andere jar erreichen möchte, sal er doch denselben termin auch eynzunemen schuldig sein. Und sol deutlich dise bestallung nit allein bloss auf die jares frist, sonder auf zwene termin gemeinet sein und verstanden werden. Hiermit ist also dise bestallung geschlossen worden, und es sal und wil der von Seidlitz an ime hier innen kein muhe noch vleiss erwynden lassen, wie dan auch die landstenden zu ime dessen sunderes vertrauen und zuvorsicht haben. Gescheen und geben in gemeiner versamlung zum Jhaur den zwanzigsten tag des monats Marti im funftzehen hundert drei und achtzigsten jhare, altem loblichem brauch nach durch das k. ambt und die landstendt besigelt.

### Neuordnung der Ältestenwahl und Verzeichnis der neugewählten acht Ältesten.

Nachdem die zeit hero aus gutter erfahrung zu befinden undt schlissen gewesen, dass es irer k. m. als unser allergnedigisten höchsten obrigkeit selbst, so wohl dem vatterlande zum besten und notturt mehrer ordnung und richtigkeit aller sachen, beineben auch zu verschonung vieler uncosten und versaumbnuss durch die gemeinen gebott sein wurde, so ihm lande dieser furstenthumber S. und J. und in jedem furstenthumb vier eltesten erkoren wurden, als seint demnach vom ganzen lande in gemeiner versamlung zum Jhauer, also mit aller weichbilder guttem willen und vorwillung, hierzue einhellig erkoren, furgenommen und vormocht die edlen . . . ihm Schweidnizischen furstenthumb herr Dietrich von Mulheim und Plesswicz aufm burgklehen zur Schweidniz, Georg von Schweinecz zum Kauder, Leonhart von Ronau zur Gulau und Jon von Schindel zur Sasterhausen; und im Jaurischen furstenthumb herr Cristof Schoff, Gotsch genant, vom Kinast auf Langenau und Kembniz, diser furstenthumber canczler, Anthoni von Bebran zu Profen, Nicol von Bebran zur Model und Waczlaw Schoff, Gotsch genant, vom Kinast auf Schwarczbach . . . Damit aber nu dieses hoch angelegene und nuczliche werck, ordnung und ampt der landesgekornen und eltesten immer fort und fort in esse pleiben und nit aufhören solle noch möge und hierunter gleichwol ein gleichheit, hiermit nit nur eczliche landsessen alleine mit diser burdt und last beladen sein durften, gehalten, und doch daneben auch das ganze werck nit alle jhar auf einmahl mit ersezung anderer personen gar erneuert werde, so ist auf heut durch die herren landstende in gemein einhellig gewilliget und geschlossen worden, dass es hinfurder also entlichen gehalten werden solle, als nemlichen, dass nach verflissung von dato dises ersten jhares aus jedem furstenthumb zwene der heut vermochten eltesten, dorinnen sie sich selbst diss erste mahl mit einander vergleichen sollen, diser burde und amtes entledigt werden, die andern viere aber noch ein jhar lang im ampte verpleiben sollen. Dieselben entledigten sollen widerumben in ihrem furstenthumb andere zwene hierzue taugliche landsessen an ihre stelle zu disem ampte erkisen und benennen. Und welche also hierzue ermelter gestalt vorgenommen und benant werden, die sollen es one alle wegerung, mittel, einsage, behelf oder ausflucht, wie das nahmen haben möchte, auf sich zu nehmen schuldig sein und neben den alten vier eltesten, so noch ein jar lang, wie obgemelt, ihm amt verpleiben seint, die landessachen laut diser ordnung und instruction ihnen treulich angelegen sein lassen. Und es solle hinfuro von jhar zu jhar alzeit diser obgeschribner form und ordnung in abwechselung der eltesten also entlichen gehalten werden, dass nemlichen alle jhar viere, so ihre zwey jhar dise burdt getragen, entledigt und vier neue obbemelter massen von denselben widerumben erkiset werden, damit also dises hoch angelegene werck in stetter unvorrucker uebung sein unaufhörliche wirklichkeit habe und behalte.

Kgl. St.-A., Rep. 39, S.-J. II 15 g. S. 4 u. 8 f.; desgl. Rep. 135, Jau. Msc. XV, S. 128—152; siehe auch die Fürstensteiner Landtagsakten 236, 2, S. 140 f.

### Neuordnung der Ältestenwahl zur Vermeidung der Belastung der Landsassen mit zwei Ämtern.

Veränderung der herrn eldisten zum Jhauer am gemeinen gebott den 13 Februarii im 1587. jare.

Demnach und als vermög derer zwischen den herrn landstenden der furstenthumber S. und J. und derselben vermochten und verordneten hern landes eldisten den 20. Decembris verwichnen 85. jares aufgerichteten und besigelten bestallung jerlichen zu erhaltung und immer werender continuirung dises hochnotwendigen werks und ordnung der hern eldisten aus jedem furstenthumb zwo personen verandert und erneuert werden sollen, als haben disem nach und vermög ermelter bestellung zu ausgang der obangedeuten jares zeit die edlen . . . ausm Schweidnitzischen furstenthumb herr Dietrich von Mulheim auf Pleßwitz und burgklehen zur Schweidnitz, Georg von Schweintz auf Kauder und ausm Jaurischen furstenthumb herr Cristof Schof, Gotsch genant, vom Kinast, auf Langenau und Kemnitz, diser furstenthumber cantzler, und Anthoni von Bebran auf Profen an ire stellen zu solchem eldisten amt widerumben erkiset und



gekoren die edlen . . . im Schweidnitzschen furstenthumb hern Georgen von Gelhorn auf Crisselbitz<sup>1)</sup> und Heinrichen von Reichenbach auf Rudelsdorf, im Jhaurischen aber hern Balthasarn Schof, Gotsch genant, vom Kienast, auf Langenau und Melchiorn von Lest auf Hundorff, Brauna und Holenstein, welche auch also in solch ambt getretten und dise landes burden auf sich genomen haben.

Dieweil sich aber heut dato unter den hern eldisten dise beschwer befunden, daß etzliche derselben, so itziger zeit auch mite im zwelfer rechten sitzen, doch unwissendt desselben, zu disem ambt erkieset und also zwo landesburden zugleich tragen muessen, und sie sich daruber, wie auch pillich, beschweret befunden und solchs nicht schuldig zu sein angegeben, jedoch hiermit dises hochangelegne werk nit störig gemacht werde, haben sie als treue landsassen sich hiefon nicht eussern wollen. Damit aber hinfuro disfalls kein stritt noch beschwer voffallen und dise lobliche und nutzliche ordnung zertrennet werden durfe, ist heut dato einhellig und mit gemeines landes genembhabung auf ein solch mittel geschlossen und hierunter das k. ambt derwegen auch dienstlich ersucht worden, nemlichen, wann die ausgehende jareszeit herbei kombt, daß neue eldisten gekorn werden sollen, so werde ausm ambt ein vertzeichnus der hern zwelfer und manrechtsitzer ins mittel gegeben werden, damit man derselben keinen zu disem ambt erkieset; so wol solle auch sonst kein landsesse hiertzue vorgenommen werden, er sey dann drey jar der zwelfer banck und die im Schweidnitzschen auch des manrechtsitzens frey gestanden; gleiche freyheit sollen auch entgegen die hern eldisten deß zwelfer und manrechtsitzens halben haben.

Es sol auch solche erkiesung der eldisten keines weges aus gunst oder widerwillen erfolgen, sondern wie es ein jeder seinen pflichten nach gegen gott, der hohen obrigkeit und dem vaterlande zu verantworten wisse. Damit auch in der hern eldisten zusammenkunft des vaterlands sachen umb soviel schleiniger befurdert werden mogen, so sollen die hern eldisten alle mal den obendt fur dem ausgeschribnen tage einkomen und morgens frue sich beisamen befinden; welcher aber one erhebliche und solche ursachen, damit die andern eldisten pillich nit zu fridt sein konten, den abend einzukomen sich seumig verhielde oder auch gar aussenpliebe, derselbe sol hiermit wilkurlichem schluß nach seiner jares besoldung verlustig sein und dennoch die zeit aus sein ambt verwalten. Gescheen und geben zum Jhauer, den 13. Februarii anno 1587.

Eintragung vom Anfang 17. Jahrhdts. im Bestallungsbuch der Landesältesten, Kgl. St.-A., Rep. 39, F. S.-J. II 15 g, S. 11 f.; siehe auch Rep. 135, Jau. Msc. XV, S. 153 f.

67.

1588 Juli 28. Jauer.

**Landesälteste und Ausschuß teilen dem Hauptmann mit, daß sie eine Landeszusammenkunft wegen seiner und seines Bruders Schuldenangelegenheit einberufen würden.**

Schreiben an den hern hauptman wegen ausschreibung der landszusammenkunft.

Edler, gestrenger herr hauptman. Mit gebuerender diensterbietung erfordert die unvormeidliche notturf in sachen des herrn und seines prudern Georgen von Logau schultwessen, und was dem anhengig sein möge, betreffende, gemeine landeszusammenkunft zu halten. Wollen uns hiermit im namen der hern landstende deren angemelten notturf beim k. ampte, des hern verwaltung, angegeben haben, das wir auf der hern gesanten relation, furnemlichen aber auf der r. k. m., unsers allergnedigisten herrn, gnedigisten beschaidt die herren landstende zusammen erfordern müssen, wie wir uns dann auch bey abgewichner commission gegen den k. hern commissarien deutlich erkleret und angegeben haben, daß in diesen schultsachen das land mehr, als eins wurde zusammenkommen müssen. Und weil der herr part und das kegenteil were, so wurden die eldesten solche muhe verrichten. Solchs hat das landt anietzo auch an die k. m. underthenigist gelangen laßen. Es sol aber in solchen zusammenkunften nichts, dann von den schultsachen und was denselben anhengig, furgenomen und beradtschlagt werden. Sonsten in allen andern sachen deferirt das landt dem k. ambt billich, das dasselbige altem brauch und gewonheit nach die landtage in disen

<sup>1)</sup> Christelwitz, Kr. Schweidnitz.

fürstenthumben publicire, darin das landt dem k. ambt den wenigsten einhalt thun soll und wirt. Welchs wir dem herrn nicht haben verhalten können. Geben zum Jhauer den 28. Juli 1588. Anwesende eldisten und ausschüß der landstendt der fürstenthumber S. und J.

Fü 236, 3, S. 333 f.

68.

1588 September 21. Jauer.

### Verzeichnis eines zur Beratung mit den Ältesten gewählten Ausschusses.

Auf der herrn landstendt gemeine zusammenkunft, so sie den 30. Augustii 1588 zum Jhaur in dem Logauischen schultwesen gehalten, ist durch alle weichbilder nachverzeichneter ausschüß gekiset worden, welcher neben den herrn eldisten auf den 21. Septembris zum Jhaur widerumb zusammen komen und die abfertung zu vorbeschaidner tagfart gein Prag beratschlagen und fortstellen sollen: Im Schweidnitzischen h. Dietrich von Mulheim, her hofrichter, Hanß von Gelhorn und Jacob von Zedlitz. Im Jauerischen h. Job von Rotkirch, Melchior Schweinichen zu Jegerndorff, Cristoff von Zedlitz zu Repperßdorff. Im Stregnischen h. Jhon von Schindl, Hanß Bide zu Eisersdorff, George Eyke zu Dameritsch. Im Lembergischen h. Brandanus von Zedlitz, Nicol von Saltza zu Kuntzendorf, Hanß von Zedlitz zu Siebeneichen, Sigmundt von Zetritz zum Zoboten. Im Buntzlischen h. Adam herr von Kittlitz, Hanß von Bebran zu Kitlitztreben und Hanß von Bebran zum Buchwalde. Im Hirschbergischen h. Cristoff Gotsch, cantzler, h. Watzlaw Gotsch zur Schwartzbach, Fridrich Nimptsch zu Falckenhain. Im Bolekenhainischen h. Georg von Schweinitz, Hanß von Schweinach auf Schweinhauß, Conradt von Hoberg auf Ronstock. Im Reichenbachischen h. Leonhart von Ronau, Hanß von Strachwitz, Hanß von Peterswalde zu Peterswalde. Summa 26 personen. Mehr sindt zu solchem ratschlag verscrieben worden h. Sebastian von Zedlitz auf Reichenwalde, sowol die stifter Leubes, Sandt<sup>1)</sup>, Grissau und Liebenthal. Zu abgesanten seint deputiret h. Cristof Gotsch, cantzler, h. Brandanus und h. Fridrich von Zedlitz, gebuedrer, und h. Watzlav Gotsch auf Schwartzbach. Melchiorn von Lest ist zu der tagfart auf den 1. Octobris gein Breßlaw vor den hern bischof mit seinen underthanen zum Hundorf<sup>2)</sup> zu beistandt verordnet: h. Leonhart von Ronau zur Gulau, Nicol und Jacob von Zedlitz auf Nimersath und Peterwitz, gebudrer, sambt und sunderlich.

Fü 236, 3, S. 347 f.

69.

1588 November 2. Jauer.

### Bitschrift der Landstände an den Kaiser um Unterdrückung des Bauernaufruhrs.

Supplication an die k. m. wegen der rebellischen underthanen. Allerdurchlauchtigster . . . kaiser . . . ! Eur r. k. m. solten wir underthanigst wol pillich mit so oftem anlauf und widerholung unserer gehorsambsten intercession, so wir zu mermalen für unsern mitlandessen und liben freundt, Melchiorn von Lest auf Holenstein und Brauna, in sachen seine vom stift Libental erkaufte underthanen zum Hundorf betreffende, . . . nuhmer gehorsamist verschonen. Weil aber dieselben underthanen in irem boshafftigen fursatz und mutwillen beharrlich beruhen, irem erbherrn, dem von Lest, nicht alleine gar keinen gehorsam laisten, sondern auch mit trotzworten sich öffentlich verlauten lassen und bedröhet, inen todt zu schlagen, so hat er uns noch ferner umb unser underthanigste vorbitt angefohen. Und es geruhen sich eur k. m. gnedigst zu erinnern, daß der von Lest dieselben underthanen vom stift Liebenthal noch vorgeender beratschlagung eur m. slesischen cammer und darauf erfolgten eur k. m. selbst allergenedigisten consensses durch einen ordentlichen kauf an sich gebracht, doruber auch folgens vom k. ambt der hauptmanschaft dieser fürstenthumber die lehen ergangen, welche gleichfals durch das cantzley-ambt bestetigt worden, und seint in summa hieruber alle zu einen vollstendigen kauf gehörende requisita ergangen. Er von Lest hat auch alberaidt vor 4 jaren vollkomliche zalung gethan und solch gelt sovil jar ungefruchtet entrathen müssen,

<sup>1)</sup> = Sandstift Breslau.

<sup>2)</sup> Hohendorf (Hohndorf), Kr. Löwenberg, vgl. Quellen Nr. 69.



umb welch gelt das stift sein jerlich einkommen ansehnlich gebeßert und mercklichen nutz damit geschafft hat. Ja, es haben eur. k. m. vilfaldige befehl an derselbten hauptman alhier ergehen lassen, auch entlich durch ein decret gnedigist verordnet und erkleret, daß dieselben mutwilligen leut per viam executionis zu gehorsam gebracht werden solten. Noch dennoch hat dieses alles bey inen weder ansehen noch einiche forcht gewirekt, sondern sie haben es auch so weit gebracht, daß eur. k. m. uber dis alles noch eine verhör durchs k. oberampt angeordnet haben, ja sie seint auch zuwider dises landes ordnung vom k. oberampt in vorglaitung genomen worden. Und demnach nu die angestellte verhör nichts gefruchtet und das wenigste dabey verrichtet worden, so beruhen die underthanen also in irem mutwillen und werden dorinnen durch die vorglaitung nur noch mer gesterckt. Dieweil dann, allergnedigister kaiser, in diesem landt niemalen erfahren worden, daß uber so ordenlichen kauf ergangne kays. befehl und decreta und erfolgte konigliche belehnungen noch erst verhör zwischen herschaft und underthanen gehalten und die herschaften den mutwilligen underthanen im lande nachzihen und handlung pflegen solten, noch weniger, daß in solchem falle die rebelln vorglaitet weren worden, so pitten eur. r. k. m. wir gantz underthenigist, die geruhen zu forderst in gnediger acht zu haben, was sich fur rebellion in disem landt von solchen mutwilligen leuten erregen wurde, wann inen derogleichen bosheit nachgesehen und kays. consens und decreta, denen man in albege schuldig und pillich trauet, sowol die belehnungen nit gelten, noch in forcht gehalten werden solten, und derwegen die gnedigiste und ernste anordnung zu thun, damit diese leute inhalt eur. k. m. decrets zu schuldigen gehorsam gebracht, keine fernere vorhör angestellet, sondern sie neben vorgeender strafe mit geburenden aidespflichten und gehorsam dem von Lest angewisen und der sachen nuhmer und dismal zu grundt und endt abgeholfen werden möge. Die verglaitung eur. k. m. oberampts aber betreffende, da geruhen sich eur. k. m. . . . zu erinnern, daß auf der herrn fursten und stende in Slesien underthanigiste disfalß furgebrachte beschwer eur. m. sich . . . resolviret, daß auch eur. k. m. selbst keines vom adel underthan one vorwißen oder vorgeende verhör nit vorglaiten laßen wolten, weniger konte nu des oberampts vorglaitung deferiret werden, zumal weil dieselbige gantz und gar wieder die alten erhaltenen observanzen und gewonheiten dises landes und furstenthumber. Derwegen pitten eur. k. m. wir allerunderthanigist, bey derselbten oberampt in Slesien, iren fürstl. gnaden, die . . . verordnung zu thun, daß diese benampter mutwilliger leute erfolgte und bescheene vorglaitung aufgehoben und cassirt, wir und unsere mitglieder hinfuro mit dergleichen ungebrauchlichen vorglaitungen der rebellischen, aufrurischen underthanen verschonet werden mochten, dann wir und die unsrigen mit hülfe des almechtigen also mit unsern underthanen umgehen wollen, daß wir es kegen gott und eur. k. m. verhoffentlich zu vorantworten. Und ob disfals irgendt ein landseß diser furstenthumber wieder gebuer mit den seinigen umgehen und gebaren wolte, so haben wir das geordnete k. ampt diser furstenthumber im lande, welchem in solchen fallen ordentliche verhörungen und vermitlungen geburet, daß es anderwärts auslendischer und dermassen in disen furstenthubern ungebrauchlichen vorglaitungen nit bedurfe, mit trostlicher . . . hofnung, eur. k. m. uns derselbten treuen underthanen in gnedigiste acht nehme und mit solchen von oberampt vorglaitungen derer und anderer mutwilligen leute, zuwider unsern habenden freiheiten, nit beschweren lassen, sondern doruber uns gnedigist schutzen, denen von Lest auch in disen pillichen und richtig vollzognen, auch von eur. k. m. erkenneten sachen unserer underthanigisten intercession allergnedigist genissen lassen und denselbten mit gerechtigesten bescheidt gnedigist und vaterlichst versehen.

Disem anhangig, allergnedigister kaiser und herr, geruhen eur. k. m. sich . . . ferner zu erinnern, was wir ebnermaßen zu etzlichen malen an eur. k. m. in underthanigkeit gelanget haben wegen Hansens von Spiller und sowol der witfrauen zu Bertelsdorf rebellischen underthanen, welche sich aus lautter mutwillen gegen iren herschaften aufgewigelt, und was aus denselben, do nit mit ernst und straf vorgegangen werde, fur hohe gefar, aufruhr und unrath disem lande entsteen werde. Ob nu wol dorauf eur. k. m. gnedigiste befel und anordnung gethan und sie zu geburenden gehorsam anweisen lassen, sie auch mit gefechnus vom k. ampt alhier gestraft worden seint, hat es doch alles kein frucht geschafft, und sie seint erger und

mutwilliger niemalen gewesen, als eben itzunder. Denn sie auch nuhmer sich understehen, trotziglich mit gewapneter handt und in großer antzal zu 60 und 70 personen in einen haufen iren herschaften für die heußer zu komen und dieselben herauszufordern; ja sie und sowol des von Lest underthanen wiggeln auch anderer herschaften viler unserer mitlandessen underthanen zu gleicher rebellion und aufruhr auf, also daß, wie bericht einkombt, albereit in die 50 oder mer dörfer und gemeinden in dieser gegend rebellisch und aufrüchsig gemacht, welche verbuntus wider ire herschaften, dieselben durch mordt und brandt zu vertilgen, zusam geschworn haben sollen, so auch zum teil gleichergestalt mit werhafter handt und in starcker antzal alreit ire herschaften von iren heussern abgefordert, auch feur angesteckt haben, daß nuhmer kein anders denn eine gewisse aufrur der paurn vor augen zu sehen ist. Welchs alles erst vor weniger und derer zeit, als des von Lest, Spillers und Bertelsdorfische underthanen rebellisch worden, sich angesponnen und von inen angefrischet seindt worden, sunderlich, weil sie auch vormercken, daß sie bey eur. k. m. kays. hofe gebör und vorglaitung haben, und kein ernste straf, noch einsehen erfolgt. So sterkt sie auch zu solchen mutwilligen vornehmen die itzigen irungen, so zwischen uns und dann dem hern hauptman diser furstenthumber wegen der beschwerten schuldenlast furgefallen, nit wenigk, als daß sie desto weniger furcht und scheu für eur. k. m. kaiserlichen ampt haben. Do nu solchen aufrüchsig, meineidigen und bosthaftigen volcklein nicht mit starckem ernst und straf nach verdienst, sunderlich der redlein furer, an leib und leben unseumlich und zum schleinigisten mensch und möglich begegnet solt werden, hat dises landt und der adliche standt, eur. k. m. treue underthanen, hochste not und gefar und ein solch feuer zu gewarten, so hernocho wolt nit baldt wurde dempfen und leschen sein.

Darumben, allergnedigster kaiser und herr, thun eur k. m. wir aus treuer schuldiger underthanigkeit solche des landes beforsteende nott gehorsamstt erinnern und zu gemuete fueren und bitten underthanigst, eur. k. m. geruhen, solche große gefahr und gewisse angeende aufrur der paurn allergnedigst zu betrachten und derselbten treue underthanen und lande in veterlichen schutz und acht zu haben und vorzusorgen, auch mittel anzuordnen, wie und welchergestaltt zu dempfung der aufrur und andern zum exempel und abscheu solch mutwillen, frevel und ungehorsam in ernst gestrafft, dadurch fernern ubel und unglück gesteuert und schuldiger gehorsam der underthanen gegen irer obrigkeit erhalten werde möge . . . Geben zum Jhaner, den 2. Novembris anno 1588, eur. r. k. m. gehorsambste treue underthanen, landstendt.

Fü 236, 3, S. 466 f.

70.

1589 April 24. Jauer.

### Bericht des Landeshauptmanns Mates von Logau an den Kaiser über den Bauernaufuhr.

Allerdurchlauchtigster . . .

In dem wesen der ungehorsamben paurn hab ich mich anitzo auf eur k. m. commissariat zur Schweidnitz auch mit deroselben underthenigsten landstenden der notturft erredet. Sie thun an eur k. m. gehorsambstt schreiben und sollicitiren, derogleichen mir auch in albege gebueren wollen. Und vorhelbt sich mit dem gesindl, wie eur k. m. hirnach gnedigst zu vernemen geruhen:

Ob ich wol one ruhm wider sie auf einen und den andern weg, auch darunter mit selbst personlichen tag und nacht raisen in großer gebirgs kelde, mit gesundes ungelegenheit nit gefeiert und, was immer moglichen, sambt den stenden zur execution gebraucht, so hat es doch bey den rebellischen underthanen in general wenig schaffan wollen, außer daß gleichwohl aus denselben mittel, also auch der Hundorfer, Melchiors von Lest zugehörigen, so des stifts Lübbental gewesen, etliche aufgehaben und zu haften gebracht. Dann wo die streiffenden reutter und knechte gleich in aller stille eingefallen, so haben sie doch sonst die wirthe nit antroffen. Man vermeinet wol auch, sie die rebellen sollen sich wol eins und daß andermal zusammen etlich hundert stark rottiret haben, so ist doch gleichwol nit zu befinden gewesen, daß sie einigen stand gehalten, sie mußen nur per posta einen zu- und balt wieder ablauf gehalten haben. Sonst



da man hette entlich wissen können, daß sie an gewissen ort sich gleich gelagert, da wurde die notturtzt erfordert haben, die streifenden von landt und stedten zu stercken und sie die rebellen mit gottes hulf nicht allein zu trennen, sondern auch zu wolverdienter strafe zu bringen.

Und wie ich mehr furgesorget und vorhoffet, wann ich nur eur k. m. selbst kays. patenta erlangen konte, es wurde sich balt andern, also ist es auch erfolgt, und thue gegen eur k. m. mich deroselben patente underthanigst bedancken. Dann, indem die ungehorsamen furgeben, es were nur des hanbtmans und der edelleute getrieb, mit solchen worten sie procediert, und aber eur k. m. kaiserliche patenta vernommen, seint sobalt Cristoff von Gotschen vier dorfschaften, als Kemnitz, Spiller, Jonsdorf und Hundorf zum creutz krochen, bein eur k. m. ambt und ime gnad gesucht, dann sie befunden, daß sie derogestalt mit weib und kindt in eußersten vorterb gerathen wurden, wolten gerne mit ime als irer herschaft vortreglich werden, pitten alleine umb einen monat frist, sie weren zuestreuet, damit sie sich wider zusammen lesen könten. Nun ist erwogen worden, daß sie schwerlich so weit von einander oder ir keiner in Persia were, und ist inen zum beschaidt erfolgt, eur k. m. gnedigster wille wer gar nicht, daß zum ungehorsamb man monat und derogleichen frist geben, sondern sie solten alsbalt sich anhaimb in gehorsamb und zu irem weib und kindt wieder einstellen und befinden und ein monat lang freilich sicherung haben, frey ab und zue zu komen, sich unter solchem gehorsamb bey der obrigkeit auszusönen.

Da ist nun zu hoffen, sie werden wieder from werden und andere nachfolgen, als dann ime Cristoff von Gotsch ein schreiben anitzo auch gegen der Schweidnitz kam, daß die ungehorsamen selbst unerfordert sich widerumb zum gehorsamb und aufm acker zum hofedienst befunden, wie aus diesem briffel mit A. zu ersehen <sup>1)</sup>).

Dann so haben sich der wittib zu Bertelßdorf auch rebellische underthanen zweene auch widerumb ergeben, nun seint wol noch etzlicher herschaften underthanen rebellisch; zu hoffen aber, eur k. m. patendt werde sie gleichfalls zu rechte bringen.

In omnem eventum aber, weil sie sich sonderlichen des frölings, wann der walt grun wurde, vortrostet haben sollen, so wirt nicht unbillig von mir und den stenden hierinnen auch weiter furgesorget und bey eur. k. m. umb folgende mittl gehorsambst geböten. Vor das erste, ob doch von denen ungehorsamen ire an k. m. hof abgefertigten und procuratores und sonderlich Merten Brendel, welcher der haubt redelfuerer, konten betreten werden, und daß eur. k. m. uber sie in der hoen criminalsach urtel und recht ergehen und exequiren ließen. Dann sie nicht allein die armen leut in die irre vornemblich gebracht, sondern da sie redelfuerer wol gewust, ja publico gewesen, daß auf eur. k. m. sondere genedigiste bevelich eur. k. m. ober- und dis ambt durch patenta die ungehorsamen abgemanet und inen den gehorsamb bey verlust leibes und lebens auferlegte, dennoch zuwider eur. k. m., als der hohen obrigkeit und regierenden konig zu Behaimb, dorfen die gesellen den irrenden pöfel aufhalten, sie solten auch nicht eintreten, sie wolten inen gutte botschaft und gelaichte auf 7 jhar balt zubringen. Wie sie dann dise meutmacher in peinlichen proceßen, wann sie gefragt wurden, unzweifelich diß und anders wol singen würden, so seindt auch die obgedachte des von Lest Hundorfer leute dermasen frevelisch. Es haben eur. k. m. zuletzt widerumb gnedigist decretiret, daß sie ime pflicht thun, gehorsamen und von der rebellion abstehen sollen, bey verlust leibs und lebens. Es seindt auch etliche zu Prag eingezogen worden, noch sindt dieselben gefangne auch dermaßen trotzig und muetwillig, daß sie in der haft eur. k. m. nicht gehorsamen, noch das zu thun bewilligen wollen, wes eur. k. m. inen zuerkandt und ernstlich auferleget. Ja, sie sollen sich darwieder verschworen haben, den von Lest zur herschaft nicht antzunehmen. Da wirt abermals

<sup>1)</sup> Lit. A. [1589 April 20, Fñ 236, 3, S. 676]. Andres Hartranft, Pfarrer, schreibt an den Kanzler Cristof Gotsch, die Leutlein zu Kemnitz hätten sich wieder eingefunden, und man habe sie in Gottes Namen auf dem Acker arbeiten lassen. Die Untertanen von Spiller hätten durch den Bauer Schmide Matzen auch wieder ihre Arbeit angeboten und gefragt, ob sie Pflug oder Eiden bringen sollten; darauf sei ihnen geantwortet worden, sie wüßten sich wohl zu erinnern, wie sie vormalis ihre Hofedienste verrichtet hätten.

in acht genomen, wann eur. k. m. gegen denselben oder ie einem, welcher am maisten schuldig, wie es dann die guttliche und andere inquisition leicht geben wurde, sowol urtel, recht und execution ergehen laßen, daß es ein schrecken zu allem gehorsam und vorhuettung derogleichen entpörung wol gnung sein wurde. Sind aufn fall, welches gott verhueten wolle, das sich uber alle solche mittel, da auch an mir sambt den stenden nichts erwinden solle, diß böse nicht stillen wolte, sondern zunemen möchte, daß man wol sterckere guardia und unkosten bedurfn möchte, so pitt ich underdinstlich neben den stenden, eur. k. m. geruhen durch derselben oberamt in Slesien, den hern bischof, bey den andern herrn fursten und allen stenden die gnedigste befurdung thun lassen, ob es auch nicht eher als auf kunftigen furstentag bescheen möchte, damit das gantze land gegen solcher rebellion zu den vorigen und kunftigen darlogen contribuiren und das feur leschen helfen wolten, oder aber auch, der gelegenheit nach, mit volck hulf und beischub thun möcht, hiezue exemplum und modum von der defension, oder wie es dem land am gelegnisten sein wurde, nemen wolten. Dann solten die underthanen die obrigkeit dergestalt beschweren und bekomern, so gehörte ja auch ein defension darzue, nit weniger, als wann es von feinden beschege, do dann auch zu hörde, tota patria selbst wurde dasselbe nit fur unbillig halten. . . .

Datum Jhauer den 24. Aprilis anno 1589, eur r. k. m. underthanigister, gehorsambster diener Mateß von Logau.

Fñ 236, 3, S. 668 f.

71.

1592 April 21. Jauer.

#### Bestimmung über das Liefgeld der Ältesten und der Ausschüsse und über die Bestrafung nachlässiger Ältesten.

Fernere erclerung etzlicher puncten in der herrn landeseldisten bestallung am gemeinen gebot zum Jhaur, den 21. Aprilis anno 1592: Demnach der herrn eldisten zerung und lifergeldes halben ein mißverstand vorgefallen, daß etzliche der meynung gewesen, es solle inen dasselbe auch auf die allgemeinen landszusamenkunften oder gebotstage passiret werden, inmassen sie es dann zum teil vom hern einnemer also abgefordert und endpfangen haben; damit aber nu hierinnen ordnung und gleichheit gehalten werde, ist diser punct heut dato durch beratschlagung der anwesenden hern landstend und eldisten dahin erclert und geschlossen worden, nemlichen, daß hinfuro einem jeden der hern eldisten solch lifergelt oder zerung alleine ausserhalb der gemeinen gebotstage, dann sie onediß sowol, als andere landsassen, dem gebot auf iren unkosten beizuwonen schuldig, gegeben werden sol. Es sollen aber umb merer ordnung willen die hern eldisten gegen endpfahung solchen lifergelds dem hern einnemer ein verzeichnuß übergeben, wivil, auch welchen tag und nacht er ausserhalb der gebotstage den landessachen beigewonet habe. Wann auch bisweilen ausserhalb der gemeinen gebot neben den hern eldisten andere landsassen in des vaterlands sachen zusamen beschriben, oder ob es sich auch bei gemeinen geboten zuetruge, daß ausschüße vermocht wurden, welche neben den hern eldisten lenger, als der gemeine adel, beisamen verblieben und den landsachen obligen musten, denselben landsassen sol das lifergelt oder zerung ebner massen, wie obgemelt, auch gegeben werden.

Weil sich auch gleichwol die hern eldisten zum teil ofters fast seumig ertzaigen, langsam zur stelle komen, auch bisweilen one ehehaft oder erhebliche ursachen aussenpleiben, ungeachtet der peen, so albereit vorhin anno 1587 den 13. Februarii, wie oben zu befinden, geschlossen undt ausgesetzt ist, so ist heut dato uber vorig erwennte aufgesetzte peen der verlustigen jaresbesoldung weiter wilkürlich geschlossen worden, daß neben verlust der besoldung der ferner aussenpleibende eldiste allemal auch dem k. ampte die gewonliche amts peen unnachlessig erlegen solle. Gescheen und geben zum Jhauer den 21. Aprilis anno 1592.

Eintragung vom Anfang 17. Jhdts. im Bestallungsbuch der Landesältesten. Kgl. St.-A. Rep. 39, S.-J. II 15 g, S. 12 f. Abschrift in Rep. 135, Jau. Msc. XV, S. 159 f.



72.

1593.

**Wahlartikel des Landeshauptmanns.**

Artikel, so dehnen herren landeshauptleuthen bei dem actu inaugurationis sive installationis pflegen eingehalten zu werden.

Erstlich: Der her hauptmann wolle sich in denen sachen und händeln, so er nicht entscheiden könnte, bey der k. m. und sonst keiner andern orthe bescheides erholen.

Zum andern: Vermöge ihrer der landstände privilegien denen von städten oder geistlichen personen über ritter- und lehen- gütter keine erblehne zu thun.

Zum dritten: Von frembden von adel, so in diese fürstenthümer kaufen, wegen der lehen kein übermässiges zu fordern.

Zum vierdten: Die landsassen in bürgerlichen sachen mit bestricknüss oder gefengnüss nicht zu beschweren, sondern sie vorhin für land und städte, allda bescheids zu gewarten, fürzubescheiden.

Zum fünften: Keinen fehder ohne vorwissen des parts zu vogleithen, der gleichen auch die unterthanen hinter der herrschaft vorwissen weder zu vogleithen, noch umb geld zu straffen.

Zum sechsten: Die landsassen bey poen nicht [vor] zu bescheiden, sondern bey schuldigem gehorsamb.

Zum siebenden: Die gemeinen geboth, so viel möglich, altem brauche nach den mehrern theil gen Jauer anzustellen.

Zum achten: Die zwölfer nach alter gewohnheit alle quartal zu verschreiben.

Zum neunnten: Aller andern fürsten dienste und raths sich zu entschlagen und im ampte aufzuhalten.

Hierauf folget der gewöhnliche aydt des herren landeshauptmanns.

Kgl. St.-A. Rep. 39, S.-J. III 1 i. Die älteste Form der Artikel s. vorher S. 64, Anm. 9. Vgl. ferner für 1603: S.-J. III 1 a; für 1607: Rep. 13, AA III 26 e, Bl. 422 und S.-J. II 1 f, Bl. 123. In S.-J. III 1 bc, 1. Blatt, heißt es hinter dem 9. Artikel: Dem allen nach wollen die landstände auf der k. m. befehl den hern hauptmann gehorsamlich angenommen haben, ihm auch allen schuldigen amtsgehorsam leisten, tröstlicher hofnung, der herr hauptmann werde sich aller gebühr verhalten.

73.

1598.

**Verpflichtung des Georg Fürst anlässlich der Aufnahme zum Landsassen.**

Extract aus herrn Georg Fursten obligation gegen den herrn landtstenden, als er ein landsass angenommen worden: Hierauf und diesem nach wil ich mich hiermit für mich und meine eheliche leibeserben vorobligiret, vorpflichtet und verbunden haben, uber des landes wohl erworbene privilegia, gerechtigkeiten, freyheiten, gewonheiten und gebrauchen mit und neben den andern landtsassen getreulich zu halten, dieselben zu defendiren und zu schutzen nach bestem vermögen und sonsten alle dasjenige zu leisten und zu thun, was die andern angesessene getreue landtsassen der fürstenthümer S. und J. von rechts oder gewonheit wegen, auch laut derselben erlangten städtlichen privilegien, freyheiten, begnadungen, landesgewonheiten und gebreuchen zu leisten und zu thun schuldig seint, damit sich dissfalls uber mich und meine eheliche leibeserben niemandes mit fug und billigkeit zu beschweren uhrsach haben möge. Actum anno 1598.

Kgl. St.-A. Rep. 135, Jau. Msc. 27, S. 266; desgl. Jau. Msc. Fol. 67, Bl. 153 b.

74.

1600 Februar 28. o. O.

**Neuordnung der Ältestenwahl.** Die neu zu wählenden vier Oberrechtssitzer sollen auch das Ältestenamt übernehmen; neben sie tritt ein Sechzehner-Ausschuß von je zwei Landsassen aus jedem Weichbild.

Demnach aber auch vor vielen langen jahren landes eltisten zue nuz und ersprissligkeit des vatterlandes vorordnet und biess auf dato erhalten worden, dass vatterlandt auch derselben ubel entratten und

entberen kann, als haben sich die herren landtsstende dahin weiter vorainiget und entschlossen, das obgemelte vier<sup>1)</sup> personen:

**[Ältestenamt:]** Das elsten ambt auch auf sich nemen und dasselbe treulich vorrichten, sich auch in vorfallenden des vatterlands angelegenheiten an dem k. hofe und furstentage und wo es des landes notturft erforderet, zue absendungen obgewechselter weise, jedoch das allewege die quartalia darbey in acht gehalten und nicht vorseumet werden, unwägerlichen zu gebrauchen lassen schueldieg und vorpflichtet sein sollen.

**[Versäumung der Sitzungen:]** Und wo einer oder der ander von landes eltesten, wan sie von dem ambe erfordert werden, aussen bliebe, sollen neben dem k. ambt die anwesenden nichts weniger zue ratschlagen und nach gelegenheit der sachen auch zu schliessen fueg undt macht haben, und der aussenbleibende soll schueldieg sein, auf negst folgende zuesambenkunft die ursachen seines aussenbleibens zu vormelden, auch auf den fahl darzuthun und zu erweisen; daruber neben dem k. ambt die andern landeseltesten inen in mangelung genugsamer endschneldigung in ein wilkhuerlich geldttraff zu vorurtheilen fueg und recht haben sollen; davon er sich keinesweges weder vor das landt noch sonsten ziehen noch berufen soll, damit also, wie gleichwol vorhin geschehen, alles unerhebliche aussenbleiben und nicht erscheinen vormyden undt des vatterlandes angelegenheiten desto fruchtbarlicher mögen beratschlaget und zue werckhe gerichtet werden.

**[Weichbildausschüsse:]** So giebt auch die erfahrung, wann das gantze landt in grosser anzahl auf denen landes vorsamlungen beysammen ist, das man, zue geschweigen der grossen unkosten, so auf dermassen zuesammenkunften aufgehen, mit den algemeinen beratschlagungen des landes ubel undt unschleunig furgehen kann, darundt das ganze landt ofters aufgehalten und große zerunge geursacht wüderet. Derowegen sich dan auch die herren landtsstende zue abwendung grosser unkosten undt desto ordentlicher fortstellung der beratschlagungen dahin vorglichen, das forthin aus idwederem weichbilde, jedoch Polekenhaien und Landesshutt zusammengeschlagen und fur ein weichbildt geraidtet, zwey personen sollen ausgegeben und von idwedern weichbilde furgeschlagen werden, welche neben dem k. ambe und herren landtseltesten, so oft es die notturft erforderet, des landes angelegenheiten beratschlagen und befodern undt, wann bey gemeinem lande etwas fuergelaufen, dasselbe ihres weichbildes mitlandsassen in der weichbildesstaedt aussfurlichen und nottuertigte auf vorgehende des k. ampts zusammenfoderung berichten sollen.

**[Diäten:]** Welchen ausschuss personen eine leidtliche und in allen weichbildern gleichmessige zehrung von den andern ihren weichbildes mitlandsassen sol entrichtet werden.

**[Landtag:]** Wan es aber die hohe und unumbgengliche des landes not und notturft erheischet, soll das ganze landt zusammen, wie vorhin auf algemeinen landtgebotten geschehen, erfordert undt mit deselben rath und guttachten des vatterlandes angelegenheiten beratschlaget und fortgestellt werden.

Kgl. St.-A. Rep. 135, D 333, S. 553 f., Punkt 3; kollationiert mit Rep. 39, II 1 e, Bl. 39 b.

75.

1601 März 20. Prag.

**Kaiser Rudolf II. bestätigt 1. die Reformation des Zwölferrechts durch die Einführung mehrerer besoldeter Beisitzer, 2. die Ordnung der Supplikation an den böhmischen König.**

Wir Ruedolff der ander, von gottes gnaden erwölter römischer kaiser . . ., bekennen hiemit . . ., das uns die wolgebornen, gestrengen und ernveste unsere liebe getreue N. landtsstende der furstenthümer S. und J. durch ire gesandten, die ernvesten unsere auch liebe getreuen Adam von Seidlicz auf Grunaw und Caspar von Warnssdorf zu Gussmansdorf underthenigst furbringen und zu erkennen geben haben lassen, ob wol bey irem mann- und zwölferrecht, welches inen noch von weilandt kunig Georgen, unserm loblichen

<sup>1)</sup> Es sind die 4 vom k. Amt und den Landständen aus den Landsassen erwählten besoldeten und dauernden Mitglieder des Zwölferrechts [Punkt 1 obiger Reformation, vgl. Quellen Nr. 75 u. 76].



vorfahrn, ausgesetzt und bis auf dato, von khunig zu khunigen confirmirt, allezeit im üblichen brauch gewesen, das ain jeder landsäss, so in das zwölferrecht gekhoren, nur vier nach einander folgende quartal solch recht besessen und nachmaln ainen andern landsassen ernennen und kisen mugen, welcher nach endung vier quartalien sein officium obiger massen resigniren und ainem andern auftragen mugen. Nachdem sy aber solches umb vieler erheblicher ursachen willen bey jecziger beschaffenheit der welt und zeit und in sonderheit darumb, das oft, ehe aine sach halb erörtert worden, ainer und mehr, der derselben beygewohnt, resignirt und ain anderer, deme die sach noch unbekandt, daczu khombt und darinnen erkennen soll, nicht mehr rathsamb befunden, hetten sy sich einhelliglich mit reifem rath aines statuts, wie es in khunftig dissfals gehalten werden soltde, verglichen, wie folgt:

**[Beisitz im Zwölferrecht:]** Obwol vor vielen langen zeiten und jaren bey dem löblichen zwölferrechten der furstenthümer S. und J. durch eingefuerte gewonhait üblichen und breuchlichen gewesen, das ain jedweder gekorner zwölfer nur vier nacheinander folgende quartalia besitzen durfen und nach deroselben endung ainen andern seines weibbildes landsassen an seine stell nennen und kiesen mugen; jedoch aber weil mit verlaufung der zeit der process fur solchem löblichem gericht in diesem sich mercklichen vordert, das nehmlichen, da vor jaren wenig geleerte advocaten und juristen bey demselben adhibiret und gebraucht worden, sondern vielmehr ain landsass und blutsfreundt dem andern seine notturft einfaltiglich und ohne alle weitschwaifigkeit geredet und gefördert, darauf dann auch viel leichter zu sprechen und zu erkennen gewesen, aniezo ofters auslendische advocaten und juristen gebraucht werden, welche die rechtsbengigen sachen mit solcher weutleufigkeit und vielen allegirten rechtsgründen furbringen, das ainem einfaltigen leyen ganz schwer und vast unmuglichen fallen will, darauf zu erkennen und zu sprechen; uber dieses auch dieser ursachen halber die bey recht schwebende sachen in beschwerliche den partheien verzögerung gerathen, das nehmlich oft in ainem quartal viel neue zwölfer gekoren werden, welche ehe und zuvor ain urtl sonderlich in wichtigen sachen gefasset werden kan, sy ire quartalia ausgesessen haben und also an ire stelle andere, welche so baldt notwendige der sachen information nicht erlangen können, gekoren werden,

**[Oberrechtssitzer:]** Alls haben aus diesen und andern mehrnen hochwichtigen bedencken und ursachen und, umb das so viel mehr die liebe gott wolgefellige iusticia meniglichen desto ordentlicher und schleuniger administrit und mitgetailt werden khönne und sich darob niemandt mit fugen zu beschweren ursach haben möge, auf allergnedigste ratification und confirmation der r. k. m., unsers allergnedigsten herrn, die landtstende der furstenthümer S. und J. mit und neben dem k. herrn hauptman nach gehaltener reifflichen beratschlagung sich dahin einhelliglich verglichen und vernommen, das von zeit der erlangten k. ratification anzufahen, zu allen khunftigen zeiten zum zwölferrechten etliche qualifizierte und wol taugliche personen aus dem mitl der landsässen von den herrn landtstenden nominirt und furgeschlagen, von dem k. amt aber anstadt der k. m. in Behaimb confirmirt und bestettigt und dieselben auf eine leidliche besoldung sollen vermöcht werden, das zwölferrecht mit und neben dem k. amte und den andern personen, — mit welchen es altem gebrauch nach soll gehalten und gar keine veränderung furgenommen werden —, so lang, als man sich mit inen der besoldung halben und sonsten vergleichen khünne, zu besetzen, damit also zum wenigsten solche personen, wann die andern abgewechselt und neue zwölfer gekoren werden, in rechten sitzen bleiben und durch lengere continuirung von zeit zur zeit rechtsverstendiger und erfarnen werden mögen. Wann aber von solchen personen aine oder die andere todes verliehe oder sonsten im rechten nit lenger sitzen wolten, oder aber auch ursachen wären, denselben abzudanken, welches anderst nicht, dann mit vorbewust und einwilligung des algemeinen landes beschehen soll, sollen allemal andere qualifizierte personen an dero selben statt voriger massen von dem ganczen lande einhelliglich nominirt und furgeschlagen, von dem k. amt aber confirmirt und bestettigt werden, dabey jederozeit keine gunst noch freundschaft, sondern allein des vatterlands nucz und wolfart in acht solle gehalten werden.

**[Appellation und Supplication:]** Über dieses, ob sy auch wol von kunig Wladisslao, so gleichsals allezeit confirmirt worden, so weit privilegirt wären, das von solchem irem angedeutten landtrecht und

darinnen gesprochenen urtl niemandt, wer der auch sey, weder an den kunig von Behaimb noch anderst wohin appelliren, sich ziehen soldte oder kunde, darinnen sy auch die supplication an uns verstanden und dieselb zuzulassen sich nit schuldig erachtet hetten; aldiweil aber doch wir, noch unsere vorfahren desselben als aines kunigs von Behaimb regals niemaln begeben wöllen, so hetten sy gleichfals auf ainen modum, wie es hierinne ferner gehaldten werden solle, geschlossen, wie volget: Obwol die landtstende der furstenthumber S. und J. von weilandt kunig Wladislao . . . wegen irer getreuen gelaisteten dinsto dahin vor vielen langen jaren . . . undter andern privilegirt und begnadet, das alle und jede sachen, darueber sy miteinander zu schaffen gewonnen oder irrig, zweytrechtig und spennig würden, auch so auslendische personen aine oder mehr, wes standts, wurden und wesens dieselben wären, genandter furstenthumber einwohner aller stende in forderung der zuspruche zu nehmnen vermainten, vor irem landtrechten zur Schweidniz und nindert anderstwo nach gegugsamer fürbringung, verhörung, clagen, antwort, gegen- und wiederrede durch oberurtes rechten geschworne rechtsiczer durch ir urtl und erkänthus versprochen und geendet werden solten, davon sich niemandt vor die k. m. zu Behaimb oder ander recht zu cziehen, appellirn oder beruffen hette, sondern alle solche zuege, appellation und beruffung, wie dieselben furgenommen oder geschehen möchten, solten jeetz als dann und dann als jeczto craftlos, tode, abe sein und vor nichts gehaldten werden, solch privilegium von allen nachgefolgten kunigen zu Behaimb, wie auch von der ieczto regierenden k. und k. m. . . statlich confirmirt und bestettigt worden, die landtstende auch bis auf dato solches privilegii sich gebraucht, desselben genossen und erfreuet haben. Jedoch dieweil die sachen oftmals so verworren, zweifelhaftig, schwer und wichtig sein, das darinnen die richter, wann sy schon noch so geschickt, erfahren und fursichtig sein, wol impingiren und verstossen können, so haben sich die landtstende nach gehaltener reiflicher beratschlagung, jedoch auf allergnedigste confirmation der r. k. m. . . aines models der supplication und revision volgender gestalt und also einhellig vor sich und alle ire nachkhomben verainiget und verglichen: Wann in kunftigen zeiten von den kuniglichen mannen ain endurtl publicirt worden, soll dem beschwerten tail, es wäre cleger oder beklagter, zugelassen sein, alsbaldt oder innerhalb zehen tagen bey dem hofrichter der supplication sich anzugeben und dessen von ihm schriftlichen schein zu nehmen, volgendts bey der k. m. durch die supplication die revision underthenigst suchen und erlangen. Wann er nun deren bey der k. m. erlangten supplication gegugsamen schein dem hofrichter zubracht, soll der hofrichter ime alsdann ainen schleunnigen peremptorischen gerichtstag — jedoch das derselbe zum wenigsten sechs wochen in sich halte — ansetzen, dabey dem supplicanten in ainer schrift vom munde in die feder, wie es sonsten bey den gerichten üblichen, die ursachen der gebettenen supplication und revision auszufuhren und aus den vorigen acten sein recht zu erherdten, gar nicht aber ainiges neues beweiises sich anzumassen, solle zugelassen werden, darauf dann dem andern tail seine gegennotturft auch in ainer schrift in gleicher frist erwänter massen zu befordern frey und bevorstehen solle. Über solche zwo schriften aber solle weiter gar kain einbringen, auch kaine protestationes verstattet und angenommen werden. Damit aber alle unerhebliche weutleuftigkeit und verzügerung der sachen abgewendet und vormitten werden, soll kainem die revision verstattet und zugelassen werden, er habe dann bey den kön. manrechten den sechsten tail der anforderung, wie dieselb von den kön. hofgerichten gerichtlichen und dem landtbrauch nach taxirt worden, ain barem geldt gegen geburlicher kundtschaft niedergelegt, welches niedergelegten geldes er auf den fall der felligen revision verlüstigt sein und dieselbe den richtern auf mass und weise, wie man sich derowegen vergleichen würdet, ausgetailt werden sollen. Wofern aber supplicant in seinem vermögen soviel nicht haben noch vermögen wurde, welches er auf seinen corporlichen aidt zu erhaldden schuldig sein soll, soll derselb aine bürgliche oder auf eusseristen fall des unvermögens aine aidliche caution zu bestellen schuldig sein, sich bey publicirung des revisionurts in der person fur gerichten einzustellen, und wofern er in der revisionsache nichts erhalde, soll er alsbaldt in ain gefecknus auf sechs wochen lang ohne allen verzug und ainige gnad, wohin ihn die gericht ordnen werden, gelegt und darinnen unnachlessig enthalten werden, dabey weder die gericht noch das k. amt kaine dispensation furezuwenden macht haben



sollen. Würde aber der supplicat aintweder vor den zehenden der supplication sich nicht angeben oder aber obgelmelte summa geldes vor dem zu einbringung seiner revisionschrift angesetzten termin nicht bey gericht nidergelegt oder die obbemelte cautionem gelaistet und volzogen haben, soll er dadurch der revision verlustig sein und bleiben und das urtl seine wurekliche craft erraicht haben. Wann nun also baide tail ire schrift obvermelter massen eingebracht, sollen dieselben zu den vorigen acten gelegt und die ganczen acten in beysein der parteyen inrotulirt und der k. m. und derselben edlen rätthen zum versprechen auf des verlirenden tails unkosten geschickt werden. Was daselbsten gesprochen und nachmals bey den manrechten publicirt worden, dabey soll es allerdings gewenden und kaine weitere supplication, querel, recurs oder wie es köndte oder möchte erdacht werden, zugelassen und verstattet werden. Do sich auch jemandt, wer der auch wäre, etwas weiter zu suchen und anzumassen unterfangen wurde, soll derselbe all sein haab und guet, halb der k. m., die ander helfte dem lande verlustig sein und beim lande in iren versamlungen und ratschlegen gar nit geduldet werden. Hette er aber seines vermögens uber tausent taller nicht, soll er auf solchen fall jar und tag in schwerem gefengknus ohne ainige gnade enthalten und von allen ratschlegen des landts ausgeschlossen werden. Es sollen aber die urtl in bürgerlichen sachen ungeachtet der angemasten supplication und revision exequirt werden, jedoch das dieser, welchem die execution erfolgt, eine caution bestelle, aufm fall er der sachen durch die revision verlustig erkandt würde, das er dieses, dazzu ime geholfen, alsbaldt ohne alle vorgeringerung nach publicirtem revisionurtl widerumb dem gewinhaften tail ainstellen solle und wolle. Und soll schliesslich solche vergleichung unsern privilegien in gemain und sonderlich dem privilegio Vladislai in allem andern zu kainem vorfang, nachtl und abbruch kainerley weise verstanden, gedeutet und angeezogen werden, sondern dieselbe alle und jede in iren kreften und würden sein und bleiben.

Und demnach dann nun uns obberuerte gehorsambe stende gedachter furstenthümer S. und J. hierauf underthenigst angefohen und gebetten, solche ire zway neue mehr gedachtem furstenthumb zum besten aufgerichtete ordnungen uns gnedigst gefallen zu lassen und diselben zu confirmirn und zu bestettigen, alls haben wir . . . den viel genenten landtstenden solche ire zwo neue aufgerichtete ordnungen, das zwölferrecht und den weg der supplication betreffendt, in allen iren puncten, clauseln, artigghn und mainungen, inmassen dieselb oben von wort zu wort inserirt und einverleibt, gnediglich und vom neuen confirmirt und bestettigt, confirmirn und bestettigen inen dieselb aus behemischer kuniglicher macht als obrister herczog in Schlesien, auch zu Schweidniz und Jauer hiemit wissentlich und in craft diez briefs, gebieten darauf allen und jeden unsern underthanen . . . und insonderheit unsern ieczigen und kunftigen obristen und andern hauptleuten unserer furstenthümer S. und J. ernstlich und västiglich, das sy die viel gemeldte landtstende und ire nachkhomben bey ernenten und oben inserirten neuen ordnungen und diser unser bestettigung ruhig verbleiben lassen . . ., yedoch denen von steden an irem rechten, so sy bey dem zwölferrecht des beisicz halb zu haben vermainen und inen solches in ainer gewissen als nehlich doppelt sächsischer frist zu erweisen auferlegt worden, auf solchen fall unschedlich. Zu uhrkündt mit unserm anhangenden grössern insigl bekreftiget, geben auf unserm kuniglichen schloss Prag den zwainzigisten tag des monats Martii nach Christi . . . geburt im aintausend sechshundert und ersten, unserer reiche des römischen im sechszundzwainzigisten, des hungerischen im neunundzwainzigisten und des behemischen auch im sechszundzwainzigisten jar.

Kgl. St.-A. Rep. 6, Urk. S.-J. Nr. 5 m. Or., Perg., Majestätssiegel an schwarz-gelben Seidenschnüren. Abdruck bei Schickfus III, S. 405 f. und Brachvogel, Sanctiones pragmaticae II, 447 f.

76.

1601 Mai 16. Jauer.

### Wahl und Instruktion der vier Oberrechtssitzer über ihre Aufgaben als Beisitzer des Zwölferrechts und als Landesälteste; Bestimmung über die Wahl eines Ausschusses.

Neu aufgerichtete ordnung und instruction wegen der vier landeseldisten, so auch im zwelfer rechten mite sitzen sollen.

[**Wahl:**] Demnach die itzt regirende r. k., auch zu Hungarn und Behaimb k. m. . . , auf der herrn landstende in fürstenthumben S. und J. vorgeends underthanigists ansuchen inen den landtstenden allergnedigist verstatet und zugelassen umb vieler hochwichtigen in einem sonderlichen darueber habenden neuen und vom dato Prag den zwanzigsten tag monats Martii gegenwertigen sechzehnhundertundersten jares von irer r. k. m. erlangten privilegio eingefuerten und angezogenen motiven und ursachen willen das ober- oder zwelferrecht gemelter fürstenthumber mit ezlichen tauglichen und qualificirten personen zu besetzen auf maß und weiße, wie in angezogenem privilegio umbstendiglich und ausführlich begriffen ist, alß haben heute dato wolgedachte herrn landstende in allgemeiner landeszusammenkunft alhir zum Jauer nach zuvor gehabtem raiflichem radte und mit sonderlicher genembhabung des k. amktes, des edlen, gestrengen herrn Brandain von Zedliz auf Hartmansdorff und burglehn zum Jauer, r. k. m. radtes, ermelter fürstenthumber hauptmans, einhelliglich vier personen aus beiden fürstenthümben vermocht, als den edlen, wolbenamkten und erenvesten herrn Adamen von Seidliz auf Grunau und Buchwaldt, Hanßen von Zedliz auf Wilkau, Casparn von Warnßdorff auf Gueßmanßdorff und Adamen von Lest auf Holenstein, unter welchen aber der von Warnsdorff laut seiner sonderbaren bestallung landesbestalter mite sein solle, dieser gestalt und also, das ermelte vier personen neben dem k. amkte und den andern acht personen der zwelfer — mit welchen es bey alter observanz allerdings verbleiben solle — das k. ober- oder zwelfer-recht besizen und alle noturft und an- gelegenheit dabey treulich und fleißig befördern helfen sollen, inmaßen denn der hochbeteuerliche gerichtsaidt sie als christen und erbare biederleute desselben erinnern wirt und der herrn landstende vertrauen zu inen unzweifelich steet. Neben diesem sollen auch diese vier personen verpflichtet und schuldig sein, das gerichte, so amkt, landt und stedte genennet wirt, neben dem herrn hauptman und ermelten beiden stenden, landt und stedten, alle quartalia zu besitzen und seggen treulich, erbarlich und fleißig ires besten verstandes erwachsene hendel und sachen zu entscheiden und der billichkeit nach ires besten verstandes verabscheiden zu helfen.

[**Funktion als Landesälteste:**] So und alßdann auch di erfahrung bishero gnugsam gegeben, das die herrn landstende dieser fürstenthumber der landeseldisten zu befoderung des vaterlandes teglich vorfallenden angelegenheiten und zu ersparung vieler des gemeinen landes mühesamkeiten und schweren uncosten — welche bei allgemeinen often zusammenkunften des landes nicht nachbleiben mögen — gar nicht entperen können, sondern zu gedeilichem nuz und ersprißlichkeit des landes dieselben notwendig bedurfen, haben und erhalten müßen, so haben mehr gemelte herrn landtstende einhelliglich mit zuvorgehabtem guttem radte, auch vorwißen und einwilligung obwolgedachten herrn hauptmans als des k. amktes die obigen zum zwelferrechten deputirten vier personen auch zu landes eldisten verordnet und vermocht, welche solches ambt vermittelst des allmechtigen verleihung und seggen treulich, erbarlich und fleißig ires besten verstandes zu vorrichten auch auf und uber sich genomen, inmassen hernach weiter specificiret zu befinden:

[**Sitzungen und Liefergelder:**] Als erstlich, wann und zu welcher zeit sichs in künftig begeben möchte, das aus erheblichen ursachen und erforderung des vaterlandes noturfft das k. amkt ermelte vier landeseldisten an gewöhnliche orte und stellen zusammen verschreiben wurde, sollen dieselben zu rechter vom k. amkte angedeuteter zeit unaußbleiblich erscheinen und die vorgefallenen angelegenheiten des vaterlandes neben dem k. amkte treulich beratschlagen und zu werke richten helfen, do dann einem jeden außerhalb hernachgesetzter jerlicher pension auf tag und nacht alhier in fürstenthümben zween taler zehrung oder



liefergeldt, auf di fürstentage aber, do einer oder der ander dahin abgefertiget würde, das gewöhnliche wochengelt passiret und vom herrn einnehmer erlegt werden sollen.

**[Stellvertreter und Ausschußpersonen:]** Wofern aber irgents einer oder mehr aus gnugsamer und darthuenlicher ehehaft zur stellen nicht erscheinen könnte, sol der oder dieselben bey gutter zeit dem k. ampte solches zu wißen machen, bey deßen discretion es nachmaln steen solle, nach gelegenheit der sachen an der aussenbleibenden stat andere oder auch mehr personen alß einen ausschus zu berathschlagung solcher sachen zu verschreiben, denen sowol das obige liefergeldt gefolget werden solle.

**[Ordnungsstrafen:]** Damit aber bey den vier landeseldisten, auf welchen die maiste sorge für das vaterlandt neben dem k. ampte beruhet, alles unerhebliche außenbleiben vermieden werde und diese ordnung aus des ganzen landes zu inen zuvorsichtlichem vertrauen in besserer ordnung zu ersprießlichkeit des vaterlandes erhalten bleibe, sol der nicht erscheinende landeseldiste auf negstfolgende zusammenkunft die ursachen seines aussenbleibens zu vormelden, auch aufn fall darzuthun und zu erweißen schuldig sein, darueber neben dem k. ampte die andern landeseldisten rath halten und inen in mangelung genugsamer entschuldigung beweßung oder aufn eussersten fall eidlicher erhaltung in eine willkürliche geldstrafe auf zehen schwere schok dem k. ampte und andern landeseldisten zu erlegen, zu vorteilen fug, macht und recht haben sollen, davon er sich keinesweges weder vor das landt, noch sonsten anderßwohin zihen oder beruffen solle.

**[Ersatzwahlen:]** Damit nun dieses izo aufgerichtete und beschlossene hochnotwendige werk und ordnung mit den zwelfern und eldisten in stetem esse und unvorruktem gebrauch in alle künftige zeit fort und fort gehalten und erhalten werde, so sol allemal, wenn eine person aus diesen vieren nach gottes willen mit tode verfiel oder aber vermöge des obangezogenen neuen privilegii in solchem zwelfer- und eldisten-ampte lenger nicht continuiren könnte oder wolte, ein theil dem andern solches ein vierteljar zuvor an- und aufkundigen, und es sol alßdann inhalts der claren außmeußung des dik angezogenen privilegii ein ander tangliche person aus den beiden fürstenthümben, es betreffe welch weichbildt es wolle, von dem ganzen lande an die vacirende stelle geordnet und vermocht werden.

**[Dienstreisen:]** Do es sich auch fürder zutragen und begeben würde, das von gemeinem lande in pottschaften, es sei zu höchstgedachtister r. k. m., unserm allergnedigisten herrn, sowol auf fürstentage oder auch wohin es sonsten die noturft erfordern möchte, abgefertiget werden solte, darinnen sollen obgemelte vier personen — doch außerhalb des landesbestalten — nichts mehr, dann andere landsaßen verbunden und verpflichtet sein.

**[Vollmacht:]** Dem allem nach sollen ferner diese vier personen zu aller zeit gutt fug und macht haben, alles was sie auch außerhalb dieser mitgegebener kurz vermerkter ordnung und instruction — sintemalen alles bey diesem werk zu specificiren unmöglich ist — für notwendig befinden, das gemeinem vaterlande zu wolfart, nuz, guettem und besten gelangen möchte, neben dem k. ampte zu berathschlagen, zu handeln, zu schließen und iren treuen fleiß darinnen nit zue erwinden laßen, wie dann die herrn landstende ir unzweifelhaftiges guttes vertrauen zu inen allen und jederm in sonderheit alß zu treuen mitlandsaßen entlich sezen, tragen und haben wollen.

**[Besoldung:]** Und ob nun wol diese ordnung der höchsten obrigkeit und gemeinem vaterlande zum besten und wolfart gemeinet ist, dasselbe auch izige und kunftige vier personen und die irigen als des landes treue glieder zu jeden zeiten selbst mite betrifft und deßwegen kein zweifel zu haben, sie werden aus treuer underthenigkeit gegen der höchsten obrigkeit und liebe zum vaterlande hierzu sovil williger und genaigter sein und diese bemühung von pension oder besoldung wegen im wenigsten nit meinen, aber danoeh zu anzeig billicher dankbarkeit seint einem jeden jerlichen dritthalbhundert taler, dem landßbestalten aber vermöge seiner sonderbaren bestallung vierhundert taler zu geben bewilliget, welche inen der einnehmer alle halbe jar halben teil gegen gebüerlicher quittung erlegen sol; hiergegen aber durfte inen kein nacht- oder lieffergelt auf di quartalia nicht gegeben werden.

[**Annahme von Beschwerden:**] Ob auch etwa bey einem oder mehr landsaßen sachen und beschwerigkeiten, so nit alleine sie, sondern dieser fürstenthümer freyheiten undt rechte in gemein mit anlangende und also landsachen weren, fürfallen möchten, solche beschwerden mögen sie an das k. amt und diese vier personen, wann sie one das beysammen, gelangen; dieselben werden es gemeinem vaterlande und den beschwerten landsaßen zum besten treulich berathschlagen und soviel möglich zur billichkeit befürdern. Do aber auch ir kein landsasse in seinem sonderlichen eigen ob- und anliegen bey dem k. amt und diesen vier personen, wann sie sonsten zusammen verschrieben sein, umb radt zuflucht haben wolten, der oder dieselben landsassen sollen sich allzeit gedulden, bis die radtschlege in der hohen obrigkeit und gemeines landes sachen zuvor beschloßen, alßdann sollen sie auch gehört und soviel möglich mit gebüerlicher fürderung bescheiden werden.

[**Befragung von Ausschuß und Landesversammlung:**] Im fall aber auch des gemeinen vaterlandes sowol sonderbarer landsaßen sachen, beschwerden und angelegenheiten je so wichtig und schwer fürfielen, das denselben durch das k. amt und die vier eldisten — sonderlich wenn sie sich miteinander selbst einhellig nit vergleichen könten — nicht abgeholfen möchte werden, auf solchen fall wirt das k. amt entweder einen ausschuß, alß aus jedem weichbilde einen, zween, auch do von nöten, mehr landsaßen, do die sachen auch so hochwichtig weren, das ganze landt zusammen verschreiben, über denselben sachen mit und neben den vier landeseldisten radt halten und solchen zur gebüer abhelfen. Und wann also ausschuße beschrieben werden, denen solle gleichsals auch das gewöhnliche lieffergelt, alß tag und nacht zween thaler, gegeben werden. Das nun solches fürderlich zu lob und ehr gote dem allmechtigen, auch mehr hochsternantister r. k. m. . . . zu underthenigstem treuen gehorsam und hievor oft genannten herrn landstenden izo und in kunftiger zeit zu aller guetten wolffart gelangen möge, das woll gott gnediglich verleihen.

Solche ordnung und instruction ist in gegenwart oft wolgedachten k. amtes durch di herrn landstende in allgemeiner versammlung heute dato alhier zum Jauer im kloster nach öffentlicher ablesung entlich also aufgerichtet, genembgehabt und geschlossen. Gescheen den sechzehenden tag des monats May, nach Christi . . . geburt im sechzehenhundertundersten jare. Dem allem zu uhrkunth, mehrer bekreftigung und sicherheit dis loblichen werkes ist diese ordnung und instruction von dem k. amte und den herrn landstenden ernanter fürstenthumber S. und J. nach alter löblichen gewonheit und brauch besiegelt.

Kgl. St.-A., Rep. 39, S.-J. II 15 g, S. 15 f. Original-Eintragung mit 29 meist unkenntlichen Papiersiegeln im Bestallungsbuch der Landesältesten.

77.

1602 Dezember 4. Prag.

### Instruktion des Landeskanzlers.

Rudolph der andere. Instruction auf den ehrenvesten, unsern lieben getreuen Conraden von Nimptsch und Reverssdorff auf Mehwaldau, unsern truchsäss undt angehenden cantzler der fürstenthümer S. undt J., wie er sich in diessem ihme von uns aufgetragenen undt vertrautem cantzleramte verhalten undt wasgestalt er dasselbte administriren undt verrichten soll.

[**Wahl und Ernennung:**] Anfänglich wirdt sich gedachter Nimptsch gehorsammlich zu erinnern haben, was massen wir vorscheinen monats Februarii diess ablaufenden jahres mit unsern gehorsamben landtständen berührter fürstenthümer S. undt J. wegen gedachten cantzleramts einen pfandes-contract aufgerichtet, bey welchen wir neben anderen reservaten auch diss insonderheit bedingt undt vorbehalten haben, das jetzo undt künftig, solange diesser contract währet und das dafür ausgezahlte geldt in unseren händen stehet, jedes mahl die landtstände drey persohnen ihres mittels uns fürschlagen, aus welchen wir einen fürzunehmen undt zu elegiren, undt da sich derselbe gegen uns undt dem lande nicht wohl verhielte, sie alsdann andere drey namhaft zu machen undt wir abermahl einen aus denselben zu erküssen undt in unsere eydtes-pflicht zu nehmen befugt sein sollen, mehrers inhalts deroselben bey unserer hofe-cammer schriftlich verfassten undt darauf von der böhmischen hof-cantzelley aus confirmirten vergleichung. Wann



dann nun zur folge desselben mehrgedachte unsere gehorsambe landtstände unter andern aus diesser zahl auch ihne, Nimbschen, fürgeschlagen, als hetten wir uns in ansehung seiner uns zuvor geleisten getreuen langwirigen diensten, auch aus sonderen zu ihme habenden gnädigsten vertrauen vor andern auf seine perschon resolviret, auch derohalben ihme persönlich anhero fordern lassen.

**[Siegelbewahrung:]** Hierauf sohl ihme nun in unserem nahmen nach geleisteter aeydtes pflicht mit undt beyneben diesser unser k. undt k. instruction des landes siegel aus händen des wohlgebohrnen unsers lieben getreuen Zdencko Adelbert Poppel von Lobkowitz auf Clanitz undt Bissabitz, unsers raths und obristen cantzlers des königreich Böheimb, zugestellet und darneben dies mit sonderem fleiss zu observiren fürgehalten werden: Erstlichen dass [er] dasselbe siegel als ein führnehmes kleynodt zu fleissiger gütter verwahrung halten, solches niemanden andern, es seye gleich, wer es wolle, abwesendt seiner vertrauen, sondern so oft es ad usum aus seiner gewahrsamb herausgenommen würdet, er selbst solches fleißig widerumb sperren undt zu jeder zeit, sonderlich wenn durch verhängnuss des allmächtigen, welches seine allmacht gnädiglich verhüthen wolle, feuers noth entspringen undt andere widerwärtige zeiten einfallen solten, in solcher hutt, wie sein eigen leib, ehr undt gutten nahmen halten undt dasselbe auf niemandes als unser abfordern zuekommen lassen sohl, in erwegung, daß uns undt gemeinem lande hieran nicht wenig gelegen.

**[Siegelverwendung:]** Vors andere sohl gedachter unserer cantzler sein fürnehmbes aufmercken haben, damit alle undt jede contract, erb- undt wiederkauf, aufgaben, vorzichten undt anders, so von alters her mit diessem ihrer mayt. siegel bestätigt worden, zustundt gerecht an der supscription undt allem anderem untadelhaft, auch vorm ambe der hauptmannschaft solcher massen, wie es der allhier gebrachte gebrauch, recht undt gerechtigkeit unser undt des landes erfordert undt mit sich bringet, neben gnugsahmer deliberation unsers bey einer jedtwedern sach habenden interesse vollzogen werden, auf das also weder durch irthum, noch andern gefährlichen wege, wie das beschehen kann, uns etwas zum verfang undt nachtheil hierdurch corroboriren undt bekräftigen, auch nichts dehroglichen, so diesem unserem landtsiegel nicht zugehörig, damit gesiegelt werden. Und do etwas deroglichen wieder versehen fürlaufen undt er solches gewahr werden solte, sol er dasselbe also bald in gebührenden orth bringen undt ja nicht verstatten, dass die fertigung darüber ihren fortgang gewinnen undt gänzlich ins werck gerichtet werden solle.

**[Kanzlentaxe:]** Dann auch, so sol er Nimbsch, unser cantzler, so viel die einkommen undt taxen betrifft, dahin sehen, auf das niemandt darmit übersetzet, sondern ein rechtes, billiches undt leidliches von einem jeden, er sey arm oder reich, alt herkommen nach, genommen werde. Dasselbe wirdt er nicht allein den landtstenden jährlich, oder wie sie diess orths mit einander accordiren werden, zu verreiten, sondern auch uns oder unserer cammer, auffen fall wier dessen begehren werden, durch einen ordentlichen auszugs nachricht zu geben verbunden sein. Undt demnach weylant kayser Ferdinandt, unser geliebter herr undt anherr, . . . anno 1548 einen zwischen den ständen und cantzler dahmalen durch sonderbahre darzu verordnete commissarien aufgerichteten vertrag über solche cantzelleytaxa, doch auf wohlgefallen, confirmiret, welche ordnung biess anhero zweifelsohne observiret undt dehoselben nachgegangen sein wirdt, so wollen wir ihne cantzlern zu mehrer seiner nachrichtung dieselbe ordnung von artickel zu artickel hiermit diesser instruction einverleibet haben, damit er sich in seines amtes administration deroselben gemäss, doch nur auf unser wohlgefallen undt mit vorbehalt, da es von nöthen, künftiger verbesserung, darnach zue richten wisse.

**[Taxordnung:]** Erstlichen, dass hinfürder in erbkaufen je vom hundert ungrische gulden einen gulden ungrisch sol bezahlet undt in die cantzellei gegeben werden.

Zum andern, in wiederkaufen von einem jeglichen hundert ungrische gulden einen halben ungrisch gulden.

Zum dritten, in leibgeding von zwantzigh ungrische gulden oder zwantzigh marcken, zu acht undt vierztig schlesischen weissen groschen gerechnet, ganghaftiger münzte oder landeswährung jährlicher zinsse sollen allewege ein ungrisch gulden in die cantzellei gegeben werden. Desgleichen, wann ein mann seinem weibe ein guth zu ihrem leibgedinge zu genüssen verschreiben würde, sollen von ingleichen hundert ung. gulden nach würden des guths ein halber ungrischer gulden gereicht und gezahlet werden.

Zum vierdten, in unwiederrufflichen aufgaben sollen von jedem hundert ung. gulden ein ung. gulden überreicht undt gegeben werden.

Zum fünften, in wiederrufflichen aufgaben von einem jeglichen hundert ungrisch gulden einen halben gulden.

Zum sechsten, in verziehen, wenn einer seiner tochter ihr vätterlich erbtheil abgestattet, und sonst in allen andern erbvorzichten vom hundert ung. gulden ein gantzer thlr. groschen oder so viel ganghafter münzte, als der thlr. zu der zeit gelten wirdt.

Zum siebenden, in ausleihung des geldes, welches mit königl. lehen auf die gütter auf eine zeit verschrieben wirdt, das man sonst auf bürgen pfleget auszuleihen, darinnen die freye aufsage ist, sohlen von einem jeglichen hundert gulden ung. ein orth eines gulden ung. in die cantzley ergeben werden. Undt wann solches geldt bezahlet, daß die vorschreibung undt registratur des brieffes in der cantzley wieder cassiret und ausgelösst sohl werden, sohl man von der gantzen summa, wie hoch die auch sein möchte, nicht mehr als einen orth eines gulden ung. zu geben verpflichtet sein. Undt diess sohl in diessem articul allein also, wie jetzt gemeldet, gehalten werden. In andern fällen aber, so was in der cantzley ausgelösst sohl werden, sohl es bey alter gewohnheit undt brauch der cantzley vorbleiben. Es sollen auch alle alte bey der cantzley vorlegene brieffe zwischen hier und nechstkünftig Ostern ausgelösst werden; wo sie aber in diesser zeit nicht ausgelösst würden, soll man alsdann von jederem brieffe doppelt gelt zue geben schuldig sein und darumb mit hülfe des hofferichters in demselben weichbilde, da das guth gelegen, unnachlässlich gepfändet werden. Die signation[en] der empfangenen belehnungen sollen nach dato dehrerselben in einem virlt jahre zum längsten in die cantzley geantwortet werden, undt die lehenbrieffe sollen folgendts von dato der signaturen, wie obsteht, in jahresfrist ohne allen verzug ausgelösst werden; wo aber nicht, sohl der cantzler mit hülfe des hofferichters darumb zu pfänden lassen macht haben; und so das genommene pfand in acht tagen nicht gelöst würde, sol der cantzler damit zu thun und zu lassen haben, samb alle rechte dinglich darüber ergangen wahren. Wann aber das pfand gelösset, sollen die unkosten undt das pfandrecht, so auf das pfand gegangen, neben der lössung erlegt werden.

Diesse obstehende articel sindt also, wie gedacht, von ihrer m. weiland kayser Ferdienando . . . auf wohlgefallen ratificiret undt confirmiret, jedoch in dehn sechsten punct der vorzicht halber diesse mit hernachfolgenden worten ausgedruckte enderung fürgenommen worden: Nehmblich, soviel aber dem sechsten articel der verzicht in solchem vertrage einverleibet belanget, wann einer seiner tochter ihr vätterlich erbrecht abstattet und sonst in allen anderen erbvorzichten, das alleweg vom hundert gulden ung. ein gantzer thlr. groschen oder soviel ganghafter münzte gegeben und genommen werden sollen, wollen wir solchem articel diesser gestalt geändert undt gebessert haben, das allewege vom hundert ung. gulden ein ung. gulden oder soviel ganghafter münzte, als der gulden ung. zur zeit gelten thut, erlegt undt empfangen werden. Bey welcher zeit[hero] von punct zu punct eingeführten taxordnung wier es auch bis auf weiteren bescheidt verbleiben lassen.

Wie es aber nach jetziger beschaffenheit mit dehn verlegenen undt unausgelössten brieffen, welcher einer aus dehn observirten articulu ist, undt dann seydt absterben des jüngst gewesenenen cantzlers weylant Christoph Gottschen bies auf die zeit angehenden contracts gehalten werden sohl, darüber wollen wir uns darnach weiter in gnaden der billigkeit nach resolviren.

Letzlich und schlüsslich sohl viel gedachter unser cantzler, der von Nimbsch, sich in allen anderen undt übrigen also verhalten, wie er solches erstlich gegen gott dem allmächtigen in seinem gewissen, nachmahlen gegen uns als seinem kayser, könig und herren vermöge der gethanen eydespflicht und sonst männiglich zu verantworten getrauet. Undt was er sonst über vorerzehltens noch mehrers, nützlichers undt bessers, so uns und der erohn Böhaimb von diessem ambt zu nütz undt gutterm, auch aufnehmen undt gedeyen gereichen mag und kan, daran sohl er an seinen eussersten nützlichen fleiss nichts erwienden lassen, wie wir dann in diessem allem obangedeuteter massen zu ihme ein sonder gnädigstes vertrauen setzen.



Daran volbringet er unseren gnädigsten willen undt meynung. Geben auf unserem königl. schlosse Prag d. 4. Decembris anno 1602.

Kgl. St.-A. Rep. 39, S.-J. III 3 b.

78.

1603 August 16 — 1615 April 13.

### Städtetags-Verhandlungen über die Bemessung der Steuerquote der einzelnen königlichen Städte.

Der städte Schweidnitzschen fürstenthumbs zusammenkunft zur Schweidnitz in der schöppenstube den 16. Augusti anno 1603. Demnach die stadt Schweidnitz sich von langer zeit hero beschweret, das sie alle onera realia und personalia bey hofe und auf fürstentagen vertreten müssen undt darumben auch anderer ursachen halber bey dero zwischen diesen städten seithero gewöhnlicher contributionsproportion länger nicht verbleiben könnte, sondern mit vielen motiven und umständen begehret, das sie bey dem dritten theil als drey und dreissig thaler, zwölf groschen, wie bey vorehrungen durch lange observanz herbracht, oder ie zum höchsten viertzig thaler aufs hundert zu geben gelassen werden möchte, undt was sonsten darbey den gantzen tag mit vielen abritten fürkomen, als haben sich gedachte städte des Schweidnitzschen fürstenthumbs zu vermeidung allerhand trennung dahin geeinigt, das die stadt Schweidnitz acquiesciret, auf einen versuch und gewisse conditiones aufs hundert allezeit funfzig thaler zu contribuiren. Die anderen funfzig sollen die städte unter sich gut machen, also stadt Schweidnitz 50 tal.; Striegau 19 tal. 12 groschen; Reichenbach 14 tal.; Polkenhain 7 tal. 12 gr.; Landeshutt 9 tal. 12 gr. Interfuere von Schweidnitz herr Samuel Conradt, Christoff Gropp, Erasmus Ortlob; Striegau: herr Johann Ritter, George Rumbaum; Reichenbach: herr Constantin Hering, Melchior Horst; Polkenhain: herr Mathes Preuss, George Hochmuth; Landeshutt: herr Christoph Ortlob.

In der städte zusammenkunft zum Jauer den 12. Junii anno 1614. § fin.: Und demnach wegen der vier städte dieses fürstenthumbs und der stadt Schweidnitz allerhandt differentien der contribution und proportion halber seithero fürgegangen, als haben gedacht vier städte sich dahin erkläret, das von der stadt Schweidnitz quota sie noch fünf thaler abnehmen wolten, das gedachte stadt ins künftige auf hundert allezeit 45 thaler contribuiren solle, mit biete, vorlieb zu nehmen. Die abgesandten haben inständig angehalten, sie wolten es ad tertias derogestalt richten, das zum hundert die stadt Schweidnitz hinfüro 33 thaler 12 groschen, Striegau, Bolkenhain auch soviel, Reichenbach, Landeshutt auch so viel geben solten. Es ist aber bey ihnen nichts zu erhalten gewesen, derowegen wir dieses ad referendum angenomben. Interfuere dn. Caps.<sup>1)</sup> Friese et notar(ius).

Hiervon ist mit vielen deductionen zur Schweidnitz in praesentia aller interessenten dieses fürstenthumbs hernacher geredet, aber alles ad referendum abermahln von städten angenomben, entlichen anno 1615 den 13. Aprilis einmüthig geschlossen worden, wie folget: Demnach zwischen den städten dieses fürstenthumbs bey zusammenkünften und absonderlichen dannenhero unvernehmen und disputat erregt worden, das ein jeder sein unvermögen in contributionibus und ehrungen eingewendet und hierdurch viel sachen ersitzen blieben, so heilsamb befördert hetten werden können, und gleichwohl sich die zeit und unkosten von jahr zu jahr geändert, als ist in betrachtung allerhand umstände heut dato eine standhafte vergleichung getroffen worden, derogestalt, dass zu allen und jeden mit gemeinem rath aller interessenten oder dero abgesandten geschlossenen nötigen general-contributionibus — doch ausser bürgschaftssachen — die stadt Schweidnitz hinfüro zu einbringunge hundert thaler legen solle fünfundviertzig thaler, die andern vier städte aber ihrer unter sich habender proportion nach fünf und funfzig thaler: Striegau ein und zwanzig thaler neun groschen; Reichenbach funfzehn thaler vierzehn groschen; Bolkenhain acht thaler drey groschen; Landeshutt zehen thaler zehen groschen; und also fort auf alle fürfallende quotas zu raiten. Und weils zue ausbringunge allerhand ehrungen ietzo vielerley modell erdacht und die städte hierdurch erschöpft werden, als sollen

<sup>1)</sup> = Caspar?

dieselben, wie auch deren quota mit aller der interessenten einwilligung geschlossen und dem vermögen nach moderiret werden, damit keiner stadt einzig praejudicium geursachet werde. Actum Striegau den 13. Aprilis anno 1615.

Kgl. St.-A. Rep. 135, Jau. Msc. Folio 25, S. 633 f., s. auch Jau. Msc. 3, S. 165 f.

79.

1606.

### Promemoria über die Besoldung der Landesbeamten, Gesandten und Ausschußmitglieder.

Pro memoria. Ein landeseldister hat jerlich zur besoldung neben dem lifergelde 250 taler; der herr landsbestalte neben dem lifergelde jerlich 500 taler; der herr einnehmer jerlich neben dem lifergelde 500 taler besoldung; einem abgesanten auf die fürstentage zerung wochentlich 25 taler; einem abgesanten gein Prag zerung wochentlich 30 taler; vor abschriften des fürstentagsbeschluss in die oberamtscaantzlei 4 taler. Einem ausschusse neben dem lifergelde ist jerlich zu einer pension deputirt worden 30 taler; sie haben aber bewilligt, dise burden ein jar lang one entgeltzuß zu tragen und lassen inen am lifergelde genuegen.

Kgl. St.-A. Rep. 39, S.-J. II 1 f., Bl. 20 a.

80.

1607 Oktober 2.

### Besoldung des Landeshauptmanns.

Der fürstenthumber S. und J. hauptmanschaft ambtseinkommen sein ungefehrlichen an geldt 21 fl. hungarisch; mehr an geldt 31 m[ark] schl[es]., 22 gr.; schweinen schuldern 120 stückh; bfeffer 2 schock; hünner 6; getreidicht in allen weichbildern an korn 44 malder, 8 scheffel, 4 [wispel]; habern 55 malder, 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> scheffel, 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> w. Item [soll] von allen lehengütern, welche bürger und pausersleute halten, derre 26 sein sollen, wann dieselben zue kauf gehen, der zehende fl. gebühren. Mehr, wann ein adls person in diese fürstenthumber von neuem kauft, welcher zuvor darinnen nicht belehnet, sollen auch vom hundert 2 fl. gebühren. Frey wohnung und andere notturft auf einem im landt angelegenen burkhehlen.

K. u. K. Gem. Finanzarchiv Wien, J I/8, S. 411.

81.

1610 März 10. Prag.

### Kaiser Rudolf II. bestätigt unter wörtlicher Einrückung die 1523 April 10 dem Landeshauptmann Hans von Seydlitz erteilte Amtsinstruktion.

Confirmation hauptman Hannsen Seydlitzen amtsinstruktion, dass nach derselben jetzige und künftige hauptleuthe sollen instruirt werden.

Wir Rudolf der ander etc. . . . Demnach uns die würdige, wolgebohrne, gestrenge und ehrenveste, unsere liebe getreuen N. praelaten, herren, ritterschaften und mannschaften unserer fürstenthümer S. u. J. kurtz verwichener zeit durch ihre zu uns anhero abgefertigte gesanten, die ehrenveste auch unsere liebe getreue Conradt von Nimptsch und Refersdorff und Meewald, unsern truchses und cantzlern der fürstenthümer S. u. J., Herrman von Czettritz und Karischau auf Schatzlar und Wolf Dittrichen von Rohnau zu Teichnau und Gulau neben andern ihrem damahligen anbringen gehorsamblich zu vernehmen geben lassen, welcher gestalt weyland unser vorfahren seeligster gedächtniß Ludwig, zu Hungern und Böhheim könig, im jahr 1523, datiret freytags nach der österlichen feyer, bey ersetzung der hauptmanschaft, die S. L. damahln Hannssen Seydlitzen von der Bielan aufgetragen, eine gewisse instruction und ordnung, wie und wasmassen er das land regieren und demselben vorstehen solle, aufgerichtet, welche instruction oder deren inhalt und begrieff von deroselben zeit an bis auf dato jederzeit in viridi observantia und gleich in vigore eines privilegii gehalten worden, mit gehorsambster bitte, wir geruheten dieselben in specie auf den jetzigen ihren hauptman, den wohlgebohrnen unsern lieben getreuen Caspar von Rechenberg, freyherrn zu Klitschdorff und Primckenau, unsern rath, richten zu lassen, mit ercler- und verordnung, dass sich auch



künftige hauptleuthe deren in allewege gebrauchen und sich darnach richten und verhalten sollen. Welcher irer bitt wir dann damahl auf gehabte der sachen berathschlagung stattgegeben und uns gegen ihnen solcher gestalt schriftlich mit gnaden resolviret, dass es bey deroelben instruction in einem und andern punct verbleiben solle. Wann sie uns aber anjetzo ferner eben durch obgedachte ihre zu uns abgefertigte gesanten gehorsamblich anlangen und bitten lassen, wir geruheten dieselbe unsere durch abscheid und rescripta ihnen erfolgte resolution umb mehrer kraft und beständigkeit willen in sollenni forma zu authentisiren und obgedachte instruction, davon sie uns glaubwürdige abschriften fürgelegt, zu corroboriren, confirmiren und bestetigen, welche von wort zu worte lautet, wie hernach folget:

Wir Ludwig, von gottes gnaden zu Hungarn, Böhmeimb könig, marggraf zu Mehren, hertzog zu Lützenburg und in Schlesien und marggraf zu Lausitz, bekennen hie mit diesem unserm offenen brief und thun kund für menniglich, demnach wir durch schickung des allmächtigen gottes unser königreich Böhmeimb aus vielfältiger obgelegner unordnung, zwytrachten und irthumben wiederumb erhoben, dasselbe alles auf gute mittel und wege gestellt, damit wir erstlich unser königliche macht bey sich hetten, unsere unterthanen in unserem gehorsamb und sonst in friede, einigkeit, menniglich auch bey seinen rechten ohne verkürzung behalten möchten. Dieweil wir aber vermerckt und befunden, wie den würdigen, edlen, gestrengen, erbahren und ersamen praelaten, herren, ritterschaft und mannschaft und denen von städten in unsern fürstenthümben S. u. J. nu lange zeit nicht geringe beschwerung durch mannigfaltige zwispalt und andere fälle zugestanden, haben wir sie auch als unser liebe getreuen und als ein namhaft einverleibt glied unserer cron zu Böhmeimb gnädiglich zu versehen fürgenommen. Derohalben mit reifem vorgehabtem rath unserer räthe und lieben getreuen aus vollkommenheit böhmischer königlicher macht und gewalt ordnen und setzen wir ihnen zu einem gewaltigen hauptman den ehrenvesten unsern lieben getreuen Hanssen Seydlitzen von der Bielau, dem wir solch unser amt aus erkannter treu, verstand und schickligkeit vertraut und auferlegt. Damit er auch derselben unser fürstenthümer ohne ver hinderung walten möge, haben wir ihme etzlich artickel zu demselben seinem ampte mit gegeben und eingebunden, dadurch er seine amtsverwanthen an unser statt bey ihren redlichen<sup>1)</sup> privilegien, alt herkommen und löblichen gewohnheiten, bey recht, in gutter ordnung, einigkeit und gehorsamb desto bestendiger zu erhalten hab, welche artickel wir nichts minder mit sonderlicher betrachtung und mit wohlgegründetem rath vor stett, fest und unvorbrüchlichen zu halten geordnet und beschlossen, wie hernach folget:

[Die Hauptmannschaft als einzige und oberste Verwaltungsbehörde:] Zum ersten sol niemandt aus denselben unsern fürstenthümben, es sey samblich oder sonderliche personen, was standes die wehren, sich einigerley anders gehorsams, dann allein unsers und an unser stadt angezeigten und gesatzten hauptmanns verhalten, sich auch keinem andern zu gehorsamb, es sey schutzweise, aber anderer meynung, unter was schein und form das geschehen möchte, untergeben. Und wo jemandes darinnen überwunden würde, der sol uns, so oft das gescheeche, in unsere schwere unmachlässliche straffe und ungnad gefallen seyn, dann wir alle dieselben unser unterthanen niemand anders befehlen, dann allein in unserm nahmen unserm hauptman Hanssen Seydlitzen amtsweise, wie vor berürt, unterworfen, damit also niemands anders in dieselben unser fürstenthümer zu minderung und abbruch ihrer privilegien zu gebiethen habe.

[Exemtion von der Oberlandeshauptmannschaft:] Sondern was betrifft die obriste hauptmanschaft in der Schlesien, derselbige jetziger oder zukünftiger oberster hauptman sol sich entlich aller befeflich dahien enthalten; allein wenn die nothdurft furfelt, soviel als andere fürsten in Schlesien demselben unserm hauptmann zu gebieten haben, darzu sol er sich allemahl aller gebühr und billigkeit erfinden lassen.

[Strafgewalt:] Wir sollen und wollen auch zu vormeydung zwietracht, uneinigkeit und zu erhaltung gutes gehorsams alle poenfelle, so sich zu leib und gutt strecken, wann der jemands von landt und städten, hoch oder nieder gesessen, fällig würde, bey uns niemands ausbitten lassen noch vergeben, sondern alleine

<sup>1)</sup> = rechtlichen?

unsern hauptmann in fürstenthümben und sonst gar niemands anders nach alten gewohnheiten zu unsern handen fordern, einzubringen und zu eröbern<sup>1)</sup>, zugestalt haben, darwieder sich niemands behelfen soll noch mag, ohnangesehen einigerley brieff, so hiewieder von unserm herrn und vattern hochlöblicher gedächtnüss aber uns wehren aber würden ausgebracht, die wir doch alle jetzo als dann und dann als jetzo nichtig machen, cassiren und aufheben, dass auch fort mehr von demselben amte nichts sol ausgebetten noch in keinerley gestalt abgezogen aber verschrieben werden; sondern wollen, dass er als unser hauptman mit allem fleiss darzu thue, darmit dasjenige, so vom ambt kommen, wieder darzu bracht werde. Und ob es geschehe, dass wir aus vergessenheit aber bericht ichtes davon weiter vergeben, sol es auch kein kraft noch macht haben.

**[Geleitrecht:]** Damit auch menniglichen zu verstehen habe, dass alleine die gewalt gen jedenen, land und städten, an unser statt bey unserm hauptman stehen sol, so sey dieses sonderlich mit eingezogen: Wann unser hauptman seine sicherheit und gleit an unser stadt von sich geben wirdt, dass es für nichts minder und in denselben würden und creften, als were es von unser eygen person ausgegangen, sol angesehen und gehalten werden. Ob sich dann jemand, es sey vom landt aber die von städten, dagegen in einigerley sonderlichen freyheiten wolten setzen, so sollen doch dieselben aus wichtigen und sichtigen ursachen in craft dieses briefes machtlos und aufgehoben sein, damit allein die gewalt an unser statt bey unserm hauptman unverhindert bleibe. Dann ob sich auch jemand unterstünde oder unterstehen wolte, hiewieder jemand zu gleiten, demselben aber denselben sol es unser hauptman zu halten nicht schuldigh seyn, sondern nichts weniger, dann wehre es ohne gleidt, sich gegen ihme erzeigen.

**[Unterstützung des Landeshauptmanns gegen Ungehorsame:]** Wenn es auch fñrfelt, dass unser hauptman die ungehorsamen zu gehorsamb, wandel und straff zu bringen fñrnehmen wirdt, sollen ihme die vom land ihre hülf und auch in sonderheit die von städten auf sein begehrt und befehl, sich mit ihme zu ziehen, rayssen, mit dienern und gefängnißsen und aller erheischlicher notturft ohne alle wegerung gen ihme verhalten.

**[Privilegienverletzung durch den König:]** Neben diesem allen, ob einigerley befeflich von uns würde ausgebracht wieder einigen diesen arthickel, aber damit den privilegien und rechten der fürstenthümb S. und J. zu nahe gegangen würde, so sollen doch dieselben ausgebrachten befeflich unbtündig seyn. Allein ob wir zur zeiten auf bericht befefl theten, daran unser und des landes schaden wehre, und unser hauptman in demselben auch nicht nachsetzte, so sollen wir keine ungnadt derhalben auf ihn tragen, sondern er sol uns zuvor der gestalt der sachen durch seine schreiben unterrichtung thun. Was wir alsdann nach bericht der sachen schaffen würden, das alsdann unser befeflich statt hette und dem von ihme folge beschehe.

**[Amtsentlassung:]** Dieweil auch gedachter Seydlitz dieses unser ambt mit beschwerung angenommen, hat er ihme vorbehalten, welches wir ihme auch zugelassen, wann er dasselbe ambt länger nicht auf sich tragen wolte, dass er uns dasselbig ein halb jahr dafür aufsagen sol; dergleich, ob wir dasselb aus eigner bewegniß immer verendern wolten, so sollen und wollen wir ihme auch in solcher zeit eines halben jahres dafür wissen lassen.

Hierauf gebiethen wir allen und jeglichen unsern unterthanern, einwohnern der fürstenthümb S. und J., was würden oder standes die seindt, mit gantzem ernst und festiglich, dieweilen wir oben genannten Hannsen Seydlitzen zu unserm mächtigen hauptman, wie sich uns das als regierendem könig zu Böheimben gebühret, festiglich gesetzt, von ihme auch in unser eigener königlicher person gelübde angenommen und weiter ihnen zu bestettigen und beede, dem armen als dem reichen, die gerechtigkeit zu wiederfahren lassen und gleichen schirm zu halten befohlen, das ihr ihme nun sämbtlich und ein jeder in sonderheit gehorsamb leistet und sich mit aller ambtsverwantschaft gegen ihme treulich verhältet, darumb wir einen jeden seiner ayde und pflicht, damit er uns als seinem könige und erbherren verbunden, wollen erinnert und ermahnet haben, entlicher zuversicht, es werde sich ein jeder diesem unsern ernstlichen befeflich nach also gehorsamblichen zu halten wissen. Dann ob auch jemand solch unsern befeflich übertreten würde und sich in un-

<sup>1)</sup> = erheben?



gehorsamb befinden lassen, so haben wir dem hochgebohrnen unserm oheimb, fürsten, unsern königreichs Böheimb obristen hauptmann, landvoigt in Ober Laussitz, rath und lieben getreuen, Carl, in Schlesien zu Münsterberg hertzog, dergleichen unserm obristen hauptman in Nieder Schlesien, befohlen, über genannten unsern hauptmann an unser königl. stellen die handt zu halten und ihme mit zuthat ihrer amtsverwanten, so ofte das von nöthen thete, alle ungehorsamben zu gehorsamb zu bringen; derowegen auch aller samblich und jeder in sonderheit, wie oben stehet, und keines andern haltet bey vermeydung unserer schweren unnachlässigen straff und ungnadt. Des zu uhrkunt mit unserm aufgedruckten insiegel besiegelt. Geben zu Ollmütz freytags nach der österlichen feyr nach Christi geburth im funfzehnhundertunddreyundzwanzigsten, unser reich des hungarischen und böhmischen im achten jahre.

Wann wir dann gnädigst angesehen solch ihre unterthänigste bitt, auch die mannigfaltigen, nützlichen, getreuen und ersprüsslichen dienst, die sie und ihre vorfahren uns und unsern vorfordern, königen zu Böheimb, geleistet, auch hienführo weiter thun können, sollen und mögen, vornehmlich auch, daß diss zu erhaltung gutter ordnung und policy im land gedeylichen, derowegen auf noch weitere der sachen gehabte berathschlagung mit unsern obristen landofficirern und edlen räthen der cron Böheimb und lieben getreuen haben wir mehr besagte alte, vom könig Ludwig aufgerichtete instruction, wie die oben von wordt zu wordt inseriret ist, ratificiret, confirmiret und bestetigt, thun solches auch aus regierender königl. macht zu Beheimb und als obrister hertzog in Schlesien, zur Schweidnitz und Jauer hiemit wissentlich und in craft dieses briefes, meinen, setzen und wollen, dass nun hinführo iederzeit solch oft besagte instruction die mass, ordnung und recht seyn solle, darnach sich jetziger und alle andere künftige hauptleuthe dieser fürstenthümer richten und ihr amt deme gemess administriren sollen. Und gebiethen darauf allen und jeden unsern unterthanen, wes würden, standes, amts oder wesen die seyn, in sonderheit unserm obristen hauptman in Ober- und Nieder-Schlesien, jetzigen und künftigen, dass sie viel berührten unsern hauptman, sowohl die stände bey dieser unserer confirmirten instruction und denen darinn verleibten puncten geruhiglich verbleiben lassen, daran nicht hindern, irren noch anfechten, auch solches niemanden andern zu thun verstatten, sondern sie vielmehr auf alle fälle dabey schützen, schirmen und handhaben helfen, wie auch vornehmlich den inwohnern dieser fürstenthümer S. und J., ihrem vorgesetzten hauptman in allem dem, was die instruction ausweist, gebührlchen amtgehorsamb zu laisten, alles bey vermeydung unserer schweren straff und ungnadt. Das meynen wir ernstlich. Zu uhrkunt dies briefes besiegelt mit unserm k. und k. anhangenden insiegel, geben auf unserm königlichen schloss Praag den zehenden tag des monats Martii nach Christi . . . geburth im eintausent sechshundert und zehenden jahre, unserer reiche des römischen im fünfunddreyssigsten, des hungarischen im achtunddreyssigsten und des böheimischen auch im fünfunddreyssigsten jahre.

Kgl. St.-A. Rep. 135, D 377 b, S. 424 f. Abschrift in dem von dem Schweidnitz-Jauerschen Landschreiber Georg Ludwig von Schweinichen d. d. Jäschendorf 1692 November 22 eigenhändig kollationierten und beglaubigten Privilegienbuch. Vgl. dazu die Abschriften im Grünen Buch Rep. 135, Jau. Msc. Fol. 67, Bl. 23 b f., desgl. Jau. Msc. 5, S. 176 f., 436 f., ebda. 27, S. 392 f., ebda. Fol. 25, S. 79 f. Vgl. auch J. J. v. Weingarten, Fasciculi diversorum iurium, Nürnberg 1690, 2. Buch, S. 290.

## 82.

1611 August 22. Jauer.

**Wahl und Instruktion der acht neuen zu den vier Oberrechtssitzern hinzugewählten Landesältesten.**

Instruction der acht neuen herrn landes eldisten, so den vorigen vieren adiungiret. Demnach die herren landstende der fürstenthümer S. und J. einer sondern notturt befunden, daß irer k. m. als unserer gnedigsten hohen obrigkait, so wol des vatterlandes bestes in mehrer ordnung und richtigkait aller sachen im lande bracht werden könnte, beineben auch algemeinem lande viel uncosten und verseumbnuß, so durch die stetten und often algemeinen landtzusambenkunften geursachet, vorhuttet, dofern den vorigen vier landes eldisten noch mehr personen adiungiret wurden, als haben dieselbten, so bein heutiger zusambenkunft den 22. Augusti instehenden 1611. jares alhier zum Jauer beisamen gewesen, nach gehaltener reiflichen

berathschlagung mit und neben dem k. ampte dieser fürstenthümer für ratsamb und zutreglich befunden, daß zu gedachten vorigen vier landes eldisten, mit welchen es wegen besetzung des zwölfer rechtens und andern irer instruction gemäß, vorigem modo nach, allerdings bewenden und disfalls mit inen gar zu kainer mutation oder, samb etwa eine diffidenz in sie gesezet, gedeutet, sondern bloß und alleine, als obgemeldet, zu beförderung irer mayt. und algemeines landes besten angesehen von inen verstanden werden solle, noch acht landes eldisten und also aus jedem weibilde noch einer erkieset werden solte, massen dann auch erfolgt und von jedem weibilde einhellig noch einer denominiret, vermocht und von dem k. ampte dieser fürstenthümer bestetiget worden: Nemblichen die edlen, gestrengen, wolbenamnten im Schweidnitzischen weibilde herren Friedrich von Gelhorn auf Rogau, Alten Grotkau, Peterßwalde und Weigelßdorff; im Jaurischen herrn Adamen von Schweinach und Schweinhauß auf Kolbnitz und Eisendorff; im Strignischen herrn Friedrichen von Mohl und Mühlredlitz auf Drombßdorff, Lederhose, Lonig und Seckerwicz; im Lembergischen herrn Caspar von Spiller auf Langen Oelse; im Bunzelischen herren Christoffen von Faust, Sturm genandt, auf Groß Krauschen und Losig<sup>1)</sup>; im Hirschbergischen herrn Baltasar von Reder auf Kauffung; im Bolckenhainischen herrn Conradt von Hobergk auf Ronstock und Boraun und im Reichenbachischen herrn Albrecht von Stange und Stönßdorff auf Hartau, welche acht personen zugleich mit undt neben den vorigen vier landes eldisten des landes bests und wolfart nach irem höchsten verstandt und vermögen treulich, erbarlich und vleisig zu vorrichten auf und uber sich genommen haben.

Anraichend aber deroselben instruction sol es bey derjenigen, so vor diesem den andern vier herren landes eldisten von algemeinem lande ertailt, ausser was die besetzung des zwölfer rechtens betreffen thut, — da dann denselben vieren zweyhundert und funfzig taler, entgegen aber den acht neuen nur einhundert taler gegeben werden sollen —, allerdings bewenden.

Daß nun solches fürderlich zu lob und ehr gotte dem almechtigen, auch mehr höchst ernantister mayt. . . . zu . . . treuen gehorsamb und hievor oft genandten herrn landstenden jecz und in kunftiger zeit zu aller gutten wolfart gelangen möge, das wolle gott gnediglich vorleihen. Actum Jauer im jare und tage wie oben. Und ist diese neue ordnung und instruction von dem k. ampte undt den herren landstenden obvormeldeter fürstenthümer nach allem löblichen gebrauch und gewonhait besigt worden.

Original-Eintragung mit 19 meist unkenntlichen Papier-Wachssiegeln im Bestallungsbuch der Landesältesten Kgl. St.-A. Rep. 39, S.-J. II 15 g, S. 21 f. Abschriften siehe auch F. u. 236, 7, S. 673 u. 940 f., desgl. Kgl. St.-A. Rep. 135, Jau. Msc. II, 804 f. u. XV, 180 f.

## 83.

1615 Oktober 1. Jauer.

**Verhandlungen über die Qualifikation des Wolf von Reppisch zum Lehnsman und Landsassen.**

B. Landtag zum Jauer den ersten October 1615. Nach gebruchig der herren landstende gehaltenen abtrit, und als sie sich obigerzehlter puncten aller — außer erkiesung des neuen landeseltisten — resolviret, hat herr Albrecht von Rohr, landesbestalter, im nahmen der herrn landstende proponiret, samb sie in erfahrung komben, als hette Wolf von Reppisch das gutt Wenig-Monau erkaufft, wehre ihm auch allreit verlehnet, weil ihnen aber sämbtlich das geschlecht der Reppisch nit bekandt, und damit disfahles den privilegiis und alten löblichen gewonheiten nicht zu nahet gegangen, könnten sie ihnen für ihr mitglid nicht dulden noch erkennen, er führete dan seinen adelstandt aus, wie sichs zu ritterrechten eignete und gebührete, und daß er herr landesbestalter solches nicht anders, als wie es ihme von algemeinem lande in mundt gegeben, vortracht, haben die herren landt stende mit hellem, offenem und lautem jawort bestetiget.

Hierauf der herr haubtman zur antwort gegeben, er erinnerte sich freilich, daß er gedachtem von Reppisch auf sein ansuchen die lehen gethan, massen es dan seine pflicht und amtsinstruction, einem idweden dieselbe unwegerlich zu thuen, mit sich brechte und erforderte; wüste, das er ein erlicher mahn,

<sup>1)</sup> = Looswitz, Kr. Bunzlau.



ihrer mayt. truchsäß, bein schliessung des kaufes etliche vornehme alte landtsassen gewesen, so denselben mit ihren handschriften und adelichen petschaften vollziehen helfen, und billich, do sie gewust, daß er Reppisch nit lehenfebig, vom kaufe abmahnen sollen. So wüste er auch nicht, daß er sich iemals bürgerlicher nahrung gebraucht, dan keinem bürger kein erblehen zustünde, hette auch seine adeliche ankunft bein ihm ausgeführet, daß nemlichen sein vatter ein Reppisch aus dem hause Kahla, seine mutter eine Falckenhain, seines vattern mutter eine Schlichtigin, seiner mutter mutter eine Bergerin, seines vattern mutter mutter eine Gelhornin, worauf er dan herr hauptman gesehen, wein es vornehme adeliche geschlechter, liesse es aber bein der landtstende fürbringen bewenden, er Reppisch würde seine notturft fortzustellen wissen. Hierauf gedachter Wolf von Reppisch in der perschon vor allgemeinem lande vorgetreten und fürgebracht, er hette nicht mit weniger verwunderung und schmerzen angehört und vernommen, was von den löblichen landtstenden wieder ihnen, so etwa aus einer mißgunst herrühren muste, fürbracht. Antwortete darauf dieses, daß kein redlich, warhaft aufrichtiger mahn inen in ewigkeit an seinen ehren nit würden zu tadeln wissen. Ihre mayt. hetten ihnen zu dero truchsäß gewürdiget, viel erliche leute hetten ihm in krigesdinsten ihre kinder untergeben und vertraut und ihnen gut genug geachtet, und wan er gleich eines pauren sohn, solt man ihn doch wegen seines aufrichtigen verhaltens hierzu gelangen lassen. Doch hilte er den herrn landtstenden nicht für ubel, daß sie ihre landesbeschlüß undt gewonheiten in acht nehmen, er wolte sich ausführen, wie sichs zu ritterrechten eignete und gebürete, man solte ihm nur darzu weile lassen.

Mit diser des von Reppisches erklerung die herren landt stende gar wol zufriden und ihm angedeutet, wan er das thete undt sich obigermassen ausführete, wolten sie ihnen vor ihr mitgliedt gerne dulden, in mittelst aber und, ehe das geschicht, dem landtschreiber mit gegeben, ihm den lehensbriff keinesweges ausfolgen zu lassen.

Stadtarch. Breslau, OA. Schweidnitz-Jauer 1615, Bl. 3 b.

84.

1619 April 17. [Jauer].

#### Beschluß über die Bestrafung säumiger Beisitzer des Zwölferrechts.

Neue ordnung wegen ungehorsamen außenbleibens der herren zwelfer. Demnach numehr unterschiedlich vil quartalia [aus] ursache, daß mehrentheils die herrn zwelfer mit nichtigen und geringen ursachen sich entschuldiget, theils auch wol gar ohne einzige entschuldigung ungehorsamblichen außenbliben, nit gehalten werden können, hierdurch dann nit alleine dem k. ambt despect, den andern herrn zwelfern, so gehorsamblich erschinen, nicht weniger vielen notleidenden personen und parteyen, darunter es ofters arme bedrangte wittiben und waysen betreffen thutt, neben verzögerung ihres rechtens vergebliche bemühung und raysen, versaumbnuß, schwere uncosten und geldspilterungen, ja auch anderer ort diesen provintien und löblichen gerichten allerhandt schimpfliche nachreden verursacht werden, auch entlich von den clienten wohl gar bein irer mayt. beschwerliche clagen, so dem lande nicht wenig präjudicirlich, anbracht werden möchten: Solchem aber nun in zeiten zu remediren und damit die heilsame iusticia iederman desto schleunniger widerfahren möge, als haben wolgemeltes k. ambt und anwesende herrn landes eldisten und zwelfer nun und zu künftigen zeiten dieses schlußes einhellig sich mit einander vereinigt und verglichen, daß hinfüro von einem iedweden, unangesehen der person, so zue zwelfer erkieset und zu rechter vom k. ambt ausgeschriebner zeit nit erschiene, die hirauf gesetzte poen, als zehne schwere schockh unnachleßig abgelegt, maßen den an denen heutiges tages abwesenden der anfang gemachet werden solle. Do aber ie ein und der andere erhebliche ursachen seines nit erscheinens einzuwenden, sol er solches nit allererst auf die stunde, sondern eine geraume zeit zuvor beim k. ambe andeuten, auf deßen befindung gestellet sein solle, ob dergleichen zue deferiren sey oder nit.

Zu mercken: Dieses des k. amptes von herrn zwelfern im quartal Invocavit aufgerichteten beschluß hat das allgemeine land bey heutiger zusambenkunft für billig approbiret und mit angenommen.

Fü 236, 8, S. 199 f.

# Konsignation des Landeshauptmanns über die in seinem Amtsgebiet befindlichen Stifter, Städte, Dörfer, die ansässigen adeligen Familien und die Lehnsgüter.

Schweidnitzischen waichbildes contributions-consignationen.

Ich Caspar von Warnßdorff auf Güssmausdorff und dem burcklehen zum Jawer, dero zu Hungern und Böheim k. m. rath und der beeden fürstenthumber S. und J. vollmechtiger landeshauptmann, bekenne hiermit vor männlichen, als die herren fürsten und stände in Ober- und Nider-Schlesien geschlossen, das ein jeder standt undt amt seine unterthonen und amts verwanten, besessene und unbesessene, in städten und dörfern, alles bei verlust dero selbten verschwigenen unterthonen und gütter, auch bey guttem gewissen in gewisser verzeichnus einbringen solle<sup>1)</sup>, das demnach in meinem ampte fünf gestifter: Als 1. Grissaw; 2. Lübenthal; 3. Strigaw; 4. Naumburg am Queiss; 5. zur Schweidnitz, so ein Dominicanermunchcloster, darinnen ain abbt, zwey abbattissin, aine priorin und ain prior. Vier commendten: 1. Strigaw; 2. Lewenberg; 3. Reichenbach; 4. Schweidnitz; auf den ersten dreyen ain commendator, die vierte zur Schweidnitz helt der meister zu st. Matthes in Bresslaw. Aine probstey zum Zobten, welche dem abt aufm Sande zu unserer l. Frauen in Bresslaw zustehet. Ain praecentor zur Schweidnitz in einem stifts kirchlein. Mehr seind auch in hiesigen fürstenthubern begütert die capitularen der collegiatkirchen zum h. Creutz in Bresslaw, der abt zu Leubs, die abbtissin zu Trebnitz.

Stätte gross und klein fünfundzwentzig, darinnen vom adel mans- und weibs-personen sechsundfunftzig.

Dörfer sechshundertundzweyundfunftzig, darinnen ain grave; siben freyherrn; zweyhundertzweyundfunftzig angesessene vom adel; zweyunddreissig leibgedingsfrauen oder so sich, welches in effectu gleich, des iuris retentionis halten; sibenunddreissig unmündiger khinder güter, derer viertzeihen bestandes- oder mittungs-weise ausgethan; sechs königl. kirchlehen, unter denen drey von städten eingebracht worden, bleiben also drey pfarrer, drey kirchenschreiber, darauf zwey freybauren, ailff erbbaurn, funftzeihen freygärtner, vier besetzte gärtner, zwey kleine gärtner, ailff heuselleute, zwaintzig handwerksleute, sibenundzwaintzig hausleute.

Das burcklehen zum Jawer, darbey drey mittmüller; das burcklehen zum Buntzlaw, dartzu keine unterthonen. Vier königl. afterlehenleute, welche haben ainen scholtzen, ainen kretschmar, ainen mietmüller, sechs gärtner, viertzeihen auenheussler, neun hausleute und ainen schäffer.

Stadtarch. Breslau, Handschrift B 50, 1, S. 1 ff.

# Die Münsterberg-Frankensteinschen Landstände zeigen an, daß sie zur nächsten allgemeinen Landeszusammenkunft von Schweidnitz-Jauer in Sachen der Kriegsgefahr drei Gesandte abfertigen wollen.

Münsterbergischen und Francksteinischen landstende schreiben mit hiesigen fürstentümben zue correspondiren. Gestrenger, edler, ehrwürdige, andechtige in gott, wolgeborne, edle, gestrenge, ehrenveste, ehrbahre und wollweise, insonders günstig geliebte, auch gnedige groszügliche herren. Denselben neben vorwünschung aller glückseligen wolraft seind unsere freund-nachbarlich und willige dienste nach bestem vermögen iederzeit bereit. Und demnach wir glaubwürdig nachricht erlanget, wie daß sie etwa im Decembri, oder ja kurtz hernach, eine allgemaine landeszusammenkunft beider fürstenthumber S. und J. zue halten entschloßen, der vor augen schwebenden oder ie mehr und mehr uns zunahender gefahr durch gute fürsorge, soviel möglichen, zue remediren und bey so kummerhaften leuten des vaterlandes notturft gebührender maßen zue befördern, als haben wir kraft der alten und bieß auf heut iederzeit gehaltenen nachbarlichen guten correspondenz, auch in ansehung, daß wir mit inen in einem craiß geschlagen und gleichsamb in eadem navi periclitiren,

<sup>1)</sup> Zu Zwecken der Generalmusterung in Schlesien.



der sonderbaren notturft erachtet, die edlen, gestrengen, auch ehrenvesten, wolbenambten, erborn und weisen, herrn Hansen von Tschechau und Mettich auf Schrebsdorf, Racksdorf, Kaubiz, Riegersdorf, herrn Achatium von Näfe von Obischau und Buchellsdorff, auf Raudtwitz und Raschdorf und Nicolaß Leuckerten, des raths zu Frankstein, respective landrechtsitzern und landes eldisten, zue solcher zuesambenkunft, fürnemlich wegen des puncten, die frideshandlung betreffende, das in allweg darauf zue zielen, damit das land disfalls unserm hiebevorn beschehenem ansuchen nach gesichert und der zweck des fridens erlangt werden möchte, abzuefertigen.

Langet solchem nach an die herrn . . . und euch unser freund- und dinstliches biten, sie wollen nit allein demjenigen, was etwa sowoll in der herrn landes eldisten vorhergehenden consessu, als auch nochmaln in der semtlichen stende mittel erwente unsere gesanten an unser statt fürbringen werden, vollstendigen glauben geben, sondern auch denselben dasjenige, was sie in einem oder andern punct einhellig schließen werden, zue unser desto beßern nachricht unbeschwert communiciren.

Inmaßen wir dann nit zweifeln, sie sich disfalls aus obangezogenen ursachen gegen uns gantz willfärg erweisen, auch dergleichen guten annehmlichen correspondenz zue uns hinwiderumb auf begebende fälle in allwege versehen werden. . . . Datum aufm schloß Franckstein bey der landeszusambenkunft den 28. Novembr. 1620. N. N. sambtl. landstende des Münsterbergischen fürstenthumbs und Francksteinischen weichbildes.

Fü 236, 8, S. 569 f.

87.

1621 Juli 5. Schweidnitz.

#### Einung der Landsassen des Weichbilds Schweidnitz für den Kriegsfall.

Verbundntuß Schweidnitzischen weichbildes landsaßen. Demnach auf vorhergehendes ausschreiben des k. amts der fürstentumber S. und J. die landtstende Schweidnitzischen weichbildes den 3. Julii sich allhier zuesamen verfügt, vorthende gefערlichkeit dieses unsers lieben vaterlandes nach notturft und allen umbstenden behertziget und nach gelegenheit der zeit und gefar diese resolution nehmen müßen, das zue beschützung der r. k. m., unsers allergnedigsten kayzers, königes und herrens, dero land und leute, ihrer selbst eigen weib und kindt, hab und vermögen sich ein ieder in der person zue roß aufs beste und sterckste, als ihme mensch- und möglich aufzuekommen, heute hereiner verfügen und des von ihnen landstenden vermochten craiß-obristen, titul. herrn Friedrich von Gelhorns auf Rogau, Peterswaldau, Alldengrottgau, Weigelsdorff und koen. burgklehen zue Schweidnitz, hochfürstl. durchl. ertzherzogs Caroli zue Oesterreich, byschofs zu Brixen und Breßlau, camerer, landes eldisten und oberrechtsitzern der fürstentumber S. und J. ferner ordinantz erwarten sollen. Obgesetztem beschluß nach seind sie nue auf heute erschienen, und weil für notwendig zue sein erachtet, umb beßerer ordnung willen eine fahnn unter sich zue roß aufzuerichten, als haben der herr obriste und landsaßen anstadt gebrechlicher aides-pflicht als erliche ritterleute bey ihren adelichen ehren und trauen einmüttiglich sich zuesamen vereinbaret und verbunden wider hochstgedachtster irer m. und allgemeinen vaterlandes feinde, wann und so oft sie der erheischenden notturft und gefahr halber vom herrn obristen aufgefordert, ohne eintzige entschuldigung, widersprechen oder ehehaft — außer gottes gewalt — zu erscheinen, standhaft, aufrecht und treulich zuesambenzuehalten, leib und leben beyeinander zuezusetzen und alles das zue laisten, was sich rittersleuten gebueret, so volkomlich, als hetten sie gesamt zur fahnen geschworen. Und ist zue mehrer bestetigung und stetfester haltung dieses instrument aufgerichtet, vom herrn obristen und landsaßen mit ihren angebornen pettschaften und unterzeichneten handschriften vollzogen worden.

Actum Schweidnitz den 5<sup>ten</sup> Julii anno 1621.

Fü 236, 8, S. 633.

88.

1622 Oktober 27. Jauer.

### Instruktion der zur Abdankung der Glatzer Soldateska gewählten Kommissare.

Instruction der gesanten zu abdanckung der Glatzischen soldatesca. Demnach beim heutigen allhier zum Jauer gehaltenen allgemeinen zusamenkunft gewisse nachricht einkomben, das durch göttlicher allmacht vorleihung es nunmehr dahin gelanget, das mit denen in der vestung Glatz liegenden soldaten ein gewisser accord getroffen, unter andern auch selbigem mite inseriret, das sie aus der besatzung abziehen und eine meil weges disseits Schweidnitz abgedancket und zue abführung ihrer pagagi inen ungefer in die 30 wagen bestellet werden solten: Damit nun in einem und andern gute ordnung und vorsehung bescheen, das arme, ohne diß euserst bedrangte und verterbte landt mit vollendt ruiniret, als ist von dem Schlesischen herrn general, gewisse commissarien zu verordnen, so den abdanck-platz anweisen, auch was der fuhren halber sich erheischet, fortstellen möchten, begeret worden. Diesemnach so sind im nahmen ietztgedachter landstende volmechtig vermocht und abgefertiget dero vornehme mitglieder und landsaßen titul. herr Hanß von Poser auf Groß-Nadlitz und Guetmanßdorff, hiesigen craiß obristen, George Friedrich von Schlibitz auf Gotschdorff und Melchior von Schellndorff auf Göllschau und Hohen Friedeberg sambt und sonders, dieser gestaltdt und also: Das sie wegen angerügten volckes ankunfft fleißige kundtschaft einziehen, sich sobaldt sie [in] hiesiger fürstentumber kegend gelangen, beim inen angeben, gewissen ort und malstat zur abdanckung inen anweisen, negst angelegene dorfschaften zue ausrüstung der fuhren anvermahnen und sonsten alles dis, was zu vorhüttung allerhandt confusion dienlich, irer beiwohnenden discretion und der herren landstende sonderm vertrauen nach, bester möglichkeit nach fortstellen helfen. Maßen dann die herren gesanten diesfalls den sachen recht zue thun nicht unterlaßen werden. Actum Jauer den sieben und zwanzigsten Octobris im jahr ein tausend sechs hundert zwei und zwanzig, altem löblichem brauch nach mit besieglung vollzogene.

Fü 236, S, S. 867.

89.

1625 Januar 14. [Jauer].

### Konzept einer Ordnung über die Aufnahme von Landsassen und die Anlegung einer Landesmatrikel.

Notul der landes matricul. Obwohl die landstende der fürstenthümer S. und J. von weilandt könig Vladislao hochlöblichster angedencken von anno 1497 freytags vor st. Margarethen tagk dahin begnadet, daß zu erhaltung, vormehrung und aufnehmung des ritterstandes niemanden erleben zu thun, es were dann sach, daß dieselbten von vorgehenden königen zu Böhheim damit befreiet weren und solches wohl zu beweisen hetten, anders soll es nicht geschehen, alles inhalt obgesetzten privilegii, welches ihnen auch von nachfolgenden kayßern und königen christmildester gedechtnuß ansehnlich und stattlich, wie auch von itzo regierender k. und k. m. selbst allergenedigist neben den andern privilegien confirmiret und bestätigt worden. Weiln sie aber befunden, daß von weniger zeit hero inen durch vorlaitung wiederwertiger leute allerhandt zunöthliche eingriefe, schmellerung des ritterstandes, ja ins künftig wol gar vordruckung vornehmer uhralten adlichen vierschildigen geschlechter beygefüget werden wollen, als sind sie geursachet, ein wachendes auge zu haben und zu conservirung des alten adels und ritterstandes sich eines gewissen schlußes, doch in albege auf gnädigste zulaßung und rathabition der r. k., auch zu Hungarn und Böhheim k. m., . . . einhellig mit einander dahin zu vereinigen und zu vorgeleichen: Daß nun hinführo und zu allen zeiten, wann jemand, weiß würden, standes oder wehsens der auch sey, so vor diesem in hiesigen fürstenthümben mit rittergütern nicht angeseßen oder belehnet, weiß zu kaufen sich unterfahen oder auch nur, wie breuchlich zu geschehen pfeget, auf etzliche groschen sich belehnet machen und hierüber gewöhnliche auflaßung beim k. ambt suchen wolte, daß deme oder demselbten, wes condition personen es immer seyn möchten, von itzigem und künftigen ampte keine dergleichen vorreichung und auflaßung beschehen,



sondern für allen dingen vor allgemeines landt, daselbst seine notturft anzubringen und beim denselben sich einzuwerben, vorwiesen werden sollte.

Sobaldt aber nun einer oder mehr, so gütter zu kaufen oder belehnet zu werden vorhabens, sich beim öffentlicher landesvorsamlung einstellten und einwürben, auch sich erklären würden, daß sie — inmassen ein jedweder landsaß zu thun schuldig — alle und jede onera realia et personalia mite tragen, nach erforderung die judicia persönlich und unwaigerlich mite besitzen, sich von der jurisdiction nicht eximiren und dem k. ambe anstatt höchstgedachtster k. und k. m. gehörige pflicht ablegen wolten, soll nach gelegenheit standes und person, wann sie eines uhralten adlichen geschlechts, sonsten aufrichtig untadelhaften lebens und wandels, ohne einzige contradiction seinem ansuchen deferiret und er für einen des landes privilegien und immunitaeten fähigen landsaßen ercleret, auch in des landes matricul gleich andern inwohnern und landsaßen incorporiret und einvorleibet werden.

Weren es aber solche personen, derer geschlechter und nahmen den landtständen unbekannt, sollen der oder dieselben, dofern sie ihren ritterstandt und ahnen nicht genungsamb ausführen könten, abgewiesen werden, worzu dann ein jedweder ohn einzigen behelf und empfindung verbunden sein soll.

Würde aber einer oder mehr, weiß standes und condition person es auch immer betreffen möchte, sich unterfahren, zuwieder diesem allgemeinem landes-statuto sich in etwas ohne vorhergehenden allgemeinen landes-consens und vorwilligung einzudringen, ritter- und lehen-güetter zu kaufen oder sich auch nur auf wenig groschen belehnt zu machen, auch auf solchem fall vom ietzigen oder künftigen haubtleuthen, — deßen sich aber die landstende zu deren keinen als ihren vornehmen mitgliedern, patrioten und mitlandsaßen vorsehen wollen — vorreichung und vorlehnung erheben, der oder dieselben sollen keinesweges für landsaßen erkennen, vielweniger in des landes zusammenkunften geduldet werden, sondern es soll die beschehene auflaffung für unordentlich, null und nichts gehalten, auch solche gütter, worüber dergleichen vorlehnung beschehen, vermöge obangezogenen königs Vladislai privilegii ihrer k. m. und zukünftigen königen zu Böheimb ahn ihre königl. person und cammer anheimb gefallen sein. Wie dann auch alle diejenigen, so dergleichen belehnet machen wolten, ihrer k. und k. m. schwere straffe nach derselben aussatz vorwürket haben sollen.

Wann dann diese auferrichtete ordnung und statut anders nit, als zu conservation, erhalt- und vermehrung des alten adlichen ritterstandes angesehen, damit zupörderst der höchsten obrigkeit die schuldigste ritterdienste, auch auf allen begebenden fall der persönliche zuzug desto ansehnlicher und statlicher praestiret, alte familiae nicht vordrucket, die ambt- und indicia desto rühmblicher und den privilegiis gemäß bestellet, auch sie die landstende über deme, so ihre liebe vorfahren durch gutt und blut erworben, erhalten werden möchten, als werden ihre m. unterthenigist und gehorsamist gebeten, die wolten in erwegung allerhandt der sachen umstende ihr solch auferlichten schluß allergenedigist gefallen laßen, auch aus k. und k. macht denselben confirmiren und bestätigen.

Fü 236, S. S. 1262.

90.

1626 Juni 10. Wien.

### Kaiser Ferdinand II. ernennet die Kommissare zur Einräumung der Fürstenthümer an seinen Sohn Ferdinand III.

Kayß. commissorial wegen erlassung der pflicht. Ferdinandt der ander . . . Hochgeborner oheimb und fürst, auch wolgeborne liebe getreue. Wir wollen euch hiemit in k. gnaden unverhalten nicht laßen, daß wir unsere baide erbfürstenthümer Schweidnitz und Jauer dem durchlauchtigsten fürsten Ferdinandt dem dritten, zu Hungarn etc., unsern freundlich geliebten sohn, aus sonderbaren beweglichen ursachen und väterlicher gnädigster anneigung undt liebe, sonderlich aber in ansehung, daß vermöge gedachter baider fürstenthümer privilegien uns als regierenden könig zu Böheimb und obristen herzog in Schlesien freystehet, dieselben entweder vor uns selbstn zu regieren oder aber durch unsern eltesten sohn regieren zu laßen, mit allen und jeden

anhangenden obneßigkeiten, jedoch mit vorbehalt unser königl. superioritet, abzutreten und einräumen zu laßen genedigist bewilliget und vorsprochen. Wann wir dann die würrliche einraumung und übergebung besagter fürstenthümer ehistes fortstellen zu laßen genedigist gesinnet, auch zu dem ende, wie ihr aus abschrift hierbey zu vornehmen, durch den gestrengen unsern rath und lieben getreuen, Caspar von Warnßdorf auf Güßmanßdorf, haubtman unserer fürstenthümer S. und J., landt und städte auf den drey und zwanzigsten diß monats Junii in unsere stadt Schweidnitz zusamben vorschreiben laßen, als haben wir aus sondern zu euch gesetzten genedigisten vortrauen euere personen dißfalls zu unsern commissarien in kays. gnaden fürnehmen und deputiren wollen. Undt ist diesemnach hiermit unser genedigister bevelch, daß ihr euere sachen dahin anstellet, damit ihr auf den benannten tag in gedachte unsere stadt Schweidnitz gewieß einlangen könnt, alsdann die daselbst anwesende stende für euch erfordert und denselben neben uberantwortung beygeschloßenen credentials solchen unsern gnädigsten willen anzeigt undt dieselbten nachmahls deren uns geleisteten pflichten in gnaden erlaßt und vermittelt der gewöhnlichen huldigung in gedachten unsers geliebten sohnes liebden oder deroelbten hierzu deputirten gewollmächtigten commissarien aydt und gelübd anweist und also die fürstenthümer in unsern namen völlighen abtreten und einraumbet. Daran würdt vollbracht unser genedigister angenehmer will undt meinung, undt wir vorbleiben euch in k. und k. gnaden iederzeit wolgewogen. Geben in unserer stadt Wien den 10. Junii 1626. Ferdinandt.

Dem hochgebornem unserm oheimb und fürsten, auch wolgebornen unsern lieben getreuen Georg Rudolphen, in Schlesien hertzen zu Liegnitz und Briegk, unsern geheimben rath, cämmern und vorwaltern der oberhauptmannschaft in O. u. N. Schlesien, und Georgen von Oppersdorf, freyherrn zur Aich u. Friedstein, auf Ober-Glogau u. Polnisch-Neukirch, unsern rath, cämmern und haubtmann unsers fürstenthumbs Glogau.

Fü 236, 9, S. 115; vgl. Krebs, Acta publica, 1626/27, S. 258, Anm. 2.

91.

1626 Dezember 13. Wien.

Antwort König Ferdinands III. an die Gesandten der Fürstentümer betr. die Bestätigung der Privilegien, die Bestellung der Landeshauptmannschaft und des Kanzleramts, Änderungen hinsichtlich der Kanzlei und des roten Siegelrechts sowie betr. die Kriegsbeschwerden nebst Mittheilung, daß der König nunmehr die Gesandten zum Breslauer Fürstentag und zum Oberrecht selbst ernennen werde.

Von der zu Hungarn k. m. Ferdinandt des dritten, erzhertzen zu Osterreich, . . . wegen denen von beeden dero fürstenthümer S. und J. allhier anwesenden herrn abgeordneten hirit in gnaden anzuzeigen: Als höchsternente ihre k. m. in ertheileter audientz gnedigist verstanden, was die abgeordnete im nahmben ihrer herren principaln der stende von land und stedten berümter beeder fürstenthümer wegen gnedigister ausvolgung der confirmation selbiger general- und special-privilegien, auch anderer diesem fast anhangigen puncten, umbstendiglich und gehorsambist abgelegt, das hierauf und fürs erste ihre k. m. nach gehaltener reiffer berathschlagung zu gnedigister bezeigung dero zu gedachten getreuen stenden habender sonderbaren lieb, milde und anneigung die gepetene confirmation auszufertigen, auch solche mit mehrhochstbesagt ihrer k. m. als rechten natürlichen erben des königreichs Böhaimb und hertzen zur Schlesien, zur Schwaidnitz und Jawer königl. hand unterzogener und mit dem anhangenden secret-insiegel bekräftigten auszuolgen, ihr gnädigst belieben lassen. Diesemnach sie dann solche bey dero hoffcanczley gebrauchiger massen zu erheben würden wissen.

Und so viel im andern die kunfftige bestall- und bedingung sowol der landeshauptmannschaft, als des landt-cancellariats anreichen thete, würden ihre k. m. auf erheischende notturft solche disposition an die hand zu nehmnen wissen, damit deroelbten und des landes nuzen ohne verlezung habender privilegien hierdurch möge befördert werden.

Was aber unter andern und zum dritten mehrgemelte abgeordnete wegen verenderung der landcanczley und roten siegels erwahnet, lassen ihr k. m. ihr gnedigst gefallen, das diessfalls in der inscription berührten



siegels ein gleichheit und conformitet mit denen worten, deren sie sich in der confirmation der privilegien gnedigst gebraucht, gehalten werde.

Im ubrigen haben auch ihre k. m. die notturft wegen remedirung deren selbiger orthen bishero fürgenohmener kayserlichen krigsvolckhs durchzuge, einquartirungen, abdanckh- und musterplätze, wie auch abhelfung anderen kriegsbeschwerden ihrer k. m. mit gezimbender intercession albereit beweglich fürgetragen, wie sie dann auch solches und ein mehrers ins künftige zu erweisen gnedigst geneigt seind, nit zweifelnd, es werde in allem gewünschte resolution ergehen und alle mögliche verschonung verschaffet werden.

Schlisslichen wolte man ihnen abgeordneten neben diesem auch unangedeutet nicht lassen, es wehre zwar fürkomen, welchermassen die absendungen auf die fürsten- und oberrechtstage bis dato und die zeit hero, da vielgedachte beede fürstenthümer immediate unter ihrer kais. m. und würcklichem könig in Böhaimb als erbfürstenthümer gewesen, ohne vorwissen erst allerhöchst ernent ihr kays. m. und khönigs in Böhaimb, wann und so oft es nothwendig gewest, vorgenohmen worden. Sintemahn es sich aber numehr mittelst der kays. ubergabe dissfalls in etwas geendert und gleichfalls in einen andern stand komen und bey sogestalten sachen die notturft wie auch die vernunft selbst in allwege erfoderen wiel, unumbgänglich zue sein, das der landesfürst in derogleichen fällen eigentliche wissenschaft und nachricht habe, als wollen ihre königl. m. ins künftige deshalb jederzeit nicht allein geziemendes wissen tragen, sondern auch die persohnen so wol zu denen fürstentagen auf erheischende not benennen und absenden, zumahlen dieses zu des landes und deren untersassen, auch inwohner, nutzen und aufnehmen gereicht.

Nach welchem allem sich nun sie abgeordnete zu richten wissen, und verbleiben ofthöchstgedachte ihre königl. m. ihren principaln, wie auch ihnen mit königlichen und landesfürstlichen gnaden fordere wolbewogen. Decretum per ser. reg. mt. in consilio Viennae decima tertia die Decembris decurrente anno millesimo sexcentesimo vigesimo sexto.

Kgl. St.-A. Rep. 39, S.-J. VII 7 a, alte Abschrift; vgl. Krebs, Acta publica 1626/27, S. 260.

92.

1627 April 19. Wien.

**Schreiben König Ferdinands III. an den Landeshauptmann v. Warnsdorff, daß er nicht in Ungnaden, sondern auf eigenen Verzicht hin aus seinem Amt entlassen worden sei.**

Ferdinand der dritt etc. . . .

Gestrenger lieber getreuer. Wir haben dein gehorsambistes schreiben vom dreissigsten Martii jüngsthin empfangen und dessen inhalt, was du wegen veränderung der Schweidnizischen unzhthero von dir verwalten landtschaubtmanschaft an uns gehorsambist gelangen lassen, mit mehrern genedigist vernohmen. Nun zweifelt uns nicht, dir werde unter dessen sowohl der r. kays. m., unsers allergnedigsten geliebtesten herrn vatters, als auch unser dessentwegen an dich abgange gnedigste resolution überantwortet worden sein und du daraus verstanden haben, wassmassen angeregte dir auf ein interim gelassene amtsverwaltung berürter landtschaubtmanschaft nicht wegen unzimlichen verhaltens oder in ungnaden, sintemahlen wir mit deinen verrichtungen genedigist wohl zufriden heten sein können, (dich auch darbei noch gern lenger gesehen haben wolten)<sup>1)</sup>, sondern auf dein bey der uns gelaisten erbhuldigung gethane selbst eigene mündliche resignation, auch folgendts schriftlich gebethene entlassung von dir genohmen und solches amt anderwerths bestellet, derowegen dir solches zu kheiner verschimpfung, oder das hirdurch wider die amtsinstruction, zu mahlen wo aine regimentsveränderung vorgehet, währe gehandelt worden, nit füglich khan angezogen werden.

Dessen wir dich dan auf berürtes dein anbringen erinnern und dir beinebens die abschriften oberwehntes kays., auch unseres schreibens zu deiner nachrichtung, im fall dir die originalia von dehnen zu installirung des neu angehenden landtschaubtmans noch nicht wahren zuegestellt worden, hiemit genedigist überschicken wollen und verbleiben dir im übrigen mit khönigl. und landsfürstlichen gnaden jederzeit wohl und beharrlich

<sup>1)</sup> Ist durchstrichen.

zuegethan. Geben in der statt Wien den neunzehnten monathstag Aprilis im sechzehnhundertsibenzwainzigsten und unseres hungerischen reichs im anderten jahr.

Adresse: Dem gestrengen unserm lieben getreuen Casparn von Warnsdorff auf Gusmansdorff, der r. k. m. rath.

K. k. Allgem. Archiv des Innern, Wien, Schles. III A 4, C 123, Bl. 1.

Unten am Rande: An Casparn von Warnsdorff, dass er nicht in ungnaden der Schweidnitzischen landtschubtmannschaft verwaltung, sondern auf seine selbst eigne resignation erlassen worden sey. Unterschriebenes Original, das aber wegen des einen durchstrichenen Satzes nicht abgeschickt worden ist.

93.

1627 Juli 6. o. O.

### Bericht über die Einsetzung des neuen Landeshauptmanns Heinrich Freiherrn v. Bibran.

Einsetzung herrn Heinrich freyherrns von Bebran zur ambthauptmannschaft. Anno 1627 den 6. Julii ist durch irer koen. m. Ferdinandi des dritten zu Hungarn ansehnlich abgeordnete commissarien tit. herren Georgen, des h. römischen reichs graven von Oppersdorf, freiherrn zur Eich und Fridstein, auf Ober-Glogau, r. k. m. radt, cammerern und landshaubt[mann] des fürstenthumbs Gross-Glogau, und herrn Sigmunden von Bock auf Habendorf, höchstermeldeter irer k. m. slesischen cammerradt, des Münsterbergischen fürstenthumbs und Francksteinischen weibbildes landeshauptmann, titul. herr Caspar von Warnsdorff auf Guessmansdorff, diser fürstenthumber landeshauptmann, auf sein gehorsames ansuchen angezeigten amtes der hauptmannschaft in gnaden erlassen und an dessen statt titul. herr Heinrich freyherr von Bebran auf Modlau und Alten-Lohe, r. k., auch dero zu Hungarn und Beheimb k. m. radt, zum ampte der hauptmannschaft den stenden furgestellt und installiret worden. Und weilen gedachter herr Bebran das jurament zu solchem ampte albereits irer koen. m. in person abgeleget, da doch sonsten herkommens, das es allhier in loco in fürstenthubern bescheen solte, als ist solches zwart den stenden etwas komerhaft und bedenklich fürkomen, haben aber irer m. gnedigsten willen an seinem ort gestellet sein lassen müssen, interim aber ir recht durch eingebene protestation bey den herren commissarien salviret, nichts desto weniger aber den neuen herrn hauptmann die gewonlichen artickel einhalten und durch den landschreiber ablesen lassen.

Kgl. St.-A. Rep. 135, Jan. Msc. Fol. 67, S. 156.

94.

1631 Februar 7. [Jauer].

### Bericht über die Bestellung des Manngerichts und des Hofgerichts zu Schweidnitz, des Zwölferrechts und des Gerichts von Amt, Land und Städten.

Summarischer vermerck wegen bestellung der iudiciorum in fürstenthümben S. u. J., wie es von titul. herrn Friedrichen von Gelhorn an kön. hoff geschicket worden.

Bestellung des manngerichts zur Schweidnitz. Der ober-hofrichter, titul. herr Hanß Ulrich Schaffgotsch, semperfrey, freyherr auf Trachenberg, r. k. m. cammerer und bestalter obrister, verordnet den unteretzten hofrichter, so wol den gerichts schreiber. Und ist ieziger zeit hofrichter titul. herr Nicolaß von Zedliz auf Wilckau und Pfaffendorf, landeseltister und oberrechtsizer der fürstenthümer S. und J., und gerichtsschreiber Wentzel von Forechnau auf Weißkerßdorf, abgesetzter fürstenthümer landtschreiber. Neben abgesetztem hofrichter sizen bein mannrechten fünf mannen, als drey vom adel, nemlich herr Melchior von Seidlitz auf Steupichen, dieser fürstenthümer landeseltester, herr Sigmund von Niemitz und dem burg-lehn Groß-Peterwitz auf Wilkau und Zobkendorf und herr Hanß Heinrich von Hohberg auf Fürstenstein; dann im namen der gesamten städte hiesiger fürstenthümer zwey personen von der stadt Schweidnitz, als titul. herr Heinrich Bartholome und [bzw. auf] Pülzen und George Mestner, medicinae doctor, des rathes zur Schweidnitz. Die landtsaßen des Schweidnitzischen weibbildes helfen alleine solche recht besitzen und sonst kein ander weibbildt. Der untersatzte hofrichter pfleget die manne vom adel zu kiesen, muß dasselbe dem herrn hauptman zu schreiben, alsdann leget der herr hauptman denselben personen auf, das recht zu besitzen. Und keiner, dem es auferleget wirdt, kan noch mag sich des weigern. Die zwo personen von



der stadt pfeget der rath zu verordnen. Alle manne, sowol die hofschöppen, wie auch der hofrichter selbst, müssen den gewöhnlichen aydt zu den gerichten thuen. Die drey manne vom adel seint nicht lenger zu sitzen schuldig, dann jeder 2 jahr. Wil sich aber einer lenger darzu vermögen lassen, das stehet zu seinem gefallen. Wann ein mannschützer absitz, ist er auch drey jahr frey, weder im zwelfer- noch manrecht zu sizen. Beym manrechten pfeget der hofrichter hofmeister genennet zu werden. Die procuratores nimbt der hofrichter und manrechtsizere an, die pfender aber der hofrichter alleine, und müssen ieder den gewöhnlichen aydt zu den gerichten thun, und sint ieziger zeit gerichts-advocaten m. Joan Folimhauß und Bernhardt Schiefordegher; pfender oder gerichts-cämmerer Hanß Ulcke und Casper Eckart. Wann leuterungen sollen gehalten werden, so kan solches geschehen, wann gleich nur zwey manne neben dem hofrichter seindt. Zeugen zu examiniren und schlechte abscheide zu geben, kan auch neben dem herrn hofrichter durch zwey manne geschehen. Bey-urteil können geben werden, wann drey manne neben dem hofrichter seint. In richtiger schuldt und anderen sachen, darinnen dem ordentlichen proceß nachgegangen wirdt, können auch dieselben urtel durch den hofrichter und zwene manne ordentlich und kreftig ergehen. In anderen party- und disputirlichen sachen aber, wenn endt-urteil gesprochen werden, müssen die manne alle fünf neben dem hofrichter sein. Der hofrichter hat weder im urthelsprechen noch vorabscheiden eine stimme, sondern wann die manne oder hofschöppen ein jeder sein bedencken ordentlich herumb geredet, pflegen sie alsdann den hofrichter anzusprechen, daß er sein guttbedüncken auch sagen wolle. Wann von den zweyen mannen aus der stadt ir keiner nicht kan zur stellen erscheinen, pfeget der rath eine andere person an seine stelle zu schicken, doch wirdt dieselbe nicht mit nahmen in das urtel gesazt, sondern des abwesenden nahmen wirdt mit hienein geschrieben. Wann auf einen rechtstag zwelfer-erfarnuß zu publiciren, auch zeugen zu examiniren sein, so pfeget jederzeit man die erfarnuß zum ersten zu publiciren, darnach die zeugen zu examiniren und dann erst die partheysachen zu hören. Wann aber nit erfarnuß sein, so gehet gleichwohl das examen der zeugen allzeit den partheysachen vor. Alle urtel bey manrechten werden unter ihr k. m. in Böhaim nahmen ausgefertigt.

Bestellung des hofgerichts zur Schweidnitz. Der herr hofrichter pfeget die hofschöppen zu beschreiben, deren seint fünf und müssen solches erbscholtzen oder lehenleute sein. Und wirdt also gehalten, daß einer sey aus der herrschaft Fürstenstein oder Kinsperg, zwey unter andern adelspersonen im weichbilde, einer aus des stifts aufm Sande Zötnischen gütern, so man aufm Eigen<sup>1)</sup> nennet, und einer von der stadt Schweidnitz gütern. Die stadt Schweidnitz helt die hofrichterey aufm Eigen, lest solch amt durch eine person bey den hofgerichten verwalten, und hat der ander hofrichter in sachen die partheyen aufs Eigen betreffende weder mit bussen, noch sonst gar nichts zu richten; der rath auch oder ihr unter-setzter hofrichter pfeget den hofschöppen vom Eigen zu beschreiben. So wol gehen die ladezetteln auf die güter des Eigens unter der stadt Schweidnitz sonderlich hierzu habenden insigel aus. Kein hofschöppe ist lenger, als ein jahr zu sitzen schuldig, er könnte dann hierzu vermocht werden, daß er es guttwillig thun wolte. Die weichbilder Polckenhain und Landeshutt, adel, unterthanen, so wol beide städte und dero-

<sup>1)</sup> Das Wort „Eigen“, das ursprünglich nichts anderes bedeutet, als „erb- und eigener Güterbesitz“, ist für den Güterkomplex des Sandstifts am Zobten in ähnlicher Weise zu einem geographischen Begriff geworden, wie dies für den Grundbesitz des Klosters Marienstern bei Bernstadt in der Oberlausitz nachzuweisen ist [vgl. dazu Lausitzisches Magazin 9, S. 387 f.; 26, 161 f.; 32, 241 f.; 47, S. 1 f.]. Nach fremdlicher Auskunft des K. Staatsarchivs Breslau [J.-Nr. 823/12] erscheint die Ortsbezeichnung „Zötnischer Eigent“ urkundlich zuerst 1600 Dezember 18 [Rep. 18, Sandstift Breslau IV 14 a, Bl. 90 f.], desgl. 1612 „der Zötnische halt des Egent“ [ebda. Bl. 133b]. Bei Worbs [Laus. Magazin 9, S. 390], desgl. in Rep. 135, Jan. Msc. 22, S. 412 wird auch selbst das Hofgericht für das Gebiet des Eigens, nämlich Weichbild und Stadt Zobten, das durch Verordnung von 1353 Januar 21 nach Schweidnitz verlegt wurde, „der Eigen“ genannt. Es ergibt sich hieraus, daß die Stadt Schweidnitz nicht, wie ich vorher S. 119 f. angenommen habe, ein allgemeines Hofgericht für Eigengüter besaß, sondern nur das Hofgericht über den Zobtener Eigen, das alte Zobtener Weichbild-Hofgericht. Dieses hat sich also neben dem von einem adeligen Hofrichter geleiteten Hofgericht der Weichbilder Schweidnitz, Bolkenhain und Landeshut erhalten.

selben einwohner, seint dem Schweidnizischen hofgerichtszwange unterlegen und müssen auf die citationes gestehen. Bürger und pauern müssen bald auf die erste citation gestehen bey der pöen, sie hetten dann beweßliche ehaft. Die von adel und belehnete aber dörffen erst auf die dritte citation gestehen, und solches bey verlust der sachen.

[Es folgt darauf ein Bericht über das Recht des roten Siegels.]

Bericht vom zwölfer rechten und des gerichtes landt und städten. Diese beyde gerichte seint wilkürlich, und kan vor dero keines niemant citiret noch auch wieder seinen willen vom k. ampte dahien in parteysachen erfordert oder vorbeschieden werden, es sey dann beider part wilkür und gutter wille.

Bestellung des zwölfer rechtens, alldar sich die herren beysitzer des hof- und manrechens in casibus dubiis rechtes belernen, sonsten ist dieses judicium ein wilkürlich recht. Der her hauptmann repraesentiret des königes von Böhaimb stelle. Neben ime sizen zwölf personen vom adel aus allen weichbildern; unter denselben seint vier, welche vermöge k. Rudolphi diesfalls ertheilten privilegio . . .<sup>1)</sup> continue nebenst dem k. ampte dieses gericht besitzen, die anderen achte ein jeder vier quartalia zu sizen schuldig. Ob auch aus füllallenden verhinderungen ir kein quartal bisweilen nicht gehalten wirdt, das kompt keinem zwölfer desto eher abzusizen zustatten, sondern er muß vier haltende quartalia besitzen. Alle zwelfer müssen zum gerichte das gewöhnliche jurament thun. Die zwelfer müssen alle quartal durch den herrn hauptman beschrieben werden, außer dessen ist keiner unbeschrieben zu erscheinen schuldig. So ein zwelfer beschrieben wirdt und ohne ehehaft, die er doch ankündigen sol, außenbleibet, ist er dem herrn hauptman fünf schwere schock zur poen verfallen. Hat aber ein zwelfer ehaft seines außenbleibens, so wirdts ime passiret, doch muß er es aufs ander quartal erstatten, damit er einen als den andern weg vier quartalia besitzen helfe. Wann nun ain zwelfer das vierdte quartal hat besitzen helfen, alsdann so kieset er einen andern aus demselben weichbilde an seine stadt und dis bey seinem gewißen, nicht aus haß oder neidt, sondern deren meinung, daß die stelle derselben person, wo nicht besser, doch ihme gleich bestellet sein möge. Wann also ein zwelfer sich entlediget, ist er drey jahr frey, daß er nicht wieder ins zwölfer- oder manrecht darf verordnet werden. Alle quartal pflegen drey zwelfer in dem gerichte des k. amptes, landt und städten mit zu sizen nach der ordnung herum. Kein zwelfer alleine darf altem brauch nach, verdachts halben, bey wehrendem gerichte aus dem stüblein gehen, es gehe dann noch einer mit ihme. Wann die zwelfer in berathschlagung der sachen ein jeder seine meinung gesaget, alsdann pflegen sie den herrn hauptman zu bitten, daß er sein guttbeduncken auch anzeigen wolle. Wann die part wilkürlich vor das zwölferrecht komben, so zeigen sie das erste quartal nur an, daß sie ezliche ihre differentzen dahien vor die herren zwölfer auf ihr erkenntniß bekomben hetten, bittende, die herren also die sach zu sich nehmen und solches vorzeichnen lassen wolten. Aufs folgende quartal aber da komben beyde theil mit ihrer notturft für, werden ordentlich und nottürlich gehöret und darauf der gebühr beschieden.

Bestellung des gerichtes ambt, landt und städte, vor welches ordinarie causae pupillares gehören. Item so sich jemand gegen dem k. ambt ungehorsamb erwiesen, pfeget auch aldar daruber erkandt zu werden; ingleichen uber geführte schäde in schuldt sachen. Dieses gerichte wirdt vom herrn landeshauptman, landtcanzlern, den vier personen, so continue beym zwölferrecht sizen, landtsbestalten und andern landtsaßen, wie auch durch dero von städten abgeordneten bestellet und besessen. Beym k. ambt, landt und städten mögen die part baldt das erste quartal ihre notturft fürbringen und bescheidts gewarten. Bey allen gerichten wirdt von den partheyen nichts schriftliches, sondern nur mündlich die notturft angenohmben, ohne was sie beweiß ubergeben. Und es dürfen auch die partheyen, noch ire advocaten, kein latein einführen, sondern müssen deutsch reden. Bey keinem gerichte, wie auch beym mann- und landtrechten, wird keinem part des andern eingebrachte acten oder brifliche urkunden abschriften gegeben, es willige dann das kogentheil gutwillig darein. Beym zwölferrecht, auch landt und städten müssen beide part vor publicirung

<sup>1)</sup> Vgl. Quellen Nr. 75 u. 76.



der urtel oder abschiede dem herrn hauptman durch einen handschlag angloben, was gesprochen oder verabschiedet werde, solches genehm zu haben, stet, fest, unwiedersprechlich zu halten. Diese obgeschriebene gerichtsbraüche und observantien sint ieder zeit in genauer obacht gehalten worden, wirdt auch im wenigsten noch zur zeit nichts darvon abgewichen. Allein ist zu beklagen, daß anietzo die iudicia, in sonderheit aber die hoff- und mangericht, welche das ordinarium iudicium sein, zue höchster schmellerung und krenckung der justiz wo nicht gar geschlossen, doch gewieß zum grösten theil aufgehoben werden wollen.

Fü 236, 10, S. 36 ff. Es folgen im Text die Eidesformeln für die Gerichtspersonen.

95.

1634 November 28 u. 30. Schweidnitz.

### Der Landeshauptmann fordert die geflüchteten Landsassen zur Rückkehr auf.

Ich Hainrich freyherr von Bibran, herr auf Modlaw, r. k. m. rath und cammer[er], so wol dero zu Hungern und Boheimb k. m. Ferdinandi des dritten rath, wie auch ihr k. m. in Pohlen und Schweden Vladislai des vierten cammer[er] und der fürstenthümer S. und J. vollmechtiger landeshauptman, entbietete allen denen NN. herren und ritterschaft der furstentümer S. und J., welche sich wegen militärischer gefahr und enthebung anderer beschwerlichkeiten ausser dero fürstenthümer nacher Bresslaw und benachbarte städte begeben, auch annoch selbiger orte vorharren, meinen gruss und alles guttes.

Undt gebe ihnen sambtlich hiemit zu vornehmen, welcher gestalt bei nechst den 22. dis in Schweinitz gehaltenen landtage die anwesende stände unter andern ihren gravaminibus nit das wenigste zu sein befunden, dass ein zimbliche anzahl ihres mitels landsassen sampt den ihr[en] sich ausser landes geflüchtet, bis anhero ihre gütter ganz unbestellet erligen, die steuer, contributiones undt ander anlagen unabgeführt, solche neben den soldaten quartir, durchzugen und andern krieges und landes oneribus ihnen den anwesenden allein gleichsamb auf den hals ersitzen lassen, sie hin[gegen] in gutter sicherheit ohne beschwernis ja bestanden oder arrhendirten gütern in Pohlen nach der zeit undt orth gelegenheit das ihre befördern, der anwesenden aber volends ruiniren und durch ihr aussenbleiben ihr wüst und öd gelassene gutter geringern helfen, mit amtsgehorsamblichen bitten, ich wolte geruhen, stadt k. m. sie die abwesenden<sup>1)</sup> ihrer schuldigkeit zu erinnern, durch patentes evociren und wiederum in diese furstenthümer zu ihrem vermögen, haus und hoff, grundt und boden einzustellen kräftiglich anbefehlen.

Nun ist mir zwar nit unbewust, was ahn die zu Hungern und Boheimb k. m., unsern gnedigsten herrn, ihr die abwesenden underm dato Frawstadt den 30. Martii instehenden jahres wegen beschehener rittirada unterthenigst ausgefertigt und solchen nach weiter gnedigste zu vergönnen gehorsambt gebeten, auch wessen<sup>2)</sup> sich höchst gedachte k. m. hierüber von dato Wien den 2. (?) Aprilis ahn mich gnedigst erklaret haben . . .

Wen aber durch verleiung göttlicher gnaden diese furstenthümer in solchen zustand widerumb gerathen, dass ich ohne alles bedencken alreit eine geraume zeit dorinnen vorharre und des amts vorrichtungen abwarten, benebens der anwesenden gehorsamben stände über euch und euer aussen bleiben geführte beschwer erwegen, [wenn ihr euch] eueres selbst eigenen anerbitens, allemahl<sup>3)</sup> auf die landtage zu erscheinen, zurück entsinnet, und der k. m. gnedigst rescript klar vormagt, dass euer rittirada anders nit zu verstatten noch verlengen, als dero gestalt, dass ihr den selbsteigenen erbitten nach auf alle landtage undt zusammenkunften unfelhar erscheinen und nach remedir- oder abhellung vorgewendter gefahr widerumb durch mein amts befelich abgefordert werden sollet, welchem ihr aber auch dis mahl, meines beschehens ausschreibens ungeachtet, nit nachkamen, in gebührende obacht ziehen thue, als habe ich diesem nach der anwesenden stände [bitte] für ganz billich undt diz mahl der k. m. intresse, unterthenigste gehorsamb, ehr und respect, wie auch der furstenthümer nutz undt frohen hirin nessiret, endlich solche separation der stände in die linge zu vorstatten für ganz nachtheilig befunden. Tuhe derowegen stadt dero zu Hungern und Böhmeimb k. m. denen abwesenden zu Bresslaw und anderer orth in Schlesien befundlichen von ständen undt landsassen hiemit befelichen, von dato binnen 14 tagen, alles einwendens ungeachtet, sich widerumb

<sup>1)</sup> Im Text: anwesenden.    <sup>2)</sup> Im Text: wisten.    <sup>3)</sup> Im Text: allemacht.

in diese fürstenthumber unfehlbar einzustellen und nechst den anwesenden treien patrioten dieses volzihen zu helfen, was von jedem gehorsamen vasallen seine schuldigkeit und pflicht viel erfordern, dass weder die klagende anwesende, weder die posteritet über sie zu queruliren uhrsach haben möge. Solte einer oder der ander auf seinen gütern zu leben bedencken tragen, würde es ihm an<sup>1)</sup> sicherheit und seines gleichen rittersleuthen in hiesieger fürstenthümer weichbildstedten so wenig als in Pohlen ermängeln, ja wirdt seinen fleis für das liebe vaterlandt dieser orte villeicht mit besserm ruhmb und der von gott vorgesezten ordentlicher hohen obrigkeit gnedigsten gefallen anzuwenden mittel oder gelegenheit fördern können. Solte aber dieses stadt k. m. beschehenes erinnern undt befeflich bei ihnen nit fruchten wollen, werden sie, da ihnen künfftig deswegen wes unliebes begegnen möchte, die schuldt niemandt anders als ihnen selbst zuzuschreiben wissen. Massen über dieses drittte citatorium, indehme vorhero gehende zwey sie gantz bei seit gesetzet, ich sie ferner zu vorschreiben oder für schaden zu warnen, sondern ein für alle mahl hiebei bewenden zu lassen gantzlichen endtgeschlossen undt gemeinet, wolte ich ihnen nit vorhalten. Urkündtlich under meinem wegs tragenden k. ampts vorgestellten<sup>2)</sup> freierlichen sigil und handt unterschrift wisentlich ausfertigen lassen. Geben Schweinitz den 28. Novembris 34.

Meinen freuntlichen grus und alles guttes bevor. Edler, gestrenger, insonders geliebter herr schwager. Es ist ahn stadt der k. m. mein verordnen ahn ihn, dass er beigelegtes patent all denen, so sich an itzo in Bresslaw aufhalten und in die fürstenthumber S. undt J. gehörig, zu ihrer wissenschaft bringe, damit selbige nebst ihm auf bestimmbte zeit sich ampts gehorsamblich einstellen, dieses zu befördern er nicht unterlassen wirdt und dabei allerseits gott befohlen. Schweinitz den 30. Novembris 1634. Hainrich, freiherr von Bibran etc. . . . Dem edlen gestrengen Heinrichen von Reichenbach auf Domanze und Siebenaich, der fürstenthumber S. und J. oberrechtsitzer und landeseltisten etc., meinem in sonders geliebten herren schwagern. Bresslaw am ringe neben den herren Flanderinischen zu erfragen.

Kgl. St.-A. Rep. 39, S.-J. VII 7 a. Gleichzeitige schlechte, vorstehend vielfach verbesserte Abschrift.

96.

1637 Januar 11. o. O.

#### Verzeichnis der in den Städten befindlichen Katholiken.

Consignation derer catholischen persohnen in den städten der fürstenthümer S. und J. Zur Schweidnitz 16 angeseßene mannespersonen, haben stattliche zwey kirchen; zur Striegau 9, haben ein kloster; Jauer 7, haben ein klosterkirche; Landeshutt 8, darbey das kloster Griebau; Hirschberg 8, darbey die prübstey zum Warmbrun; Buntzlau 10, darbey daß stieft Naumburg am Queiß; Reichenbach 7; Lewenberg 8; Lehen 1; Schönau O. Summa 74 personen.

Fü 238, 1, S. 227. Bei Krebs, Acta publica 1628, S. 212 mit unsicherer Datungangabe [1628/29] gedruckt.

97.

1637 Juni 16. Jauer.

#### Liste des Kollegs der Landesoffizierer.

Consignation derer herren landesoffizierer, zum theil erwehlet, und wie das collegium aufs neue bestellet und ersezt worden, bey allgemeinem landtage zum Jauer den 16. Junii anno 1637.

Anno 1637 den 16. Junii seindt auf allgemeiner landes zusammenkunft nachfolgende officirer der fürstenthümer S. und J. zum theil erwehlet und das collegium aufs neue bestellet und ersezt worden. 1. Herr Melchior von Lest auf Polckau, landescanzler.

Oberrechtsiezer: 1. herr Nicklaß von Zedliz auf Frauenhain und Pfaffendorff, oberrechtsiezer und landes eltester. 2. herr Melchior von Seydliz auf Steupichen, oberrechtsiezer und landes eltester. 3. herr Joachimb von Spiller auf Mazdorff und Berbisdorff, oberrechtsiezer und landes eltister. 4. herr Hannß von Nimpstsch auf Falckenhain und Oelß, oberrechtsiezer und landes eltester.

Landeseltisten: herr Hanß Heinrich von Hohbergk auf Fürstenstein, landes eltester im Schweidnizischen weichbilde. 2. herr Friedrich von Zedliz auf Praußniz, landes eltester im Jaurischen. 3. herr

<sup>1)</sup> Im Text: ohn. <sup>2)</sup> = mit meinem freih. Siegel, das mir unterwegs von Amtswegen verstattet ist.



George Friedrich von Schliebiz auf Gutschdorff, landes eltester im Striegauischen. 4. herr Siegmundt von Braun auf Zobben, Zöllnick, landes eltester im Lembergischen. 5. herr Caspar von Spiller auf Schönfeldt, landes eltester im Bunzlauischen. 6. herr George von Falckenhain auf Conradtswaldau, landes eltester im Hirschbergischen. 7. herr Christoff von Reibniz auf Girlachsdorff, landes eltester im Landeshutt- und Bolckenhainischen weichbilde. 8. herr Ernst von Gellhorn auf Peterßwaldau, landes eltester im Reichenbachischen.

Steuereinnnehmer: herr Hanß von Dyhr auf Kreppelhoff, steuereinnnehmer.

Landesbestalter: herr Hainrich von Poser auf Welckersdorff, Tschechen und Eyßdorff, landesbestalter.

Landtschreiber: herr Hanß von Czetriz von und auf Seitendorff, landtschreiber.

Fü 238, 1, S. 413.

98.

1638 praes. Juni 11.

### Besoldung des Landeshauptmanns.

K. amtes der fürstenthümer S. und J. einkommen:

Auf der stadt Schweidnitz bey den gewandtschneidern jährlich auf Johannis Baptistae 10 fl. ung.; mehr giebet der rhat auf Weyhnachten vor wilpret vorehrung 3 fl. Stadt Striegau auf Weyhnachten vor wilpret vorehrung 4 schwere marck; vom rath sezen 2 fl. Stadt Reichenbach vom rath sezen 2 fl. Stadt Lähn vom rath sezen 2 fl. Landtgeschößer zu Ingramsdorff im Schweidtnischen: auf Johann Baptistae geben sie an gelde 3 schw. marck; auf Weyhnachten auch 3 schw. m. Zu Leutmanßdorff auch Joh. Bapt. 2 schw. m., 12 gr.; auf Weynachten 2 schw. m., 12 gr. Zu Zedliz auf Joh. Baptistae 1 schw. m., 42 gr.; auf Weynachten 2 schw. m., 4 gr.

Im Jaurischen landtgeschöß: Zu Reppersdorff auf Joh. Bapt. 2 schw. m., 36 gr.; auf Weyhnachten 2 schw. m., 36 gr. Zu Jägendorff auf Joh. Bapt. 1 schw. m., 12 gr.; auf Weyhnachten 1 schw. m., 12 gr. Zu Jocksdorff auf Joh. Bapt. 1 schw. m.; auf Weyhnachten 1 schw. m. Zu Merzdorff auf Weyhnachten 30 gr. Zu Semmelwitz George Engel auf Joh. Bapt. 12 gr.; auf Weyhnachten 12 gr.; Martin Engel auf Joh. Baptistae 8 gr.; auf Weynachten 8 gr.; Hanß Rose vom gehege zu Semmelwitz jährlich vor ein paar reinische hosen 24 gr. Christoff Kuhl, forbergsmann zu Kommerau, jährlich vor ein paar reinische hosen 24 gr.

Suma summarum 21 fl. ung., jeden pro 108 kreutzer: 50 fl., 20 kreutzer; 31 schwere mark, 22 wgr., jede marck pro 96 kreutzer gerechnet reinisch fl.: 37 thl., 48 xr.

Stadt Schweidnitz giebt jährlichen auf Ostern 60 schweinschuldern; Stadt Striegau dergleichen 60 schuldern; oder vor jede 16 kreutzer, macht vor 120 stück 30 fl.; jeden floren pro 64 creuzer gereitet. Im Schweidnischen soll Creysau jährlich geben zwey pfund pfeffer, jedes vor 48 kreutzer, thut beydes 96 kreutzer. Von einem waldstücklein im Sernerwalde giebet Hanß von Salza zu Gotschdorff jährlichen sechs hünner, eines umb 4 kreutzer, thut 24 kreutzer. Auf Martini ist an korn und haber einzukommen, an korn 44 malder, 8 scheffel, 1 viertl, 2 $\frac{1}{2}$  mezen; ahn habern 55 malder, 1 scheffel, 3 viertl, 1 $\frac{1}{2}$  mezen.

Fü 238, 1, S. 659.

99.

1639 Mai 2. Wien.

### Kaiser Ferdinand III. befiehlt dem Oberlandeshauptmann, in den schlesischen Erbfürstenthümern den Landeshauptleuten je zwei Räte beizunordnen.

Ferdinandt der dritte. Hochgeborner oheimb, fürst, lieber getreuer. Wir wollen deiner liebden in k. und k. gnaden nicht verhalten, wie dass wir aus vielen wichtigen bedencken und ursachen bewogen worden, denen landeshauptleuten in allen unsern erbfürstenthümern durchgehend noch zweene räthe, darunter einer von adel oder des herren standes jederzeit seyn sol, zuzuordnen. Wenn wir uns denn auf diejenigen personen, welche in beyliegender consignation verzeichnet, allergnädigst resolviret, als ist hiermit unser gnädigster befehlich, dass d. lbd. alle dieselben mit ehestem ins oberamt erfodern, einen jeden absonderlich fürlassen und ihnen diese unsere gnädigste resolution und das zu ihren personen gesetzte vertrauen zu er-

kennen geben, alsdann es bey denselben dahin richten, dass sie und ein ieder aus denselben sich dieser unserer gnädigsten wohlmeinung gehorsamst submittiren und in solchen functionen uns und dem vaterlande zu diensten ihr von gott empfangenes talentum anzuwenden kein bedencken tragen. Hergegen haben wir einer adelichen person 800 gulden, einer andern gelehrten person aber 600 gulden rhein. zu jährlicher besoldung ausgesetzt und dieselbe ihnen jedesmal aus den contributionen desjenigen fürstenthumbs, darinnen sie bedienet, erfolgen zu lassen uns gnedigst entschlossen. Sie sollen auch unsere würcliche räthe seyn und unsern landeshauptleuten sowol in politischen als justitzsachen continue assistiren, auch sonst aller der vorthelle, recht und gerechtigkeiten, derer andere unsere würclichen räthe im lande Schlesien befugt, gleichfalls genießen. Im fall aber wieder verhoffen ein oder der andere über alles bewegliches zusprechen sich hierinn nicht gebrauchen lassen wollen, so werden uns deine liebden ein anders hierzu taugliches subjectum forderlichst vorzuschlagen, auch der übrigen erklärung mit dem ehesten einzuschicken . . . wissen . . . Geben in unserer stadt Wien, den 2. monatstag Maji im 1639.

An ihro fürstliche gnaden den k. und k. herren obristen hauptmann in Schlessien.

Verzeichniss der personen, so wir unsern landeshauptmannschaften zuzugeben gesinnet. Im Glogauischen fürstenthumb: Maximilian von Gerssdorff. Doctor Martin Hoffmann. Secretarius Wockhel ist schon allda.

Im Schweidnitzischen fürstenthumb: Melchior von Lest. Wilhelm Heinrich von Oberg. Secretarius ist schon da.

Im Opplichen fürstenthumb: Jetziger amtscaantzler. Valentin von Wynthen, ist hirvor bischofflicher rath gewesen. Secretarius ist schon allda.

Im Bresslauischen fürstenthumb: Carl von Printz; jedoch werden deine liebden sich mit unserm landeshauptmann deswegen communiciren. D. Rose. Secretarius; Balthasar Heinrich der jüngere von Oberg.

Im Franckensteinischen und Münsterbergischen: Frantz Ernst Lucan. Justinus Josephus. Secretarius ist schon allda.

Im Saganschen fürstenthumb: Johann Landseron. N. Rötzel, syndicus zu Glogau. Desswegen werden deine liebden vor der erfordering mit unserm landeshauptmann vorher communiciren. Actum ut in literis. D. Freissleben.

Kgl. St.-A., Ungenaue Abschrift in Rep. 135, Jau. Msc. VI, S. 410 f. Bessere Abschrift in Rep. 13 AA III 6 i, S. 639 f. Die Einführung dieser Räte scheiterte vorläufig [vgl. Jau. Msc. 6, S. 594] infolge des ablehnenden Gutachtens der Konferenz des Oberamtes mit den Landeshauptleuten. Nur im Fürstentum Breslau gelang es schon jetzt, das neue Regierungskolleg zu konstituieren, vgl. E. Bobertag in Zeitschr. VII, S. 161, und Br. Krusch, Geschichtliche Einführung (handschriftlich) zu Kgl. St.-A. Rep. 16, Obergerichtsbücher S. 20.

## 100.

1639 November 3. Schweidnitz.

### Verhandlungen über das kaiserliche Verbot der Berufung allgemeiner Landtage und die statt dessen bevorzugte Abhaltung „enger“ Zusammenkünfte.

Extract wegen der allgemeinen landtäge aus dem voto der gesambten herren landtstände auf dem allgemeinen landtage zur Schweidnitz den 3. Novembris anno 1639.

Es bedancken sich auch die herren landstände, dass euer gnaden bey diesem des landes zerriitteten zustande eine allgemeine landeszusammenkunft ausschreiben wollen, dass bey gegenwertiger noth des landes der bekümmerte zustandt berathschlaget werden möchte. Hetten zwar wünschen mögen, dass die zeithero derer mehr ausgeschrieben und allerley allgemeine angelegenheit in gemein erörthert worden wehren; bieten euer gnaden, inkünftig diessfalls die nothwendigkeit und anderer fürstenthümer gebrauch in der nachbarschaft gnädig erwegen, sonderlich vor und nach vollendeten firstentagen dieser fürstenthümer und des landes herkommen deroelbten gnädig recommendiret halten wollen. Sie sindt erböthig, solche erzeigte gnade mit ihren gehorsamen diensten nach möglichkeit zu verschulden.



Aus dem voto conclusivo ihrer gnaden, den 5. Novembris<sup>1)</sup>: Das desiderium praeliminare betreffende, dass die landtstände ofters landttäge auszuschreiben bethen, sollte es ahn ir gnaden, welche diese mühwaltung ratione praesidii gar nit scheueten, nicht ermangeln. Sie musten aber den ständen nur dieses beybringen, dass ihre k. m. ihme bey antretung seines officii gemessene instruction unter dero k. und k. signet ertheilet, unter andern besonders einige allgemeine landeszusammenkunft ohne ihr m. expresso mandato auszuschreiben gantz verbotthen hetten. Indehme aber ietziger conventus bloss zu ihr m. diensten beförderung angesehen, auf ihr excellenz des herrn feldtmarschallen bewegliches ansuchen, die herren landtstände und ritterschaft zu einem gesellenzueg wieder den feindt zu disponiren, sodann keinen verzug gelitten, verhoffeten ihr gnaden, dass daran ihr k. m. kein missfallen tragen oder in ungnaden solches vermercken werden. Sonsten wollten ihr gnaden sich der k. instruction gemäss verhalten, mit schwerer verantwortung nicht beladen, ihrer k. m. billicher gehorsamben, als denen hochlöbl. herren landtständen hierinnen wieder den kays. willen deferiren; dann sie nicht von den ständen, sondern von ihr m. dependireten. Wehre auch den herren landtständen so hoch nicht daran gelegen, weil ohne diss alle landtofficirer oft convociret und enge zusammenkuncten ausgeschrieben, viel unkosten erspart und ohne grosse weiltäufigkeit dennoch des landes angelegenheiten von ihnen befördert würden. Sey auch nicht in multitudinis judicio, sed sanioris partis consilio et voto gelegen. Diese gedancken sollen ihnen aber die landtstände nicht machen, dass ihr k. m. zu solcher inhibition [durch] einig misstrauen gegen denen ständen, sondern ihr gnaden erachten, [dass sie dazu] nach vorhien gepflogenen privat commoditaeten und proposition[en], so die landeshaubtleute bey solchen conventibus practiciren, [durch] querelen und darob getragenes missfallen bewegen; dahero ihr k. m. ihr gnaden und folgenden landeshaubtleuten solche mittel zu benehmen und abzustricken, warumb die conventus ausgeschrieben, in wissenschaft zu bringen anlass bekommen haben. Ihr gnaden wollten auch dieses passus bey ihr k. m. eingedenck seyn.

Replie der herren stände:<sup>2)</sup> Bey denen praeliminaribus haben die gesambte landstände kümmerlich vernommen, dass ihr gnaden in der k. instruction das allgemeine landt zu beruffen verbotthen seyn solle, welches doch bey allen fürsten- und erbfürstenthümern bräuchlich, auch bey diesen fürstenthümern von alters hero allzeit bräuchlichen und herkommens gewesen, welches auch zu beförderung der k. dienste und desto williger abführung der allgemeinen landes onerum dienlichen ist. Welche observanz und herkommen ihre k. m. auch selber neben denen privilegien dieser fürstenthümer allergnädigst confirmiret hat, derogleichen verbotth aber bey denen benachbarten fürstenthümern zu mercklichem spott gereichet, bey denen es ein ansehen hat, als hetten diese löbl. landtstände solches mit einem üblen verhalten verschuldet. Können es keiner andern ursache zuschreiben, als [dass] iezo nach absterben herrn Otto von Nostitzes (NB. ist gewiss der alte h. Otto v. Nostiz, vicekanzler, gewesen)<sup>3)</sup> niemand [ist], deme die observanz und die privilegia kundig seyn. Derentwegen die herren landtstände gemeinet, diesen passum allerunterthänigst ahn ihr m. zu bringen und daß der alten observanz nach sie gleich andern fürstenthümern zusammenkommen möchten, zu erbietten.

Weitere antwort des herrn landeshaubtmans: . . . Es solten die stände in ihr gnaden keine diffidenz setzen, es wehren wohl ofters propter privatas commoditates landtage ausgeschrieben worden, es wollte aber diesen passum ihr gn. an ihr m. gelangen lassen.

Aus der instruction, welche zu einer vorhabenden absendung an den k. u. k. hoff von denen herren landtständen auf allgemeinem landtage den 3. Novembris deliberiret, geschlossen undt aufgesetzt, aber hernach nicht baldt effectuiret worden<sup>4)</sup>: . . . 2. Dannenhero sohl unser abgeordneter gleichergestalt ihr m. . . . ausführen, was vor ein nothwendiges stück unser verfassung solche zusammenkuncten seyn, bey welchen vornehmlich die kays. dienste und hülffen berathschlaget und die abführung der gemeinen onerum mit desto

<sup>1)</sup> Siehe auch Ff 238, 1, S. 1143.

<sup>2)</sup> S. auch Ff 238, 1, S. 1159 f.

<sup>3)</sup> Von gleichzeitiger anderer Hand.

<sup>4)</sup> Ff 238, 1, S. 1186 f.

besserem nachdruck befördert und jedem in sonderheit und allen in gemein dehren nothwendigkeit und nutzbarkeit zu desto ehenderem verfolg eingeredet wirdt. Bey demselben stehet jedem frey, seine nothdurft zu klagen und euer m. und des allgemeinen landes interesse zu regen. Undt weil vorige könige aus Böhmen der allgemeinen zusammenkunften nutzbarkeit und vortrefflichkeit so hoch befunden, hetten sie bey confirmation unserer privilegien iederzeit auch die löbl. gewohnheit und herkommen allergnädigst bestätigtt, dessen wir denn auch gleichergestalt ihrer m. unterthänigst zu danken hetten . . .

Obgemelte instruction ist auf den damahligen herrn landesbestellen von Poser eingerichtet worden. In der königl. resolution, den 21. Nov. anno 1650, als herr praelat zu Grüssau, herr graff von Hohberg und her landesbestalter von Poser bey k. hoff gewesen, ist diese angelegenheit wegen unlimitirter ausschreibung der landtage zum guttachten ahn die böhmische hoffcanzley remittiret worden.

Kgl. St.-A. Rep. 39, S.-J. II 5 n; s. auch Ff 238, 1, S. 1126.

101.

1640 März 28. Schweidnitz.

### Bericht der Landstände über die Befugnisse des Kanzlers, sein Verhältnis zum Landschreiber und seine Besoldung.

Gründlicher bericht ahn ihr gn., den herrn landeshauptman, was es mit des herrn landescanzlers cancellariat so wohl in lehens-, als auch landessachen und seiner besoldung halben vor eine beschaffenheit habe.

Wohlgebohrner . . . herr landeshauptman: Demnach e. gn. wegen herrn Melchior von Lestes auf Polckau, der r. k. m. rathes und in hiesigen fürstenthübern S. und J. canzlers, supplication, daß ihmbe aus der landes cassa eine besoldung erfolgen solte, unseren bericht darüber requiriren, als haben wir nicht unterlaßen sollen, mit demselbigen amts gehorsamlichen einzukommen. Ahnfänglich ist aus herrn canzlers supplication zu sehen, daß er aus anderer leuthe bericht zu solchem ahnsuchen bewogen worden, indem er sein petitum derogestalt formiret, daß e. gn. ersucht wirdt, bey der landes cassa die vorfügung zu thuen, hiemit ihmbe seine besoldung, wie vohrgewesenem canzler, unverzüglich erfolgen möge. Daß aber herr canzler dießfaß ganz unrecht berichtet seye, werden die bey denen landes sachen vorhandene jährliche steuer rayttungen gnungsam ausweisen, in welchen gar nicht zu befinden, daß vohrigem herrn canzlern aus der landes cassa, außer den gewöhnlichen lieffergeldern, jemahlen einziger heller zu einer besoldung vom lande wehre gegeben worden. Von lehens sachen aber, derer inspection und khönigl. sigillum ihmbe vortrauet, hat er jährlichen dreyhundert thaler, wie auch aus denen landes-cancelley-rayttungen zu sehen von jahr 1602, in welchem die cancelley-intraden von ihr k. m. dem lande pfandesweise hingelaßen worden, aus der cancelley-cassa zu empfangen gehabt, aus welcher herr canzler ferner solche zu erheben bey ihr k. m., wie er auch deßen schon allergnädigste vertröstung überkommen haben soll, weiter ahnsuchung zu thun wissen wirdt. Die ahngezogenen ursachen aber seines petiti belangende, bestehen selbige darauf, daß herr canzler vor eines vohrwendet, daß ebenesfalles er die vorrichtungen, die ein oberrechtsizer bey dem lande hat, neben ihnen tragen muß. Dieses aber ist ahn ihm selber irrigh, dann zu geschweigen, daß den oberrechtsizern, als welche auch zugleich der gesambten fürstenthümer landes eltesten seyn, vornehmlichen die absicht, daß denen privilegiis nichts nachtheiliges vorgenommen werde, zustehet, so muß jha die oberrechtsizer nicht allein besage des privilegii, so anno 1601 denen landesständen ertheilet worden, zugleich das zwölfer recht, sowohl das indicium von amt, landt und städten continuirlich mit besetzen helfen, sondern sie werden auch zu den engern zusammenkunften ordinarie, herr canzler aber nur extraordinarie und so ofte es dem k. amte beliebet, noch über die zahl der landesofficierer noch etliche mehr wegen wichtigkeit der sachen von den landesständen dazu zu erfordern, vorschrieben. Dannenhero auch vorige herren canzler ihre session so wohl bey den allgemeinen, als auch engeren zusammenkunften gar nicht bey den landesofficierern in ihrer taffel genohmmen, sondern im closter zu Jauer in landes zusammenkunften dem k. amte zur lincken handt, in engen zusammenkunften aber auf einem sonderlichen stuhl neben dem tische, dabey das k. amt und die landesofficierer sich befunden, geseßen.



Wiewohl nun aber die bey iezigem herrn canzlern vohrgegangene vorenderung in der session denen landtständen etwas befremdblichen vohrkomen, so ist doch solches mit stillschweigen übergangen worden, in ahnmerkung, daß der r. k. m. dienste und des landes notturt auch in gegenwart khöniglicher officirer zu consultiren die landesofficirer kein bedencken getragen.

Daß vor das andere der herr canzler ahnzeucht, daß er die inspection der sämbtlichen landes-canzelley auf ihme habe, so ist den landesständen im wenigsten nicht bewust, daß iezigem und vohrigem herrn canzlern, welche bloß und alleine vom khönige zue Böheimb zu der lehenscanzelley bestellet und ihnen das lehenssigillum vortrauet worden, jemahlen die ahngezogene inspection von ihnen aufgetragen worden. Sintemahlen sie die landescanzelley einzig und alleine ihrem ordentlich erkohren landschreiber einantworten und vertrauen laßen. Daß aber herr canzler in derogleichen gedancken gerathen, rühret solches unsers bedünckens dannhero, daß weil herr Hanß von Zettriz seinen respect mit auf herrn canzlern hat, daß er heraus schließen will, daß ihmbe die inspection von der landes-canzelley zustehen muß. Es sind aber eu. gn. dieses zu berichten, das der landschreiber zwey unterschiedliche officia bediene, auch deßentwegen zwey unterschiedene besoldungen zu empfangen habe: wegen der lehens canzelley muß er sein absehen auf herrn canzlern, wegen der landes canzelley aber auf die landesstände oder landesofficirer haben.

Vorm jahr 1602 und also, ehe dem lande die lehensintraden unterpfändlichen veraset worden, hat kein landschreiber die lehenscanzelley, sondern alleine die landescanzelley in verwalting gehabt. Der verstorbene landschreiber hat neben diesen zweyen officiis auch zugleich das dienst eines gerichtsscretarii mit verwaltet, welches nach seinem absterben vom nechstgewesenen k. amte wiederumb, wie zuvohr auch geschehen, mit einer sonderlichen persohn bestellet worden. Ingleichen könnte mit der verwalting der lehenscanzelley auch geschehen, daß solche vom landschreiber genommen würde, wann es ihr m. belieben wollte, solchen dienst nicht weiter durch den landschreiber, sondern durch eine sonderbare person zu bestellen.

In summa, was des herrn canzlers officium, sowohl seine besoldung seye, ist nirgends anders wohero besser zu erkennen, als wann man neben denen ahngezogenen steuerrayttungen die instruction, welche vom kayser Rudolpho dem anderen . . . anno 1602 herrn Conradt von Nimpsch zu seinem cancellariat ertheilet worden, ahngesehen wirdt, bey welcher es auch herr canzler bewenden laßen und als ein liebhaber seines vaterlandes, wann er hierinnen die gründtliche beschaffenheit vernehmen wirdt, demselben, als welches zuvohrhin ganz erschöpfet, keine neue beschwehr ferner zuzumutten begehren wirdt. Datum Schweidniz den 28. Martii Anno 1640. Eur. gnamen amtsgehorsambe Nicklaß von Zedtliz, Melchior von Seydliz.

Fß 238, 1, S. 1286 f.

102.

1640 Juli 6. Schweidnitz.

### Instruktion des Kriegskommissars Georg Friedrich von Zedlitz.

Instruction George Friedrichen von Zedlitz auf Preilsdorf.

P.P. und weillen das Strigauische weichbildt dato ohne einen commissarium steht und von denen kays. volckern die verpflegung mit grosser unordnung gesucht werden müssen, besagtes weichbildt aber nottwendig mit einem qualificirten subjecto [zu] versehen ein rahtt zur Strigau höchstes fleisses ansuchung gethan, euer person — welche ich mir auch gar wol belieben lassen — aber hiezue erkieset worden, als habe ich euch solch commissariat derogestalt auftragen wollen, dass, wenn ihr würgklichen diesser commission abwartet, in allem teglichen 3 rthl. liefergelder zwar haben, mit vorwissen mein oder des steuereinnehmers aus der steuercassa empfangen, iedoch folgender gemessenen instruction nach verhalten und davon im wenigsten ausschreiten oder dessen schwere verantwortung auf euch haben sollet:

1. Sollet ihr euch keiner geldt-einnahmb oder ausgabe im wenigsten unterfangen.

2. Auf dem lande oder stette keine spessen, sie ruhren her oder haben nahmen, wie sie wollen, unter einigem praetext verleiten<sup>1)</sup> oder ursachen.

<sup>1)</sup> = Verlangen?

3. An stadt des weichbildes, landt oder stadt, den soldaten nichts verwilligen.
4. Fleissige kundtschaft wegen der ankommenden soldaten einholen.
5. Die officirer zeitlich und auf den grenzen besuchen und zue gutter ordre annehmen.
6. Den march nit auf allzue nahe einquartirung, sondern aufs wenigste auf 3 meil weges einen tag anzustellen.
7. Den geradisten weg, da der ordre hin lautet, sie führen.
8. Den proviant zeitlich nebst dem landeseltisten disponiren und keinen vor den andern praegraviren, und was sonst an getreide vorhanden, dass solches, womit es nit in andere wege von den soldaten verschlepft, dem weichbilde zum besten conservirt und erhalten werde.
9. In den quartiren die exactiones und geldtpressungen abwenden und pro autoritate verhindern.
10. Die vorgespan wiederbringen und deren sich bey den officirern zue versichern.
11. Im logiren gutte gleichheit halten und also gebahren, wie ihr es gegen gott, dem k. amt und den stenden zue verantworten getrauet; im wiedrigen fall, dass einige klage mit grundt und bestandt uber euch verschret würde, es an meinem amtesverweis und rechtmessigen einsehen mit ermanglen solle. Schweidnitz, den 6. Julii 1640.

Gleichzeitige Abschrift in Kgl. St.-A. Rep. 39, S.-J. VII 3 a, Bl. 67 b f. Vgl. ebda. auch die Instruktion für Friedrich v. Zedlitz, 1640 Januar 3, Bl. 7 b f.

103.

1641 Januar 21. Schweidnitz.

### Ordnung der engen Zusammenkünfte.

Etliche statuta, welche bey engen landeszusammenkunften in den fürstenthübern S. und J. in fleisige und genaue obacht genommen, die necessaria tractirt und die non necessaria bey seite gesetzt werden solten, confirmirt von dem k. und k. amte den 21. Januarii anno 1641.

Ich George Ludwig, herr von Starhemberg und zue Schönbuhl, auf Ober-Peyla, Bieliz, Fuchßwinkel, Weispach und Arnßdorff, r. k. m. rath, general-kriegs-commissarius in Ober- und Nieder-Schlesien und der fürstenthümer S. und J. vollmächtiger landeshauptmann, uhrkunde hiemit, wo noth, für männlichen: Demnach unterschiedliche gravamina bey denen die zeit hero gehaltenen engen zusammenkunften theils wegen gar nit einstellung, zum theil wegen langsamer comparirung der vorschriebenen landstände vorgefallen, das tit. die herren geistlichen und andere landesofficirer für rathsamb befunden, solchem unheil, undt was deme beygethan, ins künftigt vorzubauen und destwegen gewiße statuta gemacht, welche mirh von ihnen zu meiner amts rathhabitation und confirmation vorgetragen worden. Sie lauten von wort zu wort, wie nachfolgende zu verstehen:

Demnach biß anhero im werck vorseühret worden, daß die consultationes bey den engen zusammenkunften sich dannhero nicht wenig verzogen und gar langsam zu einem gewießen schluß gebracht werden können, das die vorschriebene nicht allein zue rechter zeit nicht zusammen khommen, sondern auch bey währenden rathschlägen einer nach dem andern darvon gegangen und mehr seiner privat, als des landes sachen, darzu er vorschrieben, abgewartet, wordurch in viel wege dem lande schaden und sonsten vorgebliche liefergelder causiret worden, als haben die ahnwesenden herren geistlichen undt landesofficirer für rathsamb erachtet, solchem unheil folgendergestalt vorzubauen und hernach gesetzte ordnung, umb derer confirmation sie eu. gn. amtsgehorsamlich ersuchen, aufzurichten:

1. Sollen alle undt iede, so zue der engen zusammenkunft verschrieben, sich zwischen Georgii und Michaelis in puncto sieben undt dann zwischen Michael und Georgii umb acht uhr frühe, nachmittage aber allemahl umb ein uhr<sup>1)</sup> zur gewöhnlicher stelle vorfügen, ihre gebührliche session einnehmen, den consiliis vom ahnfang biß zue endt beywohnen, und da einer eine viertelstunde nach beniempter zeit sich

<sup>1)</sup> 1648: 2 Uhr.



erst einstellen oder vor schließung der session sich wegen anderer geschäfte absentiren würde, soll ihme jedesmahl, es geschehe frühe oder nachmittage, die helfte der lieffergelder abgekürzt werden<sup>1)</sup>. 2. Ob auch einer undt der ander wegen allzu langsamer einstellung straffellig werden und selbige abzuegelten schuldig, soll er doch nichts destoweniger den consiliis beyzuwohnen verpflichtet seyn. 3. Solte aber einer oder der ander, so zur stelle, sich gar nicht bey einer session einstellen, soll er<sup>2)</sup> eines gantzen tages lieffergelder verlustig werden und nichts destoweniger, wann er erfordert würde, sich bey den rathschlägen einzustellen schuldig und verbunden seyn. 4. Sollen sich die consultationes vohr miettag umb 11 uhr, nach miettag aber umb 5 uhr<sup>3)</sup> schließen und enden, es wehre dann, das der sachen notturft diese zeit umb etwas zu erlängern erfordern möchte. 5. Bey wehrenden consultationen soll ein jeder sich anderer discours, dardurch die consilia gehindert werden, enthalten undt ein jeder sein votum ordentlich undt bescheidenlich abgeben. 6. Soll herr landschreiber<sup>4)</sup> fleißig vermercken, welche den rathschlägen beygewohnt, sowohl welche sich gar nicht oder zue langsam eingestellt oder zue zeitlich wiederumb absentiret, undt nach geendeter zusammenkunft herr[n] steuereinnehmern ein verzeichniß einstellen, darnach er sich in abführung der lieffergelder zue richten haben möge. Actum Schweidnitz bey gehaltener engen zusammenkunft den 14. Decembris anno 1640. N. N. N. praelaten und landesofficirer der fürstenthümer S. und J.

Wann dan ich mir hervorgesetzte ordnung, sintemahlen selbige der billigkeit gemäß, belieben und gefallen laßen, als hab ich darein gewilliget, solche satzungen genehmhabet undt confirmiret . . . , uhrkundlichen unter meinem herrlichen signet undt eigenen hand unterschrift wießentlichen auszufertigen anbefohlen. Schweidnitz den 21. Januarii 1641. G. Ludwig, herr von Stahrembergk.

Fü 238, 2, S. 25. Die im übrigen gleichlautende Ordnung vom 20. Januar 1648 siehe Fü 238, 6, S. 175; Kgl. St.-A. Rep. 135, Worbs, Msc. 11, S. 326 f.

## 104.

1642 November 2.

## Liste des Landeskollegs und der Kriegskommissare.

Patent des Landeshauptmanns an das Landeskolleg und die Städte enth. Ladung zu einem Landtag der Fürstentümer zu Neisse. Namenliste: 1. prälat zu Leubus; 2. prälat zu Grüßau; 3. probst zum Zohnten; 4. probst zu Liebertall; 5. probst zu Warnebrunn.

6. oberhauptman d. k. cammergütter<sup>5)</sup>; 7. landescanzler.

8. Nicoll von Zedliz; 9. Melchior von Seydliz; 10. Hans von Nimbtseh; Joachim von Spiller: oberrechtsizer.

12. Hanß Heinrich von Hoberg; 13. Gelhorn; 14. Sieg[mund] von Braun; 15. Christoff von Reibniz; 16. Friedrich von Zedliz: landeseltisten.

17. Ernst von Nimbtseh, steuereinnnehmer. 18. Heinrich von Poßer, landesbestelter. 19. Hanß von Zettritz, landschreiber.

20. Friedrich von Zettritz; 21. Georg Friedrich von Zedlitz; 22. Friedrich von Zedliz; 23. Carl von Stiebizen; 24. Georg Friedrich von Knobelßdorff; 25. Tob[ias] Zernikow: commissarien.

26.—36. die königlichen städte.

Kgl. St.-A. Rep. 39, S.-J. VII 3 b, 1642/43, Bl. 199.

## 105.

1644 September 27.

## Verzeichnis landwirtschaftlicher und industrieller Erträge aus beiden Fürstentümern.

Extract derer anno 1644 im Septembri bey der revision gefundenen nutzungen des nechst vergangenen jahres der beyden fürstenthümer S. und J.: seewerg, ober winter 1616 malter, 1 scheffel,  $\frac{3}{4}$  [wispel?]; uber

<sup>1)</sup> 1648: von jeder virtel stunde 3 sgr. <sup>2)</sup> 1648 fährt fort: soll er von so vielen virtel stunden, als es austraget, die straffe zu erlegen verbunden seyn. <sup>3)</sup> 1648: 6 Uhr. <sup>4)</sup> 1648: herr landes-bestelter. <sup>5)</sup> Vgl. Krusch, Geschichte des Staatsarch. Breslau, S. 129.

sommer 1488 m., 8 sch.,  $\frac{3}{4}$ ; mühlutzung 294 m., 8 sch.; zinßkorn 115 m., 1 sch.; silber- u. ander geldzinß 6905 thl., 27 argent.; teichnutzung 111 schock; kühe 5558 stücke; ziegen 5551 stück; schaaffe 9508 stück; bienstöcke 842; schweine 244; weberstühle 284; gespinste im gantzen Schweidnitzischen fürstenthum ohne das fürstenthumb Janer 1626 stücke, hierbey ist das Buntzlauische weichbild noch nicht eingebracht worden.

Fü 238, 3, S. 327.

# 106.

1648 Januar 7. Breslau.

## Der Niederschlesische Kammerfiskal Georg Sebastian Jänisch erteilt dem Fiskalatamtsadjunkten für die Fürstentümer S. und J., Mathias Daller, eine Instruktion.

Die Instruktion betrifft 1. Schwebende fiskalische Forderungen. Der Adjunkt soll „in denen zur Schweidnitz von k. obereinehmer der biergefälle, herrn Matheus von Püscheln auf Bögendorff, erhobnen fiscalischen acten sich fleissig ersehen“. 2. Befugnis zu selbständigem Handeln.

3. [Hochverrats-Angelegenheiten:] „Soll herr adjunctus auf diejenigen, welche sich an der r. k. m. mit gefährlicher correspondenz mit dem feinde, mit stiftung zusammenkunften, mit worten, wercken, thaten, bestallungen, verräthereyen und andern unthaten vorgrieffen, fleißig acht haben, auch mit gründlicher inquisition obbesagter maßen verhalten und darob berichten“. 4. Protokollführung. 5. Aufzeichnungen über die fiskalischen Interessen an den Land- und Rittergütern. 6. Verfahren bei Verfolgung fiskalischer Ansprüche. 7. Verfolgung schwerer Verbrechen. 8. Anfertigung von Monatsberichten.

9. [Politische Gegner und Auführer:] „Gehören zu dem dritten und siebenden punkten alle diejenigen, so bey noch continuirenden kriegten mit den feinden des hauses Österreich conspiriret, correspondiret, von dem feinde vorsetzlich schutz und schirm genommen, treue österreichische diener verrathen helfen, die aufwieglor bey land und städten, so wol diejenigen, welche zeithero verbotne zusammenkünften geheget oder ins künftige, es geschehe gleich unter was praetext oder schein es immer wolle, ohne consens und einwilligung ihrer ordentlichen obrigkeit legen oder halten möchten, wieder dieselbigen, auch diejenigen, so darvon gutte wißenschaft tragen und doch gefährlich nicht offenbahren, soll er herr fiscal adjunctus ein fleißiges nachforschen haben und darvon zeitlich nachricht geben.“

10. Erbschaftsrecht des Staats. 11. Kammergüter. 12. Gerichtsstand der Geistlichkeit und der Landschaft. 13. Grenzstreitigkeiten. 14. Sorge für gute Vorbereitung der Anklagen. 15. Fiskalische Ansprüche bei Testaments- und Schuldensachen. 16. Allgemeine Vollmacht. Vorschriften für persönliches Verhalten, nüchtern zu leben und keine Geschenke anzunehmen.

Kgl. St.-A. Rep. 135, Jau. Msc. VI, S. 755; siehe auch Fü 238, 6, S. 22 f. Vgl. zu den einzelnen Punkten der Instruktion Quellen Nr. 113.

# 107.

(1648). o. O.

## Ausführung, warum den Gesandten der Erbfürstentümer auf Fürstentagen und sonstigen Zusammenkünften Sitz und Stimme vor den Gesandten des Herrenstandes gebührt.

1. Erstlichen, daß sie in quasi possessione solcher gerechtigkeit seyn. 2. Vors andere, daß sie dieselbigen nach verfassung so viel langer zeit vorjähret. 3. Zum dritten, daß sie des königs zu Böheimb als obristen hertzogs in Schlesien [statt] repräsentieren, welcher an dignitaet und würden viel höher ist, als die vom herrnstande. 4. Zum vierdten, weil die alten hertzoze, so vor jahren die erbfürstenthümer gehalten, so wohl derselbigen abgesandten die session und stimme vor den erbfürstenthümern<sup>1)</sup> gehalten, daß derselbigen successores als die könige von Böheimb, die viel eines höhern standes sind, und derselbigen gesandten es noch billich erhalten. 5. Zum fünften, weil der ietzo regierenden fürsten abgesandten die session und

<sup>1)</sup> sie! soll heißen: „Standesherrschaften“.



stimme nicht allein vor der herren gesandten, sondern den herren selbst haben, warumb solten sie denn auch des königs von Böhaimb gesandten nicht vor ihnen haben? 6. Zum sechsten, daß denen vom herrnstande, wenn sie eigner person zur stelle, solches aus lauter guttwilligkeit nachgegeben. 7. Zum siebenden, daß die erbfürstenthümer an gewalt und vermögen die vom herrnstande bey weitem ubertreffen, derowegen dann auch im fall der noth bey weitem ein mehrers bey gemeinem lande thun können, dann die vom herrnstande. 8. Zum achten, daß sie mit den steuren und anlagen gleichfalls den herrnstand bey weitem ubertreffen, sintemahl die erbfürstenthümer umb acht und vierzigmahl hundert tausend fünfundneunzig tausend und fünfhundert vier und dreyßig thaler, die vom herrnstande aber nur umb zweymahlhunderttausend sechzigtausend und vierundvierzig thaler ubertreffend. 9. Zum neunnden, daß unter den erbfürstenthümern fürstliche und ansehnliche aepste, praelaten, nichtsweniger auch grafen und herrenstandes personen seyn. 10. Zum zehenden, daß es zu vorkleinerung des königes von Böhaimb praeeminenz, hoheit und reputation gelangen wolte, wenn seinen abgesandten die von herrnstande abgeordnete solten vorgezogen werden.

Fü 238, 6, S. 871.

108.

1649 Januar 13. Schweidnitz.

### Instruktion für die Kriegskommissare.

Instruction an die herren commissarien. Ich George Ludwig [v. Stahremberg] etc. uhrkunde etc., daß demnach sich ereignen wollen, dass der eingeruckete soldat bey unlangst hin beschעהner einquartierung und dato noch von dem quartierstande übermessigkeiten in einem und dem andern zu fordern sich untermasset haben solle, welchem aber abzuheffen nebst mir die anitzo in Schweidnitz anwesende praelaten und landesofficier rätlichen befunden, einen jeden commissarium mit gewisser instruction zu erhaltung allerseits gleichheit versehen zu lassen und dabey klärlichen und folgender gestalt nöthig zu sein befunden, dass

1. Sie der kays. anno 1640 zu Regenspurg publicirten ordinantz nachkommende die volcker verpflegen sollen.
2. Vermöge des generalfeldtcommissarii herrn von Traun resolution dem reither nur auf ein pferd rauch und glatt futter zu geben.
3. Nichts mehr, als was effective vorhanden, zu entreteniren.
4. Denen auf die dörfer ausgetheilten reithern ausser ihrer monatlichen gebühr nichts zu geben.
5. Bey den herrschaften und geistlichen die einlegung nicht zu verstatten.
6. Die mühlen, schmieden und sechswöcherin, der kays. ordinanz gemess, mit belegung verschonen zu lassen.
7. Alle 14 tage richtige liquidationes, was ordinarie und extraordinarie aufgegangen, bey dem k. ampte vermöge des hochlöbl. k. oberamtes verordnung einzuschicken.
8. Mit denen von ihr m. aufgehabenen kuchel-adiuten und discretiongeldern die quartier nicht beschweren zu lassen.

Wie nun solchen punckten nachzuleben die unumbgengliche necessitet erfordern, also ich auch mich gantzlichen versehen viel, es werde tit. N. N. seiner obliegenheit und pflichten nach darob eyfrig halten und nicht im geringsten geschehen lassen, dass darwieder gehandelt noch dem belegten stande einige nachtheiligkeiten durch etwan folgende conniventz angethan, sondern vielmehr alles, wie obsteht, volzogen, und da darwieder gebahret, unverzüglich dem k. oberamte und huic parte [nachricht] gegeben werden möge. Gegeben zur Schweidnitz den 13. Januar 1649.

Gleichzeitige Abschrift in Kgl. St.-A. Rep. 39, S.-J. VII 3 e. Am Rande: herrn Spiller, h. von Zedlitz zwey [d. h. 2 dieses Namens], h. Hoffman [d. i. Commissarien].

109.

1649 Dezember 10. o. O.

### Liste neuerwählter Landesältesten und Offizierer.

Demnach auch herr Melchior von Seydlitz auf Steupichen, der fürstenthümer S. und J. oberrechtsitzer, landeseltester und des königl. mannsrechts zur Schweidnitz adressor, todes verfahren: 1. Als ist durch einhelligen schluß an deßen stelle tit. herr Hanß Heinrich von Hoberg auf Fürstenstein, Friedland etc. zum oberrechtsitzer, landeseltesten den 10. Decembris anno 1649 erwählt worden. 2. Mehr ist tit. herr Moriz Augustus freyherr von Rochau, herr auf Königsberg, zum landeseltesten des Schweidnitzischen weichbildes erkieset worden. 3. Zum Jaurischen landeseltesten tit. herr Hanß von Schweinichen auf Kölbütz, Mertsch, Skoll und Eysendorff. Zum Striegauischen landeseltesten titul. herr Heinrich von Mühlheim auf Pleßwitz, Metschkau. Zum Polckenhaynischen landeseltesten titul. herr Ferdinand von Zedlitz, freyherr auf der burg Polckenhayn. Zum Buntzlauischen landeseltesten tit. herr Carl von Stiebiz auf Thiergarten. Zum Hirschbergischen landeseltesten tit. herr Ernst von Nimptsch auf Schwartzbach, der fürstenthümer S. und J. steyereinnehmer.

Fü 238, 6, S. 1145 f.

110.

1649 Dezember 11. Schweidnitz.

### Bitte um Wiedergewährung der allgemeinen Landeszusammenkünfte aus einer Instruktion für eine ständische Gesandtschaft an den Kaiser.

Aus einer Instruktion für die Gesandten zum Kaiser enth. viele Beschwerden: „Demnach wir auch vohriger zeit von unserm vohrgesetzten landeshauptman auf unsere amtsgehorsame erinnerung und biette, das er, wie vor alters breuchlich und herkommens gewesen, allgemeine landeszusammenkünfte ausschreiben wolte, vernommen, dass er dessen ausdrücklichen verboth von ihr k. und k. m. in seiner instruction habe, als sollen unsere abgeordnete ihrer k. m. numehro unterthänigst ausführen, was vor ein nothwendiges stücke dieser fürstenthümer verfassung nach solche zusammenkünfte jederzeit gewesen und noch sein, indeme bey denselbten vornehmlich die zugeschlagenen und zugetheilten kays. hülffen, verpflegungen, belegungen berathschlaget und die abführung der gemeinen onerum mit desto besserem nachdruck befördert . . . ; darzu dann auch komme, das über berührte alangelegenheit nicht allein bey denselben zu sonderem trost einem jeden frey stehe, seine noth zu klagen, sondern auch ihre k. m. und des allgemeinen landes interesse zu rügen und zu befördern, massen dann auch derogleichen zusammenkünfte zu solchem ende bey den vornehmsten des landes Schlesien fürstenthümern in stethen observantz gehalten werden, dannenhero wir durch deren verboth in schimpf bey den benachbarten fürstenthümern gerathen und in solchen verdacht gezogen werden, als hetten wir solche abschaffung derer von unendlichen jahren gewöhnlichen zusammenkünften verschuldet und uns deroselbten vor anderen vorlustig gemacht. . . .

. . . Als sollen bey ihr k. m. unsere abgeordneten sich fleissig bemühen, das durch ihre unterthänigste biethe ihr k. m. solch uhralt herkommen bey uns gnedigst erhalten und vor angehenden und nach geendeten fürstentagen, oder wann es sonst die noth erfodern würde, das gesambte landt durch unseren landeshauptman vorschreiben lassen wolle; doch dass nach erfoderung der sachen wichtigkeit ein tag oder zwey zu vorhero die praelaten, landesofficirer erfodert werden, darmit die sachen, so dem lande proponiret, von denselben ausgearbeitet werden khönten, dass hernach der schluss von dem ganzen lande desto schleuniger gemacht und grosse unkosten verhütet werden möchten.“

Kgl. St.-A. Rep. 39, S.-J. II 1 i, Bl. 38 b.



## 111.

1650 Februar 12<sup>1)</sup>.**Beschreibung der Verfassung und des Zustandes der Fürstentümer (Auszug aus einem für König Ferdinand IV. bestimmten Bericht) mit späteren Nachträgen aus der Zeit von 1657 f. und 1668 f.**

Kurtzer begriff der beyden fürstenthümer S. und J., aufgesetzt von weyland herrn Daniel a Czepeo und Reygersfeldt auf Mertzdorf, r. k., auch zu Hungarn und Bohaimb k. m., sowohl fürstl. Lignitz-Brieg-Wohlauschen gewesenem regierungsrath, an ihre k. m. Ferdinandum IV zu Böhmen abgegangen.

[Auszug:] Die fürstenthümer werden in 8 weichbilder oder creysse getheilet, als das Schweidnitzische, Jauerische, Striegauische, Lewenbergische, Buntzlausische, Hirschbergische, Bolckenhaynische, Reichenbachische.

Städte: 1. Schweidnitz: „hat in die 1800 bürger gehabt“ . . . ; „wird etwan umb dies ietziige 1668. jahr von einem vierdehalbhundert bürgern bewohnt [in alio manuscripto: 200 bürger]<sup>4)</sup>. Jauer: früher 1400 bürger, jetzt 150 Bürger. Striegau: früher 500 bürger, jetzt 80 bürger. Löwenberg: früher 1700, davon 700 tuchmacher, jetzt 200 [60]<sup>2)</sup>. Bunzlau: früher 600, jetzt 200 [80]. Hirschberg: 900, jetzt 200 [60]. Bolckenhayn: früher 350, jetzt 100 [50]. Reichenbach: früher 1500, davon 400 parchen- u. mesolanarbeiter, jetzt 100 [50]. Landeshut: 650, jetzt 200 [50]. Lähn, Schönau.

Landstädte: 1. Freyburg, stark ummauerte stadt mit noch 100 [200] bürgern. 2. Friedland. 3. Gottesberg. 4. Waldenburg. 5. Hohenfriedeberg. 6. Schmiedeberg, 800 bürger. 7. Kupferberg. 8. Greiffenberg. 9. Friedeberg a. Queiss. 10. Naumburg a. Queiss. 11. Liebenenthal. 12. Schömburg. 13. Liebau. 14. Zobten<sup>3)</sup>.

Festen und burggrafschaften der fürstenthümer: „Dieses sind vor alten zeiten der fürsten cammergüter gewesen, von zeit zu zeit aber von den königen zu Böhmen versetzt und erb und eigen den rittersleuten verlehnet und verliehen worden: 1. Fürstenberg<sup>4)</sup> auf dem Zobtenberg, 1471 eingäschert. 2. Fürstenstein. 3. Hornsberg. 4. Kinßberg. 5. Zeisckenberg. 6. die burg zu Schweidnitz. 7. das burglehen zu Reichenbach. 8. das burglehen zu Striegau. 9. Bolckenhayn. 10. Nimmersatt. 11. Bolcken- oder Boltzenstein. 12. Bolcken- oder Wolckenhauß. 13. Kynast. 14. Kemnitz. 15. Greiffenstein. 16. Klitschdorf. 17. Falkenstein. 18. Lehnhaus. 19. burglehen zu Bunzlau. 20. burglehen zu Jauer. „Dieses ist zu der residenz der herren landeshaubtleute vorbehalten worden.“

Klöster: Grüssau. Liebenenthal.

Probsteien: 1. Zobten — gehört dem Sandstift. 2. Gorkau — desgl. 3. Brechlisshoff — Stift Lenbus. 4. Schlanpshoff — desgl. 5. Arnoldshoff — desgl. 6. Warmbrunn — Stift Grüssau. „Sonsten seind auch andere von denen praelaten, so in den fürstenthümern der darin liegenden gütter wegen die lehn von ihre k. m. empfangen. Und ist dieses sonderlich zu mercken, dass die abteyen, clöster und andere geistliche gütter im lande Schlesien meistens secundum tradita Hénelli in sua Silesiographia vor königl. oder landesfürstliche cammergüter geachtet und gehalten werden, dannhero auch der verstorbenen geistlichen eigenthümliche gütter und fahrnisse nicht an die kirche, sondern an den könig verfället und vom fiscal eingenommen, auch in allen sachen, was die stifter und clöster betrifft, von ihm vertreten und verantwortet werden.“

Commendaturen: 1. Striegau. 2. Löwenberg. 3. Reichenbach.

Schlösser und rittersitze: „Die zahl der schlösser und rittersitze in beyden fürstenthümern belauft sich ohngefähr auf 920.“

Lehnsleute: I. Unter den Geistlichen: 1. Domkapitel Breslau. 2. Abt vom Sande. 3. Abt von Leubus. 4. Abt von Grüssau. 5. Meister zu st. Matthes. 6. Stift Liegnitz. 7. Stift Striegau. 8. Stift

<sup>1)</sup> Nach Rep. 135, Jau. Msc. II, S. 142: 1649 Dezember 9. <sup>2)</sup> Die eingeklammerten Zahlen sind von späterer Hand. <sup>3)</sup> Vgl. dazu vorstehend S. 49 f. <sup>4)</sup> = Fürstenstein. Die Burg auf dem Zobtenberge hat diesen Namen nicht getragen.

Liebethal. 9. Kloster Naumburg. 10. Propst zu Zobten. 11. Propst zu Gorkau. 12. Propst zu Warmbrunn. 13. Propst zu Liebethal. 14. Propst zu Reichenbach. 15. Propst zu Brechelshof.

II. Unter den fürstlichen Personen: weyland Georg Rudolf herzog von Liegnitz, k. oberamtsverwalter.

III. Unter den gräflichen personen: 1. Christof Leopold Schaffgotsch, des hl. röm. reichs semperfrey, landeshauptmann. 2. Hans Heinrich Graf v. Hohberg auf Fürstenstein, oberrechtssitzer und landesältester. 3. Ernst Graf v. Gelhorn auf Peterswaldau. 4. Graf v. Tschernin. 5. Graf v. Palfi. 6. Graf v. Gallas. 7. Graf v. Denhoff, so sich für einen Manteuffelschen erben der güter Rauske und Hertwigswaldau ausgegeben . . . , aber die lehen noch nicht gesucht hat.

IV. Unter dem herrstande: Hans Friedrich frhr. v. Nimptsch auf Ölsse, amtsverwalter; Ferdinand frhr. v. Zedlitz auf Bolkenhayn, landeskanzler; Louis frhr. v. Monteverques, landesältester, auf Domanze<sup>1)</sup>; Christof Heinrich v. Reichenbach auf Siebeneiche, landesältester; Carl Christoph frhr. v. Zedlitz auf Kratzkau, landesältester; commendator v. Striegau, herr v. Colowrat; v. Kittlitz; v. Nostitz; Schaffgotsch v. Plackwitz; Zedlitz auf Schildau; Zedlitz auf Nimmersath; v. Neuhaus; Bibran; Schellendorf; obristleutnant Corschwandt<sup>2)</sup>.

V. Untern rittersleuten . . . und wie sie in dem neuen und bey der den 9. Dec. 1657 vorgegangenen translation der fürstenthümer aufgerichteten landregister zu finden; vgl. Quellen Nr. 114.

Dörfer: 657 (242 non entia).

Intraden der fürstenthümer [S. 64]: „an ihro r. k. m. seiten die (vom lande verwilligte) vorbehaltene biergefälle. An der herren fürsten und stände seiten die von gedachten biergefällen ihnen zukommende (vorbehaltene) quota.

An ihro k. m. seiten: Weil, wie oben erwöhnet, die ansehnliche fürstliche in so vielen burggrafschaften bestandene cammergeüter anfangs von den königen bey den damals zurütteten zeiten versetzt und endlichen gar den geschlechtern erb und eigen verliehen worden, als sind keine beständige intraden übrig verblieben, als 1. die zollgefälle; 2. die königl. lehns cantzellei, so auch den ständen versetzt gewesen, aber abgewichener zeit der regierenden k. m. Ferdinando dem III. . . . von ihnen . . . wieder übergeben worden. 3. die fiscalische poengefälle.“

Ihro k. m. bediente in diesen fürstenthümben: „Der kays. oberbiergefälleinnehmer; hat unter ihm in einer iedweden stadt der fürstenthümer seine untereinnehmer und gegenschreiber, so er nach seinem belieben und seiner verantwortung wehlen, setzen und instruiren mag. Seine instruction hat er von ihro k. m. und die besoldungen vor sich und seine unterbediente von den einkommissen.“

Ihro k. m. ministri in fürstenthümben: „Der königl. herr landeshauptmann, herr Christoph Leopold Schaffgotsch, des heil. röm. reichs semperfrey [am rande: graf und herr von Stahrenberg]<sup>4)</sup>.

Amts-cantzellei: „Der k. herr amts cantzler sambt cantzellisten; 1 amts registrar; werden von dem herrn landeshauptmann und dero amtsage besoldet“.

Lehns-cantzellei: „Der k. herr lehns-cantzler; 1 cantzellei-bedienter; derer besold wird von den intraden genommen.“

Zohl-ambt: „Der k. zohl-ambtmann; hat unter ihm 16 einnehmer, soviel . . . gegenschreiber und 3 zohlbereuter; werden von ihro k. m. intraden besoldet.“

Der königl. fiscus: „Der zeit ist ein k. cammer-procurator oder fiscal beständig zum Jauer wohnhaftig, welcher von den intraden seinen unterhalt nicht wol haben kan, sondern von der kays. cammer mit einem gewissen aussatz und deputat entreteniret wird.“

Hof-richtereyen: „Der k. oberhoferichter. Dieses officium gehört denen herren von Schaffgotschen von dem Kynastischen hause erblich; hat die drey hoferichtereyen, als Schweidnitz, Striegau und Bolkenhan zugleich gehabt. Bishero ist das amt von herren Niclas von Zedlitz, der fürstenthümer oberrechtssitzern

<sup>1)</sup> K. Generalwachtmeister. <sup>2)</sup> Dazu [1657] in Rep. 135, Jau. Msc. II, S. 41 f.: Otto v. Nostitz, v. Gelhorn, die Obersten v. Rochau, v. Tappe und Fendi.



und der manngerichten königl. hofmeistern, gegen einen jährlichen recompens auf 100 gulden aus den Kynastischen gütern, dahin ihn auch die kays. cammer des hinterstelligen Schaffgotschischen restes wegen vorlängst verweisen sollen, versehen worden. Die andern hoferichter, als zum Jauer, zu Buntzlau, zu Lewenberg, zu Hirschberg, zu der Striegau werden solche vom kays. ampte durch einen besondern hofrichter indessen bestellt, und zu Reichenbach, welche auch auf das haus Habendorff erblich verliehen und eine gute zeit lang von herren Friedrichen von Czettritz auf Neudorff verwaltet worden. Diese haben keine besoldungen, ausser der gewöhnlichen gerichtsbüß. Endlichen bescheust der königl. manngerichts secretarius oder gerichtsschreiber; seine besoldung bestehet in sportulis.“

Ministri des landes der fürstenthümer [S. 69]: „Vier oberrechtsitzer; acht landeseltesten; ein steuereinnehmer; ein landesbestellter; ein landschreiber.

Haben ihre instructiones theils aus den privilegien, theils aus ihren aydespflichten, theils vom ganzen lande. Die besoldungen kommen aus der landescassa.“

Gerichte der fürstenthümer: „1. Das hofgerichte: diese bestellen die hofferichter, besetzen sie mit vier oder fünf erbscholtzen als ihren assidirenden hofschöppen<sup>1)</sup>. Von diesen gerichten ist der zug in das manngericht gegangen. Jetzo ist das amt der hoferichter, die vom kön. ampte angeschafften einweisungen, pfändungen und taxirungen der gütter fortzusetzen.

2. Das kön. manngericht: Dieses wird zu der Schweidnitz gehegt; der hofmeister praesidiret, drey vom adel assidiren des landes und zwey von der stadt Schweidnitz der städte wegen. Haben keinen sold, ausser die drey vom adel, ein iedweder zwey schwer schock jährlich. Das schock trägt aus 32 sgr., welche die stifter Leubus, Camentz, vom Sande, vom Neuhoß, Würben und Gorekau hergeben. Von diesem hat man sich an das zwölferrecht gezogen. Jetzo wird nichts dafür agiret, ausser dass die gütter von ihnen taxiret und durch das rothe siegel zu zeiten zeugnisse abgehört werden. Ist von landt und städten bey könig Georgio Podibrazio zugleich ausgebracht worden.

3. Das zwölferrecht: an statt des königes praesidiret der vollmächtige herr landeshauptmann; die vier oberrechtsitzer assidiren, acht von adel besitzen es. Sol alle quartale gehalten werden, haben keine besoldung.

4. Das iudicium von amt, landt und städte: Dahin sind vor diesem alle vormundschaftssachen verwiesen, ingleichen auch die theidungen der schäden und unkosten wegen, auch von dem ungehorsam der landsassen und inwohner erkandt worden<sup>2)</sup>.

5. Das vollmächtige kön. amt: Jetzund haben sich alle und iede mit ihren rechtstheidungen, sie bestehen in was sie wollen, vor die autorität des königl. amptes gezogen, da es an täglichen behelligungen, tagfahrten und richterlichen erkenntnissen nicht ermangelt, massen denn fremde und einheimische summariis causerum cognitionibus statt der langwürigen und vor diesem sich in viel jahre hinein verzogenen processen mercklichen befördert und die königl. unterthanen nebenst dem ganzen justizwesen in fürstenthümern rühmlichen handgehabt und geschützt werden<sup>3)</sup>.

Gerichte in städten der fürstenthümer [S. 73]: bestehen „1. in den rath tischen und schöppenstühlen; 2. in den stadtvogteyen; 3. in den landvogteyen.

... Ob nun zwar per generalem omnium confusionem alles in land und städten in gewaltige disordre gerathen und in vielen orten vi temporum et hominum statusque mutatione bey den meisten summa oblivio sive negligentia publicorum eingeschlichen, ist doch nicht zu zweifeln ... , sambt nicht ... die beiden fürstenthümer unter ihre k. und k. m. väterlichen gütt und milde ... in vorigen ornat gesetzt und restituiret werden solten ... Schweidnitz den 12. Febr. 1650.“

Kgl. St.-A. Rep. 135, Jau. Msc. II, S. 1 f.

<sup>1)</sup> Wird nach S. 83 alle 14 Tage gehalten. <sup>2)</sup> Seite 84: Dieses ist ein willkühriges recht, darzu niemand kan genöthiget werden. <sup>3)</sup> Über die in den Zeiten der Verfassungsstörung immer weiter ausgedehnte Gerichtstätigkeit des Amtes vgl. vorstehend S. 93.

112.

1650 Juni 20. Schweidnitz.

**Beschwerde des Lehnkanzlers Melchior von Lest bei König Ferdinand IV. über die Stände, die ihm sowohl das erste Votum unter den Offizierern, wie das Recht zur Verwaltung der Landes- und Gerichtskanzleien bestritten.**

Der Kanzler berichtet dem König, dieser habe ihn durch Reskript vom 13. April zum Kanzler gewürdigt und am 13. Juni bestätigt. Er schildert seinen ganzen bisherigen, dem Kaiser treu ergebenden Lebenslauf und seine Vermögensverluste in den Kriegszeiten, wofür er den Titel eines wirklichen Rats und Landeskanzlers von S.-J. erhalten habe:

„Alldieweilen aber, allergnedigster könig, die mir anvertraute landescanzeley undt deren officium nicht nur alleine in dehnen lehnssachen, dehrer expeditionen und . . .<sup>1)</sup> bedungen, sondern auch in andern landes- und zwar dehnen bey . . . des landes mann- und zwölferrechten, so wohl gerichteten von ambt, landt und städten vorfallenden sachen undt vorrichtungen, wie aus dehnen in dehn lehnsregistraturen einvorleibten publicirten testamentern, der zwölfer und von ambt, landt und städten gesprochenen urtheil abzuenehmen, alsdann auch in gutter aufsicht und vorwahrung undt in ordnunghaltung derer angehörenden<sup>2)</sup> registraturen, archiven, acten undt sachen besteht und von langwierigen jahren hero beysammen erhalten worden, von dehnen landescanzlern undt ihren canzeleyverwaltern bedienet“ worden sei und der Kanzler „dortüber die aufsicht undt inspection behalten, auf die quartalen, landtgeboth, enge zusammenkunfft gleich andern landesofficiern der landescanzler allemahl von den landeshaubtleuten, wie auch biesanhero ich, erfordert worden undt denen dabey fürfallenden consultationen beygewohnt, auch nach dem herren landeshaubtman die erste session undt votum ohne alle wiederrede gehabt und gehalten“, so würde es schwer zu erweisen sein, das jemals neben dem Kanzleramt ein Landschreiberamt als besonderes Landesoffizium bestanden habe. Die Kanzleiverwalter seien, „nachdelme die canzeley an die landtstände in vorsazung kommen, landtschreiber tituliret, auch etwan sonst per abusum so genennet worden“. Die ältesten Privilegien des Landes bewiesen, daß „Landschreiber“ und „Kanzler“ dasselbe Amt bedeuteten.

„Massen dann auch ihnen ständen meines wenigen bedinckens obliegen würde, genügliehen zu erweisen, dass hievor nebens dem canzler, ehe die canzeley oder vielmehr die vorsazung der intraden derselben an sie kommen undt von ihnen der allezeit gewesene canzeleyverwalter landtschreiber genant worden ist, einen landtschreiber und landtcanzler zuegleich gehabt hetten.“ Die Stände hätten am 13. März 1645 „nach erfolgten bey Janckau in Böhmen der kayserlichen unglücklichen treffen“ durch ihre sogen. Kommissare die Lehn- und Landessachen der Kanzlei, die doch über Menschengedenken beisammen in Verwahrung gelegen hätten, separiert, die Lehnssachen nach Breslau in des Kanzlers gemietetes Haus abgesetzt und die Landessachen auch nach Breslau in ein vom unkatholischen S.-J.'schen Steuereinnehmer gemietetes Gewölbe gebracht. Die Lehn-, Land-, Hof-, Mann- und Zwölfergerichtskanzleien gehörten zusammen in eine Landeskanzlei. Die Einführung eines Mann-, Zwölfer- und Hofgerichts-Sekretarius sei auch „vor nie gewesen“. Erst 1635 sei das Amt vom Landeshauptmann v. Bibran eingerichtet worden. Jetzt bekleide es der Schweidnitzer Bürgermeister Heinrich Scholz. Ferner würde ihm das 1. votum jetzt von den 4 Landesältesten oder Rechtssitzern bestritten und er nicht mehr zu den Versammlungen der Landesoffizierer berufen.

Kgl. St.-A. Rep. 39, S.-J. III 1 h.

113.

1651 April 25. Wien.

**Instruktion des Fiskals Wolfgang Frischeisen.**

Ferdinandt der vierdte etc. Instruction auf den ehrsamben gelehrten unsern getreuen lieben Wolfgang Frischeisen, als unsern bestellten fiscalen in unsern fürstenthümben S. und J., auch in der graffschaft Glatz, wasmassen er das von uns ihm anvertraute fiscalatamt, daran unserm fisco von demselben nach nothdurft und wohl fürgestanden würde, nicht wenig gelegen ist, handtlen und verrichten solle.

<sup>1)</sup> Es fehlt wahrscheinlich ein Wort, vielleicht „vorrichtungen“? <sup>2)</sup> Im Text: „angehörungen“.



[**Verhältnis zu den Landeshauptleuten:**] Vors erste sol zwar unser fiscal unmittelbar einzig und allein von uns dependiren. Weilen aber die administration seines amtes mit denen cameral- und justitzsachen sehr vermischet ist, so würdet er, soviel ermelte fürstenthümer S. und J. betrifft, mit unserm bestellten landeshauptmann allda, in denen die graffschaft Glatz angehenden sachen aber mit unseren königl. amte alldorten, wie auch mit unserm oberregenten in allen occurenzien der sachen beschaffenheit nach in fleissiger und gutter correspondenz zu stehen und nach befundt der nothdurft in einem und andern ihrer hülfe, anleitung, gutten rathes und assistentz sich zu gebrauchen haben. Inmassen denn sie solches iederzeit schuldig seyn werden zu thun, und wir deswegen allbereit gemessene befehle an sie ergehen lassen.

[**Hochverrat:**] Vors andere sol er fiscal zu forderst vor allen seinen verrichtungen nach gedachten unsern landtsauptmannschaften ein sonderliches wachsames auge darauf haben, auf dass wieder unsere k. und landesfürstliche hoheit in erwähnten unsern fürstenthümben und der graffschaft Glatz im geringsten nichts fürgenommen, auch keine landeszusammenkünften ohne unsern vorbewust und gnädigsten willen oder andere conventicula angestellet, noch einige gefährliche correspondenz angesponnen oder sonsten dergleichen unthaten, vor- und eingriffe in unsre landtsfürstliche hohe gerechtigkeit mit worten oder wercken verübet werden.

[**Verfolgung der Strafffälle:**] Da er aber drittens etwas solches vermercken möchte, würdet er nicht allein also balden durch gehörige embsige inquisition auf den rechten grund dringen, sondern auch uns oder unsern verordneten landtsauptmannschaften die wahre beschaffenheit umständlich hinterbringen und solche grobe und höchst straffbare misshandlungen durch rechtmässige mittel zu gebührender bestraffung bringen.

[**Schädigung von Hoheitsrechten:**] Derowegen auch viertens besagter unser fiscal ihm embsig wird anlegen seyn lassen, da sich jemand hohen oder niedern standes in denen rechtshandlungen, so bey den ämbtern der landeshauptmannschaften in geregeten unsern fürstenthümben und der graffschaft, wie auch bey denen mannrechten und andern gerichtsstellen daselbst oder sonsten fürlaufen, uns oder unser ertzherzogliches haus an unser k. hoheit anzugreifen ungeziemender weise unterfangen würde, damit solches bey vorgemeldten ämbtern und unsern landtsauptmannschaften sambt seinen guttbedüncken und benennung der person zu zeitlicher abwendung er unverzüglich ankündigen und uns dessen zu erinnern begehren, auch allerseits darob sey, auf dass uns dabey zum nachtheil nichts vorgehe, sondern wir bey alle demjenigen, dessen wir als landesfürst berechtiget seyn, gelassen werden.

[**Schutz des Kammerguts:**] Und weilen zum fünften seine meiste verrichtung in bestellung unsers fiscalischen cammerwesens besteht, als wird er stets darauf bedacht seyn und an seinen möglichsten eyfer und fleiß nichts erwinden lassen, damit dasselbte nicht geschmälert, sondern aufs beste beobachtet und an unserm interesse regio nichts verabsäumt werde.

[**Fiscalische Interessen bei Amts- und Gerichtshandlungen:**] Dohero dann sechstens iederzeit bey publicirung der testamenten, creditwesen, iustification der schulden und andern wichtigen sachen, so bey unsern k. ämbtern vorgehen, wie auch bey allen quartalien, wenn die mannrecht und andere gerichte gehalten werden, er selbstn gegenwärtig sein oder einen andern an seine statt verordnen solle, der mit allem fleiß vermerke, ob uns etwas zum besten oder praejuditz vorkomme und geschlossen werde und ob etwann unser fiscalisches interesse darbey versiren möchte, auf welchen fall er die gehörige nothdurft fürzukehren keinesweges unterlassen wird.

[**Aufzählung fiskalischer Interessen:**] Gestaltsamb dann vors siebende nicht allein unsere k. ämber der landeshauptmannschaften, sondern auch andere gericht und cantzelleien in unsern fürstenthümben und der graffschaft, so oft etwas bey mündlichen verhören, satzschriften<sup>1)</sup>, signaturen, contracten, investituren, schuldforderungen, auflassung der gütter, versetzungen der lehn, unterlassung der lehnpflicht, unrechtmässiger veralienirung der cammergüetter, caducitäten, erb- oder lehns-anfällen, publication der testamenten, credit-

<sup>1)</sup> Bei Arnold: Sächsischen fristen.

und cessions-sachen, nicht rechten gebrauchs der iurisdiction und urbanen oder sonst etwas fiscalisches ohne vorwissen des fiscals vor- oder einkommen würde, solches alles gemeldtem fiscalen zu beförderung der weiteren obliegenheit seines dienstes alsobald zu insinuiren und allemahl unser k. landtfürstliches interesse dabey kräftiger massen vorzubehalten seyn sollen.

**[Unerledigte Schuldreste und Forderungen:]** Und demnach vors achte von der r. k. m., unsern gnädigst und geliebtesten herren vatern, bey abtretung öfters gedachter fürstenthümer und der graffschaft uns auch zugleich die alten restanten und fiscalischen anforderungen überlassen worden, als würde er fiscal dessentwegen und damit er seinen dienst desto besser versehen könne, bey denen vorigen fiscals, von welchen er auch die etwan hinter ihnen verbliebene acta fiscalia abfordern wird, amts- und andern unsern bedienten und allerseits gehörige information einzuziehen, in denen amts- und andern cantzley- und registraturen, darzu ihm jedesmahl zur nothdurft der freye und offene zutritt gelaßen werden soll, zu seiner mehrer nachricht zu ersehen, die unrichtigen schuldposten in richtigkeit zu setzen, die richtige aber nach und nach in unsere Glatzische rentcassa wirklich einzubringen sich äußerst<sup>1)</sup> befehlen.

**[Vorrang der fiscalischen Klagen:]** Da auch neundtens etliche dergleichen fiscalische schuldforderung[en] bey recht wären allbereits anhängig gemacht worden, sol er sich eifrig bemühen, damit solche nicht allein mit ehesten zu rechter endschaft gebracht, sondern auch hinfüro derley actionen aufs schleunigste, als immer möglich und sich thun läßt, ausgeübt<sup>2)</sup> werden, auf daß nicht durch weitläufige process und verzögerung das fiscalische interesse gesperret und die gegenpart zur ungebühr aufgehalten werde. Immassen drum die fiscalia bey allen amts- und gerichtsstellen den vorzug haben und von denen darinnen ergangenen richtigen abschieden und rechtmäßigen aussprüchen kein provocation oder appellation gestattet, auch unserm fiscali, wenn er etwas in unserm nahmen fürzubringen hätte, seine gebührliche stelle gegeben und er vor allen partheyen vorgelassen und gehört werden solle.

**[Sorgfältige Vorbereitung der Klagen:]** Zum zehnden, was mehr ermelter unser fiscal von unserm und dieses seines amtes wegen mit recht anfangen und vornehmen würde wollen, das sol er allwege zuvorher mit unsern landeshauptmannschaften communiciren, und im fall es etwas wichtiges und großes antreffen solte, an uns selbstn mit umständlichen bericht und guttachten gelangen lassen, sich auch zuforderst mit genugsamen beweiß und allen andern nothdürften zeitlich und wohlgefast machen, damit ein jede sach, zuvor und ehe sie zu recht gezogen wird, reiflich erwogen, zur genüge instruiert und in unserm fiscalischen interesse nichts verabsäumt und übersehen, hernach aber auch der sachen beschaffenheit nach kein unnöthiger streit erwecket, schimpf und verlust verhüttet und nimand zur ungebühr beschwert und in schaden und unkosten ohne ursache verführet werde.

**[Beobachtung der gebräuchlichen Prozeßformen:]** Eilftens bey anstellung rechtlicher processen und auch sonstn in allen seinen handlungen soll er sich den stylum curiae, amts- und gerichts-ordnung, allen angenommenen löblichen brauch und gewonheiten, ergangene k. amts- und lehn-instructiones, auch andere k. u. k. resolutiones, publicirten patenta, des landes constitutiones und der stände wohlerworbene und von uns confirmirten privilegia in fleißiger aufsicht halten und darwieder nichts handeln noch vornehmen, auch die citationes diesen allen gemäß, wenn er jemanden vor gerichte laden wolte, gebührend ausbringen und darüber halten, daß sie den partheyen zeitlich notificiret und davon nichts verlegt oder aufgeschoben, sondern sie schleunig verhört oder durch verstattung beyderseits zweyer satzschriften vernommen und zur erkenntniß und endlicher erörterung, so viel immer möglich, unverlängt gebracht werden. Wie er denn nicht macht haben solle, die sachen seines gefallens zu verlängern oder einen aufschub darbey zu verwilligen, viel weniger aber jemand wieder sein gewissen von eintzigem rechtlichem anspruch zu befreien oder aber von gehöriger prosecution des allbereits angestregten gerichtlichen processus abzulassen.

<sup>1)</sup> In der Abschrift: unserst.    <sup>2)</sup> Im Druck: ausgeklagt.



[**Gerichtsstand der Geistlichkeit und der Landschaft:**] Vors zwölfte, wenn etwan sich einige streitigkeiten zwischen der geistlichkeit, wie auch der landschaft und unseren fiscalen ereigneten, lassen wir es bey höchstgedachter r. k. m. unsers gnädigsten und geliebtesten herrn vatern in der den 3<sup>ten</sup> Juni des 1630<sup>ten</sup> jahres<sup>1)</sup> dem damaligen Schweidnitzschen fiscalen ertheilten instruction gemachten aufsatz auch allerdings bewenden, daß nemlich die geistlichkeit in personalibus vor ihren officialen oder loci ordinario, in realibus aber, wie auch die landschaft, was die fiscalische ansprüche wieder selbige betrifft, vor unser k. ämpter der landeshauptmannschaft gezogen werden solle.

[**Grenzstreitigkeiten:**] Dreyzehendes, wenn auch strittige sachen vorfielen, so unsern ergrund oder boden betreffen und dieselben vom recht zum ausrutten<sup>2)</sup> gewiesen würden, solle sich unser fiscal vor dem ausruth zeitlich auf die orthe verfügen, alle gelegenheit in augenschein nehmen und über die erregte strittigkeit die zeugen examiniren, verhören und sich also, es treffe auch an, was es wolle, mit guttem beweißlichem grund zu dem handel gefast machen und folgendes bey dem amt und rechten fleißig anmahnen, damit mit denen ausrutten nicht verzogen, sondern mit beförderung derselben allerhand bevorstehende unlegenheit vermieden bleiben möge, indem öfters die zeugen, so von solchen gränzen wissen, absterben, inzwischen aber die gründe verwüstet und die gränzzeichen verrückt<sup>3)</sup> werden. Da aber über sein öfters vernahmen mit solchen ausrutten oder sowol andern rechtssachen gesäumet würde, solle er solches allemahl an uns berichten, auch ihme dieses und anders emsig und treulich angelegen und befohlen seyn lassen.

[**Grenzbesichtigung:**] Vors vierzehende, wann zwischen uns und unsern benachbarten oder mit unsern eignen landsaßen, welche mit unsern cammergütern gränzen, sich streit erhebet, so soll er neben unsern waldmeister oder waldschreiber oder sonst derley bedienten sich unverzüglich auf die strittigen gränzörter, oder wo unsre beambten von wegen dergleichen zu thun haben werden, dahin verfügen, umb zu sehen, daß uns von gegenheil nicht zu nahe gegränztet oder sonsten zu abbruch ichtwas vorgenommen würde, und da dessen was vermerckte, sol er alsogleich iederzeit uns oder unsern nachgesetzten ämthern unsere[r] landeshauptmannschaften sambt seinen ausführlichen bericht, wie er es allenthalben befunden hat, zur wissenschaft bringen, auch in den fürstenthümern, da es nöthig wäre, zu nachmaliger erselung<sup>4)</sup> einen landschöppen und landtgerichtsschreiber in selbigem weichbild, darinnen sich der stritt enthalten, zuziehen<sup>5)</sup> und also die weitere nothdurft aller orthen dergestalt ohne vorschub handtlen, damit allen und iedem unsern landtsfürstlichen regalien, sie haben nahmen wie sie wollen, und unserm fiscalischen interesse das geringste nicht praejudiciret, unterdrückt, noch anderswohin ungebührlich verwendet würde.

[**Erhaltung der Glatzer Freyhöfe:**] Fünfzehendes, nachdem auch unterschiedliche freysassen in unser graffschaft Glatz vorhanden seyn, so solle er ihnen nicht allein gerne, was strittiges ihrer gütter halben vorfällt, gebührlchen beystandt gegen einer billigen und leidtlichen ergötzung leisten, sondern auch darob halten, daß keiner ohne unser vorwissen und ausdrückliche gnädigste bewilligung sein gutt einem andern, welcher nicht seines gleichen oder etwan eines höheren standes wäre, verkaufen noch verhandeln lassen; weil wir verstehen, daß durch diesen weg viel dergleichen freyhöfe aus ihrer in andere qualität und wesen gebracht und öfters gar alieniret und uns entzogen werden. Dann da es an uns gelanget und ein freysass<sup>6)</sup> aus armuth und unvermögenheit oder anderer ehehaften willen zu verkaufen gezwungen würde, so wollen wir gnädigst dermassen gute vorkehrung thun, auf daß derjenige, dem es verkauft, sonderlich, so er herren- oder ritterstandes wäre, nichts destoweniger alle dienstbarkeit, wie die vorigen inhaber uns zu leisten und sich derenthalben gebührlch durch einen revers, daß er demselben allerdings nachkommen wolle, zu obligiren schuldig und verbunden seyn solle. Sonsten aber und außer diesen freysaßen solle unser fiscal, weil er in seinen amtsverrichtungen, wann er derselben nach gebühr abwarten

<sup>1)</sup> Diese Instruktion, die vielleicht auch erst 1636 erfolgt ist, war bisher nicht zu ermitteln. <sup>2)</sup> = im Druck: Ausrutt, vgl. equitando visitare. <sup>3)</sup> Im Druck: verdunkelt. <sup>4)</sup> In der Abschrift: ersetzung. <sup>5)</sup> Im Druck: zu zeugen. <sup>6)</sup> In der Abschrift: landsasse.

wil, schon genung zu thun haben wird, sich keinesweges in andere privatgeschäfte und bestellungen einlassen, dessen er sich gänzlich auch aus andern ursachen zu enthalten haben wird.

**[Berg- und Schatzregal:]** Zum sechzehnden, da sich in ofters ermeldten unsern fürstenthümben und der graffschaft einiges bergwerck oder ertz, wie vor diesem gewesen seyn soll, erneuerte oder schätze in der erden erfunden oder gespürt würden, würde er dieselben bey uns oder bey denen landtschaubtmannschaften anzeigen und nichts verschweigen.

**[Schutz des Kammerguts gegen Jagd- und sonstigen Frevel:]** Siebentzehndens möchte auch jetzt oder ins künftige auf unsern erb- und verpfändeten gütern sich iemand freventlich eingriffe zu gebrauchen oder sonsten auf unsern gründen und wildbahnen einziges waydtwerck zu treiben gelisten lassen, und solches etwa unser der orten habende amtleute oder pfands-inhaber selbst verschwiegen, sol nach erforschung dessen unser fiscal denselben alsobald anklagen und auf die dessentwegen gesetzte poen dringen, wie dann unserm k. fisco an seinen juribus und rechten nicht das wenigste zum praedjuditz und abbruch vergeben, verschenket, verkanfet, nachgelassen und verschwiegen werden solle.

**[Schwere Verbrechen:]** Dann achtzehndens, demnach uns die sachen von denen schweren verbrechen und groben mißhandlungen ohne mittel zustehen und gebühren, und damit auch gottes zorn und straffe abgewendet und dergleichen abscheulichen lastern gesteuert werde, als ist unser gnädigster wille und meinung, daß unser fiscal darauf ein wachtsames ange habe, insonderheit aber auf falschen betrug, landts-friedens-bruch, vorsetzliche übergewältigung, mordthaten, todtschläge, jüdische partiquen, contrabandefällen, unbillige privatnutzen bey commun und städten, verbotene monopolia, finanzerien, gränztzschmälerung, raufhändel, sonderlich in privilegierten orten, balgereyen, gotteslästerungen, auch da iemand in religionssachen etwas ungehörliches vornehmen wolle, ehebruch, blutschande, unzucht, wie auch da einer zu verkleinerung des heil. ehestandes mit einer leichtfertigen person hauset und von ihr uneheliche<sup>1)</sup> kinder zeugete und sonsten unerbares leben führete und andere mehr dergleichen verbrechen, welche er alsobald, iedoch nach erlangten genung-samen grunde und beweifthumb, bey unseren k. ämbtern der landeshaubtmannschaften nahmhaft machen und auf geziemende straffe und execution unnachlässlich dringen wird. Und obschon der todtschläger mit des entleibten erben, der balger und schläger mit seinem gegenheil oder ein ander mit der beleidigten part sich verglichen und friede gestiftet hätten, auch sonsten in allen andern fällen, wo unser fiscus interessiret, eine transaction geschlossen wäre, so sol doch solcher vergleich und friedstiftung ratione delicti et juris violati unserm k. fisco an seinen anspruchen ratione vindictae publicae unpraedjudicirlich seyn.

**[Erbrecht des Staats:]** Zum neunzehnden, da sich in dickbesagten unsern fürstenthümben und der graffschaft eine caducität oder apertur der lehn oder pfandgüter ereignete, oder sonsten sich eine fälligkeit zutrüge, daß nemlich edel oder unedel auf dem lande und in städten ohne erben weder in auf- oder absteigender noch collateral-linien auch ohne testament absterben und nach sich liegende oder fahrende haab und güter hinterlassen thäten: weil solche verlassenschaft unseren k. fisco anheimb gefallen, als würde nicht allein er fiscal auf derogleichen sachen für seine person eine embsige aufsicht darauf haben, sondern auch die rathsleute in städten und sonsten iedermann, wer hierumb wissenschaft haben möchte, dieses und anders, was dem fisco zuständig, von stund an ohne männiglichen eintrag, vorwurf oder ver-hinderung unsern k. ämbtern oder fiscalen anzuzeigen verbunden seyn. Jedoch wirdt er fiscus solche fälligkeit, wie recht und bräuchlich, zuvorhin und unvorsäumt proclamiren und ausrufen zu lassen wissen.

**[Verzeichnis der fiskalischen Rechte an Gütern:]** Und dann zwanzigstens, dieweil anno 1636<sup>2)</sup> in obervermelter instruction denen damahligen Schweidnitzschen fiscalen anbefohlen worden, aus denen investituren, lehensbriefen, documenten und handvesten über landt- und rittergüter dasjenige, wobey das landtfürstliche interesse versiren thut, zu extradiren und aufzusetzen und damit durch alle weichbilder der

<sup>1)</sup> Im Druck: uneheliche.    <sup>2)</sup> Siehe vorher: 1630.



fürstenthümer bis zu ende fortzufahren, derowegen so ist auch unser gnädigster befehl, daß er dessen beschaffenheit und wie weit damit geschritten worden, sich erkundige und aufs schleunigste seinen bericht darüber neben erinnerung der nothdurften einsicke.

**[Protokoll- und Rechnungsführung, Berichterstattung:]** Im übrigen zum ein und zwanzigsten wird er ein ordentliches protocoll führen und alle quatermber ein richtig verzeichniß derer theils ausgeführten und in richtigkeit gebrachten, theils noch bey recht schwebenden sachen nebst verfaßung einer beständigen rayttung aller einnahme und ausgabe aufsetzen und zu unser zuverlässlichen allergnädigsten nachricht und sambt beyschliessung derjenigen sprüche und abschiede, so in fiscalischen sachen einesmahls richtig ergangen, gehorsambst einschicken, wie auch gleichergestalt die würcklich eingebrachte fiscalische gelder quatermblich in unser Glatzische rent cassa gegen quittung einlieffern.

**[Besoldung, Amtssitz:]** Herentgegen aber und damit öfters ermeldter fiscal seiner hierbey habender mühwaltung halber gebührende ergötzlichkeit empfinde, wollen wir ihm zu einer beständigen besoldung jährlich fünfhundert gulden rheinl., selbige entweder aus denen einkommenden fiscalgeldern oder in mangel deren aus andern unsern cassageldern gegen quittung alle quartal auszahlen zu lassen hiemit gnädigst verwilliget und ausgesetzt und auch über dieses, auf daß er seinen fleiß und eyfer desto mehr erzeige, dahin noch ferner gnädigst erkläret haben, daß er von allen und iedem würcklich einbringenden fiscalgeldern bey einer iedwedern post, so sich nicht über 1000 fl. beläuft, von 100 zehn fl.<sup>1)</sup> haben solle. Was aber über 1000 gulden sich erstrecken möchte, vorbehalten wir uns zu unserer gnädigsten disposition, was wir ihm noch weiter zu recompensirung seiner mühe, arbeit und fleißes auf sein anmelden auszeichnen möchten. Und würde er zwar, umb daß er sein amt desto füglicher bestreiten könne, seine stette wohnung zu Jauer oder wo unsers Schweidnitzischen und Jaurischen amtes residentz seyn wird, haben. Wenn er aber nacher Glatz oder anders wohin und her in seinen amptsgeschäften nothwendig verreisen muß, so er doch iederzeit bis auf die höchste noth und wann er es durch briefwechselung oder anders nicht mehr richten kan, versparen soll, wird er die aufgewendeten reiseunkosten iederzeit ordentlich verzeichnen und gegen einlegung solcher verzeichniß und der quittung ihm die erstattung aus unserer k. rentcassa thun lassen.

**[Vollmacht. Persönliches Verhalten:]** Schließlichen weilen unmöglich, daß alles und jedes, was zu solchem fiscalamte gehörig ist und von rechtswegen erfordert wird, in diese instruction, — die zu mehren, zu mindern und nach unsern gefallen zu verändern [wir] uns gnädigst vorbehalten —, verfasst und eingebracht werden kan, so würde seiner des fiscals discretion anheimbestellet, seiner dexterität nach, — wie wir das gnädigste vertrauen in ihn gesetzt haben —, alles dasjenige, was zu erhaltung unserer cammergüter intraden und einkünften, zu stiftung gutter policey und ordnung gereichen möchte, mit getreu eyfrigem fleiß zu befördern und sein amt bestermaßen vertreten. Würde ihm aber etwas beschwerlich oder gefährlich, so hierinne nicht begrieffen, vorstoßen, sol er deswegen bey uns sich gnädigster resolution erholen und alles billigen schutzes versichert seyn, wie er denn auch im übrigen sich [von] niemand, weder freund, feind, schwäger- oder verwandtschaft nach gunst oder geschenke halber corruptpiren oder von seinen theuern amts- und eydespflichten abhalten lassen wird. An dem allen vollziehet er unsern gnädigsten willen und meinung, und wir verbleiben ihm dabey mit k. gnaden wohlgeuogen. Geben zu Wien den 25. monathstag Aprilis anno 1651<sup>2)</sup>, unserer reiche des hungarischen im 4., des böhmischen im 5<sup>ten</sup> Jahren.

Kgl. St.-A. Rep. 135, Jau. Msc. VI, S. 381; gedruckt in der Arnoldschen Sammlung, Bd. II, S. 45; vgl. auch Walther II, S. 479.

<sup>1)</sup> In der Abschrift: 1000 fl.    <sup>2)</sup> In der Abschrift: 1650.

### Verzeichnis der vornehmsten Geschlechter des Ritterstandes.

Für die Geistlichen, Fürsten, Grafen und Herren vgl. Quellen Nr. 111. Untern ritters leuten: die von Zedlitz, Lest, Seidlitz, Reichenbach, Spiller, Braun, Sack, Poßer, Rothkirch, Zettritz, Schweinichen, Reder, Mühlheim, Panewitz, Eicke, Falckenhain, Littwitz, Schindel, Schweinitz, Glaubitz, Schellendorff, Giersdorff, Packisch, Berg, Gaffron, Sehr, Kickpusch, Kessel, Horn, Gelhorn, Debschitz, Schlewitz, Hund, Hocke, Czirn, Sommerfeld, Tschirnhauf, Nimpsch, Reydeburg, Hoberg.

Und wie sie in dem neuen und bey der den 9. Decembris anno 1657 vorgegangenen translation der fürstenthümer aufgerichteten landregister zu finden.

Kgl. St.-A. Rep. 135, Jau. Msc. II, S. 41.

### Befehl Kaiser Leopolds I. an den Landeshauptmann von S.-J., die Landesämter nach Möglichkeit mit Katholiken zu besetzen.

Leopoldt etc. Hoch- u. Wohlgeborner, lieber, getreuer! Aus unsern vorhin zu unterschiedenen mahlen ergangenen gnädigsten resolutionibus wirdt dir ohn das wohl bekandt sein, was gestalt unserm dinst und dem gemeinen wesen zum besten einer sonderbahren beobachtung ist, wir auch in alle wege es in das werck gnädigst wollen gesetzet wissen, dass catholische subiecta sowohl in unsern erbfürstenthübern, sowohl auf dem lande, als bey den städten in den magistrat eingeführet, nicht weniger zu den fürstentagen undt andern landeszusammenkunften der catholischen religion beygethane qualificeirte persohnen abgeordnet werden. Wie nun bey uns kein zweifel waltet, es werde dir die würcliche vollziehung dieser unserer gnädigsten intention in allen fürfallenheiten gehorsambist anliegen, so haben wir doch unsere gnädigste meinung dir hiermit nachmals zu vernehmen geben wollen. Und würdest du vor allen dingen, wie unser gnädigster befehl hiemit ist, zu beförderung des aufnehmens der heiligen allein seelig machenden catholischen religion dahin gedacht sein, damit die derselben zugethane, wie auf dem lande, also in denen städten, bestermassen in den ämbtern undt andern sich ereignenden gelegenheiten beobachtet werden. Unsern tren gehorsambsten ständen aber würdest du die vorige unsere resolutiones nachmalen ernstlich einhalten, damit sie keine andere als catholische qualificeirte subiecta zu den fürstentagen und landeszusammenkunften abschicken, sie beweglich ermahnen undt, auf den fall wieder zuversicht dem keine statt gegeben würde, uns darvon umständlich bericht thun, ingleichen auch bey der herrschaft Pless vormündtschaften wegen darob sein, damit nicht weniger von dorten aus in der abschickung zu den landeszusammenkunften catholische persohnen gebraucht werden. Wir vernehmen auch, sambt unlengst bey dem oberrecht zwo vacantien durch zwo uncatholische persohnen ersetzt worden, welche doch demselben um derer ihrer vorrichtungen halber nicht abwarten könten, dergleichen landesämter ersezung aber gleich wie sie dehme gemess einzurichten ist, wessen wir uns der catholischen religion halber vorhin uns gnädigst resolviret haben, als befehlen wir dir hiermit gnädigst, in allewege dahin zu trachten, dass hinfüro zu den vacirenden landesämtern catholische qualificeirte persohnen befördert, insonderheit auch bey ersezung der unlengst erledigten landeseltestenstelle des Bunzlauischen weichbildes darauf reflexion gemacht werde. Ferner so ist uns dieses nachdrücklich vorkommen, dass dem verlaunt nach man in unsern erbfürstenthübern S. und J. gewisse patenten vor die handt haben solle, vermöge welcher zue erkaufung der rittergüter einige von uns in den stand undt grad des adels und ritterstandes erhobene gar nicht, sondern nur vierschildige vom adel undt deren extraction wohl bekanth, zugelassen werden sollen, welches nicht allein per indirectum zum nachtheil des incrementi religionis gereichen, sondern auch unsern juribus majestatis dadurch zimblich nahe getretten würde. Befehlen dir derowegen gnädigst, dass du solche patenten von der publication zurückhalten oder, auf den fall schon de



facto darmit vordahen worden, dieselbe wiederumb cassiren undt abthun sollest. Daran beschicht unser gnädigster will undt meinung. Neustadt den 21. April anno 1668.

Kgl. St. A. Rep. 39, S.-J. III 1 g; s. auch Rep. 135, Jau. Msc. Fol. V, S. 1170. Gedruckt bei Arnold, Bd. II, S. 73; s. auch Walther, Bd. II, S. 479. Adr.: An den Schweidnitzschen herrn landtschubtmann.

116.

1670 Dezember 3. Wien.

### Kaiserliche Entscheidung auf ständische Beschwerden.

K. und k. ertheilte gnädigste resolutiones auf die überreichte beschwerden derer S. und J.schen herren landstände wegen der landesaeltestenwahl, landeszusammenkünfte, mannrechte, ungleichen heyrathen, juris patronatus, des landeshauptmanns besoldung, amts- und anderer sachen.

Dero r. k., auch zu Hungarn und Böhmeib k. m., unsers allergnädigsten herrn wegen, denen tit. herrn Rudolph freyherrn von Gerssdorff und herrn Heinrich von Posser, als der beyden fürstenthümer S. und J. zu der k. hof-stadt abgeordnete, hiermit in gnaden anzufügen. Allerhöchst gedachte k. und k. m. hätten ihro diejenigen beschwerden, welche im nahmen dero treuehorsamsten ständen beyder ersternannter unser erbfürstenthümer S. und J. sie herren abgeordnete unterm 16. Julii<sup>1)</sup>, item 7., 10. und 14ten monathstag Julii dieses nunmehr zu ende eylenden 1670ten jahres unterthänigst überreicht, neben dem, was hierauf so wohl das k. oberamtb, als auch das amtb der landeshauptleute gutachtlich berichtet haben, allergehorsamst referiren und vortragen lassen, auch hierauf gnädigst resolviret, und zwar:

[**Ältestenwahlen:**] Vors erste, so viel die den sechs und zwanzigsten Junii itzt laufenden jahres erkieseten 2 uncatholischen landesaeltesten als zum Jaurischen den tit. Christophen Gottlieben von Niemtsch und zum Buntzlauischen den tit. Hans Christoph von Braun belangen will, wird es bey dem ersten aus k. und k. gnaden allerdings gelassen, auch von dem k. ambe emeldter von Niemtsch als landesaeltesten des Jaurischen weichbildes nunmehr zu confirmiren seyn. Anstatt des gedachten herrn Hans Christoph von Braun aber wollen mehr allerhöchst erwehnet ihro m. in dem Buntzlauischen weichbilde tit. herrn Maximilian freyherr von Schellendorff hiermit allergnädigst substituirt haben, versehen sich auch gegen ihnen treuehorsamsten ständen gesichert gnädigst, dass sie sich führohin dero schon ins neunnde jahr hero, als von 6. Julii 1661, den 30. September 1662, den 2. October 1664 und 21ten April 1668 ergangenen allergnädigsten k. und k. resolutionen allerdings unterthänigst bequemen und in künftiger erwehlung zu denen landesaemtern die landesfürstliche allergnädigste intention allemahl rühmlich gehorsambst befolgen werden.

[**Enge Zusammenkünfte:**] Zum andern haben ihro k. und k. m. sich gnädigst entschlossen, dass fürbasshin dero k. amt der landeshauptmannschaft bey sich ereigenden wichtigen landesangelegenheiten — bevoreaus, wann dieselbige einige moram nicht leiden thäten — die von ihnen treuehorsamsten ständen verlangende engere zusammenkünfte wohl verstatten mögen, doch dass demselben die materia tractandorum jedesmahl völlig und geziehend zuvor beygebracht worden und alle inconvenientien aus und vermieden bleiben sollen.

[**Rittergut Boberstein:**] Belangende vors dritte das denen p. p. societatis Jesu zu Hirschberg verkaufte gut Boberstein, nachdem dieser punct inmittelst allbereit seine vollständige richtigkeit erreicht, als hat es bey der k. und k. resolution vom 6. Augusti dieses 1670sten jahres nochmalen allerdings sein bewenden, im übrigen aber können die . . . stände wohl getröstet leben, dass . . . ihro m. dieselbe inskünftige in ihren privilegien nicht leicht beirren lassen wollen.

[**Mannrecht:**] Und gleichwie vierdtens noch den 15. December 1660 allergnädigst resolviret und rescribirt worden, dass das k. mann- oder landrecht daselbst in den alten flor und vorigen gang wiederumb gebracht, auch demselben der gebührende respect von allen und allezeit geleistet werden solte, als wird es nochmalen dabey beruhen müssen, gestalten dann dem k. ambe unter einstens mitgegeben wird, womit dasselbe über oberzehlten allergnädigsten resolutionen feste hand halte und wieder diejenigen, so gegen dem

<sup>1)</sup> = Junii

königlichen mann- und landrecht des schuldigen respects und gehorsams sich vergessen thäten, alles ernstes animadvertiren solle, wohin dann auch in specie der tit. Ernst graff von G.<sup>1)</sup> allbereit untern 29. October nechsthin verwiesen worden.

**[Kreistage, Landtage:]** Obwohlen auch fünftens von ihnen, herren abgeordneten, zwar vor- und angebracht worden, sambt es der obervanz allemahl gewesen wäre, dass vor und nach denen gewöhnlichen zusammenkunften von denen landesältesten die in ihren creye gelegenen landstände auf einen gewissen tag verschrieben, sich mit ihnen unterredet, und was bey bevorstehender zusammenkunft nomine des weichbildes zu befördern, oder aber was auf vorgewesener landeszusammenkunft geschlossen, mit ihnen communiciret worden; nachdeme aber von anderwärts berichtet worden, wie noch diese obgerühmte observanz bis anhero niemahlen, aber wohl dieses bekannt und hergebracht gewesen, dass bey intimireter allgemeinen zusammenkunft die praelaten, oberrechtssitzer, landesältesten und abgeordnete von ständen des tages zuvor in der amtsstellen zusammen des amts proposition angehöret, solche in rathschlag genommen, was dabey nöthig erfunden worden, erinnert, resolviret und nachmahls folgenden tages denen gesambten ständen bey ihrer erscheinung, ob sie noch vor sich was bezusetzen haben möchten, vorgetragen und dem landesbestellten zugebracht, durch selbigen in allen acht weichbildern ein gewisses votum collectivum verfertigt, in duplo abgegeben, und wann derer von städten sentiment darüber auch vernommen, sodann erst von den landeshauptleuthen ein richtiger schluss abgefasst worden, als wird es bey solcher observanz auch nochmahlen sein unverrücktes verbleiben haben können.

**[Ämterbesetzung:]** In puncto der vors sechste praetendirten libertaet, bey vacirenden aemtern substituiren zu können, werden die . . . stände von selbstn gehorsambst befinden: quod con- vel substituiren magistratum inter majora summi principis regalia numeretur. Sintemahlen nun das k. amt der landeshauptmannschaft die substitution der eröffneten aemter bis anhero allezeit und noch von alters hero dem allgemeinen landesstatuto de anno 1579 gemäss gethan und exerciret hat, als tragen ihre m. auch vor diesesmahl gantz billiges und allerdinges bedencken, dieses orthes einige neuerung zu verstatten oder einführen zu lassen.

**[Ungleiche Heiraten:]** Betreffende siebendens diejenige persohnen, welche durch ungleiche heyrathen in die lehn- und ritter-güter einschleichen, seynd öfters gedachte ihre m. . . gewöllet, dass die in beyden dero erbfürstenthümern S. und J. ab seculis ohne mackel eingepflanzete noblesse bey ihrer uhrhalten integritaet erhalten und auf die wehrte posteritaet übertragen werde, welchemnach dieselbe gnädigst resolviret haben, dass diejenigen kinder, welche ex patre ignobili et matre nobili, nicht aber vice versa erzeiget worden, der succession in denen ritter- und adelichen lehn-gütern unfähig seyn sollen, sie hätten sich denn umb ihre m. oder dero hochlöbliches ertzhaus wohl meritiret gemacht, in welchen fällen sie ihre, dero allermildeste hand allemahl offen und unverschlossen vorbehalten.

**[Patronatsrecht:]** Was aber achtens die von ihnen . . . ständen praetendirende concurrrenz in iure patronatus et vocandi ministros belangen thut, hat sich ex anteaetis überflüssig befunden, dass dieses eine allbereit von der glorwürdigsten abgelebten k. und k. m. Ferdinando dem dritten, christmildesten andenkens, noch den 28. November in langverwichenen 1652. jahre cum causae cognitione resolvirte sach sey, deme conform — sintemahlen auch ihre m. allererst unterm 10. Julii des verlitten 1669sten jahres die wiederholte gemessene resolution ergehen lassen —, sie dahin und darauf beständig verwiesen werden.

**[Besoldung des Landeshauptmanns:]** Betreffende vors neunnte des herrn landeshauptmanns besoldung und dass solche bis anhero anstatt des sogenannten hertzoggetraydes mit 3000 reichsthalern abgegolten werde, nachdeme es derselbe als ein gratuitum selbstn erkennet und allein darbey anführet, wie noch bey jetziger wohlfeilen getraydes anwehrung die auf der cantzellei unterhaltung und zu der herren

<sup>1)</sup> = Ernst Reichsgraf v. Gellhorn, Freiherr zum Peterswald, auf Rogau etc., der wegen des Burglehens Schweidnitz mit der Stadt Schweidnitz um die Kompetenz der städtischen Obergerichte in Streit lag; vgl. Lammers, Geschichte von Peterswaldau S. 42.



stände selbst eigenen tractamenten bey denen quartalien benöthigte speesen eben schwer darvon und daraus zu erheben seyn würden: Diesemnach versehen sich ihre m. gütigst, es werden die treuehorsaamsten herren stände allhier bedacht seyn, womit das gute vernehmen zwischen dem k. amte und denenselben auch fürdershin in alleege conservirt werden möge.

**[Vertretung des Landeshauptmanns:]** Dass aber zehendens der herr landeshauptmann in denen fürstenthübern nichts resolviret habe und hierdurch bevorab aus mangel genugsamer vollmacht die iustiz ins stocken gerathen seyn solle, ist ihnen, gehorsambste herren ständen, allbereits vorhin zur gnüge bekannt, dass ihrer m. anderweiterer wichtiger dienste die residenz und allstete anwesenheit des herren landeshauptmanns einmahl nicht haben zulassen wollen. Damit aber gleichwohl der iustiz und dem publico — wiewohl davon noch zur zeit wenige klagen vorkommen, weniger erwiesen worden — kein nachtheil erwachse, so ist mehr besagter herr landeshauptmann allbereit dahin instruiert worden, dass derselbe bey künftig sich ereignender länger und weiten abwesenheit dem herrn amtsverweser eine mehr vollkommere vollmacht hinterlasse.

**[Landeskasse:]** Vors eilfte: Die geklagte eingriffe in die landescassa werden durchaus widersprochen, außer daß auf alimentirung einiger gefangener etwelche verordnung ergangen, so doch unumgänglich wieder erstattet worden. Wie nun wieder die morosos cassae restantes die würckliche amtsihilfe und hand allemahl darzubitten das k. amt erböthig, als wird es auch dissfalls nunmehr seine abhülfliche maasse haben.

**[Kanzleिताxe:]** Bey dem zwölften gravamine wegen erhöhter cantzelleytax, sintemahlen der herr landeshauptmann solche, wann sie specific angebracht werden möchten, ein- und abzustellen sich ultro erklärt, als wird die disfüllige remedirung bey demselben etwas näher zu suchen und leicht zu erhalten seyn.

**[Städtische Übergriffe:]** Gestalten dann auch das k. amt zum dreyzehenden sich dahin anerbietet, es wolle denen geklagten ausfüllen der städte und jüngsten<sup>1)</sup> — wie es dasselbe bishero allemahl gethan — auch fülrohin dergestalt und pro re nata mit glimpf und straffe ultro citroque solche abhelfung vorwenden, damit es weiterer behelligung nicht bedürfen solle. Jedoch werden auch die k. amtsverwandten durch inobedienz und öftere ausschlagung deren bevoor aus in causis rei judicatae ergehenden billigen verordnungen hierzu selbst den verdienten anlass keinesweges geben, sondern in derley fällen den schuldigsten respect und gehorsam billig zu erstatten wissen.

**[Zölle:]** Was schlüsslichen wegen unrechtmässigen abforderung des zolls wieder die städte Löwenberg, Buntzlau und Landeshuth geklagt worden, hätten die . . stände besser gethan, wann sie ihr disfülliges aggravatio dem k. amte hinterbracht hätten, sintemahlen nun, dieweil dasselbe nach eingeholter gründlichen information den unfug einzustellen mehrmahlen erböthig ist, als werden sie herren stände sich hernach, wie in diesen, so auch denen andern puncten nunmehr zu achten wissen . . . Decretum Wien den 3. Dec. anno 1670.

Abdruck aus Arnold, Supplement zu Brachvogel, Bd. II, S. 95—101; Walther, Bd. II, S. 480.

117.

1674 August—Oktober. Jauer. Wien. Breslau.

### Antrag der Landstände auf Wiederzulassung eines jährlichen allgemeinen Landtages nebst zustimmendem Bericht des Landeshauptmanns an das Schlesische Oberamt.

1. Die am 11. August 1674 zur engeren Landeszusammenkunft in Jauer versammelten Prälaten und Landes-Offizierer richteten an Kaiser Leopold die Bitte, den Landständen der Fürstentümer zur Beratung über die auf dem letzten Conventus publicus zu Breslau verhandelten Streitfragen betr. den „modus contribuendi“ und das „importante werk der steuer-indiction“ wieder ordentliche Zusammenkünfte sämtlicher Landstände zu gestatten.

<sup>1)</sup> = jüngsten Handwerksmeister. Es handelte sich hierbei vielleicht nicht nur um den Schutz der städtischen Urbare, sondern auch um den Kampf der Zünfte gegen die auf dem Lande, besonders seit dem dreißigjährigen Krieg entstandene Industrie.

... „In anmerckung doch, ea quae omnes tangerent, etiam ab omnibus approbari deberent, welches aber daher nicht bewerkstelliget werden können, weil wir wie euer k. und k. m. erbfürstenthumb Grossglogau nicht so glücklich sein und bey euer m. allerunterthänigst erbitten können, das ohne euer m. allergnädigste concession unser fürgesetztes k. amt auf wenigste jährlich einen landtag zu debattirung solcher öfters fürfallender allgemeinen landesangelegenheiten alter observanz nach ausschreiben möge, weniger zugelassen sein soll, das die landeseltesten die weichbildes untersassen, wie für alters auch im brauch gewesen, in die weichbildtstädte convociren und ihnen von derley fürgehenden landessachen ausführliche nachricht und information geben dörften, wie solches gleichergestalt in obgedachtem fürstenthumb Grossglogau mit nutz und unter guetter beobachtung der publicorum noch beständig observiret wirdt.

... Wie nun zu euer k. und k. m. wür der allerunterthänigsten zuversicht leben, sie werden diese unsere allerunterthänigste preces allergnädigst erhören und nicht allein für diemahl, sondern auch hinfüro, wie wir auch noehmahlen hierumb allerunterthänigst bitten, dero k. [ambte<sup>1)</sup>] gnädigst concediren und mitgeben, das selbiges erheischender nothhurft nach aufs wenigste jährlich einen landtag von sich selbst auszuschreiben befugt sein und also euer m. getreuste erbunterthaner in hiessigen dero beeden fürstenthümben auch gleicher gnade und freyheit mit dero erbfürstenthumb Grossglogau fähig werden und geniessen mögen ...“ (Beilage zu dem Schreiben vom 6. Oktober, [Nr. 3].)

2. 1674 September 5, Wien. Kaiserliches Schreiben an das Schlesische Oberamt mit dem Befehl, den Landeshauptmann von Schweidnitz-Jauer, Johann Friedrich Freiherrn v. Nimpsch, über die in Abschrift beigelegte Bitte der Stände vom 11. August zu vernehmen, nämlich „umb unsern allergnädigsten consens, damit unser k. amt allda ad exemplum unsern erbfürstenthumbs Glogau alle jahr ohne unsere weitere special concession zu debattirung der öfters fürfallenden landesangelegenheiten dem alten gebrauch nach eine allgemeine landeszusammenkunft und zwar, weilen das wichtige indictionswerk und der modus contribuendi coniunctis consiliis in deliberation zu ziehen seye, gleich aniezo ausschreiben könne, in unterthänigkeit gebethen haben“. (Beilage zu dem Schreiben vom 6. Oktober, [Nr. 3].)

3. 1674 Oktober 6, Breslau. Das Breslauer Kaiserliche Oberamt sendet dem Landeshauptmann von Schweidnitz-Jauer die vorstehenden Schreiben vom 11. August und 5. September in Abschrift und fordert Bericht. (Originalschreiben mit obigen Beilagen.)

4. 1674 Oktober, Jauer. Konzept des Berichtes des Landeshauptmanns an das Königliche Oberamt „wegen des landtages ausschreibung“ auf das Reskript vom 6. Oktober. „... So viel nun das in der herren stände memorial angezogene alte herkommen belanget, ist nicht ohne, das besag der k. amts- und landesregistraturen vor alters öfters nur in einem jahr unterschiedene landtage, fürnemlich aber vor und nach denen fürstentagen, gehalten worden, bis endlich die vorterblichen kriegerischen zeiten eingefallen, da in der grossen unsicherheit nicht möglich zu reisen, auch die herren stände zerstreuet und die landes officia mehren theils unbesetzt gewesen. Massen dann in dem zwischen land und städten anno 1545 aufgerichteten und von Ferdinando primo glorwürdigsten andenkens confirmirten vertrag occasione der angeführten mitteilung von der städte landglüthern der allgemeinen landeszusammenkunften in specie mitgedacht, auch die herren landeseltesten in der von dem allgemeinen land mit approbation des k. amts ihnen ertheilten instruction deutlich dahin gewiesen werden, das wann etwas wichtiges vorkäme, solches bey allgemeiner landeszusammenkunft mit denen sämptlichen herren ständen communiciret und berathschlaget werden solte, welches auch für alters also stets observiret worden. Es finden sich zwar bey alliesiger k. amtscaenzley drey kayserliche rescripta de annis 1640 und 1642 [praesentato 5. Septembris, 18. Martii und 29. Aprilis] laut der abschriften sub A, B, C<sup>2)</sup>, in welchen ihre k. m. Ferdinandus tertius glorwürdigsten andenkens

<sup>1)</sup> In der Abschrift ausgelassen. Daß es „amte“ heißen muß, ergibt sich aus der Stelle in desselben Schreiben: „damit von dero uns vorgesezten k. amte mit nechstem eine ordentliche zusammenkunft der sämptlichen stände ausgeschriben ... werden.“ <sup>2)</sup> Fehlen, weil Konzept.



damaligem landeshauptman von Stahrenberg die allgemeine landeszusammenkunft theils absolute verboten, theils nur noch auf eine zeit suspendiret. Es ist aber wohl zu vermuthen, das damahls die unsichere kriegszeiten am meisten ursach daran gewesen sein, sintemahl ihre m. in dero letzterem rescript sub C pro motivo selbst allergnädigst angeführt, das wegen des im land gestandenen kriegsvolckes dergleichen zusammenkuntten anzustellen sich nicht füglich schiecken woll, sobaldt aber das volck sich moviren und aus dem land kommen würde, bey deroselben der landeshauptman fernere erinnerung thun solte.

Wan nun die vorige bedencken und ver hinderungen iezo nicht mehr im weeg stehen, sonsten auch auf die treu gehorsamste vasallen und unterthaner alhiesiger beeden erbfürstenthümer einiges misstrauen umb so viel weniger zu sezen, weil das k. ambt bey allen zusammenkuntten das praesidium führet und zu ihro m. undiensten oder der catholischen religion zu nahe gereichende consultationes in dem voto conclusivo nicht zulassen würde, hingegen aus der den 3. Decembris anno 1670 denen alhiesigen abgeordneten bey kays. hoff ertheilten abfertigung sub numero 6<sup>1</sup>) klar abzunehmen ist, das ihre k. m. denen herren ständen die allgemeine landeszusammenkunft nicht abzustreiten verneinen, als stelle zu euer excellenz und meiner hochgeehrten herrn oberamtlicher befindnus ich unmasgebig anheimb, ob dieselbte nummehr auf eine unlimitirte concession der vorhin gebräuchlichen freyen landtagsausschreibung, durch welche hiesige herren stände gleich den Glogauschen consoliret würden, gnädig und grossgünstig einzureichen belieben wolten . . .<sup>4</sup>

In diesem besonderen Fall des Streits um den modus contribuendi sei eine allgemeine Zusammenkunft besonders nötig, „angesehen dieses werck von solcher wichtigkeit ist, welches in der herren prelaten und landesofficier disposition allein nicht bestehet, sondern quod omnes tangit, ab omnibus approbari debet; und würden dadurch die herren landesofficier aller verandtwortung und übler nachred, welche sie schon hinderrucks bekümmerter erdulden müsten, allerdings befreyhet.“

Kgl. St.-A. Rep. 39, S.-J. II 5 n.

118.

1674 Oktober 18. Kreidelwitz.

#### Auskunft über die Ausschreibung der Landtage im Fürstentum Glogau.

Extract aus tit. herren Wolff Alexanders von Stosch, des fürstenthumbs Grossglogau königl. manns, landeseltesten undt landesbestaltens, an tit. herren Christoph Ernst von Sommerfeld, der fürstenthümer S. und J. oberrechtsiezer und landssbestalten etc., de dato Kreidelwiz den 18. Octobris 1674 abgelassenen antwortschreiben:

P. P. Des herrn brudern verlangen wolte ich herzlich gern adimpliren. Weiln aber sine praescitu statuum dehrgleichen attestata zu ertheilen mir ein oder anderm landsofficier praejudicirlich seyn möchte, die herrn stände auch erst den 14. Novembris wieder zusammen kommen, als kan dem herrn bruder wohl keine satisfaction gegeben werden, würde auch ohnmassgebig von nöthen seyn, dass es absonderlich bey den herren ständen gesucht würde, weil ich weiss, dass es difficultaeten sezen möchte, solches per modum attestati solenniter zu extradiren, wenn man nicht versichert, „cui bono?“<sup>4</sup> et „in quem finem?“<sup>4</sup>; zu maln alles in notorietate, daß ex privilegio et observantia auf anhalten dehrer stände der herr landshauptman einen landtag ausschreibet, auch so oft es die herren stände beghehren und die nothdurft erfordert, zusammenkuntten und verlangte creistage, welches, weil unterschiedene aus dehnen löbl. fürstenthümern hier begüttert, satsam bekannt. Stelle also zu des herrn brudern belieben, ob bey künftiger zuesammenkunft wes ferners desiderirt werden möchte, da denn meines theils ich vor gnugsamb erachtete, wenn es per modum einer missiv und antwort von dehnen herren ständen eingerichtet würde, weil ich mir fast einbilde, dass per modum exempli die herren stände derer beiden fürstenthümer solches zu ihrem nuz anführen wollen.

Kgl. St.-A. Rep. 39, S.-J. II 5 n.

<sup>1</sup> Arnoldsche Sammlung, Bd. II, S. 95 = Quellen Nr. 116.

119.

[1674]. o. O.

# **Denkschrift über die Berechtigung der Fürstenthümer zur Abhaltung von Landtagen und das Bedürfnis zu deren Wiedereinführung.**

Ohnmassgebliche gedanken<sup>1)</sup> wegen der allgemeinen landeszusammenkünfte in den beeden fürstenthümern S. und J.

1. Erstlich haben die beeden fürstenthümer ihre ordentliche landtage ex privilegiis und dehnen hierinnen von zeit zu zeit confirmirten alten gewohnheiten und herkommen.

2. Haben sie sich weit über menschen gedanken solcher uralten üblichen observanz iederzeit ungehindert gebraucht, also dass besage der k. amts- und landes-registaturen ofters nur in einem jahre unterschiedene landtage, fürnehmlich aber vor und nach den fürstentagen, gehalten worden sind, bis endlich die verderblichen kriegerischen zeiten eingefallen, da die herren stände dort und da zerstreuet, die landes-officia mehrentheils unbesezt, auch in der grossen unsicherheit nicht möglich, zu reisen, weniger die meisten vom adel, welche nicht zu fuss gehen wollen, mit pferd und wagen versehen gewesen.

Und obzwar auch 3. weyland herr graff von Stahrmberg bey seiner geführten landeshauptmannschaft in anno 1639 bey damahligem landtage sich auf einige kaysserliche instruction, so er doch niemahn vorgezeigt, beruffen, dass absque expresso mandato ihrer k. m. er keine landeszusammenkunft mehr aus schreiben könnte, haben doch die herren stände decenti cum modestia darwieder repliciret und ihre nothdurft desshalb ausführlich deduciret, auch nachmahn bey ihre k. und k. m. desshalb allergehorsambste instanz gethan.

Entzwischen 4. haben ihre k. und k. m. durch dehero unterschiedene kaysserliche allergnädigste specialresolutions die herren stände sinceriret, dass sie selbige bey ihren privilegien und alten herkommen iederzeit schützen und handhaben wolten.

Massen denn auch 5. aus der den 3. Decembris 1670 dehnen herren abgeordneten bey kaysserlichem hoff ertheilten abfertigung sub nr. 6<sup>2)</sup> klärllich wahrzunehmen ist, dass höchst gedacht ihre k. m. den herren ständen die allgemeinen landeszusammenkünfte nicht abzuestriken vermeinen, als welche doch, wie zue beförderung kaysserlicher dienste, also auch des allgemeinen weesens ofters de necessitate sind.

Angesehen dass auch 6. die herren landeseltesten in ihrer von dem allgemeinen lande mit approbation des k. amtes ihnen ertheilten instruction deutlich dahien gewiesen werden, dass wenn was wichtiges fürkame, solches bey allgemeiner landeszusammenkunft mit dehnen sämptlichen herren ständen communiciret und berathschlaget werden solle, welches auch für alters immer sofort observiret worden ist:

Gestaltsamb denn unter andern 7. in dehne zwischen land und städten anno 1545 aufgerichteten und von Ferdinando primo gloriwürdigsten andenkens confirmirten vertrage occasione der angeführten mitleidung von der städte landgütern der landschaft anschläge aus nothdurft gemeines nuzes und dehnen allgemeinen zusamenkünfte und schluss in specie mit gedacht und daher als ein statutum und unvermeidliche alte observanz durch drauf erfolgte k. und k. bestetigung allerdings rathabiret wird:

Solchergestalt denn 8. die herren stände der beeden fürstenthümer S. und J. sich sowohl, als das löbl. fürstenthumb Grosseglogaw vermöge ihrer confirmirten willkührlichen articul montags nach exaltationis Crucis 1513 articulo 5<sup>to</sup> auf ihr altes privilegiertes herkommen und gebrauch dehnen allgemeinen landeszusammenkunft ausschreibung zu beruffen:

Und diesernach 9. zu ihrer k. und k. m. das allerunterthänigste vertrauen zu sezen haben, dieselbte sie mit ferner derselben . . . verstattung und beständiger conservirung ihrer alten in dehnen wohlerworbenen privilegien fundirten gewohnheiten in k. und k. gnaden consoliren.

Daferr ja aber auch 10. höchstgedachte k. m. ihnen solche landeszusammenkünfte ad exemplum des fürstenthumbs Grosseglogaw, welches in dem allergehorsambsten memorial ohne einig gehorsambstes und

<sup>1)</sup> Wahrscheinlich vom Landesbestalten oder Landschreiber verfaßt.    <sup>2)</sup> = Quellen Nr. 116.



ungebührliches massgeben nur wegen desiderirender conformitaet in pari causa allerunterthänigst allegiret worden und desshalb sich dennoch ihrer k. m. die herren stände allerdehmützigst zu submittiren haben, noch zur zeit unlimitirter nicht concediren wolten, jedoch hoffentlich ihnen für diessmahl allergnädigst zu lassen werden, womit durch dehero hochlöbl. k. amt eine allgemeine landeszuesammenkunft mit nehmten ausgeschriben und angesetzt, dabey principaliter nebst andern ad notitiam et consultationem omnium statuum gehörenden landesaffairen sub praesidio hochgedachten k. amtes die so schweren differentien wegen des modi contribuendi, welche doch die fürstenthümer wegen des für andern dahero besorglichen hohen ubertrages am allermeisten touchiren, umb vielleicht zu dehren endlichen besseren ablein- und erhöhrterung mit denen sämptlichen herren ständen deheroselbten verlangen nach tanquam res, quae omnes et singulos tangit, nothdürftig communiciret und berathschlaget, auch dadurch die herren praelaten und landesofficirer, in dehren arbitrio und disposition doch dehrley wichtige landesangelegenheiten und hierob erwachsenden schweren onera keinesweges bestehen können, aller verantwortung und tñblen nachrede, welche sie schon dorth und da hinterruks bekümmerter erdulden müssen, entfreyet, allerdings und fürnehmlich aber auch ihrer k. m. dienste und das bonum publicum umb soviel mehr treulich und schuldigst beobachtet werden mochte.

Welches aber alles zu euer gnaden gnädiger und hochvernünftiger uberlegung gehorsamblich anheimb gestellet und zugleich dehero bishero höchst rühmlich bezeigtem eifer nach auch diessfalls die landesväterliche beobachtung unserer privilegien und alten herkommens zuversichtlich gehoffet wird.

Kgl. St.-A. Rep. 39, S.-J. II 5 n.

120.

1674 Dezember 29. Wien.

### Der Kaiser gestattet aufs neue die Ausschreibung allgemeiner Landeszusammenkünfte.

Dero röm. k., auch zu Hungarn und Böhheim k. m. . . . wegen denen. N. N. herren praelaten und landesofficiren beyder erbfürstenthümer S. und J. hiermit in gnaden anzufügen: Allerhöchst gedacht ihrer k. und k. m. wäre . . . referiret und vorgetragen worden, aus was für motiven und ursachen dieselbe umb . . . verordnung an das alldortige amt der landeshauptmannschaft, womit dasselbe zu debattirung und einrichtung des hochimportirlichen indictionwercks nicht allein alsobald anjezo, sondern auch so oft es die nothdurft ins künftighen mehr erfordern würde, ein allgemeine landeszusammenkunft ausschreiben möge, . . . gebethen haben. Allermassen nun ihre k. und k. m. diesem ihrem der herren praelaten und landesofficirer . . . gesuch gnädigst deferiret und nicht alleine an dero rath und landeshauptmann dero erbfürstenthümer S. und J., den wohlgebohrnen herrn Johann Friederich freyherrn von Nimptsch auf Langen-Oelss und Ullersdorff p., alsobald einen allgemeinen landtag auszuschreiben allbereit unter heutigem dato die gnädigste verordnung ergehen zu lassen, sondern auch gnädigst zufrieden seyn, dass derogleichen ausschreibung, so oft es ins künftighen die nothdurft erfordern wird, geschehen möge; doch dass ermeltem landeshauptmann von ihnen herren praelaten und landesofficirern, — gestalten in andern ihre m. erbfürstenthümern auch geschieht —, die tractanda allemahl vor eingeschicket und mittelst desselben an ihre m. gebracht werden: Als haben mehr höchsternannte ihre m. gnädigst anbefohlen, sie herren praelaten und landesofficirer, wie hiermit beschieheth, hiernach zu bescheiden und verbleiben ihnen, wie auch ihren herren principalen dabey nebens mit k. und k. gnaden wohlgeogen. Decretum per imperatoriam regiamque majestatem in consilio bohemico aulico Viennae die 29. mensis Decembris anno domini 1674. Adolph Wratislaw graff von Sternberg. J. von Tamm.

Kgl. St.-A., Abschrift 17. Jhdts, in Rep. 39, S.-J. II 12 i vol. I, 50 b.

### Entwurf einer Instruktion des Amtskanzlers.

Project einer amts-cancellariats-instruction der fürstenthümer S. und J.<sup>1)</sup>:

[**Verhältnis zum Landeshauptmann:**] 1. Sol gegen den herren landeshauptmann er amtsantzler sich allen schuldigen respects gehorsambst verhalten, von ihm seine dependenz erkennen und alles, was er in amts sachen resolviren und anbefehlen wird, alsobald treulich vermercken und zur expedition bringen.

[**Ein- und Ausgänge:**] 2. Wird er die ihm zukommende memorialia und andere schriften mit vermerkung des tages, wenn selbte eingeloffen, dem herren landeshauptmann fideliter mit allen umständen gewissenhaft referiren und nach dessen resolution die sollicitirende partheyen fordersatz abfertigen lassen.

[**Protokoll- und Aktenführung, Vortrag:**] 3. Bey denen tagfarthen, was die partheyen mündlich vorbringen, fleissig protocolliren; wann aber dieselben schriftlich zu verfahren von dem k. amte veranlasset werden, die einkommende satzschriften bey der registratur gehörigen ortes und zwar eine jede action in besondern fascicul fleissig beysammen halten und aufheben lassen; auch wann die schriften complet und der sententz sollicitirt wird, beederseits acta compendiose extrahiren, dem herren landeshauptmann alle merita causae treulich und umständlich vortragen und nach dessen befund den sententz abfassen.

[**Königliche Sachen:**] 4. Die k. und k. cammer- und fiscalische sachen, auch sonst vorfallende publica sollen vor allen andern privatis befördert werden.

[**Depositalgelder:**] 5. Die deposital-gelder wird er in einem sichern ort und gewölbe auf der königl. burck in fleissiger verwahrung halten und ohne des herren landeshauptmanns schriftliche anschaffung nichts auszahlen, von dem aber, was ausgezahlt wird, dem alten herkommen nach von jedem thaler einen kreutzer zu empfangen haben.

[**Ausgänge:**] 6. Was bey der k. amtsantzley expedirt wird, sol er alles in mundo lassen<sup>2)</sup> und die errores moeglichst praecaviren.

[**Konzepte:**] 7. Sol er darob seyn, dass von allen expeditionen und current-sachen die concepte von wort zu wort aufbehalten und zwar die an ihre k. m. und dero königl. oberamt ergehende berichte in ein besonder buch eingetragen werden.

[**Büropersonal:**] 8. Bey der k. registratur und cantzley die inspection haben, damit alles in gutter ordnung gehalten und von denen cantzley-verwandten ihre functiones rechtschaffen verrichtet und ohne sein vorwissen aus den archivis einige abschrift oder extract nicht herausgegeben werde.

[**Nichtzulassung von Fremden:**] 9. Absonderlich darob seyn, dass weder die advocaten noch sonst jemand fremdes in die registratur und denjenigen ort, wo die expeditiones geschehen, admittirt, viel weniger die protocolla und andere schriften zu perlustriren verstattet werden möge.

[**Führung der Kanzleibeamten:**] 10. Kartenspiel, übermässiges trincken und alles gezänck in der cantzley verhüttet werden.

[**Regelmäßiger Dienst:**] 11. Wird der amtsantzler achtung geben, dass in abwesenheit des herren landeshauptmanns die cantzleyverwandten ein weg als den andern in die cantzley kommen und den expeditionen obliegen.

[**Reskripte:**] 12. Die kays. und oberamtsrescripta sollen gehörigen ortes fleissig verwahret werden und deren communications, wenn selbte nöthig, allein abschriftlich geschehen.

Im übrigen, weilen nicht alles so genau in die instruction gesetzt werden kan, wird in dem von ihre k. m. ihm allergnädigst anvertrauten amts-cancellariats-function er sich derogestalt treu und fleissig ver-

<sup>1)</sup> Das kais. Reskript vom 18. Februar 1677 an das K. Oberamt in Schlesien wegen der vom S.-J.schen Amtskanzler Johann Marquard von Grünberg erbetenen Erteilung einer Amtsinstruktion bestätigt das vom Landeshauptmann v. Nimpsch und vom Oberamt aufgestellte Instruktions-Projekt. <sup>2)</sup> = lesen? fassen?



halten, wie gegen gott und ihro k. m. er es zu verantworten getrauet. Hingegen sol er die ausgesetzte besoldung von 400 rthl. und die cantzleytaxa, wie selbte ihro m. allergnädigst placidiren werden, zu geniessen haben.

Kgl. St.-A. Rep. 135, Jau. Msc. VI, S. 414 f.

122.

1680 Juni 25. Jauer.

### Urteil über die rebellischen Bauern der Herrschaften Peterswaldau und Kynsburg.

Ich Hanß Friedrich freyherr von Nimbsch auf Öllbe, Ullersdorff, Falckenhain, Neudorff und Teiche, der r. k., auch zu Hungarn und Böheim k. m. rath und dero beiden fürstenthümer S. und J. vollmächtiger landeshauptman, uhrkunde hiermit vor männiglich: Demnach auf böses exempel derer im königreich Böheim rebellirenden bauren auch an theils orthen hiesiger fürstenthümer und zwar absonderlich zue Peterswalde und Königsberg die unterthanen sich freventlich unterstanden, mit allerhandt wehr undt waffen zusammenzulaufen, gegen ihren herrschaften mit verweigerung schuldiger dienste undt robothen eydesbrüchiger weise sich aufzulehnen undt ein recht gefährlich undt weitaussehenden aufstandt zu machen, so daß nit allein mit consens eines hochlöbl. k. oberamts nach Peterswalde undt Königsberg ein gewiße militarische execution zu compescirung der widersetzigen unterthanen abgeschicket undt die am meisten dabey interessirte undt verdächtige rädelsführer, alß von Peterswalde Michel Feix, Paul Schöbel, Baltzer Rachner undt Christoff Behnisch nacher Schweidnitz, dann von Königsberg Hanß Höhe, becker zu Schenckendorff, George Opitz, zimmerman zue Jauernig, Heinrich Martin, pauer zu Dittmansdorff undt Christoph Ansoerge, gerichtsscholtze zu Kühnau, nach Jauer in würckliche verhafft gebracht, sondern auch noch vorhero wieder sie durch den substitutum fisci regii, titul. Johann Gregorium Behnisch, gerichtlich fortgestellten inquisitions-proceß zu ordentlicher anklage der heutige tag angesetzt undt von seithen landt undt städte die respective edle, gestrenge, ehrenveste undt wohlweise Christoph Gottlieb von Nimbsch auf Ober- undt Nieder-Leupe, althiesiger fürstenthümer oberrechtssitzer, Hannß von der Dahm auf Puschkau undt Joachim Friedrich von Braun auf Zobten, beiderseits landeseltiste, dann Hanß Heinrich von Schultz auf Pültzen undt Hanß Christoph Schönfelder, beide burgermeister in Schweidnitz undt Jauer, pro assessoribus ersucht undt requiriret worden: Alß hat dieses niedergesetzte indicium sowohl die fiscalische anklage undt der inquisiten gerichtliche aussagen, alß auch, waß sonst dorbey vorkommen, in reife consideration gezogen undt darauß soviel befunden, daß bey denen Peterswäldischen unterthanen Michel Feix undt Paul Schöbel, bey denen Königsbergischen aber Hanß Höhn undt Geörge Opitz für die grösten aufwigler undt rädelsführer zu halten undt durch ihre theils selbst zugestandene, theils sonst überwiesene böse thaten soviel verdienet haben, daß sie nach aussag der peinlichen haß-gerichts-ordnung Caroli quinti, auch anderer reichs-constitutionen undt notorischer rechte denen andern zu einem abscheulichen exempel undt zwar die ersten zwey Michel Feix undt Paul Schöbel bey der stadt Schweidnitz, dann der Hannß Höhn undt Geörge Opitz zu Jauer auf nechst künftigen freytag, wirdt sein der 28te Junii, an gewißen gegen dem landt undt gebürge außgesetzten straßen, — damit sich männiglich daran desto mehr spiglen könne —, mit dem strang von dem leben zum todt gebracht, die übrigen complices aber, alß Baltzer Rachner undt Christoff Behnisch zu Peterswalde, dann Heinrich Merten undt Christoff Ansoerge [zu] Königsberg mit zehenwochentlicher gefängnus bey waßer undt broth abgestrafft undt zu einer ewigen gedächtnuß deß begangenen delicti jährlich auf ein gewiße zeit von der obrigkeit zum roden oder anderer derogleichen arbeit angehalten, von dem Christoff Ansoerge aber, gerichtsscholtzen zu Kynau, zu einiger straff ad pios usus 50 thl. erleget werden sollen. V. r. w. Approbatum et lectum in praesentia substituti fisci zu Jauer den 25. Junii 1680. Hanß Friedrich von Nimbsch.

NB. Wie hierauf die execution vollzogen worden sey, vide criminal-protocoll.

Stadtarch. Schweidnitz. Akten, Handschrift I 49, S. 183 f.

123.

1681 März 26. Schweidnitz.

**Zulassung von Weichbilsdeputierten zu den jährlichen Steuerrechnungs-Abnahmen.**

„Unvorgreifliches votum dehrer löbl. herren landstände auf die den 26. Martii 1681 ihnen eröffnete k. amts-proposition bei dehme in Schweidnitz gehaltenen landtage.

Nr. 11: Wiederholen auch die sämptlichen herren stände ihr bey unterschiedlichen landeszusammenkunften angebrachtes desiderium, auf das zu allen jährlichen steuer-rayttings-abnahmen, auch davon sie die ersten mit ihr gnaden gnädigen erlaubniß allhier denominiren wollen, ein deputirter von jedes weichbildes, durch welchen bey seiner abtretung wiederumb alsobaldt ein ander aus dem weichbilde hierzu fürgeschlagen wirdt<sup>1)</sup>, benennet undt nebst dem herren landeseltesten abgeschicket werden möchte. Wann dann der offenbahren billigkeit zu sein scheint, dass diejenigen, welche den steuerbeytrag leisten, auch die ausgaben davon wissen mögen, dieses auch nichts neues, sondern in anderen fürstenthümern practicabel und gebräuchlich ist, uber diess auch allen verdacht aufhebet und hoffentlich dehnen herren praelaten undt landesofficirern umb soviel weniger zuwider sein kan, wehn sie hierdurch von ein oder der anderen grösseren verantwortung bey dem lande entfreyet werden: Alss ersuchen die herren stände nachmahlen ihre gnaden amtsgehorsamblich, sie geruhen mit unverhinderlicher einrichtung dieser ihrer wohlmeinenden intention sie insgesamt zu consoliren undt bey der nechsten steuerrayttung hiermit den anfang machen zu lassen.“

Darauf antwortete der Landeshauptmann in seinem Votum conclusivum vom 29. März: „Nr. 11: Ob zwar in ihro gnaden instruction nicht enthalten, dass sie der herren stände erinnerungen zu beobachten verbunden, so wollen sie dennoch in der herrn stände desiderium condescendiren, dass zu den jährlichen steuer-rayttings-abnahmen nebst den herren landeseltesten aus jedem weichbildt ein deputirter admittirt werden möge, welche die herrn stände vorzuschlagen wissen werden, damit man hernach bey nechst vorgehender revision der steuer-rayttung die amts-verfügung thun könne.“

Kgl. St.-A. Rep. 39, S.-J. II 3 d.

124.

1681 Dezember 20. Schweidnitz.

**Instruktion des Obersteuereintnehmers.**

Instruction des herrn obersteuereintnehmers sub dato 20.<sup>2)</sup> Decembris 1681 in Schweidnitz am quartal Luciae.

Demnach bey vorgewesenen allgemeinen landttage den 30. Junii instehenden jahres von denen löblichen h. ständen der beyden fürstenthümer S. und J. der wohledle gestrenge herr Friedrich von Zedlitz auf Cammerswaldau, Kreysau, Wierisch und Gräbel per majora zu einem obersteuereintnehmer erkieset und verordnet worden, als ist demselbten nachfolgende instruction, wie er sich in seinem officio verhalten solle, aufgesetzt undt zugestellet worden. Und ob zwar anfangs jeder treue vasall ihro k. und k. m. . . hoheit und interesse undt seines vaterlandes wohlfarth ohne alle erinnerung ihme äusserstem vermögen nach angelegen seyn lassen soll, so wirdt doch zum überfluss mit diesem dieser instruction anfang billich gemacht:

[**Steuern und Rückstände:**] Dass herr obersteuereintnehmer vor allen dingen jederzeit ohnfeilbar darob sein solle, die zu ihro k. m. dienste, gefallen undt bestem verwilligte undt angelegte steuern, wie auch die verbliebene kays. eingehändigte resta höchsten fleisses einzufordern undt, wo es anders nicht geschehen kan, mit vorwissen undt einwilligung des k. amtes selbige durch die execution ohne allen respect undt mit gleich durchgehender gleichheit zu erheben, zu bewahren undt in keinen andern orth undt weg, als welcher von ihro k. und k. m. selbst allergnädigst beliebet, anzuwenden ihme befohlen seyn lassen.

[**Steuerausschreibung:**] Zum andern, weilen niemanden als dem gantzen lande Schlesien oder dem h. landeshaubtmann dieser fürstenthümer S. und J. steuern zu indiciren bevorstehet, soll herr obersteuer-

<sup>1)</sup> In der Vorlage: undt.    <sup>2)</sup> In der Abschrift: 2. Decembris.



einnehmer sich im wenigsten unterstehen, proprio motu aut consilio einzige steuern auszuschreiben, sondern alle zeith erwarten, was zuvor einhelliglich bewilliget worden, dasselbige einzufordern und auf den ausgeschriebenem termin einzunehmen.

**[Beamtenbesoldungen:]** Zum dritten soll auch herr obersteuereinnehmer sonsten ohne vorwissen des landes oder dessen officirer verwilligte gebührliche besoldung undt anderer, so zu des landes diensten gebranchet werden, liefergelder auszugeben macht haben.

**[Vierteljährliche Berichte:]** Zum vierten soll herr obersteuereinnehmer alle quartal nachricht thun, was an steuern jedes vierteljahr einkommen, wohin solche verwendet, auch was vor reste aller orte verblieben, damit nach eingezogenem bericht ferner verordnet werden kan, was weiter diessfalls bey dem steueramte anzuordnen seyn möge.

**[Kassahalter:]** Fünftens soll herr obersteuereinnehmer, solange den landtständen zwey cassahalter beliebig seyn werden, fleissige aufsicht haben, dass dieselbte ihre einnahmb treulich undt fleissig verrichten undt alle dasjenige vermittelt seiner direction forthstellen, was zu des landes wohlfarth gereichen möge, maassen dann die herren stände auf ihn allein das absehen haben werden.

**[Rechnungslegung:]** Es soll auch zum sechsten herr obersteuereinnehmer dem herkommen nach jedem landesofficirer bey endigung des jahres ein exemplar seiner raythung zu rechter zeith und zum wenigsten 14 tage vor der abnahme zuschicken und also auf das quartal Cinerum des, gott gebe, mit gelück und seegen einschreitenden 1682ten jahres dem lande gewisse raythung thun und ablegen.

**[Sparsame Verwaltung:]** Zum siebenden soll undt wirdt auch herr obersteuereinnehmer alle nöthige speesen als ein treuer patriot einziehen und alles in seinem officio dahin richten, wie einzigt und allen des landes wohlfarth befördert werden möge.

**[Besoldung:]** Für diese seine mühwaltung soll er jährlich zu seiner besoldung haben fünfhundert thaler und wegen seines schreibers 60 thl., jeden thlr. zu 36 weissgroschen und den groschen zu 12 hellern gerechnet, welche er alle halbe jahr die helfte, wie die andern landesofficirer, zu empfangen haben und darneben die liefergelder, wie selbige ausgesetzt, in- und ausserhalb der fürstenthümer zu empfangen haben wirdt.

Actum Schweidnitz bey gehaltener engen zusammenkunft am quartal Luciae den 20. Decembris anno 1681. Frantz Friedrich von Knobelsdorff; George Moritz Binner, probst in Liebenthal; frater Andreas, probst in Brechelwitz; Christoph Ernst v. Sommerfeldt und Falkenhayn; George Rudolph herr von Gerssdorff; Christoph Gottlieb v. Nimptsch; Hanss von der Dahm; Ernst v. Schweinitz; Hans Heinrich freiherr von Nimptsch; Joachim Friedrich v. Braun; Hanss Christoph v. Braun; Job. Christoph v. Tschirnhauss; Hanss Christoph v. Schweinitz.

Kgl. St.-A. Rep. 135, Jau. Msc. 27, S. 629 f.

125.

1682 Juli 24. Glogau.

**Bericht des Glogauer Landeshauptmanns Grafen v. Herberstein über die landständische Verfassung des Fürstentums Glogau im Vergleich zu der Verfassung der anderen Erbfürstentümer.**

**[Klage über Unordnung:]** Allerdurchlauchtigster . . ! Euer k. und k. m. habe ich in meinem über den nechsthin am 25ten Maii vorgewesenen, doch aber aus daselbstem angeführten wichtigen rationibus bies zu euer k. m. erfolgenden . . . resolution ab omni effectu allerdings suspendirten allhiesigen general-landttag erstatteten . . . bericht unter andern auch dieses weitlenftiger . . . vorgetragen, wasgestalt bey sothanem landttage, wie stadt- undt landt-kündig, viel de facto vorgegangen, der bisherige modus und ordnung in sessione et voto nicht observiret, sondern alles in der grüsten confusion undt tumultuarie tractiret, baldt vom ersten, baldt vom letzten creyss nach eigenem belieben durch einander hineingeschryen undt gleichsamb in solcher verwirr- und unordnung die direction denen landeseltisten gutten theils entzogen

undt von anderen, denen es nicht gebühret, ungewöhnlichermassen usurpiret, auch durch dehero gleichen frühzeitige füreylung derer, ahn denen das votum nicht gewesen, nur den andern stimmen, wohin sie ihr votum einrichten möchten, praecoccupando genugsamb ahn die handt gegeben worden undt mit einem worthe aus allem diesem so viel inconvenientien erfolget, dass die pro bono publico wohlmeinendt ins mittel gegebene amtserinnerungen, forderist aber euer k. selbstaigene . . . desideria undt befelche, wie in obbe deutetem bericht mit mehrern . . . ausgeführet, über alle meine angewandte mensch- und möglichste bemühung auf keinerley weise zu erwünschtem effect gebracht undt von mir disfalls durchgedrungen werden können.

[Frühere Abhülfevorschläge nach dem Vorbild von Schweidnitz-Jauer:] Wie nun aber dergleichen grosser unform, welcher alle gutte consilia und den daraus hoffenden erwünschten effect hindert, allerhandt schädliche neuerungen und endtlichen, wann man nicht bey zeithen steuerete, die gänzliche zerrüttung des status publici bey diesem fürstenthumb gar leichtlich nach sich ziehen dürfte, nirgendtso bey wohlbestelten regirungen verstattet und geduldet, sondern vielmehr baldt anfangs und gleichsamb noch in herba gedämpfet wirdt, also hat man hierzu schon vor meiner zeit einige praeparatoria und nach und nach einschleichende missbräuche verspühret, und seindt euer k. m. solche auch hier abzustellen undt in zeiten zu remediren schon tempore meines vorfahren, weyl. freyherrn von Dyhren, als er ihnen bereits damahlen von solcherley nach und nach einreissender unordnung undt confusion . . . information erstattet, in k. gnaden bedacht gewesen, inmassen euer k. m. ahn ihne schon anno 1671 den 23ten Septembris . . . rescribiret, dass sie zwar wegen des von ihme vorgeschlagenen, bey denen fürstenthübern Schweidnitz und Jauer gebräuchigen modi votandi . . . kein bedencken trügen, nur solte er dessen mehrere declaration und special-expressiones . . . einschicken. Welches aber wegen seines baldt darauf erfolgten tödtlichen hintritts weiter nicht geschehen können, dass man dannhero nicht weiss, wohin etwan seine damahlige intention aigentlich ahngezichelt gewesen sein mag, so man auch dahin gestellet sein lasset, darbey aber gleichwohlen zeithero ab effectu nicht befunden, dass auch selbiger fürstenthümbler modus votandi euer k. m. . . intention oder rei catholicae gar wohl angestanden, indeme sich bey dasselbst vorgewester wahl dortigen obersteuernehmern<sup>1)</sup> deutlich hervorgethan, dass bey intendirter allergnädigster remedirung, umb die vota auf ein catholisches subjectum zu incliniren, nur error posterior pejor priore worden und sie bey der neuen wahl die uncatholische vota ihres aigenen gefallens noch umb ein weith höheres vermehren und dardurch bloss den statum religionis nostrae desto schwerer machen können. Welches auch bey diesem Glogauischen fürstenthumb in allen, sowohl politischen, als fürnehmlich religionssachen, leider! täglich zu verspühren, und ist doch hierzu einiges zulängliches remedium nicht abzusehen, wann euer k. m. nicht ex plenitudine potestatis einen richtigen votandi modum ins künftige bey diesem fürstenthumb zu observiren einführen und die stände per legem pragmaticam als landesfürst ein für alle mahl zu dessen künftigen genauen beobachtung . . . anweisen lassen. Dann so lang der iezeige bey diesem fürstenthumb publice viritum votandi gebrauchte modus continuiret, propter multitudinem acatholicorum pro religione catholica niemahlen was erspriessliches zu hoffen und dardurch zum praeiudiz des gemeinen weesens nur immer mehr und mehr unordnungen und schädliche inconvenientien einschleichen, dahero ich meines . . . orthes auf die wenige doch unvorgreifliche gedanken gerathen, dass euer k. m. bey diesem Glogauischen fürstenthumb weit geschickter und mit mehrern fundament zu einem solchem rechtschaffenen modo votandi sich als landesfürst ohne alles bedencken . . . resolviren könten, welcher nicht alleine denen legibus fundamentalibus derer gesambten fürsten und stände dieses gantzen landes Schlesien, sondern auch aller natürlichen raison conform, ia in der hiesigen Glogauischen stände selbstaigenen sogenannten landesstatutis von altershero theils zur gnüge fundiret und pro cynosura der nachkömblingen von denen lieben vorfahren vorgeschrieben und hinterlassen worden, theils aber, wie wohl er solchergestalt umb besserer ordnung willen nothdürftig rectificiret und mehr reguliret wehre, denenselben gleichwohl auch keinesweges contrar und an sich selbstem mehr

<sup>1)</sup> d. h. des Friedrich v. Zedlitz, s. vorstehend S. 89 u. 294, 1681 März 26 u. Dec. 20.



anständig, als wieder denselbigen zu reclamiren einige rechtmessige ursache vorhanden sein würde, wie weiter mit mehrern . . . zu vernehmen.

[**Landständische Verfassung in Schlesien:**] Hierauf nun ad rem ipsam zu kommen und selbige brevibus . . . vorzustellen, so ist klar, das unterschiedliche fürstenthümer dieses landes Schlesien auch ihre unterschiedliche aigne landesverfassungen haben und etliche in drey, etliche in vier votis collectivis, andere in herren-, praelaten-, ritter- und burgerstandt, andere aber in praelaten-, ritter- und burgerstandt bestehen, ja bey theils der praelaten- und sogar der burgerstandt unter der ritterschaft mit begriffen.

[**Oppeln-Ratibor und Troppau:**] Undt zwar unter allen andern nur ad nostrum propositum von denen fürstenthümern Oppeln und Rattibor, wie auch dem Troppauschen, etwas wenigens zu melden, so seindt daselbst vier stände, als 1. der herren-; 2. der praelaten- — weilen iener alda diesem vorgehet —; 3. der ritter-; und 4. der burgerstandt, unter denen in votando dieser modus gehalten wirdt: So baldt die proposition auf einen landtag vom ampte aus geschehen, bittet der herrenstandt umb einen abtritt, begiebt sich in ein absonderlich zimmer, allwo die propositionspassus unter sich nachmahls abgelesen und mit grösstem silentio angehört, darauf die vota viritum, caeteris silentibus, nach einander colligiret und hernachmahls, wohin die maiora ausgefallen, per modum unius collectivi in der versamlung aller vier stände publice abgegeben werden. Eben solcher gestalt folgen alsdann die andere drey stände, einer nach dem andern, das also in totum publice vier vota collectiva herauskommen und dardurch überall gutte ordnung erhalten und observiret wirdt.

[**Breslau:**] Ein andere verfassung ist bey dem fürstenthumb Bresslau, als wo selbstn zwar das publicum auch in vier hauptvotis, doch aber auf gantz andere weise und manier besteht: Zumahlen daselbst das erste votum denen königl. männern und landeseltisten competiret, auch von ihnen a parte in einem absonderlichen zimmer colligiret und nachmals in publico abgegeben wirdt. Das anderte votum alldorten gebühret der geistlichkeit, welches sodann auch durch die gegenwertige praelaten oder sonst abgeordnete von denen gestiefftern, wie das vorige, particulariter zusammengetragen und gleicher gestalt nachmahls als ein votum collectivum in publico eröffnet wirdt. Das dritte votum geben die übrigen stände insgesamt, worunter nicht allein grafen, herren und edele, sondern sogar die königl. weichbildtstädte Neumarekt und Nambsslau mit begrieffen. Nachdeme sie, wie bey denen vorigen zweyen votis erwehnet, ihre gedanken gleicher gestalt particulariter zusammen tragen, machen sie per maiora ebenermassen das dritte votum collectivum. Das vierdte votum aber als das conclusivum gebühret dem k. ampte alda, ohne zweifel nach dem exempel des conventus publici bey fürsten und ständen selbstn,

[**Fürstentag:**] allwo, wie ohne dem dero k. hofe schon wissendt, das erste votum bey der fürstl. und freyherrl. stimme, das andere bey denen erbfürstenthümern und der stadt Bresslau, das dritte aber bey denen k. weichbildtstädten und endlich das vierdte als votum conclusivum bein k. oberampte selbstn beruhet, im votiren aber dieser methodus gehalten wirdt:

Wann entweder die fürstentags-proposition durch euer k. und k. m. hiezue . . . verordnete commissarien oder die gewöhnliche landesproposition oder auch andere proponenda durch das k. oberamt in loco publico et consueto denen gesambten fürsten und ständen eröffnet worden, so treten darauf, wie bekandt, nach vom k. oberampte gebethenem spatio deliberandi die fürstl. und freyherrl. deputirte ihre deliberationes an, und giebet einer nach dem andern sein votum particulare bey dieser seiner stimme allein, mündtlich und schriftlich, ab. Alsdann, wann die vota particularia alle beysammen, wirdt per maiora ein schluss gemacht und sub nomine des fürstl. und freyherrl. voti collectivi in gegenwarth des k. oberamts und der andern beyden stimmen publice abgelegt. Hiernach folget die erbfürstenthümer-stimme auf maass und weise, sowohl mit abgebung der votorum particularium unter sich als des voti collectivi in publico, wie anietzo von der fürstl. und freyherrl. stimme erwehnet worden. Die städte aber, wann die vorhergehende stimmen gedachtermassen ihre vota abgelegt, verfügen sich sodann auch zusammen, und eröffnet ein deputirter nach dem andern auf die deliberations-puncta seine meinung de puncto ad punctum mündtlich, undt

wie die majora fallen, also wirdt auch der schluss gefasset undt von demjenigen, so das praesidium bey der stimme führet, zu papier gebracht, auch endtlich sub nomine des städtischen voti collectivi ebenfalls in beyseyn des k. oberamts und der andern zweyen stimmen in publico abgegeben. Nach diesen abgelegten drey votis collectivis folget das votum conclusivum des k. oberamts. Undt obwohlen von seiten der fürsten undt stände noch bey meiner zeit, als ich vor etlich und zwantzig jahren mich noch im oberamtscollegio befunden, dafür gehalten werden wollen, samb das k. oberamt mit dem conclusivo demjenigen, was von zweyen stimmen votiret und also den majoribus nothwendig beyfallen müsse, oder wann es sich mit einer stimme von den dreyen confirmiret, mehr nicht als paria vota machen köme, so würde doch ein anders quotidie observiret, so ohne zweiffel noch in praxi, dass man bey erainender discrepantz einer oder der andern stimme, wann das k. oberamt mit anführung erheblicher ursachen einer von obgedachten drey stimmen beyfällt, man es gemeiniglich, sonderlich in dehnen euer k. m. . . . willen undt dienst mehr anständigen fällen, durchgehents pro majoribus undt mehr als die conformität der anderen zweyen stimmen gehalten.

[Verfassung von Glogau.] So viel nun hierauf dieses . . . mir ahnvertraute Glogauische fürstenthumb betrifft, beruhet solches gleicher gestalt in dreyen ständen undt folig dreyen haubt- oder votis collectivis, worvon das erste hiesigem capitulo, das andere der ritterschaft, worunter auch alle grafen undt herren wie in gleichen die infulirte praelaten begriffen, undt das dritte denen sieben k. weichbildtstädten competiret. Pro quarto accedit des k. amts confirmation, welche euer k. m. in dero . . . resolution de dato 19. Junii anno 1669 pro voto conclusivo regii officii . . . halten und aussprechen, ohne zweiffel ad exemplum erst gedachten fürstenthumbs Bresslau, ja gar des conventus publici bey fürsten undt ständen selbst, allwo, wie schon gedacht, das k. oberamt, wie auch bey dem fürstenthumb Bresslau das k. amt, das votum conclusivum hat und conjungendo se cum uno ex trium statuum votis, wie tota die in praxi, mehr dann paria und in effectu die majora machet. Und dieses, so viel die gesambte drey stände dieses fürstenthumbs anbetrifft.

[Kreisverfassung:] Unter welchen dreyen aber der zweyte, als die ritterschaft, wiederumben subdividiret und von altersher in sieben creyssen eingetheilt, auch jeder creyss nach dem nahmen der weichbildtstadt intituliret worden. Jedoch ist vor langen jahren der Polckwitzische creyss dem Glogauischen aggregiret und gleichsam einverleibet, dahero voriez nur sechs creysser, als der Glogau-Polckwitzische, Freystättische, Guhrausche, Sprottauische, Grünberg- und Schwibussische, welche zusammen eyflf vota haben und deme zufolge auch von eyflf landeseltisten und so viel ausschuss bey denen kreys- und monatlichen zusammenkunften respective repraesentiret und dirigiret werden, da dann secundum proportionem et amplitudinem bey dem Glogauischen creyss mit einschliessung des Polckwitzischen 4 landeseltisten; Freystättischen 2; Guhrauschen 2; Sprottauischen 1; Grünbergischen 1; Schwiebussischen 1; und jeden orths so viel ausschuss sich befinden.

Nach dieser noch von den lieben vordahren denen posteris zur cynosur ohne zweiffel gar wohl bedächtigt und vorsichtig laut beykommenden extracts aus denen sogenandten landesstatutis sub lit. A<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Beilage A. Auszug aus den sog. „Glogauischen Landes-Statuten“: Von den allgemeinen landtagen.

§ 14. Da die vorgetragenen sachen weitlëufig und dem ganzen lande von anfang bis zu ende darbey zu vorbleiben nicht wohl möglich, pflegt jedweder creyß den landeseltisten einen sondern ausschuss zuzugeben, welche mit ihnen nach anzahl der stümmen schließen, wie dann — maßen bereits vermeldet — daß gantze landt zusammen in eilff stümmen\*) abgetheilt, derer vier der Glogauische\*\*), zwey der Freystättische, zwey der Guhrausche, eine der Sprottauische, eine der Grünbergische, eine der Schwiebussische creyß abzugeben hat. Waß nun durch die meisten stimmen des landes in den zusammenkunften, dem landtrath, allgemeinen landttage undt außschuß geschloßen wierdt, soll vor eine allgemeine bewilligung geachtet und fortgestellt werden.

\*) Zur Führung jeder Stimme wird nach § 1 der Statuten ein Landesältester gewählt. \*\*) Nach § 1 der Statuten sind im Glogauischen Kreis „der Polckwitzische, Beuttnische und Schlawische strich mit begriffen“.



gemachten eintheilung der votorum werden bey denen monatlichen zusammenkunften der ritterschaft alle, so wohl von k. amtswegen, als sonst ins mittel kommende sachen zusammen consultiret und concludendo inter se die majora gemachet, also dass auch, wann der Glogauische und Freystädtische oder Guhrauische einstimmig, sie beyde wider die andere vier creysser allzeit die majora machen können; so auch vor sich selbstn gar billich, weilen diese die grössten creysser und einer von denen mit dem Glogauischen vereinigt mehr als das gantze übrige fürstenthumb, sowohl ahn ritterschaft als der grösste des landes selbstn, austrägt.

[**Glogauer Generallandtage:**] Wann es aber zu einer allgemeinen landeszusammenkunft oder sogenannten generallandtag kommet, worzu alle drey stände beruffen werden, da wirdt obige eintheil- und ordnung der votorum bey der ritterschaft gantz nicht attendiret, sondern von ihnen viritim in höchster confusion und geschrey votiret, welcher unordentlicher modus ohne zweifel bey denen kriegerischen zeiten, more polonico, wieder oballegirte der vorfahren heylsamblich gemachte landesverfassung nach und nach in pessimam sequelam mehr per abusum, als regulam, eingeführt worden. Dann gleichwie das capitul, so den ersten stand bey diesem fürstenthumb representiret, ordinarie durch zwey ihres mittels persohnen sambt dem notario darbey erscheint, also können sie auch ihre gedanken gar leicht undt ohne grosses geschrey zusammen tragen und abgeben. Wann aber die ordnung des votirens ahn die ritterschaft kommet, da die vota von einem ieden individuo zum andern fein ordentlich still und sattsamb, creyss für creyss, durch die landeseltisten colligiret undt hiernach die maiora, welche sodann per modum unius voti, respectu der andern zwey stände von capitul undt städten, in publico zu eröffnen gemacht werden solten, da tritt kein creyss nach dem andern in ein ander zimmer ab und colligiret durch seine landeseltisten das creyssvotum a parte und eröffnet sodann seine meinung durch den creyss-landeseltisten denen anderen creyssern, das man gleichwol eines ieden vernünftige gedanken pro bono publico rechtschaffen assequiren könte, wie sichs sonstn bey wohl bestellten landes-conventibus gehöret und gebühret, sondern es bleiben alle creysser bey den andern zwey stimmen in höchster confusion in einem gar nicht grossen zimmer beysammen, worvon etliche wenige setzen können; die meisten aber stehen da undt dort discurrendo bey einander, und gehet jedermann seines gefallens aus undt ein, contra naturam consilii formati, ad quod ordinarie cum voto sessio requiritur. Hingegen ist bey diesem fürstenthumb uns obverstandener, nach und nach tempore bellico et post eigentlichen unordnung stat der gehörigen session mehr eine station der meisten, auch eines und des andern selbst beliebiges herumgehen und aus- und einlauffen nichts neues, anstat des ordentlichen votirens aber eines creysses nach dem andern, entweder durch ordentlich genommenen abtritt oder caeteris ad minimum silentibus, nichts anders, als ein inconditum murmur et raucus clamor zu hören; einer schreyet hier, der andere dorten und fället dem andern in die rede, das man öfters in der landstuben sein eigenes wort nicht hören kan. So geschieht es wohl auch nicht selten, daß ihrer viel, ia die meisten, indeme sie sich mehrentheils mit anderen discursen occupiren, den proponirten deliberations-punct nicht einstens recht verstanden und eingnomen und gleichwohl darauf ihre meinung von sich geben, nicht zwar mit nothdürftigen der sachen erwegung und überlegung, sondern wie sie es etwann von einem andern hören und vernehmen, welcher da am besten schreyen und dessen stimme vor andern erschallen kann. Undt könte dieses villeicht noch einiger massen hingehen, wann man diesfalls auf die landeseltisten und andere wohl practicirte undt verständige landsassen reflectiren und ihren vernünftigen, auch ahn sich selbstn in publicis mehr erfahren meinungen folgen thete. Alleine dahier wirdt dieser unterschied gar nicht in acht genohnen, sondern, wie gemeldet, vom genere omnisplurumque wie demjenigen angehangen und nachgeschryen, welcher denen landeseltisten und sanioribus am schärfsten contradiciret und mit einem scheingrundt des boni publici, obwohlen, da man der sachen nicht auf den grundt siehet, darunter nichts weniger als dieses, sondern vielmehr unheyl und schaden steckt, alle andere überschreyet und bethöret. Bey welcher beschaffenheit unschwer zu ermessen, das von sothanen deliberationibus nichts fruchtbarliches und heylsambes zu gewarten, sondern vielmehr einem ieglichen, der zu unfriedt, verwirrung und wiederwertigkeit lust und belieben hat, durch dergleichen applausum

undt tumultuose acclamationes thür und thor offen stehen, seine giftige passiones auszuschitten und den zweck seines unruhigen und rachgürigen gemüthes zu erreichen, inmassen es noch bey diesem letztgehaltenen landtage die erfahrung gegeben undt an sich selbstn nur allzugewiess ist. Wolten aber die saniores und landeseltisten sich dann und wann derley unform opponiren, so gehet es alsdann über sie hinaus, sambt seye es dahin angesehen, die absolutam dispositionem in landessachen alleine an sich zu halten und denen andern ihr freyes votum zu suppressiren, woraus nur zank, hader und unlust entsteht, welchen zu vermeiden sie lieber gar still schweigen undt alles gehen lassen, wie es gehet, oder sich, alle wiederwertigkeiten zu verhüten, gar absentiren und ficta excusatione von denen conventibus ausenbleiben; darauf dann auch solche conclusa fallen, deren sich ein iedweder vernünftiger und ordnung liebender landtsass billich schämen und zwischen forcht und hoffnung einen übeln ausgang erwarten muss. Worbey zum öftern nicht alleine das landt leidet, sondern auch euer k. m. interesse geschmälert und dero hoher landesfürstl., wie auch nachgesetzter k. amts respect verächtlich gehalten und eigenen gefallens vilipendiret wirdt.

**[Landesälteste und Ausschüsse, monatliche Zusammenkünfte:]** Welchen unform dann sonder zweifel die liebe vorfahren schon praevideiret undt tanquam salutare remedium vor dergleichen verwirungen einem ieden creysse, wie schon obgedacht, der proportion nach gewisse vota zugetheilet, welche auch bies auf den heutigen tag durch so viel von jedem creyss selbst erwehlende landeseltiste und so viel ausschuss, als vota einem jeden creyss zukommen, continua serie allezeith repraesentiret worden undt noch werden. Undt diese landeseltisten und ausschuss seindt eben diejenigen, welche per modum der verordneten in Oesterreich bey täglichen vorkommenheiten das ganze fürstenthumb absolute repraesentiren, mit denen auch alle militaria, publica undt was euer m. dienst concerniret, vom k. amte aus tractiret undt conferiret werden, zu welchem ende sie dann monatlich einmahl auf einen gewiessen vom k. amte ausschreibenden tag von allen creyssern alhier zusammenkommen undt ein undt andere das landt angehende sachen befördern helfen müssen.

Ob es nun zwar auch bey diesen monatlichen landeszusammenkünften in votando öfters durch dareinschreyen und sonsten grosse confusion gegeben, also das ich solche abzustellen schon längsthin ernstliche verführung thun undt sie auch bey diesen consultationibus zu besserer ordnung in lit. B<sup>1)</sup> anweisen müssen, so wirdt doch gleichwohl hierbey obiger von denen alten vorgeschriebene modus der 11 votorum allezeit richtig erhalten undt practiciret. Also ist sich umb so vielmehr zu verwundern, das man bey allgemeinen landttagen, da man wegen menge der individuorum, indeme oft zwey- bies dreyhundert landtstände zugegen seindt, mehr als jemahls unnöthige weitleuftigkeiten verhüten und alles möglichst in die enge ziehen sollte, diesen so heylsamnen modum der eylf votorum, ohne zweyfel aus anderen privat-ursachen, successive so völlig ausser augen gesetzt und hingegen den allzufreyen methodum publice viritim votandi einschleichen lassen, da wie schon obgedacht, dieser und iener libere darin schreyen, dem andern ins wort fallen, durch frühzeitiges öffentliches herfürbrechen die vota praeoccupiren und more polonico alles in höchste confusion bringen und dem gesambten lande dardurch unwiederbringliches praejudiz undt nachtheil zuziehen undt mit einem worte, sonderlich in religionssachen, auf diese weise nullo modo was fruchtbarliches effectuiret werden kann.

**[Abhilfenvorschläge:]** Allem diesem unform undt höchst schädlichen, auch unanständigen unordnung nun dermahlen völlig abzuheffen wehre meines allerunterthänigsten, jedoch unvorgreiflichen ermessens wol das zuträglichste, weilen gleichwohl die reverentia loci ein sonderbahres mittel, die exorbitirende gemüther in ihren gebührenden schrancken zu erhalten, wann künftighin alle und iede landtäge oder allgemeine

<sup>1)</sup> 1682 April 9. Der Landeshauptmann v. Herberstein zu Glogau weist Ausschuß und Landesälteste des Fürstentums Glogau auf die Notwendigkeit besserer Ordnung bei den Landtagen hin. Jeder solle ordnungsmäßig seine Meinung zu Protokoll geben, damit die Verhandlungen „ohne allen tumult undt manches mahl mit verwunderung in der nachbarschaft sowohl als von denen vorbeystehenden observiren ungewöhnlichen starcken disputirens und streitens“ geführt würden. [Ebda. F. Glogau II 1 b].



zusammenkufften der stände, wie vor alters, auf hiesigem k. schlosse celebriret, wie auch über die vorfallende landes- undt andere angelegenheiten von ihnen ständen deliberiret würde, und zwar in gegenwarth, sub praesidio et accedente voto conclusivo des k. amptes. Allermassen auch euer k. m., so viel den locum deliberationum betrifft, bereits unterm 24ten Septembris anno 1671 sub lit. C<sup>1)</sup> . . . resolviret, dass die stände ihre conventus et actus publicos auf dem nunmehr wiederumb wohl reparirten k. schlosse halten und celebriren sollen. Worzu dann sie stände auch selbstn, besage lit. D<sup>2)</sup> schon damals geneigt und bereit gewesen. Weilen aber der landeshaubtmann Dyherrn gleich damahln verstorben, ist dessen effectus bis diese stunde nachgeblieben. So ist es auch wegen des praesidii et voti conclusivi des k. amptes vermöge euer k. m. den 19. Junii anno 1669 ergangenen . . . resolution sub lit. E<sup>3)</sup> schon eine ausgemachte und . . . resolvirte sache, also dass der locus conventuum und wegen des dem k. ampte dabey competirenden praesidii et conclusivi alles in völliger richtigkeit.

[**Vota der Stände:**] Zu dem modo deliberationum nun zu schreiten und damit dasjenige, was man dis ortho für nützlich und practicabel erachtet, nicht etwan als ein exoticum inventum von denen ständen gehalten werden möge, so ist die verfassung, policy und observanz eines und andern fürstenthums in diesem dero hertzogthumb Schlesien, ja des conventus publici bey fürsten und ständen zu Bresslau selbstn, albereit weitläufig praemittiret, der . . . zuversicht, euer k. m. werden dasjenige, was zu dero dienst und des landes wohlfahrt anderer orthen täglich practiciret wirdt, in diesem dero erbfürstenthumb Glogau ebenfalls . . . für billich und practicabel erkennen. Dann gleichwie vermittelst oberglügten methodi bey obgedachten fürstenthümern, sonderlich aber dem fürstenthumb Bresslau und dem conventu publico gesambter fürsten und stände zu Bresslau, allwo sachen das gantz landt betreffende tractiret werden, alles ordentlich und ohne die allergeringste confusion oder tumult hergehelt und besonders euer k. m. hohes landesfürstliches interesse und dienst erspürlich beobachtet und gefordert wirdt, also würde nicht undienlich seyn, bey hiesigem fürstenthumb ein gleichmässiges zu introduciren und dardurch allen bishero vorgegangenen und noch künftighin besorgenden inconvenientien völlig abzuhelfen und künftighin den weeg zu verschrecken, und zwar auf maass und weise, wie hernach folget:

Dass nemlich, wann die k. ampts-proposition denen gesambten dreyen ständen von capitul, ritterschaft und städten auf dem saal des hiesigen k. schlosses eröffnet, entweder noch selbigen oder folgenden tages die capitularische deputirte in dem nahe dabey gelegenen sogenannten fürstenzimmer daselbst sich zusammen verfügen, ihre meinung auf die propositions-puncta, worbey sie auch mit zu concurriren haben, zu papier bringen, auch wann sie darmit fertig, sich heim k. landeshaubtmann deshalbn gebührendts angeben, damit es denen anderen ständen ferner angedeutet und selbte zu anhörung des capitularischen voti auf eine gewisse stunde auf das k. schloss beruffen undt solches in publico sub praesidio des k. amptes angehört werden könne. Wann dieses geschehen undt die stände beysammen, auch in gegenwarth ihrer undt des k. landeshaubtmanns das capitul sein votum auf dem saal als an deme hiez zu bestimmenden ortho abgelegt, so solte alsdann die ritterschaft ihre deliberationes ebenfalls in dem sogenannten fürstenzimmer vornehmen und zwar ieder creyss absonderlich nach durch seinen landeseltisten gebetenen abtritt in das sogenannte fürstenzimmer, aliis circulis absentibus, unter der direction ihrer landeseltisten, also dass erstlich der Glogauische und demselben einverleibte Polckwitzische creyss zusammentrete, daselbstn seine ordentliche creiss-session nehme, die deliberations-puncta ihnen von ihren ausschuss undt landeseltisten vorgetragen undt die vota von ihnen hierauf zwar viritim colligiret und notiret, nachmahls aber aus den majoribus ein collectivum dieses Glogauischen creysses gemacht, solches auch sodann schriftlich verfasst, denen anderen creyssern

<sup>1)</sup> C. Kais. Resolution vom 23. Sept. 1671, daß die Zusammenkünfte auf dem k. Schloß stattfinden sollten.

<sup>2)</sup> D. Landesschuß vom 27. April 1671, bei der Absicht, ein Landeshaus anzukaufen, zu beharren, die Landeszusammenkünfte aber im Fürstenzimmer des Schlosses abzuhalten. <sup>3)</sup> E. Kais. Resolution an das schles. Oberamt vom 19. Juni 1669, daß das Glogauer Amt zur Beförderung der katholischen Religion die Direktion und Inspektion bei allen Landeszusammenkünften und Landessachen haben solle.

beygebracht undt also von iedem creysse nach gebethenem abtritt ein gleichmässiger modus von denen ausschuss undt landeselstisten von ihrem creyss observiret werden. Doch aber, das solche abgelegte particular-creyss-vota unter sich nicht juxta numerum individuorum, sondern nach der alten ausgesetzten creyss-proportion, wie oben angeführet, als nemlich des Glogau-Polckwitzischen creyss pro 4, des Freystädtischen und Guhraischen creysses iedes für 2 und der übrigen drey creysser iedes nur für eines zu computiren undt also aus diesen bey der ritterschaft von allen creysssern in totum sich auf elff zusammen belaufenden votis secundum majora das collectivum zu machen. Da nun alle creysser ihre vota particularia dergestalt hoc numero undt ordine computiret unter sich abgeben, würden hierauf dieselbten combiniret und wiederum secundum majora respectu der eylf der gantzen ritterschaft zugetheilten votorum das collectivum formiret, solches alsdann auf arth und weise, wie vorhero bey dem capitularischen voto gemeldet, unter dem praesidio des k. landeshaubtmanns und in gegenwarth der andern zwey stände auf dem k. schloss-saal per modum unius voti respectu totius publice abzugeben sein.

Letzlich kommen die k. weichbildtstädte oder vielmehr derselben abgeordnete, welche nach des capituls und der ritterschaft in publico abgelegten votis gleichergestalt in dem sogenannten fürstenzimmer sich zusammenthun, alda die session nehmen, ihre erklärungen einer nach dem andern fein ordentlich und vernemblich von sich geben, secundum maiora den schluss machen, selbten schriftlich verfassen und sodann ferner per modum unius voti auf obgedachte arth und weise aufm schloss-saal sub praesidio des k. amts in gegenwarth beyder andern hauptstimmen publice eröffnen und vortragen solten.

[**Votum conclusivum des Amts:**] Nachdem nun diese drey vota der gesambten stände dergestalt abgeben und dem k. landshaubtmann schriftlich überreicht, auch von denselben nothdürftig überleget und erwogen, so wehre es sodann an deme, das der landeshaubtmann mit seinem voto conclusivo folgen und entweder, da er der stände erklärungen billich erachtete, denselbten oder auch den maioribus beyfallen oder aber, wann es der landeshaubtmann der nottürft zu sein befandete, in einem oder anderem passu euer k. m. dienst und des landes wohlfahrt nicht allerdings der gebühr nach beobachtet, selbte zu fernerer deliberation in der stände mittel zurückgeben thete und alsdann, nachdem man sich darüber vereinbahret, ein richtiges landesconclusum abgefasst und in gegenwarth aller stände in loco facte propositionis publiciret würde.

Wie nun hierdurch bessere ordnung eingeführet, alle confusion, suggestion und [in]subor[di]nation vermieden, die deliberanda und davon dependirende landes wohlfahrt von einem jeglichen individuo besser assequiret und überleget, auch von dem landeshaubtmann in sachen die religion und euer k. m. interesse und dienst betreffende, weilen ehender ein oder zwey creysser, als etwan 300 oder mehr individua zu gewinnen, viel mehr erspriessliches als bieshero verrichtet werden könte, also lebe ich der . . . hoffnung, euer k. m. werden ihnen diesen entworfenen methodum deliberandi et votandi in k. gnaden gefallen lassen und diesem nach . . . geruhen, den bieshero observirten allzu confusen sowohl der religion als euer k. m. dienst und anderen nützlichen verbesserungen des publici hinderlichen modum ex plenitudine potestatis zu cassiren und aufzuheben und hingegen den ständen durch an mich . . . abgehende k. resolution eine richtige cynosur vorzuschreiben und sie hieran semel pro semper verweisen zu lassen, dergestalt, dass sie hinführo ihre deliberationes über die general-landtags-propositiones nirgends anders wo, als auf dem k. schlosse celebriren und nach dem ietzt erwehnten methodo vornehmen, auch ehender nicht das geringste, ob es gleich auch manchesmal nur ein- oder andern standt oder auch etwan die ritterschaft in particulari in denen sie allein concernirenden und unter sich selbst schlüssenden sachen anginge, für geschlossen, gültig und kräftig achten und halten sollen, bies solche vorhero, inhalts der noch anno 1670 ergangenen . . resolution vom k. amte würccklichen ratihabiret und confirmiret seye.

Undt weilen ich . . . verhoffe, es werden euer k. m. aus denen in meiner anderwertigen . . . relation über vorgewesten unmanirlichen landtag weitleunfiger angeführten wichtigen ursachen, was bey diesem vorgegangen, allerdings cassiren und zu ausschreibung eines anderwertigen landtages und besser der sachen überlegung, meinem unmassgebigen guttachten gemees, . . . incliniren, darbey aber nur zu besorgen,



das moderna durante votorum methodo seu confusione die stände, ne videantur errasse, ihren vorigen erinnerungen pertinaciter inhaeriren und ohne alle sorge, das man bey dergleichen confusion und durcheinanderschreyen hinter die rechten authores nicht füglich kommen könne, errores erroribus cumuliren dürfen, als würde ohne allen zweifel sothanen künftigen landttage, umb die gantze sache etwan per alium modum auch in eine andere forme zu güssen, überaus vortrüglich sein, wann euer k. m., im fall denenselben dieses mein . . . guttachten ratione loci et modi votandi nachmalen . . . anständig, die . . . resolution hierüber, nur jedoch ohne allerunterthänigstes maassgeben, wie eher wie besser in k. gnaden an mich abgehen zu lassen geruheten, wormit optima hac occasione als nemlich gleich bey allergnädigst anbefehlendem anderwertigen neuen landtag sothane methodus also forth ad praxim gebracht und nunmehr zu künftiger mehrer ordnung und in ein- und anderem hieraus verhoffenden besseren effect würcklich eingeführet werden müchte, in sonderbahrer betrachtung, das gleichwol durch dergleichen division und ordnung ein iedweder mit seinem voto particulari, bevorab in materia religionis oder aliis supremum principem concernentibus casibus, sich besser in acht nehmen, nicht so unverschämpt seines gefallens heraus rollen und dareinschreyen, auch ein- und anderer turbator rei publicae hiedurch mehr, als durch das unbändige geschrey, worbey die urheber der wiederwertigkeiten schwerlich zu unterscheiden, im zaum gehalten und also durch dergleichen richtige und deutlich vorgeschriebene gute ordnung durchgehends eine bessere harmonie, nicht allein zwischen dem k. ampte und ständen, sondern auch den ständen unter sich selbstn und mit einem worte bey allen vorkommenheiten tam in publicis quam privatis, ia zu erreichung euer k. m. selbst eigenen . . . intentionen der weeg mehr gebahnet und consequenter überall, sowohl in materia religionis, als auch sonsten mehr und bessere effect zu hoffen und zu gewartten sein wirdt. Ausser diesem einzigen weeg sehe ich, wie schon gemeldet, meines wenigen orthes einiges anderes mittel gantz nicht, wodurch die menge der uncatolischen unserer religion viel zu sehr überlegener votorum gleichwohl etlicher massen eingeschrencket und der biesherige allzufreye will „sic volo sic jubeo“ dennoch einigermassen gezähmet werden könne.

Jedoch beruhet dieses, wie alles andere, bey euer k. m. allergnädigstem willen und wohlgefallen, denen zu beharrlichen hohen k. gnaden mich allerunterthänigst empfehle und ersterbe, euer k. und k. m. allerunterthänigst trenist gehorsambster Bernhard graf von Herberstein. Grossglogau den 24. Julii 1682.

Kgl. St.-A. Rep. 24, F. Glogau II 1 b.

126.

1684 September 23. Schweidnitz.

**Bittschrift der Landstände an den obersten Kanzler des Königreichs Böhmen, für den Schutz ihrer Privilegien besonders bei künftiger Neubesetzung der Landeshauptmannschaft Sorge zu tragen.**

Hochgebohrner graf, gnädiger herr. Gleich wie hiemit euer excellenz alles höchst florierende aufnehmen wir von herten anwünschen, also veranlaßet uns zu gegenwärtiger schriftlicher aufwartung die in euer excellenz gesetzte hohe confidenz und der sonderbare ruhm, daß dieselbte nicht allein der heilsamen justiz lobwürdigst beypflichten, sondern auch den gloriosen nahmen führen, daß sie insonderheit zu conservirung ihr m. treu gehorsambster erbunterthanen und beständiger manutenirung ihrer privilegien und gerechtigkeiten alle mühsame sorgfalt zu dehero unsterblichen lobe fürkehren und anwenden. Diesem nach euer excellenz hiedurch gehorsamlich vorzutragen, wie der unumbgänglichen nothdurft ermeßen, welcher gestalt alhiesiger fürstenthümer fürgesetzeter landeshauptmann tit. herr Johann Friedrich freyherr von Nimtsch zwar in seinem governo annoch rühmlich continuiret und daher die verlängerung seines lebens wir ihm billich zu gönnen und zu wtünschen ursache haben. Nachdehme aber derselbe nach den jahren seines alters ziemlich betaget, und leicht zu besorgen, daß er dermahleinst diese welt gesegnen und also die obhabende landeshauptmannschaft vacant werden, auch hernach vielen competenten hierumb die gelegenheit zu prosequirung ihrer intention eröffnen dürfte, worunter denn auch sich welche hervorhuthen müchten, so nach unsern wohl erworbenen privilegien ratione des hierzu requirirenden indigenatus nicht einmahl fähig sein würden; und ob nun zwar zu ihro k. und k. m. wir das allerunterthänigste vertrauen setzen,

dieselbte würden auf solchen begebenden fall keinesweges verstatten, auch euer excellenz deho hohen orthes von selbstn nicht rätlich beypflichten, daß die treu gehorsambsten stände dieser beeden fürstenthümer wieder ihre privilegia und unverruckte alte observanz dießfalls gekränket und disconsoliret werden solten, so haben wir doch de tempore zu sein und für thunlich befunden, euer excellenz hohen patrocinio unß in antecessum gehorsamlich zu submittiern und dehroselbten mit gnädiger erlaubnuß von unsern die landeshaubtmannschaft anreichende habenden special privilegien gehorsame nachricht zu ertheilen und selbige extractsweise pro singulari informatione . . . hierbey zu legen, woraus fürnehmlich wahrzunehmen sein wird, wie ein landeshaubtmann in diesen fürstenthümern zu förderist die requisita haben solle: Daß er nemblich vierschuldig, ein wohlverhaltener biedermann, in den fürstenthümern entweder von dem lande zu Schweidnitz oder von dem lande zu Jauer gebohren und in der lande einem geseßen und sonst kein anderer sein solle, in was schein, form noch weise, wie das durch menschliche sinnlichkeit erdacht, gedrohet<sup>1)</sup> oder genant werden möchte; bey welchen deutlichen und klahren privilegien nun die fürstenthümer allemahl mächtig geschützt und gehandthabet worden sind, also daß . . . nur allein von 1504 zu geschweigen, der vorhergehenden zeiten continua serie so viel eingebohrne landeshaubtleuthe bis auf den jetzigen herren von Nimbsch hinter einander gefolget sind. Und obschon auß unsern archiven erhellet, daß in anno 1559 bey regierung des gloriwürdigsten kaisers Ferdinandi primi Hanß von Regenspurg zum landeshaubtmann dieser fürstenthümer introducirt werden wollen, nachdem aber bald . . . remonstrirt worden, daß er nach denen privilegiis nicht eingebohren gewesen, ist er wiederumb revocirt und von damahliger k. m. zum andern mahl Hanß Gotsche als ein eingebohrner zu dem ampte der landeshauptmannschaft fürgenommen und also die privilegia in salvo erhalten worden. Alß auch in anno 1565 tempore kaysers Maximiliani II<sup>di</sup> höchst preißlichen andenkens Mattheus von Logau der jüngere, welcher auch außerhalb denen fürstenthümern gebohren gewesen, zu einem landeshaubtmann installirt und nach anderwertiger interpretirung besagter privilegien pro capace befunden worden, ist doch folgens auf bewegliches . . . beschwerführen und deduction der stände mit vorschüttung ihrer privilegien dieses geändert, folgens Brandan von Zedlitz, alß indigena und in den fürstenthümern eingebohren, zu diesem ampte fürgestellt und folgens nach maßgebung der privilegien hiermit continuirt worden, biß in anno 1637 bey damahligen großen und gefährlichen kriegstrouben ex defectu der hierzu capablen und eingebohrnen subjectorum tit. herr grafte von Stahremberg zu solchem ampte gelangt.

Weilen aber zu der zeit und da alles in der grösten confusion gestanden, die privilegia und leges patriae der necessität weichen müßen, haben zwar die treu gehorsambsten stände gegen geziehender protestation solches geschehen laßen, doch aber in . . . submission sowohl bald bey der commission, alß auch nachgehendes bey ihro k. m. Ferdinando III<sup>o</sup>. seeligster memoriae dehnen privilegiis invigiliret, auch . . . dieselbe etliche jahr hernach, alß in anno 1650 den 20. Octobris durch einen kräftigen revers, um alle besorgliche consequenz abzuwenden, von fernerweitigem praejudiz wohlbedachtsam befreyet und salvirt worden, daß also bey nachfolgenden zeiten dieses alles jetzt höchst löblichst regierende k. m. in . . . consideration gezogen und, ungeachtet bey verschiedenen veränderungen der landeshauptmannschaft ein und andere competenten, welche nach denen privilegien nicht fähig gewesen, sich angemeldet, dennoch dero treu gehorsambste stände bey ersetzung derley vacanz nach ihren privilegien hirinnfalls iederzeit allergnädigst consoliret, auch obschon bey damahliger vacanz in anno 1666 sich umb solche landeshauptmannschaft viel nach denen privilegiis incapable subjecta angegeben, doch ihro k. m., umb dieselbigen abzuweisen und unsere privilegia salva et integra zu conserviren, tit. ihro excellenz herrn grafen von Schaffgotsch, ohngeachtet er außerdehne hohe officia auf sich gehabt, zu unserem landeshaubtmanne allergnädigst resolvirt, auch da gleich in diesen wehrenden guverno sich mehr derogleichen competenten herfür gethan, sie doch auß besondern respect unserer privilegien keineswegen attendirt haben.

<sup>1)</sup> Gedeutet?



(Es folgt die Bitte, auch in Zukunft keine der Privilegien unkundige Extranei zur Hauptmannschaft zuzulassen.)

N. N. praelaten und landesofficier beeder fürstenthümer S. und J. Schweidnitz, bey gehaltener engern zusammenkunft am quartal Crucis den 23. Sept. 1684.

Kgl. St.-A. Rep. 39, St.-J. III 3 t. Abschrift 18. Jhdts.

127.

1685 Juli 19. [Breslau.]

### Bericht des Breslauer Oberamts über die Form der Beratung und Abstimmung auf den Glogauer Landtagen.

P. P. Es haben ew. k. k. m. unterm 5. negst verwichenen monaths Decembris an dero alhiesiges k. oberamt auf weylant Johann Bernharden graffen von Herberstein p., des Glogauischen fürstenthums gewesen landeshauptmanns, beschehenen vorschlag<sup>1)</sup> eines besseren und zuverlässigeren, auch zu dero k. dienst und des gemeinen wesens nützen, sonderlich aber zu fortpflanzung der wahren catholischen religion weit mehr beförderlichen modi votandi und deliberandi bey denen allgemeinen landtügen in ietzgedachtem fürstenthumb . . . zu rescribiren geruhen wollen, dass sie einestheils die guthe ordnung, bevorab aber das incrementum salvificae religionis catholicae gnädigst gern befördert sehen mochten, anderentheils aber auch die treuehorsambste stände ihrer privilegien, löbl. gewohnheiten und freyheiten, es geschehe dan habili et suavi modo, bevorab bey gegenwertigen ohne dis sehr verwirten zeyten nicht gern entsetzen und hierdurch zu einigen querelen anlass geben wolten; mit allergnädigstem befehl, dass man diesseits über die angezogene observata anderer erbfürstenthumber gründtliche information einziehen und ew. k. und k. m., ob und wie des Glogauischen landtsauptmanns an sich selbstn gantz guthe intention thunlich und ohne sonderbahrer reclamation der aldortigen ständen zu erreichen sein mochte, mit allergehors. guthachten berichten soll.

Nun hat man diss orths zu des obigen . . . befolgung nicht ermangelt, vorgedachten Glogauischen landtsauptmanns oberwehtes anbringen denen andern erbfürstenthümben in Nieder-Schlesien, benentlich Schweinitz, Bresslau und Lignitz, als welche hiebey vornehmlich angezogen werden, ausführlich zu communicieren und deren gedanken fordtersambst zu vernemen, so auch von Schweinitz und Lignitz zwar schon vor einiger zeit, von dem Bresslanischen k. amt aber allererst gestern den 29. Martii jüngsthin nach anzeigung der beylagen gebührendt erstattet worden. So viel aber die sach an sich selbstn anbelanget, finden ich nebst cantzlern und räthen des gewesten Glogauischen landtsauptmanns überaus wohlgemeintes lobwürdiges absehen hauptsächlich in deme zu bestehen, dass gleichwie die bey allgemeinen landtügen in selbigem fürstenthumb von etlichen jahren her und sonderlich bey vorgewesten kriegerrischen irregular zeiten eingeschliche ne unordnung mehrentheils dahero entstanden zu sein scheint, dass mit zurucksetzung der alten in denen sub lit. A von dem Glogauischen landtsauptmann angezogenen landts-statutis begründten observanz oder landtsverfassung — kraft welcher einem jedwedem creiss, so viel die ritterschaft betrifft, seine besondere stimmen proportionirlich und zwar specific et separatim zugeaignet worden — anietzo die gesambte 3 hauptstimmen in einem nicht gar grossen zimmer sich coniungiren und daselbstn, sonderlich aber bey der ritterschaft, nicht nach eintheilung der creissen und deren besonderen stimmen — welche bey jedwederer zugehörigen ritterschaft durch die landtselisten besonders colligirt und nachmahls daraus ein particulare votum nomine totius circuli in ordine ad conclusivum dieser haubtstimme der gesambten 7 creisser formiret wirdt — mit wohlanstendiger und bey denen monatlichen zusammenkunften noch zu dato gebräuchigen ordnung votiret, sondern iuxta numerum individuorum oder viritim sine ulla distinctione circulorum in hochster confusion und mehr durch ein verwirtes geschrey et inconditum quoddam murmur, als mit deutlicher exprimirung eines jedwederen gemühtsmeinung die vota bishero abgegeben worden seint, also diesen

<sup>1)</sup> Vgl. Quellen Nr. 125.

unordnungen per contraria remedia abgeholfen werden mochte. Und hat gedachter landtshaubtman vermeinet, dass solches beschwer zu erreichen sein würde, wan 1) die in selbigem fürstenthumb gebräuchige 3 hauptstimmen, benentlich des Glogauischen thumbcapituls, der ritterschaft und der königl. stätten, quoad locum consultationis, separiret und nicht in einem zimmer beysamen gelassen; 2) bey der gesambten ritterschaft nicht viritim et secundum numerum individuum uno quodam confuso actu, sondern curiatim nach eintheilung der sieben creissen und denenselben proportionaliter competirenden stimmen die vota separatim colligirt; 3) zu mehrerer facilitirung des wercks per reverentiam loci die exorbitirende gemühter eingeschräncket und zu dem ende das aldortige königl. schloss zu dergleichen allgemeinen landtzusammenkunften gewidmet; dan 4) et postremo das dortige k. amt durch zuaignung des praesidii et voti conclusivi ein mehrers autorisirt und zu erspriesslichen negotiationen habilitiret werden mochte.

Nun ist wohl einem und des collegii unmassgeblichen beduncken nach ausser allen zweyfeldn und sehr scheinbarlich, dass auf solche weis die bisherige ex ipsa confusae multitudinis coniunctione atque licentia mehrentheils erstandene unordnung leichtlich zu heben und ein mehr regulirter modus votandi einzuführen sein mochte. Es wurde vielleicht auch das erste vorgeschlagene mittel, benentlich die separation der 3 hauptstimmen, quoad locum tempore consultationis, desto baldter zu erreichen sein, weiln ohnedem die consultation an sich selbst von jedwederer stimme besonders vorgenommen und nachmahls publice abgegeben wirdt, also ratione solius loci es vernuthlich keine grosse difficultet oder tiefferes absehen, was in recessu gesucht werde, sonderlich bey deme nur in wenigen abgeordneten bestehenden thumbcapitul und stätten setzen. Ingleichen werden auch die gesambte 3 hauptstimmen quoad 3) et 4) ratione loci conventus et praesidii sich hoffentlichen desto weniger opiniatiren oder widersetzen, weiln beides eine schon vorhin durch ew. k. m. . . ausspruch erledigte und theils auch bereits von denen ständen nach anzeigung derer von ew. m. gewesten Glogauischen landtshaubtman sub lit. C, D, E angezogenen prothocollar-extracten acceptirte sache ist. Würde also nur allein secundum expediens, damit nehmlich bey der ritterschaft — als bey welcher die vielheit und menge der landtsassen von selbstn gemeintlich eine confusion nach sich ziehet — die vota nicht viritim, sondern curiatim nach eintheilung der creissen gehoben werden mochten, noch übrig und bloss bey diesem die meiste beschwerlichkeit zu besorgen sein, dazumahlen bereits dieselbe durch beyverwahrtes memorial sub praesentato 27. Febr. sich dahier angemeldet und gebetten, damit sie, in ansehung ein jedwederer standt sein separatis catastrum und also dieses fürstenthumb mit andern eine grosse diversitet hette, bey den alten von undencklichen jahren in votando hergebrachten observanzen erhalten werden mochten. Wornit aber dieselbe ihnen vielmehr selbstn zu contrariiren und ihres landtshaubtmans angeziehlte intention nicht wenig zu secundiren scheinen, indeme die gesunde vernunft von selbstn an die handt gibt, dass woh das catastrum bey jedwedern standt separiret, die vacantiae officiorum von jedwedern standt ohne concurrenz des andern ersetzt, auch ohne beytrag derselben unterhalten und sonst fast in allem eine separation beobachtet wirdt, also auch bey denen allgemeinen landttagen in collectione votorum eine separation zu machen und dieselbe nicht viritim bey einer integral-conjunction der gesambten ritterschaft von allen creissen, sondern curatim mit und nach deren ordentlicher eintheilung billich zu colligiren seint. So werden auch in gedachtem memorial der ritterschaft mit diesen formalibus — wan bey monatlichen und allgemeinen landtzusammenkunften dergleichen alle 3 stände von capitul, ritterschaft und weibbildstädten concernirende sachen zu consultiren und resolviren vorgekommen, wirdt von einem jedwedern standt sein votum ordentlich abgegeben — p. der modus votandi so wohl bey monatlichen, als allgemeinen landtzusammenkunften deutlich coniungirt und für gleich gehalten.

Ist dan nun, wie der verstorbene Glogauische landtshaubtmann in seiner hierbey zuruckkommenden deduction fol. 7. anziehet, bey denen monatlichen zusammenkunften gebräuchlich, dass die vota curiatim oder nach eintheilung und ordnung der creissen gefordert und abgegeben werden, so folget jah von selbstn, dass solcher gleichfalls bey denen allgemeinen zusammenkunften billich ex praescripto statuto sub lit. A und umb so viel mehr zu observiren sey, weiln dieses auch aus deme oberwehntem memorial beygelegten



prothocolar-extract noch mehrers bekräftigt wirdt, mit diesen austrucklichen formalibus: sonsten, was das landt angeth, wirdt jeder creiss mit seinem voto gehoret und die maiora aus solchem colligirt p.

Wormit auch die übliche observanz bey denen Schweinitzischen und Lignitzischen erbfürstenthumben nach andeutung selbiger relationirung quoad modum votandi bey dortiger ritterschaft übereinstimmt, obwohl mit diesem unterscheidt, dass bey dem Lignitzischen fürstenthumb ein jedweder landtseltister mit seinem creiss nicht allein separata deliberatione, sondern auch cum recessu ad locum separatum sich über die deliberanda vernimmt und seine gedanken abgibt; hingegen bey den Schweinitzischen die deliberation der creissen oder der 8 weichbilder zwar auch separatim und in besonderen circulis, jedoch in eodem loco et simultanee ohne special abtritt eines jedwedern weichbildes — welchen daselbstens gleichfalls zu introduciren, der aldortige landtschubtmann sich zwar operosissime, aber bishero vergeblich bemühet — gehalten werde. Umb welcher ursachen willen und des bey dergleichen coniunction simultaneae deliberationis in eodem loco die gesambte creiss oder weichbilder und deren incorporirte landsassen sich baldigst vereinigen, bey der prevalirenden anzahl der uncatholischen zu nachtheil der catholischen religion unterreden können, dieser letztere modus votandi dem letzgewesten Glogauischen landtschubtmann — ungeachtet sein antecessor der freyherr von Dyhern selben bey dem Glogauischen fürstenthumb zu introduciren vermeinet, auch ew. k. m. domahlen kein bedencken dabey getragen haben — wenig zu gefallen scheint, wohl aber die einföhrung des Lignitzischen, wan solche zu erhalten wäre, desto angenehmer und zu beförderung rei catholicae weit erspriesslicher sein mochte.

Wiewohl nun aber ich nebst dem collegio, so viel dessen effectuirung anbelanget, der unvorgreiflichen . . . meinung bin, gestalten es auch ew. k. m. von selbstens höchsterleuchtigst befinden werden, dass bey gegenwertigen ohnedem sehr gefährlichen und verwirhten coniuncturen nicht de tempore sey, dergleichen änderung oder bessere regulirung des modi votandi ad imitationem anderer erbfürstenthumber gleichfalls bey dem fürstenthumb Glogau — es sey dan suavi et bello modo — einzuföhren, so habe doch zu ew. k. m. . . . fernerer befundt auch zugleich . . . anheimstellen sollen, ob nicht etwan solches bey ietzbevorstehender neuer ersetzung des aldortigen k. amts glimpflich zu versuchen und zu dem ende entweder der neue k. landtschubtmann selbstens oder aber dessen installirungs-commissarii dahin . . . zu instruiren sein mochten, dass sie oberwehnte von dem negst verstorbenen landtschubtmann vorgeschlagene und von denen ständen schon meistens, benamtlich quoad locum congressus, praesidium et votum conclusivum, acceptirte remedia, sonderheitlich aber bey der ritterschaft der separirten ordentlichen votirung secundum curias und nach theilung der creisse — als welche ohnedem in obangezogenen landsstatutis und angeführten rationibus fundirt — mit deren beweglicher repraesentirung und vorstellung boni ordinis et convenientiae publicae in das werck fruchtbarlich zu bringen ihnen auf das eiferigste und bestmöglichst sollen angelegen sein lassen. Darüber ew. k. m. allergnedigsten entschluss ich nebst dem collegio allergehorsamst erwarte . . . Den 19. Julii 1685.

Kgl. St.-A. Rep. 24, F. Glogau II 1 b. Die kaiserliche Entscheidung erfolgte erst 1697 August 1 d. d. Wien: Kaiser Leopold instruiert den neu ernannten Glogauer Landeshauptmann, daß er auf Bitten der Stände die bisher „viritim“ stattgahbte Abstimmung bestehen lassen wolle. Die Zusammenkünfte müßten aber auf dem k. Schloß unter Direktorium und Präsidium des Amts stattfinden, und zu den wichtigsten Beamtenstellungen sollten möglichst nur Katholiken gewählt werden.

128.

1686.

### Beschwerde- und Rechtfertigungsschriften aus dem Kampf zwischen Landständen, Landeshauptmann und Landeskolleg von S.-J. um die verfassungsmäßigen Rechte.

Die Landstände von Schweidnitz-Jauer gerieten gelegentlich der im Oktober und Dezember 1685 auf einem allgemeinen Landtage vorgenommenen Wahl eines neuen Landesbestallten in einen heftigen Konflikt mit ihrem Landeshauptmann Hans Friedrich Freiherrn v. Nimptsch. Die bei dieser Gelegenheit gegen

Nimptsch und das Landeskolleg in großer Zahl erhobenen Beschwerden wurden von zwei ständischen Gesandten, nämlich Hans Heinrich Grafen von Hochberg und Heinrich Alexander Freiherrn v. Bibran auf Falkenhayn, in Wien vorgetragen. Der Landeshauptmann und das Landeskolleg antworteten auf die Anklage, und die Angelegenheit wurde durch ein kaiserliches Dekret vom 19. Juli 1686 einer Kommission zur Untersuchung überwiesen.

Die einzelnen Punkte der ständischen Gravamina lauteten:

Und zwar so müssen sie

[**Aufhebung eines Landtags:**] I. genothdrängter beweglich klagen, welcher gestalt obgedachter ihr vorgesezter herr landeshauptmann sie gesamte . . . stände bey letzt den 4<sup>ten</sup> Decembris verwichenen 1685sten jahrs vorgewesenem landtage, unerachtet, dass ihro k. und k. m. denen treuehorsambsten ständen bono modo ihren . . . willen zu verstehen zu geben . . . rescribendo befohlen haben, dennoch mit zimlich grosser ungedult und vehemenz angefahren, mit persönlichem arrest sie bedrohet und endlich auseinander gehen heissen und ihnen gänzlich untersaget, denen etwa noch übrigen negotiis publicis und deroselben erledigung, welche doch einzig und allein zu ihro k. m. . . diensten und des boni publici aufnehmung und erhaltung angezielet gewesen, mit beyzuwohnen, sondern nur die herren landesofficier und die von städten hierbey zu verharren amtes anernahmet. Weiln nun solches nicht allein 1.) wieder angezogenes k. rescript und 2.) die a seculis hergebrachte observanz 3.) auch denen herren landesofficieren in anno 1563<sup>1)</sup> nach dem sonntag Quasimodogeniti zum Jauer ertheilte gemessene instruction ausdrücklichen streitet, sondern 4.) auch daraus nichts anders, als allerhand schwere und wider der . . . stände theuer erworbene privilegia laufende inconvenientien erwachsen können, 5.) überdiss die herren landesofficier als von denen . . . ständen erwehlet und salariret und von ihro k. und k. m. . . placidire subjecta in rebus plane arduis die majora gar nicht, sondern die gesampte stände machen, und 6.) die stände von der ritterschaft nicht deterioris conditionis seyn können, als die von städten: Als wird gehorsambst ansuchung gethan, womit ihro k. und k. m. seiner gnaden dem k. herren landeshauptmann gemessenen einhalt thun und gnädigst anbefehlen möchten, dass er ins künftige von dergleichen unbefugten anmassen sich enthalten und die . . . stände in ihren uhralten privilegiis und gewohnheiten ungekränckt verbleiben lassen und in ihren angelegenheiten allemahl dem herkommen nach gebührend hören solle, zumal jedesmal die tractanda, so in conventibus publicis vorgehen sollen, ihro k. und k. m. durch das k. amt vorgetragen werden, da hingegen solches mit dem, was von denen landeserkohrnen dermassen eigenmächtig vorgenommen wird, nicht zu geschehen pfeget.

[**Sonderberatungen der Stände:**] II. Müssen sie kummerhaft klagen, wann bey öffentlichen landtagen etliche stände zusammentreten, über den publicis zu conferiren, man sie alsbald mit der auflage verdächtig zu machen sucht, ob hielten sie conventicula, die wieder das k. interesse oder schuldigste devotion liefen, welches doch 1.) mit wahrheit niemand beymessen und nachsagen kan, sintemal nichts anders bey derley unterredungen tractiret wird, als was die publicae proponirte tractanda zu ihro k. und k. m. . . diensten und des vaterlandes wohlfart exigiren und erfordern. Und würden 2.) auch diese congressus nicht nöthig seyn, wann nicht, ehe die landesnothdurft gnugsam überleget ist, von seiten des k. amtes die deshalben von ihro k. und k. m. . . erlaubten landtage vor der zeit aufgehoben, denen ständen die öffentliche landstube verbotnen und sie gleichsam ausgejaget würden, woraus diese höchst praejudicirliche und zu der fürstenthümer grossen schaden gereichende neulichkeit entspringet, dass nun schon etliche mal, der undencklichen observanz zuwider, der herr landeshauptmann nach resolverter k. amtes-proposition die nöthigen erinnerungen und anliegen der . . . stände, welche sich fast nicht darein zu finden wissen, dass sie bey straffe citiret und, wann sie beysammen, ohne einige verrichtung wider auseinander gejaget, auch unerachtet ein und ander aussenbleibender stand bisweilen die beständigsten ehehaften und entschuldigungen einzuwenden

<sup>1)</sup> Vgl. Quellen Nr. 51 und 58.



und zu verführen hat, dennoch alsbald mit würcklicher pfandnehmung und abforderung der straffe ohne vorhergehende vernehmung der entschuldigung verfahren wird — massen solches durch das exempel h. Friedrich Osswaldts von Tschammer auf Petschendorff und h. Christoph Friedrichs von Reibnitz auf Gierlssdorff, auch anderer mehr zu erweisen ist — nicht anhören und die consultationes darüber verstaten will, das es doch zum öftern solche hochwichtige passus sind, so das collegium der landesofficier ohne vorbewust der gesambten stände zu debattiren nicht bemächtiget; ja daran oft der wehrten posterität, ganzer weichbilder, hochbekümmerter wittiben oder zum wenigsten ein und andern privat-standes zeitliche wohlart behanget und darunter periclitiret, dessenthalben sie meistens ihre zuflucht zu dem universo bey den landtagen zu nehmen pflegen, umb einen erspriesslichen rath und assistenz zu ihrer rettung und consolation zu überkommen. Wird dannhero . . . gebethen, dieses weitaussehende übel abzustellen, alles in bessern und gerechtesten gang zu setzen und darob zu seyn, dass der herr landeshauptmann die herren stände bey öffentlichen allgemeinen landtagen in ihren wichtigen erinnerungen, die sowohl ihro m. dienst und die wohlart des gemeinen wesens haubtsächlich concerniren, gebührend hören und darauf rechtmässige verhelpung ergehen lassen solle, gestalten denn auch dasjenige, was ausser dem praecipuo convocationis negotio sonsten in des landes angelegenheit[en] vorkommen möchte, von ihnen allerdings berathschlaget werden möge, weils es von alters derogestalt hergebracht wäre, ihre m. niemals improbiere, sondern vielmehr ein und andermal ausdrücklich rescribendo erlaubet und anbefohlen haben, wie lit. N<sup>1</sup>) ein mehrers ausweist.

[Übergrieffe der Offizirer:] III. Gibt ein sonderbares wichtiges gravamen wieder die herren landes-officier ab, dass selbte sowohl an ihro k. und k. m., als auch an ihre excellenz den herrn obrist cantzler, wie nicht weniger auch an eine hochlöbl. k. und k. appellations-cammer zu Prag, wie die hiermit exhibirende copiae snb lit. A 1 u. 2<sup>2</sup>) mehrers darthun, ohne vorwissen der sämptlichen . . . stände weitaussehende sachen nach eigenem gefallen zu schreiben bishero sich unterstanden, welches schnurstracks wider ihre instruction sub lit. B<sup>3</sup>) hierbeykommend lauffet, kraft welcher sie verbunden, derley wichtigkeiten der gesambten stände genehmhab- und verbesserung zu unterwerfen. Und kan sie nicht entschuldigen, dass etwan periculum in mora zu befürchten gewesen, sintemal ja seine gnaden der herr landeshauptmann annoch im leben, auch kurtz darauf nach oben producirt schreiben als den 31. Januarii 1685 ein allgemeiner landtag gehalten, von denen . . . landesofficirern aber von diesem vorhaben nicht das allergeringste gemeldet worden. Und weils sie auch bis auf gegenwärtige stunde noch nicht wissen, was die . . . landesofficirer auf dem den 31. Januar 1685 erst fürgewesenen allgemeinen landtage zum Jawer an ihro k. und k. m. communi nomine abgehen lassen, zumahlen auch zum theil diejenigen, so solches mit besiegeln helfen, den inhalt nicht wissen, dergleichen potestät oder gewalt doch die herren landesofficirer weder von . . . ihro k. und k. m., noch auch von ihnen herren ständen jemals empfangen oder zu produciren haben. . . . Und wann auch gleich vorgeschützt werden wollte, es sey nicht allezeit gelegenheit, dass auf alle emergende fälle die gesambten . . . stände könten zusammen kommen, denn das ist billich zu distinguiren: unter den begebenheiten, so den geringsten verzug nicht erdulden, und dannhero consilium ex arena zu ergreifen, und unter denen, welche zwar an sich selbstens hochwichtig, aber doch keiner verzögerungsgefahr unterworfen, bey welchen letztern fällen die . . . landesofficirer, zumahl ihro k. und k. m. besag dero . . . rescripti vom 29. December 74 sub lit. C<sup>4</sup>) gnädigst zufrieden, dass dergleichen allgemeine landeszusammenkunften, so oft es die nothdurft erfordert, ausgeschriben werden möchten, die gesambten . . . landstände allerdings

<sup>1</sup>) Ebda. Bl. 36: Reskript von 1671 November 11 betr. Ersatzwahl für den verstorbenen Oberrechtssitzer Hans Heinrich Grafen von Hochberg. <sup>2</sup>) Ebda. Bl. 37 f.: A 1 enthält Schreiben des Landeskollegs vom 30. Dezember 1684 mit Protest gegen die Bemühungen des Liegnitzer Landeshauptmanns Grafen von Nostitz um die Ernennung zum Landeshauptmann von S.-J., A 2 betrifft die Anfechtung eines von den Landständen im Januar 1683 Herrn Friedrich v. Nimptsch auf Habendorf erteilten Attestes in dessen Streit mit Adam Bogislaus v. Sandretzky auf Langenbielau wegen des freien Bierverkaufs. <sup>3</sup>) Siehe vorher Nr. 51 und 58, 1563 April 21. <sup>4</sup>) Ebda. Bl. 50 b, siehe Nr. 120.

zu erfordern schuldig, in keinerlei fall und begebenheit aber befugt sind, alles vor sich in scrinio pectoris zu behalten, sondern mit denen . . . ständen zu communiciren, weñ sie von denselben dependiren, nicht aber die . . . stände von ihnen, und hat man die versicherte nachricht, dass am k. hoffe selbst dergleichen hinausreibungen im nahmen der . . . stände, so doch nichts davon wissen, befremdlich vorkommen.

[Geschenke und Steuernachlässe:] IV. Ferners werden die . . . stände auch in diesem stücke trefflich praegraviret, dass die . . . landesofficirer sich dann und wann, non obstante des vielfältigen reclamirens, in sonderheit aber, wie embig man sich auch in anno 1681 den 26. Martii auf allgemeinem landtage nach ausweisung des voti conclusivi sub no. 13 hierwider protestando verwahret, untermassen und ohn einwilligung der stände gar öftere und ansehnliche donativen, welche sich von 13 jahren hero retro zimlich hoch belaufen, vigore summarii producti sub D<sup>1</sup>), abzustatten, auch unterschiedliche nicht geringe abschreibungen derer possessorum, laut summarischen extracts sub eadem lit. D<sup>2</sup>), zu practiciren, wodurch der arme stand bey denen bekannten schweren praestandis nicht wenig enerviret und dannhero . . . gebethen wird, die . . . landesofficirer dahin anzuhalten, dass sie dasjenige, was ohne ausdrückliche verwilligung der gesambten . . . stände, exceptis subsidiis charitativis, weggeschencket und abgeschrieben worden, hinwiderumb ad commune aerarium erstatten und sich hinkünftig dergleichen allerdings enthalten, auch sich praecise nach dem wieder sothane ungeziemende erschöpfung . . . emanirten k. decreto d. d. Wien den 4. Januar 1685 sub E<sup>3</sup>) unabsetzlich richten sollen. Was aber an steuern ohne des gesambten landes einwilligung einem oder dem andern abgeschrieben worden, wird ebenmässig keinesweges passiret, sondern soll auf solchen fundis, wie vorhin, haften und durch das steuramt eingetrieben werden. Und hat man nechsten landtage dahero die stände auseinander ziehen heissen und den landtage aufgehebt, dagegen die landesofficirer darinne behalten, womit sie dem lande unkosten verursachen und liefergelder empfangen möchten, indem darbey ihre verrichtung gewesen, dass sie dem herrn baron Gerssdorff abermal 100 ducaten und der abtissin zu Strigau, so wenig steuern abführet, über vorige schenkungen am gelde widerumb ein ergiebiges geschenket, da doch in denen landtagsschlüssen nichts zu befinden, dass sie 100 ducaten, wie sie sich berufen, so simpliciter wegzuschencken befugt wären.

[Einquartierungen:] V. Wird denen bedrängten ständen auch eine harte last und bekränkung dardurch angedrungen, dass bey denen sich ereignenden march- und remarchen die allergnädigste und im gantzen lande Schlesien gemessen publicirte march-ordnung und sonderlich, was den 3. articul betrifft, nicht attendirt wird, indem der herr landeshauptmann und die . . . landesofficirer sowohl ihre eigene, als andere güther, laut specification sub F<sup>4</sup>), mit einquartierung verschonen, wodurch hingegen die andern . . . stände überaus graviret werden, wie solches die steur-raytungen unter der rubric der marchspesen, welche sich laut extracts sub G<sup>5</sup>) zimlich hoch anlaufen, deutlich ausweisen; auch der herr landeshauptmann die quartiere nach eigenem gefallen verändert und theils stände wieder die billigkeit beschweret. Und ist die ungleichheit der einquartierung hieraus fein augenscheinlich zu sehen, dass als das Jung-Lothringische regiment in diesen fürstenthübern anno 1684 gelegen und zugleich das Taffische zu pferde, so hat damahln des obristen wachmeisters Pinni compagnie, so zue Jabluncka gelegen und nicht mit andern im felde gestanden, also auch die stärkste zu Freyburg 5 monat und auf dem Fürstensteinischen annoch vom Taffischen regiment und Klebelbergs compagnie 17 reüitter, hingegen in Greiffenberg und Friedeberg, so noch einmahl in so hoher indiction liegen, nur eine schwache compagnie eingelegt worden; auch noch überdiss das Schweidnitzische weichbild, als das städtlein Friedland, so bereits vorhin die völlige einquartierung gehabt, annoch 42 mann dartüber übernehmen; und zu grossem schaden und unkosten der fürstenthümer,

<sup>1</sup>) Ebda. Bl. 52 b f., es waren insgesamt 23576 Tlr., 34 Gr., die von der Gesamtsumme von 32219 Tlr., 31 Gr. beanstandet wurden. <sup>2</sup>) 31520 Tlr., 4. Gr. von der Gesamtsumme von 56079 Tlr., 25 Gr. <sup>3</sup>) Ebda. Bl. 55 b: Verbot der Annahme von Geschenken ohne kaiserliche Genehmigung. <sup>4</sup>) Ebda. Bl. 56 b f. <sup>5</sup>) Bl. 59 b: von 1672—1684: 28 492 Tlr., 33 Gr.



noch darzu in winters zeit, durch beyde fürstenthümer geführt worden, da Friedland fast so viel mannschaft als Greiffenberg und mehr gehabt mit der reitterey, und der indiction nach nicht mit so viel hundert, als jene mit tausend verstellret wird, ueberdiss annoch beyde herrschaften Greiffenstein und Kynast mit der cavallerie verschonet blieben. Und obschon hierwieder reponiret werden möchte, man liesse dem quartierstande auf die portiones einige ergetzlichkeit passiren, so ist doch das onus hospitalitatis eine weit andere sache, und die k. marchordnung weiss hiervon gar nichts, sondern will die gleichheit ohn ansehen der person und standes observiret wissen, wessentwegen . . . gebethen wird, die zeithero verschonete oerter pro re nata mit einquartierung so lang zu belegen, bis sie denen andern hierinfallig gleich geworden und darob zu seyn, dass die marchordnung hinkünftig genauer in acht genommen werde. Wobey in specie plen. tit. herr graff von Hochberg zu Fürstenstein wegen allzu übermässiger einquartierung in seinem städtlein Freyburg laut der documentorum sub sign. O<sup>1)</sup> sich höchlichen beschweret und refusionem damni cum omni causa bittet.

[**Kriegskommissare:**] VI. Ist auch zu erinnern bey denen march- und remarchen, dass die vielheit der commissarien abgeschafft und sie laut der k. marchordnung von ihren liefergeldern zu zehren und nicht eigene quartiere vor sich zu machen angehalten werden möchten; hingegen die herren landeseltesten in denen ertheilenden billeten bey denen nachtquartieren sich mehrerer weitläufigkeit in eintheilung der compagnien nach capacität der dörfer inskünftig befeissen, womit dergleichen inconvenientien vermieden werden, als man jetzo bey dem Brandenburgischen durchmarch in einigen weichbildern empfinden müssen.

[**Landesbestallter:**] VII. Wird inglichem . . . gebethen, eine richtige instruction und bestallung des neuangehenden landesbestellten, wie er sich in ein- und anderm zu verhalten, wie vormalis auch besage lit. O<sup>2)</sup> geschehen, von gesambten . . . ständen ausfertigen und denselben dem . . . k. und k. rescripto zu . . . folge dem gesambten lande dem herkommen gemäss vorstellen zu lassen. Und weil in anergemtem k. und k. rescripto zu befinden, dass er sich possessionirt gemachet, als verlangen die . . . stände solches zu wissen, wo, wie und wann solches geschehen. Weil auch selbter der landes-sachen noch nicht allerdings wohl kündig seyn möchte, womit ihme von gesambten . . . ständen durch dero wahl und aus dero mittel, wann er auf die fürstentage und allgemeine landeszusammenkunften nacher Bresslau abgeschicket wird, eine person adjungiret werden möge.

[**Schreiber der Landesältesten:**] VIII. Wird gebethen umb abstellung der aus denen weichbildescassen bisher angeamasser besoldung der . . . landeseltesten ihrer schreiber, welche jährlich einem 30 bis 60 thl. schl. beträget, weil vermöge oben bey dem gravamine sub. lit. B<sup>3)</sup> angezogener fundation und aussetzung der . . . landeseltesten und ihrer belohnung de anno 1563 im geringsten nichts zu befinden, dass einem jeden auch ein schreiber von dem allgemeinen lande und auf dessen unkosten solte gehalten werden.

[**Liefergelder:**] IX. Wird gebethen, dass die liefergelder der . . . landeseltesten und oberrechtssitzer, welche vermöge deroelben den 16. Maii 1601 auferlichteter ordnung sub. lit. J<sup>4)</sup> auf tag und nacht zwey thaler betragen und anjetzo auf 3 rthl. binnen den fürstenthübern, extra territorium aber auf 4 rthl. extendirt worden, widerumb in alten stand gesetzt und der abusus, dass die . . . landesofficierer, wenn sie denen festinen und panqueten beywohnen oder auf eines verstorbenen landesofficierers begräbnis gebethen werden, täglich 3 rthl. ihnen, wie aus den steur-raytungen allemahl zu erweisen, zueignen, abgestellt werden möchte, zumahn die ordinar liefergelder des jahrs betragen über 3436 thl. 9 gr.; darzu die particular liefergelder 658 thl. 13 gr. 6 hl.: jährlich zusammen 4094 thl. 22 gr. 6 hl.

Da doch hingegen vigore dictae instructionis die oberrechtssitzer, quod notandum, auf denen quartalien gleich denen andern 8 personen oder . . . zwölfen keine liefergelder bekommen sollen, weshalb denn inständigst verlangt wird, dass hinkünftig die enge zusammenkunften gar nicht auf die quartalia verlegt,

<sup>1)</sup> Ebda. Bl. 60—77 betr. die Zeit von 1677—1684. <sup>2)</sup> Ebda. Bl. 77 b f.: Bestallung Heinrichs v. Poser auf Welckersdorf etc.; vgl. Nr. 64, 1593 März 20. <sup>3)</sup> Vgl. S. 309, Nr. III. <sup>4)</sup> Ebda. Bl. 80 b, vgl. Nr. 76, 1601 Mai 16.

sondern entweder die woche zuvor oder nach dem quartal gehalten werden möchten, umb derley unnöthige liefergeldter und doppelte spesen zu ersparen.

[**Rechnungslegung und Revisions-Deputierte:**] X. Befinden sich die herren stände auch sehr graviret, dass so grosse summen auf die bau-spesen, bothenlöhner und extraordinari laut extracts sub. lit. H<sup>1)</sup> aufgeschwollen. Bitten dahero umb genauere examinirung und erheischende remedirung. Und trägt nichts vor, dass man vorgeben möchte, dieses alles wäre in denen vorgewesenen steur-raytungen, denen allzeit gewisse deputati von landes seiten beygewohnet, gnugsam ventiliret worden. So ist doch zu erinnern, dass sothane deputation vor kurtzen jahren und zwar seither anno 1681 vigore voti conclusivi sub nr. 11 allererst admittirt worden und man in ablesung der steur-raytung jederzeit zimlich cursorie verfähret und denen deputatis nur eine blosser erinnerung, aber kein votum zugestanden werden will, da sie doch die gesambte stände repraesentiren, welches ad notam zu nehmen und in eine massgebliche zuverlässigkeit, womit allen 8 deputirten jedem ein exemplar von der steur-raytung gegeben, solche ihnen zuvor bey zeiten, gleich denen landesofficirern, zum erschen zugesendet und sonderlich alle ausgaben zurückgelassen werden, die eigentlich zum schlossbau nicht gehören, und also zugleich die deputation ein penetrantes votum im nahmen des gantzen landes hinkünftig ohnfehlbar haben möge, einzurichten gehorsamblich gebethen wird, massen, obschon allemal die abstellung der übrigen und übermässigen bau-spesen versprochen, doch solches nie-mal erfolgt.

[**Sondervotum der Oberrechtssitzer:**] XI. Auch wird gebethen, denen . . . oberrechtssitzern das vor kurtzer zeit selbst arrogirte votum speciale auf denen landtagen, weil selbte vigore privilegii sub K<sup>2)</sup> einzig und allein und primario zu bestellung des zwölferrechts von dem gantzen lande erwöhlet worden und ihnen auf den allgemeinen landtagen, welche so lange, bis das votum conclusivum ergangen, tauren, kein ander votum, als was einem andern stande zukommet, gebühret, sie auch, von wem und woher ihnen jemals dergleichen jus peculiaris voti ertheilet worden seyn solle, mit keinem jota dociren können, bescheidentlich zu untersagen.

[**Wahl der Oberrechtssitzer:**] XII. Auch den bisherigen üblen irrthumb, welcher darin bestanden, dass der herr landeshauptman sambt den . . . landesofficirern bishero verlangt haben, dass bey abgang eines oberrechtssitzers ein anderer nothwendig aus dem collegio der landeseltesten und zwar aus jedem fürstenthumb zweene erwöhlet werden solte, welches aber zuwieder ist iam dicto privilegio, welches mit ausgedrückten dürfen Worten saget, dass die oberrechtssitzere jederzeit aus dem mittel der landsassen ohne respect der fürstenthümer und weichbilder von denen . . . ständen zu nominiren und vorzuschlagen, beym k. ambt aber anstatt der k. m. in Böhmen zu confirmiren seyn, zu künftiger massgeblichen verhaltung rechtmässig abzuthun, wie wohl solche confirmation nur auf die oberrechtssitzer, nicht aber auf die landeseltesten und andere landesofficirer zu ziehen, als derer confirmation dem lande gar nützlich und wieder die observanz auf einen landtag aufgebürdet werden wollen.

[**Verwaltung der Landeskasse:**] XIII. Das directorium in anmassung der cassae denen . . . landesofficirern, weil ihnen solches von denen . . . ständen niemaln eingeräumt worden, auf gewisse maass zu restringiren, gestalten denen . . . ständen sehr frembd und bedenklich vorkommet, dass die . . . landesofficirer sich untermassen dürfen, dem . . . obersteuer-einnehmer, welcher von denen gesambten ständen erwöhlet worden und der ihnen herentgegen mit seinem ehrlichen nahmen und gantzen vermögen unterpfändlich verhaftet, untereinnehmer nach ihrem gefallen an die seite zu setzen und zum theil gelder aus der cassa ohne vorbewust des obersteuereinnehmers zu erheben, welches ihnen . . . landesofficirern auf keine weise nicht gebühret und keine untereinnehmer ohne vorbewust der gesambten . . . stände angenommen werden können.

<sup>1)</sup> Ebda. Bl. 86 betr. den Bau des Burglehens zu Jauer und der zugehörigen Vorwerksgebäude von 1672 bis 1684: 8713 Tlr., 12 gr., Botenlöhne für dieselbe Zeit 5646 Tlr., 22 Gr., Liefergelder für die Marschkommissarien für dieselbe Zeit 12312 Tlr., 10 Gr., zusammen 26672 Tlr., 9 Gr. <sup>2)</sup> Ebda. Bl. 87 b, vgl. Nr. 75, 1601 März 20.



**[Einkommen des Landeshauptmanns:]** XIV. Die mit zweytausend<sup>1)</sup> rthl. an seiten des landes bisanhero gegen gewisse reversalien ad tempus gereichte guthertzige verwilligung ihro gnaden dem herrn landeshauptmann, die ihre k. und k. m. selbst als ein gratuitum der . . . stände allergütigst erkennen, wird nunmehr auch gehorsamb- und beweglich bey denen jetzigen notorie bedrängten schweren zeiten depreciert, wie nicht minder, dass bisweilen nicht nur vor den . . . landeshauptmann, sondern auch seine familie und andere die fourage in natura genommen und auch aus der steurcassa völlig bezahlt wird.

**[Steuerexekution:]** XV. Die hochangeschwellenen steurreste, woraus dem allgemeinen lande gewisse unstaten erwachsen, zu examiniren und in einen bessern gang zuverlässig einzurichten, in reifer anmerckung, dass bey sothanen starcken contrahirten resten zu abgeltung der urgenten anderwärts gelder aufgenommen und verzinset werden müssen, wodurch dann denen willigen contribuenten eine doppelte last aufgebürdet wird und sie bey denen einrückungen oberamtlicher executionen, die sie gleich denen morosis mitgelten und bezahlen müssen, gantz unverschuldeter und unbillich gestrafft worden, und wird gehorsamblich gebethen, den herrn landeshauptman dahin zu disponiren, dass er den vom ganzen lande 1681 geschlossenen modum executionis durch k. amtesanschaffungen ohne ansehung der person bey dem steurramte secundiren möge.

**[Ausschußtage nach Fürstentagen:]** XVI. Nach den fürstentagen ratione der verwilligung wenigst mediantes eines starcken ausschusses der . . . stände vor abgebendem voto eine conferenz zu halten, welche deputirte die herren deputirte selbst benennen und uninteressirte hierzu erkiesen mögen, ohne des k. amtes benennung. Welche deputirte aus jedem weichbilde bey instehendem landtage zu erwählen.

**[Truppenverpflegung:]** XVII. Inskünftige bey einrückung der soldatesca in die quartiere, wie auch bey dem abmarch, doch nicht so unerträgliche discretionen zu verwilligen, weniger noch auf einen jeden reitter auf dem lande zu ruin der baurschaft geld und kost zu verwilligen. Allermassen deme einige landeselteste sich zeithero unterstanden, mit denen kriegs-officiren wieder die expresse k. ordre sonderbare und weit-ausschende tractaten ohne vorwissen des quartierstandes vorzunehmen und zu schliessen, dass auch sothanes beginnen von dem hochlöbl. k. und k. oberamte im hertzogthumb Ober- und Nieder-Schlesien selbst nachdrucklich hat abgestellt werden müssen. Wobey denn auch gebethen wird, dass die . . . landes-officirer denen von der soldatesca gravirten, particulieren auf ihr angeben nachdrückliche assistenz bey einem . . . k. oberamte zu erlangung gehöriger satisfaction leisten möchten.

**[Ein Landtag im Jahr:]** XVIII. Anhängig diesem wird gantz gehorsamblich gebethen, . . . bey ihro k. und k. m. die . . . erlaubniß zu erbitten, dass jederzeit und jährlich nach vollendeten und von . . . k. und k. m. ratificirten fürstentags-schlüssen ein allgemeiner landtag zu halten und die repartition ratione praestandorum von denen ständen also fort und aufs anständigste eingerichtet werden möchte, dabey zugleich die steir-raytungsabnahme jährlichen fortgestellt und also die hierauf gehörige kosten, so eben grosses betragen, könnten eingezogen werden.

**[Bauernlegen:]** XIX. Und weñ die . . . stände gantz bekümmerter vernehmen müssen, dass wieder die allgemeine landesschlüsse und observanz die scholzerey zu Seyffershan, sowohl unterschiedene baursgütter zu Nider-Röversdorff in dominia transferiret und also per indirectum von steiren und einquartierungen befreyet werden wollen, als protestiren die . . . stände hierwieder quam solennissime.

**[Steuerbefreiung:]** XX. Die dem Grafen Schaffgotsch bewilligte Steuerfreiheit auf 20 Jahre sei ungerechtfertigt<sup>2)</sup>.

**[Habichtgrund:]** XXI. Die Angelegenheit des Habichtgrundes möge endlich erledigt werden, „gestalten selbiger auf 4500 thl. indictioniret ist und die persessa bis in die 13659 thl. 18 gr. aufgeschwollen“.

**[Advokatur des Fiskals:]** XXII. „So ist auch als ein praegnans gravamen billich hieher zu tragen die bisherige privat-advocatur und praxis des jetzigen cammer-procuratoris Johann Jacobi, welche vielen ehrlichen leuthen überaus schwere und grosse inconvenientien verursacht, auch sogar nach dem k. hoffe

<sup>1)</sup> Vgl. vorstehend S. 70: 3000 Rthl.    <sup>2)</sup> Vgl. Beilage S; ebda. Bl. 95.

erwachsen und auf allergnädigst gemessenen befehl laut lit. L<sup>1)</sup> abgestellt worden.<sup>4)</sup> Diese Praxis verstoße „auch wieder die ausdrückliche emanirte k. mandata selbst, kraft welcher dem damahligen herrn Frisch-eyssen als auch herrn Andreae Hertzogen das patrociniū privatum durchaus verbotnen worden.“

[**Ämterhäufung:**] XXIII. Dass bey denen landofficiis, dem damahligen concluso gemäss, die doppelten chargen abgethan werden möchten, angesehen, dass die vielfältige erfahrung sattsamb ausgewiesen, welcher gestalt unterschiedliche quartalia zu grossem nachtheil der interessenten und dessenthalben fruchtloss zerfallen, wehn die herren oberrechtssitzer, so zugleich königl. oberamtsräthe sind, anderer oberamtlichen verrichtungen halber nicht zugegen seyn können, wie dieser passus an ihre m. durch ein absonderlich memorial sub dato Jauer den 8. Julii 1686 laut beygehenden extracts sub lit. T<sup>2)</sup> von denen . . . ständen umbständlich vorgetragen worden, welches petitum hiermit nochmaln inständigst widerholet wird.

[**Druck der Privilegien:**] XXIV. Weñ auch ehediesem durch algemeinen landesschluss einhelliglich geschlossen worden, dass die gesambten privilegia und von der r. k. und k. m. . . confirmirte statuta der fürstenthümer S. und J., wie in andern benachbarten fürstenthümben gesehen, zu öffentlichem druck befördert und zu männiglich wissenschaft gebracht werden sollen, als wird gebethen, die nachdruckliche verfügung zu thun, dass solche ohne fernere verzögerung fördersambst bewerkstelliget werden möchte.

[**Landesarchiv:**] XXV. Wie denn auch denen sämptlichen . . . ständen frembd und beschwerlichen vorkommt, wann sie in ihren sonderbaren angelegenheiten zu dem landesarchivo sich wenden und vom herrn landschreiber zu ihrer sehr benöthigten information einen extract desjenigen, was etwa . . . k. und k. m. in dero gemessen emanirten edicten dem ganzen lande ertheilet, begehret, dass solches ihnen seithero darumb verweigert worden, weil die sämptliche landesofficirer hinter ihrem vorwissen ein solches zu thun verbotnen, da doch derogleichen sachen nicht denen landesofficirern allein, sondern primario den gesambten . . . ständen allermildest ertheilet worden und öfters an der zeit wegen des massgeblichen nachverhaltens nicht wenig gelegen. Wird dannhero inständigst gebethen, hierinn falls an den herrn landschreiber die in offener billigkeit bestehende verordnung ergehen zu lassen, womit einem und dem andern stande in seinem rechtmässigen gesuch ohne verzögerung und umbschweif sodann gefuget werden möchte.

[**Landeshauptmann und Landeskasse:**] XXVI. So sey ein wichtiges gravamen, dass der herr landeshauptmann hand an die cassa leget, ihren deputirten die liefergelder verbieten wollen, wie sub lit. P<sup>3)</sup> — da doch ihre k. m. denen . . . ständen in ihrer cassa die hand nicht einschlagen wollen, wie dero . . . rescript vom 5. October 1678 lautet, sub lit. Q<sup>4)</sup> zu sehen ist, auch ihre gn. herr landeshauptmann selbst dem steurambte niemals einzugreifen laut lit. R<sup>5)</sup> versichert.

[**Ständische Gesandte:**] XXVII. Die an den kaiserlichen Hof gesandten Deputirten hätten im Auftrage der Stände nur das vorgebracht, was ihnen aufgetragen worden sei.

[**Separation der Offizierer vom Landtag:**] XXVIII. Haben . . . stände auch bishero gantz kummerhaft erschen müssen, wie die . . . landesofficirer, welche ihre beschützer und gleichsam curatores, ja väter seyn sollen, sich solchem ihrem ambe e diametro zuwieder bezeigt und einen höchst praejudicirlichen anfang gemacht, sich vom lande und denen gesambten ständen zu separiren, indem sie auf den letzten landtagen die stände gantz allein gelassen, ihre session quittiret und davon gegangen, umb die stände nur irre zu machen und von dem vorgehabten . . . recurs an ihre k. und k. m. . . abzuschrecken. Und ob sie gleich dieses unerhörte verfahren mit dem gehorsamb, den sie dem k. ambe schuldig, welches die absendung omni modo zu impediren suchte, zu coloriren vermeynet, so erscheint doch nunmehr ex post facto, dass dieses bedencken gar nicht erheblich, indem ihre k. und k. m. in dero eingangs angezogener . . . resolution d. d. 23. Febr. 1686 ihnen ständen ausdrücklich . . . erlaubet, dass wenn auch gleich das k. amt der landeshauptmannschaft

<sup>1)</sup> Vom 30. April 1685, ebda. Bl. 99; vgl. dazu im folgenden die Beilage M (ebda. Bl. 99 b), 1681 März 29.

<sup>2)</sup> Ebda. Bl. 100; s. im folgenden die Beilage T, 1686 Juli 8. <sup>3)</sup> Ebda. Bl. 101, s. im folgenden die Beilage P, 1685 Dezember 11. <sup>4)</sup> Ebda. Bl. 102. <sup>5)</sup> Ebda. Bl. 103 b, s. im folgenden die Beilage R.



auf beschene anmeldung dero vorhabenden . . . recursus und eröffnung der vorhabenden negotiorum ihnen den consens hierzu verweigern solte, sie . . . stände dennoch gleichwohl ihren recurs zu ihre m. . . nehmen und ihre motiven anbringen könnten und möchten. Also in dergleichen fällen die . . . landesofficier sich von ihnen . . . ständen zu separiren und zu trennen gar keine ursach haben können. Dergleichen nachtheilige separation denn auch bey jetzt vorgegangener steirraytung in zweyen passibus sowohl wegen berufung des h. landschreibers, als des h. amtscaantzlers, von denen . . . landesofficirern vorgenommen und also das gute land von beeden fürstenthümben in diesen beeden passibus gantz indefens gelassen worden.

[**Beschimpfung des Landschreibers:**] XXIX. Beschweren die . . . stände sich höchlichen über die ihrem . . . landschreiber bey verwichenem landtage angethane beschimpfung, wie solche in 2 supplicatis sub lit. V<sup>1</sup>) et X<sup>2</sup>) bey ihre m. . . geklaget worden, und dabey seine ferners eingegebene beschwerung und deduction sub lit. Y et Z<sup>3</sup>) mehrers besaget und bitten inständigst, womit ihm sowohl von ihre gn. dem herrn landeshauptmann, als auch denen . . . landesofficirern erklärung und satisfaction secundum petita wiederfahren möge.

[**Agenten:**] XXX. Bitten die . . . stände, womit die . . . landesofficirer ohne der . . . stände einwilligung keine agenten am k. hofe annehmen noch abdancken, vielweniger aber dieser zugleich ihre gn. des herrn landeshauptmanns agente seyn solle, weil er von allen ständen separiret wird und bisanhero viel sachen nach hoffe an solchen agenten gesendet worden, die den . . . ständen allerdings contrar sind.

[**Verteidigung des Landeshauptmanns:**] XXXI. Die Antwort des Landeshauptmanns auf die Beschwerden der Stände möge ihnen mitgeteilt werden.

[**Praesidium bei der Steuer-Rechnungslegung:**] XXXII. Beschweren die . . . stände sich höchlich, dass ihre gn. bey der landesteuerraytung sich des praesidii cum voto nebst dem . . . amtscaantzler angemasset, da doch des . . . amtscaantzlers in dem allergn. rescript den 19. Julii 1686 nicht gedacht worden, solches wieder das herkommen, auch ihre m. bereits obangezogene massen, wie auch ihre gn. herr landeshauptmann versichert, in die cassa der . . . stände nicht hand einzuschlagen, auch bey denen steirraytungen gar viel dergleichen sachen vorkommen, worinn ihr gn. der herr landeshauptmann höchst interessirt und contrapart seyn, also per rerum naturam auch deshalb nicht das praesidium darbey führen können. Bitten also, dass diesem gravamini . . . abgeholfen und dergleichen praesidium weiter nicht zugelassen werden möge.

[**Oberkriegskommissar:**] XXXIII. Letztlich beklümmert die . . . stände nicht wenig, dass ihre gn. der herr landeshauptmann hievor sich angemasset, zu der . . . ständen grosser beschwerde einen absonderlichen oberkriegscommissarium in denen beeden fürstenthümben aus seinen befreundten mit grossen liefergeldern zu constituiren, und obgleich auf beschwer des allgemeinen landes solches in anno 1681 wider abgestellt worden, dennoch bey jüngstem brandenburgischen durchmarch sich ihre gn. wieder dergleichen unentstanden und abermal aus seinen befreundten dergleichen obercommissarium verordnet, welches, weil es wieder die observanz, an sich selbst unnöthig, indem ihre k. m. schon ihren obercommissarium im lande haben, auch denen fürstenthümben zu grossen spesen und unnützen geldspilterungen gereicht, als wird . . . gebethen, dieses hinführo allergnädigst und gemessen zu inhibiren.

[**Amtskanzlei:**] XXXIV. Endlichen gereicht auch denen . . . ständen zu nicht weniger beschwer, dass wieder bisherige observanz die k. amtscaantzley-sportulen erhöht und von armen waysen doppelt

<sup>1</sup>) Ebda. Bl. 106 f. Supplik des Landschreibers Gottfried v. Zedlitz an den Kaiser vom 10. Juli 1686 enth. Bericht über seinen Konflikt mit dem Landesbestallten v. Pannwitz und über seinen Ausschluss aus dem Landeskolleg durch Hauptmann und Offizier. <sup>2</sup>) Ebda. Bl. 111 f., Supplik der beim letzten Landtag gewählten Deputierten vom 22. Juli 1686 an den Kaiser betr. die dem Landschreiber durch Hauptmann und Landeskolleg widerfahrene Kränkung und die Beschränkung der ständischen Verwaltung der Landeskasse. <sup>3</sup>) Ebda. Bl. 116 f. Jauer, den 9. Juli 1686. Das Landeskolleg verklagt den Landschreiber wegen unbescheidenen Verhaltens beim Hauptmann. Angeschlossen ist eine Beschwerde des Landschreibers an die gesamten Landstände über seine Behandlung vom 11. August 1686 unter Beifügung der Deduktion Z, vgl. im folgenden Beilage Z.

gefordert, auch da bishero von k. ampts-expeditionen ausser von insinuationen der schriftlichen rechtsätze 6 sgr. gegeben worden, anjetzo ein unterschied gemacht und unter dem titul der anschaffungen 1 rthl. von jeder dergleichen expedition abgehissen werden will; dahero sie dieses als neuerungen abzuschaffen und es bey voriger observanz verbleiben zu lassen bitten; auch dass mit den depositen-geldern ordentlicher gebahret und darüber ein gewisses absonderliches buch gehalten werden möge.

**[Einreichung von Schriftsätzen:]** XXXV. Gestalten auch ihnen ein sonderbahres gravamen dahero erwächst, dass ungeachtet vor einigen jahren ein landes-schluss gemacht worden, dass einem jeden stande frey stehen solle, wann es ihm beliebte, seine bey dem . . . k. ampte zu befördern habende schriftliche nothdurft selbst zu concipiren und einzureichen, solches auch, unerachtet es von keinem geschwornen advocaten unterschrieben, gleichwohl, wann nur dabey zu befinden, dass es der supplicant selbst concipiret, angenommen werden solte; diesem nach doch anjeto schnurstracks zuwider solches nicht mehr passiret, sondern dergleichen memorialia, wann sie nicht auch von einem geschwornen advocaten unterschrieben, aus der cancelley wiederumb zurückgegeben werden wollen. Weiln denn oft in geringen sachen, als fristbittungen und dergleichen, erst solche solennitäten zu gebrauchen nicht der mühe wehrt, auch niemand verhoffentlich zu nöthigen ist, dasjenige, was er sich selbst concipiren und aufsetzen kan, allererst durch einen advocaten verrichten und unterschreiben zu lassen, als bitten sie, wormit dieses abgestellt und sie hergegen bey angemessenem landesschluss geschützt werden mögen.

**[Vermögenssteuer:]** XXXVI. Beschwerden sich die . . . stände, dass die vermögensteuer nach der indiction von denen . . . landesofficirern ohne zuziehung einiger stände eingetheilet worden, da doch die hochversteuerten schon erschöpft und dieses durch einen andern modum, wie in andern fürstenthümern geschehen, gar wohl hätte können eingetrieben werden, auch deshalb 30 vom tausend ausgeschrieben und dennoch gleichwohl darüber ein grosses darlehn aufgenommen werden müssen.

**[Verbungen:]** XXXVII. Ferner ist pro gravamine anzuführen, dass die fürgewesene werbung der landesvölker in hiesigen fürstenthümern auf die ohne diss hoch indictionirte und meist erschöpfte baur-schaft von denen . . . landesofficirern ohne zuziehung der . . . stände geschlagen und sehr viel unindictionirte, jedoch sehr volkreiche dörfer, so des landes schutzes sowohl, als die armen bauren, von nöthen, gantz befreyet geblieben. Und obschon im k. ampts-patent enthalten gewesen, dass die unindictionirten, ja sogar das gesinde auch solten darzu gezogen werden, so ist doch diesem nicht nachgelebet und von denen . . . landeseltesten die eintheilung des quanti auf solche weise nicht eingerichtet, sondern diese last den armen bauren allein aufgetragen worden, welches von ihro m. zu remediren gebethen wird.

**[Zuziehung von Deputierten zu den engen Zusammenkünften:]** XXXVIII. Haben die . . . stände auch pro gravamine anzuführen, dass zu denen engen zusammenkünften niemand von denen . . . landes-ständen gezogen wird, sondern selbige von denen landesofficirern allein gehalten werden. Weiln aber solches in allen fürstenthümern gebräuchlich, dass keine dergleichen zusammenkunft gehalten wird, es sey dann, dass aus jedem weichbild aufs wenigste ein par deputati derselben mit beywohnen, als bitten die . . . stände, wormit dergleichen ihnen auch verstattet und keine enge zusammenkunft von denen . . . landesofficirern allein gehalten, sondern darzu jederzeit aus jedem weichbilde ein par deputirte, welche die . . . stände darzu zu eligiren belieben würden, mitgezogen und ohne dieselbe nichts geschlossen werden möge.

Nachtrag zu denen übergebenen gravaminibus.

**[Einzelne Übergriffe der Officierer:]** XXXIX. Haben gesambten . . . stände von ihren mitgliedern, denen . . . ständen des Buntzlauischen weichbildes, höchst ungern und bekümmerter vernommen, wie dass nicht allein die . . . landesofficirer sich unterstanden, titul. dem herrn von Hacke<sup>1)</sup> auf Thomaswalde als unlängst erkohrnen landeseltesten ein gewiss stück landes von dem Buntzlauischen weichbilde, das Königreich

<sup>1)</sup> = Hocke.



genannt, ohne wissen und willen der herren weichbildes-stände gantz eigenmächtig wegzuschenken, sondern auch erstermeldter herr von Hacke von sich selbst sich unterwunden, ohne vorwissen und consens der herren weichbildes-stände von denen sogenannten weichbildes-resten gewisse contributions nach eigenem belieben auszuschreiben, ja sogar auch dieselben zu exequiren. Weilm dann nun derogleichen potestät weder denen . . . landesofficirern, noch auch dem herrn von Hacke zukommet und dem gesambten lande hierdurch grosses praepjudiz und nachtheil zugezogen wird, als wird gebethen, dergleichen unterfangen nicht allein denen . . . landesofficirern und herren von Hacke nachdrucklich zu untersagen und zu verheben und die unbefugte donation und weichbildes-rester-ausschreibungen zu cassiren und annulliren, auch zu erstattung des hierdurch causirten schadens anzuhalten, sondern auch ins künftige bey hoher straffe zu inhibiren.

Kgl. St.-A. Rep. 39, S.-J. II 12 i, vol. I, Bl. 13a—35a. Hierauf folgt: Besoldung der Gekoren; vgl. Quellen Nr. 52.

### Beilagen.

M. Extract aus dem voto conclusivo bey allgemeinem landtag in Schweidnitz den 29. Martii anno 1681:

§ 19. Was wegen dem königl. fiscal einstellender praxi erinnert worden, können ihr gnaden nicht befinden, wie sich die . . . stände dissfalls zu beschweren hätten; und scheint nur solches gravamen geschehen zu seyn ad instantiam der lutherischen advocaten, da doch zu dociren, daß der fiscal mit einem wenigern sich beschlagen lasset, als andere, welchen ihr. gnd. ein und andermal einhalten lassen, dass sie die clienten zu sehr übersetzen. So sind dem königl. fisco von dem löbl. judicio von ambt, land und städten gewisse curateln aufgetragen worden, welchen er nothwendig vorzustehen hätte, zu geschweigen, dass ihr excellenz der herr graff Schaffgotsch dem fiscal in ansehung seines geringen salarii, wie ihr gnd. nachricht bekommen, die freye praxin verstattet, bey welcher ihn ihr gnd. um so viel mehr zu schützen befinden, weil sonst kein catholischer advocat vorhanden, dem die catholische stände sich vertrauen könten. Und verlangt der fiscal als ein advocat bey gerichtlichen nicht vorzutreten, sondern allein satschriften abzufassen.

T. Aus dem allerunterthänigsten memorial d. d. Jauer bey gehaltenem landtage den 8. Julii anno 1686.

Massen die landstände auf allgemeinem landtage anno 1654 einen wohlbedächtigen schluß gemachet, dass keiner zwey officia beysammen haben solte, auch s. k. und k. m. anno 1685 nach tödtlichem hintritt des landesbestellten von Sommerfeld und Falckenhayn ausdrücklich anbefohlen, dass die damals vacant gewordene officia separiret und mit tauglichen subjectis bekleydet werden solten, dahero als unterschiedliche eingriffe von dem k. oberamte diesen fürstenthümben geschehen, die oberrechtssitzer aber, weil sie zugleich oberamtsräthe gewesen, bedencken gehabt, sich einzumischen und deswegen sich von hiesigen deliberationibus separiret, so haben damals auch die . . . landstände in anmerckung der hieraus entstandenen inconvenientien denen oberrechtssitzern, welche zugleich k. oberamtsräthe gewesen, dieses zu erkennen gegeben und deswegen ihnen die resignation ihrer oberamtscharge zugemuthet. Massen solches bey allgemeinen landtagen anno 1675 und 1681 geschehen, welchem dann wir nothwendig inhaeriren und ew. k. und k. m. . . bitten, die allergnädigste ansehung zu thun, dass diejenige k. oberamtsräthe, so zugleich oberrechtssitzer, dieses officium mit dem ehisten resigniren und wir an derer stelle andere qualificirte subjecta erwählen mögen.

P. Meinen freündtlichen gruss und alles gute zuvor. Edler, gestrenger, insonders guter freündt! Demselben wird unentfallen seyn, welcher gestalt ich ihn im namen ihro k. und k. m. nach dem jüngsthin aufgehobenen landtage sowohl mündtlich beybringen, als auch hernacher in publico durch den hoch- und wohlgebornen herrn, herrn Georg Rudolph freyherrn von Gerssdorff etc. in aufgetragener k. amtsverwaltung widerholter inhibiren lassen, aus hiesiger und Schweidnitzscher steurcassa zu der inclinirten abschickung der uncatholischen stände nacher k. hofe keinen kreutzer bey straff eigenen verlusts auszuzahlen, sondern hierüber für allen dingen bey der von denen herren praelaten, landesofficirern, catholischen ständen und denen von städten beschehener reclamirung und mehr als dritten theils erfolgter abreise und also non praesentibus et contradicentibus iis, quorum interest, vorgenommenen schlusses die k. resolution zu erwarten. Wie nun ich solches an behörigen orth bereits berichtet, auch hierüber des k. . . entschlusses mit ehistem gewärtig bin, also ergethet mich mehrmahliger befehl hiemit an denselben, dass er bey straff doppelten ersetzens aus bemelter steurcassa nichts abfolgen lasse, sondern die k. . . resolution erwarte. Falls aber er wider bessere zuversicht dennoch propria autoritate was auszahlen

lassen sollte, worvon ihn aber hoffentlich der dem k. ampte schuldige gehorsamb abschrecken und sich keinesweges ohne noth in die gefahr geben wird, derselbe niemanden, als ihme selbst die sonst daraus entstehende unlegenheit beyzumessen haben. Uns dabey gott empfohlen. Geben aufm k. burglehn zu Jauer den 11. December 1685.

Der k. und k. vollmächtige landeshauptman, des herrn oheimb dienstwilliger Hanss Fried. freyh. v. Nimptsch.  
An tit. h. Friedrich von Zedlitz, der beeden f. S. und J. obersteuereinnehmer<sup>1)</sup>.

R. Ich Hanss Friederich freyherr, von Nimptsch, herr auf Ülsse, Falckenhayn, Ullersdorff, Neudorff, Teichau, Arnss- und Wickendorff etc., der r. k., auch zu Hungarn und Böheimb k. m. rath und vollmächtiger landeshauptman der beeden fürstenthümer S. und J., uhrkunde hiermit, dass bey mir amptes die titul. N. N. . . praelaten und landesofficier gedachter hiesiger fürstenthümer umb erläuterung des in dem den dritten Februarii anni currentis eröffneten k. amptes conclusivo befindlichen termini der enträumung freyer disposition im steurwesen einkommen und allenfalls sich protestando angeben, wie von wort zu wort hier nachfolget:

Hoch- und wohlgebohrner freyherr, gnädiger herr landeshauptmann.

Ew. gnaden werden sich ausser allem zweifel annoch . . . zuruckentsinnen, welcher gestalt sie an verstrichenem landtage in dero den 3. Februarii anni currentis eröffneten k. amptes conclusivo sub puncto 4 bey denen nach-erinnerungen denen damahlig versamblen . . . ständen publice zu erkennen geben lassen, welcher gestalt sie denen . . . praelaten und landesofficieren im steurwesen die freye disposition bishero eingeräumt hätten. Weiln aber bald damahln das vorhergehende wort denen . . . ständen, als welchen nach so viel ergangenen . . . k. resolutionen die freye disposition hierinnen allergnädigst überlassen und auch zugleich durch langwürrige observanz stabilirt worden ist, nicht wenig nachdencklich gefallen, und wie inskünftig einige praedjudicirliche consequenz hieraus gezwungen werden könnte, sich besorgen müsten: Als haben sie bald damahln ew. gnd. durch ein par deputirte ihres mittels ihren deshalb führenden kummer . . . fürgetragen, gehörige remonstration hierob gethan und gebethen, dass sie durch eine k. ampts recognition von derley besorglichen praedjudiz und üblen auslegung dieses worts befreyet werden möchten, welches auch damahln ew. gnd. gantz gnädig aufgenommen und nach bescheneher schriftlicher ansuchung mit der verlangenden recognition zu stützen die gnädige vertröstung gegeben. Ob wir nun zwar uns gesichert halten, dass ew. gnd., wie sie bis dahero höchst rühmlich gethan und diese ihr . . . anvertraute fürstenthümer bey ihren privilegien und freyheiten jederzeit mächtig manuteniret, uns in die freye disposition der cassa nicht eingreifen, weniger in die gedanken gerathen werden, samb derley disposition einig und allein von ihnen uns enträumt worden seyn solle, angesehen doch ew. gnd. so wohl unsere uhralte landesverfassung, darauf fundirte observanz, bevorab aber die deshalb emanirten k. sincerationes und decreta, welche gleichsamb vim privilegii erhalten, von selbst mehr dann gnugsamb bekannt sind, so haben wir jedennoch quoad futurum aus obliegender pflicht unsere vigilanz dahin nöthig fürzuwenden und gebührend fürzubauen, dass obigerwehntes wort „enträumen“ nicht etwa hinführo in alium sensum detorquirt und vermittelt einer ungleichen deutung zu derer . . . stände grösten benachtheiligung und disconsolation, dererley enträumung doch allein von ihrer k. m. . . ertheilten freyheit dependiret und den ursprung hat, etwan auf die landeshauptmanschaft sinistre interpretirt und applicirt werden möchte. Diesem nach gelanget an ew. gnd. unser amtsgehorsambes anersuchen und bitten, sie geruhen dieses unsre billigmässiges anbringen für gerecht zu erkennen und nicht allein denen actis cancellariae registriren, sondern uns auch zu mehrerer verwahrung hierüber eine k. ampts-recognition, dass nemlich obberührtes wort zu keiner nachtheiligen explication gezogen werden könnte, unbeschwert widerfahren zu lassen. Worfür wir nebst denen sämblichen . . . ständen seyn und verharren ew. gnaden amtsgehorsambe H. H. praelaten und landesofficier der beyden f. S. und J. Jauer den 21. Martii anno 1685.

Wann mir dann sattsambst bekannt, dass hiesiger ritterschaft nicht ex concessione des k. amptes, sondern kraft ergangener k. . . resolutionen die freye hand in dem steurwesen schon hiebefore unstrittig competiret und einfolgig obgangs beygerickter terminus der enträumung keineswegs in vim einiger praedjudicirlicher neuen überlassung, wohl aber als ein zugeständniß ihrer schon ehemals befestigten berechtsamkeit angezeiet gewesen, noch anders gedeütet werden soll, als habe ihnen . . . praelaten und landesofficieren die darob verlangte recognition unter meinem k. amptswegen führenden freyherlichen signet und nach gezogener eigenen hand unterschrift hierdurch unweigerlich ausfolgen lassen. Actum aufm k. burglehn zu Jauer den 2. Maii anno 1685.

Hanss Fried. freyh. von Nimptsch. J. J. Pless, amtscantzler<sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> Ebda. Bl. 99 b – 101 b.    <sup>2)</sup> Ebda. Bl. 103 b.



Z. Gründliche ausführung aus denen privilegien und archiven der landes-cantzelley, daß der landschreiber der fürstenthümer S. und J. ein landesofficier sey und seine dependenz von denen sämptlichen geist- undt weltlichen ständen habe.

Der landschreiber der beyden f. S. u. J. wird jedesmal aus dem mittel der herren landstände als ein begütterter undt vierschiltiger cavalier bey allgemeinen landtagen von denen sämptlichen geist- undt weltlichen ... landständen nach denen hierzu durch nachgesetzte privilegia erforderten requisitis erkohren, in ihre k. m. und des allgemeinen landes dienste genommen, ihm die direktion und verwaltung der landescantzelley anvertraut und aus der allgemeinen steuer-cassa salariert, massen nachgesetzte privilegia und archiven hiervon mehrere und ausführlichere nachricht geben:

Extract auss denen privilegiis. Aus des römisch- und böhmischen königs Caroli bestättigung der königin Annae privilegii sub dato Schweidnitz nach Chr. geburth 1353 an der nechsten mittwochen nach sanct Petrus und Paulus tage, der heiligen zwölf bothen, mit nachfolgenden worten: Auch globen wir und wollen in die obgenannten fürstenthumb, herrschafte und zugehörunge keinen hauptmann, landschreiber oder sonst ambtman setzen in keinen zeiten, er seye dann ein bidermann und wohlgeessen und gebohren aus demselben lande.

Aus kaysser Carls sonderlicher begnadung sub dato Schweidnitz 1369: Auch thun wir ihn von sonderlicher gunst die gnad, dass wir beyden landen S. und J. einen hauptmann und auch einen landschreiber geben und setzen sollen, die beyde von dem lande zu der Schweidniz oder von dem lande zu dem Jauer gebohren sind, in der lande einem gesessen sind und auch biderleüthe sind. Mit ihr m. insiegel bestettiget.

Aus königs Wenceslaw begnadung sub dato Schweidnitz nach Chr. geburth 1369: Auch von sonderlicher gunst thun wir ihn die gnad, dass wir in beyden landen zur S. und zum J. einen hauptmann und auch einen landschreiber geben und setzen sollen, dern ietzlicher von einem lande der S. oder J. gebohren seye, in der lande einem gesessen seye und ein bidermann seye; also dass je nur ein hauptmann und ein landschreiber in beyden den selbigen landen seye. Welche ... aussatzunge die nachkommende könige zu Böhemb nebst den andern höchst their erworbenen privilegien bis auf jetzt gloriwürdigst regierende m. ... corroborirret und unter dero k. hand und siegeln bestettiget.

Als h. Wentzel von Forchtenau auf Weiss-Kirschdorff, dieser fürstenthümer landschreiber, zu der den 7. Junii anno 1631 zum Jauer gehaltenen engen zusammenkunft schriftlich nicht erfordert worden, haben die gesambten ... praelaten und landesofficier in dem damahligen voto ihre nothdurft eingebracht und den herrn landeshauptmann ersuchet, vermittelst des herrn amtsverwesers, herrn Hanssen von Gersdorff auf Seichau, kommander zeit zu allen zusammenkünften, wie die ... landeseltesten, also auch des landes officier und unter denselben besonders den landschreiber mitzuerfordern.

Aus der reprobation der ... praelaten und landesofficier d. d. Schweidnitz bey gehaltener engen zusammenkunft den 14. Jan. 1646, welche allerseits nahmentlich unterschrieben, darunter ihr gn. des herrn landeshauptmanns herr vater seel. andenkens auch zu befinden, wider herrn von Lests vermeyntliche reprobation stehen diese ausdrückliche und klare worte: Dass der landschreiber pro substituto et adjuncto remisso und nicht vor einen landesofficier gehalten werden will, darein können wir uns nicht finden. Aber so viel wissen wir, dass er von dem ganzen lande wie ein anderer landes officier per pluralitatem suffragiorum erkohren und zu des landes diensten constituiert werde, NB. auch gänzlich von dem lande dependire.

In den registraturen wird diese function des landschreibers ein officium des landes genennet und also daher ex natura correlatorum derselbe, so dieses officium des landes bekeydet, als ein landesofficier nothwendig zu consideriren, deswegen auch er seine session in dem collegio der ... landesofficier von undenklichen zeiten gehabt.

Aus der wohlgegründeten ausführung und ablehnung contra h. Melchior von Lest, landescantzlers, irrigen gegenbericht bey allgemeinem landtage zur Schweidniz anno 1654, worinnen diese formalia: Wie dann die landschreiber iederzeit von undenklichen jahren hero continuata serie ohne männigliches eintrag bey öffentlichen landeszusammenkünften vom lande erwahlet und in die bestallung genommen, auch vom lande und aus dessen steurcassa besoldet worden.

Insinuation des k. und k. ... decrets und resolution an ihr gn. h. landeshauptmann wegen h. landescantzlers Melchior von Lests auf Polekau: Ferdinand der dritte. Lieber getreuer! Welcher gestalt wir uns auf unserer ... landstände der f. S. und J. wider unsern k. landescantzler allda, Melchior von Lest, mehrmahl angeführte ... beschwerden, dass nehmlich er sich des directorii bey denen landesacten anzumassen, sie landstände in erwählung eines eigenen landschreibers zur ungebühr zu verhindern und bey denen k. manngerichten einen secretarium einzusetzen sich unterfangen habe, nach reifer und umständlicher der sachen berathschlagung ... resolviret, das werdestu uns hiebey ligender abschrift unsers k. ihnen abgeordneten ... ertheilten decrets in mehrerm gehorsamblich zu vernehmen haben. Wann wir dann ... gewüllet, dass sie wider altes herkommen und übliche observanz keineswegs beschweret, sondern vielmehr bey dieser unserer ... resolution und ihren wohlgehaltenen privilegiis,

alten verfassung und gerichtsordnung, guten gewohnheiten, recht und gerechtigkeiten kräftig geschützt und manutiret werden, als befehlen wir hiermit dir . . . , dass du hierob von amtswegen gebührenden schutz halten, die landstände weiters nicht darwider graviren noch ihnen was widriges zumuthen lassen, sondern gedachten unsern k. landescantzlern, bis er seine intention in ein- und anderm mit mehrerm fundament, als bishero geschehen, ausführen und behaupten wird, mit seinen praetensionibus gänzlich abweisen sollest. Deme du gehorsamblich nachzukommen und unsern gnädigsten willen und meynung zu vollziehen wissen werdest. Geben auf unserm schloss zu Pressburg den 8. Martii anno 1655<sup>1)</sup>.

Juramentum des landschreibers. Ich N.N. schwere gott dem allmächtigen und dem durchlauchtigsten, großmächtigsten fürsten und herrn, herrn Leopoldo I., römischen kaiser, auch zu Hungarn und Böhmeim könig, ertzherzogen zu Oesterreich, hertzen zu Burgund, Schweidniz und Jauer pp:

Demnach von denen sämptlichen geist- und weltlichen herren landständen ich zu dero landschreiber erwehlet und aufgenommen und von dem vollmächtigen k. und k. amt der fürstenthümer S. und J. beständiglich confirmiret worden, dass ich die mir anvertraute landscantzleysachen und registraturen in guter verwahrung und ordnung halten, demselben in allen mir anvertrauten expeditionen aufrichtig abwarten, treulich verfertigen und alle dasjenige, was einem landschreiber zustehet, eignet und gebühret, jederzeit mit höchstem fleiß verrichten und in diesem meinem officio nichts, was wider die k. m. zu Böhmeim und wohlgedachtes k. und k. amt und dieser fürstenthümer landstände nutz und fromen lauffet, fort stellen will. So wahr mir gott helfe und sein heiliges evangelium.

Vermeinte exception des herren landeshauptmans undt der . . . landesofficierer in den fürstenthümben S. und J. wieder der aldahsigen . . . stände iustissima gravamina<sup>2)</sup>.

Landeshauptmann, Prälaten und Landesoffizier berichten an die kais. Oberamtsräte und Kommissarien, daß die Gravamina der Stände schon vor dem öffentlichen Landtag in Jauer zu Papier gebracht worden seien, ohne daß viele Stände bei der Abfassung zugegen gewesen wären. Die gesamten Stände dehnen nicht hinter den Beschwerden, „da doch notorium ist, daß die nach k. hoff deputirte nur allein von denen den 5. Dezembris anno 1685 nach albereith den vorigen tag dissolvirten landttag annoch in Jauer verbliebenen wenigen evangelischen ständen, welche zuwieder der k. intention den catholischen Ernst Willhelm von Pannwitz zum landesbestalten nicht annehmen, sondern den vorhin von ihnen erwehleten uncatholischen Friedrichen von Niemptsch auf Habendorff contra ipsius voluntatem mordicos behaupten wollen . . . , principaliter ablegirt und instruirt gewesen.“ Die Beschwerden gedächten absichtlich nicht der Geistlichen als des 1. Stands des Collegiums, um sie einzuschläfern und nicht zum Widerstand dagegen aufzureizen, „daß sub nomine derer landesofficirer des collegii autorität, praerogativa . . . und gerechtsambe über den haufen geworfen undt denen evangelischen herren ständen der freye weg gebahnet würde, der uralten verfassung et legibus fundamentalibus patriae schnurstracks zuwieder sich der landessteuercassae und landesarchivi, wie albereith zum theil geschehen, nach eigenem belieben zu praevaliren“, während doch „die catholischen stände sambt denen von städten . . . mehrers in die landessteuercassam contribuiren, alß die übrigen stände alle zusammen genommen, allermaßen nur auß dem leichtlich zu ermeßen, daß die eilf riettersitze zu Kauffung zusammen nicht auf 2000 thl. indictioniret, dennoch eilf vota haben, der herr praelat von Grüssau aber allein mit seines gestiftis güttern auf 24000 lieget und gleichwohl mehr nicht alß gegenwertig ein einiges, abwehsend aber gar kein votum hat; die städte hingegen wegen ihrer landtgüter für sich gantz allein allemahl das drittlet der aufschreibenden collecten contribuiren müssen . . .“<sup>4</sup>

Gravamen 1. [Aufhebung eines Landtags:] Auf den Vorwurf der Auflösung des Landtags stellt der Landeshauptmann den Hergang so dar, daß die Stände bei der Landesbestelltenwahl den Friedrich von Nimptsch abermals trotz dessen Verzichtleistung gewählt hätten. Er habe darauf eine Neuwahl verlangt

<sup>1)</sup> Denselben Bescheid erteilt unter dem gleichen Datum die böhmische Hofkammer dem Gesandten der Stände von S.-J., Oberleutnant Heinrich von Faust, Sturm genannt. Ebda. <sup>2)</sup> Rep. 39, S.-J. II 12 i, vol. I und III. Im folgenden wird ein Auszug aus den wichtigsten Gegengründen gegeben. Die Schrift ist von Schweidnitz den 24. September 1686 datiert und an die kaiserliche Kommission gerichtet.



und „die h. landeseltisten aber dahin ermahnet, daß jeder mit seinen weichbildsständen zusammentreten und die wahl eines neuen landesbestellten auf ein catholisches subjectum forstellen solle“. Der Landesälteste des Schweidnitzischen als des ersten Weichbildes, Herr Hans von Dahmb, habe auch wirklich den Anfang gemacht, aber Herr Hans Heinrich Graf v. Hochberg zum Fürstenstein als ein Evangelischer habe „keinen lust hierzu weisen wollen“, habe die evangelischen Stände des Weichbilds Schweidnitz auf die Seite berufen, die katholischen nicht hinzugenommen und zur Wahl „auf dem vorhin schon von theiles evangelischen erwehlet, aber von ihro k. m. nicht approbirten lutherischen von Nimptsch auf Habendorf persuadirt undt also eigenmächtig die vices deß landeseltisten unverineinlich an sich gezogen“. Als er, der Hauptmann, gesagt habe: „Herr graff v. Hohberg, waß ist daß? Ich glaube, der herr viel landeseltister sein!“ habe der Graf geantwortet, „Dieses rede ihm kein ehrlicher mann nach“, während er als Hauptmann doch des Königes zu Böhaimb allerhöchste Person in seiner Amtsfunktion repräsentiere. Sein Vorfahre im Amt, Graf von Schaffgotsch, habe einmal in Jauer, als die Stände gegen des Kaisers Willen ein lutherisches Subject zum Landesofficier, nämlich den Rittmeister v. Sack, erwählt hätten, die Stände insgesamt arretiert; er habe aber nur dem Grafen Hochberg Personalarrest angedroht. Daß er die Stände damals und auch jüngsthin am 8. Juli mit Ausnahme der Prälaten, Officierer und der von Städten weggeschickt und den Landtag aufgehoben habe, beruhe auf kaiserlicher Intention, uralter Observanz und „Commiseration gegen viel arme stände“. Seine Instruktion besage, „Das ich keinen allgemeinen landtag außschreiben solle, eß haben denn zuvor die stände die tractanda mir, ich aber sodann selbte ihro k. u. k. m. allerunterthänigst eingeschicket undt darauf erst dero allergnädigste resolution erwartet.“ Die Bitte des Kollegiums der Prälaten und Offizierer um Erlaubnis für den Hauptmann, die gesamten Stände in „unumgänglicher not“ zu berufen, habe nichts erreicht, als daß ein Landtag zum 4. Dezember 1685 zur Wahl eines katholischen Landesbestellten und einer zum 8. Juli 1686 zur Wahl eines katholischen Oberrechtssitzers bewilligt worden seien.

Das Kollegium sei zur selbständigen Erörterung von Landesangelegenheiten von den Ständen selbst bevollmächtigt worden, „damit die armen stände, derer viel kaum so viel jährliche einkunften haben, als selbte sonst auf der zu- und abreise oder in loco subsistentiae verzehren, über dieses [nicht] noch das ihrige zu hauffe verabsäumen müßen, dieses auch biß anhero allemal in viridi observantia unverrückt erhalten worden, ohne das jemahlen von dehnen h. ständen etwas hierwieder were moviret worden, außer bey vorerwehnten zwey landttagen“. Der Kaiser habe die allgemeinen Landtage ohne vorherige Approbation der Tractanda ja wohl verboten, um die evangelischen Stände an ihren besonderen Absichten zu hindern.

Früher habe die Ausschreibung der Landtage „simpliciter in arbitrio des k. amtes“ gelegen. „Viel weniger hat man sich ab adverso zu beschweren, ob wehren so gestalten die von städten melioris conditionis, dann die stände von der ritterschaft<sup>1)</sup>, sintemahlen die uhralte verfassung, tanquam lex fundamentalis patriae, ja das ganze vertrauen auf auß landeserkohrene dahin gestellet, daß wier die gesamte stände von der ritterschaft in comuni, jeder landeseltister auch seines weichbildes stände in particulari, über dieses alles dennoch zwey oberrechtssitzer die gesamten weichbilder deß Schweidnitzischen, die andern zwey aber deß Jaurischen fürstenthumbs repräsentiren und vertreten, sogestalten zwar, das eines jeden landeseltisten sein votum so viel bey engen landeszusammenkunften gilt, alß gesampter weichbildsstände bey einem öffentlichen landtage.“

Grav. 2. [Sonderberatungen der Stände:] Einige evangelische Stände hätten „extra locum ordinarium et publicum“ Konvente abgehalten, „alß zu Schweydnitz undt Strigau, zu Jauer im graf Nostitzischen hause undt anders wo mehr, auch bey nächtlicher weihle“, die er, der Hauptmann, als verbotene Conventicula betrachten müsse. Denn der Sinn der kaiserlichen Beschränkung der allgemeinen Landtage sei doch nur der, die Beratung von kaiserlichen und das öffentliche Wohl betreffenden Sachen zu beaufsichtigen. „Eben dieser uhrsachen halber ist denen landeseltisten, welche doch gleichsam mit dehnen iuribus et praerogativis

<sup>1)</sup> Weil nämlich die von Städten an den engeren Zusammenkünften teilnehmen durften.

ordentlicher krayß-hauptleuthe fast begleitet seindt, nicht einmahl zugelaßen, ohne vorherige erlaubniß des k. u. k. amtes ihro weichbildtsstände zu convociren.“ Die Landesofficierer seien gleichsam „patres patriae“. Wer vom Landtag unentschuldigt fernbleibe, zahle 6 Rtl. Strafe „ad pios usus“.

Grav. 4. **[Steuernachlässe:]** Das Recht zum Nachlaß von Steuerresten hätte dem Collegium „von uhraltersher, wie in allen andern fürstenthümben nicht allein gebräuchig, sondern auch ohnvermeidlich“, zugestanden.

Grav. 5. **[Einquartierungen:]** Verteidigung gegen die Behauptung, daß ungerechte Verteilung der Einquartierung unter Verschonung der Landesältesten stattgefunden hätte. Die Ältesten müßten mit den durchziehenden Regimentern verhandeln.

Grav. 8. **[Schreiber der Landesältesten:]** „Daß denen landeseltesten von ihren weichbildesständen weith über menschengedencken allemahl ein schreiber passiret worden, geben die weichbildtsrechnungen. Undt bringet ja die vernunft selber mit, daß wir plerique betagte emeritirte leuthe, die wir ohne das ein sehr geringes salarium von 80 rthl. haben, nicht selbstn schreiber abgeben können, indeme die soldatenlisten monatlich in duplo dem k. amte einzuschicken, die billeten zue schreiben, die marche zu dirigiren, tabellen zu formiren undt baldt da, baldt dorten in landesangelegenheiten zu correspondiren, welches alles, wann es nur nach dem bogen mit 2 silbergr. bezahlet werden solte, [wie dem h. landschreiber], gewieß weith ein mehrers auftragen würde.“

Grav. 9. **[Liefergelder an die Offizierer:]** „Daß aber dieses ein mehrers ist, als 1601 dehnen landesoffizierern außgesetzt worden, ist sich nicht zu verwundern, quia distingue tempora et concordabis iura. Die pretia rerum sindt ja fast aufs höchste gestiegen.“ Ein Kavalier könne mit einem Diener und 2 Pferden unter 2 Rthl. täglich in einer Stadt nicht auskommen; selbst „ein von einer stadt deputirter bürgersmann [erhielte] des tages seine 2 floren, auch 2 rthl., der doch weder mit eigenen pferden noch dienern reiset, sondern sich vielmahl einer zerrißnen landtkutschen gebraucht.“

Grav. 10. **[Deputierte:]** Betr. Deputierung von 8 Vertretern zur Steuerrechnungsabnahme. Diese Deputierten seien erst seit 1681 zugelassen worden.

Grav. 11. **[Sondervotum der Oberrechtssitzer:]** „Ad undecimum antworten wier oberrechtssitzer negando, das wier unß jemahlen auf allgemeinem landttage der h. stände ein special votum arrogiret hetten, dahero es alda weiter keine remedirung bedarf. Wann aber bey wehrendem allgemeinen landttag die h. stände nach hauße eylen undt umb dimission bietten, die noch übrige passus zu erhörtern auf daß collegium devolviren: wann von denen h. ständen aber dem collegio noch einige deputirte zugegeben werden, da ist es uhralter observantz, a majoribus nostris introduceiret, daß gleichwie die 4 h. praelaten ihre 4 particularia vota haben, also gleichfalls wier oberrechtssitzer 4 absonderliche vota particularia seorsim a votis der h. landeseltesten undt deputirten gehabt haben, nicht minder, alß ob das collegium gantz allein were. Wie dann sowohl uns vom collegio insgesamt, als auch denen deputirten pro tunc die liefergelder passiret werden, so nicht were, wenn ein solcher conventus für einen allgemeinen landttag weiter gehalten würde.“

Grav. 12. **[Wahl der Oberrechtssitzer:]** „Ad duodecimum ist zu erinnern, daß der uhralten observantz nach die oberrechtssitzer auß dem collegio genommen worden, wann anders taugliche subjecta vorhanden geweshen. Undt ist ultra hominum memoriam kein anders exemplum in contrarium vorhanden, alß deß herren graffens von Nostitz, welchen ihro m. confirmiret haben, wie dann ohne das jemand selten per saltum<sup>1)</sup> promoviret zu werden pfeget. Daß aber auß jedem fürstenthumb zween undt nicht auß einem mehr, alß auß dem andern, zu erwählen, ist der vernunft undt bielligkeit, der oberrechtssitzer instruction de anno 1601 undt dem k. allergnäd. rescripto gemäß der vernunft undt bielligkeit. Dann diese beide fürstenthümber also mit einander vorknüpft, das einem vor dem andern kein vorthail zuwachßen solle, wie

<sup>1)</sup> D. h. durch plötzlichen Sprung.



nothwendig geschehen müste, wann auß einem entweder 4 oder auch nur 3 oberrechtsitzer genommen undt also das andere gleichsam gar verlaßen sein solte. Undt eben darumben vielleicht wierdt jedes fürstenthumb in 4 weichbilder getheilet undt ein jedes bey dem collegio durch seynen eigenen landeseltesten particulariter vertreten, ungeachtet in einem fürstenthumb mehr, als im andern, königliche städte seindt. Undt dieses gantz vorsichtig, ne ex inaequalitate, quae omnium dissensionum mater est, facilis oriatur discordia, wie leichtlich geschehen könnte. Dann ohngeacht beyde miteinander, quoad generalia, in ein corpus verfaßet, so muß man doch gestehen, das ein jedes quoad multa specialia seine separirte jura hat. Ant detur disparitatis ratio, warumb in weichbildern und deren landeseltesten die gleichheit gelten undt nicht auch respectu der fürstenthümer selber? . . . [Es folgt eine Interpretation der Instruktion der Oberrechtssitzer]. . . „Negatur . . ., daß diese instruction expresse besage, die oberrechtsitzer sollen ohne unterscheid der fürstenthümer erwählt werden . . ., indehm sogar in ipsa prima fundatione zweene oberrechtsitzer, alß Adam von Seidlitz auf Grunau und Buchwaldt und Hanss von Zedlitz auf Wielekau auß dem Schweydt-nitzischen, die andern zweene aber, alß Caspar von Warnsdorff auf Güssmannsdorff undt Adam v. Lest auf Hohlenstein auß dem Jaurischen genommen worden. . . .“

Grav. 13. [Verwaltung der Landeskasse:] „Daß pro gravamine decimo tertio daß directorium der landessteuercassae unß praelaten undt landesofficirern außer der allgemeinen landttäge nicht zukomme, wirdt bestandigst widersprochen und die h. gegnere durch bießherige ohnunterbrochene observantz über menschen-gedencken des contrarii ipso facto überwiesen. Wollen sie dieses nicht glauben, so belieben sich selbte nur ein wenig genauer in dem belag der sowohl alt alß neuen landessteuerrechnungen zu ersehen, da werden sie schon, wer ab antiquo außer der allgemeinen landttäge die anschaffung an das landtssteueramt gethan, sehen. Fragen wir, wann es unß dictis casibus nicht zukombt, wer denn das directorium führen solle? Der landessteuer-einnehmer allein?, der nur ein bloßer erwählter ist? Wer dirigiret anderswo im lande Schlesien die cassen? Nicht allemahl nach eines und des andern fürstenthumbs verfassung gewieße personae publicae, gleichwie wier sindt? Im Breßlauischen thun es die königl. männer, undt ist im gantzen römischen reich nicht erhört worden, daß ein general- oder landessteuereinnehmer, ungeacht selbter dem land vor die cassa zu stehen hat, für sich selbsten gantz allein mit derselben zu gebahren hette. Seine caution vor die cassa, womit er einem landt verhaftet, extendiret sich auf ein mehrers nicht, alß das er den empfang undt außgaben, wie solche einkommen undt angeschafft werden, fideliter verrechne, die gelder in suos privatos usus nicht verwende, und wann er mit anschaffungsdecreten die ausgaben belegen kan, ist er schon dißfalls ohne weiter verantwortung. Sonsten, wo diese ermangeln, hat er ja unvorneimlich allemahl einen gewissen mangel zu gewarten. Dahero ja nothwendig folget, das ihme daß directorium über die cassa nicht, wohl aber allein dero administration und menagirung der gelder unter einer andern direction zukomme. Welche direction sonsten niemandt haben kan, alß das collegium, weihen die stände ja außer einem allgemeinen landttage in allen sachen und zu aller zeith sich dem collegio undt deßen treu undt gutbefinden, wie oben schon ad gravamen 1 et 2 weitläufig verführet worden, gantz und gar ergeben undt resigniret. So kan ja h. obersteuereinnehmer selbsten nicht umbstehen, daß [er], solang er steuer-einnehmer ist, ja undt allemahl zuer versammlung des collegii zugetreten undt seine ordre vom selbten durch ein ordentliches durch den herren landesbestalten abgefaßetes conclusum eingeholet und empfangen hat. Wie kombt es dann, daß er dieses pro novitate anführen undt die gegenseitige h. stände zu einem gravamine verleiten darf, daß wier, gleich wie unßere vorfahren gethan, von denen der alte Mattheus Günther undt der alte George Über gleichfalls aufgenommen worden<sup>1)</sup>, zu unwidersprechlichem nutzen undt frohmen des landes undt zu abwendung alles besorgenden schaadens und praejudicii den jungen Günther seinem alt verlebten vater zum adjuncten bey der cassa des Jaurischen fürstenthumbs angenommen, indem er bey der cassa gleichsam auferzohgen undt die beste wießenschaft von steuersachen hat, auf das man

<sup>1)</sup> Als Untereinnehmer.

unß nicht andere fremde unerfahrene durch hohe recommendationes eindringen möchte; wie man hoher orten albereit würclich eine gewieße person recommendirt hatte, von welcher wier weder der notwendigen dexterität undt experientz, noch erheischender treu undt aufrichtigkeith halber einige wießenschaft, versicherung oder gewießeheit gehabt. War es dann nicht biellich zuer consolation des alten Günthers, wegen seiner so lange jahr geleisten gutten, treuen undt wohlersprießlichen diensten ihm seinen sohn, der ja im übrigen beßer mit requirirten qualitäten, alß andere alle versehen wahr, pro adjuncto et futuro successore zu nehmen? Gleiche bewandtniß hatte es mit dem Schweydnitzischen cassachalter undt seinem aydamb. Im übrigen aber mögen wier gar wohl leyden, daß unß herr landessteuereinnemer wenigst einen vorschlag inskünftigen thue eines oder des andern subjecti undt unßer approbation, alß die wier die gesambten h. stände außer der allgemeinen landttäge repraesentiren, darauf erwarte. Denn wegen annehmung eines cassachalters einen landttag von ihro m. außzubietten ist wehder des herkommens noch der mühe werth, die gesambten h. stände in mühewalhung undt unkosten zu bringen, leidet es auch nicht allemahl die zeith undt umbstände. Wann nun nicht in abrede zu stellen, daß unß das directorium der cassae, wie obsteht, zukomme, undt h. obersteuereinnemer schon genugsam gesichert ist, wann er die geldtaulagen mit unßern anschaffungen zu belegen hat, so können wier nicht absehen, warumben wier nicht auch berechtiget sein sollen, forderist, wann er nicht einheimisch oder in loco und der casus nicht füglich einen anstandt leidet, die erheischende geldtmittel durch den cassachalter, der ja allemahl in derley fällen des herren obersteuereinnehmers vices vertritt, ohne deßen absonderliches vorwießen oder erwartung seiner ankunft vorschießen zu lassen. Sonstendt kan unß nicht dociret werden, das wier unß jemal unterstanden, die hände für unß selbstn immediate an die cassae zu legen undt ohne zuthat des cassachalters gegen hingebung eines anschaffungsdecreti gelder zu erheben. Eß ist sich aber vielmehr an seiten des collegii zu beschweren, daß sich drey privatstände, alß herr Hans Heinrich graff v. Hohbergk, herr Heinrich Alexander freyherr v. Bibran, der nicht einmahl auß mangel der possession in diesen fürstenthümben vocem in capitulo hat, und herr rietmeister von Sack unterfangen dürfen, nomine statuum dem herren obersteuereinnemer besage ihres schreibens de dato Fürstenstein den 21. Martii laufenden jahres zu befehlen, daß er alle diejechnigen zu itzo schwebender commission dienlich oder benöthigte stücke auß dem steueramte ihnen extradiren solte; undt wieder den herren obersteuereinnemer, daß er sich unterstehen dürfen, ohne vorwießen deß collegii auf requisition einiger particularstände außer allgemeinem landttage, alwo selbte nur qua privati zu consideriren, auch nur das allergeringste hinauß zu geben, indeme notorium undt keiner weiteren deduction bedürftig ist, das die h. stände außer eines verwielligten allgemeinen und öffentlichchen landttages nicht alß stände, sondern nur qua privati zu consideriren. Sonsten, wann außer denen landttägen sie thun könten, was sie wolten, were gewieß der landttag garnicht von nöthen, noch abzusehen, warumben man solche allererst bey ihro m. außbieten, ihro m. aber so gar gespahrsam damit sein solten. Undt wierdt auch in allen kayserrl. erbländern nicht zu befinden noch erhört worden sein, daß sich einige privatstände extra comitia publica imahlen derley begiennen untermaßeß oder auch untermaßen dürfen, ohne vorbewust und consens derjechnigen, so zwieschen den landttägen des landes angelegenheiten zu befördern undt zu beobachten haben. Weihen es aber gleichwohl alda de facto geschehen ist, so protestiren wier praelaten undt landesofficier wieder dieses nichtig und weith außsehendes begiennen quam sollemnissime, entraumen demselben das wenigste nicht, ersuchen aber eine hochansehentliche k. und k. commission dinstschuldigt, quam instantissime, dieses factum ihrer m. . . . selbstn ohnfehlbar . . . zu berichten, damit selbte hiervon wießenschaft haben“ . . . . .

. . . Die vorgenannten 3 Personen dürften nicht „nomine statuum“ handeln, wenn sie nicht einen klaren Beweis für die ihnen tatsächlich und rechtmäßig aufgetragene Macht und Gewalt lieferten, „indem h. baron v. Bebran, wie oben gehöret, ohnedas bey deñnen ständen kein votum hat, h. Conradt v. Sack aber den 5. Dec. 1685 von den h. ständen kein mandatum bekommen. Were es aber ex post, quod tamen iterum negatur, gegeben worden, so were es extra omnem conventum licitum geschehen, der ihro m. notwendig zu denunciren were. Oder wann selbte auch schon von gewießen etwas dergleichen zu produciren hetten, so



wäre es doch nicht genugsamb, wann es nicht wenigst a majore parte statuum herrührete, weihlen auch sogar auf allgemeinen landtügen nur major pars pro statibus et nomine eorum concludiret undt die minora vota gar nicht einmahl attendiret werden; dahero dieses begiennen in ipso sui principio et origine vitios wehre“ . . . „Indeme wir unverneinlich in possessione vel quasi, sowohl mit dem landesarchivo alß steuer-ambte außer der allgemeinen landesversamblungen zu disponiren. Sonsten were unßers collegii gar nicht noth, wann auch außer derley zusammenkunften einem jeden privatstande für sich selbstn oder auch nomine statuum mit einem undt anderen nach belieben zu gebahren freystehet; dahero unß durch dieses pendente lite sich ereignetes attentatum unlaugbar ein hochverbothener weith außsehender eingriff in unßere authorität, praerogativas und gerechtsambe geschehen ist.“ . . . „Haben doch ihre m. sogar dem h. landeshauptmann sein jus nicht benommen, die h. stände zu anhörung dero commissions-vortrag amtes zu convociren, ohngeachtet selbter sowohl, alß wier, gegenparth. Warumben solten wir dann gleich contra communem juris regulam, quod pendente lite nihil sit innovandum, unßeres juris eiusdemque possessionis vel quasi also via facti unangehöreter entsetzet werden?“ . . . Insbesondere würde der Einfluß der Prälaten „sowohl bey dirigirung der cassa, alß deß landesarchivi“ und mit ihm der des ganzen Collegiums auf einmal aufgehoben sein, „wann die h. gegnere so gestalten pro legitimis statibus extra conventum publicum gelten solten“.

Grav. 14. [**Einkommen des Landeshauptmanns:**] Betr. die Besoldung des Landeshauptmanns mit 3000 Rtl.<sup>1)</sup>, von denen er doch die Amts-Kanzlei mit 1080 fl. unterhalten müsse, während er auf die Naturaleinkünfte, Güter, Mühlen und Vorwerke, „worvon sonsten die landeshauptleute gelebet“, habe verzichten müssen.

Grav. 15. [**Steuerexekution:**] . . . Es „ist zu berichten, das die steuer-resta einzutreiben dem ober-steuer-einnehmer incumbiret. Ich landeshauptmann . . . verlange mich in das steuerwehßen, allwo die h. stände mier ohnedas kein jus zu gestehen vermeinen, alß ein ohne das sehr odioses werck gar nicht einzumischen“. Das k. Oberamt wolle von den einzelnen säumigen Steuerzahlern nichts wissen, sondern halte sich nur an die Fürstentümer, von denen die Reste nicht eingebracht würden.

Grav. 16. [**Ausschußtage nach Fürstentagen:**] Dies sei bloß eine Neuerung zum Zweck der Stürzung des Collegiums der Prälaten und Landesoffizierer, weshalb es „wieder derley unnothwendige kostbare deputation ein für allemahl feyerlichst protestiret. Im wiedrigen, solten inß künftige nebst dem collegio noch weitere deputirte zugelaßen werden, werden ohnfehlbar die k. städte, wie selbte dann albereit dieser hochansehnl. k. commission pro gravamine schon eingebracht haben, ihrerseits gleichmäßig einige darzu deputiren wollen, weihlen sie pro tertia bey dem lande wegen ihrer landtgüter concurriren müßen; welches doch die h. stände selbst nicht zugelaßen zu sein vermeinen, sie geben rationem disparitatis.“

Grav. 18. [**Ein jährlicher Landttag:**] „Nach geschloßenem fürstentag allemahl einen allgemeinen landttag halten zu lassen undt die repartition der praestandorum einzurichten, nicht minder zugleich dabey die steuerrechnung abzunehmen, ist abermahlen nichts anders, alß eine neuerung bloß zum abbruch deß collegii bießeriger authorität, macht undt gewalts . . . , weihlen etliche privatstände sehen, daß sie doch zu keinem landesofficio wirklich gelangen können . . . , folgar ihro m. . . . confirmationes der landes-officierer undt dieß ohrtes so vigilante bießerige vorsorge ipso facto eludiren können. Ja, man hat ab adverso hierinnen so gar weith sich vergangen, daß man sich nicht einmal zurickerinnert hat, waß man pro gravamine decimo begehret, alwo endlich anders nichts gesucht worden, alß das es bey dem collegio undt acht deputirten zu der steuerrechnungsabnahme sein verbleiben haben<sup>2)</sup>, denen letztern jedoch jedem ein exemplar darvon bey zeiten gleich denen landesofficierern zum ersehen zugesendet undt zugleich dieser deputation ein penetrantes votum im nahmen des gantzen landes hinkünftig eingeräumt werden möge.“

Grav. 29. [**Stellung des Landschreibers:**] Betr. den Streit über die Stellung des Landschreibers:

<sup>1)</sup> Vgl. nachstehend S. 328.

<sup>2)</sup> Jetzt aber verlange man einen großen Ausschuß.

„Nun ist alda weiter in facto zu wießen, daß der terminus „landesofficierer“ in diesen beiden fürstenthümben nicht simpliciter einen jeden landesbedienten indistincte, wie etwan bey andern fürstenthümben geschehen mag, besaget, sondern per receptum ab antiquo loquendi usum et per quandam quasi eminentiam niemahlen anderst alß von dehnen jehnigen personen, so ein formale votum activum in dem collegio der h. praelaten undt landesofficier haben, verstanden worden, wie da seindt die h. oberrechtsitzer, die landeselstisten undt landesbestalte. Wiewohl dann nun der landtschreiber auch nebst dem collegio pfleget gleichfalls vociret zu werden, so ist ihm doch derley niehmalen, noch einig solche praerogativa eines voti activi eingeräumt worden, weihlen er bloß undt allein ein schreiber des landes ist, die resolutionem zu expediren undt des landes archivum zu verwahren hat. Dahero habe ich ihn in hac significatione keinesweges für einen landesofficier erkennen konnen: Sonstendt hette sein vorfahrer, weyland h. Zacharias Allart<sup>1)</sup>, welcher weder von adel noch ein eingebornher dieser fürstenthümer, viel weniger jemahlen ein mitstand des landes, dennoch sowohl alß der itzige Gottfried von Zedlitz das landes archivum in verwahrung undt die registratur in seiner direction gehabt hat, gleichfals ein landesofficierer sein müßen, welches doch er Allart sich weder jemahlen arrogiret, noch die h. stände ihm alß einer unadelichen person attribuiret undt zugestanden haben.“ Seine Aufgabe auf dem Landtag ist, das Landesregister zu verlesen. . . . „Der königin Annae, kaysers Caroli undt könig Wenceslai . . . privilegia et acta erkennen freylich den landtschreiber illorum temporum für einen landesofficier undt daß derselbte ein eingebornher vierschielliger biedermann allemahl sein solle. Aber dazumal, id est anno 1631, wurde nur der landescantzler, so der von Forchtenau war, landtschreiber genannt, weil eben die landescantezley denen h. ständen pro 32000 thl. versetzt geweshen, die lehntaxa dem lande gehöret undt der landescantzler zugleich das landesarchivum mit in direction undt verwahrung gehabt. Nachdem aber successu temporis, alß anno 1636 den 9. April, ihro m. weyland Ferdinando III. . . . die landes- oder lehenscantezley wiederumb von dem lande durch das collegium derer h. praelaten undt landesofficierer praesentiret undt abgetreten worden undt durch eine allerhöchstgedacht ihro m. absonderlich vereydete vierschiellige adelliche person dirigirt undt administirt zu werden angefangen, die h. landtstände aber gleichwohl auch imandenen wiederumb haben müßen, da ist ein gantz separirter landtschreiber von dem landt aufgenommen, die landesacta von den lehensactis völlig separirt undt selbtem das landesarchiv zu verwahren anvertrauet, er auch von dem landt absonderlich in die pflicht genommen undt dem einmahl schon königlich gewordenen landescantzler, sich in die direction der landesacten einzumischen, untersaget worden.“ . . .

Grav. 30. [**Agenten:**] „Keinen agenten bey dem k. hoff ohne der gesamnten h. stände einwilligung aufzunehmen, ist wieder des collegij bießherige praerogativas undt gerechtsambe, welches sich dieses auch weiter nicht nehmen leßet; undt vielmahl auch die zeit nicht leidet, noch der mühe werth ist, erst derentwillen einen landttag außzubietten. Daß aber solcher agent mit mir landeshauptmann nicht correspondiren solle, habe ich als eine scheinbare calumniam biellich ad animum zu revociren, so zu vindiciren mir auf alle weise reservire, quasi vero ich pestis patriae wäre oder verbothene correspondentz mit dem agenten pflegte. Zumahlen meine vorfahrern, in specie weyland h. baron von Nostitz, ja von wochen zu wochen seine correspondentzschreiben von des landes agenten gehabt hat. Daß aber bießweihlen sachen nach hoff gesendet werden, so einigen particulieren von denen ständen contrair sein möghen, laße ich leichtlich zu. Darumben aber kann mir niemandt mit fug beymeßen, vielweniger darthun, das ich jemahlen etwas nach hoff geschickt, so meinen pflichten, womit ich sowohl ihro m., als dem landt verbunden bin, entgegen lieffe.“

Grav. 31. [**Amtsberichte:**] Das Verlangen der „communication der k. amtsberichte“ griffe sogar ihrer Majestät selbst in die „arcana status et regiminis“.

Grav. 33. [**Oberkriegskommissar:**] Bei Truppendurchmärschen habe auch das k. Oberamt selbst

<sup>1)</sup> Vgl. vorher S. 113 u. J. Krebs, Tagebuch des Zacharias Allart.



„ober-commissarios denominiret“. Sigmund v. Falkenhain sei ihm von den Landesoffizierern und städtischen Deputierten vorgeschlagen worden.

Grav. 39. [Installation der Offizierer:] „Daß 39. ist albereit oben schon ad septimum beantwortet und die uhrsach angeführet worden, warumben der neue landesbestalte nicht denen gesambten h. ständen vorgestellet undt installiret worden; darbey nur so viel annoch zu erinnern, das vor diesem die landes-officier nur simpliciter von dehnen h. ständen erwehlet, dem k. ampte praesentiret undt von selbtem also-baldt gleich in uno tractu bey eben diesem landttag der election dem privilegio gemeiß confirmiret worden, welches dann eo ipso pro actu installationis gehalten worden. Nachdem es aber tractu temporis ihro m. . . . gefallen, keinen mehr ohne vorhergehende dero . . . approbation amptes confirmiren zu lassen, wirdt niemandt von dehnen h. gegnern . . . darthun können, das einiger landesbestalter anderer gestaltdt, alß wie mit dem itzigen geschehen, installando wehre verfahren worden . . .“ Die ganzen Beschwerden seien entstanden, „weil der v. Pannwitz wieder der h. evangelischen willen von ihro m. allergnädigst darzu resolviret worden“.

[Bestätigung der gewählten Offizierer:] Folget die consignation derer nachgetragenen und den 15ten Octobris wie auch nachgehends in anno 1686 bey einer . . . k. und k. commission in Schweidniz übergebenen commun- und particular-gravaminum<sup>1)</sup>.

Wegen confirmation der landesbedienten: Ew. hochfreyherrl. gn. können wir über bishero . . . eingereichte gravamina auch dieses pro singulari gravamine geziemendes vorzutragen nicht unterlassen, wasgestalt von . . . s. gnd. dem k. herrn landeshauptmann und seinem h. vorfahrn . . . ihro excell. herrn grafen von Schaffgotsch von wenig jahren her diese netierung eingeführet werden wollen, dass die von denen . . . ständen vermöge der privilegien und uhralten herkommens eligirte landesbedienten zu ihrer function nicht haben admittiret werden wollen, bis sie nicht zuvor von ihro k. und k. m. absonderlich sind confirmiret worden. Weiln nun diese confirmationes 1.) gantz neuerlich und vor diesem nicht erhöret worden, sondern gnug gewesen, wann ein landesbedienter durch die freye wahl der . . . stände erkohren, dem der herr landeshauptmann in praesentia der sämptlichen anwesenden . . . stände glück gewünschet; 2.) selbige auch wider die privilegia, observanz und landesverfassung dieser fürstenthümer; wie nicht weniger auch 3.) der allergnädigsten erklärung sub dato Wien den 25. Jun. anno 1678, sowohl auch dem allerneulichsten k. und k. decreto, worinnen sie der stände freye wahl auf einige weise zu kräncken gar nicht intentioniret zu seyn sich . . . erkläret, gänztlich zuwiderlaufen; zumaln 4.) es allein umb die landesbedienten zu thun, so von denen . . . ständen aus ihrem corpore erwehlet und von dem land aus seinen eigenen mitteln besoldet werden; und hierdurch 5.) zwischen catholischen und evangelischen ständen bishero verdriessliche collisiones und undienliche separationes wider ihro m. bey jüngstem landtage eröffnetes sub dato Wien den 17. Novemb. 1685 ergangenes . . . rescript verursacht; 6.) nicht weniger hierdurch der freyen wahl der . . . stände praejudiciret und allerhand schädliche consequentien veranlasst worden; da doch 7.) die . . . stände einander selbst am besten kennen, wer zu diesem oder jenem landesdienste erforderde qualitäten und requisita hat; dannenhero 8.) ihro m. höchst angelegene dienste und das bonum publicum zu allen und jeden zeiten desto stattlicher und zuverlässiger befördert; auch 9.) vor den netierlich aufgebrauchten confirmationen keine unkosten und ungelegenheit wegen solcher confirmationen denen . . . ständen verursacht worden; welche aber 10.), wenn es bey solchen confirmationen über zuversicht gelassen werden solte, allemahl bey einer jeglichen vorgehenden wahl aufs neue zu besorgen sein; und 11.) dardurch die . . . stände bey anderwertigen überhäufften schweren contributionen zu denen allgemeinen beyträgen incapabel gemacht; und 12.) zwischen beyderseits ständen die vordem unterhaltene gute harmonie und aufrichtiges deutsches gemüthe und vertrauen geschwächt, die landesverfassung zerrüttet und schädliche erneuerungen eingeführet;

<sup>1)</sup> Ebd. vol. I, Bl. 122 a f.

consequenter 13.) ihre k. und k. m. und dero k. hoff bey dero anderwertigen höchstangelegenen reichssorgen öfters überlaufen und ohne noth behelliget werden würden; indem doch 14.) die . . . stände keine andere, denn zu ihren landesdiensten capable subjecta erwehlen; und 15.) allein nach dem antrieb ihrer gewissen und sonder einige reflexion auf eine oder die andere religion zu machen, die wahl allemahl fortstellen und ihre m. allergnädigste intention zu erreichen sich bemühen; und 16.) die vorhandene landesbediente solches allemahl würcklich zeitigen müssen, indem fast kaum der dritte theil von selbigen mehr evangelisch; da doch 17.) vermög des instrumenti pacis Osnabrugensis und hierauf allergnädigst ergangener declarationen die evangelischen gleichwohl des exercitii Augustanae confessionis geniessen und deshalb keiner praeterition oder derogleichen kummers, also auch verhoffentlich von denen k. und landesdiensten keiner ausschliessung sich zu besorgen; zumahn 18.) ihre vorfahren vor sich und ihre nachkommen mit so ansehnlichen privilegien begabet; welche sie auch 19.) in dem langwürigen und höchst gefährlichen deutschen kriege durch darsetzung ihres haab und guttes, ja leib und lebens vor ihre k. und k. m. und das hochlöbl. ertzhaus von Oesterreich; wie ingleichen auch 20.) bey dem jetzigen schweren und blutigen türckenkriege durch hergebung des ihrigen und ihrer unterthanen vermögens zu abführung der treuhertzigten hohen verwilligungen mit sonderbarem eyffer und devotion verhoffentlich meritiret, auch fernerweit jederzeit zu meritiren nach äussersten kräften . . . wir erböthig sind: Als verwendet an e. hochfreyherrl. gn. unser gehorsambst- und inständigstes bitten, bey ihre k. und k. m. uns dahin verbitten zu helfen, womit hinführo es bey dem alten herkommen gelassen und derogleichen confirmationes allererst anzubitten die von denen gesambten . . . ständen erwehlende landesbedienten nicht angehalten werden möchten . . . etc.

Schweidniz den 14. Octob. 1686.

Am 16. Oktober erfolgt eine Beschwerde der „gesambten herren stände 1.) in puncto der lehnmuthung. 2.) der von denen pupillen beghehrter doppelter taxae und 3.) des h. landeshauptmanns neuerlich anmassenden praesidii und voti conclusivi bey denen landes-steur-raytungen“<sup>1)</sup>.

Aus den weiteren Schriftsätzen über einzelne Beschwerden und deren Begründung<sup>2)</sup>:

[**Amtseinkommen des Landeshauptmanns:**] Ihr gn. des hern landeshauptmanns bericht wegen der k. amtsbage und dass die 3000 rthl. kein perpetuum, sondern nur ein gratuitum semper revocabile und so lang es denen herren ständen beliebig wäre.

Hochwürdigster pp. Aus ew. hochfürstl. durchl. und eminenz, ew. excellenz und meiner hochgeehrten herren oberamtblichen rescriptis vom 10. und 21. Junii jüngsthin habe . . . vernommen, welcher gestalten ihre k. m. . . von dero k. oberambte einiges gutachten . . . verlangen, wie alle unnöthige ausgaben und überflüssige besoldungen ersparet werden könnten, worüber auch mein parere auf das ehiste einzuschicken von k. oberamtswegen begehret worden. Hierauf nun . . . zu berichten, dass vor alters meine allhiesige amts-antecessores anstatt ihrer besoldung jährlich ein mehrers nicht gehabt, als 1200 scheffel so genanntes hertzog-getrayde, halb an korn und halb an haber, mit welchem sie aber successu temporis gar nicht bestehen können, sonderlich da bey den vorgewesenen kriegerischen irregular-zeiten die fürstenthümer vollends totaliter ruiniret und verwüstet worden, also dass bereits zuvorhin im andern seculo dieses amt der landeshauptmannschaft — wie die allhiesige archiva bezeugen — ein gewisser landsass der allzu geringen einträglichkeit halber auf alle weise depreciret, bis endlichen der graff Ludwig von Stahrnberg die sache dahin eingerichtet, dass anstatt obgemeldten hertzog-getreydes und zu besserm unterhalt denen landeshauptleuthen von land und städten dieser beyden fürstenthümer jährlich 3000 rthl. mit als ein perpetuum, sondern merum gratuitum revocabile constituiret und bewilliget worden. Allermassen ich zwar diese 3000 rthl.

<sup>1)</sup> Ebda. Bl. 137 ff.    <sup>2)</sup> Ebda. Bl. 143 ff.



jedoch gegen verbindlichen revers, dass es zu einiger schädlichen consequenz nicht gereichen, weniger denen landes privilegien und observanz hierdurch am mindesten praediciret werden solte, noch bis dato zu empfangen; hingegen aber dem amtscantzler, welcher mir laut seines juraments . . . mit allem schuldigen respect und gehorsamb absolute verbunden, als meinem untergebenen jährlichen mit 400 thl. schl. nebst dreyen cancellisten und einem registratore mit ebenmässig 416 thl. und derogestalt zusammen 816 thl. zu besolden habe; zu geschweigen, was von dieser gage bey denen vier quartalien in Schweidnitz zu ausrichtung des sogenannten zwölferpanckets — welches von alten zeiten durch die landeshauptleuthe zu praestiren introduciret worden — wie auch sonst allenthalben erogiret und angewendet werden muss. Besonders da an liegenden gründen nichts, als das einzige sogenannte Schlossforwerg zu geniessen, welches in 24 scheffeln aussaat bestehet und kaum sufficient, diejenigen leuthe, pferde und wagen auszuhalten, welche mir zu meinem haus und beheizung der cantzley über winter das benöthigte holtz, so jährlich über 700 klaftern beträgt und entweder von meinen gütern geschlagen oder anderwärts baar erkaufet werden muss, herbeyschaffen müssen. Gestalten ich beynebenst weder von denen k. lehngeldern — ausser was bey denen extrans, so sich allhier niederlassen, das uhralte constitutum für die landeshauptmanschaft beträgt —, noch auch von denen k. amtscantzleysportulen keinen kreutzer participire. Sondern wie die ersten für ihre k. m. zu dero allhiesigen landescantzley von allen kaufen, pfandesversicherungen, lehen und belehnungsbriefen, testamenten und was die königl. lehnshand zu bestreichen nach gewissem aussatz abgegolten und hernachmals annuatim zu dero k. schlesischen cammer richtig verrechnet und eingeliefert werden, also hat die andern einkünfte von meinen amts-vorfahren die cantzley für sich erhalten, welche auch noch völlig daselbst ad cassam kommen, an seithen des amts-cantzlers durchgehends pro dimidia parte — ausser den classifications-bescheiden, wovon die cantzleyverwandten nur das vierte theil empfangen — zu erheben und in ansehung der zimlich weitläufigten fürstenthümer und daher rührenden überhäuftten amts-expeditionen von solcher austräglichkeit zu erlassen, dass besagter mein amtscantzler respective gegen mich nebst meiner obgedachter massen ihm reichenden besoldung weit größere einkünften zu geniessen hat. Da doch bey andern k. ämtern die landeshauptleuthe nit allein zum theil über ihre besoldung importante amts- und cammer-güter für sich zu benutzen, wie nit weniger die k. lehngebührrüsse einzunehmen und respective, soviel mir von denen fürstenthümern Oppeln und Rattibor bekannt, wegen der quartals-tractamenten von der k. cammer gewisse adjut-gelder zu empfangen, sondern auch fast aller orthen von denen amtscantzleysportulen auf ein hohes mit zu participiren pflegen.

Und weilen dann e. hochfürstl. durchl. etc. . . hieraus . . . ersehen können, dass in ansehung derer grossen und vielfältigen ausgaben bey allhiesiger meiner . . . anvertrauten landeshauptmanschaft respectu derer von landt und städten per modum gratuiti constituirten besoldung, so viel mich betrifft, gantz kein überfluss zu verspüren, beynebenst auch in allhiesigen fürstenthümern niemand ausser denen cammerbedienten zu befinden, welche von k. cameral-gefallen, als worauf ihrer m. . . intention gerichtet zu seyn scheint, salariret wird, recommendire mich dannenhero . . ., Jauer den 26. Junii anno 1679.

An das hochlöbl. k. oberamt.

[Wahl der Quartier- oder Landkommissare:] Wie es hinführo wegen der land-commissarien vielheit, autorität, dependenz und instruction in jedem weichbilde solle gehalten werden: In jedem weichbilde solle einer gewehlet werden von selbigen weichbildes ständen bey allgemeinem landtage, craysstage oder engen zusammenkunft und verbleiben bis zu dem nächsten landtage oder engen zusammenkunft oder craysstage, da es dem weichbilde frey stehen solle, ob sie ihn ferner behalten oder einen andern wehlen oder er auch selbst resigniren wolle. Und soll derselbe ein büchlein haben, worinnen alle dorfschaften selbigen weichbildes und die quartiere, [die] daselbst gemacht worden, verzeichnet und des landeseltestens obengesetzt, auch auf begehren jedem stande zu seiner nachricht vorgezeigt werden soll. Und soll seine instruction und dependenz nicht von dem landeseltesten, sondern dem weichbilde haben, jedoch mit

dem landeseltesten nach nothdurft correspondiren und weiter nicht, als an die grantzte seines weichbildes gehen, jedoch die vorgespann, so etwan über die grantzte bis ins andere quartier mitgehen, selbst abholen, durchgehends aber bey den einquartierungen die gottgefällige gleichheit nach anzahl der baurhuben observirt und niemand verschonet werden solle. Mit denen scholzen aber die commissariat zu bestellen, wird nicht für practicirlich gehalten. Und soll ein jeder commissarius vor sein geld zehren und eigene pferde haben. Die instruction aber soll bey jetziger zusammenkunft noch aufgerichtet und der commissarii authorisirung von dem k. amte gebethen werden.

[Landeskasse, Landeshauptmannschaft, Assistenzräthe:] An ihre k. und k. m. wegen eröffnung der cassae, besetzung der landeshauptmannschaft wie auch der assistenzraths-stelle.

Die Stände bitten, „dass e. k. und k. m. auch nachfolgende unsere unumgängliche allerdemüthigste preces in . . . erhörung ziehen werden, womit nehmlich 1.) uns die zu derer an e. k. und k. m. hoff dissfalls abgefertiger deputirten reyse und verpflegung aufgewendete, wie auch bey der darauf allergnädigst resolvirten hochansehnlichen commission aufgelaufene und ferner bedürfende kosten und liefergelder mit völliger widereröffnung der höchstunbefugt von gegentheiliger seite verschlossener, uns immediate und eigenthumblich gehöriger landescassa fördersambst entrichtet und ausgefolget; 2.) wenn ja einige veränderung durch todesfall oder andere vacanz bey hiesiger landeshauptmannschaft vorgehen sollte, die . . . stände bey ihren wohl[her]gebrachten privilegii manuteneiret und mit einem solchen subjecto, welches in hiesigen fürstenthümern eingebohrt und nicht einen allzugrossen anhang und freundschaft habe, weil bisshero die erfahrung ausgewiesen, dass aus derley ursach viel und grosse inconvenientien erwachsen, allergnädigst beobachtet und versorget; wie nicht weniger auch 3.) nachdem e. k. und k. m. wegen bissher übel administrirter justiz resolviret, eine andere formam regiminis in hiesigen fürstenthümern zu stabiliren, derogestalt, dass zwey subjecta aus dem mittel der oberrechtssitzer dem landeshauptmann als assistenzräthe cum voto nebenst dem stimmässigen cantzler adjungiret werden solten, auf dass sothanes assessorat, wie ohndem von sich selbst die höchste nothdurft erfordert, mit wohlqualificirten und rechtsverständigen, in hiesigen fürstenthümern eingebohrten vierschiltigen subjectis, welche nicht, wie theils jetzige oberrechtssitzere, zugleich oberamts-räthe wären, bekleidet, auch dabey die freye wahl der oberrechtssitzer, bisheriger uhralter observanz gemäss, dem lande . . . reserviret werden möge. Allermassen wir denn hierumb alles unterthänigst und inständigsten fleisses bitten . . . den 23. Octobris 1686<sup>1)</sup>“.

[Gehalt der Assistenzräthe:] Memorial wegen salarirung der herren assistenzräthe: PP. Obwohl vermög dieser beyder fürstenthümer uhralter wohlervorbener k. und k. privilegien, besonders weyland kaysser Carls des IVten und königs Wenceslai . . . begnadigung de anno 1369 heylsambst constituiret, dass in diesen beyden fürstenthümern nur ein hauptmann und ein landschreiber, beyde aus einem dieser lande zu der Schweidnitz oder zu dem Jauer geböhren und in einem derselben gesessen seyn solle, welches auch von allen nachkommen den königen zu Böheim, besonders von kaysser Rudolpho II. in weyland Haanssen Seydlitzes, hauptmanns, instruction und confirmation de anno 1610, wie auch jetzo glückseligst regierender k. und k. m. unter dero k. und k. hand und secret-insiegel . . . confirmiret worden, so veneriren doch die . . . stände . . . die allermildreicheste landesväterliche vorsorge ihre k. und k. m., dass dieselbe . . . geruhen wollen, die seithero sehr gefallene justiz in diesen dero beyden erbfürstenthümern als ein fürnehmes fulcrum rei publicae in k. und k. gnaden aus wichtigen ursachen hinwiderumb zu erheben und zu stabiliren und zu dem ende dem allhiesigen herrn landeshauptmann zwey qualificirte und rechtsverständige subjecta aus dem mittel der oberrechtssitzer cum voto nebenst einem stimmässigen cantzler zu adjungiren. Damit nun sogedachter beyder künftiger h. assistenzräthe bevorstehende bestallung und salarirung — weil

<sup>1)</sup> Ebda. Bl. 186.



der h. cantzler bereits durch den h. landeshauptmann besoldet wird, auch ergiebige accidentia aus der k. amtscancelley und derselben sportulen zu geniessen hat — bey jetzigen schweren läufften ohne abbruch ihro k. und k. m. ohnedem so hochbeschwerten cameralis dero allergnädigsten begehren nach ad certum tempus und zum versuch durch die löblichen . . . stände bestritten werden könne, als haben die gesambten von dem gantzen lande erkohrne deputati kein füglichers mittel zu erreichung dieses zwecks ersehen können, als dass von demjenigen gratuito et revocabili, welches seithero dem herrn landeshauptmann conditionate und dass solches alle 3 jahr widerumb gesucht werden solle, verwilliget worden und an landes seiten jährlich auf 2000<sup>1)</sup> rthl. sich erstrecket, die salarirung derer zween obbenannten assistenzrätthe nach ihro k. und k. m. allergnädigstem aussatz ratione quanti hergenommen und dieses auf drey jahr lang continuiret werden solle, weil selbige ohnedem auch als oberrechtssitzer und zwar ein jedweder jährlichen 200 rthl. als besoldung ex aerario communi erheben. Das residuum aber, so nach abzug dieser von ihro k. und k. m. allergnädigst determinirender besoldung von denen 2000 rthl. noch überbleiben möchte, könnte dem herrn landeshauptmann nebenst seiner alten und ordentlichen amtsgage, die in gewissen so genannten hertzoggetreyde und andern, wie einer hochlöbl. k. und k. commission bereits absonderlich ausführlich remonstrirt worden, bestehet, unter obigen conditionen, besonders aber auch, dass hingegen die 1052 thl., welche anstatt des sogenannten hertzoggetreydes seithero dem h. landeshauptmann gereicht worden, denen . . . ständen zurückfallen müsten, weil beydes nicht zugleich und also doppelt gegeben werden kan, einer hochlöbl. k. und k. commission zu ehren überlassen werden. Wobey aber an sich selbstn ausfündig, daß die h. assistenzrätthe, qua tales, ausser ihrer besoldung keine liefergelder würden zu empfangen haben, weil sie, wie schon erwahet, auch als oberrechtssitzer allein ihre jährliche besoldung und keine liefergelder bekommen und ratione ihres assessorats ohne dem allstets in loco seyn müssen. Dafern aber selbige ausserhalb der quartalien und der k. amtsstelle, sie sey, wo sie wolle, als oberrechtssitzer in engen zusammenkunften oder andern allgemeinen landes-angelegenheiten zu negotiiren gebraucht werden solten, würden selbige, gleich wie andern geschieht, mit gehörigen liefergeldern zu versehen seyn . . .

Einer hochlöbl. k. und k. commission pp. den 23. Octobris 1686<sup>2)</sup>).

129.

1690. [Jauer.]

### Prälaten und Landesoffizierer bestreiten den Städten das Recht, neben ihren Einzelvoten noch ein Gesamtvotum als Städtekurie abzugeben.

Nach-Proposition zum allgemeinen Landtag vom 15. bis 18. Februar 1690 betr. den zwischen den Landständen und Städten darüber ausgebrochenen Streit: „dass die k. städte über die gethane landesproposition und abgelegtes votum des löbl. landes mit dem ihrigen gleichfals zu folgen, die löbl. herren stände hingegen aus der ursachen solches nicht nachzugeben vermeinet, weilen die k. städte zu denen allgemeinen landtagen weiter nicht, als so weit selbte mit dem landt liegen, admittirt würden, iede dehrerselbten auch nur derentwillen in dem landregister eingetragen zu befinden und abgelesen würden, auch albereit ein iede bey ihrem weichbildt super passibus propositis mit ihrem voto particulari admittirt worden, dahero dieses petitum dehrer von städten etwas ungewöhnlich und neues wäre; die k. städte sich hingegen vielmehr auf die biessherige observanz gründen und dass sie als städte wenigst ad votum separatum admittirt, auch darbey amts manuteniret zu werden verhofften und bähnen“.

Das Amt verschob die Antwort auf den nächsten Landtag, dieser aber hat sich nach den Akten nicht mit der Frage befaßt. Bei der engen Zusammenkunft zu Jauer am 30. und 31. März 1690 faßten die Prälaten und Landesoffizierer ihre Auffassung dahin zusammen, „dass wann von dem collegio derer herren praelaten und landesofficierer einiges votum abgelegt wirdt, man dem städtischen collegio sein votum gleichfals nicht benehmben, sondern willigst gestatten wolle. Wann aber bey allgemeinen landtage die

<sup>1)</sup> = 3000 Thl., vgl. S. 328. <sup>2)</sup> Ebda. Bl. 188.

herren praelaten und landesofficiri nicht collegialiter, sondern ein iedweder vor seine persohn sein votum bey denen weichbildern, wo sie hingehören, abgelegt und derer k. städte deputirte nebenst ihnen zu einem wirklichen voto admittiret worden, scheint aller verfassung und der gesunden vernunft zuwieder, denen k. städten ein anderwertiges votum collegialiter zu verstatten, welches auch schwerlich jemahls geschehen, oder da es inadvententer etwan einmahl eingeschlichen, als ein abusus zu cassiren und aufzuheben wehre.<sup>4</sup> Sonst würden ja die Städte im Jahr zweier Vota sein.

Kgl. St.-A. Rep. 39 S.-J. II 3 e.

130.

1692 Juli 30. Jauer.

**Bericht über die Einsetzung des Landeshauptmanns v. Sintzendorff und zweier Assessoren des k. Amts.**

Demnach der hoch- und wohlgebohrne herr, herr Hannss Friedrich freyherr von Nimptsch, herr auf Oellse, Ullersdorff, Falckenhayn, Neudorff, Teichau, Arnss- und Wickendorff, dehro r. k., auch zu Hungarn und Böheimb k. m. gewesener rath und vollmächtiger landeshauptmann der beyden fürstenthümer S. und J., dessen zwanzig-jähriges geführtes governo dieser fürstenthümer den 19. Aprilis anno 1692 durch erfolgetes seel. ableben löblichst beschlossen, als haben . . . ihre k. und k. m. hierauf den hochgebohrnen herrn, herrn Johann Joachim Michael, des heyl. römischen reichs erbschatzmeistern und burggraffen zu Rheinegg, graffen und herrn von Sintzendorff, freyherrn auf Ehrensbrunn, herrn zu Rogendorff in Pöggstall undt der herrschaften Plan, Gottschaw, Leyben, Weittenegg undt Zelcking, erbschencken in Oesterreich ob der Ennss, dehro k. undt k. m. rath undt wirklichen cämmerern p., zum successore dieser vacant gewordenen vollmächtigen landeshauptmannschaft . . . erhoben undt selbten auf zuvorher ergangene convocation dehner sämbtlichen . . . stände von landt undt städten bey dem in Jauer den 28. Juli ernelten jahres gehaltenen allgemeinen landtage durch dehro hiez zu constituirte k. undt k. herren commissariern, benentlichen die hoch- undt wohlgebohrnen herren, herrn Caspar Alexandern freyherrn von Mennich, herrn auf Groß-Mohnau, Gross- undt Klein-Briesa, . . . ihre m. wirklichen k. oberamtsrath im herzogthumb Ober- undt Nieder-Schlesien p., undt herrn Hannss Heinrichen freyherrn von Nimptsch, herrn auf Oellse, Ullersdorff, Neudorff, Arnss-, Wickendorff undt Teichau, ihre m. wirklichen cämmerern, dieser beyden fürstenthümer S. undt J. oberrechtssitzern undt landeseltesten wie auch des k. manngerichts zu Schweidnitz untersetzten hoffmeistern undt hoffrichtern p., als vorhero wohlbesagten . . . ständen ihre darwieder movirte bedencken in vorschützung dehro habenden privilegien, welche ein bey ihnen eingebohrn- undt angesessenes subjectum zu der landeshauptmannschaft erforderten, durch gnugsamen einhalt gewisser der k. allergnädigsten instruction<sup>1)</sup> inserirter wichtigen motiven undt sincerationen, welche extractive also lauten:

**[Bedencken gegen einheimische Landeshauptleute:]** „Solten mehrgedachte stände dennoch ihre privilegia vorschützen wollen, werden unsere commissarii ihnen . . . fürzuhalten haben, [dass] zumahlen contra praesidem incolam et possessionatum der zeit wichtigere rationes, als pro, vorhanden — zu geschweigen, dass aperti juris wehre: quod a praeside in ea provincia, in qua administrat, totum id, quod per ipsum vel suppositam personam comparatum est, infirmato contractu vindicetur et aestimatio ejus fisco inferatur — so nicht unbillich in ratione fundiret, dass ein inquilinus et in provincia possessionatus bey dehnen inwohnern ejusdem paritatis den erforderten respect, wie ein fremder, nicht hat, den contributionslast seiner gütter von sich ab- undt auf die provinciales zu welzen, die umb seine gründe liegende possessiones nicht allemahl per fas an sich zu bringen, die justiz auch ob connexionem mit seinen befreundten undt anverwandten nicht allzeit unpartheyisch zu administriren undt seine actiones sonsten ex affectu zu dem vaterlande, wie es unser dienst undt landesfürstliches interesse erfordert, nicht zu dirigiren pfleget; zu geschweigen, dass in theils unserer erbländer und fürstenthübern sich contraria privilegia finden,

<sup>1)</sup> De dato Laxenburg, den 1. Juni 1692. a. a. O.



daß die stände einen frembden landeshauptmann sich auszubitten befuget. Dehme allen aber ungeacht wier gnädigst wohl zufrieden wehren, dass diese installation salvis privilegiis statuum dennoch vollzogen undt von ihnen commissariis dehnen ständen auf ihr verlangen reversales hierüber gegeben werden pp<sup>4</sup> gänztlichen benommen worden undt sie herren stände ihre m. . . . resolution sich allerunterthänigst undt einhellig submittiret, zu sothanen ampte behörigst installiren undt in eydt undt pflicht nehmen lassen, wie nachgesetzte formula juramenti besaget:

[**Eid des Hauptmanns:**] Ich N.N., der fürstenthümer S. undt J. gevollmächtigter hauptmann, globe undt schwere gott dem allmächtigen, der gebenedeyeten undt von der erbsünde unbefleckten mutter gottes, allen heyligen undt dem allerdurchlauchtigsten, grossmächtigsten undt unüberwindtlichsten fürsten undt herrn, herrn Leopoldo, erwählten römischen kayssern, auch zu Hungarn undt Böhmeimb könige, als meinem könige zu Böhmen undt obristen hertzen in Schlesien, zu Schweidnitz undt Jauer, meinem allergnädigsten kaysser, könige undt erbherrn, in dem ampte der hauptmanschaften ernenter fürstenthümer, darzu ihre m. mich auf gewisse maass allergnädigst bestellet haben, getreu undt gewärtig zu sein, ihrer k. undt k. m. undt besagter fürstenthümer nutz, fromen undt gedeyen zu befördern undt übels zu verhüten, auch den herren landtständen undt gantzen gemeinde, geist- undt weltlichen, sambt undt sonders, arm undt reichen, wittiben undt waysen, die billigkeit zu verhelfen, sie dabey zu schützen undt zu schirmen, sonderlich mich bey dehnen rechten zu verhalten nach meinem höchsten verstande, so viel billich undt recht ist, undt mich davon nicht abwenden lassen, es sey umb freundschaft oder feindschaft, gaben oder geldt willen noch sonst in keinerley weise. So wahr mir gott helfe, die gebenedeyete undt von der erbsünde unbefleckte mutter gottes und alle heyligen.

[**Das k. Amt als Kollegialbehörde. Amtsassessoren:**] Nachgehendts ist auch ihre k. undt k. m. zugleich geschöpfte . . . resolution wegen formirung eines neuen judicii undt adjungirung gewisser assessorum durch deho hochansehnliche k. commission dehnen . . . ständen eröffnet undt selbten folgender extract aus oberweht deho bey sich gehalten k. instruction communiciret worden: Undt nachdehme viertens dieses gouverno bloss in zweyen personen, nemlich des landeshauptmanns undt eines secretarii sine voto, einfolglich das völlige justizweesen selbiger fürstenthümer in arbitrio unius bestanden, in ansehung aber der sachen beschaffenheit undt respectu anderer unsrerer fürstenthümer undt landen ungewöhnlichkeit wier sub titulo eines cantzlers der sachen beschwerlichkeit einigermassen abzuhelfen bewogen worden, die erfabrniß aber bezeuget, dass auch hieldurch der abgezielte zweck einer wohleingerichteten justiz-administration darumb nicht zu erreichen gewesen, indehme die discrepantia opinionum per majoritatem votorum nicht hat mögen abrumpiret, noch auch der behörige amptsrespect unsrerem verordneten landeshauptmann erhalten werden. Denn entweder jener diesem oder dieser jenem zu weichen genöthiget oder aber zu äusserer behelligung die entschuldigung solcher discrepanz an uns gebracht werden müssen, auch unterschiedliche uneinigkeiten undt zwist dadurch verursacht worden, dass also wier zu remedir- undt redressirung aller hieraus entstandenen unordnungen, wie in anderen unsrerer erbfürstenthübern löblich hergebracht undt unsrer hochgeehrtester herr vater lobseeligsten andenkens in anno 1639 schon resolviret, so aber per injurias temporum bis dato nicht ad effectum kommen, ex gremio statuum ein judicium zu formiren undt dich, unseres abgelebten landeshauptmanns sohn, Hannss Heinrichen freyherrn von Nimptsch, wegen deiner guten qualitäten undt in landessachen, auch sonst hergebrachten experienz pro solatio tam proprio quam ipsorum statuum darinnen primo loco zu sezen gnädigst bewogen worden, wodurch sub praesidio des landeshauptmanns nebst diesem assessore, denn des annoch sich allda befindenden amts-cantzlers undt einem secretario cum voto, den wier mit nechstem zu resolviren gnädigst bedacht sein wollen, die justiz zuversichtlich gebührendts administriret, die langverlegene partheysachen expediret, also allen bishero geführten klagen wirt können abgeholfen werden. Sintemahlen es aber noch darumb zu thun, wie bey diesen sehr harten zeiten ohne aggravio unsrerer cammer für diesen resolvirten assessorem undt folgenden secretarium das salarium zu nehmen, werden sie commissarii die stände, als dehnen an

richtiger administrirung der justiz hauptsächlichen gelegen, wo nicht in perpetuum, wenigstens ad tempus darumb zu behandeln bemühet sein und uss den erfolg sodann unverzüglich gehorsambst berichten. So seindt wier auch allergnädigst gewollt, dass in billicher abwesenheit unseres landeshauptmanns durch unseren eltesten undt zum ersten installirten amtsassessorem die vices seiner function durante absentia bis zu dessen zurückkunft jederzeit supplirt werden mögen undt sollen.

Wie nun wohlmerlte . . . stände auch diesfalls der . . . k. disposition undt verordnung sich . . . unterworfen, so hat der herr baron von Nimptsch hierauf sein juramentum als erster assessor gleichfalls abgelegt undt endlich eine hochlöbl. k. commission die . . . stände mit nachgesetzten reversalibus nottürlich versehen: [es folgt die Bestätigung der ständischen Privilegien betr. die Landeshauptmannschaft.] So geschehen in Jauer bey gehaltenem landtage den 30. Junii 1692.

Kgl. St.-A. Rep. 39 S.-J. III 15 ZZ, Bl. 1-7 a.

Das Landbuch fährt fort: „Die hiernachfolgenden k. lehenbriefe aber seindt unter hochgedacht ihre hochgräfl. gnd. des vollmächtigen herrn landeshauptmanns neuangetrettenen, gott gebe, glücklich- undt langwierigen regierung undt zugleich obhabenden königl. lehnsvicariat, wie auch titul. herrn Hiob Christophs von Tschirnhausses auf Seifersdorff, Schönfeldt und Hohen-Poseritz continuirenden k. landescancellariat, wie vor, also noch dem alten herkommen gemess expedirt undt ausgefertigt worden.“

131.

1697 April 25. Wien.

### Instruktion für das neue k. Amtskollegium.

Leopold von gottes gnaden erwehlt römischer kayser, auch zu Hungarn und Böhemb könig.

Instruction für den hoch- und wohlgebohrnen unsern gehaimben rath, cämmerern, landeshaubtmann unserer beeder erbfürstenthübern S. und J., lieben getreuen, Christoph Wentzeln grafen von Nostitz auf Rockinitz, Seyfersdorf, Hertzogswalde, Lobris, Profen und Neuland p., und dessen künftige successores, wie auch für die von uns allergnädigst resolvirte assessores und secretarium cum voto, wie die administration unseres k. amtes in vorbedachten unseren k. erbfürstenthübern S. und J. hinführo geführet und was so wohl zu dem allgemeinen als privat-weesen gehörig erfordert werden solle:

[**Gemeinwohl:**] Nehmblich und zum ersten soll unser landeshaubtmann höchstem vermögen nach äusserst dahin trachten, damit in diesen unseren erbfürstenthübern S. und J. die ehre des allerhöchsten mit fleissiger andacht gepriesen und jederzeit in höchste obacht genommen, über unserer hoheit, regalien, landesfürstlichen rechten und herrlichkeiten, worvon unten ein mehrers folgen wird, festgehalten, die justitz sowohl armen als reichen, frembden und inwohnern ohne respect und vorzug eyfrig administrirt, auch sonston auf dem lande und in denen städten gutte policy und ordnung observirt und in summa alles, was zu aufnahm und wohlstand des gemeinen weesens dieser unserer erbfürstenthümer S. und J. angegedeyhlich gereichen mag, auf unten nachgesetzte art und weise eingerichtet werde.

[**Beaufsichtigung der Protestanten:**] Fürnehmlich aber wollen wir ihme jetzigen und unsern künftigen landeshaubtleuthen andertens das incrementum salvificae religionis catholicae allergnädigst und eyfrig anvertraut und anbefohlen, zugleich aber auch dieses mit committirt und eingebunden haben, dass in sachen, wo etwann in dem religionswesen eine absonderliche kleinmüthigkeit bey denen uncatholischen ständen oder auch deren recurs und miteinflechtung in ihr der Augspurgischen confession zugethaner stände interesse frembder chur- und fürsten des reichs zu besorgen stünde, er, unser landeshaubtmann, von sich selbstn nichts vornehmen, sondern dasjenige, was etwann pro re et occasione nata zu thun seyn möchte, zeit- und umständlich mit angeheftem guttachten berichten, auch darüber unsere . . . resolution und verordnung rebus integris erwarten solle.

[**Schutz der katholischen Religion:**] Was aber in minoribus und wo vermehrte umstände nicht vorhanden, der allein seeligmachenden religion zum besten vorgekehret werden könnte, wird ihme unserm landeshaubtmann sich dessen an- und zu unternehmen hiemit, doch dergestalt und nicht anders freygelassen,



dass er dasjenige, was er also verordnen oder vornehmen möchte, allsogleich an uns berichten und unsere . . . ratification darüber einholen solle.

[**Titel: Gevollmächtigter Landeshauptmann:**] Und gleichwie wir fürs dritte unsern landeshauptmann bey dem ihm gebührenden respect, amts-authoritaet und existimation in alle wege zu schützen und zu erhalten . . . gemeinet, auch wohl zufrieden seyn, dass er sich, wie bishero, also auch hinführo einen gevollmächtigten landeshauptmann nennen und schreiben möge:

[**Beschränkte Vollmacht:**] Also wollen wir hingegen auch vierdens hiermit per expressum verordnet haben, dass er, mehrgedachter unser landeshauptmann, sich weder von selbstn unserer hohen landesfürstlichen und einem jeden sovran<sup>1)</sup>o privative einig und allein zustehenden rechten und reservirten regalien anmassen, noch sich deren exercitium sub quocunque praetextu vel modo zueignen, noch auch von seiten unserer treuehorsambsten stände den geringsten eingriff verstatten, sondern alle unsere obbedeutete hohe jura und landesfürstliche regalia sambt deren exercitio uns einig und allein gantz unversehrter conserviren und erhalten, dasjenige aber, so etwann hierin zu unserm frommen und besten eingeführet oder von zeit zu zeit verbessert werden könnte, solches zeitlich erinnern und guttachtlichen an die hand geben, unsern nutzen und interesse bestmöglichst befördern, schaden aber vermeiden und über obbedeuteter verbesser- und veränderung ohne würcklichen vorgrieff unsern . . . befehl jedesmahl erwarten solle.

[**In Privilegienstreitigkeiten entscheidet der Kaiser:**] Deme nachfolglich fünftens wird wiederholet erwehnter unser landeshauptmann die vorhandene statuta oder privilegia dieser unserer erbfürstenthümer S. und J. von sich selbstn zu abrogiren oder zu interpretiren nicht befugt seyn, sondern in allen zweifelhaften fällen und vorkommenheiten oder denen darüber sich erhebenden strittigkeiten uns die eigentliche bewandnis zu berichten und unsere . . . decision darüber einzuholen haben.

[**Frage der Bestätigung alter Observanzen:**] Welches wir ferner und zum sechsten dahin extendiret haben wollen, dass sub praetextu einheimischer gewohnheiten, convenientz oder anderwärtiger observanz, die wir hiemit gänzlichen cassiren, ohne unser . . . vorwissen und ratification keine neue gebräuche weder eingeführet, oder auch die obsoleta wieder hervorgesucht, sondern gleichergestalt alles zuvor an uns und zu unserer . . . resolution gehorsambst solle relationiret werden.

[**Verhandlungen mit benachbarten Fürsten:**] Fürs siebende seind wir nicht minder . . . gewollt, dass er unser landeshauptmann sich mit den angränzenden chur- und fürsten des reichs ohne unser . . . vorwissen oder darauf erfolgende ratification in einigen tractat, handlung oder correspondenz, den statum publicum oder sonstn einige wichtige gränitz- oder andere angelegenheiten betreffend, nicht einlasse.

[**Landtage:**] Anreichend achtens die landtage, welche unsern vorigen . . . resolutionen gemäss je und allezeit auf dem k. schloss zu Jauer oder der bisherigen observanz nach alternative einmahl zu Jauer und das andermahl zu Schweidnitz zu halten seyn werden, soll er unser landeshauptmann nicht mehrers dann einen von jahr zu jahr und diesen nicht anders, als nach vorhero zeitlich eingeschickten materialibus proponendorum und hierüber eingeholter unserer . . . k. und k. verordnung voran ausschreiben und halten lassen, darbey er zwar praesidiren, die proposition thun und accedente voto conclusivo den schluss machen, denselben aber nicht publiciren, sondern allemahl zu unserer k. und landesfürstlichen confirmation vorhero einschicken solle.

[**Landesämter:**] Welche bewandnis es dann auch neundtens mit ersetzung der vacant wordenden landesämter hat, allwo wir zwar unseren . . . ständen die freye wahl, es geschehe dieselbe bey allgemeinem landtage oder durch außschuss und mit vorwissen unsers k. amptes haltenden engeren zusammenkunften, lassen; es wird aber er unser landeshauptmann dieselbe von k. amts wegen ehender nicht confirmiren, bis nicht er zuvor solches an uns berichtet, dasjenige, was bey denen electis der ap- und reprobation halber zu beobachten seyn möchte, erinnert und unsere . . . resolution darüber wird erhalten haben.

<sup>1)</sup> = Souverän.

[**Landesumlagen:**] Ferner und zum zehenden soll mehr und ofters ernannter unser landeshauptmann einige collecten oder anlagen, es sey cum vel sine consensu statuum, sub praetextu boni publici vel privati ohn unser . . . vorwissen und bericht weder von selbstn ausschreiben noch unseren . . . ständen ohne vorwissen und bericht, sich unter einander zu collectiren und zu aggraviren, verstaten, sondern sich diesfalls an dem außsatz des geschlossenen allgemeinen fürstentages und, was bald darauf folget, praecise halten.

[**Steuerrepartition und Rechnungslegung:**] Damit aber fürs eilffte unser dienst und das interesse publicum nicht gehemmet werde, verordnen wir . . ., dass bald nach geschlossenem allgemeinen fürstentag er unser landeshauptmann oder in dessen abwesenheit nach unser . . . resolution de dato Laxenburg den 1. Juni des 1692sten jahres der zu verwaltung des k. amtes destinirte erste assessor mit denen praelaten, landesofficirern und einigem ausschuss nebst zuziehung des obersteuereinnehmers eine enge zusammenkunft anstellen, darbey aber nichts anders tractiren, sondern allein die repartition des auf unsere erbfürstenthümer S. und J. inhalts des fürstentags-schluss kommenden quanti verlässlich einrichten solle, wobery zugleich die gemeinen landes-onera zu bestreiten, das nöthige in billiger moderation wird können mit repartiret und die sache dergestalt eingerichtet werden, damit uns ernannte repartition von jahr zu jahr authentice produciret und eingeschicket werde. Es soll auch der obersteuereinnehmer schuldig sein, unsern treuehorsambsten ständen dieser unser erbfürstenthümer S. und J. bey haltenden landtügen oder sonstn, der bisherigen observantz nach, über mehr bemeldt ergangene repartition und darauf erfolgten empfang und ausgab ordentliche rayttung jährlich zu thun mit dem weitem anhang, dass nach einmahl vorbedeutermassen so concedirten contributions-repartition es das jahr hindurch sein beständiges verbleiben haben und, wann nicht ex concluso universali durch unser k. oberamt etwas neues in materia collectarum publiciret wird, darinnen keine weitere veränderung vorgenommen werden solle.

[**Kontributions- und Einquartierungslasten:**] Anlangende zwölftens die contributions-last an sich selbstn, die an- und durchmarsche respective unserer und frembder auxiliar-völcker, wie auch das onus hospitacionis und einquartierung, wollen wir hierinnen allerdings eine durchgehende gleichheit erhalten und sogar unsers landeshauptmanns eigene oder künftige überkommende gütter davon nicht eximiret, weder er landeshauptmann oder einiger stand die contributiones anwachsen lassen und solche ilme oder ihnen die stände nachlassen, noch weniger aber verstattet haben, dass ein stand den andern, er seye in einem landes-ambt oder würden, er wolle — ausser dessen, was etwann denen von feuer, wetter und andern casibus fortuitis beschädigten a proportione ihres erlittenen schadens unsere . . . stände vermöge der landtags-schlüsse freywillig wolten passiren lassen — diesfalß nicht übertragen, sondern alle und jede hierzu nach proportion der steuer-indiction oder einem andern von dem universo erwählten modo zu concurriren anhalten, die geometrische gleichheit hierinnen observiret und keiner für den andern praegraviret werde, worauf er, unser landeshauptmann, fleissige und genaue absicht zu tragen hat.

[**Zuziehung von Landeskolleg und Ausschuss in Fragen betr. öffentliche Lasten. Ausgaben-fonds. Liefergelder:**] Und gleichwie er unser landeshauptmann fürs dreyzehende in dergleichen oeconomico-politicis, wo es, wie erwehnt, de contributionibus, hospitacionibus, ein- und dislogirung der militz und dergleichen oneribus publicis zu thun ist, bevorab in motibus et casibus subitaneis, wann nemlich ein gählinger marsch und unversehene quartiers-veränderung ex ratione publica und auf oberamtliche verordnung voffallen thäte, billich das primum mobile seyn solle, also wollen wir nichts desto minder, dass auch diese extraordinari repartitiones und quartiers-veränderungen — es wäre dann summum periculum in mora — mit zuziehung vorerwehntermassen der praelaten und landesofficirer eingerichtet werden. Sintemahlen sowohl unser k. amt mit dem lande, als auch die landstände mit dem k. amte in dergleichen gemeinen sachen, und was deme anhängig, gebührlich und vortränglich sich zu vereinigen oder in zweifelhaften fällen umb unser k. . . . erklärung zu recurriren verbunden seynd, so wollen wir . . ., dass nichts geschehen solle, worvon oft wiederholter unser landeshauptmann und vice versa das collegium der praelaten und landesofficirer und auf nöthigen fall einiger ausschuss nicht erforderte wissenschaft haben



wird, dergestalt, dass alle ausgaben mit beyder vorbewust repartiret, eingerichtet und exequiret werden. Worbey wir jedoch ihnen ausschuss und landeseltesten hiermit . . . verwilliget haben wollen, dass sie bis in dreyhundert reichsthaler jährlich frey und ohne begrüssung unsers landeshauptmanns disponiren, solche bey der landescassa anschaffen und daraus erheben mögen; alles jedoch mit diesem verstand, dass all dasjenige, so in subitaneis per unum vel paucos geschehen mtissen, nachgehends zu aller deren, so hiezur legaliter gezogen werden sollen, wissenschaft ungesaubt gebracht und approbiert werde. Im übrigen aber sollen in administratione oeconomiae alle übermässige elargitiones vermieden, die unnöthige liefergelder entweder gar, wo es seyn kan, restringiret oder, wo selbige unvermeidentlich, auf ein mässiges und erträglichen nach beschaffenheit der commission reduciret werden.

**[Neuorganisation des k. Amts. Amtsassessoren. Amtsverweser. Sekretär. Geschäftsgang:]**

Betreffende nach vierzehenden die formam regiminis dieser oftmahls gemeldter unser beeder königlichen erbfürstenthümer S. und J., weilen uns als regierenden könige zu Bohaimb, obristen hertzen in Schlesien und hertzen zu S. und J. pro exigentia temporum et status publici dieselbte zu ändern, zu vermehren und zu vermindern ohnmittelbahr und alleine zustehet, wir auch unsern . . . ständen nach der den 28. Julii des verwichenen 1692. jahres erfolgten installation unsers jüngst verstorbenen landeshauptmanns grafens von Sintzendorff bey ihrer damahligen landtagsversammlung die erheblichen ursachen, welche uns bewogen, einen neuen statum der alldortigen regierung einzuführen, durch unsere commissarios deutlich vortragen lassen, soll dieselbte hinführo in einem gevollmächtigten landeshauptmann und zweyen wohl qualificirten assessoribus, deren ersteren ex gremio statuum wir allergnädigst resolviret und welcher vorhin erwehnter massen in des landeshauptmanns abwesenheit die verwaltung unseres k. amtes führen und amtsverweser seyn, der anderte aber nach aufhebung des bisherigen cantzelariats der gewesene cantzler und so fort nach ihm ein gelehrtes in studio et praxi juridica ausgeübtes und nicht minder in landessachen wohl erfahres subjectum seyn soll, dann einem secretario cum voto bestehen. Diese sollen zu allen sessionen und rathsschlägen, es treffe wichtige oder nicht wichtige sachen an, indistincte und allezeit beruffen werden, darbey der landeshauptmann als caput dieses corporis obenansitzen, die umfrag und den schluss, welchen er secundum majora zu machen, und die ganze direction zu führen hat. Dafern aber vota singularia herausfallen möchten, wird er unser landeshauptmann von einem jeden die rationes decidendi schriftlichen abfordern und uns dieselbte zu unser . . . decision mit angehefftem guttachten einschicken. Als sollen auch unsere assessores in solchen rathsachen und was deme anhängig, ihm allen gehorsamb, ehrerbiethung und schuldigen respect erweisen und ihn vor ihr vorgesetztes haupt erkennen, gleichwie hingegen der landeshauptmann dieselbe als unsere königliche räthe in gebührlicher consideration zu halten, ihnen alle liebe, ehre und protection zu erweisen und, da er wieder einen oder andern etwas ungleiches vernehmen solte, sodann denselbten privatim zu warnen und da die besserung nicht erfolgen wolte, solches an uns berichten, von sich selbstn aber keine suspension oder veränderung vorzunehmen sich unterfangen wird.

**[Schutz der Landesverfassung:]** Und sintemahlen wir fürs funfzehende diese beede unsere k. erbfürstenthümer bey ihren erworbenen privilegiis und bey denen in solchen begnadungen fundirten judiciis, denen ergangenen declaratoris gemäss, noch fördershin zu conserviren und zu erhalten . . . gemeinet seynd:

**[Beibehaltung der alten Gerichte:]** Als wird fürs sechzehende der landeshauptmann nebst denen assessoribus sich angelegen halten, dem stylo und der observanz gemäss zu rechter zeit die quartalia auszuschreiben, dieselbte nicht rückgängig werden lassen, sondern vielmehr alle sorgfältige gedanken dahin wenden und richten, womit nebst denen landessachen das zwölferrecht, von amt, land und städten und das judicium pupillare quatermblich richtig gehalten, die causae viduarum und pupillorum vorgeuomen und ohne einige protraction durch urthel und recht mögen entschieden und, wie in allen fällen, so fürnehmlich in diesen pupillar-angelegenheiten gewissenhaft und nach der in rechten ausgesetzten maß erlediget werden.

[**Appellation:**] Fürs siebenzehende: In fürfallenden appellationssachen wird der landeshauptmann und unser k. amtscollegium alleine nach ausdrücklicher massgebung unser neuen den 26. Septembris anno 1674 in unserm hertzogtum Ober- und Nieder-Schlesien publicirten appellations-ordnung sich verhalten und darwider weder a parte appellantis noch appellatae, zum allerwenigsten aber vor sich als der „judex a quo“ etwas vornehmen oder einige transgression geschehen lassen.

[**Behandlung der k. Rescripte:**] Ferner und zum achtzehenden wird öfters gedachter unser landeshauptmann unsere, es seye in politischen oder justitzsachen ergehende k. und k. rescripta, in welchen die vollziehung ein- und anderer verordnung nicht seiner person alleine, sondern dem gesambten k. amte anbefohlen wird, keinesweges nach belieben bey sich oder zurücke halten, noch weniger in seiner abwesenheit unter dem vorwand, als hätte er solche rescripta alleine zu eröffnen, deren resigillirung entweder bis zu seiner zurückkunft verschieben oder ihme selbige aufs land nachbringen lassen, sondern bey seiner des landeshauptmanns absenz soll die eröffnung solcher unserer . . . befehle also bald nach derselben anlangung durch das k. amt geschehen. Bey seiner würcklich und persönlichen anwesenheit aber wird dem landeshauptmann als praesidi allein gebühren, unsere einlaufende k. . . rescripta zu vorhin zu erbrechen und sodann längstens binnen drey tagen bey unserm seiner direction anvertrauten k. amte zu produciren und zu der assessoren wissenschaft zu bringen.

[**Form der Amtsschreiben:**] Was fürs neunzehende den stylum und die subscription anreicht, wollen wir es folgender gestalt gehalten haben: Dass die amtsberichte, welche an uns abgefasset werden, unser landeshauptmann alleine, alle übrige amts-expeditiones aber, sie mögen offen oder verschlossen seyn, als amtsschreiben, patentes, decreta, bey- oder ent-urtheile, diese — nachdeme in ingressu, wie bey unser k. landeshauptmanschaft unsers erbfürstenthumbs Bresslau eingeführet ist, die intitulation des landeshauptmanns und der assessorum geschehen soll — der landeshauptmann oben an, zur rechten seiten der erste assessor oder bey dessen abwesenheit oder ehhafter verhiindernis der anderte ex opposito, wo gesetzzt wird ex consilio etc., und dann zugleich unser amtssecretarius zum untersten auf der linken seiten unterschreiben.

[**Befolgung der k. Resolutionen:**] Und gleichwie fürs zwanzigste unser . . . wille und befehl ist, dass unser landeshauptmann in causis unser k. weichbildstädte und in anderen fällen an seinen antecessorem ergangen unseren gemässenen k. und k. . . resolutionibus gemäss sich verhalten und alle unsere verordnungen mit erforderlicher punctualitaet zu observiren und unterthänigst zu erfüllen befiessen seyn solle: Also wollen wir auch

[**Vorrechte des Hauptmanns:**] fürs einundzwanzigste denselben bey allem deme, was unsere vorige landeshaubtleute in unseren beeden k. erbfürstenthümben rechtmässig geniessen oder zu gentissen gehabt, allernädigst lassen und darbey schützen.

[**Amtsresignation von 5 zu 5 Jahren:**] Hingegen ist auch unser . . . wille und meinung fürs zweyundzwanzigste, dass gleichwie wir in unseren königreichen und landen, wie nicht weniger bey unseren landeshauptmannschaften mehrentheils eingeführet und ferners einzuführen . . . gesonnen, dass nach verflossnem quinquennio zu unsern gnädigsten handen ein jeder sein landdienst allerunterthänigst resigniren und umb fernere confirmation gehorsambst bitten solle, oft gemeldter unser landeshauptmann sowohl als die assessores nebst dem secretario nach jeder verflossenen fünfjährigen frist seinen obhandenen dienst hinführo resigniren solle.

Im übrigen und schlüsslichen leben wir zu ihme, grafen von Nostitz, wie auch unsern k. assistenzräthen der gänzlichen allernädigsten zuversicht, sie werden sambt und sonders in ihren amtsverrichtungen und functionen gott den allmächtigen, die heilsame justitz, auch tugend und erbarkeit stets für augen haben und denenselben kraft ihrer aydespflichten also vorzustehen sich angelegen halten, allermassen gegen der göttlichen gerechtigkeit, auch uns und jedermänniglich sie solches zu verantworten sich getrauen werden. Sie vollbringen auch hieran unsern gnädigsten willen und mainung. Geben Wien den 25. Aprilis 1697.



132.

1698–99. Schweidnitz.

**Beschwerden der Stände über die Amtsführung des Landeshauptmanns.**

Acta der herren stände der fürstenthümer S. und J. wieder ihren landeshauptmann grafen von Nostitz.

I. Schweidnitz, bei gehaltener enger Landeszusammenkunft am Quartal Cinerum, den 25. Februar 1698, bitten die Stände den Kaiser um Schutz der alten Observanz in 4 Punkten:

1. In Sachen Publikation der Testamente<sup>1)</sup>, daß z. B. die beim k. Manngericht eingelegten Testamente auch ohne weitere Amts-Publikation volle Kraft behalten könnten.

2. Daß die Witwen auch ohne Lehnssuchung die Vormundschaft über ihre unmündigen Kinder administrieren könnten<sup>2)</sup>.

3. „Dass exceptis processualibus einem gelehrten stande und bey denen stiftern denen cantzlern aus angeführten ursachen noch ferner freystehen solle, die benöthigte relationes und memorialia, es sey dann, dass es process-sachen wären, an das k. ambt selbst zu concipiren und ohne unterschrift eines advocati jurati zu überreichen“.

4. „Dass nach eur. m. selbst eigenem allergnädigsten willen die freye cassa-disposition denen hiesigen treuest allgehorsambsten ständen noch ferner gelassen, der k. vollmächtige herr landeshauptmann aber von allem eingriffe sich enthalten und mit dem praesidio bey der steuer-raytungs-abnahme sich begnügen . . . solle“. Der Landeshauptmann wolle<sup>3)</sup> „das völlige directorium über unsere landescassam absolute ohne einige restriction sowohl dieser unserer allgemeinen cassa, als auch denen particular-weichbildscassen in allem haben und alles, was vorfällt, dirigiren“, während doch Herrn Baron v. Nimptsch, dem früheren Landeshauptmann, nur das Präsidium bei der Steuer-Raitungs-Abnahme verliehen worden sei. Den Ständen sei ausdrücklich die Landeskasse verblieben, „derowegen die cassadirection mit allem, was hiervon dependet, von denen ständen dem hiesigen obersteuereinnehmer, der hirvor stehen und auch red und antwort geben muss, nach geleisteter pflicht allemahl anvertrauet und ihm instruction ertheilet worden“<sup>4)</sup>.

II.<sup>5)</sup> 1699 März 5. Schweidnitz bei gehaltener Steuer-Raitungs-Abnahme: Neue Beschwerde von Prälaten, Landesoffizierern und Deputierten über den Landeshauptmann in obigen Punkten. Er habe<sup>6)</sup> „gegen unsere . . . deputirte in folgenden gantz unverantwortlichen formalibus hervorgebrochen: Man schicke ihm von süden und von westen einen haufen s. v. hundsfüter, das er schon nicht wüste, was er anfangen sollte“.

Fernere Beschwerden: Eine Oberrechtssitzerstelle und 4 Landesältestenstellen seien unbesetzt. Ebenso sei kürzlich der Kämmerer und Landeskanzler Georg Siegmund v. Hocke gestorben und der Landessteuereinnehmer v. Zedlitz habe sein Amt aufgesagt und quittirt. Deshalb sei zur Wahl dieser Landes-Offizianten die Berufung eines Landtages notwendig, „wovon der landeshauptmann die landeseltesten auszuschließen und solche mit doppelten unkosten auf craystäge zu elegiren anzubefehlen gedencket“<sup>7)</sup>.

Kgl. St.-A. Rep. 135, Jau. Msc. 29, S. 745 f.

133.

1702 Oktober 23. Wien.

**Kaiserliche Entscheidung auf die gegen den Landeshauptmann erhobenen ständischen Beschwerden.**

„Kayerliche . . . decision entzwischen denen herren ständen und dem herrn landeshauptmann der fürstenthümer S. und J.“ d. i. dem „geheimbden rath, cämmerern und landeshauptmann der beeden f. S. u. J., Christoph Wentzeln grafen v. Nostitz“<sup>8)</sup>.

1. Betr. Deponierung und Publizierung der „vertuschten Testamente“ und die Belehnung der Witwen.

<sup>1)</sup> S. 762 f. <sup>2)</sup> Siehe auch S. 790: „wie die wittiben die lehn zu suchen und zu nehmen indistincte gantz gezwungen würden“. <sup>3)</sup> S. 756. <sup>4)</sup> Vgl. vorstehend S. 294. <sup>5)</sup> S. 790 f. <sup>6)</sup> S. 833. <sup>7)</sup> S. 902 ff. <sup>8)</sup> Der Kaiser beantwortet ständische Supplikationsschriften, deren Verbrennung durch den Scharfrichter der Landeshauptmann erbeten hatte. Rep. 135, Jau. Msc. XV, S. 617.

2. Der Landeshauptmann hat die Ausbittung eines Landtags beim Kaiser wegen des geringen Beratungsstoffs nicht unbillig verweigert; künftig aber soll er stets die kaiserliche Entscheidung einholen.

3. Betr. das Directorium cassae und die Anfertigung schriftlicher Erinnerungen zu den Steuerraitungen von seiten der Deputierten und des Hauptmanns mit vereinigttem Conclusum. U. a. soll die „Aufnehmung eines Landessyndici“ in Beratung genommen werden.

4. Es soll beraten werden, ob es für jeden Kreis nötig ist, „eine absonderliche cassam zu halten“.

5. Die Instruktion weist den Landeshauptmann schon darauf hin, daß er die Landeskasse nicht ohne das Landes-Collegium zu führen habe.

12. Der Hauptmann habe die Steuerraitungs-Quittung nachträglich mit seinem „privat-siegel vorheriger observantz nach“ besiegelt und sei von Beidruckung des k. Amtssiegels abgestanden; diese Beschwerde falle weg.

15. Der Hauptmann könne, da seine Instruktion ihn nicht zu steter Wohnung in Jauer verbinde, auch einige Zeit in Schweidnitz wohnen. Der Kaiser wolle ihm aber eine feste Residenzzeit bestimmen.

16. Die Besetzung der Stelle eines Landesdeputierten durch unkatholische Subjekte wird, „solange kein catholisches subjectum ad substituendum vorhanden seyn möchte“, gestattet.

18. „Were von dem landeshauptmann gar recht geschehen, dass er wegen der unter die rittersitze gezogenen lehngüter die sache durch den cammerprocuratorem untersuchen ließe.“

Supplicatum II, 2. Punkt: Die Landesältestenwahl solle bei genügender Zeit auf dem Landtage, sonst aber „voriger observantz nach bey denen crayssen vorgenommen, diese von dem landeshauptmann ausgeschrieben, in die wahl wohl qualificirte catholische subjecta gezogen, von dem schluss dem landeshauptmann auch bald relationiret und, wenn wieder den electum kein erhebliches bedencken wäre, selbter admittiret werden“.

Supplicatum V, Nr. 5. Bei den Milizmusterungen sei es besser, beständige Deputierte<sup>1)</sup>, als umwechselnde und unerfahrene Leute zu wählen.

6. Auf die Supplik des gewesenen Landesbestallten Freiherrn v. Schaffgotsch wird bestimmt, daß kein Landesoffizierer ohne des Hauptmanns Zulassen verreisen darf.

Kgl. St.-A. Rep. 135, Jan. Msc. XV, S. 590 ff. Vgl. auch die diesbezüglichen kaiserlichen Reskripte von 1702 Juli 27 und September 26, Rep. 13, AA III 7 a, S. 600 f. und 624.

### 133a.

o. D. [1715—1720].

Tabelle der in den Fürstenthümern befindlichen königlichen und ständischen Beamten s. Nr. 138.

### 134.

1733 Juni 8. Laxenburg.

#### Kaiserliches Verbot des bisherigen großen Aufwandes bei Einführung der Landeshauptleute ins Amt.

„Carl pp. Lieber getreuer. Wir haben aus denen bey uns über die von zeith zu zeith erfolgte installationen unserer k. landeshauptleuthen deren fürstenthümern unsers erberzogthums Schlesien eingekommenen nachrichten wahrgenommen, wassmassen sowohl bey einholung in die stadt, allwo die installation zu geschehen pfeget, unsers ad hunc actum benannten k. und k. commissarii durch prächtige aufführung deren demselben entgegen ziehenden ständen, als auch bey zahlreicher erscheinung der burgerschaft aus denen creyss- und weichbildt-städten, wie nicht minder durch übermässige tractamentsspeesen und andern beytrettende geldsplitterungen besagte stände und städte zu ihren selbsteigenen empfindlichen schaden in unnöthige unkosten versetzt worden.“ Statt dessen wird folgende Art der Installation angeordnet:

„Primo wollen wir, dass unser k. und k. installationcommissarius ohne der bishero mit begleitung deren ständen üblich gewesten prächtigen einführung von dem ohrt seines ansonsten habenden gewöhnlichen domicilli sich mittelst der post ad locum installationis begeben.

<sup>1)</sup> Diese werden S. 619 „Musterungscommissare“ genannt.



Dan wird secundo die burgerschaft derienigen stadt, wo die installation geschiehet, in denen gässen des durchzugs oder durchfahrens mehr erwehnten unsers k. und k. commissarii von dem stadthor an bis zum schloss oder den orth seines absteigens und aufenthalts zu beeden seithen paradiren und in gewehr stehen.

Dahingegen tertio unser neu resolvirter landeshaubtmann sambt denen regierungsräthen wie auch denen landeseltesten aus iedem creyss oder weichbildt öfters gedachten unsern k. und k. commissarium beym aussteigen aus dem wagen empfangen und hierbey auch der daselbstige magistrat in corpore nebst denen aus jeglicher creyss- oder weichbildt-stadt denen haltenden landtügen beyzuwohnen pflegenden magistrats-persohnen und deputatis von der gemeinde sich einfinden und ihne unseren k. und k. commissarium bies zum eintritt in das für ihne bereithete wohnzimmer begleithen.

Gleich dan auch quarto bey dessen erfolgender abreysse e loco installationis ein gleichmässiges caeremoniale in desselben begleihtung zu beobachten seyn wirdt.

Soviel aber quinto das gewöhnliche tractament anbetrifft, da ist solches mit möglichster einschrenckung deren darzu erforderlichen unkosten auszurichten.

Und so auch sexto alle ausserordentliche und übermässige elargitiones bey dem zu halten kommenden landtag einzustellen.“ Das neue Zeremoniell soll schon bei Einführung des neuen Liegnitzischen Landes-hauptmanns Johann Baptista Grafen von Neidhardt angewendet werden. „Geben zu Laxenburg den 8. Junii anno 1733.“ An das k. oberamtb in Schlesien.

Kgl. St.-A. Rep. 39, S.-J. III 1 a. Gleichzeitige Abschrift.

135.

1737.

### Erläuterungen des Landeskollegs zur böhmischen Marschordnung betr. die in Schweidnitz-Jauer gebräuchliche Ordnung.

„Anmerkung des disortigen ohnmaßegebenen erachtens bei der instruktion d. d. Prag 1737 April 30 . . . , vermög welcher sowohl die k. herrn crayss-haubtleute, als auch die führungs-commissarii und wirthschafts-beamte bey denen in diesem königreich Böhaimb fernerhin vorfallenden marchen und nachtstationen lenthalben auf das genaueste sich zu verhalten haben werden.“

Auf die böhmische Instruktion giebt das Landeskollegium der Fürstenthümer S.-J. Anmerkungen über die eigenen Commissarien:

[Bl. 331 b:] „Praeliminariter findet man hierbey zu gedencken und ohnangezeigt nicht zu lassen, was massen so viel hiesige beyde k. erbfürstenthümer S. und J. anbetrifft, das militar-march-werck bey dessen vorfallenheit von denen acht herren landeseltesten und zwar von jedem in seinem unterhabenden weichbilde lediglich besorget und dirigiret, von denen adhibirenden march- oder führungs-commissarien aber nur exequiret werde, sintemahl von ihnen herren landeseltesten nach jedesmahl erhaltener amts-insinuation des vorfallenden march und deshalb oberamtlich intimirten march-route sambt etappen-entwurf an die den march betreffende orthte und stationes die intimationes ratione derer mann-, mund- und pferde-portionen anzahl und vorspahn erforderntüss durch gewöhnliche und hier orthes in denen beyden fürstenthübern S. und J. introducirte gedruckte billets beschehen, sodann durch die herren führungs- oder march-commissarien nach der vom herrn landeseltesten ihnen gewordenen instruction und verordnung jeden march-stationsorthes bey daselbstigen scholtz und gerichten, auch allenfalls in beyseyn eines herrschaftlichen beamtens, dafern der march durch ein stifts- oder herrschaftliches gebiethe und district gehet, wegen herbeyschaffung und parathaltung derer erforderlichen vivres und fourages die anordnungen, vorkehrungen und fortstellungen gemachet werden.“

[Bl. 332:] „In andern corporibus“ [scil. Schlesiens] tun das, was in S.-J. die Landeseltesten besorgen, „die zum march eigends bestellte sogenannte land-commissarien“.

[Bl. 333:] „Nachdem in hiesigen beyden fürstenthübern von uhralters her schon die verfassung und ohnverrückte beobachtung, dass die march-sachen nicht der discretion derer scholtz und gerichten überlassen

bleiben, sondern, soviel sich thun lasset, auf jeden stationsorth ein besonderer commissarius zu beobachtung derer erfordernissen dem militär-reglement gemäss angestellt werden, dergestalt, dass wenn die ordinari march- oder führungs-commissarien nicht zulänglich, auch im fall der noth andere mit adhibiret und substituiert werden, worinn-fals hier ortes die herren landeseltesten als march-directoren schon die behörige attention gebrauchen und auch stets die solchergestalt benötigten individua zu derley adjungirung bereit zu halten und zu erlangen wissen.“

[Bl. 334:] „Sintemahl hiesiger beyder fürstenthümben verfassung nach angesessene stände oder cavalliers, welche selbst in kriegsdiensten vor ober-officiers gestanden, gemeinlich gebräuchet werden, wie nun dieselben die solchergestaltigen march-commissarien-functiones auf gloire hierinnfalls über sich zu nehmen pflegen“ ...

[Bl. 335 b:] „Nachdem in hiesigen beyden fürstenthümben schon vorlängst practiciret worden, dass bey vorgefallenen grossen und haupt-marchen, wo nicht die herren landeseltesten selbst als march-directoren bey dem stabe sich gegenwärtig befunden, sich jedoch statt ihrer den ordinarius commissarius substituiert, mit welchem die übrigen adhibirten commissarien, sintemahl zu jeder station ein eigener und besonderer commissarius bestellt zu werden pfleget, die behörige communication haben pflegen müssen, wo sodann der ordinarius commissarius dem herren landeseltesten den behörigen rapport vor allem einzusenden ... gehabt, von dem herrn landeseltesten hingegen, wann es sachen von wichtigkeit, der bericht des weiteren an das hochlöbl. k. amt abgestattet, von diesem hierauf es aber an ein hochlöbl. k. oberamt gelangen gelassen und befördert worden“.

[Bl. 340:] „Zumahl bey hiesigen beyden fürstenthümben S. und J. ohnedem die verfassung mit sich bringet, dass die herren landeseltesten, welche die march-commissarien zu bestellen haben, mit aller möglichen sorgfalt bedacht seyn, auf solche subjecta und individua zu reflectiren und zu adhibiren, welche dem werck gewachsen und denen vorgeschriebenen verordnungen nachkommen, als sonst die etwane ausser obacht dessen sich haltenden nicht mehr genommen noch gebräuchet werden“.

Kgl. St.-A. Rep. 135, Worbs Msc. 11, Bl. 327 b bis 340.

### 136.

[1. Hälfte des 18. Jahrhunderts, vor 1741.]

#### Instruktions-Entwurf für die Marschkommissare.

Projekt einer unmassgeblichen instruction vor die herren weichbildes-commissarien.

[Dienstliches Verhältnis:] 1.) Sollen die herren weichbildes-commissarien von ihre gnaden dem k. und k. herren landeshauptmann authorisiret seyn, von ihren weichbildern aber dependiren und deren bestes auf alle weise suchen.

[Quartierbüchlein:] 2.) Sollen sie ihnen gewisse büchlein halten, worinnen alle und jegliche dorf-schaften, sie gehören, wehme sie wollen, verzeichnet stehen, solche ohne allen respect der ordnung nach belegen und hierinnen auf alle weisse die gott und menschen wohlgefällige, auch von ihre m. so hoch anbefohlene gleichheit halten und, so viel möglich, dem quartierstande bey zeiten behörige nachricht ertheilen, diejenigen dörfer, wo keine bauerschaft ist, nach gelegenheit mit infanterie belegen, auch nach verlossenem jahre dem sämptlichen weichbilde oder jedem insonderheit und auf verlangen nachricht geben, ... was vor örter solches jahr über belegt oder unbelegt gewesen.

[Beziehungen zu den Landesältesten:] 3.) Sollen sie auch denen herren landeseltesten von allem behörige nachricht geben und, wie mit denenselben, als auch mit den angränzenden commissarien und mit wehme es sonst von nöthen seyn möchte, fleissig correspondiren.

[Hülfskommissare:] Solte aber 4.) der march zu starck seyn und ein oder mehr regiment das weichbildt zugleich treffen, solten sie offene und völlige macht haben, entweder die bereits aus andern weichbildern dabey vorhandene commissarien zu ersuchen, mit durch das weichbildt zu gehen, oder aber einen oder mehr possessionirten standt seines weichbildes, doch mit vorbewust des herrn landeseltesten,



sich zu adjungiren, bey vordringenden ehehaften aber, da sie persönlich abzukommen nicht vermöchten, andere an ihre stelle zu substituiren.

**[Truppenstärke:]** Wie sie denn auch 5.) sich dahin bemühen sollen, genaue wissenschaft zu überkommen, wie stark die an- und durchmarchirenden regimenter oder compagnie[n] an mannschaft und pferden seyn, hiemit jedes orthes zu dero bequartirung desto bessere anstalt gemacht werden könnte.

**[Schleuniger Durchmarsch:]** 6.) Soll ihnen obliegen, das alle völker ohne unnötige rasttage der entweder von dem hochlöbl. k. und k. oberamte oder sr. gnaden dem h. landeshauptmann vorgeschriebener march-routhe nach geraden weges und ohne allen umschweif geführet werden.

**[Fremde Offiziere:]** Und dann 7.) dahin trachten, womit sich keine frembde officirer oder jemand anders, welcher zu den trouppen nicht gehörig, anschliessen und dem lande keine ungelegenheit machen.

**[Exzesse:]** 8.) Bey vorfallenden excessen und exorbitantien sollen sie bey dehnen commandirenden officiern die abstellung eifrigst suchen, auf verweigernden fall aber es an das hochlöbl. k. und k. amt bey tag und nacht zu berichten schuldig sein.

**[Vorspann:]** Undt 9.) dahin vorsinnen, womit wegen des vorgespahns in denen publicirten k. und k. marchordnungen . . . ausgesetzten anzahl möglichst observiret werde.

**[Zehrung und Liefergeld:]** 10.) Soll ein jeder commissarius vor sein geldt zu zehren schuldig seyn, seine eigene pferde haben und weder mit einem noch dem andern dem armen bauersmanne unnötige ungelegenheit machen, hingegen mit denen auf allgemeinem landtag ausgesetzten 2 rthl. täglichen liefergeldern im lande, ausser landes aber, wie auch im Saganischen fürstenthumb, jeden tages mit 3 rthl. versehen werden.

**[Sparsamkeit, Pünktlichkeit, Disziplin:]** 11.) Kein commissarius soll denen andern marchirenden völkern zu zeitlich entgegengehen, auch, wenn selbige aus seinem weichbilde und er das vorgespahn wieder zurtück hat, sich wiederumb nach hause wenden und, so viel möglich, keine unnötige liefergelder machen. Hiemit aber auch alle confusiones desto besser vermieden, ihre k. m. dienste schleunigst befördern undt zugleich alle exorbitantien umb so viel desto besser abgethan werden könnten, sollen alle scholtzen denen anschaffungen der herren commissarien nachleben, die etwan ihnen zu befördern zukommende brief bey tag und nacht schleunigst an behörige ortho befördern, auch die verschreibende vorgespahn zu rechter zeit liefern und also alle ungelegenheit verhüten. Alle in denen standtquartiren sich ereignende excesse sollen die scholtzen bey des weichbildes herrn landeseltesten anmelden, dieser aber den commandirenden officier umb abschaffung ersuchen undt im nachbleiben sr. gnaden den herrn landeshauptmann ersuchen, hiermit sie belibeten, es entweder bey einem hochlöbl. k. oberamte oder auf befindenden fall gar an die r. k. m. zu klagen, damit also die allergnädigste publicirte disciplin-patenter manutiniret werden.

**[Amtsresignation:]** So sollen auch endtlichen undt 12.) alle commissarii gehalten seyn, nach verflossenem jahr bey vorfallendem erstem landt- oder craysstage abzudancken undt sowohl denen herren weichbildesständen, ob sie selbige länger zu bleiben vermögen, als auch ihnen, ob sie es ferner annehmen wollen, alle wege frey stehen.

Kgl. St.-A. Rep. 135, Jau. Msc. 27, S. 599.

137.

1737/38.

### Verzeichnis des Landeskollegs sowie der Landesdeputierten und der ihnen zukommenden Besoldung nebst Liefergeldern.

Von Karl Gottlieb Freiherrn von Nostitz<sup>1)</sup> wird dem Landeshauptmann überreicht ein: „Summarischer extract derer besoldungen und liefergelder eines löbl. landescollegii und landesofficier, auch landesdeputirten der beyden fürstenthümer S. und J. pro annis 1737 und 1738<sup>2)</sup>).

<sup>1)</sup> Obersteuereinnnehmer seit 29. Oktober 1737.

<sup>2)</sup> Praes. 3. März 1740.

## 1. Eines löbl. landescollegii der beyden fürstenthümer S. und J. tit. pleniss.:

	Jährliche Besoldungen in fl.:	Liefergelder in fl.:	
		1737	1738
Ihro hochwürden und gnaden dem herren [Benedicto] prälaten zu Grüssau		198	162
Ihro hochwohllehrwürden dem herren probst und collectori zu Zobben [Johann Jeschke]		180	144
Ihro hochwohllehrwürden dem herren probst zu Liebenthal [Caspar Alexius Senffleben]		216	193.30
Ihro hochwohllehrwürden dem herren probst zu Brechelwitz [fr. Al- phonsus Walter]		193.30	162

## Tit. pleniss. denen herren oberrechtssitzern:

Herren baron [Karl Joseph] v. Kalckreuth und Dulcius auf Mirschelwitz	300	193.30	171
Herren grafen von Sternberg und Rudelsdorf auf Guhlau	300		
Herren reichsgrafen [Carl Gotthard] v. Schaffgotsch auf Kynast	300	108	36
Herren grafen v. Karwath auf Meewaldan	300	553.30	94.30

## Eines löbl. landescollegii tit. plen. derer herren landeseltesten:

Im Schweidnitzischen weichbilde herren baron von Seherr-Thos auf Domantze	120	526.30	769.30
Im Jauerischen weichbilde herren [George Wilh.] v. Reibnitz auf Mittel-Leippe	120	378	333
Im Striegauischen weichbilde h. [Johann Friedrich] von Seydlitz auf Paffendorf	120	...	297
Im Loewenbergischen weichbild freyherren [Balthasar Abraham] v. Gläu- bitz auf Sirgwitz	120	369	252
Im Buntzlanischen weichbild h. [Andreas] v. Jentha auf Kosel	120	288	252
Im Hirschbergischen weichbild h. [Conrad Sigismund] v. Zedlitz auf Ober- u. Mittel-Kauffung	120	...	202.30
Im Bolckenhayn-Landeshuttischen weichbilde h. baron [Johann Sigis- mund] v. Schweinitz auf Haussdorf	120	261	125
Im Reichenbachischen weichbild h. [Conrad] von der Heyde auf Habendorf	120	229.30	238.30

## Derer herren landesofficirer:

Dem h. landesbestaldten beyder fürstenthümer S. und J. tit. plen. h. grafen [Franz Wilhelm] v. Schaffgotsch auf Fischbach u. Körnitz be- soldung 1500, subsistenz-adjutengelder 1200 und pro amanuensi 45 =	2745	81	63
Mier dem obersteuereinnnehmer freyh. von Nostitz auf Lahsan be- soldung 600 und auf dem steueramtsschreiber 72 =	672	270	162
Dem h. landtschreiber beeder fürstenthümer h. [Christof Ernst] v. Sommer- feld und Falckenhayn auf Rothkirchdorf	300	1144.30	1072.30
	4877	5190	4740

## Derer herren landesdeputirten:

1. h. Friederich freyherrn v. Zedlitz auf Gräbel	27
2. h. Carl Sigismund freyherrn v. Zedlitz auf Kapssdorf	63
3. h. Ernst Christian v. Schickfuss auf Queitsch	36
4. h. Leopold Maximilian graff v. Henckel auf Röppersdorf	31.30
5. h. Samuel freyherrn v. Richthofen auf Peterwitz	36
6. h. Johann Friederich von Nimptsch auf Poselwitz	36



7. h. Carl Sigismund freyherrn v. Glaubitz auf Braunan	49.30	4.30
8. h. Johann Heinrich graff v. Hochberg auf Kittlitztreben	22.30	
9. h. Johann Friederich v. Falckenhayn auff Gross-Krauschen	49.30	
10. h. Conrad Gottlieb v. Zedlitz auf Tiefhartmansdorf	22.30	
11. h. Maximilian v. Mauschwitz auf Waltersdorff	36	13.30
12. h. Julio Sigismund freyherrn v. Seydlitz auf Nieder-Peile	67.30	
13. h. George Gottlieb freyherren v. Zedlitz auf Niederblassdorf	145.30	76.30
14. h. Ernst Friederich von Roy auf Diessdorf	9	
15. h. Conradt Sigismund von Zedlitz auf Mittel-Kaufung	117	
16. h. Johann Friederich von Tschirnhauss auf Nieder-Schossdorf	12	
17. h. Andreas Willhelm von Grünfeldt und Guttentädten auf Lehnhauss	3	
18. dem h. hauptmann Sigmund Christian v. Mauschwitz	15	
19. h. Friederich Sigismund von Zedlitz auf Creysau	...	180
20. h. Samuel v. Richthofen auf Bartzdorf		45
21. h. Johann Ferdinand freyherrn v. Sandretzky auf Gross-Ellguth		18
	778.30	337.30
Summa:	4877	5968.30 5077.30
		Landes-Cassa.

Kgl. St.-A. Rep. 39 S.-J. II 15 a.

138.

o. D. [1715—1720]<sup>1)</sup>.

**Tabelle der in den Fürstenthümern befindlichen königlichen und ständischen Beamten nebst Angabe ihrer Dienstobliegenheiten und ihrer Besoldung.**

## T a b e l l a ,

was bey denen fürstenthümern S. und J. sowohl vor die politischen königlichen und landesbedienten jährlich zu erogiren kommet, auch worinnen ihre verrichtungen bestehen:

N a m e	Dienste, so jeder bekleidet	Dessen verrichtungen	Genüßset an Besoldung	Deputat an geld in natura	An liefergeldern auf jeden tag
Plen. tit. s. excellenz h. graff Schaffgotsch	Landeshauptmann; obrister erb - land - hofe - meister; obrister erb - land - hof - richter		3000 fl., wovon jedoch die cantzleyverwanten ein gewisses bekommen und die beholtzung der cantzley zubestreiten ist.	Statt der fourage 1262 fl. 24 kr. Item bey den quartalien in natura auf die mitbringende pferde die fourage.	
Landescollegium der herren praelaten und landesofficirer: tit. herr praelate v. Sande. tit. herr praelate von Leubuss. tit. herr praelate von		Diese wohnen denen landeszusammenkünften bey und helfen deliberiren, wie die kayerlichen postulata bestritten, repartiret und sonst bey allen vorfallenheiten sowohl in publicis als politicis die conservation und aufnahm dieser beyden fürstenthümer zu ihre			Des tages bey denen landeszusammenkünften 3 rthl., so beyläufig bey jedem des jahres beträget 100 fl.

<sup>1)</sup> Die Tabelle muß in die Zeit nach 1715 September 28 fallen, da zu diesem Termin v. Sommerfeld Landschreiber wird [s. vorher S. 113] und in die Zeit vor 1720 Juli 30, da an diesem Tage der Kanzler v. Tschirnhaus stirbt [s. vorher S. 81].

N a m e	Dienste, so jeder bekleidet	Dessen verrichtungen	Genüsst an besoldung	Deputat an geld in natura	An liefergeldern auf jeden tag
Grüssau. tit. herr probst des jung- fräul. gestifts Liebenthall		mayestät dienst befördert werden können.			
h. baron von Männich	Oberrechtssitzer im fürstenthumb Schweidnitz	Diese vier oberrechtssitzer haben eben das, was die herren prae- latten, bey denen landeszusammen- künften zu besorgen und über dieses denen quartalien, zwölfrechten, pupillarischen judicio beyzuwohnen und zu judiciren.	Ein jeder die- ser vier ober- rechtssitzer hat 300 fl.	—	Gleich denen herren prae- latten jeder bey- läufig 100 fl.
N. N.	Diese andere oberrechtssitzer- stelle ist vacirend				
h. baron von Zed- litz	Oberrechtssitzer im fürstenthumb Jauer				
h. von Tschirn- hauß	Landescantzler	Hat die lehenscantzley in seiner absicht und die lehensbriefe nach denen von s. excellenz dem h. landes- hauptmann vorgeschriebenen signa- turen auszufertigen.	360 fl.	—	
Idem	Deputatus extra- ordinarius ad pu- blica	Wird nacher Bresslau ad publica zu denen actibus solemnioribus und, wanns sonst in rebus arduis der deputatus ordinarius vor nöthig be- findet, abgeschickt.			Des tages in Bresslau 4rthl., so beyläufig be- trägt 600 fl.
h. graff Nimpsch	im Schweid- nitzschen	Die acht landeselteste haben eben das, was die herren oberrechts- sitzer, bey den landeszusammen- künften zu besorgen und zugleich ein jeder bey seinem weichbilde die marche, einquartirungen zu reguliren und was ihm sonst in dem ihm anvertrauten weichbilde von s. excell. dem herren landes- hauptmann oder landescollegio auf- getragen wird, zu bevollziehen.	Ein jeder von diesen acht landeseltesten hat jährlich 120 fl.	—	Wie die herren praelaten, bey- läufig 100 fl.
h. von Falcken- hayn	„ Jauerschen				
h. von Tschirn- hauss	„ Striegau- ischen				
h. von Glaubitz	„ Lemberg- ischen				
h. von Briese	„ Buntzlau- ischen				
h. von Spiller	„ Hirsch- bergischen				
h. von Reibnitz	„ Bolcken- haynischen				
h. von Heide	„ Reichen- bachschen				
h. baron von Ma- tuschke	Landesbestalter und deputatus or- dinarius ad pu- blica	Hat eben dieses, was die h. landes- eltesten, bey denen zusammenkünften zu besorgen, insonderheit aber denen deliberationibus ad publica in Bress- lau, alwo er das praesidium bey der königl. erbfürstenthümer stimme führt, beyzuwohnen und das, was von einem löbl. landescollegio re- solviret wird, zu expediren.	1500 fl.	—	Wegen der Bresslauischen subsistenz 1200 fl. und bey denen landes- zusammen- künften bey- läufig 100 fl.
h. von Czetztritz	Obersteuerein- nehmer	Wohnt gleich denen andern landes- officirern bey den landeszusammen-	600 fl.	—	Beyläufig, wie die andern



N a m e	Dienste, so jeder bekleidet	Dessen verrichtungen	Genüßet an besoldung	Deputat an geld in natura	Anliefergeldern auf jeden tag
		künften denen deliberationibus bey und ist eigentlich seine incumbenz, die kayserl. steuern und andern anlagen ein- und auszugeben und zu verrechnen.			landesofficier, 100 fl.
h. von Sommerfeldt	Landesschreiber	Wohnet desgleichen denen landes- zusammenkünften bey, führet das protocol, hat das landesarchiv unter seiner verwahrung und machet die expeditiones in abwesenheit des herrn landesbestalten.	300 fl.	—	Gleich denen andern landes- officiern bey- läufig 100 fl.
h. Cremerius	Agent in Wien		225 fl.		
h. Fino	Agent in Bresslau		45 fl.		
Gottfried Berger	Cassehalter in Schweidnitz und dessen ge- hülfe		156 fl.		
Johann Günther	Cassehalter in Jauer und dessen ge- hülfe		120 fl.		
Johann David Drobisch	Steueramts- schreiber		156 fl.		
Joh. George Haase	Pfänder in Schweidnitz		120 fl.		
Johann Franz Heuschneider	Pfänder in Jauer		72 fl.		
Joh. George Müller	Pfänder in Striegau		—	Korn 19 sch. 3 vrt. $\frac{1}{4}$ m. Haaber 19 „ 3 „ $\frac{1}{4}$ „ Korn 5 „ 1 „ $3\frac{3}{4}$ „	
Gottfried Scholtz	Pfänder in Reichenbach		5 fl. 20 kr.	Korn 9 „ 3 „ 2 „ Haaber 9 „ 3 „ 2 „	—
In allen acht weichbildern	Sechzehn land- dragoner, jeg- lichem monath- lich à 7 fl.		3 fl.	Korn 6 „ 2 „ $1\frac{3}{8}$ „ Haaber 6 „ 2 „ $1\frac{3}{8}$ „	—
Elias Schwartz	Schloss - seiger- steller in Jauer		1344 fl.	—	—
Gottfried Gründler	Feuermauer- kehrer		24 fl.	—	—
			14 fl. 24 kr.	—	—

Fü. Msc. Fol. 45, Bd. 3, am Schluß.

## 139.

o. D. [Vor 1741 (1711—1719).]

## Bericht über die neuere Verfassung des Herzogthums Schlesien.

Das hertzogthumb Ober- und Nieder-Schlesien bestehet in zweyerley fürstenthümben, darvon die ihre k. m. zugehörige die erbfürstenthümer genennet werden, von denen ich zuerst meldung thuen will. Und befinden sich unter diesen

1. Die erbfürstenthümer Schweidnitz und Jauer, welche beyde wegen ihrer etendue und darinnen befindlichen ansehnlichen landschafts-gütter und dieselben besitzenden wohlvermöghlichen adels wo nicht vor die ansehnlichsten zu achten, wenigstens doch darinnen keinem etwas nachgeben. Diese beyde fürstenthümer

stehen unter einem sogenannten gevollmächtigten landeshauptmanne. Jedoch will ihme eine hochl. k. böheimb. hoffcantzley dieses adjectum „gevollmächtig“ nicht, wie vorhin, einräumen, schrencket auch seine gewalt gleichwie aller anderen zimlich ein und verweist gar oft ihre gesta maxime judicialia, sonderlichen wenn jemand darüber sich beschwehret, an das königl. oberamt zur untersuchung, auch richterlicher erkantnuß. Unter erstgedachtem landeshauptmanne stehen 2 assessores nebst einem landescantzlar und einem secretario. Was aber die provincialia belanget, darinnen haben diese 2 fürstenthümer vor denen meisten anderen etwas besonders: Immassen erstgedachte fürstenthümer vors

(1.) mit einem königl. manngericht versehen seynd, welches zu Schweidniz quartaliter gehalten zu werden pfleget. Diesem praesidiret zwar der h. landeshauptmann, er hat aber aus dem adel neben sich 3 assessores, dann aus dem burgerstand gleichfals 2 assessores und einen secretarium, der von der landschaft dependiret.

(2.) Seynd diese fürstenthümer mit einem besonderes privilegireten inappellabilen judicio versehen, das zwölferrecht benahmbset. Diesem judicio praesidiret zwar ebenfals der h. landeshauptmann. Er hat aber neben sich 2 ordinar- und beständige assessores; die anderen 8 assessores werden aus iedem weichbilde oder circulo, deren 8 seynd, genommen und seynd diesem iudicio länger nicht als ein jahr zu assidiren verbunden, nach dessen verlauf sie einen anderen vorzuschlagen verbunden seynd. Dieses judicium haltet quartaliter seine sessiones; und kommen darinnen nichts als solche sachen vor, welche die beyden fürstenthümer in ordine ihrer intra sphaeram beyder fürstenthümer obwaltenden land- und provincial- und lehnsanliegenheiten afficiren. Anbey besorget eben dieses collegium die pupillarangelegenheiten. Dahero es auch das pupillar-judicium zugleich benennet wird.

(3.) Folgen diesem das landescollegium, welches aus denen bey kurtzvorhero gedachten landesjudiciis bestelleten assessoren, dann denen geistl. stiftren, ieden weichbildes landeseltesten, einen landesbestelleten, der zugleich ordinarius deputatus dieser beyden fürstenthümer ad conventum publicum ist, einen obersteuereinnnehmer, welcher allemahl ein stand aus dem fürstenthumb ist, dann einen landschreiber besteht. Dieses collegium besorget und dirigiret die publica, id est die ausschreibungen und verwilligungen, welche auf die kays. postulata ex parte conventus publici et generalis verwilliget worden, lasset die eingehende steuer- und accisgelder in ihre landescassa durch die darzu bestellte dem obersteuereinnnehmer unterworfenen officianten eintreiben und einnehmen, schaffet durch sie diese gelder in das generalsteuerramt nach Bresslau, machet die repartitiones bey einquartirungen, durchmarches und werbungen, besorget die particular-fürstenthumbs-nothdurften und ausgaben etc., worinfals iedoch numehro diesen ständen gleichwie allen anderen durch eine hochl. k. böheimb. hoffcantzley die hände sehr gebunden worden.

Diesem fürstenthumb folget **2. Das fürstenthumb Grossenglogau.** Dieses fürstenthumb ist seiner etendue und ansiehlich-wohlangesessenen adels wegen nicht minder als die ersteren beyde von sonderlicher consideration. Ja, man kann von ihme sagen, dass es in seiner etendue noch mehr als iene in sich beschlüsse, sofern man iene nicht in complexu zusammen nimmet. Es stehet unter einem sogenannten gevollmächtigten landeshauptmanne, wie Schweidniz undt Jauer, hat nur einen assessorem und einen amtssecretarium. Was die provincialia belanget, diese bestehen

(1.) In einem königl. manns- und zauden-gerichte, welches unter dem praesidio des h. landeshauptmannes mit 10 adelichen assessoren besetzt ist und mehrertheils in lehnssachen mit zugezogen wird.

(2.) In einem landescollegio, welches von denen landeseltesten und deputireten aus denen 7 bey diesem fürstenthumb befindlichen creyssen formiret wird, einen landesbestelleten, welcher wie bey allen anderen fürstenthümern die landesacta einsamlet, referiret und vorträget, die vota collectiret und hernach in ein votum übersetzt, auch sonst in allen vorkommenheiten mit dem mund und feder sich brauchen lassen muss, und ist allemahl ein cavalier aus ihrem gremio. Dann sendet dieses fürstenthumb einen deputatum ad conventum publicum nacher Bresslau, welcher, wie bey allen anderen fürstenthümern bräuchlich, aldar beständig sich aufhaltet, denen landeszusammenkünften beywohnet, nebst anderen deputatis die allgemeine landeswohlfarth und dann hiernechst seines fürstenthumbes particular-convenienz beobachtet und die corre-



spondenz mit seinen ständen führet. Haltet einen obersteuereinnehmer aus seinem gremio, der seine subalternos hat, durch welchen das steuer- und accis-weesen dirigiret wird und die ausschreibungen, werbungen, einquartirungen etc., wie solche das landescollegium repartiret hat, bewircket, eintreibet, eincassiret und in das generalsteueramt schaffet. Anbey haltet jeder creyss seinen commissarium, welcher die aus-, ein- und durch-marchirende miliz führet, begleitet und sorget, damit, so viel möglich, niemand beschwehret werde. Welche erinnerung von denen landesbestellten und deputatis ad conventum publicum, dann denen commissariis, ich von allen fürstenthümben durchgehendts gesaget haben will.

Hierauf folgen 3. **Die fürstenthümer Oppeln und Rattibor.** Diese kann man zwar ihrer etendue undt umbkreys nach vor die grössten dieses landes angeben. Es befindet sich auch darinnen zum theil ein sehr reicher und mit grossen herrschaften versehener ansehlicher adel. Es ist aber die arth des volckes, welches ich meistens von dem gemeinem mann verstanden haben will, nicht wie in denen übrigen fürstenthümben Nieder-Schlesiens beschaffen. Diese beyde fürstenthümer stehen nicht münder, wie die vorgehenden, unter einem landeshauptmanne, welcher einen landescantzlar, deme die cantzley untergeben ist, neben sich hat. Ihme seynd ferner die assessores des königlichen landrechts adjungiret, mit welchen er alle halbe jahre wechselsweise zu Oppeln undt Rattibor zu gerichte sietzet und alle vorkommende gerichtshändel schlichtet. Derer seynd bey dem fürstenthumb Oppeln 16 und bey dem fürstenthumb Rattibor 10, ingesamt aus dem weltlichen stande. Darbey der cammerprocurator allemahl erscheint, das interesse regium et publicum beobachtet und anbey die litigiose vorfallenheiten verführet, soweit solche den könig afficiren<sup>1)</sup>. Diese assessores werden nebst dem h. landeshauptmann, cantzlar und cantzley allemahl auf kays. unkosten spesiret, welches was rechtes absorbiret. Dann erscheint auch, was die congressus mere provinciales belanget, die in diesen fürstenthümben begüterte geistlichkeit und hiernächst auch die begüterte ritterschaft. Zu denen steuersachen wird von diesen fürstenthümben ein obersteuereinnehmer aufgenommen, welcher praecise dem steuer- und rechnungs-wesen vorgesetzt ist; und wird also aus dem landesgremio keiner dazu erkiesen. Dieser steuereinnehmer dependiret vollkommlich von denen geist- und weltlichen ständen und befolget dero repartitiones, besorget anbey das accisenwerek, dirigiret die einquartirungen und werbungen. Darinfallß jedoch, was die werbung belanget, iedem stande, gleich wie es durch ganz Schlesien auch also gehalten zu werden fleget, die freye hand gelassen wird, den auf ihn fallenden recrouten aufs leichteste herbey zu schaffen. Ein ieder district, circul oder crayss hat seinen commissarium, welcher die ein- und ausrückende miliz an denen fürstenthümbgränzten empfänget und bis an die gränzen begleitet. Zu denen allgemeinen landeszusammenkünften und deliberationen wird allemahl ein constatus aus ihrem mittel und zwar allemahl auf 3 jahre gesendet; darinnen sie also unter einander alterniren, dass aus dem geistlichen, herren- und rittersstände allemahl einer 3 jahre wechselsweise darzu deputiret wird.

In der ordnung derer fürstenthümer folget 4. **Dass fürstenthumb Bresslau.** Dieses ist seiner etendue und umbfange nach fast das kleinste und bestehet eigentlich nur in dem Bresslischen, dann dem Neumarkischen und Nambslanischen weichbilde. Welches letztere auch noch dazu einen absonderlichen hauptmann und secretarium hat, der zugleich landschreiber bey denen ständen ist. Jedoch ist der Nambslauische hauptmann also der Breslauischen landeshauptmannschaft unterworfen, dass alle sentenzen und wichtigere dienge er dahin zur approbation einsenden muss. Die landeszusammenkünfte oder vielmehr die stände dieses weichbildes seynd von denen Breslauischen ganz abgesonderet. Was nun das Bresslauische fürstenthumb belanget, diesem stehet ein landeshauptmann vor, deme ein assessor oder sogenannter assistentzrath, dann ein cantzlar und secretarius cum voto, welcher zugleich hoferichter ist, assistiren. Worbey ich zugleich erinneren will, dass des hoferichters function in versiegelung, resigillirung und inventurung derer erbschaften in der provinz bestehet. NB: Dererley hoferichter seynd in allen fürstenthümben und zwar in iedem weichbilde, creyss oder circul, darbey an etlichen orten auch ein assessor ist.

<sup>1)</sup> Nachträglicher Zusatz von anderer Hand.

Sonst ist das fürstenthumb Bresslau mit 4 königl. männern versehen, welche zugleich landeseltesten seynd. Diese königl. männer kommen qua tales quartaliter mit der landeshauptmannschaft zusammen, seynd stände des fürstenthumbs und nehmen ihren sitz denen landeshauptmannschaftlichen assessori und cantzlar gleich über, denen der landeshauptmann praesidiret. Ihre verrichtung bestehet in bestätigung derer käufe und gewöhnlicher vier quartalischen aufbietungen derer käufe; welche aufbietungen die kraft haben, dass nach deren endigung ein käufer sicher vor aller anfertigung des sonst üblichen juris prothimiseos oder einstandrechtes ist. Im übrigen besorgen diese königl. männer, jedoch als landeseltesten, alle fürstenthumbsvorfällen wie alle andere in denen übrigen fürstenthümern befündtliche landescollegia, als zum exempel die steuer-repartitiones und deren ausschreibungen, eintheilungen derer werbungen, beobachten die accisen etc. Was nun diese stände dem fürstenthumb zum besten befunden, wird hernach durch die landeshauptmannschaft denen ständen publiciret; welches auch in allen andern fürstenthümern also gehalten wird.

Hiernechst haltet dieses fürstenthumb einen landesbestellten, welcher zwar nicht nothwendig ein constatus seyn muss; wird aber doch gemeinlich also gehalten, dass er entweder schon begütert seye oder sich einkaufe. Dieser landesbestellte wird zugleich als deputatus ordinarius ad congressus generales gebraucht, deme dann und wann in wichtigeren diengen ein königl. mann zugegeben wird. Welches auch die übrigen fürstenthümer also halten und meistens in negotiis magis arduis einen aus ihren landeseltesten dem deputato ordinario zugesellen.

Desgleichen haltet dieses fürstenthumb Bresslau einen obersteuereinnnehmer und ihm zugegebene officianten, der allemahl ein angesessener cavalier ist und das steuerwesen dirigiret, auch der generalsteuerabnahmb in Bresslau allemahl, gleich wie alle andere fürstenthümbliche steuereinnnehmer, beywohnet.

Diese generalsteuerabnahmb wird darumben also genennet, weil in Bresslau allemahl 14 tage nach Ostern, id est den montag nach Jubilate, die gesammte deputati nebst zuziehung derer obersteuereinnnehmer auf dem Bresslauer rathhause die generalsteueramtsraitung abnehmen. Sonst aber wird in iedem fürstenthumb des fürstenthumbs eigene steuerraitung von denen obersteuereinnnehmern gleichfalls abgenommen, die man also respectu der generalsteuerabnahmb die particular-fürstenthumbssteuerraitung und -abnahmb tituliren könnte.

Dieses fürstenthumb hat ebenfals seinen landcommissarium zur regulirung derer marches. Sonsten seynd auch bey diesem fürstenthumb zwey deputirete von der geistlichkeit und 2 rietterschafts-deputirete, welche ausser denen allgemeinen fürstenthumbszusammenkünften mit denen königl. männern erheischender nothdurft nach zusammentreten und die provincialia besorgen helfen. Fället aber was wichtiges vor, welches sich in diesem engen congressu nicht abthuen lasset, so erscheinen die gesammte stände, welche in den geistlichen und dann den rietterstand eingetheilt seynd, unter welchem letztern auch der herrenstand mit begrieffen ist.

Diesem folget 5. **Dass fürstenthumb Liegnitz.** Dieses ist seinem umfang nach respectu derer ersten mietlerer grösse, hat aber einen gar schönen und wohlbegüterten adel und, quoad politicum regimen, einen landeshauptmann nebst dermahlichen 5 regierungsräthen, deren der eine zugleich die secretariatsstelle dermahlen versiehet. Die daselbstige regierung ist hiernechst, wie alle andere königl. regierungen, mit einer vollkommentlich eingerichteten cantzley versehen. Quoad publica sive provincialia aber befindet sich daselbst

(1.) Ein wohleingerichtetes landescollegium, bestehende in denen creyss- oder weichbildts-landeseltesten.

(2.) In denen vier weichbildts-königl. landes-hoferichtern.

(3.) In denen landes-deputireten und einem landesbestellten, dann einem obersteuereinnnehmer, welche beyde gemeinlich adeliche personen seynd, und ihm steuereinnnehmern subjungireten subalternis. Hiernechst befündet sich bey iedem weichbilde ein commissarius, welcher die marches nebst dem pfänder reguliret. Dieses fürstenthumb sendet gleichfalls seinen deputatum ad conventus publicos sive generales ordinarium, deme es pro re nata annochen extraordinarium adjungiret. Anbey frequentiret der k. burggraf und stiftsverwalter die landeszusammenkünfte, und haben beyde daselbst ihr votum, wie die anderen stände.



**6. Dass fürstenthumb Brig.** Ist ebenfals eines dem umbfang nach respectu derer ersteren miettel-mässigen, jedoch weitschüchtigeren grösse, als das fürstenthumb Liegnitz. Dieses hat, quoad politicum regimen, zu seiner instanz eine königl. regierung, deren capo ein landeshauptmann ist. Unter ihm stehen 4 regierungsräthe nebst einem absonderlichen secretario absque voto und einer wohl eingerichteten regierungscantzley. Hat zu zeiten derer Piastischen fürsten, auch letztthin, nachdehme diese abgestorben, in denen ersten jahren, da sie an die krown Böhaimb als ein erbfall gediegen, einen regierungs-cantzlar gehabt, dessen function aber, als er abgestorben, hernach nicht wieder ersetzt und seine besoldung nebst übrigen gehalt an die überbliebene regierungsräthe eingetheilt worden. Quoad provincialia sive publica bestehet dieses fürstenthumb

(1.) In einem wohleingerichteten landescollegio, worinnen das hohe dhombstift der cathedralkirchen ad s. Johannem in Bresslau, wie auch der aldtorigen stifts-collegiatkirchen ad s. Crucem, dann die landes-eltesten den ersten platz und entlich der k. cammer-burggraf nebst denen fürstl. stifts-deputireten und cantzlarern, dann der k. stifts-verwalter den vorzug haben. Nach ihnen folget die ritterschaft und städtische deputireten. Darbey ich zu erinnern befinde, dass die königl. burgrafen nur bey diesem und dann erst vorherho gedachten fürstenthumb Liegnitz sessionem et votum in comitiis haben, in allen anderen fürstenthümben aber ausgeschlossen werden.

(2.) Hat jedes weichbild seinen königl. land-hoferichter.

(3.) Befindet sich in Brig eine obersteuerassa, der ein adelicher landsaass als cassae-director vorsethet und einen cassae-halter nebst erforderlichen officianten und dann einen pfänder unter sich hat. Dieses pfänders verrichtung bestehet eigentlich in dem, dass er die patenten auf dem lande herum führen und bey marchen sich gebrauchen lassen muss. Ausser erstgedachtem obersteueramte befindet sich auch noch ein filial-steueramt in der weichbildt-stadt Strehlen. Und entlichen gehöret auch noch anhero zu diesem fürstenthumb das weichbild Olau, welches ebenfals mit einem filial-steueramte versehen ist. Desgleichen haltet dieses fürstenthumb ad congressus publicos sive generales einen deputatum ordinarium, deme es nach beschaffenheit der vorfallenden erfodernuss dann und wann annoch einen extraordinarium adjungiret.

**7. Das fürstenthumb Wolau.** Dieses ist mit einem landeshauptmanne und nicht mündler ihme adjungireten 3 regierungsräthen, dann einem regierungs-secretario cum voto versehen. Quoad provincialia aber befindet sich daselbst gleichfals

(1.) Ein ordentliches landescollegium, welches aus denen landeseltesten ieden creysses bestehet.

(2.) Hat ieder creyss seinen königl. hoferichter und assessorem.

(3.) Das gesammte fürstenthumb einen adelichen cassae-directorem und ihme subjungirete subalternen, einen landesbestelleten, auch einen ordinarium deputatum ad congressus Silesiae generales sive conventum publicum, welcher dann und wann in rebus magis arduis mit einem deputato extraordinario unterstützt wird. Dann haltet es in iedem district zur regulirung derer marches einen commissarium.

NB. Bey diesen letzteren 3 fürstenthümben Liegnitz, Brieg und Wolau ist in ieder daselbstigen hauptstadt ein k. consistorium Augustanae confessionis neuerlich aufgerichtet, dem ein cathol. regierungsrath als praeses vorsethet. Die assessores seynd ein lutherischer landsaass, ein praedicant und lutherischer secretarius.

**8. Das fürstenthumb Teschen.** Dieses lieget in Ober-Schlesien an der Polnischen, Ungarisch- und Mährischen grantzte, ist eines derer kleinsten fürstenthümben, hat aber ebenfals seinen landeshauptmann und landesbesitzer. Daselbst wird, wie in denen fürstenthümben Oppeln und Rattibor, nur halbjährig landtrecht gehalten, in welchem alle rechtshandel proponiret und decidiret werden. Diesem landtrecht wohnet stets der cammer-procurator, wie im fürstenthumb Oppeln und Rattibor, bey; darinnen also das fürstenthumb Oppeln, Rattibor und Teschen von denen übrigen erb-fürstenthümben, quoad formam regiminis, unterschieden seyndt, indehme diese nur halbjährige diaetas judiciales, welche allemahl 14 tage nacheinander anhalten, zu halten, die andern aber wochentlich, ja wohl täglich, zu gerichte zu sietzen pflegen.

Dieses fürstenthumb hat ebenfals seine eingerichtete steuercassa, landesbestelleten und commissarios. Darbey annoch zu merken, dass zwar das aldortige cammer-oberregentenamt ebenfals, gleich wie die cameralämter in denen übrigen fürstenthümben, ihre particular-steuercassa führe, dennoch aber dieses, gleich dem burggrafenamte zu Liegnitz und Brig, sessionem et votum bey denen fürstenthumbs-landeszusammenkünften nicht habe. Dererley exclusion auch das regentenamt zu Oppeln und das burggrafenamt zu Wolau zu grossem undienst des k. cameralis erdulden muss. Dieses also ist die beyläufige anmerkung von denen kays. erbfürstenthümben.

Worzu annoch 9. **Die stadt Bresslau** gehöret, als welche praeter ordinem derer städte ihr votum et sessionem bey denen kays. erbfürstenthümben führet. Gedachte stadt Bresslau sendet also aus ihrem rathsmittel 2 deputirete, welche, wie gedacht, ihren sietz unter denen erbfürstenthümben nimmet und in ordine das letzte votum und letzten sietz in conventu publico bey der erbfürstenthümblichen stimme hat.

Hierauf folgen die fürstliche fürstenthümer. Darbey praeliminariter zu merken, dass, quoad publicum, id est in curia, diese denen erbfürstenthümben quoad votum et sessionem vorgehen. Unter denen fürstlichen fürstenthümben ist also:

1. **Das bisthumb Neyss** una cum appertinentiis. Dieses ist una cum appertinentiis eines derer grössten districten, mehrentheils mit allen regalien versehen. Der adel aber miettelmässigen vermögens und ansehens. Quoad politicum haltet der bischof zur Neyss einen regierungspraesidenten, welcher allemahl ein Bresslauischer canonicus ad s. Johannem, id est aus der cathedral-kirchen, ist, und landeshauptmann, welcher zugleich regierungsassessor ist; nebst einem regierungscantzlar, hoferichtern und 5 regierungsräthen, denen annoch ein regierungs-secretarius und ordentliche cantzley zugesellet ist. Obiger landeshauptmann formiret annoch eine absonderliche instanz, welcher in gewiessen fällen der adel unmiittelbahr unterworfen ist Ihme seynd 2 assessores und ein secretarius zugegeben. Und werden hieselbst die criminalia tractiret, weil die wenigsten von adel die jurisdictionem altam, weder solche die städte in dem bisthumb haben.

Desgleichen haltet der bischof einen hoferichter zu Bresslau, welcher über den niederen bisthumbscreiss bestellet ist, der einen secretarium cum voto adjungiret hat. NB. Dieser hoferichter ist allemahl einer aus den ältesten canonicis. Dann befindet sich im Cantnischen halt ein hauptmann, welcher gleich der Neyssischen regierung und Bresslauischen hoferichter die judicialia et publica tractiret. Auch wird zu Ottmchau, Johannisberg und Freywalde, dann zu Friedewalde ein hauptmann gehalten, welche aber meistens nur dem oeconomico und aldortigen wenigen jurisdictionalien vorstehen.

Quoad publica wird das bisthumb durch die landeseltesten dirigiret, denen ein landesbestelter, dann ein steuereinnnehmer und landcommissarius subjungiret ist. Der bischof ist nebst seinen schönen regalien, die er besietzet, auch mit dem jure monetandi versehen.

2. **Das Oelssnische fürstenthumb.** Dieses hat zwey regierende fürsten von Württemberg-Oelss, welches verursacht, dass der abtheilung nach der älteste den Oelssnischen district, der ander aber den Oelssnisch-Bernstädtischen district dirigiret. Jeder aus ihnen hat seinen eigenen landeshauptmann, regierungsräthe und secretarium. Quoad provincialia aber et publica halten sie vermöge grossmütterlich und von denen königen von Böhaim confirmireter disposition gemeinschaftliche landrätthe und zugleich eine gemeinschaftliche steuercassam. Erst gedachte landrätthe dirigiren die provincialia et publica nebst der steuercassa und halten einen obersteuer- und acciseinnnehmer, landesbestelleten und commissarium.

Dann haltet ieder fürst aus ihnen einen absonderlichen deputatum ad publica, eine cammer und derselbigen vorstehenden cammerrath und cammersecretarium nebst einer münzte, welche münzte unter beyden fürsten gemeinschaftlich ist, jedoch nur der zu Oelss, als der aelteste, exerciret.

3. **Das fürstenthumb Troppau.** Dieses gehöret in Ober-Schlesien und besietzet solches das fürst Lichtensteinische haus, haltet daselbst einen landeshauptmann und landesrechtsbeysitzer, welche die regierungssachen und jurisdictionalia verwalten. Ihnen seynd etwelche unter-landrechtsbeysitzer, desgleichen



ein regierungs-secretarius undt eine daselbst befindliche formirete cantzley untergeben. Die publica et provincialia besorgen zugleich die landrechtsbeysitzer als landeseltesten und landstände.

4. **Das fürstenthumb Jägerndorff.** Lieget in Ober-Schlesien und stehet gleichfalls unter der fürst Lichtensteinischen regierung, hat einen absonderlichen landshauptmann und landrechtsbeysitzer. Beyde aber halten zusammen zwey deputatos ad conventus publicos.

5. **Das fürstenthumb Sagan** wird von dem fürst Lobkowitzischen hause regieret, hat einen amtsverweesser, einen regierungsrath und secretarium nebst einer ordentlichen regierungs-cantzley.

Nebst diesem aber ein mannsgerichtscollegium, dessen amtsverweesser qua praeses der aldortige abt zu unser lieben Frauen Augustinerordens oder der chorherren s. Augustini demeselben vorsethet, deme unterschiedliche assessores nebst einem secretario zugesellet seynd. Diese tractiren nebst der regierung die jurisdictionalia und zugleich die provincialia et publica. Und entlichen ist daselbst ein landescollegium, welches aus denen landeseltesten bestehet und durch dasselbige die landesanliegenheiten undt steuer-reparationes, deren ausschreibungen, eintreibung, einquartirung, werbungen etc. tractiret werden. Ihnen ist ein landsyndicus und steuereinnehmer unterworfen, so aber nicht adelich seynd.

6. **Fürstenthumb Münsterberg und Franckstein.** Wird durch das fürst Auerspergische haus regieret. Daselbst ist eine landeshauptmannschaft, welche alternatim der älteste praelat zu Heinrichau oder Camenz Cistercienserordens, so lange er lebet, ohne besoldung verwaltet. Ihme seynd zwey regierungsräthe und ein secretarius cum voto adjungiret.

Dann findet sich in diesem fürstenthumb ein landrechtscollegium, dessen praeses allemahl der landeshauptmann ist. Nebst denen assessoren befindet sich daselbst ein landeschreiber und obersteuereinnehmer.

Sonst ist annoch generaliter zu erinnern, dass iedes fürstenthumb und in jedem fürstenthumb befindliche weichbilde oder creyss einige dragoner halte, welche nicht nur zum verschicken, sondern auch zur abhaltung des frembden bettelgestindes sich brauchen lassen müssen.

Diesen fürstenthümben folgen die freyen standesherrschaften als 1. **Die freye standesherrschaft Wartenberg.** Diese hat zu ihrem letzteren besitzer einen grafen von Dona cathol. religion gehabt, nach dessen absterben eine wichtige processhandlung entstanden, welche numehro auf der kays. decision beruhet. Indess hat erstgedachte freye standesherrschaft dermahlen keinen würcklichen possessorum.

Sie ist mit einer ordentlichen regierung versehen, welche durch einen landeshauptmann, cantzlar und secretarium bestellet wird. Hiernächst ist daselbst eine adeliche land-hoferichterrey und anbey in dieser freyen standesherrschaft ein feiner adel, welcher den aldortigen standesherrn vor ihren unmittelbahren herren erkennt. Quoad provincialia wird der aldortige adel von einem ordentlichen manngerichte regiret, welches aus adelichen landsaassen formiret wird und in 10 personen bestehet. Haltet hiernächst ein eigenes steuer- und accisamt, welches von einem steuereinnehmer burgerlichen standes regiret wird.

Desgleichen wird ad conventum publicum in Bresslau ein deputatus ordinarius von wegen dieser freyen standesherrschaft gesendet, welcher derselben bestes gleich anderen ständen beobachtet und nebst denen übrigen 5 standesherrschaftlichen deputatis ein votum in complexu constituiren hiefft, ist auch der freyen standesherrschaftlichen stimme praeses und primarius deputatus. Diese freyherrliche deputirten haben ingesamt das jus votandi mit der fürstlichen stimme, dahero sie auch in complexu und zusammengesetzt die fürst-freyherrliche stimme genennet wird. Jhre bank, worauf diese deputireten setzten, ist gleich hinter der fürstlichen bank. Und weil die fürstliche stimme von der erbfürstlichen stimme die praecedenz, quoad votandum in curia hat, so genüsset die standes-freyherrliche mit ihr gleiche praecedenz.

Dieser standesherrschaft folgt in ordine 2. **Die freye standesherrschaft Militsch.** Diese besietzt das grafliche haus Maltzan, lutherischer religion. Ist versehen mit einer regierung, welche in einem landeshauptmanne, zweyen regierungsräthen, einem cantzlar und secretario bestehet. Quoad provincialia wird es, wie mit der vorstehenden, gehalten. Hiernächst hat diese standesherrschaft bey der freyen standesherrschaftlichen bank die anderte session und votum, haltet einen adelichen hoferichter und hiernächst ein

steuer- und accisamt, welches eine burgerliche person verwaltet. Unter dieser standesherrschaft befindet sich ein feiner adel.

3. **Die freye standesherrschaft Pleess.** Diese gehöret denen grafen von Promnitz zu und ist in forma regiminis et, quoad provincialia, mit denen ersten in nichts unterschieden, liegt in Ober-Schlesien.

4. **Die freye standesherrschaft Trachenberg** besitzet die graf Hatzfeldische familia, hat zwar auch ihre regierung, jedoch keinen so zahlreichen adel. Im übrigen ist sie, quoad regalia, denen übrigen standesherrschaften ganz gleich, hat in scanno derer freyen standesherrschaften den 4ten sietz, welchen sie durch einen deputatum occupiren und darbey dero convenienz beobachten lasset.

5. **Die freye standesherrschaft Beuthen in Ober-Schlesien.** 6. **Die freye standesherrschaft Beuthen in Nieder-Schlesien.** Die erstere besitzten die grafen von Henckel, die andere die grafen von Schönaich. Der erstere ist der cathol. religion, der andere der calvinischen sect zugethan. Beyde haben gleiche regalien und alterniren in der praecidenz. Jedoch ist die erstere mit einem numerosen adel versehen, welcher der anderen ermangelt. Sie haben beyderseits ihre regierungen und steueraempter, senden ihren deputatum ad conventum publicum, deren einer vor den anderen wechselseitig den vorzug hat.

Hierauf folgen die status minores, deren 25 seynd, nahmentlich 1. Die herrschaft Bielitz. 2. Die herrschaft Oderberg. 3. Friedeck. 4. Gutt und stadt Freystadt. 5. Gutt Deutschleuten. 6. Steubendorff. 7. Olbersdorff. 8. Herrschaft Losslau. 9. Gutt Roy. 10. Reichwaldau. 11. Herrschaft Freudenthall. 12. Stadt Troppau. 13. Herrschaft Neuschloss. 14. Freyhahn. 15. Zulauff. 16. Goschütz. 17. Großburg. 18. Burglehen Lissa. 19. Auras. 20. Krolckwitz. 21. Bogenau. 22. Romenau. 23. Maleckwitz. 24. Gross-Peterwitz. 25. Kraika.

NB. Diese status minores befinden sich zwar in verschiedenen fürstenthübern, dependiren aber unmittelbar von dem k. oberampte und haben ihre eigene steuercassa, von denen sie die steuer- und accisgelder gleichwie die andere status majores ins general-steuerramt abführen; dagegen alle übrige stände, auch sogar die haupt-städte, Bresslau ausgenommen, als welche in qualitate status majoris unmittelbar ins general-steuerramt ihr contingent abgewehret, ihre steuerquotas, ob sie schon solche selbst collectiren, in die fürstenthums-cassa, darunter sie liegen, inferiren müssen. Der adel auf dem lande aber hat über seine unterthanen das jus collectae nicht, ausgenommen die begüterte geistlichkeit, sondern es bringen die unterthanen ihre steuern selbst in die ihnen angewiesene landschafts-steuercassa.

Die werbungen besorget ieder stand so gutt er kann. Die einquartirung und deren eintheilung aber wird, nachdehne sie ex parte conventus publici mit genehmhaltung des k. oberambtes, quoad universum, gemacht worden, durch die landesofficiers und particular-steueraempter bey iedem fürstenthumb subrepartiret und nach dieser subrepartition die mannschaft verlegt.

Ausser denen erstbeschribenen particularständen und darbey befindlichen aemptern befinden sich in Schlesien annoch 3 haupt-aempter, nahmentlich 1. das königl. oberamt. 2. die königl. schlesische cammer. 3. der conventus publicus.

Die ersten 2, obschon, quoad collegia, das erstere dem anderen vorgehet, seynd, quoad personas, in gleicher dignität, also dass der ältere oberamtsrath dem jüngeren cammerrath, der ältere cammerrath aber dem jüngeren oberamtsrath vorgehet. Diese beyde erstere instanzen geben einander den titel „hochlößlich“, dem conventui publico aber „hoch und löblich“.

Belangende 1. **Das königl. oberamt.** Diesem muss allemahl ein schlesischer fürst vorstehen, welches gemeinlich die bischöffe als den ersten fürsten wegen des bisthums Neyss und Grottkau betrifft, und wird der obriste hauptmann genennet. Das collegium aber bestehet in 3 bäncken, deren die erstere in der herren-, die andere in der ritter-, die 3. in der gelehrtenbanck bestehet. Darbey ein oberamts-cantzlar die nächste stelle nach dem fürstl. praesid. bekleidet und seine function eine derer wichtigsten ist, obwohlen er denen k. landeshauptleuten weichen muss. Die zahl derer rätthe bestehet dermahlen in 15 rätthen und 2 secretarien, darbey eine numerose cantzley sich befindet.



Die verrichtungen des k. oberambtes bestehen principaliter und de ordinario in regierung des gantzen landes tam quoad politicum, quam publicum statum, dahero auch, so oft und viel in allen fürstenthübern etwas wichtiges in den statum politicum et publicum einfallendes vorkommet, ein solches allemahl an das k. oberamt berichtet und von dort erwartet werden muss, was für eine fürkehrung zu beobachten seye. Erstgedachtes k. oberamt hat dahero auch eine starcke hand bey dem conventui publico und formiret daselbst, wenn alle vota des conventus publici geschlossen und collectiret seynd, das votum conclusivum und fallet demselbigen voto alsdann bey, welches denen k. postulatis am nächsten kommet. Und ob es sich auch schon, wie öfters geschiehet, ereignet, dass die majora das k. oberamt nicht erwehlet und nur einem einzelen voto, zum exempel dem von der fürstl. freyherrl. stimme beyfallet, mithin das k. oberamt mit der fürst-freiherrlichen stimme 2, die anderen aber, als die erb-fürstenthümer und dann die städte — massen der conventus publicus in 3 stimmen als in die fürst-freyherrliche, dann die erb-fürstenthümbliche und entlichen die städtische abgetheilet ist — auch 2 unanimia vota zusammenbringen, so giebet propter eminentiam voti dennoch das k. oberamt mit dem seinigem demjenigen voto den ausschlag, welchem es beyfallet.

Durch mehr gedachtes k. oberamt werden alle resolutiones, welche der conventus publicus nimmet, im lande publiciret, auch an alle instantien die k. resolutiones, sie mögen nun das gantze land oder nur diesen oder jenen stand in particulari berühren, intimiret. Ereignet es sich auch, dass ein oder anderer privatus wieder seine instanz ein gravamen bey ihro k. m. anbringt, so wird dem k. oberamt die untersuchung aufgetragen und dieses anbey zum öfteren delegiret, diese oder jene rechtshandel in diesem oder jenem district rechtlichen zu untersuchen und zu entscheiden. Dahero auch dieses mittel mit vielfältigen arbeiten obruiert ist; welches daraus desto leichter abzunehmen, dass es nicht nur de ordinario des gantzen landes wohlhart, seine ruhe und gutte policey, das allerhöchste k. interesse und einlaufende k. befehle besorgen, sondern auch zum öftern, quoad contentiosa, fremde sonst nicht dahin gehörige handel rechtlichen untersuchen, schlichten undt entscheiden, anbey den conventum publicum guttentheils dirigiren und auf dessen deliberanda ein wachsaames auge führen muss. Ausserdem darf das k. oberamt bey keiner k. weeder fürstl. regierung noch münderen stande sich einer untersuchung, viel mñder der judicatur oder auch der avocatione actorum anmassen, wenn es nicht in dererley contentiosis, welche in contradictorio abgehandlet werden, von ihro k. m. delegiret wird. Jedoch kann es durch ad-et dehortationes denen gravatis zuhülfe kommen, welches aber gar selten cum effectu geschiehet, indehme die instanzien gemeinlich sich ihres iuris instantiae primae halten. So kann auch kein gravatus sich zu dem k. oberamte per remedia devolutiva, als zum exempel per appellationem, recursus, querelae nullitatis etc. wenden; sondern er muss seinen zug entweder zur k. böhaimbischen hoffcantzley oder zur k. appellation ob dem Prager schlosse nehmen.

Dieses ist also die beylauffe beschaffenheit des k. oberambtes und dessen activität, deme 2. die k. schlesische cammer folget, welche, quoad originem, weit älter als das k. oberamt ist. Erstgedachte cammer occupiret sich ganz alleine mit denen cammeralien, welche alhier zu lande in denen wirtschafts-ambtern zu Oppeln, Teschen, Brieg, Liegnitz und Wolau, dann denen fiscalitäten, zoll- und post-regali, den alten biergroschen und hin und wieder in der grösseren cantzleytaxa etc. bestehen; dero auch die proviant-häuser hin und wieder zu Grossenglogau, Brig und Nambslau unterworfen seynd. Nicht mñder hat die cammer ratione derer fortificationsgelder, welche das publicum alljährig resolviret, aliquo modo die besorgung.

3. Belangende den **conventum publicum**: Dieser ist nichts anderes, als ein congressus der gesammten stände des hertzogthumbs Ober- und Nieder-Schlesien per suos deputatos, welche ieder stand nach Bresslau sendet, umb daselbst über die k. postulata und dann des landes allgemeine wohlfahrt sambt und sonders zu sorgen.

Wenn die k. postulata eröffnet und diesem congressui vorgetragen werden sollen, so benennen ihro k. m. zuvor einen schlesischen fürsten zu dero principal-commissarium, deme sie einen dynastam, id est einen freyen standesherrn, und entlichen einen oberamtsrath adjungiren, welcher letztere das worth führet

und die anrede an den congressum publicum, darvon kein deputatus aussenbleiben darf, thuet, die k. postulata recapituliret und diese nebst denen k. credentialien oder commissoriali denen ständen communiciret. Dieser eröffnng des congressus oder des fürstentages, wie man es von alters her nennet, weil vor diesem, da Schlesien voller particular-hertzoze gewesen, diese selbst erschienen, auch allemahl ein schlesischer fürst qua oberampticus praeses praesidiret und hiernächst der k. principal-commissarius allemahl ein schlesischer fürst seyn muss, wohnet allemahl das k. oberamt in capite et membris bey. Der obriste hauptmann setzt sich sodann an die obriste banck gantz allein und wendet sein gesichte gegen die k. commissarien, die dero-selbten gleich über in einer linie auf lehnstühlen sietzen. Der oberamtscantzlar sietzet seitswärts zwischen dem obristen hauptmann und denen k. commissarien. Hinter denen k. commissarien auf denen gewöhnlichen mit rothem tuch bekleideten und ausgepulsterten lehenbäncken setzen sich die k. oberamtsräthe, welchen folgen in denen nachfolgenden bäncken die deputireten derer k. erbfürstenthümer mit denen oberamtlichen secretarien, deren der eine allemahl die k. postulata stehend nebst denen credentialien ablieset. Diese secretarii nehmen hinter denen erbfürstenthümlichen deputatis ihren sietz und nach ihnen der general-steuer-einnehmer. Auf der rechten seiten stosset die fürst-freyherrliche banck der länge nach an die quierbanck, worauf der obriste hauptmann sietzet, und hat also vor denen übrigen stimmen dieses praecipuum und vorzug. Lincker hand, iedoch etwas entfernt, sietzen die städtischen deputirete nach ordnung derer städte.

Ehe und bevor die eröffnng des fürstentages angehen soll, werden aus der fürst-freyherrlichen und dann der k. erbfürstenthümer stimme ein deputatus und also 2 zusammen an die k. commissarien, die sich bey dem principal-commissario versammeln, abgeordnet, denen der generallandesbestellte adjungiret wird, damit dieser ihnen von wegen des conventus publici zu der aufgetragenen function gratulire und sie in das miettel des conventus publici einlade. Mittlerzeit fündet sich der obriste hauptmann nebst cantzlar und räthen auf dem fürstensaal ein, erwartet daseibst die commissarien, welche gemeinlich einen splendiden einzug durchgehends mit 6 rossen machen. Wenn nun die commissarien an die pforten des fürstensaales kommen, so empfänget sie der obriste hauptmann an der pforten des fürstensaales, deme sich der principal-commissarius an die seiten stellet und ihm die anderen 2 commissarien auf den fuss folgen, welche also das oberamtliche collegium und mit ihm der gantze conventus publicus und anwesende cavalier begleiten. Darauf setzt sich ieder an seinen gehörigen orth und folget darauf von dem 3. commissario die anrede. Wenn diese geschlossen ist, so tritt der generallandesbestellte vor, dancket nomine conventus publici vor die bemühung und in denen credentialien versicherte k. gnade, bittet zugleich des landes unaussetzliche devotion ihro k. m. und dann, dass man äuseristen kräften nach dero-selbten unter die armen zu greifen und dero desideria zu befördern sich angelegen seyn lassen werde, zu versichern. Worauf nun alles in gutter ordnung auseinandergehet, die commissarien wiederumb bis zur pforten des fürstensaales von denen deputireten aber, die sie ad curiam gehohlet, wieder nach hause begleitet und bey dem principal-commissario tractiret werden. Der obriste hauptmann aber wird bis zur untersten pforten des rathhauses von denen h. oberamtsräthen und deputireten begleitet und hiermit vor diesesmahl dieser actus publicus beschlossen.

Nach diesem kommen die deputireten täglich und zwar iede stimme in ihrem apartement zusammen. Jedoch deliberiret über die postulata ehender keine derer letzteren stimmen, bevor die fürst-freyherrliche stimme ihr votum collectivum publice abgelegt. Da dann die erbfürstenthümliche stimme gleichfals ihre gedanken zusammenträget und das votum collectivum gleichfals publice eröffnet. Nach diesem votiret darüber unter sich die städtische stimme und leget auf gleiche arth ihr votum publice ab. Ist es nun, dass sie sich vereinigen, so wird das votum collectivum des gantzen conventus publici durch den generallandesbestellten zu papier gebracht, denen deputireten ad corrigendum abgelesen und nahmahls, wenn es ad mundum gebracht und allerseits approbiret worden, dem k. oberamte beygebracht, dass man mit dem fürstentagesschlusse fertig seye. Darauf sich sodann das k. oberamt nebst denen h. commissarien bey dem schlusse wie bey des fürstentags eröffnng einfündet, der fürstentagsschluss öffentlich abgelesen und dem h. principal-commissario zugestellet, anbey umb die gewöhnlichen reversales gebethen wirdt, welche



in der . . . k. versicherung bestehen, dass diese treuhertzige verwilligungen dem lande in seinen wohlhergebrachten privilegien keinesweges verfänglich und nachtheilig seyn sollen. Der principalcommissarius sendet hierauf entweder seinen deputatum oder einen von seinen cavalieren mit dem fürstentagsschlusse nach k. hofe, der sodann mit einem recompens von 100 ducaten zurückkehret. Wehrender zeit aber und bevor der fürstentagsschluss gemachet wird, lasset sich das k. oberamtb und hiernächst nicht minder die k. commissarien alles fleisses angelegen seyn, die conclusa also zu effectuiren, damit der k. hof damit wohl zufrieden seyn möge; dessentwegen auch, wenn sich etwann einige incidentien ereignen, die widrig seynd, solche sorgfältig allemahl vorhero abgethan werden. Ereignet es aber sich, dass die deputierten in votis discrepant seynd, so sorget man fleissig dahin, dass man sie concordire. Wiel es sodann nicht sein, dass sie ad unanimia sich bewegen lassen, so giebet das k. oberamtb mit seinem voto den ausschlag.

Sonsten incumbiret dieser versammlung pro statu publico sowohl, was die contribuenda, als auch werbungen, durchmarches, einquartirungen und deren billigmässige repartition, dann vor des landes tranquillität undt was zu dessen aufnehmen oder abwendung schädlicher inconvenienzien etwas beytragen kann, zu sorgen. Dahero auch dieser congressus fast das gantze jahr durch wehret.

Hiernächst wird aus demselben annoch von halben jahren zu halben jahren ein accis- und cassae-deputation gehalten, der wechselweise von ieder stimme ein deputatus unter einem oberamtlichen praeside beywohnet und daselbst der generallandesbestellte die feder und expedition führet. In dieser deputation werden die tägliche occurrenzien das accis- und steuerwesen betreffende vorgenommen, geschlichtet, darauf resolviret und expediret. Darbey sonderlich zu mercken, dass diese deputation alles dasienige, was sie befindet, also cum absoluta potestate et derogatione instantiarum verordnet, dass denen instanzien nichts, als die befolgung obliegt. Die expedition unterschreibt zugleich der obriste hauptmann nebst dem oberamtlichen accis-praeside und landesbestellten. Diese accis-deputation nimmet und setzet nach befindnen die beamteten auf und ab und reguliret anbey das incrementum derer accisen. Iedoch wenn es diesfalls auf eine beständige aenderung ankommet, wird solches dem conventui publico in corpore beygebracht und mit dessen einstimmung vollzogen.

Wenn übrigens der conventus publicus die postulata verwilliget, wird ausgerechnet, wie hoch die ausschreibungen auf das mille der indiction nach zu nehmen seynd und so dann im lande oberamtlich ausgeschrieben. Da dann schon ein jedes fürstenthumb und stand weiss, wieviel er dieser ausschreibung nach beyzutragen habe, wiewohl die particular-steuerämpter auch einem ieden individualstande sein contingent ausrechnen, welche ausrechnung sodann per currendas die pfänder und landdragoner im fürstenthumb herumführen und einem ieden daraus extrahiren lassen müssen, was seine quotam betrifft. Dann obschon ihre k. m., als die accisen eingeführet und angenommen worden, das landt versichert, dass die contributio secundum indictionem führoh nomine et re aboliret seyn solle, so ist doch solche, weil die accisen den erhofften effect, dass sie nehmlichen die k. postulata bestreiten würden, nicht erreicht, annoch wiederum revivisciret und ist numehro ein modus contribuendi extraordinarius sive suppletorius geworden, durch welchen man also, was die accisen nicht abgeworfen, suppliret. Desgleichen werden die recrouten und rimonta-pferde durch die indiction herbeygeschaffet, wiewohl man dann und wann, sonderlich bey ein oder dem anderen particular-stande, in supplementum die capitation und rauchfangsteuer zu hülfe nimmet. Item wird einem jeden particular-stande überlassen, quo modo er seine particular-cassae- oder landesnothdurften einbringen und bestreiten wolle, darinfals aber eine . . . k. böhaimbische hofcantzley denen ständen gar sehr die hände gebunden und insonderheit die donation eingeschncket.

Gleichwie nun aus vorstehender beschreibung erhellet, dass erstgedachten conventus publici activität auf keine jurisdictionalia und forensia sich erstrecke, sondern eigentlich pro objecto und zu seiner besorgung den statum publicum und dessen wohlfahrt oblahbe, so ist nichtsdestominder dieses hertzogthumb Schlesien oder vielmehr dessen stände mit einem herrlichen privilegio prorsus speciali a primaevo versehen, welches darumben auch das palladium Silosiae genennet wird und darinnen bestehet, dass inhalts dieses privilegii

denen status Silesiae zukommet, in allen denen fallen zu cognosciren, da ratione successionis, quoad status majores, einige controversien sich ereignen. Wann nun eine derogleichene controversia sich hervor-thuet, so treten die deputati Silesiae darüber zusammen, verhöhren die partheyen nothdürftig und decidiren darauf in causa. Dieses judicium nun wird das **obere fürstenrecht** genennet und ist inappellabile. Ob nun aber gar selten dererley fälle sich ereignen, welche zu einem oberen fürstenrecht und darinnen vorkommender judicatur anlass geben können, so beobachten doch die h. deputireten dieses privilegium dergestalten sorgfältig, dass ungeachtet nichts vorfallet, sie gleichwohl alle jahr einmahlen das obere fürstenrecht einander ansagen lassen.

Ausser diesem oberfürstenrecht versammet sich auch der conventus publicus allemahl 14 tage nach Ostern zur abnahmb der generalsteuerraitung, welche das generalsteueramt alle jahr zu derselben zeit ablegen und die ausstellungen darüber erwarten muss, welcher abnahmb allemahl der oberamtscaantzlar nebst einem oberamtsrathe praesidiret. Wenn nun diese steuerraitung ihre richtigkeit hat, so wird das steueramt von denen deputatis unter dero insiegel und handunterschrieff quittiret. Nechst dieser raitungs-abnahmb wirdt auch alle jahr die militairische raitung abgenommen, dero bisanhero seine excellenz der h. graff von Neydthardt und dann auch der oberkriegscommissarius beywohnet pp.

K. u. K. Gemeinsames Finanzarchiv Wien, Böhm. Herrschafts-Akten S XIII, S. 2—27.

Die Vorlage ist eine undatierte Abschrift des 18. Jahrldts. mit gleichzeitigen Verbesserungen von anderer Hand. Der Bericht, der vielleicht von einem Beamten des k. Oberamts angefertigt worden ist, muß in die Zeit kurz nach 1711 und jedenfalls vor 1719 fallen, da er vorstehend S. 353 den nach dem Tode des letzten schlesischen katholischen Dohna entstandenen Prozeß um die Standesherrschaft Wartenberg noch als schwebend bezeichnet; vgl. die darauf bezüglichen Nachrichten bei J. Franzkowski in Zeitschr. 33, S. 171 f. Ebenso werden die auf Grund der Altranstädter Konvention 1708 wiederhergestellten Konsistorien von Liegnitz, Brieg und Wohlau als „neuerlich aufgerichtet“ erwähnt; vgl. S. 351, Z. 10 v. u. Der ganze Bericht findet sich fast wörtlich mit einer Reihe von Umstellungen, Auslassungen und vielen erweiternden Zusätzen verwertet in der „Nachricht von der neuern Verfassung des Herzogthums Schlesien und dem Ursprunge derselbigen, aus den älteren Zeiten entworfen von F. W. B. [Friedrich Wilhelm Böhme, Criminaldirektor in Breslau; Notiz von Roppam im Exemplar der Breslauer Stadtbibliothek] Frankfurt und Leipzig 1741. Vgl. dazu die 1708 o. O. u. J. erschienene Schrift „Staat von Schlesien“ [Verfasser nach Thomas, Handbuch der Literaturgeschichte von Schlesien, Hirschberg 1824, S. 27: Heinrich Ludwig Gude aus Holstein], ferner Kgl. St.-A. Rep. 13 AA II 10 n u. 11 i und die übersichtliche Darstellung der schlesischen Verfassung von Otto Hintze in Acta Borussica VI, 1.

## 140.

1741 Oktober 13. Jauer.

**Bitschrift der Stände an König Friedrich II. von Preußen, ihrer Huldigungspflicht nirgend anders, als innerhalb der Fürstentümer genügen zu dürfen; mit Verzeichnis der seit 1369 abgeleisteten Huldigungen.**

„Allerdurchlauchtigster . . . könig und herr . . . Aus dem von ew. k. m. unter dem 2<sup>ten</sup> dieses . . . erlaßenen und vorgestern allererst in hiesige beyde fürstenthümer gekommenen . . . convocationspatent haben wir . . . entnommen, welchergestalt allerhöchst dieselbte . . . entschloßen, die . . . deroselbten . . . zu leistende allgemeine landeshuldigung auf den 31<sup>ten</sup> dieses monaths Octobris zu Breslau in allerhöchster persohn selbst . . . abzunehmen, zu welchem ende dann darzu deputirte aus hiesigen beyden fürstenthübern S. und J. von landständen und k. städten mit zureichender vollmacht versehen bereits den 28<sup>ten</sup> vorher in Breßlau sich einfinden und mit sothanen vollmachten bey ew. k. m. geheimbden canzley sich zu melden und darbey alles übrige ew. k. m. . . befehlen gemäß . . . zu beobachten befließen seyn solten. . . Also erachten wir unserer schuldigkeit zu seyn, ew. k. m. . . anzuzeigen und vermittelst des beykommenden extracts aus denen landesregistraturen dazuthun, auf was weise von wegen hiesiger beyden fürstenthümer S. und J. die denen zeithigen dererselben gewesen . . . landesherren allergeziemends zu leistende huldigungspflicht nirgends anders, dan in Schweidnitz und Jauer denenselben bey einer allgemeinen gesampter stände eigends deßhalb außgeschriebenen und gehaltenen zusammenkunft gebührend abgestattet worden, mithin von so viel jahrhundertn her kein einziges exemplar vorhanden, daß jemahls selbige irgendwo



anders gewesen wäre, sondern dererselben praestation immerfort und unverrückt hieselbst in fürstenthümbern biß zu der letzteren anno 1657 den 14. Augusti zu Schweidnitz weyland ihro damahligen kön., nachmahls kays. m. Leopold . . . von landständen und k. städten abgelegten homagialpflicht geblieben, nachhero auch weithers keine mehr vorgegangen, alß biß dieselbe nunmehr ew. k. m. . . . zu vollführen geordnet.“ Der König möge sie gemäß dem bei seinem Einmarsch in Schlesien gegebenen Versprechen bei ihren Verfassungen und Privilegien erhalten. „Jauer den 15. Octobris 1741.“

„Extract auß denen landesregistraturen beyder fürstenthümer S. u. J., zu welchen zeithen und an welchen orten denen vorfahrenden regierenden königen zu Böheimb . . . die ritterschaft und städte ietzt gedachten beyder fürstenthümer die erbhuldigung gethan: Anno 1369 an dem nechsten freytag vor st. Gallitag . . . kayser Carl dem IV. in anwesenheit dero königl. persohn . . . in der stadt Schweidnitz . . . Anno 1369 an dem nechsten freytag vor st. Gallitag . . . könig Wenzeslaw gleichfalls in anwesenheit dero königl. persohn in Schweidnitz . . . Anno 1438 . . . könig Alberto in anwesenheit dero königl. persohn . . . in Schweidnitz . . . Anno 1454 am donnerstag nach Philippi Jacobi . . . könig Ladislao, alß ihro königl. m. in persönlicher gegenwarth sich befunden, . . . zu Schweidnitz . . . Anno 1459 . . . könig Georgio, alß sie selbst in loco sich befunden, . . . zu Schweidnitz . . . Anno 1469 freytags nach st. Urbani . . . könig Matthiae vor dero verordneten commissarien als herren Rudolpho bischoffen zu Breßlau und des apostolischen stuhles legaten und herrn Czdenko dem ältern von Starenberg in der stadt Schweidnitz . . . Anno 1527 dienstags nach Urbani, nachdem ihro k. m. Ferdinandus I. in persohn in diese fürstenthümer angelanget und von der ritterschaft mit großer solennitaet in die stadt Schweidnitz eingeführet worden, ist dasselbst auch . . . gehuldiget worden. Anno 1565 den 24. Septembris . . . kaiser und könig Maximilianus II. durch dero deputirte commissarien . . . herrn Heinrichen von Wallenstein auf Dobrawitz, herrn Heinrichen von Wartenberg auf Kamnitz und herrn Christophen Silber von Silberstein in der stadt Schweidnitz . . . Anno 1577 den 12. Augusti . . . die k. und k. m. Rudolphus I. durch dero verordnete commissarien . . . herrn Wenzel Hasen, freyherrn von Hasenburg, obristen wachmeister des priorats im königreich Böhmen, und herrn Heinrichen von Warthenberg, des königreichs Böheimb erb-schenken, in der stadt Schweidnitz . . . Anno 1612 den 20<sup>ten</sup> Junii . . . der k. m. könig Matthiae für dero constituirten k. commissarien . . . ihr fürstl. gnd. herzog Carl zu Münsterberg und ÖBe, k. oberamtsverwalthern, h. Hans Christophen freiherrn v. Prosskofsky, hauptmann der fürstenthümer Oppeln und Rattibor, herren Wenzeln von Zedlitz auf Schönau, herrn George Rudolphen von Zedlitz auf Brieg, hauptmann zu Großglogau, auf der k. burg zu Jauer. . . Anno 1618 den 1. Martii . . . ihro k. m. Ferdinandus II. durch dero hierzu verordnete k. commissarien . . . herrn Wenzeln von Zedlitz auf Schönau, hauptmann zum Sagan, und herrn George Rudolphen von Zedlitz auf Brieg und Wirschau, hauptmann zu Groß-Glogau, in der k. stadt Jauer . . . Anno 1626 den 2<sup>ten</sup> Julii . . . k. m. Ferdinandus III . . . durch gewiße k. commissarien in der k. stadt Jauer. . . Anno 1649 im monath Decembris . . . k. m. Ferdinandus IV. durch dero herren commissarien, . . . herrn Heinrichen Johann graffen von Bubna, freyherrn von Lititz, herrn auf Senfftenberg, Deutlob und Ober-Hirschberg, r. k. m. rath, cämmerern und landeshauptmann der graffschaft Glatz, wie auch . . . herrn Frantz von Scheidbern, . . . der k. m. rath und hofceazlern in der stadt Schweidnitz. . . Anno 1657 den 14. Aug. . . k. m. Leopold . . . von dero verordneten hohen herrn commissarien, nemlich herrn Georgen, in Schlesien herzogen, zu Liegnitz und Brieg, k. oberamtsverwaltern in Ober- und Nieder-Schlesien, und herrn George Abraham freyherrn von Dyhr auf Kuttlau, k. oberamtskanzlern im herzogthum Ober- und Nieder-Schlesien, in der stadt Schweidnitz, welches die letzte gewesen, so in Schlesien geschehen, sintemahlen keine huldigung in Schlesien von wayland ihro k. m. Joseph noch wayland ihro k. m. Carl in persohn abgenommen noch etwann vor einigen hierzu geordneten herrn commissarien sie geleistet werden dörfen. . . . Schweidnitz den 13. Octobris 1741. Christoph Ernst von Sommerfeld und Falckenhayn, landschreiber.“

141.

1741 Oktober 19. Breslau.

**Königliche Entscheidung, daß die bevorstehende Huldigung nur in Breslau abgeleistet werden könne, aber den Rechten der Fürstentümer nicht vorgeife.**

. . . S. k. m. beharren des unveränderlichen vorsatzes, dero treuehorsambste stände und unterthanen, so wie im gantzen herzogthumb Nieder-Schlesien, also auch in denen fürstenthümern S. und J. bey ihren wohlhergebrachten und zu ihrer und des landes wohlseyn und conservation gereichenden privilegiis, freyheiten und gerechtigkeiten zu laßen, zu schützen und zu handhaben, gestalt sie dann auch nicht ermangeln werden, wegen der . . . gebehtenen confirmation sothaner privilegien und freyheiten, sobald sie sich der ihre anietzo obliegenden häufigen und wichtigen beschäftigungen nur einigermaßen entlediget haben und dadurch in den stand gesetzt seyn werden, die bey einem so importanten wercke vorkommende umstände reiflich zu erwegen, derselben beschaffenheit nach deshalb eine feste und mit ihrer landesväterlichen vorsorge vor das beste und wohlgehen ihrer getreuen unterthanen übereinstimmende entscheidung zu faßen.

Sie würden also auch auf dero S. und J.schen . . . ständen in ihrem wegen ihrer particulieren huldigung an sie . . . gebrachten gesuch . . . gerne reflectiren, woferne die umstände der zeit solches erlauben wollten und die zu empfangung der allgemeinen landeshuldigung zu Breslau verfügte veranstaltungen nicht bereits so weit avanciret wären, daß darunter ohne die größte inconvenienzien unmöglichen einige änderung gemacht werden könnte.

Bey sothaner bewandnis aber versehen sich . . . s. k. m. zu mehrgedachten ständen gantz ungezweifelt, sie werden sich aus . . . devotion und treue vor dieselbe ihres jetzt angeführten gesuchs vor dieses mahl begeben und nebst ihren übrigen mitständen der schlesischen fürstenthümer sich am gesetzten termino zur allgemeinen landeshuldigung in Breslau gehorsambt und unweigerlich einfinden, umb so mehr, da dieses ein actus plane extraordinarius ist, welchem die dey denen ehemahligen huldigungen beobachtete observantzien keinesweges zum beyspiel dienen können. . . .

Signatum Breslau den 19. Octobris 1741. Federic. H. v. Podewils.

Kgl. St.-A. Rep. 39 S.-J. II 7 a u. Rep. 132 c, Acc. 14/11.

142.

1741 Oktober 25. Jauer.

**Vollmacht für die Abgeordneten der Fürstentümer zur Huldigung in Breslau.**

Demnach ihre k. m. in Preußen, unserem allergnädigsten herrn, . . . gefallen, durch dero unter dem zweyten einlebenden monaths Octobris laufenden 1741. jahres erlaßenes allermildestes convocations-patent den 31. dieses monaths . . . anzuberäumen, umb deren zu Breßlau in allerhöchster persohn vor denen sämtlichen vasallen und einwohnern des von . . . deroselbten in besiz genommenen herzogthums Nieder-Schlesiens und der fürstenthümer Münsterberg und Grottkau biß an die Neyß eine öffentliche und feyerliche allgemeine erblandeshuldigung abzunehmen, annebst auch . . . anzubefehlen, womit, wie die herren fürsten, die praelaten, grafen und standesherrn entweder in persohn oder durch deputirte sich in Breßlau zu bemeldter zeit sambt u. sonders einfinden, also die übrigen stände hingegen durch gewisse zu erwählende und mit zureichender vollmacht versehene deputirte aus ihren mitteln derogestalt dabey erscheinen möchten, daß aus jedem fürstenthumb wenigst viere aus dem grafen- und herrenstande, sechs aber aus der übrigen ritterschaft genommen, darunter auch allezeit zwey derer vornehmsten landeseltesten mitte begriffen seyn, alle diese bevollmächtigte nicht minder mit einer zuverlässigen consignation derer sich in ihren respective provincien und bezirken befindlichen gegenwärtigen und abwesenden rittermäßigen und adelichen eingeseßenen, in welcher seele diese allgemeine landeshuldigung durch die bevollmächtigte deputirte zu leisten, in beglaubter authentiquier form von dem landescollegio unterschrieben . . . mit sich führen und solche bey dero königl. geheimbden cantzley zur registratur abgeben laßen sollen, alß seind . . . im nahmen und von



wegen derer landstände beyder fürstenthümer S. und J: . . . Carl Ferdinand freyherr von Scherr-Thoss auf Domanz, Hohen-Poseritz, Schwengfeld, Eßdorf, Erlicht, Läßig und Rothenbach, landeseltester; . . . Samuel Adolph von Winterfeld auf Tarnau wie auch Mittel- und Nieder-Ingramsdorf, ihre k. m. in Preußen obristlieutenant; . . . Friedrich frh. von Zedlitz auf Frauenhayn, Rungendorf, Gräbel und Jacobsdorf; . . . George Wilhelm von Reibnitz auf Mittelleipe und Altenberg, landeseltester; . . . Leo Maximilian graff von Henckel, freyherr von Donnersmarck, auf Nieder-Reppersdorf, ihre k. m. in Preußen höchst bestallter oberschéncke; . . . Hanß Julius von Schweinitz auf Hänchen, Preylsdorf und Nieder-Wollmsdorf; . . . Hans Friedrich von Seidlitz auf Pilgramshayn, Pfaffendorf, Weißbach und Nieder-Haaselbach, landeseltester; . . . Rudolph Friedrich freyherr von Matuschka und Toppeltschan auf Börnichen und Thomaswalde; . . . Samuel Praetorius von Richthoff auf Bartzdorf, Raucke, Hummel, Groß- und Klein-Rosen, Ober-Streith und Nieder-Poischwitz; . . . Balthasar Abraham freyh. von Glaubitz auf Sirgwitz, landeseltester; . . . Erdmann Carl graff von Reder auf Holenstein, Kunzendorf, Giersdorf, Seithendorf, Gänßdorf, Groß- und Wenig-Walditz, auch Neuen; . . . Carl Niclas freyherr von Hohberg auf Zobbtén, Langenneundorf und Petersdorf. . . . Andreas von Jeuta auf Kosel, Wenig-Rackwitz und Niederkeßelsdorf, landeseltester; . . . Hans Christoph von Axleben, Magnus genannt, auf Ober-Thomaswalde und Schwiebendorf; . . . Christoph Friedrich freyherr von Reibnitz auf Ober- und Mittel-Stohnsdorf; . . . Caspar Otto von Zedlitz auf Mittel- und Nieder-Hohenliebenthal; . . . Hans Siegmund freyherr von Schweinitz auf Haußdorf und Jägendorf, landeseltester; . . . Maximilian von Mauschwitz auf Groß-Waltersdorf; . . . George Friedrich von Gellhorn auf Neudorf und Heinrichau; . . . Rudolph von Schindel auf Költchen, abgeordnet und kraft dieses dahin und dergestalt bevollmächtigt, daß sie abgeordnete auf den 28<sup>ten</sup> dieses inlebenden monaths October laufenden 1741. jahres zu Breßlau sich einfinden und hierauf zuförderst . . . bey ihre k. m. geheimbden canzley sich alßbald gezimmente angeben . . . , hiernechst nicht minder die ihnen zu . . . einreichung anvertraute . . . nachmalige bittschrift um allermildeste bestätigung hiesiger beyder fürstenthümer gesambter privilegien und briefe, wie auch recht, gerechtigkeiten, freyheiten und herkommen vor ihre k. m. geheiligten throne fußfälligt niederlegen, sodann ferner zu der gesezten zeit an zu bestimmenden örthe der huldigungsleistung selbst sich einfinden und im nahmen und von wegen, auch in die seele derer hiesiger beyder fürstenthümer S. und J. landstände den eyd der treue und unterthänigkeit . . . abschwören. . . . So geschehen Jauer den 25<sup>ten</sup> Octobris 1741.

Kgl. St.-A. Rep. 211 b. Striegau Nr. 3, S. 116—121.

143.

1741 [Oktober 25]. [Jauer].

### Bittschrift um Wahrung des Privilegs de non evocando, sowie um Wiedereinrichtung des kön. Amts und aller bisherigen Gerichte.

Die Stände bitten den König, „ . . . Allerhöchst dieselbte geruhen in . . . beherzigung sowohl des in diesen beyden . . . fürstenthümern von undenklichen zeithen her beständig genoßenen bereits von ew. k. m. selbst . . . bestätigten privilegii de non evocando, alß in mehrerer allgerechtster erwegung der dißorthigen weithen und großen entgegenheit, welche sich von dem Franckensteinischen biß an das Saganische 18 meilen in der länge und wenigstens 8 meilen in der breite extendiret, und daß jedermann, sonderheitlich dem hiesigen wichtigen commercio höchst zuträglich und daran gelegen seye, wann einheimischen und frembden die justiz jedesmahl schleunig administriret werden kan, in . . . beyden . . . fürstenthümern ein eigenes k. amt hinwiederum in . . . gnaden herzustellen und zu etabliren, hiernechst aber auch alle übrige daselbst befindliche hochprivilegirte indicia, alß da ist das judicium pupillare vor wittwen und wayßen, das k. manrecht, zwölfergerichte, judicium bannitum etc., welche alle ohne unkosten des . . . landesfürsten lediglich theils von dem lande und ständen, theils auch gar gratis besorget werden, ferner . . . zu bestätigen . . .

Kgl. St.-A. Rep. 211 b, Acc. 21/09, Striegau Nr. 3, S. 138 f. (1. Pag.).

Codex diplomaticus Silesiae XXVII.

### Bittschrift um Beibehaltung des Fürstentags und des Generalsteueramts.

„Allerdurchlauchtigster . . . Welcher gestalten ew. k. m. sich . . . entschloßen, daß der zeitherige conventus publicus derer . . . fürsten und stände in Schlesien sambt dem davon abhängenden general-steuer-amte von der bißherigen verfaßung zu verwendung deren dazu erforderlichen geldspeesen dispensiret und gänzlich aufgehoben werden solle, haben die . . . fürstenthümer S. und J. durch dero allhier in Breßlau . . . angesetztes k. general-feldkriegscommissariat . . . des mehreren vernommen und erkennen mit allmählicher williger unterwerfung gegen dero . . . befehle diese ew. k. m. die zu ersparung derer unkosten, also zu wohlfarth des gesambten landes allein abziehende landesväterliche . . . intention mit dem allerunterthänigsten dancke.“ Der König möge aber die von ihm erteilte Zusage der Aufrechterhaltung der alten Verfassung um so mehr erfüllen, „alß insonderheit das theuer erworbene und jederzeit pro palladio provinciae geachtete ober- und fürstenrecht, nicht weniger die zu anhör- und verwilligung derer landesherrlichen postulorum alljährlich zu haltende gewöhnliche fürstentäge, dann die eigene repartition und einbringung sogedachter jedesmahl bestätigter ganz freywilligen beyträgen einestheils ohne beybehaltung obbesagten conventus publici und des davon dependirenden general-steueramtes nicht wohl bestehen können und andernteils auch, zu ew. k. m. . . dienst selbst nicht so beförderlich, dem lande aber noch mehrere unkosten erwachsen würden, wann bey jeder vorfallendheit die landescollegia eines jeglichen fürstenthumbs zusammentreten und jedesmahl besondere erklärungen über die k. allerhöchsten ansinnungen erstatten mußten.“ Sie bitten um Beibehaltung des Conventus publicus und des Generalsteueramtes mit dem Versprechen, „daß hinkünftig dabey sowohl überhaupt die möglichste menage beobachtet, alß auch insonderheit zu desto näherer erreichung dero k. . . intention anstatt derer zeitherig gewesenzen zweyen deputatorum forthin nur einer dazu abgeordnet werden solle.“

Kgl. St.-A. Rep. 211 b, Acc. 21/09, Striegau Nr. 3, S. 128 f. (1. Pag.).

### Bericht über königliche Lehnstücke mit ritterlichen Rechten und über gemeine königliche Lehen.

Nachricht von der beschaffenheit sowohl derer in denen beyden fürstenthümern S. und J. befindlichen ritter- und lehngüter, als der zu respicirung dererselben immerfort gewesenzen nöthigen landeshauptmannschaft oder amtsverwaltung.

Artikel 17: „Mehr sind in denen beyden fürstenthümern S. und J. durch dererselben acht weibilder oder craysse annoch besondere denen ritterlehngütern gleichgeachtet werdende so benahmsete getrayde- und geldgeschüsser und zinsungen sambt obmässigkeiten über güter, scholtisseyen, kretschamben, bauren, mühlen, waldungen und waldstücke, häusser, gärten, äcker, wiesen, flussfischereyen, teiche, zollregalien und dergleichen verschiedene realitaeten, deren inhabere und besizere jura status und sessionem, auch votum in denen versammlungen und zusammenkünften derer stände haben und von keinem andern als lehnsfähigen acquiriret und besessen, auch nur an lehnsfähige veralieniret und transferiret werden können, und worbey in allen und jeden stücken verfahren wird und ob jeglichem eine absonderliche lehns-investitur zu dererselben rechtmässigen besitzthum und genuss de casu in casum von nöthen ist, wie bey denen rittergütern obbescrieben stehet.

Über dieses sind gleichfalls 18. gemeiner königlicher lehen an gütern und zugehörigen unterthanen oder angesessenen wirthen, mehr an blossen vorwerger, gärten, wiesen, äckern, häusern etc. in allen acht weibildern oder crayssern beyder fürstenthümer S. und J. vorhanden, welche keine ritterlehn involviren, sondern auch von bürgern und plebejis ingehabt und besessen werden können“ etc., bei denen aber auch die Lehns-Investitur nötig ist.



Die Denkschrift protestiert ferner unter Hinweis auf den Assekurationsrevers vom 19. Oktober 1741 gegen die Wegschaffung der Lehnregistratur aus den Fürstenthümern und hält zur Aufrechterhaltung der alten Lehnverfassung die Beibehaltung der Ämter des Landeshauptmanns und des Kanzlers für notwendig.

Kgl. St.-A. Rep. 135, Worbs Msc. 11, Bl. 430 b—432 b. Die Abschrift ist undatiert.

146.

1809 April 22. Breslau.

**Anordnungen des Oberpräsidenten v. Massow für die Bildung einer interimistischen ständischen Repräsentantenversammlung aus Deputierten der schlesischen Rittergutsbesitzer und der bedeutendsten schlesischen Städte.**

Die Vorarbeiten zur Begründung einer ständischen Verfassung, deren Formation die sorgfältigste Berücksichtigung der verschiedenartigsten Verhältnisse erfordert, sind noch nicht so weit vorgerückt, dass die Einführung einer solchen Constitution binnen ganz kurzer Frist bewerkstelligt werden könnte.

Nichtsdestoweniger macht die Lage der Umstände es dringend notwendig, dass vorläufig wenigstens irgend eine Art von Repraesentation der Staatsbürger zur Bildung einer Versammlung organisirt werde, mit welcher von Staats wegen über Gegenstände des allgemeinen Wohls Rücksprache genommen und zur Erreichung gemeinnütziger Zwecke erforderlichen Falles das Nötige verabredet und eingeleitet werden könne.

Die immer dringender werdende Nothwendigkeit einer baldigen Regulirung des durch den Krieg entstandenen Creditwesens der Provinz und die wegen Negocirung eines Darlehns im Auslande zu ergreifenden Maasregeln, auch die Berathung über so manche andere Gegenstände von Wichtigkeit machen die baldige Bildung einer Standschaft sehr wünschenswerth.

Des Königs Majestaet haben daher mittelst allerh. unmittelbar an mich erlassener Cabinets-Ordre mir den Auftrag zu ertheilen geruhet, mit möglichster Beschleunigung eine ständische Versammlung zu organisiren, welche in so lange, bis über die Art, in welcher der Nation hinführo eine Theilnahme an der Fürsorge für das allgemeine Beste eingeräumt werden soll, allerhöchsten Orts definitive Festsetzungen ergangen sein werden, durch Deputirte der Ritterguths-Besitzer und einiger der bedeutendsten Städte die Gesammtheit der Einwohner der Provinz Schlesien zu repraesentiren befugt sein soll, in allen Fällen, wo der Staat der Mitwirkung der zu constituirenden Versammlung zur Beförderung des Gesamtwohls für nöthig erachten möchte.

Um eine solche Standschaft schleunigst und auf die möglichst einfachste Weise zu constituiren, habe ich nach reiflicher Erwägung es für das zweckmässigste erachtet, die Repraesentation der Ritterguts-Besitzer nach der bereits bestehenden Abtheilung der Fürstenthums-Landschaften stattfinden zu lassen, dergestalt, dass aus dem Bezirke einer jeden der neun Fürstenthums-Landschaften so viel Deputirte erwählt werden, als derselben Systems-Stimmen auf dem General-Landtage zustehen.

Diesen Deputirten der Ritterguts-Besitzer aus sämtlichen Bezirken der Fürstenthums-Landschaften, deren solchergestalt 21 sein werden, treten demnächst die Deputirten der Städte Breslau, Schweidnitz, Hirschberg, Liegnitz, Glogau, Glatz, Neisse und Rattibor, achte an der Zahl, hinzu, sodass das Gantze der ständischen Versammlung unter meinem Vorsitze aus 29 Deputirten bestehen wird.

Es versteht sich von selbst, dass diese vorläufige Repraesentation, welche nur interimistisch in so lange bestehen soll, bis seine Majestät definitive Festsetzungen darüber ergehen zu lassen werden geruhet haben von Niemanden als ein bleibendes Repraesentativ-Verhältnis angesehen, am allerwenigsten für irgend Jemanden eine Veranlassung werden soll, aus der des Dranges der Umstände wegen unterlassenen Anwendung alterthümlicher Formen eine Zurücksezzung zu folgern. Indem ich solches zur Beseitigung jeder möglichen Missdeutung ausdrücklich zu bemerken nicht habe unterlassen wollen, halte ich mich von der Einsicht und des so viel bewährten Patriotismus der schlesischen Herrn Fürsten und Stände im voraus überzeugt, dass dieselben, wie zeither, in diesen trüben Tagen ihren ersten Blick nur allein auf das allgemeine Wohl des Vaterlandes richten und die Bildung einer Repraesentation unter zweckmässigern, den Verhältnissen besser,

anpassenden Formen von der väterlichen Fürsorge seiner Majestaet mit vertrauensvoller Zuversicht erwarten werden. Dies vorausgesetzt, ersuche ich eine p. General-Landschafts-Direktion hiemit ergebenst und trage derselben in Kraft des mir gewordenen allerhöchsten Special-Befehls hierdurch ausdrücklich auf, sämtliche Fürstenthums-Landschaften ungesäumt anzuweisen, die vorsitzenden Landeseltesten sofort zu autorisiren, eine Versammlung der Creisstände unverzüglich zu convociren, um zur Ernennung der Deputirten behufs der zu bildenden ständischen Versammlung die Kreisstimmen zu sammeln. Bey der Wahl dieser Deputirten wird übrigens derselbe Modus in Anwendung zu bringen sein, nach welchem den Vorschriften des Landschafts-Reglements gemäss bey der Wahl eines Fürstenthums-Directoris verfahren wird. Wie die Vota colligirt und gezählt werden sollen, ist in dem Landschafts-Reglement bereits genau vorgeschrieben, und versteht es sich daher auch von selbst, dass nach abgehaltenen Kreistagen auch bald ein Fürstenthumstag ausserordentlich und zwar auf einen möglichst nahen Termin anberaumt werden muss, um die Creis-Vota zu computiren und daraus nach Mehrheit der Kreisstimmen die Wahlstimmen zur Ernennung der Deputirten für den ganzen Complexum der zur Fürstenthums-Landschaft gehörigen Guts-Besitzer zu formiren. Dem sachkundigen Ermessen einer p. General-Landschafts-Direction überlasse ich es zwar, lediglich die Fristen zu bestimmen, binnen welchen die Creistage und demnächst die Fürstenthumstage abzuhalten sein werden, doch muss ich, weil Eile nothwendig ist, dringend ersuchen, solche Verfügungen zu treffen, dass die Wahlen binnen 4 Wochen vollzogen werden.

Da im übrigen, wie schon oben bemerkt worden, aus jedem Bezirke einer Fürstenthums-Landschaft so viel Deputierte erwählt werden sollen, als der Fürstenthums-Landschaft Stimmen auf dem landschaftlichen General-Landtage zustehen, so liegt es in der Natur der Sache, dass jeder Creis, mithin auch jeder stimmfähige Creisstand, eine gleiche Anzahl von Candidaten in Vorschlag bringen müsse.

Wenn daher beispielsweise der Glogau-Saganschen Fürstenthums-Landschaft auf dem General-Landtage drey Fürstenthums- oder richtiger Systemsstimmen zustehen, so werden auch aus dem Bezirke der Glogau-Saganschen Fürstenthums-Landschaft drey Deputirten zur ständischen Repraesentation zu ernennen und daher von jedem Rittergutsbesitzer in jedem zum Glogau-Saganschen Systeme gehörigen Kreise drey Candidaten in Vorschlag zu bringen und daraus für drey Subjekte drey Creis-Vota zu ziehen und daraus endlich nach Mehrheit der Creisstimmen von dem Fürstenthums-Collegio drey Deputirte für den ganzen Bezirke der Glogau-Saganschen Landschaft zu wählen sein.

Weil aber diese Deputirten in so lange, bis wegen einer ständischen Verfassung allerhöchsten Orts definitive Festsetzungen werden emanirt seyn, ihre Mitstände vertreten und repraesentiren sollen und doch leicht der Fall eintreten könnte, dass einer der Deputirten durch irgend ein Hinderniss abgehalten würde, auf der ständischen Versammlung, so oft solche von mir convocirt werden möchte, zu erscheinen, so leuchtet die Nothwendigkeit ein, dass für den Bezirke jeder Fürstenthums-Landschaft schon im Voraus noch ein Stellvertreter gewählt werde. Dieser Stellvertreter wird dasjenige Subjekt sein können, welches bey der Computation der Votum ausser den erwählten Deputirten die meisten Stimmen für sich hat. Uebrigens müssen die Vota zur Wahl der Deputirten auf den anzusetzenden Creistag von jedem Creisstande mit zur Stelle gebracht oder im Fall des verhinderten persönlichen Erscheinens schriftlich und versiegelt eingesandt, dann vor dem versammelten Kreistage eröffnet, zum Protokoll consignirt, alsbald die Kreis-Vota daraus formirt und das Nöthige darüber zum Protokoll vermerckt werden.

Da ferner auch die Zeitumstände die öftere Zusammenberufung der ständischen Repraesentanten-Versammlung nothwendig machen dürften, so ist es durchaus erforderlich, dass die Deputirten, welche das Vertrauen ihrer Mitstände zu Repraesentanten der Ritterguts-Besitzer erwählen wird, mit uneingeschränkter Vollmacht versehen werden, damit dieselben nicht in jedem einzelnen Falle erst nöthig haben, zuvörderst wieder die Zustimmung ihrer Mandanten einzuholen. Ohne dies würde der Zweck dieser Repraesentation völlig vereitelt werden und eine Einrichtung, die zum allgemeinen Besten gereichen soll, nicht nur meist alle Wirkung verfehlen, sondern dem Gesamtwohl, welches in dieser Zeit nicht selten augenblickliche Ent-



schliessung erfordert, am Ende gar schädlich werden. Die Ertheilung eines solchen Mandati liberi ist daher augenscheinlich in der Natur der Sache gegründet und hat auch selbst ehehin nach de Friedberg lib. I cap. I § IX pag. 22<sup>1)</sup> bey den zu alten Conventibus publicis ernannten Deputirten [statt gefunden. Eine besondere Instruktion lässt sich auch wegen der Stellvertreter, die]<sup>2)</sup> zur Mitwürkung aufgerufen werden könnten, im Voraus nicht specificiren und feststellen, und es ist daher zur Erreichung des Zwecks genügend, wenn die Deputirten mit einem allgemeinen Auftrage versehen werden.

Um deshalb bedarf es zwar auch nicht der besondern Ausstellung einer förmlichen Vollmacht, sondern es ist nicht minder hinreichend als nothwendig, dass in dem über die Wahlhandlung auf den Creistagen aufzunehmenden Protokolle von den versammelten Creisständen erklärt werde, dass diejenigen Deputirten, welche nach Mehrheit der Creisstimmen zu Repraesentanten der Ritterguts-Besitzer im Bezirck der N.N'schen Fürstenthums-Landschaft würden berufen werden, ermächtigt sein sollten, mit endlichem Rath und Gutbefinden der vereinigten Schlesisch-Glaetzer Deputirten der Ritterguts-Besitzer und der Staedte, jedoch nicht anders als unter Zustimmung und Genehmigung des vorsitzenden königl. Commissarii, nach bester Einsicht und Wissen zu rathen, zu beschliessen und zu thun, was zu allgemeinen Besten der Provinz und des Staats überhaupt nach Bewandniss der Umstände erforderlich sein möchte.

Einer p. Direction trage ich demzufolge auf, die vorsitzenden Landeseltesten durch die Fürstenthums-Landschaften ausdrücklich anweisen zu lassen, Sorge zu tragen, dass dieser Punkt als die nothwendigste Basis aller Repraesentation in den Creis-Tabellen nicht übergangen werde.

Von diesen Protokollen wolle demnächst eine p. Direction mir getreue Abschrift zukommen lassen, auch gleich nach Eingang der Berichte der Fürstenthums-Landschaften über die vollzogene Wahl ein Verzeichniss aller für den Bezirck jeder Fürstenthums-Landschaft erwählten Deputirten unverzüglich an mich einsenden, damit ich sodann im stande sey, wegen Zusammenberufung der Deputirten zur ständischen Versammlung nach Erfordern der Umstände ungesäumt das Nöthige zu erlassen.

Es bedarf übrigens wohl kaum einer Erwähnung, dass die ständischen Deputirten verbunden sind, von dem jedesmaligen Resultate der abgehaltenen Versammlung den Fürstenthums-Collegien Mittheilung zu machen, damit durch selbige das Verhandelte zu Kenntniss der Creisstände gelange.

Dagegen versteht es sich auch nicht minder von selbst, dass die Gesamtheit der zum Bezirck einer Fürstenthums-Landschaft gehörigen Creisstände den zu erwählenden Deputirten zur Schadloshaltung durch Bewilligung bestimmter Diaeten für die Zeit, die sie auf der Versammlung zubringen werden, verbunden ist. Es wird am besten seyn, die Bestimmung des Diaeten-Satzes und die Feststellung der Grundsätze, nach welchen der Betrag der Diaeten unter die Gesamtheit der Ritterguts-Besitzer jedes landschaftlichen Districtes zu vertheilen sein wird, zu einem Gegenstande der Berathschlagung auf den abzuhaltenden Creistagen zu machen und sodann auf den Fürstenthums-Tagen darüber das Nöthige definitive festzusetzen, indem die Remunerirung der ständischen Deputirten lediglich Communal-Sache der vereinten Ritterguts-Besitzer in dem Bezircke jeder einzelnen Fürstenthums-Landschaft ist.

Wenn, wie eine Direktion selbst beliebig erwägen wolle, der Betrieb dieser Angelegenheit in dieser wichtigen Zeit-Epoche die grösste möglichste Eile erfordert, so darf ich in festem Vertrauen auf deren vielbewährten Eifer für das allgemeine Beste mich jeder Aufforderung an dieselbe zur grösstmöglichen Beschleunigung geruhig enthalten, vollkommen versichert, dass eine Direction ihrerseits nicht, als die resp. Herrn Fürstenthums-Directoren andererseits so wie die Herren Landeseltesten alles, was in ihren Kräften steht, aufbiehen werden, um der Beschleunigung dieser Einrichtung, in deren huldreicher Bewilligung die landesväterlichen Absichten seiner Majestät sich auf eine höchst rührende Weise ausspreizen, möglichst (er)forderlich zu seyn.

<sup>1)</sup> Joh. Anton v. Friedenberg, Abhandlung von denen in Schlesien üblichen Rechten, Breslau 1738—41.

<sup>2)</sup> Nach dem Sinne ergänzt. In der Abschrift fehlt eine Zeile.

Sollte übrigens wieder Vermuthen eine Direction über irgend einen Punkt dieses Schreibens noch einer nähern Erläuterung bedürfen, so wünschte ich, dass es derselben zur Vermeidung jeder Verzögerung gefällig sein möchte, brevi manu darüber mit mir mündlich Rücksprache nehmen zu lassen. Breslau den 22. April 1809. v. Massow. [An die schlesische General-Landschafts-Direktion, Breslau.]

Kgl. St.-A. Rep. 14, PA III 1 h, S. 12 f.

147.

1809 Mai 6. Breslau.

**Die Breslauer Regierung trägt dem Kriegs- und Steuerrat Lombard auf, die Städte seines Departements von den Anordnungen für die Organisation einer interimistischen ständischen Repräsentation in Kenntniss zu setzen.**

. . . Unsern gnädigen Gruss zuvor. Hochgelahrter Rath, lieber Getreuer. Aus der abschriftlichen Anlage geben wir Euch des mehrern zu ersehen, was unser geheimer Staatsrath und Oberpräsident von Massow infolge an ihn ergangenen Immediatbefehls vom 3. m. pr. wegen einstweiliger Bildung einer ständischen Repraesentation an die hiesige General-Landschafts-Direktion unterm 22. m. pr. zu erlassen befunden.

Daraus erschet Ihr, dass auch 8 Deputirte aus 8 Städten hiesiger Provinz und zwar fürs erste aus den Städten Breslau, Schweidnitz, Glatz, Neisse, Rattibor, Hirschberg, Liegnitz und Glogau der zu convocirenden ständischen Versammlung als Mitglieder zutreten und diese Deputirten zugleich sämtliche Städte der Provinz bei dieser ständischen Versammlung repraesentiren sollen, bis wegen vollständiger Organisirung einer Repraesentation das Weitere durch Immediatbefehl erlassen sein wird.

Wir befehlen Euch demnach, dies vorläufige interimistische Arrangement sämtlichen Städten Eures Departements durch die Magisträte bekannt zu machen und ihnen zugleich zu eröffnen, dass künftig unter den Städten, welche zu der ständischen Versammlung einen Gesamtbevollmächtigten deputiren sollen, ein Turnus stattfinden und dass, so lange die jetzt getroffene interimistische Repraesentation fort dauert, von Zeit zu Zeit immer wieder eine der übrigen Städte zur Absendung eines eigenen Deputirten aufgerufen werden wird, damit keine derselben über vermeintliche Zurücksetzung zu klagen veranlasst werden möge.

Dagegen versteht es sich aber auch von selbst, dass da die acht städtische Deputirte sämtliche Städte bei der ständischen Versammlung repraesentiren und vertreten, alle diejenige Städte, welche keinen besonderen Deputirten aus ihrer Mitte senden, die hierzu nach Maassgabe des § 133 der Städteordnung pag. 46 seitens der Stadtverordneten auszustellende, vom Magistrat bestätigte Vollmacht auf sämtliche acht Deputirte der übrigen Städte gerichtet werden muss.

Diese Vollmacht muss ein Mandatum liberum und illimitatum enthalten und spätestens bei der schweresten Verantwortung binnen 14 Tagen an unsere Regierung eingesendet werden.

Natürlich müssen unter diesen Verhältnissen die den Deputirten auszusetzende Diaeten sowie die zu vergütigende Reisekosten von sämtlichen Städten der Provinz verhältnissmässig getragen werden.

Unser geheimer Staatsrath von Massow wird übrigens nochmahls die zur ständischen Versammlung zutretenden städtischen Deputirten besonders anweisen, in welcher Art sie von den Resultaten der ständischen Versammlung sämtlichen Städten, welche sie repraesentiren werden, Mittheilung zu machen haben, damit das Verhandelte zur Kenntniss der Stadtverordneten-Versammlung gelangen möge.

. . . Gegeben Breslau den 6. Mai 1809. K. Pr. Breslauische Regierung von Schlesien. An den Krieges- und Steuerrat Lombard [Breslauischen Departements].

Kgl. St.-A. Rep. 14, PA III 1 h, S. 5 f. Vgl. dazu auch ein Aktenstück des Kriegs- und Steuerrats Wachler in Guhrau, ebda. II 1 r.



# Verzeichnis der Orts- und Personennamen.

Bearbeitet von Dr. Alphons Heyer.

[Der Stern bedeutet das Vorkommen in der Anmerkung.]

## A.

Adelsbach, Gesesse zu 161\*.  
 Agnes, Gemahlin Bolkos II., Herzogs von Schweidnitz-Jauer 8\*. 24. 58\*. 63\*. 74. 121. 126\*. 148\*. 164. 171. 177. 179. 180.  
 Albert, Hofnotar 78.  
 — mit dem Barte, Graf 8\*.  
 Albinus v. Weißenblutt, Samuel, ständischer Prokurator u. ständischer Agent am kaiserlichen Hofe 42\*. 114\*. 115\*.  
 Albrecht II., König 29. 359.  
 Alexius, Hofschreiber 74\*. 75\*. 79. 164.  
 Allert, Zacharias, Kanzleiverwalter 113. Landschreiber 326. 326\*.  
 Almesloe, v., Ernst Friedrich, Reichsgraf, Freiherr v. Tappe auf Bertelsdorf a. Qu., bischöflicher Regierungsrat, Landeskanzler 81. 81\*.  
 — v., Tappe genannt, I. W. A., Freiherr, Amtsassessor, Vertreter des Landeshauptmanns 73 s. auch Tappe, v.  
 Alzenau, v., Hentschel, Gekorner für Liegnitz u. Goldberg 187.  
 Andreas, Bischof v. Breslau 60\*.  
 — Frater, Propst in Liebenthal 295.  
 Anna, Gemahlin Kaiser Karls IV. 19. 20. 21\*. 171. 173. 175. 201. 319.  
 Anselm, Landschreiber 79.  
 Ansonge, Christoph, Gerichtsscholz zu Kühnau, Rädelsführer im Bauernaufnuhr 293.  
 Arnold, Mathes, Lehmann zu Schmottseifen 39\*.  
 Arnoldshof, Propstei 275.  
 Arnolt, Laurentius, Magister, Kanzler des Stiftes Leubus 48\*.  
 Arnsdorf (Schweidnitz) 59\*.  
 Atze [a. d. Geschl. v. Seydlitz], Heinrich 180.  
 Auersperg, Fürst, Regent der Fürstentümer Münsterberg u. Frankenstein 353.  
 Auras, Stadt 42\*. Distrikt 152\*. status minor 354.  
 Axleben, v., Magnus genannt, Hans Christoph auf Ob.-Thomaswaldau u. Schwiebendorf, ständischer Abgeordneter 361.  
 Azenheimer, Leonhard, Breslauer Söldnerführer 185.

## B.

Balthasar, Bischof v. Breslau 56\*.  
 Banck, Alexius, Gekorner v. Breslau 187.  
 Bancz, Nicolaus de 8\*.  
 Baritsch (Jauer) 61.  
 Bartholome, Heinrich, auf Pülzen, Schweidnitzer Bürger, Beisitzer des Manngerichts 261.  
 Baudiß, Gottfried, Dr. jur., Amtskanzler 73.  
 Baumgarten, Ober- 63.  
 — v., Heinrich, Ritter 123\*.  
 Bautzen 159, s. a. Budissin.  
 Becker, Peezeze, Ratmann v. Glogau 168.  
 Behem v. Freiburg, Straßenräuber 180.  
 — Melcher, Amtmann zu Namslau 59\*.  
 Behnisch, Christoph, zu Peterwitz, Rädelsführer im Bauernaufnuhr 293.  
 — Johann Gregor, Substitut des Fiskals 293.  
 Behr, Wolfgang v. Reichenbach 52\*.  
 Benedictus, Prälat zu Grüssau 344.  
 Bercka von der Daub und Leipe, Johann Georg, Freiherr, Landesältester von Reichenbach 103\*.  
 Berg, v. 253. 284.  
 Berger, Gottfried, Kassahalter in Schweidnitz 347.  
 Berner, Heinrich, Hofnotar 75\*. 78.  
 Bernhard, Herzog v. Schweidnitz 10\*. 49\*. 158.  
 Bernstadt 153\*.  
 Bernwald, Hannos, Bevollmächtigter v. Schweidnitz 184.  
 Berthelsdorf (Hirschberg) 60. 61\*.  
 — (Landeshut) 24\*.  
 Berthelsdorfer Bauernaufnuhr 233. 235.  
 Betsch u. Peiskersdorf, v., Hans, auf Berthelsdorf 77\*.  
 Landesältester 99\*.  
 Betschow, v., Johannes, Notar 79.  
 — Kunad 167.  
 — Peezold, Burggraf zu Jauer 177.  
 Beuthen N.-S., freie Standesherrschaft, Verfassung 354.  
 Beuthen O.-S., Stadt 11. Freie Standesherrschaft, Verfassung 354.  
 Beyer, Johannes, v. Striegau 52\*.  
 Biberstein, v., Heinrich, edler Herr 168.

- Bibran, v., Freiherr 276. Adam, Quartierkommissar 146\*. Antonius zu Profen, Vertreter des Landeshauptmanns, Landesältester von Jauer 72. 136\*. 230. Hans zum Buchwald, Ausschußmitglied für Bunzlau 232. Hans zu Kittlitztreben, desgl. 232. Oberhofrichter v. Bunzlau 119\*. Heinrich, Freiherr zu Modlau, Landeshauptmann 65. 65\*. 67\*. 69\*. 73. 84. 88. 103. 163. 260. 263. 278. Heinrich Alexander, Freiherr auf Falkenhain, ständischer Gesandter 40\*. 307. 324. Kaspar zu Kosel, Ältester 98\*. 119\*. Landesältester v. Bunzlau 218. Nicolaus zur Model, Landesältester v. Jauer 230.
- Biedau, v., Hans zu Eisersdorf, Ausschußmitglied für Striegau 232.
- Bielitz, Herrschaft, status minor 354.
- Binner, Georg Moritz, Propst in Liebenthal 295.
- Bischofsheim u. Eisenberg, v., Christoph auf Dittmannsdorf, Kreisoberster 145\*.
- Boberstein (Hirschberg) 46\*. Rittergut 285.
- Bock, v., Friedrich zu Guttmannsdorf, Hofrichter zu Reichenbach 137\*. Hans, Ritter, Gekornor von Schweidnitz-Jauer 187. Siegmund auf Habendorf, Erbhofrichter zu Reichenbach 118\*. Kais. Kammererrat, Landeshauptmann von Münsterberg-Frankenstein 260.
- Bögendorf 39\*. Lehnmann daselbst: Caspar Sagner 39\*.
- Böhme, Friedrich Wilhelm, Kriminaldirektor in Breslau 358. Wichke 171.
- Bogenau, status minor 354.
- Boguslaus, consiliarius 8\*.
- Bohrau (Oels) 161\*.
- Boleslaw der Wilde, Herzog v. Liegnitz 14.
- Boleslaw III., Herzog v. Liegnitz 4\*. 6\*. 17\*. 127\*. 153\*. 159.
- Bolkenhain, Stadt 24\*. 25. 25\*. 49. 52\*. 53\*. 167. 171. 175. 176. 187. 247. 275. Bürger 148\*. Burggraf Hanco v. Logau 177. Hofgericht 148\*. Pfandlehn 20. Schloß 187. Weichbild 261.
- Bolkenhain, Feste 275.
- Bolkenhain-Landeshut, Weichbild 146\*.
- Bolkenhain v., Seidel, Landschreiber 79.
- Bolkenhaus, Feste 275.
- Bolkenstein, Feste 275.
- Bolko I., Herzog v. Schweidnitz-Münsterberg 8\*. 10\*. 14. 129\*. 141.
- II., Herzog v. Münsterberg 4\*.
- II., Herzog v. Schweidnitz 4\*. 8\*. 10\*. 12\*. 15. 16\*. 19. 24. 49\*. 53\*. 54\*. 63\*. 74. 75\*. 119\*. 148\*. 159. 167—171. 173. 176.
- Bolze, v., Clericus 46\*. Hofmeister 9\*. Burggraf zu Falkenstein 177. Nicolaus, Hofmeister 74\*. 164. Burggraf zum Hornsberg 177.
- Bolzenstein, Feste 275.
- Bongenczwik, Straßenräuber 180.
- Bottner, Georg, v. Landeshut 52\*.
- Boxheimer, Fiskal 83.
- Braun, v. 284. Hans Christoph, Landesältester v. Bunzlau 103\*. 285. 295. Joachim Friedrich auf Zobten, Landesältester 293. 295. Siegmund auf Zobten 77\*. auf Zobten und Zöllnick, Landesältester v. Löwenberg 265. 271.
- Braunau (Löwenberg) 60.
- Stadt u. Kloster i. Böhmen 61. 61\*. 62\*.
- Braunauer Frieden vom Jahre 1477: 31.
- Brechelshof, Propstei 275. Propst 276.
- Brechelwitz, Propst Alphonsus Walter 344.
- Brendel, Martin, Pfänder zu Goldberg 60.
- Martin, Rädelführer im Bauernaufbruch 235.
- Breslau, Bischof 48\*. Bistum 13\*. 14. 23\*. Bürgerschaft 6. Domkapitel 48\*. 275. Fürstentum 14. 48\*. 89. 297. 349. Hauptstadt Schlesiens 28. 183. Kreuzstift 47\*. 74\*. 79. 212. 254. Land 10. 12\*. 14. 15. 15\*. 17. 17\*. 21. 23. 28. Matthiassstift 254. 275. Rat 129\*. Sandstift 20. 38. 46. 47\*. 48\*. 49\*. 120. 207. 232. 254. 275. 345. Stadt 3\*. 11. 15. 15\*. 29. 30. 36. 66\*. 111. 159. 161\*. 176. 182. 185. 187. 188. 352. 360. Vincenzstift 74\*. Weichbildmannschaft 150\*.
- Breslauer Tag vom Jahr 1466 u. 1467: 30.
- Bressnitz, von der, Nickel, Bürgermeister v. Glogau 168.
- Brieg, Fürstentum 351. Stadt 11.
- Briese, v., Landesältester v. Bunzlau 346.
- Bubna, v., Heinrich Johann, Graf, Herr auf Senftenberg, Kommissar zur Huldigung 359.
- Buchwal, gemauerter Hof 161\*.
- Heinrich, Herr 167.
- Budissin 15\*, s. Bautzen.
- Budow, Johannes, Herr 171.
- Büttner, Johannes, Königsrichter in Bunzlau 83\*.
- Bunzlau, Burglehn 23\*. 42\*. 70\*. 119\*. 275. Hofrichter: Gunzel Raussendorf 187. Christoph Stöberkeul 118\*. Königsrichter: Johannes Büttner 83\*. Stadt 24\*. 25. 25\*. 26\*. 49. 52\*. 53\*. 57\*. 159. 169. 171. 175. 176. 264. 275. 287. Weichbild 152\*.
- Bunzlauer Heide 176.
- Burekhardt, magister, Advokat u. ständischer Prokurator 114\*.
- Burgeny v. Gassendorf, Hans, Prokurator der schlesischen Kammer 122\*.
- Burghaus, v., Nicolaus, kais. Kammerrat auf Stolz 70\*. 77\*.
- Burkersdorf 91\*.
- Buschke s. v. Mülheim.

C, Ch s. K.

Cz s. Z.

D.

Dahm, von der, Christoph auf Ingramsdorf, Kriegskommissar für Schweidnitz, Reichenbach u. Striegau 146\*. Hans auf Puschkau, Landesältester v. Schweidnitz 293. 295. 321. Melchior auf Alt-Oels 61.



Daller, Mathaeus (Mathias), Fiskalatamtsadjunkt 82.  
83. 272.  
Dammers 62\*.  
Damschitz, v., 284.  
Deine, v., Jone, Herr 169.  
Deutschleuten, Gut, status minor 354.  
Dietrich, Hans v. Schönau 52\*.  
Dobischke, Heinrich 180.  
Dönhoff, v., Graf 276.  
Dohna, v., Graf 353. Albrecht, Herr 169. Heinrich,  
Herr 169. Karl Hannibal, General 146\*.  
Domanz, v., Johannes, Hofschreiber 79.  
Dompnig, Heinrich, Gekornar v. Breslau 187. Heinz 35.  
Donyu, v., s. v. Dohna.  
Dornheim, v. 93. Hans, der gestrenge Herr 168.  
Doworan, v., Nickolasch, Stellvertreter des Landes-  
hauptmanns 71.  
Dresky, v., Friedrich 112\*.  
Drobisch, Johann David, Steueramtsschreiber 347.  
Dume, Hannus, Straßenräuber 180.  
Dyhrn, v., Georg Abraham, Freiherr auf Kuttlau, Ober-  
amtskanzler, Kommissar zur Huldigung 359. Hans  
auf Kreppehof, Ober-Steuereinnnehmer 135\*. 140. 265.  
Freiherr, Landeshauptmann v. Glogau 296. 307.

**E.**

Eben, v. 42\*.  
Eckart, Caspar, Pfänder des Manngerichts 261.  
Eichholz, v., Andreas 171.  
Eicke, v. 284. Adam Wilhelm auf Költchen, Landes-  
ältester v. Reichenbach 103\*. Georg zu Dammritsch,  
Ausschußmitglied für Striegau 136\*. 232.  
Eigen, aufm, Zobtensche Güter des Breslauer Sand-  
stifts 261.  
Elbel, v., Hans zu Grunau, Einnnehmer v. Striegau 213.  
225\*. Heinrich, Rittmeister, Kreisoberst 145\*.  
Elisabet, Herzogin v. Liegnitz-Goldberg 29. 185.  
Engel, Georg, zu Semmelwitz 265. Martin, ebenda 265.  
Eschenloer, Peter, Stadtschreiber v. Breslau 30.

**F.**

Falkenhain, v. 284. ? vermählte v. Reppisch 253.  
Landesältester v. Jauer 346. Ernst auf Konrads-  
waldau, Stellvertreter des Landeshauptmanns 73.  
Georg, Kriegsrat des 4. Kreises 145\*. Georg,  
Quartierkommissarius 146\*. Georg auf Konrads-  
waldau, Landesältester v. Hirschberg 265. Georg auf  
Dammers 62\*. Johann Friedrich auf Gr.-Kranschen,  
Landesdeputierter 345. Kunze, Burggraf zu Kanth  
177. Siegmund, Oberkriegskommissar 327. Tobias,  
Hofrichter v. Striegau 118\*.  
Falkenstein (Hirschberg), Feste 177. 275. Burggraf  
Clericus Bolze 177.  
Faust, v., Sturm genannt, Christoph, auf Gr.-Kranschen  
u. Looswitz, Landesältester v. Bunzlau 252. Heinrich,  
Oberstleutnant, ständischer Gesandter 320\*.

Feix, Michel, zu Peterswaldau, Rädelsführer im Bauern-  
aufruhr 293.  
Fendi, v., Freiherr, Oberst 276\*.  
Ferdan, Hans, Ratmann v. Löwenberg 126\*.  
Ferdinand I., Kaiser 22. 32. 46\*. 53\*. 70\*. 76\*. 116.  
125\*. 128\*. 141. 164. 198. 211. 359. — II. 22\*. 91\*.  
257. 359. — III. 22. 22\*. 48\*. 56\*. 67. 77\*. 78. 103.  
162. 163. 257—260. 265. 276. 359. — IV. 22. 163. 275.  
278. 359.  
Ferdinand, Erzherzog 70\*.  
Fiebing, Gottfried, Biergefall-Obereinnnehmer 81\*. Paul,  
Fiskal 83.  
Fincke, Nicolaus, Ratmann v. Löwenberg 126\*.  
Fino, ständischer Agent in Breslau 347.  
Floriansdorf 42\*.  
Folimhaub, Johannes, Magister, Advokat des Mann-  
gerichts 261.  
Forehtenau, v., Achatius, Landschreiber 77\*. 109. 110\*.  
112\*. 113. 326. Achatius der jüngere 112. 112\*.  
Wenzel auf Weiß-Kirschdorf, Landschreiber 113. 319.  
Obersteuereinnnehmer 140. Gerichtsschreiber des Mann-  
gerichts 260.  
Forster, Straßenräuber 180.  
Frankenstein, Land 10. 16\*. 69\*. Stadt 6\*. 10. 11.  
151\*. 159. Stände 8\*.  
Frankenstein, Schlacht bei 1467: 30.  
Frankstein, Hans, Biergefall-Obereinnnehmer 81\*.  
Freiburg, Stadt 26. 49. 49\*. 50\*. 91\*. 152\*. 175. 179.  
275. 310.  
Freundenburg, Schloß 24\*. Burggraf Preczlaus v. Po-  
garrell 177.  
Freudenthal, Stadt 6\*. 158. Herrschaft, status  
minor 354.  
Freyhan, status minor 354.  
Freystadt, Gut u. Stadt, status minor 354.  
Friedeberg a. Qu. 49\*. 50\*. 96. 96\*. 152\*. 175. 275. 310.  
Friedeck, status minor 354.  
Friedland 49\*. 275. 310.  
Friedrich III., Kaiser 71\*.  
Friedrich II., d. Gr., König v. Preußen 106. 154. 358.  
Friedrich I., Herzog v. Liegnitz 128\*. 131\*.  
Friseisen v. Eisenberg, Wolfgang, Fiskal 83.  
278. 314.  
Friese, Caspar 247.  
Frissie, Nickel 58\*.  
Frueoff, Ambrosius, Stadtschreiber v. Jauer 52\*.  
Fürst, v., David 42\*. Georg auf Kupferberg 42\*. 237.  
Fürstenberg auf dem Zobtenberg, Feste 275.  
— Schloß 24\*.  
Fürstenstein, Feste 111. 119. 177. 179. 180. 226. 275.  
Burggrafen Hans Croischwitz 79. Nickel v. Gers-  
dorf 179. Bernhard v. Zedlitz 177. Herrschaft 261.  
Pfandlehn 20.  
Funcke, Nicolaus, Bevollmächtigter v. Striegau 184.

**G.**

Gaffron, v. 284.  
 Gallas, v., Graf 276.  
 Gawske, Paul, Bevollmächtigter für Striegau 184.  
 Gehlnig, Hans v. Landeshut 52\*.  
 Gellhorn, v. 253. 284. Freiherr 276\*. Landesältester 271. Arnest zu Altengrottkau u. Rogau 47\*. Ernst zu Altengrottkau u. Rogau, Landesältester 207. Ernst, Graf, auf Peterswaldau, Landesältester v. Reichenbach 265. 276. Friedrich, Stellvertreter des Landeshauptmanns 73. Kreisoberster 145\*. Friedrich auf Rogau, Peterswalde, Alt-Grottkau, Weigelsdorf u. Burglehn Schweidnitz, Deputierter zum Fürstentag 163. Landesältester v. Schweidnitz 252. bischöflicher Kämmerer, Oberrechtssitzer, Kreisobrist 255. Georg, Kriegskommissar 146\*. Georg auf Christelwitz, Ältester v. Schweidnitz 231. Georg Friedrich auf Neudorf u. Heinrichau, ständischer Abgeordneter 361. Hans, Ausschußmitglied für Schweidnitz 111\*. 232. Hans zu Bertelsdorf, Einnehmer v. Reichenbach 213. 225\*. Hans zu Kunzendorf, Musterkommissarius 136\*. 145\*. 226. Hans zu Stein 90\*. Wenzel zu Bertelsdorf, Landesältester v. Reichenbach 218. 220.  
 Georg, Herzog v. Liegnitz u. Brieg, Oberamtsverwalter, Kommissar zur Huldigung 359.  
 Georg Rudolf, Herzog v. Liegnitz u. Brieg, Oberamtsverwalter 258. 276.  
 Gerhardisdorf, v., s. v. Gersdorff.  
 Gersdorff, v. 284. Freiherr 310. Oberrechtssitzer, Oberamtsrat 106. Georg Rudolf, Freiherr, Vertreter des Landeshauptmanns 73. 295. 317. Hans zu Seichau, Vertreter des Landeshauptmanns 73. Ausschußgekorner 203. Landesältester v. Jauer 207. 213. 224\*. Amtsverweser 319. Maximilian, Generalkriegskommissar 145\*. Beirat des Glogauer Landeshauptmanns 266. Nickel, Burggraf zu Fürstenberg 179. Rudolf, Freiherr, ständischer Gesandter 285.  
 Geyßler, Jacob, v. Schönnau 52\*.  
 Gerstmann, Martin, Bischof v. Breslau 51\*. 56\*.  
 Giersdorf 61\*.  
 Glässer, Hans Christoph, Bürger v. Schweidnitz 200. Glatz, Land 13\*. 22\*. 66\*. 141\*. Stadt 30. 159.  
 Glatzer Freihöfe 281.  
 Glaubitz, v. 284. Landesältester v. Löwenberg 346. Balthasar zu Gr.-Walditz, Landesältester 155\*. Balthasar Abraham, Freiherr, auf Sirgitz, Landesältester v. Löwenberg, ständischer Abgeordneter 344. 361. Georg Ludwig, Freiherr, auf Stoschendorf, k. Obersteuereinnehmer 140. Karl Siegmund, Freiherr, auf Braunnau, Landesdeputierter 345.  
 Gleiwitz, v., Johannes, Protonotar, Landschreiber 74\*. 78.  
 Glogau, Domscholastikus Koppe von der Sterze 79. Fürstentum 288. Land 7\*. 15. 16\*. 23. 33. 64. 89.

**Glogau.**

158. 295. 298. 348. Landtag 289. 299. 305. Mannrecht 117\*. Städtebund 6. Stadt 11. 15. 149\*. 159. 167. Weichbildsadel 150\*. 167.  
 Glogau-Sagan, Fürstentum 14.  
 Görliitz 15\*. 159.  
 Goldberg, Land 11\*. 16\*. Stadt 6\*. 12\*. 20\*. 52\*. 60. 127\*. 159. 169. 187.  
 Goldtberg, Johannes, Ratmann v. Hirschberg 126\*.  
 Gorkau, Propstei 275. 277. Propst 123\*. 276.  
 Goryn, v., Peter 167.  
 Goschütz, status minor 354.  
 Gotke, Nicolaus, Breslauer Bürger 181.  
 Gotschendorf (Hirschberg) 61\*.  
 Gottesberg 49\*. 275.  
 Greifenberg, Stadt 49\*. 50\*. 152\*. 171. 175. 275. 310.  
 Greifenstein, Burg 171. 185. 187. 275. 311. Burggraf Vincenz v. Raussendorf 177.  
 Grimm, Ruprecht genannt, Franz, Dr. jur., auf Seichau, böhmisches Manngerichtssekretär 39\*. 125\*.  
 Gröditz 61.  
 Gropp, Christoph, Bürger v. Schweidnitz 247.  
 Großburg, status minor 354.  
 Grosse, Hartmann 179.  
 Grottkau, Land 13\*. Stadt 11\*.  
 Grottkauer Einzug 28.  
 Grueb, Adolf, Dr. jur., kais. Rat, Landessyndikus 114. 204.  
 Grünberg, Grüenberg, s. Marquard.  
 Gründler, Gottfried, Feuermacherkehrer 347.  
 Grünfeld u. Guttensstätten, v., Andreas Wilhelm auf Lähnhaus, Landesdeputierter 345.  
 Grüssau, Kloster u. Prälat 20. 24\*. 25. 38. 39\*. 46. 47\*. 48\*. 49\*. 61. 106. 207. 232. 254. 264. 268. 275. 320. 346. Abt Benedict 106\*. 344.  
 Grunau, Vorwerk 39\*.  
 Grunau, v., Sander 179.  
 Grunde, im, Franzke, Bevollmächtigter v. Schweidnitz 184.  
 Guben 159.  
 Gude, Heinrich Ludwig, Verfasser des „Staat von Schlesien“ 358.  
 Günter, Graf 8\*.  
 Günther, Johannes, Kassahalter in Jauer 347. Mattheus der alte, Untereinnehmer 323. der junge, Adjunkt seines Vaters 323.  
 Guhrau 11. 136. 153\*. Burglehn 151\*. Weichbild 152\*. Weichbildhaus 151\*.  
**H.**  
 Haase, Johann Georg, Pfänder in Schweidnitz 347.  
 Habelschwerdt 159.  
 Habichtgrund 313.  
 Hage, vom, Franz, Hauptmann 71.  
 Hakenburne, v., Hans 177.



Halbendorf 62\*.  
 Hanewald, Hannos, Bevollmächtigter v. Striegau 184.  
 Hanitschke s. Heintschkw.  
 Harpersdorf, Ober- 58\*.  
 Hartenstein, v., Heinrich, Graf, kais. Kommissar 198.  
 Hartmannsdorfer Lehnleute 141\*.  
 Hartkrafft, Andreas, Pfarrer zu Kemnitz 235\*.  
 Hase v. Hasenburg, Ulrich, Landeshauptmann 38.  
 64\*. 71. Wenzel, Freiherr, Obristwachtmeister, Kommissar zur Huldigung 359.  
 Hatzfeld, Graf, Standesherr v. Trachenberg 354.  
 Haugwitz, v., Kilian 169. Otto 168. Rudger 167.  
 Haynau, Land 12\*. Stadt 11. 12\*. 159. 169. Weichbild 5.  
 Hecht, Markus, Ratmann v. Schweidnitz 182.  
 Heide, von der, Franz zu Seifersdorf 136\*. Ausschüßgekornen 203. Landesältester v. Reichenbach 207. 211. 213. 219\*. ständischer Gesandter 211. Konrad auf Habendorf, Landesältester v. Reichenbach 344. 346. Hofrichter, Landrat v. Reichenbach 155\*.  
 Heinrich, Bischof v. Breslau 14.  
 — I., Herzog v. Schlesien 1\*.  
 — IV., Herzog v. Breslau 3\*. 128\*. der V. 2\*. 3\*. 15.  
 — III., Herzog v. Glogau 2\*. 15. der V. 159.  
 — II., Herzog v. Jauer 127\*. 129\*. 159.  
 — V., Herzog v. Liegnitz 3\*. 14. 158.  
 — II., Herzog v. Schweidnitz 49\*. 171.  
 — herzoglicher Kammermeister 74\*.  
 Heinrichus Italicus, Notar 93\*.  
 Heinrichau, Kloster u. Prälat 38. 38\*. 46. 170. 171. 353.  
 Heintschkw (Hanitschke), Balthasar, Kanzlist 67\*.  
 Henckel, Graf, Standesherr v. Beuthen O.-S. 354.  
 Leopold Maximilian, Graf auf Reppersdorf, preuß. Oberschenk, Landesdeputierter 344. 361.  
 Hennersdorf (Namslau) 59\*.  
 Hennyng, Hantke, Ratmann v. Glogau 168.  
 Herberstein, v., Johann Bernhard, Graf, Landeshauptmann v. Glogau 89. 150. 295. 300\*. 303. 305.  
 Hering, Constantin, Bürger v. Reichenbach 247.  
 Herischdorf (Hirschberg) 61\*.  
 Hermisdorf (Hirschberg) 61\*.  
 Herrnsdorf 11.  
 Hertwigswaldau 276.  
 Herzog, Andreas, Fiskal 83. 314.  
 Heuschneider, Johann Franz, Pfänder in Jauer 347.  
 Hieronymus, Abt v. Leubus 41.  
 Himmel, Heinrich, cand. jur., ständischer Agent am böhmischen Hofe 115\*.  
 Himmelreich, Nicolaus, Ratmann v. Hirschberg 126\*.  
 Hirschberg, Burggraf Friedrich v. Pechwinkel 177.  
 Landvogtei 25. Pfarrer Johannes, Protonotar 74\*. 78. Stadt 24\*. 25\*. 26\*. 49. 52\*. 53\*. 85\*. 159. 169. 171. 175. 176. 264. 275\*.  
 Hochberg, von 49\*. 284. Graf 268. Christoph, Musterkommissarius 146\*. Georg, Stellvertreter des Landes-

Hochberg.  
 hauptmanns 72. Hans Heinrich, Graf, auf Fürstenstein, Stellvertreter des Landeshauptmanns 73. Beisitzer des Manngerichts 260. Landesältester von Schweidnitz 264. 271. Oberrechtsitzer 274. 276. ständischer Gesandter 308. 309\*. 311. 321. 324. Johann Heinrich, Graf, auf Kittlitztreben, Landesdeputierter 345. Joachim zu Rohnstock, Landesälteste v. Bolkenhain-Landeshut 213. Johannes zu Rohnstock, desgl. 219\*. Karl Nicolaus, Freiherr auf Zobten, Langeneundorf u. Petersdorf, ständischer Abgeordneter 361. Konrad auf Fürstenstein, Landeshauptmann 72. 111\*. 117\*. 212. 219\*. 226. Konrad auf Rohnstock, Ausschüßmitglied für Bolkenhain 232. Landesälteste von Bolkenhain 252.  
 Hochmuth, Georg, Bürger v. Bolkenhain 247.  
 Hocke, v. 284. Georg zu Thomaswalde, Landesälteste v. Bunzlau 211. 316. 317. Georg Siegmund, Freiherr auf Thomaswaldau, Kanzler 80. 339.  
 Höhn (Höhe), Hans, Bäcker zu Schenkendorf, Rädelführer beim Bauernaufbruch 293.  
 Hoffmann, Kriegskommissarius 273\*.  
 Hoffmann, Martin, Dr., Beirat des Glogauer Landeshauptmanns 266.  
 Hofmann, Gregor, Amtskanzlist 67\*.  
 Hohendorf (Löwenberg) 232. 235.  
 Hohenfriedeberg 49\*. 50\*. 152\*. 175. 275.  
 Hohenzollern, Johann Georg, Graf 145\*.  
 Horn, v. 284.  
 Hornsburg (Waldenburg), Feste 153\*. 171. 275. Burggraf Nickel Bolze, Hofmeister 177.  
 Horst, Melchior, Bürger v. Reichenbach 247.  
 Hund, von 284.  
 Hundorf, Polnisch- (Schöna) 60.  
 Hussiten 28.

## J.

Jackisch, Kaspar, Amtssekretär 67\*.  
 Jacob, Notarius, Bundesschreiber 38. 78.  
 Jacobi, Johann, Fiskal 83. Kammerprokurator 313.  
 Jackschenau 58\*.  
 Jägerdorf (Jauer) 265.  
 Jägerdorf, Fürstentum 353. Stadt 6\*. 158.  
 Jänisch, Georg Sebastian, Kammerfiskal von N.-S. 272.  
 Jauer, Bürger 6\*. Burggraf Peczold von Betschow 177.  
 Burglehn 69. 69\*. 70\*. 85. 254. 275. Erbvogtei 25.  
 Haus des Grafen Nostitz 321. Hofrichter Hanco v. Logau 177. Kloster der Franziskaner 85. Schloßvorwerk 329. Stadt 11. 12\*. 24\*. 25. 26\*. 49. 52\*. 53. 53\*. 54\*. 61. 61\*. 85. 127\*. 159. 169. 171. 175. 176. 187. 188. 191. 195. 196. 201. 219. 264. 275. 359.  
 Stadtschreiber Ambrosius Frueoff 52\*. Andreas Wolf 52\*.  
 Jauersche Einung vom Jahre 1444: 29.  
 Jauernick, Schloß 11\*.

Jaxa, Graf 8\*.  
 Jenisch, Sebastian, Fiskal v. N.-S. 82\*.  
 Jentsch, Hannos, Bevollmächtigter v. Bolkenhain 184.  
 Jeschke, Johannes, Propst u. Kollektor zu Zobten 344.  
 Jesuiten zu Breslau 46\*. zu Hirschberg 285. zu  
 Troppau 46\*.  
 Jeutha, v., Andreas, auf Kosel, Landesältester v.  
 Bunzlau 106\*. 344. ständischer Abgeordneter 361.  
 Ingramsdorf (Schweidnitz) 265.  
 Joeksdorf (Jauer) 265.  
 Johann, König v. Böhmen 15. 16\*. 141\*. 159. Bischof  
 v. Wardein, Statthalter v. Schweidnitz-Jauer 71.  
 Pfarrer v. Hirschberg, Protonotar 74\*. 78.  
 Johanniter in Striegau 117\*.  
 Johnsdorf (Löwenberg) 60. 61\*.  
 Jonsdorf 235.  
 — v., Kaspar 179.  
 Joseph I., Kaiser 54\*. 359.  
 Josephus, Justinus, Beirat des Landeshauptmanns v.  
 Münsterberg 266.  
 Jost, Bischof v. Breslau 94\*. 149\*.  
 Isabella, Königin v. Ungarn 53\*.  
 Judenschaft v. Schweidnitz-Jauer 25.  
 Jungenitsch, Christoph 59\*.

### K. (C. Ch.)

Kahl, Dr., Georg auf Schwarzbach, kais. Appellations-  
 rat 42\*. 45.  
 Kalkreuth u. Dulcius, v., Karl Joseph, auf Mörschel-  
 witz, Oberrechtssitzer 344.  
 Kamenz, Kloster u. Prälat 123\*. 159. 353.  
 Kamen, Georg, Bevollmächtigter v. Striegau 184.  
 Canth, Stadt 177. Burggraf Chuntze v. Falkenhain 177.  
 Karl IV., Kaiser 15. 19. 19\*. 20. 74. 93\*. 171. 173. 175  
 —177. 319. 359. der VI., Kaiser 359. Herzog v.  
 Münsterberg-Oels 60\*. Oberamtsverwalter, Kom-  
 missar zur Huldigung 359.  
 Karl Christoph, Herzog v. Münsterberg 69\*.  
 Karwath, v., Johann Ferdinand, Graf auf Maiwaldau,  
 Oberstwachmeister 89. Oberrechtssitzer 344.  
 Kasimir, Herzog von Oppeln 2\*. 9. 14\*. Herzog von  
 Teschen 46\*. Landeshauptmann 72. 75\*. 148\*.  
 Kaufung (Schönau) 39\*. 162\*. Elf Rittersitze 162\*. 320.  
 Kemnitz (Hirschberg) 60. 61\*. 235. 235\*. 275.  
 Kessel, von 284.  
 Ketzdorf (Bolkenhain) 148\*.  
 Chotiemiez, von, Besitzer des Reichenbacher Hof-  
 gerichts 118\*. Janko 64\*. 76. 76\*. 123\*. auf dem  
 Fürstenstein 183. Verweser der Landeshauptmann-  
 schaft 70\*. Unterhauptmann 123\*. 181.  
 Churschwandt, von, Christoph, Freiherr, kais. Oberst-  
 leutnant, Landesältester 103\*. 276.  
 Chussnik, v., Benesch, Landeshauptmann 26. 28. 63\*.  
 64\*. 70. 70\*. 93\*. 123\*. 179.  
 Kickpusch, v. 284.

Kittlitz, v., Freiherr 276. Adam auf Ottendorf,  
 Musterkommissarius 145\*. Landesältester v. Bunzlau  
 207. 232.  
 Kittlitztreben 42\*.  
 Klebelberg, Kompagnieführer 310.  
 Clette, Joseph, v. Löwenberg 52\*. Stadtschreiber  
 daselbst, ständischer Gesandter 142\*.  
 Klitschdorf (Bunzlau), Feste 171. 275. Burggraf  
 Cunemann v. Seidlitz 177.  
 Klose, Johann Gottfried 147\*.  
 Knobelsdorf, v., kais. Rat, Oberamtsrat 41\*. Franz  
 Friedrich 295. Georg Friedrich, Obersteneinnehmer  
 140. Kriegskommissar 271. Martin, Fiskal 70\*.  
 82. 83.  
 Knoth, Valentin, Stadtschreiber v. Schweidnitz 53\*.  
 Kochenmeister, Johannes, Landeshauptmann 71.  
 Köben 11\*. 152\*.  
 Königreich, Landstück im Weichbilde Bunzlau 316.  
 Kolditz, v., Albrecht, Landeshauptmann 28. 37. 71.  
 76\*. 182. 183. Hans, desgl. 71. 71\*. Jan, desgl. 188.  
 Thimo desgl. 71.  
 Colmas, Johannes, Pfarrer zu Schweidnitz, Kanzler  
 74\*. Landeschreiber 73\*. 79.  
 Kolowrat, v., Komtur v. Striegau 276.  
 Komeren, v., Johannes, Pfarrer v. Münsterberg, Hof-  
 notar 74\*. 78.  
 Kommerau (Jauer), Vorwerk 265.  
 Konrad, Bischof v. Breslau, Landeshauptmann 28.  
 Hofrichter v. Schweidnitz 8\*. Protonotar, Land-  
 schreiber 8\*. 78. Schenke 8\*.  
 Konradswaldau 161\*. Schloß 43\*. bei Striegau 43\*.  
 Konradt, Samuel, Bürger v. Schweidnitz 247.  
 Contzendorf (Bolkenhain) 148\*.  
 Conczchin, Mathias, Bürger v. Schweidnitz 74\*.  
 Koppe s. v. Zedlitz.  
 Krafft, Andris, v. Löwenberg, Gekorner für Schweidnitz-  
 Jauer 187.  
 Kraika, status minor 354.  
 Krappitz, Weichbild 152\*.  
 Kreckwitz, v., Ernst zu Dittersdorf, Landschreiber  
 112. 136\*. Landesältester v. Jauer 218. 219. Ernst  
 zu Mertzdorf, Landesältester v. Jauer 98\*. 211. 213.  
 219\*. Ernst, Strauwald genannt, zu Mertzdorf,  
 Obersteneinnehmer 139.  
 Kreisau (Schweidnitz) 265.  
 Cremerius, ständischer Agent in Wien 347.  
 Kreppelhof 206.  
 Kretschmer, Kassahalter v. Jauer, preuß. Kreis-  
 einnehmer 155\*.  
 Kreuzburg 11.  
 Kroischwitz (Schweidnitz) 61\*.  
 Croischwitz, Paul, Burggraf zu Fürstenstein, Kanzler  
 u. Hofrichter 79.  
 Krolkwitz, status minor 354.  
 Kromer, Ditmar, Ratmann v. Glogau 168.



- Krossen 159.  
 Krumkrüger, Martin, Dr., ständischer Prokurator 114\*.  
 Krummenau (Hirschberg) 61\*.  
 Cruschina s. v. Leuchtenberg.  
 Kucheler, Hannos, Bevollmächtigter v. Jauer 184.  
 Kuhl, v., Balthasar 133\*. Christoph zu Wenig-Mertz-  
 dorf, Einnehmer v. Schweidnitz 213. 224\*. Christoph,  
 Vorwerksmann zu Kommerau 265.  
 Kunheim, v., Daniel, Quartierkommissarius 146\*.  
 Cunczelinus, Protonotar 79. 170.  
 Kupferberg 42\*. 49\*. 275.  
 Kynast, Feste 187. 275. 311. Herrschaft 61.  
 Kynsberg, Feste 119. 171. 275. Burggraf Ulrich Schaf  
 177. Herrschaft 62\*. 63. 261. Pfandlehn 20.  
 Kynsberger Bauernaufuhr 293.
- L.**
- Ladislaus, König v. Ungarn u. Böhmen 29. 76\*. 163.  
 188. 189. 256. 359.  
 Lähn, Burggrafen Bernhard u. Nicolaus, Gebrüder  
 v. Zedlitz 177. Stadt 49. 49\*. 52\*. 53\*. 126\*. 152\*.  
 159. 169. 171. 175. 264. 265. 275.  
 Lamprecht, Johann Erldrich, Dr. jur., Amtskanzler  
 68\*. 73.  
 Lange, Dr. juris practicus 53\*. Balthasar, Amts-  
 kanzlist 67\*.  
 Landeshut, Stadt 11. 24\*. 25. 49. 52\*. 53\*. 62\*. 167.  
 171. 175. 176. 247. 264. 275. 287. Weichbild 261.  
 Landskron, v., Christoph zu Obendorf, Landesältester  
 v. Striegau 218. 219. Johannes, Beirat des Saganer  
 Landeshauptmanns 266. Karl 86\*.  
 Lasan, v., s. v. Seidlitz.  
 Lassota u. Steblau, v., Erich, Kommissar des v. Puch-  
 heimischen Regiments 146.  
 Laurentius, Kämmerer 8\*.  
 Lausitz 15\*. 31. Sechsstädte 28.  
 Lauterbach, Bonaventura zu Peterwitz, Einnehmer  
 134. Obersteuereinnnehmer 139. Hans auf Grünau,  
 Bürger v. Schweidnitz 39\*. Hans v. Jauer, Ge-  
 korner für Schweidnitz-Jauer 187.  
 Lauterbach, v., Nicolaus, Amtmann des Klosters  
 Leubau 47\*.  
 Lehnhaus, Feste 275.  
 Leitmeritz, Propstei 69\*.  
 Leobschütz 6\*. 158.  
 Leopold I., Kaiser 284. 287. 359.  
 Lest, v. 284. Abraham 61. Adam auf Holenstein,  
 Landeshauptmann 66\*. 67\*. 72. 100. Oberrecht-  
 sitzer 124\*. 323. Heinrich auf Röversdorf, Kriegs-  
 kommissarius für Hirschberg 147\*. Melchior zu  
 Hundorf u. Brauna 60. 119\*. 136\*. Landesältester  
 v. Jauer 231—234. Melchior auf Polkau, Kanzler 77.  
 77\*. 78. 78\*. 80. 264. 268. 278. 319. Beirat des  
 Schweidnitzer Landeshauptmanns 266.
- Leubau, Kloster u. Abt 10\*. 20. 20\*. 41. 47. 48\*. 49.  
 60. 93. 122\*. 123\*. 207. 232. 254. 275. 345.  
 Leuchtenberg, v., Cruschina, Jan, Landeshauptmann 71.  
 Leuckert, Nicolaus, Ratsherr zu Frankenstein, stän-  
 discher Abgeordneter für Münsterberg-Franken-  
 stein 255.  
 Leutmannsdorf (Schweidnitz) 265.  
 Libnowe, de, Petrus 8\*.  
 Lichtenstein, Fürst, zu Jägerndorf 353.  
 Liebau 49\*. 275.  
 Liebenthal, Kloster u. Äbtissin 39\*. 47\*. 48\*. 49\*.  
 232. 254. 275. 276. Propst 276. Caspar Alexius  
 Senfftleben 344. 346.  
 Liegnitz, Bürger 6\*. Fürstentum 14. 350. Kloster  
 zum h. Kreuz 47\*. 48\*. 275. Land 11\*. Kreis vor  
 der Heide 159\*. Stadt 11. 12\*. 13\*. 127\*. 159. 187.  
 Weichbild 5.  
 Liegnitzer Bund vom Jahre 1443: 29.  
 Liegnitzer Lehnstreit 29.  
 Liegnitz-Goldberg-Haynau, Land 17. 17\*. 21.  
 Lissa, Burglehn, status minor 354.  
 Lobenicz, v., Heidenreich 43\*. Anna 43\*.  
 Lobkowitz, Fürst, v. Sagan 353.  
 — v., Jan der j. auf Teinitz, kais. Kommissar 198.  
 Laslaw Poppel 201.  
 Löbau 159.  
 Löwenberg, Bürger 6\*. Bürgermeister Daniel Seyler  
 118\*. Burggraf Seifrid von Raussendorf 177. Hof-  
 richter: Daniel Seyler 118\*. Nickel v. Rechenberg  
 116\*. 148\*. Kommandant 254. 275. Komtur 47\*.  
 Oberhof 115\*. Religionsthumt 100\*. Schöppenstuhl  
 115\*. Stadt 11. 24\*. 25\*. 26. 26\*. 49. 52\*. 53\*. 55\*.  
 57\*. 60. 70\*. 136. 148\*. 159. 201. 275. 287. Stadt-  
 schreiber: Joseph Klette 142\*. Reußner 55\*. Udo  
 132\*. Weichbild 132. 148\*.  
 Logau u. Altendorf, v., Georg 231. Hanko, Burggraf  
 zu Bolkenhain, Hofrichter zu Jauer 177. Hans von  
 Glaubitz 117\*. Hans zu Kuchendorf, Steuereinnnehmer  
 133\*. 145\*. Gekorner v. Reichenbach 199. Magda-  
 lena, verw. Nickel Zedlitz v. Hartmannsdorf 117\*.  
 Mathias auf Bechau, Landeshauptmann 55\*. 56\*. 68\*.  
 72. 83. 100. 214. 219. 231. 204. Matthias der j. 23\*.  
 64\*. 72. königl. Einnehmer 134. kais. Rat, Ober-  
 steuereinnnehmer 139. Landeshauptmann 69. 304.  
 Lombard, Kriegs- und Steuerat 366.  
 Lorenz, Sekretär des Klosters Grüssau 48\*.  
 Losslau, Herrschaft, status minor 354.  
 Lubusch, Nicolaus, Hofnotar 75\*. 79.  
 Lucan, Franz Ernst, Beirat des Landeshauptmanns v.  
 Münsterberg-Frankenstein 266.  
 Ludwig, König v. Ungarn 32. 76\*. 189. 248. 249.  
 Lüben, Land 14\*. 16\*. Stadt 11. Weichbild 10. 153\*.  
 Lübener Bundestag vom Jahre 1459: 29.  
 Lüttwitz, v. 284.

**M.**

Maennich, v., Caspar Alexander, Freiherr auf Gr.-  
Mohnau, Oberamtsrat, kais. Kommissar 332. Ober-  
rechtssitzer 346.  
Magdeburg, Schöffenstein 22.  
Malkwitz, status minor 354.  
Maltzan, Graf, freier Standesherr auf Militsch 353.  
Mannteufel, v. 276.  
Marquard v. Grüenberg, Johann, Amtskanzler  
73. 292.  
Martin, Heinrich, Bauer zu Dittmannsdorf, Rädelführer  
im Bauernaufbruch 293.  
Massow, v., Oberpräsident 156\*. 363. 366.  
Mathias, Kaiser 162. 359.  
Mathias Corvinus, König v. Ungarn 30. 34. 46\*. 127\*.  
128\*. 161\*. 359.  
Matuschka u. Toppolcan, Ernst Rudolf, Freiherr auf  
Börnchen, Kanzler, Landesbestallter 78. 81. 109. 346.  
Rudolf Friedrich, Freiherr, auf Börnchen, ständischer  
Abgeordneter 361.  
Matzdorf (Löwenberg) 60. 61\*.  
Mauschwitz, v., Maximilian, auf Waltersdorf, Landes-  
deputierter 345. 361. Siegmund 61\*. Siegmund  
Christian, Hauptmann, Landesdeputierter 345.  
Maximilian II., Kaiser 76\*. 213. 359.  
— Erzherzog, erwählter König v. Polen 145\*.  
Mehl v. Strehlitz, Georg, Dr., böhmischer Vizekanzler  
23\*. 42\*. 119\*.  
Menchin, Nicolaus, Striegauer Bürger 180.  
Merzdorf (Jauer) 265.  
Mesenau, v., Hans Possold v. Seiferdau, Hofrichter u.  
Kanzler 79. Vinzenz 169.  
Metzrod, v., Seifried zu Braune, Einnnehmer v. Löwen-  
berg 213. 225\*.  
Meseritz 11\*.  
Meske, Caspar, Bevollmächtigter für Schweidnitz 183.  
Mestner, Georg, Dr. med., Ratsherr zu Schweidnitz,  
Beisitzer des Manngerichts 261.  
Michael, Andreas, Propst zu Warmbrunn 46\*.  
Michelsdorf, v., Tamme 179.  
Militsch 11\*. Kastellane 7\*. Standesherrschaft 353.  
Moček, Wilhelm, kais. Kommissar 141\*.  
Möstchen (Züllichau) 62\*.  
Mohl u. Mühlräditz, v., Friedrich auf Dromsdorf,  
Landesältester v. Striegau 252.  
Mohnau, Wenig- 42\*. 252.  
Mois (Striegau) 93. Pfarrer Joseph Nickel 49.  
Moys, Reintsch 180.  
Mollensdorf, Johann, Patrizier v. Breslau 8\*.  
Monteverques, v., Ludwig, Freiherr, auf Domanze,  
kais. Generalwachtmeister, Landesältester 276.  
Morgenroth, Hans v. Schweidnitz, Gekorener für  
Schweidnitz-Jauer 187.  
Mrozko, comes 7\*. 8\*.  
Mstow bei Czenstochau 11.

Mühlheim, v. 284. Dietrich auf Pläswitz, Vertreter  
des Landeshauptmanns 70\*. 72. Ältester 98\*. Aus-  
schußmitglied für Schweidnitz 111\*. 232. Landes-  
ältester von Schweidnitz 207. 218. 227. 230. Muster-  
kommissar 145\*. Landesgekorner 219. 226. Hans  
70\*. Heinrich auf Metschau, Landesältester v. Strie-  
gau 274. Siegmund, Buschke genannt, zu Elgot,  
Landesgekorner v. Reichenbach 213. 225\*.  
Müller, Johann Georg, Pfänder v. Striegau 347.  
Siegmund, schwedischer Generalkommissar in Glo-  
gau 102.  
Münsterberg, Frstt. 14. 69\*. 353. Land 16\*. Pfarrer  
Johannes v. Komeran, Hofnotar 74\*. 78. Stadt 159.  
160. Stände 7\*. 254.  
Münsterberg-Strehlener Einung vom Jahre 1349: 170.

**N.**

Näfe v. Obischau, v., Achatius auf Raudtwitz, Gesandter  
von Münsterberg-Frankenstein 255.  
Namslau, Burglehn 59\*. Stadt 11. 11\*. 59. Weichbild-  
mannschaft 149\*. 150\*.  
Naschwitz, Albert, Notar 79. Reyprecht 169.  
Nase, Heinrich 123\*. 179.  
Naumburg a. Qu., Kloster u. Äbtissin 47\*. 49\*. 254.  
264. 275. 276. Stadt 49\*.  
Nebczycz s. v. Niebelschütz.  
Neiße, Bürger 6\*. Fürstentum 352. Land 14. Ober-  
hof 6\*. Stadt 11.  
Neißer Landtag der Schweidnitz-Jauerschen Stände  
1642: 271.  
Neißer, Conrad, Amtssecretarius 67\*.  
Neithardt, v., Johannes Baptist, Graf, Landeshaupt-  
mann v. Liegnitz 341.  
Neuhaus, v., Freiherrn 276.  
Neuhof (Striegau) 123\*. 277.  
Neumarkt, Land 12\*. Pfarrer Jeronimus Propsthain,  
Kantor der Kreuzkirche 79. Stadt 11. 153\*. 159.  
Weichbildmannschaft 150\*.  
Neundorf, Lang- (Löwenberg) 60. 61\*.  
Neuschloß, Herrschaft, status minor 354.  
Neustädtel, Weichbild 152\*.  
Nickel, Joseph, Pfarrer von Ober-Mois 49.  
Nicolaus, Herzog v. Münsterberg 8\*. 16\*. 93. 159. 170.  
Herzog v. Troppau 6\*. 153.  
Niebelschütz, v., Hofnotar 9\*. Hannus 167. Peter,  
Kantor der Breslauer Kreuzkirche, Kanzler 74\*. 75\*.  
79. 164.  
Niemitz, v., Siegmund auf Wilkau, Beisitzer des Mann-  
gerichts 260.  
Nimmersatt, Feste 275.  
Nimptsch, Burggraf Hermann v. Czetttritz 177. Hof-  
richter, derselbe 177. Stadt 24\*. 25. 153\*. 171. 175.  
176. 183.  
Nimptsch, v. 284. Kanzler 77\*. Graf, Landesältester  
v. Schweidnitz 346. Freiherr, Landeshauptmann



## Nimptsch.

62\*. 339. Christoph Gottlieb auf Leipe, Landesältester v. Jauer 103\*. 285. Landesbestalter 109. Oberrechtssitzer 293. 295. Diprand zu Stephanshain, Landesältester 207. Ernst auf Schwarzbach, Obersteuereinnnehmer 140. 271. Landesältester v. Hirschberg 274. Friedrich zu Falkenhain, Landesältester 99\*. 140. Ausschußmitglied für Hirschberg 232. Friedrich auf Habendorf, Landesbestalter 108. Hofrichter v. Reichenbach 118\*. 309\*. 320. 321. Hans auf Falkenhain, Obersteuereinnnehmer 140. Oberrechtssitzer, Landesältester 264. 271. Hans Friedrich, Freiherr auf Oelse, Obristwachtmeister, Kanzler 80. Landesältester 103\*. Landeshauptmann 73. 105. 127\*. 276. 288. 291. 293. 303. 267. 318. 332. Hans Heinrich, Freiherr auf Oelse, Amtsassessor 68\*. Kanzler 80. Vertreter des Landeshauptmanns 73. Oberrechtssitzer, Landesältester und Hofmeister des Manngerichts 295. 332. Direktor des kgl. Amts 333. Johann Friedrich auf Poselwitz, Landesdeputierter 344. Konrad auf Maiwaldau, kais. Truchsess 77\*. Kanzler 80. 244. 248. 269.

Nobis, v., Obrist auf Triebelwitz 63.

Nostitz, v., Freiherrn 276. Graf, Liegnitzer Landeshauptmann 309\*. Oberrechtssitzer 322. Abraham auf Tzschochau, ständischer Gesandter in Prag 211. Landesgekorner v. Bunzlau 213. 225\*. Christoph, Reichsgraf, Vertreter des Landeshauptmanns 73. Christoph Wenzel, Graf, auf Rocknitz, Landeshauptmann 334. 339. Nostitz'sches Haus in Jauer 321. Karl Gottlieb, Freiherr auf Lasan, Obersteuereinnnehmer 140. 343. 344. Otto, Freiherr auf Roknitz, Landeshauptmann 73. Vizekanzler 267. 276\*. Otto, Graf 81\*. Siegmund auf Lähn 77\*. Ulrich zu Ruppertsdorf, kais. Kommissar 198.

## O.

Oberg, v., Balthasar Heinrich, d. j., Secretarius des Breslauer Hauptmanns 266. Wilhelm Heinrich auf Wessig, Amtskanzler 73. Beirat des Landeshauptmanns 266.

Oderberg, Herrschaft, status minor 354.

Oels, Fürstentum 14. 352. Land 17. 17\*. Stadt 11.

Oels, Alt- 61. 91\*.

Oels, Kl- 153\*.

Ohlau 159.

Olbardsdorf, status minor 354.

Olmützer Vertrag von 1479: 31.

Opitz, Georg, Zimmermann zu Jauernig, Rädelsführer im Bauernaufbruch 293.

Oppeln, Bürger 6\*. Burg 7\*. Land 22\*. 28. 33. Stadt 11.

Oppeln-Beuthen, Fürstentum 14.

Oppeln-Ratibor, Fürstentum 89. 297. 349.

Oppersdorf, v., Franz Joseph, Reichsgraf, Landeshauptmann 73. Georg auf Oberglogau, Landeshauptmann v. Glogau 258. 260.

Orden, deutscher 28.

Ortlob, Christoph, Bürger v. Landeshut 247. Erasmus, Bürger v. Schweidnitz 247.

Ottendorf, v., Peter, Hofprotonotar 75\*. 78.

Ottmachau 132\*.

Otto v. Ottenfeld, Johann Georg auf Mittel-Thiemen-dorf 43\*.

## P.

Packisch, v. 284.

Pacoslaus, Marschall 8\*.

Palfi, v., Graf 276.

Pannwitz, v. 284. Ernst Wilhelm, Landschreiber v. Glatz, Landesbestalter 104\*. 105. 108. 109. 315\*. 320. 327.

Parchwitz, v. 180.

Pardubitz, Herrschaft 53\*. 54\*. 56\*. 128\*.

Pastorius, Michael, Fiskal 83.

Pechwinkel, v., Friedrich, Burggraf zu Hirschberg 177.

Peiskern (Wohlau) 161\*.

Petersdorf (Hirschberg) 61\*.

Petersdorf, Vorwerk im Weichbild Hohenfriede-berg 152\*.

Peterswaldau 63.

Peterswaldauer Bauernaufbruch 293.

Peterswalde, v., Ernst zu Peterswalde, Ausschußmitglied für Reichenbach 232. Hans zu Schwenkfeld, Schweidnitzer Steuereinnnehmer 226. Heinrich zu Gröditz 61. Heinze, Verweser der Hauptmannschaft 71. 71\*. 183. 185. Gekörner v. Schweidnitz-Jauer 187. Joachim zu Klonitz 136\*. Pilgrim 171.

Peterwitz, Gr., status minor 354.

Peterwitzer Messer 59\*.

Pfalz, v. d., Friedrich, König v. Böhmen 91\*.

Pfortener, Dominicus, Kanzler 80. Ernst, auf Weizenrodau, Ratsherr v. Schweidnitz 39\*.

Pinni, Oberstwachmeister 310.

Pitschen, Weichbild 152\*.

Platschkau, Wüstenei (Striegau) 153\*.

Platteis, Secretarius 42\*.

Pleiß, freie Standesherrschaft 354.

Pleiß, Jacob, Amtskanzler 73. 318.

Podiebrad, Georg, König v. Böhmen 29. 30. 46. 116\*. 118. 123. 215. 216. 359.

Pogrell, v., Inhaber des Hofgerichts zu Reichenbach 118\*. Preczlaw, Burggraf v. Freudenberg 177. Siegmund, Hauptmann 71. 123\*. Beirat des Unterhauptmanns 181.

Poischwitz (Jauer) 61.

Polack, Peter 69\*. 183.

Polkwitz, Kreis 150\*.

Polsnitz, v., Georg, der jüngere, auf Liebenenthal, Landesbestalter 108.

Ponkow, Niclos 171.

Poser, v. 284. Hans auf Güttmannsdorf, Kreisoberster 145\*. 256. Heinrich auf Welkersdorf, ständischer Gesandter 92\*. 285. Landesbestallter 108. 265. 268. 271. 311. Obersteuereinnahmer 140.

Possuld s. v. Mesenan.

Prag 31. 32. 181. 194. Appellationskammer 22.

Prausnitz 11\*.

Predel, v., Dietrich, herzoglicher Kaplan 46\*.

Preschel, Blasius, v. Bolkenhain 52\*.

Prenß, Mathes, Bürger v. Bolkenhain 247.

Priebeco, consiliarius 8\*.

Printz, v., Karl, Beirat des Breslauer Hauptmanns 266.

Pripptwitz, v., Hans, Gekorner v. Liegnitz u. Goldberg 187.

Procop, Markgraf v. Mähren 64\*. 181.

Profen, v., Heinrich 9.

Propnitz, v., Graf, Standesherr auf Pleß 354. Leonore, Frein, Gemahlin Adams v. Schaffgotsch 77\*. Seifried, Freiherr zu Pleß 60\*.

Propsthain, Jeronymus, Kantor der Bresl. Kreuzkirche, Kanzler 74\*. 79. Linus 58\*.

Proskowsky, v., Hans Christoph, Freiherr, Hauptmann v. Opp-Rat., Kommissar zur Huldigung 359.

Püschel, v., Mathes auf Bügendorf, Biergefällober-einnahmer 81\*. 272.

## R.

Rabe s. v. Seidlitz.

Rachner, Balzer v. Peterswalde, Rädelsführer im Bauernaufbruch 293.

Radeler, Nicolaus, Gekorner v. Liegnitz u. Goldberg 187.

Ramleiter s. v. Forchtenau.

Ratibor, Stadt 11. Oberhof 5.

Rauden, Weichbild 153\*.

Rauske (Striegau) 276. Wälder daselbst 176.

Raussendorf, v., Hofrichter zu Bunzlau 118\*. Gunczel, Bunzl. Hofrichter, Gekorner v. Schweidn.-Jauer 187.

Konrad zu Tillendorf 136\*. Conz, Einnehmer v. Bunzlau 213. Nicolaus zu Tillendorf, Landesältester 99\*. Sifrid, Burggraf zu Löwenberg 170. 177.

Vincenz, Burggraf zu Greifenstein 177. Wolf zu Tillendorf, Gekorner v. Bunzlau 199.

Rayner, Hans, v. Löhn 52\*.

Razlaus, Graf 8\*.

Rechenberg, v., Caspar, Freiherr auf Klitschdorf, Landeshauptmann 72. 248. Nickel, Hofrichter v. Löwenberg 116\*. 148\*. 179.

Reder, v. 284. Gebrüder auf Löhn 126\*. Balthasar auf Kaufung, Landesältester v. Hirschberg 252. Erdmann Karl, Graf auf Hohenstein, ständischer Abgeordneter 361. Georg 182. Hannos 179. Hans zu Cunzendorf, Landesgekörner v. Löwenberg 213. 225\*. Jan, Verweser der Hauptmannschaft 71. Jone, 132\*. Johann 9\*. Wolf zu Kaufung, Musterkommissarius 145\*.

Reibnitz, v., Christoph, Landesältester v. Bolkenhain 99\*. 265. 271. 346. Christoph Friedrich auf Girsldorf 309. Christoph Friedrich auf Stonsdorf, ständischer Abgeordneter 361. Diprand von Gerlachs-dorf auf Kauder, Hauptmannschaftsverweser 71. 71\*. 72. Hauptmann 71. Gekorener von Schweidnitz-Jauer 187. v. Falkenberg zu Kolbnitz, Landesältester 207. Georg, Gekörner v. Breslau 187. Georg Friedrich auf Rohrbach 104\*. Georg Wilhelm auf Leipe, Landesältester v. Jauer, später Landrat 155\*. 344. ständischer Abgeordneter 361. Hans zu Girsldorf 225\*. Steuereinnahmer 134. Obersteuereinnahmer 139. Beirat des Unterhauptmanns 181. Ausschuß-gekörner für Bolkenhain-Landeshut 203. 213. Nickel 169. 177.

Reichenbach, Burggraf Wasserrabe von der Czirle 177. Burglehn 275. Hofrichter David von Rohr zu Hartau 99\*. Kommende 254. 275. Propst 276. Stadt 24\*. 25. 25\*. 49. 52\*. 247. 264. 265. 275. 284.

Reichenbach, v., auf Würgsdorf 63. Christoph Heinrich auf Siebeneichen, Landesältester. Hannus 169. Heinrich auf Domanze, Oberrechtssitzer u. Landesältester 264. Heinrich, Biller genannt, zu Rudelsdorf, Landes-hauptmann 72. Musterkommissarius 142\*. 145\*. Ältester v. Schweidnitz 231. Heinz Benesch, Hof-richter u. Kanzler 79. Hermann 167. Hermann, Breslauer Patrizier 8\*.

Reichwaldau, status minor 354.

Reideburg, v. 284.

Reinsberg, v. (Rensberg, Regensberger), Hans, Haupt-mann 33\*. 39\*. 70\*. 72. 90. 304. Steuereinnahmer 133\*. Hans v. Klinkenhaus 64\*.

Reiprich, Adam, Königsrichter in Reichenbach 83\*.

Rengersdorf 40\*.

Reppersdorf (Jauer) 265.

Reppisch, v., Wolf auf Wenig-Mohnau, Rittmeister, Quartierkommissarius 42\*. 145\*. 146\*. 252.

Reußner, Stadtschreiber v. Löwenberg 55\*.

Reymann, Johannes, Dr. jur., bischöfl. Rat u. Kanzler 39\*.

Richter v. Refen, Nicolaus, Magister, Ölsnischer Rat 114\*.

Richthofen, v., Samuel, Freiherr 112\*. auf Peterwitz, Landesdeputierter 344. auf Bartzdorf, desgl. 345. ständischer Abgeordneter 361.

Ritter, Johannes, Bürger v. Striegau 247.

Rochau, v., August Moritz, Freiherr auf Kynsburg, Landesältester v. Schweidnitz 42\*. 274. 276\*.

Rodokim, v. Jone 169.

Rührsdorf, Ruersdorf, (Bolkenhain) 148\*.

Rötel, N., Syndicus zu Glogau, Beirat des Saganer Hauptmanns 266.

Rüversdorf 91\*. Nieder-Rüversdorf 62\*. 313.

Rogau (Krapitz) 152\*.

Rohr und Stein, v., Albrecht auf Lang-Seifersdorf, Landesbestallter 108. Albrecht auf Wenig-Mohnau



- Rohr und Stein, v.  
 252. David zu Hartau, Hofrichter v. Reichenbach, Landesältester 99\*. David auf Seifersdorf, Obersteuereinnnehmer 140.
- Rohrwolf, v., Karl, Musterkommissarius 146\*.
- Rommenau, status minor 354.
- Ronau, v., Günther, Hofrichter v. Striegau 9\*. 116\*. 180.  
 Hartmann, Hofmeister des Mannrechts 121\*. Heinrich 179. Leonhard zu Gulau, Ältester v. Schweidnitz 230. Ausschußmitglied für Reichenbach 232. Wolf Dietrich auf Gulau, Landesbestallter 108. Obersteuereinnnehmer 140. ständischer Gesandter 248.
- Rose, Hans zu Semmelwitz 265.
- Rosenberg, v., Heinrich, Landeshauptmann 71.
- Rosler, Jacob, Mannrechtsbeisitzer 51\*.
- Rothenburg, Hans, Gekorner v. Breslau 187.
- Rothkirch, v. 284. Hiob zu Prausnitz 136\*. Einnnehmer v. Jauer 213. 224\*. Ausschußmitglied für Jauer 232.
- Rothsürben (Breslau) 128\*.
- Rover, Georg, v. Striegau, Gekorner v. Schweidnitz-Jauer 187.
- Roy, Gut, status minor 354.  
 — Gottlieb auf Halbendorf 62\*.  
 — v., Ernst Friedrich auf Dießdorf, Landesdeputierter 345.
- Roczycz, v., Jeschke 167.
- Rudolf II., Kaiser 119\*. 238. 244. 248. 330. 359. Bischof v. Breslau 359. Bischof v. Lavant, päpstl. Legat 30. 94\*. 149\*.
- Rützen, Weichbild 11\*. 152\*.
- Ruhbank 20\*.
- Rumbaum, Georg, Bürger v. Striegau 247.
- Runge, v., Heinrich, Protonotar 74\*. 79.
- Ruprecht, Hans v. Striegau 52\*. 141\*. s. auch Grimm, Ruprecht genannt.
- Rzizansky, v., Heinrich, Komtur der Johanniter in Striegau 117\*.

## S.

- Sachenkirche, v., Nikel, Burggraf v. Zobten 9\*. 177.
- Sachsen, v., Franz Albrecht, Herzog 84\*. Johann Wilhelm II., Herzog 84\*.
- Sack, v. 151\*. 284. Georg zu Jackschenau 58\*. Konrad, ständischer Gesandter 92\*. 321. 324.
- Sagan, Fürstentum 353. Kloster und Abt 353. Stadt 159. Weichbildmannschaft 149\*.
- Sagner, Caspar, Lehmann zu Bügendorf 39\*.
- Salza, v., Hans zu Gotschdorf 136\*. 265. Heinze, Bevollmächtigter v. Breslau 184. Hermann, Kriegskommissarius für Löwenberg 146\*. Nicolaus zu Kunzen-dorf, Ausschußmitglied für Löwenberg 136\*. 232.
- Salzbrunn 43\*.
- Sandretzky, v., Adam Bogislaus auf Langenbielau 309\*. Johann Ferdinand, Freiherr auf Gr.-Ellgut, Landesdeputierter 345.
- Sanne, Jacob, Straßenräuber 180.

- Schaffgotsch, v. (Schaf, Gotsche) 45. 49\*. auf Kennitz 60. Erboberhofrichter im Fürstentum Schweidnitz 119. 119\*. Freiherr, v. Plackwitz 276. Freiherr, Landesbestallter 340. Adam Gotsch auf Kennitz 76\*. 77\*. 80. Anton, Kanzler 80. Balthasar auf Langenau 142\*. Ausschußgekorner 203. ständischer Gesandter zu Prag 203. Ältester v. Jauer 231. Christoph auf Kennitz 80. 203. 210. Kanzler 61. 61\*. 80. 136\*. 232. 235. 235\*. Gekorner v. Hirschberg 199. Ältester v. Jauer 230. Christoph, Unterhauptmann 66\*. Christoph Leopold Freiherr, Hauptmann 73. 117\*. Graf, Hauptmann 276. 313. 317. 321. 345. Christoph Wilhelm auf Börnchen, Landesbestallter, später Landeshauptmann v. Liegnitz 109. Daniel auf Boberstein 61. Ernst, Kanzler 72. 80. Franz Wilhelm, Graf, Landesbestallter 109. 344. Gottfried Ferdinand, Freiherr, Landesbestallter, Landesältester 109. Gotsche Schaf, Kanzler, Unterhauptmann 9\*. 36. 70\*. 71. 94. 114. 126\*. 129\*. 181. 182. 183. 185. Hans auf Kreppelhof 76\*. 80. auf dem Kynast, Kanzler, Hauptmann 71. 72. 76\*. 79. 101. 137\*. 142\*. 183. 206. 304. auf dem Greifenstein 132\*. ständischer Gesandter in Prag 211. Hans Anton, Graf, Hauptmann 73. 81. 81\*. Hans Ulrich 61. Oberhofrichter 260. Karl Gotthard, Oberrechtssitzer 344. Heinrich 169. Kaspar, Hauptmann 72. — Leonora, geb. Freiin von Promnitz 77\*. Reintsch 9\*. Hofrichter 177. Ulrich 9\*. 64\*. 169. Hauptmann 68\*. 72. 72\*. Waczelaw, Ältester v. Jauer 230. 232. Wolf Ulrich auf Boberstein 61.
- Schaffow, v., Friczko 132\*.
- Schatzlar, Burg 129\*. 177. 182. Burggraf Hans v. Seidlitz 177.
- Schebitz (Breslau) 153\*.
- Schebitz, Niclas auf Wohnwitz, Breslauer Hauptmann 132\*.
- Scheidbern, v., Franz, kais. Rat, Hofkanzler, Kommissar zur Huldigung 359.
- Schellendorf, v. 49\*. 284. Freiherrn 276. Pfandinhaber des Bunzlauer Hofgerichts 118\*. 119\*. Chrysostomus, Obersteuereinnnehmer 139. — Hans, Zahlmeister 133. 134. Obersteuereinnnehmer 139. Maximilian, Freiherr, Landesältester von Bunzlau 103\*. 285. Melchior auf Gölschau, Kommissar zur Abdankung der Glatzer Soldateska 256. Nicolaus, Notar 78. Vertreter des Hauptmanns 72. Peter (Pezo) 42\*. 169. Tammo 2\*. Protonotar 79. Weezel zu Pankendorf 183.
- Schenk und Kaurn, v., Johannes, Komtur in Striegau 117\*.
- Schenk und Weigwitz, Hiob auf Zülzendorf 226.
- Schiekfuss, v., Ernst Christian auf Queitsch, Landesdeputierter 344.
- Schifordegger, Bernhard, Advokat d. Manngerichts 261.
- Schiltberg, v., Heinrich 8\*.
- Schilder, Valten von Hirschberg 52\*.

Schillersdorf (Troppau) 46\*.

Schindel, v. 284. Christoph zu Streit 116\*. 117\*. 207.  
Daniel zu Schönfeld, Ältester 91\*. 218. 219. 226. 227.  
Ausschußmitglied für Schweidnitz 111\*. David zu Polkau 137\*. Hans zu Dromsdorf, Gekornor v. Striegau 199. Heinrich zu Gierlsdorf, Landesältester v. Bolkenhain 211. Einnehmer 213. 225\*. Heinrich zu Streit 116\*. 117\*. 207. Heynce 169. Heinze zu Neudorf 183. Jon auf Sasterhausen, Landesältester 99\*. Musterkommissar 145\*. 230. Ausschußmitglied für Striegau 232. Leonhard zu Sasterhausen, Landesältester v. Striegau 207. 211. 213. 219\*. ständischer Gesandter in Prag 211. Nickel zu Streit 183. Rudolf auf Költschen, ständischer Abgeordneter 361. Samuel, Hofrichter 111\*. Servatius zu Arnsdorf, Gekornor v. Schweidnitz 199.

Schirritintzky, v., Peter auf Schumberg 143\*.

Schlanecz, Heinrich, Breslauer Bürger 181.

Schlaupshof, Propstei 275.

Schlawa, Weichbild 152\*.

Schlawentzütz, Weichbild 152\*.

Schlegel s. v. Zedlitz.

Schlick, Grafen 33.

Schlichting, v. 253.

Schliewitz, v. 284. Hofnotar 9\*. Georg Friedrich auf Gotschdorf, Kommissar zur Abdankung der Glatzer Soldateska 256. Landesältester v. Striegau 265. Hans, Landschreiber 79. Joachim v. Kl.-Wandriß 136\*.

Schmellwitz, Gr.- 91\*.

Schmide, Matz, Bauer zu Spiller 235\*.

Schmiedeburg 149\*. 275.

Schmoltz, Zahlmeister 146\*.

Schmottseifen, Lehnmann daselbst: Mathes Arnold 39\*.

Schober, Hans, Gekornor v. Liegnitz u. Goldberg 187. Jacob 39\*.

Schocha s. Tzsochochau.

Schöbel, Paul v. Peterswalde, Rädelführer im Bauernaufbruch 293.

Schömburg 49\*. 61. 275.

Schönaich, Graf, auf Beuthen N.-S. 354.

Schönnau, Burggraf Hans v. Zedlitz, Koppe genannt 177. Stadt 49. 49\*. 52\*. 53\*. 91\*. 152\*. 159. 169. 171. 175. 264. 275.

Scholtz, Gottfried, Pfänder in Reichenbach 347.

Scholz, Heinrich, Bürgermeister v. Schweidnitz, Sekretär des Mann-, Zwölfer- und Hofgerichts 278.

Shonau, v., Cunod, Ratmann v. Glogow 168.

Schonefeld, v., s. v. Seidlitz.

Schönfelder, Hans Christoph, Bürgermeister v. Jauer 293.

Schönfeldt, Christoph, Dr., auf Weerpusch 39\*.

Schradin, Ludwig, Dr., kais. Kommissarius 141\*. 198.

Schreiberhan (Hirschberg) 61\*.

Schubert, Michael Gabriel, auf Teich, Striegauer Rats- herr und Hofrichter 39\*.

Schüler, Michael v. Bolkenhain 52\*.

Schultz, v., Hans Heinrich auf Pülzen, Bürgermeister v. Schweidnitz 293.

Schulcz, Peter, Bevollmächtigter v. Bolkenhain 184.

Schwabsdorf, v., Hans zu Lasnig, ständischer Gesandter 142\*. Gekornor v. Jauer 199.

Schwartz, Elias, Schloßseigersteller in Jauer 347.

Schwarzbach 42\*. 45.

Schwarzwaldau, Feste 24\*. 161\*.

Schweidnitz. Bäcker 158. Bürger 6\*. 74\*. Burglehn 70\*. 85. 111. 125. 189. 275. Erbvogtei 26\*. freier Fleischmarkt 25. Gewandschneider 265. Hofgerichtssitz 120. 167. Hofrichter Reintsch Schaf 177. Kammern 25. Klöster 125. 189. 254. Kommende 254. Pfarrer Johannes Colmas, Kanzler 74\*. 79. Ratswahlrecht 26. herzogl. Residenz 132. Schrotrecht 10\*. Stadt 6\*. 11. 15. 24\*. 49. 52. 53\*. 54\*. 55. 55\*. 57\*. 65\*. 136. 136\*. 168—171. 176—178. 180. 182. 183. 187. 188. 192. 201. 247. 264. 275. 359. ältestes Stadtbuch 75\*. Stadtgefängnis „der Hillebrand“ 34. Stadtschreiber Valentin Knoth 53\*. Christoph Staudenhertz 55\*. Nicolaus Stelin 74\*. Magister Tobias Theodorus 54\*.

Schweidnitz-Jauer, Fürstentum 6. 17. 19 ff. 23. 25. 26. 32. 347.

Schweinichen, v. 284. Adam auf Kolbnitz, Quartierkommissarius 146\*. Landesältester v. Jauer 252. Georg auf Kolbnitz, ständischer Gesandter 142\*. Georg zu Friedeburg, Landesältester 207. Georg Ludwig auf Skohl, Landschreiber 113. Gunczil 9\*. 177. Hans auf Kolbnitz, Landesältester v. Jauer 274. Hans auf Schweinhaus 137\*. Musterkommissarius 145\*. Ausschußmitglied für Bolkenhain 232. Melchior zu Jägendorf, Ausschußmitglied für Jauer 232. Nickel 177. Peter de Swyne, Protonotar 78.

Schweinitz, v. 284. Ernst 295. Georg zu Kauder u. Krain 137\*. Musterkommissar 145\*. Landesältester v. Schweidnitz 227. 230. Ausschußmitglied für Bolkenhain 232. Hans Christoph 295. Hans Julius auf Hünchen, ständischer Abgeordneter 361. J. Freiherr, auf Hausdorf, Landrat v. Bolkenhain-Landeshut 155\*. Johann Siegmund, Freiherr auf Hausdorf, Landesältester v. Bolkenhain-Landeshut 344. ständischer Abgeordneter 361.

Schwenkfeld, v., Peter, Ritter 167. Seifrid 169.

Scultetus v. Bregoschütz und Schwanensee, Tobias, Dr., Fiskal 82.

Seherr, v. 284.

Seherr-Thoß, v., Karl Ferdinand, Freiherr auf Domanze, Landesältester v. Schweidnitz, ständischer Abgeordneter 155. 344. 361.

Seichau (Jauer) 60.

Seidel v. Bolkenhain, Landschreiber 74\*. 123\*.

Seidlitz, v. 284. Adam auf Grunau, Landesältester Landesbestallter, Vertreter des Hauptmanns 72. 108.



## Seidlitz, v.

122\*. 124\*. 323. ständischer Gesandter 238. Adam der jüngere zu Burkersdorf 114. Apecezo 167. Christoph auf Burglehn Striegau, Vertreter des Hauptmanns 71. Christoph zu Kauffung, Steuereinnahmer 135. 137\*. Obersteuereinnahmer 139. 228. Cunemann, Burggraf zu Klitschdorf 9\*. 177. Friedrich zu Ludwigsdorf, Ausschußmitglied für Schweidnitz 111\*. Steuereinnahmer 134\*. 136\*. 225. 226. Friedrich zu Neudorf, Landesältester 207. Georg zu Hartau, Ausschußgekorner 203. Gunczil v. Lasan 9\*. 177. 179. Hannus 179. Hans, Burggraf v. Schatzlar 177. Hans, Kriegskommissar 146\*. Hans v. der Bielau u. Schönfeld, Landeshauptmann 72. 189. 191. 248. 249. 330. Hans, Landschreiber 79. Hans v. Schonefeld 169. Hans Friedrich, Landesältester v. Striegau, Landrat 154\*. 155\*. 344. 361. Heynemann, Stellvertreter des Hauptmanns 70. 179. 181. Heinze v. Lasan, Hauptmann 71. Rabe genannt, Stellvertreter des Hauptmanns 71. Hertwig zu Kratzke, Landesgekorner 213. 224\*. Joachim Siegmund auf Mt.-Peilau, Landesältester v. Reichenbach 104\*. Julius Siegmund, Freiherr auf Nd.-Peilau, Deputierter 345. Melchior zu Burkersdorf, Hofrichter zu Schwdeinitz 47\*. 70\*. 121\*. 139. 203. Stellvertreter des Hauptmanns 72. Melchior auf Steupichen, Landesältester 260. 264. 269. 271. 274. Opecz 179. Temchin v. Lasan 179, s. auch Atze.

Seifersdorf 62\*.

Seifersdau s. v. Mesenau.

Seiferschau (Hirschberg) 61\*. Scholtisei 62\*. 313.

Seitendorf (Bolkenhain) 148\*.

Semmelwitz (Jauer) Gehege 265.

Senfftleben, Caspar Alexius, Propst zu Liebenthal 344.

Senitz, v., Friedrich, Kriegskommissar für Reichenbach 146\*.

Sernerwald 176. 265.

Seydenfaden, Heinze, Bevollmächtigter v. Löwenberg 184.

Seyler, Daniel, Bürgermeister u. Hofrichter v. Löwenberg 118\*.

Siebeneichen 161\*.

Siegmund, Kaiser 28. 161\*.

Siffridus, Protonotar 8\*. 75\*. 78.

Silber v. Silberstein, Christoph, Kommissar zur Huldigung 359.

Silsterwitz am Zobten 75\*.

Sintzen dorf, v., Johann Joachim Michael, Graf, Landeshauptmann 73. 332.

Skal, v., Konrad, Erbvogt v. Jauer 25.

Sommerfeld 159.

Sommerfeld v. 284. Landesbestallter 105\*. Landschreiber 345. 347.

Sommerfeld u. Falkenhain, v., Christoph Ernst auf Ob- u. Nd.-Grunau, Landesbestallter 108. 289. 293. 317. Christoph Ernst auf Mittlau, Landschreiber,

## Sommerfeld u. Falkenhain, v.

Landesbestallter 113. Christoph Ernst auf Rothkirschdorf 113. Landschreiber 344. 359.

Spiller (Löwenberg) 60. 61\*. 235. 235\*.

Spiller, v. 284. Landesältester v. Hirschberg 346. Kriegskommissarius 273\*. Haus 61\*. 233. Joachim auf Matzdorf u. Berbisdorf, Oberrechtssitzer u. Landesbestallter 264. 271. Joachim Hermann auf Nd.-Berbisdorf, Landesältester v. Hirschberg 104\*. Kaspar zu Langenöls, Landesältester v. Löwenberg 99\*. 252. Kaspar auf Schönfeld, Landesältester v. Bunzlau 265. Kunz (Konrad) zu Matzdorf, Landesältester v. Löwenberg 211. 213. Landesgekorner v. Löwenberg 219\*.

Sprottau 153\*. Markt 149\*.

Stäbichen (Schweidnitz) 46\*.

Stange, v., Albrecht, Kommissar des Kriegsvolks im Bunzlauschen 146. 146\*. Albrecht auf Hartau, Landesältester v. Reichenbach 252. Daniel, Dr. jur. 44\*. 114\*. Kaspar zu Stonsdorf, Landesgekorner für Hirschberg 213. 225\*.

Stannowitz (Striegau) 62\*.

Starhemberg, v. 34\*. Baron 64\*. Georg Ludwig, Graf, auf Ob.-Peilau, Landeshauptmann 73. 145\*. 270. 273. 289. 290. 328. Czdenko, der ält., Kommissar zur Huldigung 359.

Staudenhertz, Christoph, Stadtschreiber v. Schweidnitz 55\*.

Stein, v., Georg, Herr zu Zossen, Landeshauptmann 35. 56\*. 71.

Steinau O.-S. 1. 1\*.

Steinau a. O., Bürger 6\*. Fürstentum 14. Land 16\* Stadt 11\*. 152\*.

Stelin, Nicolaus, Stadtschreiber v. Schweidnitz 74\*.

Stephanshayn, v., Heinrich 179.

Sternberg, v., Adolf Wratislav, Graf 291. Jaroslaw, Vogt der Sechsstädte, abgelehnter Landeshauptmann 38. 64\*. 71.

Sternberg u. Rudelsdorf, Graf, auf Guhlau, Oberrechtssitzer 344.

Sterze, v. d., Koppe, Glogauer Scholastikus, Hofnotar 74\*. 79.

Steubendorf, status minor 354.

Stiebitz, v., Karl, Kriegskommissar f. Bunzlau 146\*. 271. Karl auf Tiergarten, Landesältester v. Bunzlau 274.

Stöberkeul, Christoph, Amtskanzlist 67\*. Hofrichter v. Bunzlau 118\*.

Stosch, v., Heinze, Verweser der Hauptmannschaft 71. Landeshauptmann 182. Wolf Alexander, Landesältester u. Landesbestallter für Glogau 289.

Strehlen, Bürger 6\*. Land 16\*. Stadt 159. 160. 170. 183.

Strehlemer Einung 28. 170.

Strachwitz, v., Hans, Ausschußmitglied für Reichenbach 232.

Strauwald s. v. Kreckwitz.  
 Streekenbach (Bolkenhain) 148\*.  
 Stredele v. Stumentauw, Hans Georg, Amtskanzler 73.  
 Striegau, Burggraf: Nickel v. Zeisberg 177. Burg-  
 lehn 275. Hofrichter: Gunter v. Ronau 116\*. 180  
 Johanniter 117\*. Kommende 254. 275. Komtur 47\*  
 48\*. 62\*. Plünderung 1633: 77\*. Stadt 9\*. 24\*. 25  
 25\*. 26\*. 27\*. 49. 52\*. 53\*. 128\*. 167. 171. 175. 176.  
 179. 185. 247. 264. 265. 269. 275. Stift u. Äbtissin  
 254. 275. 310.  
 Striegauer Fehde vom Jahre 1387: 179.  
 Swarze, Ludwig, Ratmann v. Glogau 168.

### T.

Talkenberg, v., Christoph 66\*. Ramphold [Reinphalt]  
 zu Plagwitz, Ausschußgekorner 203. 211. Landes-  
 ältester 207. Rensch, Söldnerführer 142\*.  
 Tappe, v., Freiherr, Oberst 176\*.  
 Tauer (Tuwe), v. der, Wenzke 167.  
 Taussdorf, v. 51\*. 55. 55\*. 57\*. 76\*. 112\*. 149\*.  
 Tawber, Bevollmächtigter für Hirschberg 184.  
 Teschen, Erbfürstentum, Verfassung 351.  
 Thamm, v., Jacob, auf Ober- u. Nieder-Blumenau,  
 Amtskanzler 73. 291.  
 Theodorus, Tobias, Magister, Stadtschreiber zu  
 Schweidnitz 54\*.  
 Thielsch, Kassahalter v. Schweidnitz 155\*. Martin  
 zu Hirschberg 39\*.  
 Thiemendorf, Mt.- 43\*.  
 Thilo, Hofnotar 78.  
 Thiczo, herzoglicher Notar 78. 167.  
 Thomas II., Bischof v. Breslau 6\*.  
 Tillendorf (Bunzlau) 91\*.  
 Titze, Niclas, Bevollmächtigter für Breslau 184.  
 Toscano, Jacob, Bürger v. Schweidnitz 200.  
 Trachenberg, freie Standesherrschaft, Verfassung 354.  
 Traun, v., Generalfeldkommissarius 273.  
 Trebnitz, Stift 47\*. 48\*. Äbtissin 254.  
 Triebel 159.  
 Triebelwitz 63.  
 Troppau, Fürstentum, Verfassung 89. 297. 352. Land 15\*.  
 33. 64\*. Stadt 6\*. 46\*. 158. status minor 354.  
 Tschammer, v., Friedrich Oswald auf Petschkendorf 309.  
 Tschechen, Gut 39\*.  
 Tschernin, v., Graf 276.  
 Tscherning, Kaspar, Amtskanzlist 67\*.  
 Tscherticz, v., Heidenreich, Ritter 123\*. 180. 181.  
 Tscheschau und Mettich, v., auf Schrebsdorf, Ge-  
 sandter v. Münsterberg-Frankenstein 255.  
 Tschirnhaus, v. 284. Landesältester v. Striegau 346.  
 Christoph 114. 207. Georg, Kriegskommissar 146\*.  
 Hiob Christoph auf Seifersdorf, Kanzler 80. 334. 345.  
 346. Johann Christoph 295. Johann Friedrich auf  
 Nd.-Schoßdorf, Landesdeputierter 345. Konrad auf  
 Gnumau, Landesältester, Kanzler.

Tschirschky, v., auf Arnsdorf, Adam 59\*. Joachim 59\*.  
 Tunkendorf (Schweidnitz) 24\*.  
 Tuwe s. Tauer.  
 Tyffegrube, Straßenräuber 180.  
 Tzschocha bei Marklissa, Schloß 187.

### U.

Über, Georg, Untereinnehmer 323.  
 Udo, Stadtschreiber zu Löwenberg 132\*.  
 Uechtritz, v., Petsche 170.  
 Ujest 11.  
 Ulcke, Hans, Landkämmerer zu Schweidnitz 135\*.  
 Pfänder des Manngerichts 261.  
 Ullersdorf (Bunzlau) 61.  
 Uluk, Herrn Clericus Sohn, Straßenräuber 180.  
 Ungewige, Cunrad, Glogauer Ratmann 168.  
 Unruh, v., Hannus 167.  
 Unwürde, v., Georg v. Riegersdorf, Söldnerführer 142\*.

### V.

Venediger, Fiskal 83.  
 Ventur, David Friedrich 111\*.  
 Vincentius, Christoph, Advokat des Mannrechts 122\*.  
 Vogler, Kaspar v. Reichenbach 52\*.  
 Volckmann, Georg, kurbrandenburgischer Oberst-  
 leutnant 84\*.  
 Voytt, Heinrich v. Bunzlau 52\*.

### W.

Waitz, David, Untereinnehmer 135\*.  
 Waldau, v., Balthasar 169. Bernhard, Protonotar 79.  
 Franz auf Wenig-Rosen, Gekörner v. Striegau 199.  
 Ausschußgekorner 203. Friedrich zu Hertwigswaldau,  
 Verweser der Hauptmannschaft 72. Ausschußgekorner  
 203. Nicolaus v. Schönfeld auf Struse, Hauptmann  
 zu Canth, Stellvertreter des Hauptmanns 72. 136\*.  
 Waldemar, Markgraf v. Brandenburg 159.  
 Waldenburg 49\*. 275.  
 Waldenstein, v., Haschke 29.  
 Wallenstein, v., Heinrich auf Dobrawitz, Kommissar  
 zur Huldigung 359.  
 Walter, Alphonus, Propst zu Brechelwitz 344.  
 Wansen, Stadt 11. 11\*.  
 Warmbrunn, Propstei 264. 275. Propst 48\*. 276.  
 Warnsdorf, v., Hans zu Giesmannsdorf, Landesältester  
 v. Bunzlau 207. 213. 218. 219. 219\*. Kaspar auf  
 Giesmannsdorf, Landeshauptmann 65. 65\*. 67\*. 72.  
 73. 82. 254. 258. 259. ständischer Gesandter 238.  
 Landesbestalter 89\*. 108. Oberrechtssitzer 124\*.  
 323. Siegmund zu Giesmannsdorf 119\*. 137\*.  
 Wartenberg, freie Standesherrschaft, Verfassung 353.  
 Wartenberg, Gr., Bürger 6\*.  
 Wartenberg, v., Heinrich auf Kamnitz, Kommissar  
 zur Huldigung 359.  
 Wasserrabe s. Czirle, v. der.



Wederau (Bolkenhain) 91\*.  
 Weizenrodau (Schweidnitz) 39\*. 91\*.  
 Wenzel, König v. Böhmen 19. 19\*. 26. 27. 74. 76\*.  
 93. 123. 176. 177. 178. 181. 215. 216. 319. 359.  
 Wenzel, Herzog v. Goldberg u. Haynau 169.  
 Wernersdorf (Hirschberg) 61\*.  
 Westphal, Schreiber des Manngerichts 117\*.  
 Wien 188. 198.  
 Wiesau (Neiße) 153\*.  
 Wildberg, v., Bernhard 123\*. 179. 181. Hannos 123\*.  
 Heinrich 8\*. Heinrich, Marschall 9\*. 179. Rüdiger,  
 Marschall 8\*. 170. 179.  
 Wilhelm, Herzog v. Troppau 7\*.  
 Wilhelm, Hantke, Ratmann v. Glogau 168.  
 Winsen, Dr., ständischer Prokurator 114\*. 212.  
 Winterfeld, v., Samuel Adolf auf Tarnau, preuß.  
 Oberstleutnant, ständischer Abgeordneter 361.  
 Withold, Herzog v. Lithauen 28.  
 Witschil, Hans 179. Meynke 179.  
 Wladislaw, König v. Polen 31. 149\*. König v. Ungarn  
 u. Böhmen 35. 115\*. 116\*. 199. Herzog v. Kosel 14\*.  
 Wockhel, Sekretarius des Glogauer Landeshaupt-  
 manns 266.  
 Wohlau, Fürstentum, Verfassung 351.  
 Wolf, Andris, Stadtschreiber v. Jauer 52\*.  
 Wolfgeil, Peter, Kassahalter 135\*.  
 Wolfgruber, Georg v. Lähn 52\*.  
 Wolfswiese (Schlawentzütz) 152\*.  
 Wolkenhaus, Feste 275.  
 Wolmsdorf (Bolkenhain) 91\*.  
 Würben (Schweidnitz), Pfarrer 123\*.  
 Würben, v., Heinrich 10\*. Johannes, Graf 8\*.  
 Würffel, Hieronymus v. Löwenberg 52\*.  
 Würgsdorf (Bolkenhain) 58\*. 63.  
 Wustehube, Hannos, Herr 171.  
 Wyns, Dr. 212, s. auch Winsen.  
 Wythen, v., Valentin, bishöfl. Rat, Beirat d. Haupt-  
 manns v. Oppeln 266.

## Z.

Zapolya, v., Stephan, Hauptmann 71.  
 Zedlitz, Dorf, 265.  
 Zedlitz, v. 61\*. 161\*. 284. Vetterbund 94. Freiherr  
 auf Nimmersatt 276. auf Schildau 276. Kriegskom-  
 missar 273\*. Oberrechtssitzer 346. Steuereinnahmer  
 339. auf Wüste-Waltersdorf, Landrat 112\*. Bern-  
 hard, Burggraf v. Fürstenstein 177. Burggraf v. Lähn  
 177. Brandan 69\*. Brandan auf Hartmannsdorf,  
 Landeshauptmann 72. 77\*. 136\*. 304. Landesältester  
 v. Löwenberg 218. 219. desgl. v. Jauer 227. Aus-  
 schußmitglied für Löwenberg 232. Christoph 122\*.  
 Liegnitzer Marschall 135\*. auf Nimmersatt, Ältester  
 98\*. 207. Landesältester v. Bolkenhain-Landeshut  
 218. 220. Christoph auf Reppersdorf, Ausschuß-  
 mitglied für Jauer 232. Ernst auf Bolkenhain 66\*.

Zedlitz, v.

auf Leipe, Kreisoberster 145\*. Ferdinand, Freiherr  
 auf Bolkenhain, Landesältester v. Bolkenhain 274-  
 Kanzler 80. 276. Friedrich, Bruder Brandans 232.  
 Friedrich, Kriegskommissar für Jauer 146\*. 271.  
 Landesältester 271. Landesbestallter 127\*. Friedrich  
 auf Kammerswalde, Steuereinnahmer 89. 104\*. 140.  
 294. 318. Friedrich, Freiherr auf Gräbel, Landes-  
 deputierter 344. 361. Friedrich auf Merzdorf, 'kais.  
 Kammerrat 77\*. Landesbestallter 107. 118. 137\*.  
 Ältester 98\*. Landesältester v. Jauer 227. Muster-  
 kommissarius 145. Friedrich auf Prausnitz, Landes-  
 ältester v. Jauer 264. Friedrich Siegmund auf  
 Kreisau, Landesdeputierter 345. Georg Friedrich  
 auf Preilsdorf, Kriegskommissar 269. 271. Georg  
 Gottlieb, Freiherr, auf Nd.-Blaßdorf, Landesdepu-  
 tiertes 345. Georg Rudolf auf Brieg, Glogauer  
 Hauptmann, Kommissar zur Huldigung 359. Gott-  
 fried auf Wilkau, Landschreiber 88\*. 113. 137\*.  
 326. Gotthard, Kriegskommissarius für Reichenbach  
 146\*. Hans 111\*. Hans zu Kammerswaldau, Landes-  
 ältester 207. 225\*. Hans zu Konradswaldau 136\*.  
 Hans auf Wiesenenthal, Landesältester 100. Hans auf  
 Wilkau, Vertreter des Hauptmanns 72. Oberrechtss-  
 sitzer 124\*. 323. Hans Koppe, Burggraf zu Schönau  
 177. Hans Schlegel v. Kammerswaldau, Ausschuß-  
 gekorner 203. Landesältester v. Hirschberg 211.  
 Einnehmer 213. Hans zu Siebeneichen, Ausschuß-  
 mitglied für Löwenberg 232. Heinke, Jägermeister  
 177. Hentschel Koppe, Ritter 123\*. Jacob, Aus-  
 schußmitglied für Schweidnitz 232. Jacob auf Peter-  
 witz 232. Karl Christoph, Freiherr, auf Kratzkau,  
 Landesältester 276. Karl Siegmund, Freiherr auf  
 Kapsdorf 140\*. Landrat v. Schweidnitz 155\*. Landes-  
 deputierter 344. Kaspar Otto auf Hohenliebenthal,  
 ständischer Abgeordneter 361. Konrad Gottlieb auf  
 Tiefhartmannsdorf, Landesdeputierter 345. Konrad  
 Gottlieb, Freiherr, auf Kaufung, Landrat v. Hirsch-  
 berg 155\*. Konrad Siegmund auf Kaufung, Landes-  
 ältester v. Hirschberg 344. Landesdeputierter 345.  
 Ladislaus 70\*. Lorenz, Oberstauereinnahmer 140.  
 Magdalena geb. v. Glaubitz, Witwe des Nickel v. Z.  
 v. Hartmannsdorf 117\*. Nickel 76\*. 123\*. 169. 269.  
 Hofrichter v. Schweidnitz 119\*. Hofmeister des  
 Manngerichts 276. Oberrechtssitzer 271. 276. Bur-  
 graf zu Lähn 177. Nicolas auf Frauenhain, Landes-  
 ältester 264. Nickel v. Hartmannsdorf 117\*. Nicolaus  
 auf Nimmersatt 232. Musterkommissar 145\*. Nicolaus  
 auf Wilkau, Landesältester, Oberrechtssitzer, Hof-  
 richter 102\*. 121\*. Nicolaus Siegmund, Landes-  
 ältester v. Hirschberg 104\*. Peter, Landschreiber  
 74\*. 75\*. 79. 110\*. 164. 170. Beirat des Unter-  
 hauptmanns 181. Sebastian zu Bögendorf, Kreis-  
 oberst 143. Sebastian zu Neukirch, ständischer  
 Gesandter 96\*. Sebastian auf Reichenwalde, Aus-

Zedlitz, v.

schußmitglied 232. Siegmund, Biergefällobereinnehmer, später Kammerpräsident 81\*. 119\*. Siegmund auf Neukirch, Landesältester v. Hirschberg 218. 219. Stenzel auf Wilkau, Hofrichter v. Schweidnitz 136\*. Gekorener v. Schweidnitz 199. Landesältester 211. 213. 219\*. Wenzel zu Neukirch, Landesältester v. Hirschberg 136\*. 207. 213. 219\*. ständischer Gesandter zu Prag 211. Wenzel auf Schönau, Hauptmann v. Sagan, Kommissar zur Huldigung 359.

Czeiskberg, v., Nickel 9\*. Nickel der alte, Ritter 123\*. Nickel, Burggraf v. Striegau 177. 179. 181. Beirat des Unterhauptmanns 181.

Zeiskenberg, Feste 24\*. 132. 180. 275.

Zelitzkei, Personennamen 201.

Zencker, Schweidnitzer Familie 200. deren Haus 112.

Czepko v. Reigersfeld, Daniel auf Merzdorf, kais. Rat, Liegnitzer Regierungsrat 144\*. 275.

Zernikau, Tobias auf Neudorf, Kriegskommissarius 146\*. 271.

Czettritz, v. 284. Abraham auf Schwarzwaldau, Obersteuereinnahmer 140. 346. Christoph auf Neuhaus u. Waldenburg 136\*. Friedrich auf Neudorf, Kriegskommissarius 271. Hofrichter v. Reichenbach 118\*. 277. Georg zu Schwenkfeld, Landschreiber, Hofrichter, Kanzler 79. 183. Hans auf Seitendorf, Land-

Czettritz, v.

schreiber 110\*. 113. 256. 269. 271. Hermann 125\*. Burggraf u. Hofrichter zu Nimptsch 177. Hofmeister 9\*. v. Konradswaldau, Vertreter des Hauptmanns 71. auf Neuhaus 183. auf Schatzlar, ständischer Gesandter 248. Siegmund zu Zobten (Bunzlau), Ausschußmitglied für Löwenberg 232.

Cziris, Hannus 179.

Czirle, von der, Benusch 169. Reintsch 179. Sandro 167. Wasserrabe, Burggraf v. Reichenbach 9\*. 177.

Czirn, v. 284. Gebrüder 93. Hain 182. Hain auf Bolkenhain gesessen 183. Vertreter des Hauptmanns 71. Hans 9\*. Hans, Burggraf zu Striegau, Landesgekörner 213. 225\*. Hans v. Simbsdorf, Vertreter des Hauptmanns 72. Heinrich 179. Kaspar auf Stannowitz 62\*. Kekel 170. Niclos 179.

Zobten, Burggraf Nickel v. Sachenkirche 177. Propstei 254. 275. 276. Propst Johannes Jeschke 344. Stadt 49\*. 50\*. 91\*. 152\*. 171. 175. 275. Czobotenhush, Weichbild 176.

Zobtenberg 275. 275\*.

Zobtenschloß 11\*.

Zobtnische Güter des Sandstifts „aufm Eigen“ genannt 261.

Czoch (Zochen), Andreas, Dr. jur. zu Frankfurt a. O. 114\*.

Zulauff, status minor 354.

Zymoczyn, v., Pakoslaw, Ritter 167.

## Sachregister.

Bearbeitet von Dr. Alphons Heyer.

### A.

Abhilfenvorschläge b. d. Glogauer Landtag 296. 300.

Abstimmung 37. 88 f. 296 f.

Accise 357.

Achtsbündnisse 159. 169.

Adel, seine Rechte und Pflichten 4\*. 39.

Adelsgericht, oberstes 124.

Adelsnachweis 41.

Adelsprobe 168.

Advokaten des Manngerichts 261. Fiskal als Adv. 313.

Aelteste 3\*. 7. 37. 94. 98. 123. 236. Verzeichnis 230.

Wahlordnung 230. 237. 285, s. Landesälteste.

Aerarium publicum s. Landeskasse.

Agenten 114. 315. auswärtige 326.

Allode 40\*.

Amt, königliches 63 f. 117. 117\*. 120. 122. 197. 277. 333. 361. Errichtung 333. Geschäftsgang 337. Instruktion 334. Neuorganisation 337. Secretair 337.

Amtmann, als Vertreter des Hauptmanns 38.

Amtsassessoren 68 f. 333. 337.

Amtsberichte 295. 326.

Amtsbesetzung 190. 286.

Amtsentlassung des Hauptmanns 250.

Amtshäufung 98. 105. 314. 317.

Amtskanzlei 276. 315. 325.

Amtskanzler 67 f. 292. Instruktion

Amtsresignation 338.

Amtsschreiben, Stilform 338.

Amtsverpfändung 190.

Appellation 116. 126\*. 198. 215. 216. 239. 338.

Appellationsfreiheit 116\*.

Appellationsinstanz 120.

Appellationskammer, Prager 116.

Archiv s. Landesarchiv, städtisches 51. 201.

Arkebusierpferde 131\*.

Arnenpflege 196.

Armigeri curiae 9\*.

Assessores perpetui des Zwölfergerichts 125.

Assistenzräte des Hauptmanns, Anstellung, Gehalt 68 f. 330.

Aufruhrer 272.

Ausfordern 125\*.

Ausgabenfonds 336.

Auslagen der Landesältesten, Wiedererstattung 210.



Auslösung aus Feindeshand 12.  
 Ausschank zur Kirchzeit 195.  
 Ausschüsse 33. 92. 101. 104. 131. 208. 236. Ergänzung 210. Wahlbestimmungen 197. 242.  
 Ausschuß der Gerichte 7\*. großer 101. 102. in Schiedsachen 126. der Sechzehner 237. ständischer 13. 92. 95. 98. 160. für Steuerkontrolle 136. 136\*. der Weichbilder 99. 238. des Glogauer Weichbildadels 167. 300.  
 Ausschußlandtag, Prager 33.  
 Ausschußliste 203.  
 Ausschußtage 37. 91. 103. 212. nach Fürstentagen 313. 325.

**B.**

Balgen 125\*.  
 Banner, Paniere 21. 143\*. 150.  
 Bannerherrn 143\*.  
 Bannmeile 44. 199.  
 Bannmeilenrecht 149, s. Meilenrecht.  
 Barone 1\*. 3. 8.  
 Bauerngüter, freie 40\*.  
 Bauernaufstände 59. 62. 232. 233. 234.  
 Bauernflucht 61. 62.  
 Bauernlegen 58. 58\*. 313.  
 Bauernschatzung 130\*.  
 Bauernstand 57 ff.  
 Bauern- u. Hufenzahl 62\*.  
 Beamte, königliche, höhere 81.  
 Bede 5\*. 12. 12\*.  
 Bediente, kaiserliche 276.  
 Befragung der Stände 3. 4. 6. 11.  
 Beirat der Großen 4. 24. 27. 115.  
 Beiurtel 261.  
 Beratungen, gemeinsame von Adel und Städten 26.  
 Bergregal 282.  
 Bergwerkszehnt 91\*.  
 Berne 12. 129\*. 150\*.  
 Beschlagnahme ritterlichen Eigentums in der Stadt 35.  
 Besoldungen 248.  
 Besteuerungsrecht, landesherrliches 12.  
 Bestrickung 137\*.  
 Bettler 192.  
 Bewilligungsrecht 12.  
 Biedermann 22. 42\*.  
 Biergefälle 81. 276. Obereinnehmer 81. 81\*. 276.  
 Biergelder 128\*. Einnehmer 134.  
 Bierschankrecht 149\*. 309\*.  
 Blutgerichtsbarkeit 115.  
 Brandschatzer 36\*.  
 Braugeld 133.  
 Branurbarrecht 34. 44\*.  
 Brenner 192.  
 Brennpfennig 159. 170. 193\*, s. Berne.  
 Bürgertum, deutsches 5.

Bürgerversammlung 4\*.  
 Bürgschaftsleistung 4.  
 Bundesorganisationen 37. 38.  
 Bundesschreiber 38.  
 Burgenbesitz 160.  
 Burgrafschaften 275.  
 Burnegeld 129\*.  
 Burnpfennig 132\*. 150\*. 192.  
 Bußgeld 21\*.

**C. s. K.****D.**

Defensionsordnungen 144.  
 Deputierte, herzogliche 13.  
 Diäten 238, s. Liefergelder.  
 Dienstfreiheit der adligen Güter 5\*.  
 Dörfer 276.  
 Domestikurbedürfnisse 129\*.  
 Dominium 44.  
 Dräuer 132\*. 151\*.  
 Drucklegung der Privilegien 314.  
 Ducatus 1.

**E.**

Edele 2\*.  
 Ehepakten 120.  
 Einkauf von Stellen 62.  
 Einlager 13.  
 Einnemer 132 f., 248, s. Steuereinnemer.  
 Einquartierung 5\*. 105. 310. 322. Lasten dafür 336.  
 Einschätzungskommissare 130.  
 Einspännige 60. 144.  
 Einungen 17. 18. 21. 28. 29. 37. 93. 94. 95. 150. 158. 167. 170. 183. 185. ständische 154. der Schloßherren 161. der Landsassen von Schweidnitz 255.  
 Einungsfreiheit 160.  
 Einungsrecht 17. 176.  
 Einweisungen 120.  
 Entfremdungen 20.  
 Erbanfall 22. 174. 176. 179.  
 Erblandhofmeisteramt, preuß. 121\*.  
 Erblehen 35.  
 Erbrecht des Staates 282.  
 Erbvogt 148.  
 Erträge, landwirtschaftliche und industrielle 271.  
 Evokationsfreiheit 116\*.  
 Exemption von der Oberlandeshauptmannschaft 249.

**F.**

Fähnlein als Truppenkörper 150\*.  
 Fahne zu Roß 150\*, s. Banner.  
 Familiars curiae 9\*.  
 Famuli curiae 9\*.  
 Fehden 26. 125. 183. 192. von Striegau 129\*. 179.  
 Fehder 36\*. 151\*. 169. 170. 237.  
 Fehdengericht 151\*.

Fehderordnung 95.  
 Feldkriegskommissariat, preuß. 154.  
 Festen 275.  
 Fideles terrarum 1\*. 8. 9. 11.  
 Finanzverwaltung 10. 127.  
 Fiskal 66. 81. Amtssitz 283. Besoldung 283. Instruktion 278. Privatpraxis 313. 317.  
 Fiskalische Klagen, Vorrang 280.  
 Fiskalatsadjunkt, Instruktion 272.  
 Fiskus 276.  
 Flurzäune 131\*. 147\*.  
 Fouragelieferung 5\*.  
 Freie 40.  
 Freihöfe, Glatzer 281.  
 Freimärkte 35.  
 Freiwilligkeit der Leistungen 5.  
 Friedensbrecher 12.  
 Friedenskirchen 91\*.  
 Frohnfahren 5\*.  
 Führungskommissare 146. 147.  
 Fürstentag 32. 33. 95. 96. 128. 162. 189. 190. 194. 211. 258. 272. 297. 362.

## G.

Gebete 195.  
 Gebot 152\*. 200. 220. 237. vorzeitiges Verlassen 200, s. Landtage.  
 Gebotsbriefe 86. 135.  
 Geistlichkeit als Landstand 7. 8. 45. 320.  
 Gekorne 95. 96. 97. 129\*. 133. Besoldung 97. Instruktion 97. Wahlordnung 196. Wirkungskreis 97.  
 Gekorne der Städte 185. 187.  
 Geleit 5\*. 65. 65\*. 183.  
 Geleitrecht 250.  
 Gemeinde, arm und reich 23.  
 Gemeinschaft der Städte 24. 24\*. 176. 179.  
 Generalkriegskommissar 145\*.  
 Generallandtage, Glogauer 299.  
 Generalmusterung 254\*.  
 Generalsteueramt, Breslauer 135. 362.  
 Generalsteuereinnahmer 135.  
 Geordnete zur Steuereinnahme 133\*.  
 Gericht von Amt, Land und Städten 125. 205. 209. 262. 277.  
 Gerichte 115. 337. 361.  
 Gerichtsausschüsse 93. s. Ausschuß.  
 Gerichtbarkeit 5\*. städtische über den Adel 35.  
 Gerichtskämmerer 261.  
 Gerichtsverfassung 67. 115. 190.  
 Gesandte der Erbfürstentümer 272. ständische 248. 314.  
 Gesandtschaften 203.  
 Geschenke an Beamte 310.  
 Geschoß 5\*.  
 Geschworene zur Steuererhebung 191.  
 Gesellschaft, patriotische 157.

Gesesse 161\*.  
 Gesinde, entlaufenes 192.  
 Getreue 7.  
 Gleichberechtigung von Adel und Städten 25. 26.  
 Gotteslästerung 195.  
 Gravamina 104. 285. 308.  
 Grenzstreite 281.  
 Grenzungehungen 10\*.  
 Grundbesitz des Adels in Städten 35.  
 Grundsteuer 5\*.  
 Güterhäufung 44.

## H.

Haftpflicht des Gutsherrn für die Steuer der Untertanen 130\*.  
 Halsgericht 198.  
 Handdienste 5\*.  
 Handwerksgerechtigkeit 34. 35.  
 Heerwesen 67. 140.  
 Heerzeichen 21, s. Banner.  
 Heiraten, ungleiche 286.  
 Herzogtümer, schlesische 1.  
 Hilfen, außerordentliche 5\*.  
 Hilfgelder 6\*. 13\*.  
 Hinter sich bringen 29. 90. 162. 194.  
 Hochverrat 272. 279.  
 Hofding 118. 205.  
 Hofgericht 7. 76\*. 115\*. 116. 116\*. 118. 167. 200. 205. 260. 261. 277. landesherrliches 148. des Weichbildes 148. 153. zentrales 153.  
 Hofgesinde 8. 9\*. 26.  
 Hofhaltung 12.  
 Hofmeister des Manngerichts 118. 120. 261.  
 Hofmeisteramt 9. 9\*.  
 Hofnotaramt 9\*.  
 Hofrichter 118. 148\*.  
 Hofrichteramt 9. 23\*.  
 Hofrichtereien 276.  
 Hofschöppen 119. 261.  
 Hofstaat 9.  
 Hoheitsrechte 1. 279.  
 Homines terrae 1\*.  
 Hosen, rheinische 70. 70\*. 265.  
 Hufenschoß 5\*.  
 Huldigung 2. 10\*. 16. 16\*. 38. 214. 358. 359. 360.  
 Huldigungspflicht 358.  
 Huldigungsrecht 32. 157.  
 Hussitenkriege 141\*.

## J.

Jagdfrevel 282.  
 Inappellabilität 116\*.  
 Indigenatsrecht 22. 38. 64. 174. 189.  
 Innung, als Eintrittsgeld 21\*.  
 Intraden 276.  
 Inventaraufnahme 120.  
 Juden 26\*. 132\*.



Jus ducale 5\*.

Justiz des Landeshauptmanns 67.

# K.

Kammer, schlesische 214. 354.

Kammergericht zu Prag 201.

Kammergüter 275. 279. 282.

Kammermeister, herzoglicher 74\*.

Kammerrecht, königliches 118\*.

Kanzlei 67. 67\*. 68. 68\*. 74. 200\*. 258. 278.

Kanzlentaxe 245. 287.

Kanzleramt 9. 22\*. 74. 109. 258. 268.

Capitation 357.

Kassahalter 135. 295.

Kastellane 15.

Kastellaneien 153.

Kastellaneiverfassung 149.

Katholiken 65. 89. 103. 107. 264. 284. 334.

Kindtaufen 195.

Kirchgang 196.

Kirmessen 195.

Klöster 275.

Kodifikation des Landrechts 117.

Königliche Sachen 209.

Königsrichter 83.

Kollegium der Landesoffizier 103.

Colloquia 7. 7\*. 10. 93. 123.

Kolonisation 11.

Kommandaturen 275.

Kommissare zur Abdankung der Soldateska 256.

Kompagnia des Weichbilds 150\*.

Konsignationen 254.

Consiliarii ducis 8.

Consilium bellicum 145\*.

Consilium ducis 8.

Konsistorium 91. 91\*. 351. 358.

Kontributionen 336.

Kontrolle der Stadtverwaltung 136.

Conventus publicus 354.

Korrespondenz 36. 37.

Kreise 147\*. 150\*. 151\*. 275.

Kreisdragoner 152.

Kreiseinteilung 150\*.

Kreishauptleute 106. 145. 147.

Kreisoberste 145.

Kreistage 286.

Kreisverfassung, Glogauer 298.

Kretscham 34.

Kriegsdienste 21.

Kriegsdienstpflicht 5\*. 113. 114. 140 f. 173.

Kriegskommissare 145. Instruktion 269. 273. Liste 271. 311. 315. 326.

Kriegskosten 34.

# L.

Ladezettell 120

Landbücher 41. 75\*.

Landkompagnie 144\*.

Landdragoner 135.

Landesälteste 99. 134. 145. 156. 160. 227. 242. 264. Besoldung 218. 248. Instruktion 208. 251. Listen 207. 218. 274. Wahl 210. 340. Landesälteste, Glogauer 300. s. Älteste; s. Weichbilder.

Landesakten 111. 111\*. 223.

Landesämter, Besetzung mit Katholiken 284. 335.

Landesanlagen 132. 229.

Landesarchiv 51. 109. 314.

Landesausschüsse 117. 206.

Landesbestallter 98. 99. 104. 107. 265. 311. Besoldung 248. Instruktion 227.

Landesdeputierte, Liste 343.

Landesgekokorene 126. Besoldung 213. Instruktion 213. 219.

Landeshauptmann 8\*. 25. 27. 36. 179. 237. Amtseid 213. 214. 333. Besoldung 248. 265. 286. 313. 325. 328. Instruktion 248. beigeordnete Räte 266. Sekretär 266. Vertretung 287.

Landeshauptmannschaft 22. 23. 63. 190. 249. 258. 330. 362.

Landeshaus 112. 157. 200.

Landesherr 1. 2. 3.

Landeskämmerer 134. 135.

Landeskanzlei 85. 109. 113\*. 129\*. 269. 326.

Landeskanzler 244. 264. 278. Instruktion 244.

Landeskasse 105. 155. 287. 312. 314. 318. 323. 330. 339. 340.

Landeskasten 134. 136. 209.

Landeskolleg 100. 105. Listen 271. 343.

Landesmatrikel 42. 256, s. Landregister.

Landesmünze 91\*.

Landesoffizier 264. 314. 316. 327.

Landesordnung 95. 192. 196.

Landespolizei 150.

Landesprivilegien 19. 32. 114. 226. Einsichtnahme 201.

Landesrecht 22.

Landesschriftstücke 111. 210.

Landessteuerkasse 137.

Landessyndikus 113. 204. 340.

Landesumlagen 33. 114. 129. 130. 203. 336.

Landesverfassung 337.

Landesverteidigung 5\*. 145\*.

Landeszusammenkunft 83. 254. 274. 291.

Landfrieden 18. 21\*. 28. 31. 32. 33. 94. 188. 192\*.

Landfriedensbünde 26. 27. 28.

Landgericht, hohes 3.

Landkommissarien 147\*. 329.

Landlute 2\*.

Landphysikus 152\*.

Landräte, preussische 155.

Landregister 41\*. 86, s. Landesmatrikel.

Landassen 39. 237. 252. 256.

Landschaft, schlesische 156.

Landschreiber 20. 22. 22\*. 104. 109. 179. 203. 265.  
 268. 278. 315. 319. 325.  
 Landsknechte 192.  
 Landstädte 49. 275.  
 Landstände, Huldigungseid 213.  
 Landstandschaft 39. 41. 41\*. 160.  
 Landtafel 41. böhmische 41\*.  
 Landtage 7. 7\*. 10. 36. 39. 83—88. 90. 103. 117. 127.  
 156. 208. 238. 266. 286. 287. 290. 313. 325. 335.  
 Stimmrecht auf dem L. s. Stimmrecht.  
 Landtage, Glogauer 289. 305.  
 Landtagsauflösung 308. 320.  
 Landtagsausschüsse 37.  
 Landvogt 148. 150.  
 Landvogtei 148. 198.  
 Landwehr im Sinn von Grenzbefestigung 150.  
 Lasten, öffentliche 336.  
 Legung von Gütern 40\*.  
 Lehn, königliche 362. Landtagsfähige 39.  
 Lehnsauftragung an Böhmen 19.  
 Lehnseintragung 41.  
 Lehnskanzlei 109. 110. 269. 276.  
 Lehnsleute 275. freie 40\*. 130\*.  
 Lehnsregistratur 363.  
 Lehnverhältnis 4.  
 Lehnware 5\*.  
 Leutenungen 261.  
 Liefergelder 99. 105. 236. 242. 311. 322. 336.  
 Livreefarben des Adels 143\*.  
 Locatoren 11\*.

**M.**

Majores natu 3. 9.  
 Manngericht 7\*. 93. 110. 116. 200. 260. 277. 348.  
 Mannrecht 118. 119. 120. 124. 164. 205. 285.  
 Mann- und Landrechtsordnung Georg Podiebrads 34.  
 Mann- und Zaudengericht, Glogauer 348.  
 Mannschaft 36. 149\*.  
 Marschallamt 9. 9\*. 65. 65\*.  
 Marschdirektoren 147.  
 Marschkommissare 147. Instruktion 342.  
 Marschordnung 147\*. böhmische 341.  
 Maß und Gewicht 149.  
 Meilenmaß 199.  
 Meilenrecht 34. 44. 56\*. 128\*. 149. 199.  
 Messer, Peterwitzer 59\*.  
 Militelli 3\*.  
 Ministerialen 2.  
 Mitleidung 33. 34. 47. 47\*. 131\*. 199. 211.  
 Modus contribuendi 287.  
 Mord 35.  
 Münze 34. 179. 183. einheitliche 23. Hellermünze 26.  
 180. silberne 25.  
 Münzeinung 32.  
 Münzgeld 5\*. 12\*.

Münzstrafen 25.  
 Musterherren 144.  
 Musterkommissare 145\*. 146.  
 Muster- und Zahlmeister 133\*.  
 Musterungen 144. 183. 340.

**N.**

Nichtachtung königl. Mandate 21.  
 Niederung, Deklassierung 20.  
 Nobiles terrae 1\*. 2\*.  
 Not, rechte 20.  
 Notare 74.

**O.**

Oberamt 33. 34. 163. 305. 354.  
 Obereinnnehmer 134. Instruktion 135, s. Steuereinnnehmer.  
 Oberfürstenrecht 358.  
 Obergerichte 198.  
 Obergerichtbarkeit 115. 115\*.  
 Oberhöfe 5\*. 6\*.  
 Oberhofrichter 119. 119\*.  
 Oberlandeshauptmann 65.  
 Oberrecht 32. 33. 33\*. 162. 194. 211. 258.  
 Oberrechtssitzer 98. 99. 105. 124. 124\*. 237. 239.  
 251. 264. 312. 322. Instruktion 242. Wahl 242. 322.  
 Obersteuereinnnehmer 137. 228. Besoldung 295.  
 Instruktion 228. 294, s. Steuereinnnehmer.  
 Obmäßigkeiten 39.  
 Observanzen 335.  
 Offiziererkolleg 137.  
 Opposition, adlige 24.  
 Ordnungsstrafen 243.

**P.**

Paniere s. Banner.  
 Patronatsrecht 286.  
 Pfänder 134. 135. 210. 261.  
 Pfändungen 120.  
 Pinckelschützen 58\*. 142\*.  
 Placker 132\*. 192.  
 Pölerei 55.  
 Pöngefälle, fiskalische 276.  
 Politische Gegner 272.  
 Polizeiordnung 195.  
 Polizeistunde 195.  
 Possetke, Posatke, fester Platz 184.  
 Prälatenstand 24. 45.  
 Privatpersonen, Schutz 208.  
 Privilegien 16. 16\*. 18. 160. 190. 208. König Wladislaw 42. 43\*. Bestätigung 258. Schutz 303.  
 Streitigkeiten 335. Verletzungen 250.  
 Privilegium de non evocando 174. 361.  
 Prokuratoren 114. 261.  
 Propsteien 275.  
 Protestanten, Beaufsichtigung 334.



Provincia 1.  
 Prozesse, ständische 212.  
 Pupillargericht 91. 126.

**Q.**

Quartalsgericht 67.  
 Quartierbüchlein 342.  
 Quartierkommissare 146. 147\*. Wahl 329.

**R.**

Räuber 34. 129\*.  
 Rat der Alten 92. großer und kleiner 210.  
 Ratswahl, städtische 54. 191.  
 Ratswahlrecht, freies, der Städte 26.  
 Rauchfangsteuer 357.  
 Rechnungslegung 209. 312.  
 Rechtszug 22. 118\*. 198.  
 Register 75\*. s. Landregister.  
 Rekatholisierung 91\*. 92.  
 Repräsentantenversammlung, ständische 363. 366.  
 Residencia corporalis 39\*.  
 Rescripte, kaiserliche 338.  
 Resolutionen, kaiserliche 338.  
 Ritter, deutsche 4. 8.  
 Ritterdienste 21\*. 87. 130. 131\*. 141. 143\*.  
 Ritterpferde 203.  
 Ritterrecht 168.  
 Ritterschaft 5. 39 f.  
 Rittersitze 161. 275.  
 Ritterstand, Geschlechterverzeichnis 284.  
 Rockengänge 195.  
 Roßdienst 40. 41. Register 74\*.  
 Roßgeld 39\*.  
 Rote Bauern 143\*.  
 Rotte, Schweidnitzische 144\*.  
 Rottenmeister 203.  
 Rückkehr geflüchteter Landsassen 263.  
 Rustikalhehen 40\*.

**S.**

Salzmärkte 34.  
 Sapientes terrae 1\*.  
 Schätzungen 95. 96. 129\*. 130.  
 Schatzungsordnung 130.  
 Schätzungsregister der Ritterdienste 130.  
 Schiedsrichter 6\*. 13.  
 Schlösser 160 f. 275.  
 Schöppenstuhl, Löwenberger 115\*.  
 Scholzen, Schatzung 130\*.  
 Schoß 12. 12. 132. außerordentlicher 6\*.  
 Schoßer 26\*.  
 Schreiber der Landesältesten 311. 322.  
 Schriftsätze 316. 339.  
 Schrotrecht, Schweidnitzer 10\*.  
 Schuldhalt 137\*.  
 Seniores 4. 10\*. 92.

Sicherheit, öffentliche 17.  
 Sicherheitsausschuß 6.  
 Siegel, herzogliches 74. rotes 117\*. 164. 258. der  
 Bolkenen 163. der Hauptmannschaft 163. des Mann-  
 rechts 164. des Landeskanzlers 245. Rücksiegel 164.  
 Söldner 143\*. 144.  
 Sonderberatungen 308. 321.  
 Sonderbund, Schweidnitz-Breslauer 29.  
 Sonderpolitik 31. 33.  
 Söndervotum der Oberrechtssitzer 312. 322.  
 Sozietät, ökon.-patriotische zu Jauer 157.  
 Spanddienste 5\*.  
 Spruch, böhmischer 35. Wladislauscher 115\*.  
 Stadtfriede 147\*.  
 Stadtgerichte 277.  
 Stadtverwaltung 4\*.  
 Stadtvogt 148.  
 Städte, Entstehung 225. Haushalt 225. Gründung 11.  
 königliche 36\*. als Landstand 49. 331. als Land-  
 tagsglieder 49. Zulassung zum Landtag 143\*.  
 Städtebünde 6. 15. 26. 35. 49\*.  
 Städtekurie 331.  
 Städtetage 52. 247.  
 Stände 18. 19. obere 2.  
 Statuta Slesie terrae 93.  
 Steuern 12. 21. 127.  
 Steueraussschreibung 294.  
 Steuerausteilung 129.  
 Steuerbefreiung 313.  
 Steuerbewilligungsrecht 13. 127.  
 Steuerdeputierte der Weichbilder 137.  
 Steuereinnahme 222.  
 Steuereinnahmer 133. 135. 137. 214. 225. 228. 265. In-  
 struction 135. 225. 228. 294.  
 Steuereinschätzung 129.  
 Steuererhebung 132. 197.  
 Steuerexekution 223. 313. 325.  
 Steuerfreiheit, schlesische 13\*. 128.  
 Steuerindiction 85. 131. 287.  
 Steuerkasten 66. 66\*.  
 Steuermoderationswerk 131.  
 Steuernachlässe 310. 322.  
 Steuerrechnungslegung 105. 222. 294. 315. 322. 336.  
 Steuerrektifikation 92.  
 Steuerrektifikationswerk 131. 131\*.  
 Steuerrepartition 336.  
 Steuerreste 137. 229. 294. 313.  
 Steuerreverse 127. 128\*.  
 Steuerrevision 131.  
 Steuerverwaltung 129.  
 Steuerverweigerung 8\*. 128\*.  
 Stimmrecht der Rittersitze 39. 320. der Unposses-  
 sionierten 39. 324. der Geistlichkeit 49. 320. der  
 Städte 49. 51. 143\*. 331.  
 Strafgewalt des Landeshauptmanns 249.

Straßenräuber 180.  
 Subditi terrae 1\*.  
 Sühneausschüsse 116.  
 Sühneverhandlungen 126. 192.  
 Supplikation 116. 116\*. 239.  
 Supplikationsordnung 238.  
 Supplikationsrecht 129.

**T.**

Tänze 195.  
 Taxierungen 120. 122.  
 Taxordnung 245.  
 Terra 1. 1\*.  
 Terrigenae 2\*. Legnicensium 159.  
 Territorium 1. 2. 13. 20. 158. der Stadt 149.  
 Testamente 339.  
 Testes idonei 9\*. vocati 9\*.  
 Trunkenheit 195.  
 Truppenverpflegung 313.  
 Türkengefahr 195.  
 Türkenhilfe 128\*. 202.

**U.**

Uebergrieffe des Adels 34. der Beamten 309. der Städte 287.  
 Unmittelbarkeit der Lehen 40. 41. 49.  
 Unteilbarkeit der Fürstentümer 22. 174. 179.  
 Unterhauptmann 27. 68. 70.  
 Untertanen 1. 2.  
 Urbarien 128\*. 198.  
 Urbarienstreit 35. 56. 56\*. 113.

**V.**

Vasallen 2.  
 Verbrechen 282.  
 Vererblichung der Lehen 43.  
 Verfassung, landsständische, in Schlesien 297.  
 Verhaftung adliger Personen in der Stadt 34.  
 Vermögenssteuer 316.  
 Verordnete in Heeressachen 144\*.  
 Versäumnisse 238. Strafen dafür 253.  
 Versammlungsrecht 83.  
 Verschleuderung der Regalien 12. 20.  
 Vogteien 115.  
 Vogteiverfassung 148.  
 Vollversammlungen 37.  
 Vormundschaften 339.  
 Vormundschaftsgericht 126.  
 Vormundschaftssachen 126.  
 Vorrat gemeiner Landschaft 134.  
 Vorrechte des Landeshauptmanns 338.

Vota 331. 332. der Glogauer Stände 301.  
 Votum conclusivum 88. des Glogauer Amts 302.

**W.**

Wahlartikel des Landeshauptmanns 64. 237.  
 Waisenrecht 91. 126.  
 Waldschutz 20. 20\*. 176.  
 Waldwirtschaft, schlechte, der Stifter 207.  
 Wanderprediger 59. 60.  
 Wehrhaftmachung 12.  
 weichbilden 153\*.  
 Weichbilder 1. 18\*. 147. 147\*. 150. 151. 151\*. 275.  
 Banner 150. Befehlshaber 150. Einnahmer 151.  
 Entstehung 147. Kasse 134. 151. Muster-, Kriegs- und Marschkommissare 151. Pfänder 151. Tage 151. Verfassung 147. W.-Stadt als Zufluchtsort 150. s. Älteste und Landesälteste.  
 Weichbildhaus oder Burglehn 151\*.  
 Weichbildphysikus 152.  
 Weichbildstadt 148. 275.  
 Weichbildsumlagen 129.  
 Werbungen 316.  
 Widerstandsrecht 13. 17. 21. 174.  
 Wiedertäufer 91\*.  
 Willkürsetzungsrecht 6\*.

**Z.**

Zahlmeister 133.  
 Zandengericht, Glogauer 348.  
 Zehnt, freier, nach Ritterrecht 5\*.  
 Zentralgericht 117.  
 Zeugen 9.  
 Zeugenschaft 4. 9.  
 Zeugenverhöre 122. 261.  
 Zigeuner 194.  
 Zölle 287.  
 Zollamt 276.  
 Zollamtman 81\*.  
 Zollbereiter 81\*.  
 Zollgefälle 276.  
 Zug s. Rechtszug.  
 Zurückbringen s. hinter sich bringen.  
 Zusammenkünfte, enge 91. 103. 106. 127. 266. 270. 285. 316. außerordentliche 209. regelmäßige 209. monatliche, der Glogauer Stände 300.  
 Zusammenlegung von Weichbildern 153\*.  
 Zustimmungsgewalt 1\*. 4\*. 5. 6. 12. 14. 14\*. 24.  
 Zwölferrecht 67. 93. 99. 116. 122. 123. 200. 205. 215. 216. 238. 239. 242. 262. 277. 348.



✿ 637607 E

✕KSIEGARNIA✕

ANTYKWARIAT



✕ 637607 E

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Wojewódzka i Miejska Biblioteka Publiczna

Wojewódzka Biblioteka  
Publiczna w Opolu

1821/27 S



001-006336-00-0